

## Einladung / Tagesordnung

---

### Sitzung des Finanzausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 19.11.2020, 18:00 Uhr

**Sitzungsort:** Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2020
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 für den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde 2020/BV/1109
  - 4.2 Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“ 2020/BV/1606
  - 4.3 Entgeltordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine 2020/BV/1492
  - 4.4 1. Änderung des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 zum B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ 2020/BV/1558
  - 4.5 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ für das Wirtschaftsjahr 2019 2020/BV/1592
  - 4.6 Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ 2020/BV/1603

- |     |  |              |
|-----|--|--------------|
| 4.7 | Bewilligung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Teilhaushalt 50 des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl in Höhe von 1.543.000,00 Euro im Deckungskreis 7501 - Finanzhaushalt                | 2020/BV/1619 |
| 4.8 | Überplanmäßige Bewilligung im Finanzhaushalt 2020 für eine Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in der Maßnahme 6654300202000220 B-Plan Weißes Kreuz in Höhe von 478.000 EUR        | 2020/BV/1624 |
| 4.9 | Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021 | 2020/BV/1591 |
| 5   | Informationsvorlagen   |              |
| 5.1 | Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.09.2020   | 2020/IV/1644 |
| 6   | Verschiedenes  |              |
| 6.1 | Aktueller Sachstand zur Straßenbahnfinanzierung  |              |
| 7   | Schließen der Sitzung  |              |

## **Nichtöffentlicher Teil**

- |   |               |
|---|---------------|
| 8 | Verschiedenes |
|---|---------------|

gez. Dr. Felix Winter  
Vorsitzender des Finanzausschusses

### Wichtige Hinweise für alle an der Sitzung teilnehmenden Personen

Plätze für Besucherinnen und Besucher sind beim Sitzungsdienst, Telefon 0381 381-2006 oder per E-Mail [kaemmerei@rostock.de](mailto:kaemmerei@rostock.de) bis zum 19. November 2020, 10.00 Uhr, zu reservieren. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aufgrund der aktuellen Umstände für Gäste und VertreterInnen der Medien insgesamt nur eine begrenzte Anzahl Plätze zur Verfügung steht. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge der Eingänge der Anmeldungen. Gemäß § 7 mit Anlage 36 der Verordnung der Landesregierung zur weiteren schrittweisen Lockerung der coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern (Corona-Lockerungs-LVO M V) werden die anwesenden Personen in einer Anwesenheitsliste mit Vor- und Familienname, vollständiger Anschrift, Telefonnummer sowie Datum und Uhrzeit erfasst.

Die Anwesenheitsliste wird gemäß vorgenannter Verordnung vom Fachbereich Sitzungsdienst für die Dauer von vier Wochen nach Ende der Sitzung aufbewahrt und ist der zuständigen Gesundheitsbehörde im Sinne des § 2 Absatz 1 Infektionsschutzausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auf Verlangen vollständig herauszugeben.

Weiterhin wird für die Durchführung dieser Sitzung dringend auf die Einhaltung der Regelung der gewählten Variante I der Anlage 36 des § 7 der Corona-Lockerungs-LVO M V hinsichtlich des Einhaltens des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen (ausgenommen zwischen Angehörigen des eigenen Hausstandes und Begleitpersonen Pflegebedürftiger) verwiesen.



## Tagesordnung - Nachtrag

---

### Sitzung des Finanzausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 19.11.2020, 18:00 Uhr

**Sitzungsort:** Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2020
- 4 Anträge
- (NT)
- 4.1 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, SPD und 2020/AN/1447  
(NT) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Klimaneutralität 2035
- 4.2 Kurt Massenthe (Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krum- 2019/AN/4465  
(NT) mendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof)  
Bauliche Instandsetzung der Petersdorfer Straße zwischen  
Krummendorf und Einmündung Hafenbahnweg
- 4.3 Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP) 2020/AN/1750  
(NT) Kommunaler Hilfsfonds für ergänzende Hilfen zur Bewälti-  
gung der Auswirkungen der Coronapandemie
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 2020/BV/1109  
für den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Ro-  
stock & Warnemünde
- 5.2 Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes „Touris- 2020/BV/1606  
muszentrale Rostock & Warnemünde“
- 5.3 Entgeltordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2020/BV/1492  
für die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine
- 5.4 1. Änderung des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 zum 2020/BV/1558  
B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“

5.5	Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ für das Wirtschaftsjahr 2019	2020/BV/1592
5.5.1 (NT)	Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses des "Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ für das Wirtschaftsjahr 2019	2020/BV/1592-01 (ÄÄ)
5.6	Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“	2020/BV/1603
5.7	Bewilligung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Teilhaushalt 50 des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl in Höhe von 1.543.000,00 Euro im Deckungskreis 7501 - Finanzhaushalt	2020/BV/1619
5.8	Überplanmäßige Bewilligung im Finanzhaushalt 2020 für eine Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in der Maßnahme 6654300202000220 B-Plan Weißes Kreuz in Höhe von 478.000 EUR	2020/BV/1624
5.9 (NT)	Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im TH 66 im Finanzhaushalt für die Maßnahme 6654300999900799 - Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV (Landesstraßen) in Höhe von 2.060 TEUR	2020/BV/1729
5.10	Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021	2020/BV/1591
5.10.1 (NT)	Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021 – 1. Änderung 2020/BV/1591	2020/BV/1591-01 (NB)
5.11 (NT)	Finanzierung von Straßenbahnen bei der Rostocker Straßenbahn AG	2020/BV/1699
6	Informationsvorlagen	
6.1	Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.09.2020	2020/IV/1644
7	Verschiedenes	
7.1	Aktueller Sachstand zur Straßenbahnfinanzierung	

8        Schließen der Sitzung

## **Nichtöffentlicher Teil**

9        Verschiedenes

<b>Entscheidendes Gremium:</b> <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>		
<b>Klimaneutralität 2035</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
25.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung
26.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung

**Beschlussvorschlag:**

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock setzt sich zum Ziel, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen oder im besten Fall klimapositiv zu sein.

Die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen, einschließlich der Unternehmen mit städtischer Mehrheitsbeteiligung, sollen dabei Vorbildwirkung übernehmen.

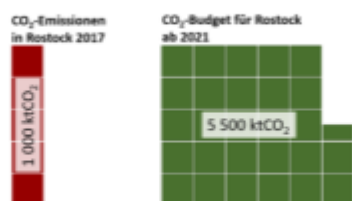
Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt:

1. Als Grundlage des „Klimaplan Rostock 2035“ für alle Bereiche der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen die zur Klimaneutralität notwendigen Maßnahmen und den dafür erforderlichen Aufwand aus der Perspektive der Stadt, der Bürgerinnen und Bürger und weiterer Bereiche zu beziffern und deren Umsetzung zeitlich einzuordnen.
2. Der Bürgerschaft darauf aufbauend bis zu ihrer Sitzung im April 2021 in Abstimmung mit den kommunalen Unternehmen Maßnahmen zu benennen, um für das Jahr 2021 eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen um 5 % zu erreichen.
3. Der Bürgerschaft bis zu ihrer Sitzung im Dezember 2021:
  - a) einen konkreten Maßnahmenplan für die Jahre 2022 bis mindestens 2024 und
  - b) einen groben Maßnahmenplan für die Jahre 2025 bis 2035
 für die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen zur Beschlussfassung vorzulegen, mit dem Ziel, von 2022 - 2030 eine jährliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen um jeweils 10 % gegenüber dem Referenzjahr 2019 zu erreichen und anschließend bis 2035 Klimaneutralität und eine weitere Reduzierung von Kompensationszahlungen zugunsten echter CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu erreichen.
4. Sollten die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen das Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion um 10 Prozentpunkte gegenüber dem Referenzjahr 2019 übertreffen, so kann der Überschuss auf das Folgejahr gutgeschrieben werden. Sollte das Ziel nicht eingehalten werden können, so sind Kompensationen erforderlich. Geeignete Kompensationsmaßnahmen sind der Bürgerschaft zu ihrer Sitzung im Dezember 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

5. Jährlich ist von der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen jeweils mit einer Kurzübersicht über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten, bei Unternehmen parallel zur Vorlage des Wirtschaftsplans.  
Mindestens alle 3 Jahre ist, in der Regel parallel zum Energieaudit, ausführlicher über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten, insbesondere:
- Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen
  - Einsatz Erneuerbarer und fossiler Energien
  - Energieeinsparung
  - vorgesehene Maßnahmen für die nächsten 3 Jahre
  - sowie ergänzend durch die Stadtverwaltung:  
Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich der Stadt Rostock insgesamt
6. Es ist eine Kampagne durchzuführen, welche private Unternehmen, Haushalte und andere Einrichtungen in der Stadt für das genannte Ziel gewinnen soll.  
Dies soll u.a. eine öffentlichkeitswirksame Werbekampagne einschließen.
7. Gegenüber Land und Bund sind die erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mittel für einen konsequenten Klimaschutz einzufordern.

### Sachverhalt:

Der fortschreitende Klimawandel erfordert konsequentes und weitreichendes Handeln! Bei einer fairen Verteilung des CO<sub>2</sub>-Budgets nach dem Pariser Klimaabkommen verbleibt für Rostock lediglich ein Rest von ca. 5,5 Mio Tonnen CO<sub>2</sub>, bei jährlichen Emissionen von rund 1 Mio Tonnen CO<sub>2</sub> im Durchschnitt der letzten Jahre.  
Daher ist sofortiges Handeln mit relevanter Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den kommenden Jahren unausweichlich. Andernfalls ist das CO<sub>2</sub>-Budget Rostocks Mitte 2026 aufgebraucht.



Ein Foto von Rostock 2017/2018

aus: Lukow, L., 2020: A carbon budget for Rostock: Suggestions for a fair local contribution to the Paris Agreement in view of current climate targets. *Master thesis in Sustainable Development at Uppsala University*, No. 2020/42, 51 pp, 30 ECTS/hp.

### Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Mittel sind zu beziffern und in die entsprechenden Wirtschaftspläne und Teilhaushalte für das Haushaltsjahr 2021 und die Folgejahre einzustellen.

### Anlagen

Keine

gez. Eva-Marie Kröger  
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell  
Fraktion der SPD

gez. Uwe Flachsmeyer  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Anlagen

Keine

<b>Antrag</b>	Datum:	26.02.2019
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Kurt Massenthe (Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof)</b> <b>Bauliche Instandsetzung der Petersdorfer Straße zwischen Krummendorf und Einmündung Hafenbahnweg</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
26.02.2019	Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof (19)	Vorberatung
23.04.2019	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
24.04.2019	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
02.05.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
09.05.2019	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
15.05.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Mittel in den Investitionshaushalt 2020/2021 für die grundlegende Instandsetzung der Petersdorfer Straße im Teilabschnitt zwischen Krummendorf und Hafenbahnweg einzustellen. Einhergehend mit der baulichen Instandsetzung der Fahrbahn ist der Neubau der bisher fehlenden Nebenanlagen wie straßenbegleitender Fuß- und Radweg einschließlich Straßenbeleuchtung sowie eine Straßenentwässerung zu planen und baulich umzusetzen.

**Sachverhalt:**

Die Petersdorfer Straße ist Verbindungsstraße zwischen Gehlsdorf / Krummendorf und Toitenwinkel und dient u. a. auch der Erreichbarkeit des Überseehafens.

Die Petersdorfer Straße ist in diesem Teilabschnitt in einem sehr schlechten baulichen Zustand mit einer alten Kopfsteinpflasterung und ohne einen Geh- und Radweg für Fußgänger und Radfahrer.

Zeitgleich ist die Petersdorfer Straße eine wichtige Verbindungsstraße vom und zum Rostocker Überseehafen, dem industriellen Kern Rostocks. Auch im Hinblick an eine mögliche Neuansiedlung von Firmen an der Petersdorfer Straße müsste diese Straße erneuert werden.

Des Weiteren wird die Petersdorfer Straße auch als Umgehungs- und Ausweichstrecke von den Gehlsdorfern u.a. genutzt, wenn z.B. die Pressentinstraße wegen Bauarbeiten oder wegen Starkregens gesperrt ist. Diese Straße ist auch Umleitungsstrecke bei Sperrungen der Autobahn A19.

Die Straßenqualität der Petersdorfer Straße ist bereits so schlecht, dass Schäden an den Fahrzeugen zu befürchten sind und Motorräder nicht ohne weiteres auf der Straße fahren können. Die beliebte Radstrecke ist für Kinder und andere Verkehrsteilnehmer schwer zu nutzen, da es neben der Kopfsteinstraße nur einen schmalen ausgetretenen Sandpfad gibt. Für die Berufstätigen des Seehafens, die mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen ist die Petersdorfer Str. der Weg zur Arbeitsstätte. Der internationale Radweg von Krummendorf nach Toitenwinkel ist hier keine Alternative.

Der Ortsbeirat sieht ein erhebliches Unfallgefahrenpotenzial für die Verkehrsteilnehmer durch das Kopfsteinpflaster, was auch in einem hohen Grad zur Verlärmung beiträgt, und die fehlenden Nebenanlagen für Radfahrer. Bereits 2018 hat das Amt für Verkehrsanlagen auf Nachfrage des OBR mitgeteilt, dass der Straßenaufbau nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht, die Aktivitäten beschränken sich auf punktuelle Reparaturen zur Abkehr von Gefahren.



Kurt Massenthe  
Vorsitzender



Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP)</b> <b>Kommunaler Hilfsfonds für ergänzende Hilfen zur Bewältigung der Auswirkungen der Coronapandemie</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen kommunalen Härtefallfonds für ergänzende Hilfen zur Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie entsprechend der Richtlinie zur ergänzenden Förderung von besonderen Härtefällen im Zusammenhang mit dem Auftreten des SARS-CoV-2-Erregers und der damit einhergehenden Covid-19-Erkrankungen auf dem Gebiet der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von 245.000 Euro einzurichten. Die Richtlinie ist Bestandteil des Beschlusses.

**Begründung der Dringlichkeit für den Finanzausschuss:**

Der Antrag befasst sich mit der dringend notwendigen Strukturierung von Soforthilfen. Um eine weiterhin unstrukturierte Vorgehensweise zu solchen Anträgen in der Bürgerschaft zu vermeiden, sollen die im Beschlussvorschlag genannten Regelungen im Einklang mit dem Ergänzungsbeschluss zum Haushalt 2021 beschlossen werden. Daher ist eine Behandlung auf der Sitzung der Bürgerschaft im Dezember erforderlich.

**Sachverhalt:**

Nach wie vor stellt die CoVid19-Pandemie die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und Vereine in der Hanse- und Universitätsstadt vor ungekannte Herausforderungen. Nach einer Phase der Entspannung zeigen sich in den letzten Wochen deutlich stärkere Auswirkungen. Dies führte und führt zu einer Vielzahl an Hilfsanträgen. Dabei ist bisher jedoch kein einheitliches Vorgehen in der Hilfestellung erkennbar. Außerdem ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bei der Gewährung von Hilfen zu berücksichtigen.

Noch ist nicht absehbar, wie hoch die akuten und langfristigen Schäden letztlich sein werden. Vieles hängt davon ab, ob die Vereine, Selbstständigen und Freiberufler nach Bewältigung der Pandemie schnellstmöglich wieder Fuß fassen können. Hierzu haben Bund und Land erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt. Der Hanse- und Universitätsstadt Rostock kommt als wirtschaftliches, soziales und kulturelles Zentrum des Landes eine besondere Funktion zu. Daher gilt es, alle Akteure wo immer möglich auch auf lokaler Ebene zu unterstützen. Hierbei sind vor allem jene Vereine und Akteure zu bedenken, die nicht Bestandteil der Förderung von Bund und Land sind oder bei denen die beantragten bzw. ausgereichten Mittel absehbar nicht zur Abdeckung des entstandenen Schadens und damit zur Sicherung der Existenz reichen werden. Da sowohl die Hanse- und Universitätsstadt selbst als auch die Einwohnerinnen und Einwohner auf

eine weiterhin positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie den Erhalt der Kultur am Standort angewiesen sind, steht die Stadt jetzt in der Verantwortung, schnelle und unbürokratische Unterstützung zu leisten.

### Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt:

☐ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☐ liegen nicht vor.

☒ werden nachfolgend angegeben

Die geplante Erhöhung der Entgelte für Sportstätten ist im Ergänzungsbeschluss zum Haushalt 2021 bereits berücksichtigt. Sollte die Erhöhung der Entgeltordnung in das Jahr 2022 verschoben werden (AN/2020/1625), stehen aus dem TH 40/41 die dort veranschlagten Mehraufwendungen /- auszahlungen in Höhe von 246.600 EUR zur Verfügung. Bei Ablehnung des Antrags 1625 und der darauffolgenden Entgelterhöhung zum [01.01.21](#) werden die Benutzungsgebühren im Haushaltsplan (EB 2021) wieder entsprechend erhöht.. Die Mehreinnahmen i.H.v. 351.600 EUR - siehe AN/2020/1625-01 (SN) würden dann als Deckungsquelle zur Verfügung stehen.

gez. Julia Kristin Pittasch (FDP)

gez. Christoph Eisfeld (FDP)

### Anlagen

1	Entwurfssfassung der Richtlinie CoVid_Fonds	öffentlich
---	---	------------

# **Richtlinie zur ergänzenden Förderung von besonderen Härtefällen im Zusammenhang mit dem Auftreten des SARS-CoV-2-Erregers und der damit einhergehenden Covid-19-Erkrankungen auf dem Gebiet der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Kommunale Härtefallförderrichtlinie-Covid-19)**

## **Präambel**

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock richtet einen kommunalen Härtefallfonds zur Unterstützung derer ein, die durch die Covid-19-Pandemie nachhaltig in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werden. Dieser Fonds soll der Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Leistungsfähigkeit vor allem von Vereinen, Trägern von Kultur- und Sozialeinrichtungen und Freiberuflern sowie Selbstständigen für den Zeitraum der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie dienen und Hilfen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Mecklenburg-Vorpommern ergänzen.

## **§ 1 - Antragsberechtigung**

1. Die Förderung soll zur Abmilderung von besonders schweren Härten bei gemeinnützigen Unternehmen, Sozial- und Kulturunternehmen, Selbstständigen und Angehörigen der Freien Berufe, sowie Vereinen und in speziellen Einzelfällen auch Familien bzw. Einzelpersonen dienen.
2. Förderfähig sind grundsätzlich gemeinnützige Unternehmen mit nicht mehr als 249 Mitarbeitern in Vollzeitäquivalenten und Vereine jeweils mit Sitz auf dem Gebiet der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie Selbstständige und Freiberufler mit Hauptwohnsitz in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. In Ausnahmefällen bzw. besonderen Einzelfällen können auch Familien bzw. Einwohnerinnen und Einwohner unter Berücksichtigung sonstiger Hilfen beispielsweise nach SGB II und XII gefördert werden.
3. Eine Förderung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses betrifft grundsätzlich nur Einzelfälle, die nachweislich weder eine Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland noch durch das Land Mecklenburg-Vorpommern bereits ausgereicht bzw. in Aussicht gestellt bekommen oder bei denen die bereits geleisteten oder in Aussicht gestellten Hilfen nachweislich unzureichend sind. Andere Formen der Förderungen sind unabhängig davon möglich.

## **§ 2 - Antragstellung**

Die Frist zur Antragstellung beginnt am Montag, den 15. Dezember 2020. Hierfür ist grundsätzlich das zur Verfügung gestellte Antragsformular zu nutzen.

## **§ 3 - Art und Umfang der Förderung**

1. Die Förderung kann in Form:
  - a) eines nicht rückzahlbaren Zuschusses je Einzelfall bis zu 5.000 Euro unter Berücksichtigung der Höchstgrenzen aus der EU-Verordnung 2013/1407 vom 18. Dezember 2013 („De-minimis-Beihilfen“)

- b) einer Übernahme von Verpflichtungen von bis zu 2.000,00 Euro monatlich,
  - c) eines Erlasses von Gebühren, Beiträgen, Mieten und Pachten,
  - d) der Gewährung zinsloser Darlehen und
  - e) der Stundung und Zahlung in Ratenvereinbarung von Steuern
  - f) und in Ausnahmefällen eine monatliche Zahlung von bis zu 500,00 Euro für Einzelpersonen erfolgen.
2. Der Zeitraum der Förderung entsprechend Abs. 1 Buchstabe a) bis f) beginnt frühestens mit dem Inkrafttreten dieser Richtlinie und endet mit Ablauf des Monats nach deren Aufhebung oder mit Ende der Geltungsdauer der EU-Verordnung 2013/1407.

#### **§ 4 - Voraussetzungen für die Förderung**

1. Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss unverschuldet in eine tatsächliche oder zu erwartende existenzbedrohliche wirtschaftliche Notlage aufgrund der Auswirkung der Covid-19-Pandemie gekommen sein.
2. Die Voraussetzungen gelten als nicht erfüllt, wenn bereits im Vorfeld dieser Pandemie Schuldenstände gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Vollstreckungsankündigungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gegenüber dem Antragsteller vorliegen oder Eintragungen des Antragstellers in der Schuldnerkartei des Vollstreckungsgerichts vorhanden sind. Gleiches gilt für alle eingeleiteten Maßnahmen der Zwangsvollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren gegenüber Antragstellern durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock.
3. Die Förderung entsprechend § 3 Abs. 1 Buchstabe f) gilt nur für Fälle, die aufgrund einer unentgeltlichen Urlaubsregelung bzw. einer Kurzarbeiterregelung vor dem Hintergrund der Unmöglichkeit der Kinderbetreuung einer besonderen Härte unterliegen, die auf Grund der Schließungen der Kita, Tagesmuttereinrichtungen und Schulen zwingend erforderlich werden. Gegebenenfalls gewährte weitere Hilfen anderer sind vorrangig.

#### **§ 5 - Bedingungen für die Förderung**

1. Die Antragstellerin oder der Antragsteller sind verpflichtet den Verwendungszweck zur Nutzung der Sonderförderung im Rahmen einer schriftlichen Antragsstellung mitzuteilen.
2. Die Antragstellerin oder der Antragsteller sind verpflichtet, eine schriftliche Erklärung an Eides Statt abzugeben, dass
  - a) die existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. der Liquiditätsengpass eine Folgewirkung der Covid-19-Pandemie in 2020 ist.
  - b) der Bewilligungsbehörde auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung des Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.
  - c) vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen

Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

- d) zur Überprüfung der Zuwendungsberechtigung, der Einhaltung der geförderten Zweckbestimmung sowie der Richtigkeit der in Rechnung gestellten Ausgaben durch die Bewilligungsbehörde Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige mit dem Vorhaben in Zusammenhang stehende Geschäftsunterlagen verlangt werden können sowie Inaugenscheinnahmen vor Ort durchgeführt werden dürfen.
  - e) der ausgezahlte Zuschuss unter Berücksichtigung der Höchstgrenzen aus der EU-Verordnung 2019/316 vom 21. Februar 2019 („De-minimis Verordnung“) nicht überschritten wird.
  - f) im Falle einer Überkompensation (Entschädigungs- und Fördermaßnahmen) die erhaltene Soforthilfe zurückzuzahlen ist.
3. Der Nachweis der tatsächlichen Verwendung ist bis spätestens zum 31. Dezember 2021 zu erbringen, bei Zuwiderhandlung ist die Förderung in Höhe der nicht nachgewiesenen Fördermittel zurückzuzahlen.
  4. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Mitteln aus dem Härtefallfonds Covid-19-Pandemie der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.
  5. Über Anträge mit einer Summe von mehr als 5000 Euro entscheidet der Hauptausschuss der Bürgerschaft.
  6. Die Höhe und der Zeitraum der Förderung können sich aufgrund aktueller Entwicklungen mit Beschluss der Bürgerschaft verändern. Die maximale Förderhöhe über alle Einzelförderungen beträgt 10.000 Euro. Für die Bewilligung ist die Reihenfolge des Eingangs ein Entscheidungskriterium.

## **§ 6 – Anschrift zur Antragsstellung**

Die Anträge sind an die nachfolgende Anschrift zu richten:

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Der Oberbürgermeister

Neuer Markt 1

18055 Rostock

oder bevorzugt per E-Mail zu richten an: [hilfsfonds@rostock.de](mailto:hilfsfonds@rostock.de)

## **§ 7 - Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt nach ihrer Bekanntmachung auf den Webseiten der Hanse- und Universitätsstadt in Kraft.

Anlagen: Formular zur Antragsstellung

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen  Federführendes Amt: Eigenbetrieb TZR & W	Beteiligt: Büro des Oberbürgermeisters Zentrale Steuerung Kämmereiamt Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung	
<b>Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 für den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock &amp; Warnemünde</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
07.10.2020	Rechnungsprüfungsausschuss	Vorberatung
19.11.2020	Finanzausschuss	Vorberatung
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag 31.12.2019 des kommunalen Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist in der von der Möhrle Happ Luther GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Fassung mit einem Jahresfehlbetrag von 1.429.743,01 EUR festgestellt.
2. Dieser Jahresfehlbetrag wird durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgeglichen. Hierzu wird eine Verrechnung mit den bereits geleisteten Abschlagszahlungen in Höhe von 1.430.000,00 EUR stattfinden. Die Ausgleichsüberzahlung in Höhe von 256,99 EUR wird an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zurückgezahlt.
3. Dem Tourismusdirektor des Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

### Beschlussvorschriften:

Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden M – V (EigVO) § 6 Abs. 2 Nr. 3  
 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern § 22 (3),

bereits gefasste Beschlüsse:

./.

### Sachverhalt:

Der Jahresabschluss 2019 wurde durch den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde erstellt und durch die Möhrle Happ Luther GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit Datum vom 25.05.2020 versehen.

Der für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgesehene Ausgleichbedarf belief sich auf 1.430.000,00 EUR. Im Geschäftsjahr ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.429.743,01 EUR. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Vorauszahlungen auf diesen Verlust in Höhe von 1.430.000,00 EUR geleistet. Diese wurden zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeit bilanziert. Der Ausgleich erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft. Nach Saldierung des Ausgleichsbedarfes und der Vorauszahlungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ergibt sich eine Ausgleichsüberzahlung in Höhe von 256,99 EUR, welche an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zurückzuzahlen ist.

Weiterhin erhielt die Tourismuszentrale einen Zuschuss von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von 100.000,00 EUR für die Erarbeitung einer Neukonzeptionierung der Hanse Sail und für die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für das Ostseebad Warnemünde. Im Geschäftsjahr wurden 58.250,00 EUR in die Überprüfung und Anpassung des Veranstaltungskonzeptes der Hanse Sail investiert. Die Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beträgt somit zum Stichtag 31.12.2019 noch 41.750,00 EUR.

Der Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2019 gibt im Einzelnen Aufschluss über die wirtschaftliche Betätigung der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock per 31.12.2019 in Höhe von 256,99 EUR.

Claus Ruhe Madsen

### **Anlagen**

1	79690_Bericht final_TZR 2019MD	öffentlich
---	--------------------------------	------------

## Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31. Dezember 2019 und des Lageberichtes  
für das Wirtschaftsjahr 2019

des Eigenbetriebs

## Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung über die oben genannte Prüfung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017) richtet.





## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Prüfungsauftrag	1
2.	Grundsätzliche Feststellungen	2
2.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Tourismusdirektion	2
2.2	Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB i. V. m. § 14 Abs. 2 KPG	5
2.2.1	Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen oder Tatsachen, die wesentliche Stützungsmaßnahmen des Einrichtungsträgers erfordern können	5
2.2.2	Unrichtigkeiten und Verstöße in der Rechnungslegung und Verstöße gegen sonstige Vorschriften	5
3.	Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	5
4.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
4.1	Gegenstand der Prüfung	6
4.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	7
5.	Feststellungen zur Rechnungslegung	10
5.1	Buchführung und zugehörige Unterlagen	10
5.2	Vorjahresabschluss	10
5.3	Jahresabschluss	11
5.4	Lagebericht	11
6.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
6.1	Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	12
6.2	Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	12
6.3	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
7.	Wirtschaftliche Verhältnisse	13
7.1	Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs	13
7.1.1	Ertragslage	13
7.1.2	Vermögenslage	14



7.1.3 Finanzlage	15
7.2 Wirtschaftsplan	16
8. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Tourismusedirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 13 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz M-V i. V. m. § 53 HGrG	17
9. Sonstige Feststellungen	18
9.1 Sachverhalte mit einigem Gewicht	18
9.2 Überschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit	18
9.3 Bereichsrechnungen	18
9.4 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen	19
9.5 Eigenkapital	19
9.6 Verbindlichkeiten	19
9.7 Derivative Geschäfte	19
9.8 Beihilfen	19
9.9 Vergaberecht und Ausschreibungsverfahren	20
9.10 Betriebsführungs- und Geschäftsbesorgungsverträge	20
9.11 Geschäftsführerbezüge	20
9.12 Erklärungen der Mitglieder des Aufsichtsorgans zu Geschäftsbeziehungen mit der prüfungspflichtigen Einrichtung	21
10. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	22
11. Schlussbemerkung	29



## ANLAGEN

1. Bilanz zum 31. Dezember 2019
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019
3. Finanzrechnung für das Geschäftsjahr 2019
4. Anhang für das Wirtschaftsjahr 2019
5. Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019
6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
7. Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
8. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
9. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW 720)
10. Soll-/ Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan bzw. Erfolgs- und Vermögensplan für das Berichtsjahr
11. Übersicht über die Entwicklung der Kredite 2019
12. Erfolgsübersicht für das Jahr 2019
13. Allgemeine Auftragsbedingungen



## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AO	Abgabenordnung
AV-JAP	Allgemeine Vertragsbedingungen für die Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EigVO	Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsverordnung EigVO M-V vom 14. Juli 2017)
EigVOVV	Verwaltungsvorschrift zur Eigenbetriebsverordnung M-V
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegezet
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KAG	Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern
KPG	Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KV M-V	Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
LFI	Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
LRH	Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern



M-V	Mecklenburg-Vorpommern
PH	Prüfungshinweis des IDW
PS	Prüfungsstandard des IDW
TZR&W	Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock



An die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock:

## **1. Prüfungsauftrag**

Der Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern erteilte uns gemäß § 13 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz im Namen und für Rechnung des Eigenbetriebes

### **Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock,**

-im Folgenden auch kurz "TZR&W" oder "Eigenbetrieb" genannt-

mit Vertrag vom 13. Februar 2019 den Auftrag, den Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2019 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist ein Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und gemäß §§ 11 Abs. 1 und 13 Abs. 1 KPG sowie nach § 7 der Satzung nach handelsrechtlichen Vorschriften prüfungspflichtig.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage 8 dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetrieb aufzunehmen. Diese Analyse haben wir in Abschnitt 7 dieses Berichts (Wirtschaftliche Verhältnisse) dargestellt.

Gemäß § 13 Abs. 3 KPG erstreckt sich die Prüfung auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Tourismsdirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG). Wir verweisen auf unsere Berichterstattung im Abschnitt 8 bzw. auf Anlage 9 unseres Berichts.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 n. F. und denen der Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1) sowie unter Beachtung des § 14 Abs. 2 KPG erstellt. Außerdem haben wir das Grundwerk des Landes-



rechnungshofes M-V in der Fassung vom 3. April 2019 beachtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 13 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde, soweit sich aus den gesetzlichen Bestimmungen für die Jahresabschlussprüfung nach dem KPG und dem Grundwerk des Landesrechnungshofes nichts anderes ergibt. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Dieser Bericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber dem Landesrechnungshof und dem Eigenbetrieb und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir nach der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

## **2. Grundsätzliche Feststellungen**

### **2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Tourismusdirektion**

Zu den Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf sowie zur zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebs mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Lagebericht der Tourismusdirektion geben wir folgende Erläuterungen:

#### **Jahresfehlbetrag von TEUR 1.430**

Im Berichtsjahr 2019 ist ein Jahresfehlbetrag von TEUR 1.430 entstanden. Der Fehlbetrag ist darauf zurückzuführen, dass die Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nicht ertragswirksam, sondern ohne Berührung der Gewinn- und Verlustrechnung als Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt gebucht wurden. Nach den Ausführungen der Tourismusdirektion ist bei der Feststellung des Jahresabschlusses durch die Bürgerschaft vorgesehen, die bisher geleisten Ausgleichszahlungen dem Eigenkapital zuzuführen.



### **Steigerung der Übernachtungszahlen**

Die Anzahl der Übernachtungen in der Stadt Rostock ist im Geschäftsjahr 2019 um 7 % sowie die Anzahl der Ankünfte um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hingegen sind die Umsatzerlöse aus den Kurabgaben gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % rückläufig, da im Vorjahr höhere Gästezahlen im Kurabgabengebiet der Stadt Rostock zu verzeichnen waren und sich der Zuwachs an Übernachtungsgästen auf das kurabgabefreie Gebiet konzentriert hat. Der Rückgang der Kurabgaben ist zudem darauf zurückzuführen, dass in 2018 aufgrund des Stadtjubiläums besonders viele Gäste zu verzeichnen waren. Insgesamt werden durch die Kurabgabe im Berichtsjahr TEUR 2.068 erwirtschaftet.

### **Erträge aus der Grundstückverwaltung**

Durch die Grundstücksverwaltung der Grundstücke der Campingplätze Graal-Müritz und Markgrafenheide sowie von Parkplätzen erwirtschaftet die TZR&W einen wesentlichen Teil der Erträge zur Deckung der Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.626. Die Erträge entsprechen dem geplanten Niveau.

### **Durchführung von Veranstaltungen**

Die TZR&W hat im Geschäftsjahr 2019 ca. 200 Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten über das Jahr verteilt organisiert. Für die Vorbereitung und die Durchführung von Veranstaltungen muss sich die TZR&W an ständig steigende Sicherheitsanforderungen halten. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister eine Studie zur Entwicklung eines qualitätsorientierten Flächen- und Veranstaltungsplans für den Ortsteil Rostock-Warnemünde erarbeitet. Das Konzept soll später als Basis für alle Sicherheits- und Verkehrskonzepte gelten. Hierzu erhielt die TZR&W TEUR 100 an zweckgebundenen Mitteln von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, wovon TEUR 58 ertragswirksam, entsprechend dem entstandenen Aufwand, im Berichtsjahr ertragswirksam berücksichtigt sind.





## **Organisation der Warnemünder Woche**

Aufgrund der von der Rostocker Bürgerschaft beschlossenen Änderung der Organisation der "Warnemünder Woche", übernimmt der Eigenbetrieb seit 2019 die Gesamtkoordination aller Veranstaltungsbausteine und die übergreifende touristische Vermarktung dieser Veranstaltung.

## **Auswirkungen des Covid-19-Virus**

Die aus der derzeitigen Pandemie durch das Covid-19-Virus resultierenden Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2020 lassen sich von der Tourismusedirektion noch nicht beziffern. Da jedoch diverse Veranstaltungen in Rostock-Warnemünde bereits abgesagt wurden und voraussichtlich noch weitere Absagen folgen, ist derzeit unklar, wie sich dies auf die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebs auswirken wird. Zudem ist durch das derzeitige Reiseverbot ein erheblicher Rückgang der Übernachtungszahlen in 2020 zu erwarten. Infolge dessen geht die Tourismusedirektion von beachtlichen Einnahmeverlusten bei der Kurabgabe aus. Auch in weiteren Geschäftsbereichen, wie z.B. der Parkplatzbewirtschaftung oder der Tourist-Informationen, muss mit erheblichen Einnahmeausfällen gerechnet werden.

Die Liquidität des kommunalen Eigenbetriebs ist durch die Möglichkeit eines Kassenkredits nach Auskünften der Tourismusedirektion jederzeit gegeben. Trotz diverser Planungsunsicherheiten ist jedoch davon auszugehen, dass die Pandemie das Geschäftsjahr 2020 in allen Geschäftsbereichen erheblich belasten wird.

## **Erwarteter Jahresfehlbetrag für 2020**

Derzeit geht die Tourismusedirektion davon aus, dass im Wirtschaftsjahr 2020 ein aus einem Jahresfehlbetrag stammender Ausgleichsbedarf von TEUR 1.654 entstehen wird. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass der derzeit gültige Wirtschaftsplan die Auswirkungen der Pandemie noch nicht berücksichtigt.

Wir stellen fest, dass die Lagebeurteilung durch die Tourismusedirektion, insbesondere die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und die Beurteilung der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht für das Geschäftsjahr ihren Ausdruck gefunden haben, plausibel und folgerichtig abgeleitet ist.



## **2.2 Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB i. V. m. § 14 Abs. 2 KPG**

### **2.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen oder Tatsachen, die wesentliche Stützungsmaßnahmen des Einrichtungsträgers erfordern können**

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir auch über entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen zu berichten, die wir bei Durchführung der Prüfung festgestellt haben. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Ausführungen der Tourismusdirektion im Anhang und Lagebericht zu den Auswirkungen der Ausbreitung des Corona-Virus hin.

Zudem besteht eine Abhängigkeit der TZR&W von erheblichen Stützungsmaßnahmen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Ohne entsprechende Zahlungen durch die Hansestadt kann der Eigenbetrieb die ihm übertragenden Aufgaben aus der Betriebssatzung nicht wahrnehmen.

Der gültige Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 sieht einen Ausgleichsbedarf von TEUR 1.654 vor, welcher durch entsprechende Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gedeckt wird.

### **2.2.2 Unrichtigkeiten und Verstöße in der Rechnungslegung und Verstöße gegen sonstige Vorschriften**

Bei der Durchführung der Abschlussprüfung haben wir keine Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften oder Tatsachen festgestellt, die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz und die ergänzenden Regelungen in der Eigenbetriebssatzung darstellen.

## **3. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen**

Zu den rechtlichen, wirtschaftlichen, technischen und steuerlichen Grundlagen des Eigenbetriebs verweisen wir auf die Anlage 7.



## **4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

### **4.1 Gegenstand der Prüfung**

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde für das zum 31. Dezember 2019 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Tourismusedirektion des Eigenbetriebs ist verantwortlich für die Buchführung, die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung, die eingerichteten internen Kontrollen sowie die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben.

Gemäß § 14 Abs. 2 KPG sind im Prüfungsbericht insbesondere darzustellen:

- die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der geprüften Einrichtung,
- verlustbringende Geschäfte und deren Ursachen, wenn diese für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und
- die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Fehlbetrages.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

Die Prüfung erstreckte sich ferner gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung der Tourismusedirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse.



## 4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Ziel unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es, sicherzustellen, dass die Aussagen im Jahresabschluss der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde zutreffend sind.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung der Tourismusdirektion zugesichert werden kann.

Die Grundlage unserer Prüfung ist das Verständnis für das Geschäft unseres Mandanten. Wir haben uns

- mit dem Umfeld und der Branche sowie der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens befasst,
- mit dem Rechnungslegungssystem und den Rechnungslegungsmethoden im Unternehmen vertraut gemacht und
- ein Verständnis des internen Kontrollsystems, dessen Qualität und Funktionsfähigkeit von grundlegender Bedeutung für unser Prüfungsvorgehen ist, verschafft.

Auf dieser Basis haben wir die Risiken für die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde eingeschätzt und unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes die Auswirkungen auf Jahresabschluss beurteilt. Unsere Risikoeinschätzung basierte auf einem kontinuierlichen Austausch mit dem Eigenbetrieb und spiegelt unsere Analyse der wesentlichen Risiken der TZR&W wider. Dabei wurden auch die Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt.

Branchenkenntnis, Geschäftsverständnis und Risikoeinschätzung bildeten die Basis für die detaillierte Planung und Schwerpunktsetzung unserer Prüfung. Auf diese Weise haben wir unsere Abschlussprüfung, insbesondere auf die folgenden Schwerpunkte ausgerichtet:



- Eröffnungsbilanzwerte im Rahmen der Erstprüfung
- Bewertung des Anlagevermögens
- Ausweis des Eigenkapitals
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen

Im Rahmen unserer Prüfungsplanung wählten wir das Prüfungsteam aus. Zudem bestimmten wir die Strategie und den zeitlichen Ablauf der Prüfung, sodass sich ein strukturierter risikoorientierter Prüfungsplan ergab.

Aufgrund unserer Risikobeurteilung und der Kenntnis der Geschäftsprozesse und Systeme der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde haben wir eingeschätzt, welche Prüfungsgebiete auf Basis kontrollbasierter Prüfungshandlungen beurteilt werden sollten. Dies umfasste die Beurteilung der Ausgestaltung sowie der Wirksamkeit der von uns zur Prüfung ausgewählten rechnungslegungsbezogenen Kontrollmaßnahmen. In den Bereichen, in denen wir die Kontrollmaßnahmen als verlässlich einschätzten, konnte die stichprobenartige Prüfung von Belegen und Einzelsachverhalten reduziert werden.

Neben kontrollbasierten Prüfungshandlungen führten wir stichprobenweise Einzelfallprüfungen und analytische Prüfungen von Abschlussposten durch, um insgesamt eine hinreichende Prüfungssicherheit zu erlangen. In dieser Phase beschäftigten wir uns schwerpunktmäßig mit Einzelsachverhalten und mit den im Abschluss abgebildeten Beträgen und Angaben unter Berücksichtigung der Ausübung von Bilanzierungswahlrechten und der Nutzung von Ermessensspielräumen. Im Rahmen unserer Einzelfallprüfungen haben wir auch Bestätigungen der für den Eigenbetrieb tätigen Kreditinstitute eingeholt. Analytische Prüfungshandlungen bei Abschlussposten wurden beispielsweise mithilfe der Kennzahlenanalyse durchgeführt, um festzustellen, ob sich bestimmte Trends wie erwartet entwickelt haben.

Gegenstand unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts war, ob insbesondere die Aussagen über den Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage sowie die Angaben zu den bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren mit dem Jahresabschluss in Einklang stehen. Wir haben eine Plausibilitäts- und Übereinstimmungsprüfung mit



den im Rahmen der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen bezüglich wertender und prognostischer Angaben durchgeführt. Dies gilt vor allem für die Angaben zu den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren sowie für die Beurteilung und Erläuterung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken. Bei der Beurteilung der zukunftsorientierten Angaben haben wir die Plausibilität der zugrundeliegenden Annahmen und die Realitätsnähe der Prognosen eingeschätzt.

Der Prüfung gemäß § 53 HGrG liegt der IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720) zugrunde. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt 8.

Abschließend haben wir eine Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse sowie des Jahresabschlusses vorgenommen. Aufgrund dieser Gesamtbeurteilung bildeten wir unser Prüfungsurteil, den Bestätigungsvermerk. Dieser ist neben dem Prüfungsbericht Bestandteil unserer Berichterstattung über die durchgeführte Prüfung.

An der im April 2020 in unserer Schweriner Niederlassung durchgeführten Prüfung waren maßgeblich Herr Rechtsanwalt/Steuerberater/Wirtschaftsprüfer Kai Voige, als verantwortlicher Wirtschaftsprüfer, und Herr Simon Grabbert, als Prüfer, beteiligt.

Eine Schlussbesprechung mit dem Tourismusdirektor hat aufgrund der Corona-Krise telefonisch am 18. Mai 2020 stattgefunden.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Tourismusdirektion hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.



## **5. Feststellungen zur Rechnungslegung**

### **5.1 Buchführung und zugehörige Unterlagen**

Die Bücher des Eigenbetriebs sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von dem Eigenbetrieb getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

### **5.2 Vorjahresabschluss**

Der von der HAG Hanseatic Audit GmbH geprüfte und am 8. April 2019 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 nebst Lagebericht wurde von der Rostocker Bürgerschaft am 4. Dezember 2019 festgestellt. Des Weiteren wurde in dem Beschluss die Verrechnung mit den bereits geleisteten Abschlagszahlungen von TEUR 1.768 mit dem Jahresfehlbetrag beschlossen. Der Betrag von TEUR 1.768 wurde dem Eigenkapital zugeführt. Siehe hierzu auch Abschnitt 6. "Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses" unseres Berichtes.

Dem Tourismusdirektor wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Die Offenlegungsvorschriften für die Einreichung des Vorjahresabschlusses beim elektronischen Bundesanzeiger nebst sonstiger gesetzlich einzureichender Unterlagen gemäß § 325 i. V. m. § 326 HGB wurden beachtet.



### **5.3 Jahresabschluss**

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen des Eigenbetriebs entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Gemäß § 32 Abs. 3 EigVO M-V wurde der Jahresabschluss nach den Vorschriften des Dritten Buches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

### **5.4 Lagebericht**

Der Lagebericht der Tourismusdirektion entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung.





## **6. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **6.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen**

Die allgemeinen Bewertungsgrundlagen sind im Anhang (vgl. Anlage 4) dargestellt.

Wesentliche Änderungen in den Bewertungsgrundlagen haben wir nicht festgestellt. Änderungen der Ausübung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte haben sich nicht ergeben.

### **6.2 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen**

Eine Ausnutzung von Ermessensspielräumen und sachverhaltsgestaltender Maßnahmen hat sich nicht ergeben.

### **6.3 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs.

Dessen ungeachtet weisen wir darauf hin, dass der Eigenbetrieb die in 2018 erhaltenen Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock von TEUR 1.768 nach Beschluss der Bürgerschaft vom 4. Dezember 2019 als Kapitalzuschuss dem Eigenkapital zugeführt und eine Verrechnung mit den in 2018 geleisteten Abschlagszahlungen vorgenommen hat. Eine ergebniswirksame Auflösung der im Jahresabschluss 2018 dargestellten Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von TEUR 1.768 erfolgt gemäß § 33 Abs. 3 Satz 2 EigVO M-V nicht.



## 7. Wirtschaftliche Verhältnisse

### 7.1 Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs

#### 7.1.1 Ertragslage

	2019		2018		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	5.264	100,0	5.676	100,0	-412	-7,3
<b>Betriebsleistung</b>	5.264	100,0	5.676	100,0	-412	-7,3
Materialaufwand	-2.069	-39,3	-2.404	-42,4	335	13,9
Personalaufwand	-3.128	-59,4	-3.208	-56,5	80	2,5
Abschreibungen	-265	-5,0	-275	-4,8	10	3,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.504	-28,6	-1.888	-33,3	384	20,3
Sonstige Steuern	-7	-0,1	-7	-0,1	0	0,0
<b>Betriebsaufwand</b>	-6.973	-132,4	-7.782	-137,1	809	10,4
Sonstige betriebliche Erträge	204	3,9	287	5,1	-83	-28,9
<b>Betriebsergebnis</b>	-1.505	-28,5	-1.819	-32,0	314	17,3
<b>Finanz- und Beteiligungsergebnis</b>	75	1,4	53	0,9	22	41,5
<b>Jahresergebnis</b>	-1.430	-27,1	-1.766	-31,1	336	19,0

Die Verminderung der **Umsatzerlöse** ist im Wesentlichen auf gesunkene Mieten und Pachten, Parkplatzentgelte, Werbeleistung, Eintrittsgelder sowie auf die geringe Veranstaltungsdichte zurückzuführen.

Der Rückgang des **Materialaufwands** resultiert aus einem im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Anzahl Veranstaltungen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind ebenfalls aufgrund der geringen Anzahl Veranstaltungen zurückgegangen, weil dadurch geringere Aufwendungen für Werbung angefallen sind.



## 7.1.2 Vermögenslage

### Vermögensstruktur

	31.12.2019		31.12.2018		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,0	5	0,0	-3	-60,0
Sachanlagen	12.014	91,0	12.230	92,1	-216	-1,8
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>12.016</b>	<b>91,0</b>	<b>12.235</b>	<b>92,1</b>	<b>-219</b>	<b>-1,8</b>
Vorräte	22	0,2	20	0,1	2	10,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	154	1,2	251	1,9	-97	-38,6
Forderungen im Verbundbereich	22	0,2	41	0,3	-19	-46,3
Sonstige Vermögensgegenstände	22	0,2	22	0,2	0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,1	14	0,1	-4	-28,6
Liquide Mittel	943	7,1	703	5,3	240	34,1
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>1.173</b>	<b>9,0</b>	<b>1.051</b>	<b>7,9</b>	<b>122</b>	<b>11,6</b>
	<b>13.189</b>	<b>100,0</b>	<b>13.286</b>	<b>100,0</b>	<b>-97</b>	<b>-0,7</b>

### Kapitalstruktur

	31.12.2019		31.12.2018		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stammkapital	5.000	37,9	5.000	37,6	0	0,0
Kapitalrücklage	6.437	48,7	6.437	48,5	0	0,0
Gewinnrücklage	81	0,6	81	0,6	0	0,0
Bilanzverlust	-1.430	-10,8	-1.766	-13,3	336	19,0
<b>Eigenkapital</b>	<b>10.088</b>	<b>76,4</b>	<b>9.752</b>	<b>73,4</b>	<b>336</b>	<b>3,4</b>
Sonderposten für Zuwendungen	530	4,0	433	3,3	97	22,4
Langfristige Sonstige Rückstellungen	15	0,1	15	0,1	0	0,0
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>545</b>	<b>4,1</b>	<b>448</b>	<b>3,4</b>	<b>97</b>	<b>21,7</b>
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	417	3,2	443	3,3	-26	-5,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365	2,8	429	3,2	-64	-14,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	193	1,5	221	1,7	-28	-12,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock	1.480	11,2	1.871	14,1	-391	-20,9
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	101	0,8	122	0,9	-21	-17,2
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>2.556</b>	<b>19,5</b>	<b>3.086</b>	<b>23,2</b>	<b>-530</b>	<b>-17,2</b>
	<b>13.189</b>	<b>100,0</b>	<b>13.286</b>	<b>100,0</b>	<b>-97</b>	<b>-0,7</b>



Die Verringerung des **Langfristig gebunden Vermögens** ergibt sich per Saldo aus planmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Zu der Entwicklung der **liquiden Mittel** verweisen wir auf den Abschnitt 7.1.3 "Finanzlage".

Die Zunahme des **Eigenkapitals** beruht auf einer Verrechnung der im Vorjahr ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock aus erhalten Ausgleichszahlungen mit dem Bilanzverlust abzüglich dem in 2019 entstandenen Jahresfehlbetrag.

Die kurzfristigen **Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock** haben sich im Wesentlichen aufgrund der in 2019 geringer ausgefallenen Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich reduziert.

### 7.1.3 Finanzlage

#### Cashflow

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die in Anlage 3 beigefügt Cashflow-Rechnung (Finanzrechnung / Kapitalflussrechnung), die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

#### Liquiditätslage

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR	+/- TEUR
Liquide Mittel	943	703	240
Kurzfristige Forderungen und Abgrenzungen	208	328	-120
Vorräte	22	20	2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.173	1.051	122
abzüglich kurzfristiges Fremdkapital	-2.556	-3.086	530
Working Capital	<u>-1.383</u>	<u>-2.035</u>	<u>652</u>



## Kennzahlen zur Finanzlage

		<u>2019</u>	<u>2018</u>
<b>Liquidität 1. Grades (Cash Ratio)</b>	$\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	0,37	0,23
<b>Liquidität 2. Grades</b>	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	0,45	0,33
<b>Liquidität 3. Grades (Current ratio)</b>	$\frac{\text{kurzfristig gebundenes Vermögen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	0,46	0,34

## 7.2 Wirtschaftsplan

Der Soll-/ Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan ist der Anlage 10 zu entnehmen.



**8. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Tourismusdirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 13 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz M-V i. V. m. § 53 HGrG**

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung, geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in der Anlage 9 zusammengestellt. In diesem Zusammenhang wiesen wir auf folgende Sachverhalte und Feststellungen hin:

**Zu Fragenkreis 3:**

Wir weisen darauf hin, dass der Eigenbetrieb für das Geschäftsjahr 2019 keine Bereichsrechnung aufgestellt hat. Eine Gliederung in Bereiche ist in der derzeitigen Betriebssatzung nicht verankert. Dies entspricht derzeit nicht vollumfänglich den Anforderungen gemäß § 1 Abs. 3 EigVO M-V. Der Eigenbetrieb plant ab dem Geschäftsjahr 2021 Bereichsrechnungen aufzustellen.

Darüber hinaus verweisen wir hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Fragenkreis 11 bis 16 der Anlage 9 dieses Berichts sowie auf unsere Ausführungen unter Punkt 2.2.1 "Bestandsgefährdende Tatsachen", in denen wir die Abhängigkeit des Eigenbetriebs bzw. seines Fortbestands von der weiteren Gewährung kostendeckender Zuschüsse hervorheben.



## **9. Sonstige Feststellungen**

### **9.1 Sachverhalte mit einigem Gewicht**

Dezüglich derartiger Sachverhalte verweisen wir auf die Ausführungen der Tourismusdirektion im Lagebericht sowie unsere Ausführungen im Abschnitt 2. "Grundsätzliche Feststellungen" zu den Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie auf den Eigenbetrieb.

### **9.2 Überschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit**

Der Eigenbetrieb kann als juristisch unselbständiger Teil der Gebietskörperschaft der Hansestadt- und Universitätsstadt Rostock nicht von einer Insolvenz im Sinne des § 19 InsO bedroht sein. Allerdings weisen wir darauf hin, dass die Abschlagszahlungen des Einrichtungsträgers, der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, für die TZR&W notwendig sind, um die satzungsgemäße Geschäftstätigkeit wahrnehmen zu können.

Hierzu weisen wir auch auf den Abschnitt 2.2.1 "Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen oder Tatsachen, die wesentliche Stützungsmaßnahmen des Einrichtungsträgers erfordern können" Prüfungsberichts hin.

### **9.3 Bereichsrechnungen**

Nach den uns vom Tourismusdirektor bestehen mehrere Bereiche im Eigenbetrieb, welche jedoch noch nicht abschließend bestimmt sind.

Der Eigenbetrieb hat für das Geschäftsjahr 2019 keine Bereichsrechnung aufgestellt. Eine Gliederung in Bereiche ist in der derzeitigen Betriebssatzung auch nicht verankert.

Der Eigenbetrieb plant nach Angaben des Tourismusdirektors, ab dem Geschäftsjahr 2021, den Anforderungen des § 1 Abs. 3 EigVO M-V vollumfänglich zu genügen. Das bedeutet, dass der Eigenbetrieb sich zukünftig in die Bereiche „Grundstücke und Flächen“ sowie den Bereich „Verwaltung der Erbbaurechte“ aufgliedert wird.



Der Eigenbetrieb verfügt über eine Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. Diese liefert verwertbare Ergebnisse über die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Geschäftsfelder bzw. bestimmter Projekte.

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung ist im Hinblick auf die Größe des Betriebes zweckmäßig eingerichtet

#### **9.4 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen**

Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen wurden durch den Eigenbetrieb nicht ausgereicht.

#### **9.5 Eigenkapital**

Der Eigenbetrieb weist zum 31. Dezember 2019 ein positives Eigenkapital von TEUR 10.088 aus. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 76 %. Diese übersteigt damit deutlich die gemäß Nr. 11.3 EignVOVV M-V anzustrebende Eigenkapitalquote von 30 %.

#### **9.6 Verbindlichkeiten**

Ein Verbindlichkeitspiegel bzw. Kreditnachweis ist als diesem Prüfungsbericht Anlage 11 beigelegt.

#### **9.7 Derivative Geschäfte**

Derivative Geschäfte wurden im Berichtsjahr weder beansprucht noch empfangen.

#### **9.8 Beihilfen**

Der Eigenbetrieb hat von seiner Trägerkommune, der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, im Berichtsjahr 2019 in Gestalt eines Verzichts auf die Rückzahlung der Zuschüsse des Vorjahres (TEUR 1.768) eine Stärkung des Eigenkapitals verzeichnen können.

Zudem hat die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Berichtsjahr 2019 Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich in Höhe von TEUR 1.430 geleistet, welche sich jedoch nicht ertragswirksam ausgewirkt haben. Es ist vorgesehen, dass nach einem entsprechenden Beschluss der Rostocker





Bürgerschaft, auf die Rückzahlung der Abschlagszahlungen zu verzichten und diesen Betrag dem Eigenkapital in 2020 zuzuführen.

Zusätzlich hat die TZR&W im Berichtsjahr einen Ertrag von TEUR 58 aus einer in 2018 erhalten Zuwendung zur Erstellung eines HanseSail-Konzeptes erhalten.

Außerdem erhielt die TZR&W im Rahmen des EU-Projektes Baltic Pass eine Zuwendung in Höhe von TEUR 59.

Aufgrund unserer rechtlichen Einschätzung und der Tatsache, dass wir weder durch eigene Prüfungshandlungen noch durch Angaben der TZR&W Anhaltspunkte für die Einleitung eines Prüfungsverfahrens der EU-Kommission oder eine Konkurrentenklage haben konstatieren können, die eine Rückzahlungsverpflichtung der TZR&W wahrscheinlich werden lassen könnten, ist der von uns geprüfte Jahresabschluss hinsichtlich der Berücksichtigung beihilferechtlicher Risiken nicht zu beanstanden.

#### **9.9 Vergaberecht und Ausschreibungsverfahren**

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelungen. Im Berichtsjahr wurden aufgrund der geringen Investitionsvolumina keine Vergabeverfahren durchgeführt.

#### **9.10 Betriebsführungs- und Geschäftsbesorgungsverträge**

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr keinen Betriebsführungs- oder Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen.

#### **9.11 Geschäftsführerbezüge**

Die Geschäftsführerbezüge sind im Anhang (Anlage 4) vollständig und zutreffend angegeben.



#### **9.12 Erklärungen der Mitglieder des Aufsichtsorgans zu Geschäftsbeziehungen mit der prüfungspflichtigen Einrichtung**

Entsprechend der Anlage 2 des Grundwerks des Landesrechnungshofes vom 3. April 2019 ist von den Mitgliedern des Aufsichtsorgans eine Erklärung zu Geschäftsbeziehungen mit der prüfungspflichtigen Einrichtung einzuholen.

Da Gemäß § 4 der Satzung der Tourismusdirektor den Eigenbetrieb selbständig leitet und Entscheidungen treffen kann und kein Aufsichtsorgan benannt ist, wurden keine Erklärungen zu den Geschäftsbeziehungen eingeholt.

Die TZR&W unterliegt gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung direkt der Aufsicht des Oberbürgermeisters, welcher rechtzeitig über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs durch den Tourismusdirektor zu unterrichten ist und der auf Verlangen jede Auskunft zu erteilen hat.



## **10. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks**

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 25. Mai 2020 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

An die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock:

#### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 – geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die in Abschnitt 1 des Lageberichts enthaltenen Erklärungen zu Veranstaltungen sowie allgemeine Informationen haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der EigVO M-V i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der EigVO M-V und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.



Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Sonstige Informationen**

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Abschnitt „Prüfungsurteile“ genannten, nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder



- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der EigVO M-V in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der EigVO M-V zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.



## **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.





## **Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen**

### **Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V**

#### **Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen**

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs im Berichtsjahr Anlass geben.

#### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers**

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.



Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen."

## **11. Schlussbemerkung**

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 und des Lageberichtes für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n.F.).

Schwerin, den 25. Mai 2020

MÖHRLE HAPP LUTHER GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Dodenhoff)  
Wirtschaftsprüfer

(Voige)  
Wirtschaftsprüfer

Anlage 1

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock**  
**- Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock -**

**Bilanz zum 31. Dezember 2019**

**A K T I V A**

	EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.646,09	5.380,97
	1.646,09	5.380,97
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.762.433,58	11.931.454,21
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.184,55	297.651,77
	12.014.618,13	12.229.105,98
	12.016.264,22	12.234.486,95
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
Waren	22.235,63	20.198,96
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	153.893,48	251.103,51
2. Forderungen gegen die Hansestadt Rostock	21.698,96	41.304,34
3. Sonstige Vermögensgegenstände	21.523,59	22.304,51
	197.116,03	314.712,36
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	943.452,41	702.626,03
	1.162.804,07	1.037.537,35
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	9.674,16	13.639,49
	13.188.742,45	13.285.663,79

**P A S S I V A**

	EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Stammkapital</b>	5.000.000,00	5.000.000,00
<b>II. Kapitalrücklage</b>	6.437.334,58	6.437.334,58
<b>III. Gewinnrücklage</b>	80.579,60	80.579,60
<b>IV. Jahresfehlbetrag</b>	-1.429.743,01	-1.766.358,76
	10.088.171,17	9.751.555,42
<b>B. Sonderposten zum Anlagevermögen</b>	529.884,14	432.841,79
<b>C. Rückstellungen</b>		
Sonstige Rückstellungen	431.508,64	457.950,00
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365.407,15	429.324,35
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	192.755,82	220.948,51
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock	1.480.240,75	1.870.713,62
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.703,71 (i.V. EUR 1.703,71)	81.984,25	85.639,31
	2.120.387,97	2.606.625,79
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	18.790,53	36.690,79
	13.188.742,45	13.285.663,79

## Anlage 2

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock  
- Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock -**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit  
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019**

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	5.263.940,66	5.676.216,97
2. Sonstige betriebliche Erträge	204.405,95	286.769,01
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-61.827,89	-63.344,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.007.181,28</u>	<u>-2.340.459,18</u>
	-2.069.009,17	-2.403.803,28
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.538.250,70	-2.639.575,09
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-589.633,24	-568.259,93
davon für Altersversorgung: EUR 97.198,09 (i.V. EUR 95.274,13)		
	<u>-3.127.883,94</u>	<u>-3.207.835,02</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-265.474,47	-275.284,01
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	92.418,01	67.197,05
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.503.849,84	-1.888.222,46
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.326,73	3.320,94
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-18.257,31</u>	<u>-17.692,34</u>
10. Ergebnis nach Steuern	-1.422.383,38	-1.759.333,14
11. Sonstige Steuern	<u>-7.359,63</u>	<u>-7.025,62</u>
12. Jahresfehlbetrag	<u><u>-1.429.743,01</u></u>	<u><u>-1.766.358,76</u></u>

## Jahresabschluss 2019



## Finanzrechnung 2019

	2019 TEUR	2018 TEUR
1. Periodenergebnis vor Verlustausgleich	-1.430	-1.766
2. Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	265	275
3. Auflösung (-) / Zuschreibungen (+) auf Sonderposten des Anlagevermögens	97	-67
4. Verlust (+) / Gewinn (-) aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	-1
5. sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0
6. Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	135	-84
7. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-26	53
8. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Vorräte, der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-118	-52
<b>9. Mittelzu- /Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.077</b>	<b>-1.642</b>
10. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens / immateriellen Anlagevermögens	0	2
11. Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-47	-296
12. Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1	-2
<b>13. Mittelzu- /Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-48</b>	<b>-296</b>
14. Einzahlung (+) aus Eigenkapitalzuführungen (1.430 TEUR Ausgleichszahlungen der Hansestadt Rostock)	1.430	1.868
15. Auszahlungen (-) an die Gemeinde (Rückzahlung Ausgleichsüberzahlung Vorjahr der Hansestadt Rostock)	-2	-2
16. Auszahlungen (-) aus der Tilgung von Finanzkrediten	-63	-56
<b>17. Mittelzu- /Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>1.365</b>	<b>1.810</b>
18. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes (Summe aus den Ziffern 9, 13 und 17)	240	-128
19. Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	703	831
<b>20. Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>943</b>	<b>703</b>

## Anhang für das Wirtschaftsjahr 2019

### 1. Allgemeine Angaben

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde mit Sitz in Rostock ist als Eigenbetrieb im Handelsregister Rostock unter HRA 1853 eingetragen.

### 2. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“ ist in analoger Anwendung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie der besonderen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (EigVO M-V) aufgestellt.

Bei der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB angewendet.

Abweichend zum Vorjahr wird in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß den nach § 41 EigVO M-V zu verwendenden amtlichen Muster für den Jahresabschluss eines Eigenbetriebes die Position „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Abs. 4 bis 6 EigVO“ ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

### 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden unverändert folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten angesetzt und linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die planmäßigen linearen Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Geringwertige Anlagegüter im Wert von 251 EUR bis 800 EUR wurden im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben und gleichzeitig als Abgang gezeigt.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungskosten bewertet und soweit erforderlich auf einen niedrigeren, am Abschlussstichtag beizulegenden Wert abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert. Das individuelle bzw. allgemeine Kreditrisiko wurde jeweils durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Die liquiden Mittel sind zu Nominalwerten bewertet.

Der unsaldierte Ausweis des Sonderpostens für Investitionszuschüsse erfolgt zur besseren Darstellung der Vermögens- und Finanzlage. Die Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände bestimmt die Auflösung des Sonderpostens.

Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages bilanziert, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

### **3. Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses**

#### **Anlagevermögen**

Die Entwicklung und Gliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem Anlagespiegel ersichtlich (siehe Anlage zum Anhang).

#### **Umlaufvermögen**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sämtlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

#### **Eigenkapital**

Die Entwicklung des Eigenkapitals zum 31.12.2019 stellt sich wie folgt dar.

Die Veränderungen betreffen den Bilanzvortrag:

01. Januar 2019	0,00
Vortrag des Jahresfehlbetrags 2018	+1.766.358,76
Zugang aus Verzicht der Hanse- und Universitätsstadt Rostock der Abschlagszahlungen 2018	-1.766.358,76
31. Dezember 2019	0,00

Durch Beschluss der Bürgerschaft Rostock vom 4. Dezember 2019 zum Verzicht der aus bereits geleisteten Abschlagszahlungen entstanden Verbindlichkeit zum 31.12.2018 i.H.v. EUR 1.768.000,00 abzüglich einer Rückzahlung vom EUR 1.641,24 wurden insgesamt EUR 1.766.358,76 dem Eigenkapital zugeführt.

Der Insgesamt besteht das Eigenkapital zum Stichtag 31. Dezember 2019 mit TEUR 10.088.

#### **Sonderposten für Investitionszuschüsse**

Im Sonderposten werden neben Investitionszulagen für Gegenstände des Sachanlagevermögens Zuschüsse für den Umbau der Alten Vogtei in das Haus des Gastes und die Errichtung einer öffentlichen Toilette im Gebäude ausgewiesen.

## Anlage 4

Hinzu kommt seit August 2014 eine zweckgebundene Investitionszuwendung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Sanierung der WC-Anlage am Strandaufgang 6/Heinrich-Heine-Straße, die entsprechend der Abschreibungsrate jährlich aufgelöst wird.

Seit 2018 ist eine neue WC-Anlage mit einer Ausleihstation am Strandaufgang 10 in Warnemünde im Betrieb. Hierfür erhielt die TZR&W eine Investitionszuwendung vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern. Der Zuwendungsbescheid erging im März 2019. Die Zuwendung wird entsprechend der jährlichen Abschreibungsrate aufgelöst. Die Auflösung für das Jahr 2018 erfolgte im Geschäftsjahr anteilig.

Der sonstige betriebliche Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens beträgt im Geschäftsjahr 92.418,01 EUR.

Der Sonderposten entwickelte sich wie folgt (in EUR):

	<u>Investitionszuschüsse</u>
01. Januar 2019	432.841,79
Zugang WC-Anlage Strandaufgang 10	189.460,36
Auflösung	<u>92.418,01</u>
31. Dezember 2019	<u><u>529.884,14</u></u>

### Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen gebildet für Aufwendungen für unterlassene Instandhaltung (99 TEUR), Urlaub, Überstunden und Leistungsentgeltzahlungen (123 TEUR), die Unfallumlage (23 TEUR), Abschluss- und Prüfungskosten (34 TEUR), ausstehende Rechnungen (86 TEUR), Altersteilzeit (42 TEUR) und Archivierungskosten (15 TEUR).

Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung betreffen Maßnahmen, die bis zum 31. März des Folgejahres realisiert werden. Im Vordergrund stehen dabei durch Stürme und Hochwasser verursachte Reparatur- und Ausgleichsmaßnahmen am Strand sowie Renovierungsvorhaben in den Finnhütten und am Quartier der Rettungsschwimmer im Dünenweg 5 in Markgrafenheide. Außerdem erfolgt ein Austausch und damit verbunden eine umfangreiche Neugestaltung der Strandbeschilderung. Die Abwasserpumpe am Rettungsturm 3 in Warnemünde wird ausgetauscht und die Sanierung des Parkplatzes hinter der Vogtei wird mit der neuen Pflasterung weiter vorangetrieben.



## Verbindlichkeiten

Zusammensetzung und Fristigkeit sind im nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel dargestellt (in EUR):

	Gesamtbetrag 31.12.2019	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	zwischen 2 und 5 Jahren	über 5 Jahre
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365.407,15	60.468,03	247.667,14	57.271,98
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	192.755,82	192.755,82	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock	1.480.240,75	1.480.240,75	0,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	81.984,25	81.984,25	0,00	0,00
	<u>2.120.387,97</u>	<u>1.815.448,85</u>	<u>247.667,14</u>	<u>57.271,98</u>

## Sonstige Angaben

Es bestehen keine angabepflichtigen Haftungsverhältnisse. Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 1.087 TEUR.

## Entwicklung des Personals

Im Jahresdurchschnitt waren im Eigenbetrieb 50 (im VJ 51) Arbeitnehmer (ohne Tourismusdirektor) sowie zwei Auszubildende beschäftigt.

## Außergewöhnliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Zuschüssen für das Projekt Baltic Pass in Höhe von 59 TEUR, aus einem Zuschuss der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Neukonzeptionierung der Hanse Sail (58 TEUR) und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 30 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außergewöhnliche Aufwendungen in Höhe von 8 TEUR für eine Schadenersatzzahlung.

## Ereignisse nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Die derzeitige in 2020 begründete Pandemie durch das Covid-19-Virus hat keine Auswirkungen auf die Bilanzierung zum Bilanzstichtag 31.12.2019

**Honorar des Wirtschaftsprüfers**

Für das Honorar des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wurde eine Rückstellung in Höhe von 9 TEUR gebildet.

**Leitung des Eigenbetriebes**

Herr Matthias Fromm steht als Tourismusdirektor seit dem 1. Dezember 2010 der Leitung des Eigenbetriebes vor. Die Gesamtbezüge belaufen sich im laufenden Geschäftsjahr auf 87,5 TEUR. Für seine Geschäftsführertätigkeit bei Rostock Marketing hat Herr Fromm im Jahr 2019 von der Tourismuszentrale keine Aufwandsentschädigung erhalten.

**Verwendung des Jahresergebnisses**

Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.429.743,01 EUR. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Vorauszahlungen auf diesen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.430.000,00 EUR geleistet. Diese werden zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeit bilanziert. Der Ausgleich erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft zum Jahresabschluss 2019 in 2020. Nach Saldierung des Ausgleichsbedarfes und der Vorauszahlungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ergibt sich eine Ausgleichsüberzahlung in Höhe von 256,99 EUR, welche an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zurückzuzahlen ist.

Rostock, den 29. April 2020

Tourismuszentrale  
Rostock & Warnemünde

Matthias Fromm  
Tourismusdirektor

## Anlage zum Anhang

## Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2019

	Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
	Stand am 1.1.2019 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 1.1.2019 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 31.12.2018 EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>									
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>79.171,97</u>	<u>719,74</u>	<u>5.013,45</u>	<u>74.878,26</u>	<u>73.791,00</u>	<u>4.448,62</u>	<u>5.007,45</u>	<u>73.232,17</u>	<u>5.380,97</u>
	<u>79.171,97</u>	<u>719,74</u>	<u>5.013,45</u>	<u>74.878,26</u>	<u>73.791,00</u>	<u>4.448,62</u>	<u>5.007,45</u>	<u>73.232,17</u>	<u>5.380,97</u>
<b>II. Sachanlagen</b>									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.225.259,30	5.729,35	0,00	15.230.988,65	3.293.805,09	174.749,98	0,00	3.468.555,07	11.931.454,21
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.416.556,16</u>	<u>40.825,65</u>	<u>39.931,51</u>	<u>1.417.450,30</u>	<u>1.118.904,39</u>	<u>86.275,87</u>	<u>39.914,51</u>	<u>1.165.265,75</u>	<u>297.651,77</u>
	<u>16.641.815,46</u>	<u>46.555,00</u>	<u>39.931,51</u>	<u>16.648.438,95</u>	<u>4.412.709,48</u>	<u>261.025,85</u>	<u>39.914,51</u>	<u>4.633.820,82</u>	<u>12.229.105,98</u>
	<u>16.720.987,43</u>	<u>47.274,74</u>	<u>44.944,96</u>	<u>16.723.317,21</u>	<u>4.486.500,48</u>	<u>265.474,47</u>	<u>44.921,96</u>	<u>4.707.052,99</u>	<u>12.234.486,95</u>

# Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

## Lagebericht 2019

### Gegenstand

Geschäftsgegenstand der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde (im folgenden TZR&W genannt) ist die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hanse- und Universitätsstadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die TZR&W hat ihre Strukturen unter Berücksichtigung kommunalrechtlicher Aspekte so auf die satzungsgemäßen Aufgaben ausgerichtet, dass betriebswirtschaftliche Aussagen für folgende Geschäftsfelder möglich sind:

1. Seebad & Kurwesen
2. Büro Warnemünder Woche
3. Maritimer Tourismus / Büro Hanse Sail
4. Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
5. Tourist-Informationen
6. Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung

### 1. Geschäftsverlauf

Im Zeichen des Doppeljubiläums „800 Jahre Stadt und 600 Jahre Universität Rostock“ konnte die Tourismusbranche Rostocks auch in 2019 an die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre anschließen. So sind die Übernachtungszahlen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erneut um 7,0 % ggü. dem Vorjahr, die der Ankünfte um 1,3 % ggü. dem Vorjahr gestiegen. Die Entwicklung fügt sich in den vom Statistischen Landesamt<sup>1</sup> gemeldeten landesweiten Trend in Mecklenburg-Vorpommern, der eine insgesamt steigende Anzahl an Übernachtungen und Ankünften aufzeigt. Und so haben sich in Rostock insbesondere die Übernachtungszahlen besonders erfreulich entwickelt und betragen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 2.288.907. Die Beliebtheit bei den Gästen belegt eine Studie der IFH Köln, die der Hanse- und Universitätsstadt mit ihrer historischen Innenstadt eine besonders hohe Attraktivität für Touristen attestiert und sie deutlich vor anderen Städten vergleichbarer Größe sieht.<sup>2</sup>

Im Seebadbereich konnte laut Statistischem Landesamt das Vorjahresniveau deutlich verbessert werden. Die Übernachtungszahlen im Seebadbereich stiegen um 12,3 % bzw. bei den Ankünften um 4,6 %. Die im Wirtschaftsjahr entrichtete Kurabgabe in Höhe von rund 2.068 TEUR wurde ausschließlich für die Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben verwendet. Dies betrifft sowohl die kontinuierliche Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur als auch die strategische Weiterentwicklung der in der Tourismuskonzeption festgelegten Ziele. Hierzu zählt neben dem Gesundheitstourismus insbesondere der Umweltschutz und den sich daraus ableitenden Handlungsfeldern. Zudem generierte die

<sup>1</sup> <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/G%20IV%20Tourismus%2c%20Gastgewerbe/G%20413/2019/G413%202019%2012.pdf>

<sup>2</sup> <https://www.svz.de/lokales/rostock/Studie-Rostocker-Innenstadt-ist-attraktives-Ziel-fuer-Touristen-id22545387.html>

TZR&W im abgelaufenen Jahr deutlich höhere Einnahmen aus der Bewirtschaftung von Parkplätzen, der Verpachtung von Strandflächen, sowie weiterer Pachtflächen im Stadtgebiet.

Die Beschäftigten im **Geschäftsfeld Seebad & Kurwesen** sind für die Bewirtschaftung des Strandes, das Veranstaltungs-, Grundstücks- und Umweltmanagement, sowie die Etablierung des Gesundheitstourismus im Ostseebad verantwortlich.

Das Seebad Warnemünde zeichnet sich bis 2020 und bereits zum fünften Mal in Folge als „Familienfreundlicher Ferienort“ aus. Im Januar 2020 wird sich der Ort erneut um die Rezertifizierung bewerben, deren vorbereitende Maßnahmen bereits in den Jahren 2018 und 2019 eingeleitet worden sind. Zudem sind die Strände zum 23. Mal mit der Auszeichnung der „Blauen Flagge“ prämiert worden.

Die rettungsdienstliche Absicherung des Badebetriebes wurde auf zwei stationären und zehn mobilen Rettungstürmen durch die DRK-Wasserwacht realisiert. Tagsüber kontrollierten zwei über einen Sicherheitsdienst beauftragte Strandvögte jeweils in Warnemünde und in Markgrafenheide die Einhaltung der Strandsatzung. Zusätzlich beauftragte die TZR&W einen Sicherheitsdienst, der in den Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden für Ordnung und Sicherheit sorgte. Ferner oblag dem Dienstleister die Durchsetzung der Kurabgabepflicht auf den von der TZR&W bewirtschafteten Parkplätzen.

Auch wenn die Gespräche für die Erstellung des Bebauungsplanes-Nr.: 01.SO.160 „Strandbereich Warnemünde“ wieder aufgenommen worden sind, konnte der Prozess noch nicht abgeschlossen werden. In Folge dessen werden die Gewerbetreibenden nach wie vor nur bedingt in eine qualitativ hochwertige Gestaltung ihrer Angebote investieren können. Somit wird an der bestehenden Verfahrensweise zum Abschluss befristeter Verträge (aktuell max. 3 Jahre) festgehalten, welche im Jahr 2020 verlängert werden.

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde engagiert sich mit einem nachhaltigen Umweltmanagement unter dem Kampagnendach „Kein Plastik bei die Fische“ gegen die Verschmutzung der Strände und des Lebensraums Wasser. Der Schutz der Natur ist eine der größten Herausforderungen, denen sich Küstenregionen stellen müssen.

In diesem Sinne haben sich im Jahr 2019 nunmehr insgesamt 14 Strandbewirtschafter freiwillig zur Verwendung von biologisch abbaubarem Geschirr verpflichtet und sind damit von der TZR&W mit dem Siegel „Kein Plastik bei die Fische“ prämiert worden. Mit Unterzeichnung der Flächennutzungsverträge im Jahr 2020 werden alle Strandbewirtschafter vertraglich verpflichtet, ausschließlich nur noch biologisch abbaubares Geschirr einzusetzen.

Zudem sollen mit Aufklärung, Sport und Spiel auch junge Rostocker für ein verantwortungsbewusstes Verhalten am Strand sensibilisiert werden. So fanden erstmals in der Zeit vom 24.06. – 26.06.2019 die „Strandschultage“ in Warnemünde mit Schülern aus der Hanse- und Universitätsstadt sowie dem Landkreis Rostock statt. Die Schüler konnten jeweils an einem Projekttag vier Stationen durchlaufen, die für ein achtsames und verantwortungsbewusstes Verhalten am Strand sensibilisieren, lernten auch Strandsportangebote sowie die Trendsportarten Kite- und Windsurfen, Wellenreiten und SUP kennen und wurden nochmals intensiv mit den Baderegeln vertraut gemacht.

Orientierend am Beschluss der Bürgerschaft (0216/BV/1919) hat die TZR&W in den Neubau einer barrierefrei zugänglichen Toilettenanlage am Strandaufgang 10 investiert, der im

## Anlage 5

September 2018 fertiggestellt wurde. Auf Grund von Baumängeln musste die Anlage im Jahre 2019 zeitweise geschlossen werden. Diese Baumängel werden voraussichtlich erst im Jahr 2020 abgestellt werden. Die avisierte Etablierung einer Verleihstation, welche die Infrastruktur für mobilitätseingeschränkte Gäste im Seebad weiter verbessert hätte, konnte ebenfalls auf Grund dessen nicht umgesetzt werden.

Die TZR&W bot ihren Gästen im gesamten Seebadbereich ganzjährig ein breit gefächertes und attraktives Veranstaltungsprogramm an. Die ca. 200 Veranstaltungen wurden an den unterschiedlichsten Orten durchgeführt, wobei die TZR&W vielfach (ca.160-mal) als Veranstalter auftrat. Die Einbindung zusätzlicher Veranstaltungsräume für die Nebensaison hat sich bewährt. Ebenso wird verstärkt die Qualität in den Fokus der Weiterentwicklung des Veranstaltungskalenders der TZR&W genommen. Dies gilt für die fokussierten und vor allem neuen Angebote für Familien und in der Saisonverlängerung auf den Naturraum „Rostocker Heide“.

Für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen müssen immer größer werdende Anstrengungen unternommen werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Kernmoment einer erfolgreichen Veranstaltungsumsetzung ist die Gewährleistung der Sicherheit aller Beteiligten: Besucher, Dienstleister und Veranstalter. Von daher erzeugt die Inanspruchnahme externer Dienstleistungsunternehmen fortwährend deutlich höhere finanzielle Aufwendungen, die nach bestem Wissen entsprechend in den Planungen berücksichtigt werden. In diesem Sinne konnte im Jahr 2019 im Rahmen eines umfangreichen Ausschreibungsverfahrens die Firma ABS Sicherheitsdienst GmbH gewonnen werden, die eine Studie zur Entwicklung eines qualitätsorientierten Flächen- und Veranstaltungsplan für den Ortsteil Rostock-Warnemünde erarbeitet, der alle Veranstaltungsbereiche im Hinblick auf diverse Veranstaltungsformate bewertet. Ziel dieser Studie ist es, ein möglichst umfassendes Bild über die infrastrukturelle, sicherheitsrechtliche und verkehrliche Situation im Ortsteil Rostock-Warnemünde sowohl für kleinere als auch für Großveranstaltungen herausgearbeitet zu haben, welche sodann die Basis für alle Sicherheits- und Verkehrskonzepte darstellt.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde verfolgt weiterhin das Ziel, sich als attraktive Wellness- und Gesundheitsdestination nachhaltig zu positionieren (vgl. Tourismuskonzeption 2022), das auch durch Kampagnen des Landestourismusverbandes wie bspw. „Gesundes MV“ unterstützt wird. Rostock-Warnemünde ist mit seinem breiten Fundament an touristischer sowie medizin-therapeutischer Kompetenz und Infrastruktur gut vorbereitet. Daher wird im Rahmen der angestrebten Positionierung als „Thalasso-Seebad“ die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren der Branche weiter gestärkt. Zudem wurde in 2019 die kurörtliche Infrastruktur durch die Ausweisung von 10 Thalasso-Kurwegen im Seebadbereich Warnemünde und in der Rostocker Heide das Profil unterstützend und damit nachhaltig ergänzt. Vier neue Audiotouren entlang der Thalasso-Kurwege in Warnemünde vermitteln dem Gast darüber hinaus auf seiner Wanderung leichte Bewegungs- und Atemübungen sowie umfassendes Wissen zur Destination.

Die TZR&W hat sich weiterhin mit ihrer Projektidee des Gesundheitslotsen für den Gesundheitsurlaub im Seebadbereich erfolgreich im landesweiten Ideenwettbewerb „Gesundheitswirtschaft 2019“ durchgesetzt. Ab 2020 werden damit innerhalb der Tourismuszentrale die Weichen für den Aufbau einer noch effektiveren Schnittstelle zwischen gesundheitsbewussten Gast und Gesundheitsnetzwerk gestellt.

Warnemünde ist erneut im Ranking der Zeitschrift FOCUS für das Engagement im Gesundheitstourismus gewürdigt worden.

Das **Büro Warnemünder Woche** hat mit der durch die Bürgerschaft im Dezember 2018 beschlossenen Stärkung eine Vielzahl von Aufgaben in der Organisation übernommen. Es wirkt als Gesamtkoordinator aller Veranstaltungsbausteine und ist für die übergreifende touristische Vermarktung zuständig. Es dient sozusagen als Bindeglied zwischen Wasser- und Landprogramm und unterstützt die Segelwettbewerbe insbesondere durch die Übernahme von Aufgaben, die nicht originär zur Wettfahrt-Organisation gehören (Infrastruktur, Flächenmanagement, Sicherheit, Sanitär, etc.). Ziel dieser neuen Struktur ist die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Veranstaltung, indem hauptamtliche Strukturen das Ehrenamt unterstützen, das finanzielle Risiko der Vereine reduziert und eine Professionalisierung durch dauerhafte, neutrale Ansprechpartner für Vereine und Sponsoren sichergestellt wird.

Seit Mai 2019 ist das Büro mit 2,5 Stellen personell vollständig besetzt und die 82. Warnemünder Woche konnte vom 6.-14. Juli 2019 erstmalig in der neuen Struktur stattfinden. Die Veranstaltung war rundum ein Erfolg und lockte etwa 650.000 Besucher an. Mit zwei Weltmeisterschaften und vielen weiteren hochkarätigen Wettbewerben war die Veranstaltung insbesondere durch ihre Internationalität mit Sportlern aus 38 Nationen geprägt – alles Botschafter unserer Destination. Touristisch besonders interessant war dabei, dass die Raceboard-WM direkt vor dem Warnemünder Strand ausgetragen wurde und damit von den Gästen hautnah verfolgt werden konnte. Auch das Programm an Land mit Sommerfest, Niede Umgang und Sportveranstaltungen am Strand war gewohnt bunt und abwechslungsreich. Das besucherstarke Drachenbootrennen konnte nach einjähriger Pause aufgrund von Baumaßnahmen 2019 in kleiner Ausführung wieder stattfinden.

In den Verantwortungsbereich des Büros Warnemünder Woche fällt darüber hinaus auch die Planung und Umsetzung der SportBeachArena am Warnemünder Strandaufgang 1/2. Die Arena ist der Ort, an dem Vereine und Sportgruppen zwischen Mitte Juni und Ende August sportliche Wettbewerbe absolvierten. Hier fand außerdem die besonders medienwirksame Deutsche Beachsoccer Meisterschaft des Deutschen Fußball Bundes statt. Die Wahrnehmung der Events in der SportBeachArena steigt kontinuierlich an. Im Vorfeld und während der Ereignisse informieren wir und der jeweilige Veranstalter auf allen Kanälen, insbesondere in den sozialen Medien. Besonders hervorzuheben sind dabei die Reichweiten des DFB Beachsoccer Turniers, des DLRG-Cups sowie der Crossfit-Veranstaltung „Battle the Beach“, die dem Seebad große überregionale Aufmerksamkeit verleihen. Darüber hinaus ist auch die Liveübertragung von Events wie Beachsoccer ins Internet erfolgt.

Schwerpunkt des **Geschäftsfeldes Maritimer Tourismus / Büro Hanse Sail** war - im engen Zusammenwirken mit dem Hanse Sail e.V. - die erfolgreiche Planung, Durchführung und Abrechnung der „29. Hanse Sail Rostock“. Die Veranstaltung war ein Publikumsmagnet und zog erneut hunderttausende Besucher in Ihren Bann und trug damit zur touristischen Wertschöpfung bei. Die Hanse Sail Rostock ist ein international überaus gut und positiv wahrgenommenes, wertvolles, von den Medien mit Superlativen versehenes Markenzeichen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Küstenlandes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Veranstaltung trägt zum Erhalt maritimer Traditionen und traditioneller Schiffe bei. Die Fahrzeuge zählen teilweise zum maritimen, kulturellen Erbe und sind ein maritim-

touristisches Alleinstellungsmerkmal Nordeuropas. 170 Traditionsschiffe, darunter die im Ostseeraum beheimateten, russischen Großsegler KRUZENSHTERN und MIR, konnten für eine Teilnahme an der Sail gewonnen werden. Im Zentrum des Geschehens standen die Sail-Neulinge AMERIGO VESPUCCI (Italien), GLORIA (Kolumbien) und CUAUHEMOC (Mexiko). Der Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, des Staatspräsidenten Portugals Marcelo Rebelo de Sousa und der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig stellt eine Wertschätzung der Veranstaltung dar.

Es konnten in erheblichem Maße teils neue Werbepartner gewonnen und so eine Co-Finanzierung von Veranstaltungselementen gewährleistet werden. Die 2015 begonnene Kooperation mit Antenne MV zur gemeinsamen Gestaltung des Programmes auf der „Hanse Sail Bühne“ wurde fortgesetzt. Mit dem NDR wurde erstmals eine neue, allerdings mit Mehraufwand und Mehrkosten verbundene Form der Zusammenarbeit vereinbart, jedoch erfolgreich umgesetzt. Mit Einführung eines Mehrwegbecher-Pfandsystems konnte die Sail qualitativ verbessert und ein Betrag zum Umweltschutz geleistet werden. Die Firma dwif-Consulting GmbH hat 2019 umfängliche Besucher-Befragungen und -Messungen durchgeführt. Darauf aufbauend soll das Veranstaltungskonzept überprüft und angepasst werden.

Nach der Durchführung des 38. Internationalen Hansetages Rostock als zentrale Veranstaltung zum 800. Gründungsjubiläum der Stadt 2018 wurde im Zusammenwirken mit den anderen fünf Hansestädten 2019 eine Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns auf dem Internationalen Hansetag in Pskow (Russland) realisiert.

Die Mitwirkung Rostocks im Verbund „Die Hanse“ soll fortgesetzt und intensiviert werden. Die Hansestädte Mecklenburg-Vorpommerns wollen in einem zu gründenden Verein noch enger zusammenarbeiten.

Die mit vier weiteren internationalen Partnern entwickelte Zusammenarbeit zur Entwicklung touristischer Produkte im Rahmen des EU-Interreg South Baltic Projektes „Baltic Pass – Maritime Heritage Tours“ wurde abgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit Veranstaltern maritimer Großveranstaltungen an Ost- und Nordsee in den Netzwerken „Maritime Feste Deutschland“ und „Baltic Sail“ wurde fortgesetzt. Für den internationalen Verbund konnte Tallinn als neuntes Mitglied gewonnen werden.

Im **Geschäftsfeld Marketing / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** der TZR&W lag der Fokus neben Jubiläen wie 600 Jahre Universität, 120 Jahre Zoo, 50 Jahre Kunsthalle oder 25 Jahre hmt weiterhin auf der Stärkung von Qualität bzw. Service und dem Ausbau der Aktivitäten in der Nebensaison. Events, Tagungen und Kongresse zeigen ein besonderes Wachstumspotenzial für eine ganzjährig steigende Auslastung. So war die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im November 2019 erstmalig Gastgeber des Deutschen Tourismustages und die Stadt präsentierte sich 530 Branchenvertretern aus der ganzen Bundesrepublik als weltoffene Destination. Begleitend zu den Veranstaltungen und Jubiläen wurden zielgruppenorientierte Angebote in den Themen Gesundheitstourismus und Barrierefreiheit weiter entwickelt sowie der Fokus für die Zukunftsthemen Digitalisierung und Internationalisierung geschärft. Alle Maßnahmen und Handlungsfelder werden konsequent unter einem qualitätsorientierten und nachhaltigen Aspekt umgesetzt.

Ein Fokus lag in 2019 auf der Inwertsetzung des Terrainkurwegenetzes und der Vermarktung gesundheitstouristischer Angebote. So wurde im Zuge der Eröffnung der



Thalasso-Kurwege in Warnemünde die Wegebeschilderung entwickelt, die Gesundheitsbroschüre „Thalasso im Seebad Warnemünde“ überarbeitet, die thematische Microsite auf [www.rostock.de](http://www.rostock.de) ausgebaut und zum Herbst 2019 Audiotouren veröffentlicht.

Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Leichter Reisen – Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“ wurde intensiviert. Möglichkeiten der Präsentation wie bspw. bei der ITB Berlin, dem GTM Wiesbaden, der REHAB Karlsruhe und der Rehacare Düsseldorf wurden genutzt. Seit Frühjahr 2019 ist über die Tourist-Informationen ein Hotel-Set für gehörlose und schwerhörige Gäste ausleihbar und in der Saison 2019 stand in Kooperation mit dem TMV in Warnemünde erstmalig ein barrierefreier Strandkorb (Strandkorb Für Alle) am Strandaufgang 10 zur Nutzung für mobilitätseingeschränkte Gäste und Familien zur Verfügung.

Die Vorbereitungen für das zweite ROSTOCK CRUISE FESTIVALS im August 2020 haben begonnen. Im Schulterschluss mit Rostock Marketing wird die maritime Großveranstaltung künftig in einem Turnus von zwei Jahren stattfinden. Die Veranstaltung bedient viele Themen rund um Kreuzfahrt und maritime Industrie an der Kaikante Rostocks.

Mit der Ausrichtung der 7. Deutschen Beachsoccer-Meisterschaft und der DFB Beachsoccer Tour im August 2019 am Ostseestrand von Warnemünde wurde die nationale Bekanntheit des Seebads weiter gesteigert. Im Mai 2019 wurde die Vertragsverlängerung über die Austragung der Finalsplele der Deutschen Beachsoccer Meisterschaften im Seebad Warnemünde bis einschließlich 2021 unterzeichnet. Die Austragung des Events wurde von der TZR&W intensiv begleitet.

Das Stadtportal [rostock.de](http://rostock.de) und seine touristischen Seiten erfreuten sich auch 2019 bei 914.000 Nutzern großer Beliebtheit, wobei sich die Nutzung der Webseite über mobile Endgeräte weiter erhöhte (58 %). Neben der kontinuierlichen Aktualisierung und dem Ausbau der Inhalte auf der Webseite wurden Angebote im on- und offline-Bereich zum Beispiel durch die App für Audiotouren der Thalasso-Kurwege verknüpft. Außerdem wurde in 2019 die neue touristische Online-Strategie zur Nutzung der Potentiale digitaler Technologien entwickelt sowie der Relaunch von [www.rostock.de](http://www.rostock.de) hinsichtlich Technik, Inhalt und Optik vorbereitet.

Zur intensiven Bearbeitung der wichtigsten ausländischen Zielmärkte (Schweden, Dänemark, Österreich, Schweiz, Niederlande) hat die TZR&W erneut mit der Städtekooperation Mecklenburg-Vorpommern, dem Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (TMV), Rostock Marketing sowie der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. (DZT) gemeinsame nationale und internationale Aktivitäten bspw. in Form von Crossmedia-Kampagnen oder auch mit der Kampagne „Off the beaten Track 2.0“, umgesetzt. Ferner war die TZR&W erneut auf dem größten deutschen Incoming Workshop Germany Travel Mart (GTM) in Wiesbaden vertreten. Zur Vermarktung in den Potentialmärkten USA, Großbritannien und China wirbt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Verbund mit dem Historic Highlights of Germany e.V. (HHOG).

Der Facebook-Account „Rostock & Warnemünde Erleben“ verzeichnete im Dezember 2019 39.250 Fans (+76 % im vgl. zu Dezember 2018). Beiträge und Anzeigen erzielten eine Reichweite von 1.162.000 Nutzern. Auf dem Kanal werden Beiträge der TZR&W und der Partner von Rostock Marketing verbreitet. Darüber hinaus wurde die Instagram-Seite (3.679 Follower im Dezember 2019) verstärkt genutzt und bespielt. Inspirierende Inhalte,

Veranstaltungstipps und interaktive Gewinnspiele erzielten Reichweiten von bis zu 14.000 Personen pro Woche.

Mit der fortlaufenden Positionierung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in den Medien wurde die Wahrnehmung von Rostock & Warnemünde als attraktive Urlaubsdestination sowohl national als auch international weiter gefestigt. Unter Federführung der TZR&W wurden 40 Pressemitteilungen versendet, 13 Pressekonferenzen organisiert sowie 30 Pressereisen (z. T. in Kooperation mit den oben genannten Kooperationspartnern) durchgeführt. Der jährliche Pressestammtisch fand am 20.03.2019 in der Tourist-Information am Universitätsplatz statt.

Die **Tourist-Informationen** in Rostock & Warnemünde waren auch 2019 ganzjährig Ansprechpartner für Gäste und auch Einheimische. In Anlehnung an das hohe Aufkommen an Urlaubern und Tagesgästen, auch durch die Vielzahl der Kreuzfahrtschiffsanläufe, dienten erneut zwei saisonale Anlaufstellen in Markgrafenheide und am Pier 7 in Warnemünde als zusätzliche Anlaufpunkte für die Gäste. Rund 268.000 Besucher nahmen die vielfältigen Angebote und Serviceleistungen in Anspruch.

Über die Zimmervermittlung konnten nach direkter Gästeberatung über 700 Buchungen generiert werden, in den administrierten Buchungssystemen wurden insgesamt 4.013 Buchungen bearbeitet. Die von der Tourist-Information angebotenen öffentlichen Stadtrundgänge und Brauereiführungen zählten 3.457 Teilnehmer. Zusätzlich konnten über den Gruppenservice mehr als 1.300 individuelle Stadtführungen oder Reiseleitungen vermittelt werden mit über 33.000 Teilnehmern. Die RostockCARD, in 5 Ticketvarianten vertrieben, wurde knapp 1.200-mal verkauft. Durch Vertriebsprovisionen und Verkäufe von Sortimentsartikeln wurden 2019 in den Tourist-Informationen mehr als 220 TEUR Umsatzerlöse generiert.

Für alle Standorte gilt, das hohe Qualitätsniveau zu halten und den Service stetig zu verbessern. Hierzu unterziehen sich die Tourist-Informationen regelmäßig Qualitätschecks und ist weiterhin mit dem Prüfsiegel „i-Mark“ vom DTV ausgezeichnet. Mit der Zertifizierung „ServiceQualität Deutschland“ werden verbindliche Maßnahmen zur Steigerung der Gästezufriedenheit umgesetzt. Mit dem Qualitätssiegel „Reisen für alle“ demonstrieren die Tourist-Informationen das Engagement für Barrierefreiheit. Diese hochwertigen Standards stellen einen echten Wettbewerbsvorteil für die Destination dar.

Perspektivisch zeichnet sich ab, dass die Angebote und Serviceleistungen der Tourist-Informationen mit steigender Tendenz auch online und 24/7 von Interesse für die Gäste sind. Konzeption, Umsetzung und Administration digitalisierter Angebote im Bereich der Tourist-Informationen bilden einen Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit.

Das Geschäftsfeld **Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung** wurde aus Gründen der Transparenz zu steuerrechtlich und betriebswirtschaftlich notwendigen Aussagen separat dargestellt. Hier wird insbesondere das von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock eingelegte Sondervermögen, wie die Grundstücke der Campingplätze Graal-Müritz und Markgrafenheide sowie die Parkplätze und eigene Gebäude, abstrahiert von Aufgabenzuordnungen, betriebswirtschaftlich gesondert abgebildet.

## 2. Vermögenslage

Das Vermögen des Eigenbetriebes ist mit Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 169/6/1994 als Sacheinlage in diesen eingebracht worden.

Die Sachanlagenintensität beträgt 91,1 % und die Eigenkapitalquote 76,5 %.

## 3. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag betrug 943 TEUR (703 TEUR Vorjahr) und beinhaltet im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten. Die Liquidität des Eigenbetriebes war durch die planmäßigen Zuschusszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gegeben.

Die Liquidität 2. Grades beträgt zum Bilanzstichtag 45,0 %.

## 4. Ertragslage

### Entwicklung der Umsatzerlöse

<b>Umsatzerlöse aus</b>	<b>PLAN 2019</b> in TEUR	<b>IST 2019</b> in TEUR	<b>IST 2018</b> in TEUR
Kurabgabe	2.000	2.068	2.100
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	1.635	1.626	1.709
Werbeleistungen	629	523	698
Parkplatzentgelte	547	557	646
Provisionen	111	100	93
Broschüren und Souvenirs	155	141	149
Pauschalangebote	29	28	29
Eintrittsgelder	30	29	103
Übrige Umsatzerlöse	142	192	149
<b>Gesamt</b>	<b>5.278</b>	<b>5.264</b>	<b>5.676</b>

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 7 % gesunken, liegen aber nur knapp unter dem Planansatz. Das Vorjahresergebnis war maßgeblich geprägt durch die Feierlichkeiten rund um das Stadtjubiläum, insbesondere durch die Ausrichtung des 38. Hanse-tages durch die Tourismuszentrale. Nahezu alle Erlöspositionen entwickelten sich 2018 durch den Hansetag und weitere Veranstaltungen deutlich positiv. Ein Vergleich mit dem Berichtsjahr 2019 ist daher kaum möglich. Der Planansatz gibt hier mehr Aufschluss. In nahezu allen Bereichen wurden die geplanten Werte erreicht. Bei der Kurabgabe (+3 %), bei den Parkplatzentgelten (+2 %) und den übrigen Erlösen (+36 %) wurden die Planwerte sogar teils deutlich überschritten. Bei den Mieten, Pachten und Erbbauzinsen, den Pauschalangeboten und den Eintrittsgeldern wurden die Planwerte nahezu erreicht. Die geplanten Einnahmen aus der Vermietung der Finnhütten wurden um 2 % übertroffen, der Vorjahreswert um 5 %. Die Ergebnisse bei Provisionen (-10 %) und dem Verkauf von Broschüren und Souvenirs (-9 %) liegen hinter dem Planansatz. Die fortschreitende Digitalisierung ist hier sicher als ein möglicher Grund anzuführen. Bei den Werbeleistungen

wurde der eigentliche Planwert um 17 % verfehlt. Die Erlöse aus der Vermarktung u.a. der städtischen Internetseiten entwickelten sich nicht wie geplant.

### Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge

<b>betriebliche Erträge aus</b>	<b>PLAN 2019</b> in TEUR	<b>IST 2019</b> in TEUR	<b>IST 2018</b> in TEUR
Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen	50	52	26
Auflösung von Rückstellungen	0	29	31
Auflösung Sonderposten Investitionszulage und Zuschüsse	76	92	67
Zinsen u. ä. Erträge	1	2	3
Erstattung Personalaufwand	0	0	46
Sonstiges	105	123	184
<b>Gesamt</b>	<b>232</b>	<b>298</b>	<b>357</b>

Seit 2018 ist eine neue WC-Anlage mit einer Ausleihstation am Strandaufgang 10 in Warnemünde im Betrieb. Hierfür erhielt die TZR&W eine Investitionszuwendung vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern. Der Zuwendungsbescheid erging im März 2019. Die Zuwendung wird entsprechend der jährlichen Abschreibungsraten aufgelöst. Die Auflösung für das Jahr 2018 erfolgte in Geschäftsjahr anteilig. Die Auflösungen sind in den Sonderposten für Investitionszulagen enthalten.

Für die Neukonzeption der Hanse Sail und die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für Warnemünde erhielt die TZR&W 100 TEUR zweckgebunden von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Für das Hanse Sail Entwicklungskonzept wurden im Geschäftsjahr 58 TEUR gebunden. Die Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von 100 TEUR wurde um diesen Betrag ertragswirksam reduziert. Aus diesem Grunde überschreiten die sonstigen betrieblichen Erträge den Planansatz deutlich. Die verbleibenden 42 TEUR werden im Geschäftsjahr weiterhin als Verbindlichkeit bilanziert.

Die Zinserträge bleiben auf geringem Niveau.

Das Auftragsvolumen der durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übertragenen Aufgaben ergab für das Jahr 2019 einen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.429.743,01 EUR. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Vorauszahlungen auf diesen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.430.000,00 EUR geleistet. Diese Zahlungen werden zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeit bilanziert. Der Ausgleich erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft zum Jahresabschluss 2019 in 2020. Nach Saldierung des Ausgleichsbedarfs und der Vorauszahlungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ergibt sich eine Überzahlung in Höhe von 256,99 EUR.

## Entwicklung der betrieblichen Aufwendungen

Aufwendungen aus	PLAN 2019 in TEUR	IST 2019 in TEUR	IST 2018 in TEUR
Materialaufwand/Aufwand aus bezogenen Leistungen	1.917	2.069	2.404
Personalaufwand	3.366	3.128	3.208
Abschreibungen	314	266	275
Sonst. betrieblicher Aufwand	1.319	1.504	1.888
Zinsen u. ä. Aufwendungen	17	18	18
Steuern	7	7	7
<b>Gesamt</b>	<b>6.940</b>	<b>6.992</b>	<b>7.800</b>

Auch im Bereich der Aufwendungen ist ein Vergleich mit den Vorjahreswerten aufgrund der Veranstaltungen im Rahmen des Doppeljubiläums 2018 nicht realistisch. Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 10 % gesunken. Der Planansatz wurde um 1 % überschritten.

Die Planabweichung beruht insbesondere auf den Mehraufwendungen für die Beseitigung der erheblichen Schäden, die durch ein Sturmtief und die damit verbundene Sturmflut Anfang Januar 2019 entstanden sind. Reparaturen und die Beseitigung von angespültem Müll und Treibgut im Verantwortungsbereich der Tourismuszentrale verursachten einen nicht eingeplanten Aufwand von rund 100 TEUR. Ein Antrag auf Übernahme dieser Aufwendungen durch das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern wurde im Juli 2019 abgelehnt. Erneut sind auch die Aufwendungen für die rettungsdienstliche Absicherung am Strand (+21 TEUR) gestiegen. Werden die Aufwendungen für den Hansetag aus dem Vorjahr ausgeklammert, haben sich auch die Kosten für die Veranstaltungssicherheit erneut deutlich um 47 TEUR erhöht.

Die Personalkosten liegen deutlich unter dem Planansatz (-7 %). Mehrere Stellen konnten nicht nachbesetzt werden bzw. haben sich Bewerbungsverfahren derart verlängert, dass eine Neubesetzung erst zu Beginn des Jahres 2020 erfolgen konnte. Auch Krankenschreibungen über längere Zeiträume haben sich entsprechend ausgewirkt.

## Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Tourismuszentrale 50 Vollzeitbeschäftigte (VJ 51), darunter zwei Auszubildende (VJ 2) beschäftigt.

## Investitionen

Im Jahr 2019 wurden insgesamt Investitionen in Höhe von 47 TEUR realisiert. Hierbei handelt es sich um Software (1 TEUR), Büroausstattung (15 TEUR); Strand- und Promenadentechnik (11 TEUR) sowie weitere geringwertige Wirtschaftsgüter (15 TEUR).

## 5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

### Chancen und Ausblick

Der GTM Germany Travel Mart™ 2020 Mecklenburg-Vorpommern ist aufgrund der derzeitigen Pandemie durch das Covid-19-Virus auf das Jahr 2021 verschoben worden. Die finanziellen Mittel zur Durchführung der Abendveranstaltung in Rostock-Warnemünde in Höhe von 100 TEUR werden dementsprechend für die Veranstaltung im Jahr 2021 verwendet.

Die weitere Umsetzung der Tourismuskonzeption 2022 wird vordergründig die Schwerpunkte der Aufgaben der nächsten Jahre weiter bestimmen. So wird die Tourismuszentrale im Jahr 2020 maßgeblich die Entwicklung und Weiterentwicklung gesundheitstouristischer Angebote und kurortspezifischer Sport- und Freizeitaktivitäten, wie bspw. der Thalasso Kurwege, forcieren.

Ferner wird eine Projektstelle „Gesundheitslotse“ eingerichtet. Das Projekt wird am 01.06.2020 starten. Der Gesundheitslotse wird als Ansprechpartner für den Gesundheitsurlaub in Warnemünde rund um das Thema Thalasso und Gesundheit am Meer für gesundheitstouristische Leistungsträger, Anbieter und Dienstleister sowie zur Information und unabhängigen Beratung von Gästen und Einwohnern fungieren.

Zudem verfolgt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde auch weiterhin das Ziel, sich als attraktive und familienfreundliche Destination zu positionieren. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2020 die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde die erneute Zertifizierung für die kommenden 3 Jahre erhalten wird.

In diesem Zusammenhang werden stetig Angebote für Familien, aber auch für mobilitätseingeschränkte Gäste in 2020 ausgebaut und damit mehr Vielfalt für die Besucher des Seebades Warnemünde geschaffen.

Im Geschäftsfeld Seebad und Kurwesen wird auch im Jahr 2020 ein breit gefächertes und attraktives Angebot von verschiedenen Veranstaltungen für Urlauber und Gäste organisiert. Es werden neben den bestehenden traditionellen auch neue Formate in das Veranstaltungsprogramm integriert.

Im Jahr 2020 wird die TZR&W erneut Nutzungsvereinbarungen für die Strandnutzung mit den jeweiligen Bewirtschaftern – unter dem Vorbehalt der Rechtskraft des Bebauungsplanes-Nr.: 01.SO.160 „Strandbereich Warnemünde“ - mit einer Laufzeit von drei Jahren schließen.

Die TZR&W engagiert sich auch im Geschäftsjahr 2020 für die Verringerung der Verschmutzung der Strände und des Lebensraums Wasser und setzt im Bereich der Rostocker Seebäder auf biologisch abbaubares Geschirr. Die Initiative „Kein Plastik bei die Fische“ soll die Gäste, Einwohner und Strandbewirtschafter der Stadt für einen schonenden Umgang mit der Natur sensibilisieren und damit einen Beitrag für die Erhaltung der einmaligen Landschaft an der Ostseeküste liefern. Aus umweltrechtlicher Sicht wird die Verwendung von biologisch abbaubarem Geschirr am Strand ab dem Jahr 2020 verpflichtend. Die TZR&W konzentriert sich weiter auf den Ausbau der Infrastruktur für mobilitätseingeschränkte Gäste. In 2020 wird mit der bereits 2019 geplanten Errichtung einer

Verleihstation für Strandmobiliar (Strandrollstuhl, Strandkinderwagen etc.) am Strandzugang 10 in Warnemünde ein neuer Meilenstein gesetzt. Sie richtet sich vordergründig an mobilitätseingeschränkte Menschen und bietet ihnen attraktive Fortbewegungs- und Sportmöglichkeiten am Strand.

Der Betriebshof der TZR&W ist auch 2020 für die Absicherung eines ordnungsgemäßen Badebetriebes und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sauberkeit am 16 Kilometer langen Strand von Diedrichshagen über Warnemünde und Hohe Düne bis nach Markgrafenheide verantwortlich. Hinzu kommen noch die Promenade in Warnemünde, insgesamt 6 Kilometer Wanderwege sowie die durch die Tourismuszentrale bewirtschafteten Parkplätze.

Neben der Reinigung werden auch Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen an den Bauten und beweglichen Wirtschaftsgütern in diesen Bereichen und den im Anlagevermögen befindlichen Grundstücken und Gebäuden planmäßig und auch unplanmäßig durchgeführt.

Auch im Jahr 2020 bilden die Tourist-Informationen an den Hauptstandorten Rostock Innenstadt und Warnemünde zentrale und kompetente Anlaufstellen für die Gästeberatung. Während der Hauptsaison sind zudem die Informationsstellen in Markgrafenheide und im Pier 7 zu Kreuzfahrtschiffsanläufen für die Gäste geöffnet.

Die erworbenen laufenden Qualitätssiegel und Zertifikate – u.a. ServiceQualität Deutschland, DTV i-Mark – bilden den Rahmen für Handlungspotentiale, wodurch Gästezufriedenheit und Beratungsqualität weiter zu verbessern sind. Zudem sind in den Tourist-Informationen Maßnahmen geplant, um Gästen zeitgemäße digitale Informationsangebote zu präsentieren und somit innovative Trends der Gästeberatung in der Destination zu etablieren.

Zu den thematischen Schwerpunkten im Geschäftsfeld Marketing, PR & Vertrieb zählen im Jahr 2020 Gesundheitstourismus, Barrierefreiheit und nachhaltiges Umweltmanagement.

Das Stadtportal rostock.de wird gezielt weiterentwickelt und verstärkter auf die wachsenden Anforderungen mobiler Nutzung modernisiert. Ferner fokussiert sich die Tourismuszentrale weiterhin auf die Internationalisierung der Seite.

Im Destinationsmarketing wird sich die Tourismuszentrale in 2020 weiter unter dem Dach des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommerns bzw. über die Städtekooperation MV national wie international präsentieren.

Die Zusammenarbeit mit Hansestädten Mecklenburg-Vorpommerns im Städtebund Hanse soll durch Gründung eines Vereins institutionalisiert werden. Auch die Zusammenarbeit mit Veranstaltern maritimer Großveranstaltungen in Deutschland und im gesamten Ostseeraum soll fortgesetzt und intensiviert werden.

## **Risiken**

Eventuelle, aus der derzeitigen Pandemie durch das Covid-19-Virus resultierende Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2020 lassen sich noch nicht exakt beziffern. Da jedoch diverse Veranstaltungen in Rostock-Warnemünde bereits abgesagt worden und voraussichtlich noch weitere folgen, ist derzeit unklar, wie sich dies auf die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebs auswirkt. Zudem ist durch das derzeitige Reiseverbot ein erheblicher Rückgang der Übernachtungszahlen im Jahr 2020 zu erwarten. Infolge dessen

geht die Betriebsleitung von beachtlichen Einnahmeverlusten bei der Kurabgabe aus. Auch in weiteren Geschäftsbereichen wie z.B. der Parkplatzbewirtschaftung oder in den Tourist-Informationen muss mit erheblichen Einnahmefällen gerechnet werden.

Die Liquidität des kommunalen Eigenbetriebs ist durch die Genehmigung eines Kassenkredits jederzeit gegeben. Auch durch den stetigen Austausch mit der Zentralen Steuerung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und einer validen Liquiditätsplanung wird die TZR&W auch im Geschäftsjahr 2020 ihre Liquidität sichern.

Trotz diverser Planungsunsicherheiten ist jedoch davon auszugehen, dass die Pandemie das Geschäftsjahr 2020 in allen Geschäftsbereichen erheblich beeinflussen wird.

Dennoch sieht der aktuell gültige Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 ein ausgeglichenes betriebswirtschaftliches Ergebnis vor. In wie fern dies im Ergebnis der Pandemie in 2020 eingehalten werden kann, ist derzeit nicht abzuschätzen.

Die Sicherheit bei Veranstaltungen bleibt auch im kommenden Jahr ein Faktor, der kostentechnisch voraussichtlich auch künftig steigende Ausgaben nach sich ziehen wird. Da die Absicherung von Veranstaltungen durch Auflagen der Sicherheitsbehörden auch auf weitere kleinere Formate Anwendung finden könnte, können hier zusätzliche und weitere ungeplante Aufwendungen entstehen.

Zudem bergen auch die Veränderungen des Klimas künftig noch weitere größere Risiken. Die Intensität von Sturm- und Flutereignissen lässt sich immer schwerer prognostizieren, sodass zusätzliche und somit ungeplante Aufwendungen für die Beseitigung derartiger Schäden künftig nicht ausgeschlossen werden können.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Tourismuszentrale wird auch künftig von den politischen Rahmenbedingungen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und damit einhergehend von der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben abhängig sein.

### **Gesamtaussage**

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde geht für das Wirtschaftsjahr 2020 davon aus, dass das Auftragsvolumen der durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übertragenen Aufgaben sich im Rahmen des geplanten Ausgleichsbedarfs in Höhe von 1.654.200,00 EUR bewegen wird, wobei die Auswirkungen der Pandemie im derzeitigen Entwurf des Wirtschaftsplans 2020 jedoch noch nicht berücksichtigt sind. Derzeit ist vorgesehen, dass die Rostocker Bürgerschaft den Wirtschaftsplan 2020 im Juni 2020 rechtskräftig beschließt. Ohne den von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Aussicht gestellten Ausgleich des Jahresfehlbetrages, gemäß § 13 (5) EigVO M-V, kann der Eigenbetrieb in der derzeitigen Form seine satzungsmäßigen Aufgaben nicht aus eigenen Mitteln erfüllen.

Rostock,

Tourismuszentrale  
Rostock & Warnemünde

Matthias Fromm  
Tourismusdirektor





Anlage 6

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock:

### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 – geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die in Abschnitt 1 des Lageberichts enthaltenen Erklärungen zu Veranstaltungen sowie allgemeine Informationen haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der EigVO M-V i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der EigVO M-V und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.



## Anlage 6

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

**Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

**Sonstige Informationen**

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Abschnitt „Prüfungsurteile“ genannten, nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder



## Anlage 6

- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der EigVO M-V in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der EigVO M-V zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.



## Anlage 6

**Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



## Anlage 6

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



## Anlage 6

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.



## Anlage 6

**Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen****Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V****Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen**

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs im Berichtsjahr Anlass geben.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

**Verantwortung des Abschlussprüfers**

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.



## Anlage 6

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Schwerin, den 25. Mai 2020

MÖHRLE HAPP LUTHER GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Dodenhoff)  
Wirtschaftsprüfer

(Voige)  
Wirtschaftsprüfer

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 des Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock.

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.





Anlage 7

## RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

### A. Rechtliche Verhältnisse

#### A.1. Rechtliche Grundlagen

<b>Firma:</b>	Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde
<b>Rechts- und Organisationsform:</b>	Eigenbetrieb gemäß § 1 EigVO der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
<b>Sitz:</b>	Rostock
<b>Gründung:</b>	am 13. Oktober 1993
<b>Satzung:</b>	in der Fassung vom 19. Februar 2003
<b>Handelsregister:</b>	Amtsgericht Rostock, HRA 1853  Auszug vom 30. April 2020  letzte Eintragung am 8. Juli 2014
<b>Gegenstand des Eigenbetriebs:</b>	Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hansestadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen mit dem Ziel die Hansestadt Rostock als attraktives Ziel für den Städte-, Erholungs-, Tages- /Kongreß- und Messtourismus und als Anlaufpunkt für die internationale Kreuzschiffahrt am nationalen und internationalen Markt zu platzieren, für die Ortsteile Warnemünde, Diedrichshagen, Hohe



## Anlage 7

Düne und Margrafenheide das Prädikat "Seebad" im Sinne des Kurortgesetzes zu bewahren sowie einen attraktiven Seebäderbetrieb mit Wassersport- und Kurkomponente zu gewährleisten. Zur Unterstützung aller Marketingmaßnahmen und geplanten touristischen Aktionen sind attraktive und aussagekräftige Publikationen, Angebote und Werbemittel zu entwickeln, herauszugeben und zu vertreiben sowie durch eine wirksame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Mitarbeit in regionalen, nationalen und internationalen touristischen Vereinen und Verbänden ist der Bekanntheitsgrad der Hansestadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde weiter zu erhöhen und damit der Standortfaktor Tourismus auszubauen.

**Geschäftsjahr:**

Kalenderjahr

**Dauer:**

unbestimmt

**Vorjahresabschluss:**

Die Bürgerschaft Rostock hat mit Beschluss vom 4. Dezember 2019 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 festgestellt sowie eine Verrechnung der bereits geleisteten Abschlagszahlungen von TEUR 1.768 mit dem Jahresfehlbetrag beschlossen.

**Entlastung:**

Der Geschäftsführung wurde für das Geschäftsjahr 2018 ohne Gegenstimme Entlastung erteilt.



## Anlage 7

**A.2. Stammkapital**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 5.000.000,00.

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist ein Eigenbetrieb der Hansestadt Rostock ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

**A.3. Tourismusdirektor**

Der Tourismusdirektor ist im Anhang namentlich aufgeführt.

Der Tourismusdirektor ist allein zur Vertretung des Eigenbetriebs berechtigt, sofern er entscheidungsbefugt ist.

**B. Steuerliche Verhältnisse**

Der Eigenbetrieb unterhält einen Betrieb gewerblicher Arbeit und wird bei dem Finanzamt Rostock unter der Steuernummer 079/133/80597 geführt.

Der Betrieb gewerblicher Art ist umsatzsteuer- und Körperschaftssteuerpflichtig.

Die letzte Veranlagung erfolgt für das Jahr 2017 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gemäß § 164 Abs. 1 AO.

Eine Betriebsprüfung hat im Wirtschaftsjahr 2018 nicht stattgefunden.



## Anlage 8

**AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN DER POSTEN  
DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2019**
**1. Bilanz****1.1 Aktiva**

<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b><u>EUR 1.646,09</u></b> <b>(i.V. EUR 5.380,97)</b>
---	--

<b>II. Sachanlagen</b>	<b><u>EUR 12.014.618,13</u></b> <b>(i.V. EUR 12.229.105,98)</b>
------------------------	--

<b>1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b><u>EUR 11.762.433,58</u></b> <b>(i.V. EUR 11.931.454,21)</b>
--	--

Die Entwicklung der Position ermittelt sich wie folgt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1. Januar 2019	11.931.454,21
Zugang	5.729,35
Abschreibung	-174.749,98
Abgang (Buchwert)	<u>0,00</u>
Stand am 31. Dezember 2019	<u><u>11.762.433,58</u></u>

Der Posten setzt sich im Wesentlichen aus den dem Eigenbetrieb gewidmeten Grundstücken zusammen. Dies betrifft u.a. die Campingplätze in Markgreifenheide, Graal-Müritz, Strandläufer sowie verschiedene Parkplätze in und um Warnemünde.

Die Abschreibung betrifft im Wesentlichen die Gebäude des Eigenbetriebs, welche über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer über 25 Jahre abgeschrieben werden.



## Anlage 8

**2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

**EUR 252.184,55**  
**(i.V. EUR 297.651,77)**

	<u>EUR</u>
Stand am 1. Januar 2019	297.651,77
Zugang	40.825,65
Abschreibung	-86.275,87
Abgang (Buchwert)	<u>-17,00</u>
Stand am 31. Dezember 2019	<u><u>252.184,55</u></u>

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Abfalleimer, EDV-Ausstattung sowie Technische Ausstattungen.

**B. Umlaufvermögen**

**EUR 1.162.804,07**  
**(i.V. EUR 1.037.537,35)**

**I. Vorräte**

**EUR 22.235,63**  
**(i.V. EUR 20.198,96)**

**1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

**EUR 153.893,48**  
**(i.V. EUR 251.103,51)**

	<u>31.12.2019</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	208.198,22	325.772,45
Einzelwertberichtigungen	-51.354,74	-70.068,94
Pauschalwertberichtigung	<u>-2.950,00</u>	<u>-4.600,00</u>
	<u><u>153.893,48</u></u>	<u><u>251.103,51</u></u>

**2. Forderungen gegen die Hansestadt Rostock**

**EUR 21.698,96**  
**(i.V. EUR 41.304,34)**

Die Forderungen gegen die Hansestadt Rostock resultieren aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 1) sowie aus Steuererstattungen (TEUR 21).



## Anlage 8

**3. Sonstige Vermögensgegenstände**

**EUR 21.523,59**  
**(i.V. EUR 22.304,51)**

	<b>31.12.2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Unterwegs befindliche Gelder	16.749,12	15.740,39
Debitorische Kreditoren	2.930,14	3.441,21
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.844,33</u>	<u>3.122,91</u>
	<u><u>21.523,59</u></u>	<u><u>22.304,51</u></u>

**III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**

**EUR 943.452,41**  
**(i.V. EUR 702.626,03)**

	<b>31.12.2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Deutsche Kreditbank AG	903.918,05	633.311,75
Ostseessparkasse Rostock	37.379,09	67.561,25
Kassebestand	<u>2.155,27</u>	<u>1.753,03</u>
	<u><u>943.452,41</u></u>	<u><u>702.626,03</u></u>

**C. Rechnungsabgrenzungsposten**

**EUR 9.674,16**  
**(i.V. EUR 13.639,49)**



## Anlage 8

**PASSIVA**

<b>A. Eigenkapital</b>	<b><u>EUR 10.088.171,17</u></b> <b>(i.V. EUR 9.751.555,42)</b>
------------------------	---

<b>I. Stammkapital</b>	<b><u>EUR 5.000.000,00</u></b> <b>(i.V. EUR 5.000.000,00)</b>
------------------------	--

Das Stammkapital entspricht dem in der Betriebssatzung festgeschriebenen Betrag und wurde als Sacheinlage, durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock geleistet.

<b>II. Kapitalrücklage</b>	<b><u>EUR 6.437.334,58</u></b> <b>(i.V. EUR 6.437.334,58)</b>
----------------------------	--

<b>III. Gewinnrücklage</b>	<b><u>EUR 80.579,60</u></b> <b>(i.V. EUR 80.579,60)</b>
----------------------------	--

<b>IV. Jahresfehlbetrag</b>	<b><u>EUR -1.429.743,01</u></b> <b>(i.V. EUR -1.766.358,76)</b>
-----------------------------	--

Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres wurde zunächst auf neue Rechnung vorgetragen und gemäß Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 4. Dezember 2019 mit der Verbindlichkeit aus den Abschlagszahlungen für 2018 verrechnet. Mit dem Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres soll nach entsprechender Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in gleich Weise verfahren werden.



## Anlage 8

**B. Sonderposten zum Anlagevermögen**

**EUR 529.884,14**  
**(i.V. EUR 432.841,79)**

Der Sonderposten beinhaltet verschiedene Investitionszuschüsse, welche durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Hansestadt Rostock und die Europäische Union gewährt wurden. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände.

Die Entwicklung des Sonderposten stellt sich die folgt dar:

	<u>EUR</u>
Stand am 1. Januar 2019	432.841,79
Zugang	189.460,36
Auflösung	<u>-92.418,01</u>
Stand am 31. Dezember 2019	<u><u>529.884,14</u></u>

Der Zugang zum Sonderposten betrifft rückwirkend für das Jahr 2018 erhaltene Fördermittel für den im Vorjahr errichteten WC Neubau des Strandzugangs Nr. 10. Der 2018 und 2019 betreffende Anteil wurde entsprechend im Berichtsjahr aufgelöst.

**C. Rückstellungen**

**EUR 431.508,64**  
**(i.V. EUR 457.950,00)**

**Sonstige Rückstellungen**

**EUR 431.508,64**  
**(i.V. EUR 457.950,00)**

	<u>01.01.2019 EUR</u>	<u>Inanspruch- nahme EUR</u>	<u>Auflösung EUR</u>	<u>Zuführung EUR</u>	<u>EUR</u>
Instandhaltung	153.500,00	138.052,63	15.447,37	98.500,00	98.500,00
Ausstehende Rechnungen	55.650,00	32.506,15	7.043,85	69.408,64	85.508,64
Vergütung Überstunden	25.750,00	25.750,00	0,00	53.250,00	53.250,00
Urlaub	47.750,00	47.750,00	0,00	52.300,00	52.300,00
Altersteilzeit	68.300,00	40.150,00	0,00	13.700,00	41.850,00
Jahresabschlusserstellung	24.750,00	24.750,00	0,00	25.550,00	25.550,00
Unfallumlage	23.350,00	23.316,82	33,18	22.950,00	22.950,00
Leistungsentgelt	17.250,00	17.250,00	0,00	17.800,00	17.800,00
Archivierung	14.500,00	0,00	0,00	0,00	14.500,00
Sonstige	15.150,00	0,00	5.550,00	1.200,00	10.800,00
Jahresabschlussprüfung	<u>12.000,00</u>	<u>10.762,25</u>	<u>1.237,75</u>	<u>8.500,00</u>	<u>8.500,00</u>
	<u><u>457.950,00</u></u>	<u><u>360.287,85</u></u>	<u><u>29.312,15</u></u>	<u><u>363.158,64</u></u>	<u><u>431.508,64</u></u>





## Anlage 8

**D. Verbindlichkeiten**

**EUR 2.120.387,97**  
**(i.V. EUR 2.606.625,79)**

**1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

**EUR 365.407,15**  
**(i.V. EUR 429.324,35)**

Die Zusammenstellung der Darlehen ist in der Kreditübersicht (Anlage 11) dargestellt.

**2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

**EUR 192.755,82**  
**(i.V. EUR 220.948,51)**

**3. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock**

**EUR 1.480.240,75**  
**(i.V. EUR 1.870.713,62)**

	<b><u>31.12.2019</u></b> <b><u>EUR</u></b>	<b><u>Vorjahr</u></b> <b><u>EUR</u></b>
Verbindlichkeiten aus Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich	1.430.000,00	1.768.000,00
Zuschuss Sicherheitskonzept	41.750,00	100.000,00
Sonstige	<u>8.490,75</u>	<u>2.713,62</u>
	<b><u>1.480.240,75</u></b>	<b><u>1.870.713,62</u></b>

Bis zum Beschluss der Bürgerschaft zum Verzicht bzw. der Verrechnung der Abschlagszahlungen mit dem Jahresfehlbetrag werden diese Zahlungen als **Verbindlichkeit aus Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich** ausgewiesen.

Die Verbindlichkeit aus dem erhaltenen **Zuschuss Sicherheitskonzept** aus dem Jahr 2018 von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, wurde im Berichtsjahr entsprechend den tatsächlich entstanden Aufwendungen ertragswirksam vereinnahmt.



## Anlage 8

**4. Sonstige Verbindlichkeiten**

**EUR 81.984,25**  
**(i.V. EUR 85.639,31)**

	<b><u>31.12.2019</u></b> <b><u>EUR</u></b>	<b><u>Vorjahr</u></b> <b><u>EUR</u></b>
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	39.423,13	41.731,94
Kreditorische Debitoren	15.025,49	16.886,27
Erhaltene Kautionen	13.975,00	14.875,00
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.703,71	1.703,71
Übrige Verbindlichkeiten	<u>11.856,92</u>	<u>10.442,39</u>
	<b><u>81.984,25</u></b>	<b><u>85.639,31</u></b>

**E. Rechnungsabgrenzungsposten**

**EUR 18.790,53**  
**(i.V. EUR 36.690,79)**



## Anlage 8

**GEWINN & VERLUSTRECHNUNG****1. Umsatzerlöse**

**EUR 5.263.940,66**  
**(i.V. EUR 5.676.216,97)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Kurabgabe	2.067.623,45	2.099.816,95
Mieten und Pachten einschließlich Erbbauzinsen	1.625.723,01	1.709.069,08
Parkplatzentgelte	557.040,94	645.993,32
Werbeleistungen	523.510,65	697.703,77
Broschüren und Souvenirs	141.035,52	149.174,43
Provisionen	99.766,23	93.507,85
Eintrittsgelder	29.435,54	102.918,26
Pauschalangebote	27.870,23	28.784,05
Sonstige	191.935,09	149.249,26
	<u>5.263.940,66</u>	<u>5.676.216,97</u>

**2. Sonstige betriebliche Erträge**

**EUR 204.405,95**  
**(i.V. EUR 286.769,01)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Zuschuss im Rahmen des EU-Projektes Baltic Pass	58.779,11	124.156,51
Fördermittel Hansestadt Rostock	58.250,00	0,00
Erträge abgeschriebene Forderungen	52.172,96	26.121,39
Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen	29.312,15	30.597,72
Periodenfremde Erträge	3.624,31	3.615,07
Kassen- / Zahlungsplusdifferenzen	252,71	526,48
Gewinne aus Anlagenabgängen	218,45	1.804,11
Erstattungen Arbeitnehmer	0,00	46.350,60
Fördermittel vom Land M-V	0,00	53.134,79
Sonstige	1.796,26	462,34
	<u>204.405,95</u>	<u>286.769,01</u>

Bei dem **Zuschuss im Rahmen des EU-Projekt Baltic Pass** geht es um die Entwicklung touristischer Produkte im südlichen Ostseeraum. Es handelt sich um eine mit vier weiteren Partnern aus Gdansk (Polen), Klaipeda (Litauen), Simrishamn (Schweden) und Roskilde (Dänemark) entwickelte Zusammenarbeit. Das Projekt war auf drei Jahre begrenzt und ist im Berichtsjahr ausgelaufen.



## Anlage 8

Die **Fördermittel der Hansestadt Rostock** betreffen einen Zuschuss zur Entwicklung eines neuen Konzepts für die HanseSail. Der Zuschuss beträgt insgesamt TEUR 100, wovon im Berichtsjahr TEUR 58 verbraucht wurden.

**3. Materialaufwand**

**EUR 2.069.009,17**  
**(i.V. EUR 2.403.803,28)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	61.827,89	63.344,10
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
- Kultur	337.643,78	439.089,81
- Aufwendungen für Wasserrettungsdienst	313.079,91	291.620,52
- Ausgaben für Dienstleitungen und Wartungen	286.993,99	297.701,38
- Veranstaltungssicherheit	231.329,55	347.418,96
- Personalaufwendungen für Dritte	190.567,61	334.989,88
- Strandreinigung	176.233,63	87.105,66
- Aufwendungen für Veranstaltungen	120.621,14	145.349,34
- Müllberäumung	66.062,46	77.981,28
- Strandbewachung	49.662,08	42.582,88
- Provisionen Parkplatz	42.765,53	47.217,56
- Strom	40.563,49	48.103,61
- GEMA-Gebühren	40.425,77	58.852,15
- Transport und Frachtkosten	33.599,09	44.040,10
- Wasser	33.304,63	13.747,56
- Parkplatzbewirtschaftung	14.634,36	12.927,11
- Aufwendungen für Stadtführer	12.202,74	11.375,25
- Fernwärme und Gas	7.585,55	7.924,80
- Kosten für Pauschalen	5.192,44	5.588,70
- Charterkosten	0,00	10.348,66
- Sonstige	4.713,53	16.493,97
	<u>2.007.181,28</u>	<u>2.340.459,18</u>
	<u>2.069.009,17</u>	<u>2.403.803,28</u>

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** des Vorjahres waren geprägt durch mehrere Sonderveranstaltungen im Rahmen des "800. Geburtstags der Hansestadt Rostock". Entsprechend niedriger entwickeln sich die Aufwendungen im Jahr 2019.

Die Aufwendungen für die **Strandreinigung** zeigen sich im Vergleich zu 2018 deutlich erhöht, was auf eine Sturmflut im Januar 2019 zurückzuführen ist. Die Aufwendungen entstanden im Wesentlichen für die Beseitigung von angespültem Treibgut sowie notwendige Reparaturen am Strand.



## Anlage 8

**4. Personalaufwand**

**EUR 3.127.883,94**  
**(i.V. EUR 3.207.835,02)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Löhne und Gehälter		
- Gehälter	2.474.578,17	2.454.654,73
- Aushilfslöhne	79.709,72	143.437,60
- Altersteilzeit	-16.663,19	40.498,49
- Vermögenswirksame Leistungen	626,00	984,27
	<u>2.538.250,70</u>	<u>2.639.575,09</u>
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
- Soziale Aufwendungen	469.185,15	449.635,80
- Versorgungskassen	97.198,09	95.274,13
- Berufsgenossenschaft	23.250,00	23.350,00
	<u>589.633,24</u>	<u>568.259,93</u>
	<u><u>3.127.883,94</u></u>	<u><u>3.207.835,02</u></u>

**5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

**EUR 265.474,47**  
**(i.V. EUR 275.284,01)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Sachanlagen	246.372,94	243.982,00
GWG	14.652,91	25.387,54
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.448,62	5.914,47
	<u>265.474,47</u>	<u>275.284,01</u>

**6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V**

**EUR 92.418,01**  
**(i.V. EUR 67.197,05)**



## Anlage 8

**7. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

**EUR 1.503.849,84**  
**(i.V. EUR 1.888.222,46)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Mieten und Pachten	404.018,09	491.720,95
Werbung	274.645,33	360.380,94
Instandhaltungen	165.616,13	226.517,42
Rechts- und Beratungskosten	101.714,58	18.687,71
Fahrzeugkosten	78.231,61	97.808,11
Gebäudereinigung	63.459,91	60.907,93
Veranstaltungen/Messen	59.013,85	132.333,36
Beiträge und Gebühren	51.491,28	48.559,90
Betriebsbedarf/Vordrucke	46.542,34	41.816,61
Bewirtung	43.836,28	102.522,18
Kleinmaterialien	42.336,15	40.647,47
Einzelwertberichtigung	31.808,76	49.135,06
Telefon/Internet	21.382,60	20.639,67
Reisekosten	20.701,77	15.500,84
Porto	13.948,56	15.158,15
Versicherungen	13.576,48	13.830,81
Fortbildungskosten	12.496,40	7.169,99
Fahrtkosten	9.809,53	7.087,64
Bürobedarf	9.227,06	14.572,51
Zuwendung Aufbau Convention Bureaus	7.772,70	49.999,92
Kosten Geldverkehr	6.845,83	6.190,11
Geschäftsausgaben	6.671,72	14.247,71
Zeitschriften, Bücher	5.732,50	6.372,93
Forderungsverluste	3.978,54	0,00
Gutachten	2.042,50	31.364,25
Minus-Kassen/Zahldifferenz	1.472,76	2.259,76
Sonstige	5.476,58	12.790,53
	<b>1.503.849,84</b>	<b>1.888.222,46</b>

**8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**

**EUR 1.326,73**  
**(i.V. EUR 3.320,94)**

**9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

**EUR 18.257,31**  
**(i.V. EUR 17.692,34)**



## Anlage 8

**10. Ergebnis nach Steuern**

**EUR -1.422.383,38**  
**(i.V. EUR -1.759.333,14)**

**11. Sonstige Steuern**

**EUR 7.359,63**  
**(i.V. EUR 7.025,62)**

	<b>2019</b>	<b>Vorjahr</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
Grundsteuer	3.734,74	3.741,75
Kraftfahrzeugssteuer	<u>3.624,89</u>	<u>3.283,87</u>
	<u><u>7.359,63</u></u>	<u><u>7.025,62</u></u>

**12. Jahresfehlbetrag**

**EUR -1.429.743,01**  
**(i.V. EUR -1.766.358,76)**



## Anlage 9

**PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE****Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG**

**Fragenkreis 1:** Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Der Eigenbetrieb wird durch die Betriebsleitung vertreten, die die Bezeichnung „Tourismusdirektorin“ oder „Tourismusdirektor“ führt. Diese Aufgabe hat seit dem 1. Dezember 2010 Herr Matthias Fromm inne.

Ein Geschäftsverteilungsplan bzw. eine Geschäftsordnung sind nicht vorhanden. Die Aufgaben der Betriebsleitung ergeben sich aus § 4 der Betriebssatzung in der Fassung der Zweiten Satzung zur Änderung der Satzung für den kommunalen Eigenbetrieb „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“. Danach leitet die Betriebsleitung den Eigenbetrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Betriebes, soweit nicht durch die Kommunalverfassung, die EigVO M-V, die Hauptsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder die Betriebssatzung etwas anderes bestimmt ist. Bei Zuständigkeit des Oberbürgermeisters bereitet die Betriebsleitung Vorschläge zur Entscheidung vor. Insbesondere gehört zu den Aufgaben der Betriebsleitung die Planung, Organisation und Führung eines betriebswirtschaftlich orientierten, regionalspezifischen Tourismusbetriebes der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Darüber hinaus ergeben sich die Zuständigkeits- und Weisungsbefugnisse aus den Stellenbeschreibungen und aus der Kompetenz- und Verantwortungsverteilung innerhalb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Die Befugnisse und Aufgaben der Betriebsleitung sind in der Satzung geregelt.

Der von den Beschränkungen des § 181 BGB befreite Tourismusdirektor ist auch Geschäftsführer der Rostocker Gesellschaft für Tourismus und Marketing mbH, Rostock (kurz: RGTM), die auskunftsgemäß ebenso wie die TZR&W für Marketing in Rostock und Warnemünde zuständig ist. Auf eine Abgrenzung der Aufgaben wurde geachtet.

Ein für den Eigenbetrieb zuständiges Aufsichtsorgan ist nach der Betriebssatzung nicht vorgesehen. Die Aufsicht obliegt der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Darüber hinaus werden bestimmte Kontrollfunktionen vom Beteiligungscontrolling der Han-





## Anlage 9

se- und Universitätsstadt Rostock (u. a. Überwachung Einhaltung von Beschlüssen der Bürgerschaft und des Wirtschaftsplans) wahrgenommen. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

**b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Ausschüsse der Bürgerschaft bzw. die Bürgerschaft selbst haben im Berichtsjahr sechs Beschlüsse in Angelegenheiten des Eigenbetriebs gefasst. Niederschriften hierüber liegen uns vor.

**c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Herr Fromm als Tourismusedirektor war im Wirtschaftsjahr 2019 in keinen weiteren Kontrollgremien tätig.

**d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Gesamtvergütung der Betriebsleitung ist im Anhang angegeben. Sie enthält weder erfolgsbezogene Komponenten noch Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Eine Unterteilung der Vergütung ist daher unterblieben.

**Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

**a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Es liegt ein Organisationsplan für den Eigenbetrieb vor, aus dem der Organisationsaufbau und die Arbeitsbereiche ersichtlich sind. Dieser Organisationsplan wird regelmäßig überprüft. Darüber hinaus liegen Stellenbeschreibungen vor, die die Zuständigkeits- und Weisungsbefugnisse der einzelnen Stellen definieren. Im Übrigen sind die von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erlassenen allgemeinen Geschäftsanweisungen für Mitarbeiter der Stadt, soweit zutreffend, ebenfalls für die Mitarbeiter des Eigenbetriebs verbindlich.



## Anlage 9

**b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, die darauf hinweisen, dass nicht entsprechend dem Organisationsplan, den in der Satzung, in der Anweisung zu Vollmachten und Befugnissen und in den Stellenbeschreibungen festgelegten Zuständigkeiten und Weisungsbefugnissen verfahren wird.

**c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurde eine Dienstanweisung „Zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken“ erlassen; letztmalig aktualisiert am 13. Dezember 2006. Der Eigenbetrieb hat aktenkundig im Jahr 2017 seine Mitarbeiter letztmalig über diese Dienstanweisung belehrt.

Korruptionsprävention wird durch die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips ergriffen. Durch das interne Kontrollsystem des Eigenbetriebes sind notwendige Überwachungs- und Kontrollfunktionen gewährleistet.

**d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Die Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung der Bürgerschaft bedürfen, sind in der EigVO sowie der Betriebssatzung aufgeführt.

Durch den Eigenbetrieb erfolgen Freihändige Vergaben entsprechend „Wertgrenzenerlass“. Dabei werden mindestens drei Angebote eingeholt.

Darüber hinaus werden die Vergaberichtlinien der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für Leistungen nach VOB VOL, VOF herangezogen. Hierbei werden die Ausschreibungsunterlagen durch den Eigenbetrieb vorbereitet; die eigentliche Ausschreibung und letztlich Vergabe wird durch die Vergabestellen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock abgewickelt.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die auf Verstöße gegen diese Regelungen hindeuten würden.

**e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge z.B. Grundstücksverträge und Mietverträge sind durch eine zentrale Ablage der Originalverträge ordnungsgemäß dokumentiert. Es werden Vertragsübersichten geführt.



## Anlage 9

**Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling****a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Der Wirtschaftsplan wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung erstellt. Die Planung des Eigenbetriebes basiert zunächst auf Erfahrungswerten und darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Planungserstellung eine Bedarfsermittlung in den einzelnen Bereichen, die im Weiteren mit der erwarteten Einnahmesituation in Einklang gebracht wird. Soweit sachliche Zusammenhänge von Einzelprojekten (insbesondere Investitionen) gegeben sind, werden diese bei der Planung berücksichtigt. Die Planungsrechnungen des Eigenbetriebs entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

**b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden anhand von entsprechenden Auswertungen untersucht und ausgewertet. Der Plan-Ist-Vergleich wird an das Beteiligungscontrolling der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur Auswertung übergeben.

**c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Die Organisation der Datenverarbeitung im Rechnungswesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln. Die Lohn und Gehaltsbuchhaltung erfolgt über die Stadtverwaltung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auf Basis eines Dienstleistungsvertrages.

Der Eigenbetrieb hat für das Geschäftsjahr 2019 keine Bereichsrechnung aufgestellt. Eine Gliederung in Bereiche ist in der derzeitigen Betriebssatzung nicht verankert.

Der Eigenbetrieb plant mit dem Geschäftsjahr 2021, den Anforderungen gemäß § 1 Abs. 3 EigVO M-V vollumfänglich zu genügen. Das bedeutet, dass zukünftig der Eigenbetrieb in den Bereich I „Grundstücke und Flächen“ sowie in einen Bereich II „Verwaltung der Erbbaurechte“ aufgliedert wird.

Der Eigenbetrieb verfügt über eine Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. Diese liefern verwertbare Ergebnisse über die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Geschäftsfelder bzw. bestimmter Projekte.

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung ist im Hinblick auf die Größe des Betriebes zweckmäßig eingerichtet.



## Anlage 9

**d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Die Konten des Eigenbetriebs werden täglich überwacht. Durch Betriebswirtschaft / Controlling wird monatlich ein Liquiditätsstatus erstellt, der die Grundlage für die Mittelabforderung gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bildet. Bestehende Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

**e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Entfällt.

**f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Tourismuszentrale überprüft regelmäßig die Umsetzung von Wertsicherungsklauseln bei Erbpachtverträgen.

Die TZR&W forderte eine Kurabgabe und eine Fremdenverkehrsabgabe für die eigenen Einwohner bei der Hanse- und Universitätsstadt nicht ab.

Im Übrigen ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass sämtliche Entgelte im Berichtsjahr nicht vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt und eingezogen werden; vgl. aber auch Antwort zu Frage 15.b).

**g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Der Eigenbetrieb verfügt über ein eigenständiges Controlling, das alle wesentlichen Bereiche des Eigenbetriebs umfasst und durch die Zentrale Steuerung wahrgenommen wird. Auf Basis der monatlichen Soll-Ist-Vergleiche kann möglichen Planabweichungen gezielt entgegengesteuert werden.

**h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Entfällt.



## Anlage 9

**Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Der Eigenbetrieb verfügt über ein funktionierendes Controlling und ist in das Risikofrüherkennungssystem der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Rahmen des Beteiligungscontrollings einbezogen. Plan-Ist-Vergleiche werden laufend durchgeführt. Bei Planabweichungen werden unverzüglich Gegenmaßnahmen eingeleitet. Damit ist der Eigenbetrieb in der Lage, eventuell entstehende wesentliche Risiken rechtzeitig zu erkennen.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Es wird auf a) verwiesen.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Es wird auf a) verwiesen.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Die Abläufe der Tourismuszentrale sind aufgrund der Größe überschaubar. Sie werden kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld abgestimmt und angepasst. Änderungen wurden im Berichtsjahr 2019 nicht vorgenommen.



## Anlage 9

**Fragekreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**
- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
  - **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
  - **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
  - **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**
- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**
- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**
- **Erfassung der Geschäfte**
  - **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
  - **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
  - **Kontrolle der Geschäfte?**
- d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**
- e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**
- f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Zu a) bis f)

Finanzinstrumente werden nach den uns erteilten Auskünften nicht genutzt; insofern entfallen entsprechende Feststellungen zu diesem Fragekreis.



## Anlage 9

**Fragenkreis 6: Interne Revision**

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**
- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Zu a) bis f): Die Beantwortung dieses Fragekreises entfällt, da bei der Tourismuszentrale eine gesondert eingerichtete interne Revision nicht besteht. Überwachungsaufgaben werden von der Betriebsleitung direkt wahrgenommen. Darüber hinaus erfolgen regelmäßig Kassen- und Vergabeprüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.



## Anlage 9

**Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

**a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung führt der Tourismusdirektor den Betrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit nicht durch die Kommunalverfassung, die EigVO M-V, die Hauptsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder die Satzung des Eigenbetriebs etwas anderes bestimmt ist.

Nach § 5 Abs. 1 der Satzung vertritt der Tourismusdirektor die Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Angelegenheiten des Eigenbetriebes, sofern er entscheidungsbefugt ist. Erklärungen, durch die die Hanse- und Universitätsstadt Rostock verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Verpflichtungserklärungen bis zu einer Wertgrenze von EUR 50.000,00 bei einmaligen und EUR 5.000,00 bei wiederkehrenden Leistungen können von dem Tourismusdirektor in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Im Fall einer Abwesenheit zeichnet die Verpflichtungserklärung die Stellvertreterin oder der Stellvertreter.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist.

**b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

An Mitglieder der Betriebsleitung wurden keine Kredite gewährt.

**c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind.

**d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.





## Anlage 9

**Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen**

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplans auf Rentabilität/ Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Die Unterlagen waren jeweils ausreichend, um zu einem Urteil über die Angemessenheit des Preises zu gelangen. Größere Investitionsmaßnahmen werden ausgeschrieben. Erwerbe und Veräußerungen von Grundstücken und/oder Beteiligungen von wesentlicher Bedeutung lagen im Berichtsjahr nicht vor.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von TEUR 47 durchgeführt. Die Überwachung der Investitionen erfolgt kontinuierlich. Bei der Feststellung von Abweichungen werden diese analysiert und erklärt.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Das Investitionsbudget in Höhe von TEUR 119 wurde nicht vollständig ausgeschöpft.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.



## Anlage 9

**Fragenkreis 9: Vergaberegelungen**

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Ja, diese werden eingeholt und berücksichtigt. In 2019 erfolgten keine Kapitalaufnahmen oder Geldanlagen.

**Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Ein Überwachungsorgan besteht innerhalb des Eigenbetriebs nicht. Wir verweisen auf den Fragenkreis 1.a). Es erfolgt quartalsweise eine Berichterstattung an das Beteiligungscontrolling der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Als beratende Instanz fungiert der Ausschuss für „Wirtschaft und Tourismus“ der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, dem ebenfalls quartalsweise berichtet wird.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Anhaltspunkte für eine nicht ordnungsgemäße Berichterstattung haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Hinweise auf eine nicht ausreichende Unterrichtung des Überwachungsorgans auf ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen haben wir während der Prüfung nicht festgestellt.



## Anlage 9

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Entfällt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Die Tourismuszentrale hat keine D&O-Versicherung abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?**

Es ergaben sich keine entsprechenden Hinweise.

**Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Betriebsvermögen festgestellt.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Es wurden keine derartigen Feststellungen während der Prüfung getroffen.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**



## Anlage 9

Stille Reserven könnten bei den Grundstücken bestehen. In welchem Umfang dies der Fall ist, konnten wir im Rahmen unserer Prüfung nicht feststellen.

Weitere Anhaltspunkte für im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte liegen uns nicht vor.

**Fragenkreis 12: Finanzierung**

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das Eigenkapital (ohne Sonderposten) beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 10.088 und hat damit einen Anteil von 76,5 % an der Bilanzsumme.

Die in 2019 unterjährig geleisteten Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags wurden als Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock per 31. Dezember 2019 ausgewiesen. Mit noch zu tätiggendem Beschluss der Bürgerschaft im Jahr 2020 zum Jahresabschluss 2019 ist eine Verrechnung der Verbindlichkeit mit dem Bilanzverlust vorgesehen. Die somit für 2018 erlassene Verbindlichkeit wurde gemäß § 33 Abs. 3 Satz 5 EigVO M-V i.V.m. § 13 EigVO M-V der Kapitalrücklage zugeführt.

Zum Stichtag bestehen keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt, da kein Konzern vorliegt.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Tourismuszentrale hat im Berichtsjahr neben Ausgleichszahlungen in Höhe von TEUR 1.430 der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auch eine Zuwendung des LFI in Höhe von TEUR 189 für den Bau einer WC-Anlage mit Ausleihstation am Strandaufgang 10 in Warnemünde erhalten. Der Zuschuss für das Projekt Baltic Pass belief sich auf TEUR 59.



## Anlage 9

Anhaltspunkte dafür, dass die mit den Fördermitteln verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

**Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung****a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebs beträgt zum Bilanzstichtag 76,5 % gegenüber 73,4 % im Vorjahr.

Es ergeben sich aus der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebs keine Finanzprobleme. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Zahlungsfähigkeit außerhalb der Saison von Zuschüssen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock abhängt.

**b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Da der Jahresfehlbetrag aus 2019 nicht mit Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet, vortragen oder ausgeglichen werden kann, ist vorgesehen, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen und im Laufe des Jahres 2020 durch entsprechenden Beschluss der Bürgerschaft mit den Verbindlichkeiten aus bereits geleisteten Abschlagszahlungen für den Verlustausgleich 2019 zu verrechnen.

Der Verlustvortrag des Geschäftsjahres 2018 wurde in 2019 durch Verrechnung der Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgeglichen.

**Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit****a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr eine Kostenstellenrechnung erstellt. Nach der Umlage der Kosten der allgemeinen Verwaltung ergeben sich Verluste des Eigenbetriebes in den Geschäftsfeldern Hanse-Sail Büro (TEUR -823), Tourist-Info (TEUR -916), Marketing (TEUR -659) sowie Seebad- und Kurwesen (TEUR -263), während in dem Geschäftsfeld Grundstücke/Flächen (TEUR 1.231) ein positives Ergebnis erzielt wurde.



## Anlage 9

**b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Anfang Januar 2019 entstanden durch ein Sturmtief und die damit verbundene Sturmflut erhebliche Schäden an den Ostseestränden. Die daraus resultierenden Reparaturen und die Beseitigung von angespültem Müll und Treibgut im Verantwortungsbereich der Tourismuszentrale verursachten nicht eingeplante zusätzliche Kosten von rund TEUR 100. Ein Antrag auf Übernahme der Aufwendungen durch das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern wurde im Juli 2019 abgelehnt.

**c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Unangemessene Leistungsbeziehungen zwischen dem Eigenbetrieb und der Hanse- und Universitätsstadt Rostock haben wir im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

**d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Entfällt.

**Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen****a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Soweit die von der Tourismuszentrale betriebenen Geschäftsfelder Verluste erwirtschaften, ist dies aus Sicht des Eigenbetriebes im Wesentlichen durch Aufgabenzuordnungen bedingt. Die erwirtschafteten Verluste bewegen sich im Rahmen der Planungen und werden jährlich durch Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgeglichen.

Im Weiteren verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Fragenkreis 14.b).



## Anlage 9

**b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Aus Sicht der Tourismuszentrale können die ihr übertragenen Aufgaben teilweise nicht kostendeckend erbracht werden. Die Tourismuszentrale geht – bei unveränderter Aufgabenzuordnung – daher auch für die Zukunft von einer Notwendigkeit des Ausgleichs von Jahresfehlbeträgen aus.

Auskunftsgemäß erstellt die Tourismuszentrale jährlich eine Nachkalkulation der Kurabgabe. Demnach war eine Anhebung der zuletzt in 2008 erhöhten Kurabgabe aufgrund eines starken Mengenwachstums bisher nicht erforderlich.

Vor dem Hintergrund der EigVO M-V wird eine Erhebung des Gemeindeanteils Kurabgabe durch die TZR&W in Erwägung gezogen.

**Fragenkreis 16:** Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Die Ursachen des Jahresverlustes sind im Fragenkreis 15.a) beschrieben.

**b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Wesentliche Verbesserungen der Ertragslage der Tourismuszentrale lassen sich aus Sicht der Tourismuszentrale nur durch die Abrechnung zugewiesener Aufgaben gegenüber dem Träger zu marktüblichen Preisen erreichen.



## Anlage 10

## Soll-/ Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan bzw. Erfolgs- und Vermögensplan für das Berichtsjahr

### 1. Erfolgsplan 2019

Die Abweichungen des Erfolgsplans 2019 von der entsprechenden Gewinn- und Verlustrechnung sind der folgenden Gegenüberstellung zu entnehmen:

	Plan-Zahlen TEUR	Ist-Zahlen TEUR	+/- TEUR
Umsatzerlöse	5.278	5.264	-14
Sonstige betriebliche Erträge	155	204	49
Materialaufwand	-1.917	-2.069	-152
Personalaufwand	-3.366	-3.128	238
Abschreibungen	-314	-265	49
Erträge Auflösung Sonderposten	76	92	16
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.319	-1.504	-185
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17	-18	-1
Sonstige Steuern	-7	-7	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-1.430</b>	<b>-1.430</b>	<b>0</b>

#### Zu **Materialaufwand**:

Im Wesentlichen sind die Materialaufwendungen höher ausgefallen als ursprünglich angenommen, weil zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2019 aufgrund eines Sturms eine aufwendige Strandreinigung durchgeführt werden musste.

#### Zu **Personalaufwand**:

Aufgrund dessen, dass mehrere im Wirtschaftsplan vorgesehene Stellen im Wirtschaftsjahr 2019 unbesetzt waren, wurden die geplanten Aufwendungen unterschritten.

#### Zu **sonstige betriebliche Aufwendungen**:

Die Position ist im Wesentlichen höher ausgefallen als geplant, weil im Wirtschaftsjahr 2019 zusätzlicher Beratungsaufwand für die Neukonzeption der Hanse Sail entstanden ist. In der Position sonstige betriebliche Erträge bestehen in selber Höhe Erträge für dieses Projekt.





## Anlage 10

## 2. Finanzplan 2019

Der Finanzplan soll alle voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben des Wirtschaftsjahres enthalten. Nachfolgend werden die Zahlen des Wirtschaftsplans 2019 mit den entsprechenden Zahlen des Jahresabschlusses 2019 verglichen.

	Plan 2019 TEUR	Ist 2019 TEUR	+ / - TEUR
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.192	-1.077	115
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	-119	-48	71
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.372	1.365	-7
Veränderung des Finanzmittelfonds	61	240	179

Im Wesentlichen bedingt durch den Rückgang der Forderungen sowie durch eine geringere Investitionstätigkeit als ursprünglich vorgesehen, konnte der Finanzmittelfonds zum Stichtag 31. Dezember 2019 gegenüber der Planung insgesamt um TEUR 179 gesteigert werden.

## Übersicht über die Entwicklung der Kredite 2019



Konto/Bank	Darlehen	Ursprungs- betrag	Zinssatz	Stand 01.01.2019	Zugänge	Tilgung	Abgänge	Stand 31.12.2019	Zinsen	bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	ab 5 Jahre	Gesamt
HypoVereinsbank	780154212	265.000,00	4,640	109.163,83	0,00	23.659,20	0,00	85.504,63	5.788,95	19.934,63	65.570,00	0,00	85.504,63
Helaba (vormals Dexia)	800098805	410.000,00	4,739	188.533,04	0,00	27.377,09	0,00	161.155,95	8.452,83	28.697,72	132.458,23	0,00	161.155,95
DZ HYP AG	3307958300	180.000,00	1,890	130.361,18	0,00	11.614,61	0,00	118.746,57	2.381,83	11.835,68	49.638,91	57.271,98	118.746,57
Gesamt		855.000,00		428.058,05	0,00	62.650,90	0,00	365.407,15	16.623,61	60.468,03	247.667,14	57.271,98	365.407,15
Zinsabgrenzung				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		855.000,00	0,00	428.058,05	0,00	62.650,90	0,00	365.407,15	16.623,61	60.468,03	247.667,14	57.271,98	365.407,15

**Erfolgsübersicht für das Jahr 2019**

	<b>Gesamt</b>	<b>Allgemeine Betriebs- leitung</b>	<b>Seebad und Kurwesen</b>	<b>Tourist-Info</b>	<b>Marketing</b>	<b>Grundstücke/ Flächen</b>	<b>Hanse Sail Büro</b>
	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1. Materialaufwand	-2.069.009	-6.376	-963.434	-108.213	-152.735	-123.076	-715.176
2. Löhne und Gehälter	-2.538.251	-374.246	-852.371	-655.414	-275.945	0	-380.275
3. soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-492.435	-68.226	-172.027	-139.936	-45.424	0	-66.822
4. Aufwendungen für Altersversorgung	-97.198	-14.792	-32.070	-26.627	-11.051	0	-12.658
5. Abschreibungen	-265.474	-4.611	-78.178	-16.466	-3.558	-152.187	-10.475
6. Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	-18.257	-15.357	0	-2.900	0	0	0
7. Steuern	-7.360	-304	-4.763	0	-114	-1.283	-896
8. Andere betriebliche Aufwendungen	-1.503.851	-98.866	-584.458	-97.327	-192.818	-131.443	-398.939
9. Summe Aufwendungen 1-8	-6.991.835	-582.779	-2.687.300	-1.046.883	-681.645	-407.989	-1.585.240
<b>10. Betriebserträge</b>	<b>-5.560.766</b>	<b>-53.194</b>	<b>-2.608.965</b>	<b>-236.468</b>	<b>-76.006</b>	<b>-1.717.954</b>	<b>-868.177</b>
11. Finanzergebnis	-1.327	-1.327	0	0	0	0	0
<b>12. Betriebsergebnis</b>	<b>1.429.743</b>	<b>528.258</b>	<b>78.335</b>	<b>810.414</b>	<b>605.639</b>	<b>-1.309.966</b>	<b>717.062</b>
13. Umlage			184.890	105.652	52.826	79.239	105.652
<b>14. Jahresergebnis</b>	<b>1.429.743</b>		<b>263.225</b>	<b>916.066</b>	<b>658.465</b>	<b>-1.230.727</b>	<b>822.714</b>

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

#### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

#### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlchem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen  Federführendes Amt: Eigenbetrieb TZR & W	Beteiligt: Rechnungsprüfungsamt Zentrale Steuerung Kämmereiamt Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung	
<b>Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale Rostock &amp; Warnemünde“</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
25.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Nachtragswirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“ einschließlich des Stellenplanes wird beschlossen (Anlage).

## Beschlussvorschriften:

§§ 6 Abs. 2 Nr. 2, 18 Eigenbetriebsverordnung MV

§ 22 Abs. 3 Kommunalverfassung MV

## bereits gefasste Beschlüsse:

Nr. 2020/BV/0932 der Bürgerschaft vom 17.06.2020

**Sachverhalt:**

Gegenstand der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hanse- und Universitätsstadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Entsprechend den satzungsmäßig übertragenen Aufgaben hat die Tourismuszentrale ihre Geschäftsfelder ausgerichtet und Strukturen aufgebaut, die betriebswirtschaftliche Aussagen für die einzelnen Bereiche ermöglichen.

Die Planung ist untergliedert nach den Geschäftsfeldern:

1. Seebad & Kurwesen
2. Büro Warnemünder Woche
3. Maritimer Tourismus / Büro Hanse Sail
4. Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
5. Tourist-Informationen
6. Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung

Eine Nachtragswirtschaftsplanung für das Jahr 2020 ist erforderlich geworden, da die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde aufgrund des erfolgten Lockdowns im Frühjahr 2020 insbesondere auf wichtige Umsatzerlöse im Bereich der Kurabgabe sowie der Werbeleistungen verzichten musste. Im Laufe des Jahres 2020 zeichnete sich mit den schrittweise erfolgten Lockerungen seit Ende Juni 2020 ein dennoch deutlich positiverer Saisonverlauf ab, als ursprünglich durch die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde prognostiziert. Der durch die Bürgerschaft am 17.06.2020 legitimierte Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.654 TEUR für das Jahr 2020 erhöhte sich durch den Ergänzungsbeschluss um 940 TEUR. Mit dem zu schließenden Nachtragsplan 2020 besteht für das Wirtschaftsjahr 2020 ein Gesamt-Ausgleichsbedarf in Höhe von 2.018 TEUR. Mit dem Nachtragswirtschaftsplan 2020 folgt die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde § 18 der Eigenbetriebsverordnung M-V.

Nach den gesetzlichen Vorschriften des § 13 (3), (4) und (5) der Eigenbetriebsverordnung M-V ist die Gemeinde zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages verpflichtet.

### Finanzielle Auswirkungen:

Unterjähriger Zuschuss zum Verlustausgleich durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von 2.018.338,00 EUR.

Teilhaushalt: 12

Produkt: 62302

Bezeichnung: Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Haushaltsj.	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Aufwendungen	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen
<b>2020</b>	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		2.018.338		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				2.018.338
<b>2021</b>	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		2.060.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				2.060.000

<b>2022</b>	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		2.060.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				2.060.000
<b>2023</b>	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		1.560.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				1.560.000

☒ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☒ liegen nicht vor.

☐ werden nachfolgend angegeben

Claus Ruhe Madsen

#### Anlagen

1	Anlage 1 - Vorbericht zum Nachtragswirtschaftsplan 2020	öffentlich
2	Formulare_Nachtrag Wirtschaftsplan_2020_30.10.2020	öffentlich



## **Vorbericht zum Nachtragswirtschaftsplan 2020**

Gegenstand der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde (TZRW) ist die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hanse- und Universitätsstadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Entsprechend den satzungsmäßig übertragenen Aufgaben hat die Tourismuszentrale ihre Geschäftsfelder ausgerichtet und Strukturen aufgebaut, die die erforderlichen betriebswirtschaftlichen Aussagen ermöglichen.

Die Planung ist untergliedert nach den Geschäftsfeldern:

- Seebad und Kurwesen
- Büro Warnemünder Woche
- Betriebshof
- Tourist-Informationen
- Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Maritimer Tourismus/ Büro Hanse Sail
- Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung

In der anschließenden Erfolgsübersicht ist im Einzelnen die wirtschaftliche Entwicklung dargestellt (Anlage 1).

## **Nachtragswirtschaftsplan 2020**

Der Tourismus ist von der Corona-Pandemie so stark betroffen wie keine andere Branche. Die Interdependenz des Geschäftsmodelles des Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde zeigt sich diesbezüglich am deutlichsten anhand der beachtlichen Einnahmeverluste bei der Kurabgabe im Jahr 2020.

Aber auch in weiteren Geschäftsbereichen wie zum Beispiel bei der Vermietung & Verpachtung, den Werbeleistungen und auch in den Tourist-Informationen hatte die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen.

Ferner hat das bundesweite, Corona-bedingte Verbot von Veranstaltungen seine Wirkungen auf den ursprünglich legitimierten Wirtschaftsplan 2020 gehabt. Infolge der wesentlichen Abweichungen im laufenden Wirtschaftsjahr 2020 ist die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde gemäß § 18 der Eigenbetriebsverordnung Mecklenburg-Vorpommern zu einem Nachtragswirtschaftsplan 2020 verpflichtet.

## Abweichungsanalyse

Darstellung der Abweichungen	Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020	Nachtragsplan für das Wirtschaftsjahr 2020	Abweichung
<b>Erfolgsplan</b>	<b>Angaben in TEUR</b>	<b>Angaben in TEUR</b>	<b>Angaben in TEUR</b>
Gesamtbetrag der Erträge	6.028	4.120	1.909
Gesamtbetrag der Aufwendungen	7.681	6.137	1.544
Jahresergebnis	-1.654	-2.018	364
<b>Finanzplan</b>			
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.654	-2.018	364
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	213	228	-15
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.441	-1.790	349
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0	0	0
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-200	-132	-68
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-200	-132	-68
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	1.654	2.018	-364
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-60	-60	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	1.594	1.958	-364
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-47	36	-83
<b>Festsetzungen unter Genehmigungsvorbehalt</b>			
Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit Ausnahme von Umschuldungen	0	0	0
Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	428	428	0
Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen	0	0	0
In der Stellenübersicht ausgewiesene Stellen in Vollzeitäquivalenten	54	54	0
<b>Sonstige Angaben</b>			
Gesamtbetrag der aus Wirtschaftsplänen der Vorjahre voraussichtlich fortgeltenden Kreditermächtigungen			
Finanzmittelbestand am Ende der Periode			
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2018	9.752	9.752	0
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2019 voraussichtlich	10.088	10.088	0
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2020 voraussichtlich	9.864	9.500	364

## Ertragslage

<b>Umsatzerlöse aus</b>	<b>IST 2019 in TEUR</b>	<b>Plan 2020 in TEUR</b>	<b>Nachtrag 2020 in TEUR</b>
Kurabgabe	2.068	2.080	1.750
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	1.626	1.722	1.176
Werbeleistungen	524	921	145
Parkplatzentgelte	557	544	576
Provisionen	100	101	41
Broschüren und Souvenirs	141	154	64
Pauschalangebote	28	30	18
Eintrittsgelder	29	33	18
Übrige Umsatzerlöse	192	232	63
<b>Gesamt</b>	<b>5.264</b>	<b>5.817</b>	<b>3.852</b>

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde hatte im Wirtschaftsjahr 2020 ursprünglich Gesamterlöse in Höhe von 5.817 TEUR eingeplant. Mit dem Nachtragsplan 2020 werden sich diese geplanten Erlöse allerdings deutlich um -34 % bzw. -1.965 TEUR auf 3.852 TEUR reduzieren. Innerhalb der Gesamtposition beliefen sich die Erlöse aus der Kurabgabe gemäß der ursprünglichen Planung für das Jahr 2020 auf 2.080 TEUR. Durch den Nachtrag 2020 plant die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde bis zum 31.12.2020 mit Erlösen in Höhe von 1.750 TEUR. Die Abweichung zum ursprünglichen Wirtschaftsplan 2020 beträgt hierbei -16 % bzw. monetär -330 TEUR. Bei den Mieten, Pachten, Erbbauzinsen ist die Planung 2020 ursprünglich von 1.722 TEUR an Erlösen ausgegangen. Mit dem Nachtragsplan 2020 werden hierfür lediglich 1.176 TEUR eingeplant, was eine Abweichung von -32 % bzw. monetär -546 TEUR bedeutet. Die Werbeleistungen waren ursprünglich mit 921 TEUR geplant. Mit dem Nachtragsplan 2020 reduziert sich diese Position auf 145 TEUR und weicht somit um -84 % bzw. monetär um -775 TEUR vom ursprünglichen Planansatz ab. Bei dem Erlöstreiber Parkplatzentgelte plante die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde mit Entgelten in Höhe von 544 TEUR für das Jahr 2020. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Nachtragsplanung der Parkplatzentgelte ist eher von untergeordneter Bedeutung. Das Geschäftsfeld ist relativ konstant im Laufzeitband 2020. Mit dem Nachtrag 2020 erhöhen sich die Planannahmen sogar noch leicht von ursprünglich geplanten 544 TEUR um +6 % bzw. +32 TEUR auf insgesamt 576 TEUR an Erlösen.

Alle weiteren kleineren Erlöspositionen wie Broschüren und Souvenirs, Pauschalangebote, Eintrittsgelder etc. sind mit dem Nachtrag 2020 der jetzigen IST-Situation angepasst und reduzieren sich daher jeweils um mindestens 40 %.

## Sonstige betriebliche Erträge

<b>Betriebliche Erträge aus</b>	<b>IST 2019</b> in TEUR	<b>Plan 2020</b> in TEUR	<b>Nachtrag 2020</b> in TEUR
sonstige betriebliche Erträge	204	122	180
Investitionszulage	92	87	87
<b>Gesamt</b>	<b>297</b>	<b>208</b>	<b>267</b>

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden

- die Erträge aus der Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen,
- die Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse für den Bau der Vogtei,
- die Refinanzierung der Sanierung der WC-Anlage am Strandaufgang 6 durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie
- die Förderung des Neubaus der WC-Anlage am Strandaufgang 10 dargestellt.

Um den Ausbau des Gesundheitstourismus weiter voranzutreiben, hat ab dem 1. Juni 2020 eine „Gesundheitslotsin“ ihre Arbeit innerhalb der Tourismuszentrale aufgenommen. Das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern unterstützt dieses Projekt im Jahr 2020 mit insgesamt 49 TEUR.

Das Auftragsvolumen der durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übertragenen Aufgaben ergab in der ursprünglichen Wirtschaftsplanung 2020 einen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.654 TEUR. Nach dem erfolgten Lockdown im Frühjahr 2020 hat die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde eine Corona-Hochrechnung angefertigt, die einen zusätzlichen Bedarf in Höhe von 940 TEUR auswies. Dieser Bedarf wurde durch die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock letztendlich auch bewilligt.

Durch den Nachtragsplan 2020 erhöht sich der Ausgleichsbedarf der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ggü. dem ursprünglich legitimierten Wirtschaftsplan 2020 (Ausgleich 1.654 TEUR) nicht unerheblich um +22 % bzw. +364 TEUR auf 2.018 TEUR. Allerdings konnte die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde aufgrund der Lockerungen ab Juni 2020 unterjährig den Ausgleichsbedarf ggü. dem durch die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock legitimierten Rahmenbetrag noch einmal sehr deutlich um 576 TEUR senken.

Zur Liquiditätssicherung leistet die Hanse- und Universitätsstadt Rostock unterjährig Vorauszahlungen auf diesen Ausgleichsbedarf. Entgegen der Darstellung der Vorjahre werden diese Zahlungen nicht als betriebliche Erträge ausgewiesen, sondern als Verbindlichkeit verbucht. Der Ausgleich mit dem Jahresfehlbetrag erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft zum Jahresabschluss 2020 in 2021.

Perspektivisch wird sich dieser Ausgleichsbedarf in den kommenden Jahren weiter erhöhen, da die Aufwendungen für die Beseitigung von Sturmschäden sowie für die Vorbereitung und Durchführung von maritimen Großveranstaltungen stetig steigen werden. Hier sind neben den Aufwendungen für die Sicherheitsleistungen in den kommenden Jahren insbesondere auch Aufwendungen im Zusammenhang mit Corona-Schutzmaßnahmen hervorzuheben.

### Aufwendungen

<b>Aufwendungen aus</b>	<b>IST 2019</b> in TEUR	<b>Plan 2020</b> in TEUR	<b>Nachtrag 2020</b> in TEUR
Materialaufwand/Aufwand aus bezogenen Leistungen	2.069	1.888	1.183
Personalaufwand	3.128	3.514	3.240
Abschreibungen	266	299	315
Sonst. betrieblicher Aufwand	1.504	1.956	1.378
Zinsen u. ä. Aufwendungen	18	17	15
Steuern	7	7	7
<b>Gesamt</b>	<b>6.992</b>	<b>7.681</b>	<b>6.138</b>

Die ursprünglich geplante Erhöhung des Gesamtaufwandes im Vergleich zum IST 2019 (6.992 TEUR) beträgt 9,9 %. Durch den Nachtragsplan 2020 hat sich der Planansatz 2020 allerdings wiederum deutlich um – 20 % bzw. monetär um -1.543 TEUR auf 6.138 TEUR reduziert. Im Wesentlichen sind Aufwendungen für das Personal in Höhe von – 274 TEUR eingespart worden zum Beispiel durch die Einsparung von Saisonkräften sowie auch durch eine zeitlich versetzte Nachbesetzung von frei werdenden Stellen innerhalb der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde.

Außerdem wurden ursprünglich geplante Aufwendungen in 2020 zur Vorbereitung und Durchführung der maritimen Großveranstaltungen (Warnemünder Woche, Hanse Sail) nicht ausgelöst.

## Personalentwicklung

Laut Stellenplan sind im Nachtragsplan 2020 im Durchschnitt 52 Mitarbeiter\*innen beschäftigt. Darin enthalten sind vier Auszubildende im ersten, zweiten bzw. dritten Ausbildungsjahr. Saisonal beschäftigte Mitarbeiter sind entsprechend ihrer Stundenanzahl und Monate in den Durchschnitt eingerechnet. Im Zuge der bereichsübergreifenden Bündelung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen im Rahmen der Organisation der Hanse Sail und weiterer maritimer Großveranstaltungen wurden über das Büro des Oberbürgermeisters zusätzliche Aufgaben an die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde übertragen. Organisatorisch bedeutet dies, dass zum 17.02.2020 eine Stabstelle eingerichtet wurde, die dem aktuellen Stellenplan zuzuordnen ist. Mit der damit verbundenen Tätigkeit soll ein deutlicher Synergieeffekt in der Kommunikation sowie in der Abstimmung aller Prozesse und einzubindenden Akteure erzielt werden. Für das Projekt Gesundheitslotse, ein mit europäischen Mitteln unterstütztes Vorhaben, wurde außerdem eine vorerst befristete Stelle geschaffen, die für die Zeit vom 01.06.2020 bis 31.05.2022 besetzt sein wird. Die Personalkosten dieser Stelle werden zu 100 % über das maximal zweijährige Projekt getragen, insgesamt wird mit einer Förderquote von ca. 67,5 % gerechnet. Ende 2017 wurde dem Antrag einer Mitarbeiterin auf Altersteilzeit stattgegeben. Die Wiederbesetzung ist mit Beginn der Ruhephase der Beschäftigten erfolgt, diese endet im Oktober 2020. Altersbedingt ist im August eine Mitarbeiterin ausgeschieden, die Stelle soll ebenfalls zeitnah wiederbesetzt werden. Eine Schaffung von weiteren Stellen ist nicht vorgesehen. Die Personalkosten-Planzahlen berücksichtigen sowohl Gehälter und Sozialabgaben der Beschäftigten als auch die Aushilfslöhne der Hilfskräfte.

## Investitionsplan

Wichtigste Investitionsvorhaben im Jahre 2020 sind:

- Werkzeuge und Maschinen
- Rechentechnik/Hard- und -Software
- Büro- und Geschäftsausstattung

## Kapitalausstattung

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 76,5 %.

## Kredite

Die Kreditverbindlichkeiten der Tourismuszentrale belaufen sich zum 01. Januar 2020 auf insgesamt 365 TEUR; bei der Helaba (161 TEUR), bei der DZ HYP AG (119 TEUR) sowie bei der HypoVereinsbank (85 TEUR).

Für die Tilgung der bestehenden Verträge sind 60 TEUR geplant. Entsprechend belaufen sich die gesamten Kreditverbindlichkeiten zum 31.12.2020 voraussichtlich auf 305 TEUR.

## Liquidität

Die Liquidität des kommunalen Eigenbetriebes ist durch die Genehmigung eines Kassenkredits gegeben. Ist die laufende Liquidität nicht mehr gegeben, sind laut § 13 (5) EigVO M-V vom 14.07.2017 zahlungswirksame Teile des Jahresverlustes unverzüglich aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen.

Unter Beachtung der Hinweise des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 20.11.2006 zur Aufstellung der Wirtschaftspläne der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften geben wir nachfolgend Auskunft:

- 1.) Darstellung bestehender, freiwilliger, nicht durch einen öffentlichen Zweck erforderlichen Aufwendungen des Unternehmens (bspw. Sponsoring u. ä. Zuschüsse):  
  
Entfällt.
- 2.) Angaben zum Budget für Werbemaßnahmen:  
  
Das Budget für Werbemaßnahmen beträgt 762.704 EUR (einschließlich Personalkosten).
- 3.) Bei tariflich gebundenen Unternehmen Angaben zur Anzahl der Beschäftigten mit Sonderdienstvertrag und die Gründe für den Abschluss eines Sonderdienstvertrages, außerdem Angaben zur grundsätzlichen Vergütungsstruktur der Beschäftigten mit Sonderdienstverträgen (z.B. Vereinbarung einer Erfolgsbeteiligung):  
  
Nicht zutreffend.

4.) Angaben zum Umfang nicht betriebsnotwendigen Vermögens:

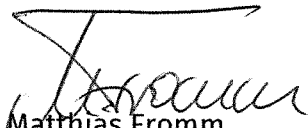
Es besteht kein offenkundiges nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

5.) Angaben zum Vorhandensein nicht zwingend betriebsnotwendiger Geschäftsbereiche und deren Auswirkung auf das Jahresergebnis:

Alle bestehenden Geschäftsbereiche erfüllen ausschließlich die in der Betriebssatzung vorgegebenen Aufgaben.

6.) Bei entgeltfinanzierten Unternehmen auf Grundlage des kommunalen Abgabengesetzes (Gebühren oder privatrechtliche Entgelte) ist auszuführen, ob kostendeckende Entgelte erhoben werden und ob diese Entgelte eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (unter Angabe des angesetzten Zinssatzes) berücksichtigen:

Nicht zutreffend.

  
Matthias Fromm



**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**

**Nachtrag Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**

**Zusammenstellung**

Der Wirtschaftsplan wird mit folgenden Festsetzungen beschlossen:

**Erfolgsplan**

Gesamtbetrag der Erträge	4.120
Gesamtbetrag der Aufwendungen	6.137
Jahresergebnis	-2.018

**Finanzplan**

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.018
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	228
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.790

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-132
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-132

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	2.018
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-60
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	1.958

Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	36
--	----

**Festsetzungen unter Genehmigungsvorbehalt**

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit Ausnahme von Umschuldungen	0
--	---

Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	365
--	-----

Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen	0
--	---

In der Stellenübersicht ausgewiesene Stellen in Vollzeitäquivalenten	54
--	----

**Sonstige Angaben**

Gesamtbetrag der aus Wirtschaftsplänen der Vorjahre voraussichtlich fortgeltenden Kreditermächtigungen	
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2018	9.752
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2019	10.088
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2020 voraussichtlich	9.500

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Nachtrag Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Erfolgsplan**

	Ist 2018 (Vorvorjahr)	IST 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
1 Umsatzerlöse	5.676	5.264	3.851	5.663	5.663	5.820
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
3 andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4 sonstige betriebliche Erträge	287	204	180	359	359	125
5 Materialaufwand	2.403	2.069	1.183	2.455	2.455	1.889
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	63	62	50	60	60	60
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.340	2.007	1.133	2.395	2.395	1.829
6 Personalaufwand	3.208	3.128	3.240	3.697	3.697	3.520
a) Löhne und Gehälter	2.640	2.538	2.513	2.961	2.961	2.810
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	568	590	727	736	736	710
- davon für Altersversorgung	95	97	110	109	109	105
7 Abschreibungen	275	265	314	314	314	300
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	275	265	314	314	314	300
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	67	92	87	87	87	87
9 sonstige betriebliche Aufwendungen	1.888	1.504	1.378	1.680	1.680	1.860
10 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
11 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	2	2	2	2
13 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	18	15	17	17	17
15 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
16 Ergebnis nach Steuern	-1.759	-1.423	-2.011	-2.053	-2.053	-1.553
17 sonstige Steuern	7	7	7	7	7	7
<b>18 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>-1.766</b>	<b>-1.430</b>	<b>-2.018</b>	<b>-2.060</b>	<b>-2.060</b>	<b>-1.560</b>
<b>Verwendung des Jahresergebnisses</b>						
Verrechnung mit dem Verlustvortrag						
Verrechnung mit dem Gewinnvortrag						
Vortrag auf neue Rechnung						
Einstellung in die Rücklagen						
Entnahme aus den Rücklagen						
Ausschüttung an die Gemeinde						
Ausgleich durch die Gemeinde	1.766	1.430	2.018	2.060	2.060	1.560

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Nachtrag Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Finanzplan**

	Ist <b>2018</b> (Vorvorjahr)	Plan/HR <b>2019</b> (Vorjahr)	Plan <b>2020</b> (Planjahr)	Plan <b>2021</b> (1. Folgejahr)	Plan <b>2022</b> (2. Folgejahr)	Plan <b>2023</b> (3. Folgejahr)
1 Periodenergebnis	-1.766	-1.430	-2.018	-2.060	-2.060	-1.560
2 Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	208	362	228	228	228	214
3 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	53	-26	0	0	0	0
4 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	0	0	0	0	0	0
5 Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-84	135	0	0	0	0
6 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-52	-118	0	0	0	0
7 Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1	0	0	0	0	0
8 Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	0	0	0	0	0	0
9 Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0	0	0	0	0
10 Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
11 Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	0	0	0	0	0	0
12 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
13 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
14 Ertragsteuerzahlungen (-/+)	0	0	0	0	0	0
<b>15 Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.642</b>	<b>-1.077</b>	<b>-1.790</b>	<b>-1.832</b>	<b>-1.832</b>	<b>-1.346</b>
16 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
17 Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	-2	-1	0	-70	-40	-10
18 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	2	0	0	0	0	0
19 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-296	-47	-132	-211	-123	-120
20 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
21 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
22 Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0	0	0	0	0
23 Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0	0	0	0	0
24 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Nachtrag Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Finanzplan**

	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
25 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
26 Erhaltene Zinsen (+)	0	0	0	0	0	0
27 Erhaltene Dividenden (+)	0	0	0	0	0	0
<b>28 Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-296</b>	<b>-48</b>	<b>-132</b>	<b>-281</b>	<b>-163</b>	<b>-130</b>
29 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0	0	0	0	0
30 Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	-2	-2	0	0	0	0
31 Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	0	0	0	0	0	0
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
32 Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-56	-63	-60	-63	-66	-106
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-56	-63	-60	-63	-66	-106
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
33 Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	1.868	1.430	2.018	2.060	2.060	1.560
a) von der Gemeinde	1.868	1.430	2.018	2.060	2.060	1.560
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
c) von sonstigen Dritten	0	0	0	0	0	0
34 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
35 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
36 Gezahlte Zinsen (-)	0	0	0	0	0	0
37 Gezahlte Dividenden (-)	0	0	0	0	0	0
<b>38 Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>1.810</b>	<b>1.365</b>	<b>1.958</b>	<b>1.997</b>	<b>1.994</b>	<b>1.454</b>
<b>39 Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>-128</b>	<b>240</b>	<b>36</b>	<b>-116</b>	<b>-1</b>	<b>-22</b>
40 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	831	703	943	979	863	862
<b>41 Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>703</b>	<b>943</b>	<b>979</b>	<b>863</b>	<b>862</b>	<b>840</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente						
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören						

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Nachtrag Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Investitionszusammenfassung**

	<b>Gesamt</b>	<b>Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)</b>	<b>Plan 2020 (Planjahr)</b>	<b>Plan 2021 (1. Folgejahr)</b>	<b>Plan 2022 (2. Folgejahr)</b>	<b>Plan 2023 (3. Folgejahr)</b>	<b>Plan ab 2024 (Folgejahre)</b>
<b>Einzahlungen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens							
davon Sonstige							
<b>Auszahlungen</b>		<b>48</b>	<b>132</b>	<b>281</b>	<b>163</b>	<b>130</b>	<b>130</b>
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen		1	0	70	40	10	10
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen		47	132	211	123	120	120
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
davon für Sonstige							
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen</b>		<b>-48</b>	<b>-132</b>	<b>-281</b>	<b>-163</b>	<b>-130</b>	<b>-130</b>
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten							
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen							
a) von der Gemeinde		48	132	281	163	130	130
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds							
<b>Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)</b>							
Zuschuss							
Verlustausgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Investitionsübersicht**

Maßnahme:	Rechentechnik/Hard- und Software	Bereich:					
Kurzbeschreibung:	Rechentechnik/Hard- und Software						
Es wurde durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, zumindest durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten, ermittelt, dass es sich bei mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten um die für den Eigenbetrieb wirtschaftlichste Lösung handelt.			ja				
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.			ja				
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.			ja				
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.			ja				
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
<b>Einzahlungen</b>			0				
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens							
davon Sonstige							
<b>Auszahlungen</b>			31				
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen							
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen			31				
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
davon für Sonstige							
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen</b>			-31				
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten							
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen							
a) von der Gemeinde			31				
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds							
<b>Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)</b>							
Zuschuss							
Verlustrücklage							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Investitionsübersicht**

Maßnahme:	Büro- und Geschäftsausstattung	Bereich:					
Kurzbeschreibung:	Büro- und Geschäftsausstattung						
Es wurde durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, zumindest durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten, ermittelt, dass es sich bei mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten um die für den Eigenbetrieb wirtschaftlichste Lösung handelt.			ja				
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.			ja				
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.			ja				
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.			ja				
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
<b>Einzahlungen</b>			0				
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens							
davon Sonstige							
<b>Auszahlungen</b>			77				
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen							
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen			77				
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
davon für Sonstige							
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen</b>			-77				
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten							
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen							
a) von der Gemeinde			77				
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds							
<b>Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)</b>							
Zuschuss							
Verlustrücklage							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

<b>Tourismuszentrale Rostock &amp; Warnemünde</b> <b>Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Investitionsübersicht</b>							
Maßnahme:	Werkzeuge/Maschinen			Bereich:	Technik		
Kurzbeschreibung:	Werkzeuge/Maschinen						
Es wurde durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, zumindest durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten, ermittelt, dass es sich bei mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten um die für den Eigenbetrieb wirtschaftlichste Lösung handelt.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
<b>Einzahlungen</b>			0				
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens							
davon Sonstige							
<b>Auszahlungen</b>			24				
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen							
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen			24				
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
davon für Sonstige							
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen</b>			-24				
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten							
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen							
a) von der Gemeinde			24				
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds							
<b>Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)</b>							
Zuschuss							
Verlustrücklage							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							



**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Stellenübersicht**

lfd. Nr.	Bezeichnung	Anzahl und Bewertung 2019		tatsächliche Besetzung am 30.06.2019	Anzahl und Bewertung 2020		Bemerkungen
01	Tourismusdirektor/in	1,000	15	15	1,000	15	
02	Assistent/in Tourismusdirektor/in	1,000	08	08	1,000	08	
03	Büroleiter/in Tourismusdirektor/in	-	-	-	1,000	11	
04	BL Zentrale Steuerung	1,000	14	14	1,000	14	
05	SB Rechnungswesen/Finanzen	1,000	09c	09c	1,000	09c	
06	SB Rechnungswesen/Kasse	1,000	08	08	1,000	08	
07	TUI-Systembetreuer	1,000	10	10	1,000	10	
08	SB Rechnungsw./Controlling/Personal	1,000	09a	09a	1,000	09a	
09	SB Kurabgabeabrechnung	1,000	08	08	1,000	08	
10	SGL Tourismusförderung/Verträge	1,000	10	10	1,000	10	
11	SB Gesundheitstourismus/Kurwesen	1,000	09b	09b	1,000	09b	
12	SB Veranstaltungsmanagement	1,000	09b	09b	1,000	09b	
13	SB Strandbew./Umweltmanagement	1,000	09a	09a	1,000	09a	
14	Projektmitarbeiter/in	-	-	-	1,000	09a	EU-Projekt 01/20-12/21
15	SGL Technik	1,000	11	11	1,000	11	
16	Betriebshandwerker/Elektriker	1,000	06	06	1,000	06	
17	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
18	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
19	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
20	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
21	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.03. bis 31.10.2020
22	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.03. bis 31.10.2020
23	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.03. bis 31.10.2020
24	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.03. bis 31.10.2020
25	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.05. bis 30.09.2020
26	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.05. bis 30.09.2020
27	SB Technischer Service	1,000	09b	09b	1,000	09b	
28	SGL Warnemünder Woche	1,000	11	11	1,000	11	
29	Projektmitarbeiter/in	1,000	09a	09b	1,000	09b	
30	Projektassistent/in	0,500	09a	08	0,500	08	
31	BL Marketing/Vertrieb	1,000	14	14	1,000	14	
32	SB Marketing/Werbung	1,000	10	10	1,000	10	
33	SB Produktentwicklung	1,000	10	10	1,000	10	
34	SB Online-Marketing/-Vertrieb	1,000	10	10	1,000	10	
35	SB Marketingassistent/Parkplätze	1,000	08	08	1,000	08	
36	SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1,000	9c	-	1,000	10	ALT lfd.Nr. 62
37	SGL Tourist-Information	1,000	11	-	1,000	11	Abordnung auf Widerruf
38	stellv. SGL Tourist-Information	1,000	10	10	1,000	10	
39	SB Projektm./Verkauf/Vermittlg.	1,000	09c	09c	1,000	09c	ALT lfd.Nr. 49
40	SB Vermittlung/Unterkünfte	1,000	09a	09a	1,000	09a	
41	SB Büroorganisation/Verm./Verk.	1,000	08	08	1,000	08	
42	SB Information/Verkauf	1,000	08	08	1,000	08	
43	SB Information/Verkauf	1,000	08	08	1,000	08	
44	SB WaWi/Ticketing/Verkauf	1,000	09b	09b	1,000	09b	
45	SB Information/Verkauf	1,000	08	08	1,000	08	
46	SB Gruppengeschäft	1,000	08	08	1,000	08	
47	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	1,000	07	07	1,000	07	
48	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	1,000	07	07	1,000	07	
49	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	1,000	07	07	1,000	07	
50	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	1,000	07	07	1,000	07	01.04. bis 31.10.2020
51	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	1,000	07	07	1,000	07	01.04. bis 31.10.2020

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Stellenübersicht**

lfd. Nr.	Bezeichnung	Anzahl und Bewertung 2019		tatsächliche Besetzung am 30.06.2019	Anzahl und Bewertung 2020		Bemerkungen
52	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	1,000	07	07	1,000	07	01.05. bis 31.10.2020
53	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	0,875	07	07	0,875	07	01.05. bis 30.09.2020
54	SB Information/Verkauf/Vermittlg.	0,875	07	-	0,875	07	01.05. bis 30.09.2020
55	BL maritimer Tourismus/HSB	1,000	14	14	1,000	14	
56	SB Veranstaltungen/Verträge	1,000	09a	09a	1,000	09a	
57	SB Technischer Service	1,000	09a	09a	1,000	09c	
58	SB Markt/Sponsoring	1,000	10	10	1,000	10	
59	SB Rechnungsw./Kasse/Personal	1,000	09a	09a	1,000	09a	
60	SB Koordination EU-Projekte	1,000	10	10	1,000	10	befr. bis 31.03.2020
61	SB Marketing Marit. Tourismus/Hanse Sail	1,000	9c	-	1,000	10	
	SB PR/Öffentlichkeitsarbeit	1,000	9c	-	-	-	NEU lfd.Nr. 36
		<b>59,250</b>			<b>60,250</b>		

lfd. Nr.	Bezeichnung	Anzahl und Bewertung 2019		tatsächliche Besetzung am 30.06.2019	Anzahl und Bewertung 2020		Bemerkungen
	SB Tagungen & Kongresse	0,500	11	11	0,500	11	FlexAZ-BM 1017-1020
		<b>0,500</b>			<b>0,500</b>		

lfd. Nr.	Bezeichnung	Anzahl und Bewertung 2019		tatsächliche Besetzung am 30.06.2019	Anzahl und Bewertung 2020		Bemerkungen
1A	Auszubildende/r	1,000	TVAöD	07	1,000	TVAöD	01.01.2019-31.08.2021
2A	Auszubildende/r	1,000	TVAöD	-	1,000	TVAöD	01.09.2019-31.08.2022
3A	Auszubildende/r	1,000	TVAöD	TVAöD	1,000	TVAöD	01.04.2020-31.08.2023
4A	Auszubildende/r	1,000	TVAöD	TVAöD	1,000	TVAöD	01.09.2020-31.10.2022
		<b>4,000</b>			<b>4,000</b>		

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Jahresabschluss zum 31.12.2018**  
**Bilanz**

<b>Aktivseite</b>	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>12.234</b>	<b>12.212</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	9
1. selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	5	9
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0	0
3. Geschäfts- oder Firmenwert	0	0
4. geleistete Anzahlungen	0	0
II. Sachanlagen	12.229	12.203
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.931	11.842
2. technische Anlagen und Maschinen	0	0
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	298	361
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0
III. Finanzanlagen	0	0
1. Beteiligungen	0	0
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0
4. sonstige Ausleihungen	0	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.038</b>	<b>1.091</b>
I. Vorräte	20	25
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0	0
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	0
3. fertige Erzeugnisse und Waren	20	25
4. geleistete Anzahlungen	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	315	235
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	251	174
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
3. Forderungen gegen die Gemeinde	42	44
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
4. sonstige Vermögensgegenstände	22	17
III. Wertpapiere	0	0
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	703	831
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>14</b>	<b>5</b>
<b>D. Aktive latente Steuern</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>13.286</b>	<b>13.308</b>

# Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

## Jahresabschluss zum 31.12.2018

### Bilanz

Passivseite		
	31.12.2018	31.12.2017
A. Eigenkapital	9.752	11.518
I. Stammkapital	5.000	5.000
II. Kapitalrücklage	6.518	6.518
III. Gewinnrücklage	0	0
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.766	0
B. Sonderposten	433	500
I. Ertragszuschüsse	433	500
II. zum Anlagevermögen	0	0
1. Baukostenzuschüsse, Kostenerstattungen, Beiträge u. a.	0	0
2. Investitionszuschüsse	0	0
C. Rückstellungen	458	406
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	0
2. Steuerrückstellungen	0	0
3. sonstige Rückstellungen	458	406
D. Verbindlichkeiten	2.607	837
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	429	485
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	365	423
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	221	258
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
4. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	1.871	24
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
7. sonstige Verbindlichkeiten	86	70
davon aus Steuern	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0	0
E. Rechnungsabgrenzungsposten	36	47
F. Passive latente Steuern	0	0
	13.286	13.308

<b>Tourismuszentrale Rostock &amp; Warnemünde</b> <b>Jahresabschluss zum 31.12.2018</b> <b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>			
		<b>2018</b>	<b>2017</b>
1	Umsatzerlöse	5.676	5.006
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0	0
3	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0
4	sonstige betriebliche Erträge	287	214
5	Materialaufwand	2.403	1.926
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	63	59
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.340	1.867
6	Personalaufwand	3.208	2.915
	a) Löhne und Gehälter	2.640	2.390
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	568	525
	- davon für Altersversorgung	95	85
7	Abschreibungen	275	248
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	275	248
	- davon außerplanmäßig	0	0
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0
	- davon außerplanmäßig	0	0
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	67	67
9	sonstige betriebliche Aufwendungen	1.888	1.618
10	Erträge aus Beteiligungen	0	0
11	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0
12	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4
13	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	20
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0
16	Ergebnis nach Steuern	-1.759	-1.436
17	sonstige Steuern	7	7
18	<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>-1.766</b>	<b>-1.443</b>

<b>Tourismuszentrale Rostock &amp; Warnemünde</b> <b>Jahresabschluss zum 31.12.2018</b> <b>Finanzrechnung</b>			
		<b>2018</b>	<b>2017</b>
1	Periodenergebnis	-1.766	-1.443
2	Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	208	181
3	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	53	-15
4	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	0	0
5	Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-84	6
6	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-52	48
7	Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1	2
8	Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	0	0
9	Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0
10	Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0
11	Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	0	0
12	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
13	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
14	Ertragsteuerzahlungen (-/+)	0	0
<b>15</b>	<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.642</b>	<b>-1.221</b>
16	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	0	0
17	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	-2	-11
18	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	2	0
19	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-296	-164
20	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0
21	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0
22	Einzahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0
23	Auszahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0
24	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
25	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
26	Erhaltene Zinsen (+)	0	0
27	Erhaltene Dividenden (+)	0	0
<b>28</b>	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-296</b>	<b>-175</b>
29	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0
30	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	-2	-154
31	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	0	0
	- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
	- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
32	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-56	-49
	- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	-56	-49
	- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
33	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	1.868	1.445
	a) von der Gemeinde	1.868	1.445
	b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0
	c) von sonstigen Dritten	0	0
34	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0
35	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0
36	Gezahlte Zinsen (-)	0	0
37	Gezahlte Dividenden (-)	0	0
<b>38</b>	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>1.810</b>	<b>1.242</b>
<b>39</b>	<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>-128</b>	<b>-154</b>
40	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds (+/-)		
41	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	831	985
<b>42</b>	<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>703</b>	<b>831</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören			

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Anlagenübersicht**

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen						Restbuchwerte	
	Stand am 31.12.2017	Zuänge im Jahr 2018	Abgänge im Jahr 2018	Umbuchun- gen im Jahr 2018	Stand am 31.12.2018	kumulierter Stand am 31.12.2017	Zuschreibun- gen im Jahr 2018	Abschreibun- gen im Jahr 2018	Umbuchun- gen im Jahr 2018	kumuliert auf Abgänge bis 31.12.2018	außerplan- mäßig bis 31.12.2018	Stand am 31.12.2017	Stand am 31.12.2018
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>78</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>80</b>	<b>68</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>74</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>5</b>
selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte													
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	78	2	0	0	80	68	6	0	0	74	0	9	5
Geschäfts- oder Firmenwert													
geleistete Anzahlungen													
<b>Sachanlagen</b>	<b>16.437</b>	<b>296</b>	<b>92</b>	<b>0</b>	<b>16.641</b>	<b>4.234</b>	<b>269</b>	<b>91</b>	<b>0</b>	<b>4.412</b>	<b>0</b>	<b>12.203</b>	<b>12.229</b>
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.978	247	0	0	15.225	3.136	157	0	0	3.293	0	11.842	11.931
technische Anlagen und Maschinen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.459	49	92	0	1.416	1.098	112	91	0	1.119	0	361	298
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Finanzanlagen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>16.515</b>	<b>298</b>	<b>92</b>	<b>0</b>	<b>16.721</b>	<b>4.302</b>	<b>275</b>	<b>91</b>	<b>0</b>	<b>4.486</b>	<b>0</b>	<b>12.212</b>	<b>12.234</b>

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Forderungsübersicht**

	Bilanzwert am		Wertberichtigungen
	31.12.2018	31.12.2017	
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>251</b>	<b>174</b>	<b>75</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	251	174	75
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>Forderungen gegen die Gemeinde</b>	<b>41</b>	<b>43</b>	<b>0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	41	43	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>22</b>	<b>17</b>	<b>0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	22	17	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>314</b>	<b>234</b>	<b>75</b>



**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**  
**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Verbindlichkeitenübersicht**

	Bilanzwert am		Sicherung durch Pfandrechte o. ä.	
	31.12.2018	31.12.2017	Höhe	Art/Form
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>429</b>	<b>485</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	429	485		
<b>erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>221</b>	<b>258</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	221	258		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde</b>	<b>1.871</b>	<b>25</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	1.871	25		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>86</b>	<b>70</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	86	70		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Summe</b>	<b>2.607</b>	<b>838</b>		

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski  Federführendes Amt: Hafen- und Seemannsamt	Beteiligt: Hauptamt, Abt. Organisation Kämmereiamt Rechtsamt	
<b>Entgeltordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

### Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Entgeltordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine (Anlage 1).

Beschlussvorschriften: § 22 Abs. 3 Nr. 11 KV M-V

bereits gefasste Beschlüsse:

Nr. 2010/BV/1184, Beschluss vom 08.09.2010

### Sachverhalt:

Für die Unterwarnow bis hin zum Breitling, Moorgraben und Radelsee besitzt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Fischereirechte. Seit dem 01.01.2011 stehen den Anglern diese Gewässer zu unveränderten Entgelten zur Verfügung.

Im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung und des damit verbundenen Onlineverkaufs hat die Hanse- und Universitätsstadt Rostock seit Januar 2018 den Onlineverkauf von Angelerlaubnissen für das Rostocker Fischereirecht der Unterwarnow eingeführt. Der prozentuale Anteil dieses Verkaufs ist von 2018 von zunächst 6 % bereits auf 9 % in 2019 und aktuell auf 18% angestiegen. Um den Anglern diesen Service im vollen Umfang bieten zu können, ist die enge Zusammenarbeit mit dem Plattformanbieter notwendig, der ständig die Funktionalität und den Auftritt dieser Plattform verbessert. Der Angler kann zu jeder Tages- und Nachtzeit seine entsprechende Angelberechtigung erwerben, erhält Auskunft darüber wo er angeln gehen kann, was zu beachten ist und wer der Fischereiberechtigte ist. Es werden verschiedene Zahlungsmöglichkeiten geboten – Kreditkarte, PayPal oder Girocard. Diesen gleichwertigen Service können wir als Hanse- und Universitätsstadt nur innerhalb unserer Öffnungszeiten gewähren. In Bezug auf Bezahlungsmethoden vor Ort ist unser Angebot auf Girocard und Barzahlungen begrenzt. Die bereits bestehende Zusammenarbeit mit unseren Partnern, z.B. Angelgeschäften, möchten wir dahingehend ändern, dass aus der Plattform heraus der Offlineverkauf erfolgt. Vorteile sind, dass das aus der bestehenden Plattform realisiert werden kann, tagesaktuelle Verkaufsstatistiken vorliegen, die direkte Abrechnung der Einnahmen

gegenüber den Partnern gegeben ist, die Auslieferung, der Druck von Angelberechtigungen damit zukünftig entfällt. Das heißt unter anderem für den Angler, dass bei Verlust der Angelberechtigung ein Ersatz aus diesem System erstellt werden kann. Innerhalb des Systems sind kurzfristige Änderungen von Tarifen oder gesetzlichen Vorgaben unproblematisch anzupassen, ohne dass ein Bestand an gedruckten Erlaubnissen hinfällig wird.

Die Zusammenarbeit mit unseren Partner, dem Plattformanbieter und der erweiterte Service für unsere Kunden erfordern eine Anpassung der bestehenden Tarife für Angelerlaubnisse. Sowohl unsere Partner als auch der Plattformanbieter sollen für ihre Dienstleistung eine angemessene Provision erhalten. Für unsere Kunden steigt der Service, und es wird mit der neuen Entgeltordnung ein zusätzlicher Tarif für Schwerbehinderte eingeführt. Die Preissteigerung der Tageskarten von 3 EUR auf 5 EUR wird für unbedenklich gehalten. Ein Großteil dieser Karten wird von Anglern aus anderen Bundesländern im Frühjahr in der Heringssaison erworben. Der Tarif für Jugendliche und Kinder bleibt bestehen. Aufgrund fehlender Nachfrage entfällt der Monatstarif. Es wird davon ausgegangen, dass diese Angler auf die Wochenkarte oder Jahreskarte ausweichen werden. Die Jahreskarte für Erwachsene wird um 5 EUR auf 25 EUR erhöht und bleibt damit um 5 EUR unter dem Jahrestarif des Landes.

Die zu erwartenden Mehreinnahmen i. H. v. 51.100 EUR bei gleichbleibenden Absatzzahlen sollen die zu erwartenden verminderten Einnahmen aus dem Verkauf von Touristenfischereischeinen ab 2022 ausgleichen. Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Entgelte werden zur Reinhaltung der Gewässer und Uferzonen sowie zur Verbesserung der Infrastruktur verwendet. Weiterhin wird ein Teil der vereinnahmten Entgelte zur Förderung sozialer und gemeinnütziger Projekte in der Fischerei und in der Seefahrt ausgereicht werden.

#### **Gegenüberstellung Einnahmen aus Verkäufen derzeitiger Tarif – neuer Tarif**

Jahreskarte				
Online Verkauf				
	Insgesamt	Anteile Plattformanbieter	Anteile Partner	Restbetrag
		20%		
Derzeitiger Tarif:	20,00 €	4,00 €	x	16,00 €
Neuer Tarif:	25,00 €	5,00 €	x	20,00 €
Offline Verkauf				
	Insgesamt	Anteile Plattformanbieter	Anteile Partner	Restbetrag
		0,03%		
Derzeitiger Tarif:	20,00 €	0,60 €	0,50 €	18,90 €
Neuer Preis:	25,00 €	0,75 €	1,00 €	23,25 €

Jahreskarten Online 2019: 196

Jahreskarten Offline 2019: 6221

## Tageskarte

Online Verkauf				
	Insgesamt	Anteile Plattformanbieter	Anteile Partner	Restbetrag
		1,50 €		
Derzeitiger Tarif:	3,00 €	1,50 €	x	1,50 €
Neuer Tarif:	5,00 €	1,50 €	x	3,50 €
Offline Verkauf				
	Insgesamt	Anteile Plattformanbieter	Anteile Partner	Restbetrag
		0,03%		
Derzeitiger Tarif:	3,00 €	0,09 €	0,25 €	2,66 €
Neuer Preis:	5,00 €	0,15 €	0,50 €	4,35 €

Tageskarten Online 2019: 797

Tageskarten Offline 2019: 4464

## Wochenkarte

Online Verkauf				
	Insgesamt	Anteile Plattformanbieter	Anteile Partner	Restbetrag
		1,50 € / 20%		
Derzeitiger Tarif:	5,00 €	1,50 €	x	3,50 €
Neuer Tarif:	10,00 €	2,00 €	x	8,00 €
Offline Verkauf				
	Insgesamt	Anteile Plattformanbieter	Anteile Partner	Restbetrag
		0,03%		
Derzeitiger Tarif:	5,00 €	0,15 €	0,25 €	4,60 €
Neuer Tarif:	10,00 €	0,30 €	0,75 €	8,95 €

Wochenkarte Online 2019: 259

Wochenkarte Offline 2019: 1.440

Online Einnahmen					
	Einnahme Alt	Aufwand	Einnahme Neu	Aufwand	Differenz
Tageskarte	2.391,00 €	1.195,50 €	3.985,00 €	1.195,50 €	1.594,00 €
Wochenkarte	1.295,00 €	388,50 €	2.590,00 €	518,00 €	1.295,00 €
Jahreskarte	3.920,00 €	784,00 €	4.900,00 €	980,00 €	980,00 €
Summe:	7.606,00 €	2.368,00 €	11.475,00 €	2.693,50 €	3.869,00 €

Offline Einnahmen					
	Einnahme Alt	Aufwand	Einnahme Neu	Aufwand	Differenz
Tageskarte	13.392,00 €	1.517,76 €	22.320,00 €	2.901,60 €	8.928,00 €
Wochenkarte	7.200,00 €	576,00 €	14.400,00 €	1.512,00 €	7.200,00 €
Jahreskarte	124.420,00 €	6.843,10 €	155.525,00 €	10.886,75 €	31.105,00 €
Summe:	145.012,00 €	8.936,86 €	192.245,00 €	15.300,35 €	47.233,00 €

<b>Einnahmen insgesamt:</b>	<u>152.618,00 €</u>		<u>203.720,00 €</u>		
<b>Mehreinnahmen:</b>					<u>51.102,00 €</u>
<b>Aufwendungen</b>		11.304,86 €		17.993,85 €	6.688,99 €
<b>Ergebnis</b>					44.413,01 €
<b>Ergebnis gerundet</b>					44.400,00 €

#### Tarifübersicht

Tarif	Bis 31.12.2020	Ab 01.01.2021	Land
Tageskarte	3 €	5 €	6 €
Wochenkarte	5 €	10 €	12 €
Monatskarte (28 Tage)	10 €	entfällt	Nicht vorhanden
Jahreskarte Erwachsene	20 €	25 €	30 €
Kinder und Jugendliche	10 €	10 €	10 €
Schwerbehinderte	Jahreskarte Erwachsene	10 €	10 €

**Finanzielle Auswirkungen:**

zu erwartende Mehreinnahmen i. H. v. 51.100 EUR

Teilhaushalt: 83

Produkt: 12208

Bezeichnung: Hafen- und Schifffahrtsangelegenheiten

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
<b>2021</b>	43229000	51.100	6.700	51.100	6.700

Claus Ruhe Madsen

**Anlagen**

1	Anlage 1 zur Beschlussvorlage	öffentlich
2	Anlage 2 zur Beschlussvorlage	öffentlich

**Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.  
2020/BV/1492****Entgeltordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für  
die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine****§ 1 Allgemeines**

Für die Erteilung von Angelberechtigungsscheinen auf der Grundlage der jeweils gültigen Fassung der Nutzungsbedingungen über die Ausübung der Angelfischerei auf den Gewässern, für die die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Fischereirechte besitzt, werden nach Maßgabe der folgenden Regelungen Entgelte erhoben:

**§ 2 Zahlungspflichtige**

Zur Zahlung der Entgelte sind die zur Ausübung des Angelns berechtigten Angelfischerinnen und Angelfischer verpflichtet.

**§ 3 Bemessung der Entgelte**

Für die Erteilung der Angelberechtigungsscheine sind Entgelte an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu entrichten.

Diese Entgelte betragen für

- |   |             |
|---|-------------|
| a) eine Tagesangelberechtigung  | 5,00 EURO,  |
| b) eine Wochenangelberechtigung   | 10,00 EURO, |
| c) eine Jahresangelberechtigung   | 25,00 EURO, |
| d) eine Jahresangelberechtigung für Kinder<br>und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sowie<br>Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis | 10,00 EURO. |

**§ 4 Fälligkeit der Entgelte**

Die Entgelte im Sinne des § 3 sind im Voraus zu entrichten. Sie werden bei der Aushändigung des Angelberechtigungsscheines fällig.

**§ 5 Rückzahlung von Entgelten**

Entgelte werden nicht erstattet.

**Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr.  
2020/BV/1492****§ 6 Inkrafttreten**

(1) Diese Entgeltordnung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Entgeltordnung der Hansestadt Rostock für die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine vom 29. September 2010 außer Kraft.

Rostock,

Claus Ruhe Madsen  
Oberbürgermeister



## Anlage 2 zur Beschlussvorlage Nr.2020/BV/1492

### Entgeltordnung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Ausgabe der Angelberechtigungsscheine

Tarif	Bis 31.12.2020	Ab 01.01.2021	Land
Tageskarte	3 €	5 €	6 €
Wochenkarte	5 €	10 €	12 €
Monatskarte (28 Tage)	10 €	entfällt	Nicht vorhanden
Jahreskarte Erwachsene	20 €	25 €	30 €
Kinder und Jugendliche	10 €	10 €	10 €
Schwerbehinderte	Jahreskarte Erwachsene	10 €	10 €

Für unsere Kunden steigt der Service, und es wird mit der neuen Entgeltordnung ein zusätzlicher Tarif für Schwerbehinderte eingeführt. Die Preissteigerung der Tageskarten von 3 EUR auf 5 EUR wird für unbedenklich gehalten. Ein Großteil dieser Karten wird von Anglern aus anderen Bundesländern im Frühjahr in der Heringssaison erworben. Der Tarif für Jugendliche und Kinder bleibt bestehen. Aufgrund fehlender Nachfrage entfällt der Monatstarif. Es wird davon ausgegangen, dass diese Angler auf die Wochenkarte oder Jahreskarte ausweichen werden. Die Jahreskarte für Erwachsene wird um 5 EUR auf 25 EUR erhöht und bleibt damit um 5 EUR unter dem Jahrestarif des Landes.

Die berechneten Mehreinnahmen i. H. v. 51.100 EUR bei gleichbleibenden Absatzzahlen sollen die zu erwartenden verminderten Einnahmen aus dem Verkauf von Touristenfischereischeinen ab 2022 ausgleichen. Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden generierten Entgelte werden zur Reinhaltung der Gewässer und Uferzonen sowie zur Verbesserung der Infrastruktur verwendet. Weiterhin wird ein Teil der vereinnahmten Entgelte zur Förderung sozialer und gemeinnütziger Projekte in der Fischerei und in der Seefahrt ausgereicht werden.

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	Beteiligt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Tiefbauamt Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Mobilität Amt für Umwelt- und Klimaschutz Zentrale Steuerung Kämmereiamt Rechts- und Vergabeamt
fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus	
Federführendes Amt: Bauamt	

<b>1. Änderung des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 zum B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
03.11.2020	Bau- und Planungsausschuss	Empfehlung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung
05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 1. Änderung des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 zum B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ abzuschließen (Anlage).

### **Beschlussvorschriften:**

§ 22 Abs. 4 Ziff. 5 Kommunalverfassung M-V i. V. m. § 6 Abs. 3 Ziff. 9 Hauptsatzung

### **bereits gefasste Beschlüsse:**

Vorlage Nr. 2018/BV/4109

### **Sachverhalt:**

Auf der Grundlage des durch die Bürgerschaft am 02.12.2018 gefassten Beschlusses (Vorlage Nr. 2018/BV/4109) wurde zwischen der Stadt und der WIRO unter dem 20.12.2018 der Erschließungsvertrag über die Herstellung der öffentlichen Erschließungs- und Grünanlagen für das Vorhaben „Wohnen am Werftdreieck“ abgeschlossen.

Nach Abschluss dieses Vertrages haben sich im Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan Änderungen im Hinblick auf die festzusetzenden Verkehrsflächen und öffentlichen Grünanlagen ergeben. Der B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ wurde durch die Bürgerschaft am 17.06.2020 beschlossen (Vorlage Nr. 2020/BV/0957).

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplans soll die geplante Buslinie des öffentlichen Personennahverkehrs von der Werftstraße kommend das Erschließungsvertragsgebiet über die Planstraße E, über den sich hieran anschließenden Teil des Radschnellweges

fahren und sodann über den angrenzenden verkehrsberuhigten Bereich und über die Planstraße G sowie zurück über die Planstraße E geführt werden.

Die Stadt beabsichtigt, den auf die Buslinie bezogenen Teil des verkehrsberuhigten Bereichs sowie die sich hieran anschließende und in die Planstraße E einmündende Planstraße G für den öffentlichen Verkehr zu widmen. Da diese zukünftig öffentlichen Erschließungsanlagen nicht Gegenstand des zwischen der Stadt und der WIRO geschlossenen Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 sind, bedarf es der vorliegenden Vertragsänderung.

Die Vertragsänderung erstreckt sich zudem auf die durch den Erschließungsträger herzustellende und nördlich an die Gemeinbedarfsfläche angrenzende selbständige öffentliche Grünanlage, die aufgrund des damaligen Planungsstandes gleichfalls nicht Gegenstand des Erschließungsvertrages ist.

Ausweislich der unter § 14 des Erschließungsvertrages getroffenen Regelung zur Refinanzierung haben sich die Vertragsparteien u. a. darauf verständigt, dass sich der Erschließungsträger den von ihm zu tragenden und aus dem Ausbau der Werftstraße resultierenden Straßenbaubeitrag auf seinen gegenüber der Stadt aufgrund dieser Maßnahme entstehenden Kostenerstattungsanspruch anrechnen lässt.

Rechtsgrundlage für die in § 14 des Erschließungsvertrages angeführte Beitragsveranlagung war das Kommunalabgabengesetz – (KAG M-V) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung. Danach oblag der Stadt die Verpflichtung, für die geplante Straßenbaumaßnahme Werftstraße entsprechend der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Straßenbaubeiträge zu erheben.

Mit dem nach Vertragsschluss in Kraft getretenen Gesetz zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge vom 24.06.2019 werden gemäß § 8 a KAG M-V für Straßenbaumaßnahmen, mit deren Durchführung - wie vorliegend auch - ab dem 1. Januar 2018 begonnen wurde, keine Beiträge erhoben.

Da es ungeachtet dieser Gesetzesänderung bei der zwischen den Vertragsparteien in § 14 des Erschließungsvertrages getroffenen Kostenerstattungsregelung verbleiben soll, bedarf es auch im Hinblick darauf des Abschlusses der nachfolgenden 1. Vertragsänderung.

**Finanzielle Auswirkungen:** keine

Claus Ruhe Madsen

#### Anlagen

1	1. Änderung des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018	öffentlich
2	B-Plan mit Begründung, Stand 08.04.2020	öffentlich
3	Plan zur Darstellung der ergänzten öffentlichen Erschließungsanlagen	öffentlich

000001

**1. Änderung des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018  
zum B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“**

Die **Hanse- und Universitätsstadt Rostock**,  
vertreten durch den Oberbürgermeister  
Herrn Claus Ruhe Madsen,  
Neuer Markt 1  
18055 Rostock

(nachfolgend **Stadt** genannt)

und

die **WIRO**  
**Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH**,  
vertreten durch die Geschäftsführung,  
Herrn Ralf Zimlich  
und Herrn Christian Jentzsch,  
Lange Straße 38  
18055 Rostock

(nachfolgend **Erschließungsträger** genannt)

gemeinsam als **Vertragsparteien** bezeichnet

vereinbaren nachstehende Vertragsänderung.

## Präambel

Nach Abschluss des Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 haben sich im Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan Änderungen im Hinblick auf die festzusetzenden Verkehrsflächen und öffentlichen Grünanlagen ergeben. Der B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werft-dreieck“ wurde durch die Bürgerschaft am 17.06.2020 beschlossen.

So soll die geplante Buslinie des öffentlichen Personennahverkehrs von der Werftstraße kommend das Erschließungsvertragsgebiet über die Planstraße E, über den sich hieran anschließenden Teil des Radschnellweges fahren und sodann über den angrenzenden verkehrsberuhigten Bereich und über die Planstraße G sowie zurück über die Planstraße E geführt werden. Der Entwurf des B-Planes mit Begründung, Stand vom 08.04.2020 ist dieser 1. Vertragsänderung als Anlage 11 beigelegt.

Die Stadt beabsichtigt, den auf die Buslinie bezogenen Teil des verkehrsberuhigten Bereichs sowie die sich hieran anschließende und in die Planstraße E einmündende Planstraße G für den öffentlichen Verkehr zu widmen. Da diese zukünftig öffentlichen Erschließungsanlagen nicht Gegenstand des zwischen den Vertragsparteien geschlossenen Erschließungsvertrages vom 20.12.2018 sind, bedarf es dieser Änderung.

Die vorliegende Vertragsänderung erstreckt sich zudem auf die durch den Erschließungsträger herzustellende und nördlich an die Gemeinbedarfsfläche angrenzende selbständige öffentliche Grünanlage, die aufgrund des damaligen Planungsstandes gleichfalls bisher nicht Gegenstand des Erschließungsvertrages ist.

Ausweislich der unter § 14 des Erschließungsvertrages getroffenen Regelung zur Refinanzierung haben sich die Vertragsparteien u. a. darauf verständigt, dass sich der Erschließungsträger den von ihm zu tragenden und aus dem Ausbau der Werftstraße resultierenden Straßenbaubeitrag auf seinen gegenüber der Stadt aufgrund dieser Maßnahme entstehenden Kostenerstattungsanspruch anrechnen lässt.

Rechtsgrundlage für die in § 14 des Erschließungsvertrages angeführte Beitragsveranlagung war das Kommunalabgabengesetz – (KAG M-V) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung. Danach oblag der Stadt die Verpflichtung, für die geplante Straßenbaumaßnahme Werftstraße entsprechend der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Straßenbaubeiträge zu erheben.

Mit dem nach Vertragsschluss in Kraft getretenen Gesetz zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge vom 24.06.2019 werden gemäß § 8 a KAG M-V für Straßenbaumaßnahmen, deren Durchführung - wie vorliegend auch - ab dem 1. Januar 2018 beginnt, keine Beiträge erhoben.

Da es ungeachtet dieser Gesetzesänderung bei der zwischen den Vertragsparteien in § 14 des Erschließungsvertrages getroffenen Kostenerstattungsregelung verbleiben soll, bedarf es auch im Hinblick darauf des Abschlusses der nachfolgenden 1. Vertragsänderung.

## 3

## § 1

000003

**§ 1 Abs. 2 wird durch Satz 2 wie folgt ergänzt:**

Gleiches gilt für die in Anlage 12 gekennzeichneten Erschließungsanlagen.

## § 2

**§ 5 Abs. 1 wird durch Satz 4 wie folgt ergänzt:**

Gleiches gilt für die in Anlage 12 gekennzeichneten Erschließungsanlagen.

## § 3

**§ 14 Abs. 7 wird durch Satz 3 bis 5 wie folgt ergänzt:**

Den Vertragsparteien ist bekannt, dass aufgrund des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge vom 24.06.2019 gemäß § 8 a KAG M-V für Straßenbaumaßnahmen, deren Durchführung ab dem 1. Januar 2018 beginnt, keine Beiträge erhoben werden. Die Vertragsparteien sind sich darin einig, dass es ungeachtet dieser Gesetzesänderung bei den in den Sätzen 1 und 2 und in Abs. 2 getroffenen Vereinbarungen zur Refinanzierung verbleibt, jedoch mit der Maßgabe, dass die Stadt für die auf die Werftstraße bezogene Straßenbaumaßnahme keine Beitragsveranlagung durchführen, sondern gemäß ihrer Straßenbaubeitragssatzung eine fiktive Beitragskalkulation vornehmen wird. Im Wege dieser fiktiven Beitragskalkulation wird die Stadt sowohl die durch sie dem Erschließungsträger gemäß Abs. 2 zu erstattenden beitragsfähigen Kosten als auch die auf die Grundstücke des Erschließungsträgers entfallenden Straßenbaubeiträge und die von ihm nach Abs. 2 zu tragenden nicht beitragsfähigen Kosten ermitteln.

## § 4

**§ 16 wird durch die Buchstaben p und q wie folgt ergänzt, die ebenfalls Vertragsbestandteile werden:**

- |    |  |           |
|----|--|-----------|
| p) | Entwurf des B-Planes mit Begründung, Stand vom 08.04.2020            | Anlage 11 |
| q) | Plan zur Darstellung der ergänzten öffentlichen Erschließungsanlagen | Anlage 12 |

Im Übrigen gilt der Erschließungsvertrag vom 20.12.2018 unverändert fort.

**§ 5**  
**Wirksamwerden**

Diese Vertragsänderung wird mit der Unterschrift der Vertragsparteien wirksam.


Rostock,

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

WIRO Wohnen in Rostock  
Wohnungsgesellschaft mbH

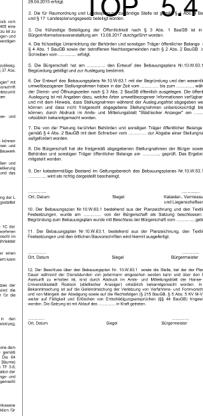
Claus Ruhe Madsen  
Oberbürgermeister

Holger Matthäus  
Senator für  
Bau und Umwelt

  
Ralf Zimlich  
Vorsitzender  
Geschäftsführer

  
Christian Jentzsch  
Prokurist







Beschlüsse:  
BV-Nummer:



Übersichtsplan

**Hanse- und Universitätsstadt Rostock**  
Land Mecklenburg - Vorpommern

**Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1**

„Wohnen am Werftdreieck“

**Begründung**  
- Satzungsfassung-

gebilligt durch Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom .....

ausgefertigt am .....

(Siegel)

Oberbürgermeister

Arbeitsstand: 08.04.2020

## Inhalt

<b>1</b>	<b>PLANUNGSANLASS</b>	<b>6</b>
1.1	Ziel und Zweck sowie Grundzüge der Planung	6
1.2	Geltungsbereich des Bebauungsplanes	9
1.3	Gestaltung des Planverfahrens, Planfeststellung für Teilbereiche	10
1.4	Bisheriger Verfahrensablauf	10
<b>2</b>	<b>PLANUNGSGRUNDLAGEN</b>	<b>12</b>
2.1	Planungsrechtliche Grundlagen	12
2.2	<b>Verbindliche Vorgaben übergeordneter bzw. tangierter Planungen</b>	<b>12</b>
2.2.1	Ziele der Raumordnung	12
2.2.2	Flächennutzungsplan	13
2.2.3	Denkmalschutz	14
2.2.4	Tangierte Bebauungspläne und sonstige beachtliche Verfahren	14
2.2.4.1	Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 „Kerngebiet Werftdreieck“	14
2.2.4.2	Bebauungsplan Nr. 10.MI.138 „Ehemalige Neptunwerft“	17
2.2.4.3	Berücksichtigung Planfeststellungsverfahren Panrechtsabschnitt „Bahnhof Rostock-Bramow“	18
2.2.4.4	Bebauungsplan Nr. 10.W.199 „Werftdreieck Quartier - West“	18
2.3	<b>Unverbindliche Vorgaben übergeordneter Planungen</b>	<b>18</b>
2.3.1	Landschaftsplan	18
2.3.2	Rostock 2025 Leitlinien zur Stadtentwicklung	19
2.3.3	Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ)	20
2.3.4	Lärmaktionsplanung	21
2.3.5	Städtebaulich-freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb	23
2.3.6	Funktionsplan	26
2.4	<b>Angaben zum Bestand</b>	<b>31</b>
2.4.1	Städtebauliche Ausgangssituation und Umgebung	31
2.4.2	Nutzung und Bebauung	33
2.4.3	Soziale, verkehrliche und stadttechnische Infrastruktur	33
2.4.4	Eigentumsverhältnisse	44
2.4.5	Altlasten / Bodenbelastung	45
<b>3</b>	<b>PLANUNGSINHALTE</b>	<b>53</b>
3.1	<b>Art der baulichen Nutzung</b>	<b>53</b>
3.1.1	Urbane Gebiete (§ 6a BauNVO)	53
3.1.2	Kerngebiet (§ 7 BauNVO)	56
3.1.3	Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO)	57
3.2	<b>Maß der baulichen Nutzung</b>	<b>57</b>
3.2.1	Grundflächenzahl (GRZ)	58
3.2.2	Geschossflächenzahl (GFZ)	59
3.2.3	Höhe bauliche Anlagen (OK)	60
3.2.4	Zahl der Vollgeschosse	61
3.3	<b>Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche</b>	<b>62</b>
3.4	<b>Vom Bauordnungsrecht abweichende Maße der Tiefe der Abstandsflächen</b>	<b>64</b>
3.5	<b>Flächen für den Gemeinbedarf</b>	<b>65</b>
3.6	<b>Nebenanlagen</b>	<b>65</b>
3.7	<b>Verkehrerschließung</b>	<b>66</b>
3.7.1	Straßenverkehrsflächen	66
3.7.2	Verkehrsberuhigter Bereich und Fußgängerbereiche	68
3.7.3	Radwege	69

3.7.4	Öffentlicher Personennahverkehr	70
3.7.5	Ruhender Verkehr	70
<b>3.8</b>	<b>Flächen/Standorte für Versorgungsanlagen und für die Abfallentsorgung</b>	<b>73</b>
3.8.1	Wertstoffsammelstellen	73
3.8.2	Flächen für die Elektrizitätsversorgung	73
<b>3.9</b>	<b>Technische Infrastruktur</b>	<b>74</b>
3.9.1	Wasserversorgung	74
3.9.2	Schmutzwasserableitung	74
3.9.3	Regenwasserableitung	74
3.9.4	Elektroenergieversorgung	75
3.9.5	Straßenbeleuchtung	75
3.9.6	Wärmeversorgung	75
3.9.7	Gasversorgung	75
3.9.8	Anlagen der Telekommunikation	76
3.9.9	Müllentsorgung / Abfallwirtschaft	76
<b>3.10</b>	<b>Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen</b>	<b>77</b>
<b>3.11</b>	<b>Brandschutz</b>	<b>77</b>
3.11.1	Löschwasserversorgung	77
3.11.2	Gestaltung von Verkehrsflächen, Rettungswegen und Aufstellflächen	78
<b>3.12</b>	<b>Grünordnung, Natur- und Artenschutz</b>	<b>80</b>
3.12.1	Artenschutz	80
3.12.2	Maßnahmen zum Bodenschutz	81
3.12.3	Freiraumstruktur und Grünflächen	81
3.12.4	Naturschutzfachlicher Eingriff und Kompensation	83
3.12.5	Begründung der grünordnerischen Festsetzungen	84
<b>3.13</b>	<b>Immissionsschutz</b>	<b>85</b>
3.13.1	Lärmschutz	85
3.13.1.1	Beurteilung der Ausgangssituation	86
3.13.1.2	Alternativenprüfung zu möglichen Schallschutzmaßnahmen	88
3.13.1.3	Begründung der Festsetzungen zum Schallschutz	94
3.13.1.4	Auswirkungen des Planvorhabens auf Nutzungen außerhalb des Geltungsbereichs	99
3.13.1.5	Änderungen aus baulichen Eingriffen in die Bahnanlagen der Deutschen Bahn AG	100
3.13.2	Luftschadstoffe	101
<b>3.14</b>	<b>Örtliche Bauvorschriften</b>	<b>102</b>
3.14.1	Verbot von Werbeanlagen und Warenautomaten aus ortsgestalterischen Gründen	102
3.14.2	Lage, Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen	102
3.14.3	Gestaltung der Lärmschutzbauwerke	103
<b>3.15</b>	<b>Nachrichtliche Übernahmen</b>	<b>103</b>
<b>3.16</b>	<b>Kennzeichnungen</b>	<b>103</b>
3.16.1	Altlastenstandorte	103
3.16.2	Altlastenverdachtsflächen	104
<b>4</b>	<b>UMWELTBERICHT</b>	<b>104</b>
<b>4.1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>104</b>
4.1.1	Kurzdarstellung Inhalt / Ziele des Bebauungsplans	104
4.1.2	Darstellung, der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Natur- und Umweltschutzes	106
<b>4.2</b>	<b>Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt und ihrer Bestandteile und Ableitung von Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen</b>	<b>109</b>
4.2.1	Abgrenzung des Untersuchungsraumes sowie des Untersuchungsumfangs	109

4.2.2	Schutzgutbezogene Beschreibungen	111
4.2.2.1	Schutzgut Mensch	111
4.2.2.2	Schutzgut Fläche	121
4.2.2.3	Schutzgut Boden	123
4.2.2.4	Schutzgut Wasser	127
4.2.2.5	Schutzgut Klima	132
4.2.2.6	Schutzgut Pflanzen/Biotop und Tiere sowie Biologische Vielfalt (Quelle: GOP, WP, 2017)	135
4.2.2.7	Schutzgut Landschaftsbild (einschließlich Ortsbild)	143
4.2.2.8	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	144
4.2.2.9	Darstellung wichtiger Wechselwirkungen	146
4.2.2.10	Darstellung des Gefährdungspotenzials betreffend schwerer Unfälle und Katastrophen	146
4.2.2.11	Eingriffe in Natur und Landschaft sowie deren Ausgleich (Quelle und genaue Bilanz: GOP, 2020)	147
4.2.3	Prognose bei Nichtdurchführung der Planung	150
4.2.4	Übersicht über die wichtigsten geprüften anderweitigen Lösungsmöglichkeiten und Darstellung der Auswahlgründe	150
<b>4.3</b>	<b>Zusätzliche Angaben entsprechend Anlage 1 BauGB</b>	<b>155</b>
4.3.1	Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren, sowie Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben	155
4.3.2	Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen der Durchführung des Bebauungsplans auf die Umwelt	163
4.3.3	Zusammenfassung der Ergebnisse der Umweltprüfung	164
<b>4.4</b>	<b>Referenzliste der genutzten Quellen</b>	<b>169</b>
<b>5</b>	<b>FLÄCHENBILANZ</b>	<b>171</b>
<b>6</b>	<b>SCHWERPUNKTE DER ABWÄGUNG</b>	<b>172</b>
<b>7</b>	<b>SICHERUNG DER PLANDURCHFÜHRUNG</b>	<b>177</b>
7.1	Bodenordnende Maßnahmen	177
7.2	Verträge	177
7.3	Kosten und Finanzierung	177
<b>8</b>	<b>DURCHFÜHRUNGSRELEVANTE HINWEISE</b>	<b>179</b>
8.1	A Ergänzende Regelungen zum Lärmschutz in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB	179
8.2	B (Gebäudebezogener) Denkmalschutz	179
8.3	C Bodendenkmale	179
8.4	D Schutz von zu erhaltenden Einzelbäumen	179
8.5	E Baumschutzsatzung	180
8.6	F Spielplatzsatzung	180
8.7	G Grünflächengestaltungssatzung	180
8.8	H Externer Ausgleichsbedarf	180
8.9	I Artenschutz / Bauzeitenregelung	180
8.10	J Bodenschutz	181
8.11	K Altlasten	181
8.12	L Kampfmittelbelastung	181
8.13	M Befahrbarkeit der Verkehrsflächen durch Ver-, Entsorgungs-, Wartungs- sowie Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge	181

---

8.14	<b>N Merkblatt technische Anforderungen Spiel- und Sportgeräte</b>	<b>182</b>
8.15	<b>O Bereitstellung von Löschwasser</b>	<b>182</b>
8.16	<b>P Sonstige technische Anforderungen des Bandschutzes</b>	<b>182</b>
8.17	<b>Q Stellplatzsatzung</b>	<b>182</b>
8.18	<b>R An Starkregenfälle angepasste Bauweise</b>	<b>182</b>
8.19	<b>S Empfehlung von Schadstofffiltern für Lüftungsanlagen entlang der L 22</b>	<b>182</b>
8.20	<b>T Lage im grenznahen Raum</b>	<b>183</b>
8.21	<b>U Belange der Bundeswehr</b>	<b>183</b>
8.22	<b>V Einsicht in DIN Vorschriften</b>	<b>183</b>
8.23	<b>W Fällersatz und Baumpflanzungen zur Kompensation</b>	<b>183</b>
8.24	<b>X Lärmrobuste städtebauliche Struktur</b>	<b>183</b>
8.25	<b>Y Planfeststellung für den Bereich L22 Lübecker Straße</b>	<b>184</b>
8.26	<b>Z Planfeststellung für den Bereich L22 Lübecker Straße</b>	<b>184</b>
<b>9</b>	<b>ANLAGEN</b>	<b>186</b>
9.1	<b>Anlage 1 - Untersuchungsrahmen B-Plan 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“</b>	<b>186</b>
9.2	<b>Anlage 2 - Ausschnitt der Planzeichnung B-Plan Nr. 10.MK.63 Kerngebiet „Werftdreieck“</b>	<b>195</b>
9.3	<b>Anlage 3 - Strategie urbanes Gebiet</b>	<b>196</b>
9.4	<b>Anlage 4 – Planungsbereich für Planfeststellung entlang der Lübecker Straße (weiße Linie)</b>	<b>197</b>

## 1 PLANUNGSANLASS

### 1.1 Ziel und Zweck sowie Grundzüge der Planung

Die Entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Verwaltungsstandort und die seit den letzten Jahren erfolgten Einwohnerzuwächse<sup>1</sup> bewirken einen anhaltenden Wohnraumbedarf im Rostocker Stadtgebiet. Die aktuelle Bevölkerungsprognose bis 2035 (HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK April 2016) geht von einem Wachstum der Einwohnerzahl der Hanse- und Universitätsstadt Rostock von 206.033 Personen (31.12.2015) auf ca. 219.000 Personen im Jahr 2025 und bis 2035 auf 231.000 Personen aus. Bereits aktuell besteht schon eine erhebliche Nachfrage nach Wohnungen, insbesondere was Wohnraum in Innenstadtlage betrifft. Bei besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird deutlich, dass insbesondere der Stadtbereich Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV), in dem sich das Plangebiet befindet, ein attraktiver Wohnbaustandort ist. Seit dem Jahr 2000 wird in der Kröpeliner-Tor-Vorstadt laut dem Einwohnermelderegister der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ein Einwohnerzuwachs von rund 4.000 Einwohnern verzeichnet. Ein Entwicklungsbedarf besteht aber gleichfalls für Wohnfolgeeinrichtungen im weitesten Sinne sowie in den Stadtkern- und stadtkernnahen Lagen auch für Dienstleistung, sonstige Büronutzungen, Kleingewerbe und kulturellen Einrichtungen.

Mit dem B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ soll der bereits bestehenden und perspektivisch sich noch ausweitenden Nachfrage an innerstädtischem Wohnraum Rechnung getragen und die planungsrechtliche Grundlage für die Errichtung von mehr als 700 Wohneinheiten (WE) geschaffen werden; gleichfalls aber auch für Wohnfolgeeinrichtungen sowie solche von weiterem Einzelhandel, Dienstleistung sowie Büro-, kleingewerblichen und kulturellen Nutzungen, soweit diese mit der Wohnnutzung verträglich sind bzw. diese sinnvoll ergänzen und zur Belebung des Quartiers beitragen. In diesem Zusammenhang ist auch Zielsetzung, Einrichtungen zu ermöglichen, welche die am Standort bereits ansässige Europäische Fachhochschule für Medizin (EUFH med.) bei Bedarf sinnvoll ergänzen, wie z. B. Räumlichkeiten für Forschung, Bibliothek, Buchshop, Studenten-Servicecenter, Mensa und studentisches Wohnen. Für vorstehend dargelegte Entwicklungen soll die zentrumsnahe und durch den öffentlichen Personennahverkehr (S-Bahn, Straßenbahn und Bus) optimal erschlossene, langjährige Brachfläche am Werftdreieck nutzbar gemacht werden.

Ziel der Planaufstellung ist die Entwicklung eines verdichteten, innerstädtischen Quartiers mit einer Mischung aus vielfältigen Wohnungsangeboten für möglichst breite Nutzergruppen sowie aus weiteren Einrichtungen, die mit dem Wohnen verträglich sind, die Funktion des Quartiers gewährleisten und zu dessen Belebung beitragen. Hochwertige Grün- und Freianlagen im Zentrum des Plangebietes mit diversen Spiel- und Bewegungsflächen sollen die Wohn- und Arbeits- sowie die Aufenthaltsqualität auch für die Bewohner/Nutzer der angrenzenden Stadtquartiere optimieren. Die Nachnutzung des ehemaligen innerstädtischen Industriestandortes soll somit auch zur Verbesserung der Grünflächen- und Spielplatzversorgung im Stadtbereich Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV) insgesamt beitragen. In Anbetracht der gegebenen Zentralität, und guter ÖPNV-Anbindung wird für das neue Quartier zudem eine weitere Angebotsaufwertung im Bereich des ÖPNV aber auch für Radfahrer und im Segment alternativer Mobilitätsformen (Carsharing, E-Mobilität) bei gleichzeitiger Beschränkung bzw. Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs angestrebt. Vor dem Hintergrund der örtlichen Gegebenheiten mit hoher Verkehrsbelastung und von dieser sowie angrenzenden gewerblichen Nutzungen verursachten erhöhten Immissionswerten, welche man selbst durch umsichtige, auf die Probleme eingehende Planung nur bedingt in den Griff bekommt, ist es

---

<sup>1</sup> laut Statischem Amt M-V Bevölkerungszuwachs der Hanse- und Universitätsstadt Rostock: 2004: +690 EW, 2005: +295 EW, 2006: +580 EW, 2007: +545 EW, 2008: +683 EW, 2009: +346, 2010: +1.293 EW, 2011: +1.525 EW, 2012: +1.074 EW, 2013: +544 EW, 2014: +736 EW, 2015: +1.844 EW

Zielsetzung der Planung, den durch das gegebene Umfeld verursachten Nachteil an potenzieller Wohn- und Lebensqualität durch vorstehend beschriebene, Urbanität schaffende Qualitäten zu kompensieren. Weiterhin soll das Quartierskonzept gezielt den heutigen Vorstellungen von urbanem Leben, welches von breiten Schichten der Bevölkerung angestrebt wird, folgen. Entsprechend wird die Einordnung sämtlicher, nicht auf spezielle einzelne Nutzungsarten ausgelegten Bereiche als urbanes Gebiet entsprechend § 6a BauNVO angestrebt.

Mit vorstehender Nutzungsmischung soll auch zu einer Beschränkung des zukünftigen quartiersbezogenen, wie gesamtstädtischen Verkehrsaufkommens beigetragen werden. Denn durch die Schaffung eines wohnungsnahen Grundangebots an Läden und Dienstleistungen sowie der Schaffung von Angeboten, die eine räumliche Verbindung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen, werden viele motorisierte Fahrten überflüssig. Eine weitere Attraktivitätssteigerung des ÖPNV (Aufwertung der Wartezonen und Gleiszugänge, Anbindung der Buslinie 34 an den Verkehrsknotenpunkt Holbeinplatz), die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für E-Mobilitäts- und Carsharing-Angebote sowie der Ausbau des Radwegenetzes, u.a. durch Anbindung an das geplante Radschnellwegenetz, tragen ebenfalls zur Reduzierung des motorisierten Verkehrsaufkommens bei.

Zudem wird mit der Planaufstellung eine Neuordnung des Straßenverkehrsnetzes verfolgt. Das bisherige Netz weist insbesondere in Form des geringen Abstands zwischen den Knotenpunkten Lübecker Straße/Doberaner Straße sowie Lübecker Straße/Maßmannstraße, der scharfen Kurve im Bereich der Aufstellfläche in der nördlichen Verlängerung der Maßmannstraße aus Richtung Werftstraße und insbesondere des geringen Abstands zwischen Holbeinplatz und dem Knotenpunkt Lübecker Straße/Max-Eyth-Straße erhebliche Schwachpunkte auf, welche im Zuge der Neuplanung entfallen.

Weiterhin ist die Berücksichtigung der erheblichen immissionstechnischen Vorbelastungen infolge des Betriebes der unmittelbar angrenzenden Gewerbeflächen sowie der teilweise massiven Belastungen insbesondere durch Lärm aber auch durch Luftschadstoffe durch die stark frequentierte Lübecker Straße samt Straßenbahnverkehr und der Bahntrasse Rostock – Warnemünde eine Kernaufgabe der vorliegenden Planung. Die hierfür voraussichtlich notwendigen Lärmvorsorgemaßnahmen gemäß Verkehrslärmschutzverordnung sind bereits auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung möglichst frühzeitig zu berücksichtigen. Neben einer Abstimmung der städtebaulichen Grundstruktur auf die Immissionsschutzanforderungen, ist die lärmabgewandte Einordnung lärmsensitiver Nutzungen, eine entsprechende Fassaden- und Grundrissgestaltung sowie ein weitgehende Verkehrsvermeidung innerhalb des Quartiers Zielstellung der Planung.

Darüber hinaus wird zur Sicherung bzw. Steigerung der Wohn-, Arbeitsplatz- und Aufenthaltsqualität des innenstadtnahen Standorts, die Schaffung eines hochwertigen sowohl wohnungsnahen, wie auch öffentlichen Freiraums angestrebt. Kernstück des Freiraumkonzepts ist ein reich strukturierter, zentraler öffentlicher Grünzug, zu dem sich begrünte Innenhöfe der geplanten mehrgeschossigen Bebauung nördlich und südlich des Grünzugs öffnen. Der landschaftsarchitektonisch gestaltete, öffentlich zugängliche Grünzug, dessen Fortsetzung bei Neustrukturierung des westlich anschließenden Bereichs zudem bereits angedacht ist, soll zugleich zur Verbesserung/Aufwertung des Grün- bzw. Freiflächenbestandes in der Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV) insgesamt beitragen. Zudem ist es auch Ziel des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1, eine neue Grün- und Wegeverbindung zwischen Holbeinplatz und Werftstraße zu schaffen, die in Verbindung mit der Herstellung des Kayenmühlengrabens steht.

Eine weitere Zielstellung der Planung ist die Einbeziehung bzw. die planerische Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe des Standortes, um auch nachfolgenden Generationen dessen historische Dimension in allen Zeitschichten zu vergegenwärtigen. Zentrales Element ist hier ein zeitgemäßer aber auch authentischer Umgang mit dem Thema „Heinkel-Wand“, deren Erhalt aufgrund erheblicher Schäden und daraus resultierender bautechnischer Probleme nicht mehr verfolgt werden konnte (vgl. Kapitel 2.2 „Denkmalschutz“ und Kapitel 3.8.1 „Freiraumstruktur und Grünflächen“). In der Rubrik Erinnerungskultur ist zudem

im Bereich des Platzes des 17. Juni laut Bürgerschaftsbeschluss ein Denkmal zur Erinnerung an die Ereignisse des 17. Juni 1953 geplant.

Mit der Planung werden zudem allgemeine Umwelt- bzw. ökologische Ziele verfolgt. Durch die angestrebte Reduzierung des Verkehrsaufkommens und damit verbundener Lärm- und Luftschadstoffbelastung, wird ein Beitrag zur Erreichung der Umweltziele, welche sich die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gesteckt hat, geleistet. Durch Nachnutzung einer industriell-gewerblichen Brachfläche und einer angestrebten, der Zentralität des Standorts angemessenen hohen baulichen Dichte, erfolgt ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden. Durch grundsätzlichen Verzicht auf Tiefgaragen in den Innenhöfen, Beschränkung der Erschließungsflächen und deren Versiegelungsanteil auf das funktional erforderliche Maß, soll, selbst in Anbetracht der hohen baulichen Dichte, der Versiegelungsgrad dennoch beschränkt werden. Zudem sollen durch Dachbegrünung, Herstellung des Kayenmühlengrabens und die geplante Einleitung des unbelasteten Oberflächenwassers in den geöffneten Wasserlauf, Beiträge zur Verbesserung der Grundwasserneubildung, der Bodenfunktion und des Kleinklimas erfolgen. Weiterhin erfolgt im Rahmen der Projektumsetzung eine Sanierung im Plangebiet bestehender Boden- und Grundwasserbelastungen und somit eine Beseitigung davon etwaig ausgehender Risiken.

Ein weiteres Planungsziel ist die harmonische Einordnung des neuen Wohnquartiers in das städtebauliche Umfeld. Hier ist neben der Orientierung der geplanten Bebauung an den Strukturen und der Maßstäblichkeit der umliegenden Bebauung insbesondere die Einbeziehung bzw. des Erhalts zumindest eines Teils der vorhandenen, erhaltenswerten Großbäume in den Bereichen Einmündung Max-Eyth-Straße/Lübecker Straße, östlich der Max-Eyth-Straße und südlich der Werftstraße auf Höhe Haus Nr. 45 in die Planung bzw. das Freiflächenkonzept ein wesentliches Planungsziel. Gezielte Verknüpfungen der Fuß- und Radwegführungen mit dem Netz der Umgebung sollen zur Integration ins städtische Umfeld beitragen.

Die vorgesehene Planung steht im Einklang mit den aktuellen Leitlinien zur Stadtentwicklung. In Leitlinie VII - Architektur und Stadtentwicklung in hoher Qualität - werden die Entwicklung der Stadt am Wasser sowie die Herausstellung des Wohnens in der Stadt als besondere Qualität, als Zielstellungen benannt. Leitlinie VIII - Grüne Stadt am Meer - benennt die Bewahrung der Naturräume und den Schutz des Bodens als Zielstellungen. Durch die im Rahmen der vorliegenden Planung erfolgende Nachnutzung einer Brachfläche und Entwicklung eines bereits äußerlich erschlossenen, integrierten Stadtbereichs, wird diesen Zielsetzungen Rechnung getragen. Die avisierte Nachnutzung eines ehemaligen Gewerbe- bzw. Industriestandortes zu einem verdichteten innerstädtischen Quartier entspricht einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden, wie er auch in § 1a Abs. 2 BauGB verankert ist, in besonderem Maße. Allerdings sind hier in der Frage des Baumerhalts konzeptbedingt Abstriche zu machen. Durch die im Interesse des Immissionsschutzes verfolgte Schließung der Baustruktur und der erforderlichen Quartierserschließung kann nur ein Teil der Bestandsbäume erhalten werden. Einer weiteren Siedlungsentwicklung in den Außenbereich hinein bzw. im Umland wird durch die vorliegende Planung entgegengewirkt.

Mit den Zielstellungen des Flächennutzungsplans (FNP) steht die geplante Entwicklung insofern im Einklang, als dass eine gezielte Innenentwicklung und die Nachnutzung einer Brachfläche erfolgt. Da der Bebauungsplan vorrangig die Entwicklung eines innerstädtischen Mischgebiets im Sinne der neuen Baugebietskategorie „Urbanes Gebiet“ (MU) im Bereich der bisher als Kerngebiet bzw. gewerblichen Baufläche dargestellten Bereiche vorsieht, ist dennoch eine Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig.

Die vorstehend dargelegten Grundzüge der Planung sind das planerische Leitbild der Kommune als Ergebnis der in § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB enthaltenen Planungspflicht. Die Grundzüge dieser Planung werden mit den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes als objektiv sichtbarer Wille der Hanse- und Universitätsstadt Rostock verbindlich dokumentiert.



Um vorstehenden anspruchsvollen Planungszielen Rechnung zu tragen, wurde im Jahr 2015 ein internationaler städtebaulich-freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb zur Entwicklung des Werftdreiecks durchgeführt. Der erstplatzierte Entwurf der Albert Wimmer ZT-GmbH, welcher durch einen vom Wettbewerbssieger in Zusammenarbeit mit dem städtischen Wohnungsunternehmen WIRO und der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erstellten Funktionsplan weiterentwickelt und konkretisiert wurde, stellt die funktionale und gestalterische Grundlage für den vorliegenden Bebauungsplan dar und dient als Grundlage für die anschließende Projektrealisierung.

## 1.2 Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ erstreckt sich zwischen der Lübecker Straße und der Werftstraße und gehört zum Stadtteil Kröpeliner-Tor-Vorstadt. Die Max-Eyth-Straße (aktuell noch bestehend, entfällt laut aktueller Planung) teilt das Plangebiet in einen westlichen und einen östlichen Teilbereich. Der östliche Teilbereich entspricht dem noch rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 63 „Kerngebiet Werftdreieck“. Das Plangebiet befindet sich ca. 200 m vom Ufer der Unterwarnow entfernt und wird allseitig von Wohnbau- und/oder Gewerbestrukturen umgeben.

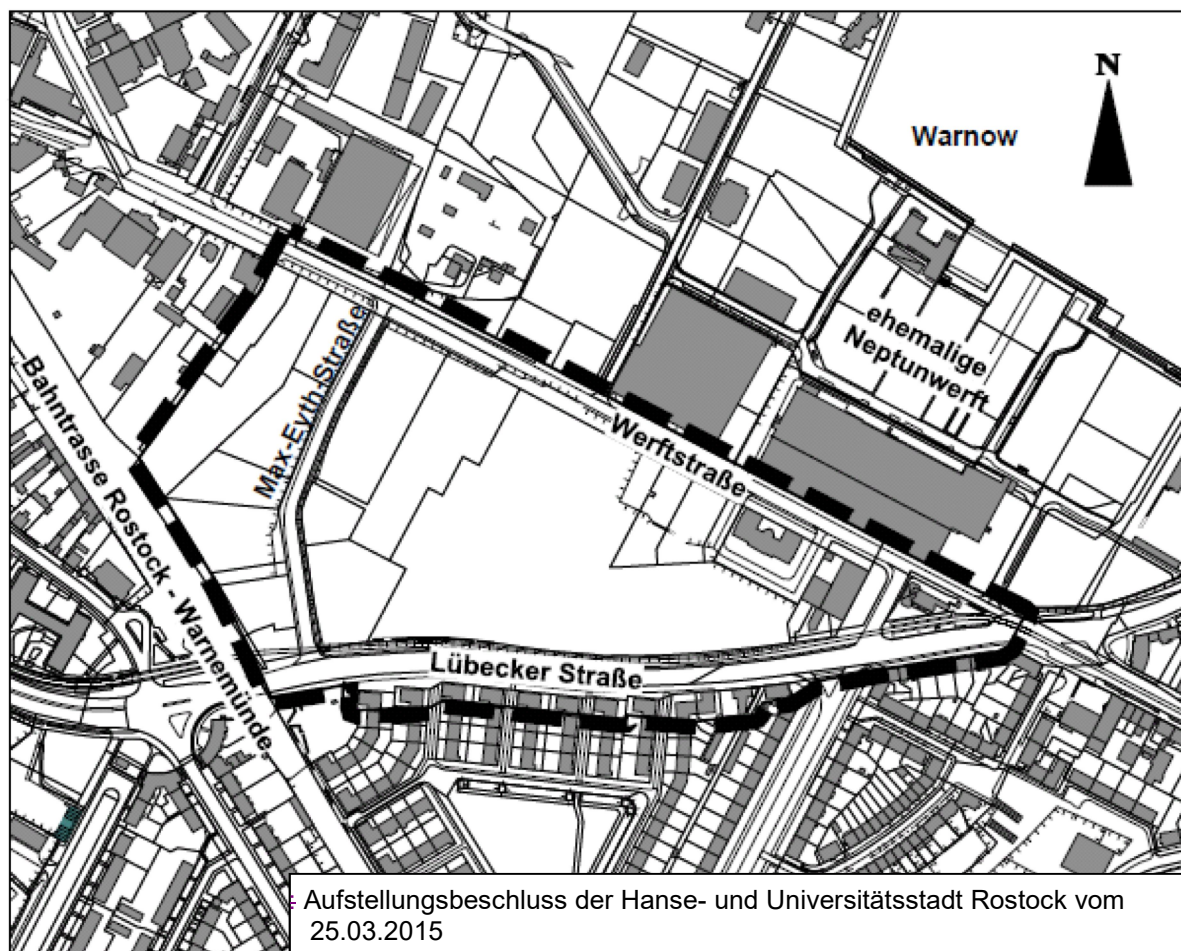


Abbildung 1: Lage des Plangebietes im Stadtteil KTV

Der räumliche Geltungsbereich wird örtlich begrenzt:

- im Norden und Osten durch die Grundstücke auf der Nordseite der Werftstraße,
- im Süden durch die Grundstücke an der Südseite der an der Lübecker Straße,

- im Westen durch die Bahntrasse Rostock – Warnemünde sowie die rückwärtige Grenze der Grundstücke westlich der Max-Eyth-Straße.

Der Geltungsbereich umfasst nachfolgende Flurstücke:

370/11, 370/12, 418/3, 419/1, 420/1, 421/3, 421/4, 421/5, 421/6, 422/1, 423/1, 424, 425/1, 426/1, 427/7, 427/8 (tlw.), 437/315, 437/379, 437/381, 438/3, 438/4, 438/5, 439/3, 439/4, 447/6, 447/7, 447/8, 447/10, 447/13, 447/14, 447/15, 447/16, 447/17, 447/18, 447/19, 447/20, 454/1, 454/3, 454/4 (tlw.), -der Flur 1, Flurbezirk IV.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 12,52 ha. Hierbei entfallen auf den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 10.MK.63 ca. 8,82 ha.

### 1.3 Gestaltung des Planverfahrens, Planfeststellung für Teilbereiche

Im Rahmen der vorliegenden Planung wird eine umfassende Änderung des Straßenverkehrsnetzes, insbesondere was die Anbindung der Werftstraße an die Hauptverkehrsachse des L22 Lübecker Straße betrifft, verfolgt.

Aufgrund der laut BauGB begrenzten Regelungsmöglichkeiten, können nicht alle Planungsinhalte bzw. zu erfüllenden Planungsanforderungen an die Neugestaltung der Verkehrsanlagen über einen Bebauungsplan erfolgen. Dies trifft insbesondere für die Regelung der Lärmvorsorgeansprüche, welche im Rahmen der Neuordnung der Straßenverkehrsanlagen entstehen, zu.

Entsprechend erfolgt die Neugestaltung der Lübecker Straße einschließlich des Knotenpunktes mit der Werftstraße über ein Planfeststellungsverfahren. Die genaue Abgrenzung, welcher Bereich über die Planfeststellung geregelt werden soll, ist der Anlage 4 zu entnehmen. Zudem ist die Abgrenzung der Planfeststellung in der Planzeichnung des Bebauungsplanes nachrichtlich dargestellt.

### 1.4 Bisheriger Verfahrensablauf

Das Planverfahren wurde durch den Aufstellungsbeschluss der Bürgerschaft vom 25.03.2015 förmlich eingeleitet. Der Aufstellungsbeschluss ist im „Städtischen Anzeiger“ vom 29. April 2015 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Am 28. Mai 2015 Uhr erfolgte dann mit der ersten öffentlichen Veranstaltung im Rahmen des Dialogverfahrens „WIRO im Dialog, Wohnen am neuen Werftdreieck“ der Einstieg in die Öffentlichkeitsbeteiligung. In diesem Rahmen wurden das Konzept zur Bürgerbeteiligung sowie die damit verbundenen Möglichkeiten der Mitwirkung vorgestellt und diskutiert und es wurden bereits erste Wünsche und Erwartungen im Hinblick auf das neue Wohnquartier formuliert. Gleichzeitig wurde zur Unterstützung des Dialogverfahrens eine Website eingerichtet.

Am 23.06.2015 fand ein erster Quartiersspaziergang statt, in dessen Rahmen zu den Schwerpunktthemen Verkehr und Lärm referiert und diskutiert wurde. Ein 2. Quartiersspaziergang folgte am 28.06.2015 zum Thema Denkmalschutz.

Auf der 2. öffentlichen Veranstaltung am 15.07.2015 wurde die inhaltliche Diskussion mit den Bürgern insbesondere zum Thema Verkehr fortgeführt aber auch die Themen Durchmischung des Quartiers, Freiraumplanung sowie innovative Ansätze der Energieversorgung wurden behandelt. Zudem erfolgte die Wahl von 2 Bürgervertretern für das Preisgericht zum anstehenden Wettbewerbsverfahren.

In der Zeit von Oktober 2015 bis Januar 2016 erfolgte ein städtebaulich-freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb, ausgelobt von der WIRO im Einvernehmen mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Letztendlich haben 17 Büros bzw. Arbeitsgemeinschaften Arbeiten mit teilweise sehr unterschiedlichen Planungsansätzen (zu den Alternativen siehe Punkt

4) eingereicht. Am 7. März 2016 tagte das Preisgericht, welches den Beitrag des Wiener Büros Atelier Wimmer mit dem Londoner Landschaftsarchitekturbüro Martha Schwartz Partners Ltd als Siegerentwurf wählte.

Am 13.06.2017 wurde im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung der Funktionsplan der Albert Wimmer ZT-GmbH vorgestellt, der als Grundlage für den Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ dient. Im Zuge der Veranstaltung wurde die Öffentlichkeit über die Ziele und Zwecke der Planung unterrichtet und ihnen die avisierte städtebauliche Entwicklung anhand des Funktionsplans dargestellt. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse des Verkehrs- und des Schallimmissionsgutachten vorgestellt, die auf voraussichtliche Auswirkungen der Planung hinweisen und mögliche Lösungsansätze aufzeigen. Zudem wurde den Bürgern im Rahmen dieser Veranstaltung die Möglichkeit zur Äußerung von Nachfragen, Hinweisen und Anregungen eröffnet.

Die Bekanntmachung der Veranstaltung erfolgte im „Städtischen Anzeiger“ vom 08. Juni 2017 sowie auf der vom Vorhabenträger eigens für das Projekt eingerichteten Internetseite [www.werftdreieck-rostock.de](http://www.werftdreieck-rostock.de).

Am 25.04.2019 erfolgte zudem im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eine **Einwohnerversammlung** für den betroffenen Stadtbezirk Innenstadt/KTV. In diesem Rahmen wurde die anwesende Öffentlichkeit über die Ziele und Zwecke des Bebauungsplans, anhand des erreichten Planungsstands über die wesentlichen Inhalte, dessen mögliche Auswirkungen sowie mögliche in Frage kommende Alternativen unterrichtet. Zudem wurde das organisatorische Vorgehen im Rahmen des Gesamtprojektes anhand der einzelnen, aufeinander aufbauenden Planungsebenen erläutert. Weiterhin erläutert wurden die Erforderlichkeit umfassender Fachgutachten, welche als Grundlage zur Erarbeitung des Bebauungsplans erforderlich sind.

Mit Schreiben vom 08. Mai 2018 wurden entsprechend § 4 Abs. 1 die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden kann, mit Monatsfrist zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 15.05.2019 den Entwurf des B-Plans gebilligt und die öffentliche Auslegung beschlossen. Die entsprechende Bekanntmachung erfolgte am 03.07.2019 im Städtischen Anzeiger. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs nach § 3 Abs. 2 BauGB vom 15.07.2019 bis 23.08.2019 eingegangenen Stellungnahmen wurden in die Abwägung eingestellt.

Im Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie der weiteren Überlegungen zu Inhalten und Gestaltung des Planfeststellungsverfahrens zur Neugestaltung der Verkehrsanlagen im Bereich Lübecker Straße steht die Reduzierung des Geltungsbereichs um den bisher einbezogenen und als allgemeines Wohngebiet festgesetzten Siedlungstreifen südlich der Lübecker Straße. In Folge dieser Änderung des Geltungsbereichs wird eine Betroffenenbeteiligung entsprechend § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB erforderlich. Als betroffene Öffentlichkeit werden die Eigentümer der aus dem Geltungsbereich herausgenommenen Grundstücke eingestuft.

## 2 PLANUNGSGRUNDLAGEN

### 2.1 Planungsrechtliche Grundlagen

Grundlagen des Bebauungsplanes sind:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 36349)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)
- Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 66), mehrfach geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 27.05.2016 (GVOBl. M-V S. 431, 436)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434)

### 2.2 Verbindliche Vorgaben übergeordneter bzw. tangierter Planungen

#### 2.2.1 Ziele der Raumordnung

##### Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern

Im Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg Vorpommern (LEP-LVO M-V), das am 09. Juni 2016 in Kraft getreten ist, wird die Hanse- und Universitätsstadt Rostock als Oberzentrum festgelegt. Als Zentraler Ort übernimmt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock entsprechend Programmsatz 3.2 (1) eine Bündelfunktion und soll u.a. als Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und der Siedlungsentwicklung vorrangig gesichert und ausgebaut werden. Dies entspricht dem regionalplanerischen Leitbild der dezentralen Konzentration, wodurch sichergestellt werden soll, dass zukünftige Ansiedlungspotenziale der Stärkung der Zentralen Orte dienen und eine Zersiedlung des ländlichen Raumes verhindert wird.

##### Regionales Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock

Beachtlich ist neben dem Landesraumentwicklungsprogramm das Regionale Raumordnungsprogramm der Region Mittleres Mecklenburg/Rostock (RROP MM/R) in der fortgeschriebenen Fassung vom 22.08.2011, bei der zudem eine Namensänderung von Regionalem Raumordnungsprogramm zum Regionalen Raumentwicklungsprogramm (RREP MM/R) erfolgte.

Das Regionale Raumentwicklungsprogramm Region Rostock spezifiziert gegenüber dem LEP, das in den Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung die Neuausweisung von Wohnbauflächen nur im Rahmen des Eigenbedarfs zulässig ist. Als Eigenbedarf wird dabei eine Flächenentwicklung definiert, die eine Zunahme des Wohnungsbestandes um bis zu 3% ermöglicht (vgl. Programmsatz Z 4.1 (2)). Hierdurch erfolgt eine raumordnerisch festgelegte Fokussierung der weiteren Siedlungsentwicklung auf die Zentralen Orte, wobei allen Gemeinden der Planungsregion Rostock ein ausreichender Entwicklungsspielraum gegeben wird.

Der Programmsatz Z 4.1 (3) des RREP MM/R führt zudem aus, dass der Nutzung erschlossener Standortreserven sowie die Umnutzung, Erneuerung und Verdichtung bebauter Gebiete Vorrang vor der Ausweisung neuer Siedlungsflächen einzuräumen ist.

#### Raumordnungsverfahren

Raumordnungsverfahren, die für das vorliegende Plangebiet bzw. für die vorliegende Planung Bedeutung entwickeln, sind nicht bekannt.

### **2.2.2 Flächennutzungsplan**

Der Flächennutzungsplan (FNP) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurde am 01.03.2006 von der Bürgerschaft beschlossen und am 02.12.2009 neu bekannt gemacht.

Dieser stellt für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 östlich der Max-Eyth-Straße ein Kerngebiet (MK.10.1) und für die Fläche westlich der Max-Eyth-Straße eine gewerbliche Baufläche (G.10.1) entsprechend BauNVO dar. Die den Geltungsbereich umrahmenden Straßen (Werftstraße und Lübecker Straße) sind, genauso wie die das Plangebiet querende Max-Eyth-Straße, als Flächen für Straßenverkehr dargestellt. Im Kreuzungsbereich Bahntrasse / Lübecker Straße ist ein Verknüpfungspunkt des ÖPNV dargestellt.

Da der Bebauungsplan im Bereich der als Kerngebiet und gewerbliche Baufläche dargestellten Bereiche die Entwicklung eines innerstädtischen Quartiers überwiegend in Form eines urbanen Gebiets gem. § 6a BauGB vorsieht, ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig. Durch die Einbeziehung der gewerblichen Baufläche und die Verlagerung des Schwerpunktes der Zentrumsentwicklung in Richtung Wohnungsbau ist das Entwicklungsgebot aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 BauGB nicht mehr vollständig erfüllt. Die Grundkonzeption des Flächennutzungsplans wird aber nicht verändert. Die der ursprünglichen Planung zugrundeliegende städtebauliche Konzeption der Schaffung eines zentralen Bereiches mit einer betont konzentrierten Nutzungsmischung wird durch die neue Flächenausweisung erhalten und besser den gegenwärtigen Entwicklungen (Wohnungsbedarf) angepasst.

Entsprechend erfolgt im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB ~~aktuell~~ zur Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 die 14. Änderung des Flächennutzungsplans im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB.

Um die Umsetzung der Planungsziele für den gesamten Änderungsbereich der 14. Änderung des Flächennutzungsplans so flexibel wie möglich zu halten, wird für den Bereich des jetzigen Kerngebiets MK.10.1 und einer Teilfläche der gewerblichen Baufläche G.10.1 künftig eine einheitliche Ausweisung als „gemischte Baufläche“ erfolgen.

Darüber hinaus sollen die Straßenverkehrsflächen der aktuellen Planung angepasst werden. Im Rahmen der Entwicklung der Bauflächen wird eine umfassende Änderung des Straßenverkehrsnetzes, insbesondere eine neue Anbindung der Werftstraße an die Hauptverkehrsachse Lübecker Straße notwendig. Änderungen der Straßenverkehrsflächen werden dementsprechend vorgenommen.

Damit wird den veränderten Entwicklungszielen, diesen Stadtbereich als innerstädtisches Gebiet mit Wohnen und den damit verträglichen Dienstleistungs-, sonstigen gewerblichen und öffentlichen Einrichtungen zu entwickeln, auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung entsprochen. Eine entsprechende Ausformung der Nutzungen kann dann im Bebauungsplan in Kerngebiete, urbane Gebiete bzw. in Mischgebiete und ergänzende Nutzungen erfolgen.

### 2.2.3 Denkmalschutz

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans steht das Gebäude der ehemaligen Handelsschule (Werftstraße Nr. 5), die heute ein Fachhochschulstandort ist, unter Denkmalschutz entsprechend § 2 Landesdenkmalgesetz M-V. Das 1924 vom renommierten Architekten Paul Korff errichtete Gebäude diente ursprünglich als Verwaltungsgebäude der Neptunwerft. Im Jahr 2000 wurde das Gebäude aufwändig saniert.

Ein weiteres unter Schutz stehendes Baudenkmal im Geltungsbereich war die Anfang 2018 abgebrochene so genannte „Heinkel-Wand“ nördlich der Lübecker Straße, die ein Teil der ehemaligen Industriehalle darstellte. Die Backsteinfassade war ca. 11 m hoch und 80 m lang. Sie wurde 1936 von dem Rostocker Architekten Heinrich Alt als frei stehende Schauland konzipiert, um mehrere dahinter liegende Hallen zu verdecken. Allerdings war, wie verschiedene Fachbegutachtungen vom Büro INROS LACKNER (10/2014, 05/2016, 06/2016 und 11/2016) ergaben, deren dauerhafter Erhalt aufgrund erheblicher baulicher Mängel, dazu zählen die nicht gewährleistete Standsicherheit und teilweise sich auflösendes Ziegelmauerwerk, unter vertretbarem Aufwand nicht möglich. Weiterhin stellte die Wand aufgrund des Zustands eine Gefährdung der Allgemeinheit dar. Der Verkehrssicherungspflicht konnte nur durch kostenintensive, aber nur temporär wirkende Maßnahmen nachgekommen werden. Entsprechend wurde vom Voreigentümer der Fläche ein Abbruchantrag beim Bauamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gestellt, welche diesen auch genehmigt hat. Da kein Einvernehmen mit der zuständigen Fachbehörde, dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, zum Abbruch hergestellt werden konnte, wurde seitens der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bei der zuständigen obersten Landesbehörde, dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung M-V, ein entsprechender Antrag auf Herstellung des Einvernehmens gestellt. Mit Bescheid vom 15.05.2017 (Aktenzeichen: 00272-15) wurde der Abbruch der Heinkel-Wand genehmigt und die Öffentlichkeit in der Sitzung des Ortsbeirates Kröpeliner-Tor-Vorstadt am 31.05.2017 über den Eingang der Abbruchgenehmigung informiert.

Bodendenkmale sind innerhalb des Geltungsbereiches bisher nicht bekannt.

### 2.2.4 Tangierte Bebauungspläne und sonstige beachtliche Verfahren

#### 2.2.4.1 Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 „Kerngebiet Werftdreieck“

Die Teilfläche östlich der Max-Eyth-Straße ist fast vollständig Bestandteil des bisher rechtskräftigen Bebauungsplans mit der Nr.10.MK.63 „Kerngebiet Werftdreieck“ (siehe Abbildung 2).

Da mit dem vorliegenden B-Plan Nr.10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ der rechtskräftige Bebauungsplan Nr.10.MK.63 überplant wird, ist zu betrachten, inwieweit in bestehendes Planungsrecht eingegriffen und wie sich entsprechende Eingriffe im Rahmen einer gerechten Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB darstellen.

#### Planungsziele und Planinhalte

Nahezu die gesamte Fläche des Ursprungsplanes ist als eingeschränktes Kerngebiet (MK) gem. § 7 BauNVO festgesetzt. Umrahmt werden die Kerngebietsflächen von Verkehrsflächen (Bestandsstraßen: Werftstraße, Lübecker Straße, Max-Eyth-Straße). Darüber hinaus sind östlich der Max-Eyth-Straße Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ und/oder „Grünzug“ festgesetzt, welche teilweise einen schützenswerten Baumbestand aufweisen. Dieser ist mit einem Erhaltungsgebot gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB für Einzelbäume und Baumreihe planungsrechtlich gesichert.



Im nördlichen Bereich des B-Plans Nr.10.MK.63 (vorwiegend im Bereich des dort festgesetzten Parkhauses) sowie im Straßenraum der Werftstraße und der Max-Eyth-Straße wurden weitere Festsetzungen zum Erhalt von Einzelbäumen und Baumreihen getroffen.



**Abbildung 2: Ausschnitt der Planzeichnung B-Plan Nr. 10.MK.63 Kerngebiet "Werftdreieck", siehe auch Anlage 2**

Betrachtet man das Maß der baulichen Nutzung, so beträgt im Ursprungsplan die Grundflächenzahl (GRZ) beim Grundstück der heutigen EUFH med. unter Würdigung denkmalpflegerischer Belange bestandsorientiert moderate 0,4 und auf dem westlich anschließenden Grundstück beträgt die GRZ 0,8. In den übrigen Bereichen ist die GRZ auch der angestrebten Nutzung von großflächigem Einzelhandel folgend, mit 0,8 bis 0,95 weit höher festgelegt. Die Geschossflächenzahl (GFZ) ist für die EUFH med. bestandsorientiert mit 1,6; in den anderen Bereichen mit 2,0 bis 3,0 deutlich höher festgesetzt. Die zulässige Geschossigkeit beträgt im Baufenster an der östlichen Spitze 7 bis 8 Geschosse und ansonsten fällt diese mit zwischen 4 und 6 Geschossen geringer aus. Betrachtet man die Festsetzungen zur überbaubaren Grundstücksfläche, so sind diese, was die bestehende EUFH med. betrifft, bestandsorientiert erfolgt, während im Bereich der südöstlich anschließenden privaten Fläche (Autohaus) die Baufenstergröße in etwa derjenigen der Bestandsnutzung entspricht, das Baufenster aber nach Südwesten verschoben ist. Für die übrigen, westlich von vorstehend beschriebenen Bereichen anschließenden Baugebiete, gehen die Festsetzungen zu den überbaubaren Grundstücksflächen auf die verfolgte Zielsetzung der Ansiedlung verschiedener großflächiger Einzelhandels- und Gewerbebetriebe ein. Dies spiegelt sich in entsprechend großdimensionierten Baufenstern, welche mit Ausnahme weniger Gebäudeecken durch Baugrenzen flexibel gefasst sind.

Die Straßenverkehrserschließung baut im Wesentlichen auf das vorhandene Straßennetz auf. Lediglich östlich der Max-Eyth-Straße wird das vorhandene Netz durch eine Straßenspanne zur nördlich verlaufenden Werftstraße zwecks Erschließung des westlichen Plangebietsbereichs ergänzt.

### **Vergleich zu Art und Maß der baulichen Nutzung zwischen Ursprungsplan und Neuaufstellung**

Durch die vorgesehene Überplanung erfolgt betreffend der Art der baulichen Nutzung anstelle der bisher durchgehenden Festsetzung sämtlicher Baugebiete als Kerngebiet (MK), ledig-

lich eine größere, zum Bau eines Parkhauses vorgesehene Fläche an der Werftstraße war als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgesetzt, eine weit überwiegende Festsetzung als urbanes Gebiet (MU). Lediglich die Bereiche der beiden geplanten Parkhäuser werden als Sondergebiete entsprechender Zweckbestimmung festgesetzt und der Bereich westlich der Planstraße A mit der heutigen Fachhochschule EUFH med. sowie die östlichste Fläche des heutigen Autohauses bleibt unverändert als MK festgesetzt.

Bei der Beurteilung, ob die vorgesehene Überplanung mit dem Abwägungsgrundsatz nach § 1 Abs. 7 BauGB vereinbar ist, insbesondere was die Berücksichtigung privater Belange betrifft, ist zunächst festzustellen, dass die Möglichkeiten der baulichen Entwicklung sowohl was die Nutzungsart, als auch was das Nutzungsmaß angeht, sich für die privaten Grundstückseigentümer nicht wesentlich ungünstiger gestalten. Wie o.g. wird für das durch die EUFH med. genutzte Grundstück unverändert ein Kerngebiet festgesetzt, mit vergleichbarem Katalog an zulässigen Nutzungen und unverändert bestandsorientierten Festsetzungen zum Nutzungsmaß und zur überbaubaren Grundstücksfläche. Zum ebenfalls in Privatbesitz befindlichen östlichsten Teilbereich (Baufeld 3) ist festzustellen, dass hier weiterhin eine Festsetzung als Kerngebiet erfolgt und die im Ursprungsplan möglichen Nutzungen im Wesentlichen weiterhin möglich bleiben. Lediglich Tankstellen in Zusammenhang mit Parkhäusern und Großgaragen sowie betriebsbedingtes Wohnen entfallen. Diese Einschränkungen sind aber insgesamt unbeachtlich, da sich am Standort aufgrund der erforderlichen Verkehrsneuordnung eine Tankstelle zukünftig nicht mehr einordnen lässt und Wohnnutzungen sich aufgrund der heute schon bestehenden Immissionssituation ohnehin nur verbunden mit hohem baulichem Aufwand und Nutzungseinschränkungen nicht realisieren lassen. Hinsichtlich des geplanten zulässigen Maßes der baulichen Nutzung erfolgt ebenfalls keine erhebliche Schlechterstellung gegenüber dem bisherigen Baurecht; zwar wird die zulässige GRZ von 0,8 auf 0,7 reduziert, aber aufgrund der Erfordernis, Teile des Freibereichs zu befestigen, kann die ursprünglich zulässige Überbauung von 80 % des Grundstücks ohnehin nicht ausgenutzt werden. Sowohl die zulässige GFZ wird mit 3,6 gegenüber 3,0 als auch die zulässige Geschossigkeit mit 10 gegenüber 8 Geschossen im Ursprungsplan deutlich erhöht. Gleiches gilt auch betreffend der zulässigen überbaubaren Grundstücksfläche. Hier erfolgt flächenmäßig sogar eine Ausweitung. Durch vorstehende Besserstellungen beim Maß der baulichen Nutzung erfolgt zudem ein mehr als adäquater Ausgleich für die im Rahmen der Überplanung erfolgende Inanspruchnahme von ca. 8% der Baugebietsfläche zwecks Anlage erforderlicher öffentlicher Verkehrsflächen. Durch die im Rahmen der Planungsrealisierung erforderliche Neuordnung der Straßenerschließung ergeben sich für vorgenannte Eigentümer keine erheblichen Nachteile. Die verkehrsmäßige Anbindung bleibt uneingeschränkt erhalten und von der mit der Umsetzung der Neuordnung zu erwartenden Verbesserung der Verkehrsqualität sowie des Angebots an ÖPNV und des Radfahrerangebots profitieren auch vorstehende Eigentümer.

Bezogen auf die Flächen der maßgeblichen Grundstückseigentümer (WIRO) trifft vorstehendes ebenfalls zu. Zudem ist die Neuaufstellung des B-Plans maßgeblich durch geänderte Entwicklungsziele initiiert, welche gemeinsam von Stadt und WIRO verfolgt werden und zwar der Schaffung eines innerstädtischen Quartiers mit Wohnen und das Wohnen ergänzenden vielfältigen Laden,- Dienstleistungs- und sonstigen gewerblichen Nutzungen, sodass von einer Interessenwahrung der maßgeblichen Grundstückseigentümer ausgegangen werden kann.

Weiterhin ist der wesentliche Grundstückseigentümer (WIRO) über einen städtebaulichen Vertrag in den Planungsprozess maßgeblich eingebunden und auch die beiden weiteren Eigentümerinnen wurden wiederholt und über die gesetzlichen Anforderungen hinaus in den Planungsprozess eingebunden. Somit ist gewährleistet, dass deren private Belange hinreichend in den Abwägungsprozess einfließen.



### Vergleich der grünordnerischen Konzepte und Qualitäten

Vergleicht man die grünordnerischen Konzepte von Ursprungsplan und Neuaufstellung, so dienen laut Begründung des Ursprungs-B-Plans Nr. 10.MK.63 die grünordnerischen Maßnahmen der Gestaltaufwertung der öffentlichen Räume sowie der Fortführung der Grünstrukturen insbesondere an Max-Eyth-Straße und Lübecker Straße sowie der Herstellung einer Grünverbindung zwischen Botanischem Garten und Kabutzenhof. All diesen Anforderungen wird mit dem neuen B-Plan Nr. 10.W.63.1 in wesentlich geeigneterer Form entsprochen als im Ursprungsplan. Hier sind als Planungselemente bzw. Festsetzungen insbesondere die umfassenden Baumpflanzungen an der Lübecker Straße, die Herstellung des Kayenmühlengrabens und dessen begleitende Grüngestaltung sowie die Anlage des zentralen großen Grünzugs zu benennen. Im Ursprungsplan wird zudem die Zielsetzung einer durchgehenden Grünverbindung infolge teilweise enger Gebäudeabstände und Unterbrechung der Pflanzflächen nur unzureichend verfolgt.

Weiterhin entstehen bei Umsetzung des grünordnerischen Konzepts aus dem Ursprungsplan infolge der Platzierung der Grünflächen hin zu Hauptverkehrsstraßen und unzureichender Verknüpfung nur Freiräume von stark begrenzter Aufenthaltsqualität, während das grünordnerische Konzept des B-Plans Nr. 10.W.63.1 Aufenthaltsräume von hoher Qualität befördert (siehe dazu auch Kapitel 1.1 und 3.12.3).

Im Rahmen der Berücksichtigung der Kompensationsverpflichtung aus dem Ursprungsplan wurden zudem die im B-Plan Nr. 10.MK.63 enthaltenen grünordnerischen Festsetzungen geprüft und es wurden neue, den alten Festsetzungen qualitativ und, wo dies möglich ist, quantitativ gleichwertige Festsetzungen in die Neuaufstellung aufgenommen. Eine tabellarische Gegenüberstellung und eine detaillierte Erläuterung dazu können dem zugehörigen Grünordnungsplan entnommen werden.

Weiterhin ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen des Ursprungsplans bei Umsetzung eher eine geringere Biotopwertigkeit entwickelt hätten. So grenzen die festgesetzten Grünflächen ausschließlich an stark verlärmte und Schadstoff belastete Hauptverkehrsstraßen mit entsprechender Biotopwertbeeinträchtigung, während das Konzept von B-Plan Nr. 10.W.63.1 die Grünräume größtenteils abgewandt von den Straßenräumen und damit geschützt vor Lärm und Luftschadstoffen platziert.

Insgesamt kann daher festgestellt werden, dass die Neuaufstellung hinsichtlich grünordnerischer Qualität und Wertigkeit in den wesentlichen Belangen eine Verbesserung gegenüber dem Ursprungsplan darstellt.

#### 2.2.4.2 Bebauungsplan Nr. 10.MI.138 „Ehemalige Neptunwerft“

Nordöstlich an das Plangebiet grenzt der Bebauungsplan Nr. 10.MI.138 „Ehemalige Neptunwerft“ vom 06.07.2005 an. Die 1. Änderung des B-Plans wurde am 27.06.2007 und die 2. Änderung am 18.12.2013 bekanntgemacht. Mit diesem B-Plan wird die Nachnutzung des ehemaligen Werftgeländes verfolgt, in Form von Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen, aber auch Büro- und in Teilbereichen Wohnnutzungen. Der östliche Teilbereich wird zudem weiterhin für klassische gewerbliche Nutzungen entwickelt. Die Verkehrserschließung erfolgt für den östlichen sowie westlichen und mittleren Teilbereich getrennt über von der Werftstraße abgehende Erschließungen. Das Parkhaus des Einkaufszentrums ist über eine private Zufahrt direkt an die Werftstraße angebunden.

Zwecks einheitlicher Neuordnung der Verkehrsflächen werden im Rahmen des vorliegenden B-Plans Nr. 10.W.63.1 Randbereiche der Werftstraße, welche Teil des B-Plans Nr. 10.MI.138 sind, überplant. Die überplanten Flächen sind in der Planzeichnung entsprechend gekennzeichnet.

### **2.2.4.3 Berücksichtigung Planfeststellungsverfahren Panrechtsabschnitt „Bahnhof Rostock-Bramow“**

Auf Betreiben der Deutschen Bahn AG wird aktuell ein **Planfeststellungsverfahren für den Planrechtsabschnitt „Bahnhof Rostock-Bramow“** im Rahmen des Großprojektes Rostock-Berlin, Abschnitt 1 Knoten Rostock durchgeführt. Der vorliegende B-Plan Nr. 10.W.63.1 ist hierdurch insofern betroffen, dass infolge eines zusätzlich geplanten Rangiergleises und einer zu dessen Absicherung auszubildenden Böschung, eine Inanspruchnahme eines Randstreifens des Geltungsbereichs an dessen südwestlicher Grenze auf ca. 90 m Länge und bis zu 6 m Breite erfolgt. In diesem Bereich ist im vorliegenden B-Plan ursprünglich die Führung des Radschnellwegs geplant gewesen. Dieser musste daher zu Ungunsten der nordöstlich davon gelegenen Nutzungen (geringere Flächen bzw. Gebäudeabstände für Parkhaus West, Wohngebäude und Kindertagesstätte) verlegt werden.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat in ihrer Stellungnahme zu den ausgelegten Planfeststellungsunterlagen auf das vorliegende konkurrierende Planungsanliegen hingewiesen und angeregt, dass eine Sicherung des geplanten Rangiergleises auch in platzsparender Form auf dem bahneigenen Grundstück erfolgen kann. Die Überprüfung dieses Vorschlags ergab, dass hierdurch erhebliche zusätzliche Kosten bei der Deutschen Bahn entstehen und gleichzeitig eine Verlegung des Radschnellwegs, wenn auch in geringerem Umfang, dennoch erforderlich wird.

Die zur Anlage des Rangiergleises samt Böschung benötigte Fläche wird zur Vermeidung von Konflikten mit der übergeordneten Planung aus dem Geltungsbereich des B-Plans herausgenommen.

### **2.2.4.4 Bebauungsplan Nr. 10.W.199 „Werftdreieck Quartier - West“**

Westlich an das Plangebiet grenzt der Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen B-Plans Nr. 10.W.199 „Werftdreieck Quartier - West“ mit einer Fläche von ca. 3,6 ha an. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 06.12.2017 gefasst.

Mit dem B-Plan sollen folgende wesentlichen Planungsziele verfolgt werden:

- Umwandlung eines bisherigen Gewerbestandortes in ein gemischt genutztes Gebiet aus Wohnen und nicht wesentlich störendem Gewerbe,
- Integration der vorhandenen Betriebe bzw. koordinierte Verlagerung von störenden Firmen,
- Ergänzung der städtebaulichen Struktur aus dem Wettbewerbsergebnis für den unmittelbar angrenzenden B-Plan „Wohnen am Werftdreieck“, mit einer Weiterführung der zentralen Grünachse,
- Begrenzung der Gebäudehöhen auf 4 bis 5 Geschosse, entsprechend den Planungen für das südöstlich angrenzende Gebiet; im nordwestlichen Bereich soll eine größere Geschossigkeit ermöglicht werden.

## **2.3 Unverbindliche Vorgaben übergeordneter Planungen**

### **2.3.1 Landschaftsplan**

Der von der Bürgerschaft am 01.04.1998 und im Jahr 2013 aktualisierte, als Leitlinie und Zielorientierung für die Entwicklung von Natur und Landschaft in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschlossene Landschaftsplan, ist eine Rahmenvorgabe bei der Durchführung der Bauleitplanung, aller Fachplanungen (einschließlich der landschaftspflegerischen

Begleitpläne) und aller städtebaulichen Rahmenplanungen. Dem Landschaftsplan sind für das Plangebiet folgende Prämissen zu entnehmen:

Das Entwicklungskonzept des Landschaftsplans stellt für die dem Geltungsbereich zugehörige Fläche östlich der Max-Eyth-Straße großflächig Wohnbaufläche/gemischte Baufläche und für den Bereich westlich der Max-Eyth-Straße Gewerbegebiet/gewerbliche Baufläche dar. Innerhalb der Wohnbau- bzw. gemischten Baufläche ist eine Fläche für den Gemeinbedarf „Schule“ dargestellt. Hierbei handelt es sich um die ehemalige Handelsschule, die heute die medizinische fachgebundene Hochschule (EUFH med.) beherbergt. Im südwestlichen Teilbereich des Plangebietes, im Kreuzungsbereich Lübecker Straße/Max-Eyth-Straße, ist eine kleinflächige Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ dargestellt. Auch hierbei handelt es sich um eine Bestandsdarstellung (Grünfläche mit reichhaltigem Baumbestand). Der Verlauf der Max-Eyth-Straße wird sowohl als wichtige Wegeverbindung als auch als gestörter Niederungsverlauf eingestuft.

Im Textteil des Landschaftsplans der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird auf S. 26 explizit darauf hingewiesen, dass der stadtplanerische Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ stärker umgesetzt werden soll. Hierfür sind insbesondere die innerstädtischen Brachen, wie u.a. das sogenannte „Werftdreieck“, stärker in die städtebauliche Planung einzubeziehen.

Weitere Schwerpunktbereiche und Maßnahmen für die Sicherung und Entwicklung der Naturhaushaltsfunktionen werden für das Plangebiet nicht dargestellt.

### 2.3.2 Rostock 2025 Leitlinien zur Stadtentwicklung

Mit den im Dezember 2012 von der Bürgerschaft beschlossenen neuen Leitlinien zur Stadtentwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurden die ersten Leitlinien aus dem Jahr 2000 fortgeschrieben bzw. aktualisiert. Die Leitlinien sind der langfristige strategische Handlungsrahmen für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Stadt bis zum Jahr 2025 und damit Grundlage für alle kommunalen Fachkonzepte und Fachplanungen. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung sind die Leitlinien gleichfalls zu berücksichtigen. Folgende Handlungsfelder der Leitlinie VIII „Grüne Stadt am Meer“ sind für die Erarbeitung des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ bzw. des Grünordnungsplans zum Bebauungsplan insbesondere von Relevanz:

**Laut Handlungsfeld VIII.3: „Natur und Lebensräume bewahren und vernetzen“** sind spezielle Grünflächen wie Parkanlagen, Kleingärten, Friedhöfe, Spielbereiche, Grünzüge und Grünverbindungen sowie wohnungsnahen Grünanlagen als bedeutende Bestandteile des Grünverbundes in ihrer ökologischen Funktion zu stabilisieren und in ihrer Benutzbarkeit zu sichern. Eigenart und Identität der Ortsteile sind durch differenzierte Grüngestaltung und unter Einbeziehung vorhandener naturräumlicher Besonderheiten zu fördern.

Die Festsetzung des bis zu 50 m breiten, zentralen Grünzuges sowie die vorgesehene Strukturierung der zukünftigen Grün- bzw. Freiflächen durch die Pflanzung von Bäumen und Strauchbeständen, hier kann konzeptbedingt nur eine begrenzte Anzahl an Bestandsbäumen integriert werden, trägt zur Bewahrung und Vernetzung von Natur- und Lebensräumen und zur Weiterentwicklung der Grüngestaltung im Ortsteil bei. Außerdem werden der Erholungswert und die Attraktivität der Freifläche bei Umsetzung des Freiflächenkonzeptes erheblich gesteigert.

**Gemäß Handlungsfeld VIII.6 „Durch flächenschonende Stadtentwicklung den Boden schützen“** sind insbesondere die Reaktivierung von Gewerbebrachen, sinnvolle Nachverdichtungen und Lückenschließungen sowie das Planen und Bauen nach ökologischen Grundsätzen essentielle Bestandteile für eine flächenschonende Stadtentwicklung.

Die avisierte Nachnutzung des ehemaligen Gewerbe- bzw. Industriestandortes zu Wohnbauzwecken entspricht dem sparsamen Umgang mit Grund und Boden, wie er auch im § 1a

Abs. 2 BauGB verankert ist, im besonderen Maße. Die Fokussierung auf einen erheblich vorbelasteten Standort führt bei gleichzeitiger Deckung des dringend notwendigen Wohnraumbedarfs zu einer Entlastung von weniger anthropogen beeinflussten, sensiblen und/oder seltenen Böden am Stadtrand der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

### 2.3.3 Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ)

Der Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ; IVAS Ingenieurbüro für Verkehrsanlagen und Systeme, Dresden 2017) wurde im Dezember 2017 von der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beschlossen. Folgende übergeordnete Zielstellungen (Oberzeile) sind benannt:

- I. Sicherung verkehrlicher Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung für Wohnen, Wirtschaft, Tourismus und Kultur, der (über-)regionalen Erreichbarkeit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie Anbindung aller Stadtareale, Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und der Wirtschaft an Mobilität und Verkehr.
- II. Effiziente Nutzung der Verkehrsinfrastrukturen und wirtschaftlicher Einsatz finanzieller Ressourcen unter Beachtung langfristiger Effekte.
- III. Erhöhung der Stadt- und Umweltverträglichkeit des Verkehrssystems und Reduktion der negativen Wirkungen.
- IV. Berücksichtigung der Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen und besondere Förderung innovativer Mobilität (E-Mobilität, Carsharing etc.).

Unter Punkt 9.3.1 des MOPZ ist zudem als Schlüsselprojekt bzw. Pilotmaßnahme der Umbau des Werftdreiecks benannt. Hier heißt es:

*“Am Werftdreieck besteht unbestritten ein hoher Umbaubedarf, der aus Aspekten der Leistungsfähigkeit, der Verkehrssicherheit, Aspekten der Erreichbarkeit (insbesondere des Fischereihafens) sowie städtebaulichen Veranlassungen resultiert. Vorbereitende Planungen liegen bereits vor. Die Maßnahme ist wie folgt zu charakterisieren:*

- *Sinnvolle Maßnahme mit positiven Beiträgen zu acht Zielen (des MOPS),*
- *Kosten in Höhe von ca. 5 Mio. € (Stand Vorplanung),*
- *Umsetzungszeitraum kurzfristig (bis 5 Jahre),*
- *Priorität hoch, zügige Weiterplanung bis Herstellung Planrecht vorgeschlagen“.*

Die der Planaufstellung zu Grunde liegende städtebauliche Zielstellung der Entwicklung eines innerstädtischen urbanen Quartiers beinhaltet als wesentlichen Baustein ein zeitgemäßes Mobilitätskonzept, welches die o. g. übergeordneten Zielstellungen antizipiert. So wird durch die vorgesehene Neuordnung der Verkehrsführungen bzw. Strukturen sowohl für den motorisierten wie auch den nichtmotorisierten Individualverkehr sowie der Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots den Hauptzielen I und II entsprochen. Durch die mit der Planung verfolgte Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sowie Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs, insbesondere durch die Einführung eines quartiersweiten Car-Sharing-Modells und der Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für den vorzugsweisen Einsatz von E-Mobilen und E-Bikes, wird auch den Hauptzielen III und IV des MOPZ in besonderer Weise entsprochen. Weiterhin wurde im Rahmen der vorliegenden Planaufstellung und auch bereits parallel zum vorgelagerten informellen Planungsprozess (Wettbewerb, Funktionsplan) die Verkehrsplanung zum Bereich Werftdreieck auch unter Berücksichtigung der Anforderungen des MOPZ vorangetrieben. Das der Planung zu Grunde liegende Verkehrs- und Mobilitätskonzept ist unter nachfolgendem Punkt dieses Kapitels „Städtebaulich-freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb“ und unter Kapitel 3.6 detailliert erläutert.

Eine Berücksichtigung des MOPZ im Rahmen vorliegender Planung ist damit gegeben.

### 2.3.4 Lärmaktionsplanung

Für die Hanse- und Universitätsstadt wurde in den Jahren 2008 bis 2014 gemäß der Umgebungslärmrichtlinie der Europäischen Union ein Lärmaktionsplan erarbeitet, welcher alle fünf Jahre fortzuschreiben ist (1. Stufe: PB Dr. Dietmar Hunger SVU, Dresden/Berlin 08.2008; 2. Stufe: LK Argus GmbH, Berlin 08.2014; 3. Stufe: LK Argus GmbH, Berlin 16.08.2018).

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung gilt es, Bereiche mit potenziell gesundheitsgefährdenden Lärmbelastungen oberhalb von LDEN (*über den ganzen Tagzeitraum gemittelter Pegel*) 65 dB(A) und LNight (*Lärmpegel Nachtzeitraum*) 55 dB(A) aufzuzeigen und geeignete Maßnahmen zu entwerfen, um diese Belastungen zu vermeiden oder zu verringern. Durch Straßenverkehrslärmpegel im potenziell gesundheitsgefährdenden Bereich (LDEN > 65 dB(A) und LNight > 55 dB(A)) sind in Rostock gemäß Lärmkartierung am Gesamttag 2.820 Personen und nachts 2.730 Personen betroffen. Für den Straßenbahnlärm liegen die Betroffenheiten in diesem Bereich bei 340 Personen am Gesamttag und 690 Personen in der Nacht. Vom Eisenbahnlärm auf den Gleisen der Deutschen Bahn sind 870 Personen am Gesamttag und 1.250 Personen in der Nacht an ihrem Wohnort betroffen.

Hauptlärmverursacher in Rostock ist der Straßenverkehr, gefolgt vom Schienenverkehrslärm ausgehend von den Gleisen der Deutschen Bahn. Die Lärmsituation entlang von Straßenbahntrassen hat sich aufgrund der Vielzahl an Maßnahmen deutlich verbessert. Ausgehend von Industrie- und Hafenanlagen wurden keine Betroffenheiten i.S. der EU Umgebungslärmrichtlinie festgestellt.

Die mit dem Lärmaktionsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock empfohlenen Maßnahmen und Prüfeempfehlungen zur Lärminderung wurden unter breiter Mitwirkung der Öffentlichkeit erarbeitet. Ergänzend zur Bürgerbeteiligung gab es zwei planungsbegleitende Expertengespräche mit Vertretern der Wohnungsbaugesellschaften, von Verbänden (ADAC, IHK etc.), der Politik und Vertretern der Fachämter. Des Weiteren wurden alle Planinhalte des Lärmaktionsplanes in einer projektbegleitenden Lenkungsgruppe „Lärmaktionsplanung“ diskutiert, erweitert und präzisiert. Im Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Abstimmungen in der projektbegleitenden Lenkungsgruppe werden mit

- Fahrbahnsanierungen,
- der Reduzierung von Geschwindigkeiten in stark lärmbelasteten Bereichen,
- der Umsetzung verkehrsverstetigender Maßnahmen durch den Bau von Kreisverkehrsplätzen,
- dem Bau von Lärmschutzwänden und
- straßenräumlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Abstände zwischen Emissions- und Immissionsort sowie zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs

verschiedene Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenverkehr zur Umsetzung bzw. zur weitergehenden Prüfung empfohlen. Die Umsetzung der Maßnahmen des Lärmaktionsplanes erfordert weitere Prüfungen sowie die Bereitstellung entsprechender personeller und finanzieller Mittel.

Durch die Maßnahmen kann die Anzahl der durch den Straßenverkehrslärm mit sehr hohen Lärmpegeln > 65 dB(A) im Tagesmittel und > 55 dB(A) in den Nachtstunden belasteten Personen deutlich gesenkt werden. Für die verbleibenden Lärm-Brennpunkte besteht weiterhin ein Handlungsbedarf für lärm mindernde Maßnahmen. Für diese Straßenabschnitte sollte geprüft werden, ob ein Förderprogramm für passiven Schallschutz bzw. ein Schallschutzfensterprogramm realisiert werden kann. Neben dem strategischen Ansatz der Verringerung vorhandener Lärmprobleme durch die o.g. Maßnahmen ist der Lärmvermeidung in der Stadt- und Verkehrsplanung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ein größeres Gewicht einzuräumen. Entsprechende Handlungsmöglichkeiten zeigt der Lärmaktionsplan auf, mit

- Handlungsstrategien zur Vermeidung von Kfz-Verkehr durch eine immissionsgünstige Stadtentwicklung (Stadt der kurzen Wege), betriebliches Mobilitätsmanagement und Parkraummanagement und
- Möglichkeiten der Verkehrsverlagerung vom Kfz-Verkehr auf den Umweltverbund mit Hilfe angebotsverbessernder Maßnahmen zur Förderung des Fuß-, Rad- und Öffentlichen Verkehrs.

Diese bedeutenden strategischen Ansätze, Vermeidung von Kfz-Verkehr und Verlagerung des Kfz-Verkehrs auf den Umweltverbund, sind mit Maßnahmen zu untersetzen, umzusetzen und in der integrierten Gesamtverkehrsplanung, der Luftreinhalteplanung, der Flächennutzungsplanung, dem Energie- und Klimaschutzkonzept sowie der kommunalen verbindlichen Bauleit- und Verkehrsplanung noch stärker zu berücksichtigen. Die mit der Elektromobilität zu erwartenden neuen Impulse für einen klima- und umweltschonenden Stadtverkehr, sind auch zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und im Sinne des Lärm- und Gesundheitsschutzes zu nutzen. Voraussetzung hierzu ist jedoch eine Förderung der Elektromobilität durch städtische, infrastrukturelle Projekte (Ladestationen, Mobilstationen) vor allem in Verbindung mit alternativen und an den öffentlichen Verkehr gekoppelten Mobilitätskonzepten wie Bikeshaaring und Carsharing. Im Bereich der Straßenbahn hat die RSAG in den vergangenen Jahren zahlreiche Sanierungsmaßnahmen wie Bettungsverbesserungen, Schienenstegdämpfungen, die Erneuerung von Unterbau und den Einbau von Rasengleisen vorgenommen. Außerdem wurde auf die leiseren Niederflurfahrzeuge umgestellt. Der Prozess der Lärminderung im Straßenbahnnetz der letzten Jahre wird weiter fortgeführt.

An den Eisenbahnstrecken in Rostock soll es langfristig durch Maßnahmen am Fahrzeug- und Güterwagenmaterial insgesamt leiser werden. Beispielsweise wird das Eisenbahnverkehrsunternehmen DB Schenker bis 2020 seine Güterwagen von Grauguss-Bremssohlen auf Bremssysteme mit K-Sohlen (Komposit-Bremssohlen) oder LL-Sohlen (Low-Low-Sohlen) umrüsten. Um auch bei anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen eine Umrüstung voran zu treiben, hat die DB Netz AG das lärmabhängige Trassenpreissystem eingeführt. An wenigen Streckenabschnitten, an denen die Auslösewerte überschritten werden, plant die DB Netz AG voraussichtlich Neubaumaßnahmen und/oder wesentliche Änderungen. Damit würden nach 16. BImSchV Maßnahmen der Lärmvorsorge notwendig. Eine Umsetzung erfolgt nach aktuellem Planungsstand ab dem Jahr 2020/2021.

Inhalt der Lärmaktionsplanung ist nicht nur die Entwicklung von lärmmindernden Maßnahmen in lauten Bereichen, sondern auch der vorsorgende Schutz von bislang ruhigen Gebieten. Im Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Abstimmungen in der projektbegleitenden Lenkungsgruppe wurde eine Gebietskulisse für ruhige Gebiete in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock entwickelt. Diese beinhaltet die Landschaftsräume „Diedrichshagen“ und „Rostocker Heide“ sowie 20 „Stadtoasen“.

Die Lärmaktionsplanung ist ein stetig fortlaufender Prozess. Der Gesetzgeber schreibt turnusmäßig spätestens alle fünf Jahre eine Überprüfung und Überarbeitung der Lärmkarten und Aktionspläne vor. Dies beinhaltet auch eine Information über den Stand der Umsetzung der vorherigen Maßnahmen und Konzepte zur Lärminderung.

Bezogen auf die vorliegende Planaufstellung zum B-Plan Nr. 10.W.63.1 sind die stark befahrene Lübecker Straße, die Bahnanlagen der Bahnstrecke zum Fischereihafen und die Straßenbahn wesentliche Immissionsquellen. Im vorliegenden Planungsprozess finden die Zielstellungen der Lärmaktionsplanung gebietsbezogen Berücksichtigung. So sieht das städtebaulich-funktionale Gesamtkonzept einen urbanen Stadtteil der kurzen Wege vor. Das quartierseigene Mobilitätskonzept baut auf der hervorragenden Kernstadtanbindung durch den ÖPNV auf und ergänzt diesen durch verstärkte Angebote für Radfahren, Carsharing und E-Mobilität. Neben der Verkehrsreduzierung bzw. Vermeidung wird somit auch der Verkehrslärm reduziert bzw. vermieden. Darüber hinaus sieht die Planung die Schaffung eines immissionsarmen Raumes im Zentrum des Quartiers in Form des Quartiersparks vor. Zur detaillierten Darlegung der Immissionsschutzbelange siehe Kapitel 3.13 der Begründung.

### 2.3.5 Städtebaulich-freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb

Im Zeitraum des 4. Quartals 2015 bis Ende des 1. Quartals 2016 fand ein einphasiger städtebaulich-freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb zur möglichen Ausgestaltung der geplanten Quartiersentwicklung am Werftdreieck statt. Ausgelobt wurde der Wettbewerb von der WIRO Wohnungsgesellschaft mbH im Einvernehmen mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, vertreten durch das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft.

Im Vorfeld des Wettbewerbes wurde den Bürgerinnen und Bürgern der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Form eines Bürgerdialogs, in dessen Rahmen auch ein Internet-Portal eingerichtet wurde, die Möglichkeit eingeräumt, Hinweise und Anregungen zum geplanten Projekt zu formulieren, welche im Rahmen des städtebaulich-freiraumplanerischen Entwurfs besondere Berücksichtigung finden sollten. 17 Architektur- und Stadtplanungsbüros haben Entwürfe eingereicht. In einem zweiten Bürgerdialog im März 2016, unmittelbar nach Abschluss des Wettbewerbsverfahrens, wurden die Ergebnisse und das weitere Verfahren der Öffentlichkeit erläutert.

Von der Jury wurde der Entwurf des Wiener Architekturbüros Albert Wimmer ZT GmbH und des Londoner Landschaftsarchitekturbüros Martha Schwartz Partners Ltd (vgl. folgende Abbildung) mit dem ersten Preis prämiert und diese Arbeit unter Berücksichtigung der Hinweise des Preisgerichts als Grundlage für die weitere Planung empfohlen.



**Abbildung 3: Modell Werftdreieck Blickrichtung Nord-Süd** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2016)

Der erstplatzierte städtebauliche Entwurf wird von an den Rändern geschlossenen und zu einem inneren Grünzug hin geöffneten Quartiersblöcken mit 4 bis 7 Geschossen, Terrassen und kleinen Gärten, urbanen und grünen Wegen und Plätzen, Kinderspielflächen und quartiersbelebenden Einrichtungen wie einer KITA, einer Bäckerei mit Café, Biomarkt, Stadtteiltreff, E-Mobilitätscentern mit Ladestationen, Carsharing-Angebot und Fahrradwerkstatt sowie einem WIRO-KundenCenter bestimmt. Das Wohnangebot umfasst rund 700 WE unterschiedlichster Größen und Organisationsformen für rund 1.500 Bewohner sowie ein Studentenwohnheim im Anschluss an die bestehende EUFH med.



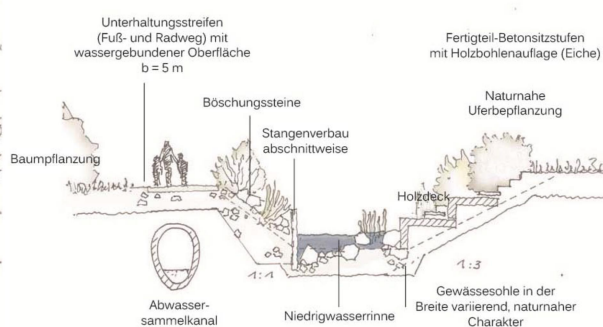


**Abbildung 4: Zukunftsvision Grünzug/offener Wasserlauf** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2016)

Wichtiges strukturelles Merkmal des Entwurfes ist der zentrale öffentliche, bis zu 50 m breite Grünzug (ca. 2,5 ha große, hier als Werftpark bezeichnete Fläche) mit großzügigen Rasen- und Kinderspielflächen, hohen Gräsern sowie Bäumen, an dem sich die Wohngebäude ausrichten.



Flanierweg entlang des Baches



Schnitt durch den Kayenmühlengraben

**Abbildung 5: Details Offener Wasserlauf** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2016)

Ein weiteres zentrales Element des Freiraumkonzepts ist die Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens, welcher in Form eines offenen Wasserlaufes mit teilweise terrassierten Uferbereichen als attraktiver Aufenthaltsort und Treffpunkt der Bewohner und der im Quartier Arbeitenden aber auch für Bewohner der angrenzenden Quartiere dienen soll. Die Freiflächen um den Graben und seine Uferbereiche sollen möglichst naturnah gestaltet werden, um den Eindruck einer grünen Oase im verdichteten Innenstadtbereich zu schaffen.

Die geschlossene Blockrandbebauung an der Lübecker Straße und an der Werftstraße bilden einen „Rücken“ für den „Werftpark“, der sich so zur grünen Lunge entwickeln kann. Dar-



über hinaus dient die geschlossene Randbebauung als Lärmabschottung gegen den vorwiegend von der Lübecker Straße und der Werftstraße ausgehenden Verkehrslärm (Pkw, Lkw, Bus, Bahn etc.).

50% der Dachflächen im Geltungsbereich sollen begrünt werden und als rezessiver Puffer für Starkregenereignisse dienen. Auf den in Südrichtung orientierten Flachdächern entlang der Werftstraße ist geplant, Solarkollektoren/Solarthermie zu installieren. Neben den ökologisch-nachhaltigen Aspekten ist der sorgsame Umgang mit dem historischen Erbe, u.a. die Einbeziehung des Platzes des 17. Juni in das städtebauliche Konzept, wichtiger Bestandteil des Freiraumkonzeptes.

ALBERTWIMMER architects



**Abbildung 6: Detailkonzeption Ruhe Schallschutz** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2016)

Weiteres zentrales Thema ist die Reduzierung des Pkw-Verkehrs sowohl innerhalb des Gebietes als auch für die Fahrten ins übrige Stadtgebiet, wozu entsprechende städtebauliche sowie organisatorische Lösungen vorgeschlagen werden. Dazu zählen Infrastrukturen für die Schaffung von Car-Sharing- und E-Mobilitätsangeboten, durchgehende Fuß- und Radwegetze sowie die Einordnung eines Grundangebots an Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen zur grundsätzlichen Vermeidung entsprechender Fahrten zu vorgenannten Angeboten.

Der ruhende Verkehr wird auf zwei Hochgaragen mit rund 700 Stellplätzen konzentriert. Durch deren Platzierung an den Quartiersaußenkanten wird kaum Verkehr in das Quartier hineingezogen. Dreiviertel aller Wege sollen mit öffentlichem Personennahverkehr, zu Fuß oder mit dem Rad erledigt werden (vgl. Abbildung 7).



**Abbildung 7: Detailkonzeption Erschließung/Verkehr** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2016)

### 2.3.6 Funktionsplan

Der Funktionsplan ist ebenfalls von der Albert Wimmer ZT-GmbH erstellt worden. Im Funktionsplan ist das im Siegerentwurf dargestellte städtebaulich-funktionale Konzept durch vertiefende Aussagen zur räumlichen Gesamtstruktur, Nutzungsverteilung, Art und Maß der baulichen Nutzung und Höhenentwicklung weiterentwickelt worden. Darüber hinaus trifft der Funktionsplan vertiefende Aussagen zur verkehrlichen Anbindung, zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs, zu Mobilitätsangeboten sowie zur Freiraumgestaltung inklusive erster Aussagen zur Anordnung von Spielplätzen für verschiedene Altersgruppen, zum Umgang mit dem Baumbestand sowie zu möglichen Pflanzkonzepten. Er dient inhaltlich als Grundlage für den Vorentwurf des B-Plans Nr. 10.W.63.1.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Funktionsplanung thematisch geordnet zusammengefasst. Die vollständigen Planunterlagen sind der Öffentlichkeit auf der eigens eingerichteten Internetseite „Das neue Werftdreieck“ ([www.Werftdreieck-Rostock.de](http://www.Werftdreieck-Rostock.de)) zur Verfügung gestellt worden.

#### Nutzung

Der Planteil „Nutzung“ der Funktionsplanung trifft vertiefende Aussagen dazu, wie die geplanten Gebäude genutzt werden sollen (Wohnen, Gewerbe, Parken etc.). Um ein lebendiges Quartier mit Nutzungsmischung zu erreichen, sind vorrangig in den Erdgeschossen der Gebäude bzw. zu den wesentlichen öffentlichen Aufenthaltsbereichen hin Einzelhandels- und/oder kleinere Gewerbeeinheiten sowie Gemeinbedarfsnutzungen wie Bibliothek, Bürgertreffpunkt und KITA sowie ein Ärztehaus mit Apotheke vorgesehen.

Einzelhandels- und Kleingewerbestruckturen befinden sich schwerpunktmäßig unmittelbar westlich des Platzes des 17. Juni sowie entlang des nördlich an den zentralen Grünzug angrenzenden Fußweges. Zudem werden westlich an der Planstraße A angrenzend, ein Ärzte-

zentrum sowie Kleingewerbe- bzw. Einzelhandelsstandorte und angrenzend an das Parkhaus Ost ein großer Mobility Point sowie ein kleinerer Mobility Point am Parkhaus am Holbeinplatz vorgeschlagen. Eine größere Bildungseinrichtung ist östlich der Planstraße A, südlich der EUFH med., auch als optionale Erweiterung dieser bestehenden Hochschule, vorgesehen. An weiteren gewerblichen bzw. öffentlichen Einrichtungen sind ein WIRO-KundenCenter sowie weitere Dienstleistungs- und Büronutzungen in den Obergeschossen im Eingangsbereich am Holbeinplatz sowie eine KITA nördlich des Parkhauses am Holbeinplatz geplant.

## Struktur

Der Plan „Struktur“ trifft insbesondere Aussagen zum Maß der baulichen Nutzung. Dies umfasst Aussagen über die avisierten Grundflächen- und/oder Geschossflächenzahlen (GRZ/GFZ), die Höhe der baulichen Anlagen in Meter über Höhengnull (m über HN), die Höhe des Erdgeschossfußbodens in m über HN sowie über die notwendigen Abstandsflächen, die Geschossflächen (GF) und die Brutto-Geschossflächen (BGF). Zudem wird die Unterteilung von privaten und öffentlichen Grünflächen anhand des Planes ersichtlich. Hinsichtlich der **Höhenentwicklung/Geschossigkeit** sieht der Funktionsplan drei Höhenakzente (Gebäude mit  $\geq 8$  Geschossen) vor. Hierbei handelt es sich um das Gebäude im Eingangsbereich am Holbeinplatz (WIRO-KundenCenter) und das Wohngebäude an der Ecke der Planstraße A/Lübecker Straße (beide 8 Geschosse) sowie um Teile des Gebäudes unmittelbar am Platz des 17. Juni, bei dem bis zu 10 Geschosse zulässig sein sollen. Die restlichen Gebäude weisen zwischen 4 und 6 Geschosse auf, einzig das geplante KITA-Gebäude sowie ein Teil des südlich an das Parkhaus an der Werftstraße angrenzenden Gebäudes werden ein- bis zweigeschossig ausgebildet (vgl. nachfolgende Abbildung).



**Abbildung 8: Plan der Funktionsplanung „Höhenentwicklung“** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2017)

Der Höhenbezug im Funktionsplan ist Meter über Höhennull (m ü. HN). Die Höhen des vorhandenen Geländes liegen zwischen 8,00 m ü. HN am westlichen und 9,50 m ü. HN am östlichen Plangebietsrand. (Dem Bebauungsplan liegt eine aktuelle Vermessung mit einem Höhenbezug auf NHN zugrunde). Analog zur Geschossigkeit entwickelt sich die Höhenstaffelung der Gebäude im Plangebiet. Deutliche Hochpunkte stellen das 10-geschossige Gebäude mit bis zu 47,50 m ü. HN sowie der Achtgeschosser an der Planstraße A mit bis zu 38,30 m ü. HN und das ebenfalls achtgeschossige Gebäude des WIRO-Kundencenters am Quartierseingang zum Holbeinplatz mit 36,70 m ü. HN dar. Die übrigen Wohngebäude ent-

lang der Lübecker Straße sollen nach den Aussagen des Funktionsplans maximale Höhen von 24,00 bis 31,70 m ü. HN aufweisen. Das sechsgeschossige Gebäude östlich der Planstraße A (mit der Zweckbestimmung Bildung) wird hingegen mit einer maximalen Höhe von nahezu 30,00 m ü. HN einen Höhepunkt in dem straßenbegleitenden Gebäuderiegel darstellen.

Die dahinter befindlichen Punkthäuser, die nördlich und südlich an den zentralen Grünstreifen angrenzen, variieren hinsichtlich Geschossigkeit zwischen 4 und 6 Geschossen und in der maximalen Höhe der baulichen Anlagen zwischen 24,70 m ü. HN und 34,95 m ü. HN, was einer Höhe über Geländeniveau von ca. 15 bis 20 m entspricht. Richtung Werftstraße sind die Wohngebäude zumeist 5-geschossig (mit Höhen zwischen 26,75 m bis 28,25 m ü. HN) ausgebildet.

Um eine unverhältnismäßige **Beschattung** hinreichend sicher auszuschließen, wurde eine Schattenstudie angefertigt, die exemplarisch am 21. März und 21. Juni deutlich macht, dass sowohl die Gebäude als auch die gebäudenahen Freiflächen hinreichend besonnt werden.

Im Funktionsplan wurden zudem erste Aussagen zur zu erwartenden maximalen Versiegelung getroffen. Die errechneten **Grundflächenzahlen (GRZ)** reichen von 0,27 (KITA) bis 0,82 (Parkhaus Ost). In den Baufeldern mit Blockrandstruktur bewegt sich die errechnete GRZ im Bereich zwischen 0,35 bis 0,51; die errechneten **Geschossflächenzahlen (GFZ)** bewegen sich hier zwischen 1,6 und 2,36. In den Baufeldern östlich der Planstraße A, für die vorrangig Büro-, Gewerbe- bzw. Bildungseinrichtungen geplant sind, werden selbst die in § 17 der BauNVO genannten Obergrenzen für urbane Gebiete teilweise überschritten, was jedoch hauptsächlich auf die hohe Geschossigkeit zurückzuführen ist (vgl. Kapitel 3.2). Ebenfalls sehr hohe Geschossflächenzahlen weisen die beiden Parkhäuser (4,4 bzw. 4,51) auf, was aber durch die annähernde Vollüberbauung und bei gleichzeitig hoher Geschossigkeit bedingt ist.

Die Funktionsplanung trifft darüber hinaus erste Aussagen zur möglichen Grundrissgestaltung der zukünftigen Wohnungen. Grund für diese frühzeitigen, konkretisierenden Planungsaussagen zu den Wohneinheiten ist die bestehende, sehr hohe Schallbelastung von den Rändern her (stark frequentierte Straßen und Bahnstrecke), welche die Anordnung von Räumen mit besonderem Schutzbedürfnis wie Schlafzimmer oder Kinderzimmer auf der lärmabgewandten Seite der geplanten Gebäude notwendig macht. Ferner werden erste Aussagen zur Ausstattung der Wohneinheiten (2- bis 5-Zimmerwohnungen) in den Obergeschossen mit Balkonen und/oder Loggien getroffen. Entlang der Lübecker Straße werden bei den nach Süden ausgerichteten, durchgesteckten Wohneinheiten Schallschutzloggien vorgeschlagen. Bei den zum Park hin ausgerichteten Wohneinheiten werden halb in das Gebäudevolumen integrierte Balkone aufgezeigt. An den restlichen Fassaden werden sowohl Balkone als auch Loggien vor den Wohnzimmern und/oder Küchen angeordnet.

### Mobilität und Verkehr

Der Planteil „Mobilität und Verkehr“ der Funktionsplanung, der die Ergebnisse der aktualisierten verkehrstechnischen Untersuchung (BDC DORSCH CONSULT, 2017) berücksichtigt, trifft erste Aussagen zur Klassifizierung und Dimensionierung der geplanten Verkehrsflächen sowie deren Nutzerkreise. Zudem werden Aussagen zum Stellplatzbedarf getätigt. Die Darstellungen zur Neuordnung der Hauptverkehrsstraßen erfolgen dabei entsprechend der Vorgaben der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

## Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung



**Abbildung 9: Plan der Funktionsplanung „Mobilität und Verkehr“** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2017)

Demnach bilden die Lübecker, die Werft- und die neue Planstraße A die Hauptverkehrsstraßen. Die Planstraßen B und E, die der Anbindung der beiden Parkhäuser an die Werftstraße dienen, werden als öffentliche Anliegerstraßen eingestuft. An allen drei Knotenpunkten (Anbindung der Anliegerstraßen und Planstraße A) sowie im Einmündungsbereich der Planstraße A auf die Lübecker Straße regeln Lichtsignalanlagen ein gefahrloses Abbiegen (vgl. Abbildung 9).

Die Verkehrsströme im Bereich der Planstraßen C und D werden mittels versenkbaren Pollern reguliert; ein unkontrolliertes Einfahren von Pkw/Lkw ist nicht erwünscht. Die Befahrbarkeit der Wege für Rettungs-, Lösch- und/oder ggf. auch Entsorgungsfahrzeuge muss jedoch gewährleistet werden.

Der ruhende Verkehr wird auf die zwei Parkhäuser sowie einen Parkplatz westlich der Planstraße E (im Bebauungsplan entfallen, siehe Kapitel 3.7.5) und den Bestandsparkplatz auf dem Grundstück der EUFH med. beschränkt. Der Parkplatz der EUFH med. sowie der Gewerbe/Dienstleistungsstandort westlich des Platzes des 17. Juni erhalten eine Zufahrt (ohne Lichtsignalanlage aber mit Abbiegespur) von der Werftstraße aus.

Aufgrund des verfolgten Konzepts einer reduzierten Verkehrserschließung erfolgt der Ansatz eines relativ moderaten Stellplatzschlüssels von 0,7 Stellplätzen pro Wohneinheit. Bei Ansatz dieses Schlüssels wird die Summe der erforderlichen Stellplätze in Höhe von 725 mit 878 geplanten Stellplätzen deutlich überschritten. Vorstehend ist lediglich die Aussage des Funktionsplans zusammengefasst; Im Kapitel 3.7.5 erfolgt eine überschlägige Ermittlung des Stellplatzbedarfs auf Grundlage der aktuellen Stellplatzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Der Radverkehr ist laut Plan „Radverkehr“ sowohl in Form separater Radwege entlang der Hapterschließungsstraßen wie Werftstraße und Planstraße A, als Radschnellweg (nahezu parallel zur Lübecker Straße) oder auf den Anliegerstraßen bzw. als gemeinsamer Fuß- und Radweg geplant. E-Bike-Ladestationen werden in den Mobility-Points an den Parkhäusern vorgehalten, wo sich auch Ladestationen für E-Autos befinden.

### Grün- und Freiflächenkonzept

Das geplante Grün- und Freiflächenkonzept wird in der vorgelegten Funktionsplanung in unterschiedlichen Plänen u.a. „Grünraum“, „Freiflächenzonierung“, „Spielräume“, „Leitbaum-



konzept“, „Kayenmühlengraben“, „Oberflächengestaltung“ und „Regenentwässerung“ dargelegt.

Das Konzept beruht im Wesentlichen auf der Idee eines zentralen, bis zu 50 m breiten öffentlichen Parks als grüne Hauptachse, welcher, der Gesamtgeometrie folgend, trichterförmig zum Platz des 17. Juni hin zusammenläuft. Die Parkfläche wird in drei unterschiedlich bepflanzte Zonen unterteilt, wobei der Bewuchs in der Höhe gestaffelt ist. Im nördlichen Abschnitt wird durch einen üppigen Laub- und Nadelbaumbestand ein mischwaldartiger Charakter erzielt. Hieran schließen sich großflächige Rasenflächen an, in deren Bereich größere Spielplatzflächen für die Altersgruppen 7-13 Jahre eingeordnet werden. Eine Spielfläche für die Altersgruppe 14-19 Jahre wird auf dem Dach des Parkhauses Ost vorgesehen. Im südlichen Teilbereich der zentralen Parkfläche sind Pflanzungen mit hohen Gräsern vorgesehen.

Der Park kann durch zwei gepflasterte Hauptwege (Planstraße F und die den Park südlich begrenzende Wegeführung) mit Ost-West-Ausrichtung und mehrere schmale (Fuß)Wege mit wassergebundener Wegedeckung durchquert werden.

In den Innenhöfen, die sich nördlich und südlich an den zentralen Park bzw. die an Planstraße F oder an die südlich des Parks verlaufende Wegeführung anschließen, befinden sich jeweils eine zentrale halböffentliche Grünfläche mit einem Kleinkinderspielplatz (0-6 Jahre), die den „Blockbewohnern“ zur Verfügung steht. Den Wohnungen im EG (Punkthäuser und geschlossene Randbebauung) sind zudem private Gärten vorgelagert, die zur „Blockidentität“ beitragen und das Entstehen einer „Hofgemeinschaft“ befördern sollen. In den Innenhöfen werden ausschließlich robuste, bewährte Baumarten aus der Rostocker Straßenbaumliste verwendet/gepflanzt. Entlang der Werftstraße und Lübecker Straße sind Alleenpflanzungen (aus verschiedenen Lindenarten) vorgesehen.

Der Ort des Gedenkens am Platz des 17. Juni und die beiden Eingangsplätze zum Werftquartier werden als städtische Plätze konzipiert und spiegeln aufgrund der dort implantierten „Industriekunstwerke“ die industriegeschichtliche Bedeutung des Standortes wider.



Abbildung 10: Plan der Funktionsplanung „Kayenmühlengraben“ (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2017)

Ein weiteres wichtiges Gestaltelement der öffentlichen Grün- und Freiflächen ist die **Renaturierung** Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens als offenes Gewässer, der das Plangebiet im westlichen Teilbereich in Nord-Süd-Richtung quert. Der bisher unterirdisch verlaufende Wasserlauf soll zurück an die Oberfläche geholt werden. Die Machbarkeit wurde im Vorfeld im Rahmen eines hydrologischen Fachgutachtens nachgewiesen (siehe Hydrologisches Konzept zur Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens, WASTRA-Plan 2016). Die Uferausbildung des geöffneten Kayenmühlengrabens erfolgt auf der Westseite (Böschung bis zu 1:3) zwischen den beiden Verbindungsbrücken an der Planstraße F und in Verlängerung des den zentralen Grünzug südlich begrenzenden Weges terrassiert, um das Wasser erlebbar zu

machen. Die vorgeschlagenen Terrassen bestehen aus Beton und sind tlw. mit Holzdecks (Eiche oder Lärche) versehen. Den Rücken bilden geneigte Rasenflächen. Die östliche Böschung soll mit einer Neigung von ca. 1:1 ausgebildet werden. Die nördlichen Uferabschnitte des Kayenmühlengrabens werden durch naturnahe Uferausbildungen (Verhältnis 1:3) geprägt. Im südlichen Abschnitt wird das östliche Ufer voraussichtlich durch eine verkleidete und rückverankerte Spundwand eingefasst (vgl. Abbildung 11).



**Abbildung 11: Plan der Funktionsplanung „Kayenmühlengraben“ (südlicher Abschnitt)** (Quelle Albert Wimmer ZT-GmbH, 2017)

Die Wasserspeisung des Kayenmühlengrabens erfolgt aus dem aktuell bestehenden Wasserdargebot aus dem Einzugsbereich um den Holbeinplatz, ergänzt um das unbelastete, im Plangebiet zukünftig anfallende Dach- und Regenwasser, welches durch das geplante Regenentwässerungssystem (wegbegleitende offene Rinnen, die über Einläufe in die vier Hauptkanäle in Ost-West-Richtung entwässern) in Richtung Kayenmühlengraben geführt wird. An das Regenentwässerungssystem sind sämtliche öffentliche und private Flächen angebunden. Im Bereich der Frei- und Grünflächen versickert das Regenwasser ortsnahe, bei Starkregenereignissen wird das überschüssige Wasser über die Kanäle in den Kayenmühlengraben geleitet.

## 2.4 Angaben zum Bestand

### 2.4.1 Städtebauliche Ausgangssituation und Umgebung

Das Plangebiet befindet sich im Randbereich des Stadtteils Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV), angrenzend an die Stadtteile Hansaviertel und Reutershagen. Der Stadtteil KTV im Zentrum der Hanse- und Universitätsstadt, westlich des mittelalterlichen Stadtkerns und südlich der Unterwarnow gelegen, ist mit fast 19.500 Einwohnern der einwohnerreichste Stadtteil Rostocks. Ursprünglich war dieser Stadtteil ein gründerzeitliches Wohngebiet, welches vorrangig von Arbeitern bewohnt wurde. Heute ist der Stadtteil stark durch junge Bewohner, insbesondere Studenten, geprägt. Im Laufe der (Nachwende)Jahre haben sich in der KTV eine hohe Anzahl an Bars, Kneipen und Restaurants etabliert. Daneben finden sich hier viele individuelle Einzelhändler und Dienstleister, mehrere Fachkliniken der Universitätsklinik, weitere medizinische Einrichtungen und das Volkstheater. Im gewerblichen Bereich ist zudem die Rostocker Brauerei zu erwähnen.

Südlich der Lübecker Straße besteht eine Wohnsiedlung aus den 1930-iger Jahren, welche sich um einen begrünten städtischen Freiraum, den Thomas-Münzer-Platz, gruppiert.

Das Plangebiet selbst weist aus städtebaulicher Sicht eine monotone Struktur auf. Der überwiegende Teil des Plangebietes wird von einer regelmäßig gemähten, aber nicht landschaftsarchitektonisch gestalteten Grünfläche mit lockerem Einzelbaumbestand geprägt.

Eine Naherholungsfunktion weist das Plangebiet aufgrund seiner fehlenden Infrastruktureinrichtungen und der teilweise Umzäunung des Geländes bisher nur im untergeordneten Maße auf.

An der Ecke Lübecker Straße/Max-Eyth-Straße bestand bis zu deren Anfang 2018 erfolgten Abriss die sogenannte „Heinkel-Wand“, ein freistehendes, ca. 80 m langes Ziegelmauerwerk mit entsprechend raumbildender Wirkung. Weitere Informationen zur Heinkel-Wand können Kapitel 2.2, verbindliche Vorgaben, Denkmalschutz, entnommen werden.

Nach Abbruch der Industrie- und Gewerbegebäude sind lediglich zwei Bestandsgebäude (Autohaus und EUFH med.) im östlichen Plangebiet verblieben, welche einen solitären Charakter aufweisen.

Die Umgebung des Plangebietes ist durch verschiedenartige Bebauungs- und Nutzungsstrukturen gekennzeichnet. Südlich des Plangebietes besteht eine vorwiegende Wohnnutzung. Einzelne Dienstleistungs- und Kleingewerbeeinrichtungen sind auch hier insbesondere in den Erdgeschossen vorhanden. Bei den Gebäuden handelt es sich vorwiegend um dreigeschossige Backsteinbauten mit ausgebautem Dachgeschoss und Steildach. Nördlich, im Bereich zwischen Werftstraße und Warnow, schließt eine Mischnutzung aus Einzelhandel, sonstigem Gewerbe und Wohnen an (B-Plan Nr.10.MI.138 „Ehemalige Neptunwerft“), wobei in direktem Anschluss zum Geltungsbereich des B-Plans Nr. 10.W.63.1 fast ausschließlich Einzelhandelseinrichtungen und sonstige gewerbliche Nutzungen bestehen.

Hier befinden sich u. a. einige historische Gebäude der ehemaligen Neptunwerft, wie z.B. die ehemalige große Schiffbauhalle, welche zwar nicht unter Denkmalschutz steht, aber dennoch ein Zeitzeugnis der vormaligen industriellen Nutzung darstellt. Nachdem die Schiffbauproduktion 1991 eingestellt wurde, beherbergt die Halle heute das Neptun-Einkaufcenter. Die Halle an der Werftstraße dient als zugehöriges Parkhaus. Ebenfalls von besonderer Bedeutung für die städtebauliche Silhouette und als Zeitzeugnis der früheren Neptunwerftgeschichte ist der Helling-Kran („Neptun PWK B40“) auf dem ehemaligen Schiffsbauplatz der Neptunwerft nördlich der ehemaligen Schiffbauhalle.

Westlich des Neptun-Einkaufcenters schließen sich auf der Nordseite der Werftstraße, zwischen der Straße ‚An der Kesselschmiede‘ und der ‚Neptunallee‘, die 1898 erbauten denkmalgeschützten Hallen 204 und 206 an. Diese Hallen werden anders als die Schiffsbauhalle bis heute von der Montagebau Neptun Rostock GmbH (MNR) für die Herstellung von Stahlbauteilen genutzt. Weitere gewerblich genutzte Strukturen, wie z. B. eine Tankstelle, das Abwasserpumpwerk (APW) Werftstraße sowie ein Autohaus, erstrecken sich weiter nordwestlich des Plangebietes entlang der Werftstraße bzw. der Carl-Hopp-Straße bis Bramow und weiter bis zum Schmarler Damm in Marienehe.

Im Bereich zwischen Werftstraße und Unterwarnow wurden auf dem ehemaligen Gelände der Neptunwerft in den vergangenen Jahren zudem moderne Wohnkomplexe bzw. Apartments am Wasser errichtet. Die bauliche Entwicklung in diesem Areal ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Vorhaben befinden sich derzeit im Bau (z.B. Wohnkomplex „Werftkristalle“, Hellingstraße 3-6) bzw. in Planung. In diesem Bereich fällt das Gelände von der Werftstraße bis zur Warnow um ca. 6,5 m ab. Die entlang der Warnow errichtete Uferpromenade ist unmittelbar mit dem östlich angrenzenden Stadthafen, einem wichtigen maritim-touristischen Bereich der Stadt, verbunden.

Im Südwesten des Plangebietes befindet sich der im Jahr 1983 errichtete S-Bahn-Haltepunkt Holbeinplatz, welcher mit einem Umsteigepunkt an das Nahverkehrsnetz der Rostocker Straßenbahn AG angeschlossen ist. Die S-Bahn-Strecke wird hier über ein großes Brückenbauwerk über die Hamburger Straße bzw. die Lübecker Straße geführt. Im weiteren Verlauf nach Nordwesten liegt die Bahntrasse in Dammlage, zunächst ca. 5 m über dem Geländeniveau des angrenzenden Plangebiets, dann mit abnehmender Tendenz.

Am Holbeinplatz befindet sich das „Haus des Bauens und der Umwelt“ als ein Verwaltungssitz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Der 8-geschossige Gebäudekörper stellt mit



einer Höhe von ca. 27,5 m ü. HN eine weithin sichtbare städtebauliche Dominante dar. In unmittelbarer Nähe des Holbeinplatzes, südwestlich des Plangebietes, schließt der Botanische Garten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock an.

## 2.4.2 Nutzung und Bebauung

Das vom Geltungsbereich umfasste Areal wird derzeit fast ausschließlich durch eine großteils abgezaunte Grünfläche gekennzeichnet. Diese zeichnet sich durch ausgedehnte Zierrasenbereiche mit lockerem Baumbestand aus.

Das Plangebiet wurde bis zum Jahr 1989 überwiegend von der Neptunwerft als Betriebsgelände genutzt. Die ehemalige Bebauung wurde, aufgrund ihrer teilweise schlechten Bausubstanz, bis auf einzelne Gebäude vollständig zurückgebaut und liegt seitdem brach. Lediglich im südöstlichen Plangebiet (im Dreieck zwischen Lübecker und Werftstraße) ist noch Gebäudebestand erhalten. Dieser umfasst das eingeschossige Autohaus der ehemaligen IKN GmbH (heute Autohaus Goldbach) und die westlich des Autohauses gelegene zweigeschossige, denkmalgeschützte, ehemalige Handelsschule, die heute eine medizinische Bildungseinrichtung (EUFH med.) beherbergt. Beide Gebäude sind zudem von großflächigen versiegelten Nebenflächen (Parkplätzen, Zufahrten etc.) geprägt.

Die Fläche im südöstlichen Plangebiet, die von Lübecker Str., Werftstraße und Verlängerung der Maßmannstraße eingeschlossen wird, weist eine stadtplatzartige Ausprägung mit einer Haltestelle der Straßenbahn sowie gepflasterter Freiflächen und einen Zierrasenbereich auf.

## 2.4.3 Soziale, verkehrliche und stadttechnische Infrastruktur

### Soziale Infrastruktur

Die nachfolgende Darstellung zur Versorgung mit sozialen Einrichtungen bezieht sich betreffend der Entfernungen zu einzelnen Einrichtungen auf Entfernungen in Luftlinie, sodass einige Einrichtungen auch auf der gegenüberliegenden Warnowseite im Stadtteil Gehlsdorf mit berücksichtigt werden. Aufgrund der bestehenden Fährverbindung ist deren Mitberücksichtigung grundsätzlich gerechtfertigt.

**Kinderbetreuung:** Das Plangebiet befindet sich in einem städtebaulichen Umfeld mit einer angemessenen sozialen Infrastruktur.

In unmittelbarer Nähe zum Plangebiet (bis 1 km Luftlinie) befinden sich 7 Kindergärten mit Kinderkrippenfunktion und tlw. Horteinrichtungen (4 Stk.). Darüber hinaus befinden sich 12 Kindertagespflegeeinrichtungen (Tagesmütter) im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes. An Kinderbetreuungs- und Jugendstätten sind 9 Einrichtungen im Umkreis von 1 km (Luftlinie) verzeichnet.

**Schulen:** Das Amt für Jugend und Sport führt in seiner Stellungnahme vom 11.06.2018 aus, dass unmittelbar im Planungsgebiet keine Vorhaltung von zusätzlichen Infrastrukturflächen zur Abdeckung des Bedarfs an Schulplätzen besteht. Gemäß der 4. Fortschreibung und Aktualisierung des Schulentwicklungsplans der Schulnetze der allgemein bildenden Schulen für den Planungszeitraum der Schuljahre 2015/16 bis 2019/20 und für den Prognosezeitraum 2020/21 bis 2025/26 stehen im für das Plangebiet relevanten Stadtbereich, der Kröpeliner-Tor-Vorstadt aktuell insgesamt zwei kommunal getragene Grundschulen („Werner-Lindemann-Grundschule“, Elisabethstraße 27 und „Grundschule am Magaretenplatz“, Barnsdorfer Weg 11), eine kommunal getragene weiterführende Schule (IGS mit Gynmasialer Oberstufe „Borwinschule“, Am Kabutzenhof und Elisabethstraße 27) sowie eine frei getragene Schule weiterführender Schulart (IGS mit Grundschule „Universitas“, Patriotischer Weg 120) mit den entsprechenden Schulsporteinrichtungen zur Verfügung.

Zur zukünftigen Beschulungssituation wird vor dem Hintergrund der prognostizierten demographischen Entwicklung und der am Standort Werftdreieck geplanten Ergänzung des

Wohnangebots um ca. 700 WE, festgestellt, dass die Ertüchtigung der Bestandssituation durch entsprechende bauliche Optimierungen bzw. Ergänzungen zur Deckung des Bedarfs an Schulplätzen geeignet ist.

**Sport- und Spielstätten:** Für die Freizeitgestaltung stehen im Umkreis von 1 km (Luftlinie) 7 Sporthallen, 10 Feldsportanlagen sowie 6 öffentliche Gerätespielanlagen zur Verfügung, wobei viele Sporthallen und einige Feldsportanlagen bis zum frühen Nachmittag von den Schulen genutzt werden. Die Gerätespielanlagen sind alle öffentlich nutzbar. Im erweiterten Umfeld (2 km Luftlinie) kommen nochmals 14 Sporthallen, 16 Feldsportanlagen und 13 Gerätespielanlagen hinzu.

Das Amt für Jugend und Sport weist in seiner Stellungnahme vom 11.06.2018 darauf hin, dass die vorstehend aufgeführten Sport- und Spielflächen in der Umgebung des Plangebiets kapazitätsmäßig sehr begrenzt sind bzw. sich nicht im kommunalen Besitz befinden, sodass sie nur einen begrenzten Nutzerkreis zur Verfügung stehen können. Entsprechend können die durch die Umsetzung des vorliegenden Bebauungsplans entstehenden Mehrbedarfe allein aus den in der Umgebung bestehenden Einrichtungen nicht abgedeckt werden. Dies gilt insbesondere für gedeckte und ungedeckte Sporteinrichtungen für den organisierten Sportbetrieb im Rahmen von Sportvereinen. Nach der vom Amt geführten aktuellen Statistik sind 25,4 % aller Bürgerinnen und Bürger in Rostocker Sportvereinen organisiert, bei den männlichen Kindern im Alter von 7 bis 14 Jahren sind es sogar 91,9 %.

Es besteht nach Einschätzung des Amtes entsprechend Handlungsbedarf in Zusammenhang mit der vorliegenden Planung, sowohl was das Plangebiet selbst als auch was dessen nähere Umgebung betrifft. Die entsprechend vorgesehenen Maßnahmen sind in den nachfolgenden Kapiteln zur Planung dargelegt.

**Gesundheitseinrichtungen:** Im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes (1 km Luftlinie) sind 5 Klinikstandorte (der Universitätsklinik Rostock zugehörig), 2 Sanitätshäusern und 4 Apotheken verzeichnet. Im erweiterten Umfeld von 2 km (Luftlinie) kommen 11 Klinikstandorte (Universitätsklinik Rostock), 6 Sanitätshäuser und 9 weitere Apotheken hinzu. Weiterhin besteht im näheren Umfeld eine große Anzahl an Hausarzt- und Zahnarztpraxen. Facharztpraxen aller wesentlichen Fachrichtungen sind gleichfalls vertreten.

In der folgenden Tabelle sind die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur im Plangebiet bzw. dessen unmittelbarer Umgebung zusammenfassend dargestellt. Die Daten wurden dem Geoport der Hanse- und Universitätsstadt Rostock entnommen:

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

**Tabelle 1: Einrichtungen der sozialen Infrastruktur**

Einrichtungen der Sozialen Infrastruktur	Anzahl der Einrichtungen im Umkreis von 1 km (Luftlinie)	Verortung im Stadtgebiet	Weitere Einrichtungen im Umkreis von 2 km (Luftlinie)	
<b>KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN</b>				
Kindergarten	7	Integrative Kita „Spielkiste“ Waldemarstr., Kita „Waldemarstr.“ Waldemarstr., Integrative Kita „Tierhäuschen“ Schweriner Str., Kita „Am Schwanenteich“, Kuphalstr. Kita „Humperdinckstr.“ Humperdinckstr., Kita „Butzemannhaus.“ Kopernikusstr., Kita „Kastanienhaus“ Ottostr.	10 Stk.	Kita „Kinderwelt“ Patriotische Weg, Universitas Patriotischer Weg, Kita „Pustebblume“ Im Garten, Kita „Gewächshaus“ Ernst-Heydemann-Str., Montessori-Kinderhaus Schliemannstr., Waldorf-Kindergarten Albert-Einstein-Str. Integrative Kita „Lindenpark“ Feldstr., Kita „Muschelkorb“ Feldstr. Integrative Kita „Schneckenhaus“ Lagerstr., Evangelischer Inklusiver Kindergarten Fährstr.
Kinderkrippe	7	Integrative Kita „Spielkiste“ Waldemarstr., Kita „Waldemarstr.“ Waldemarstr., Integrative Kita „Tierhäuschen“ Schweriner Str., Kita „Am Schwanenteich“ Kita „Humperdinckstr.“ Humperdinckstr., Kita „Butzemannhaus.“ Kopernikusstr., Kita „Kastanienhaus“ Ottostr.,	5 Stk.	Kita „Gewächshaus“ Ernst-Heydemann-Str., Kita „Pustebblume“ Im Garten, Montessori-Kinderhaus Schliemannstr., Kita „Kinderwelt“ Patriotischer Weg
Horteinrichtung	4	Integrative Kita „Spielkiste“ Waldemarstr., Hortcampus Ulmenstr Ulmenstr., Hort „Margarete“ Barnstorfer Weg Hort „Am Schwanenteich“ Kuphalstr.	6 Stk.	Hort „Fritz-Reuter“ John-Schehr-Str., Hort „Universitas „ Patriotischer Weg, Integr. Kita „Lindenpark“ Feldstr., Hort der Waldorfschule Feldstr., Hort „Goethestr. Außenstelle St.-Georg-Grundschule“ St.-Georg-Str., Schulhort „Kindervilla Cords“ Pressinstr.
Kindertagespflegeeinrichtung (Tagesmutter)	12	Kuphalstr. (1 Stk.) Lübecker Str. (1 Stk.) Hamburger Str. (1 Stk.) Weberstr. (1 Stk.) Ulmenstr. (1 Stk.) Waldemarstr. (3 Stk.)	17 Stk.	Ottostr. (1 Stk.) Feldstr. (2 Stk.) Friedrichstr. (1 Stk.) Fischerstr. (1 Stk.) Bei der Tweel (1 Stk.) Schliemannstr. (2 Stk.)

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

		Borwinstr. (1 Stk.) Fritz-Reuter-Str. (1 Stk.) Klosterbachstr. (1 Stk.) Margaretenstr. (2 Stk.)		Fliederweg (1 Stk.) Ulrich-von-Hutten-Str. (3 Stk.) Anton Saefkow-Str. (1 Stk.) Ernst-Thälmann-Str. (1 Stk.) Graf-Schwerin-Str. (1 Stk.) Upundalsprung (1 Stk.) Gehlsheimer Str. (1 Stk.)
Kinder- und Jugendbetreuungsstätten	9 Stk.	Waldemarstr. (2 Stk.) Budapester Str. (1 Stk.) Doberaner Str. (1 Stk.) Patriotischer Weg (1 Stk.) Kuphalstr. (3 Stk.) Robert-Schumann-Str. (1 Stk.)	7 Stk.	Wismarsche Str. (2 Stk.) Leonhardstr. (1 Stk.) Doberaner Str. (1 Stk.) Luisenstr. (1 Stk.) Stampfmüllerstr. (1 Stk.) Arnold-Bernhard-Str. (1 Stk.)
<b>SCHULEN</b>				
Grundschulen	1 Stk.	„Werner-Lindemann-Grundschule“ Elisabethstr.	5 Stk.	Grundschule am Margaretenplatz, Universitas (Integrierte Gesamtschule mit Grundschule in freier Trägerschaft), Patriotischer Weg CID Christophorusschule (Staatlich anerkanntes Sportgymnasium mit Grundschule), Groß Schwaßer Weg Türmchenschule, John-Schehr-Straße <del>Waldorfschule mit Grundschule: Feldstraße (Privater Träger)</del>
weiterführende Schulen: Regionalschulen, Gymnasium, Gesamtschulen	2 Stk.	Heinrich-Schütz-Schule (Regionale Schule, Eliteschule des Sports), Heinrich-Schütz-Str. Borwinschule Rostock (Integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe), Am Kabutzenhof	7 Stk.	Universitas (Integrierte Gesamtschule mit Grundschule in freier Trägerschaft), Patriotischer Weg Waldorfschule Rostock, Feldstraße Innerstädtisches Gymnasium, Goetheplatz CID Christophorusschule (Staatlich anerkanntes Sportgymnasium mit Grundschule), Groß Schwaßer Weg
Berufsschulen, Berufsfachschulen und -Kollege	3 Stk.	Pädagogisches Kolleg Rostock (Ausbildung Sozialassistent, Erzieher, Sozialpädagogik/Management B.A., Heil- und Inklusionpädagogik B.A., in freier Trägerschaft), Lohmühlenweg Fachschule für Technik (freie Trägerschaft), Carl-Hopp-Str. GfG Gesellschaft für Gesundheitsfachberufe gGmbH, Bremer Str.	3 Stk.	Berufliche Schule für Technik Fritz-Triddelfitz-Weg Medien colleg rostock Friedrichstr. Designakademie Lagerstr.
Weiterbildungsschule	1 Stk	Am Kabutzenhof/Warnowufer (VHS Rostock)	1 Stk.	Astronomische Station „Tycho Brahe“, Nelkenweg

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

Uni/ Fachhochschule	5 Stk.	EUFH med., Werftstraße Medica Akademie Werftstr. Hotel- und Wirtschaftsschule, Am Kabutzenhof, Schulträgergesellschaft für Bildung und Beruf Am Kabutzenhof, Uni Rostock Wirtschafts- und Sozialwiss. Fakultät Ulmenstr. Uni Rostock Universitätsmedizin Schillingallee	2 Stk.	Uni Rostock Mathematisch-Naturwissenschaftl. Fakultät ALIAS Weiterbildungsakademie Goerdelstr.
Förder- und Sonderschule	1 Stk.	Förderzentrum am Schwanenteich Rostock (Schule mit Förderschwerpunkt Lernen), Kuphalstr.	1 Stk.	Heinrich-Hoffmann-Schule (Schule mit Förderschwerpunkt Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler), Gehlsheimer Str., <del>„Michaelshof“ Grundschule (freie Trägerschaft, Nebenstelle der Michaelschule), Fährstr.</del>
<b>BEHINDERTENEINRICHTUNGEN UND BEGEGNUNGSTÄTTEN</b>				
Behinderteneinrichtung	2 Stk.	Integrat. Kita „Tierhäuschen“ Schweriner Str. , Integrat. Kita „Spielkiste“ Waldemarstr.	2 Stk.	Integrat. Kita „Lindenpark“ Feldstr., Integrat. Kita „Anne Frank“ Goerdelstr.
Begegnungsstätte	1 Stk.	Waldemar Hof Waldemarstr.	1 Stk.	Stadtteil- und Begegnungszentrum Reutershagen Kuphalstr.
<b>GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN</b>				
Klinik	5 Stk.	Kuphalstraße (1 Stk.) Strepelstraße (2 Stk.) Schillingallee (2 Stk.)	11 Stk.	Doberaner Str. (3 Stk.) Gertrudenplatz (1 Stk.) Wismarsche Str. (1 Stk.) Ernst-Heydemann-Str. (4 Stk.), Clara-Zetkin-Str. (1 Stk.) Goerdelstr. (1 Stk.)
Sanitätshaus	2 Stk.	Neptunallee (1 Stk.) Ulmenstr. (1 Stk.)	6 Stk.	Ernst-Thälmann-Str. (1 Stk.) Goerdelstr. (1 Stk.) Dethardingstr. (1 Stk.) Wismarsche Str. (1 Stk.) Doberaner Str. (1 Stk.) Am Vögenteich (1 Stk.)
Apotheke	4 Stk.	Hans-Sachs-Allee (1 Stk.) Werftstraße / Neptuncenter (1 Stk.) Schillingallee (1 Stk.) Doberaner Str. (1 Stk.)	9 Stk.	Parkstr. (1 Stk.), Wismarsche Str. (2 Stk.) Doberaner Str. (1 Stk.) Leonhardstr. (1 Stk.) Kröpeliner Str. (1 Stk.) Ernst-Thälmann-Str. (1 Stk.)

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

				Schulenburgstr. (1 Stk.) Goerdelstr. (1 Stk.)
<b>SPORT- UND SPIELSTÄTTEN, FREIZEITEINRICHTUNGEN</b>				
Sporthalle	7 Stk.	Warnowufer (Halle 603) Elisabethstraße (1 Stk.) Am Kabutzenhof (1 Stk.) Hans-Sachs-Allee (1 Stk.) Tschaikowskistr. (1 Stk.) Heinrich-Schütz-Str. (1 Stk.) Kuphalstr. (1 Stk.)	14 Stk.	Fährstr. (1 Stk.) Barnstorfer Weg (1 Stk.) Wismarsche Str. (1 Stk.) Feldstr. (1 Stk.) St.-Georg-Str. (1 Stk.) Schillingallee (2 Stk.) Kopernikusstr. (4 Stk.) CJD Sporthalle (1 Stk.) John-Schehr-Str. (1 Stk.) Fritz-Triddelfitz-Weg (1 Stk.)
Feldsportanlage	10 Stk.	Neptunallee (Klettersport), Elisabethstraße (Kleinfeld- und Schulsportanlage), Am Kabutzenhof (Kleinfeld- und Schulsportanlage), Hans-Sachs-Allee (3 Großfeld-, 1 Kleinfeld-, 1 Kleinstfeldanlage), Heinrich-Schütz-Str. (Kleinfeld- und Schulsportanlage), Kuphalstr. (Kleinstfeldanlage Rostocker Freizeitzentrum)	16 Stk.	Fritz-Triddelfitz-Weg (Großfeld), John-Schehr-Str. (Kleinfeld- und Schulsportanlage), Linzer Str. (Kleinstfeldanlage) Edelweißweg (Kleinstfeldanlage Rodelberg), Kopernikusstr. (5 Großfeldanlagen Hansa Rostock), Trotzenburger Weg (2 Großfeldanlagen, 1 lauffallenkomplex), Barnstorfer Weg (Kleinfeld- und Schulsportanlage), Feldstr. (Kleinstfeldanlage Lindenpark), Gertrudenstr. (Kleinstfeldanlage Beim Grünen Tor), Haedgestr. (Kleinstfeldanlage Haedgestr.)
Gerätespielanlage	6 Stk.	Hamburger Str. (2 Stk.) Spielplatz öffentlich Hans-Sachs-Allee (1 Stk.) Spielplatz öffentlich Patriotischer Weg (1 Stk.) Spielplatz öffentlich Thomas-Müntzer-Platz (1 Stk.) Gr. Rutschkugel Gewettstr. (1 Stk.) Spielplatz öffentlich	13 Stk.	Haedgestraße Spielplatz öffentlich Zochstr., Aalstecherstr. Spielplatz öffentlich Lastadie Waldemarstr. Spielplatz öffentlich Borwinstr., Hundertmännerstr. Spielplatz öffentlich Lindenpark, Laurembergstr. Spielplatz öffentlich Laurembergstr., Bei den Polizeigärten Spielplatz öffentlich Bei den Polizeigärten., Schillingallee Kletterspielkombination öffentlich, Spielanlage Platz der Jugend, Kastanienplan Spielplatz öffentlich Kastanienplatz, Tiergartenallee Spielgeräte und Spielplatz öffentlich Barnstorfer Anlagen,

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

				Fliederwer Spielplatz öffentlich Im Garten Linzer Str. Spielplatz öffentlich Linzer Str. Kärtner Str. Spielplatz öffentlich Kärtner Str., Jung-Jochen-Weg Spielplatz öffentlich Spielplatz öffentlich Jung-Jochen-Weg
Fitnessstudio	3 Stk.	Doberaner Straße (2 Stk.) Maßmannstraße (1 Stk.)		Fritz-Triddelfitz-Weg (1 Stk.) Friedhofsweg (2 Stk.) Bergstr. (1 Stk.) Kuphalstr. (1 Stk.)
Bibliothek	1 Stk.	Neptunallee (BSH)		
Theater/Bühne	2 Stk.	Hellingstraße (1 Stk.) Halle 207 (nur temporär) Warnowufer (1 Stk.) Bühne 602	4 Stk.	Patriotischer Weg Volkstheater Margaretenstr. Heiligen-Geist-Kirche Doberaner Str. Peter-Weiß-Haus Klosterhof Schliemannstr. (1 Stk.) Tiergartenallee (1 Stk.)

Ein umfassendes Angebot an Läden und Dienstleistern des täglichen Bedarfs besteht durch das unmittelbar benachbarte Neptun-Einkaufcenter und diverse Supermärkte, Discounter, Nahversorger und Drogerien in der KTV bzw. dem Hansaviertel. Zudem existieren mehrere Bäckereien im Umfeld des Plangebietes bzw. im Neptuneinkaufscenter.

### Verkehrliche Infrastruktur

#### **Motorisierter Individualverkehr**

Die Fläche des Werftdreiecks (Geltungsbereich) wird von der Lübecker Straße mit der parallel verlaufenden zweigleisigen Straßenbahntrasse und der Werftstraße (einschließlich der nördlichen Verlängerung der Maßmannstraße) umgeben sowie von der Max-Eyth-Straße durchquert.

Sowohl bei der Werftstraße als auch bei der Lübecker Straße handelt es sich um Straßen mit sehr hoher Verkehrsbelastung. Das Verkehrsaufkommen der Werftstraße liegt laut aktuellen Zahlen des Amtes für Verkehrsanlagen (10/2015), was den Abschnitt nordwestlich des Abzweigs Max-Eyth-Str. betrifft, bei 14.000 Kfz/Tag, für den Abschnitt südöstlich davon bei 12.000 und für deren südlichen bzw. östlichen Abzweig am Platz des 17. Juni beträgt die Belegung 7.400 bzw. 6.200 Kfz/Tag. Auf der Lübecker Straße verkehrten 2015 auf Höhe des Plangebiets durchschnittlich 36.200 Kfz/Tag; östlich der Einmündung der Werftstraße gar 39.500 Kfz/Tag. Die vierspurig ausgebaute, ca. 12 m breite Lübecker Straße zählt zu den am meisten befahrenen Straßen im Stadtgebiet Rostocks und ist Bestandteil der L 22, der wichtigsten innerstädtischen Ost-West-Verbindung. Sie übernimmt für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen der Stadtmitte und dem Umland sowie nach Warnemünde und zu den großen Wohngebieten im Nordwesten des Stadtgebietes bzw. zwischen der Bundesautobahn BAB 19 und der Bundesstraße 103.

Die Werftstraße ist zweispurig ausgebaut und weist eine Fahrbahnbreite von ca. 7,00 m bis 7,50 m auf. Sie stellt zusammen mit der Max-Eyth-Straße eine wichtige Verkehrsverbindung zwischen dem Stadtzentrum und dem Nordwesten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock dar. Die Max-Eyth-Straße ist ebenfalls zweispurig ausgebaut und weist eine max. Fahrbahnbreite von ca. 7,50 m auf. Auf ihr verkehrten zum Zeitpunkt der Verkehrsermittlung (10/2015) ca. 5.500 Kfz/Tag.

Innerhalb der Plangeietsgrenzen sind verschiedene Fahrbeziehungen unterbunden. So kann z.B. die Werftstraße an ihrem östlichen Ende nur als Einbahnstraße in Ost-West-Richtung befahren werden. Weiterhin ist ein Abbiegen von der Lübecker Straße in die verlängerte Maßmannstraße nach Norden nicht möglich.

Der unter Kapitel 2.3 zusammengefasste Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ) weist bereits auf Schwachpunkte bzw. Verbesserungserfordernisse in der Straßeninfrastruktur im Bereich Werftdreieck hin. Bezogen auf die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte ergeht aus den bisherigen Begutachtungen, dass diejenige des Knotens Max-Eyth-Str./Lübecker Str. und hier speziell diejenige des Linksabbiegers in die Max-Eyth-Straße den Anforderungen nicht entspricht. Durch die begrenzte Länge der Abbiegespur, welche sich aufgrund des geringen Abstands zum vorherigen Knotenpunkt am Holbeinplatz auch nicht verlängern lässt, kommt es zu den Stoßzeiten auch zu Beeinträchtigungen der vorausgehenden Knotenpunkte.

#### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Das Plangebiet ist an das Busnetz der RSAG angeschlossen. Die Buslinien 34 und F1 durchqueren das Plangebiet. Die F1 fährt entlang der Lübecker Straße. Die Linie 34 biegt von der Lübecker Straße auf die Max-Eyth-Straße, an deren nördlichem Ende sie wiederum in die Werftstraße Richtung Bramow abbiegt. Bushaltestellen befinden sich in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet am Haltepunkt Holbeinplatz (Linie 34, F1) Maßmannstraße (Linie F1) und Haltstelle Carl-Hopp-Straße (Linie 34). Die Linie 34 verkehrt montags bis freitags zwischen 5:30 Uhr und 17:00 Uhr halbstündig. Die Linie F1 bedient die Nachtstunden montags



bis freitags zwischen 0:00 Uhr und 4:00 Uhr täglich im Stundentakt, am Samstag zusätzlich von 4:00 Uhr bis 6:00 Uhr bzw. sonntags zwischen 4:00 Uhr und 8:00 Uhr im Halbstundentakt.

Ferner weist das Plangebiet einen Anschluss an das Straßenbahnnetz auf. Die Linien 1, 2 und 5 verlaufen entlang der Lübecker Straße. Es bestehen zwei Straßenbahnhaltstellen innerhalb der Plangebietsgrenzen; „Maßmannstraße“ und „Holbeinplatz“. Montags bis freitags verkehren die Straßenbahnlinien 1 und 5 zur Haupttageszeit (ca. 6:00-18:00 Uhr) jeweils alle 10 Minuten und zu den Nebentageszeiten (4:00-6:00 Uhr und 18:00-0:00 Uhr) jeweils alle 15 bzw. 30 Minuten. Am Samstag verkehren die Straßenbahnlinien 1 und 5 zur Haupttageszeit (ca. 8:00-20:00 Uhr) alle 15 Minuten und zu den Nebenverkehrszeiten (5:00-8:00 Uhr und 18:00-1:00 Uhr) sowie sonn- und feiertags zwischen 8:00 Uhr und 0:00 Uhr jeweils alle 30 Minuten. Die Linie 2 verkehrt nur zu den Haupttageszeiten und hier montags bis freitags alle 20 Minuten und samstags im halbstündigen Takt.

Am Holbeinplatz befindet sich zudem ein S-Bahnhalte der Linie S1, die zum Rostocker Hauptbahnhof sowie in entgegengesetzter Richtung nach Warnemünde führt, sowie der S-Bahn-Linien 2 und 3, die zwischen Güstrow und Warnemünde verkehren. Während der Hauptberufsverkehrszeiten ist, betrachtet man die 3 Linien zusammen, mit Abfahrten alle 7 bis 8 Minuten eine sehr kurze Taktung gewährleistet, während der übrigen Haupttageszeit (4:30-22:00 Uhr) besteht eine Verbindung alle 15 Minuten (nur Linie 1) und anschließend besteht ein 30-Minuten-Takt. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen besteht eine weitere Taktung mit Verbindungen alle 15 Minuten zwischen ca. 8:00 Uhr und 22:00 Uhr bzw. alle 30 Minuten ab 4:30 Uhr und nach 22:00 Uhr.

Ferner befindet sich ein Fähranleger (Personenfähre Kabutzenhof – Gehlsdorf) in ca. 750 m Entfernung nordöstlich des Plangebiets. Von diesem Fähranleger weitere, ca. 200 m in östliche Richtung entfernt, befindet sich ein Taxistand mit 2 Stellplätzen.

### **Fuß- und Radwegenetz**

Das Plangebiet ist über straßenbegleitende Fuß- und Radwege entlang der Lübecker Straße, Werftstraße und Max-Eyth-Straße in das städtische Wegenetz eingebunden und damit grundsätzlich auch für den nicht motorisierten Verkehr gut erreichbar. Die Fuß- und Radwegeverbindungen sind jedoch teilweise nur einseitig oder auch nur abschnittsweise ausgebildet bzw. ausgebaut.

Die Lübecker Straße ist beidseitig mit einem Radweg ausgestattet. Am südlichen Fahrbahnrand befindet sich ein gemeinsamer Geh- und Radweg, während sich am nördlichen Fahrbahnrand nur ein separater Radweg im Richtungsverkehr zwischen Fahrbahn und dem Gleiskörper der Rostocker Straßenbahn befindet. Ein straßenbegleitender Gehweg fehlt hier.

Innerhalb der Plangebietsgrenzen befinden sich am nördlichen Fahrbahnrand der Werftstraße jeweils ein separater Geh- und ein Radweg (Gehwegweg 1,70 m, Radweg 2,00 m breit) mit Sicherheits- und Begrenzungstreifen von insgesamt 1,05 m Breite. Durch eine entsprechend unterschiedliche Pflasterung bzw. Kennzeichnung werden die beiden Nutzergruppen in dem gemeinsamen Bereich von einander separiert. Dieser Radwegabschnitt, der laut Kennzeichnung ausschließlich von den Radfahrern aus Richtung Innenstadt kommend genutzt werden soll, wurde erst im Verlauf des Jahres 2016 eingerichtet und Anfang November 2016 freigegeben.

Für die Radfahrer, die aus Richtung Schmarl/Marienehe in die Innenstadt fahren, besteht innerhalb der Plangebietsgrenzen im Straßenraum der Werftstraße ein separater Radweg. Fußgänger können auf dieser Seite der Werftstraße einen separaten Fußweg (vorwiegend mit Betonplatten befestigt) entlang des Zaunes nutzen. Zwischen Fußweg und Straße sind tlw. ein aufgelassener Grünstreifen und/oder (teil)versiegelte Flächen mit Lager- und Parknutzung ausgebildet.

Die Max-Eyth-Straße weist einen zumeist aus Betonplatten befestigten beidseitigen Fußweg auf. Ein Radweg ist lediglich auf der westlichen Seite vorhanden, so dass der Fahrradverkehr derzeit teilweise im Mischverkehr mit dem Kraftfahrzeugverkehr geführt werden muss. Dies ist insofern problematisch, als dass die Max-Eyth-Straße insbesondere für Fußgänger und Fahrradfahrer von hoher Bedeutung als Verbindungsachse zwischen der Kröpeliner-Tor-Vorstadt und dem Neptun-Einkaufcenter bzw. der Promenade an der Warnow ist. Darüber hinaus stellt die Max-Eyth-Straße eine Verbindung zwischen dem Holbeinplatz als ÖPNV-Verknüpfungspunkt und dem Gelände der ehemaligen Neptunwerft sowie den nordwestlich angrenzenden Gewerbegebieten dar.

### **Ruhender Verkehr**

Am „Haus des Bauens und der Umwelt“ am Holbeinplatz existiert ein gebührenpflichtiger öffentlicher Parkplatz mit 36 Kfz-Stellplätzen für zeitlich begrenztes Parken (1 Stunde). Die zum Neptun-Einkaufcenter zugehörigen Kfz-Stellplätze sind lediglich während der Geschäftsöffnungszeiten für die Kunden nutzbar. Weitere öffentliche Stellplatzanlagen sind im näheren Umfeld des Plangebiets nicht vorhanden.

Der Freibereich nordwestlich der EUFH med. (ehemalige Handelsschule) wird derzeit als Parkplatz genutzt. Eine Widmung als öffentlicher Parkplatz besteht jedoch nicht. Darüber hinaus besteht eine (teil)befestigte Fläche im westlichen Bankettbereich der Max-Eyth-Straße, welche ebenfalls zum Parken von Kfz (ca. 10-15 Stellplätze) genutzt wird. Weiterhin wird bisher der südwestliche, teilweise unbefestigte Randstreifen der Werftstraße zum „wildem“ Parken genutzt.

### Stadttechnische Infrastruktur

Aufgrund seiner zentralen Lage im Innenstadtbereich der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, der angrenzenden (Wohn)Nutzungen sowie der Vornutzungen ist das Plangebiet nahezu vollständig mit allen wichtigen Hauptmedien (Trinkwasser, Abwasser, Strom und Telekommunikation) erschlossen.

### **Abwasser**

Laut Bestandsplan der Nordwasser GmbH (vormals EURAWASSER Nord GmbH) vom September 2015 befinden sich Anlagen der Mischwasserkanalisation in der Lübecker Straße, Max-Eyth-Straße, Maßmann- und Werftstraße.

Der Sammler unter der Max-Eyth-Straße weist ein Haubenprofil mit einer Breite von ca. 2,5 m und einer Höhe von ca. 2,75 m auf. Die vorhandenen Sohlthiefen liegen bei bis zu 4,8 m. In der Werftstraße wird das Abwasser in einem Kastenprofil mit einer Breite von ca. 1,5 m und einer Höhe von ca. 2,1 m transportiert. Die Sohlthiefen betragen hier bis zu 5,2 m. Beide Sammler haben eine große Bedeutung innerhalb des Rostocker Entwässerungssystems und sind langfristig zu erhalten.

### **Trinkwasser**

Der von der Nordwasser GmbH im September 2015 übergebende Bestandsplan zeigt im Verlauf der Lübecker Straße, Maßmann- und Werftstraße einen Trinkwasserleitungsbestand auf. In der Werftstraße verläuft eine Trinkwasserleitung HW 400, von der aus die nördlich an die Werftstraße angrenzenden Grundstücke bzw. Gebäude mit Trinkwasser versorgt werden.

Im südöstlichen Bereich des Plangebietes, im Straßenabschnitt der Maßmannstraße, zwischen Lübecker und Werftstraße, verläuft eine Trinkwasserleitung HW 500.

Im südlichen Bereich der Lübecker Straße verläuft im Abschnitt zwischen Maßmannstraße bis zur westlichen Geltungsbereichsgrenze eine Trinkwasserleitung da 225 x 13,4 PE 100. Diese dient der Trinkwasserversorgung der südlich an die Lübecker Straße angrenzenden Wohnbebauung. Im Abschnitt zwischen Maßmannstraße und östlicher Geltungsbereichs-

grenze, südlich des Platzes des 17. Juni, verläuft eine PVC 200 Wasserleitung. Von ihr gehen die Hausanschlüsse der südlich angrenzenden Wohnbebauung ab.

### **Strom**

Nach den von den STADTWERKEN Rostock AG im August 2015 übergebenden Bestandplänen „Strombestand“ befinden sich im nördlichen Bankettbereich der Werftstraße zwei 20-kV-Kabel. Auf Höhe der Neptunallee kreuzen diese die Werftstraße und verlaufen bis zur westlichen Geltungsbereichsgrenze südlich der Werftstraße. Darüber hinaus verläuft südlich der Werftstraße, parallel zu dieser, ungefähr auf Höhe der EUFH med., ein weiteres 20-kV-Kabel, welches an die Trafostation („TrSt Werftdreieck“) im Bereich der Freifläche nordwestlich der EUFH med. angeschlossen ist.

Entlang der Max-Eyth-Straße verläuft ausschließlich im östlichen Bankettbereich ein 20-kV-Kabel. Ungefähr auf Höhe der Biegung/Kurve zweigt die Leitung in Richtung Osten ab und verläuft innerhalb der Freifläche in einer unbekannten Trasse. Im Kreuzungsbereich Max-Eyth-Straße/Lübecker Straße quert das 20-kV-Kabel die Lübecker Straße. Es verläuft im südlichen Bankettbereich der Lübecker Straße weiter in Richtung Westen. Darüber hinaus verläuft im südlichen Bankettbereich der Lübecker Straße (im Gehwegbereich) ein 0,4-kV-Kabel der Stadtwerke Rostock. Auf Höhe des Platzes des 17. Juni quert das 0,4-kV-Kabel die Lübecker Straße und im späteren Verlauf auch die Werftstraße bzw. verlängerte Mannstraße auf Höhe des Autohauses Goldbach. Im Weiteren verlaufen zwei 0,4-kV-Kabel parallel zum Straßenverlauf der Werftstraße.

### **Telekommunikation**

Laut Bestandsplan der TELEKOM Deutschland GmbH vom August 2015 verlaufen in den Bankettbereichen der Werftstraße, der Max-Eyth-Straße sowie der Lübecker Straße Telekommunikationsleitungen des Unternehmens.

Entlang der Lübecker Straße verläuft die Bestandsleitung ausschließlich im südlichen Bankettbereich. Sie versorgt die südlich an die Lübecker Straße angrenzende Wohnbebauung. Im Bereich der Max-Eyth-Straße verläuft das bestehende Leitungsnetz der Telekom ausschließlich im westlichen Bankettbereich. Im Bereich der Werftstraße befinden sich laut Bestandsplan im südlichen Bankettbereich durchgehend Telekommunikationsleitungen der Telekom, von denen aus u.a. die nördlich angrenzenden Gewerbegrundstücke bzw. Gebäude erschlossen werden. Abschnittsweise, u.a. im Bereich des Neptun-Centers, befinden sich auch Telekommunikationsleitungen im nördlichen Bankettbereich der Werftstraße.

Innerhalb des Plangebietes, d.h. im nicht (mehr) bebauten Bereich, befinden sich Teile eines aufgegebenen Kabelschachtes mit aufgegebenen Erdkabel und aufgegebener Verbindungsstelle. Dies betrifft zum einen die Freifläche östlich des Autohauses Goldbach, die heute als befestigte Stellfläche für Pkw (Ausstellungsfläche) genutzt wird. Zum anderen befinden sich entsprechende Teile von Kabelschächten, Erdkabeln und/oder Verbindungsstellen im Bereich der Freifläche westlich bzw. südwestlich neben der EUFH med.. Hierbei handelt es sich um die Reste der Leitungsbestände, die das inzwischen zurückgebaute Verwaltungsgebäude, die abgerissene Berufsschule der ehemaligen VEB Schiffswerft Neptun und tlw. die ebenfalls zurückgebauten angrenzenden Werkshallen versorgt haben.

Im Bereich Werftstraße Nr. 50 (Neptun-Center) befindet sich eine Mobilfunkantenne. Der Abstand der Antennenunterkante zum Erdfußboden beträgt ca. 37 m. Der vertikale Sicherheitsabstand zur Antennenunterkante beträgt 1,46 m, der horizontale Sicherheitsabstand beträgt 8,97 m.

Darüber hinaus verlaufen laut Bestandsplan „Informationskabel“ vom August 2015 Fernmeldekabel der Stadtwerke Rostock AG innerhalb des Plangebietes. Hierbei handelt es sich um ein bis zwei Fernmeldekabel (A-2YF(L)2Y20x2 x0,8) parallel südlich der Werftstraße verlaufend. Teilweise wird dieses Kabel durch ein HDPE-Rohr geschützt. Darüber hinaus verläuft im westlichen Bankettbereich der Max-Eyth-Straße ein durch ein HDPE-Rohr geschütztes

Fernmeldekabel. Im östlichen Bankettbereich der Max-Eyth-Straße befinden sich zwei weitere, ungeschützte Fernmeldekabel. Ähnlich wie das Stromkabel der Stadtwerke Rostock AG zweigt die Leitung im Kurvenbereich in Richtung Osten ab und verläuft innerhalb der Freifläche. Im Kreuzungsbereich Max-Eyth-Straße/Lübecker Straße kreuzt eine der Leitungen die Max-Eyth-Straße und verläuft in einem HDPE-Rohr weiter Richtung Westen. Daneben befindet sich eine stillgelegte Fernmeldeleitung der Stadtwerke Rostock AG.

### **Straßenbeleuchtung**

Eine den Erfordernissen entsprechende Straßenbeleuchtung ist im Bereich der Werftstraße sowie der Lübecker Straße gegeben. Für die Max-Eyth-Straße besteht bisher keine durchgängige Straßenbeleuchtung. Ein Erdkabel befindet sich laut Bestandsplan der STADTWERKE Rostock AG vom August 2015 jedoch im östlichen Bankettbereich der Max-Eyth-Straße.

### **Fernwärme**

Der Geltungsbereich liegt im Vorranggebiet der Fernwärmesatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Im Bereich der Werftstraße befinden sich bereits Fernwärmeleitungen der Stadtwerke Rostock AG. Von der östlichen Geltungsbereichsgrenze bis zur EUFH med. verlaufen zwei Leitungen im nördlichen Bankettbereich der Werftstraße. Dann kreuzen sie die Straße und verlaufen südlich der Werftstraße bis zur Einmündung der Neptunallee. Von der Neptunallee aus bis zur Tankstelle in der Werftstraße verlaufen die Leitungen wiederum im nördlichen Bankettbereich. Im Folgenden verlaufen sie innerhalb der Werftstraße bis in den Kreuzungsbereich zur Max-Eyth-Straße, wo sie wiederum im nördlichen Bankettbereich verlegt sind.

Die freien Kapazitäten der vorhandenen Fernwärmesysteme sind nach Einschätzung der Stadtwerke Rostock AG derart verfügbar, dass jegliche Art und Größe der möglichen zukünftigen Bebauung im Plangebiet aus diesen Systemen mit Wärme für Heizung und Warmwasseraufbereitung versorgt werden kann.

### **Gas**

Innerhalb des Plangebietes verlaufen Gasleitungen (MD Leitungen) der Stadtwerke Rostock AG. Südlich der Werftstraße, parallel zu dieser, verläuft eine Gasleitung (DN 200 PE), an die einige der nördlich angrenzenden Gewerbegrundstücke bzw. -gebäude angeschlossen sind. Im Zusammenhang mit der Erneuerung des Geh- und des Radwegs nördlich der Werftstraße wurde 2016 vor der Carl-Hopp-Straße bis in Höhe der Tankstelle eine Gas-Hochdruckleitung nach DN 300 St verlegt. Darüber hinaus verläuft eine Gasleitung (DN 200 PE) im östlichen Bankettbereich der Max-Eyth-Straße (im Gehweg). Diese quert im Kreuzungsbereich Max-Eyth-Straße/Lübecker Straße den Straßenverlauf der Max-Eyth-Straße und im Folgenden die Gleisanlage der Straßenbahn und die Lübecker Straße. Dort erfolgt ein Anschluss an die bestehende Wohnbebauung des Thomas-Müntzer-Platzes.

#### **2.4.4 Eigentumsverhältnisse**

Mit insgesamt ca. 7,9 ha Fläche befinden sich wesentliche Anteile des Plangebiets seit Dezember 2014 im Eigentum der WIRO Wohnungsgesellschaft mbH bzw. wurden durch die WIRO von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erworben. Dabei handelt es sich um die zentralen Flächen sowie die Grundstücke westlich der Max-Eyth-Straße mit den Flurstücksnummern 418/1, 418/3, 419/1, 420/1, 421/3, 421/4, 421/5, 422/1, 423/1, 425/1, 426/1, 447/8, 447/10, 447/13, 447/14, 447/16, 447/17 und 447/20 der Flur 1, Flurbezirk IV.

Die Verkehrsflächen sowie weitere Einzelflächen (westlich der EUFH med. sowie im Einmündungsbereich der Max-Eyth-Straße/Lübecker Straße) befinden sich im Eigentum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Im Einzelnen sind dies folgende Flurstücke: 370/11,

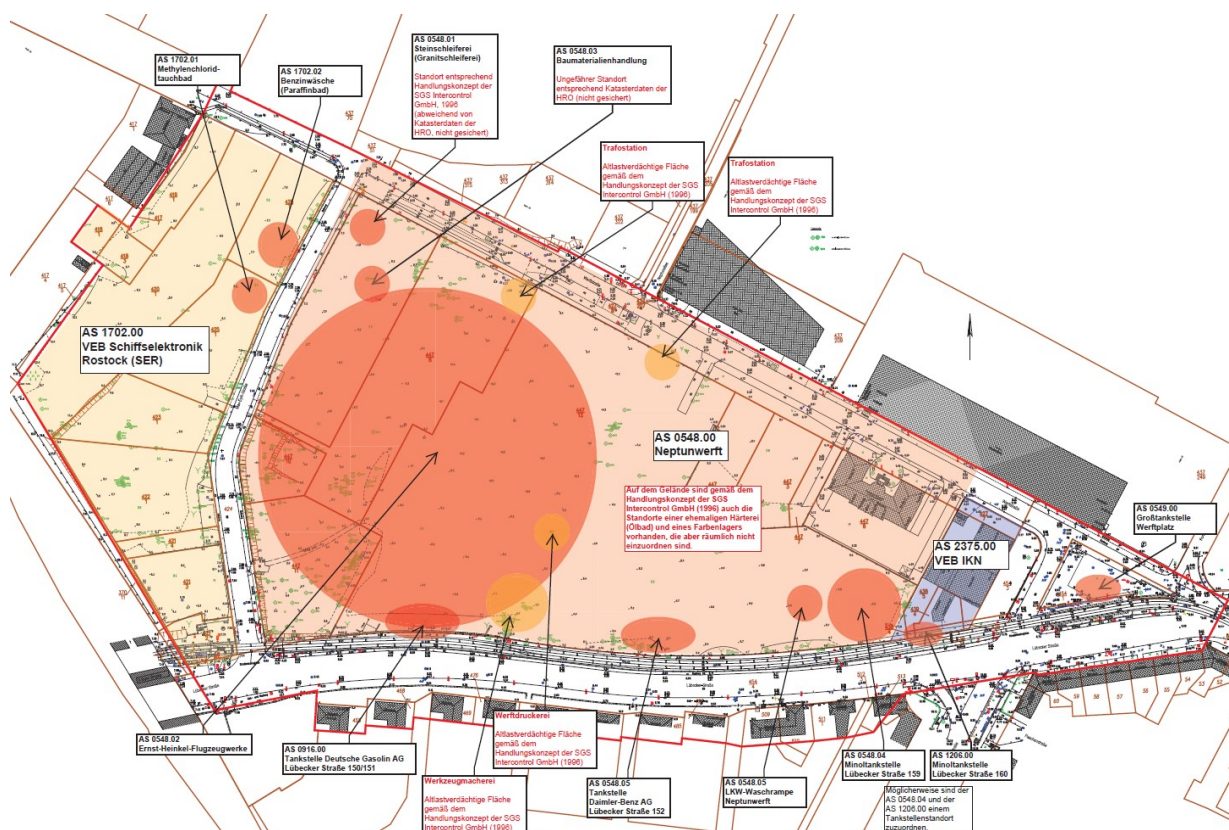
370/12, 421/6, 424, 427/8, 437/315, 437/379, 437/381, 438/3, 438/4, 439/3, 447/7, 447/15, 447/18, 447/19, 454/1 und 454/4 der Flur 1, Flurbezirk IV.

Die bebauten Bereiche im östlichen Teil des Plangebietes (EUFH med. und Autohaus Goldbach) mit den Flurstücken 447/6, 427/7, 438/5, 439/4 sowie 454/3 der Flur 1, Flurbezirk IV befinden sich in Privateigentum.

#### 2.4.5 Altlasten / Bodenbelastung

Innerhalb der Geltungsbereichsgrenzen befinden sich nach Angaben des Amtes für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock mehrere Altlastenstandorte, bei denen im Rahmen früherer Untersuchungen im Zeitraum zwischen 1992 und 2005 Boden- und Grundwasserverunreinigungen festgestellt wurden. Da die vorliegenden Untersuchungsergebnisse nach Einschätzung des Amtes für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nicht ausreichen, um verwertbare Aussagen darüber zu treffen, ob bzw. unter welchen Bedingungen eine Nutzung des Areals als Wohnbaustandort möglich ist, wurde im September 2016 eine Erstbewertung der Altlastensituation von der Baugrund Stralsund Ing. GmbH erarbeitet. In der Erstbewertung werden sämtliche vorliegende Untersuchungsergebnisse zusammengefasst und bewertet sowie Empfehlungen für weiterführende Altlastenuntersuchungen gegeben. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Erstbewertung zusammenfassend dargestellt.

Die folgende Abbildung stellt die im Kataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock aufgeführten Altlastenstandorte und weitere altlastenverdächtige Standorte überblicksartig dar. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Lagezuordnungen teilweise mit Unsicherheiten behaftet sind.



**Abbildung 12: Lageplan mit Darstellung der Altstandorte aus dem Altlastenkataster der HRO und weitere altlastenverdächtige Flächen (rote Schrift) Quelle: Baugrund Stralsund 09/2016**

### Ergebnisse der Erstbewertung

Westlich der Max-Eyth-Straße befindet sich das ehemalige Betriebsgelände des VEB Schiffselektronik Rostock (SER), welches in Gänze als Altstandort **AS 1702.00** im Kataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geführt wird. Hier werden insbesondere folgende Teilstandorte innerhalb des ehemaligen Betriebsgeländes als Altstandorte ausgewiesen: **AS 1702.01** Methylenchloridtauchbad, **AS 1702.02** Benzinwäsche.

Bisher liegen ausschließlich für diese beiden Bereiche des ehemaligen Betriebsgeländes des VEB Schiffselektronik Untersuchungsergebnisse aus dem Jahr 1992 vor. Dabei wurden die Untersuchungen auf die vermuteten Kontaminanten CKW und MKW beschränkt. Im Ergebnis wurden ab der Geländeoberkante bis in Tiefen von 6,0 m u. GOK teilweise erhebliche Bodenbelastungen festgestellt, die als schädliche Bodenveränderung im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) einzustufen sind. Für das übrige ehemalige Betriebsgelände wurden bislang keine Untersuchungen durchgeführt, so dass eine Aussage über das Vorhandensein schädlicher Bodenverunreinigungen im Sinne des BBodSchG hierfür nicht möglich ist.

Nahezu der gesamte Geltungsbereich des B-Plans östlich der Max-Eyth-Straße war Teil des ehemaligen Betriebsgeländes der Neptunwerft und wird im Altlastenkataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock als Altstandort **AS 0548.00** geführt. Im westlichen Teil des ehemaligen Betriebsgeländes befanden sich bis 1945 Produktionsstätten der Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke. In dessen südlichem Teil wurden Tankstellen betrieben. Innerhalb des ehemaligen Betriebsgeländes der Neptunwerft sind folgende Teilstandorte als Altstandorte ausgewiesen: **AS 0548.01** Steinschleiferei, **AS 0548.02** Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke, **AS 0548.03** Baumaterialienhandlung, **AS 0548.04** Tankstelle Lübecker Straße 159 (VEB Minol), **AS 0548.05** LKW-Waschrampe der Neptunwerft, **AS 0548.06** Tankstelle Lübecker Straße 152 (Daimler Benz AG), **AS 0916.00** Tankstelle Lübecker Straße **150/151** (Deutsche Gasolin AG).

Für das ehemalige Betriebsgelände der Neptunwerft liegen nur wenige Untersuchungsergebnisse vor. Die Ergebnisse der 1992 ausgeführten Bodenuntersuchungen zeigen keine relevanten Schadstoffgehalte. Aufgrund der geringen Anzahl der Aufschlüsse und des geringen Analyseumfangs können hieraus aber keine verlässlichen Angaben über das Vorhandensein schädlicher Bodenverunreinigungen im Sinne des BBodSchG abgeleitet werden. Dies gilt insbesondere für die bislang nicht untersuchten Standorte ehemaliger Tankstellen, Trafostationen und weiterer Betriebseinrichtungen der Neptunwerft.

Im östlichen Teil des B-Plangebietes, aber noch westlich der Maßmannstraße, befindet sich zudem das ehemalige Betriebsgelände des VEB IKN, das im Kataster der Hanse- und Universitätsstadt als Altstandort **AS 1273.00** geführt wird. Hier wurden in den bisherigen Untersuchungen in diesem Bereich oberflächennahe Sanierungsmaßnahmen in Form von Bodenaushub im Zuge von Pflasterarbeiten durchgeführt. Unmittelbar südlich an das Gelände des ehemaligen VEB IKN grenzt das Betriebsgelände einer ehemaligen „Minoltankstelle Lübecker Straße 160“ an, welches im Kataster als Altstandort **AS 1206.00** geführt wird. Es ist möglich, dass die Altstandorte „Minoltankstelle Lübecker Straße 160“ und „Minoltankstelle Lübecker Straße 159“ (AS 0548.04) auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Neptunwerft zusammengehören. Gemäß den Angaben der vorliegenden Untersuchungen in diesem Bereich sind vermutlich noch Tankanlagen vorhanden, die bis unter die Gleise der Straßenbahn reichen. Ob diese Tankanlagen ordnungsgemäß stillgelegt, d.h. geleert, gereinigt und entgast wurden, ist nicht bekannt.

Bei der im Grenzbereich zwischen dem ehemaligen Betriebsgelände der Neptunwerft und des VEB IKN befindlichen Brunnenbohrung B2 wurden im Untersuchungszeitraum 2002 bis 2004 erhebliche Grundwasserverunreinigungen beim Parameter MKW festgestellt. Da sich der Brunnen B2 im Abstrom des ehemaligen Betriebsgeländes des VEB IKN und der Minoltankstelle(n) Lübecker Straße 159/160 befindet, ist es wahrscheinlich, dass die bei B2



festgestellten Grundwasserverunreinigungen auf Einträge aus diesen Altstandorten zurückzuführen sind.

Für den Bereich des Betriebsgeländes des ehemaligen VEB IKN und der südlich gelegenen Minoltankstelle liegen die Ergebnisse vertiefender Bodenuntersuchungen für den Parameter MKW aus dem Jahr 1992 vor. Diese zeigen ab der Geländeoberkante bis in Tiefen von 7 m u. GOK zum Teil erhebliche MKW-Gehalte, die als schädliche Bodenverunreinigungen im Sinne des BBodSchG einzustufen sind. Der im unmittelbaren Bereich der ehemaligen Tankstelle ausgebaute Brunnen B1 zeigte im Untersuchungszeitraum 1993 bis 2004 dementsprechend sehr hohe Grundwasserbelastungen an MKW und BTEX.

Östlich der Werftstraße ist im Kataster der Altstandort einer ehemaligen Großtankstelle auf dem ehemaligen Werftplatz unter **AS 0549.00** erfasst. Für diesen Altstandort wurden bislang keine Untersuchungen ausgeführt. Insofern können keine Angaben über das Vorhandensein schädlicher Bodenverunreinigungen im Sinne des BBodSchG gemacht werden.

#### Empfehlungen zu weitergehenden Untersuchungen

Seitens des Baugrund Stralsund Ing. mbH (09/2016) wird empfohlen, die ehemaligen Betriebsflächen des VEB SER und der Neptunwerft durch eine Rasterbeprobung zu untersuchen. Vor dem Hintergrund der berührten Wirkungspfade, der Flächengrößen und der geplanten Nutzungen wird seitens des Gutachterbüros ein Aufschluss bis 1,0 m u. GOK je 1.000 m<sup>2</sup> empfohlen. Die entnommenen Bodenproben sind zu untersuchen. An Teilstandorten innerhalb der ehemaligen Betriebsflächen, auf denen eine besondere Nutzung (Tankstellen, LKW-Waschrampe, Trafostationen) bestanden hat, sind größere Aufschlusstiefen auszuführen und es sind neben Bodenproben bei Antreffen von Grund- oder Stauwasser auch Wasserproben zu entnehmen und zu untersuchen. Dies gilt auch für den bislang nicht untersuchten Standort der ehemaligen Großtankstelle auf dem ehemaligen Werftplatz (inzwischen Platz des 17. Juni).

Die für die Teilstandorte „Methylenchloridtauchbad“ und „Benzinwäsche“ auf dem ehemaligen Betriebsgelände des VEB SER und die auf dem Standort des ehemaligen VEB IKN und der Minoltankstelle vorliegenden Bodenuntersuchungen genügen im Wesentlichen den Anforderungen an eine orientierende Untersuchung im Sinne der BBodSchV. Auf Grundlage der ausgeführten Untersuchungen ist in diesen Teilbereichen von schädlichen Bodenveränderungen im Sinne des BBodSchG auszugehen. Aufgrund des Alters der jeweiligen Untersuchungen (teilweise stammen die Untersuchungen aus den Jahren 1992 und 1993) wird seitens der Baugrund Stralsund Ing. GmbH empfohlen, die ausgeführten Bodenuntersuchungen zumindest an den bislang festgestellten Kontaminationsschwerpunkten zu wiederholen und auch die vorhandenen Grundwassermessstellen im Bereich des Betriebsgeländes von IKN zu beproben.

**Tabelle 2:      Empfohlener Umfang weitergehender Untersuchungen**

Teilstandort	Aufschlüsse	Analytik
<u>Ehemaliges Betriebsgelände VEB SER</u>		
Ehemalige Betriebsfläche ca. 26.000 m <sup>2</sup>	Orientierende Untersuchung Rasterbeprobung 26 BS zu 1 m	Mischproben Boden: 13 x MKW, PAK, SM, OCP
Methylenchloridtauchbad	Ergänzende Untersuchung 2 BS zu je 7 m	Boden: 6 x LHKW, VC, SM
Benzinwäsche	Ergänzende Untersuchung 2 BS zu je 7 m	Boden: 6 x MKW, LHKW, BTEX

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

<u>Ehemaliges Betriebsgelände der Neptunwerft</u>		
Ehemalige Betriebsfläche ca. 61.000 m <sup>2</sup>	Orientierende Untersuchung Rasterbeprobung 60 BS zu 1 m	Mischproben Boden: 30 x MKW, PAK, SM, OCP
Tankstelle Lübecker Straße 150/151	Orientierende Untersuchung 3 BS zu je 7 m 1 GWM 2" / Wasserprobe	Boden: 12 x MKW, PAK, BTEX Wasser: 1 x MKW, PAK, BTEX
Tankstelle Lübecker Straße 152	Orientierende Untersuchung 3 BS zu je 7 m 1 GWM 2" / Wasserprobe	Boden: 12 x MKW, PAK, BTEX Wasser: 1 x MKW, PAK, BTEX
Tankstelle Lübecker Straße 159	Orientierende Untersuchung 3 BS zu je 7 m 1 GWM 2" / Wasserprobe	Boden: 12 x MKW, PAK, BTEX Wasser: 1 x MKW, PAK, BTEX
LKW Waschrampe Neptunwerft	Orientierende Untersuchung 3 BS zu je 7 m	Boden: 12 x MKW, PAK, BTEX
Werkzeugmacherei, Werftdruckerei, Steinschleiferei, Baumaterialienhandlung	Orientierende Untersuchung, über Rasterbeprobung abgedeckt	--
Trafostation 1	Erstuntersuchung 3 BS zu je 3 m	Boden: 6 x PAK, MKW, PCB
Trafostation 2	Erstuntersuchung 3 BS zu je 3 m	Boden: 6 x PAK, MKW, PCB
<u>Ehemaliges Betriebsgelände des VEB IKN und Minoltankstelle</u>		
Ehemalige Betriebsfläche	Ergänzende Untersuchung 3 BS zu je 7 m 2 x Wasserprobe (aus B1, B2)	Boden: 9 x MKW, PAK, BTEX Wasser: 2 x MKW, PAK, BTEX
<u>Werftplatz</u>		
Großtankstelle Werftplatz	Erstuntersuchung 3 BS zu je 7 m 1 GWM 2" / Wasserprobe	Boden: 9 x MKW, PAK, BTEX Wasser: 1 x MKW, PAK, BTEX

Die vorliegenden historischen Analyseergebnisse aus den Jahren 1991-2005 wurden im Zuge der anschließenden orientierenden Untersuchung (H.s.w., 11.2017) den aktuell gültigen Prüfwerten der BBodSchV und der LAWA gegenübergestellt. Dabei wurden die aktuellen wohnbaulichen Nutzungsabsichten mit bereichsweise anzulegenden Kinderspielstätten zu Grunde gelegt. Danach sind insbesondere Prüfwertüberschreitungen beim Wirkungspfad Boden-Mensch und Boden-Grundwasser sowie stellenweise beim Wirkungspfad Boden-Nutzpflanze zu erkennen. Die vorliegenden historischen Analyseergebnisse sind jedoch nicht belastbar und dienen lediglich als unverbindliche Abschätzung. Durch die rezenten Verlagerungs- und Abbauprozesse kann sich ein davon abweichendes Belastungsbild ergeben. Daher wurden im Rahmen der Erkundungs- und Probenahmekampagne im Oktober 2017 die bislang festgestellten Kontaminationsschwerpunkte sowie weitere Verdachtsflächen erneut beprobt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Zugrundelegung der derzeitigen parkähnlichen und geplanten wohnlichen Nutzung die Wirkungspfade Boden-Mensch sowie Boden-Nutzpflanze eröffnet sind. Ebenfalls ist festzustellen, dass durch die vorhandenen Bodenbelastungen der Wirkungspfad Boden-Grundwasser eröffnet wird. Es werden aus gutachterlicher Sicht auf der Grundlage der hier vorliegenden Untersuchungen und für die beprobten Punkte in dieser Untersuchungsphase jedoch nur Teilbereiche als sanierungsbedürftig angesehen. Mit den schädlichen Bodenveränderungen kann, bis auf den gefundenen BTEX-Schaden am AS 1206.00 (Minoltankstelle), aus gutachterlicher Sicht minimalinvasiv umgegangen werden. Das bedeutet, dass durch die Unterbrechung des Wirkungspfades Boden-Mensch und die weitere Verminderung des Wirkungspfades Boden-Grundwasser eine sicherungsähnliche Wirkung, wie in § 2 (7) Pkt. 2 BBodSchG beschrieben, eintritt. Damit ist durch



die zu erwartende Versiegelung der Fläche im Untersuchungsraum, den zu erwartenden Bodenaustausch im Rahmen der Erdbau- und Gründungsarbeiten sowie bei Einhaltung der weiter gegebenen Hinweise keine umfangreiche Sanierung der oberflächennahen Bodenschichten durch Dekontamination erforderlich. Davon ausgenommen sind Teilbereiche die sich erst im Rahmen der Erdarbeiten als stärker belastet darstellen.

Bezüglich der geplanten Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens ist die hydrogeologische Situation am Standort detailliert zu prüfen. Es ist davon auszugehen, dass zumindest lokal für das oberflächennahe Grundwasser ein Abstrom zum ehemaligen Vorfluter (Kayenmühlengraben) auftritt. Temporäre Wasserstandsschwankungen des Kayenmühlengrabens, verursacht durch Regenereignisse und Rückhaltung, führen zu einer Pumpwirkung im angrenzenden belasteten Bodenwasser und damit zu einer erhöhten Stoffmobilisation. Im Bereich des Kayenmühlengrabens wird durch das Amt für Umweltschutz, Abteilung Wasser und Boden, auf erhebliche Schrott- und Bauschuttreste, organoleptische Auffälligkeiten sowie festgestellte erhöhte PAK-Konzentrationen an der Sohle und Böschung des Grabens verwiesen. Im Zuge der Renaturierung wird daher ein großzügiger Austausch der belasteten Bodenschichten im Einzugsgebiet des Kayenmühlengrabens erforderlich.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich im Geltungsbereich des B-Plans Altlasten befinden, die wegen ihrer Lage und Mobilisierbarkeit über die Grenzen des Gebietes wirksam werden können. In Anbetracht der Gesamtumstände wird daher vorgeschlagen, die gefundenen Altlasten einer Detailuntersuchung zu unterziehen.

Die durchgeführte Detailuntersuchung beinhaltete die drei Altstandorte AS 1702.01 (Methylenchloridtauchbecken), AS 1702.02 Benzinwäsche (Paraffinbad) und AS 1206.00 (Milotankstelle Lübecker Str. 160). Für letztgenannten Standort wird empfohlen, diesen im Rahmen der Gleisverlegung bzw. bei möglichen Erdbauarbeiten zu untersuchen. Aufgrund bisheriger Untersuchungsergebnisse mit im Boden festgestellten Schadstoffkonzentrationen (Überschreitungen unter Prüfwert bis oberer Maßnahmewert gem. LAW für BTEX, PAK und Naphthalin im Tiefenbereich 3,0-6,0 m unter GOK an der Grundstücksgrenze zu den Gleisen und im Grundwasser festgestellten Überschreitungen unter Prüfwert bis oberer Maßnahmewert gem. LAWA für BTEX, Benzol, MKW und Naphthalin in der GWMB B1) ist von einer Sanierungswürdigkeit des Standortes auszugehen. Die in der Detailuntersuchung genauer überprüften Altlastenstandorte AS 1702.1 und AS 1702.02 konnten in ihrer räumlichen Ausdehnung noch nicht abschließend bestimmt werden, was ergänzende Untersuchungen im Rahmen der Sanierungsuntersuchung notwendig macht. Beim AS 1702.01 ist die südliche bzw. südwestliche Ausdehnung für den Teilparameter Naphthalin nicht abschließend geklärt und bei AS 1702.2 die Tiefenausdehnung sowie die nördliche bzw. nordöstliche Ausdehnung der BTEX-Belastung. Ausschließlich die PAK-Konzentration konnte auf die anthropogenen Auffüllungssubstrate eingegrenzt werden. Daher ergibt sich als Handlungserfordernis für den Kayenmühlengraben die Ausweisung von sanierungsbedürftigen Teilgebieten im Grabenverlauf. Bezüglich des Altlastenstandortes AS 0548.06 (Tankstelle Daimler-Benz AG, Lübecker Str. 152) konnte der im Rahmen der Orientierenden Untersuchung (H.s.w. 11/2017) aufgekommene Verdacht auf BTEX und MKW Überschreitung nicht bestätigt werden.

Im Ergebnis der nachfolgend erfolgten Sanierungsuntersuchung bzw. der Erarbeitung des Vorentwurfs zum Sanierungsplan (H.s.w., Rostock 12.2019) wird für den **AS 0548.06** (ehemalige Tankstelle Daimler Benz AG Lübecker Str. 152) kein weiterer Sanierungsbedarf empfohlen, da tankstellentypische Bodenbelastungen nicht festgestellt, die analysierten Schwermetallbelastungen im Grundwasser als gebietstypisch bewertet werden, das gesamte Gebiet im Bereich der vorhandenen Aufschüttungen durch hohe Schwermetallbelastungen gekennzeichnet ist, der Grundwasserabstrom nach den vorliegenden Stichtagsmessungen in ost-nordöstliche Richtung abfließt und damit von der unmittelbar südlich der Grundwassermeßstelle (GWMS) 1/19 gelegenen Grundstücksgrenze abfließt sowie dadurch die, für die Umsetzung der geplanten Bebauung erforderlichen Baumaßnahmen wesentlichen Mengen der belasteten Böden entnommen und der gesetzeskonformen Entsorgung zugeführt werden. Damit in Verbindung steht eine wesentliche Minderung des Quellterms für die Schwermetall-

belastungen im Grundwasser. Die zusätzlich geplante weitgehende Versiegelung der Flächen vermindert weiterhin das Eindringen von Niederschlagswasser in den Boden und damit eine weitere Mobilisierung von Schadstoffen.

Im Bereich des **AS 1702.01** (Paraffinbad/ Benzinwäsche) und der südlich davon gelegenen **AS 1702.02** (Methylenchloridtauchbad) bestätigten sich die bereits bekannten großflächigen Schwermetallbelastungen im Boden und es wurden zudem zusätzlich organische Schadstoffe (BTEX, PAK<sub>16</sub> und LHKW) untersucht und festgestellt. Der im Bereich des **AS 1702.02** schon bekannte BTEX-Schaden kann nun mit Lastschwerpunkt im Bereich der Rammkernsondierung (RKS) 17/18 (nördlicher Abschnitt geplanter Kayenmühlengraben) verortet werden; hier wurden mit 26,9 mg/kg Trockensubstratanteil (TS) bis in die Teufe von 4,3 m BTEX-Feststoffkonzentrationen analysiert, die über dem unteren Maßnahmeschwellenwert der LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 3 (10 mg/kgTS) liegen. Lage und Abgrenzung der im südlichen Bereich des **AS 1702.01** lokalisierten PAK<sub>16</sub>-Belastung konnten ebenfalls genauer bestimmt werden. Hier waren im Bereich der RKS 6/18 bis RKS 9/18 PAK<sub>16</sub>-Konzentrationen zwischen 11,3 bis 401 mg/kgTS analysiert worden. Zur besseren Aushaltung der Grenzen dieser z.T. sehr hohen Stoffkonzentrationen im Boden wurden die RKS 7/19 bis RKS 10/19 abgeteuft und die Bodenproben entnommen, nach dem vorgegebenen Untersuchungsprogramm analysiert und ausgewertet. Die hier analysierten Konzentrationen liegen im gebietstypischen Bereich zwischen 2,0 bis 34,9 mg/kgTS. Damit liegt die Grenze der sehr hohen PAK<sub>16</sub>-Stoffkonzentrationen in der RKS 9/18 zwischen dieser und den RKS 7/19 und RKS 8/19 (nordöstliche Ecke südöstliches Baufenster MU 2b).

Betreffend der **Belastung des Grundwassers** wird, was die Schadstoffgruppe LHKW betrifft, aufgrund der sehr geringen Schadstoffkonzentration und des Fehlens von Auffälligkeiten an den GWMS 3/18 und 4/19 trotz permanenter Erschütterungen durch den LKW-Verkehr der benachbarten Werftstraße, das Mobilisierungsrisiko relevanter Schadstoffmengen als sehr gering eingeschätzt. Beim vorliegenden BTEX-Schaden handelt es sich nach gutachterlicher Expertise vermutlich um einen relativ kleinräumigen Hochlastbereich, der nach den vorliegenden Analyseergebnissen keine deutliche Fahnenbildung zeigt. Die bisher angetroffenen Grundwasserhöhen bewegen sich im Bereich des BTEX-Schadens zwischen 4,0 und 5,0 m unterhalb des Geländes und damit deutlich unterhalb der geplanten Ausbautiefe des Kayenmühlengrabens. Für den Verlauf der Grundwasserstände im Gebiet existieren jedoch keine langfristigen Aufzeichnungen, so dass eine hinreichende Sicherheit, nach nassen Jahren nicht auch deutlich höhere Grundwasserstände verzeichnen zu müssen, nicht vorhanden ist. Bei Aufrechterhaltung des Planungskonzeptes gemäß der Entwurfsfassung des B-Plans (06.02.2019) ist mit dem Neubau des Kayenmühlengrabens auch der Ausbau der dort vorhandenen kontaminierten Böden bis in die geplante Ausbautiefe des Gewässers verbunden. Darüber hinausgehende Sanierungsmaßnahmen werden wegen der Kleinräumigkeit der Belastungen *und* der vermutlich nur eng begrenzten Wirkweite aus gutachterlicher Sicht nicht vorgeschlagen. Für die PAK<sub>16</sub>-Belastung gelten sinngemäß die Erläuterungen zu BTEX. Allerdings unterscheidet sich dieser Gewässerschadstoff von den BTEX insofern, als dass die hier analysierten Konzentrationen in der GWMS 17/18 mit ca. 11,5 µg/l für PAK<sub>16</sub> den oberen Maßnahmewert der LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 2 um das ca. 6-fache übersteigt und die Naphthalinkonzentration von 5,4 µg/l knapp oberhalb des unteren Maßnahmewertes der LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 2 liegt. Aufgrund der Kleinräumigkeit der Belastungen werden aus gutachterlicher Sicht keine weiteren parameterspezifischen Sanierungsmaßnahmen wegen der PAK<sub>16</sub>- und Naphthalin-Belastungen vorgeschlagen. Die nachgewiesene MKW-Konzentration fiel bei der Beprobung im November 2019 deutlich niedriger aus als noch bei der Februar-Probenahme. Im Übrigen treffen hier die gleichen Zusammenhänge zu, wie sie für die BTEX/PAK<sub>16</sub>-Belastung ausgeführt wurden.

Die bereits durch die orientierende Untersuchung nachgewiesene, verschiedene Parameter betreffende Schwermetallbelastung des Bodens hat sich auch auf das Grundwasser ausgewirkt. So zeigen sämtliche im Februar und November 2019 durchgeführten Grundwasser-Beprobungen die Überschreitung von Prüf- bzw. Maßnahmenwerten, der für die Beurteilung

herangezogenen LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 2 an. Für den unmittelbaren Bereich des AS 1702.01 und des AS 1702.02 und die dort vorhandenen GWMS wird deutlich, dass die Parameter Zink, Bor und Chrom die Schwermetalle mit den höchsten Konzentrationen sind; aber auch die weiteren Schwermetalle, wie Blei, Arsen, Kupfer und Nickel sind in Konzentrationen vorhanden, die in den Maßnahmenbereich der LAWA-Empfehlungen einzuordnen sind. Durch die Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens wird das, im südlichen Bereich des AS 1702.01 sehr hoch anstehende, belastete Grundwasser aufgeschlossen. Der Graben wird durch seine Tiefe und die hydraulisch offenen Böschungen zwangsläufig eine Drainagewirkung erzeugen. Es erfolgt damit, bei entsprechenden Grundwasserständen, die Einleitung des belasteten Grundwassers in den Kayenmühlengraben. Dadurch besteht für sich dort aufhaltende Personen die Möglichkeit, mit diesem Wasser unmittelbar in Kontakt zu treten. Weiterhin wird das Grundwasser über den Kayenmühlengraben der Warnow als WRRL- Gewässer I. Ordnung zugeführt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Einleitungen, welche eine Verschlechterung des ökologischen Zustands des WRRL-Gewässers am Einleitpunkt bedeuten können, nicht genehmigungsfähig sind.

Der Stand der B-Planung sieht für das im Anstrom des Kayenmühlengrabens liegende Gebiet eine wesentliche Überbauung und damit Versiegelung vor. Gleichzeitig ist mit dieser Neubebauung und Versiegelung der Ausbau nur der oberen Schicht der als Hauptquelle zu verortenden Aufschüttungen anzunehmen. Durch den Einbau von Fundamenten, Tragpfählen und dem Oberbau von Straßen und Wegen im Zuge der Umsetzung des B-Planes werden daher aus gutachterlicher Sicht nicht die Voraussetzungen geschaffen, die zu einer tatsächlichen nachhaltigen und im Hinblick auf die notwendigen Anforderungen an das Oberflächenwasser im Kayenmühlengraben dauerhaften Qualitätsverbesserung des Grundwassers führen werden. Der Ausbau der kompletten belasteten Bodenschichten mit dem Ziel der dauerhaften Dekontamination der Flächen erscheint angesichts der Mächtigkeit der Aufschüttungen finanziell nicht umsetzbar zu sein. Aus diesem Grunde wird aus gutachterlicher Sicht, zwecks Erhaltung dieser zentralen städtebaulichen Entwurfsidee empfohlen, den Kayenmühlengraben dauerhaft gegenüber dem Zutritt von Grundwasser abzudichten. Als mögliche Varianten kommen dazu

- die Errichtung einer durchgehenden Betonauskleidung, welche im Bereich der zentralen Aufweitung des Kayenmühlengrabens durch Treppenanlagen mit integrierten Grüninseln aufgeweitet werden kann,
- die Verlegung in einer Betonrohrleitung, der Kayenmühlengraben wird oberhalb der Betonrohrleitung als flache, begrünte Mulde ausgebildet, die für die Ableitung von Niederschlagswasser nur im abgedichteten Zustand geeignet ist,
- der Erhalt des Kayenmühlengrabens in seiner jetzigen Entwurfsidee, dabei jedoch Ausbildung von gedichteten Böschungen, die den Zutritt von Grundwasser in den Kayenmühlengraben dauerhaft wirksam verhindern

in Frage. Bei allen möglichen Varianten sind die durchgängige Abdichtung des Oberflächenwassers gegenüber dem zudrängenden Grundwasser, die Auftriebssicherheit der Abdichtung, sowie bei Tiefgründungsmaßnahmen die Verhinderung von hydraulischen Wegsamkeiten zwischen den belasteten Aufschüttungen und dem Grundwasserleiter zu gewährleisten.

Den auch im sonstigen Geltungsbereich des B-Plans bestehenden Schwermetallbelastungen kann durch geeignete bauliche Maßnahmen hinreichend begegnet werden, sodass die Anforderungen nach § 10 Abs. 1 BBodSchG erfüllt und die in der Entwurfsfassung des B-Plans enthaltenen Planinhalte umgesetzt werden können. Laut Gutachten sind als Maßnahmen hierfür geeignet

- der seitens des Vorhabenträgers geplante Verzicht auf die Errichtung von Kellern unterhalb der Gebäude,

- ein Auftrag oder Bodenaustausch für die Innenhöfe zwischen den Gebäuden in einer Mächtigkeit von mindestens 65 cm im endverdichteten Zustand (im B-Plan für sämtliche unversiegelte Aufenthaltsbereiche im Freien bereits festgesetzt).

Die ausgekofferten belasteten Böden sind für eine Verwendung im Plangebiet grundsätzlich nicht geeignet; sie sind ordnungsgemäß zu deklarieren und auf dieser Grundlage der gesetzeskonformen Entsorgung zuzuführen.

Die vorgelegte ergänzende Sanierungsuntersuchung beinhaltet zudem den Vorentwurf des Sanierungsplans. Dieser benennt die einzelnen zur ergreifenden Sanierungsmaßnahmen, welche im Rahmen der Vorhabenumsetzung umzusetzen sind. Der Sanierungsplan wird, entsprechend der fortgeschrittenen Erkenntnislage, projektbegleitend fortgeschrieben.

Die Durchführung der erforderlichen Altlasten-Sanierungsmaßnahmen erfolgt unter Fachaufsicht des StALU Mittleres Mecklenburg sowie des Amtes für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die weitere fachgutachterliche Begleitung erfolgt entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und entsprechend der seitens vorstehender Behörden getroffenen Vorgaben.

### 3 PLANUNGSGEHALT

Der Bebauungsplan baut inhaltlich und funktional auf dem einphasigen städtebaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb sowie dem darauf basierenden Funktionsplan der Albert Wimmer ZT-GmbH (Stand 07/2017) auf.

Die vorliegende Planung überplant in großen Teilen des Geltungsbereichs bestehendes Planungsrecht in Form des Bebauungsplans Nr.10.MK.63 für das „Kerngebiet Werftdreieck“. Eine Darstellung der gegenüber dem bisherigen Planungsrecht erfolgenden Änderungen und inwieweit diese Änderungen bestehende private Belange betreffen bzw. mit diesen vereinbar sind, wurde bereits in Kapitel 2.2.4 „Tangierte Bebauungspläne und sonstige beachtliche Verfahren“ unter Punkt 2.2.4.1 behandelt. Im Ergebnis ist die Überplanung aus den dort dargelegten Gründen mit den betroffenen privaten Belangen vereinbar.

#### 3.1 Art der baulichen Nutzung

##### 3.1.1 Urbane Gebiete (§ 6a BauNVO)

Die Baugebiete, welche nicht als Kerngebiete (MK) nach § 7 BauNVO bzw. aufgrund eines speziellen Nutzungszwecks als Sondergebiete nach § 11 BauNVO festgesetzt sind, werden als urbane Gebiete (MU) entsprechend § 6a BauNVO festgesetzt. Mit der vorliegenden Planung wird die vorrangige Zielstellung verfolgt, ein belebtes, verdichtetes innerstädtisches Quartier zu schaffen, das sich an dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ orientiert. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ist zudem die Schaffung eines attraktiven Wohngebiets in „konventioneller“ Form mit durchgehend geringen Immissionen im Freiraum und beschränkter Verkehrsbelastung im Umfeld nicht machbar. Es wird daher eine neue Qualität innerstädtischen Wohnens und Lebens für das Quartier Werftdreieck angestrebt. Dazu wird eine Nutzungsmischung aus einem vielfältigen Wohnungsangebot für möglichst breite Nutzergruppen anvisiert. Durch unterschiedliche Wohnungsgrößen und Wohnungstypen sollen verschiedenste Nachfragegruppen angesprochen werden (Studenten, Singles und Paare, Familien, Menschen mit Beeinträchtigungen, Senioren). Darüber hinaus werden Nutzungen in den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistung, Handwerk, Kleingewerbe sowie Bildung und sonstigem Gemeinbedarf angestrebt.

Dem Charakter des urbanen Gebietes soll jedoch nicht nur durch die angestrebte Nutzungsdurchmischung, sondern auch insbesondere durch das Verkehrs- und Mobilitätskonzept sowie durch das Freiraum- und Grünkonzept entsprochen werden.

Bereits die bestehende Umgebung ist von einer vielfältigen Nutzungsstruktur geprägt. So besteht südlich der Lübecker Straße eine Wohnnutzung kombiniert mit einzelnen Dienstleistungs- und gewerblichen Nutzungen. Nordöstlich schließen im Bereich der ehemaligen Neptunwerft mehrere größere Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen an. Nordwestlich anschließend besteht eine weit überwiegend gewerbliche Nutzung mit einzelnen Wohnnutzungen. Nördlich der Einzelhandelseinrichtungen zum Warnowufer hin bestehen wieder überwiegend Wohn- und einige Büronutzungen. Auf der Fläche selbst besteht mit der Europäischen Fachhochschule für Gesundheit (EUFH med.) eine Hochschuleinrichtung von überörtlicher Bedeutung.

Um die angestrebte Quartiersbelebung und Gebietscharakteristik zu erreichen, ist es erforderlich, dass angrenzend an die wesentlichen öffentlichen Räume entsprechend öffentlichkeitswirksame Nutzungen auch im Rahmen des B-Plans gesichert werden. Zu den wesentlichen öffentlichen Räumen gehören der gesamte Bereich östlich der Planstraße A sowie auch deren westliche Straßenseite, die hier startende, das gesamte Quartier durchquerende zentrale Fußgängerzone (Planstraße F), die Umgebung der nördlich Richtung nordöstliches Quartiersparkhaus mit Mobility-Point abzweigenden Planstraße B sowie der Bereich des

Quartierseingangs vom Holbeinplatz aus (im Funktionsplan „Hugo-Junkers-Platz“). Im Sinne der Attraktivität und Funktionsfähigkeit der angestrebten Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen und zum Erreichen der angestrebten Quartierbelebung ist dabei eine Konzentration bzw. Clusterbildung angestrebt. Folgende Nutzungsschwerpunkte (Cluster) sind in Vorbereitung/Prüfung bzw. bieten sich für die mittelfristige Entwicklung an:

1. Der quartiersübergeordneten Versorgung dienende Läden- und Dienstleistungseinrichtungen im östlichen Teilbereich des Kerngebiets MK 2 (MK 2b), direkt gegenüber dem Neptun-Einkaufszentrum. Hier lassen sich aufgrund der räumlichen Nähe Synergieeffekte im Hinblick auf eine attraktive Versorgungsstruktur zu Gunsten der Bewohner/Nutzer des Plangebiets bzw. des gesamten Stadtteils erzielen.
2. Bildungs-/Hochschulcluster im westlichen MK 2 (MK 2a), im nördlich angrenzenden, als MK 1 festgesetzten Bereich der bestehenden EUFH med. sowie im anschließenden Teilbereich des MU 5 mit ergänzenden Einrichtungen für vorgenannte Hochschule aber auch weitere Bildungsträger einschließlich der Universität Rostock. Unter diese ergänzenden Einrichtungen fallen insbesondere Bibliothek, ergänzende Seminar- sowie Arbeitsräume für Studenten und Doktoranden, Mensa, Buchhandlung, Copyshop und weitere auf den Bildungsbereich abzielende Läden und Dienstleistungen sowie temporäres Wohnen z. B. für Gaststudenten und Doktoranden.
3. Gesundheitscluster in Eckbebauung im östlichen Teil des MU 8 mit Apotheke, Arztpraxen, Physiotherapie und ggf. auch Fitnessstudio.
4. Quartiersbezogene Läden- und Dienstleistungsangebote im Bereich der Planstraße B, MU 5, und MU 6 ggf. unter Einbeziehung des SO „Parkhaus Ost“ mit z.B. Minimarkt, Bio/Reformhaus, Blumen, Schreibwaren, Frisör.
5. Daran westlich anschließend können entlang der Werftstraße ein Angebot für Existenzgründer und mit dem Wohnen verträgliches Kleingewerbe wie Co-Working-Spaces, aber auch Angebote für Selbständige mit kombinierten Gewerbe- und Wohneinheiten (Gewerbe in EG und Wohnen darüber) eingeordnet werden.
6. Schwerpunktbereich für Finanz-, Versicherungs-, Immobilien-, Beratungsdienstleistungen am Quartierseingang vom Holbeinplatz her mit WIRO-KundenCenter für den Stadtbereich, Bankfiliale oder Servicepoint, Versicherungs-, Vermögens- und Immobiliendienstleistungen aber auch Einrichtungen der Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sind denkbar.
7. Zentraler Kommunikationsbereich längs der Planstraße F, welcher die Funktionsbereiche verbindet. In diesem Bereich sind Gastronomie, Pension und/oder Bording-House, Bürgertreff mit Gemeinschaftsräumen, die Kinderbetreuungseinrichtung sowie im Freibereich Spielplätze und Außengastronomie konzentriert.

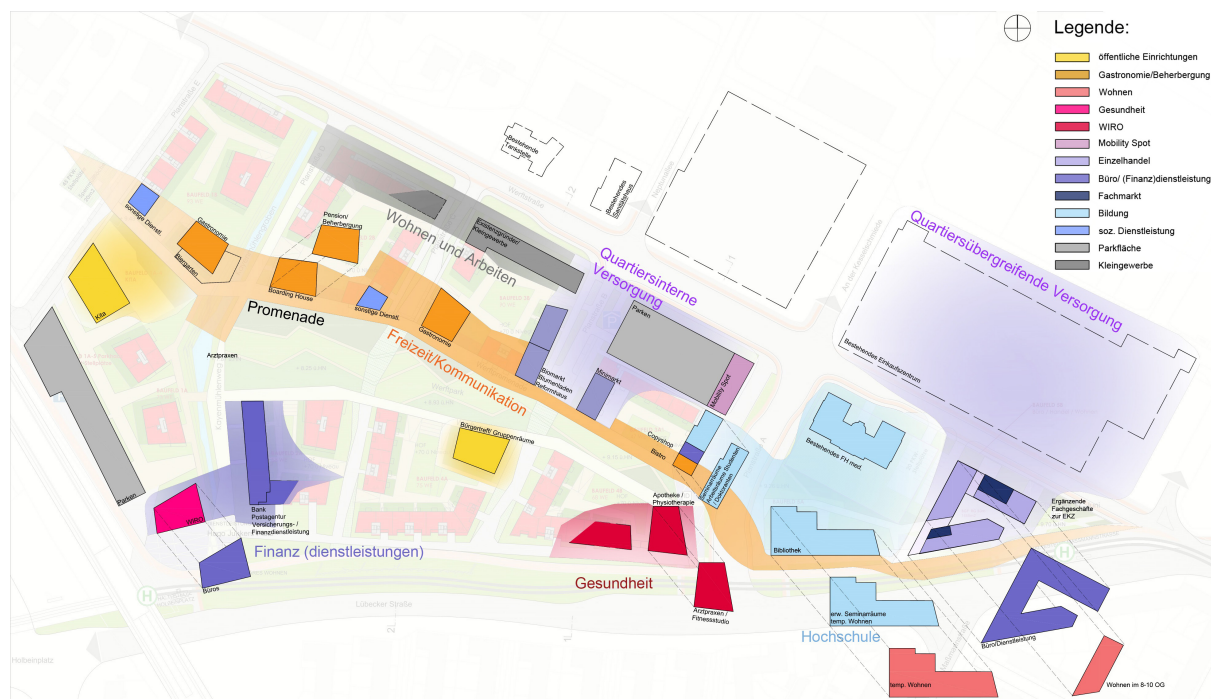


Abbildung 13: Strategie Urbanes Gebiet, siehe auch Anlage 3

Neben der vorstehend dargelegten Nutzungsmischung, verfolgen auch die weiteren Aspekte der Planung die Schaffung eines urbanen und qualitätsvollen innerstädtischen Quartiers. So wird mit der dem Bebauungsplan zu Grunde liegenden Verkehrskonzeption auf weitgehende Verkehrsfreiheit des Quartiers sowie insbesondere eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs gesetzt, was durch weitgehende Befahrungsbeschränkungen kombiniert mit der Entwicklung eines attraktiven Angebots in den Bereichen ÖPNV, Radfahrerinfrastruktur, Car-Sharing und Elektromobilität erreicht werden soll.

Zudem sind, insbesondere auch als Ausgleich für eine dem Quartierskonzept folgenden verdichteten Bebauung, attraktive Freiräume in Form des durchgehenden zentralen Grünzugs mit sich zu diesem öffnenden Innenhöfen und begleitender Fußgängerpromenade, des geöffneten Kayenmühlengrabens mit begleitendem Grünzug sowie in Form von großzügigen weitgehend verkehrsfreien Platzräumen an den Quartierseingängen vom Holbeinplatz und von der Planstraße A her sowie am Platz des 17. Juni geplant.

Da die Planung, was die konkreten Einzelvorhaben betrifft, noch in einem frühen Stadium steht und um dennoch mögliche, heute sich noch nicht abzeichnende Nutzungsoptionen offenhalten zu können, wird, der unter § 6a Abs. 2 BauNVO abgebildete Katalog der zulässigen Nutzungen nur bedingt eingeschränkt. Lediglich die gemäß § 6a Abs. 3 BauNVO als ausnahmsweise zulässig benannten Nutzungen werden gänzlich ausgeschlossen. Dies betrifft nicht kerngebietstypische Vergnügungsstätten und Tankstellen. Diese Nutzungen sind überwiegend mit erheblichen Lärmimmissionen, gerade auch im Nachtzeitraum, verbunden. In Anbetracht der beabsichtigten Schaffung eines attraktiven innerstädtischen Quartiers mit hohem Wohnanteil, werden die ausgeschlossenen Nutzungen als nicht verträglich mit den Planungsinhalten eingestuft. Zudem ziehen diese Nutzungen Verkehr an und benötigen eine große Anzahl an Stellplätzen, was sich als unvereinbar mit der angestrebten weitgehenden Verkehrsfreiheit des Quartiers darstellt. Hinsichtlich der Tankstellen besteht zudem auch kein Erfordernis, da unmittelbar angrenzend an das Baugebiet eine Tankstelle besteht bzw. auf den gewerblichen Flächen nördlich des Geltungsbereichs die Errichtung von Tankstellen uneingeschränkt möglich ist. Die Tankstellen werden entsprechend ebenfalls ausgeschlossen.

Zur Funktionssicherung o.g. öffentlichkeitswirksamer, das Quartier belebender Strukturen ist es erforderlich, dass in diesen zentralen öffentlichen Bereichen, insbesondere in den Erdgeschosszonen, auch eine öffentlichkeitswirksame Nutzung verbindlich festgeschrieben wird. Dies bedingt hier den Ausschluss der Wohnnutzung im Sinne von § 6a Abs. 1 BauNVO. Im Einzelnen erfolgt auf Grundlage vorstehend dargelegter städtebaulicher Überlegungen und unter Anwendung von § 1 Abs. 7 bzw. § 6a Abs. 4 Nr. 1 BauNVO ein Ausschluss des (dauerhaften) Wohnens im MU 1b durchgehend, im MU 2 im südöstlichen Baufenster sowie im südwestlichen Baufenster zur Planstraße F hin im EG, im MU 3 in dessen südwestlichem Bereich im EG, im MU 4 im südwestlichen Baufenster bis zum 1. OG und im südöstlichen Baufenster zur Planstraße F hin orientiert im EG, im MU 5 in den Gebäuderiegeln parallel zu Planstraße A und B im EG, im MU 6 in dessen südwestlichen, südöstlichen und nordöstlichen Baufenster, im Abschnitt zur Werftstraße hin orientiert, im EG, im MU 7 im nordöstlichen Baufenster im EG sowie im MU 8b durchgehend. Im Bereich der Kerngebiete MK 1 und MK 2a und b wird das dauerhafte Wohnen in Anbetracht der hier sehr hohen Verkehrslärmbelastung generell ausgeschlossen. Die Angaben zu den Geschossen mit Ausschluss der Wohnnutzungen sind jeweils einschließlich des aufgeführten höchsten Geschosses. Eine weitergehende Feindifferenzierung der in einzelnen Bereichen und Geschossen zulässigen Nutzungen ist zur Absicherung vorstehend dargelegter Zielsetzung nicht erforderlich. Diese findet daher auch im Sinne einer höheren Flexibilität und erweiterten Möglichkeiten einer langfristigen dynamischen Quartiersentwicklung keine Anwendung.

### 3.1.2 Kerngebiet (§ 7 BauNVO)

Durch Festsetzung des Bereichs der ehemaligen Handelsschule, aktuell durch die EUFH med. genutzt, als Kerngebiet (MK 1) soll für die Zukunft eine flexible Entwicklung dieses Grundstücks mit kerngebietstypischen Nutzungen ermöglicht werden. Auch wenn aktuell von Eigentümer und Mieter keine Absichten für eine Nutzungsänderung bestehen, so lässt sich deren Erfordernis für die weitere Zukunft nicht ausschließen. Der Ursprungsplan setzt hier bereits ein Kerngebiet fest.

Der Katalog der zulässigen Nutzungen berücksichtigt neben der städtebaulichen Situation und der Zielsetzung, für das gesamte Plangebiet ein lebendiges und attraktives innerstädtisches Quartier zu entwickeln, die beachtlichen denkmalpflegerischen Belange. Entsprechend werden die nach § 7 BauNVO zwar allgemein bzw. ausnahmsweise zulässige Nutzungen, welche aber mit vorstehenden Anforderungen nicht konform gehen, ausgeschlossen. Dieser Ausschluss trifft für Einzelhandelsbetriebe, Vergnügungsstätten, sowie Tankstellen zu. Bei den sonstigen, nicht störenden Gewerbebetrieben werden aus vorgenannten Gründen, unter Anwendung von § 1 Abs. 9 BauNVO, zudem die Nutzungsarten Lagerhäuser und Lagerplätze sowie bei den Einrichtungen für sportliche Zwecke Sportplätze ausgeschlossen.

Für die Zulassung von dauerhaftem Wohnen ist der Bereich aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen des unter Schutz stehenden Gebäudes der ehemaligen Handelsschule als auch aufgrund der bestehenden und auf längere Zeit zum Weiterbetrieb vorgesehenen, das Baugebiet dominierenden Nutzung durch die Hochschule, mit entsprechender Nutzung auch der Treppenhäuser und Freiflächen, nicht geeignet. Zudem hat die vorliegende schalltechnische Untersuchung ergeben, dass der gesamte Bereich durch die starke Verlärmung für das dauerhafte Wohnen ~~ungeeignet~~ ist nur im Falle sehr großer baulicher Aufwendungen und unter Verfügung von erheblichen Nutzungsbeschränkungen nutzbar gemacht werden kann (siehe dazu auch Punkt 3.13.1). Entsprechend wird von der Möglichkeit nach § 7 Abs. 2 Nr. 7 BauNVO, allgemeines Wohnen zuzulassen, kein Gebrauch gemacht.

Der südlich anschließende Bereich ist entsprechend der hier angestrebten Nutzungsstruktur ebenfalls als Kerngebiet festgesetzt (MK 2a und MK 2b). So soll in diesem Bereich, wie bereits unter Punkt 3.1.2, Aufzählung Nr. 1 und 2 dargelegt, insbesondere eine Entwicklung



ergänzender Hochschuleinrichtungen wie z. B. Mesa, Bibliothek, Seminarräume sowie solcher für Doktoranten und Studenten ermöglicht werden. Dazu kommen im Hinblick auf das bestehende Angebot im Neptun-Einkaufcenter ergänzende Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen und aufgrund der innerstädtischen Lage bieten sich auch Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, sowie Gastronomie und Hotellerie an. Aufgrund des im Bereich östlich der Planstraße A infolge der dort vorgesehenen, nur mäßig geschlossenen Baustruktur erheblichen Schalleintrags und in dessen Folge dem Fehlen von Fassaden mit für das Wohnen geeigneten Außenlärmpegeln sowie damit verbunden der Erfordernis hoher baulicher Aufwendungen und Nutzungseinschränkungen für schutzbedürftige Nutzungen (siehe dazu Kapitel 3.13.1 Immissionsschutz - Schallschutz), wird in den Kerngebieten auf die Zulassung sämtlicher Wohnnutzungen, auch in dem eingeschränkten Rahmen, wie sie nach § 7 Abs. 2 und 3 BauNVO ermöglicht werden könnten, abgesehen.

### 3.1.3 Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO)

Die beiden als **sonstiges Sondergebiet „Parkhaus West/Ost“** festgesetzten Baugebiete dienen jeweils der Errichtung eines Parkhauses zum Abstellen von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern für die Nutzer der Baugebiete. Ferner ist jeweils die Einrichtung eines Mobility Points u.a. mit Ladestationen für E-Bikes und E-Autos sowie Carsharing-Station geplant. Entsprechende Einrichtungen und darüber hinaus alle mit der Zweckbestimmung wesensmäßig verbundenen baulichen und sonstigen Anlagen werden daher zugelassen. Die überschlägige Berechnung des Stellplatzbedarfs, basierend auf der Stellplatzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2017 ist in dem Kapitel 3.6.2 dargestellt.

Im Hinblick auf einen ggf. zukünftig rückläufigen Bedarf an Stellplätzen, (das für das vorliegende Baugebiet entwickelte Mobilitätskonzept zielt ja vorrangig auf eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ab), soll auch die Einordnung von Läden und sonstigen Gewerbebetrieben im Erdgeschoss ermöglicht werden sowie sonstige Gewerbebetriebe ausnahmsweise in den übrigen Geschossen. Zudem wird die Unterbringung von Sport- und Freizeitanrichtungen, insbesondere einer Spielfläche für die Altersgruppe 14-19 Jahre (ggf. Bolzplatz, Basketballplatz) im Bereich des Parkhauses im obersten Geschoss in Erwägung gezogen, um das Angebot an Spielplätzen, insbesondere für die Altersgruppen >13 Jahre, im unmittelbaren Wohnumfeld bzw. im Bereich der KTV zu verbessern. Denn bisher besteht im Umfeld ein Mangel an adäquaten Angeboten. Entsprechend werden Einrichtungen für sportliche Zwecke allgemein zugelassen.

## 3.2 Maß der baulichen Nutzung

In Anbetracht des erheblichen Bedarfs an Wohnungen und weiteren Nutzungen im Bereich Handel, Dienstleistung und an Räumlichkeiten für Büro-, Kleingewerbe und Bildung (insbesondere optionale zukünftige Erweiterung EUFH med.), der Anforderung eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden, gerade an kernstadtnahen Standorten, sowie der umgebenden verdichteten Siedlungsstruktur, wird eine verdichtete Bebauung des Plangebiets angestrebt.

Die Festsetzungen bezüglich der Grundflächenzahl (GRZ), Geschossflächenzahl (GFZ), der zulässigen Höhe der baulichen Anlagen und der zulässigen Geschossigkeit sind aus der von der Albert Wimmer ZT-GmbH im Juli 2017 vorgelegten Funktionsplanung (vgl. Kapitel 2.3) abgeleitet.

Ein Ausgleich für das durchgehend höhere, an den Vorgaben zum zulässigen Maß der Baulichen Nutzung nach § 17 Abs. 1 BauNVO für ein urbanes Gebiet orientierten Maß der baulichen Nutzung, erfolgt durch die städtebauliche Grundstruktur mit einem groß dimensioniertem zentralen Grünzug, begrünten Innenhöfen in den einzelnen Baublocks, einer strukturel-

len Öffnung der einzelnen Höfe zu vorstehendem zentralen Grünzug hin, eines weiteren den geöffneten Kayenmühlengraben begleitenden Grünzugs sowie nutzbare großzügige, weitgehend verkehrsfreie Platzräume an den Quartierseingängen und am Platz des 17. Juni. Weiterhin ist die Baustruktur so angelegt, dass eine Gliederung der Blockränder in mehrere Gebäudekubaturen erfolgt und zwischen den einzelnen Kubaturen hinreichende Abstandsflächen entsprechend der Anforderungen der Landesbauordnung (LBauO M-V) eingehalten werden können. Hierdurch wird eine hinreichende wohnungsnah extensive Erholung gewährleistet, ebenso durchgehend eine angemessene Belichtung und Belüftung aller Nutzungen. Zum Nachweis einer angemessenen Belichtungssituation wurden im Rahmen des Funktionsplans Besonnungsstudien für Frühjahr bis Herbst und zwar zum 21. März wie zum 21. Juni vorgelegt. Demnach sind auch zum 21. März, 12:00 Uhr die überwiegenden Flächen der Innenhöfe sowie über 90 % des zentralen Grünzugs besonnt.

### 3.2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

Die Festsetzung der GRZ in den urbanen Gebieten erfolgt differenziert nach Teilbereichen (Nummerierung der Baugebiete) entsprechend der jeweiligen situativen und nutzungsbezogenen Anforderungen; letzteres insbesondere was die Baustruktur betrifft (Blockrandbebauung erfordert größere GRZ als einzelne Punkthäuser). Für die Baugebiete MU 1 bis MU 3 ist die GRZ mit 0,4, für das Baugebiet MU 4 mit 0,45 für die Baugebiete 6 und 7 mit 0,5, für die Baugebiete MU 5 und MU 8 mit 0,55 sowie für das Baugebiet MU 9 mit 0,7, festgesetzt. Damit bleiben die Festsetzungen zur GRZ teilweise deutlich unter dem Höchstmaß für urbane Gebiete nach § 17 BauNVO von 0,8, was vorrangig durch das verfolgte Parkraumkonzept mit oberirdischen Parkhäusern und dem durchgängigen Verzicht von Tiefgaragen unter den Innenhöfen ermöglicht wird.

Die GRZ für das Kerngebiet MK 1 (im Bereich des durch die EUFH med. genutzten Gebäudes bzw. Grundstücks) wird aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen und davon abzuleitenden Baubeschränkungen bestandsorientiert festgesetzt. Hierbei ist eine Erhöhung der im Ursprungsbebauungsplan Nr. 10.MK.63 festgesetzten GRZ von 0,4 auf 0,6 notwendig, um die bestehenden (versiegelten) Stellplatzbereiche planungsrechtlich abzusichern. Einer baulichen Erweiterung des Hauptgebäudes und/oder einer Ergänzung mit weiteren Gebäuden sind dagegen durch den Denkmalschutz Grenzen gesetzt; daher wird von einer nach den Vorgaben des § 17 Abs. 1 BauNVO möglichen höheren GRZ (bis 1,0) kein Gebrauch gemacht<sup>2</sup>.

Die festgesetzte GRZ für das sonstige Sondergebiet „Parkhaus West“ hält die nach § 17 BauNVO definierte Obergrenze von 0,8 ein.

Dagegen wird diese Obergrenze beim sonstigen Sondergebiet „Parkhaus Ost“ mit einem Wert von 1,0 überschritten. Ausschlaggebend hierfür ist die geringe Größe des Bezugsgrundstücks, das allseitig von Verkehrsflächen umgeben ist. Da aber wie vorstehend dargelegt, durch die Parkhäuser der Verzicht auf Tiefgaragen in den Blockinnenbereichen durchgehend erfolgen kann, ist die GRZ-Überschreitung für das SO „Parkhaus Ost“ vertretbar.

Die Anhebung der Innenhöfe im Bereich der Baugebiete MU 3, 4, 6, 7 und 8 gegenüber den angrenzenden öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen soll maximal 70 bis 80 cm betragen. Aufgrund der Begrenztheit der Anhebung und der Tatsache, dass diese nicht mit Tiefgaragen oder anderen Nutzungen unterbaut sind, gelten diese nicht als bauliche Anlagen und sind entsprechend nicht auf die GRZ und auch nicht auf die Anlagen entsprechend § 19 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO anzurechnen.

---

<sup>2</sup> Das Gebäude der ehemaligen Handelsschule und heutigen EUFH med. ist ein Baudenkmal und der "Ehrenhof" mit der Treppenanlage ein konstituierender Bestandteil dieses Denkmals. Eine Überbauung des Hofes zwischen Gebäude und Werftstraße ist denkmalrechtlich ausgeschlossen.

### 3.2.2 Geschossflächenzahl (GFZ)

Die Geschossflächenzahl (GFZ) wird für die einzelnen Baugebiete, wie auch schon die GRZ, differenziert nach der jeweilig geplanten Baustruktur und hier auch differenziert nach der Geschossigkeit festgesetzt. Dabei werden die in § 17 Abs. 1 BauNVO für die einzelnen Baugebietstypen festgelegten GFZ-Obergrenzen für das Kerngebiet und die urbanen Gebiete, mit Ausnahme des MK 2b (mit einer GFZ von 3,6), durchgehend eingehalten. Für die sonstigen Sondergebiete „Parkhaus West“ und „Parkhaus Ost“, die Obergrenze nach § 17 Abs. 1 BauNVO beträgt bei den sonstigen Sondergebieten 2,4, wird die Obergrenze mit 4,5 bzw. 5,3 deutlich überschritten.

Rechtsgrundlage für vorstehende Überschreitungen ist § 17 Abs. 2 BauNVO. Danach können die Obergrenzen überschritten werden wenn:

1. besondere städtebauliche Gründe dies erfordern,
2. die Überschreitungen durch Umstände ausgeglichen sind oder durch Maßnahmen ausgeglichen werden, durch die sichergestellt ist, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt, nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt vermieden und die Bedürfnisse des Verkehrs befriedigt werden, und
3. sonstige öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

#### Besondere städtebauliche Gründe

Wie bereits im Kapitel 2.3.5 und 2.3.6 erläutert, basiert der Bebauungsplan auf dem städtebaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb zur möglichen Ausgestaltung des geplanten Wohnbauvorhabens am Werftdreieck sowie auf dem Funktionsplan, welcher auf dem Siegerentwurf aufbaut. Das städtebauliche Konzept sieht ein verdichtetes, schwerpunktmäßig dem Wohnen dienendes Gebiet mit zwei Parkhäusern und einer deutlichen Höhenbetonung am östlichen Quartiersende vor. Die Umsetzung ist für die sonstigen Sondergebiete „Parkhaus Ost und „Parkhaus West“, sowie für das Kerngebiet MK 2b nur bei Überschreitung der Obergrenzen nach § 17 Abs. 1 BauNVO möglich.

Die Überschreitung der GFZ-Obergrenze für die sonstigen Sondergebiete ergibt sich aus der Festsetzung zur Art der Nutzung - Parkhäuser. Die Parkhäuser sind wesentlicher Bestandteil eines den städtebaulichen Entwurf mit tragenden Verkehrskonzepts, was den ruhenden Verkehr auf 2 Standorte beschränkt und damit die weitgehende Verkehrsfreiheit des Quartiers ermöglicht. Zudem ermöglicht die Konzentration auf 2 größere Parkhäuser, den durchgängigen Verzicht auf Tiefgaragen in den Innenhöfen bzw. unter den Freiflächen der Baugebiete, was wesentlichen ökologischen Aspekten wie der Innenhofbegrünung, der Regenwasserversickerung und den Bodenfunktionen insgesamt zu Gute kommt. Schließlich werden vor allem die östlich, westlich und südlich angrenzenden, bislang privaten Flächen, als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt und können somit nicht als Berechnungsgrundlage herangezogen werden.

Die Bebauung im MK 2b soll durch die angestrebte Höhenentwicklung eine städtebauliche Betonung des westlichen Endes des Platzes des 17. Juni bewirken, der als Quartierseingang von der Stadtseite aus fungiert. Wie auch bei den beiden Parkhäusern ist aufgrund der 3-seitig direkt angrenzenden Verkehrsflächen das Grundstück in der Größe stark eingeschränkt. Das direkte Angrenzen des Gebäudes an drei Seiten an den öffentlichen Raum gehört zudem zur städtebaulichen Grundkonzeption. Hier soll südlich und östlich des Baufensters ein zentraler Fußgängerbereich entstehen, welcher direkt ohne Vorgartenbereiche an Läden und sonstige publikumswirksame Nutzungen in der Erdgeschoßzone des Gebäudes angrenzt. Im Ergebnis von begrenzter, der Berechnung der GFZ zu Grunde liegender Baugebietsfläche und der gleichzeitig angestrebten großen Geschossigkeit ergibt sich ein

entsprechende Überschreitung der GFZ gegenüber der in § 17 Abs. 1 BauNVO aufgeführten Grenze für ein Kerngebiet.

#### Sicherstellung der allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und ausgleichende Umstände und Maßnahmen

Aus städtebaulicher Sicht ist die Überschreitung der GFZ-Obergrenze in den Sondergebieten zu vertreten, da die Wandhöhen des Parkhauses sich an der angrenzenden bestehenden und geplanten Bebauung orientieren und durch die östlich und westlich unmittelbar angrenzenden breiten Straßenzüge (vgl. Schnitt Planstraße A und Planstraße B) mit teilweise Boulevardcharakter, Vorplatzsituation und Begrünung ausreichend Freiflächen im Umfeld vorhanden sind, die zu gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen beitragen. Hinzu kommt, dass Parkhäuser meistens aufgrund niedriger Geschoßhöhe letztendlich bei der städtebaulichen Wirkung nicht so ins Gewicht fallen wie Gebäude mit Wohn-, gewerblicher oder gemeinbedarfsorientierter Nutzung. So ermöglichen nach vorgelegter Funktionsplanung diese Parkhäuser, bei etwa gleicher Höhenentwicklung wie beim geplanten westlich benachbarten Wohngebäude an der Werftstraße, bis zu einem Geschoss mehr.

Das Kerngebiet MK 2b ermöglicht einen freistehenden Baukörper. In Folge der dreiseitig anliegenden öffentlichen Verkehrsräume, einschließlich des Fußgängerbereichs des 17. Juni und von festgesetzten deutlichen Abständen zur westlich folgenden Bebauung werden keine sonstigen Wohn- oder Arbeitsstädten beeinträchtigt und die eigenen Nutzungen werden hinreichend belichtet und belüftet.

Ausgleichende Umstände und Maßnahmen betreffend vorstehender Überschreitungen bestehen zudem darin, dass das Plangebiet von einem landschaftsarchitektonisch gestalteten, zentralen Grünzug geprägt wird, der das Raumgefühl aufweitet und unmittelbar an die betreffenden Bereiche mit Überschreitungen der GFZ anschließt. Der Platz des 17. Juni wirkt in gleicher Weise zusätzlich für das Baugebiet MK 2b. Für die Bewohner und Beschäftigten in den geplanten Gebäuden ergibt sich durch die angrenzende öffentliche Grünfläche/Parkanlage ein attraktives Erholungspotential. Im Bebauungsplan sind entsprechende Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung festgesetzt worden. Die Festsetzung von Parkhäusern und der nahezu vollständige Ausschluss von motorisiertem Verkehr innerhalb des Plangebietes tragen zur Erholungsfunktion der Grün- und Freiflächen und zu gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen im Plangebiet bei.

#### Sonstige öffentliche Belange dürfen nicht entgegenstehen

Derzeitig sind keine entgegenstehenden öffentlichen Belange erkennbar. Da mit dem Bebauungsplan eine seit vielen Jahren brach gefallene Industrie- bzw. Gewerbefläche wieder genutzt und zu dringend benötigten Wohnbauentwicklung herangezogen werden soll, stehen Ziele der Raumordnung der Planung nicht entgegen. Naturschutzfachliche Belange stehen der baulichen Entwicklung ebenfalls nicht entgegen. Das Orts- und Landschaftsbild wird sich durch die geplante bauliche Entwicklung zwar verändern, die geplante Bebauung der Parkhäuser und auch diejenige im Bereich des MK 2b wird sich jedoch in die angrenzende Wohn- und Gewerbebebauung einfügen. Die Anlage und landschaftsarchitektonische Gestaltung des zentralen Grünzugs sowie die Herstellung und teilweise naturnahe Gestaltung ~~Renaturierung~~ des Kayenmühlengrabs werden das Landschaftsbild zudem aufwerten.

Das vorhandene Baudenkmal innerhalb des Geltungsbereichs (heutige EUFH med.) wird erhalten und durch die Planung nicht beeinträchtigt.

### **3.2.3 Höhe bauliche Anlagen (OK)**

Die festgesetzten maximalen Höhen der baulichen Anlagen orientieren sich an der im Juli 2017 von der Albert Wimmer ZT-GmbH vorgelegten und mit den Fachämtern der Hanse-

und Universitätsstadt Rostock abgestimmten Funktionsplanung. Allerdings wurden unter Berücksichtigung des aus dem Funktionsplan weiterentwickelten Konzepts für ein mischgenutztes innerstädtisches Quartier (urbanes Gebiet) sowie aktueller wohnungswirtschaftlicher, bautechnischer und energetischer Anforderungen, die im Funktionsplan beispielhaft aufgezeigten Höhen überprüft und im Ergebnis der Überprüfung angemessen angehoben.

So werden seitens des Vorhabenträgers beim Neubau von Wohnungen lichte Raumhöhen von ca. 2,60 bis 2,80 m angestrebt; gegebenenfalls sollen diese sogar noch höher ausfallen. Durch den inzwischen angestrebten höheren Nichtwohnanteil ist zudem zu berücksichtigen, dass auch Büros, Arztpraxen und weitere Nichtwohnnutzungen ggf. in einem Teil der Obergeschosse realisiert werden. Moderne haustechnische Anlagen, z.B. zur Belüftung mit Wärmerückgewinnung, erhöhen zudem die Geschosshöhe. Entsprechend wird für die Regelgeschosse von bis zu 3,50 m Geschosshöhe (einschließlich Fußboden- bzw. Deckenaufbau und abgehängte Decken für v.g. haustechnische Anlagen) ausgegangen. In den publikumswirksamen Quartiersbereichen sind in den Erdgeschossen Läden, Praxen, gastronomische Einrichtungen aber auch Versammlungs- und Bildungsstätten vorgesehen, also Einrichtungen, die ein deutlich erhöhtes liches Raummaß erfordern oder bei denen eine entsprechend großzügige Raumhöhe vorstehende Nutzungen begünstigt. Weiterhin ist in Bezug auf die Höhenentwicklung des Erdgeschosses zu berücksichtigen, dass die Innenhöfe gegenüber dem Straßenraum um bis zu 80 cm angehoben werden. Entsprechend sind die Erdgeschosszonen mit bis zu 5,0 m Geschosshöhe berücksichtigt. Für Dachattika, Dämmung, Dachbegrünung und ggf. Geländer sind zudem bis zu 1,00 m bei der Höhenbemessung mit berücksichtigt.

Zu den äußeren Baufenstern an den maßgeblichen Schallquellen nördlich der Lübecker Straße, westlich der Planstraße A, südlich der Werftstraße und östlich der Planstraße E sind zusätzlich für die Oberkanten der Gebäude Mindesthöhen festgesetzt. Diese sollen gewährleisten, dass die im Schallschutzkonzept vorgesehene bzw. berücksichtigte schallabweisende Wirkung dieses äußeren Gebäuderiegels funktioniert (siehe dazu auch Punkt 3.13.1).

Zur Höhenentwicklung siehe auch nachfolgenden Punkt 3.2.4.

### 3.2.4 Zahl der Vollgeschosse

Hier sind es v.a. die Anforderungen des Immissionsschutzes, die sich neben den Festsetzungen zu den Gebäudehöhen auch auf die Festsetzungen zur Geschossigkeit auswirken. So wird die Geschossigkeit der geplanten Wohngebäude entlang der Lübecker Straße als zwingend festgesetzt (IV Geschosse zuzüglich verbindliches Staffelgeschoss), da die Gebäude als „Lärmschutzriegel“ für die dahinter liegenden Wohngebäude und auch die dort befindlichen öffentlichen und privaten Grün- und Freiflächen fungieren. Aus gleichem Grund ist auch die Geschossigkeit längs der Werftstraße auf mindestens 4 Geschosse festgesetzt. Hier wird zudem längs der Werftstraße und auch der nördlichen Planstraße E ein fünftes Geschoss ermöglicht. Aufgrund der erheblichen Breite der Straßenräume der Lübecker Straße und auch der Werftstraße sowie der Geschossigkeit, Maßstäblichkeit und Struktur der jeweiligen gegenüberliegenden Bestandsbebauung ist ein Einfügen in den umliegenden Stadtraum gewährleistet. Aufgrund der Tatsache, dass die Bebauung an der Werftstraße sich am nördlichen Rand des Baugebiets befindet und dass für den Gebäuderiegel längs der Lübecker Straße das fünfte Geschoss als zur Straße orientiertes Staffelgeschoss festgesetzt ist, bleibt eine hinreichende Belichtung und Besonnung des zentralen Grünzugs und auch der Innenhöfe gewährleistet.

Um die in der Funktionsplanung gekennzeichneten Höhenakzente planungsrechtlich abzusichern, werden für die beiden geplanten 8-Geschosser im nördlich an die Lübecker Straße angrenzenden Gebäuderiegel und westlich an den Platz des 17. Juni angrenzend, entsprechende Geschossigkeiten festgesetzt. Bei letzterem wird im Sinne der gebotenen Flexibilität

in der Objektplanung eine Bandbreite von mindestens 8 und höchstens 10 Geschossen festgesetzt. Im Bereich der Baugebiete MK 2a und b werden, abgesehen von vorstehendem Bereich mit zulässiger 8 bis 10-geschossiger Bebauung, zwecks Ausbildung der dort städtebaulich wichtigen Raumkanten zu Lübecker Straße, Platz des 17. Juni und Werftstraße minimal 4 Geschosse vorgeschrieben; im Sinne einer hinreichenden Flexibilität aber auch bis zu 6 Vollgeschossen ermöglicht. Bei den übrigen Gebäuden wird auf eine zwingende Festsetzung der Geschossigkeiten zugunsten einer möglichen Bandbreite der Gestaltung mit jeweils aus der städtebaulichen Situation abgeleiteten Anforderungen bewusst verzichtet, um dem Entwicklungsträger/Grundstückseigentümer auch für die Zukunft den erforderlichen Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. So bleibt die Möglichkeit, auf heute unvorhersehbare zukünftige Entwicklungen am Wohnungsmarkt zu reagieren (z.B. eine ggf. zurückgehende Wohnungsnachfrage), ohne den Bebauungsplan später ändern zu müssen.

Ähnlich verhält es sich auch bei der Festsetzung der Geschossigkeit der Parkhäuser, die den mit der avisierten Wohnbebauung einhergehenden Stellplatzbedarf vollständig abdecken sollen. Für das „Parkhaus West“ als auch für das „Parkhaus Ost“, die als sonstige Sondergebiete nach §11 BauNVO festgesetzt sind, werden ausschließlich Geschossigkeiten als Höchstmaß definiert. Damit wird bezweckt, auf den ggf. sich in Zukunft reduzierenden Stellplatzbedarf adäquat reagieren zu können, ohne die Festsetzungen des Bebauungsplans ändern zu müssen. Daneben bestehende Schallschutzanforderungen werden über die Festsetzungen zu den Gebäudehöhen berücksichtigt.

### 3.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

Die Festsetzungen zur überbaubaren Grundstücksfläche sind ebenfalls von der im Juli 2017 vorgelegten Funktionsplanung abgeleitet. In der Funktionsplanung werden detaillierte Aussagen zu der Kubatur der geplanten Gebäude sowie zur Grundrissgestaltung getroffen. Insbesondere die vorgenommene Festsetzung von Baulinien zu den Straßenräumen sowie zu den Fußgänger- und Freibereichen mit öffentlichem Charakter hin, beruht auf den im Rahmen des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs und der anschließenden Funktionsplanung herausgearbeiteten, städtebaulich wichtigen Raumkanten. Diese berücksichtigen sowohl die städtebauliche Funktion der Raumbildung nach Außen und zum inneren Grünzug hin als auch, insbesondere was die geschlossene Bebauung an den Rändern aller Baugebiete zu den stark befahrenen Straßen hin betrifft, als „Abwehrlinie“ zur Reduzierung des Eindringens von Lärmimmissionen ins „Innere“ des Baugebiets, die immissionsschützende Komponente. Dagegen werden an den nicht zum zentralen Grünzug orientierten Fassaden im Baugebiet MU 1, zu den Wohnhöfen in den Baugebieten MU 2 bis MU 8 hin orientierten Fassaden sowie an den seitlichen Fassaden, welche die Öffnungen in die Innenhöfe hinein begrenzen, die überbaubaren Grundstücksflächen durch Baugrenzen begrenzt; gleiches gilt auch für die rückwärtigen dem Straßenraum abgewandten Fassaden der Baugebiete MK 2a und b. Dabei gehen die Tiefen der Baufenster in sämtlichen Bereichen teilweise bis zu 2 m über die im Funktionsplan vorgeschlagenen Bautiefen hinaus, wodurch eine hinreichende Flexibilität im Hinblick auf die Gestaltung der konkreten Bauprojekte und in diesem Zusammenhang auf ggf. kommende besondere Wohn- und Nutzungskonzepte gewährleistet wird. Die über die Vorschläge des Funktionsplans hinausgehende Dimensionierung der Baufenster erfolgt allerdings dort nicht, wo zu geringe Hoftiefen oder Gebäudeabstände zu einer ungebührlichen Beeinträchtigung der Belichtung und Belüftung führen würden. Dies ist insbesondere an einigen Gebäuden der Baugebiete MU 1 bis MU 3 und darüber hinausgehend bei einem Teil der die Blocköffnungen bildenden Seitenfassaden der Fall.

In den Baugebieten MU 2, 4 und 6 werden die Baufenster längs der Werftstraße zu den Hofflächen hin in den Erdgeschossen um 3 m erweitert, um die Einordnung von Nutzungen aus Gewerbe und Dienstleistung, besser zu ermöglichen.

In den Baugebieten MU 3, 7 und 8 wird für die zur Lübecker Straße hin zwingend festgesetzten 5 Geschosse durch Baugrenzen ein deutlicher Abstand zu den Hoffassaden gesichert, um die Beeinträchtigung der Belichtung und Besonnung der dahinterliegenden Innenhöfe und auch des Bereiches des zentralen Grünzugs zu beschränken.

Im Bereich der ehemaligen Handelsschule und heutige EUFH med. (festgesetztes Kerngebiet MK 1), werden aus denkmalpflegerischen Gesichtspunkten die Baugrenzen eng an den bestehenden Gebäudekanten festgesetzt.

Eine Änderung oder Erweiterung des Gebäudes ist nicht Bestandteil der Planung und wäre entsprechend § 7 Denkmalschutzgesetz M-V (DSchG M-V) genehmigungspflichtig. Der "Ehrenhof" mit der Treppenanlage, der sich nördlich zwischen Gebäude und Werftstraße erstreckt, ist ein konstituierender Bestandteil des Denkmals. Eine Überbauung dieses Bereiches ist nach Abstimmung mit der zuständigen Unteren Denkmalbehörde denkmalrechtlich ausgeschlossen.

In Ableitung von Wettbewerbsentwurf und Funktionsplan erfolgt weiterhin für die Baugebiete MU 1 bis MU 8 und MK 2a und b eine Regelung zur Zulässigkeit von Überschreitungen der Baulinien und Baugrenzen durch Balkone und Loggien. An den Fassaden, an denen Schallschutzloggien favorisiert werden (längs Lübecker Straße sowie West- und Ostfassade MU 1a, MU 3 zur Planstraße D, MU 8b und MK 2a zur Planstraße A) werden diese bei der Bemessung der Baufenstertiefen bereits berücksichtigt, sodass eine weitere Überschreitung hier nicht zugelassen wird. Zur Ermöglichung einer den Schall absorbierenden Fassade wird zudem an den entsprechenden, zur Lübecker Straße hin orientierten Fassaden das anteilige Zurückbleiben von Fassadenabschnitten hinter der Baulinie bis zu einem Meter zugelassen. Gleiches gilt zudem für die Schmalseiten des Baufensters des Baugebiets SO Parkhaus West, womit der nötige Gestaltungsspielraum für das hier zu errichtende Parkhaus hergestellt werden soll. Dieser Gestaltungsspielraum ist erforderlich, da das Baufenster infolge anderer, zu berücksichtigender Belange eine anspruchsvolle Geometrie aufweist. Durch Beschränkung der Abweichung auf max. 1 m bleibt aber gleichzeitig die schallabweisende Funktion des über die gesamte Länge des Baufensters zu errichtenden Parkhauses gewahrt.

Ansonsten wird eine Überschreitung für Balkone und Loggien zu den Hauptfußgängerwegen am zentralen Grünzug bis zu 1,0 m und ansonsten bis zu 1,7 m zugelassen; nur an den zu Werftstraße und Planstraße A hin orientierten Fassaden und den zu den quartiersinternen Straßen hin orientierten Fassaden im Bereich der lang gestreckten Baufenster wird aus stadtgestalterischen Gründen keine Überschreitung zugelassen. Weiterhin erfolgt eine Beschränkung auf insgesamt 1/3 der Fassadenfläche und der maximalen Breite einzelner Vorsprünge auf 15,0 m. Durch vorstehende Beschränkungen soll einerseits zu den Straßen- und Freiräumen mit öffentlichem Charakter hin die in der Regel durch die Baulinien gesicherte städtebauliche Grundstruktur erkennbar bleiben und zu den rückwärtigen Bereichen eine zu starke Reduzierung der Gebäudeabstände bzw. Innenhöfe vermieden werden. Zur Gewährleistung einer uneingeschränkten Befahrbarkeit der baugebietsinternen Verkehrsflächen mit Ver-, Entsorgungs- sowie Rettungsfahrzeugen wird in diesen Bereichen unter möglichen hervortretenden Gebäudeteilen eine hinreichende lichte Höhe durch Festsetzung gesichert (min. 4,5 m).

Da auch ebenerdige Terrassen, soweit direkt mit den Gebäuden verbunden, planungsrechtlich als Teil der Hauptanlage gelten, wird zur Ermöglichung eben solcher Terrassen die Überschreitung der Baulinien und Baugrenzen zugelassen. Zu den Höfen bzw. straßenabgewandten und seitlichen Fassaden sind laut Funktionsplan großzügige Terrassen durchgängig vorgesehen. Daher wird hier mit zulässiger Überschreitung von bis zu 5 m ein entsprechend großzügiger Spielraum eingeräumt. Aber auch zur Straße hin soll, dort wo Vorgartenzonen vorgesehen sind, die Anlage von Terrassen optional ermöglicht werden. Mit Rücksicht auf die Qualität der Straßenraumgestaltung wird deren Tiefe aber auf maximal 3 m beschränkt. Es ist hier aber darauf hinzuweisen, dass aus Gründen des erforderlichen Im-

missionsschutzes in verlärmten Bereichen geschlossene Wintergärten vorzusehen sind. Näheres dazu siehe Kapitel 3.13 Immissionsschutz.

Für die Baugebiete MU 1-8 sowie MK 1 und 2b wird eine geschlossene Bauweise festgesetzt, sodass auch im Falle einer etwaigen späteren Grundstücksteilung eine geschlossene Bebauung innerhalb der einzelnen Baufenster gesichert ist. Für die Baugebiete MK 2a und SO Parkhaus West/Ost ist funktionsbedingt von der Realisierung eines Vorhabens auszugehen, sodass hier eine entsprechende Festsetzung nicht erforderlich ist.

### 3.4 Vom Bauordnungsrecht abweichende Maße der Tiefe der Abstandsflächen

Zwischen der mit Baugrenze festgesetzten südlichen Fassade des Baugebiets SO „Parkhaus West“ und der ebenfalls mit Baugrenze festgesetzten nördlichen Fassade des Baugebiets 1b besteht an der engsten Stelle, sofern das Baufenster im MU 1b bis zur nördlichen Baugrenze genutzt wird, lediglich ein Abstand von 12,0 m. Da die Fassaden in einem Winkel von  $< 75^\circ$  zueinander stehen, ist § 6 Landesbauordnung LBauO M-V anzuwenden. Bei festgesetzten zulässigen Gebäudehöhen von 27,0 m bzw. 20,0 m über Gelände ergibt sich dann eine klare Unterschreitung der Abstandsfläche von  $0,4 H ((27+20) \times 0,4 = 18,8 \text{ m}$  erforderlicher Gebäudeabstand insgesamt).

Vorgenannter enger Abstand ist jedoch aus städtebaulichen Gründen erforderlich und zwar, um den Anforderungen des Schallschutzes gerecht zu werden. An der Südwestecke des Plangebiets grenzt eine Bahnlinie mit auch nächtlichem S-Bahn- bzw. Güterverkehr, dazu noch in erhöhter Lage, direkt an das Plangebiet an. Es ist wesentlicher Bestandteil des Schallschutzkonzepts, das gegenüber dieser im Nahbereich maßgeblichen Lärmquelle ein möglichst geschlossenes Schallschutzbauwerk realisiert wird.

Negative Auswirkungen auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB können ausgeschlossen werden, da

- das Sondergebiet zur Errichtung eines Parkhauses dient und entsprechend hier schon mal gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht betroffen sein können,
- die Fassaden in einem Winkel von gut  $70^\circ$  zueinander stehen und somit die Unterschreitung sich nur auf einen Teil der Westfassade im MU 1b auswirkt,
- die Festsetzungen für das MU 1b ein frei stehendes punkartiges Gebäude vorschreiben, welches Belichtungs- und Belüftungsmöglichkeiten von 4 Seiten mit sich bringt.

In Anbetracht der damit gegebenen städtebaulichen Erforderlichkeit und Nichtbetroffenheit gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse, erfolgt die getroffene Festsetzung der Zulässigkeit der die Vorgaben des Bauordnungsrechts unterschreitenden Tiefe der Abstandsflächen, dass an der Südfassade des Parkhauses eine Unterschreitung bis zu einem Maß von minimal 5,0 m und an der Nordfassade der Bebauung des MU 1b bis zu einem Maß von minimal 7,0 m zulässig ist.

Die Festsetzung, dass für die Lärmschutzwände zwischen den überbaubaren Grundstücksflächen der Baugebiete MU 3a und MU 7a sowie zwischen MU 7a und MU 8a keine Abstandsflächen nach Landesrecht einzuhalten sind und zudem diese auch innerhalb der Abstandsflächen der angrenzenden Bebauung errichtet werden können, ist aus Gründen des Lärmschutzes erforderlich. Um den Eintrag des sehr hohen Straßenverkehrslärms von der Lübecker Straße in das Baugebiet hinreichend im Sinne der Schallschutzanforderungen zu unterbinden, ist der annähernd fassadenhohe, direkte Anschluss der Lärmschutzwände beiderseitig an die Fassaden entlang der Eingangswege in das Quartier von der Lübecker Straße aus im rechtem Winkel erforderlich. Zudem stehen die Lärmschutzwände zwecks der erforderlichen Schließung der gesamten Lücke zwischen o.g. Bebauungen teils in den Baugebieten, auf rechtlich gesehen privaten Grundstücken und teils im öffentlich gewidmeten



Straßenraum. Aufgrund vorstehender Umstände sichert nur ein Verzicht auf Einhalten der Abstandsflächen deren Umsetzbarkeit.

Einen negativen Einfluss auf gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse kann aufgrund der Vorgabe, dass die Lärmschutzwände transparent auszuführen sind und dass zudem durch deren Installation die Lärmbelastung vor den Gebäuden an den Baugebietszuwegungen erst auf ein mit der Wohnnutzung verträgliches Maß reduziert wird, ausgeschlossen werden.

### 3.5 Flächen für den Gemeinbedarf

Die festgesetzte Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte“ dient der Errichtung von Gebäuden und Einrichtungen mit diesem Nutzungszweck, einschließlich der zugehörigen Freibereiche.

Ziel der Festsetzung ist, den mit der umgesetzten Wohnbauentwicklung einhergehenden Kinderbetreuungsanspruch ortsnahe abzudecken und die entsprechende soziale Infrastruktur der angrenzenden Kröpeliner-Vorstadt nicht zusätzlich zu belasten. Von den realisierbaren Gebäude- und Freiflächen sowie bei Ansatz der Vorgegebenen erforderlichen Pro-Kopf-Flächen her können ca. 140 bis 150 Kita-Betreuungsplätze angeboten werden.

Der Standort eignet sich aufgrund gegebener Straßenverkehrsanbindung durch Planstraße E in dem ansonsten verkehrsfreien Quartier sowie aufgrund der Lage direkt am zentralen Grünzug vorrangig.

### 3.6 Nebenanlagen

Kleinwindenergieanlagen, Antennenmasten sowie Einrichtungen zur Tierhaltung einschließlich Kleintierhaltungszucht im Sinne von § 14 Abs. 2 BauNVO vertragen sich nicht mit den Qualitätsanforderungen an ein verdichtetes innerörtliches Quartier mit hohem Wohnanteil. Die mit diesen Anlagen verbundenen baulichen Ausformungen sind nicht im Sinne der angestrebten hochwertigen städtebaulichen und architektonischen Gestaltung. Weiterhin lassen vorgenannte Einrichtungen durch Lärm-, optische (bei den Kleinwindenergieanlagen) sowie auch Geruchsimmissionen (bei der Tierhaltung) Konflikte mit den Mitbewohnern im Quartier erwarten und werden daher ausgeschlossen.

Mit der Beschränkung der Installation von PV-Anlagen auf den Bereich der Dächer von Gebäuden wird bezweckt, dass auf den wohnungsnahen bzw. den Gebäuden zugeordneten Freiflächen keine entsprechenden Anlagen erstellt werden sollen. Damit stehen die Freiflächen erforderlichen Aufenthalts- und Erholungszwecken der Bewohner bzw. der im Quartier Arbeitenden zur Verfügung. Zudem wird auf diese Weise auch eine angemessene Begrünung der unbebauten Flächen mit gesichert.

Fahrradstellplätze in sehr großer, konzentrierter Anzahl beeinträchtigen die Erschließungsflächen im Quartier sowie die Gebäudevor- und Hofbereiche sowohl in funktionaler als auch gestalterischer Hinsicht. Daher werden entsprechend große Fahrradstellplatzanlagen, hier wird von einer Anzahl von > 50 Stellplätzen ausgegangen, nur in den Bereichen, in denen hierfür auch Bedarf besteht, zugelassen. Dies ist im Bereich der Sondergebiete Parkhaus West und Ost der Fall, da hier in Zusammenhang mit den Mobility-Points und den Umsteigemöglichkeiten in den ÖPNV eine sehr große Nachfrage zu erwarten ist. Ebenso eine große Nachfrage ist im Bereich des Kerngebiets MK 1, aufgrund dessen aktueller und auch zukünftiger Nutzung als Hochschule (EUFH med.) sowie im MK 2a, in dem für die vorgenannte Hochschule ergänzende Einrichtungen geplant sind.

### 3.7 Verkehrserschließung

Wie bereits im Kapitel 2.4 „Angaben zum Bestand“ dargestellt, sind die im Plangebiet bestehenden Strukturen der Straßenverkehrserschließung, aber auch diejenigen des ÖPNV, wesentlicher Bestandteil des gesamtstädtischen Verkehrssystems. Der Mobilitätsplan Zukunft (MOPZ) stellt Neuordnungserfordernisse insbesondere für die Straßenverkehrserschließung dar. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden und zugleich die Verkehrserschließung für das Plangebiet sicherzustellen, ist das bestehende, allseitig an den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 angrenzende Straßensystem, bestehend aus Werftstraße, Lübecker Straße und Max-Eyth-Straße (entfällt im Rahmen der verkehrlichen Neuordnung), sowie das parallel nördlich zur Lübecker Straße verlaufende Gleisbett der Straßenbahn neu zu ordnen. Entsprechend der Verkehrsuntersuchung der BDC Dorsch Consult (08/2017, zuletzt aktualisiert 06/2018) sind die bedeutsamsten Veränderungen der bestehenden Verkehrserschließungsanlagen neben dem Rückbau der Max-Eyth-Straße und deren Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage (LSA), die abschnittsweise Umverlegung des Gleisbetts der Straßenbahnschienen im Bereich der Planstraße A und der Rückbau des Abschnitts der Maßmannstraße im östlichen Plangebiet. Innerhalb des Plangebietes ist ein gänzlich neues Straßen- und Wegenetz planungsrechtlich zu sichern und herzustellen. Neben der Festsetzung von Verkehrsflächen zur Erschließung des Plangebietes ist eine Trasse für den geplanten Radschnellweg planungsrechtlich zu sichern, die parallel zur Lübecker Straße verläuft und auf Höhe des Holbeinplatzes in nördliche Richtung, entlang der Geltungsbereichsgrenze, abzweigt.

Anlagen des ruhenden Verkehrs sind innerhalb der Plangebietsgrenzen ebenfalls neu herzustellen und planungsrechtlich zu sichern. Der mit der Umsetzung der Planinhalte einhergehende, stark steigende Stellplatzbedarf für ca. 750 neue Wohneinheiten sowie für Geschäfte, sonstige gewerbliche und öffentliche Nutzungen ist im Plangebiet zu decken. Im Hinblick auf den im BauGB verankerten sparsamen Umgang mit Grund und Boden und im Sinne einer ökologisch orientierten Stadtentwicklung, wird eine Beschränkung auf das erforderliche Minimum an Fläche angestrebt und notwendige Stellplätze auf Sammel- bzw. Gemeinschaftsanlagen, insbesondere 2 Parkhäuser, konzentriert.

Als rechtliche Grundlage für die Neuordnung der übergeordneten Verkehrsstrukturen der Lübecker Straße samt ihrem Knotenpunkt mit der Werft-/Maßmannstraße sowie der Entfall des Knotens mit der Max-Eyth-Straße wird ein Planfeststellungsverfahren gemäß FStrG erforderlich (siehe dazu Punkt 1.3).

#### 3.7.1 Straßenverkehrsflächen

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Umsetzung der Bebauung des Bereichs Werftdreiecks erzeugten Mehrverkehrs und der gleichfalls erfolgenden verkehrlichen Neuordnung, wird mit Prognosehorizont 2030 für die Werftstraße von einer Verkehrsbelastung von 17.800 Kfz/Tag nordwestlich des Plangebiets von 20.000 auf Höhe des Plangebiets nordwestlich der Planstraße A (neue Anbindung an Lübecker Straße) und von 7.500 Kfz/Tag südöstlich Planstraße A ausgegangen. Für die Planstraße A beträgt die prognostizierte Belegung 13.500 Kfz/Tag und für die Lübecker Straße ergeben sich hier 37.500 Kfz/Tag für den Abschnitt zwischen Holbeinplatz und Planstraße A sowie 44.000 für den Abschnitt zwischen den Abzweigen von Planstraße A und Maßmannstraße. Der prognostizierte Schwerverkehrsanteil beträgt 3,0% für die Lübecker Straße sowie 3,5% für Werftstraße und Planstraße A.

In Vorbereitung des Bebauungsplans Nr.10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ bzw. des diesem zu Grunde liegenden Funktionsplanes wurde eine Verkehrsuntersuchung erstellt (BDC Dorsch-Consult, überarbeiteter aktueller Stand 06/2018). Diese Untersuchung ist neben dem Funktionsplan Grundlage der Festsetzungen von Flächen und weiteren Regelungen zum Verkehr sowie nachfolgender Erläuterung.

Um den Verkehrsfluss auf der Lübecker Straße nicht zu stören, wird das gesamte Baugebiet ausschließlich von der Werftstraße aus erschlossen. Die einzig neue Anbindung an die Lübecker Straße, welche als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt ist, erfolgt durch den neuen Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage (LSA) Knotenpunkt (KP) 4 in Form der Planstraße A. Zur Herstellung des neuen Knotenpunkts mit zwei Linksabbiegerspuren wird eine größere Aufweitung der Lübecker Straße in diesem Bereich notwendig. Die mögliche Lage der einzelnen Fahrspuren der öffentlichen Verkehrsflächen ist in den Querschnitten auf der Planzeichnung dargestellt.

Im Zusammenhang mit der Neuansbindung der Planstraße A ist zudem eine abschnittsweise Verlegung (Verschwenkung) der Straßenbahngleise zwischen den beiden Haltestellen Holbeinplatz und Maßmannstraße durchzuführen. Im Rahmen der Neuorganisation werden die Max-Eyth-Straße und der bisherige Knotenpunkt mit LSA zurückgebaut. Zudem wird eine Fußgänger-LSA über die L 22 an dieser Stelle eingerichtet, um den fuß- und radläufigen Verkehr zum S- und Straßenbahnhof „Holbeinplatz“ zu sichern. Der nördliche Abschnitt der Maßmannstraße wird gleichsam zurückgebaut.

Die Planstraßen B und E werden ebenfalls als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Das Ausfahren aus der Planstraße B und E ist in beide Fahrtrichtungen möglich. Die Verkehrsflächen beider Straßen sind so dimensioniert, dass jeweils zwei Fahrspuren als auch beidseitige Gehwege sowie eine Anlieferzone (Planstraße B) bzw. eine Mehrzweckstreifen zur abschnittswisen Einordnung von Begrünung bzw. von Stellplätzen untergebracht werden können. Die Fahrspuren der Planstraße E berücksichtigen mit einer Breite von jeweils 3,25 m die vorgesehene Befahrung mit einem Linienbus (Linie 34, siehe hierzu Punkt 3.7.4). Am Ende der Planstraße B kann die Einordnung einer Wendeanlage entsprechend Bild 59 der RAST 06, mit einem integrierten Wendekreis für PKW (6,0 m Radius) und die Möglichkeit des Wendens für Fahrzeuge bis 10 m erfolgen. Die Verkehrsfläche ist zum Ausbau der Wendeanlage entsprechend dimensioniert. Die Planstraße E soll an deren südlichen Ende perspektivisch in nordwestliche Richtung, zwecks Erschließung des künftig angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 10.W.199 „Werftdreieck – Quartier West“ abschwenden. Entsprechend ist hier nicht die dauerhafte Schaffung einer Wendeanlage vorgesehen. Für den Fall, dass die Planstraße erheblich vor der Baugebieterschließung des Nachbarquartiers für den Verkehr freigegeben wird, ist eine provisorische Lösung unter Erfüllung der Anforderungen nach Bild 59 der RAST 06 vorzusehen. Der hierfür nötige Platzbedarf ist in der Planzeichnung kenntlich gemacht. Eine planungsrechtliche Festsetzung einer nur temporär benötigten Verkehrsfläche ist aber nicht gerechtfertigt.

Um den Verkehrsfluss im Bereich der Werftstraße zu harmonisieren und durch ein unkontrolliertes Abbiegen die Einschränkung der Verkehrssicherheit zu vermeiden, werden für die entsprechenden Abschnitte außerhalb der abgestimmten notwendigen Zu- und Ausfahrten Grundstückszufahrten ausgeschlossen. Ein- und Ausfahrten zur Werftstraße sind somit einzig für den durch die EUFH med. genutzten Bereich des Baugebiets MK1 (eine gemeinsame Zufahrt für ein- und ausfahrenden Verkehr) und die Erschließung des Baugebietes MK 2b (bis zu zwei Grundstückszufahrten) zulässig. In der Planstraße A müssen sich erhebliche Verkehrsmengen auf weniger als 150 m zwischen den beiden lichtsignalgeregelten Knotenpunkten entsprechend ihres Zieles in Richtungsfahrstreifen einordnen, d.h. der Bereich dient als Verflechtungsstrecke mit mehreren Fahrstreifen. Aufgrund dieser komplexen Situation sind Grundstückszufahrten im gesamten Straßenzug aus Verkehrssicherheitsgründen im Bebauungsplan nicht vorgesehen. In Anbetracht der damit gegebenen eingeschränkten Erschließung für das Baugebiet MK 2a kann im Rahmen des nachfolgenden Baugenehmigungsverfahrens, unter Berücksichtigung der dann beantragten konkreten Nutzung und deren Anforderungen an die Erschließung sowie damit verbundener Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit auf der Planstraße A geprüft werden, ob eine eingeschränkte Zu- und Abfahrtmöglichkeit im Bereich der Planstraße A im begrenzten Umfang vertretbar ist.

Ein Ausschluss von Zufahrten im Rahmen der Regelungen des Bebauungsplans gilt auch für die zentrale Fußgängerpromenade (Planstraße F), den Platz des 17. Juni sowie die Fußgängerzonen nördlich des Radschnellweges (parallel zur L 22/ Straßenbahntrasse). Hier sollen Fußgängerverkehr und Aufenthaltsfunktion nicht gestört werden. Entlang des Radschnellweges ist aus Gründen der Verkehrssicherheit ebenfalls ein Ausschluss für Grundstückszufahrten festgesetzt. Alle Ausschlüsse von Grundstückszufahrten wurden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB festgesetzt.

### 3.7.2 Verkehrsberuhigter Bereich und Fußgängerbereiche

Dem Grundkonzept des Funktionsplans folgend, werden sämtliche Verkehrsflächen, welche nicht vordringlich dem motorisierten Fahrverkehr dienen oder als gesonderte Radwege geplant sind als Fußgängerbereiche bzw. als verkehrsberuhigter Bereich vorgesehen. Diese werden entsprechend als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit Zweckbestimmung „Fußgängerzone“ bzw. „verkehrsberuhigter Bereich“ festgesetzt. Für diese Bereiche ist grundsätzlich eine Mitbenutzung für Radfahrer vorgesehen und entsprechend wird dies auch in der Zweckbestimmung mit berücksichtigt. Die Befahrbarkeit für Fahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungswesens ist ebenfalls grundsätzlich zulässig und durch entsprechende Dimensionierung und Gestaltung entsprechend sicherzustellen (vgl. Kapitel 3.11 „Brandschutz“). Darüber hinaus wird je nach erschließungstechnischem Erfordernis, für Teilbereiche eine Befahrbarkeit für einen weitergehenden Nutzerkreis eingeräumt. So wird für die wesentlichen Bereiche (Fußgängerzone 1) eine Befahrung für Lieferverkehr sowie für Ver- und Entsorgungsfahrzeuge zugelassen. Es ist beabsichtigt, Lieferverkehr nur im begrenzten Zeitfenster zuzulassen. Dies kann durch entsprechende Ausschilderung geregelt werden. Darüber hinaus ist auch das Vorsehen von versenkbaren Pollern eine weitergehende Möglichkeit, um beschränkte Anlieferzeiten durchzusetzen. Erforderliche Dauer und zeitliche Einordnung der Anlieferzeiten werden in erster Linie von der sich in geplantem Quartier letztendlich einstellenden Nutzungsstruktur abhängig sein, ggf. werden die Anforderungen an einzelne Teilbereiche auch unterschiedlich ausfallen. Daher ist es nicht sinnvoll, bereits auf Ebene des Bebauungsplans Anlieferzeiten verbindlich festzusetzen. Die Regelung der Anlieferzeiten kann vielmehr über das Ordnungsrecht erfolgen.

Im Bereich des Platzes des 17. Juni ist die genaue Führung des Radschnellweges noch nicht geklärt. Daher wird in der Zweckbestimmung der Verkehrsfläche (Fußgängerzone 3) die Führung des Radschnellweges über diesen Bereich berücksichtigt. In Planstraße G (verkehrsberuhigter Bereich nordöstlich Parkhaus West) ist die Befahrung mit dem ÖPNV (Buslinie 34) geplant, entsprechend wird hier die Befahrbarkeit mit dem ÖPNV mit zugelassen.

Von der Planstraße C ist aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses lediglich ein Ausfahren auf die Werftstraße für den hier geplanten Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen andienenden Lieferverkehr vorgesehen. Die Beschränkung auf diesen privilegierten Verkehr wird durch versenkbare Poller gewährleistet. Die Bewirtschaftung des Kayenmühlengrabens kann über die Planstraße D mit erfolgen. Aufgrund der Tatsache, dass die Planstraße D nur sehr gering frequentiert ist und auch die Grabenbewirtschaftung nur einen insgesamt kleinen Zeitraum in Anspruch nimmt (voraussichtlich einmal jährlich), ist hier eine Doppelnutzung geboten. Durch Verzicht auf straßenbegleitende Bäume auf der Grabenseite und den begrenzten Abstand vom Erschließungsweg zum Graben, ist auch eine Erreichbarkeit des Grabens gesichert. Unter den Durchführungsrelevanten Hinweisen werden die Anforderungen zur Befahrbarkeit der Planstraße D durch die Bewirtschaftungsfahrzeuge aufgenommen. Das Ein- und Ausfahren von der Planstraße D von bzw. auf die Werftstraße ist nicht geplant; entsprechend erfolgen hier eine Abpollerung und das Vorsehen einer Wendemöglichkeit. Die Verkehrsfläche parallel zur Werftstraße ist entsprechend dimensioniert.

Bei vorstehenden Fußgängerbereichen sowie bei der Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung „Verkehrsberuhigter Bereich“ wird bewusst auf die Unterteilung in Fahrbahn und Gehweg verzichtet, da diese Straßenabschnitte zum einen verkehrsberuhigt sein sollen und hier grundsätzlich ein Vorrang für die Fußgänger bei eingeräumter Mitbenutzung durch die Radfahrer und den eingeschränkten Kreis an Kraftfahrern auf einer niveaugleichen Mischfläche vorgesehen ist. Die Dimensionierung erfolgt entsprechend der jeweiligen Funktion, mit Rücksicht auf die Belange von Entsorgungs- und Rettungsfahrzeugen, wird eine Mindestbreite von 4,0 m nicht unterschritten (beim verkehrsberuhigten Bereich mit Busbefahrung 5,0 m) und es sind regelmäßige Aufweitungen für den Begegnungsfall vorgesehen.

Am südlichen Ende der Planstraßen B und C sind Lärmschutzwände aufgrund der sehr hohen Lärmbelastung von der Lübecker Straße her über den gesamten Straßenquerschnitt festgesetzt. Gemäß textlicher Festsetzung ist es zulässig, die Lärmschutzwände so zu errichten, dass sie für Fußgänger und Radfahrer passierbar sind. Da jedoch regionale Erfahrungswerte für Lärmschutzwände dieser Dimension nicht vorliegen, ist es dem Vorhabenträger überlassen, ob er die Lärmschutzwände passierbar errichten lässt. Sollten die Lärmschutzwände künftig nicht, oder nicht beide, passierbar sein, führt dies zu einer zusätzlichen Beruhigung der direkt anschließenden Wohnblöcke. Die beiden betreffenden Wegeverbindungen werden als untergeordnet eingestuft, sodass die Qualität des Wegenetzes im Geltungsbereich des B-Plans nur unwesentlich beeinträchtigt werden würde. Für den Fall, dass die Befahrung durch Rettungs- sowie durch Ver- und Entsorgungsfahrzeuge deren Durchfahung erfordert, sind diese entsprechend auszubilden. Eine detaillierte Erläuterung dazu erfolgt in Kapitel 3.13.1.3.

### 3.7.3 Radwege

Unmittelbar nördlich der Straßenbahnanlage sowie im weiteren westlichen Verlauf nordöstlich der Eisenbahnanlage ist die Führung eines **Radschnellwegs** geplant. Es wird mit Rücksicht auf die erwartete erhebliche Geschwindigkeit der Radfahrer eine hinreichende Dimensionierung von insgesamt 4,0 m Breite zuzüglich beiderseitiger Sicherheitsstreifen von 0,5 m berücksichtigt. Bei direkt angrenzenden öffentlichen Grünflächen ist der Sicherheitsstreifen Teil dieser Flächen. Zur Abgrenzung von angrenzenden Fußgängerbereichen sind zwecks Verkehrssicherheit abgesetzte Bodenbelagsfarben sowie geeignete bauliche Maßnahmen zur Abtrennung vorzunehmen. Im Bereich südöstlich des Parkhauses West wird die Trasse des Radschnellwegs auch von der dort geführten Buslinie 34 im Einrichtungsverkehr mit genutzt und ist entsprechend als sogenannte Umweltspur mit einer Breite von 5,0 m zuzüglich 0,5 m Sicherheitsstreifen beiderseitig, ausgebaut. Der Radschnellweg wird entsprechend seiner Funktion als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit Zweckbestimmung „Radschnellweg“ festgesetzt, im Abschnitt gemeinsamer Nutzung mit der Buslinie als „Radschnellweg, befahrbar durch den öffentlichen Personennahverkehr“.

Daneben sind beiderseitig der Hauptverkehrsstraßen Werftstraße, und Planstraße A separate Radwege von 2,0 m Breite geplant. Diese sind als Teil der Verkehrsflächen mit festgesetzt.

Die Radwegeverbindungen ergänzen die bestehende Straßenerschließung und verknüpfen das neu hinzukommende Quartier mit den umliegenden Siedlungsbereichen. Insgesamt entsteht durch die Kombination von geplanten separaten Fuß- und Radwegen (Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung „Fußgängerzone, befahrbar für Radfahrer“, „verkehrsberuhigter Bereich, befahrbar für Radfahrer“, „Radschnellweg“), bestehenden straßenbegleitenden Fußwegen (z.B. bei der Werftstraße und der Lübecker Straße) sowie den Anliegerstraßen (Planstraße B bis E) ein engmaschiges Netz für den nicht motorisierten Individualverkehr.

Bezüglich der möglichen Passierbarkeit der geplanten Lärmschutzwände zur Lübecker Straße hin siehe Kapitel 3.7.2.

### 3.7.4 Öffentlicher Personennahverkehr

Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs besteht bereits eine sehr gute Anbindung durch S-Bahn, Straßenbahn- und Busverkehrsverbindungen. Im Rahmen der weiteren Angebotsentwicklung ist ergänzend geplant, über die Buslinie 34 den Fischereihafen an den Verkehrsknotenpunkt Holbeinplatz anzubinden. Durch dieses zusätzliche Angebot sollen insbesondere die im Bereich Fischereihafen und dem Einzugsbereich der anschließenden Hauptverkehrsachse Schlachthofstraße, Carl-Hopp-Straße und Werftstraße berufstätigen Personen angesprochen werden. Um den Knotenpunkt Holbeinplatz für Fahrgäste noch attraktiver zu gestalten und die Fahrzeit der Linie 34 möglichst gering zu halten, soll diese Linie den Holbeinplatz direkt, ohne einen Umweg über die östliche Werft- und die Lübecker Straße nehmen zu müssen, durch das Wohnquartier anfahren.

Die betreffende Buslinie soll von der Werftstraße kommend, das Plangebiet über die Planstraße E befahren und anschließend das Parkhaus West umfahren. Dazu wird die Bahnparallele Verkehrsfläche als Umweltspur ausgebaut; neben der Befahrung mit den Linienbussen im Einrichtungsverkehr dient die Umweltspur dem Radverkehr in beide Richtungen. Die Umweltspur ist hier Teil des übergeordneten Radschnellwegs. Entsprechend vorstehender Anforderungen wird die Umweltspur mit einer Breite von insgesamt 5,0 m und Freihaltebereichen von 0,5 m beiderseitig ausgebaut. Nordöstlich des Parkhauses wird die Buslinie über den dortigen verkehrsberuhigten Bereich (Planstraße G) zurück zur Planstraße E geführt. Der Fußgängerbereich wird in Anbetracht der zusätzlichen Anforderungen ebenfalls auf 5,0 m zuzüglich 0,5 m Freihaltezone beiderseitig dimensioniert (also insgesamt 6,0 m), sodass bei langsamer Fahrweise auch der Begegnungsfall Bus mit einem Liefer- bzw. Entsorgungsfahrzeug gegeben ist. Die Dimensionierung der Umfahrung ist mit einem Wenderadius von 12,0 m so gehalten, dass sowohl die geläufigen Linienbusse von 12,0 m Länge als auch Gelenkbusse mit bis zu 18,0 m Länge diese nutzen können. In möglichst geringer Entfernung zum Holbeinplatz wird zudem im Bereich der Verkehrsfläche ein Fahrgastwartebereich eingeordnet.

### 3.7.5 Ruhender Verkehr

Der Ausschluss von ebenerdigen Stellplätzen und Garagen im nahezu allen Baugebieten (MU 1-8 und MK 2) dient der Sicherung der angestrebten hochwertigen städtebaulichen Gestaltung des innerörtlichen Wohnquartiers samt seiner Freiflächen. Zudem trägt vorstehende Einschränkung dem mit der Planung verfolgten strategischen Ansatz, eines nahezu autofreien Quartiers, Rechnung. Denn Ziel des Planungskonzepts ist es, wie bereits dargelegt, den motorisierten Quell- und Zielverkehr auf die beiden Parkhäuser zu konzentrieren und durch den weitgehenden Ausschluss von motorisiertem Verkehr im sonstigen Plangebiet in Funktionseinheit mit einer geschlossenen Bebauung entlang der stark befahrenen Lübecker Straße und Werftstraße im Inneren des Plangebietes eine weitläufige Ruhezone von hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Ausgenommen von dem Verbot zur Einrichtung von ebenerdigen Stellplätzen sind ausschließlich die Bereiche, die in der Planzeichnung durch eine Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB gekennzeichnet und mit entsprechender Zweckbestimmung für das Parken definiert sind. Hierbei handelt es sich um die bereits bestehenden Stellplätze (für Angestellte und Besucher) auf dem Gelände der heutigen EUFH med. (festgesetzt als MK) sowie um einen Parkplatz im MK 2b. Beide Stellplatzflächen sind für die am Ort bereits befindlichen bzw. geplanten Nutzungen zwingend notwendig und daher planungsrechtlich zu sichern.

Der Umfang der herzustellenden privaten Stellplätze richtet sich nach der Stellplatzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 15.11.2017. Danach werden für verschiedene Nutzungsarten in Abhängigkeit von Kriterien wie Größe oder Mitarbeiter-/Nutzerzahl Richt-

zahlen vorgegeben. Weiterhin stuft die Stellplatzsatzung den Geltungsbereich von der stadträumlichen Lage her in Zone II ein, sodass bei den nachzuweisenden Stellplätzen je nach Nutzungsart ein Abzug zwischen 25 und 50 % geltend gemacht werden kann.

Nach den zugehörigen Richtzahlen sind für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern bis zu einer Größe von 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche 0,7 Stellplätze und ab 50 bis 120 m<sup>2</sup> 1,0 Stellplätze vorgegeben.

Für Gebäude mit Büro- und Verwaltungsräumen sowie für Betriebe des Kleingewerbes wird 1 Stellplatz je 35 m<sup>2</sup> Nutzfläche und für Verkaufsstätten 1 Stellplatz je 35 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche vorgegeben. Dabei ergibt sich die angenommene Nutzfläche der Gebäude aus folgender Berechnung: (*Grundfläche* x 0,75 (Umrechnung von BGF auf NGF) x 0,7 (*Faktor für Bewegungsflächen/Nebenräume*), sowie die Verkaufsfläche für Verkaufsstätten und Läden aus der Formel: (*Grundfläche* x 0,75 x 0,6 (Faktor für Bewegungsflächen/Nebenräume/Lager).

Für Gebäude mit Räumen mit erheblichen Kundenverkehr (Arztpraxen, Bank- und Postschaltern, etc.) wird 1 Stellplatz je 25 m<sup>2</sup> Nutzfläche vorgegeben. Die Nutzfläche wird hier mit folgender Formel berechnet: (*Grundfläche* x 0,75 (*Faktor für Bewegungsflächen*) x 0,7.

Der Stellplatzbedarf für Gaststätten und sonstige gastronomische Einrichtungen von örtlicher Bedeutung beläuft sich nach Stellplatzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auf 1 Stellplatz je 10 Sitzplätze. Für Betriebe des Beherbergungsgewerbes wird ein Wert von 1 Stellplatz je 4 Betten vorgegeben. Als Berechnungsgrundlage werden 4 m<sup>2</sup> Nutzfläche je 1 Sitzplatz in einer gastronomischen Einrichtung und 15 m<sup>2</sup> Nutzfläche je 1 Bett in einem Betrieb des Beherbergungsgewerbes angenommen. Es werden auf dieser Grundlage 9 Stellplätze für Gastronomiebetriebe und 5 Stellplätze für Betriebe des Beherbergungsgewerbes angenommen. Die Nutzfläche berechnet sich dabei nach der gleichen Formel, welche auch für Büroeinheiten und Räume mit erheblichem Kundenverkehr verwendet wird.

Für Versammlungsstätten ohne überörtliche Bedeutung, wie den Bürgertreff, wird 1 Stellplatz je 7 Sitzplätze vorgegeben; es werden 150 Sitzplätze für die Einrichtung angenommen.

Der mit dem Betrieb der Kindertagesstätte verbundene Stellplatzbedarf, laut Stellplatzsatzung beträgt dieser 1 Stellplatz pro 20 Kinder, kann durch das Parkhaus „West“ abgedeckt werden.

Der durch den Betrieb der Hochschule verursachte Stellplatzbedarf (laut Stellplatzsatzung 1 Stellplatz je 10 Studierende bzw. Mitarbeiter) wird für die bestehenden Einrichtungen der EUFH med., wie bisher, auf dem Grundstück selbst abgedeckt. Hierfür werden die bestehenden Stellplatzflächen bauplanungsrechtlich gesichert.

Für die nach Funktionsplan neu geplanten ergänzenden Seminarräume und der geplanten Bibliothek wird eine Nutzfläche von 10 m<sup>2</sup> Nutzfläche je Studierenden/Mitarbeiter angenommen. Die Nutzfläche berechnet sich auch hier nach der Formel für Büroeinheiten.

Somit ergibt sich auf Grundlage der aktuellen Stellplatzsatzung für die Baugebiete mit Ausnahme vom Baugebiet MK 2b, welches gesondert betrachtet wird, folgender Mindeststellplatzbedarf:

Bezeichnung der Einrichtung	Schlüssel	Abzug, da Baugebiet in Zone II	Anzahl erforderlicher Stellplätze
Wohnungen bis 50 m <sup>2</sup> (20%) =150 WE	0,7 / WE	-50 %	53
Wohnungen ab 50 bis 120 m <sup>2</sup> (80%) = 600 WE	1,0 / WE	-50 %	300
<b>Wohnungen gesamt</b>			<b>353</b>
Besucherstellplätze für das Wohnen	1 Stpl. pro 10 WE		75
Einzelhandel (ca. 400 m <sup>2</sup> VKF)	1 / 35 m <sup>2</sup> VKF	-25 %	9

**Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung**

Büros/ Betriebe Kleingewerbe (ca. 2.200m²)	1 / 35 m² Nutzfläche	-25 %	47
WIRO KundenCenter (ca. 270 m² Nutzfläche)	1 / 25 m² Nutzfläche	-25 %	8
Sonst. Räume mit erheblichen Kundenverkehr (z.B. Arztpraxen, Postfilialen; ca. 1.200 m² NF)	1 / 25 m² Nutzfläche	-25 %	36
Zusätzliche Stellplätze für optionale Erweiterung der Büroflächen, Annahme Pauschal 10 Stpl.			10
Kita/Kindergarten, Annahme 150 Kinder	1/20 Kinder	-25 %	6
Bürgertreff; Annahme 150 Plätze	1 / 7 Plätze	-25 %	16
Gastronomiebetriebe, Annahme: 4m² Nutzfläche = 1 Sitzplatz (ca. 470 m² Nutzfläche)	1 Stpl. auf 10 Sitzplätze	-25 %	9
Beherbergungsstätten, Annahme: 15m² Nutzfläche = 1 Bett ( ca. 400 m² Nutzfläche)	1Stpl. Auf 4 Betten	-25 %	5
Räume für den Hochschulbetrieb ( Bibliothek, Seminar- und Gruppenräume), Annahme: 10m² pro Student/ Mitarbeiter (ca. 170 Studenten/Mitarbeiter)	1 Stpl. Auf 10 Studenten/ Mitarbeiter	-50 %	9
Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge	pauschal 25		25
<b>gesamt</b>			<b>608</b>

Die erforderliche Mindestanzahl von 608 Stellplätzen wird in den beiden Parkhäusern vorgehalten, deren Standorte in der Planzeichnung (Teil A) entsprechend gekennzeichnet sind. Insgesamt ermöglichen die beiden Parkhäuser, bei vollständiger Auslastung der Flächen und Geschossigkeit, alleine für das Parken die Einrichtung von bis zu 878 Stellplätzen.

Darüber hinaus ergibt sich auf Grundlage der Stellplatzsatzung ein weiterer Stellplatzbedarf für das Baugebiet MK 2b:

Bezeichnung der Einrichtung	Schlüssel	Abzug, da Baugebiet in Zone II	Anzahl erforderlicher Stellplätze
Einzelhandel (ca. 650 m² im EG)	1 / 35 m² Verkaufsfläche	-25 %	14
Büros (ca. 4.500 m²)	1 / 35 m² Nutzfläche	-25 %	96
<b>gesamt</b>			<b>110</b>

Der erforderliche Bedarf von ca. 110 Stellplätzen im Baugebiet MK 2b kann im Baugebiet selbst schwerpunktmäßig durch den Bau von Garagengeschossen als Tiefgaragen oder Parkdecks untergebracht werden. Dazu ist neben der überbaubaren Grundstücksfläche, welche insbesondere zur Werftstraße hin in mehreren Geschossen genutzt werden kann (es sind bis zu 6 Geschosse zulässig), auch ein Teil der nicht überbaubaren Grundstücksfläche als Fläche für Stellplätze festgesetzt. Alternativ besteht ggf. auch die Möglichkeit die erforderlichen Stellplätze auf Grundlage einer vertraglichen Regelung mit dem Betreiber der beiden Parkhäuser in diesen unterzubringen.

Für die Berechnung der Nutz- und Verkaufsflächen werden die im Funktionsplan (Abb. 13) dargestellten Flächen verwendet und sind mit den Festsetzungen in der Planzeichnung (Teil A) des Bebauungsplans abgeglichen.

Diese Anzahl an möglichen Stellplätzen wird auch aufgrund der nahe gelegenen Einkaufsmöglichkeiten sowie Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen, der Anbindung des Standorts an den öffentlichen Personennahverkehr, der bereits bestehenden Infrastruktur für Rad-



fahrer (deren Ausbau zudem geplant ist) sowie der für die Zukunft erwarteten rückläufigen Bedeutung des PKW und entsprechend für die Zukunft erwarteter rückläufiger durchschnittlicher PKW-Anzahl pro Haushalt als ausreichend eingestuft. Es ist vorgesehen, orientiert an den vorgesehenen Baustufen, jeweils ein bedarfsgerechtes Stellplatzangebot zu realisieren.

Öffentliche Stellplätze für das Kurzzeitparken sind in der Planstraße E vorgesehen. Dies ist in Anbetracht der dort geplanten Kinderbetreuungseinrichtung geboten; hier ist zur Organisation des Bring- und Holverkehrs ein Angebot an Kurzzeitparkplätzen vorzusehen. In Planstraße E ist aufgrund der Dimensionierung die Einordnung von Parkplätzen in Längsaufstellung möglich. Ein Teil dieser Stellplätze ist auf Höhe der festgesetzten Gemeinbedarfsfläche umzusetzen. Die entsprechende Teilfläche der Planstraße E ist dementsprechend als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit Zweckbestimmung „Kurzzeitstellplätze“ festgesetzt. Darüber hinaus besteht in Planstraße B bei Erfordernis die Möglichkeit, einige Kurzzeitparkplätze einzuordnen. Zudem kann für den Besucherverkehr ein bedarfsgerechtes Kontingent in den Parkhäusern West- und Ost berücksichtigt werden.

Flächen für das Abstellen von Fahrrädern und Kinderwagen können im Bereich der Mehrfamilienhäuser durch entsprechende ebenerdige Abstell- oder Kellerräume gesichert werden. Zudem besteht die Möglichkeit in den Eingangsbereichen der Gebäude ein begrenztes Angebot an Fahrradstandplätzen für Besucherverkehr zu schaffen. Im Bereich des Zuganges bzw. der Vorzonen von Wohnhäusern und anderen Nutzungen werden zudem Besucherfahrradabstellplätze angeordnet. Weitere Fahrradstellplätze sind in den Parkhäusern (an den Mobility-Points) und im Umfeld der S-Bahnhaltestelle vorgesehen.

### **3.8 Flächen/Standorte für Versorgungsanlagen und für die Abfallentsorgung**

#### **3.8.1 Wertstoffsammelstellen**

Die gemäß Funktionsplanung (07/2017) geplanten Sammelstellen für Entsorgungsbehälter befinden sich in unmittelbarer Nähe zu den öffentlichen Verkehrsflächen (Planstraße A, B und E bzw. Werftstraße) und sind als Ver- und Entsorgungsflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB festgesetzt.

Die Standorte der Sammelcontainer für Altglas und Papier sind so platziert, dass Vorfahren mit Entsorgungsfahrzeugen und Entleeren problemlos möglich ist.

#### **3.8.2 Flächen für die Elektrizitätsversorgung**

Die im Plangebiet südwestlich der Werftstraße und westlich der EUFH med. bestehende Transformatorenstation muss aufgrund deren Lage mittig im geplanten Baufenster für das Parkhaus Ost an einen anderen Standort, möglichst in Nähe des bisherigen Standorts, verlegt werden. In Abgleich der versorgungstechnischen und stadtgestalterischen Anforderungen erfolgt eine Einordnung der Transformatorenstation in die nordwestliche Ecke des Parkhauses.

Die laut Schreiben der Stadtwerke Rostock AG vom 04.06.2018 darüber hinaus noch erforderlichen 3 weiteren Transformatorenstationen sind ebenso im Abgleich der versorgungstechnischen mit den stadtgestalterischen Anforderungen integriert und zwar in das Parkhaus West, im Erdgeschoss in der südwestliche Ecke, in den Verbindungsbau an der östlichen Grenze des MU 8a zur Bebauung im MU 8b sowie in das Erdgeschoss der nordwestliche Gebäudeecke im Baugebiet MU 2a eingeordnet. Es steht jeweils die eingeforderte Fläche von 6 auf 4 m zur Verfügung und eine Anfahrbarkeit vom öffentlich nutzbaren Straßenraum ist gegeben.

### 3.9 Technische Infrastruktur

Aufgrund der Lage und Vornutzung des Plangebiets sind für alle Medien der technischen Infrastruktur die Grundvoraussetzungen zur Erschließung eines neuen Baugebiets gegeben. Der Bestandsbereich ist bereits vollständig über die im Straßenraum verlaufenden Leitungssysteme erschlossen, neu hinzukommende Vorhaben können hier entsprechend angeschlossen werden.

Zur Sicherstellung der Versorgung des neu zu entwickelnden Siedlungsgebiets bedarf es des durchgehenden Aufbaus entsprechender neuer Anlagen und Leitungssysteme. Dabei werden die neuen Leitungssysteme ausschließlich im Bereich der festgesetzten Verkehrsflächen verlegt.

#### 3.9.1 Wasserversorgung

Das Plangebiet ist zum Teil trinkwasserseitig erschlossen (vgl. Kapitel 2.4.3). Für die Umsetzung des Bebauungsplans ist die Erweiterung des bestehenden Trinkwassernetzes erforderlich.

Grundsätzlich kann das benötigte Trinkwasser aus den vorhandenen öffentlichen Leitungen bereitgestellt werden. Die konkrete technische Lösung der Wasserversorgung ist mit der Nordwasser GmbH im Rahmen der Erschließungsplanung abzustimmen.

#### 3.9.2 Schmutzwasserableitung

Schmutzwasserseitig ist das Plangebiet nur zum Teil erschlossen. Netzerweiterungen sind im Rahmen der Neuerschließung bzw. -bebauung des Gebietes erforderlich. Das anfallende Schmutzwasser kann den vorhandenen Schmutzwassersammlern zugeleitet werden. Die konkrete technische Lösung der Schmutzwasserableitung ist mit dem zuständigen Entsorgungsträger, der Nordwasser GmbH, im Rahmen der Erschließungsplanung abzustimmen.

Zwischen dem zu erhaltenden Hauptsammler HA 2500/2750 und dem östlich davon geplanten offenen Gewässer des Kayenmühlengrabens ist eine gegenseitige Beeinflussung zu vermeiden. Dazu wird von der Nordwasser GmbH die Errichtung einer Bohrpfahlwand empfohlen. Die Bohrpfahlwand (oder alternativ Betonschlitzwand) sollte 1,50 m unter der Rohrsohle des Sammlers eingebracht werden.

#### 3.9.3 Regenwasserableitung

Für das Plangebiet wurde ein hydrologisches Konzept von WASTRA-PLAN (Stand 09/2016) erarbeitet, welches sich u.a. mit der Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens und der Nutzbarmachung/Einspeisung des anfallenden Regenwassers auseinandersetzt.

Demzufolge ist es geplant, das anfallende unbelastete Regenwasser, das nicht örtlich versickern kann (z.B. in parallel zu den Gehwegachsen des Parks verlaufenden Sickerbändern), durch teils ober- und unterirdische Kanäle abzuführen und über Einläufe in die vier Hauptkanäle in Richtung Kayenmühlengraben abzuleiten. Insbesondere bei Starkregenereignissen wird das überschüssige Wasser über die ober- und unterirdischen Kanäle in den Kayenmühlengraben abgeleitet und trägt somit zur Wasserspeisung des wiederhergestellten Gewässers bei.

An das neue Regenentwässerungssystem sind sämtliche öffentliche und private Grün- und Freiflächen gleichermaßen angebunden.

Detaillierte (technische) Ausführungen zum geplanten Regenwassermanagement sind dem „Hydrologischen Konzept zur Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens“ (WASTRA-PLAN 09/2016) zu entnehmen.

Die Bewirtschaftung des Kayenmühlengrabens kann durchgehend von der Ostseite aus erfolgen. Die dort verlaufende Planstraße D ist zum Zwecke der Befahrung auch mit schweren Wartungsfahrzeugen bzw. –gerät ausgebaut. Die Grüngestaltung nimmt, einschließlich der beachtlichen Pflanzgebote, auf die Wartungsanforderungen Rücksicht.

### **3.9.4 Elektroenergieversorgung**

Die Stromversorgung des Baugebietes ist aus dem öffentlichen Stromversorgungsnetz der Stadtwerke Rostock AG grundsätzlich möglich. Im Zuge der Erschließung des Plangebietes ist die Stromversorgung neu zu ordnen und zu ergänzen.

Grundsätzlich besteht die Forderung, sämtliche Versorgungsleitungen im öffentlichen Bereich (Gehweg, Grünstreifen) entsprechend DIN 1998 zu verlegen.

Die Kabelverlegung erfolgt unter Berücksichtigung der DIN 18920 - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen - sowie der RAS - Richtlinie für die Anlage von Straßen. Dabei ist ein Abstand von mindestens 2,50 m zwischen dem geplanten Kabel und der geplanten Begrünung (Bäume) unbedingt einzuhalten.

### **3.9.5 Straßenbeleuchtung**

Die notwendige Straßenbeleuchtung ist innerhalb der Straßenverkehrsflächen bzw. der Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung sicherzustellen.

Laut Funktionsplan sind für die Beleuchtung der Fuß- und Radwege Beleuchtungselemente mit einer Masthöhe von 4,50 m vorgesehen, die einen Abstand von ca. 13 m zueinander aufweisen. Für die Straßenbeleuchtung mit Fußwegausleger (im südlichen Bankettbereich des nordwestlichen Teilabschnitts der Werftstraße) sind Beleuchtungselemente mit einer Lichtpunkthöhe von 8 m und einem Abstand untereinander von 20 bis 25 m geplant.

### **3.9.6 Wärmeversorgung**

Das Plangebiet ist Bestandteil des Geltungsbereichs der Fernwärmesatzung (FWS) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Nicht zuletzt aufgrund bereits angrenzender, an das Fernwärmeversorgungsnetz angeschlossener Gebiete, ergibt sich die Möglichkeit des Ausbaus des Fernwärme-Leitungsnetzes im Bereich des B-Plans. Laut Stellungnahme der Stadtwerke Rostock AG ist aufgrund der bestehenden Leitungskapazitäten eine Gebietsversorgung mit Fernwärmeversorgungssystemen uneingeschränkt möglich. Nach Einschätzung des Versorgungsträgers stellt aus diesem Grunde die innere Erschließung des Plangebiets mit Fernwärmeversorgungssystemen sogar die technisch und gesamtwirtschaftlich optimale Variante der Wärmeversorgung dar. Die Rostocker Fernwärme ist zudem als Ersatzmaßnahme für den Einsatz erneuerbarer Energien gemäß EEWärmeG anerkannt.

### **3.9.7 Gasversorgung**

Der Anschluss des Plangebiets an das Erdgasversorgungsnetz ist, wie aus Punkt 2.4.3 hervorgeht, ebenfalls möglich. Allerdings werden der Nutzung von Erdgas durch o. g. Fernwärmesatzung Schranken gesetzt.

Unabhängig davon müssen die im Betrieb befindlichen Mitteldruckleitungen im Plangebiet erhalten werden.

Weiterhin weisen die Stadtwerke in ihrer Stellungnahme vom 23.05.2018 darauf hin, dass die mit der Verlegung der Gas-Hochdruckleitung in der Werftstraße begonnene Maßnahme einer Hochdruck-Ringbildung zur Erhöhung der Versorgungssicherheit der Gasversorgung weiterzuführen ist. Hierfür ist die Verlegung einer Gasleitung DN 300 St. in der Werftstraße, von der Tankstelle bis zur Doberaner Straße, erforderlich. Dies ist beim Umbau der Werftstraße im Rahmen der Neuordnung der Verkehrserschließung zu berücksichtigen.

Eine Umverlegung der bestehenden Gasmitteldruckleitung an der heutigen nördlichen Max-Eyth-Straße, am östlichen Rand des Baugebiets MU 4, ist entsprechend der Stellungnahme der Stadtwerke Rostock vom 23.07.2019 möglich und aufgrund der Überschneidung des Leitungskorridors mit dem dort geplante Gebäuden auch erforderlich. Demnach gehen die Kosten zu Lasten des Verursachers (Erschließungsträgers).

### **3.9.8 Anlagen der Telekommunikation**

Der Standort ist fernmeldetechnisch erschlossen. Das Fernmeldenetz innerhalb des Plangebietes muss jedoch im Rahmen der planmäßigen Erschließung neu aufgebaut und großflächig erweitert werden. Eine Koordinierung mit anderen leitungsgebundenen Versorgungssystemen sollte möglichst vorgenommen werden.

### **3.9.9 Müllentsorgung / Abfallwirtschaft**

Die Abholorte für die Müllabfuhr können ~~sind~~ außerhalb der Gebäude an den öffentlichen Planstraßen A bis E, längs der Verkehrsfläche für Fußgänger und Radfahrer nördlich des Radschnellwegs, der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung nordöstlich des Parkhauses West, sowie im südlichen Bankettbereich der Werftstraße platziert werden. Die Standorte für die Sammelcontainer für Glas und Papier sind wie in Kapitel 3.7. kurz beschrieben, in unmittelbarer Nähe zu den öffentlichen Verkehrsflächen (Planstraße A, B und E) durch entsprechende Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB planungsrechtlich gesichert und für die Entsorgungsfahrzeuge gut erreichbar. Grundsätzlich ist gerade an Stellen mit wenig Raum auch der Einsatz von Unterflur-Systemen denkbar.

Die Zufahrtmöglichkeiten für die Entsorgungsfahrzeuge erfolgen laut Funktionsplanung (07/2017) schleifenförmig über die Planstraße B bzw. E (vgl. folgende Abbildung). Dies ermöglicht eine Erschließung für die Müllentsorgung aller Baublöcke, ohne dass die Müllfahrzeuge rückwärtsfahren oder wenden zu müssen. Voraussetzung für diese Erschließungsmöglichkeit, ist ein entsprechender Ausbau/eine entsprechende Befestigung der relevanten Verkehrsflächen (vgl. Kapitel 3.6.1 und Textliche Festsetzung „Verkehrsflächen“).

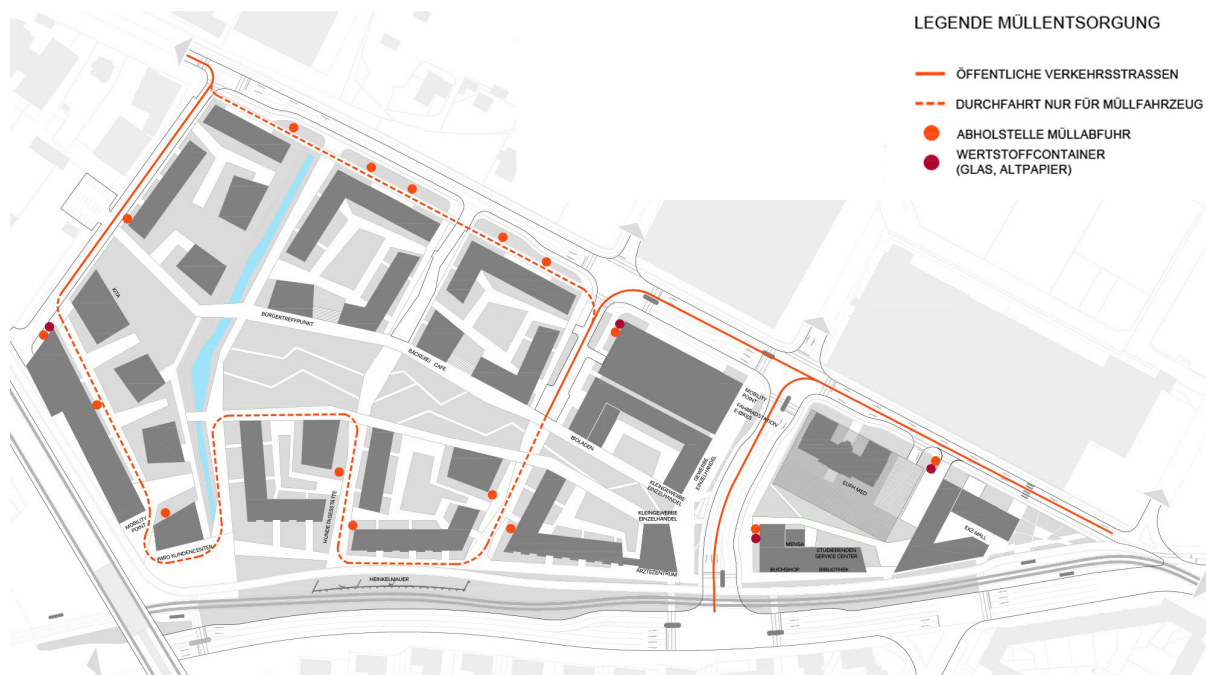


Abbildung 14: Auszug Funktionsplanung (06/2017) "Müllentsorgung"

### 3.10 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

Im Straßenraum der zum Rückbau vorgesehenen Max-Eyth-Straße verläuft ca. 2 bis 3 m unter Oberkante der heutigen Straße ein Hauptmischwassersammler, dessen Betrieb auch in Zukunft erforderlich ist. Dieser Sammler überschneidet sich geringfügig mit dem Baugebieten MU 4a/b. Zur Sicherung dessen langfristigen Betriebs einschließlich erforderlich werden der Reparatur und Wartung wird in einem Abstand von 5 m, gemessen von der zugewandten Tangente der Leitung, ein Geh- Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Entsorgungsträgers festgesetzt.

Weiterhin bestehen in der südlichen Max-Eyth-Straße sowie in der Werftstraße unterirdische Gasdruckleitungen und ggf. bestehen hier auch weitere Hauptver- und Entsorgungsleitungen, deren Freihaltetrassen sich mit angrenzenden Baugebieten überschneiden und deren Erhalt ebenfalls erforderlich ist. Auch für diese Leitungen wird entsprechend der technischen Normen eine hinreichende Freihaltetrasse als Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der jeweiligen Betreiber für den langfristigen Betrieb einschließlich erforderlich werdender Reparatur und Wartung festgesetzt.

Neben dieser planungsrechtlichen Festsetzung bedarf es hierzu auch einer ergänzenden privatrechtlichen Regelung zwischen Entsorgungsträger und Grundstückseigentümerin.

### 3.11 Brandschutz

#### 3.11.1 Löschwasserversorgung

Laut Stellungnahme des Brandschutz- und Rettungsamts der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 01.03.2017 ist zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt des DVGW W 405 eine Löschwassermenge von **mindestens 96 m³/h über 2 Stunden** bereitzuhalten. Der Nachweis hierzu ist zu erbringen. Rechtzeitig vor Baubeginn (in der Pla-

nungsphase) sind mit dem Amt für Verkehrsanlagen und dem Brandschutz- und Rettungsamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock die notwendigen Einzelheiten abzustimmen.

Im Rahmen der internen Erschließung wird ein Trinkwasserleitungsringsystem hergestellt, das zur Bereitstellung der erforderlichen Menge Löschwasser (siehe vorstehender Absatz) herangezogen werden kann. Der Abstand zwischen Löschwasserhydranten und jeweiligen Hauseingang darf 75 m (Luftlinie) nicht überschreiten. Der Abstand der Hydranten untereinander beträgt  $\leq 100$  m. Bei der Planung der Hydranten-Standorte ist darauf zu achten, dass diese nicht Zu- oder Ausfahrten von Feuerwehrfahrzeugen in Anbindungsbereichen beeinträchtigen.

Die bestehenden Hydranten in der Werftstraße sind zu optimieren und teilweise zu ergänzen. Laut Stellungnahme des Brandschutz- und Rettungsamts ist jeweils auf Höhe der Planstraße A bis E und der Max-Eyth-Straße (zukünftig Planstraße D) ein entsprechender Hydrant vorzusehen.

### 3.11.2 Gestaltung von Verkehrsflächen, Rettungswegen und Aufstellflächen

In der Planung der Erschließungsanlagen werden die Belange der Feuerwehr entsprechend Anhang E - Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr zur Ausführung des § 5 LBauO M-V berücksichtigt.

Die Zufahrt für Rettungs- und Löschfahrzeuge erfolgt über die Werftstraße, über die Planstraßen A bis E, ins Quartiersinnere. Da sämtliche Verkehrsflächen (besonderer Zweckbestimmung) eine Mindestbreite von 3,50 m aufweisen und entsprechende Kurvenradien gemäß Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr im Zuge der Funktionsplanung als befahrbare Flächen mit entsprechender Befestigung berücksichtigt und in den Vorentwurf übernommen wurden, ist das gesamte Plangebiet mit Rettungs- und Löschfahrzeugen befahrbar (vgl. folgende Abbildung blaue Flächen). Das Wenden und/oder Rückwärtsfahren von Rettungs- und/oder Löschfahrzeugen ist aufgrund des vorgesehenen Erschließungskonzepts und des entsprechenden Ausbaus der Verkehrsflächen somit nicht notwendig. In den späteren Planungsphasen ist darauf zu achten, dass das Stadtmobiliar (Parkbänke, Papierkorbständer etc.) die Nutzbreite der festgesetzten Verkehrsflächen nicht beeinträchtigen. Gleiches gilt auch für die Anordnung von Ladestationen für die Elektromobilität sowie für Abstellanlagen für Fahrräder.

Um den Begegnungsfall von zwei Großfahrzeugen der Feuerwehr zu ermöglichen bzw. damit im Einsatzfall parkende Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge passiert werden können, sind bei denjenigen Verkehrsflächen, die lediglich eine Breite von 3,50 m aufweisen, in Abständen von 100 m Bewegungsflächen für Fahrzeuge der Feuerwehr gemäß „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ Punkt 13, Bild 4 vorzuhalten und zu beschildern.



**Abbildung 15: Auszug Funktionsplanung (06/2017) "Befahrung Feuerwehr"** (nur beispielhafte Darstellung!)

Das Erschließungs- und auch das grünordnerische Konzept berücksichtigen die Anforderungen der Feuerwehr für das Anleiten an Rettungsfenstern. So sind die Abstände der für die Feuerwehrfahrzeuge befahrbaren Flächen von den Gebäudefassaden so gewählt, dass ein Anleiten entsprechend der Vorgaben, der Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr gesichert wird. In den Abschnitten, in denen Straßenbäume vorgesehen sind, werden die Pflanzgebote so gefasst, dass entweder das Befahren direkt vor den Fassaden möglich ist (östlich Parkhaus Ost, südlich MU 7a, MU 2a, 4a, 6a südlich der Werftstraße; hier wird eine Fahrspur von 3,5 m, ein Fassadenabgewandter Freihaltestreifen von 2,0 m sowie ein Abstand von > 3,0 m bis zur Achse der Baumbepflanzung gesichert); oder wie in den übrigen, für Baumpflanzungen vorgesehenen Abschnitten, dass die Pflanzgebote so gestaltet sind, dass ein Befahren der Feuerwehr vor den Bäumen und ein Anleiten in hinreichend großen Lücken zwischen den einzelnen Bäumen erfolgen kann. Dazu ist in den Bereichen, bei denen entsprechend der Festsetzungen von Brüstungshöhen zum Anleiten von < 18,00 m auszugehen ist, ein Abstand der Bäume von den Fassaden von 5,0 m festgesetzt. Der Abstand der Bäume ist auf 8 bis 10 m festgesetzt, wobei eine Verschiebung einzelner Bäume zur Sicherung der Anleiterungsmöglichkeit bis zu 7 m statthaft ist. Im Ergebnis sind bei Bedarf Baumabstände bis zu 17 m zulässig. Sollten im Ergebnis der nachfolgenden Hochbauplanung alternativ dazu Feuerwehruzufahrten in die ca. 70 cm erhöht ausgebildeten Innenhöfe vorgesehen werden (das bietet sich an, wenn bei Dreispännern einzelne Wohnungen ohnehin nur vom Hof angeleitet werden können), so sind diese als Rampe mit einer Neigung von 5 % und einer befestigten Oberfläche, welche die erforderliche Belastung nach Feuerwehranforderungen trägt, zu realisieren. Weiterhin sind die Gebäudeabstände in den Höfen per Festsetzung hinreichend groß dimensioniert und die hier zu realisierenden Spielflächen und Pflanzungen sind in einer Form eingeschränkt, dass eine Befahrbarkeit durch die Feuerwehr sichergestellt werden kann. Durch vorstehende Regelungen sind Kronendurchmesser der Straßen- und Hofbäume in den für die Arbeit der Feuerwehr relevanten Bereichen bis zu 6,0 m, bei der für Straßenbäume üblichen Beschneidung und Astentfernung im unteren Stammbereich bis zu 8,0 m auch unter Berücksichtigung der Feuerwehrbelange möglich.

Bei einigen Bestandsbäumen ist zur Sicherung der Durchfahrtshöhe von min. 3,50 m bzw. der Bewegungsfreiheit für die Feuerwehr eine entsprechende Beschneidung erforderlich, was laut Stellungnahme des Feuerwehr- und Rettungsamts auch möglich ist.



Die spezifischen Anforderungen der Feuerwehr an für den Lösch- und Rettungseinsatz erforderliche Flächen bzw. an deren Ausgestaltung werden, soweit nicht für Festsetzungen im B-Plan geeignet, unter „Durchführungsrelevante Hinweise“ in den Textteil des Bebauungsplans und in die Begründung aufgenommen.

Bei den Feuerwehruzufahrten auf den privaten Grundstücken dürfen Zu- oder Durchfahrten längs geneigt sein. Jede Änderung der Fahrbahnneigung ist in Durchfahrten sowie innerhalb von 8 m vor und hinter Zufahrten unzulässig. Im Übrigen sind die Übergänge mit einem Radius von mindestens 15 m auszurunden. Aufstellflächen dürfen nicht mehr als 5% geneigt sein. Weiterhin wird vom Brandschutz- und Rettungsamt in seiner Stellungnahme vom 19.08.2019 in Zusammenhang mit einer möglichen Befahrung von Innenhöfen auf das Erfordernis hingewiesen, dass bei Feuerwehruzufahrten, die mehr als 60 m lang sind, aus Sicht des abwehrenden Brandschutzes Wendemöglichkeiten vorzusehen sind (zu den Details siehe vorbenannte Richtlinie).

Die Realisierung des Gesamtvorhabens wird unter Regie des bisher schon tätigen Vorhabenträgers erfolgen, sodass gesichert ist, dass die beachtlichen Belange der Feuerwehr auch Berücksichtigung finden. So ist u. a. auch gewährleistet, dass die Baumstandorte mit den Erfordernissen des Anleiterns und mit sonstigen Feuerwehrbelangen abgestimmt werden.

## **3.12 Grünordnung, Natur- und Artenschutz**

### **3.12.1 Artenschutz**

Im Rahmen der Erstellung des Grünordnungsplans (GOP) wird auch eine Artenschutzrechtliche Prüfung erarbeitet, welche die Anforderungen von § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) erfüllt.

Demnach ist durch die gegebene Vorbelastung aufgrund der innerstädtischen Lage, der industriell-gewerblichen Vornutzung bzw. den anthropogenen Einwirkungen infolge der Beräumung der Fläche mit dem Vorkommen besonders seltener bzw. stöempfindlicher Tierarten nicht zu rechnen. Zu dieser Einschätzung kommt auch das zuständige Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege in seiner Stellungnahme vom Oktober 2016. Das Erfordernis der Kartierung spezieller Artengruppen wird entsprechend nicht gesehen.

Im Ergebnis der erstellten artenschutzrechtlichen Beurteilung steht zum Schutz der Brutvögel im Rahmen der Baufeldberäumung das Erfordernis einer Bauzeitenregelung. Aus artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten hat die Baufeldfreimachung bzw. der Beginn vorbereitender Maßnahmen außerhalb der Brutzeit zu erfolgen, d.h. das Baufeld ist nicht in der Zeit von Mitte März bis Ende August zu räumen. Abweichungen von diesem Zeitraum sind nur zulässig, wenn die Baufläche bzw. die angrenzenden Bereiche (Pufferstreifen von 50 m um das Baufeld) direkt vor Beginn der Arbeiten durch einen anerkannten Fachgutachter abgesucht werden. Das Ergebnis ist zu dokumentieren und der zuständigen Fachbehörde vorzulegen. Wenn keine genutzten Nester vorhanden sind, kann die Baufeldfreimachung beginnen. Falls genutzte Fortpflanzungs- und Ruhestätten vorhanden sind, und mit den Arbeiten vor dem Ende der Nutzung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten begonnen werden soll, ist ein Ausnahmeantrag an die zuständige Fachbehörde zu stellen. Die Bescheidung ist für das weitere Vorgehen maßgeblich. Bei der Baumfällung ist neben den Anforderungen aus dem Schutz der Avifauna der zulässige Fällzeitraum gemäß § 39 (5) BNatSchG zu beachten. Danach sind Baumfällungen nur zwischen dem 01.10. und dem 29.02. zulässig.

Durch die Umsetzung der Bauzeitenregelung wird aus heutiger Sicht erreicht, dass es durch das geplante Vorhaben zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen faunistischer Funktionen kommt. Da es sich bei dem vorliegenden Bebauungsplan um eine Angebotsplanung handelt,



deren Realisierung sich ggf. über Jahre erstrecken kann, ist eine Änderung der Nutzung von Bäumen durch Vögel und Fledermäuse nicht auszuschließen. Deshalb sollten vor Beginn der Fällarbeiten die Altbäume nochmals fachgutachterlich untersucht werden. Wenn dabei Funde oder konkrete Anhaltspunkte für Fledermausquartiere oder längerfristig genutzte Vogelbrutstätten (z.B. von Höhlenbrütern) bestehen, ist darüber die zuständige Naturschutzbehörde zu informieren und deren Stellungnahme ist dann für das weitere Vorgehen maßgeblich. Zur Sicherung der Einhaltung der festgesetzten Rodungszeiträume sowie den fachgerechten Ablauf der Rodung ist eine ökologische Baubegleitung durch ein qualifiziertes Fachbüro bzw. einen anerkannten Fachgutachter erforderlich.

Vorstehende Regelungen zum Artenschutz basieren auf den Anforderungen von § 44 Bundesnaturschutzgesetz und sind während des Planvollzugs durch die Untere Naturschutzbehörde als zuständige Aufsichtsbehörde anzuordnen. Informativ sind vorstehende Regelungen unter den durchführungsrelevanten Hinweisen auf der Planzeichnung und in dieser Begründung aufgeführt. Weitere Details können dem zugehörigen GOP entnommen werden.

### 3.12.2 Maßnahmen zum Bodenschutz

Auch neben den Bereichen mit größerer Schadstoffbelastung sind im gesamten Geltungsbe-  
reich die Böden durchgehend in geringerem Umfang belastet.

Auf Grundlage der gutachterlichen Stellungnahme (H.S.w 02/2019) und des inzwischen vor-  
liegenden Vorentwurf zum Sanierungsplan (H.S.w 12/2019) ist ein Bodenauftrag von mindes-  
tens 65 cm geeignet, um diese Flächen als Spiel- und Aufenthaltsbereiche im Freien nutzen  
zu können. Entsprechend erfolgt eine Festsetzung auf Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 20  
BauGB, dass im Bereich von Spiel- und sonstigen unbefestigten Aufenthaltsbereichen im  
Freien ein Bodenaustausch oder Auftrag von entsprechender Mächtigkeit mit unbelastetem  
Boden zu erfolgen hat. Daneben erfolgt auf Grundlage von § 9 Abs. 2 Nr. 2 eine ergänzende  
Regelung, dass die in den an den Kayenmühlengraben anschließenden Grünflächen einge-  
räumten Nutzungen erst zulässig sind, wenn die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen in  
dessen Umfeld abgeschlossen sind.

Die übrigen erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Altlastensanierung erfolgen auf  
Grundlage des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG). Weitergehende Festsetzungen  
im Rahmen des B-Plans sind daher nicht erforderlich.

Eine detaillierte Darstellung zu den Bodenschutzmaßnahmen und deren Erforderlichkeit er-  
folgt unter Kapitel 2.4.5 und im Umweltbericht.

### 3.12.3 Freiraumstruktur und Grünflächen

Dem Bebauungsplan liegt ein differenziertes Freiraum- und Grünflächenkonzept zu Grunde,  
welches ebenfalls vom vorliegenden Funktionsplan abgeleitet wird. Insgesamt ergibt sich  
aufgrund der Ausmaße der Grünbereiche und der Tatsache, dass diese ineinander überge-  
hen, der Eindruck eines größeren innerstädtischen Parks.

Kernstück ist ein reich strukturierter, bis zu 50 m breiter, zentraler öffentlicher Grünzug, zu  
dem sich begrünte Innenhöfe der geplanten mehrgeschossigen Bebauung nördlich und süd-  
lich des Grünzugs öffnen. Der landschaftsarchitektonisch gestaltete, öffentlich zugängliche  
Grünzug soll im Falle der angedachten Neustrukturierung und funktionellen Aufwertung des  
westlich anschließenden, bisher gewerblich geprägten Bereichs, fortgeführt werden.

Ein weiteres Kernelement ist die Schaffung einer neuen Grün- und Wegeverbindung zwi-  
schen Holbeinplatz und Werftstraße, die in Verbindung mit der Herstellung des Kayenmüh-  
lengrabens steht. Der Graben sowie dessen Uferbereiche sollen, soweit nicht zum Aufenthalt  
vorgesehen oder zur Grabenunterhaltung benötigt, naturnah gestaltet werden.

Zudem sollen 50 % der Flächen der Dächer mit einer extensiven Begrünung mit Sedum-Gras-Kräutermischungen hergestellt werden. Diese Dachbegrünung bewirkt zum einen den verzögerten Wasserabfluss bei Regenereignissen und dient zugleich als Lebensraum für Tiere und auch zur Verbesserung des Umgebungsklima durch die Verdunstung des gespeicherten Wassers (Kühlung und Luftbefeuchtung).

Des Weiteren sollen die Parkhäuser West und Ost auf 30 % der Außenwandfläche mit Fassadenbegrünung versehen werden. Dies dient zum einen zur optischen Verschönerung der Fassade als auch als Lebensraum für Tiere. Zudem trägt die Fassadenbegrünung zu einer positiven Veränderung des Kleinklimas in diesen Bereichen bei.

Das vom Funktionsplan übernommene Spielplatzkonzept sieht nach Altersgruppen differenzierte Angebote vor. In den an den zentralen Grünzug anschließenden Innenhöfen bzw. wohnungsbezogenen Freibereichen sind in direktem Blickfeld der angrenzenden Wohnungen Spielplatzflächen für die Altersgruppe von 0 bis 6 Jahren auf den nicht überbaubaren Flächen der Baugebiete eingeordnet. Diese sind gemäß Landesbauordnung M-V ohnehin vorgeschrieben. Zudem bestehen für Spielplätze dieser Altersgruppen keine beachtlichen Vorgaben im Hinblick auf einzuhaltende Mindestabstände zur Wohnnutzung im Sinne des Immissionsschutzes. Daher erfolgt auch im Sinne einer größtmöglichen Flexibilität im Rahmen der Baurealisierung keine verortende Festsetzung dieser Flächen. Der im Bereich des zentralen Grünzugs vorgesehene größere Spielplatz für die Altersgruppe von 7 bis 13 Jahren mit einer Fläche von mindestens 700 m<sup>2</sup> (S1) sowie in diesem zentralen Bereich ebenfalls geplanten zwei Spielstationen für die gleiche Altersgruppe mit jeweils einer Fläche von mindestens 250 m<sup>2</sup> (S1a) und 120 m<sup>2</sup> (S1b) erfordern dagegen die Einhaltung von hinreichenden Abständen zur nächstgelegenen schutzbedürftigen Nutzungen (insbesondere Wohnen). Nach Erfahrungswerten des als Aufsichtsbehörde zuständigen Amtes für Umweltschutz sollte dieser Abstand für Spielplätze der Altersgruppe 7 bis 13 Jahre mindestens 20 m betragen, damit eine Verträglichkeit gegeben ist. Für die Altersgruppe 14 bis 19 Jahre ist eine Spielfläche (S2) auf dem Dach des Parkhauses Ost vorgesehen. Die Nettospielfläche soll dabei mindestens 500 m<sup>2</sup> betragen. Hier erfolgt voraussichtlich eine Umsetzung als multifunktionales Spielfeld für diverse Ballsportarten, in der Größe von ca. 14 auf 26 m (Richtmaß für Basketball-Spielfeld, auch als Fußballklein-, Handball- und Volleyballfeld nutzbar) samt Randzonen.

Die Unterbringung weiterer Spiel- und Sportflächen, einschließlich für den Vereinssport geeigneter Angebote, entsprechend der Zielsetzung einer Verbesserung des stadtteilbezogenen diesbezüglichen Angebots, lässt sich aufgrund des konzeptbedingten begrenzten Flächenangebots und verdichteten Wohnbebauung im Plangebiet selbst nicht realisieren. Die Stadt wird daher in den kommenden Jahren die Verbesserung des Sportstättenangebots auf anderen Flächen in der KTV prüfen und voranbringen. Ggf. können hier auch Standorte in den nördlich an den Geltungsbereich angrenzenden gewerblichen Bereichen mit einbezogen werden.

Zum Freiflächen- und Grünkonzept gehört ebenfalls die planerische Auseinandersetzung mit dem historischen Erbe des Standortes. Zentrales Element ist hier die zeitgenössische (Neu)Interpretation der inzwischen abgerissenen Heinkel-Wand (vgl. Kapitel 2.2 „Denkmalschutz“). Das ursprünglich angedachte Konzept, die ehemalige Heinkel-Wand in Form einer Reihe aus ca. 10 m hohen Stelen aus Cortenstahl und ein in den Boden eingelassenes Cortenstahlband sowie durch geeignete Maßnahmen zum Beispiel in Form von Schautafeln und Vitrinen die wechselhafte Geschichte des Standorts zu dokumentieren, wurde inzwischen zugunsten einer grüngestalterischen Maßnahme aufgegeben. Nun soll in Rhythmus und Länge der ehemaligen Wand eine Pflanzung aus Pyramideneichen erfolgen, sodass dann perspektivisch eine grüne Wand anstelle der ursprünglichen aus Ziegeln entsteht.

In Anbetracht der detaillierten Vorgaben zur Grünordnung und deren verbindliche Festsetzung im Bebauungsplan ist eine dem Vorhaben und Standort gerecht werdende Gestaltquali-

tät der Frei- und Grünräume gesichert. Allerdings kann die Erfüllung der Vorgaben zur Neupflanzung von Bäumen gemäß Grünflächengestaltungssatzung sich in einigen Baugebieten bzw. Teilbereichen davon infolge der verdichteten Bebauung und konkurrierender Nutzungsbelangen schwierig gestalten. Entsprechend ist im Geltungsbereich des Bebauungsplans § 3 Abs. 1 der Grünflächengestaltungssatzung von 2001 nicht anzuwenden (siehe Örtliche Bauvorschrift Nr. 4).

### 3.12.4 Naturschutzfachlicher Eingriff und Kompensation

Bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 wird, was die maßgebliche Fläche östlich der Max-Eyth-Straße betrifft, ein älterer rechtskräftiger Bebauungsplan (B-Plan Nr. 10.MK.63) und damit bestehendes Baurecht überplant. Die Fläche westlich der Max-Eyth-Straße dagegen ist nicht Bestandteil dieses rechtskräftigen B-Plans. Aufgrund der örtlichen Rahmenbedingungen, sind bisher Vorhaben gemäß § 35 BauGB zu beurteilen.

Aufgrund dieser differenzierten Ausgangslage ist im Zuge der Eingriffsbilanzierung differenziert nach vorgenannten Teilbereichen zu prüfen, inwieweit durch die Neuaufstellung Baurecht geschaffen wird, das über die bereits vorhandene bzw. durch die getroffenen Festsetzungen mögliche Bebauung hinausgeht. Denn § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB legt dar, dass „Ein Ausgleich [...] nicht erforderlich [ist], soweit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.“ Insofern wird die Eingriffsbilanzierung zur Neuaufstellung des Bebauungsplans auf die Eingriffe bezogen, welche durch die geänderten Planinhalte der Neuaufstellung bzw. der Erweiterung des Geltungsbereichs neu hervorgerufen werden.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass der neue B-Plan Nr. 10.W.63.1 betreffend der überplanten Fläche des Ursprungsplans keinen erhöhten Eingriff in Natur und Landschaft vornimmt. Dies wird schon bei Vergleich der Größen an Verkehrs- und Baugebietsflächen und der festgesetzten Maße der zulässigen baulichen Nutzung klar. Für den bereits im bisher rechtskräftigen Bebauungsplan enthaltenen Teil des Geltungsbereichs ist dann nachzuweisen, dass die im B-Plan Nr.10.MK.63 ursprünglich festgesetzten Kompensationsmaßnahmen umgesetzt wurden bzw. sicherzustellen, dass diese zukünftig noch umgesetzt werden. Die festgesetzten Kompensationsmaßnahmen bzw. die Gegenüberstellung des ursprünglichen Kompensationsbedarfes ist dem Erläuterungsbericht des Grünordnungsplans (Anlage) zu entnehmen.

Dagegen ist für den Teil des Geltungsbereichs, welcher über den Geltungsbereich des Ursprungsbebauungsplans (B-Plan Nr. 10.MK.63) hinausgeht, eine (Neu)Bilanzierung des voraussichtlichen Eingriffs in Natur und Landschaft anhand der Flächenbilanz des Bebauungsplans vorzunehmen. Die Methodik dieser Eingriffsbilanzierung basiert auf den „Hinweisen zur Eingriffsregelung“ (LUNG M-V 1999, Stand 2002). Das Maß der Beeinträchtigungen wird anhand der Festsetzungen des B-Planes unter Annahme der maximal nach Baurecht möglichen Ausnutzung der Grundstücke ermittelt.

Die Bilanzierung sieht wie folgt aus:

1	<u>Biotopbeseitigung Baugrundstücke</u>	<b>19.860*</b>
	- Biotopbeseitigung mit Totalverlust Baugrundstücke	14.051*
	- Biotopbeseitigung mit Funktionsverlust Baugrundstücke	5.809*
2	<u>Biotopbeseitigung Erschließung</u>	<b>8.202*</b>
	- Biotopbeseitigung mit Totalverlust Erschließung	8.202*
<b>Gesamt</b>		<b>28.062</b>

\* Kompensationsflächenäquivalente

Der Ausgleich erfolgt zum einen durch die Maßnahmen im Plangebiet selbst, die Maßnahmen „Dachbegrünung“ sowie zur „Anlage einer parkartigen Grünfläche“ (P2 und P4). Da sich diese gebietsinternen Ausgleichsmaßnahmen nicht mit dem Kompensationsbedarf decken, wird das noch ausstehende Kompensationsflächenäquivalent über das Ökokonto „Renaturierung der Cabäk zwischen Riekdahler Weg und Verbindungsweg“ ausgeglichen. Die zusammenfassende Gegenüberstellung von Eingriffen und Kompensation ist dem Erläuterungsbericht zum Grünordnungsplan (Kapitel 7.7) zu entnehmen.

Vor Satzungsbeschluss ist der Unteren Naturschutzbehörde eine Reservierungsbestätigung des Erschließungsträgers für die als Ausgleich benötigten Flächenäquivalente aus dem Ökokonto vorzulegen. Die Abbuchung erfolgt nach Satzungsbeschluss unter Vorlage eines entsprechenden Antrages des Eigentümers bei der Unteren Naturschutzbehörde.

### **3.12.5 Begründung der grünordnerischen Festsetzungen**

Die im B-Plan erfolgenden grünordnerischen Festsetzungen sind zur Herstellung einer angemessenen Frei- und Straßenraumgestaltung im Sinne der verfolgten städtebaulichen Zielsetzungen für das geplante hochwertige innerstädtische Quartier erforderlich. Im Rahmen des erstplatzierten Wettbewerbsbeitrags und des darauf aufbauenden Funktionsplans wurde ein grünordnerisches Konzept entwickelt, welches dann im Grünordnungsplan weiterentwickelt bzw. konkretisiert wurde.

#### Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Wesentliches Ziel des grünordnerischen Konzepts aus dem Wettbewerbsbeitrag und dem daraus entwickelten Funktionsplan ist die Integration eines möglichst großen Anteils an Bäumen im Bestand. Durch das Verfolgen dieser Zielsetzung wird zudem den Vorgaben von § 1a Abs. 3 BauGB entsprochen.

Entsprechend wurden auf Grundlage des vorliegenden Baumkatasters und einer ergänzenden Bestandsaufnahme vor Ort die zum Erhalt geeigneten und auch aus städtebaulicher Sicht erhaltenswerten Großbäume ermittelt. Danach erfolgte ein Abgleich mit den geplanten Gebäude- und Erschließungsstrukturen; so wurde der bereits im Siegerentwurf und im Funktionsplan enthaltene Vorschlag aufgegriffen.

Jedoch können aufgrund der zu geringen Abstände zu den Baulinien des MU 3 und dem Wegeausbau für die Fuß- und Radwege und die Feuerwehrzufahrten die erhaltenswerten Großbäume in den Bereichen Einmündung Max-Eyth-Straße / Lübecker Straße und östlich der May-Eyth-Straße nur teilweise erhalten werden. In den Innenhöfen der Baugebiete können aufgrund der Erhöhung des Geländeniveaus durch den entstehenden Wurzeldruck keine Bäume, wie im Funktionsplan dargestellt, erhalten werden. Soweit auch ansonsten eine Integration des erhaltenswerten Bestands möglich ist, werden diese Bäume zum dauerhaften Erhalt entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB festgesetzt.

#### Anpflanzung von Bäumen Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Durch die Pflanzgebote zu den öffentlichen Grünflächen (P1-4) wird eine differenzierte Gestaltung dieser Räume entsprechend des o. g. grünordnerischen Konzepts gesichert.

Durch die festgesetzten Baumpflanzungen in den Straßenräumen wird nach außen hin zur Lübecker Straße, zur Planstraße A und zur Werftstraße eine grüne Kante entsprechend der konzeptionellen Vorgaben geschaffen. Im Bereich der internen Verkehrsflächen zwischen zentralen Grünzug und den Quartiersrändern wird die stadträumlich verbindende Funktion dieser Wegeverbindungen gestalterisch unterstrichen.

Zudem bewirken die vorstehend aufgeführten grünordnerischen Maßnahmen einen anteiligen Beitrag zu dem nach den Anforderungen von § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. der Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes zu leistenden naturschutzfachlichen Ausgleichs.

Die für die Innenhöfe bzw. die private Grundstücksfläche im Bereich des MU 1a festgesetzten Baumpflanzungen (P6a-h) sind im Hinblick auf die mit der städtebaulich-landschaftsplanerischen Zielstellung des B-Plans für eine angemessene Freiraumgestaltung dieser Bereiche und da sich vorgenannte private Flächen zum zentralen Grünzug hin öffnen, auch zur Sicherung der Gestaltqualität für das gesamte Quartier erforderlich.

Unter Berücksichtigung der begrenzt zur Verfügung stehenden Freiflächen in den einzelnen Baugebieten und der bestehenden Nutzungskonkurrenzen (u. a. erforderliche Spielflächen für Kleinkinder, Flächen für Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr), bei gleichzeitiger Gewährleistung einer hochwertigen Gesamtgestaltung durch die grünordnerischen Festsetzungen des B-Plans insgesamt, ist es vertretbar, dass die Grünflächengestaltungssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock betreffend § 3 Abs. 1 im Geltungsbereich des B-Plans nicht anzuwenden ist.

Die Pflanzgebote werden auf Grundlage der Festsetzungsempfehlungen des zugehörigen Grünordnungsplans (GOP) entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB festgesetzt.

Detaillierte Erläuterungen zur Grünordnung können zudem dem zugehörigen GOP entnommen werden.

### 3.12.6 Zuordnungsfestsetzungen

Der B-Plan Nr. 10 W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ trifft Zuordnungsfestsetzungen gemäß § 9 Absatz 1a BauGB. Dazu wird zwischen erschließungsbedingtem und baubedingtem Eingriff unterschieden und die Eingriffsgrundstücke werden verortet.

Der ermittelte Kompensationsbedarf von 28.062 KFÄ [m²] unterteilt sich in einen erschließungsbedingten Kompensationsbedarf von 8.202 KFÄ [m²] und einen baubedingten Kompensationsbedarf von 19.860 KFÄ [m²]. Die Kompensationsmaßnahmen P2 (Anlage einer parkartigen Grünfläche) und P4a-c (Anlage parkartiger Grünfläche entlang des Kayenmühlengrabens) im Geltungsbereich mit 6.669 KFÄ [m²] werden den Eingriffsgrundstücken auf Verkehrsflächen, Planstraße E sowie den Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung im Erweiterungsbereich, mit 8.202 KFÄ [m²], zugeordnet. Somit verbleibt ein Kompensationsbedarf von 1.533 KFÄ [m²] für die Eingriffsgrundstücke auf genannten Verkehrsflächen. Der baubedingte Kompensationsbedarf kann mit der Maßnahme der Dachbegrünung (P9) in Höhe von 5.330 KFÄ [m²] verrechnet werden. Somit verbleibt ein Kompensationsbedarf von 14.530 KFÄ [m²] für den Eingriff auf den Baugrundstücken MU1, MU2, SO Parkhaus West und Gemeinbedarfsfläche KITA. Für den verbliebenen Kompensationsbedarf, insgesamt 16.063 KFÄ [m²], erfolgt die Abbuchung vom Ökokonto „Renaturierung der Carbak zwischen Riekdahler Weg und Verbindungsweg“, welche den Eingriffsgrundstücken auf den Verkehrsflächen der Planstraße E sowie den Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmungen im Erweiterungsbereich, mit 1.533 KFÄ [m²] und dem Eingriff auf den Baugrundstücken MU1, MU2, SO Parkhaus West und Gemeinbedarfsfläche KITA, mit 14.530 KFÄ [m²], zugeordnet wird.

### 3.13 Immissionsschutz

#### 3.13.1 Lärmschutz

Während des Aufstellungsverfahrens zu vorliegendem Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 ist zu prüfen, welche immissionsschutzrechtlichen Auswirkungen sich durch die mit dieser verfolg-

ten Planung ergeben und inwiefern Festsetzungen bzw. sonstige Maßnahmen im Sinne des Immissionsschutzes erforderlich werden. Entsprechend wurde bereits frühzeitig, auf Ebene des dem Bebauungsplan-Vorentwurf zu Grunde liegenden Funktionsplans, eine schalltechnische Untersuchung erstellt. Deren Aussagen werden auf die der Satzung zu Grunde liegende Zielstellung, die Baugebiete, abgesehen von dem der bestehenden Hochschule (MK1), des angrenzenden weiteren Baugebiets (MK 2) und der beiden Parkhäuser (Sonstige Sondergebiete), als urbane Gebiete festzusetzen, bezogen.

Im weiteren Verfahren der Planaufstellung, erfolgte eine vertiefende schalltechnische Untersuchung (Schalltechnisches Gutachten, Kohlen & Wendlandt, 18.02.2019), in deren Ergebnis konkrete Planungs- und Maßnahmenempfehlungen zur Herstellung eines angemessenen Immissionsschutzes für das geplante innerstädtische Quartier am Werftdreieck stehen.

Im Rahmen der Vorsorge bei der Bauleitplanung erfolgt üblicherweise eine Beurteilung anhand der Orientierungswerte gemäß Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“, wobei zwischen gewerblichem Lärm und Verkehrslärm unterschieden wird. Die DIN 18005, Teil 1 verweist für die Beurteilung von gewerblichen Anlagen auf die TA Lärm, so dass die Immissionen aus Gewerbelärm auf Grundlage der TA Lärm beurteilt werden. Die Beurteilung des Freizeitlärms erfolgt gemäß DIN 18005, Teil 1 auf Grundlage länderspezifischer Richtlinien. Dementsprechend wird die Freizeitlärm-Richtlinie des Landes Mecklenburg-Vorpommern herangezogen.

### **3.13.1.1 Beurteilung der Ausgangssituation**

Für vorliegende Planung ist von den Lärmarten Gewerbelärm, Verkehrslärm, sowohl was den Straßenverkehr als auch was den Schienenverkehr betrifft, sowie Freizeitlärm von Relevanz.

#### Gewerbelärm

Zur Beurteilung der Geräuschbelastung aus Gewerbelärm innerhalb des Plangebietes wurden die Beurteilungspegel an der vorgesehenen Bebauung innerhalb des Plangebietes ermittelt. Dabei wurden die an den Geltungsbereich des B-Plans angrenzenden gewerblich genutzten Flächen mit flächenbezogenen immissionswirksamen Ansätzen berücksichtigt.

Untersucht wurde zudem der nördlich angrenzende B-Plan Nr. 10.MI.138 mit den darin befindlichen gewerblichen Nutzungen. Die maßgebliche Lärmquelle (Tankstelle) wurde mit dem realen Betrieb angesetzt. Da die restlichen Betriebe die vergebenen Kontingente (IFSP) nicht ausschöpfen, ist noch Entwicklungsspielraum für gewerbliche Nutzungen in diesem B-Plan vorhanden. Außerdem wurden zwei weitere relevante gewerbliche Nutzungen (Buntmetallhandel, Feuerverzinkerei) identifiziert und mit ihren realen Betriebszuständen im Berechnungsmodell berücksichtigt. Für die übrigen, nordwestlich befindlichen Nutzungen wurden immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel von 60/50 dB(A)/m<sup>2</sup>, also die im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Emissionskontingente angesetzt.

Zudem werden in diesem nordwestlichen Bereich aufgrund der hohen Verkehrsvorbelastung Fassaden mit besonderem Regelungsbedarf festgeschrieben und ein deutlich erhöhter baulicher Schallschutz gefordert, der geeignet ist, die Überschreitung in Höhe von 2 dB(A) zu kompensieren.

Bei einer Festsetzung als urbanes Gebiet werden die jeweiligen Immissionsrichtwerte (63 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts) für den Tagzeitraum eingehalten. Im Nachtzeitraum wird der Immissionsrichtwert Nacht an der Westgrenze des Baufeldes MU 2a um bis 2 dB(A) überschritten. Diese Überschreitung kann toleriert werden und löst keinen Handlungsbedarf aus.

Die gewerblichen Nutzungen im Umfeld werden zudem im Regelfall nicht eingeschränkt. So lässt der Ansatz gemäß Schallimmissionsprognose darauf schließen, dass aufgrund ausreichend hoher Kontingente eine gewerbliche Nutzung durch die meisten Betriebsarten auf den jeweiligen Flächen auch weiterhin möglich ist. Damit bleibt die Zweckbestimmung eines Gewerbegebiets gewahrt. Zudem ist davon auszugehen, dass bestehende Nutzungen nicht an den Anforderungen des Genehmigungsrechts scheitern. Weiterhin kommen vorgenannte geringe Überschreitungen der Richtwerte bei Gewerbelärm nur bei dem selten eintretenden Ereignis gleichzeitiger Emission aller gewerblichen Nutzungen zum Tragen. In Anbetracht der bestehenden anderen erheblichen Belange, wie der Schaffung dringend benötigten Wohnraums und der schon aus Naturschutzgründen gebotenen baulichen Nachnutzung einer innerstädtischen Brachfläche, ist eine geringfügige Überschreitung der Richtwerte in seltenen Fällen abwägungsgerecht.

### Verkehrslärm

Im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung wurden die Belastungen aus Verkehrslärm berechnet. Dabei wurde der Straßenverkehrslärm auf den maßgeblichen Straßenabschnitten sowie die Bahnstrecke und die Straßenbahnstrecke berücksichtigt. Für den Ansatz der Straßenverkehrszahlen wurden aktuelle Prognose-Zahlen sowie Zahlen aus der „Fort-schreibung der Verkehrsuntersuchung Wohnen auf dem neuen Werftdreieck, Rostock“ (BBC Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft mbH, Stand 12.2016) verwendet. Für die Straßenbahn wurden Angaben des Betreibers und für die Bahnstrecke Angaben der Deutschen Bahn AG verwendet. Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgte auf Grundlage der Rechenregeln der RLS-90 für den Straßenverkehrslärm und der Anlage 2 der 16. BImSchV (2014) für den Schienenverkehrslärm.

Für urbane Gebiete sind derzeit noch keine Orientierungswerte in der DIN 18005 verankert. Nach inzwischen überwiegender Rechtsmeinung ist das Urbane Gebiet mit einem Mischgebiet (MI) vergleichbar, sodass ein Heranziehen der entsprechenden Orientierungswerte für ein Mischgebiet (60 dB(A) tagsüber und 50 dB(A) nachts) sachgerecht ist.

Geräusche des Straßenverkehrs, hervorgerufen durch die L 22 Lübecker Straße (~44.000 Kfz/d) im Süden, die Werftstraße (~20.000 Kfz/d) im Norden sowie die Planstraße A (~14.000 Kfz/d) im Osten sind maßgeblich immissionsbestimmend für das gesamte Untersuchungsgebiet. Im westlichen Teil des Plangebietes sind zusätzlich Schienenverkehrsgeräusche der westlich des Plangebietes gelegenen Bahnlinie Rostock-Warnemünde immissionsrelevant. Geräusche der Straßenbahn beeinflussen das Gesamtverkehrsgeräusch aus Straßenverkehr und Bahnlinie (Rostock-Warnemünde) nur unwesentlich.

Das Plangebiet ist allseitig von Verkehrswegen eingeschlossen und damit auch allseitig verlärm. An den Rändern des Plangebietes und hier insbesondere im Bereich Lichtsignalanlagen (LSA) geregelter Knoten werden die Schwellenwerte der Gesundheitsgefährdung an der Planbebauung mit bis zu  $L_{r,Tag/Nacht} = 73/65$  dB(A) erreicht und teilweise deutlich überschritten. Im Bereich der Bestandsbebauung südlich der Lübecker Straße werden mit Werten von  $L_{r,Tag/Nacht} = 76/68$  dB(A) noch einmal 3 dB(A) höhere Pegel erreicht. Letzteres erklärt sich aus dem, gegenüber der Neuplanung deutlich geringeren Abstand der Bestandsbebauung zur Lübecker Straße. Während der Abstand zwischen Planbebauung und L 22 ca. 35 m beträgt, beträgt der mittlere Abstand der L 22 von der Bestandsbebauung lediglich ca. 15 m.

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Bereich der Werftstraße im Norden des Plangebietes. Auch hier werden durch den Straßenverkehr Beurteilungspegel im Grenzbereich bzw. oberhalb der Schwellenwerte der Gesundheitsgefährdung erreicht. An LSA-geregelten Kreuzungen und Einmündungen erreicht der Beurteilungspegel Werte von  $L_{r,T/N} = 73/65$  dB(A) und damit ein ähnlich hohes Niveau wie an der L 22. Das Verkehrsaufkommen der Werftstraße ist zwar nur halb so groß wie das der L 22, jedoch beträgt der mittlere Abstand zwischen Straßenachse und der nächstgelegenen Baugrenze innerhalb des Plangebietes nur ca. 20 m und

ist damit deutlich geringer als der Abstand zwischen der Planbebauung und der L 22 an der südlichen Grenze des Geltungsbereiches.

**Schienenverkehrsgeräusche** der Bahnlinie Rostock-Warnemünde haben ihren Konflikt-schwerpunkt im Nachtzeitraum. Hier wird das Plangebiet bis zu einer Tiefe von ca. 180 m, bezogen auf die Gleisachse des Richtungsgleises Warnemünde (6325), mit über den MU-Orientierungswerten liegenden Beurteilungspegeln beeinträchtigt. Die höchsten Beurteilungspegel ergeben sich aufgrund des erhöhten Abstrahlverhaltens von Brücken im Nahbereich der Eisenbahnüberführung über die L 22. Hier treten Beurteilungspegel von Lr,Tag/Nacht = 65/63 dB(A) innerhalb des Baufeldes MU 1b auf. Der Tagzeitraum weist bezüglich des Bahnlärms ein deutlich geringeres Konfliktpotential auf. Die Konflikte beschränken sich auf einen 30 m breiten Korridor bezogen auf das Richtungsgleis Warnemünde (6325). Die höchsten Überschreitungen wurden wiederum für den Brückennahbereich ermittelt und beitragen hier an der Westgrenze des Baufeldes MU 1b 4 dB(A).

Geräuschemissionen der parallel zur L 22, zwischen L 22 und Planbebauung verlaufenden Straßenbahntrasse liegen überwiegend mehr als 10 dB(A) unterhalb des Summenpegels aus Straßenverkehr und Bahnlinie Rostock-Warnemünde und tragen damit nicht mehr relevant zum Gesamtverkehrsgeräusch bei.

#### Freizeitlärm

Von den Sport- und Freizeiteinrichtungen werden die Spielplätze für Kinder bis 6 Jahren im Bereich der privaten Innenhöfe nicht als untersuchungswürdig eingestuft. Gleiches gilt für den Spielplatz für die Altersgruppe der 7 bis 13-Jährigen im Bereich des zentralen Grünzugs und die weiteren beiden hier geplanten „Spielstationen“, da hier durch Festsetzungen des B-Plans ein Abstand von mindestens 20 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung gesichert werden kann.

Damit verbleibt als relevante Freizeiteinrichtung der auf der Dachfläche des Parkhauses Ost geplante Spielplatz für die Altersgruppe der 14 bis 19-Jährigen in einer Größe von 500 bis 800 m². Hier erfolgt voraussichtlich eine Umsetzung als multifunktionales Spielfeld für diverse Ballsportarten, in der Größe von ca. 14 auf 26 m (Richtmaß für Basketball-Spielfeld) zuzüglich Randzonen.

Der Spielplatz für die Altersgruppe 14 bis 19 Jahre führt ohne Lärminderungsmaßnahmen zu Richtwertüberschreitungen bis zu 4 dB(A) in den Baufeldern MK 1, MK 2 und MU 8b. Hier ist zu berücksichtigen, dass in vorgenannten Baugebieten eine dauerhafte Wohnnutzung ohnehin ausgeschlossen ist. Sofern aber sonstige schutzbedürftige Nutzungen in den betroffenen Bereichen nicht generell ausgeschlossen werden können, sind Lärmschutzmaßnahmen dennoch erforderlich. Ggf. notwendige Beschränkungen der Nutzungszeiten werden i. R. d. Baugenehmigung geprüft.

#### **3.13.1.2 Alternativenprüfung zu möglichen Schallschutzmaßnahmen**

Die vorausgehende Bestandsbewertung hat aufgezeigt, dass die vom Verkehr verursachten Immissionen maßgeblich für die nachfolgende Maßnahmenbetrachtung sind.

Um eine immissionsschutzrechtlich genehmigungsfähige Lösung zu erreichen, wurden unterschiedliche Lärmschutzmaßnahmen auf ihr Minderungspotential, aber auch in Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit untersucht.

Dabei wurde einem 3-stufigen Prüfschema

- Trennung der unverträglichen Nutzungen,
- aktiver und städtebaulicher Schallschutz und
- passiver Schallschutz



gefolgt.

#### Räumliche Trennung

Als erste Möglichkeit, zur Realisierung eines hinreichenden Immissionsschutzes wird geprüft, inwieweit ein Abrücken der geplanten Wohnbebauung und in gleicher Weise schutzbedürftiger Nutzungen von der Lärmquelle einen hinreichenden Lärmschutz gewährleisten kann. Durch eine Abstandsverdopplung zu den vorhandenen Verkehrswegen wären im Bereich der zum jeweils nächstgelegenen Verkehrsweg befindlichen Baugrenze Pegelminderungen von 3 dB(A) erreichbar. Bezogen auf die L 22 müsste der mittlere Abstand der südlichen Baugrenze der Baufelder MU 7a und 8a damit von ca. 40 m auf 80 m steigen um eine Pegelminderung von 3 dB(A) zu erreichen. Gleiches gilt für die Werftstraße und die Planstraße A.

Bereits bei einer Abstandsvergrößerung in vorstehendem Umfang wäre das verfolgte städtebauliche Konzept, einer verdichteten an den äußeren Hauptverkehrsstraßen ausgerichteten, Bebauung mit den besonderen Qualitäten des durchgängigen, zentralen Grünzugs und den zu diesem hin geöffneten Innenhöfen nicht mehr realisierbar. In Anbetracht der erheblich höheren Überschreitung der Orientierungswerte von bis zu 12 dB(A) würde zudem vorbebeschriebene Abstandsvergrößerung keinen hinreichenden Beitrag zum Schallschutz bieten; andere wirkungsvollere Maßnahmen wären unerlässlich. Eine räumliche Trennung kann entsprechend weder den Lärmkonflikt lösen noch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Die Rückstellung des Trennungsgebotes enthält damit implizit die Verpflichtung gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse durch andere geeignete bauliche und technische Anlagen/Vorkehrungen zu erreichen.

#### Verkehrsrechtliche Maßnahmen

Durch eine Verringerung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h im Bereich der L 22, der Werftstraße und perspektivisch auch im Bereich der Planstraße A, kann die Verkehrsräuschimmission innerhalb des Plangebietes um ca. 2,5 dB(A) verringert werden. Geschwindigkeitsbeschränkungen sind nicht Gegenstand der Festsetzungen des Bebauungsplanes. Nur bereits angeordnete Geschwindigkeitsbeschränkungen können in schalltechnischen Berechnungen Berücksichtigung finden, sofern die Anordnung dauerhaft ist.

Die Umsetzung einer Geschwindigkeitsbegrenzung ist immissionsschutzrechtlich sinnvoll und wünschenswert. In Anbetracht der erheblichen Bedeutung der L 22 als wesentlicher Bestandteil des Hauptstraßennetzes, ist eine dauerhafte Geschwindigkeitsreduzierung kaum zu rechtfertigen. Zudem steht die zu erzielende Verbesserung der Immissionssituation von ca. 2,5 dB(A) in einem ungünstigen Verhältnis zu den Nachteilen für den Verkehrsfluss bzw. die Leistungsfähigkeit des Verkehrs. In Anbetracht der gegebenen Ausgangssituation mit weit höheren Überschreitungen der maßgeblichen Orientierungswerte, wäre eine entsprechende Geschwindigkeitsreduzierung zudem nur als eine ergänzende Maßnahme neben anderen, wirkungsvolleren Maßnahmen geeignet.

#### Lärmarme Fahrbahnbeläge

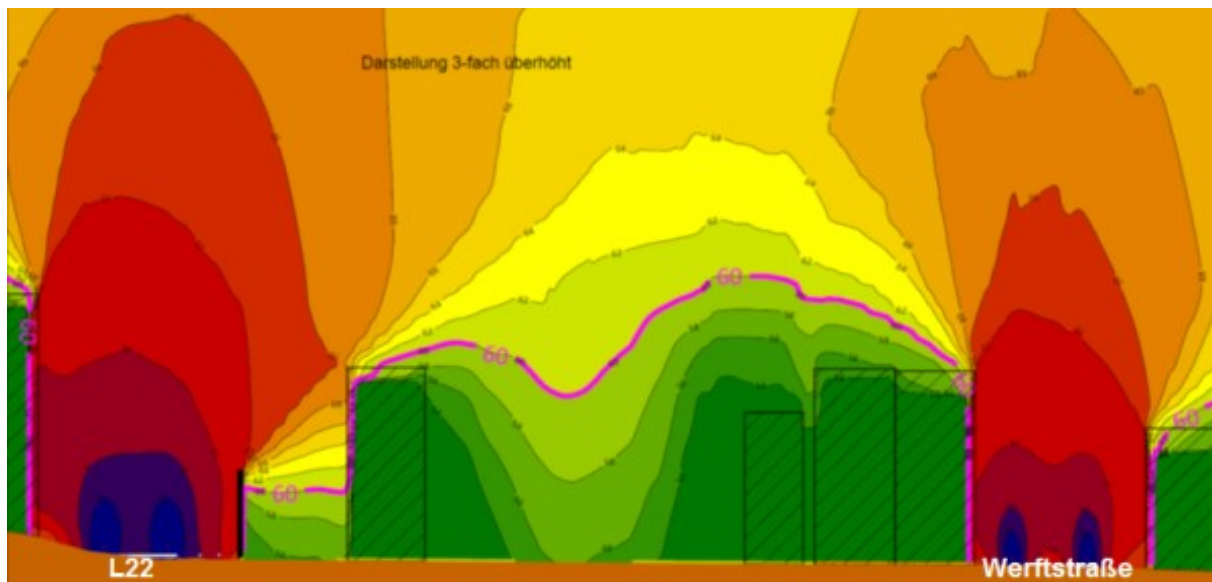
Der Einbau eines lärmarmen bzw. lärmoptimierten Asphalts ist bereits Bestandteil des Lärmminimierungskonzeptes der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Das Lärmminimierungspotenzial lärmarmer bzw. lärmoptimierter Fahrbahnbeläge (SMA, SMA LA, LOA 5D, DSH-V) beträgt für PKW für innerstädtische Fahrzeuggeschwindigkeiten von kleiner 60 km/h derzeit ca. 3-5 dB(A). Die erreichbare Pegelminderung für Lkw liegt in der Regel deutlich niedriger. Die für den Fahrzeugmix aus PKW und LKW erreichbare reale Pegelminderung beträgt nach Auffassung des Gutachters nicht mehr als ca. 2-3 dB(A). In der RLS-90 sind den lärmarmen bzw. lärmoptimierten Fahrbahnoberflächen bei Geschwindigkeiten bis 60 km/h keine negativen Korrekturwerte zugeordnet. Eine formale rechnerische Berücksichti-

gung der Lärminderungswirkung ist damit nicht möglich. Damit ist eine Berücksichtigung dieser Maßnahme im Schallschutzkonzept des vorliegenden B-Plans nicht möglich.

Eine Maßnahmenkombination aus Tempo 30 und lärmarmen bzw. lärmoptimierten Asphalt ist wenig sinnvoll, da die Geschwindigkeitsverringerung den primär auf Rollgeräuschminderung ausgerichteten Effekt des lärmarmen Straßenbelages minimiert und u.U. sogar völlig neutralisiert. Im Ergebnis würde die erreichte Verbesserung näherungsweise dem Lärminderungspotential der Geschwindigkeitsbegrenzung entsprechen.

#### Lärmschutzbauwerke am äußeren Quartiersrand

Damit eine Lärmschutzwand akustisch möglichst optimal wirken kann, muss sie einerseits möglichst nah an der Emissionsquelle, alternativ auch am Immissionsort angeordnet werden. Sie muss auch ausreichend lang und hoch sein und darf in ihrem Verlauf keinen signifikanten Öffnungs- oder Lochanteil aufweisen. Hinsichtlich der Bauwerkshöhe gilt, ein Lärmschutzbauwerk ist nur dann immissionswirksam, wenn es zumindest die Sichtverbindung zwischen Emissionsquelle und Immissionsort unterbricht.



**Abbildung 15: Schnitt LSW mit 5 m Höhe in 3-facher Überhöhung,** Quelle: Schalltechn. Gutachten K&W 02.2019)

Aufgrund der am Standort beabsichtigten höheren Bebauung, welche auch am äußeren Siedlungsrand in der Regel 4 bis 5 Geschosse betragen soll, müsste eine Lärmschutzwand, sollte sie auch in den oberen Geschossen Wirkung entfalten können, in ähnlicher Höhe wie die zu schützende Bebauung realisiert werden. Neben dem kaum vertretbaren konstruktiven und wirtschaftlichen Aufwand, würden entsprechende Schallschutzbauwerke das Stadtbild in nicht vertretbarer Form negativ beeinträchtigen. Die mit dem verfolgten Planungskonzept eines urbanen Gebiets verfolgte Verknüpfung mit den umliegenden Stadtquartieren, einschließlich der vorgesehenen Grünverknüpfungen, ginge verloren. Da die Schallschutzwände zudem weitgehend durchgehend gestaltet werden müssten, würden die Erschließung des Quartiers mit Anwohnerverkehr sowie Ver- und Entsorgungsfahrzeugen ungebührlich eingeschränkt. Die Durchquerung des Quartiers durch Fußgänger- und Radfahrer würde ebenfalls entgegen der verfolgten städtebaulichen Leitidee nur noch eingeschränkt möglich sein.

Dagegen würde bei einer Beschränkung auf eine konstruktiv und wirtschaftlich machbare und stadtgestalterisch weniger störende Höhe, so wurde in den vorliegenden Schallschutzgutachten eine Höhe von 6,0 bis 7,0 m über GOK untersucht, nur ein hinreichender Schallschutz für höchstens die unteren beiden Geschosse erreicht. Die höchsten Pegelminderun-

gen mit bis zu 11 dB(A) wurden für die Erdgeschosssebene ermittelt. Hier sind jedoch überwiegend weniger sensible gewerbliche Nutzungen geplant. Im Bereich der Kreuzung Planstraße A/L 22 ist die erreichbare Pegelminderung infolge der notwendigen Wandöffnung deutlich geringer. Im Bereich der primär in den Obergeschossen geplanten Wohnnutzungen ist die Pegelminderung im 3. OG mit 2 bis 5 dB(A) für Betroffene durchaus wahrnehmbar, doch für sich allein betrachtet nicht ausreichend, um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewährleisten. In besonders kritischen Bereichen (Kreuzung L 22/Planstraße A) wären die rechtlich anerkannten Schwellenwerte der Gesundheitsgefährdung (70/60 dB(A)) im Einzelfall immer noch überschritten. Für eine deutlich größere Anzahl von Fällen wären auch die Richtwerte der Lärmaktionsplanung von tags 65 dB(A) und nachts 55 dB(A) überschritten. Die o.g. funktionalen Einschränkungen würden sich auch bei Realisierung einer niedrigen Lärmschutzwand ergeben.

Im Bereich der Werftstraße und der Planstraße A sind Lärmschutzbauwerke auch ohne rechnerischen Nachweis unter Berücksichtigung der Schallfeldgeometrie (hoch liegende Immissionsorte), des Platzbedarfs und der notwendigen mehrfachen Öffnung der Bauwerke im Bereich von Einmündungen objektiv nicht als Lärmschutzmaßnahme geeignet.

Im Ergebnis der Prüfung kommt eine Konfliktbewältigung durch Lärmschutzbauwerke aus stadtgestalterischen, funktionalen sowie wirtschaftlichen Überlegungen gleichermaßen nicht in Frage.

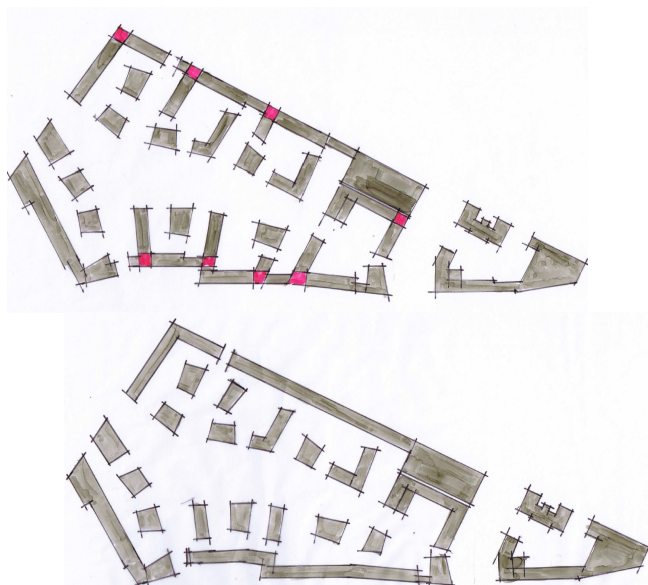
#### Optimierung der Bebauungsstruktur aus akustischer Sicht durch Schließung der äußeren Gebäudefluchten

Weiterhin wird die konsequente Schließung der Bebauung nach außen hin, zu den stark befahrenen Straßenzügen der L 22 Lübecker Straße, der Werftstraße und perspektivisch auch der Planstraße A sowie gegenüber der Bahnstrecke am südwestlichen Rand des Plangebiets untersucht.

Im Gegensatz zu der städtebaulichen Struktur des Siegerentwurfs aus dem städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerb und dem darauf aufbauenden Funktionsplan, werden die Straßenöffnungen nach außen, soweit funktional machbar, geschlossen. Die Öffnungen im Bereich der bisherigen Max-Eyth-Straße können dabei aufgrund des hier verlaufenden Mischwassersammlers und des wiederhergestellten Kayenmühlengrabens nicht geschlossen werden. Zudem sind an den Einfahrten der Planstraßen B und C aufgrund der gegebenen Erschließungsfunktion Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer unerlässlich. Diese werden in Form von tunnelartigen Bauwerken realisiert, deren Ausgestaltung gewährleistet, dass die durch die Lärmschutzwand zu erzielende Wirkung erhalten bleibt. Dies kann durch Auskleidung der Tunnelwände mit lärmabsorbierenden Materialien und bei Bedarf zusätzlich durch gegeneinander Versetzte Ein- und Ausgänge erzielt werden. Das Ziel dieser weitgehend lärmrobusten Bauungsstruktur besteht

- in einer weitgehenden Abschirmung der nachgelagerten Bauflächen, d.h. der Schaffung ruhiger Fassaden an den nachgelagerten Baukörpern sowie
- in der Schaffung lärmabgewandter, ruhiger Fassadenbereiche am äußeren Gebäuderiegel selbst.

Die äußeren, dem Verkehrslärm zugewandten Fassaden haben bei vorliegender Variantenbetrachtung konzeptbedingt keinen Schallschutz aus der Struktur heraus; dies gilt infolge der unverzichtbaren Öffnungen im äußeren Gebäuderiegel auch für die entsprechenden an die Öffnungen anschließenden Fassaden. Durch die Festsetzung von lärmabgewandten Gebäudegrundrissen, bei denen nicht schutzbedürftige Aufenthaltsräume der „lauten“ Fassade und schutzbedürftige Aufenthaltsräume der „ruhigen“ Fassade zugeordnet werden, kann für schutzbedürftige Nutzungen innerhalb der Riegelbebauung bzw. im Bereich der nachgelagerten Bebauung der erforderliche Lärmschutz erreicht werden.



**Abbildung 18: Baustruktur mit geschlossenen Gebäuderiegel, ohne und mit abgerückter hinterer Bebauung** (Quelle: wagner Planungsgesellschaft 2019)

Neben vorstehenden Einschränkungen bei der Herstellung des Lärmschutzes stehen gewichtige überwiegende städtebauliche Gründe gegen diese Variante der Konfliktbewältigung. Das neue Wohnquartier schirmt sich, wie auch schon bei der Variante mit den Lärmschutzwänden gegenüber dem Umfeld stark ab. Die funktionalen Verbindungen bzw. Verknüpfungen werden durch die geschaffenen durchgehenden Außenkanten zudem geschwächt. Insbesondere die funktionale Qualität der Versorgungsstruktur längs der Planstraße F geht in Folge der Abriegelung verloren. Dies ist nicht im Sinne der Zielsetzung der Schaffung eines innerstädtischen Quartiers mit Läden, Dienstleistung, Kleingewerbe, Gastronomie- sowie Bildungs- und sonstigen gemeinorientierten Angeboten, welche auch die umliegenden Stadtquartiere mit versorgen sollen. Die im Konzept verfolgten stadträumlich-landschaftsplanerischen Verknüpfungen werden durch eine komplett geschlossene Außenkante ebenfalls unterbunden. So wird die Wirkung des durchgehenden zentralen Grünzugs gemindert, ebenso die Wirkung des Grünzugs um den Kayenmühlengraben. Die durch großkronige Bäume begrüneten Straßenräume fungieren nicht mehr als Bindeglieder in die umliegenden Quartiere.

Bei Schließung der Straßendurchlässe und ansonsten Beibehaltung der Baustruktur ergeben sich ungünstige große Gebäudezonen, die nur zur Lübecker bzw. Werftstraße hin Fenster ausbilden können. Diese Zonen durchgehend für Nichtwohnzwecke zu nutzen, gibt das vorliegende Nutzungskonzept nicht her.

Beim Abrücken der dahinterliegenden Gebäude wird vorstehender Nachteil vermieden, aber dafür geht eine der zentralen Gestaltungsideen des städtebaulichen Konzepts und eines der alleinstellenden stadträumlichen und sozialen Qualitäten, die Ausbildung der sich um Innenhöfe gruppierenden Teilquartiere, verloren.

Im Ergebnis der Betrachtung sind die Nachteile für andere städtebauliche Belange, insbesondere was die Erschließungsfunktion, die städtebauliche Integration des Quartiers ins Umfeld sowie die stadträumlichen und nutzungsspezifischen Qualitäten im Inneren betrifft, gravierend. Eine Schallschutzwirkung ist zudem für sämtliche Außenfassaden und für diejenigen an den unvermeidlichen Schalleinfallstoren nicht gegeben, sodass insgesamt diese Variante der Konfliktbewältigung nicht zu favorisieren ist.

### Reflexionsoptimierte Fassaden

Durch reflexionsoptimierte Fassaden kann der Pegel in „Innenhofbereichen“ mit straßenseitiger Öffnung realistisch um ca. 2 dB(A) reduziert werden. Reflexionsoptimiert bedeutet

- der Fensterflächenanteil wird weitestgehend minimiert,
- die Fassade wird teilweise stark strukturiert und gegliedert und
- die Fassade wird zusätzlich teilweise absorbierend ausgeführt bzw. gestaltet.

Da am Markt kaum kommerzielle Lösungen / Produkte für absorbierende Außenfassaden angeboten werden, sind die gestalterischen Möglichkeiten für derartige Maßnahmen stark eingeschränkt.

Aufgrund des vergleichsweise geringen Minderungspotentials und der starken gestalterischen Einschränkungen wurde die Maßnahme für die Festsetzungsempfehlungen nicht berücksichtigt. Es wird jedoch seitens des Gutachters empfohlen, die Fassaden möglichst stark zu gliedern und zu strukturieren und sofern möglich, auch absorbierend auszuführen, um die Streu- und Absorptionsverluste zu maximieren.

### Teilabschirmungen von Fassadenbereichen

Teilabschirmungen von Fassadenbereichen durch „kurze Wände“ (z.B. Gebäudeverlängernde Schwerter oder Balkonstrukturen) entfalten lediglich eine kleinräumige Wirkung und bewirken bis max. 5-7 m hinter der Maßnahme signifikante Pegelminderungen von >3 dB(A). Die letztendlich erreichbare Pegelminderung ist von einer Reihe von Faktoren abhängig und bleibt einem auf den konkreten Einzelfall angepassten Fachbeitrag vorbehalten. Gleiches gilt für die Abschirmung von Fassaden mit vorgelagerten Balkonen und Loggien mit überhöhter Brüstung. Pegelminderungen von 4 dB(A) sind bei geschlossener und i.d.R. überhöhter Brüstung, abhängig von der Schallfeldgeometrie, erreichbar, entziehen sich aber einer allgemeinen Festsetzung.

Aufgrund der o.g. begrenzten Wirkung stellt diese Maßnahme keinen erheblichen Beitrag zur Konfliktbewältigung dar und wird entsprechend nicht weiter verfolgt.

### Besondere Fensterkonstruktionen oder Maßnahmen vergleichbarer Wirkung

Unter dem Begriff „besondere Fensterkonstruktionen“ sind ausschließlich Maßnahmen zu verstehen, die sich auf das Fenster selbst beziehen. Ein typisches Beispiel ist das so genannte HafenCity-Fenster. Zu den „Maßnahmen vergleichbarer Wirkung“ zählen typischerweise belüftete verglaste Vorbauten (z.B. Balkone, Loggien, Wintergärten), belüftete Laubengänge, Prallscheiben und Vorhangfassaden.

Vorstehende Maßnahmen schützen nur partiell einzelne Wohnungen bzw. Fassadenteile und tragen nicht zu einer Verhinderung des Schalleintrags in das Quartier und damit auch nicht zu einer Verbesserung der Schallimmissionssituation in den Freibereichen bei. Zudem ist der wirtschaftliche Aufwand groß und diese Maßnahmen sind mit erheblichen bauphysikalischen Nachteilen verbunden.

Im Ergebnis bewirken vorstehende gebäudebezogenen Maßnahmen alleine keine hinreichende Konfliktbewältigung. Sie werden aber als mögliche ergänzende Maßnahmen weiter betrachtet.

### Fazit der Alternativenbetrachtung

Auf der Suche nach einer Lösung wurden in der Zusammenarbeit zwischen den Fachämtern der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, dem B-Planer und dem Investor unterschiedliche, vom „Fiktiventwurf vollständige Abriegelung“ abweichende Lösungen auf ihre immissionschutzrechtliche Realisierbarkeit geprüft. Im Endergebnis der Prüfung und nach Vorprüfung

der Verträglichkeit nichtakustischer planerischer Belange wie Verkehrserschließung, Brandschutz und Städtebau wurde die nachfolgend als „Vorzugsvariante“ bezeichnete Lösung gefunden, die gegenüber dem ursprünglichen erstplatzierten Entwurf folgende Änderungen berücksichtigt:

- Erhöhung der Gebäude MU 3a, MU 7a und MU 8a und Festsetzung von Mindesthöhen für die straßennahe Riegelbebauung an der L 22, Werftstraße und Planstraße A. Die Gebäude MU 3a, MU 7a und MU 8a erhalten ein zusätzliches Staffelgeschoss. Die ursprüngliche Bauhöhe wird von 15,5 m bezogen auf GOK auf 18,5 m angehoben. Ziel ist der weitergehende Schutz der innenliegenden Baukörper, insbesondere der Fassaden von Baukörpern mit Orientierung zur L 22.
- Schließung der Fassadenfront entlang der L22 zwischen den Gebäuden im MU 3a/MU7a und MU 7a/MU8a durch eine geschosshohe, transparente Wand sowie Schließung der Baulücken zwischen den Baugebieten MU 8a/MU8b. Durch den gesamtheitlichen Lückenschluss soll ein Schalleintrag in das Innere des Plangebietes über die Baulücken an der L 22 weitestgehend vermieden werden. Infolge des Lückenschlusses ergeben sich im Bereich der Giebelfassaden bzw. der rückwärtigen Fassaden der Gebäude im MU 8b, MU 7a und MU 3a, aber auch im Bereich der zur L 22 orientierten Fassaden der Gebäude MU 3a/b, MU 6b, MU 7a/b und MU 8a/b signifikante Pegelminderungen. Als signifikante Pegelminderung wird eine spürbare Pegelminderung von mindestens 3 dB(A) angesehen. Die höchsten Pegelminderungen werden dabei im Bereich hinter den Wänden, an den Giebeln und teilweise auch Längsfassaden der Gebäude im MU 7a, MU 8a und MU 8b erreicht. Im Bereich des Westgiebels des Gebäudes im MU 7a wird durch Reflexion an der lückenschließenden Wand der Beurteilungspegel um 2 dB(A) erhöht. Hier muss ggfs. durch absorbierende Wandoberflächen gegengesteuert werden.
- Begrenzung der Maximalhöhen der innenliegenden Bebauung; dadurch soll ein Herausrücken der Obergeschosse aus dem Schallschatten des Gebäuderiegels unterbunden werden.

Die einzelnen Maßnahmen sind unter nachfolgendem Punkt 3.13.3 eingehend erläutert.

### **3.13.1.3 Begründung der Festsetzungen zum Schallschutz**

#### Ausschluss der dauerhaften Wohnnutzung in stark belasteten und schwer abzuschirmenden Teilbereichen

Der relativ kleine Bereich östlich der Planstraße A ist dreiseitig von stark befahrenen Hauptverkehrsstraßen umgeben, was zu durchweg erheblichen Überschreitungen der anzusetzenden Orientierungswerte an den Außenfassaden führt. Zudem lässt sich für diesen aufgrund der Bestandsituation mit dem ehemaligen unter Denkmalschutz stehenden Kasinogebäude der Werft sowie den gegebenen Besitzverhältnissen und teilweise divergierenden Interessen der einzelnen Eigentümer keine geschlossene Baustruktur absichern, sodass es auch an den dem Straßenraum abgewandten Fassaden zu erheblichen Überschreitungen der Orientierungswerte kommt. Im Ergebnis sind mit von der Rechtsprechung anerkannten Maßnahmen die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen an Schlafräume (hier muss zumindest ein für das Schlafen geeigneter Innenraumpegel bei teilgeöffnetem Fenster möglich sein) auch an der den Schallquellen abgewandten Fassaden nicht zu erfüllen. Im Ergebnis erfolgt daher der Ausschluss für jegliches dauerhaftes Wohnen (Festsetzung als MK mit generellem Ausschluss jeglicher dauerhafter Wohnnutzung). Die Bereiche 1b und 8b der urbanen Gebiete 1a/b und 8a/b sind aufgrund der exponierten Lage der Baufenster und der hierdurch nicht möglichen baulichen Abschirmung gleichfalls mit Lärmpegelwerten beeinflusst, welche den Ausschluss der dauerhaften Wohnnutzung erfordern. Entsprechend erfolgt auch für diese Teilfläche der besagten Baugebiete ein entsprechender Ausschluss.

### Verbesserung der äußeren Lärmschutzstruktur durch abgestimmte Höhenfestsetzungen und teilweise Schließung von Zuwegungen durch Schallschutzelemente

Der die lärmverursachenden Verkehrswege begleitende äußerer Gebäuderiegel soll nicht nur dessen lärmabgewandte Fassaden schützen sondern nach Möglichkeit auch den Schalleintrag gegenüber der dahinterliegenden Bebauung verhindern. Aufgrund der Besonderheiten der Schallausbreitung ist für einen hinreichenden Schallschutz der rückwärtigen Bebauung abzusichern, dass hier die Gebäudehöhen diejenigen des vorderen Gebäuderiegels nicht wesentlich übersteigen. Dazu erfolgt in allen Baugebieten westlich der Planstraße A eine aufeinander abgestimmte Festsetzung von minimalen Gebäudehöhen für den äußeren Gebäuderiegel und von maximal zulässiger Höhe für die dahinterliegende Bebauung. Die „Punkthäuser“ im Bereich der Baugebiete MU 3 und MU 7 werden auch bis zu den als Staffel zulässigen 6. Obergeschossen von vorgelagerter Schallschutzstruktur mit abgeschirmt.

Weiterhin werden die Öffnungen in der Baustruktur, bei denen eine kontinuierliche Befahrbarkeit mit Versorgungs-, Liefer- und Rettungsfahrzeugen nicht erforderlich ist bzw. bei denen, anders als im Falle der Planstraße F nicht mit einem großen Aufkommen an Radfahrern und Fußgängern zu rechnen ist, durch transparente Schallschutzkonstruktionen geschlossen. Die Höhe dieser Schallschutzelemente muss zwecks Abschirmung der rückwärtigen Bebauung der festgesetzten Mindesthöhe für den äußeren Gebäuderiegel (28,0 m über NHN) entsprechen bzw. einen Überdeckungsbereich von 30 cm oberhalb des obersten Fensters aufweisen. Zur Minimierung negativer gestalterischer Auswirkungen dieser Schallschutzelemente wird eine entsprechende örtliche Bauvorschrift zu deren Ausgestaltung erlassen (siehe dazu Punkt 3.14.3 der Begründung).

Um dennoch eine Passierbarkeit für Fußgänger und Radfahrer zu ermöglichen, werden für diese Gruppen Öffnungen in den Lärmschutzbauwerken zugelassen. Dabei wird aber im Sinne des uneingeschränkten Erhalts des Schallschutzes festgesetzt, dass deren Gestaltung so zu erfolgen hat, dass die durch die Lärmschutzwände vorgesehene Schalldämmung insgesamt eingehalten wird. Dies kann z. B. durch Tunnelbauwerke mit schallabsorbierender Ausgestaltung der Tunnelwände erfolgen. Ebenfalls ist für den Fall, dass eine Befahrung der Lärmschutzwände mit Entsorgungsfahrzeugen infolge der letztendlichen Anforderungen des Abfallentsorgungskonzeptes erforderlich wird, der Einbau von entsprechend dimensionierten Toren zulässig. Hier wird aber gleichfalls im Hinblick auf den uneingeschränkten Erhalt des erforderlichen Schallschutzes deren Gestaltung vorgeschrieben.

Die Öffnungen zwischen den Baublöcken an den Planstraßen B und C können aufgrund der erforderlichen Verkehrserschließungsfunktion nicht geschlossen werden. Bei den Öffnungen im Bereich der Planstraße D sind wichtige Hauptleitungstrassen, insbesondere ein großdimensionierter Mischwassersammler, welcher nicht verlegt werden kann, sowie die konzepttragende Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens beachtlich. Diese Infrastrukturen lassen schon aus Gründen der Betriebssicherheit und Wartung keine Überbauung und damit auch keine Schließung des äußeren Gebäuderiegels zu. Weiterhin ist eine Schließung am östlichen Ende des zentralen Grünzugs nicht möglich, da auf der Planstraße F aber auch im Bereich der südlich parallel zu dieser verlaufenden Fußgängerzone ein erhebliches Aufkommen an Fußgängern und Radfahrern zu erwarten ist, deren Passieren durch einen möglichen Durchgang nicht hinreichend gesichert werden kann. Zudem führt ein Abriegeln selbst durch eine transparente Lärmschutzwand zu erheblichen Nachteilen unter stadtgestalterischen Gesichtspunkten.

### Regelungen zur Grundrissgestaltung

Selbst bei Umsetzung vorbeschriebener Maßnahmen zur Qualifizierung des äußeren Gebäuderiegels im Sinne der Lärmabschirmung, verbleiben in Teilbereichen der Fassaden bei den Lärmpegeln erhebliche Überschreitungen der anzusetzenden Orientierungswerte sowohl für den Tag- wie auch für den Nachtzeitraum.

Das Ziel der Grundrissregelung besteht nun darin, dass in den Bereichen, in denen die Baustruktur das zulässt, möglichst alle Aufenthaltsräume zu lärmabgewandten, ruhigen Fassaden orientiert werden. In Bereichen, in denen dies nicht möglich ist, sind zumindest die nachgenutzten Räume ~~Schlaf~~räume (wie Kinder- oder Schlafzimmer) zwingend zur ruhigen Seite hin zu orientieren, um einen gesunden Nachtschlaf auch bei geöffnetem Fenster gewährleisten zu können. Aufgrund der verfolgten Baustruktur gibt es Ecksituationen, insbesondere zur Werftstraße und an den Quartierseingängen des Kayenmülengrabens, an denen ausschließlich lärmorientierte Fassaden bestehen. Um in diesen Bereichen die Einordnung von Wohnungen überhaupt zu ermöglichen, ist für Wohneinheiten, welche 2 verlärmte Fassaden aufweisen, statthaft, dass nur mindestens die Hälfte der Schlaf- oder Kinderzimmer zur lärmabgewandten Fassade orientiert werden. Für die anderen Schlaf- oder Kinderzimmer ist der nachfolgend dargelegte erhöhte Schallschutz durch besondere baukonstruktive Maßnahmen erforderlich.

Aufgrund der sehr hohen Lärmbelastung, die allseitig auf das Plangebiet einwirkt, besteht der Anspruch auf den lärmabgewandten Seiten, ein möglichst hohes Schutzniveau zu erreichen. Dieses zielt insbesondere auf den sensiblen Nachzeitraum und die entsprechend zu schützenden Schlaf- und Kinderzimmer ab. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind in einem hier vergleichbar heranzuziehenden Mischgebiet gegeben. Der schalltechnische Orientierungswert gemäß DIN 18005-1/Bbl. 1:1987-05 für den Nachzeitraum beträgt 50 dB(A) in Mischgebieten und stellt hier den Maßstab für die Qualität der Lärmabgewandten Seite dar. Für diese Fassaden ist davon auszugehen, dass die Belüftung des Raumes im Nachzeitraum durch ein teilgeöffnetes Einfachfenster erfolgen kann. Die lärmabgewandten, ruhigen Fassaden mit Beurteilungspegeln unter 50 dB(A) sind im Beiplan der Satzung (Teil A) festgesetzt.

#### Festsetzungen zu besonderen baukonstruktiven Maßnahmen

Im Falle der vorstehend dargelegten Zulässigkeit der Orientierung eines Teils der Schlaf- oder Kinderzimmer zur verlärmten Seite in besonderen städtebaulichen Situationen, muss auf bauliche Maßnahmen wie vorgehängte Fassaden bzw. Vorbauten wie z. B. verglaste Loggien, Balkone, Wintergärten und Laubengänge oder „Maßnahmen gleicher Wirkung“ zurückgegriffen werden, die ihrerseits gewährleisten, dass nachts auch bei geöffnetem Fenster ein ~~nach~~ für den Nachtschlaf verträglicher Innenpegel erreicht wird.

Unter dem Begriff „besondere Fensterkonstruktionen“ sind ausschließlich Maßnahmen zu verstehen, die sich auf das Fenster selbst beziehen. Ein typisches Beispiel ist das Hafencity-Fenster. Zu den „Maßnahmen vergleichbarer Wirkung“ zählen typischerweise

- belüftete verglaste Vorbauten (z.B. Balkone, Loggien, Wintergärten) u. Vorhangfassaden,
- belüftete Laubengänge und
- Prallscheiben.

Vorstehende Maßnahmen erfüllen die erforderlichen Schallschutzanforderungen bereits bei Einfachverglasung und sofern sie vollständig schließbar ausgeführt werden. Bei einem teilgekippten Fenster ist eine Pegelminderung von 15 dB(A) erreichbar, wodurch auch der höchste zu erwartende, an einer ermöglichten Wohnnutzung im Plangebiet auftretende Außenlärmpegel auf < 50 dB(A) gemindert wird.

Für den Schutz von sonstigen Wohnräumen an Fassaden mit erheblicher Verlärmung, hier wird angenommen, dass bei einem Beurteilungspegel von > 63 dB(A) tags, eine Wohnnutzung mit der ihr zukommenden Erholungsfunktion nicht mehr gesichert ist, besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Dabei handelt es sich um die Fassaden, die zu den bestehenden bzw. geplanten Hauptverkehrsachsen beziehungsweise an daran angrenzenden ungeschützten Quartierseingängen liegen. Für diese Fassaden werden fensterunabhängige aktive schallgedämmte Lüftungseinrichtungen festgesetzt. Damit ist eine angemessene Raumbelüftung



auch ohne das Öffnen der Fenster möglich. Die erheblich verlärmten Fassaden mit entsprechendem Regelungsbedarf werden im Beiplan zur Satzung (Teil A) entsprechend festgesetzt.

Zudem besteht bei Büroräumen und sonstigen Nichtwohnnutzungen mit vergleichbarer Schutzbedürftigkeit, wie z. B. Arztpraxen oder Bildungseinrichtungen ebenfalls das Erfordernis, einen angemessenen Schallschutz zu gewährleisten. Im Kreuzungsbereich der Lübecker Straße mit Planstraße A besteht vor Fassadenabschnitten der Baugebiete MU 8a und MK 2b ein Außenlärmpegel von  $> 72 \text{ dB(A)}$  zu Tagzeit, das ist eine Lärmbelastung, welche die verfassungsrechtliche Zumutbarkeitsschwelle überschreitet. Entsprechend wird für diese Fassadenbereiche eine Festverglasung vorgeschrieben; die Belüftung ist ausschließlich durch entsprechende technische Anlagen unabhängig von den Fenstereinheiten sicherzustellen. Damit wird gewährleistet, dass die in diesem Räumen vorgesehenen schutzbedürftigen Nutzungen auch nicht Zeitweise durch Belüftungsvorgänge einer extremen Lärmbelastung ausgesetzt werden.

Darüber hinaus besteht für vorgenannte Nutzungen auch in den Fassadenbereichen mit einem Beurteilungspegel von größer  $63 \text{ dB(A)}$  das Erfordernis von Schallschutzmaßnahmen. Diese werden in Form von fensterunabhängigen, aktiven schallgedämmten Lüftungseinrichtungen festgesetzt. Damit wird gleichsam den Wohnräumen (abgesehen von den Übernachtungsräumen, für die weitergehende Maßnahmen festgesetzt sind) eine hinreichende Raumbelüftung ohne das Erfordernis des Öffnens von Fenstern zu verlärmten Straßenräumen ermöglicht.

Die Prüfung der letztendlich gewählten Maßnahmen und ob diese die jeweilig festgesetzten Schutzanforderungen erfüllen, muss durch die zuständige Aufsichtsbehörde im Baugenehmigungsverfahren erfolgen.

#### Anforderungen zur Fassadenschalldämmung

Zur Gewährleistung eines hinreichenden Schallschutzes in allen Räumen bei geschlossenen Fenstern werden Anforderungen an die Dämmeigenschaften der Außenbauteile getroffen. Das zu erreichende Schalldämmmaß ist dabei in Abhängigkeit vom Lärmpegelbereich, in dem die jeweilige Wohneinheit geplant ist, festgelegt. Da die genaue Ausgestaltung der zukünftigen Bebauung noch nicht feststeht, erfolgt die Festsetzung der Lärmpegelbereiche zunächst ohne Berücksichtigung der Baustruktur.

In den Bebauungsplan wurden die auf DIN 4109:2018-01 basierenden Lärmpegelbereiche übernommen. In der bisherigen Norm DIN 4109:1989-11 werden die Lärmpegelbereiche auf Grundlage der Beurteilungspegel Tag berechnet. Bei der Festlegung der Lärmpegelbereiche geht die Norm davon aus, dass im Regelfall die Beurteilungspegel Tag um ca.  $10 \text{ dB(A)}$  über dem Beurteilungspegel Nacht liegt. Beträgt der Unterschied der Beurteilungspegel zwischen Tag und Nacht weniger als  $10 \text{ dB(A)}$ , so kann eine auf den Tag ausgelegte Dimensionierung der Schalldämm-Maße der Außenpegel zu hohe Innenraumpegel für die Nacht zur Folge haben.

#### Regelungen zum Schutz der Außenwohnbereiche

Weiterhin besteht Regelungsbedarf zu möglichen mit den Wohn- bzw. Nutzungseinheiten baulich verbundenen Außenbereichen, sofern diese zu den Hauptlärmquellen hin orientiert oder in sonstigen erheblich verlärmten Bereichen vorgesehen sind. Zu den baulich verbundenen Außenwohnbereichen zählen z.B. Balkone, Loggien, Wintergärten und Terrassen.

Bei Beurteilungspegeln oberhalb von  $63 \text{ dB(A)}$  tags sind die Außenwohnbereiche zu schließen. Bei der Festlegung der erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen ist zu berücksichtigen, dass für Außenwohnbereiche wie Balkone, Loggien und Terrassen, anders als bei den Pegeln vor der Hausfassade, rückwärtige Hausreflexionen grundsätzlich zu berücksichtigen

sind. Bei üblichen Bauweisen ist davon auszugehen, dass die rückwärtigen Hausreflexionen durch einen Zuschlag von 2 dB(A) auf den berechneten Beurteilungspegel hinreichend berücksichtigt sind. Eine Totalreflexion, die eine Erhöhung der Geräuschimmission um 3 dB(A) bewirken würde, wird in der Regel aufgrund von Absorptions- und Streuverlusten nicht auftreten. Für den Regelungsbedarf auslösenden Schwellenwert von 64 dB(A) bedeutet dies, dass unter Berücksichtigung der rückwärtigen Fassadenreflexionen bereits ab einer Grenze von 62 dB(A) ein Regelungsbedarf besteht.

Fassaden mit zusätzlichem Regelungsbedarf für baulich verbundene Außenwohnbereiche werden im Beiplan zur Planzeichnung (Satzung Teil A) entsprechend festgesetzt.

Mit der Regelung in der textlichen Festsetzung 13.7, dass von Forderungen der Festsetzungen 13.4 bis 13.6 (Grundrissgestaltung der Wohnnutzung, Fassaden mit besonderem Regelungsbedarf, Schutz der Außenwohnbereiche) abgewichen werden kann, wenn im Baugenehmigungsverfahren der Nachweis erfolgt, dass sich an den Fassaden unter Berücksichtigung der Bebauung geringere Beurteilungspegel einstellen, wird verfolgt, dass wenn es in Folge der konkreten Bauumsetzung zu geringeren Anforderungen an den Schallschutz kommt, diese geringeren Anforderungen im Sinne der Gestaltungsfreiheit und Wirtschaftlichkeit des Vorhabens auch nur zu erfüllen sind.

#### Regelungen zur zeitlichen Abfolge der Vorhabenrealisierung

Im Rahmen der immissionsrechtlichen Konfliktbewältigung sind auch die Lärmbelastungen, welche infolge noch nicht realisierter Lärmschutzstrukturen in Teilbereichen im Inneren des Wohnstandortes auftreten, beachtlich. Die Gewährleistung eines hinreichenden Lärmschutzes während der Projektrealisierung ist dabei aber mit bauorganisatorischen und erschließungstechnischen Anforderungen in Einklang zu bringen.

Die Realisierung eines großen Baugebiets, wie es das urbane Gebiet am Werftdreieck darstellt, ist in der Regel nur in mehreren Baustufen mit zeitlich versetzter Umsetzung bzw. Fertigstellung machbar. Dabei ist es aus Erwägungen der Baustellenlogistik, der Erschließung und letztendlich auch im Sinne des Schutzes der ersten Mieter bzw. Nutzer vor unnötig großem und unnötig lange andauerndem Baulärm erforderlich, räumlich abgeschlossene Bauabschnitte zu bilden. In der Folge kann der äußere, den Innenbereich des Baugebiets schützende durchgehende Gebäuderiegel nicht in einem Schritt umgesetzt werden, sodass während der Umsetzungsphasen ein erhöhter Lärmeintrag von den umliegenden stark verlärmten Hauptverkehrsachsen (Lübecker- und Werftstraße sowie Bahnstrecke Rostock-Warnemünde) erfolgt. Ebenso einen zusätzlichen Lärmeintrag kann die aktuell noch in Nutzung befindliche, das Baugebiet durchschneidende Max-Eyth-Straße bewirken, wenn die Fertigstellung der neuen Anbindung der Werftstraße an die Lübecker Straße weiter östlich über den Fertigstellungstermin der ersten schutzbedürftigen Nutzungseinheiten im Quartier hinausgeht.

Um auch für den Zeitraum vor der Gesamtfertigstellung des Baugebiets einen angemessenen Schallschutz zu gewährleisten, müssen für die Zwischenstufen der Realisierung zusätzliche Festlegungen getroffen werden. Von einem angemessenen Schallschutz während der Realisierungsphase wird ausgegangen, wenn die Immissionsgrenzwerte nach 16. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) für Mischgebiete von 64 dB(A) am Tag und 54 dB(A) in der Nacht eingehalten werden. Entsprechend erfolgt auf Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 24 i. V. m. Abs. 2 BauGB eine Festsetzung im Bebauungsplan, welche die Zulässigkeit von Wohn- und vergleichsweise schutzbedürftigen Nutzungen von der Erfüllung vorstehender Mindestanforderung abhängig macht.

Zur Erreichung vorstehender Vorgabe muss zudem eine detaillierte Festlegung der Abgrenzung, Reihenfolge und der zeitlichen Einordnung der einzelnen Baustufen erfolgen, ebenso eine Festlegung der erforderlichen Schallschutzmaßnahmen, welche zu den Umsetzungsstufen erforderlich werden. Dies erfolgte im Rahmen der Studie „B-Plan 10.W.63.1 - Untersu-

chungen zur Baureihenfolge im Zusammenhang mit der Sicherung des Schallschutzkonzepts“ (Umweltplan GmbH, 12.2019).

Die rechtliche Sicherung erfolgt im Hinblick auf die erforderliche Flexibilität bei der Gestaltung der Regelungen im Rahmen eines gesonderten städtebaulichen Vertrags nach § 11 BauGB. Dieser städtebauliche Vertrag ist vor Satzungsbeschluss zum B-Plan zwischen Stadt und Vorhabenträger abzuschließen und ggf. von der Bürgerschaft zu billigen.

#### Lärmschutzmaßnahmen zum Freizeitlärm

Zur Vermeidung von Lärmbelastungen durch den Spielplatz sind geeignete schallabschirmende Maßnahmen vorzusehen.

Zunächst einmal erfolgt eine Platzierung der Spiel- und Sportfläche auf der dem Grünzug und damit den nächstgelegenen schutzbedürftigen Nutzungen abgewandten Seite zur Werftstraße hin, sodass zur Hoffassade des Parkhauses ein Mindestabstand von 17 m eingehalten werden kann. Weiterhin werden die ohnehin erforderlichen Ballfangzäune (Normhöhe ist hier 6,0 m) und Absturzsicherungen an den relevanten Seiten entsprechend schallabschirmend ausgebildet, sodass eine Konfliktbewältigung gesichert ist. Hier reicht eine schallabschirmende Ausbildung an der Süd- und Ostseite von mindestens 3 m Höhe über Spielflächengrund aus.

Die Regelung, dass von vorstehender Festsetzung ausnahmsweise abgewichen werden kann, wenn im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen wird, dass durch geeignete anderwärtige Maßnahmen die Richtwerte der Freizeitlärmrichtlinie eingehalten werden, dient dem Einräumen einer erweiterten Gestaltungsfreiheit bei der konkreten baulichen Umsetzung.

#### **3.13.1.4 Auswirkungen des Planvorhabens auf Nutzungen außerhalb des Geltungsbereichs**

Die gutachtengegenständliche Planung führt zu einer veränderten Verkehrsgeräuschemission innerhalb des untersuchten Plangebietes und auch für den südlich an die Lübecker Straße angrenzenden Bereich mit bestehender Wohnbebauung. Ursächlich dafür sind einerseits geänderte Quell- und Zielverkehre, aber auch Pegeländerungen, die auf geometrische Lageänderungen vorhandener Verkehrswege bzw. Straßenneubauten zurückzuführen sind.

Im Bereich der Bestandsbebauung an südlich der Lübecker Straße erhöht sich das Straßenverkehrsgeräusch im Bereich des Knoten L 22/Planstraße A um bis zu 4 dB(A). Der Rückbau der Max-Eyth-Str. verringert die Straßenverkehrsgeräuschemission im Nahbereich des Verkehrsweges um bis zu 4 dB(A). Der Neubau der Planstraße A erhöht die Geräuschemission (bezogen auf den Prognose-0-Fall) um 5-6 dB(A). Bei summativer Betrachtung aller Verkehrsgeräusche Straße und Schiene ergeben sich innerhalb des Plangebietes und außerhalb des Plangebietes keine signifikanten Unterschiede bezogen auf den Nullfall ohne Vorhabenrealisierung.

#### Auswirkungen der Planbebauung auf die Bestandsbebauung an der Lübecker Straße

Reflexionen an der Planbebauung können ab dem 3. OG zu Immissionspegelerhöhungen von bis zu 0,5 dB(A) im Bereich der Bestandsbebauung an der Lübecker Straße führen. Unterhalb des 3. OG betragen die Pegelerhöhungen ca. 0,2 dB(A).

Da im Bereich der Lübecker Straße die Schwellenwerte der Gesundheitsgefährdung von 70/60 dB(A) bereits deutlich überschritten sind, führt hier jede weitere Erhöhung der Immissionspegel unabhängig von der Höhe der Immissionspegelzunahme zu einem Kompensationsanspruch, d.h. den Betroffenen sind Lärmsanierungsmaßnahmen anzubieten.

Im Zusammenhang mit den baulichen Eingriffen in die vorhandene Straßensubstanz bzw. mit den geplanten Straßenneubauten, sind Entschädigungsansprüche in größerem Ausmaß im Bereich der Bestandsbebauung an der L 22 zu erwarten. Im günstigsten Fall wird dadurch ein gesondertes Lärmsanierungsprogramm überwiegend bzw. vollständig hinfällig.

Entschädigungsansprüche für passive Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau und der wesentlichen Änderung von Verkehrswegen

*Im Vorgriff auf die Entwurfs- und Genehmigungsplanung wurde orientierend geprüft, ob und in welchem Umfang Entschädigungsansprüche für passive Schallschutzmaßnahmen insbesondere im Bereich der Bestandsbebauung Lübecker Str. zu erwarten sind erforderlich ist.*

*Dabei wurde vorbehaltlich der Ergebnisse eines einer detaillierten schalltechnischen Untersuchung im Rahmen des notwendigen Planfeststellungsverfahrens aufgezeigt festgestellt, dass sowohl aus dem Neubau der Planstraße A als auch aus dem baulichen Eingriff in die L 22 Lübecker Straße Ansprüche auf Lärmschutz entstehen.*

*Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Planstraße A werden sich voraussichtlich auf die Bestandsbebauung Lübecker Str. 12, 13 und 14 beschränken. Auslösend für die Grenzwertüberschreitung ist hier primär die Erstellung der LSA, natürlich im Zusammenhang mit dem Straßenneubau, da der Bau einer LSA für sich allein betrachtet nicht Maßnahme auslösend ist.*

*Im Bereich der L 22 Lübecker Straße erstrecken sich die Entschädigungsansprüche ~~Lärmvorsorge~~ voraussichtlich auf die Objekte Lübecker Str. 10-21. Im Gegensatz zum Neubau der Planstraße A ist hier nicht die Erstellung der LSA das überwiegend Maßnahme auslösende Kriterium, sondern vielmehr der Umstand, dass im Bereich der L 22 durch Neugestaltung der Verkehrsanlagen eine vorhabenbezogene Verkehrserhöhung erfolgt. Diese ist zwar nur gering und wird teilweise durch das Abrücken von Fahrspuren im Aufweitungsbereich des Knotens L 22/Planstraße A kompensiert, aber da in diesem Bereich die Schwellenwerte von tags 70 dB(A) und nachts 60 dB(A) bereits überschritten sind, führt jede weitere Überschreitung, auch wenn diese nur 0,1 dB(A) beträgt, zwangsläufig zu o.g. Ansprüchen.*

Die baulichen Eingriffe in die Werftstraße und die notwendige Verlegung der Straßenbahngleise sind für die Bestandsbebauung von untergeordneter Bedeutung. Inwiefern im Einzelfall daraus Maßnahmen für den Gebäudebestand resultieren, bleibt einer gesonderten ~~Fachbeitrag~~ Schalltechnischen Untersuchung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vorbehalten. Die Auswirkungen auf das Plangebiet wurden rechnerisch berücksichtigt und daraus resultierende Konflikte werden im Zusammenhang mit der Aufstellung des B-Planes gelöst.

### **3.13.1.5 Änderungen aus baulichen Eingriffen in die Bahnanlagen der Deutschen Bahn AG**

Zur Laufzeit der Gutachtenerstellung wurde durch die Deutsche Bahn ein Planfeststellungsverfahren zur Erlangung des Baurechts für ein zusätzliches Rangiergleis im Bereich Rostock-Bramow durchgeführt. Es ist vorgesehen, die Lage der Gleise für den Anschluss an den ehemaligen Fischereihafen anzupassen und eine neue Fahrbeziehung aus und in Richtung Rostock Hbf für dieses Anschlussgleis zu schaffen. Damit sollen derzeit noch notwendige Rangierbewegungen im Zusammenhang mit der Einfahrt in den Fischereihafen entfallen. Im Bereich des Plangebietes wird sich das Schienenverkehrsgeräusch nach Aussagen der DB nicht ändern. Tendenziell ist mit einer Verringerung der Schienenverkehrsgeräuschimmission zu rechnen, da sich mit dem Entfall der Rangierbewegungen auch die Anzahl der Zugzahlen und damit die Emission verringert.

Im Hinblick auf die Berücksichtigung möglicher Auswirkungen auf die Lärmentwicklung durch den Betrieb auf dem hinzukommenden Rangiergleis selbst, ist es nicht möglich, von der

Deutschen Bahn präzise Angaben zu Nutzungsfrequenz und eingesetzte Fahrzeuge zu erhalten. Die Lärmbegutachtung zum laufenden Planfeststellungsverfahren trifft hier auch keine entsprechenden Aussagen. Da davon auszugehen ist, dass sich der zukünftige Rangierbetrieb in engen Grenzen hält und zudem begleitend zum geplanten Rangiergleis ein als aktive Schallschutzmaßnahme konzipierter Parkhausriegel platziert wird, ist aber anzunehmen, dass der Rangierbetrieb keine erheblichen Auswirkungen auf die Lärmimmissionssituation insgesamt haben wird.

### 3.13.2 Luftschadstoffe

Die Lübecker Straße gehört zu den am stärksten frequentierten Hauptverkehrsstraßen Rostocks. Entsprechend sind eine Prüfung der bestehenden Luftschadstoffbelastung und mögliche Auswirkungen der bei Umsetzung des Bebauungsplans hinzukommenden Nutzungen geboten.

In diesem Rahmen wurde nach Abstimmung mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock seitens des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) M-V eine Ersteinschätzung vorgenommen (siehe Schreiben LUNG vom 11.12.2017). Dazu wurde mittels des Programms IMMIS-Luft eine Berechnung der Jahreskenngrößen zur Beurteilung der Luftbelastung durch Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>), Schwebstaub (PM<sub>10</sub>) und Feinstaub (PM<sub>2.5</sub>) mit den von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock prognostizierten Verkehrszahlen (DTV) durchgeführt. Betrachtet wurden Lübecker Straße, Werftstraße und Max-Eyth-Straße. Die genannten Straßen wurden für die Berechnungen in Abschnitte unterteilt. Neben den Verkehrszahlen sind in die Berechnungen auch die Höhen der bestehenden Gebäude und anhand des erreichten Planungsstands auch diejenigen der geplanten Bebauung eingeflossen.

Die Modellrechnung ergibt, dass eine Überschreitung der aktuell verbindlichen Grenzwerte, bezogen auf den Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid, Schwebstaub und Feinstaub mit den verwendeten Eingangsdaten nicht zu erwarten ist. Grundlage der Beurteilung ist die 39. Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (39. BImSchV). Betrachtet werden dabei nicht die Belastungen durch die Bautätigkeit selbst.

Das LUNG gibt zu dieser Ersteinschätzung den Hinweis, dass Modellrechnungen immer mit Unsicherheiten verbunden sind und dass mit dem verwendeten Programm IMMIS-Luft keine detaillierte Abschätzung möglich ist. Um Bebauungseffekte genauer beurteilen zu können, wäre zur Prognose ein Programm zur mikroskaligen Strömungs- und Ausbreitungsrechnung erforderlich, das dem LUNG nicht zur Verfügung steht. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass die betrachteten Beurteilungswerte sich auf die aktuelle Gesetzeslage beziehen. Es wäre möglich, dass sich die Beurteilungsmaßstäbe bis zum Jahr 2030 verschärfen. In diesem Zusammenhang wird auf die aktuellen Publikationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hingewiesen (z. B. World Health Organisation 2016. Available evidence for the future update of the WHO Global Air Quality Guidelines).

Vom Amt für Umweltschutz wird in dessen Stellungnahme vom 20.06.2018 empfohlen, dass Entlang der L 22 im Falle des Einsatzes von Lüftungsanlagen, diese mit Schadstofffiltern ausgestattet werden sollten. Diese Empfehlung wird in die Durchführungsrelevanten Hinweise übernommen.

Von den nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtigen Anlagen ist schon aufgrund der Entfernung lediglich die ZinkPower Rostock GmbH beachtlich. Diese betreibt in ca. 450 m in ihrer Anlage in Bramow ein Zinkbad zum Feuerverzinken mit einer Vorbehandlungsanlage (u.a. Entfetten, Entzinken, Spülen, Beizen, Fluxen, Trocknen) in geschlossener Form. Hierbei werden Stäube und Luftschadstoffe (anorganische Chlorverbindungen) freigesetzt. Der im November 2016 erteilte Genehmigungsbescheid (Betriebsgenehmigung) zur Neugestaltung der Verzinkungsanlage und der zugehörigen Vorbereitungsline bestätigt die

nach § 10 BImSchG geprüften Voraussetzungen gem. § 6 BImSchG und damit u.a. geforderte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und legt entsprechende Grenzwerte und Kontrollmaßnahmen für den Ausstoß o. g. Luftschadstoffe fest. Das Ergebnis der Vorprüfung der Umweltverträglichkeit gem. § 3c S. 2 UVPG ergibt, dass die Art und Relevanz der Umweltauswirkungen als nicht erheblich einzustufen sind, wodurch eine Umweltverträglichkeitshauptprüfung nach § 5ff. UVPG als nicht erforderlich gesehen wird. Weiterhin wird auf die benachbarte Wohnbebauung und den Abstand zum geplanten Vorhaben am Werftdreieck im Zusammenhang mit der Einhaltung der Seveso III-Richtlinie eingegangen, wonach zum Plangebiet des Werftdreiecks das 5-fache des angemessenen Abstandes eingehalten wird. Damit bestehen insgesamt keine Anhaltspunkte für eine ungebührliche Belastung des Plangebiets durch das Unternehmen.

Auch von den Betrieben mit nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtigen Anlage im weiteren Umfeld des Plangebiets sind keine erheblichen Beeinträchtigungen des Plangebiets durch Luftschadstoffe zu erwarten. Im Umweltbericht erfolgen dazu unter Kapitel 4.2.2.1 „Schutzgut Mensch“, Unterkapitel „Luft“ weitere Auskünfte.

### **3.14 Örtliche Bauvorschriften**

Die Gestaltqualität der Gebäude und Freianlagen im Plangebiet soll im Wesentlichen durch den Bebauungsplan ergänzende informelle Instrumente gesichert werden. Zum einen sind für die einzelnen Quartiere und Freiräume Architektenwettbewerbe in Vorbereitung, welche auf Grundlage des vorliegenden Funktionsplans die Gestaltungsaussagen präzisieren sollen. Weiterhin werden über ein aus dem Funktionsplan entwickeltes Gestaltungshandbuch Vorgaben zu Gestaltungsdetails wie Fassadenaufteilung und Materialwahl formuliert und der objektbezogenen Planung zu Grunde gelegt.

Dennoch ist es geboten, einige wesentliche Gestaltungsfragen mit besonderem Belang für das Baugenehmigungsverfahren, wie die Zulassung von Werbeanlagen, Größe und Beschaffenheit der auf den privaten Grundstücken vorzusehenden Kinderspielplätze sowie zur Gestaltung erforderlicher Lärmschutzelemente über örtliche Bauvorschriften zu regeln.

#### **3.14.1 Verbot von Werbeanlagen und Warenautomaten aus ortsgestalterischen Gründen**

In Anbetracht des angestrebten Anteils an gewerblichen Nutzungen und des verkehrsgünstigen und damit werbewirksamen Standorts ist es jedoch geboten, zu den möglichen Werbeanlagen in Form von Örtlichen Bauvorschriften Vorgaben zu treffen. Zur Sicherung der angestrebten hohen Gestalt- und Aufenthaltsqualität sind die Werbeanlagen hinsichtlich Größe und Beschaffenheit bzw. in der Funktionsweise entsprechend § 86 Abs. 1 Nr. 3 Landesbauordnung (LBauO) M-V eingeschränkt.

#### **3.14.2 Lage, Größe, Beschaffenheit, Ausstattung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen**

Zur Gewährleistung eines ausreichenden Spielplatzangebots für die Altersklasse von 0-6 Jahren wird auf Grundlage von § 86 Abs. 1 Nr. 3 LBauO festgelegt, dass in den Innenhöfen der Baugebiete MU 2 bis 8 bzw. auf der unbebauten Fläche des Baugebiets MU 1a entsprechende Spielplätze in einer angemessenen Größe (mindestens 65 m<sup>2</sup> Nettospielfläche) und Qualität (nach Vorgaben der Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Größe und Beschaffenheit von Spielflächen für Kleinkinder bis 6 Jahren) sowie einer altersgerechten Ausgestaltung jeweils als Sandspielfläche mit Spielgerätekombination hergestellt werden. Unter Berücksichtigung der begrenzten zur Verfügung stehenden Freiflächen in den

einzelnen Baugebieten und der gegebenen Nutzungskonkurrenzen (private Wohnungsfreiflächen, ggf. Bewegungsflächen für Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge) sowie die festgesetzten weiteren Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im Bereich der öffentlichen Grünflächen, wird die Anwendung von § 2 der „Satzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Größe und Beschaffenheit von Spielflächen für Kleinkinder bis 6 Jahren mit Regelung zu den Mindestgrößen der Spielflächen“ ausgeschlossen.

Zur Abdeckung der Spiel- und Bewegungsflächenbedarfs der Altersgruppe der 14 bis 19-Jährigen erfolgt die Anlage einer Spielfläche in einem Teilbereich der Dachfläche des Parkhauses Ost. Hier ist z. B. eine multifunktionale Spielfläche für Ballsportarten vorstellbar. Die festgelegte Größe von mindestens 500 m<sup>2</sup> Spielfläche gewährleistet eine bedarfsgerechte Versorgung. Durch Verweis auf die erforderliche Anwendung der Vorgaben aus dem Merkblatt „Technische Anforderungen für Spiel- und Sportgeräte auf Spielanlagen sowie Spielstationen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ wird die nötige Qualität bei der Ausgestaltung gewährleistet. Da sich die Spielfläche auf privater Fläche (WIRO) befindet, ist die Verkehrssicherungspflicht auch von dem privaten Eigentümer vorzunehmen.

### 3.14.3 Gestaltung der Lärmschutzbauwerke

Um die nachteilige städtebauliche Beeinträchtigung durch die gebäudehohen Schallschutzelemente, welche zwischen den zur Lübecker Straße hin orientierten Gebäuderiegeln der Baugebiete MU 3, MU 7 und MU 8 einzuordnen sind, möglichst gering zu halten, sind diese transparent in Form von Glaskonstruktionen auszuführen. Zudem ist die Lage der zur Straße hin orientierten Vorderkante gegenüber der Straßenfassade der anschließenden Bebauung um mindestens 1 m zurückzusetzen. Durch diese Maßnahmen bleibt die städtebauliche Grundstruktur einer blockweisen Bebauung ebenso erlebbar wie die Gliederung der Baustruktur durch die Zugangswege von außen.

## 3.15 Nachrichtliche Übernahmen

Das unter Denkmalschutz stehende ehemalige Handelsschule (heutige EUFH med.) wird auf Grundlage von § 2 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz (DSchG M-V) als Einzeldenkmal in den Bebauungsplan nachrichtlich übernommen. Die erfolgten Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung sowie zur überbaubaren Grundstücksflächen wurden zur Berücksichtigung der denkmalrechtlichen Belange mit der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt.

## 3.16 Kennzeichnungen

### 3.16.1 Altlastenstandorte

Die entsprechend gekennzeichneten Bereiche des Plangebietes sind mit umweltgefährdenden Stoffen belastet. Hierbei handelt es sich gem. Altlastenkataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock um die Altlastenstandorte mit den Registrierungsnr. **AS 1702.00 VEB Schiffelektronik Rostock (SER)**: Methylenchloridtauchbad (AS 1702.01) auf dem Flurstück 425/1 und Benzinwäsche/Paraffinbad (AS 1702.02) auf dem Flurstück 426/1; **AS 0548.00 Neptunwerft**: Steinschleiferei/Granitschleiferei (0548.01) auf dem Flurstück 447/13, **Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke** (0548.02) auf dem Flurstück 447/14, Baumaterialienhandlung (AS 0548.03) auf dem Flurstück 447/13, Minoltankstelle Lübecker Str. 159 (AS 0548.04) auf dem Flurstück 447/14, Tankstelle Daimler-Benz AG Lübecker Straße 152 und LKW-Waschrampe (beide 0548.05) auf dem Flurstück 447/14, **AS 0549.00 Großtankstelle Werftplatz** auf dem Flurstück 454/1; **AS 2375.00 VEB IKN**; **AS 1206.00 Minoltankstelle Lübecker Str. 160** auf

dem Flurstück 439/4; **AS 0916.00 Tankstelle Deutsche Gasolin AG Lübecker Straße 150 und 151** auf dem Flurstück 447/14.

### 3.16.2 Altlastenverdachtsflächen

Die entsprechend gekennzeichneten Bereiche des Plangebietes sind laut inzwischen vorliegenden Altlastengutachten und dem Vorentwurf zum Sanierungsplan mit umweltgefährdenden Stoffen belastet. Hierbei handelt es sich laut Handlungskonzept der SGS Intercontrol GmbH (1996) um folgende Altlastenverdachtsflächen: eine Trafostationen auf dem Flurstück 447/8, eine Trafostation, Werftdruckerei und eine Werkzeugmacherei alle drei auf dem Flurstück 447/14. Im Zuge der Orientierenden Untersuchung durch H.S.W nach § 3 Abs. 3 BBodSchV wurden für erstgenannte Trafostation keine Überschreitungen der Vorsorgewerte festgestellt. Bei zweitgenannter wurde oberflächennah der PCB Vorsorgewert überschritten. Für die Werftdruckerei und die Werkzeugmacherei beschränken sich die Überschreitungen für den Summenparameter PAK<sub>16</sub>.

## 4 UMWELTBERICHT

### 4.1 Einleitung

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wurde nach der öffentlichen Auslegung um den zunächst berücksichtigten Siedlungsstreifen mit Wohnbebauung südlich der L22 Lübecker Straße reduziert. Dies erfolgte aufgrund entfallender Regelungserfordernissen zum Schallschutz infolge der Tatsache, dass die Neugestaltung der Verkehrsanlagen im Bereich der L22 ohnehin über eine Planfeststellung erfolgen muss, in deren Rahmen die Schallschutzanforderungen an den Gebäuden südlich der Lübecker Straße geregelt werden.

Da ungeachtet davon die Aufstellung des B-Plans Nr. 10.W.63.1 weiterhin Umweltauswirkungen auf die direkt angrenzende Bebauung südlich der Lübecker Straße hervorruft, wird dieser Bereich in nachfolgendem Umweltbericht weiterhin berücksichtigt.

#### 4.1.1 Kurzdarstellung Inhalt / Ziele des Bebauungsplans

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock verfolgt mit dem Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ die Zielsetzung, den Bereich der ehemaligen Neptunwerft, das sogenannte „Werftdreieck“, zu einem Quartier mit innerstädtischem Wohnen und damit verträglicher Infrastruktur bzw. gewerblichen Vorhaben umzunutzen. Für diesen Bereich liegt der Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 vor. Dieser ist seit dem 28.06.2006 rechtskräftig. Bis heute wurden die Planinhalte nicht umgesetzt, da keine Nutzer für die vordergründig angestrebte hochwertige Büro- sowie Einzelhandelsnutzung gefunden werden konnten. Vor dem Hintergrund der fehlenden Umsetzung der Planinhalte und des gleichzeitig bestehenden, dringend benötigten innerstädtischen Wohnbedarfs für die Rostocker Bevölkerung, soll nun der existierende B-Plan neu aufgestellt und somit die Herstellung eines umfassenden Wohnangebots sowie im Sinne der Schaffung eines attraktiven innerstädtischen Quartiers der kurzen Wege, gleichfalls umfassender Angebote an Läden- Dienstleistungs- sonstigen gewerblichen sowie Gemeinbedarfseinrichtungen, planungsrechtlich vorbereitet werden.

Im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Bebauungsplans wird eine ca. 2,4 ha große angrenzende brachliegende Fläche westlich der Max-Eyth-Straße in die Planung integriert. Hierin bestehen zusätzliche Chancen, eine ganzheitliche Entwicklung des Werftdreiecks bis zur Bahntrasse zu realisieren. Weiterhin erfolgt eine Berücksichtigung des gesamten Straßenraums der Lübecker Straße zwischen S-Bahntrasse und Platz des 17. Juni, was mit dem



Erfordernis einer ganzheitlichen Betrachtung städtebaulicher Belange und hier insbesondere derjenigen des Verkehrs und des Immissionsschutzes zu begründen ist.

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist eine Umweltprüfung obligatorischer Bestandteil eines Bauleitplanverfahrens. Im Rahmen der Umweltprüfung wird untersucht, welche Auswirkungen die Umsetzung des Vorhabens auf die Schutzgüter Mensch, Wasser, Boden, Fläche, Klima/Luft, Landschaftsbild, Flora/Fauna, Kultur- und Sachgüter sowie deren Wechselwirkungen haben kann und ob diese zu erheblichen Beeinträchtigungen führen können. Die Ergebnisse werden im vorliegenden Umweltbericht beschrieben und bewertet. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB).

#### Charakteristik des Standortes

Das Plangebiet befindet sich im Siedlungsgebiet der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und gehört zum Stadtteil Kröpeliner-Tor-Vorstadt. Die Max-Eyth-Straße quert das Plangebiet vertikal. Das Gelände ist überwiegend eben und weist eine leicht ansteigende Topographie in südliche und östliche Richtung (Tiefpunkt + 7,70 m NHN Max-Eyth-Straße, Hochpunkt + 9,75 m NHN Nähe Lübecker Straße) auf. Erst nördlich der Werftstraße erfolgt der Geländeabfall Richtung Warnowufer.

Die nördliche Grenze des Plangebietes bildet die Werftstraße bis zum Kreuzungsbereich mit der Lübecker Straße. Westlich der Max-Eyth-Straße schließt das Gebiet eine Brachfläche mit ein und wird hier im Nordwesten durch die vorhandene Bebauungskante zwischen der Werftstraße und der S-Bahn-Trasse Rostock-Warnemünde begrenzt. Im Südwesten reicht das Areal bis an die S-Bahn-Trasse heran. Die südliche Begrenzung des Gebietes stellt die südliche Grenze der Lübecker Straße dar.

Das vom Geltungsbereich umfasste Areal wird derzeit vorrangig durch eine großteils abgezaunte Grünfläche gebildet. Diese zeichnet sich durch ausgedehnte, anthropogen stark geprägte Zierrasenbereiche mit lockerem Baumbestand aus.

Das Plangebiet wurde bis zum Jahr 1989 überwiegend von der Neptunwerft als Betriebsgelände genutzt. Die ehemalige Bebauung wurde, aufgrund ihrer teilweise schlechten Bausubstanz, bis auf einzelne Gebäude vollständig zurückgebaut und liegt seitdem brach. Lediglich im südöstlichen Plangebiet (im Dreieck zwischen Lübecker Straße und Werftstraße) ist noch Gebäudebestand erhalten. Dieser umfasst das eingeschossige Autohaus der ehemaligen IKN GmbH (heute Autohaus Goldbach) und die westlich des Autohauses gelegene zweigeschossige, denkmalgeschützte, ehemalige Handelsschule, die heute eine medizinische Bildungseinrichtung (EUFH med.) beherbergt. Beide Gebäude sind zudem von großflächigen versiegelten Nebenflächen (Parkplätzen, Zufahrten etc.) geprägt. Die Fläche im südöstlichen Plangebiet, die von Lübecker Str., Werftstraße und Verlängerung der Maßmannstraße eingeschlossen wird, weist eine stadtplatzartige Ausprägung mit einer Haltestelle der Straßenbahn sowie einer gepflasterten Freiflächen und Zierrasenbereich auf.

#### Art der Festsetzungen

Die urbanen Gebiete (MU 1 bis MU 8), die im Bereich westlich der EU FH med. verortet sind, umfassen eine Fläche von ca. 3,66 ha. Die GRZ liegt hier bei 0,4 bis 0,7, jeweils den situativen und differenzierten Anforderungen der Gebiete entsprechend. Für das im Osten des Geltungsbereichs verortete Kerngebiet MK 2a/b ist auf einer Fläche von knapp 0,54 ha eine GRZ von 0,7 festgesetzt. Das weitere, daran nördlich anschließende Kerngebiet MK 1 (0,36 ha), welches derzeit durch die EUFH med. genutzt ist, wird aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen bestandsorientiert mit einer GRZ von 0,6 festgesetzt. Aufgrund der angestrebten weitgehenden Verkehrsfreiheit wird der ruhende Verkehr in zwei Parkhäusern konzentriert. Die dazu im westlichen und nördlichen Bereich verorteten Sondergebiete nach § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung Parkhaus West bzw. Ost umfassen zusammen eine Fläche von ca. 0,51 ha. Dabei wird für das „Parkhaus West“ eine GRZ von 0,8 und für

das „Parkhaus Ost“ von 1,0 festgesetzt. Jeweils westlich der Parkhäuser sind Stellplätze für Abfall-Wertstoffcontainer vorgesehen. Zudem ist eine weitere Sammelstelle für Wertstoffsammelcontainer im nordwestlichen Bereich des MK 2a geplant.

#### Umfang des Bedarfs an Grund und Boden

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 12,52 ha. Hierbei entfallen auf den Geltungsbereich des ursprünglichen Bebauungsplans Nr. 10.MK.63 ca. 8,82 ha.

Die urbanen Gebiete (MU 1- MU 8) umfassen insgesamt ca. 3,8 ha. Das Kerngebiet MK 1 umfasst ca. 0,5 ha, das daran anschließende Kerngebiet MK 1 (EUFH med.) umfasst eine Fläche von ca. 0,4 ha. Die Sondergebiete (SO Parkhaus West/Ost) werden zusammen mit einer Fläche von ca. 0,5 ha festgesetzt. Die festgesetzte Gemeindebedarfsfläche umfasst schließlich ca. 0,26 ha. Verkehrsflächen werden in einer Größe von 5,9 ha und Grünflächen in einer Größe von ca. 1,1 ha festgesetzt.

Die genaue Flächenbilanz ist dem Kapitel 5 (Flächenbilanz) zu entnehmen.

#### **4.1.2 Darstellung, der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Natur- und Umweltschutzes**

##### Regionales Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock (2011)

Maßgebend ist das am 25.11.2010 beschlossene Regionale Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock (RREP MMR). Es wurde mit Rechtsverordnung vom 22.08.2011 verbindlich und ist im Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern, Ausgabe Nr. 46/2011 veröffentlicht worden.

Rostock ist laut RREP MMR als Oberzentrum eingeordnet. Der gesamte Geltungsbereich ist als Siedlungsfläche dargestellt. Zudem liegt das Bebauungsplangebiet in einem Tourismusschwerpunktraum. Spezielle Ziele des Natur- und Umweltschutzes sind für das Bebauungsplangebiet nicht formuliert.

##### Landschaftsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, erste Aktualisierung 2013

Das Entwicklungskonzept des Landschaftsplans stellt für die vom Geltungsbereich umfasste Fläche östlich der Max-Eyth-Straße großflächig Wohnbaufläche/gemischte Baufläche und für den Bereich westlich der Max-Eyth-Straße Gewerbegebiet/gewerbliche Baufläche dar. Innerhalb der Wohnbau- bzw. gemischten Baufläche ist eine Fläche für den Gemeinbedarf „Schule“ dargestellt. Hierbei handelt es sich um die ehemalige Handelsschule, die heute eine medizinische Bildungseinrichtung (EUFH med.) beherbergt. Im südwestlichen Teilbereich des Plangebietes (im Kreuzungsbereich Lübecker Straße/Max Eyth-Straße) ist eine Grünfläche kleinen Ausmaßes mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ dargestellt. Auch hierbei handelt es sich um eine Bestandsdarstellung (Grünfläche mit reichhaltigem Baumbestand). Der Verlauf der Max-Eyth-Straße wird sowohl als wichtige Wegeverbindung als auch als gestörter Niederungsverlauf eingestuft. Letzteres ist insofern bedeutsam, als dass der vorliegende B-Plan eine Neuanlage des Kayenmühlengrabens plant und damit auch eine Verbesserung des Niederungsverlaufes bewirkt wird.

Im Textteil des Landschaftsplans wird auf S. 26 explizit darauf hingewiesen, dass der stadtplanerische Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ stärker umgesetzt werden soll. Hierfür sind insbesondere die innerstädtischen Brachen, wie u.a. das sogenannte „Werftdreieck“, stärker in die städtebauliche Planung einzubeziehen.

Weitere Schwerpunktbereiche und Maßnahmen für die Sicherung und Entwicklung der Naturhaushaltsfunktionen werden für das Plangebiet nicht dargestellt.

Das Plangebiet ist weder eine Fläche des Grünverbundes noch werden vorhandene oder geplante Kleingartenstandorte selbst oder unmittelbar angrenzend dargestellt.

#### Luftreinhalte- und Aktionsplan LRP (2008, Neuauflage 2015)

Hinsichtlich des Bebauungsplangebiets trifft der Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock (MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS 2008/2015) ausschließlich Aussagen zu der bestehenden, hauptsächlich verkehrsbedingten **Stickstoffdioxid(NO<sub>2</sub>)-Belastung** der L 22 (Lübecker Straße). Die mittleren jährlichen NO<sub>2</sub>-Belastungen lagen im bebauungsplanrelevanten Abschnitt (zugrundgelegt werden hier die Ergebnisse der Messstation am Holbeinplatz) im Jahr 2007 bei 23 µg/m<sup>3</sup> und somit unterhalb des in der 22. BImSchV zum Schutz der Vegetation festgelegten Grenzwertes. In den Folgejahren bis 2010 stiegen die Jahreskenngößen der durchschnittlichen NO<sub>2</sub>-Belastungen an der Messstelle Holbeinplatz sprunghaft an, nahmen im Weiteren aber wieder stetig ab (2008: 38 µg/m<sup>3</sup>, 2009: 36, 2010: 32 µg/m<sup>3</sup>). In den Jahren 2011 und 2012 stagnierte die Belastung bei 32 µg/m<sup>3</sup>. Ursächlich für diese Entwicklung sind ggf. die Umsetzung der im Luftreinhalteplan (LRP) aufgezeigten Maßnahmen zur NO<sub>2</sub>-Reduzierung wie Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf der L 22 von 60 km/h auf 50 km/h, häufige und ortsfeste Geschwindigkeitskontrollen sowie die Koordinierung und Optimierung der Lichtsignalanlagen.

Hinsichtlich der **Feinstaubbelastung (PM 10)** wurde im untersuchten Zeitraum bis 2007 im bebauungsplanrelevanten Abschnitt der L 22, an der Messstation am Holbeinplatz, keine Überschreitung des seit 2005 einzuhaltenden Jahresmittelgrenzwert von 40 µg/m<sup>3</sup> gemessen. Auch der zweite Grenzwert für die jährliche Überschreitungshäufigkeit eines PM 10-Tagesmittelswertes von 50 µg/m<sup>3</sup> wurde an diesem Standort nie erreicht oder überschritten (35 Tage im Jahr).

#### Lärmaktionsplan LAP

Hinsichtlich der bestehenden Lärmbelastungen im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 und dessen unmittelbarer Umgebung werden im Lärmaktionsplan Hanse- und Universitätsstadt Rostock **1. Stufe** (HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK 2008) Aussagen zur stark frequentierten Lübecker Straße (L 22) getroffen, welche die südliche Begrenzung des Plangebietes markiert. Im Jahr dessen Veröffentlichung wurde im betreffenden Bereich eine Verkehrsbelastung von ca. 44.000 Kfz/24h ermittelt. *„Die hohen Verkehrsmengen und die zulässige Höchstgeschwindigkeit sind für diese Bereiche schallimmissionsseitig problematisch. So sind für den gesamten Straßenabschnitt in den Tages- und Nachtstunden Überschreitungen der als gesundheitsschädlich geltenden Auslösewerte zu verzeichnen.“* (ebd., S. 28)

Zudem führt die zwischen den Knotenpunkten Maßmannstraße und Karl-Marx-Straße vorhandene offene Bebauung zu einer Verlärmung weiterer, vom Straßenzug abgerückter Bereiche mit Wohnbebauung (ebd., S. 28).

Als mögliche Minderungsmaßnahme wird im Kapitel 5.6 des Lärmschutzplans (S. 71) die Trennung der lärmbeeinträchtigten Innenhöfe des Thomas-Müntzer-Platzes (außerhalb des Geltungsbereichs des B-Plans Nr. 10.W.63.1 gelegen aber direkt an diesen angrenzend) durch bauliche Maßnahmen (Lärmschutzwände) sowie eine Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h nachts angeregt.

Im Abschlussbericht des Lärmaktionsplans der Hansestadt Rostock **2. Stufe** (HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK 2014), der im Januar 2015 von der Bürgerschaft beschlossen wurde, sind der Holbeinplatz und die Lübecker Straße als Lärmbrennpunkte des Straßenverkehrs (ebd., S. 30), mit Auslösewertüberschreitungen (55 dB(A) nachts, 65 dB (A) tags) benannt<sup>4</sup>.

Der Abschlussbericht des Lärmaktionsplans der Hansestadt Rostock **3. Stufe** (HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK 2018), der im von der Bürgerschaft beschlossen wurde, bildet auch den aus südwestlicher Richtung einwirkenden Schienenlärm, ausgehend von den Gleisen der Deutschen Bahn AG ab. Es bestehen massive Immissionsvorbelastungen für das Plangebiet bzw. Teile des Plangebietes durch den motorisierten Verkehr (Pkw, Lkw) und den Schienenverkehr auf den Gleisen der Deutschen Bahn.

Aufgabe der Lärmaktionsplanung (LAP) ist es, vordringlich für diese Abschnitte geeignete Maßnahmen zur Lärminderung zu entwickeln. Unter anderen sieht die LAP in der 2. Stufe (2014) für den betroffenen Bereich der Lübecker Straße eine Prüfung lärmarmen Fahrbahneläuges vor. Zudem wird für die Lübecker Straße im Abschnitt zwischen S-Bahntrasse und Maßmannstraße für die bestehenden, südlichen angrenzende Wohnbebauung eine Baulückenschließung/Hofschließung auf privaten und öffentlichen Grundstücken vorgeschlagen. Die Lärmschutzanlagen beschränken sich ausschließlich auf die Baulücken zwischen den Gebäuderiegeln und es wird eine Höhe von 7,0 m vorgeschlagen. Die öffentlichen Durchwegungen zwischen Lübecker Straße und Thomas-Müntzer-Platz sowie die fußläufige Erreichbarkeit der Innenhöfe von Süden und Norden her muss gewährleistet bleiben. Eingriffe in den nach Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geschützten Baumbestand sind zu vermeiden. Darüber hinaus sind passive Schallschutzmaßnahmen (baulicher Gebäudeschallschutz) als lärmindernde Maßnahmen zu berücksichtigen.

### **Schutzgebiete / naturschutzfachliche Restriktionen**

**Gewässerschutzstreifen:** Da der Abstand zwischen der Warnow, als Gewässer 1. Ordnung und der nördlichen Geltungsbereichsgrenze > 200 m beträgt, wird der Gewässerschutzstreifen nach § 29 Abs. 1 Naturschutz-Ausführungs-Gesetz (NatSchAG M-V), land- und seewärts von der Mittelwasserlinie aus gemessen, durch die Umsetzung der Planinhalte ist dieser nicht beeinträchtigt. Ein Antrag auf Ausnahme nach § 29 Abs. 3 Nr. 4 NatSchAG M-V ist nicht notwendig.

**Biotop- und Artenschutz:** Innerhalb der Geltungsbereichsgrenzen und in unmittelbarer Nähe befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope (§ 20 NatSchAG M-V). Im Plangebiet befinden sich zudem keine Alleebäume, welche die Bedingungen für den gesetzlichen Schutzes nach § 19 NatSchAG M-V erfüllen. Insgesamt wurden im September bzw. November 2016 und nachfolgend unter Berücksichtigung von weiterem Windwurf, im gesamten Plangebiet 300 Bäume erfasst. Hiervon sind 111 Bäume entsprechend § 2 der Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geschützt. Für 66 Bäume greift zudem der gesetzliche Baumschutz des §18 NatSchAG M-V. Für Pappeln im Innenbereich (hier 15 Stk.) gilt der gesetzliche Baumschutz des §18 NatSchAG M-V nicht.

**Waldabstand:** Flächen, die Wald im Sinne § 2 des Waldgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeswaldgesetz - LWaldG) vom 8. Februar 1993 (GVOBl. M-V S. 90), in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 870) darstellen, befinden sich innerhalb des Geltungsbereichs bzw. dessen unmittelbarer Umgebung nicht. Eine Umwandlung von Wald in anderer Nutzungsarten (Waldumwandlung) oder ein Antrag Ausnahmen von der Einhaltung des Abstandes baulicher Anlagen zum Wald (WAbstVO M-V) vom 20.04.2005 (GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 790 - 2 - 8), geändert durch Verordnung vom 9. Dezember 2009 (GVOBl. M-V S. 805) ist dementsprechend nicht notwendig.

## **4.2 Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt und ihrer Bestandteile und Ableitung von Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen**

### **4.2.1 Abgrenzung des Untersuchungsraumes sowie des Untersuchungsumfangs**

Für die betroffenen Schutzgüter nach § 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 7 des BauGB wird der Geltungsbereich des Bebauungsplans als Untersuchungsraum herangezogen. Die Untersuchungszeit richtete sich nach den erforderlichen Fachgutachten. Untersuchungsgegenstand und -umfang resultieren aus dem abgestimmten Untersuchungsrahmen vom 14.04.2016, der nachfolgend kurz zusammengefasst wird.

#### Schutzgut Mensch

- Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (LAIRM Consult GmbH, 07.09.2017) zur Ermittlung und Beschreibung der Lärmeinwirkung aus der Umgebung auf das Plangebiets und Beurteilung der Verträglichkeit im Hinblick auf die geplanten Nutzungen sowie Empfehlungen für Festsetzungen zu möglichen Schutz- bzw. Minderungsmaßnahmen,
- Schalltechnisches Gutachten; Ermittlung und Beurteilung der Geräuschemissionen im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 (2. Stufe der Begutachtung, Kohlen & Wendlandt 02.2019),
- Ersteinschätzung der Beeinflussung der Lufthygiene innerhalb und angrenzend des B-Plangebietes hinsichtlich Luftschadstoffbelastung durch verkehrsbedingte Emissionen (NO<sub>2</sub>, NO, Partikel PM<sub>10</sub>, PM<sub>2,5</sub>), Prognose wie sich Bestandssituation durch zusätzliche Schießung der Nordseite Lübecker Str. ändert, Aussagen zur Schutz- bzw. Minderungsmaßnahmen / Festsetzungsvorschlägen (Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V, Schreiben vom 11.12.2017),
- Lärmaktionsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, III Stufe, von 10.2018,
- Ableitung des Bedarfs an naturgebundenen Erholungs-, Freizeitnutzungen und Spielplätzen, Wegebeziehungen sowie Grünverbindungen.

#### Schutzgut Luft

- Ersteinschätzung der Luftschadstoffbelastung (LUNG M-V, vom 11.12.2017).

#### Schutzgut Fläche

- Bewertung Bestandsversiegelung und bisherige Nutzung anhand Biotop- und Nutzungskartierung (10./11.2016),
- Maß der Neuversiegelung und Flächeninanspruchnahme vor dem Hintergrund der vorgesehenen Nutzungen.

#### Schutzgut Boden

- Bewertung Art und Ausmaß bestehender Bodenbelastungen sowie Abschätzung von Handlungserfordernis im Hinblick auf die geplante Nutzung, Aussagen zu Sanierungsmaßnahmen/Festsetzungsvorschlägen (BAUGRUND STRALSUND/Stand 05.09.2016),
- Orientierende Untersuchung (H.s.w. 11.2017),
- Sanierungsuntersuchung/Vorentwurf Sanierungsplan (H.s.w., 12.2019),

- Maß der Flächeninanspruchnahme vor dem Hintergrund der vorgesehenen Nutzungen,
- Beurteilung Versickerungsfähigkeit und Baugrundverhältnisse/betroffene Bodentypen im Plangebiet (H.S.W., 12/2016).

#### Schutzgut Wasser

- Aussagen zur Sturmflutschutzsicherheit und Anforderungen an die Planung,
- Berücksichtigung 50 Meter Gewässerschutzstreifen nach NatSchAG M-V (Unterwarnow),
- Aussagen zu wasserwirtschaftlichen und ökologischen Aspekten zum Umgang mit anfallendem Niederschlagswasser,
- Aussagen zu Grundwasserdargebot und –belastung im Hinblick auf die geplante Nutzung,
- Aussagen zur Umsetzung der Herstellung des Kayenmühlengrabens inklusive Aussagen zur Gestaltung des Wasserlaufes und dessen Einspeisung durch Regenwasser (Wasserdargebot) (WASTRA-PLAN 10/2016).

#### Schutzgut Klima

- Aussagen zum Lokalklima unter besonderer Berücksichtigung der Land-See-Windzirkulation,
- Beurteilung der kleinklimatischen Folgen der geplanten Festsetzungen.

#### Schutzgut Pflanzen und Tiere

- Bewertung des Verlustes bzw. der Beeinträchtigung des Baumbestandes im Hinblick auf die geplante Bebauung auf Basis der Ergebnisse der Erfassung des vorhandenen Baumbestandes „Bestandsplan Baumbestand“ M 1:1000,
- Bewertung des Verlustes bzw. der Beeinträchtigung des vorhandenen Vegetationsbestandes im Plangebiet vor dem Hintergrund der geplanten Nutzung auf Basis der Bio- toptypenkartierung „Bestandsplan Biotoptypen“ M 1:1.000,
- Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange hinsichtlich des Vorkommens bzw. der Beeinträchtigung von streng und besonders geschützten Arten auf Basis einer Potentialanalyse als Bestandteil des Grünordnungsplans (GOP).

#### Schutzgut Landschaftsbild

- Erfassung der sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungsform der Landschaft/wesensbestimmender Merkmale des Landschaftsbildes und Veränderung des Erscheinungsbildes der Landschaft infolge der Umsetzung der Planinhalte,
- Darlegung von Gestaltungserfordernissen auf Basis des Funktionsplans AT Wimmer 06.2017, insbesondere Gestaltung des zentralen Grünzuges sowie Einbindung des neu hergestellten Kayenmühlengrabens, Anpflanzung und Erhalt von Grünbeständen.

#### Schutzgut Kultur- und Sachgüter

- Bewertung Art und Ausmaß der Beeinträchtigungen auf die im Plangebiet befindlichen Denkmäler, hier ehemalige Handelsschule und Heinkel-Mauer.

## 4.2.2 Schutzgutbezogene Beschreibungen

### 4.2.2.1 Schutzgut Mensch

Lärm (Quelle Schalltechnische Untersuchungen zum B-Plan Nr. 10.W.63.1 LAIRM CONSULT GMBH 09/2017, Kohlen & Wendlandt 02/2019)

Im Rahmen der von der LAIRM CONSULT GmbH (Stand 03/2017) erstellten Schalltechnischen Untersuchung und des ergänzenden schalltechnischen Gutachtens von Kohlen & Wendlandt (02/2019) werden neben den möglichen Immissionsbelastungen durch Verkehrs-, Freizeit- und Gewerbelärm auf die geplante Bebauung innerhalb des Plangeltungsbereichs auch die Belastung der Nachbarschaft (angrenzende Bestandsbebauung) durch die induzierten Zusatzverkehre infolge der Umsetzung der Planinhalte betrachtet.

Wie bereits in Kapitel 13.3.1 der Begründung dargelegt, werden für das urbane Gebiet, da hier die DIN 18005 noch keine expliziten Werte vorgibt, bei der Beurteilung der Umweltauswirkungen die Orientierungswerte für ein Mischgebiet zu Grunde gelegt.

Auf eine detaillierte Darstellung der Berechnungsgrundlagen, Vorbelastungen und Ergebnisse der schalltechnischen Untersuchung wird an dieser Stelle verzichtet und auf die o. g. schalltechnischen Untersuchungen bzw. die Darlegungen in Kapitel 3.13.1 der Begründung verwiesen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der schalltechnischen Untersuchung (Prognose der zu erwartenden Umweltauswirkungen und Ableitung möglicher Minderungsmaßnahmen) kurz zusammengefasst.

#### Beschreibung der Situation

Das Plangebiet befindet sich im Innenstadtbereich der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Es wird von der stark frequentierten L 22 Lübecker Straße, der Werftstraße, der Schienenstrecke Hauptbahnhof Rostock - Bahnhof Warnemünde und dem Gewerbegebiet Carl-Hopp-Straße eingefasst. Es ist weitgehend eben und unbebaut. Einzig im Norden und Osten des Plangebiets befinden sich überwiegend gewerblich genutzte Flächen. Innerhalb des Plangebiets bestehen nachfolgende schutzwürdige Nutzungen:

- die Fachhochschuleinrichtung der EUFH med. im ehemaligen Kasinogebäude der Werft im östlichen Bereich des Plangebiets südlich der Werftstraße, allerdings mit einer geringeren Schutzwürdigkeit als vorstehende Wohnnutzung.

Unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 befinden sich folgende weitere Wohn- bzw. sonstige schutzbedürftige Nutzungen, die ebenfalls vor erheblichen Lärmbelastungen (durch die Umsetzung der Planinhalte) zu schützen sind:

- Die bestehende Wohnbebauung südlich des Holbeinplatzes und südlich der Lübecker Straße; Schutzanspruch<sup>3</sup>: vergleichbar dem eines Allgemeinen Wohngebiets (WA), Orientierungswerte (ORW) 55 dB(A) tags und 40/45 dB(A) nachts,
- Die Bestandswohnhäuser nördlich der Werftstraße; der Schutzanspruch ist vergleichbar dem eines Mischgebietes (MI), ORW 60 dB(A) tags und 45/50 dB(A) nachts,
- ein Bestandsgebäude (Werftstraße 19) südlich der Werftstraße; der Schutzanspruch ist vergleichbar dem eines Mischgebietes (MI), ORW 60 dB(A) tags und 45/50 dB(A) nachts.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ nunmehr die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein verdichtetes, innerstädtisches Quartier mit überwiegendem Wohnanteil, aber auch umfassenden, mit dem Wohnen verträglichen Einzelhandel, Gastronomie, Bildungs- und weiteren Dienstleistungs- und kleingewerblichen Angeboten zu schaffen. Somit werden

schutzbedürftige Nutzungen an einem teilweise massiv lärmvorbelasteten Standort geplant. Im Rahmen einer sachgerechten Abwägung aller Belange sind daher die durch den Verkehr und angrenzende Gewerbestandorte entstehenden Schalleinwirkungen zu ermitteln und zu prüfen, ob und in welchem Rahmen Maßnahmen zum Immissionsschutz erforderlich werden. Auf diese Weise kann die mit dem geplanten innerstädtischen Quartier mit großem Wohnanteil (urbanes Gebiet) verbundene Erwartung auf angemessenen Schutz vor Lärmbelastungen sichergestellt werden.

Als wesentliche Lärmquellen bestehen:

- Straßenverkehr, insbesondere auf den Hauptverkehrsstraßen Lübecker Straße und Werftstraße,
- Bahnstrecke Rostock-Warnemünde mit auch nächtlichem Güter- und S-Bahnverkehr,
- diverse Gewerbebetriebe, insbesondere in den nördlich und nordöstlich angrenzenden industriell-gewerblich geprägten Gebieten.

Infolge der vorliegenden Planung kommen

- der Verkehr auf der neu zu errichtenden Planstraße A, diese ersetzt die entfallende Max-Eyth-Straße und
- Freizeitlärm infolge eines Spielbereichs auf der Dachfläche des geplanten Parkhauses Ost für die Altersgruppe der 14 bis 19-Jährigen

als Lärmquellen hinzu.

Die aktuell im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens in Vorbereitung befindliche Bau eines Rangiergleises auf Höhe des S-Bahn-Haltepunkts und nordwestlich davon, soll im späteren Betrieb die Zusammenstellung längerer Güterzüge ermöglichen. Da aber dann laut Planfeststellungsunterlagen gleichzeitig von weniger Zügen ausgegangen wird und eine erhöhte Belastung durch Bahngeräusche aufgrund unveränderter Geschwindigkeit und eher rückläufiger technikbedingter Immissionsauswirkungen zu rechnen ist, ist nicht mit einer relevanten Erhöhung der Bahngeräusche im Rahmen des Ausbaus zu rechnen.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

In der Schalltechnischen Untersuchung der LAiRM CONSULT GmbH und fortgeführt im Gutachten von Kohlen & Wendlandt wurden zur Beurteilung der vom **Straßenverkehr** in der Umgebung hervorgerufenen Geräuschimmissionen u.a. für den Prognose-Nullfall (d.h. bei Nichtumsetzung der Planinhalte) an exemplarischen Immissionsorten außerhalb des Planungsbereiches die Beurteilungspegel (tags und nachts) berechnet. Diese Angaben lassen Rückschlüsse auf den Umfang der Vorbelastung durch den Verkehrslärm zu.

So ergeben sich entlang der L 22 Lübecker Straße im Bereich der südlich angrenzenden Wohnbebauung im Bestand (außerhalb des Geltungsbereichs des B-Plans Nr. 10.W.63.1, aber direkt an diesen angrenzend) im Prognose-Nullfall Beurteilungspegel zwischen 68,1 und 79,9 dB(A) tags. Damit wird der Orientierungswert für Mischgebiete nach DIN 18055 mit 60 dB(A) deutlich überschritten, ebenso der Anhaltswert für das Vorliegen einer Gesundheitsgefährdung nach 16. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) von 70 dB(A). An den untersuchten Immissionsorten im Bereich der Werftstraße (3 einzelne Wohnhäuser) liegen die Beurteilungspegel für den Tagzeitraum zwischen 58,5 und 69,1 dB(A) deutlich niedriger, der Orientierungswert für Mischgebiete wird aber auch hier an einem der drei Immissionsorte deutlich und an einem weiteren leicht überschritten.

Im Nachtzeitraum liegen die entsprechenden Beurteilungspegel für den Prognose-Nullfall im Bereich der Lübecker Straße zwischen 60,7 und 69,5 dB(A) und an den relevanten Immissionsorten an der Werftstraße zwischen 51,2 und 61,7 dB(A). Der Orientierungswert für



Mischgebiete nachts (50 dB(A)) wird durchgehend überschritten, längs der Lübecker Straße und an einem Immissionsort an der Werftstraße zudem in deutlicher Größe.

**Schienenverkehrsgeräusche** der Bahnlinie Rostock-Warnemünde haben ihren Konflikt-schwerpunkt im Nachtzeitraum. Hier wird das Plangebiet bis zu einer Tiefe von ca. 180 m, bezogen auf die Gleisachse des Richtungsgleises Warnemünde (6325), mit über den MU-Orientierungswerten liegenden Beurteilungspegeln beeinträchtigt. Die höchsten Beurteilungspegel ergeben sich aufgrund des erhöhten Abstrahlverhaltens von Brücken im Nahbereich der Eisenbahnüberführung über die L 22. Hier treten im Bereich der nächstgelegenen Wohnbebauung südlich der Lübecker Straße Beurteilungspegel von  $L_{r,Tag/Nacht} = 56/54$  dB(A) auf. Die o.g. Immissionsorte im Bereich der Werftstraße sind zu weit entfernt, als das sich Überschreitungen der Orientierungswerte durch den Bahnverkehr ergeben.

Folglich besteht eine deutliche Lärmvorbelastung, welche schwerpunktartig durch den Straßenverkehr auf der Lübecker Straße verursacht wird. Lediglich am westlichen Rand des Plangebiets, bestimmt der Schienenverkehrslärm den Beurteilungspegel.

Zur Ermittlung von Vorbelastungen durch bestehendes **Gewerbe**, einschließlich gegebener gewerblicher Entwicklungsmöglichkeiten, wurden die an den Geltungsbereich des B-Plans angrenzenden gewerblich genutzten Flächen mit flächenbezogenen immissionswirksamen Ansätzen berücksichtigt. Für den Geltungsbereich des nordöstlich angrenzenden Bebauungsplans Nr.10.MI.138 „Ehemalige Neptunwerft“ wurden die im Bebauungsplan festgesetzten Emissionskontingente berücksichtigt.

Relevante Vorbelastungen bestehen ausschließlich an den relevanten Immissionsorten an der Werftstraße (3 einzelne Wohnhäuser). Während für den Tagzeitraum die Richtwerte nach TA-Lärm von 63 dB(A) durchgehend eingehalten werden, besteht für den Nachtzeitraum bei Ansatz eines Gleichzeitigkeitsfaktors für den Gewerbelärm  $g_{T/N}$  von 0,5 eine begrenzte Überschreitung. Abgeleitet von den ausschließlich vorliegenden Werten für benachbarte Immissionsorte im Plangebiet ist von Überschreitungen von 1 bis 3 dB(A) auszugehen.

Im Bereich des Freizeitlärms sind keine erheblichen Vorbelastungen anzuführen.

Hinsichtlich des Straßen- und des Gesamtverkehrslärms bestehen somit nahezu im gesamten Plangebiet erhöhte Vorbelastungen, Stufe 2, im Nahbereich der Lübecker Straße sind zum Teil (sehr) hohe Lärmvorbelastungen (Stufe 3) mit Überschreitungen der Anhaltwerte für Gesundheitsgefährdung tags und nachts verzeichnet worden.

Hinsichtlich des Gewerbelärms besteht, was die Bebauung südlich der Lübecker Straße betrifft, eine geringe Vorbelastung, sodass hier eine Einstufung in Stufe 1 erfolgt. Bezüglich der relevanten Nutzungen im Bereich der Werftstraße liegt eine mittlere Vorbelastung (Stufe 2) vor.

Hinsichtlich des Freizeitlärms liegt eine geringe Vorbelastung (Stufe 1) vor.

## **Prognose der Umweltauswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

### Baubedingte Auswirkungen

Die Umsetzung des geplanten Wohnquartiers führt während der Bauphase durch Baumaschinen und Baustellenverkehr zu einer Belastung der im Umfeld bestehenden Wohn- und schutzbedürftigen Nutzungen.

Gegenüber der bestehenden Wohnbebauung südlich der Lübecker Straße sind die zusätzlichen Belastungen aber aufgrund des größeren Abstands zur potenziellen Baustelle von 50 m und mehr, der dazwischen befindlichen stark befahrenen Straße mit entsprechend dominierendem Verkehrslärm und der anzunehmenden Beschränkungen der Bauzeiten in der Regel auf Werktage und Tagzeit als gering einzuschätzen. Gleiches gilt auch für die einzel-

nen Wohnhäuser im Bereich der Werftstraße, bei denen zusätzlich die Vorbelastung durch umliegendes Gewerbe zu berücksichtigen ist.

Die sich abzeichnende Umsetzung des Vorhabens in mehreren Umsetzungsstufen sowie über einen insgesamt längeren Zeitraum führt zudem dazu, dass die ersten Wohnungen und ggf. weiteren schutzbedürftigen Nutzungen bereits bezogen werden, während in benachbarten Bereichen die Bautätigkeit noch im Gange ist. Dies führt entsprechend zu temporären Belastungen der bereits dort eingezogenen Bewohner durch Baumaschinen und Baustellenverkehr in den angrenzenden Bauabschnitten. Eine weitere zusätzliche Belastung wird durch den Umstand verursacht, dass bei Umsetzung in abgeschlossenen Bauabschnitten die das Quartier zu den Hauptverkehrswegen abschirmenden Riegelbebauung in den ersten Bauabschnitten noch nicht durchgehend fertiggestellt ist und damit den vollen Schallschutz noch nicht entfachen kann. Zudem wird bis zur Fertigstellung der neuen Verkehrsanbindung der Werftstraße an die Lübecker Straße die das Plangebiet durchquerende Max-Eyth-Straße weiter in Nutzung bleiben, sodass bei früherem Bezug der ersten Wohnungen eine zusätzliche Belastung durch Verkehrslärm entsteht.

Die Belastung bereits vorzeitig eingezogener Mieter bzw. Nutzer schutzbedürftiger Einrichtungen durch Baumaschinen und Baustellenverkehr wird aufgrund der vorgesehenen Realisierung in räumlich abgeschlossenen Teilbereichen zeitlich begrenzt ausfallen. Der vorübergehenden Mehrbelastung durch den Verkehrslärm der zunächst weiter befahrbaren Max-Eyth-Straße und demjenigen, der durch die noch offene Baustruktur von der Lübecker und der Werftstraße einwirkt, wird mit einem detaillierten Konzept zur stufenweisen Umsetzung mit Festlegung und zeitlicher Einordnung der Bauabschnitte sowie der während der einzelnen Umsetzungsstufen vorzusehenden Vorkehrungen im Sinne des Immissionsschutzes begegnet. Dieses Umsetzungskonzept wird unter Anwendung des Planungsinstruments des städtebaulichen Vertrags nach § 12 BauGB neben vorliegendem Bebauungsplan verbindliches recht. Damit ist eine hinreichende Berücksichtigung des Lärmimmissionsschutzes auch während der Bauphase gegeben und die mögliche zusätzliche Beeinträchtigung wird in vertretbaren Grenzen bleiben.

#### Funktionsbedingte Auswirkungen

Anlagenbedingte Auswirkungen sind nicht gegeben.

#### Betriebsbedingte Auswirkungen

##### Verkehrslärm

Die prognostizierten Geräusche des Straßenverkehrs, hervorgerufen durch die L 22 Lübecker Straße (~44.000 Kfz/d) im Süden, die Werftstraße (~20.000 Kfz/d) im Norden sowie die geplante Planstraße A (~14.000 Kfz/d) im Osten sind maßgeblich immissionsbestimmend für das gesamte Untersuchungsgebiet. Im westlichen Teil des Plangebietes sind zusätzlich Schienenverkehrsgeräusche der westlich des Plangebietes gelegenen Bahnlinie Rostock-Warnemünde immissionsrelevant. Geräusche der Straßenbahn beeinflussen das Gesamtverkehrsgeräusch aus Straßenverkehr und Bahnlinie (Rostock-Warnemünde) auch nach Umsetzung der Planung mit teilweiser Verlegung des Gleiskörpers nur unwesentlich.

Das Plangebiet ist auch zukünftig allseitig von Verkehrswegen eingeschlossen und damit auch allseitig verlärmte. An den Rändern des Plangebietes und hier insbesondere im Bereich der neu geplanten bzw. wesentlich geänderten, mit Lichtsignalanlagen (LSA) geregelten Knoten werden die Schwellenwerte der Gesundheitsgefährdung an der Planbebauung mit bis zu  $L_{r,Tag/Nacht} = 73/65 \text{ dB(A)}$  erreicht und teilweise deutlich überschritten. Im Bereich der Bestandsbebauung südlich der Lübecker Straße werden mit Werten von  $L_{r,Tag/Nacht} = 76/68 \text{ dB(A)}$  noch einmal 3 dB(A) höhere Pegel erreicht. Letzteres erklärt sich aus dem gegenüber der Neuplanung deutlich geringeren Abstand der Bestandsbebauung zur Lübecker

Straße. Während der Abstand zwischen Planbebauung und L 22 ca. 35 m beträgt, beträgt der mittlere Abstand der L 22 von der Bestandsbebauung lediglich ca. 15 m.

Ein ähnliches Bild ergibt sich im Bereich der Werftstraße im Norden des Plangebietes. Auch hier werden durch den Straßenverkehr Beurteilungspegel im Grenzbereich bzw. oberhalb der Schwellenwerte der Gesundheitsgefährdung erreicht. An LSA-geregelten Kreuzungen und Einmündungen erreicht der Beurteilungspegel Werte von  $L_{r,T/N} = 73/65 \text{ dB(A)}$  und damit ein ähnlich hohes Niveau wie an der L 22 Lübecker Straße. Das Verkehrsaufkommen der Werftstraße ist zwar nur halb so groß wie das der L 22, jedoch beträgt der mittlere Abstand zwischen Straßenachse und der nächstgelegenen Baugrenze innerhalb des Plangebietes nur ca. 20 m und ist damit deutlich geringer als der Abstand zwischen der Planbebauung und der L 22 an der südlichen Grenze des Geltungsbereiches.

Die Entwicklung der **Schienenverkehrsgeräusche** an der Lärmquelle wird durch die Umsetzung des vorliegenden B-Plans Nr. 10.W.63.1 nicht beeinflusst. Die höchsten Beurteilungspegel ergeben sich weiterhin im Nahbereich der Eisenbahnüberführung über die L 22. Es treten Beurteilungspegel von  $L_{r,Tag/Nacht} = 65/63 \text{ dB(A)}$  innerhalb des nächstgelegenen Baufeldes MU 1b auf. Der Tagzeitraum weist bezüglich des Bahnlärms ein deutlich geringeres Konfliktpotential auf. Die Konflikte beschränken sich auf einen 30 m breiten Korridor bezogen auf das Richtungsgleis Warnemünde (6325). Die höchsten Überschreitungen wurden wiederum für den Brückennahbereich ermittelt und betragen hier an der Westgrenze des Baufeldes MU 1b 4 dB(A).

Aktuell wird durch die Deutsche Bahn ein Planfeststellungsverfahren zur Erlangung des Baurechts für ein zusätzliches Rangiergleis im Bereich Rostock-Bramow durchgeführt (siehe dazu auch Punkt 3.13.5 der Begründung). Im Bereich des Plangebietes wird sich das Schienenverkehrsgeräusch nach Aussagen der DB nicht ändern. Tendenziell ist mit einer Verringerung der Schienenverkehrsgeräuschimmission zu rechnen, da sich mit dem Entfall der Rangierbewegungen auch die Anzahl der Zugzahlen und damit die Emission verringert.

Geräuschimmissionen der parallel zur L 22, zwischen L 22 und Planbebauung verlaufenden Straßenbahntrasse liegen auch nach deren abschnittsweiser Verlegung überwiegend mehr als 10 dB(A) unterhalb des Summenpegels aus Straßenverkehr und Bahnlinie Rostock-Warnemünde und tragen damit nicht mehr relevant zum Gesamtverkehrsgeräusch bei.

Die bereits dargelegte angespannte Ausgangssituation im Bereich der Bestandsbebauung südlich der Lübecker Straße wird sich infolge des mit dem **B-Plan induzierten Zusatzverkehrs**, hier v.a. durch die Verlegung der Max-Eyth-Straße und die damit verbundene Verlegung der Lichtsignalanlage in Teilbereichen noch verschlechtern. Insbesondere entlang der Lübecker Straße (L 22) sowie abschnittsweise an der Werftstraße. Zur Lösung des bestehenden städtebaulichen Konfliktes wird vom Gutachter empfohlen, ein Lärmsanierungsprogramm für die Bereiche, in denen Zunahmen von 1 dB(A) und mehr zu erwarten sind, durchzuführen.

#### Gewerbelärm

Zur Beurteilung der Geräuschbelastung aus Gewerbelärm innerhalb des Plangebietes wurden die Beurteilungspegel an der vorgesehenen Bebauung innerhalb des Plangebietes ermittelt. Dabei wurden wie auch schon betreffend der Immissionsorte außerhalb des Plangebiets, die an den Geltungsbereich des B-Plans angrenzenden gewerblich genutzten Flächen mit flächenbezogenen immissionswirksamen Ansätzen berücksichtigt.

Bei einer Festsetzung als urbanes Gebiet werden die jeweiligen Immissionsrichtwerte (63 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts) für den tagzeitraum eingehalten. Im Nachtzeitraum wird der Immissionsrichtwert Nacht an der Westgrenze des Baufeldes MU 2a um bis zu 1 dB(A) überschritten. Diese Überschreitung kann toleriert werden und löst keinen Handlungsbedarf aus.

### Freizeitlärm

Von den geplanten Sport- und Freizeiteinrichtungen werden die Spielplätze für Kinder bis 6 Jahren im Bereich der privaten Innenhöfe nicht als relevant eingestuft. Gleiches gilt für den Spielplatz für die Altersgruppe der 7 bis 13-Jährigen im Bereich des zentralen Grünzugs und die weiteren beiden hier geplanten „Spielstationen“, da hier durch Festsetzungen des B-Plans ein Abstand von mindestens 20 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung gesichert werden kann.

Damit verbleibt als relevante Freizeiteinrichtung der auf der Dachfläche des Parkhauses Ost geplante Spielplatz für die Altersgruppe der 14 bis 19-Jährigen in einer Größe von 500 bis 800 m<sup>2</sup>. Hier erfolgt voraussichtlich eine Umsetzung als multifunktionales Spielfeld für diverse Ballsportarten, in der Größe von ca. 14 auf 26 m (Richtmaß für Basketball-Spielfeld) zuzüglich Randzonen.

Der Spielplatz für die Altersgruppe 14 bis 19 Jahre führt ohne Lärminderungsmaßnahmen zu Richtwertüberschreitungen bis zu 4 dB(A) in den Baufeldern MK 1, MK 2 und MU 8b. Hier ist zu berücksichtigen, dass in vorgenannten Baugebieten eine dauerhafte Wohnnutzung ohnehin ausgeschlossen ist. Sofern aber sonstige schutzbedürftige Nutzungen in den betroffenen Bereichen nicht generell ausgeschlossen werden können, sind Lärmschutzmaßnahmen dennoch erforderlich.

### Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten

In Kapitel 3.13.2 erfolgte eine ausführliche Prüfung der möglichen Alternativen an immissionstechnischen Maßnahmen, welche zur Herstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse im neuen Quartier Werftdreieck geeignet sind.

Im Ergebnis kann für den östlichen Planbereich aufgrund der gegebenen bzw. geplanten offenen Baustruktur kein hinreichender Schallschutz für eine Wohnbebauung bzw. vergleichbar schutzbedürftige Nutzungen geschaffen werden, sodass hier gleichsam wie für die südwestliche und südöstliche Eckbebauung des westlichen Plangebietsteils entsprechende Nutzungen ausgeschlossen werden. Für den übrigen überwiegenden Bereich kann durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch eine weitgehend geschlossene Baustruktur nach außen, ergänzt durch Schallschutzelemente sowie ergänzende Festsetzungen des B-Plans zu Grundrissgestaltung, passiven Schallschutz und Schließung der Außenwohnbereiche ein angemessener Schallschutz für Wohn und vergleichbar schutzbedürftige Nutzungen gewährleistet werden.

In Kapitel 3.13.1.3 sind die Festsetzungsmöglichkeiten bereits entsprechend umfassend dargestellt. In nachfolgenden Tabellen werden diese Maßnahmen daher nur kurz zusammengefasst.

**Tabelle 1: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Mensch (Gewerbelärm)**

mögliche Auswirkungen durch Gewerbelärm	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan <i>Diese sind nicht abschließend!</i>
- geringfügig weitergehende Überschreitung der Immissionsrichtwerte an den Fassaden im Nordosten und Nordwesten des Plangebietes	- Festsetzung gem. § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB i.V.m. DIN 4109 von festverglasten Fenstern vor schutzbedürftigen Räumen in gekennzeichneten Bereichen und Sicherung der Frischluftzufuhr über lärmabgewandte Seite oder anderer dem Stand der Technik entsprechende Weise; <b>aufgrund der Geringfügigkeit besteht hierfür aber kein immissionsrechtliches Erfordernis!</b> - Festsetzung von Lärmpegelbereichen mit Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß (gem. § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB i.V.m. DIN 4109)
	<i>Hinweis: Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen</i>

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

	<i>werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung an den Gebäudefassaden der Beurteilungspegel aus Gewerbelärm die Immissionsrichtwerte für urbane Gebiete tags und nachts einhält.</i>
--	---

**Tabelle 2: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Mensch (Verkehrs- und Gewerbe-, und Freizeitlärm)**

<b>mögliche Auswirkungen durch Verkehrs- und Gewerbelärm</b>	<b>Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- weitergehende Überschreitung der Immissionsrichtwerte innerhalb des Plangebietes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausschluss von dauerhafter Wohnnutzung in den besonders lärmbelasteten Baugebieten MK 1 und 2 sowie MU 1b und MU 8b auf Grundlage von § 1 Abs. 4, 5 und 7 BauNVO</li> <li>- Qualifizierung des das Quartier schützenden äußeren Gebäuderiegels durch Anhebung der minimalen Gebäudehöhen und das einordnen höhengleicher Schallschutzelemente zwischen den Baublöcken hin zur Lübecker Straße</li> <li>- gem. § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB i.V.m. DIN 4109 Festsetzung von Lärmpegelbereichen mit Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß</li> <li>- wenn möglich Orientierung von Übernachtungsräumen (Schlaf-räumen u. Kinderzimmern) zur lärmabgewandten Gebäudeseite</li> <li>- bei nichtmöglicher entsprechender Anordnung bauliche Schallschutzmaßnahmen in Form von vorgehängten Fassaden und Vorbauten</li> <li>- Einsatz schallgedämmter Lüftungseinrichtungen für Wohnräume (ausgenommen Übernachtungsräumen) sowie für Büroräume und Nutzungen vergleichbarer Schutzbedürftigkeit in Fassadenbereichen mit Beurteilungspegeln &gt; 63 dB( tagsA); Festverglasung für v. g. Nutzungen in Fassadenbereichen mit Beurteilungspegeln &gt; 72 dB(A) tags (gem. § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB i.V.m. DIN 4109)</li> <li>- an verlärmten Fassaden Ausführung von Außenwohnbereichen wie Balkonen und Loggien in geschlossener Bauweise (gem. § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB i.V.m. DIN 4109)</li> </ul>
	<i>Hinweis: Von den vorgenannten Festsetzungen kann abgewichen werden, wenn im Rahmen eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen Lärmbelastung geringere Anforderungen an den Schallschutz resultieren.</i>

**Entschädigungsansprüche für passive Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau und der wesentlichen Änderung von Verkehrswegen**

Im Vorgriff auf die Entwurfs- und Genehmigungsplanung wurde orientierend geprüft, ob und in welchem Umfang Entschädigungsansprüche für passive Schallschutzmaßnahmen insbesondere im Bereich der Bestandsbebauung Lübecker Str. zu erwarten sind.

Dabei wurde vorbehaltlich der Ergebnisse eines detaillierten Schalltechnischen Untersuchungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens festgestellt, dass sowohl aus dem Neubau der Planstraße A als auch aus dem baulichen Eingriff in die L 22 Lübecker Straße Ansprüche entstehen.

Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Planstraße A werden sich voraussichtlich auf die Bestandsbebauung Lübecker Str. 12, 13 und 14 beschränken. Auslösend für die Grenzwertüberschreitung ist hier primär die Erstellung der LSA, natürlich im Zusammenhang mit dem Straßenneubau, da der Bau einer LSA für sich allein betrachtet nicht Maßnahme auslösend ist.

Im Bereich der L 22 Lübecker Straße erstrecken sich die Entschädigungsansprüche ~~Lärmvorsorge~~ voraussichtlich auf die Objekte Lübecker Str. 10-21. Im Gegensatz zum Neubau der Planstraße A ist hier nicht die Erstellung der LSA das überwiegend Maßnahme auslösende Kriterium, sondern vielmehr der Umstand, dass im Bereich der L 22 durch Neugestaltung der Verkehrsanlagen eine vorhabenbezogene Verkehrserhöhung erfolgt. Diese ist zwar nur gering und wird teilweise durch das Abrücken von Fahrspuren im Aufweitungsbereich des Knotens L 22/Planstraße A kompensiert, aber da in diesem Bereich die Schwellenwerte von tags 70 dB(A) und nachts 60 dB(A) bereits überschritten sind, führt jede weitere Überschreitung, auch wenn diese nur 0,1 dB(A) beträgt, zwangsläufig zu o.g. Ansprüchen. ~~einem Anspruch auf Lärmvorsorge.~~

Die baulichen Eingriffe in die Werftstraße und die notwendige Verlegung der Straßenbahngleise sind für die Bestandsbebauung von untergeordneter Bedeutung. Inwiefern im Einzelfall daraus Maßnahmen für den Gebäudebestand resultieren, bleibt einer gesonderten ~~Fachbeitrages~~ Schalltechnischen Untersuchung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vorbehalten. Die Auswirkungen auf das Plangebiet wurden rechnerisch berücksichtigt und daraus resultierende Konflikte werden im Zusammenhang mit der Aufstellung des B-Planes gelöst.

Der Anstieg des Verkehrslärms ist, was den Bereich der Bestandsbebauung südlich der L 22 Lübecker Straße betrifft, im Bereich der zukünftigen Kreuzung mit der Planstraße A als wahrnehmbar (Stufe 2) ansonsten als kaum wahrnehmbar (Stufe 1) einzustufen. Insgesamt ist damit die Beeinträchtigung im zukünftigen Kreuzungsbereich als hoch (Stufe 3), für den übrigen Bereich an der Lübecker Straße als mittel (Stufe 2) einzustufen. Was die relevanten Bestandsnutzungen an der Werftstraße angeht, liegt hier bei Zunahme der Schallpegel von über 1 dB(A) ein wahrnehmbarer Anstieg vor. Bei gleichzeitigem Vorliegen einer mittleren Vorbelastung liegt insgesamt eine mittlere Beeinträchtigung (Stufe 2) vor.

Hinsichtlich des Gewerbelärms bestehen im Bereich südlich der L 22 Lübecker Straße geringe Vorbelastungen. Aufgrund der Festsetzung eines urbanen Gebiets, bei dem das Wohnen wesentlich störende Einrichtungen ja explizit ausgeschlossen sind, ist auch mit keinem wahrnehmbaren Anstieg der Lärmimmission zu rechnen. Entsprechend ist die Beeinträchtigung insgesamt als gering (Stufe 1) einzustufen. Aufgrund der bestehenden mittleren Vorbelastung für die relevanten Bestandsnutzungen im Bereich der Werftstraße ist hier selbst bei einem kaum wahrnehmbaren vorhabenbedingten Anstieg auch die Beeinträchtigung insgesamt als mittel (Stufe 2) einzustufen.

Hinsichtlich des Freizeitlärms ist ein wahrnehmbarer Anstieg der Lärmimmission (Stufe 2) lediglich im Umfeld der Spielfläche auf dem Parkhaus Ost anzunehmen, in allen übrigen Bereichen ist dieser als kaum wahrnehmbar einzustufen (Stufe 1). Die Beeinträchtigung insgesamt ist durchgehend als gering (Stufe 1) zu bewerten.

Insgesamt betrachtet, werden bei Umsetzung der vorstehenden Maßnahmen entsprechend der im B-Plan getroffenen Festsetzungen die Auswirkungen als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

## Luft

### **Beschreibung der Situation**

Das Plangebiet liegt an einer stark frequentierten Hauptverkehrsstraße (Lübecker Straße), für die Beurteilung wurden die Messwerte der nahegelegenen Messstation am Hohlbeinplatz herangezogen. Zudem wurde durch das LUNG eine Berechnung der Jahreskenngroße mit dem Programm IMMIS-Luft zur Beurteilung der Luftbelastung durch Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>), Schwebstaub (PM 10) und Feinstaub (PM 2.5) mit den von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock prognostizierten Verkehrszahlen (DTV) durchgeführt. Betrachtet wurden die Lübecker Straße, Werftstraße und die zukünftige Verbindungsstraße.

Daneben wurden im Hinblick auf mögliche Luftbelastungen die nach Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) genehmigungspflichtigen Anlagen der Gewerbe- und Industriebetriebe im Umfeld des Plangebiets mit betrachtet.

### Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung

Das Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) enthält zum Schutz der Luftqualität als Zielwerte die aktuellen Grenzwerte der TA Luft, die spätestens bis 2010 zu erreichen waren und nur noch nachrichtlich in der ersten Spalte untenstehender Tabelle mitgeführt werden. Seit 2011 gelten bei kommunalen Planungen im gesamten Stadtgebiet die vorsorgeorientierten Zielwerte für das Jahr 2015 als Bewertungsmaßstab, die die aktuellen Grenzwerte um 50 % unterschreiten.

**Tabelle 3: Luftbelastung**

Datenquelle	Jahr	NO <sub>2</sub> [µg/m³]	Feinstaub PM 10 [µg/m³]	Stickstoffmonoxid [µg/m³]
LUNG	2016	30	21	23
LUNG	2017	27	20	20

**Tabelle 4: Zielwerte Luftqualität**

Zeithorizont	Zielwerte 2010	Zielwerte 2015	Zielwerte 2020	Zeitintervall	Empfindlichstes Schutzgut
Partikel PM 10	40	20	< 20	Jahresmittel	Mensch
Stickstoffdioxid	40	20	< 20	Jahresmittel	Mensch
Stickoxide <sup>*)</sup>	30	15	< 15	Jahresmittel	Vegetation

<sup>\*)</sup>Stickoxide als Summe von Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid ausgedrückt als Stickstoffdioxid

Im Zusammenhang mit den o.g. Werten der Luftbelastung ist zu ersehen, dass für die im UQZK aufgeführten Luftschadstoffe die Zielwerte der Luftqualität für das Jahr 2015 innerhalb des Bebauungsplangebietes im Jahr 2016/2017 im Nahbereich der Lübecker Straße (Messstation Hohlbeinplatz) teilweise überschritten werden. Demnach ist von einer mittleren Vorbelastung, Stufe 2, auszugehen. Aufgrund der geringeren durchschnittlichen Verkehrsstärke (DTV [Kfz/d]) der Werftstraße (8000-9999) und der Max-Eyth-Straße (3000-4999) kann gegenüber dem Standort der Messstation Holbeinplatz mit Einfluss der Kreuzung Karl-Marx-Straße sowie Hamburger Straße und Lübecker Straße, welche eine hohe Verkehrslast aufweisen, das restliche Plangebiet überwiegend als gering vorbelastet (Stufe 1) eingestuft werden.

Darüber hinaus sind bei der Feststellung der Vorbelastung weitere Faktoren zu berücksichtigen. Hier sind vor allem gewerbliche Anlagen nördlich und östlich des Bebauungsplangebietes zu nennen. Diese sind die Tamsen Maritim GmbH, die Rostocker Fracht- und Fischereihafen (RFH) GmbH, die ZinkPower Rostock GmbH, die Hanseatische Brauerei Rostock (Radeberger Gruppe) und die Biogasanlage der Nordwasser GmbH, die durch ihren Betrieb zu einer Beeinträchtigung des Plangebietes führen können.

Die Tamsen Maritim GmbH betreibt Produktionsstätten zum Bau von glasfaserverstärkten Yachten, in einer Entfernung von ca. 1.600 m zum Plangebiet in nordöstlicher Richtung. Durch die schiffbaulichen Arbeiten können hier u.a. Stäube entstehen und in das Bebauungsplangebiet einwirken. Laut Emissionsmessung vom 19.09.2012 werden die Emissionsrichtwerte für Staub und Gesamtkohlenstoff bei ordnungsgemäßem Betrieb eingehalten.

Im Rostocker Fischereihafen, der sich ca. 2.600 m nordwestlich des Geltungsbereiches des B-Plans befindet, werden u.a. staubende Güter (Dünger, Kalk, Kaolin) umgeschlagen. Dabei soll sich die Umschlags- und Lagerkapazität zukünftig noch erhöhen und die Umschlagsar-

ten sollen um weitere staubende Güter (Holzhackschnitzel, Kohle, Futterphosphate, Kalk, Feldspat, Streusalz, mineralische Baustoffe [Split], Getreide, Schrott) erweitert werden.

Die ZinkPower Rostock GmbH betreibt in Bramow, in ca. 450 m Entfernung vom Plangebiet, in einer Anlage ein Zinkbad zum Feuerverzinken mit einer Vorbehandlungsanlage (u.a. Entfetten, Entzinken, Spülen, Beizen, Fluxen, Trocknen) in geschlossener Form. Hierbei werden Stäube und Luftschadstoffe (anorganische Chlorverbindungen) freigesetzt. Der im November 2016 erteilte Genehmigungsbescheid zur Neugestaltung der Verzinkungsanlage und der zugehörigen Vorbereitungslinie (Änderung Betriebsgenehmigung) bestätigt die nach § 10 BImSchG geprüften Voraussetzungen gem. § 6 BImSchG und damit u.a. geforderte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und legt entsprechende Grenzwerte und Kontrollmaßnahmen für den Ausstoß o. g. Luftschadstoffe fest. Das Ergebnis der Vorprüfung der Umweltverträglichkeit gem. § 3c S. 2 UVPG ergibt, dass die Art und Relevanz der Umweltauswirkungen als nicht erheblich einzustufen sind, wodurch eine Umweltverträglichkeitshauptprüfung nach § 5ff. UVPG als nicht erforderlich gesehen wird. Weiterhin wird auf den Abstand zur bestehenden benachbarten Wohnbebauung und zum geplanten Vorhaben am Werftdreieck im Zusammenhang mit der Einhaltung der Seveso III-Richtlinie eingegangen. Danach wird zum Plangebiet des Werftdreiecks das 5-fache des angemessenen Abstandes eingehalten. Damit bestehen insgesamt keine Anhaltspunkte für eine ungebührliche Belastung des Plangebiets durch das Unternehmen mit Luftschadstoffen.

Die Hanseatische Brauerei Rostock (ein Unternehmen der Radeberger Gruppe KG) betreibt in der Doberaner Straße 27, Flurbezirk II, Flur 1, Flurstücke 1067/3, 1067/5, 1067/7 1067/9, 1067/10, 1067/14, 1067/15 und 1067/16 in ca. 800 m Entfernung vom Plangebiet eine nach dem BImSchG genehmigungspflichtige NH<sub>3</sub>-Kälteanlage. Laut Genehmigung vom 12.04.1995 nach dem BImSchG wurde gestattet, diese bis dahin bereits bestehende Anlage wesentlich zu ändern und mit einem Gehalt Ammoniak von maximal 1.000 kg zu betreiben. Dies stellte eine deutliche Reduzierung des Kältemittels gegenüber dem vorherigem Betrieb dar. Weiterhin ist auf gleicher Liegenschaft mit Genehmigung nach BImSchG vom 29.10.1991 eine wesentliche Änderung an den Heizkesseln 3 und 4 in Form einer Umstellung auf den Brennstoff Importerdgas erfolgt. Im Rahmen v.g. Genehmigungsverfahren wurden mögliche Auswirkungen durch Luftschadstoffe gegenüber benachbarten schutzbedürftigen Nutzungen und in diesem Zusammenhang die Einhaltung der relevanten Grenzwerte, auch was die Luftschadstoffe angeht, überprüft. Die nächstgelegene bestehende Wohnnutzung grenzt unmittelbar an das Gelände der Brauerei an, womit die o. g. nach dem BImSchG genehmigungs- und in dessen Folge auch überwachungspflichtigen Anlagen sich nur wenige Meter entfernt befinden. Dagegen besteht gegenüber dem neu hinzukommenden urbanen Gebiet am Werftdreieck mit 800 m Luftlinie ein erheblich größerer Abstand, sodass eine planungsrelevante Beeinträchtigung durch Luftschadstoffe der Brauerei nicht zu erwarten ist.

Die Firma Nordwasser (vormals Eurawasser Nord) GmbH betreibt in der Carl-Hopp-Straße 1 Flurbezirk IV, Flurstück 393/6 in ca. 1.000 m Entfernung nordwestlich des Plangebiets ein nach dem BImSchG genehmigungspflichtiges Blockheizkraftwerk mit Brennstoff Klärgas zur Erzeugung von Wärme und elektrischer Energie. Die Anlage darf gemäß Genehmigung nach dem BImSchG vom März 2009 mit einer elektrischen Leistung von 1.080 KW einer Wärmeauskopplung von 1.000 KW und einer Feuerungswärmeleistung von 2.600 KW, einschließlich notwendigen Nebeneinrichtungen 24-Stunden und ganzjährig betrieben werden. Die im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens durchgeführte Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c Abs. 1 Satz 2 UVPG wurde festgestellt, dass die Art und Relevanz der Umweltauswirkungen als nicht erheblich einzustufen sind. Weiterhin wurden betreffend des zulässigen Luftschadstoffausstoßes Grenzwerte im Genehmigungsverfahren festgelegt, welche geeignet sind, eine erhebliche Belastung benachbarter Baugebiete zu unterbinden. Dies sollte dann auch betreffend des erheblich weiter entfernten Baugebiets Werftdreieck zutreffen. Die letztmalige Überprüfung der Grenzwerteinhalten im April 2019 zeigt ein unbedenkliches



Ergebnis. Damit ist sichergestellt, dass das Plangebiet keiner erheblichen Schadstoffbelastung ausgesetzt sein wird.

Unter der Berücksichtigung, dass die Zielwerte der Luftqualität für das Jahr 2015 unterschritten werden, für die o.g. Anlagen teilweise immissionsschutzrechtliche Genehmigungen vorliegen (s.o.) (für den Rostocker Fischereihafen wird das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren derzeit durchgeführt) und somit die Emissionswerte regelmäßig behördlich überwacht werden, besteht damit insgesamt für das Schutzgut Mensch im Zusammenhang mit der Luftqualität eine mittlere Empfindlichkeit / Vorbelastung, Stufe 2.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Relevante bau- und anlagenbedingte Auswirkungen sind nicht gegeben.

Betrachtet man mögliche betriebsbedingte Auswirkungen, so ergibt die Modellrechnung die vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) M-V durchgeführt wurde, dass eine Überschreitung der aktuellen verbindlichen Grenzwerte bezogen auf den Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid, Feinstaub und Schwebstaub (PM 10) mit den verwendeten Eigendaten mit der Planumsetzung nicht zu erwarten ist. Grundlage der Beurteilung ist die 39. Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (39. BImSchV). In diesem Zusammenhang ist zudem zu berücksichtigen, dass das neue Quartier weitgehend verkehrsfrei geplant ist, sodass eine zusätzliche Luftbelastung, wie sie bei konventionell erschlossenen Baugebieten durch den internen Fahrverkehr verursacht wird, hier nicht vorliegt. Unverträglichkeiten der hinzukommenden schutzbedürftigen Nutzungen mit Emissionen von Luftschadstoffen o.g. BImSchV-pflichtigen Betriebe in der näheren Umgebung sind nicht zu erwarten.

Es ist entsprechend von einem geringen Einfluss auf die Luftqualität auszugehen (Stufe 1).

Insgesamt wird damit die Beeinträchtigung im Bereich Schutzgut Mensch/Luft als mittel (Stufe 2) eingestuft.

#### **4.2.2.2 Schutzgut Fläche**

##### **Beschreibung der Bestandssituation**

Der gegenüber dem Ursprungsplan erweiterte Geltungsbereich des Plangebietes ist überwiegend durch eine nicht versiegelte Brachfläche gekennzeichnet, welche inzwischen überwiegend durch Siedlungsgrün geprägt wird. Bestehende Versiegelungen durch Gebäudebestand finden sich ausschließlich im Areal des alten Geltungsbereiches an der Werftstraße durch die EUFH med. sowie das Autohaus Goldbach und südlich der Lübecker Straße. Darüber hinaus bestehen Versiegelungen durch Verkehrsinfrastruktur durch die Lübecker Straße, Werftstraße und die Max-Eyth-Straße. Der bestehende Versiegelungsgrad liegt bei ca. 35-40 %, wobei sich die Versiegelung im Wesentlichen auf die Verkehrsflächen und die Bestandsbebauung konzentriert.

##### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Aufgrund der industriellen und gewerblichen Vorprägung des aktuellen Gebäudebestandes sowie der Charakterisierung als innerstädtische Brachfläche kann dem Plangebiet insgesamt eine geringe Empfindlichkeit (Stufe 1) für das Schutzgut Fläche zugesprochen werden. Kleinteilige Versiegelungen von ehemaligen Nutzungen sowie die Flächeninanspruchnahme durch bestehende Aufschüttungen stützen die Einstufung.

## Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten

Baubedingt ergeben sich Beeinträchtigungen durch die temporäre Inanspruchnahme von Flächen für Baustelleneinrichtungen, -zufahrten und Lagerflächen für Baumaterial. Diese Inanspruchnahme ist zeitlich begrenzt, aufgrund der stufenweisen Realisierung zudem immer nur auf eine Teilfläche beschränkt und daher insgesamt als nicht erheblich einzustufen.

Anlagenbedingt ergeben sich für das Schutzgut Fläche Beeinträchtigungen hauptsächlich durch die Neuversiegelungen der neuen Baugebiete bzw. ihrer Flächeninanspruchnahme.

Durch Umsetzung des Bebauungsplans mit festgesetzten Grundflächenzahlen von 0,3 bis 0,7 (nur im Bereich der Parkhäuser 0,8 bis 1,0), erfolgt zukünftig ein Anstieg der Versiegelung um ca. 47 % und damit eine mittlere Flächeninanspruchnahme. Daher ist die Nutzungsintensität für das Schutzgut Fläche mit Stufe 2 zu bewerten. Mit Umsetzung der Bebauung und zugehöriger Erschließung werden einerseits irreversible Folgen ausgelöst, andererseits ist in diesem Punkt die massive anthropogene Vornutzung zu berücksichtigen. Auf lange Sicht sind ein Rückbau der Wohn- und zugehöriger Sondergebietsflächen sowie eine Entsiegelung nicht anzunehmen, da für den Wohnungsbedarf in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis 2035 ein weiterer Anstieg prognostiziert wird (HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK April 2016). Entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie (Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018) wird mit dem Bebauungsplan „Wohnen am Werftdreieck“ dem Ziel der vorrangigen Siedlungsentwicklung durch Nutzung vorhandener innerstädtischer Brachflächen sowie der Realisierung höherer Baudichten entsprochen. Mit Umsetzung der Planung werden ebenfalls keine Agrar-, Wald- und Gewässerflächen sowie Flächen der Land- und Forstwirtschaft und des Naturschutzes in Anspruch genommen. Aufgrund der aktuellen Beschaffenheit und Nutzung der Fläche, etwa zum Hunderauslauf, kommt der Fläche im Sinne der Naherholung nur eine geringe Bedeutung zu.

Der Bebauungsplan sorgt zudem durch gezielte Festsetzungen (siehe dazu nachfolgende Tabelle 5) für eine Beschränkung der zusätzlichen Versiegelung. Durch die Nutzung der geplanten Wohnungen und sonstigen ergänzenden Nutzungen sind keine weiteren wesentlichen Auswirkungen zu erwarten.

**Tabelle 5: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Fläche**

mögliche Auswirkungen	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan
- Neuversiegelung bisher unversiegelter Flächen, erhöhte Versiegelung und Flächeninanspruchnahme	<p><u>Verringerung des Flächenverbrauchs durch:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Begrenzung der zulässigen GRZ gem. § 17 Abs. 1</li> <li>- Ausschluss bzw. Einschränkung von Nebenanlagen in den Baugebieten gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 14 BauNVO (hier: Beschränkung Fahrradstellplätze und Ausschluss verschiedener Nutzungen, insbesondere solcher, von denen erhebliche Versiegelung ausgeht wie Gartenhäuser, Schuppen und überdachte Sitzplätze)</li> <li>- Einschränkung der Zulässigkeit von GRZ-Überschreitungen gem. 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 2 BauNVO (hier: nur eine GRZ-Überschreitung in einem Sondergebiet)</li> <li>- Ausschluss von Stellplätzen und Garagen innerhalb der urbanen Gebiete bzw. Beschränkung in den Kerngebieten gem. § 12 Abs. 6 BauNVO und Konzentration in den Sondergebieten (hier: Parkplatzsituation wird flächeneffizient über Parkhäuser und einigen Kurzzeitstellplätzen geregelt)</li> <li>- Festsetzung öffentlicher Grünflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB (hier: Öffentliche Grünflächen sind wesentliches Kernelement der B-Plan zugehörigen Grünordnung)</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Festsetzung Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB (hier: Schaffung des Kayenmühlengrabens mit Regenwassereinleitung)</li> <li>- Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindung für deren Erhalt sowie Erhaltungsgebot von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB (hier: Erhaltung aller Bestandsbäumen, die nicht durch Baufelder, Erschließung oder anderweitige Belange berührt werden. Zusätzlich Pflanzgebote zur Anlage des zentralen Grünzuges, Neupflanzung von Straßenbäumen und der Uferbegrünung des Kayenmühlengrabens)</li> <li>- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 i.V.m. Nr. 25 BauGB (hier: Herstellung Kayenmühlengraben, Dach- und Fassadenbegrünung)</li> </ul>
--	--

Etwaige betriebsbedingte Beeinträchtigungen beschränken sich auf ggf. temporär erfolgende ungebührliche Nutzungen von nichtversiegelten Freibereichen z. B. zu Lager- oder Abstellzwecken. Da der Vorhabenträger das Quartier auch über die Baufertigstellung betreuen wird, können solche ungewollten Entwicklungen durch entsprechende Quartiersbetreuung gezielt unterbunden werden. Es sind damit keine relevanten Auswirkungen zu erwarten.

Die Planung geht im Bereich der Baugebiete mit einem mittleren Flächenverbrauch (Stufe 2), im Bereich des zentralen Grünzuges mit einem geringen Flächenverbrauch (Stufe 1) einher.

Insgesamt ist die Beeinträchtigung des Plangebietes für das Schutzgut Fläche aufgrund der geringen Vorbelastung und des gegebenen mittleren bzw. geringen Flächenverbrauchs mit gering (Stufe 1) zu bewerten.

Die Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

#### 4.2.2.3 Schutzgut Boden

##### Beschreibung der Bestandssituation

Die Bodenverhältnisse im Geltungsbereich sind aufgrund der ehemaligen gewerblichen/ industriellen Nutzung tlw. massiv anthropogen vorgeprägt und daher stellenweise heterogen ausgebildet. Oberflächennah dominieren anthropogene Aufschüttungen mit Resten von Ziegeln, Beton, Bauschutt, Holz, Asche und Pappen. Darüber hinaus wurden Schluff-, Feinsand- und Mittelsandanteile nachgewiesen. Östlich der Max-Eyth-Straße weist diese humose Aufschüttungsschicht Mächtigkeiten zwischen 0,4 bis 3,1 m und westlich der Max-Eyth-Straße zwischen 1,5 bis 4,8 m auf. Darunter dominieren v.a. westlich der Max-Eyth-Straße bis max. 7 m unter Gelände organogene Substrate (vorwiegend Torfe, Mudden). Östlich der Max-Eyth-Straße schließen Beckensande an die humosen Aufschüttungen an. Westlich der Max-Eyth-Straße durchziehen die Beckensande ab einer Tiefe von 6,6 m das Bodensubstrat. Tone (schluffig, feinsandig) stehen erst ab Tiefen > 9 m und wurden nur in zwei Rammkernsondierungen RKS 1/10 und 3/16 nachgewiesen (H.s.w. 12/2016, S.12). Im Bereich östlich der Max-Eyth-Straße und vereinzelt auch westlich davon, treten oberflächennah Geschiebemergelformationen auf, die Einfluss auf die Boden- und Gründungseigenschaften haben.

Innerhalb der Geltungsbereichsgrenzen befinden sich zudem mehrere Altlastenstandorte, bei denen im Rahmen früherer Untersuchungen im Zeitraum zwischen 1992 und 2005 Boden-

verunreinigungen festgestellt wurden. Vor dem Hintergrund der geplanten sensiblen Umnutzung der Fläche (gewerbliche Nutzung in Wohnnutzung) wurden im Jahr 2016 und 2017 ergänzende Altlastenuntersuchungen vorgenommen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind den jeweiligen Fachgutachten (Erstbewertung der Altlastensituation von der BAUGRUND STRALSUND GMBH 2016/Orientierende Untersuchung nach § 3 (3) BBodSchV H.S.W 11/17) zu entnehmen. Die Ergebnisse der fortgesetzten Untersuchung sind der Detailuntersuchung der Altlastenerkundung (H.S.W. 02/2019) bzw. der vertiefenden Sanierungsuntersuchung /Vorentwurf Sanierungsplan zu entnehmen (H.s.w. 12.2019). Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die in der BBodSchV festgelegten Vorsorgewerte der untersuchten Parameter flächendeckend, bis auf Ausnahmen in bestimmten Teilbereichen, überschritten werden. Somit ist für diese Bereiche das Vorhandensein schädlicher Bodenveränderungen anzunehmen. Hauptsächlich sind für die festgestellten Überschreitungen die Parameter PAK<sub>16</sub>, sowie die Schwermetalle Quecksilber, Blei, Zink und Kupfer flächendeckend auffällig. Für die Schwermetalle Nickel, Cadmium und Chrom liegen vereinzelte Überschreitungen im östlichen und nordwestlichen Bereich des AS 0548.00 Neptunwerft sowie in nördlich und südlich gelegenen Teilbereichen des AS 1702.00 VEB SER vor.

Die durchgeführte Detailuntersuchung beinhaltete die vier Altstandorte AS 1702.01 (Methylenchloridtauchbad), AS 1702.02 (Paraffinbad/Benzinwäsche), AS 0548.06 (Tankstelle Daimler Benz AG Lübecker Straße 152) und AS 1206.00 (Minoltankstelle, Lübecker Straße 160). Für letztgenannten Standort wird empfohlen, diesen im Rahmen der Gleisverlegung bzw. bei möglichen Erdbauarbeiten zu untersuchen. Aufgrund bisheriger Untersuchungsergebnisse mit im Boden festgestellten Schadstoffkonzentrationen (Überschreitungen unter Prüfwert bis oberer Maßnahmewert gem. LAWA-Empfehlungen (1994) für BTEX, PAK und Naphthalin im Tiefenbereich 3,0-6,0 m unter GOK an der Grundstücksgrenze zu den Gleisen und im Grundwasser festgestellten Überschreitungen unter Prüfwert bis oberer Maßnahmewert gem. LAWA für BTEX, Benzol, MKW und Naphthalin in der GWMS B1, ist von einer Sanierungswürdigkeit des Standortes auszugehen. Die in der Detailuntersuchung genauer überprüften Altlastenstandorte AS 1702.1 und AS 1702.02 konnten seinerzeit in ihrer räumlichen Ausdehnung noch nicht abschließend bestimmt werden, was ergänzende Untersuchungen im Rahmen der Sanierungsuntersuchung notwendig machte (s. u.). Bezüglich des Altlastenstandortes AS 0548.06 (Tankstelle Daimler-Benz AG, Lübecker Straße 152) konnte der im Rahmen der Orientierenden Untersuchung (H.S.W 11/2017) aufgekommene Verdacht auf BTEX und MKW Überschreitung nicht bestätigt werden.

Im Ergebnis der nachfolgend durchgeführten Sanierungsuntersuchung bzw. des erarbeiteten Vorentwurfs des Sanierungsplans (H.s.w., Rostock 12.2019) wird für den **AS 0548.06** (Tankstelle Daimler-Benz AG, Lübecker Straße 152) kein weiterer Sanierungsbedarf empfohlen, da tankstellentypische Bodenbelastungen nicht festgestellt, die analysierten Schwermetallbelastungen im Grundwasser als gebietstypisch bewertet werden, das gesamte Gebiet im Bereich der vorhandenen Aufschüttungen durch hohe Schwermetallbelastungen gekennzeichnet ist, der Grundwasserabstrom nach den vorliegenden Stichtagsmessungen in ostnordöstliche Richtung abfließt und damit von der unmittelbar südlich der Grundwassermeßstelle (GWMS) 1/19 gelegenen Grundstücksgrenze abfließt sowie durch die, für die Umsetzung der geplanten Bebauung erforderlichen Baumaßnahmen wesentlichen Mengen der belasteten Böden entnommen und der gesetzeskonformen Entsorgung zugeführt werden. Damit in Verbindung steht eine wesentliche Minderung des Quellterms für die Schwermetallbelastungen im Grundwasser. Die zusätzlich geplante weitgehende Versiegelung der Flächen vermindert weiterhin das Eindringen von Niederschlagswasser in den Boden und damit eine weitere Mobilisierung von Schadstoffen.

Im Bereich des AS 1702.01 (Paraffinbad/Benzinwäsche) und des südlich davon gelegenen AS 1702.02 (Methylenchloridtauchbad) bestätigten sich die bereits bekannten großflächigen Schwermetallbelastungen im Boden und es wurden zudem zusätzlich organische Schadstoffe (BTEX, PAK<sub>16</sub> und LHKW) untersucht und festgestellt. Der im Bereich des AS 1702.02

schon bekannte BTEX-Schaden kann nun mit Lastschwerpunkt im Bereich der Rammkernsondierung (RKS) 17/18 (nördlicher Abschnitt geplanter Kayenmühlengraben) verortet werden; hier wurden mit 26,9 mg/kg Trockensubstratanteil (TS) bis in die Teufe von 4,3 m BTEX-Feststoffkonzentrationen analysiert, die über dem unteren Maßnahmeschwellenwert der LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 3 (10 mg/kgTS) liegen. Lage und Abgrenzung der im südlichen Bereich des AS 1702.01 lokalisierten PAK<sub>16</sub>-Belastung konnten ebenfalls genauer bestimmt werden. Hier waren im Bereich der RKS 6/18 bis RKS 9/18 PAK<sub>16</sub>-Konzentrationen zwischen 11,3 bis 401 mg/kgTS analysiert worden. Zur besseren Aushaltung der Grenzen dieser z. T. sehr hohen Stoffkonzentrationen im Boden wurden die RKS 7/19 bis RKS 10/19 abgeteuft und die Bodenproben entnommen sowie nach dem vorgegebenen Untersuchungsprogramm analysiert und ausgewertet. Die hier analysierten Konzentrationen liegen im gebietstypischen Bereich zwischen 2,0 bis 34,9 mg/kgTS. Damit liegt die Grenze der sehr hohen PAK<sub>16</sub>- Stoffkonzentrationen in der RKS 9/18 zwischen dieser und den RKS 7/19 und RKS 8/19 (nordöstliche Ecke südöstliches Baufenster MU 2b).

Den auch im sonstigen Geltungsbereich des B-Plans bestehenden Schwermetallbelastungen kann durch geeignete bauliche Maßnahmen hinreichend begegnet werden, sodass die Anforderungen nach § 10 Abs. 1 BBodSchG erfüllt und die in der Entwurfsfassung des B-Plans enthaltenen Planinhalte umgesetzt werden können. Laut Gutachten sind als Maßnahmen hierfür geeignet

- der seitens des Vorhabenträgers geplante Verzicht auf die Errichtung von Kellern unterhalb der Gebäude,
- ein Auftrag oder Bodenaustausch für die Innenhöfe zwischen den Gebäuden in einer Mächtigkeit von mindestens 65 cm im endverdichteten Zustand (im B-Plan für sämtliche unversiegelte Aufenthaltsbereiche im Freien bereits festgesetzt).

Die ausgekofferten belasteten Böden sind für eine Verwendung im Plangebiet grundsätzlich nicht geeignet; sie sind ordnungsgemäß zu deklarieren und auf dieser Grundlage der gesetzeskonformen Entsorgung zuzuführen.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Die langjährige gewerbliche bzw. industrielle Nutzung der vom Geltungsbereich eingeschlossenen Fläche führte zu teilweise erheblichen Vorbelastungen des Schutzgutes Boden. Auch wenn die baulichen Anlagen inzwischen bis auf die denkmalgeschützte ehemalige Handelsschule und das Autohaus Goldbach zurückgebaut wurden, weisen noch partiell vorhandene Fundamentreste bzw. kleinflächige Versiegelungen sowie anthropogene Aufschüttungen mit Resten von Ziegeln, Beton, Bauschutt, Holz, Asche und Pappen auf die langjährige massive Störung des Schutzguts Boden hin. Zudem bestehen an mehreren Stellen im Plangebiet noch Altlasten, die tlw. zu stofflichen Belastungen von Boden und/oder Grundwasser führen.

Die Empfindlichkeit der vorhandenen Böden wird flächendeckend als gering (Stufe 1) eingestuft. Es handelt sich ausschließlich um anthropogen massiv vorgeprägte Böden mit mehreren Altlastenstandorten.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Baubedingt ergeben sich Beeinträchtigungen durch die temporäre Inanspruchnahme von Flächen für Baustelleneinrichtungen, Zufahrten und Lagerflächen für Baumaterial sowie die damit verbundene Verdichtung des Bodens. Zudem besteht das Risiko, dass Schadstoffe, insbesondere Kraftstoffe und Schmiermittel für Baumaschinen bei unsachgemäßem Baustellenbetrieb eingetragen werden.

Die flächenmäßige Inanspruchnahme ist aber zeitlich begrenzt und aufgrund der stufenweisen Realisierung zudem immer nur auf eine Teilfläche beschränkt. Der Eintrag von Schadstoffen kann durch ein fachbaulich betreutes Bodenmanagement sowie dessen sachgemäße

Handhabung und Baustellenaufsicht unterbunden werden. Dieses Bodenmanagement ist zwischen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und dem Erschließungsträger des B-Planes, der WIRO Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH, vertraglich vereinbart worden. Daher ist die baubedingte Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden insgesamt als nicht erheblich einzustufen.

Anlagenbedingte Beeinträchtigungen für den Boden ergeben sich v.a. aus Art und Intensität der geplanten baulichen Nutzung. Als Indikator für die Beurteilung wird die Flächeninanspruchnahme herangezogen, wobei die Vorbelastung im Bestand berücksichtigt und der Neuversiegelung gegenübergestellt wird.

Aus gutachterlicher Sicht kann mit den schädlichen Bodenveränderungen, bis auf den gefundenen BTEX-Schaden am AS 1206.00 (Minoltankstelle) minimalinvasiv umgegangen werden. Das bedeutet, dass durch die Unterbrechung des Wirkungspfad des Boden-Mensch und die weitere Verminderung des Wirkungspfad des Boden-Grundwasser eine sicherungsähnliche Wirkung eintritt. Zur Unterbindung des Wirkungspfad des Boden-Mensch soll aus gutachterlicher Sicht ein Bodenauftrag mit einer dauerhaft zu sichernden Mächtigkeit von mindestens 65 cm im endverdichteten Zustand oder alternativ ein entsprechender Bodenaustausch realisiert werden. Die Unterbrechung des Wirkungspfad des Boden-Grundwasser kann durch geplante Baumaßnahmen (Bodenaushub, Versiegelung) weitestgehend realisiert werden.

Damit ist durch die zu erwartende Versiegelung der Fläche im Untersuchungsraum, den zu erwartenden Bodenaustausch im Rahmen der Erdbau- und Gründungsarbeiten sowie bei Einhaltung der weiter gegebenen Hinweise keine umfangreiche Sanierung der oberflächennahen Bodenschichten durch Dekontamination erforderlich. Davon ausgenommen sind ggf. Teilbereiche, die sich erst im Rahmen der Erdarbeiten als stärker belastet darstellen.

Die Begründung dieser Vorgehensweise und die dabei aus gutachterlicher Sicht zu beachtenden Rahmenbedingungen sind dem Kapitel 7 des Gutachtens von H.S.W (11/2017) und der ergänzenden Detailuntersuchung (02/2019) zu entnehmen. Die vorgelegte ergänzende Sanierungsuntersuchung (12/2019) beinhaltet zudem den Vorentwurf des Sanierungsplans. Dieser benennt bereits im Wesentlichen die einzelnen zur ergreifenden Sanierungsmaßnahmen, welche im Rahmen der Vorhabenumsetzung durchzuführen sind. Der Sanierungsplan befindet sich derzeit in Bearbeitung und wird entsprechend der fortgeschrittenen Erkenntnislage projektbegleitend fortgeschrieben.

Die Umsetzung des Bebauungsplans 10.W.63 ist aus altlastensachverständiger Sicht nach Durchführung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen möglich. Weiterhin wird die Herstellung des Kayenmühlengrabens aus Sicht der Altlastensanierung als positive Maßnahme für den Standort bezeichnet.

Die Durchführung der erforderlichen Altlasten-Sanierungsmaßnahmen erfolgt unter Fachaufsicht des StALU Mittleres Mecklenburg sowie des Amtes für Umweltschutz der Hansestadt Rostock. Die weitere fachgutachterliche Begleitung erfolgt entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und entsprechend der seitens vorstehender Behörden getroffenen Vorgaben.

**Tabelle 6: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Boden**

mögliche Auswirkungen durch Versiegelung	Festsetzungs-/Kennzeichnungsmöglichkeiten im Bebauungsplan
- Einschränkung der Grundwasserneubildung durch zusätzliche Versiegelung (eingeschränkte Versickerung), Veränderungen des Bodengefüges und der von Bodenlebewesen abhängigen Krümelstruktur	- Begrenzung der zulässigen GRZ gem. §17 Abs. 1 BauNVO, Kompensationsmaßnahmen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB
- Auftreten von schädlichen Bodenveränderungen	- Kennzeichnung von Baugebieten gem. § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB; Hinweis Teil B bzw. Altlastensanierungsmaßnahmen

	- Auftrag von unbelastetem Bodenmaterial bzw. entsprechender Bodenaustausch auf unversiegelten Freiflächen
--	--

Betriebsbedingte Beeinträchtigungen können vorzugsweise durch ordnungswidriges Verhalten der späteren Nutzer bzw. Besucher des Quartiers z. B. durch unsachgerechte Entsorgung von Müll oder sonstigen Schadstoffen im Bereich der unversiegelten Flächen verursacht werden. Da der Vorhabenträger das Quartier auch über die Baufertigstellung betreuen wird, kann solchen ungewollten Entwicklungen durch entsprechende Quartiersbetreuung gezielt entgegengewirkt werden. Es sind damit keine relevanten Auswirkungen zu erwarten.

Die geplante Wohnbaunutzung führt, infolge des Umfangs der geplanten Bebauung sowie der festgesetzten GRZ, zu einer erhöhten Flächeninanspruchnahme (Stufe 2). Im Bereich des geplanten zentralen Grünzugs ist hingegen mit einer geringen Nutzungsintensität und einer geringen Flächeninanspruchnahme (Stufe 1) zu rechnen. Insgesamt ergibt sich aufgrund der bestehenden Vorbelastungen (anthropogene Störungen der Bodenstruktur und Altlasten) eine geringe Beeinträchtigung, Stufe 1, gegenüber dem Verlust verbliebener natürlicher Bodenfunktionen.

Die Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

#### 4.2.2.4 Schutzgut Wasser

##### Oberflächenwasser

##### **Beschreibung der Situation**

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich derzeit kein Oberflächengewässer. Mittelbar angrenzend verläuft das gemäß Europäischer Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) berichtspflichtige Gewässer der Unterwarnow. Ein Mischwasserhauptsammler befindet sich ~~nördlich~~ in der Max-Eyth-Straße. Dieser entwässert zum erheblichen Teil das südwestlich des B-Plangebietes befindliche Stadtviertel mit der heutigen Hans-Sachs-Allee, dem Botanischen Garten und weiter Richtung Tschaikowskistraße dem Komponistenviertel. Vom ehemaligen Kayenmühlengraben sind heute lediglich in Teilbereichen des Botanischen Gartens sowie nördlich der Werftstraße noch Gewässerabschnitte als offenes Gewässer erkennbar. Der ganz überwiegende Teil ist verrohrt ~~bzw. drainiert~~ worden.

##### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Aufgrund des größtenteils verrohrten Zustandes und der fehlenden Lebensraumfunktion ist der außerhalb des Plangebietes noch bestehende Kayenmühlengraben als anthropogen vollständig überformtes und belastetes Gewässer (Empfindlichkeit/Vorbelastung: Stufe 1) einzustufen. Eine zwingende Relevanz der Einstufung für die Planung ist nicht gegeben, da sich im Bestand des Planungsgebietes kein Oberflächengewässer befindet.

##### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Die mit der Umsetzung der Planinhalte verbundene Herstellung des Kayenmühlengrabens im Plangebiet, führt zu einer dauerhaften Verbesserung des Schutzgutes Wassers, da dieser als Retentionsfläche und Ablauffläche für Regenwasser genutzt werden kann. Aufgrund der erforderlichen durchgehenden Abdichtung des Kayenmühlengrabens infolge der bestehenden erheblichen Belastung von Boden und Grundwasser (siehe detaillierte Darlegung im nachfolgenden Kapitel Grundwasser), kann dieser jedoch nicht zur Grundwasserneubildung beitragen. Das vorliegende hydrologische Konzept zur Eröffnung des Kayenmühlengrabens von WASTRA-PLAN INGENIEURGESELLSCHAFT MBH (10/2016) stuft die Maßnahme aber als eine sinnvolle und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeit für die Ableitung des anfallenden Regen-

wassers ein. Die technische Ausgestaltung des Kayenmühlengrabens kann laut Gutachterbüro so erfolgen, dass Hochwassergefährdungen für die Wohnbebauung sicher ausgeschlossen werden und das Gewässer außerdem zum Aufenthaltserlebnis im neuen Wohngebiet beiträgt.

Der geringste Abstand zwischen Unterwarnow und im vorliegenden B-Plan zulässiger baulicher Nutzung beträgt ca. 200 Meter und liegt damit außerhalb des 50-Meter-Gewässerschutzstreifens. Festsetzungen zum Schutz des Küsten- und Gewässerschutzstreifen sind somit nicht notwendig.

Der Zielstellung des Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock hinsichtlich der Erhaltung und Entwicklung naturnaher Gewässer wird mit der geplanten Maßnahme der Herstellung des Kayenmühlengrabens in gewissem Maße entsprochen.

### Grundwasser

#### **Beschreibung der Bestandssituation**

Im Zuge der Erkundungsbohrungen im Oktober 2016 (H.S.W. 12/2016) wurde Grundwasser zwischen 0,6 m bis 6,6 m unter Geländeoberkante (GOK) gepeilt. Bei Erkundungsbohrungen im Mai 2010 wurde östlich der Max-Eyth-Straße Grundwasser zwischen 0,6 m bis 3,3 m unter GOK gepeilt. Aufgrund der bereichsweise gering wasserdurchlässigen Substrate im Plangebiet kann es bei langanhaltendem Niederschlag oder Starkregenereignissen bzw. zum Zeitpunkt der Schneeschmelze zum Aufstau von Sickerwasser bis Geländeoberkante kommen.

Im Allgemeinen ist damit zu rechnen, dass die gemessenen Wasserstände jahreszeitlich bedingt schwanken. Die Grundwasserfließrichtung orientiert sich zur Warnow in nordöstliche Richtung. Die Grundwasserfließrichtung kann allerdings durch Sickerwasserrückstau lokal gestört sein, sodass diese bereichsweise innerhalb des Erschließungsgebietes abweichen kann. Zudem kann zumindest lokal für das oberflächennahe Grundwasser ein Abstrom zum ehemaligen Vorfluter (Kayenmühlengraben) auftreten (H.S.W.12/2016).

Die Karte 7 des Landschaftsplans der Hanse- und Universitätsstadt Rostock weist den Standort des Bebauungsplangebietes als relativ geschützt gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen aus.

Im Rahmen einer vertiefenden Sanierungsuntersuchung zu 3 Altlastenstandorten, für die im Ergebnis der orientierenden Erkundung noch erheblicher Klärungsbedarf bestand, bzw. im Rahmen der Erstellung des Vorentwurfs zum Sanierungsplans wurde die **Belastung des Grundwassers** auch anhand zusätzlich errichteter Messstellen untersucht. Im Bereich von AS 1702.01 wird, was die Schadstoffgruppe LHKW betrifft, aufgrund der sehr geringen Schadstoffkonzentration und des Fehlens von Auffälligkeiten an den Grundwassermessstellen (GWMS) 3/18 und 4/19 trotz permanenter Erschütterungen durch den LKW-Verkehr der benachbarten Werftstraße, das Mobilisierungsrisiko relevanter Schadstoffmengen als sehr gering eingeschätzt. Beim vorliegenden BTEX-Schaden, dessen Schwerpunkt nordöstlich von AS 1702.02 lokalisiert wurde, handelt es sich nach gutachterlicher Expertise vermutlich um einen relativ kleinräumigen Hochlastbereich, der nach den vorliegenden Analyseergebnissen keine deutliche Fahnenbildung zeigt. Die bisher angetroffenen Grundwasserhöhen bewegen sich im Bereich des BTEX-Schadens zwischen 4,0 und 5,0 m unterhalb des Geländes und damit deutlich unterhalb der geplanten Ausbautiefe des Kayenmühlengrabens. Für den Verlauf der Grundwasserstände im Gebiet existieren jedoch keine langfristigen Aufzeichnungen, so dass eine hinreichende Sicherheit, nach nassen Jahren nicht auch deutlich höhere Grundwasserstände verzeichnen zu müssen, nicht vorhanden ist. Bei Aufrechterhaltung des Planungskonzeptes gemäß der Entwurfsfassung des B-Plans (06.03.2019) ist mit dem Neubau des Kayenmühlengrabens auch der Ausbau der dort vor-



handenen kontaminierten Böden bis in die geplante Ausbautiefe des Gewässers verbunden. Darüber hinausgehende Sanierungsmaßnahmen werden wegen der Kleinräumigkeit der Belastungen *und* der vermutlich nur eng begrenzten Wirkweite aus gutachterlicher Sicht nicht vorgeschlagen. Für die PAK<sub>16</sub>-Belastung, die mit der Sanierungsuntersuchung im Bereich der AS 1702.01 lokalisiert wurde, gelten sinngemäß die Erläuterungen zu BTEX. Allerdings unterscheidet sich dieser Gewässerschadstoff von der BTEX-Belastung insofern, als dass die hier analysierten Konzentrationen in der GWMS 17/18 mit ca. 11,5 µg/l für PAK<sub>16</sub> den oberen Maßnahmewert der LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 2 um das ca. 6-fache und die Naphthalinkonzentration von 5,4 µg/l knapp oberhalb des unteren Maßnahmewertes der LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 2 analysiert wurden. Aufgrund der Kleinräumigkeit der Belastungen werden aus gutachterlicher Sicht keine weiteren parameterspezifischen Sanierungsmaßnahmen wegen der PAK<sub>16</sub>- und Naphthalin-Belastungen vorgeschlagen. Die nachgewiesene MKW-Konzentration fiel bei der Beprobung im November 2019 deutlich niedriger aus als noch bei der Februar-Probenahme gleichen Jahres. Im Übrigen treffen hier die gleichen Zusammenhänge zu, wie für die BTEX/PAK<sub>16</sub>-Belastung ausgeführt wurden.

Die bereits durch die orientierende Untersuchung nachgewiesene, verschiedene Parameter betreffende Schwermetallbelastung des Bodens hat sich auch auf das Grundwasser ausgewirkt. So zeigen sämtliche im Februar und November 2019 durchgeführten Grundwasser-Beprobungen die Überschreitung von Prüf- bzw. Maßnahmenwerten, der für die Beurteilung herangezogenen LAWA-Empfehlungen (1994), Tabelle 2 an. Für den unmittelbaren Bereich des AS 1702.01 und des AS 1702.02 und die dort vorhandenen GWMS wird deutlich, dass die Parameter Zink, Bor und Chrom die Schwermetalle mit den höchsten Konzentrationen sind; aber auch die weiteren Schwermetalle, wie Blei, Arsen, Chrom, Kupfer und Nickel sind bereichsweise in Konzentrationen vorhanden, die in den Maßnahmenbereich der LAWA-Empfehlungen einzuordnen sind.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Vor dem Hintergrund der im Plangebiet befindlichen Altlastenstandorte, bei denen im Rahmen früherer Untersuchungen im Zeitraum zwischen 1992 und 2005 sowie der Orientierenden Untersuchung, der Detailuntersuchung und der ergänzenden Sanierungsuntersuchung (H.s.w. 11/2017, 03.2019, 12.2019) auch teilweise Grundwasserverunreinigungen festgestellt wurden, ist mit einer punktuell erheblichen Vorbelastung des Schutzguts Grundwasser zu rechnen. Insbesondere bestehen erhebliche Vorbelastungen des Grundwassers im Umfeld der Altlastenstandorte AS 1702.01 und AS 1702.02, also im nördlichen Abschnitt des zur Wiederherstellung vorgesehenen Kayenmühlengrabens, sowie weiterhin durch Schwermetallbelastung auch in vielen weiteren Bereichen des Plangebiets. Die entsprechend erforderlichen Vorkehrungen im Rahmen der Planungsumsetzung sind in nachfolgendem Punkt dargelegt.

Die Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers wird, ungeachtet v.g. dargestellter räumlich begrenzter erhöhter Belastung im Umfeld von AS 1702.01 und AS 1702.02 aufgrund der unterschiedlich großen Grundwasserflurabstände und der Heterogenität und Wasserdurchlässigkeit der Deckschichten insgesamt weiterhin als mittel (Stufe 2) und das Grundwasser als teilweise geschützt gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen eingeschätzt. Diese Einstufung wird durch die Darstellung des Landschaftsplans der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Karte 7) bestätigt.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Eine Nutzung des Grundwassers ist durch die vorliegende Planung nicht vorgesehen. Somit ergeben sich keine Auswirkungen auf das Grundwasserdargebot. Beeinträchtigungen für das Grundwasser ergeben sich jedoch grundsätzlich aus der Verringerung der Grundwasserneubildung durch Neuversiegelung und der erforderlichen Abdichtung im Umfeld des Kayenmühlengrabens (anlagebedingt) sowie aus Gefährdungen durch den Eintrag wasserverunreini-

gender Stoffe, durch unsachgemäße Lagerung von Baustoffen und Materialien (z.B. Ölen) oder das Abstellen von Baumaschinen und –geräten (baubedingt).

Aufgrund des geringen Anteils vollversiegelter Flächen im Plangebiet ist die Grundwasserneubildungsrate innerhalb des Plangebietes vor Umsetzung der Planung als mittel, Stufe 2, einzustufen. Das Kartenportal Umwelt (Mecklenburg-Vorpommern) weist einen Wert von ca. 150 bis 220 mm pro Jahr aus. Mit der Umsetzung der Planung geht eine Neuversiegelung von bisher sickertfähigem Boden von ca. 62.000 m<sup>2</sup> einher. Bei einem Ableiten des auf den Dachflächen anfallenden unbelasteten Regenwassers in den neugeschaffenen Kayenmühlengraben, wird ein Großteil des Regenwassers jedoch im Naturhaushalt belassen. Damit werden erhebliche Beeinträchtigungen des Grundwasserhaushaltes vermieden. Dass es im Zuge der zukünftigen Wohn-, Dienstleistungs- und sonstigen gewerblichen Nutzung (betriebsbedingt) zur Verunreinigung des Grundwassers kommt, ist bei einer ordnungsgemäßen Ableitung des Schmutzwassers in das bestehende bzw. auszubauende Leitungssystem hinreichend sicher auszuschließen.

Im Ergebnis der Altlastenbegutachtung (H.s.w. 11/2017, 03/2019, 12/2019) würde die Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens, bei Nichtinanspruchnahme besonderer Vorkehrungen, das im südlichen Bereich des AS 1702.01 sehr hoch anstehende, belastete Grundwasser aufgeschlossen. Der Graben würde durch seine Tiefe und die hydraulisch offenen Böschungen zwangsläufig eine Drainagewirkung erzeugen. Es würde damit, bei entsprechenden Grundwasserständen, die Einleitung des belasteten Grundwassers in den Kayenmühlengraben erfolgen. Dadurch besteht für sich dort aufhaltende Personen die Möglichkeit, mit diesem Wasser unmittelbar in Kontakt zu treten. Weiterhin wird das Grundwasser über den Kayenmühlengraben der Warnow als WRRL- Gewässer I. Ordnung zugeführt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Einleitungen, welche eine Verschlechterung des ökologischen Zustands des WRRL-Gewässers am Einleitpunkt bedeuten können, nicht genehmigungsfähig sind. Der Ausbau der kompletten belasteten Bodenschichten mit dem Ziel der dauerhaften Dekontamination der Flächen erscheint angesichts der Mächtigkeit der Aufschüttungen finanziell nicht umsetzbar zu sein. Aus diesem Grunde wird der Kayenmühlengraben, entsprechend der Empfehlung aus dem Vorentwurf zum Sanierungsplan, dauerhaft gegenüber dem Zutritt von Grundwasser abgedichtet. Als mögliche Varianten kommen dazu die Errichtung einer durchgehenden Betonauskleidung, die Verlegung in einer Betonrohrleitung (der Kayenmühlengraben wird dann oberhalb der Betonrohrleitung als flache, begrünte Mulde ausgebildet, die für die Ableitung von Niederschlagswasser nur im abgedichteten Zustand geeignet ist) sowie der Erhalt des Kayenmühlengrabens in seiner jetzigen Entwurfsidee, dabei jedoch Ausbildung von gedichteten Böschungen, die den Zutritt von Grundwasser dauerhaft wirksam verhindern, in Frage. Bei allen möglichen Varianten sind die durchgängige Abdichtung des Oberflächenwassers gegenüber dem zudrängenden Grundwasser, die Auftriebssicherheit der Abdichtung, sowie bei Tiefgründungsmaßnahmen die Verhinderung von hydraulischen Wegsamkeiten zwischen den belasteten Aufschüttungen und dem zu schützenden Grundwasserleiter zu gewährleisten.

Aus Sicht der Altlastensanierung und –dekontamination wird die Herstellung des Kayenmühlengrabens als positiv bewertet.

Darüber hinaus wird aus gutachterlicher Sicht, bei Beachtung der Hinweise, kein unmittelbarer großflächiger Sanierungsbedarf für die Boden- und Grundwasserbelastungen PAK<sub>16</sub> im Wirkungspfad Boden-Grundwasser empfohlen. Für die Teilstandorte AS 1206.00 (Daimler-Benz-Tankstelle) sowie für die Flächen mit erhöhten PAK<sub>16</sub>-Konzentrationen wird allerdings eine Sanierung empfohlen. Eine Unterbrechung des Wirkungspfades Boden-Grundwasser kann aus gutachterlicher Sicht im Rahmen der geplanten Baumaßnahmen weitestgehend realisiert werden (H.s.w. 02/2019).

Im Kapitel 7.3.1 des Gutachtens (H.s.w. 11/2017) wurde in die Bewertung der für den Wirkungspfad Boden-Grundwasser vorhandenen Gefährdungen die zukünftige Entwicklung des

Betrachtungsraumes einbezogen. Diese geplante Entwicklung führt mit ihren Versiegelungen auch zu wesentlichen Änderungen im Wasserdargebot. So werden die z.Zt. auf die Geländeoberfläche fallenden und dort versickernden Niederschläge zukünftig durch die Straßen- und Dachflächen sowie die versiegelten Baunebenflächen aufgefangen und über die hydraulisch dichte Regenwasserkanalisation direkt den umgebenden Gewässern zugeführt. Dadurch erfolgt eine um den geplanten Versiegelungsanteil verringerte Regenwasserversickerung. Im Bereich geplanter Grünflächen erfolgt bei Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zusätzlich ein stärkerer Rückhalt der Niederschläge durch die dort vorhandenen Pflanzen sowie in der durchwurzelbaren Bodenschicht (Speicherwirkung). So können durch die Niederschläge weniger Schadstoffe ausgelöst und den umgebenden Gewässern zugeleitet werden. Der oberflächige Zufluss des Niederschlagswassers zu den Gewässern erfolgt dann über im Sinne der BBodSchV nicht schädlich verunreinigte Böden. Weiterhin wird vorgeschlagen, die geplanten Straßen und Nebenanlagen in einer wasserdichten Bauweise (Asphalt oder dichtes Pflaster ohne Versickerungsmöglichkeiten für das Niederschlagswasser) auszubilden, um die oben argumentierten Effekte der Versiegelung der Flächen und der damit verbundenen Verminderung des Schadstoffaustrages auch wirksam werden zu lassen.

Davon ausgenommen bleibt der Bereich der ehemaligen Minoltankstelle Lübecker Straße 160 auf dem Grundstück des ehemaligen VEB IKN (AS 1206.00), heute Autohaus Goldbach. Dieser Bereich weist alle Merkmale einer aktiven und wirksamen Altlast auf, die zu den gemessenen, nicht tolerierbaren Grundwasserbelastungen führt und daher der weiteren Untersuchung im Hinblick auf eine Sanierung/Sicherung bedarf. Diese Flächen müssen erst dann saniert werden, wenn eine Umnutzung erfolgt.

Die Durchführung der erforderlichen Altlasten-Sanierungsmaßnahmen erfolgt unter Fachaufsicht des StALU Mittleres Mecklenburg sowie des Amtes für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die weitere fachgutachterliche Begleitung erfolgt entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und entsprechend der seitens vorstehender Behörden getroffenen Vorgaben.

Das Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock formuliert u.a. als Zielsetzung in Bezug auf den Grundwasserschutz, dass sich die stoffliche Belastung des Grundwassers nicht verschlechtern darf und die Prüfwerte der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA-Richtlinie) langfristig erreicht werden sollen.

Betriebsbedingte Beeinträchtigungen können vorzugsweise durch ordnungswidriges Verhalten der späteren Nutzer bzw. Besucher des Quartiers z. B. durch unsachgerechte Entsorgung von Schadstoffen im Bereich der unversiegelten Flächen verursacht werden. Da der Vorhabenträger das Quartier auch über die Baufertigstellung betreuen wird, kann solchen ungewollten Entwicklungen durch entsprechende Quartiersbetreuung gezielt entgegenge wirkt werden. Es sind damit keine relevanten Auswirkungen zu erwarten.

Die voraussichtliche Eintragsgefährdung von Schadstoffen Im Bereich der Baugebiete wird als erhöht (Stufe 2) und im zentralen Grünzug, als gering (Stufe 1) eingestuft.

Insgesamt ergibt sich damit aufgrund der gegebenen mittleren Verschmutzungsempfindlichkeit durchgehend eine mittlere Beeinträchtigung der Schutzgutes Grundwasser.

Die Auswirkungen werden unter der Befolgung der Hinweise der Begutachtung von H.s.W. (11/2017, 03/2019 und 12/2019) als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

### Sturmflut

#### **Beschreibung der Situation**

Für diesen Stadtbereich der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gilt ein Bemessungshochwasser [BHW] von 2,90 m über NHN. Das Bebauungsplangebiet liegt topographisch

ausreichend hoch, sodass selbst im Falle eines extremen Sturmflutereignisses keine Überflutungsgefährdung besteht. Auch die Sohllage des vorhandenen großen Mischwasserkanals im Kreuzungsbereich Werftstraße liegt erheblich oberhalb der Bemessungshochwassermarken.

Im Integrierten Entwässerungskonzept (INTEK) der Hansestadt Rostock wurde die Max-Eyth-Straße als Abflussbahn mit mittlerer Gefährdung dargestellt, wobei der MW-Kanal selbst nicht als hydraulische Engstelle dokumentiert ist.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Da das gesamte Plangebiet nicht im überflutungsgefährdeten Bereich liegt und keine Maßnahmen des Hochwasserschutzes (StALU) vorgesehen sind, weist das Plangebiet eine geringe Empfindlichkeit gegenüber Hochwasser auf (Stufe 1). Im INTEK (2013) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird das Plangebiet in der Gesamtbewertung (Karte 8) als Gebiet mit geringer bis sehr geringer hydrologischer Gefährdung eingestuft.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Die geringe bis sehr geringe Hochwassergefährdungssituation im Plangebiet wird sich nach Einschätzung des Hydrologischen Konzepts (WASTRA-PLAN 09/2016, S. 17) mit Etablierung des im Plangebiet herzustellenden Kayenmühlengrabens weiter verbessern, da eine zusätzliche Möglichkeit der Regenwasserableitung Richtung Warnow geschaffen wird.

Die derzeit vorhandene Geländetopographie mit leichter Geländeneigung zum neu geschaffenen Kayenmühlengraben ist beizubehalten. Die in Ost-West-Richtung verlaufenden Verkehrs- und Grünflächen sollten tiefer als die Hauszugänge liegen und unter Berücksichtigung der Funktion als Entwässerungsbahnen bei Extremniederschlagsereignissen ausgestaltet werden. Der Querschnitt des Kayenmühlengrabens ist auch für Starkregenereignisse hinreichend zu dimensionieren.

Eine Bewertung des Einflusses der Planung gegenüber Gewässern und Überflutungsbereichen wird nicht vorgenommen, da bisher weder Gewässer noch Überflutungsbereiche bestehen.

#### **4.2.2.5 Schutzgut Klima**

##### **Beschreibung der Bestandssituation**

Wird das Bebauungsplangebiet großräumig innerhalb der Untergliederung des norddeutschen Klimaraumes betrachtet, so ist es dem *Klimabezirk der westmecklenburgischen Küste und Westrügens* zuzuordnen, der durch ausgeglichenen Tagesgang der Lufttemperatur, hohe Luftfeuchte, starke Luftbewegung und häufige Bewölkung gekennzeichnet ist.

Die Klimatopkarte der Hanse- und Universitätsstadt Rostock weist für große Teile des Bebauungsplangebietes, das für eine Bebauung vorgesehen ist, den Klimatopcharakter eines Freiland-Klimatops zu, in dem es zu einer merklichen nächtlichen Abkühlung kommt. Die vorhandenen Gehölzstrukturen tragen zudem zur Frischluftregeneration bei.

Neben dem Freiland-Klimatop befinden sich im Plangebiet Emissionsquellen, die zeitweilig sehr hohe Schadstoffkonzentrationen verursachen. Hier sind insbesondere die sehr stark frequentierte Lübecker Straße mit angeschlossenem Straßenbahnverkehr sowie die ebenfalls stark befahrene Werftstraße und die nördlich und östlich angrenzenden Gewerbestandorte zu nennen. Das Geoportal der Hanse- und Universitätsstadt Rostock stuft diesen Bereich als Gewerbe-Klimatop ein. Der Bereich mit der Bestandsbebauung im südöstlichen Teilbereich des Plangebietes wird aufgrund der starken Versiegelung und Bebauung als Stadt-Klimatop (im Geoportal der Hanse- und Universitätsstadt Rostock als Gewerbe-Klimatop) eingestuft. Charakteristisch für dieses Klimatop sind neben der zeitweilig hohen

Schadstoffkonzentration eine starke Aufheizung und Abwärme, mäßige nächtliche Abkühlung, geringer Luftaustausch und eine sehr geringe Luftfeuchte.

Stadtklimatope besitzen eine sehr hohe planerische Bedeutung für die Entwicklung des innerstädtischen Klimas. Dabei geht die Wirksamkeit eines Klimatotyps über die Raumeinheit hinaus, insbesondere dann, wenn Austausch- und Transportvorgänge durch Frischluftbahnen wirksam sind. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier das Land-See-Windsystem.

Das Bebauungsplangebiet selbst hat keine Bedeutung für Austausch- und Belüftungsverhältnisse durch Frischluftbahnen. Aufgrund der Warnownähe ist das Gebiet ein Bereich, in dem sich kalte Luft sammelt.

Das Bebauungsplangebiet liegt im Einwirkungsbereich der Land-Seewind-Zirkulation bzw. der Frischluftbahn über die Unterwarnow. Dieser relativ konstante lokale Wind kann für das Bebauungsplangebiet von Bedeutung für die Frischluftversorgung und den Abtransport überwärmter Luft sein.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Die nicht durch Bebauung und/oder Verkehrsflächen versiegelten, sondern durch Grünflächen mit Einzelbaumbestand gekennzeichneten Bereiche des Plangebietes sind aufgrund ihrer Einstufung als Freiland-Klimatop von hoher klimaökologischer Bedeutung (Stufe 3). Die Bereiche des Plangebietes, die als Gewerbe- und/oder Stadt-Klimatop eingestuft werden, weisen eine geringe klimaökologische Bedeutung auf (Stufe 1) und können als erheblich vorbelastet eingestuft werden.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Baubedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Klima infolge zusätzlichen Verkehrs durch Baufahrzeuge und zusätzlichen Energieverbrauchs der Baustelleneinrichtung sind zu vernachlässigen.

Zur Beurteilung der anlagenbedingten Auswirkungen wird der voraussichtliche Versiegelungsgrad auf bisher unbebauten Flächen in Ansatz gebracht. Mit zunehmender Flächenversiegelung verringert sich die klimatische Bedeutung einer Fläche.

Die Festsetzung der GRZ in den urbanen Gebieten erfolgt differenziert nach Teilbereichen (MU 1 bis MU 8) entsprechend der jeweiligen situativen und nutzungsbezogenen Anforderungen. Für die Baugebiete MU 1 bis MU 3 ist die GRZ mit 0,4, für das Baugebiet MU 4 mit 0,45 für die Baugebiete 6 und 7 mit 0,5; für die Baugebiete MU 5 und MU 8 mit 0,55 festgesetzt. Die GRZ für das Kerngebiet MK 2a/b ist entsprechend der örtlichen Gegebenheiten mit begrenzten Platzverhältnissen sowie den Nutzungsanforderungen von größeren Einzelhandels und Dienstleistungseinrichtungen mit 0,7 höher festgesetzt. Im Bereich des als MK 1 festgesetzten, durch die EUFH med. genutzten Grundstücks wird, aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen und davon abzuleitenden Baubeschränkungen, die GRZ bestandsorientiert mit 0,6 festgesetzt. Die festgesetzte GRZ für das Sonstige Sondergebiet „Parkhaus West“ beträgt aufgrund der erforderlichen fast vollständigen Inanspruchnahme der Flächen 0,8, die für das Sonstige Sondergebiet „Parkhaus Ost“ aus gleichem Grunde 1,0.

**Tabelle 7: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Klima**

mögliche Auswirkungen auf das Schutzgut Klima	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan
- Verminderung der Frischluftentstehung, Erhöhung der Temperatur, Beeinflussung des Windfeldes durch Wohnhäuser.	Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Klima stehen in engem Zusammenhang zu grünplanerischen Maßnahmen im Bebauungsplangebiet, insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhalt von Baum- und Gehölzbestand / Nachrichtliche Übernahme Geschützter Bäume</li> </ul>

	<p>gem. § 9 Abs. 6 BauGB,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Baumpflanzungen mit unterschiedlichen Arten zur Gliederung des Straßen- und Wegenetzes, zur Beschattung eingeordneter Stellplätze sowie teilweise zur Einbindung größerer Industriehallen, u.a. Bauwerke in die Landschaft,</li> <li>- Öffentliche und private Grünflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB</li> <li>- Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB (z. B. Herstellung Kayenmühlengraben, Beschränkung der Freiflächenversiegelung).</li> <li>- Einschränkung der zulässigen Versiegelung im Bereich der öffentlichen Grünflächen und nicht überbaubaren Bereichen der Baugebiete</li> </ul>
--	--

Zu den betriebsbedingten Auswirkungen ist anzuführen, dass die Hanse- und Universitätsstadt Rostock als Mitglied des internationalen Klimabündnisses sich verpflichtet hat, Treibhausgasemissionen um 10 % gegenüber dem Jahr 2010 zu senken. Die Bürgerschaft beschloss 2008 die Aufstellung eines Konzeptes zur Energiewende und will jetzt mit einem Masterplan einen Weg aufzeigen, wie für Rostock eine Minderung der Emissionen von Treibhausgasen um 95 % bis zum Jahr 2050 erfolgen kann. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sind die vorgenannten Ziele zu berücksichtigen. Betriebsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Klima ergeben sich insbesondere durch den generierten zusätzlichen motorisierten Verkehr sowie durch die Energie- und Wärmeversorgung im Quartier. Infolge des konsequent verfolgten Mobilitätskonzepts eines Verkehrsarmen Quartiers mit umfassenden ÖPNV- und sonstigen Alternativangeboten zum motorisierten Individualverkehr und der angestrebten klimaneutralen Energie- und Wärmeversorgung werden sich die Auswirkungen aber in engen Grenzen halten.

Die Neuversiegelung von Flächen mit mittlerer klimaökologischer Bedeutung mit einer GRZ von bis zu 1,0 (Sondergebiete mit GRZ von 0,8 bis 1,0) führt zu mittleren bis hohen klimatischen Beeinträchtigungen, Stufe 3. Vor dem Hintergrund der geplanten Nutzung, eines verdichteten innerstädtischen Quartiers mit einem ca. 350 m langen und bis zu 50 m breiten, zentralen Grünzug, ist die (voraussichtliche) Nutzungsintensität auf das Schutzgut Klima als gering (Stufe 1) im Bereich des Grünzuges, bis mittel (Stufe 2) in den verdichtet bebauten Bereichen einzustufen.

Bei einer für das Plangebiet insgesamt abgeleiteten mittleren klimaökologischen Bedeutung (Stufe 2) mit einem Bereich mit Frischluftbahn und teilweise mit Bereichen ohne bzw. eingeschränkter Frischluftversorgung, ist die Bewertung des Beeinträchtigungsgrads differenziert vorzunehmen. Aufgrund der geringen Nutzungsintensität für den zu schaffenden Grünzug und den Bereich des Kayenmühlengrabens (Stufe 1), kann eine mittlere Beeinträchtigung (Stufe 2) abgeleitet werden. Aufgrund der mittleren Nutzungsintensität durch die geplanten weniger dichten urbanen Gebiete (Stufe 2), kann hier ebenfalls eine mittlere Beeinträchtigung abgeleitet werden. In Anbetracht der hohen Nutzungsintensität der geplanten Sondergebiete und Kerngebiete (Stufe 3), ist hier eine hohe Beeinträchtigung (Stufe 3) abzuleiten. Da die Frischluftbahn im Plangebiet durch den zentralen Grünzug potentiell erhalten bleibt, dieser durch die Bebauung aber eingeschränkt oder zerschnitten wird, ist die Beeinträchtigung des Schutzgutes insgesamt als mittel (Stufe 2) zu bewerten.

Die Auswirkungen werden aufgrund der Vornutzung sowie den geplanten Grünanlagen und dem verkehrsberuhigten Innenbereich als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

#### 4.2.2.6 Schutzgut Pflanzen/Biotop und Tiere sowie Biologische Vielfalt (Quelle: GOP, WP, 2017)

##### Pflanzen/Biotop

##### **Beschreibung der Bestandssituation (Biotop- und Nutzungstypenkartierung)**

Die Biotop- und Nutzungstypenkartierung im Bebauungsplangebiet wurde im Oktober bis November 2016 auf der Grundlage vorliegender Daten des amtlichen Liegenschaftskatasters und Luftbildaufnahmen und Ortsterminen durchgeführt.

In der nachfolgenden Tabelle wird die Beschreibung und Bewertung der im Bebauungsplangebiet vorkommenden Biotop- und Nutzungstypen gemäß der Anleitung für Biotopkartierungen im Gelände des LUNG M-V (2013) vorgenommen. Die erfassten Einzelbäume werden in einem Bestandsplan „Baumbestand“ separat mit Aussagen zur Art, Stammumfang und Kronendurchmesser dargestellt.

**Tabelle 8: Bestand der Biotoptypen im Untersuchungsgebiet**

Biotop-Code gem. LUNG M-V 2013 *1	Biotoptyp gem. LUNG M-V 2013 *1	Lage im Plangebiet, Kurzbeschreibung *2	Schutzstatus *3	naturschutz- fachliche Be- deutung *4
2.7.1 – BBA	Älterer Einzelbaum	Einzelbäume mit > 50 cm Stammdurchmesser ab 100 cm Stammumfang unterliegen die Bäume zudem dem gesetzlichen Schutz gem. § 18 NatSchAG M-V. Der ältere Baumbestand ist zum Teil wertbestimmend im Plangebiet.	§ 18 NatSchAG MV und Baumschutzsatzung der Hanse und Universitätsstadt Rostock	hoch
2.7.2 – BBJ	Jüngerer Einzelbaum	Einzelbäume mit < 50 cm Stammdurchmesser	-	gering - mittel
10.1.3 – RHU	Ruderales Staudenflur frischer bis trockener Standorte	Ruderalfluren aus Brennnessel, Brombeeren und anderen nitrophilen Hochstauden im Randbereich südlich an die nicht versiegelte Freifläche angrenzend, die als Parkplatz genutzt wird und südlich des Geländes des Autohauses Goldbach	-	mittel
10.2.1 – RTT	Ruderales Trittsflur	Trittsflur dominiert von Breitwegerich, Gewöhnlichem Löwenzahn, einjährigem Rispengras etc. häufig begangene und befahrende Ruderalfluren im Bereich des nicht versiegelten Parkplatzes	-	gering
13.1.1 – PWX	Siedlungs- gehölz aus heimischen Baumarten	Gehölzbestand (Mischbestand aus Laub- und Nadelbäumen) im westlichsten Punkt des Geltungsbereichs unmittelbar an S-Bahntrasse; in der Krautvegetation dominiert Brennnessel	(§ 18 NatSchAG MV) Einzelbäume mit StU ab 100 cm	mittel
13.2.1 – PHX	Siedlungs- gebüsch heimischen Gehölzarten	Vorwiegend durch Weiden, Jungaufwuchs Pappeln, Linden, Birken und Brombeeren bestehende Gebüschflächen entlang des Zaunbestandes der Grün- bzw. Brachfläche, insbesondere entlang der südlich verlaufenden Straßenbahntrasse, der Max-Eyth-Straße und entlang der westlichen Geltungsbereichsgrenze zum Gewerbestandort geprägt. Zudem besteht ein flächiger Weidenbestand (Sträucher) in der Freifläche westlich der Max-Eyth-Str.	-	mittel
13.3.1 – PEG	Artenreicher Zierrasen	regelmäßig gemähte Zierrasenflächen auf der Freifläche westlich der Max-Eyth-Straße mit höherem Kräuteranteil wie z.B. Löwenzahn, Ampfer, Sichelwöhre,	-	gering

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

		Spitz- und Breitwegerich		
13.3.2 – PEG	Artenarmer Zierrasen	regelmäßig gemähte Zierrasenflächen ohne nennenswerten Kräuterbestand im Bankettbereich entlang der Werftstraße und der Max-Eyth-Straße (Straßenbegleitgrün) sowie im Nahbereich der Bestandsgebäude bzw. des Platz des 17. Juni zwischen Werftstraße und Lübecker Straße	-	gering
13.3.4 – PEU	nicht oder teilweise versiegelte Freifläche	unbefestigte Parkplatzfläche mit Spontanvegetation nordwestlich an die medizinische Bildungseinrichtung (EUFH med.) angrenzend	-	gering
14.2.3 – OCZ	Zeilenbebauung	Wohnbebauung entlang der Lübecker Straße mit Abstandsrün	-	gering

Biotoptypencode und –bezeichnung nach Anleitung gem. Anleitung für die Kartierungen von Biotoptypen und FFH-Lebensraumtypen (LUNG M-V 2013).

\*2 vgl. Bestandsplan: Biotoptypen.

\*3 Schutz nach den §§ 18 NatSchAG M-V und § 2 der Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

\*4 Einstufungen der naturschutzfachlichen Bedeutung des Biotoptyps im UG, unter Verwendung der Kriterien „Repräsentanz, Seltenheit/Gefährdung, Zeitraum der Wiederherstellbarkeit und Naturnähe“ entspr. Anlagen 7 und 7a der „Hinweise zur Eingriffsregelung (LUNG M-V 1999). Wertstufen: „gering, mittel, hoch, sehr hoch“.

Nahezu das gesamte Plangebiet wird von Biotoptypen geringerer naturschutzfachlicher Bedeutung geprägt. Dominierend hierbei sind die ausgedehnten und regelmäßig gemähten Zierrasenbereiche, die im westlichen Teilbereich des Plangebietes (westlich der Max-Eyth-Straße) etwas mehr von Kräutern durchzogen und randseitigem flächigen Gehölzbestand (Siedlungsgehölzen) geprägt werden, als die Zierrasenbankettbereiche entlang der bestehenden Erschließungsstraßen und der Bestandsgebäude. Aufgrund des größeren Artenreichtums sind diese Bereiche (PEG – 13.3.1) aus naturschutzfachlicher Sicht etwas höher einzustufen, als die vorwiegend von schnitt- und/oder trittverträglichen Gräsern dominierten Bankettbereiche und gebäudenahen Zierrasenflächen (PER – 13.3.2). Die Artenreichen Zierrasenflächen werden durch einen vorrangig randseitigen flächigen Siedlungsgehölzbestand aus heimischen Baumarten (PWX – 13.1.1) und Siedlungsgebüsch aus heimischen Arten (PHX - 13.2.1) und diversen älteren Einzelbäumen (BBA - 2.7.1) und jüngeren Einzelbäumen (BBJ – 2.7.2) strukturiert. Diese Gehölzbestände sind von mittlerer naturschutzfachlicher Bedeutung. Als wertgebend ist der Ältere Baumbestand, insbesondere im südlichen Plangebiet im Bereich Lübecker Straße Ecke Max-Eyth-Straße, hervorzuheben.

Einen flächenmäßig großen Anteil am Plangebiet weisen zudem die Biotopkomplexe der Siedlungs-, Verkehrs- und Industrieflächen (OCZ – 14.2.3; OVD – 14.7.1; OVF – 14.7.2; OVL – Straße; OVP – 14.7.8; OVE - 14.7.10; OIG - 14.8.2) auf, welche aufgrund ihres hohen Versiegelungsgrades und/oder ihrer anthropogenen Beeinträchtigung eine geringe naturschutzfachliche Bedeutung aufweisen. Eine Ausnahme hiervon bildet einzig die als Brachfläche der Siedlungs-, Verkehrs- und Industrieflächen eingestufte Freifläche (14.11.3 – OBV) östlich der Max-Eyth-Straße. Hierbei handelt es sich um das ehemalige, inzwischen beräumte Neptunwerftgelände. Hier orientiert sich der naturschutzfachliche Wert des Biotops an dem inzwischen nahezu flächendeckend ausgeprägten Artenreichen Zierrasen und kleinflächig Ruderalen Kriechrasen (RHK – 10..1.4). Lediglich im Bereich der als Parkplatz genutzten, nicht versiegelten Freifläche (PEU – 13.3.4), nordwestlich der ehemaligen Handelsschule, haben sich in den häufig befahrenden bzw. betretenden Teilbereichen trittresistente Ruderalpflanzen ausgebildet (RTT- 10.2.1). Unterhalb der Älteren Bestandsbäume in diesem Bereich, hat sich aufgrund der weniger starken anthropogenen Störung eine Ruderalflur (RHU – 10.1.3) ausgebildet, der eine mittlere naturschutzfachliche Bedeutung zugewiesen wird.



### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Die Empfindlichkeit für das Schutzgut Pflanzen/Biotop wird über den Indikator Biotopwert eines Biotoptyps ausgedrückt. Die Mehrzahl der erfassten Biotopstrukturen im Plangebiet weist einen geringen Biotopwert (Stufe 1) sowie eine geringe Empfindlichkeit gegenüber baulichen Eingriffen auf. Lediglich dem Gehölzbestand (Siedlungsgehölze und Ältere Einzelbäume) sowie den kleinflächig ausgebildeten Ruderalfluren wird ein mittlerer Biotopwert (Stufe 2) zugewiesen. Doch auch hierbei handelt es sich um weitverbreitete, ungefährdete Biotoptypen.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Baubedingte Auswirkungen auf das Teilschutzgut Pflanzen/Biotop entstehen durch Flächeninanspruchnahme für Baustelleneinrichtung und Lagerflächen. Diese Inanspruchnahme ist allerdings nur temporär und damit zu vernachlässigen. Zudem kann zum Erhalt vorgesehener Großbaumbestand beeinträchtigt werden; insbesondere Beschädigungen durch Baufahrzeuge sind hier zu erwähnen. Dem kann durch gezielte Sicherungsmaßnahmen wie dem Verbau von Bäumen und einer entsprechenden intensiven Bauaufsicht begegnet werden.

Grundsätzlich geht mit der Neubebauung bisher unversiegelter Standorte ein Eingriff in das Schutzgut Pflanzen/Biotop einher, denn durch die Umsetzung der Planinhalte (die Errichtung von Gebäuden und deren Nebenanlagen werden die vorhandenen Biotopstrukturen allgemeiner Bedeutung und mit geringer bis hoher Wertigkeit dauerhaft beseitigt bzw. zerstört. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen kommt es zu einer Veränderung der Vegetationszusammensetzung aufgrund intensiverer Inanspruchnahme und (gärtnerischer) Gestaltung der Flächen. Dadurch werden die Struktur bzw. Zusammensetzung der bestehenden Vegetation geändert und deren natürliche Funktionen beeinflusst, wobei allerdings die bereits bestehende anthropogene Beeinträchtigung des Bestandes aufgrund der Lage des Plangebietes im Siedlungsbereich besonders zu berücksichtigen ist.

Mit der Umsetzung der Planinhalte sind insbesondere folgende Biotopstrukturen von Eingriffen betroffen:

- Brachfläche der Verkehrs- und Industriefläche mit Artenreichem Zierrasenbestand und/oder Ruderalen Kriechrasenbestand,
- Artenarme Zierrasenbanketten,
- Artenreiche Zierrasenflächen sowie
- Gehölzflächen des Siedlungsbereiches aus heimischen Baum- und Straucharten.

Neben diesen flächenhaften Biotopstrukturen werden zudem 258 Einzelbäume im Plangebiet zugunsten der geplanten Wohnbebauung entfallen müssen. Hierbei handelt es sich um 51 Bäume, die nach § 18 NatSchAG M-V und 97 Bäume, die nach § 2 Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geschützt sind. 110 Bäume, die gefällt werden müssen, unterliegen keinem Schutzstatus, da ihr Stammumfang < 50 cm beträgt. Einige Einzelbäume, insbesondere im Bereich des geplanten zentralen Grünzugs sowie im südlichen Bereich des MU 3, sollen erhalten bleiben, was sich in Bezug auf das Schutzgut Pflanzen/Biotop eingriffsmindernd auswirkt. Der entsprechende Baumbestand wird mit einem Erhaltungsgebot gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB belegt. Nach § 20 NatSchAG M-V besonders geschützte Biotop sind nicht von den Eingriffen betroffen.

Die im Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock definierten und einzuhaltenden Pufferabstände zu gesetzlich geschützten Biotopen sind für das Plangebiet aufgrund seiner örtlichen Lage und der Bestandssituation ohne Relevanz.

Bei der Gesamtbeurteilung der mit der Umsetzung der Planinhalte prognostizierten Beeinträchtigungen des Schutzguts Pflanzen/Biotop ist neben der realen Vorbelastung aufgrund

der Lage im Innenstadtbereich auch das bestehende Baurecht für große Teile des Plangebietes (östlich der Max-Eyth-Straße) zu berücksichtigen. Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 Kerngebiet „Werftdreieck“ setzt nahezu die gesamte Fläche als eingeschränktes Kerngebiet (MK) gem. § 7 BauNVO mit einer GRZ von 0,6 bis 0,95 fest. Lediglich im Bereich der heutigen EUFH med. wurde eine GRZ von 0,4 festgesetzt. Außerdem bestimmen breite Verkehrsflächen (Straßen) den nördlichen und westlichen Teilbereich entlang der Geltungsbereichsgrenze. Da der Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 rechtskräftig ist, wäre eine Versiegelung von 60 bis 95 % der festgesetzten Kerngebiete zulässig. Die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ reduzieren den möglichen Eingriff, insbesondere den Totalverlust der Biotopstrukturen infolge der Versiegelung für Gebäude und Nebenanlagen. Der Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ setzt eine GRZ von 0,3 bis 0,7 fest (lediglich die beiden Parkhäuser gehen mit 0,8 bzw. 1,0 darüber hinaus), was eine Reduzierung der möglichen Versiegelung von um ca. 7 % entspricht. Zudem beinhalten die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“, anders als der Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 Kerngebiet „Werftdreieck“, die Sicherung eines ca. 50 m breiten Grünstreifens.

Die zum Ausgleich der Eingriffe in das Schutzgut Pflanzen und Biotope vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen dienen insgesamt auch der multifunktionalen Kompensation der abiotischen Schutzgüter.

Für den Ersatz der zur Fällung angezeigten Bäume werden im Plangebiet Neupflanzungen von Bäumen im zentralen Grünzug sowie entlang der neu anzulegenden Erschließungsstraßen vorgenommen.

**Tabelle 10: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Pflanzen/Biotope**

mögliche Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen/Biotope	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan
- Überplanung bzw. teilweise Beseitigung von Biotopen mit geringem bis mittlerem Biotopwert	- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (in vorliegendem Fall: Anlage des Kayenmühlengrabens und Beschränkung der Flächenversiegelung) - Anpflanzgebote, Bindungen für die Erhaltung von Bäumen, Bepflanzungen gem. § 9 Abs.1 Nr.15, 20, 25a und b BauGB (in zentralem Grünzug, am Kayenmühlengraben, in den Innenhöfen und Straßenräumen)

Betriebsbedingte Auswirkungen ergeben sich durch die Nutzung der Grün- und Freiflächen durch Bewohner und Besucher. Diese können aber, eine dem Nutzungszweck angepasste Freianlagengestaltung vorausgesetzt, vernachlässigt werden.

Im Bereich der Wohnbaufläche ist aufgrund des Umfangs der Eingriffe (flächige Beseitigung der Vegetationsdecke) mit einer erhöhten Einwirkung (Stufe 2) zu rechnen, im Bereich des zentralen Grünzugs sind lediglich geringe Einwirkungen (Stufe 1) bzw. eine Verbesserung der Ausgangssituation zu erwarten.

Damit ergibt sich für das Teilschutzgut Pflanzen/Biotope insgesamt eine mittlere Beeinträchtigung (Stufe 2) für den Bereich mit Gehölzbeständen mittlerer Wertigkeit, der zur Bebauung vorgesehen ist. Dies trifft für das Baugebiet MU 3 zu. Ansonsten ist von einer geringen Beeinträchtigung auszugehen.

Vorstehende Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

## Tiere

### **Beschreibung der Bestandssituation**

In Abstimmung mit dem Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege (04/2016) wird von der Durchführung artenschutzrechtlicher Kartierungen abgesehen. Eine mögliche Betroffenheit prüfungsrelevanter Arten bzw. das Eintreten von Verbotstatbeständen i.S.d. § 44 BNatSchG wird ausschließlich anhand der vorliegenden zugänglichen Daten (u.a. Landschaftsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Kartenportal Umwelt etc.) in Form einer Potentialanalyse auf der Basis der erfassten Habitatstrukturen (vgl. Bestandsplan: Biotoptypen) geprüft.

Für die Artengruppe der Säugetiere (mit Ausnahme der Fledermäuse), Fische, Reptilien, Amphibien, Weichtiere, Käfer, Schmetterlinge und Libellen kann das dauerhafte Vorkommen von prüfungsrelevanten Arten ausgeschlossen werden, da keine geeigneten Lebensraumbedingungen vorhanden sind (vgl. GOP zum B-Plan Nr. 10.W.63.1). Die Grün- bzw. Freiflächen im Plangebiet unterliegen wiederkehrenden, zum Teil starken anthropogenen Störungen wie z.B. regelmäßiger maschineller Mahd der Rasenflächen und/oder Freizeitnutzungen (Hundeauslauf, Spazieren etc.). Zudem wirken die unmittelbar angrenzenden Wohn- und Gewerbenutzungen und stark frequentierten Hauptverkehrsstraßen sowie Bahntrassen mit entsprechenden (Verkehrs)Immissionen vergrägend auf die zuvor genannten, prüfungsrelevanten Artengruppen sowie auf Bodenbrüter (Vögel).

Gebäudebestand mit geeigneten Strukturen für gebäudewohnenden bzw. –brütende Vogel- oder Fledermausarten weist das Plangebiet nicht auf. Die wenigen Bestandsgebäude (EUFH med. sowie das Autohaus) unterliegen einer aktuellen und dauerhaften Nutzung. Rück- oder Umbaumaßnahmen sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens. Hinweise auf ein Vorkommen gebäudewohnender Arten wurden zudem nicht erbracht.

Einzig der Ältere Baumbestand weist Lebensraumpotential für baumbrütende Vogelarten oder baumwohnende Fledermäuse auf. Aufgrund der bestehenden, teilweise massiven anthropogenen Störwirkungen, insbesondere in Form der Verkehrsimmissionen und der begrenzten Freizeitnutzung der Freifläche ist ausschließlich mit störungsunempfindlichen (Vogel)Arten zu rechnen.

Fledermäuse sind zum Teil ausgeprägte Kulturfolger und im Allgemeinen weniger stör anfällig. Bei den baumbewohnenden Fledermausarten, die neben Waldgebieten auch solitär stehende Altbäume nutzen, sind insbesondere Kleiner und Großer Abendsegler, Fransen-, Bart- und Bechsteinfledermaus zu nennen. Voraussetzung für ein Vorkommen von Baumhöhlenbewohnenden Fledermäusen ist jedoch ein Stammdurchmesser der Bäume von  $\geq 30$  cm. Hinweise auf Baumhöhlen an entsprechend geeigneten Bäumen wurden im Zuge der Ortserfassungen im September/November 2016 nicht erbracht.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Aufgrund der recht monotonen Biotopstrukturen sowie der teilweise erheblichen Vorbelastung durch Siedlungs- und/oder Verkehrsimmissionen und sonstigen anthropogenen Störwirkungen (Freizeitnutzung der Fläche, Pflegeregime der Grünfläche) weist das Plangebiet fast flächendeckend eine geringen Lebensraumbedeutung auf (Stufe 1). Einzig der tlw. Ältere Baumbestand bietet typischen Siedlungsvögeln / „Allerweltsarten“ ggf. Nistmöglichkeiten. Die Empfindlichkeit der Arten im Zusammenhang mit ihrer Gefährdung ist als gering (Stufe 1) einzustufen. Von der Umsetzung der Planinhalte werden keine vom Aussterben bedrohten oder gefährdeten Arten betroffen.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Mit der bau- und anlagebedingten Inanspruchnahme von Vegetationsbeständen sind zwangsläufig Eingriffe in die Habitate der Tierwelt verbunden. Im vorliegenden Fall sind die Vorbelastungen aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb des Siedlungsbereiches der Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit der daraus resultierenden Freizeit- und Erholungsnutzung sowie die ehemalige gewerbliche Nutzung der Fläche besonders zu berücksichtigen. Ein Vorkommen besonders seltener und störungsempfindlicher Tierarten kann wegen der Vorbelastungen des Plangebietes faktisch ausgeschlossen werden.

Da die inzwischen vollständig beräumten Freiflächen aufgrund des bestehenden Pflegeregimes und der teilweise anthropogenen Nutzung keine besondere Eignung zur Etablierung von Fortpflanzung und/oder Ruhestätten (für Bodenbrüter) bieten und auch die Siedlungshecken aufgrund des regelmäßigen Schnitts wenig Habitatqualitäten (für Gebüschbrüter) aufweisen, ist folglich nur bei Verlust von Älteren Einzelbäumen eine Beeinträchtigung von baumwohnenden Vogel- und/oder Fledermausarten möglich. Um das Eintreten von Verbotsstatbeständen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG durch die Fällung von älteren Einzelbäumen für baumbrütende Vogel- und –wohnende Fledermausarten zu vermeiden, sind entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte abzuleiten bzw. festzusetzen.

Zudem werden durch das Erhaltungsgebot einiger besonders wertvoller Einzelbäume potentiell geeignete Gehölzstrukturen für baumwohnende Arten dauerhaft erhalten. Weiterhin können durch die Bepflanzung der Straßen, der gebäudenahen Freiflächen und des zentralen Grünzugs sowie der Öffnung des Kayenmühlengrabens neue Lebensräume geschaffen werden.

Betriebsbedingte Auswirkungen auf prüfungsrelevante Arten können sich durch die Beleuchtung ergeben, denn nachtaktive flugfähige Insektenarten werden aus der Umgebung angelockt. Diese verlassen ungewollt ihren eigentlichen Lebensraum und sind an der Erfüllung ihrer ökologischen „Aufgabe“, wie Nahrungs- und Partnersuche, gehindert. An die Lichtquelle gelockt, bleiben viele Tiere, durch die Helligkeit inaktiviert bis zum Morgen sitzen. Sie werden so in großer Zahl auch von Vögeln und Fledermäusen gefressen. Direkte Verluste entstehen weiterhin durch Erschöpfung sowie beim Aufprall an die Lichtquelle. Diese massenhaft getöteten Nachtinsekten fehlen als Nahrungsbasis für in der Nahrungskette nachstehende Arten, wie Vögel und Säugetiere sowie räuberische und parasitische Insekten, wie Laufkäfer, Schlupfwespen oder Raupenfliegen. Die Außenbeleuchtung sollte so gestaltet werden, dass das Licht keine Insekten bzw. Fledermäuse anlockt. Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes sind als Leuchtmittel bevorzugt LED-Leuchten mit einem geringen Blau- und Weißlichtanteil zu verwenden.

Aufgrund der bestehenden gleichartigen Vorbelastung im Plangebiet und dessen Umfeld sind durch die Realisierung des geplanten Vorhabens, die Einhaltung bzw. Umsetzung der Vermeidungsmaßnahmen vorausgesetzt, keine erheblichen zusätzlichen Beeinträchtigungen durch Störungen der Fauna zu erwarten.

### ***Maßnahmen zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität***

Im folgenden werden Maßnahmen beschrieben, welche geeignet sind, die vorangehend aufgezeigten artenschutzrechtlichen Konflikte bei dem geplanten Vorhaben zu vermeiden bzw. die Lebensraumfunktionen der betroffenen örtlichen Populationen bei Durchführung des Vorhabens kontinuierlich zu erhalten.

### 1) Maßnahmen zur Vermeidung

Bei der Umsetzung der Planinhalte kann es, infolge der Baufeldfreimachung / Baumfällung, zu verbotstatbeständigen Tötungen von unflüggen Individuen, Zerstörung bzw. erheblichen Beeinträchtigungen von Brutstätten von baumbrütenden Siedlungsvögeln kommen. Um Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG hinreichend sicher zu vermeiden, kann eine Bauzeitenregelung durch behördliche Anordnung im Rahmen des Planvollzugs erfolgen.

Aus artenschutzrechtlichen Gesichtspunkten hat die Baufeldfreimachung bzw. der Beginn vorbereitender Maßnahmen außerhalb der Brutzeit zu erfolgen, d.h. das Baufeld ist nicht in der Zeit von Mitte März bis Ende August zu räumen. Abweichungen von diesem Zeitraum sind nur zulässig, wenn die Baufläche bzw. die angrenzenden Bereiche (Pufferstreifen von 50 m um das Baufeld) direkt vor Beginn der Arbeiten durch einen anerkannten Fachgutachter abgesucht werden. Das Ergebnis ist zu dokumentieren und der zuständigen Fachbehörde vorzulegen. Wenn keine genutzten Nester vorhanden sind, kann die Baufeldfreimachung beginnen. Falls genutzte Fortpflanzungs- und Ruhestätten vorhanden sind, und mit den Arbeiten vor dem Ende der Nutzung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten begonnen werden soll, ist ein Ausnahmeantrag an die zuständige Fachbehörde zu stellen. Die Bescheidung ist für das weitere Vorgehen maßgeblich. Bei der Baumfällung ist neben den Anforderungen aus dem Schutz der Avifauna der zulässige Fällzeitraum gemäß § 39 (5) BNatSchG zu beachten. Danach sind Baumfällungen nur zwischen dem 01.10. und dem 29.02. zulässig.

Um baubedingte Tötungen von Individuen der potenziell betroffenen Arten zu vermeiden, sind die in folgender Übersicht aufgeführten Bauzeitenregelungen (grün = geeignete Bauzeit) umzusetzen.

Tabelle 9: Übersicht der Bauzeitenregelung zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte

	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Vögel (Bauzeitenregelung)												
Schnitt, Fällung oder Rodung von Gehölzen gem. §39 (5) S.2 BNatSchG			Unter der Voraussetzung, dass unmittelbar vor der Fällung von pot. Höhlenbäumen mit einem Stammumfang > 30 cm die Bäume fachgutachterlich kontrolliert werden und keine genutzten Nester (Vögel und/oder Fledermäuse) vorgefunden werden.									

Durch die Umsetzung der Bauzeitenregelung wird aus heutiger Sicht erreicht, dass es durch das geplante Vorhaben zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen faunistischer Funktionen kommt. Da es sich bei dem vorliegenden Bebauungsplan um eine Angebotsplanung handelt, deren Realisierung sich ggf. über Jahre erstrecken kann, ist eine Änderung der Nutzung von Bäumen durch Vögel und Fledermäuse nicht auszuschließen. Es können somit zum Zeitpunkt der tatsächlichen Fällung Quartiere oder Brutstätten in Einzelbäumen vorhanden sein, die zum Zeitpunkt der Bestandserfassung noch nicht vorhanden waren. Deshalb sollten vor Beginn der Fällarbeiten die Altbäume nochmals fachgutachterlich untersucht werden. Wenn dabei Funde oder konkrete Anhaltspunkte für Fledermausquartiere oder längerfristig genutzte Vogelbrutstätten (z.B. von Höhlenbrütern) bestehen, ist die zuständige Naturschutzbehörde zu informieren und deren Stellungnahme für das weitere Vorgehen maßgeblich. Dabei sind entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen (Ersatzverhältnis 1:2 bei potentiellen Fledermausquartieren und Bruthöhlen, 1:3 bei tatsächlichen Fledermausquartieren und Bruthöhlen).

## 2) Maßnahmen zur kontinuierlichen Erhaltung der ökologischen Funktionen (CEF-Maßnahmen)

Es sind keine Maßnahmen zur kontinuierlichen Erhaltung der ökologischen Funktionen (CEF-Maßnahmen) notwendig. Unter den o.g. Voraussetzungen sind keine Verbotstatbestände des § 42 Abs. 1 BNatSchG erfüllt, die einer Befreiung nach § 62 BNatSchG bedürfen.

**Tabelle 11: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Tiere**

mögliche Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen/Biotope	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan bzw. behördliche Anordnung im Rahmen des Planvollzugs
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beeinträchtigung von Brutvögeln infolge von Baumfällungen sowie flächigen Vegetationsbeseitigung zur Baufeldfreimachung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bauzeitenregelung (behördliche Anordnung)</li> <li>- fachgutachterliche Untersuchung von pot. Höhlenbäumen unmittelbar vor der Fällung bzw. bei Baufeldfreimachung innerhalb des Brutzeitraums unmittelbar vor Beginn der Bauarbeiten</li> <li>- Durchführungsrelevante Hinweise zum Artenschutz</li> </ul>

Betriebsbedingte Auswirkungen ergeben sich durch die Nutzung der Grün- und Freiflächen durch Bewohner und Besucher und die damit verbundene Beeinträchtigung der dort vorkommenden Arten. Diese Auswirkungen sind aber als nicht erheblich einzustufen.

Durch die Projektumsetzung ergibt sich im Bereich der geplanten Baugebiete eine erhöhte Einwirkung (Stufe 2), im Bereich des zentralen Grünzugs dagegen eine geringe Einwirkung (Stufe 1).

Damit ergibt sich für das Teilschutzgut Tiere bei durchgehend geringem Gefährdungspotential für die Arten insgesamt auch eine geringe Beeinträchtigung (Stufe 1).

Die ermittelten Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

## **Biologische Vielfalt**

### **Beschreibung der Situation**

Mit dem Kriterium Biotopverbund wird die ökologische Funktionsfähigkeit einer Fläche für notwendige großräumige Kontaktbeziehungen von Tierarten sowie einiger Pflanzenarten berücksichtigt und als Indikator für die Beurteilung des Schutzgutes biologische Vielfalt genutzt. Die Vernetzungsfunktion ist gegeben, wenn Biotope nicht isoliert vorkommen, sondern derart vernetzt sind, dass sie für bestimmte Arten (z.B. Amphibien) gut erreichbar sind. Nach der „Inseltheorie“ sind zahlreiche Populationen auf Dauer in ihrem Bestand bedroht, wenn sie zu stark isoliert sind, das heißt, kein genetischer Austausch möglich ist.

Im Bebauungsplangebiet sowie in dessen näherer Umgebung sind vor allem Biotope des Siedlungsraumes prägend. Hierbei handelt es sich großflächig um (artenreiche) Zierrasenbereiche und/oder versiegelte oder teilversiegelte Verkehrsflächen. Diese Biotope besitzen eine geringe Naturnähe und einen geringen Reifegrad und sind bedingt durch anthropogene Nutzungsansprüche ständigen Veränderungen unterworfen. Entsprechend hoch ist der Anteil von Flächen ohne oder mit nur kurzlebiger Vegetation. Vielfalt und Alter (Reifegrad) der Ökosysteme sprechen für eine geringe Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen im Plangebiet.

Auch die unmittelbar angrenzenden Flächen werden teilweise massiv von anthropogenen Nutzungsansprüchen geprägt. Die nördlich an die Werftstraße sowie westlich an den Geltungsbereich angrenzenden Flächen werden von einer Mischnutzung aus Wohnen und Gewerbe bestimmt. Diese Bereiche sind durch einen z.T. sehr hohen Versiegelungsanteil sowie kleinflächigere Siedlungsbiotope (z.B. Zierrasenflächen, Bankettstreifen, Siedlungshecken) charakterisiert und zeichnen sich durch wenig strukturreiche Lebensräume aus. Gleiches gilt

für die südlich an die Lübecker Straße angrenzenden Bereiche, die durch eine dichte Wohnbebauung mit begrünten Innenhöfen gekennzeichnet sind. Wertgebendes Element ist hier einzig der teilweise Ältere Baumbestand. Die regelmäßig gemähten Rasenbereiche sowie die periodisch gepflegten Gehölzbestände (Hecken) weisen keine besondere Naturnähe und Artenvielfalt der Flora und Fauna auf.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Das Bebauungsplangebiet hat keine Funktion im übergeordneten Biotopverbundsystem der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die nächstgelegenen Teillandschaftsräume des Biotopverbundsystems sind das „Vorwedener Land“ mit einem Anstand von > 2 km zum Bebauungsplangebiet und das „Hechtgraben-Gebiet“ auf der anderen Seite der Warnow, mit einem Abstand von > 1,2 km. Für diese Teillandschaftsräume hat das Bebauungsplangebiet keine Bedeutung. Folglich weist das Plangebiet einen geringen Schutzgrad bzw. eine geringe Empfindlichkeit der Biologischen Vielfalt auf (Stufe 1).

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Entsprechend der vorstehend getroffenen Feststellungen beeinträchtigt die vorliegende Planung keinen bestehenden Biotopverbund, die Einwirkung ist nach Bewertungsmethodik entsprechend als gering einzustufen (Stufe 1).

Damit ergibt sich für das Schutzgut Biologische Vielfalt insgesamt eine geringe Beeinträchtigung (Stufe 1).

Die ermittelten Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

#### **4.2.2.7 Schutzgut Landschaftsbild (einschließlich Ortsbild)**

##### **Beschreibung der Situation**

Das Landschaftsbild des Plangebietes wird derzeit maßgeblich durch die infolge der Nutzungsaufgabe und Beräumung des ehemaligen Gewerbe- bzw. Industriestandortes (Neptunwerft) entstandene Grünfläche geprägt. Besonders landschaftsbildprägend sind die ausgedehnten Zierrasenflächen (mit wiederkehrender Pflegemahd) sowie der lockere Einzelbaumbestand mit Laub- und Nadelbäumen.

Vom Straßenraum der Lübecker Straße, welcher die Grünfläche im Süden begrenzt, geht es über in die Wohnbebauung rund um den Thomas-Müntzer-Platz (Zeilenbebauung) und die Blockrandbebauung in der Maßmannstraße. Östlich des Geltungsbereichs schließt ebenfalls mehrgeschossige Wohnbebauung an. Nördlich der Grünfläche grenzt die Werftstraße an, welcher sich gewerbliche Strukturen mit großflächigen Gebäuden und tlw. ausgedehnten versiegelten Nebenflächen und eingestreuten Wohnbebauungen anschließen. Westlich an den Geltungsbereich anschließend erstrecken sich ebenfalls gewerbliche Baustrukturen. Der südöstliche Teilbereich des Plangebietes weist aufgrund der bestehenden größeren Gebäude (Fachhochschule und Autohaus) mit ausgedehnten versiegelten Nebenflächen (Parkplatz etc.) sowie dem in Teilen gepflasterten Platz des 17. Juni mit Straßenbahnhaltepunkt städtischen Charakter auf. Aufgrund der unmittelbar angrenzenden Siedlungsbiotope mit teilweise geringen Grünflächenanteil sowie der das Plangebiet von Nord nach Süd querenden Max-Eyth-Straße, wirkt das Plangebiet, trotz seines ausgedehnten Grünbestandes tlw. maßgeblich anthropogen überformt. Spuren der ehemaligen anthropogenen Nutzungsstrukturen waren noch anhand der Überreste der Heinkel-Mauer bis zum Abriss im Februar 2018 zu erkennen.

### Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung

Für die Bewertung des Landschaftsbildes werden die Kriterien „Vielfalt“, „Naturnähe“, „Eigenart“ zu dem Indikator „visueller Gesamteindruck“ zusammengefasst.

Aufgrund des sehr geringen Anteils naturnaher Elemente, den zum Teil noch sichtbaren Spuren der ehemaligen gewerblichen Nutzungsstrukturen sowie der sehr geringen Strukturvielfalt, ist der visuelle Gesamteindruck des Plangebietes als gering einzustufen (Stufe 1). Das Plangebiet ist somit wenig empfindlich gegenüber einer Bebauung. In Teilen des Plangebietes wird sich die Bestandssituation infolge der geplanten Freiraumgestaltungsmaßnahmen (u.a. Pflanzmaßnahmen, Herstellung des neuen Kayenmühlengrabens) sogar verbessern.

### Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten

Das Orts- und Landschaftsbild im Planungsgebiet wird sich durch das Vorhaben nicht maßgeblich negativ verändern. Die Umgebung des Plangebiets ist stark durch anthropogene Einflüsse vorgeprägt wie auch das Plangebiet an sich, jedoch sind die Vorbelastungen durch die entstandene Vegetation mittlerweile nicht mehr direkt ersichtlich.

Die Naturnähe im an sich anthropogen geprägten Plangebiet wird durch die Umsetzung des Vorhabens weiter abnehmen. Die bisher vorhandenen Brachflächen der ehemaligen Industrieflächen werden der Bebauung und den Verkehrsflächen sowie neu angelegten Grünflächen weichen. Die Erholungsfunktion soll durch die Festsetzung einer zentrierten Grünanlage sowie der Herstellung des Kayenmühlengrabens verbessert werden. Die Anlage von Baumpflanzungen im Straßenbereich sowie im Innenbereich des Bebauungsplans und den Erhalt einzelner Bäume haben im Hinblick auf das Schutzgut Landschaftsbild eine eingriffsmindernde Wirkung.

**Tabelle 12: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Landschaftsbild**

mögliche Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaftsbild	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan
- Einfluss der baulichen Maßnahmen auf das Ortsbild	- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, - Anpflanzungsgebote, Bindungen für die Erhaltung von Bäumen und Bepflanzungen gem. § 9 Abs.1 Nr. 20, 25a.b BauGB - Erlass örtlicher Bauvorschriften nach § 86 LBauO M-V

Bau- und Betriebsbedingte Auswirkungen können beim Schutzgut Landschaftsbild vernachlässigt werden.

Die durch das Vorhaben verbleibenden Eingriffe in das Schutzgut Landschaftsbild sind als nicht erheblich, Stufe 1, einzustufen und können über die multifunktionale Kompensation der Biotoptypen ausgeglichen werden.

Damit ergeben sich geringe Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschaftsbild, Stufe 1.

Die Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

#### 4.2.2.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

##### Beschreibung der Situation

Zur Beschreibung und Bewertung von Kultur- und Sachgütern müssen Wert- und Funktionselemente mit kultureller Bedeutung, die von Menschenhand geschaffen wurden, erfasst werden. Hierzu gehören bauliche Anlagen (z.B. Sakralbauten, Wohngebäude), Bodenfunde und



Fundstellen (z.B. Grabstellen, Überreste alter Siedlungen), angelegte Vegetation (z.B. Parks, Alleen), Standorte und Bedingungen mit immaterieller kultureller Funktion (z.B. Sicht- und Wegebeziehungen, alte Märkte, Festwiesen).

Kultur- und Sachgüter mit denkmalpflegerischer Relevanz befinden sich nach gegenwärtigem Kenntnisstand innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 10.W.63.1. Hierbei handelt es sich um das Gebäude der ehemaligen Handelsschule (Werftstraße Nr. 5), die heute ein Fachhochschulstandort ist. Das 1924 vom renommierten Architekten Paul Korff errichtete Gebäude diente ursprünglich als Verwaltungsgebäude der Neptunwerft. Im Jahr 2000 wurde das Gebäude aufwändig saniert.

Als weiteres Baudenkmal im Plangebiet bestand bis Anfang 2018 noch die „Heinkel-Wand“ nördlich der Lübecker Straße, die im Zusammenhang mit ehemals auf dem Gelände bestehenden Industriegebäuden errichtet wurde. Die Backsteinfassade war ca. 11 m hoch und 80 m lang. Sie wurde 1936 von dem Rostocker Architekten Heinrich Alt als frei stehende Schauwand konzipiert, um mehrere dahinter liegende Hallen zu verdecken. An diesem Standort wurden Flugzeugteile, v.a. Tragflächen, gefertigt und zur Endmontage zum Hauptwerk nach Marienehe gebracht. Die Schauwand folgt dem Schwung der Lübecker Straße als langes horizontales Band. Die „Heinkel-Wand“ erinnerte einerseits an die ursprüngliche Industriegeschichte der Stadt u. a. als Standort der Flugzeugproduktion, andererseits stellte sie auch ein Zeitzeugnis der NS-Diktatur dar. Die Heinkel-Wand wurde Anfang 2018 im Zuge der Planung bereits abgerissen.

### **Einschätzung der Empfindlichkeit im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Als Indikator für die Empfindlichkeit werden das Vorhandensein von Werte- und Funktionselementen im Sinne des Denkmalschutzes im Plangebiet sowie deren direkte oder indirekte Betroffenheit durch die Umsetzung der Planinhalte herangezogen.

Da sich innerhalb der Geltungsbereichsgrenzen Kultur- und Sachgüter mit denkmalpflegerischer Relevanz (ehemalige Handelsschule, Heinkel-Wand wurde bereits abgerissen) befinden, ist insbesondere in diesen Bereichen von einer hohen denkmalpflegerischen Relevanz auszugehen (Stufe 3). Auch wenn bisher eine Freistellung der Denkmale ohne bzw. mit sehr geringer unmittelbar angrenzender Bebauung vorlag, führt die heranrückende Bebauung voraussichtlich nur zu einem begrenzten Wertverlust der Denkmale (Stufe 1). Schließlich war historisch gesehen immer ein engerer baulicher Zusammenhang mit den umliegenden Industriegebäuden gegeben und das mit der Planung verfolgte städtebaulich-gestalterische Konzept geht zudem auf die denkmalpflegerischen Belange u. a. in Geschosshöhe, Baustruktur und Bauabständen gezielt ein.

### **Bewertung der Auswirkungen und Ableitung von Festsetzungsmöglichkeiten**

Die „Heinkel-Wand“ wurde nach jetzigem Stand komplett abgetragen und existiert an besagtem Ort nicht mehr. An deren Stelle soll eine Pflanzung schlanker Bäume (Pyramidenkiefern), wobei diese in einem Abstand, welche die ehemalige Fassadengliederung aufgreift (3,40 m), stehen sollen, erfolgen. Weiterhin soll eine Aufnahme der Mauerhöhe in der dahinterliegenden neuen Bebauung im Ursprungsmaterial Ziegel erfolgen. Durch vorstehende Maßnahmen bleibt die stadträumliche Wirkung zum Teil erhalten.

Das Grundstück, auf dem sich das Gebäude der ehemaligen Handelsschule befindet, wird im Bebauungsplan in seinem Bestand erhalten und es werden keine ergänzenden Festsetzungen vorgenommen. Durch Festsetzung eines hinreichenden Abstands der südlich und östlich geplanten benachbarten Baufenster sowie die breiten Straßenzüge nördlich und westlich des Denkmalobjekts bleibt die räumliche Freistellung und damit auch der Denkmalwert erhalten.

**Tabelle 13: Auswirkungen und Festsetzungsmöglichkeiten für das Schutzgut Kultur- und Sachgüter**

mögliche Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter	Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan
- Einfluss der Bebauung auf den Wertverlust	- Festsetzung hinreichender Abstände für die benachbarte Bebauung nach § 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB

Bau- und betriebsbedingte Auswirkungen können vernachlässigt werden.

Durch die neu entstehende Bebauung sind die Eingriffe in das Schutzgut Kultur- und Sachgüter mit einem nur geringem Wertverlust (Stufe 1) zu bewerten.

Damit ergibt sich insgesamt eine geringe Beeinträchtigung des Schutzguts (Stufe 1).

Die Auswirkungen werden als nicht erheblich im Sinne der Überwachungsvorschrift § 4c BauGB eingeschätzt.

#### **4.2.2.9 Darstellung wichtiger Wechselwirkungen**

Die Flächeninanspruchnahme von bisher unversiegelten Bereichen bewirkt neben dem völligen Funktionsverlust des Schutzgutes Boden auch eine Erhöhung des Oberflächenwasserabflusses, der wiederum Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser (geringere Grundwasserneubildung) nach sich zieht.

Weiterhin bewirkt die Zunahme der versiegelten Flächen eine Erhöhung der Lufttemperatur und eine Veränderung des Kleinklimas (Schutzgut Klima).

Veränderungen von Biotopen oder die vollständige Beseitigung von Vegetationsbeständen haben immer auch Auswirkungen auf das Vorkommen von Tierarten an einem bestimmten Standort.

#### **4.2.2.10 Darstellung des Gefährdungspotenzials betreffend schwerer Unfälle und Katastrophen**

Im Bereich der Hanse- und Universitätsstadt Rostock befinden sich (Stand 23.01.2018) insgesamt 11 Störfallanlagen. Diese sind die KNG Kraftwerks- und Netzgesellschaft mbH Kraftwerk Rostock, die in ca. 6,6 km Luftlinie nordöstlich ein mit Steinkohle betriebenes Kraftwerk betreibt. Das Unternehmen MV-Werften (ehem. Nordic Yards Warnemünde GmbH) befindet sich ca. 9,4 km (Luftlinie) nördlich und dient als Anlage zur Herstellung von Schiffskörpern. Südwestlich vom Plangebiet ist die Veolia Umweltservice Nord GmbH in ca. 3,5 km (Luftlinie) Entfernung verortet. Dieser Betrieb dient als Sonderabfallzwischenlager. Weiterhin betreibt die Veolia nordöstlich in ca. 7,3 km (Luftlinie) eine Sonderabfallbehandlungsanlage. In Nordöstlicher Richtung in ca. 7 km (Luftlinie) Entfernung befinden sich die Großtanklager Ölhafen Rostock GmbH (GÖR GmbH) (Großtanklager), die Dow Olefinverbund GmbH (Naphtha Tanklager) und die PCK Raffinerie GmbH, welche als Rohöltanklager dient. Die YARA GmbH & Co. KG, die ein Ammoniak-Tanklager betreibt, liegt ca. 12,5 km nordöstlich (Luftlinie) vom Geltungsbereich entfernt. Auch von der YARA GmbH & Co. KG betrieben, besteht in ca. 4 km (Luftlinie) nördlicher Richtung eine Nitrat-Dünger- und Ammoniumnitratanlage. Eine weitere Störfallanlage befindet sich in 9,2 km Entfernung (Luftlinie) in nördlicher Richtung vom Plangebiet. Dies ist die NEPTUN WERFT GmbH & Co. KG, die als Anlage zur Herstellung und Reparatur von Schiffen fungiert. In ca. 6 km Entfernung in nordöstlicher Richtung (Luftlinie) befindet sich die EEW Special Pipe Constructions GmbH, in der Acetylen gelagert wird.

Laut des Amtes für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock besteht keine genaue Definition, ab welcher Entfernung eine Störfallanlage sich im Störfall auf den Geltungsbereich auswirken kann; dies ist abhängig von der jeweiligen Lagerung und Produk-

tion der Gefahrgüter. Jedoch ist die Annahme, dass wenn sich im Umkreis von 2 km keine Störfallanlage befindet, keine entsprechenden Auswirkungen zu erwarten sind.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich im 2 km Umkreis keine Störfallanlage, demnach kann davon ausgegangen werden, dass im Falle schwerer Unfälle keine Auswirkungen auf das Plangebiet zu erwarten sind.

#### 4.2.2.11 Eingriffe in Natur und Landschaft sowie deren Ausgleich (Quelle und genaue Bilanz: GOP, 2020)

Von dem Vorhaben sind Biotop von geringer bis mittlerer Bedeutung betroffen. Dabei handelt es sich um Biotopkomplexe der städtischen Siedlungsgebiete mit entsprechenden Gehölzbiotopen und Brachflächen.

Durch die im B-Plan festgesetzte, maximal zulässige Versiegelung von 100 % für das Parkhaus Ost; 80 % für das Parkhaus West; 45 % für die Gemeindebedarfsfläche (KITA); 60% für die urbanen Gebiete MU1, MU2 und MU3; 67,5 % für das MU 4, 75,0 % für MU 6 und MU 7; 80% für das MU8 und die Kerngebiete MK 1 und MK 2 sowie durch die Anlage der Erschließung werden im Plangebiet umfangreiche Neuversiegelungen ermöglicht, welche bezogen auf die Schutzgüter Boden und Wasser eine wesentliche Störung der Bodenfunktionen und eine Verminderung der Versickerung des Niederschlagswassers hervorrufen.

Im Umfeld der geplanten Baufläche wird der urbane kleinklimatische Belastungsraum vergrößert und das Landschaftsbild verändert. Diese Eingriffe sind nicht vermeidbar. Abiotische Sonderfunktionen und qualifizierte landwirtschaftliche Freiräume kommen im vorliegenden Gebiet nicht vor. Eingriffe in gemäß § 20 NatSchAG M-V geschützte Biotop finden nicht statt.

Da es sich bei dem vorliegenden Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 um eine Neuaufstellung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 10.MK.63 handelt, aber auch eine Erweiterung des ursprünglichen Geltungsbereichs erfolgt, ist im Zuge der Eingriffsbilanzierung zu prüfen, inwieweit durch die Neuaufstellung Baurecht geschaffen wird, das über die bereits vorhandene bzw. durch die getroffenen Festsetzungen mögliche Bebauung hinausgeht. Denn § 1a Abs. 3 Satz 6 BauGB legt dar, dass *„Ein Ausgleich [...] nicht erforderlich [ist], soweit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.“*

Insofern wird das Hauptaugenmerk der Eingriffsbilanzierung zur Neuaufstellung des Bebauungsplans auf die Eingriffe gelegt, welche durch die geänderten Planinhalte der Neuaufstellung bzw. der Ergänzung hervorgerufen werden. Um dieses Vorgehen zu legitimieren, wird nachgewiesen, dass die im B-Plan Nr. 10.MK.63 ursprünglich festgesetzten Kompensationsmaßnahmen umgesetzt wurden bzw. sicherzustellen, dass diese zukünftig noch umgesetzt werden.

Für die Fläche, die über den Geltungsbereich des Ursprungsbebauungsplans B-Plan Nr. 10.MK.63 hinausgeht, erfolgt eine (Neu)Bilanzierung des voraussichtlichen Eingriffs in Natur und Landschaft anhand der Flächenbilanz des Bebauungsplans. Die Methodik dieser Eingriffsbilanzierung basiert auf den „Hinweisen zur Eingriffsregelung“ (LUNG M-V, 1999, Stand 2002). Das Prinzip dieses Verfahrens basiert auf der Ermittlung des naturschutzfachlichen Wertes für Biotop vor dem Eingriff und der Stärke der durch das Vorhaben hervorgerufenen Beeinträchtigungen, woraus sich schließlich das Kompensationserfordernis ergibt. Als Grundlage zur Bilanzierung dient die Erfassung und Bewertung der Biotoptypen im Plangebiet. Das Maß der Beeinträchtigung wird anhand der Festsetzungen des B-Plans unter Annahme der maximalen, nach Baurecht möglichen Ausnutzung der Grundstücke ermittelt.

Der Ausgleich für die zu fällenden Bäume wird für den gesamten Geltungsbereich neuberechnet, da eine Kartierung laut des Amtes für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege 5 Jahre Gültigkeit hat und der Ursprungsplan aus dem Jahre 1992 stammt. Allerdings

findet die Berechnung nur für die Bäume Anwendung, die sich in den Bereichen der Erschließung befinden. Der Ausgleich für die Bäume in den Baufeldern erfolgt im späteren Baugenehmigungsverfahren. Bei der Bilanzierung wird zwischen öffentlichen und privaten Flächen differenziert.

Der gesamte erforderliche Kompensationsbedarf für die Ergänzungsfläche im westlichen Bereich, ausgedrückt als Kompensationsflächenäquivalent (KFAE), beträgt 28.062 m<sup>2</sup>/KFAE, davon 19.860 m<sup>2</sup>/KFAE den Baugrundstücken und 8.202 m<sup>2</sup>/KFAE der Erschließung zugeordnet. Hinzu kommt der Bauersatz für die beabsichtigten 67 Fällungen mit Schutzstatus im Erschließungsraum. 48 dieser Bäume unterliegen dem Schutzstatus der Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (§ 2), weitere 19 unterliegen dem Schutzstatus des § 18 NatSchAG M-V. 61 Bäume, die keinem Schutzstatus unterliegen, sind laut der „Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ nicht ausgleichspflichtig.

Demzufolge ergibt sich ein Ausgleichserfordernis von 64 Ersatzbäumen mit zumindest einer Qualität von 18-20 cm Stammumfang.

Im Bereich der Baufelder müssen voraussichtlich insgesamt 81 Bäume mit Schutzstatus gefällt werden. 49 dieser Bäume unterliegen dem Schutzstatus der Baumschutzsatzung, weitere 32 unterliegen dem Schutzstatus des § 18 NatSchAG M-V. Der Ausgleich bzw. die Berechnung dessen erfolgt mit der Baugenehmigung.

Im Plangebiet ist insgesamt die Neupflanzung von mindestens 215 Bäumen vorgesehen. Davon werden 64 als Ersatzbäume angerechnet und weitere 52 Bäume sind in eine Flächenmaßnahme (Anlage von parkartigen Grünflächen) integriert. Die verbliebenen 99 Bäume dienen zur Kompensation der Baumpflanzungen aus den Festsetzungen des Ursprungs-Bebauungsplanes Nr. 10.MK.63. Die weiteren grünordnerischen, zeichnerischen und textlichen Festsetzungen im ursprünglichen B-Plan Nr. 10.MK.63, welche mit diesem Bebauungsplan überplant werden, werden in der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ berücksichtigt. Trotz unterschiedlicher Flächenaufteilung, zu berücksichtigenden Nutzungsansprüchen und Gestaltungsansätzen der Grünordnung des ursprünglichen B-Plan Nr. 10.MK.63 und der Überplanung B-Plan Nr. 10.W.63 lassen sich die wesentlichen allgemeinen Parameter und Festsetzungen gegenüberstellen. Die Gegenüberstellung ist in der folgenden Tabelle (14) zu entnehmen. Zum Teil lassen sich wichtige Vergleichsparameter zusammenfassen. In der Planung werden mit ca. 38 dauerhaft zum Erhalt festgesetzten Bäumen gegenüber ca. 60 Bäumen im Ursprungs-B-Plan zwar weniger Baumstandorte gesichert, aber mit 215 im Vergleich zu 99 zu pflanzenden Bäumen deutlich mehr Baumstandorte geschaffen. Ebenfalls wird gegenüber dem Ursprungsplan in dessen Geltungsbereich mit 9.899 m<sup>2</sup> öffentlicher Grünfläche im Vergleich zu 9.020 m<sup>2</sup> vorher mehr öffentliche Grünfläche geschaffen. V.a. im Bereich der privaten Flächen kann durch eine signifikant geringere Versiegelung mit geringeren Grundflächenzahlen (GRZ) eine deutlich höhere Flächengröße mit Begrünung erreicht werden. In den Bereichen des MU 3 bis MU 8 werden auf diese Weise bereits 13.905 m<sup>2</sup> begrünte Fläche hergestellt. Insgesamt wird somit gegenüber dem Ursprungsplan mehr Grünfläche als naturhaushaltswirksame Fläche festgesetzt und es werden mehr Baumstandorte gesichert.

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

**Tabelle 14: Gegenüberstellung Anforderung B-Plan Nr. 10.MK. 63 und Umsetzung B-Plan Nr. 10.W.63.1**

Anforderungen Alter B-Plan	Umsetzung im Neuen B-Plan (überwiegend im Geltungsbereich des alten B-Plans)
Dauerhafter Erhalt von <b>ca. 60 Einzelbäumen</b>	Erhalt von <b>42 Einzelbäumen (davon 38 dauerhaft)</b>
Neupflanzungen von 99 Einzelbäumen	Neupflanzungen von mindestens 215 Einzelbäumen
Bei ebenerdigen Stellplätzen sind mindestens alle 5 Stellplätze ein Baum zu pflanzen (entstehende Anzahl an Stellplätzen ungewiss; zudem vorrangiges Parken in Parkhaus vorgesehen. Baumpflanzungen erfolgen hier vorrangig unter Gestaltungsaspekten. Im Ergebnis ist Festsetzung hinsichtlich Kompensationswert nicht zu bewerten!)	Es sind keine Stellplätze in diesem Bereich festgesetzt, das Parken findet in den Parkhäusern statt
50% der nach § 8 LBauO M-V gärtnertisch anzulegender Grundstücksfläche ist als Vegetationsfläche anzulegen. Je 100 m <sup>2</sup> Vegetationsfläche ist ein Baum STU mind. 16 cm zu pflanzen. Es ergibt sich <b>2.200 m<sup>2</sup></b> herzustellende Vegetationsfläche mit 22 Bäumen.	Je Innenhof des MU 1 bis MU 8 sind mindestens 3 Baumpflanzungen von einer Qualität 16-18 cm Stammumfang festgesetzt. Im Bereich der privaten Wohngrünflächen des MU 3-8 sind die unversiegelten Flächen, mit insgesamt 13.905 m <sup>2</sup> und 24 Bäumen, abzüglich 65 m <sup>2</sup> Spielfläche pro Innenhof, zu begrünen. Somit sind <b>13.515 m<sup>2</sup></b> Innenhoffläche in MU 3-8 mit 18 Bäumen zu begrünen.
Die festgesetzte Fläche zur Erhaltung und Pflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist auf 70% der Fläche mit Sträuchern zu bepflanzen (Fläche= ca. 2500 m <sup>2</sup> demnach <b>1750 m<sup>2</sup></b> )	Im zentralen Grünstreifen sind insgesamt ca. 5.550 m <sup>2</sup> als Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern, und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt, ca. 1.800 m <sup>2</sup> dieser Fläche (P3), abzüglich Versiegelung <b>1.715 m<sup>2</sup></b> , werden als Graslandschaft mit Stauden festgesetzt.
70% der nicht bebaubaren Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung bei PLANSTRASSE B ist mit Sträuchern zu bepflanzen. Insgesamt sind 470 m <sup>2</sup> Verkehrsfläche bes. Zweckbestimmung, als unbebaute Fläche zu bepflanzen.	Es sind Grünstreifen entlang der Werftstraße und der Planstraße A anzulegen, diese sind mit Landschaftsrasen, Gehölz oder Sträuchern zu bepflanzen (ca. <b>570 m<sup>2</sup></b> ).
Anlage und Pflege von Landschaftsrasen → ca. <b>1854 m<sup>2</sup></b> an der Max-Eyth-Straße)	Anlage von <b>1.865 m<sup>2</sup></b> Landschaftsrasen im zentralen Grünstreifen.
Baumscheibenbegrünung der im Verkehrsraum zu pflanzenden Bäume (Baumscheiben je Baum = 9 m <sup>2</sup> ). Dies entspricht 40 Bäumen (inklusive Bäume aus 4.6 in den vorgesehen Bereichen), also <b>360 m<sup>2</sup></b> Baumscheibenbegrünung.	Je Baum innerhalb der Straßenverkehrsfläche ist eine Baumscheibe mit mind. <b>12 m<sup>2</sup></b> anzulegen. <b>82</b> Bäume je 12 m <sup>2</sup> ergibt <b>984 m<sup>2</sup></b> Fläche Verkehrsfläche.
Der Fußgängerbereich an der Lübecker Straße ist mindestens zu 50 % der Grundstücksfläche als zusammenhängende Vegetationsfläche darzustellen. Insgesamt ca. 4700 m <sup>2</sup> , dies entspricht <b>2350 m<sup>2</sup></b> Straßenbegleitgrün	Die Grünflächen an der Lübecker Straße bzw. entlang der Schienen werden als Pflanzflächen für Landschaftsrasen festgesetzt (P5 und SBG), insgesamt <b>2.311 m<sup>2</sup></b> .
Fassaden die auf mehr als 50m <sup>2</sup> Fensterlos sind, sind mit Kletterpflanzen zu begrünen	Die Fassaden der Parkhäuser (West und Ost), sind zu 30 % mit Rankpflanzen zu begrünen
Dächer der nicht überbauten Tiefgaragen sind zu begrünen. Da nicht feststeht welche Fläche an nicht-überbauter Tiefgarage errichtet wird, kann hiervon auch kein Beitrag zur Kompensation abgeleitet werden!	Es bestehen keine Tiefgaragen, jedoch werden 50 % der Dachflächen (MU 1 bis 9 + KITA, MK2) begrünt, also <b>10.660 m<sup>2</sup></b> Fläche.
	Ca. <b>2.300 m<sup>2</sup></b> Fläche des zentralen Grünzuges (M2) wird durch Gehölzpflanzungen umgesetzt (Bepflanzung der Fläche mit Bäumen und Sträuchern (15 %) sowie Landschaftsrasen).

Nach der Anrechnung der Maßnahmen im Plangebiet verbleibt ein Kompensationsdefizit von 16.063 KFAE [m<sup>2</sup>]. Zur vollständigen Kompensation der durch den B-Plan entstehenden Eingriffe werden die noch ausstehenden KFAE [m<sup>2</sup>] über das Ökokonto HRO-001 "Carbäk-

Renaturierung" ausgeglichen. Vom Defizit werden 1.533 KFAE [m<sup>2</sup>] der Erschließung und 14.530 KFAE [m<sup>2</sup>] den Baugrundstücken zugeordnet.

#### 4.2.3 Prognose bei Nichtdurchführung der Planung

Bei der Nichtdurchführung der vorgelegten Planung und auch dem Verzicht der Umsetzung des bisher rechtskräftigen B-Plans ist davon auszugehen, dass die derzeitige Nutzung (extensive Freizeit- und Erholungsnutzung) sowie das derzeitige Pflegeregime der Freifläche weiterhin aufrechterhalten werden. Die bestehenden anthropogenen Beeinträchtigungen in Folge der extensiven Freizeit- und Erholungsnutzung sowie der angrenzenden Nutzungen durch Wohnbebauung, Tankstelle und Einkaufszentrum sowie auch die (Verkehrs)Immissionen blieben weitgehend unverändert. Eine Sanierung der Altlastenstandorte würde wahrscheinlich ausbleiben.

Aufgrund der Lage des Plangebietes im Zentrum Rostocks sowie seiner vorhandenen, intakten infrastrukturellen Erschließung ist nicht davon auszugehen, dass die menschliche Nutzung des Geländes vollständig aufgegeben würde und somit ein naturnäherer, störungsärmerer Zustand erreicht werden könnte.

Bei Nichtdurchführung der Bebauungsplanung Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ und unter Beibehaltung des bestehenden und rechtskräftigen Bebauungsplanes 10.MK.63 Kerngebiet „Werftdreieck“ würden anstatt 12,52 ha nur 8,82 ha beplant werden. Hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung wäre überwiegend ein eingeschränktes Kerngebiet gem. § 7 BauNVO maßgeblich. Ebenfalls bestandsorientiert festgesetzt, wären die GRZ und GFZ für den kleinen aktuell durch die EUFH med. genutzten Bereich. In den Kerngebieten und damit im weit überwiegenden Teil des Plangebietes betrüge die GRZ zwischen 0,8 und 0,95 und wäre damit wesentlich höher als in den Wohngebieten des B-Plans Nr. 10.W.63.1. Östlich der dann noch bestehenden Max-Eyth-Straße, in der dann dort festgesetzten kleinen Grünfläche und entlang der Werftstraße könnte ein größerer Teil des Baumbestandes erhalten bleiben als bei der jetzt vorgelegten Planung. Andererseits käme es zu einer größeren Anzahl an Baumneupflanzungen; die den Anpflanzungen und dem Erhalt zur Verfügung stehende Fläche ist im 10.MK.63 weniger als halb so groß als im 10.W.63.1. Insgesamt würden somit im grünordnerischen und naturschutzfachlichen Sinne im B-Plan 10.MK.63 weniger bzw. geringfügigere Maßnahmen ergriffen (ausführlicher Vergleich beider B-Pläne hinsichtlich grünordnerischer Festsetzungen im GOP im Anhang). Aufgrund der im Ursprungsplan vorgesehenen umfassenden Großhandelseinrichtungen wäre bei dessen Realisierung mit einem insgesamt höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen.

#### 4.2.4 Übersicht über die wichtigsten geprüften anderweitigen Lösungsmöglichkeiten und Darstellung der Auswahlgründe

##### Mögliche Standortalternativen

Die Untersuchung möglicher Standortalternativen für die Realisierung des geplanten innerstädtischen Quartiers erfolgt auf übergeordneter Planungsebene bzw. vorgeschalteten Planungsprozessen. So leitet der Flächennutzungsplan (FNP) die möglichen Standorte für die zukünftige Siedlungsentwicklung her. Ein Ergänzendes Gutachten zur möglichen Siedlungsentwicklung, sowie das fortlaufend fortzuschreibende Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK), ergänzen bzw. präzisieren die Aussagen der vorbereitenden Bauleitplanung.

Zur Zeit der Erarbeitung des aktuell wirksamen FNP war für den Standort Werftdreieck noch eine Entwicklung zu einer hochwertigen Einzelhandels- und Büronutzung Zielsetzung, wie es ja auch der Ursprungs-Bebauungsplan Nr. 10.MK.63 „Kerngebiet Werftdreieck“ zum Gegenstand hat. Durch die inzwischen eingetretenen veränderten Rahmenbedingungen mit prognostiziertem erheblichem Anstieg der Einwohnerzahlen bis 2035 und der stetig zunehmenden

den Nachfrage nach kernstadtnahem Wohnen ist entsprechend auch der Bedarf nach Wohnbauflächen insgesamt und insbesondere nach solchen im zentralen Stadtbereich erheblich angestiegen. Im Ergebnis werden die wenigen vorhandenen kernstadtnahen Flächen, welche für eine verdichtete Wohnungsbauentwicklung in Frage kommen, entweder bereits im Rahmen von Bebauungsplanverfahren für eine Wohnbauentwicklung qualifiziert oder es sind zumindest einer Bebauungsplanung vorrangende städtebauliche bzw. fachplanungsspezifische Untersuchungen eingeleitet. Eine Abwägung möglicher Standortalternativen erübrigt sich aufgrund vorstehend geschilderter Situation.

Des Weiteren sprechen auch in Anbetracht der erheblichen Schallimmissionsbelastungen gewichtige Gründe für eine Entwicklung des vorliegenden Standorts auch zu Wohnzwecken. Insbesondere die sehr gute Verkehrsanbindung sowie die bereits bestehende gute Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs legen eine Nutzung des Standorts auch zu Wohnzwecken nahe. Weiterhin wird für den Standort die Entwicklung als urbanes Gebiet entsprechend § 6a BauGB verfolgt; für diese besondere Nutzungsart bietet sich der Standort aufgrund der guten Verkehrsanbindung sowie den angrenzenden Hochschul-Einzelhandels-, Dienstleistungs- und gewerblichen Nutzungen in besonderem Maße an. Unter Punkt 1.1 der Begründung sind die vorgenannten Beweggründe näher erläutert, sowie unter Punkt 3.1.2 die verfolgte Konzeption für das zu entwickelnde urbane Gebiet.

Berücksichtigt man zudem die bestehenden Vorbelastungen des Naturhaushaltes infolge der langjährigen gewerblichen und/oder industriellen Nutzung der Fläche sowie die bestehende Wohnraumnachfrage im Zentrum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, so ist der gewählte Standort, trotz zum Teil erheblicher Verkehrsimmissionsbelastungen, als sehr gut geeignet einzustufen, um einen erheblichen Bedarf an innerstädtischen Wohnraum (im Geschosswohnungsbausegment) zu decken, ohne dabei zu erheblichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt zu führen.

#### Untersuchte Planungsalternativen am Standort

Im Rahmen des durchgeführten städterbaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs wurden letztendlich 17 Wettbewerbsbeiträge mit teilweise recht unterschiedlichen Lösungsansätzen eingereicht, sodass davon auszugehen ist, dass die wesentlichen grundlegenden alternativen Ansätze hinsichtlich funktionaler und Bebauungsstruktur, Freiraumkonzept sowie der Verkehrserschließung untersucht wurden.

So schlägt der 2. Preisträger, wie auch der Siegerentwurf, eine blockweise Bebauung vor, schließt die einzelnen Baublocks aber auch nach innen. Weiterhin wird eine große öffentliche Grünfläche im südwestlichen Bereich mit Öffnung zum Hohlbeinplatz hin vorgeschlagen, was einen Erhalt eines (gegenüber dem Siegerentwurf) größeren Teils des Großbaumbestands ermöglicht, sowie eine stärkere interne Verkehrserschließung mittels eines Netzes von allgemein befahrbaren Straßen.

Eine der beiden Arbeiten mit Anerkennung setzt ebenfalls auf zur Mitte hin sich öffnende Baublocks, schlägt allerdings anstelle eines zentralen Freibereichs zwei öffentliche Räume, eine Grünfläche und eine Platzfläche vor und belässt es bei einer konventionellen Verkehrserschließung mit einem durchgängig befahrbarem internen Straßennetz.

Die andere Arbeit mit Anerkennung setzt auf eine Grundstruktur mit vollständig geschlossene Baublocks, öffnet einen zentralen öffentlichen Freiraum zur Lübecker Straße hin und schlägt im Rahmen der Herstellung des Kayenmühlengrabens die Errichtung einer größeren Teichanlage vor. Die Verkehrserschließung bindet nicht alle Gebäude an, durchschneidet aber dennoch das Quartiersinnere in wesentlichen Achsen.

Im Gegensatz zum 1. Preisträger setzten die übrigen prämierten Arbeiten in Sachen ruhendem Verkehr auf Tiefgaragen. Die bauliche Silhouette ist zudem in sämtlichen übrigen Arbeiten weniger differenziert als im Siegerentwurf.



Bei den übrigen Wettbewerbsbeiträgen werden an zusätzlichen Planungsansätzen in der Quartiersstruktur ein Abrücken der Bebauung von der Lübecker Straße, eine durchgehende Freiraumschneise zwischen Werft- und Lübecker Straße, eine Ausbildung von Solitärbauten anstelle von Gebäudeblocks sowie eine höhenmäßige Akzentuierung der Quartiersmitte durch Hochhäuser vorgeschlagen.

Betrachtet man nun die Gründe, warum die erstplatzierte Arbeit der weiteren Planaufstellung zu Grunde gelegt wurde, so sind dies insbesondere der große zusammenhängende öffentliche Freiraum und der auf das Quartier wirkende integrative Ansatz sowie die sowohl räumlich als auch funktionale Anknüpfung der Teilquartiere an diese grüne Mitte. Wichtige, sich von den übrigen Arbeiten absetzende Qualitäten, sind aber auch die im Sinne des erforderlichen Immissionsschutzes geschlossene äußere Quartierskante, die gestaffelte, Identität schaffende Gebäudeentwicklung sowie das konsequent auf Verkehrsvermeidung und innovative Mobilitätsprinzipien setzende Verkehrskonzept.

Vorstehende Qualitäten lassen den auf Basis des Siegerentwurfs weiter verfolgten städtebaulichen Ansatz aber auch im Rahmen der Alternativbewertung der Umweltprüfung positiv abschneiden. So wirken das Verkehrskonzept und hier insbesondere die Reduzierung der internen Befahrbarkeit sowie der Verzicht auf Tiefgaragen sich positiv auf die Beschränkung der Bodenversiegelung aus. Der verfolgte verkehrsreduzierende Mobilitätsansatz bringt einen Beitrag zur Reduzierung von Lärm- und Luftschadstoffimmissionen auch über das Quartier hinaus und die Verhinderung des Lärmeintrags durch die nach außen geschlossene Randstruktur sowie die hohe Qualität des großen zentralen Grünzugs, auch zur Versorgung der benachbarten Quartiere, zeigen erhebliche positive Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch.



Abbildung 20: 1. Platz Lageplan Albert Wimmer ZT GmbH



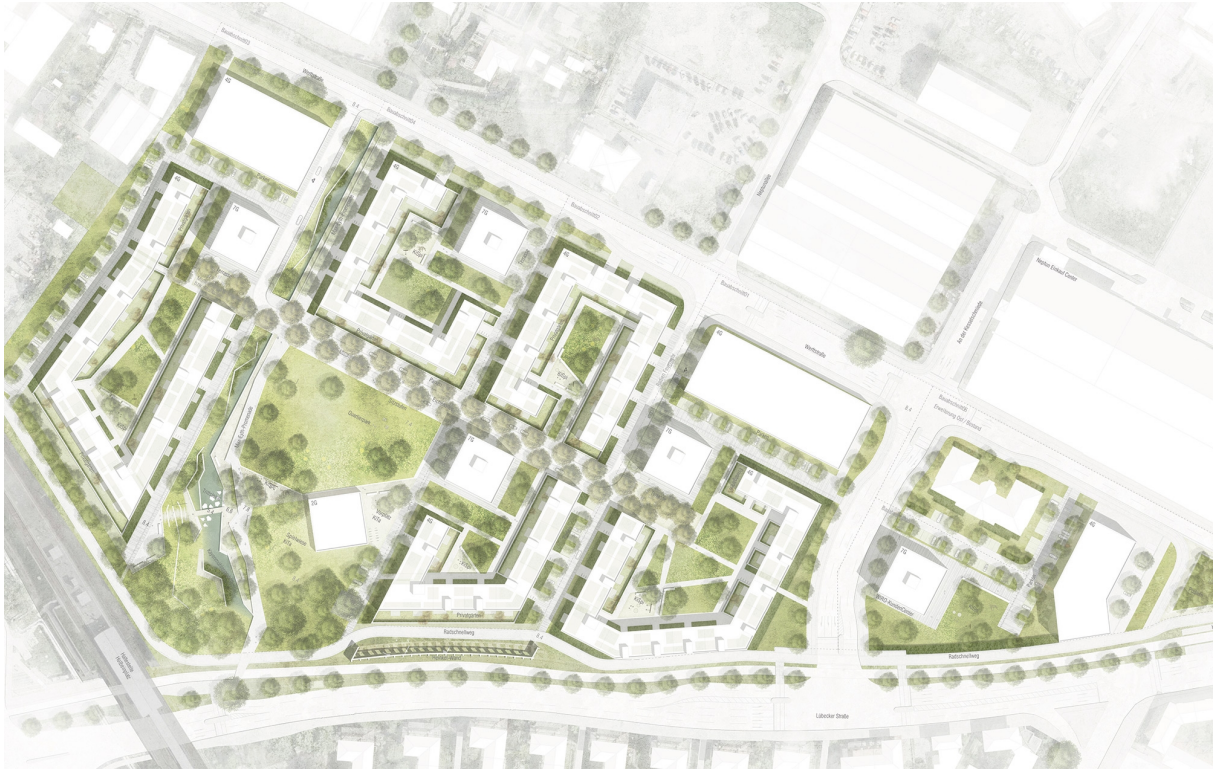


Abbildung 21: 2. Platz Lageplan Riegler Riewe Architekten ZT-GmbH



Abbildung 22: Anerkennung reicher haase associierte GmbH, Aachen; foundation 5+ Landschaftsarchitekten, Kassel





**Abbildung 23: Anerkennung nps tchoban voss | Architektur und Städtebau, Hamburg; Wiggenhorn & van den Hövel Landschaftsarchitekten BDLA, Hamburg**

Aufgrund des innerstädtischen Standortes und der damit einhergehenden Immissionsbelastungen sowie der Vorbelastungen durch die langjährige gewerbliche und/oder industrielle Nutzung der Fläche (Altlasten) wurden fachgutachterlich mögliche Auswirkungen auf die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse am geplanten Wohnbaustandort geprüft. In diesem Zusammenhang wurde geprüft, ob die im städtebaulichen Konzept festgesetzten baulichen Nutzungen vereinbar mit den Anforderungen an ein Wohngebiet im innerstädtischen Raum sind oder Änderungen der festgesetzten baulichen Nutzungen erforderlich sind. Die Ergebnisse flossen in einen Funktionsplan ein, der wiederum als Grundlage für den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans darstellt. Änderungen der baulichen Nutzungen mit erheblich unterschiedlichen Auswirkungen auf den Naturhaushalt ergaben sich im Rahmen vorstehender Überprüfung der Standorteignung und auch im Rahmen der Funktionsplanung nicht.

Zur Gestaltung eines angemessenen Immissionsschutzes wurden verschiedene konzeptionelle Ansätze untersucht, von aktiven Maßnahmen, wie lärmreduzierten Belag, über Schallschutzwände, die vollkommende Schließung der Baustruktur bis zu Gebäude und bauteilbezogenen Maßnahmen. Diese Ansätze und die Darlegung, warum einzelne Alternativen nicht in Frage kommen sowie die Gründe für die letztendlich ausgewählte Vorzugslösung sind in Kapitel 3.13 der Begründung dargelegt.

#### Alternativenprüfung hinsichtlich der möglichen Schallschutzmaßnahmen

In Anbetracht des stark mit Verkehrsimmissionen vorbelasteten Standorts erfolgte zudem eine umfassende Prüfung möglicher alternativer Maßnahmen um gesunde Wohn- und Arbeitsbedingungen im Quartier gewährleisten zu können.

Die Alternativenprüfung erfolgte dabei unter Berücksichtigung der im Ergebnis des Wettbewerbs stehenden städtebaulich-landschaftsplanerischen Konzeption mit ihren besonderen Qualitäten sowie der erfolgten Weiterentwicklung im Rahmen der Erarbeitung des Funktionsplans und der Strategieentwicklung für ein urbanes Gebiet.

Eine umfassende Darlegung der Alternativenprüfung zu möglichen Schallschutzmaßnahmen erfolgte bereits in Kapitel 3.13.1 der Begründung, worauf hier verwiesen wird.

### **4.3 Zusätzliche Angaben entsprechend Anlage 1 BauGB**

#### **4.3.1 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren, sowie Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben**

##### Informations- und Datengrundlagen

Für alle Schutzgüter werden generell als Informations- und Planungsgrundlagen die Aussagen und Festsetzungen des Bebauungsplans sowie die Aussagen des Grünordnungsplans von der beauftragten WAGNER PLANUNGSGESELLSCHAFT, 2017/2018 sowie die Aussagen des Landschaftsplans der und HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK, 1. Aktualisierung, 2013 insbesondere zu Tieren und Pflanzen, herangezogen.

Zusätzlich sind differenzierte Aussagen auf der Basis folgender Unterlagen zu treffen:

##### *Schutzgut Mensch*

- Ersteinschätzung der Luftschadstoffbelastung im Plangebiet BP Nr. 10. W. 63.1 „Wohnen am Werfdreieck“, LUNG Güstrow, 2017
- Schalltechnische Untersuchung, LAIRM CONSULT GMBH, 2017,
- Lärmaktionsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Überarbeitete Fassung, HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK 2007,
- Lärmaktionsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. 3. Stufe, HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK, 2018,
- Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS, 2008, Neuauflage 2015
- Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK, 2005/2006
- Umsetzungsbericht für das Umweltqualitätskonzept der Hanse- und Universitätsstadt Rostock „Umweltbarometer Rostock“. Berichtsjahre 2013 – 2016, HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK, 2016
- Luftgütedaten des Jahres 2017, LUNG, Güstrow, 2017
- Erstellung eines Immissionskatasters als Grundlage für die Erstellung eines Luftreinhalteplanes für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Ermittlung der Ist-Situation, LUNG GÜSTROW, 2007

##### *Schutzgut Fläche*

- Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018
- Biotop- und Nutzungskartierung, **wagner** Planungsgesellschaft, 2016

### *Schutzgut Boden*

- Bodenschutzkonzept der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. 1. Stufe. Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2008,
- Altlastenkataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock,
- Gutachten zur Untersuchung eines Altlastenverdacht, Baugrund Stralsund, 2016/2017
- Geotechnischer Bericht und Gründungsempfehlung für das Bauvorhaben: Erschließung B-Plan Nr. 10.W.63 „Wohnen am Werftdreieck“, H.S.W., 2016
- Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2005/2006
- Orientierende Untersuchung nach § 3 Abs. 3 BBodSchV. H.S.W., 2017
- Stellungnahme zum Bearbeitungsstand der Detailuntersuchung bzgl. der Altlastenerkundung am Standort „Werftdreieck“ in Rostock; B-Plan 10.W.63. H.S.W., 2019
- Detailerkundung nach § 3 Abs. 4 BBodSchV, H.S.W., 2019
- Sanierungsuntersuchung /Vorentwurf Sanierungsplan, H.S.W., 2019

### *Schutzgut Wasser*

- Gewässerkataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2013
- Überschwemmungsgebiete in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und Umgebung, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2015,
- Integriertes Entwässerungskonzept (INTEK) für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, biota, 2013
- Grundwasserkataster der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2013
- Regelwerk Küstenschutz M-V, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, 2012,
- Hydrologisches Konzept zur Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens, Wastra-Plan Ingenieurgesellschaft mbH, 2016
- Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2005/2006
- Orientierende Untersuchung nach § 3(3) BBodSchV. H.S.W., 2017
- Stellungnahme zum Bearbeitungsstand der Detailuntersuchung bzgl. der Altlastenerkundung am Standort „Werftdreieck“ in Rostock; B-Plan 10.W.63. H.S.W., 2019
- Detailerkundung nach § 3 Abs. 4 BBodSchV, H.S.W., 2019
- Sanierungsuntersuchung / Vorentwurf Sanierungsplan, H.S.W., 2019

### *Schutzgut Klima*

- Klimafunktionskarte der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2015
- Integriertes Entwässerungskonzept (INTEK) für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, institut biota, 2013

### Schutzgut Kultur- Sachgüter

- Denkmalliste der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Stand 2016
- Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Hanse und Universitätsstadt Rostock, 2005/2006

### Bewertungsmethodik

Für die Einschätzung der Beeinträchtigung von Schutzgütern durch die Bebauungsplanung bzw. die Einschätzung der Umwelterheblichkeit stehen zwei Informationsebenen zur Verfügung:

- die Funktionseignung (ökologische Empfindlichkeit) des Schutzgutes und
- die Intensität der geplanten Nutzung.

Werden beide Informationen miteinander verschnitten, ergibt sich der Grad der Beeinträchtigung oder das ökologische Risiko gegenüber der geplanten Nutzung.

Um die Funktionalität der Bewertung zu gewährleisten, wird eine Beschränkung auf die Faktoren vorgenommen, die am ehesten geeignet sind, die Wirkungszusammenhänge zu verdeutlichen. Sie sind auch unter dem Begriff Indikatoren bekannt. Darüber hinaus muss die Wahl der Indikatoren an die Datenverfügbarkeit angepasst werden. Gemessen an der wenig höheren Aussagequalität vielstufiger Modelle gegenüber einfacheren Varianten, der besseren Datenverfügbarkeit bei weniger differenziert zu treffenden Aussagen und der für Planer und Bearbeiter erforderlichen Information, wird für das Bewertungskonzept im Bebauungsplanverfahren die dreistufige Variante gewählt. Die Aussagen werden in der Form gering, mittel, hoch bzw. in der Entsprechung Stufe 1, Stufe 2, Stufe 3 getroffen. Nachfolgende Tabelle veranschaulicht die für alle Bewertungsschritte zutreffende Matrix.

**Tabelle 15: Bewertungsmatrix für die ökologische Risikoanalyse**

Funktionseignung des Schutzgutes ↓	Intensität der Nutzung →		
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3
<b>Stufe 1</b>	Geringe Beeinträchtigung Stufe 1	Geringe Beeinträchtigung Stufe 1	Mittlere Beeinträchtigung Stufe 2
<b>Stufe 2</b>	Mittlere Beeinträchtigung Stufe 2	Mittlere Beeinträchtigung Stufe 2	Hohe Beeinträchtigung Stufe 3
<b>Stufe 3</b>	Mittlere Beeinträchtigung Stufe 2	Hohe Beeinträchtigung Stufe 3	Hohe Beeinträchtigung Stufe 3

Beispiel für die Lesart:

Hohe Funktionseignung des Schutzgutes (Stufe 3) und mittlere Intensität der Nutzung durch die Planung (Stufe 2) führt zu hoher Beeinträchtigung für das Schutzgut (Stufe 3).

Bei dieser Vorgehensweise wird berücksichtigt, dass die Bewertung über logische Verknüpfungen erfolgt und dass der inhaltliche und räumliche Aussagewert maßgeblich von der Aussagekraft und Korrektheit der Indikatoren abhängig ist. Zur Bestätigung der Bewertung werden Abstimmungen mit dem zuständigen Sachgebiet geführt. Die Wahl der Bewertungsstufen ist das Ergebnis eines Erfahrungs- und Abstimmungsprozesses der beteiligten Planer und Fachleute.

Die Bewertung findet in dieser Form nur für die Neuinanspruchnahme von Flächen statt. Bei der Überplanung bestehender Flächen ohne gravierende Nutzungsänderungen kann von geringen Beeinträchtigungen für das jeweilige Schutzgut ausgegangen werden. Als Bewertungsgrundlage für die Schutzgüter Boden, Wasser, Klima und Mensch werden das Umweltqualitätszielkonzept (UQZK) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock aus dem Jahr 2005/2006 sowie dessen Umsetzungsbericht Berichtsjahr 2011/2012 herangezogen. Die vorsorgeorientierten Umweltqualitätsziele (UQZ) wurden für diese Umweltmedien entspre-

chend ihrer lokalen Ausprägung definiert. Sie sind wissenschaftlich fundiert, berücksichtigen jedoch auch politische Vorgaben und wurden breit in der Verwaltung und verschiedenen Ortsbeiräten diskutiert.

Für die Schutzgüter Pflanzen und Tiere sowie Landschaftsbild dienen der Grünordnungsplan (GOP) sowie die Entwicklungskonzeption des Landschaftsplans der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2013 als Bewertungsgrundlage.

**Tabelle 16: Empfindlichkeit/Vorbelastung für das Schutzgut Mensch/Lärm**

geringe Lärmvorbelastung Stufe 1	Orientierungswerte der DIN 18005 eingehalten
erhöhte Lärmvorbelastung Stufe 2	Orientierungswerte der DIN 18005 um weniger als 5 dB(A) überschritten
hohe Lärmvorbelastung Stufe 3	Orientierungswerte DIN 18005 um mehr als 5 dB(A) überschritten

**Tabelle 17: Nutzungsintensität für das Schutzgut Mensch/Lärm**

kaum wahrnehmbarer Anstieg der Lärmimmission Stufe 1	Anstieg des Lärmpegels bis 1 dB(A); Orientierungswerte der DIN 18005 eingehalten
wahrnehmbarer Anstieg der Lärmimmission Stufe 2	Anstieg des Lärmpegels > 1 < 3 dB(A); Orientierungswerte der DIN 18005 dB(A) überschritten
deutlicher Anstieg der Lärmimmission Stufe 3	Anstieg des Lärmpegels um mehr als 3 dB(A); Orientierungswerte der DIN 18005 überschritten

**Tabelle 18: Empfindlichkeit/Vorbelastung für das Schutzgut Mensch/Luft**

geringe Vorbelastung Stufe 1	Zielwerte für das Jahr 2015 unterschritten
mittlere Vorbelastung Stufe 2	Zielwerte für das Jahr 2015 erreicht bzw. überschritten
hohe Vorbelastung Stufe 3	Grenzwerte der TA Luft überschritten

**Tabelle 19: Nutzungsintensität für das Schutzgut Mensch/Luft**

geringer Einfluss auf die Luftqualität Stufe 1	Grünflächen, Campingplätze; geringes Verkehrsaufkommen
Einfluss auf die Luftqualität Stufe 2	Feriendörfer, Wohngebiete, Mischgebiete; erhöhtes Verkehrsaufkommen
hoher Einfluss auf die Luftqualität Stufe 3	Freizeitparks, Großflächiger Einzelhandel, Industriegebiete, Parkplätze; Starkes Verkehrsaufkommen

**Tabelle 20: Nutzungsintensität/Wirkzonen verkehrsbedingter Luftschadstoffemissionen**

Wirkzone/Wirkintensität	10 m (RQ + 2*10m)	50 m (beidseitig)	150 m (beidseitig)
Schutzgut Lufthygiene DTV			
Einteilungskriterium	-	Schadstoffbelastung	-
hoch (3)		≥ 25.000	
mittel (2)	generell hoch	< 25.000	-
gering (1)		-	

**Tabelle 21: Empfindlichkeit für das Schutzgut Fläche anhand der Vorbelastung**

geringe Empfindlichkeit Stufe 1	Innerstädtische Siedlungs- und Infrastruktur (u.a. Wohnbebauung, Industrie und Gewerbe, Verkehrsflächen), innerstädtische Brach- und Freiflächen
mittlere Empfindlichkeit Stufe 2	Urbane Grünflächen (u.a. Parkanlagen, Grünanlagen, Friedhöfe, Kleingärten), Feriendörfer, Campingplätze
hohe Empfindlichkeit Stufe 3	Grün- und Freiflächen im Außenbereich, landwirtschaftliche Flächen, Waldflächen

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

**Tabelle 22: Nutzungsintensität im Zusammenhang mit dem Schutzgut Fläche**

geringer Flächenverbrauch Stufe 1	Grünflächen; (geringe Flächen(neu)inanspruchnahme - Neuversiegelungsgrad $\leq 20\%$ )
mittlerer Flächenverbrauch Stufe 2	Feriedörfer, Campingplätze, Freizeitparks, Wohngebiete; (mittlere flächen(neu)inanspruchnahme - Neuversiegelungsgrad $\leq 60\%$ )
hoher Flächenverbrauch Stufe 3	Großflächiger Einzelhandel, Industriegebiete, Parkplätze, Mischgebiete; (hohe Flächen(neu)inanspruchnahme - Neuversiegelungsgrad $> 60\%$ )

**Tabelle 23: Empfindlichkeit von Böden im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

Aufgeschüttete, anthropogen veränderte Böden Stufe 1	gestörte Bodenverhältnisse vorherrschend oder hoher Versiegelungsgrad ( $> 60\%$ ) und/oder Altlast vorhanden (Regosole, Pararendzina beide auch als Gley oder Pseudogley, Gley aus umgelagertem Material)
Natürlich gewachsene, kulturtechnisch genutzte, häufige Böden Stufe 2	Land- und forstwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzte Flächen mit für die Region häufigen Böden oder mittlerer Versiegelungsgrad ( $> 20\% < 60\%$ ) und/oder punktuelle Schadstoffbelastungen (Gleye, Braun-, Fahl-, Parabraunerden, Pseudogleye, Podsole, Horti-, Kolluvisole, überprägtes Niedermoor)
Natürlich gewachsene, seltene und/oder hochwertige Böden Stufe 3	Seltene naturnahe Böden ( $< 1\%$ Flächenanteil); naturgeschichtliches Dokument; hohe funktionale Wertigkeiten z.B. für die Lebensraumfunktion oder Regulation des Wasserhaushaltes, geringer Versiegelungsgrad ( $< 20\%$ ), keine stofflichen Belastungen (Niedermoorböden, Humusgleye, Strandrohgleye und Podsole über Staugleyen)

**Tabelle 24: Nutzungsintensität im Zusammenhang zum Schutzgut Boden**

geringe Flächeninanspruchnahme Stufe 1	Grünflächen, Freizeitparks, Campingplätze (Neuversiegelungsgrad $\leq 20\%$ )
erhöhte Flächeninanspruchnahme Stufe 2	Feriedörfer, Wohngebiete, Mischgebiete (Neuversiegelungsgrad $\leq 60\%$ )
hohe Flächeninanspruchnahme Stufe 3	Gewerbegebiete, Industriegebiete, Parkplätze (Neuversiegelungsgrad $> 60\%$ )

**Tabelle 25: Empfindlichkeit/Vorbelastung für das Schutzgut Gewässer**

Anthropogen vollständig überformte und belastete Gewässer Stufe 1	Gewässer ist verrohrt und weist mit Güteklasse III-IV / IV starke bis übermäßige Verschmutzungen durch organische, sauerstoffzehrende Stoffe und damit weitgehend eingeschränkte Lebensbedingungen auf
Gewässer offen, Gewässerbett technisch ausgebaut und mäßig belastet Stufe 2	Gewässer ist nicht verrohrt, weist jedoch eine kulturbetonte naturferne Ausprägung auf und kann mit Gewässergüte II-III / III als belastet durch organische sauerstoffzehrende Stoffe mit eingeschränkter Lebensraumfunktion bezeichnet werden
Naturnahes Gewässer Stufe 3	Gewässer ist weitgehend anthropogen unbeeinflusst und weist mit Gewässergüte I / I-II / II lediglich mäßige Verunreinigungen und gute Lebensbedingungen aufgrund ausreichender Sauerstoffversorgung auf

**Tabelle 26: Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers in Abhängigkeit von Flurabstand sowie Mächtigkeit und Substrat der Deckschicht**

Verschmutzungsempfindlichkeit gering Stufe 1	Hoher Grundwasserflurabstand bzw. hoher Anteil bindiger Bildungen an der Versickerungszone; Grundwasser geschützt gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen
Verschmutzungsempfindlichkeit mittel Stufe 2	mittlerer Grundwasserflurabstand bzw. Anteil bindiger Bildungen an der Versickerungszone $< 80\% > 20\%$ ; Grundwasser teilweise geschützt gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen

**Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung**

Verschmutzungsempfindlichkeit hoch Stufe 3	geringer Grundwasserflurabstand bzw. Anteil bindiger Bildungen an der Versickerungszone < 20 %; Grundwasser ungeschützt gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen
---	--

**Tabelle 27: Nutzungsintensität im Zusammenhang zum Schutzgut Grundwasser**

geringe Eintragsgefährdung Stufe 1	Grünflächen, Freizeitparks, Campingplätze
erhöhte Eintragsgefährdung Stufe 2	Feriedörfer, Wohngebiete, Mischgebiete
hohe Eintragsgefährdung Stufe 3	Gewerbegebiete, Industriegebiete, Parkplätze

**Tabelle 28: Nutzungsintensität/Wirkzonen verkehrsbedingter Einträge im Zusammenhang zum Grundwasser**

Wirkzone/Wirkintensität	10 m (RQ + 2*10m)	50 m (beidseitig)	150 m (beidseitig)
Schutzgut Grundwasser DTV			
Einteilungskriterium	Verringerung der GW-Neubildung	GW-Gefährdung	GW-Gefährdung
hoch (3)	generell hoch	>12.000	-
mittel (2)		≤ 12.000 – 5.000	> 12.000
gering (1)		≤ 5.000	≤ 12.000

**Tabelle 29: Empfindlichkeit gegenüber Hochwasser**

Hochwasserschutz unbeachtlich Stufe 1	Plangebiet liegt nicht im überflutungsgefährdeten Bereich bzw. Maßnahmen des Hochwasserschutzes (StAUN) sind vorgesehen
Hochwasserschutz muss berücksichtigt werden Stufe 2	Plangebiet liegt im überflutungsgefährdeten Bereich
Überflutungsbereich Stufe 3	Plangebiet liegt im Überflutungsbereich; Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind aus naturschutzfachlichen Gründen nicht vorgesehen (Retentionsraum)

**Tabelle 30: Nutzungsintensität der Planung gegenüber Gewässern und Überflutungsbereichen**

Geringer Einfluss der Nutzung Stufe 1	Grünflächen, Freizeitparks, Campingplätze (Neuversiegelungsgrad ≤ 20 %); geringe Wahrscheinlichkeit von Stoffeintrag
erhöhter Einfluss durch die Nutzung Stufe 2	Feriedörfer, Wohngebiete, Mischgebiete (Neuversiegelungsgrad ≤ 60 %); erhöhte Wahrscheinlichkeit von Stoffeintrag
Hoher Einfluss durch die Nutzung Stufe 3	Gewerbegebiete, Industriegebiete, Parkplätze (Neuversiegelungsgrad > 60 %); hohe Wahrscheinlichkeit von Stoffeintrag

**Tabelle 31: Funktionseignung der Klimatoptypen**

geringe klimaökologische Bedeutung Stufe 1	Keine Frischluftproduktion (Stadtklimatop, Industrie- Gewerbeflächenklimatop, Innenstadt-klimatop) keine Frischluftbahn
mittlere klimaökologische Bedeutung Stufe 2	Mittlere Kaltluftentstehung (Gartenstadtklimatop, Parkklimatop, Waldklimatop) keine Frischluftbahn
hohe klimaökologische Bedeutung Stufe 3	Hohe Kaltluftproduktion (Freilandklimatop, Feuchtflächenklimatop, Grünanlagenklimatop) Frischluftbahn vorhanden



*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

**Tabelle 33: Nutzungsintensität auf das Schutzgut Klima**

geringe Flächenversiegelung / geringe Behinderung einer Frischluftbahn Stufe 1	Grünflächen, Campingplätze
erhöhte Flächenversiegelung / mögliche Behinderung einer Frischluftbahn Stufe 2	Feriedörfer, Freizeitparks, Wohngebiete, Mischgebiete
hohe Flächenversiegelung / Zerschneidung einer Frischluftbahn Stufe 3	Großflächiger Einzelhandel, Industriegebiete, Parkplätze

**Tabelle 34: Empfindlichkeit von Biotopen im Zusammenhang mit der Vorbelastung**

geringer Biotopwert Stufe 1	häufige, stark anthropogen beeinflusste Biotoptypen; geringe Arten- und Strukturvielfalt
mittlerer Biotopwert Stufe 2	weitverbreitete, ungefährdete Biotoptypen; hohes Entwicklungspotential; mittlere Arten- und Strukturvielfalt
hoher Biotopwert Stufe 3	stark bis mäßig gefährdete Biotoptypen; bedingt bzw. kaum ersetzbar; vielfältig strukturiert, artenreich

**Tabelle 35: Empfindlichkeit von Arten im Zusammenhang mit ihrer Gefährdung**

geringer Schutzgrad/geringe Empfindlichkeit Stufe 1	keine Arten der Roten Liste M-V bzw. der BArtSchV im Bebauungsplangebiet
mittlerer Schutzgrad/mittlere Empfindlichkeit Stufe 2	gefährdete Arten, potenziell gefährdete im Bebauungsplangebiet
hoher Schutzgrad/hohe Empfindlichkeit Stufe 3	mindestens eine vom Aussterben bedrohte Art; stark gefährdete Arten im Bebauungsplangebiet

**Tabelle 36: Nutzungsintensität von Bebauungsplantypen auf die Schutzgüter Pflanzen und Tiere**

geringe Einwirkung Stufe 1	Grünflächen
erhöhte Einwirkung Stufe 2	Feriedörfer, Campingplätze, Wohngebiete, Freizeitparks
hohe Einwirkung Stufe 3	Großflächiger Einzelhandel, Industriegebiete, Parkplätze, Mischgebiete

**Tabelle 37: Empfindlichkeit/Gewährleistung der Biologischen Vielfalt**

geringer Schutzgrad/geringe Empfindlichkeit Stufe 1	kein Biotopverbund bzw. Barrieren und lebensfeindliche Nutzungen in räumlicher Nähe
mittlerer Schutzgrad/mittlere Empfindlichkeit Stufe 2	Abstand zu gleichartigen Biotopen < 500 m
hoher Schutzgrad/hohe Empfindlichkeit Stufe 3	bestehender Biotopverbund zwischen gleichartigen Biotopen, einschließlich 200 m Abstand

**Tabelle 38: Nutzungsintensität von Bauflächen im Hinblick auf Biologische Vielfalt**

geringe Einwirkung Stufe 1	kein Einfluss auf Biotopverbund
erhöhte Einwirkung Stufe 2	Einfluss auf den Abstand von 500 m innerhalb des Biotopverbundes
hohe Einwirkung Stufe 3	Zerschneidung des Biotopverbundes, einschließlich des 200 m Abstandes

**Tabelle 39: Empfindlichkeit/Vorbelastung für das Schutzgut Landschaftsbild**

geringer visueller Gesamteindruck Stufe 1	keine differenzierbaren Strukturen, deutlich überwiegender Anteil anthropogener Elemente (≤ 25 % naturnah), geringe Ursprünglichkeit
mittlerer visueller Gesamteindruck Stufe 2	differenzierbare und naturnahe Elemente erlebniswirksam, überwiegend störungsarme, anthropogen überprägte Elemente (> 25 % naturnah); überwiegend ursprünglicher Charakter; Vorsorgeraum für die Entwicklung von Natur und Landschaft

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

hoher visueller Gesamteindruck Stufe 3	deutlich überwiegender Anteil differenzierbarer und naturnaher, erlebniswirksamer Elemente/Strukturen (> 75 % naturnah); in besonderem Maß ursprünglich; Vorrangraum für die Entwicklung von Natur und Landschaft
---	--

**Tabelle 40: Nutzungsintensität verschiedener Bebauungsplangebiete auf das Landschaftsbild**

geringe Verfremdung Stufe 1	Grünflächen, geringe Störwirkung durch baulichen Anlagen; keine Zerschneidung des Landschaftsraums
erhöhte Verfremdung Stufe 2	Campingplätze, Wohngebiete, Parkplätze, Feriendörfer, deutlich wahrnehmbare Störwirkung durch bauliche Anlagen; keine Zerschneidung des Landschaftsraumes
hohe Verfremdung Stufe 3	Großflächiger Einzelhandel, Industriegebiete, Mischgebiete, Freizeitparks, deutlich wahrnehmbare Störwirkung durch bauliche Anlagen; sichtbare Zerschneidung des Landschaftsraumes

**Tabelle 41: Funktionseignung von Kultur- und Sachgütern**

geringe denkmalpflegerische Relevanz Stufe 1	keine Werte- oder Funktionselemente im Plangebiet oder angrenzend
mittlere denkmalpflegerische Relevanz Stufe 2	Werte - oder Funktionselemente in unmittelbarer Nachbarschaft zum Plangebiet
hohe denkmalpflegerische Relevanz Stufe 3	Werte- oder Funktionselemente im Plangebiet

**Tabelle 42: Nutzungsintensität von Bebauungsplantypen auf Kultur- Sachgüter**

geringer Wertverlust Stufe 1	Grünflächen, Campingplätze (Versiegelungsgrad < 20 %; keine massiven Baukörper)
erhöhter Wertverlust Stufe 2	Wohngebiete, Freizeitparks, Feriendörfer (Versiegelungsgrad < 60 %; massive Baukörper möglich)
hoher Wertverlust Stufe 3	Großflächiger Einzelhandel, Industriegebiete, Parkplätze, Mischgebiete (Versiegelungsgrad > 60 %; massive Baukörper)

Die entsprechenden Bewertungen sind in den Vorkapiteln schutzgutbezogen vorgenommen.

### Hinweise und Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Unterlagen aufgetreten sind

Bei der Zusammenstellung der Unterlagen sind keine Schwierigkeiten aufgetreten. Für das Bebauungsplangebiet wurden neben dem Grünordnungsplan verschiedene Fachgutachten erstellt, die aktuelle Aussagen zur Bestandsituation, Vorbelastung enthalten und mögliche Auswirkungen auf einzelne Schutzgüter ermitteln (vgl. folgende Tabelle).

**Tabelle 43: im Zuge des Bauleitverfahrens beauftragte Fachgutachten**

Fachgutachten	mit Aussagen zur Bestandssituation, Vorbelastung und Wirkungsprognose zum Schutzgut
Schalltechnische Untersuchungen mit Aussagen zu Vorbelastungen und möglichen Projektauswirkungen	Mensch
Altlastenbegutachtungen mit Aussagen zu bestehenden Altlasten und deren Sanierungsmöglichkeiten	Boden, (Grund)Wasser, Mensch
Geotechnischer Bericht mit Gründungsempfehlung und Aussagen zum anstehenden Bodensubstrat sowie dem Grundwasserhaushalt	Boden, (Grund)Wasser
Hydrologisches Konzept zur Öffnung des Kayenmühlengrabens mit konzeptionellen Aussagen zum Umgang mit dem anfallenden Regenwasser	Oberflächen- und Grundwasser, Sturmflut
Immissionsabschätzung mit Aussagen zur bestehenden Luftschadstoffbelastung	Mensch, Klima

Die Angaben zur Bestandssituation und Wirkungsabschätzungen für die weiteren Schutzgüter basieren auf vorhandenem Kenntnisstand, ohne auf konkrete Berechnungen oder Modellierungen zurückzugreifen. Hier wurde auf Bestandsinformationen wie z.B. dem Landschafts- und Flächennutzungsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, dem Geoport HRO etc. zurückgegriffen. In Anbetracht der Lage des Plangebietes, dessen massiver anthropogener Vorbelastung sowie des Detaillierungsgrads der Bestandsinformationen stehen weitere Fachbegutachtungen mit Aussagen zu den übrigen Schutzgütern wie z.B. Tiere, Klima, Landschaftsbild, Kultur und Sachgüter gemessen am gering erhöhten Aussagewert, in keinem vertretbaren Aufwand.

#### **4.3.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen der Durchführung des Bebauungsplans auf die Umwelt**

Durch den wahrnehmbaren Anstieg der Lärmimmission in den Bereichen Lübecker und Werftstraße infolge der Planumsetzung (vgl. Abschnitt Prognose) tritt eine hohe Beeinträchtigung durch Straßenverkehrslärm auf. Dabei bestehen jedoch z.T. Flexibilität in der Ausführung und Umsetzung der Planungsinhalte sowie andererseits Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung äußerer Randbedingungen. So sind z.B. das tatsächliche Verkehrsaufkommen oder die konkrete Ausgestaltung der Fassaden nicht abschließend vorhersehbar.

Um die tatsächliche Wirksamkeit zu überprüfen und unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen für die Bestandsbebauung sowie die zukünftigen Nutzungen im Gebiet auszuschließen, sind gem. § 4c BauGB Überwachungsmaßnahmen festzulegen. Die regelmäßigen Lärmkartierungen im Rahmen der Lärmaktionsplanung können dabei herangezogen werden. Darüber hinaus sollten innerhalb des Plangebietes nach Umsetzung der Planung konkrete Messungen Überprüfungen der tatsächlichen Lärmbelastung in regelmäßigen Abständen erfolgen. Zuständig hierfür ist das Amt für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Darüber hinaus wurden keine überwachungsbedürftigen Gegenstände mit ggf. erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen prognostiziert.

Folglich werden auch keine weiteren Maßnahmen zur Überwachung von erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen erforderlich.

#### **4.3.3 Zusammenfassung der Ergebnisse der Umweltprüfung**

Mit dem B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ soll der bereits bestehenden und perspektivisch sich noch ausweitenden Nachfrage an innerstädtischem Wohnraum Rechnung getragen und die planungsrechtliche Grundlage für die Errichtung von mehr als 700 WE geschaffen werden; gleichfalls aber auch für Wohnfolgeeinrichtungen sowie solche von weiterem Einzelhandel, Dienstleistung sowie Büro-, kleingewerblichen und kulturellen Nutzungen, soweit diese mit der Wohnnutzung verträglich sind, diese sinnvoll ergänzen und zur Belebung des Quartiers beitragen.

Schutzgebiete und –erfordernisse sind für das Bebauungsplangebiet nicht relevant. Die Schutzgüter sind wie folgt betroffen:

##### Schutzgut Mensch/Lärm

Es besteht eine deutliche Lärmvorbelastung, welche schwerpunktartig durch den Straßenverkehr auf der Lübecker Straße verursacht wird. Lediglich im Westen des Plangeltungsbereiches bestimmt der Schienenverkehrslärm den Beurteilungspegel. Hinsichtlich des Gesamtverkehrslärms bestehen somit nahezu im gesamten Plangebiet erhöhte Vorbelastungen, Stufe 2, im Nahbereich der Lübecker Straße sind zum Teil hohe Lärmvorbelastungen (Stufe 3) mit Überschreitungen des Anhaltwerts für Gesundheitsgefährdung tags und nachts verzeichnet worden.

Vorbelastungen durch Emissionen, die durch bestehende gewerbliche Strukturen hervorgerufen werden, wurden ausschließlich nordwestlich des Plangebietes bei 3 einzelnen Bestandswohngebäuden ermittelt. Diese führen lediglich im Nachtzeitraum zu geringfügigen Überschreitungen der Richtwerte nach TA-Lärm. Der Vorbelastung wird daher hier als mittel (Stufe 2) und für die übrigen Bestandsbereiche als gering (Stufe 1) eingestuft.

Bezogen auf den Freizeitlärm bestehen keine relevanten Vorbelastungen (Stufe 1).

Betrachtet man den Planungsfall, so ergibt sich an baubedingten Belastungen neben der temporären Verlärmung von Baumaschinen gegenüber dem schutzbedürftigen Bestand und auch infolge der Realisierung in mehreren Bauabschnitten, gegenüber den ersten in Nutzung gehenden Wohnungen und sonstigen schutzbedürftigen Einrichtungen, eine zusätzliche vorübergehende Lärmbelastung infolge der in den ersten Umsetzungsphasen noch nicht fertiggestellten baulichen Gebäudeabschirmung gegenüber den umgebenden stark lärmbelasteten Hauptverkehrsachsen. Dem wird durch ein detailliertes Umsetzungskonzept mit Darstellung erforderlicher Schallschutzmaßnahmen auch zu den einzelnen Realisierungsstufen und dessen rechtliche Verankerung in Rahmen eines städtebaulichen Vertrags nach § 12 BauGB begegnet.

Betrachtet man bei den betriebsbedingten Auswirkungen die Lärmbelastung aus Straßen- und Schienenverkehr zusammen, bildet also den Gesamtverkehrslärm ab, ist festzustellen, dass in weiten Bereichen der Straßenverkehrslärm maßgebend ist. Lediglich im Westen des Plangeltungsbereiches bestimmt der Schienenverkehrslärm den Beurteilungspegel. Der Orientierungswert für Mischgebiete, der hier für das urbane Gebiet ersatzweise herangezogen wird, von 60 dB(A) tags und 50 dB(A) nachts wird entlang der Hauptverkehrsstraßen Lübecker Straße, Werftstraße und Planstraße A überschritten.

Für den östlichen Planbereich kann aufgrund der gegebenen bzw. geplanten zur offenen Baustruktur kein hinreichender Schallschutz für eine Wohnbebauung bzw. vergleichbar schutzbedürftige Nutzungen geschaffen werden, sodass hier gleichsam wie für die südwestliche und südöstliche Eckbebauung des östlichen Plangebietsteils entsprechende Nutzungen ausgeschlossen werden. Für den übrigen überwiegenden Bereich kann durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch eine weitgehend geschlossene Baustruktur nach außen, ergänzt durch Schallschutzelemente sowie ergänzende Festsetzungen des B-Plans zu Grundrissgestaltung, passiven Schallschutz und Schließung der Außenwohnbereiche ein angemessener Schallschutz für Wohn und vergleichbar schutzbedürftige Nutzungen gewährleistet werden.

Gegenüber der Bestandsbebauung südlich der Lübecker Straße besteht aufgrund der sehr hohen Vorbelastung Ansprüche auf Lärmsanierungsmaßnahmen, welche i.R.d. anstehenden Planfeststellungsverfahrens zur Neuordnung der Verkehrsanlagen im Bereich Lübecker Straße abzuhandeln sind.

Hinsichtlich des Gewerbelärms werden die heranzuziehenden Richtwerte der TA-Lärm im Bereich der geplanten Baugebiete für den Tagzeitraum durchgehend eingehalten und für den Nachtzeitraum nur in der nordwestlichen Ecke des dortigen Baugebiets um weniger als 1 dB(A) überschritten, was vernachlässigt werden kann.

Durch die Planung einer Spielfläche für die Altersgruppe 14 bis 19 Jahre im Dachbereich des Parkhauses Ost entstehen bei freier Schallausbreitung Überschreitungen der Richtwerte in begrenzten Teilbereichen; diesen kann aber durch geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen wie einer abgewandten Platzierung und schallabweisenden Ausbildung der Spielfeldeinfassung begegnet werden.

Betrachtet man die Nutzungsintensität dann ist für die Bestandnutzungen im Umfeld der Werftstraße und des geplanten neuen Knotenpunkts an der Lübecker Straße von einem wahrnehmbaren Anstieg (Stufe 2) ausgehen, für die sonstigen Bestandsbereiche südlich der Lübecker Straße von einem kaum wahrnehmbaren Anstieg (Stufe 1).

Der Beeinträchtigungsgrad ist bezogen auf den Verkehrslärm im Bereich des zukünftigen Knotenpunkts Lübecker Straße mit Planstraße A als hoch (Stufe 3) und ansonsten als mittel (Stufe 2) einzustufen. Hinsichtlich des Gewerbelärms ist die Beeinträchtigung im Bereich der angrenzenden schutzwürdigen Bestandnutzungen an der Werftstraße als mittel (Stufe 2) und ansonsten als gering (Stufe 1) einzustufen. Hinsichtlich des Freizeitlärms ist die Beeinträchtigung durchgehend als gering (Stufe 1) zu bewerten.

#### Schutzgut Mensch/Luft

Im Zusammenhang der bestehenden Luftbelastung ist zu ersehen, dass für die im UQZK aufgeführten Luftschadstoffe die Zielwerte der Luftqualität für das Jahr 2015 innerhalb des Bebauungsplangebietes im Jahr 2016/2017 im Nahbereich der Lübecker Straße (Messstation Hohlbeinplatz) teilweise überschritten werden. An gewerblichen Anlagen ist lediglich die ZinkPower Rostock GmbH der Nähe zum Plangebiet untersuchungswürdig; allerdings hat die Überprüfung der aktuellen BImSch-Genehmigung ergeben, dass eine erhebliche Belastung des Plangebiets mit Luftschadstoffen auszuschließen ist. Entsprechend ist im Nahbereich der Lübecker Straße von einer mittleren Vorbelastung, Stufe 2, auszugehen. Das restliche Plangebiet kann als gering vorbelastet, Stufe 1, eingestuft werden.

Unter der Berücksichtigung, dass die Zielwerte der Luftqualität für das Jahr 2015 unterschritten werden, für die o.g. Anlagen teilweise immissionsschutzrechtliche Genehmigungen vorliegen und somit die Emissionswerte regelmäßig behördlich überwacht werden, ist vom einem geringen Einfluss auf die Luftqualität auszugehen. Es besteht damit insgesamt für das Schutzgut Mensch im Zusammenhang mit der Luftqualität eine mittlere Beeinträchtigung (Stufe 2).

### Schutzgut Fläche

Der aktuelle Versiegelungsgrad im Gebiet liegt bei insgesamt ca. 35% und ist in den überwiegenden Bereichen gering. Da das Gebiet zurzeit großflächig brachliegt und durch industrielle und gewerbliche Vornutzungen geprägt ist, muss die Empfindlichkeit für das Schutzgut Fläche als gering eingestuft werden (Stufe 1).

Aufgrund der zur erwartenden Flächeninanspruchnahme durch die neuen Wohngebiete mit einer Neuversiegelung von 40-50 % aber einem stark differenzierten Versiegelungsgrad zwischen den Baugebieten und Verkehrsflächen einerseits und dem Bereich des zentralen Grünzugs andererseits ist die Nutzungsintensität differenziert für die Baugebiete mit Stufe 2 und für den zentralen Grünzug mit Stufe 1 zu bewerten. Hinsichtlich der Bewertung der Flächeninanspruchnahme sind die festgesetzten Minderungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Insgesamt ergibt sich eine geringe Beeinträchtigung des Schutzguts Fläche (Stufe 1).

### Schutzgut Boden

Die langjährige gewerbliche bzw. industrielle Nutzung der vom Geltungsbereich eingeschlossenen Fläche führte zu teilweise erheblichen Vorbelastungen des Schutzgutes Boden. Auch wenn die baulichen Anlagen inzwischen bis auf die denkmalgeschützte ehemalige Handelsschule und das Autohaus Goldbach zurückgebaut wurden, weisen noch partiell vorhandene Fundamentreste bzw. kleinflächige Versiegelungen sowie anthropogene Aufschüttungen mit Resten von Ziegeln, Beton, Bauschutt, Holz, Asche und Pappen auf die langjährige massive Störung des Schutzguts Boden hin. Zudem bestehen an mehreren Stellen im Plangebiet noch Altlasten, die tlw. zu stofflichen Belastungen des Bodens und/oder Grundwasser führen. Es handelt sich ausschließlich um anthropogen massiv vorgeprägte Böden. Die Empfindlichkeit der vorhandenen Böden wird flächendeckend als gering (Stufe 1) eingestuft.

Die geplante Wohnbaunutzung führt, infolge des Umfangs der geplanten Bebauung sowie der festgesetzten Grundflächenzahlen (GRZ), zu einer erhöhten Flächeninanspruchnahme (Stufe 2). Im Bereich des geplanten zentralen Grünzugs ist hingegen mit einer geringen Nutzungsintensität und einer geringen Flächeninanspruchnahme (Stufe 1) zu rechnen. In Gesamtbetrachtung ergibt sich aufgrund der bestehenden Vorbelastungen (anthropogene Störungen der Bodenstruktur und Altlasten) eine geringe Beeinträchtigung (Stufe 1) gegenüber Verlust verbliebener natürlicher Bodenfunktionen.

### Schutzgut Wasser

Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes befindet sich derzeit kein Oberflächengewässer. Der außerhalb des Plangebiets liegende Kayenmühlengraben, entwässert das südwestlich des B-Plangebietes befindliche Stadtviertel mit der heutigen Hans-Sachs-Allee, dem Botanischen Garten und weiter Richtung Tschaikowskistraße mit dem Komponistenviertel.

Aufgrund des vollständig verrohrten Zustandes und der fehlenden Lebensraumfunktion ist der Kayenmühlengraben als anthropogen vollständig überformtes und belastetes Gewässer (Empfindlichkeit/Vorbelastung Stufe 1) einzustufen.

Vor dem Hintergrund der im Plangebiet befindlichen Altlastenstandorte, bei denen im Rahmen früherer Untersuchungen im Zeitraum zwischen 1992 und 2005 auch teilweise Grundwasserverunreinigungen festgestellt wurden, ist mit einer punktuell erheblichen Vorbelastung des Schutzguts Grundwasser zu rechnen. Im Rahmen der Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens ist, zur Verhinderung einer Ausschwemmung von Schadstoffen bzw. eines Übertritts von konterminierten Grundwasser in ein Oberflächengewässer, das Grabenbauwerk vollständig gegenüber dem umliegenden belasteten Erdreich bzw. Grundwassers abzudichten.

Die Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers wird aufgrund der unterschiedlich großen Grundwasserflurabstände und der Heterogenität und Wasserdurchlässigkeit der Deckschichten als mittel (Stufe 2) und das Grundwasser als teilweise geschützt gegenüber flächenhaft eindringenden Schadstoffen eingeschätzt. Diese Einstufung wird durch die Darstellung des Landschaftsplans der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Karte 7) bestätigt.

Die voraussichtliche Eintragsgefährdung von Schadstoffen Im Bereich der Wohnbauflächen wird als erhöht (Stufe 2) und im zentralen Grünzug als gering (Stufe 1) eingestuft.

Da das gesamte Plangebiet nicht im Überflutungsgefährdeten Bereich liegt und keine Maßnahmen des Hochwasserschutzes (StALU) vorgesehen sind, weist das Plangebiet eine geringe Empfindlichkeit gegenüber Hochwasser auf (Stufe 1). Im INTEK (2013) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird das Plangebiet in der Gesamtbewertung (Karte 8) als Gebiet mit geringer bis sehr geringer der hydrologischen Gefährdung eingestuft.

### Schutzgut Klima

Das Bebauungsplangebiet liegt im Einwirkungsbereich der Land-Seewind-Zirkulation bzw. der Frischluftbahn über die Unterwarnow. Dieser relativ konstante lokale Wind kann für das Bebauungsplangebiet von Bedeutung für die Frischluftversorgung und den Abtransport überwärmter Luft sein.

Die nicht durch Bebauung und/oder Verkehrsflächen versiegelten, sondern durch Grünflächen mit Einzelbaumbestand gekennzeichneten Bereiche des Plangebietes sind aufgrund ihrer Einstufung als Freiland-Klimatop von hoher klimaökologischer Bedeutung (Stufe 3). Die Bereiche des Plangebietes, die als Gewerbe- und/oder Stadt-Klimatop eingestuft werden, weisen eine geringe klimaökologische Bedeutung auf (Stufe 1) und können als erheblich vorbelastet eingestuft werden. Demnach kommt dem Bebauungsplangebiet insgesamt sowie seiner Umgebung eine mittlere klimaökologische Bedeutung, Stufe 2, zu. Hohe Bedeutung hat das lokale Land-See-Windsystem, Stufe 3.

Vor dem Hintergrund der geplanten Nutzung, eines verdichteten Wohnbaustandortes mit einem ca. 300 m langen, zentralen Grünzug, ist der (voraussichtliche) Einfluss aus der Nutzungsintensität auf das Schutzgut Klima als gering (Stufe 1) im Bereich des Grünzuges, bis mittel (Stufe 2) in den verdichteten Wohnbaubereichen, einzustufen. Insgesamt ergibt sich daraus eine mittlere Beeinträchtigung des Schutzgutes Klima.

### Schutzgut Pflanzen und Tiere / Biologische Vielfalt

Insgesamt weist die Mehrzahl der erfassten Biotopstrukturen im Plangebiet einen geringen Biotopwert (Stufe 1) sowie eine geringe Empfindlichkeit gegenüber baulichen Eingriffen auf. Lediglich dem Gehölzbestand (Siedlungsgehölze und Ältere Einzelbäume) sowie den kleinflächig ausgebildeten Ruderalfluren wird ein mittlerer Biotopwert (Stufe 2) zugewiesen. Doch auch hierbei handelt es sich um weitverbreitete, Biotoptypen ohne besonderen Schutzstatus.

Im Bereich der Wohnbaufläche ist aufgrund des Umfangs der Eingriffe (flächige Beseitigung der Vegetationsdecke) mit einer erhöhten Einwirkung (Stufe 2) zu rechnen, im Bereich des zentralen Grünzug sind lediglich geringe Einwirkungen (Stufe 1) bzw. eine Verbesserung der Ausgangssituation zu erwarten. Damit ergibt sich für das Teilschutzgut Pflanzen/Biotope insgesamt eine mittlere Beeinträchtigung (Stufe 2) für den Bereich mit Gehölzbeständen mittlerer Wertigkeit, der zur Bebauung vorgesehen ist. Ansonsten ist von einer geringen Beeinträchtigung auszugehen.

Aufgrund der recht monotonen Biotopstrukturen sowie der teilweise erheblichen Vorbelastung durch Siedlungs- und/oder Verkehrsimmissionen und sonstigen anthropogenen Störwirkungen (Freizeitnutzung der Fläche, Pflegeregime der Grünfläche) weist das Plangebiet fast flächendeckend eine geringen Lebensraumbedeutung auf (Stufe 1). Einzig der tlw. Ältere Baumbestand bietet typischen synanthropen, ubiquitären Siedlungsvögeln/„Allerweltsarten“

ggf. Nistmöglichkeiten. Die Empfindlichkeit der Arten im Zusammenhang mit ihrer Gefährdung ist als gering (Stufe 1) einzustufen.

Von der Umsetzung der Planinhalte werden keine vom Aussterben bedrohten oder gefährdeten Arten betroffen. Durch die Projektumsetzung ergibt sich im Bereich der geplanten Baugebiete eine erhöhte Einwirkung (Stufe 2), im Bereich des zentralen Grünzugs dagegen eine geringe Einwirkung (Stufe 1).

Damit ergibt sich für das Teilschutzgut Tiere bei durchgehend geringem Gefährdungspotential für die Arten insgesamt auch eine geringe Beeinträchtigung (Stufe 1).

Das Bebauungsplangebiet hat keine Funktion im übergeordneten Biotopverbundsystem der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die nächstgelegenen Teillandschaftsräume des Biotopverbundsystems sind das „Vorwedener Land“ mit einem Anstand von > 2 km zum Bebauungsplangebiet und das „Hechtgraben-Gebiet“ auf der anderen Seite der Warnow, mit einem Abstand von > 1,2 km. Für diese Teillandschaftsräume hat das Bebauungsplangebiet keine Bedeutung. Folglich weist das Plangebiet einen geringen Schutzgrad bzw. eine geringe Empfindlichkeit der Biologischen Vielfalt auf (Stufe 1). Damit ergibt sich für das Schutzgut Biologische Vielfalt insgesamt eine geringe Beeinträchtigung (Stufe 1).

#### Schutzgut Landschaftsbild

Aufgrund des sehr geringen Anteils naturnaher Elemente, den zum Teil noch sichtbaren Spuren der ehemaligen gewerblichen Nutzungsstrukturen sowie der sehr geringen Strukturvielfalt ist der visuelle Gesamteindruck des Plangebietes als gering einzustufen (Stufe 1).

Die geplante (Wohn)Bebauung wird Einfluss auf das Landschaftsbild ausüben, jedoch aufgrund der städtischen Lage des Geltungsbereiches wird dieser als gering bewertet (Stufe 1). In Teilen des Plangebietes wird sich die Bestandssituation infolge der geplanten Freiraumgestaltungsmaßnahmen (u.a. Pflanzmaßnahmen, Herstellung des Kayenmühlengrabens) sogar verbessern. Insgesamt ergeben sich geringe Auswirkungen auf das Landschaftsbild (Stufe 1).

#### Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Da sich innerhalb der Geltungsbereichsgrenzen ein Kultur- und Sachgut mit denkmalpflegerischer Relevanz (ehemalige Handelsschule [Heinkel-Wand wurde bereits abgerissen]) befindet, ist in diesem Bereich von einer hohen denkmalpflegerischen Relevanz auszugehen (Stufe 3).

Aufgrund der Tatsache dass die ehemalige Handelsschule historisch immer in einen baulichen Zusammenhang eingeordnet war und zudem der dem B-Plan zu Grunde liegende städtebauliche Entwurf in Baustruktur und Höhenentwicklung das Denkmal berücksichtigt, führt die heranrückende Wohnbebauung zu keinem erheblichen Wertverlust des Kultur- und Sachguts (Stufe 1). Damit ergibt sich insgesamt eine geringe Beeinträchtigung.

#### Wichtige Wechselwirkungen

Die Flächeninanspruchnahme von bisher unversiegelten Bereichen bewirkt neben dem völligen Funktionsverlust des Schutzgutes Boden auch eine Erhöhung des Oberflächenwasserabflusses, der wiederum Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser (geringere Grundwasserneubildung) nach sich zieht.

Weiterhin bewirkt die Zunahme der versiegelten Flächen eine Erhöhung der Lufttemperatur und eine Veränderung des Kleinklimas (Schutzgut Klima).

Veränderungen von Biotopen oder die vollständige Beseitigung von Vegetationsbeständen haben immer auch Auswirkungen auf das Vorkommen von Tierarten an einem bestimmten Standort.



### Darstellung des Gefährdungspotenzials betreffend schwerer Unfälle und Katastrophen

Laut des Amtes für Umweltschutz der Hanse- und Universitätsstadt Rostock besteht keine genaue Definition, ab welcher Entfernung eine Störfallanlage Auswirkungen auf den Geltungsbereich wirkt, dies ist abhängig von der jeweiligen Lagerung und Produktion der Gefahrgüter. Jedoch besteht die Annahme, dass wenn sich im Umkreis von 2 km keine Störfallanlage befindet, dass keine Auswirkungen dieser zu erwarten sind.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich im 2 km Umkreis keine Störfallanlage, demnach kann davon ausgegangen werden, dass keine schweren Unfälle oder Katastrophen bezüglich der Störfallanlagen zu erwarten sind.

### Kompensationsmaßnahmen

Die Eingriffe durch die Bebauungsplanung bedingen ein Kompensationserfordernis von 28.062 m<sup>2</sup> Kompensationsflächenäquivalenten (KFAE). Davon werden 8.202 KFAE [m<sup>2</sup>] der Erschließung und 19.860 KFAE [m<sup>2</sup>] den Baugrundstücken zugeordnet. Nach Durchführung von Baumpflanzungen und Begrünungsmaßnahmen innerhalb des Bebauungsplangebietes verbleibt ein Kompensationserfordernis von 16.063 KFAE [m<sup>2</sup>], welcher über das Ökokonto HRO-001 "Carbäk-Renaturierung" kompensiert wird. Vom Defizit werden 1.533 KFAE [m<sup>2</sup>] der Erschließung und 14.530 KFAE [m<sup>2</sup>] den Baugrundstücken zugeordnet.

Mit den vorgenannten Maßnahmen werden die Eingriffe vollständig ausgeglichen.

## **4.4 Referenzliste der genutzten Quellen**

**MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS (2008, Neuauflage 2015):** Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

**HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2001):** Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock – ABl. Nr. 25 HRO vom 12.12.2001.

**HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2007):** Lärmaktionsplan der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Überarbeitete Fassung. Rostock.

**HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2008):** Bodenschutzkonzept der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. 1. Stufe. Rostock/Berlin.

**HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2013):** Integriertes Entwässerungskonzept (INTEK). Bützow/Rostock.

**HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2013):** Landschaftsplan der Hansestadt Rostock, erste Aktualisierung. Rostock.

**MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2012):** Regelwerk Küstenschutz M-V. Rostock

**HANSE- UND UNIVERSITÄTSSTADT ROSTOCK (2014):** Lärmaktionsplan der Hansestadt Rostock. 2. Stufe. Rostock/Berlin. Beschluss durch die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock im Januar 2015.

**MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TOURISMUS (2008/2015):** Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Hansestadt Rostock. Neuauflage 2015

**REGIONALER PLANUNGSVERBAND MITTLERES MECKLENBURG/ROSTOCK (2011)**: Regionales Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock. Rostock

**BAUGB (2004)** – Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), einschließlich der rechtsgültigen Änderungen.

**NATSCHAG M-V (2010)**: Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz M-V) vom 23. Februar 2010 (GVBl. M-V 2010, S. 66), einschließlich der rechtsgültigen Änderungen.

**BNATSCHG (2009)**: Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege vom 29.07.2009 (BGBl. I 2009, 2542), einschließlich der rechtsgültigen Änderungen.

**WASTRA-PLAN INGENIEURGESELLSCHAFT MBH (10/2016)**: Hydrologisches Konzept zur Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens. Erläuterungsbericht. Rostock.

**LAIRM CONSULT GMBH** (03/2017): Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ der Hansestadt Rostock

**H.S.W (12/2016)**: Geotechnischer Bericht und Gründungsempfehlung für das Bauvorhaben: Erschließung B-Plan Nr. 10.W.63 „Wohnen am Werftdreieck“. Erläuterungsbericht. Rostock

**LANDESAMT FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND GEOLOGIE (LUNG)** (2017): Jahresmittelwerte für Luftschadstoffe für die Jahre 2016 und 2017<<https://www.lung.mv-regierung.de/umwelt/luft/trend/jmw17.htm>>, 27.03.2018

**BAUGRUND STRALSUND INGENIEURGESELLSCHAFT MBH FÜR GEO- UND UMWELTECHNIK** (Stand 5.09.2016): Umwelttechnischer Bericht (Erstbewertung Altlastensituation). Rostock

## 5 FLÄCHENBILANZ

Auf der Grundlage vorliegender Planung ergibt sich folgende Flächenbilanz:

Tabelle 44: Flächenbilanz

Gebiet	Flächengröße in m <sup>2</sup>	Anteil an Gesamtfläche in %
Urbanes Gebiet (MU)	36.583	29,20
Kerngebiet (MK)	8.986	6,83
Sonstige Sondergebiete „Parkhaus West/Ost“	5.130	4,09
Abfallflächen	77	0,06
<b>Baugebiete gesamt</b>	<b>50.746</b>	<b>40,51</b>
<b>Gemeinbedarfsfläche „Kita“</b>	<b>2.018</b>	<b>1,61</b>
Straßenverkehrsfläche	34.268	27,36
Verkehrsflächen bes. Zweckbestimmung (Radwege, Fußgängerzonen, Kurzzeitstellplätze), davon	20.552	16,40
Verkehrsberuhigter Bereich	948	0,76
Kurzzeitstellplätze	63	0,05
Radschnellweg befahrbar durch Rettungsfahrzeuge und den öffentlichen Personennahverkehr	804	0,61
Sonstiger Radschnellweg	2.226	1,78
Fußgängerzone 1	13.762	11,00
Fußgängerzone 2	1.723	1,38
Fußgängerzone 3	995	0,79
Bahnanlage (Straßenbahn)	4.197	3,35
<b>Verkehrsflächen gesamt</b>	<b>59.017</b>	<b>47,12</b>
<b>Öffentliche Grünflächen</b>	<b>12.544</b>	<b>9,48</b>
<b>Wasserfläche (Kayenmühlengraben)</b>	<b>9,15</b>	<b>0,73</b>
<b>Gesamtfläche Bebauungsplan</b>	<b>125.244</b>	<b>100,00</b>

## 6 SCHWERPUNKTE DER ABWÄGUNG

Am 25.04.2019 erfolgte im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB eine **Einwohnerversammlung** für den betroffenen Stadtbezirk Innenstadt/KTV.

In dieser Veranstaltung wurde von den Bürgern eine Festsetzung von Wohnangeboten für bestimmte soziale Gruppen z. B. in Form von Sozialwohnungen oder für besondere Wohnbedarfe (§ 9 Abs. 1 Nr. 7 und 8 BauGB) angeregt. Eine entsprechende verbindliche Regelung im Bebauungsplan würde nach Auffassung der Stadt zu mangelnder Flexibilität und Erschwerung des ohnehin sehr anspruchsvollen Stadtentwicklungsprojekts führen. Zudem unterliegt der Vorhabenträger, die WIRO, als städtische Wohnungsgesellschaft ohnehin der Verpflichtung, auch für besondere soziale Gruppen Wohnungsangebote vorzuhalten und wird diesen Auftrag auch im Rahmen des vorliegenden Projektes wahrnehmen.

In den mit Schreiben vom 08. Mai 2018 entsprechend § 4 Abs. 1 BauGB eingeholten Stellungnahmen ergingen eine große Anzahl von Anregungen und Hinweisen zur Planung. Nachfolgend werden die für die Abwägung relevanten Anregungen und Hinweise und deren Berücksichtigung im B-Plan zusammengefasst.

So wurde vom **Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg** auf nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtige Betriebe im weiteren Umfeld des Plangebiets und deren mögliche Relevanz für die Planaufstellung hingewiesen. Deren Überprüfung ergab keinerlei erforderliche Einschränkungen für die Planung.

Vom **Amt für Schule und Sport** wurde darauf hingewiesen, dass mit Blick auf die durch die Umsetzung des B-Plans hinzukommenden Bewohner auch das Spiel- und Sportstättenangebot, gerade was die Einrichtungen für den Vereinssport angeht, zu überprüfen ist. Aufgrund der zur Verfügung stehenden begrenzten Platzverhältnisse und den im Geltungsbereich geplanten schutzbedürftigen Nutzungen ist lediglich die Integration von Spielflächen für die verschiedenen Altersgruppen möglich; die Unterbringung eines ggf. erforderlichen zusätzlichen Sportstättenangebots soll im übrigen Stadtquartier bzw. im Bereich der nördlich angrenzenden gewerblich genutzten Flächen eingeordnet werden.

Vom **Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege** ergingen umfassende Anregungen zur Gestaltung der öffentlichen Grünflächen, speziell auch zur Umgebung des Kayenmühlengrabens, der Straßenräume sowie der Spielplätze für die verschiedenen Altersgruppen. Zudem gab es umfassende Vorschläge zu den Festsetzungen zur Dach- und Fassadenbegrünung, zu den zu verwendenden Baum- und Pflanzenarten und zu den Pflanzqualitäten. Die Anregungen und Hinweise gingen in die Planung mit ein.

Das **Amt für Umweltschutz** gab u. a. Hinweise zu den Anforderungen der Unterhaltung des Kayenmühlengrabens und zur seinerzeit in Erarbeitung befindlichen Schallschutzkonzeption. Zudem wurden Hinweise zur Durchführung der Umweltprüfung und der Erstellung des Umweltberichts gegeben. Die Anregungen und Hinweise gingen in die Planung mit ein.

Vom **Amt für Verkehrsanlagen** gab es umfassende Hinweise zur Berücksichtigung der Ausbauerfordernisse der Verkehrsanlagen in den Festsetzungen sowie zu erforderlichen Ergänzungen in der Begründung hinsichtlich der Darstellung zu den Anforderungen des ruhenden Verkehrs. Die Anregungen und Hinweise gingen in die Planung mit ein.

Vom **Bauamt** erfolgten u. a. Anregungen zur Überprüfung der Höhenfestsetzungen sowie zur Präzisierung der Festsetzungen gerade im Hinblick auf die Anwendbarkeit in späteren Plangenehmigungsverfahren. Weiterhin wurde auf notwendige Aussagen zur Plandurchführung in der Begründung hingewiesen. Die Anregungen und Hinweise flossen in die Planung ein.

Vom **Brandschutz- und Rettungsamt** erfolgten Hinweise insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Löschwasserbereitstellung, zu den Anforderungen an die Befahrbarkeit der internen Erschließung sowie zur Anleitung an Gebäuden. Die Anregungen und Hinweise gingen in die Planung mit ein.

Die **RSAG** regte an, die Buslinie 34 über die Anwohnerstraßen und Wohnwege des neuen Stadtquartiers zur Rückseite der S-Bahnhaltestelle am Holbeinplatz zu führen und im dort geplanten Fußgängerbereich die Endhaltestelle samt Wendeschleife einzuordnen. Die Anregung wurde in der Planung berücksichtigt.

Die **Stadtwerke Rostock AG** und die weiteren Ver- und Entsorgungsträger gaben Hinweise zu den Leitungsbeständen, insbesondere auch zu den das Plangebiet querenden, zu sichernden Hauptleitungstrassen (insbesondere Mischwassersammler) und zu den entsprechenden Anforderungen an deren Erhalt und Wartung. Weiterhin wurde auf die erforderliche Berücksichtigung von Standorten für Transformatoren zum Anschluss an das Stromversorgungsnetz hingewiesen. Die zu erhaltenden Leitungen, insbesondere die Mischwassersammler wurden samt zugehöriger Freihaltekorridore als Geh- Fahr- und Leitungsrechte festgesetzt.

Die seitens der **Telefonica Germany** angeregte Freihaltung des in nordöstlicher Richtung verlaufenden Korridors für deren Mobilfunkstrecke auf einer Breite von beiderseitig 30 m horizontal und beiderseitig 15 m vertikal würde eine erhebliche Einschränkung der Bebauung mit entsprechender Einschränkung der Anzahl der ermöglichten Wohnungen samt zugehöriger wohnungsnaher Infrastruktur bedeuten. Der angeführte übergeordnete beachtliche raumordnerische Belang wird bei diesen Telekommunikationsanlagen nicht gesehen. Die Anregung wird entsprechend nicht aufgegriffen.

Der **Ortsbeirat Stadtmitte / Kröpeliner-Tor-Vorstadt** wies u. a. auf Sicherheitsbelange hinsichtlich der Kreuzungen des geplanten Radschnellwegs mit den Fußgängerbereichen hin. Weiterhin regte er einen Anteil an sozial gefördertem Wohnungsbau, die Festsetzung von Mindestgrößen für die geplanten Spielplätze sowie örtliche Bauvorschriften zur Beschränkung von Werbeanlagen an. Die Festsetzung eines verbindlichen Anteils an Sozialwohnungen erfolgte im Hinblick auf den Erhalt der erforderlichen Flexibilität für die weitere Projektentwicklung nicht; die Hinweise zu Sicherheitsaspekten beim Radschnellweg, zur Regelung von Spielplatzmindestgrößen sowie zur Beschränkung von Werbeanlagen wurden im Rahmen der Planung berücksichtigt.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs nach § 3 Abs. 2 BauGB vom 15.07.2019 bis 23.08.2019 gingen nachfolgende Stellungnahmen ein und wurden in die Abwägung eingestellt.

**Bürger 1** regt im Sinne einer wirtschaftlich tragfähigen Entwicklungsmöglichkeit Änderungen am Baugebiet MK 2b an. So wird die Erweiterung dieses östlichsten Baugebiets zu Lasten der östlich angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche mit Zweckbestimmung „Fußgängerzone / Radschnellweg“ (Platz des 17. Juni) vorgeschlagen. Diese Anregung wird aufgrund der gegebenen Erschließungsfunktion und des beachtlichen, in geringem Abstand östlich davon verlaufenden Freihaltekorridors eines unterirdischen Hauptmischwassersammlers nur begrenzt aufgegriffen; das Baugebiet um ca. 1,5 m erweitert. Die Anregung, das als Kerngebiet festgesetzte MK 2b als urbanes Gebiet festzusetzen, wird in Anbetracht der städtebaulichen Situation einer Innenstadtlage mit Verkehrsknotenpunkt und der entsprechend sich anbietenden Nutzungsarten sowie der im Ergebnis der umfassenden Schallbegutachtung gegebenen sehr hohen Immissionsbelastung, bei der die Schwellenwerte zur Gesundheitsgefährdung mit 73/65 dB(A) erreicht bzw. gar überschritten werden, nicht aufgegriffen. Die angeregte Beschränkung von Einzelhandel bis zum 1. OG einschließlich wird im Sinne des Erhalts möglichst flexibler Nutzungsalternativen nicht aufgegriffen. Die Anregung einer Änderung der bisherigen Baulinien zum Platz des 17. Juni und zur Lübecker Straße hin in Baugrenzen und die Flexibilisierung des Geschossigkeit (außerhalb des Hochhausteils) auf mi-

nimal 1 bis maximal 5 Geschosse, wird in Anbetracht der gegebenen städtebaulichen Situation und der Erfordernis, den Platz- bzw. Straßenraum klar zu fassen, nicht berücksichtigt. Es wird aber im Sinne einer höheren Flexibilität, gleichsam wie bei dem angrenzenden und vergleichbaren Baugebiet MK 2a eine Geschossigkeit zwischen 4 und 6 Geschossen zugelassen. Die vorgeschlagene Erhöhung der zulässigen Geschößzahl von 10 auf 20 Vollgeschosse zuzüglich Staffelgeschoss im höchsten Bereich verlässt den im Ergebnis vorgehendem Wettbewerbsverfahren und Funktionsplanung ermittelten städtebaulich vertretbaren Rahmen. Weiterhin würde eine Verdopplung zu einer weiteren Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Grundflächenzahl (GFZ=3,6, die reguläre Obergrenze nach BauNVO liegt bei 3,0!) mit entsprechenden Auswirkungen auf die angrenzende Bebauung führen, sodass die Anregung nicht aufgegriffen wird. Dem Vorschlag, für das MK 2b auch eine sichel- oder segmentbogenartige Fassadeabwicklung zuzulassen, steht im Widerspruch zum städtebaulichen Gesamtkonzept aus Wettbewerbsverfahren und anschließender Funktionsplanung. Eine Flexibilisierung der Fassadengestaltung erfolgt aber in der Form, dass wie auch in von Lage und Funktion vergleichbaren Baugebieten ein Zurückbleiben der Fassade hinter der Baulinie um ein 1m auf 50 statt 20% der Fassadenlänge statthaft ist. Zudem wird die mit bis zu 10 Geschossen überbaubare Grundstücksfläche an der nordöstlichen Ecke des Baufensters um ca. 8 m nach Süden erweitert, sodass hier in Sachen Gebäudegestaltung, auch was den Hochhausteil betrifft, ein erweiterter Gestaltungsspielraum eingeräumt wird. Der Anregung, Gebäudeauskragungen auch zum Platz des 17. Juni und der Lübecker Straße hin zuzulassen, steht im Widerspruch zum städtebaulichen Gesamtkonzept, würde zudem den ohnehin begrenzten öffentlichen Raum nördlich der Straßenbahngleise noch enger gestalten und wird daher nicht aufgegriffen. Die angeregte uneingeschränkte Zulässigkeit von Stellplätzen und Garagen im gesamten Baugebiet MK 2b widerspricht den erarbeiteten Gestaltungsvorgaben und würde damit diesen städtebaulich wichtigen Bereich in Stadtbild und Aufenthaltsqualität negativ beeinträchtigen. Insbesondere in Anbetracht des moderaten Stellplatzschlüssels der seit 2018 gültigen Stellplatzverordnung der Hanse- und Universitätsstadt ist die Beibehaltung der vorgesehenen Beschränkung der zulässigen Fläche zur Anlage von Stellplätzen auf die nordwestliche Baugebietsfläche möglich. Dabei ist aber eine Ausweitung bis an die rückwärtige Begrenzung der im Baugebiet MK 1 festgesetzten Parkierungsfläche gestalterisch unproblematisch und wird daher eingeräumt. Die angeregte Berücksichtigung von 2 Ein- und Ausfahrten von der Werftstraße kann bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Funktionalität der Verkehrserschließung erfolgen.

**Bürger 2** regt eine Überprüfung der Bilanzierung der Ausgleichsverpflichtungen aus dem Ursprungsplan sowie betreffend der Ersatzpflanzungen für zu fällende Bäume an sowie der entsprechenden zugehörigen Darstellungen im Grünordnungsplan und dessen Textteil. Dem wurde nachgekommen, ebenso dem Hinweis, dass ein Übertrag der verbindlichen Pflanzfläche (15 %) in den Baugebieten MU 1-9 und der Gemeinbedarfsfläche mit Zweckbestimmung „Kita“ erforderlich ist. Der Anregung der verorteten Festsetzung von Standorten für Bänke, Fahrradständer und Schnellladesäulen für die E-Mobilität wird aus Gründen der erforderlichen Flexibilität im Rahmen der nachfolgenden Gebäude- und Freianlagenplanung nicht aufgegriffen, ebenso nicht das Vorschreiben eines verbindlichen Energiestandards, da die Entwicklung in diesem Bereich schnell fortschreitet und der B-Plan voraussichtlich für einen sehr langen Zeitraum rechtskräftig bleibt. Der Anregung einer detaillierteren artenschutzrechtlichen Prüfung einschließlich artenspezifischer Kartierungen gerade hinsichtlich Singvögel und Fledermäusen wird in Anbetracht der erheblichen Vornutzung des Gebiets und der Tatsache, dass keine Gebäude zum akuten Abbruch vorgesehen sind, nicht entsprochen. Es wird zudem angeregt, die Fassadengestaltung, die historische Nutzung und die Gestaltung der angrenzenden gewerblichen Areale aufzunehmen und soweit regelbar, diese mit dem Planungs- und Gestaltungsbeirat der Hansestadt Rostock abzustimmen. Dazu ist anzumerken, dass die Fassadengestaltung Gegenstand der nachfolgenden quartiersbezogenen Wettbewerbe sein wird, welche auf Grundlage der Gestaltungsvorgaben aus dem Funktionsplan durchgeführt werden. Daher erfolgt keine explizite Regelung im Rahmen des B-Plans.

In den entsprechend § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden, zu Planentwurf und Begründung ergingen weitere Anregungen und Hinweise. Diese sind, soweit für die Abwägung von Relevanz, nachfolgend zusammengefasst.

Auf Hinweis des **Amtes für Stadtgrün und Naturschutz** wurden die Zahlen zu Baumerhalt, erforderlichen Fällungen und Neupflanzungen überprüft und in Satzung, Begründung und Erläuterungsbericht einheitlich dargestellt. Daneben ergingen weitere redaktionelle Hinweise zu Formulierungsdetails, zur Plandarstellung, Planzeichenerklärung und zur Begründung des B-Plans, welche berücksichtigt wurden.

Das **Amt für Umweltschutz** weist auf erforderliche ergänzende Detailuntersuchungen zur Altlastensituation, insbesondere westlich der Max-Eyth-Straße hin, sowie in Abhängigkeit vom Ergebnis auf ggf. erforderliche Sanierungs- und Monitoring-Maßnahmen. Inzwischen liegt eine Sanierungsuntersuchung/Vorentwurf Sanierungsplanung (H.s.w., 12.2019) vor, welche auch den angesprochenen Bereich vertiefend begutachtet. Die entsprechend vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen wurden mit dem Fachamt und dem weiterhin zuständigen StALU Mittleres Mecklenburg abgestimmt; die entsprechenden Darstellungen in Begründung und Umweltbericht wurden im Ergebnis der Begutachtung und Abstimmung aktualisiert. Die redaktionellen Hinweise zur Formulierung einiger immissionsrechtlicher Festsetzungen werden aufgegriffen. Im Weiteren werden die gegebenen redaktionellen Hinweise, insbesondere zur Aktualisierung der Ausführungen zum Lärmaktionsplan, zur Darlegung der Vorbelastung durch Gewerbelärm und zur Ergänzung der Monitoring-Maßnahmen im Umweltbericht berücksichtigt.

Das **Amt für Verkehrsanlagen** weist auf die erforderliche Klärung der Passierbarkeit der Lärmschutzwände an den Zuwegungen von der Lübecker Straße aus für Rettungs- und Entsorgungsfahrzeuge sowie für Fußgänger und Radfahrer hin. Die entsprechende textliche Festsetzung wird daher um einen Passus, der erforderliche Öffnungen für o. g. Teilnehmergruppen regelt, ergänzt. Weiterhin wird auf die Platzerfordernisse am südwestlichen Geltungsbereichsrand für den Radschnellweg bzw. die Umweltspur für die Linie 34 und der hier gleichzeitig bestehenden Begehrlichkeiten der Deutschen Bahn AG auf Flächeninanspruchnahme im Rahmen der laufenden Planfeststellung hingewiesen. Daher erfolgte nach Abstimmung mit Fachamt und der RSAG eine Überplanung der dortigen Verkehrsflächen und des Parkhauses mit der Zielstellung, die Ansprüche der o. g. Institutionen zu berücksichtigen. Der Anregung, die Straßenbäume nicht verbindlich festzusetzen, wird nicht aufgegriffen, da diese ein wesentliches und mit allen Ämtern im Vorhinein abgestimmtes Gestaltungselement darstellen. Die redaktionellen Hinweise insbesondere zu Unstimmigkeiten in den nicht normativen Straßenquerschnitten und in der Beschriftung werden aufgenommen.

Die ergänzenden redaktionellen Hinweise des **Brandschutz- und Rettungsamts** werden im Rahmen der Durchführungsrelevanten Hinweise ergänzt.

Seitens des **Eisenbahn-Bundesamts** ergeht die Forderung, dass der in städtischem Eigentum befindliche südwestliche Randstreifen des Plangebiets zur Anlage des geplanten Rangiergleises zur Verfügung gestellt werden soll. Nach Abstimmung mit RSAG, dem Amt für Verkehrsanlagen und der WIRO betreffend deren konkurrierender Anforderungen, erfolgt eine begrenzte Änderung der dortigen Verkehrs- und Parkhausfläche, mit der Zielsetzung, den Belangen v. g. Institutionen gerecht zu werden.

Die **IHK zu Rostock** äußert aus planungsrechtlicher Veranlassung bedenken, dass in einem Teilbereich der als Kerngebiet festgesetzten Fläche der im MK eigentlich baugebietsmitprägende Einzelhandel ausgeschlossen wird. Aufgrund der Tatsache, dass der Einzelhandel im weit überwiegenden Teil des Kerngebiets zulässig ist und zudem gewichtige Gründe (Denkmalschutz) gegen eine generelle Zulassung des Einzelhandels stehen, werden die Bedenken nicht geteilt. Die angeregte geschoßweise Einschränkung der Einzelhandelsnutzung im übrigen MK wird im Sinne der Flexibilität der zukünftigen Entwicklung nicht aufgegriffen.

Das **LUNG M-V** weist auf mögliche Lärmvorsorgeansprüche infolge der Verkehrsneuordnung im Bereich Lübecker Straße hin. Diese wurden in der Schallbegutachtung zum B-Plan bereits thematisiert und werden im Rahmen des anstehenden Planfeststellungsverfahrens zur verkehrlichen Neuordnung des Bereichs Lübecker Straße dann abschließend geklärt. Die redaktionellen Hinweise u. a. zur Aktualisierung der Ausführungen zum Lärmaktionsplan finden Berücksichtigung.

Die **Polizeidirektion Rostock** regt im Rahmen des Umbaus der L21 Lübecker Straße eine Verlängerung der Linksabbiegespuren von der Lübecker Straße in die neue Planstraße A sowie im Bereich des Holbeinplatzes in die Karl-Marx-Straße an, um Rückstaus auf den Geradeausspuren zu vermeiden. Weiterhin wird für die neu geplante Planstraße A in Anbetracht des gleichzeitigen Rückbaus der Max-Eyth-Straße und der bisherigen nördlichen Maßmannstraße eine hinreichende Leistungsfähigkeit angezweifelt. Die dem B-Plan zu Grunde liegende Verkehrsuntersuchung und die Einbeziehung der zuständigen Fachbehörde, dem Amt für Verkehrsanlagen der Hansestadt Rostock, hat ergeben, dass die vorgesehene Länge der Abbiegespuren wie auch die Leistungsfähigkeit der neuen Planstraße A gegeben ist, sodass zu Änderungen an der Verkehrsplanung kein Anlass besteht.

Die **RSAG** bemängelt, dass im ausgelegten B-Planentwurf keine Aussagen über eine ÖPNV-Anbindung durch die Buslinie 34 getroffen wird. Nach den bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung geäußerten Vorstellungen des Verkehrsunternehmens soll diese Anbindung durch das Wohngebiet über die Planstraße E und weiter über den Fußgängerbereich bzw. Radschnellweg an den Knotenpunkt Holbeinplatz angebunden werden. Gegenüber einer Führung über die östliche Werft- und Lübecker Straße werde die Fahrzeit erheblich verkürzt und das ÖPNV-Angebot damit attraktiver gestaltet. Die Führung der Buslinie 34 war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des B-Plan-Entwurfs kein explizites Ziel des Bebauungsplans. Es war die mit dem zuständigen Fachamt abgestimmte Zielsetzung, die Verkehrsräume in einer Dimensionierung festzusetzen, dass eine Buslinie mit kleinen Busfahrzeugtypen sich dem Holbeinplatz annähern kann. In Anbetracht der inzwischen erfolgten Abstimmungen und durchgeführter Prüfung der Planungsalternativen erfolgt eine Berücksichtigung der Anregung in der Weise, dass die zu befahrenden Verkehrsflächen den Anforderungen an eine Befahrung mit einem Linienbus und der Einrichtung eines Wartebereichs entsprechend in der Dimensionierung angepasst werden, ergänzend die Zweckbestimmung „Befahrung mit Linienbus“ erhalten. Durch vorstehende Änderungen an den Verkehrsflächen wird eine Anpassung der Baufläche bzw. der Konzeption für das Parkhaus West und eine Verringerung des Abstands zu den beiden nächstgelegenen Wohngebäuden und der Kita erforderlich. Diese Änderungen sind aber von vertretbaren Auswirkungen, so bleiben die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse erhalten und das geplante Parkdeck ist weiterhin, wenn auch mit größerem Aufwand, realisierbar. Daher wird den vorgetragenen Belangen des ÖPNV der Vorrang eingeräumt.

Seitens des **StALU Mittleres Mecklenburg** ergeht die Anforderung, dass der Bodenschutzbehörde gemäß § 13 Abs. 1 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) zur Konkretisierung zu Art und Umfang der erforderlichen Gefahrenabwehrmaßnahmen ein Sanierungsplan vorzulegen, ggf. erforderliche weiterführende Sanierungsmaßnahmen nach Maßgabe des StALU flächenkonkret mit Klärung der Sanierungspflicht nach § 4 Abs. 3 BBodSchG festzuschreiben und nachfolgend durchzuführen. Es liegt inzwischen der Vorentwurf zum Sanierungsplan (H.s.w., 12.2019) vor; dieser erfüllt nebenstehende Anforderungen und wird vorhabenbegleitend, entsprechend der fortgeschrittenen Erkenntnislage, fortgeschrieben. Das Erfordernis der Durchführung der Sanierungsmaßnahmen ergibt sich bereits aus dem Bodenschutzgesetz. Zur planungsrechtlichen Absicherung einer vorausgehenden Boden- und Grundwassersanierung im Umfeld des Kayenmühlengrabens erfolgt eine entsprechende Festsetzung nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB. Weitergehende Regelungen über das Planungsrecht im B-Plan werden aber aufgrund der beachtlichen Regelungen im Bodenschutzgesetz nicht für erforderlich erachtet. Diese Begründung wurde entsprechend des fortgeschrittenen



Planungs- und Abstimmungsstandes zur Altlastensanierung konkretisiert. Dem Hinweis entsprechend, dass mit der Rostocker Brauerei und der Biogasanlage der Nordwasser GmbH weitere nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtige Betriebe im Umkreis von 1 km vom Plangebiet bestehen, werden diese Betriebe auf mögliche Unverträglichkeiten hinsichtlich der emittierten Luftschadstoffe gegenüber dem Plangebiet betrachtet.

Aufgrund des Hinweises in den Stellungnahmen der **Nordwasser AG** und des **Warnow Wasser- und Abwasserverbands**, dass die an der nördlichen Planstraße A geplanten Baumpflanzungen in engem Abstand zum dort bestehenden Mischwassersammler mit diesem nicht vereinbar sind, werden die Bäume herausgenommen und die entsprechende Ausgleichsanforderung an anderer Stelle ausgeglichen.

Der Anforderung des **Wasser- und Bodenverbands Untere Warnow / Küste**, am Kayenmühlengraben eine beiderseitige Freihaltezone von 7 m zwecks Wartungsarbeiten vorzusehen, wird nicht entsprochen; die gegebene durchgehende Zugänglichkeit von einer Seite samt Befahrbarkeit der Planstraße D ist für die Grabenunterhaltung hinreichend.

## 7 SICHERUNG DER PLANDURCHFÜHRUNG

### 7.1 Bodenordnende Maßnahmen

Das Plangebiet ist, was die weit überwiegende Fläche betrifft, im Eigentum des Vorhabenträgers, welcher über einen städtebaulichen Vertrag maßgeblich an der Standortentwicklung mitwirkt. Die bebauten Bereiche im östlichen Teil des Plangebietes mit den Flurstücken 447/6, (EUFH med.) sowie 427/7, 438/5, 439/4 und 454/3 alle der Flur 1, Flurbezirk IV befinden sich dagegen im Eigentum Dritter.

Für die Herstellung der Erschließungsanlagen im östlichen Teilbereich und zwar des geplanten Fußgängerbereichs sowie des parallel dazu verlaufenden Abschnitts des Radschnellwegs zwischen der Straßenbahntrasse und den Baugebieten MK 2a und 2b ist der Erwerb von Teilflächen der im Eigentum Dritter befindlichen Flurstücke 438/5, 439/4 und 454/3 erforderlich. Weiterhin wird für den geplanten Ausbau der Werftstraße im Bereich nördlich des Baugebiets MK 2b der Erwerb eines Teils der ebenfalls im Eigentum Dritter befindlichen Fläche des Flurstück 427/7 erforderlich.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beabsichtigt, die erforderlichen Teile vorgenannter Flurstücke zu erwerben und steht mit der Eigentümerin in entsprechenden Verhandlungen.

### 7.2 Verträge

Das neue Quartier am Werftdreieck wird federführend vom Vorhabenträger entwickelt. In diesem Rahmen sollen auch wesentliche Teile der Erschließungs- und Grünflächen, welche später an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übergehen sollen, vom Vorhabenträger geplant und realisiert werden. In einem Erschließungsvertrag zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger vom 20. Dezember 2018 wurden dazu die vertraglichen Grundlagen gelegt.

### 7.3 Kosten und Finanzierung

Auf Grundlage bereits vorliegender Fachgutachten und Fachplanungen ergeben sich für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock nachfolgend dargestellte Kosten im Rahmen der Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 10:W.63.1. Dabei sind lediglich die Kosten berücksichtigt, welche nach Erschließungsvertrag ganz oder anteilig von der Stadt zu übernehmen sind.

Neben den Herstellungskosten sind zudem jährliche Folgekosten für Wartung bzw. Bewirtschaftung pauschal ausgewiesen.

**Tabelle 45: Kostenschätzung Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 10 W.63.1**

Pos.	Kostenart	Kosten € netto	Anteil HRO in %	Kosten HRO € netto	Kosten HRO € brutto	jährl. Folgekosten € brutto (1,5 % BBK)
<b>1</b>	<b><u>Straßenbau/Straßenbahn</u></b>					
1.1	Lübecker Str./Pl. d. 17. Juni	3.589.605	100	3.589.605	4.271.630	64.074
1.1.1	Fahrstraße/Radweg	2.914.180				
1.1.2	Fußgängerbereich	675.425				
1.2	Werftstraße	1.377.388	92	1.267.197	1.507.964	22.619
1.2.1	Fahrstraße/Radweg	1.023.160				
1.2.2	Fußgängerbereich	354.228				
1.3	Planstraße A	370.749	100	370.749	441.191	6.618
1.3.1	Fahrstraße/Radweg	292.340				
1.3.2	Fußgängerber. Öst. PS A	78.409				
1.4	Planstraße E	268.220	28	75.102	89.371	4.788
1.4.1	Fahrstraße	204380				
1.4.2	Fußgängerber. östl. Straße	63.840				
1.5	Straßenbahnnumverlegung	1.354.021	100	1.354.021	1.611.285	
	<b>Straßenbau/-bahn gesamt</b>			<b>6.656.674</b>	<b>7.921.442</b>	<b>93.312</b>
<b>2</b>	<b><u>Wasserbau</u></b>					
2.1	Kayenmühlengraben	1.517.800				
	<b>Wasserbau gesamt</b>	<b>1.517.800</b>	<b>14</b>	<b>212.492</b>	<b>252.865</b>	<b>27.093</b>
<b>3</b>	<b><u>Grüngestaltung</u></b>					
3.1	Verkehrsbegleitgrün	42.800	100	42.800	50.932	764
3.2	Bäume Lübecker/ PS A	185.948	100	185.948	221.278	3.319
3.3	Bäume Werftstraße	50.672	92	46.618	55.476	904
3.4	Planstraße E	7.512	28	2.103	2.503	134
	<b>Grüngestaltung gesamt</b>			<b>277.470</b>	<b>330.189</b>	<b>5.122</b>
<b>1-3</b>	<b>gesamt</b>			<b>7.146.635</b>	<b>8.504.496</b>	<b>125.526</b>

Die Kostenschätzung basiert auf den Kostenermittlungen der bereits vorliegenden Fachgutachten bzw. -planungen und zwar

- der Verkehrsuntersuchung von 09/2015 in der Fassung der Fortschreibung von 06/2018,
- des hydrologischen Konzepts zur Wiederherstellung des Kayenmühlengrabens von 09/2016 sowie
- dem Grünordnungsplan zum Bebauungsplan; vorläufige Fassung 04/2020.

Für die im Rahmen der Verkehrsuntersuchung nicht berücksichtigten relevanten Fußgängerbereiche wurde in Anbetracht der hohen gestalterischen Anforderungen ein pauschaler m<sup>2</sup>-Preis von 175 € in Ansatz gebracht.

Sobald fortgeschrittene Stände zur Erschließungsplanung vorliegen, wird vorstehende Kostenschätzung entsprechend fortgeschrieben.

## **8 DURCHFÜHRUNGSRELEVANTE HINWEISE**

### **8.1 A Ergänzende Regelungen zum Lärmschutz in einem städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB**

Ergänzend zu vorliegendem Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 erfolgen in Form eines städtebaulichen Vertrags nach § 11 BauGB ergänzende Festlegungen zu den schallschutztechnischen Anforderungen im Hinblick auf eine stufenweise Realisierung des Bebauungsplans. Dabei erfolgt eine detaillierte Festlegung der Abgrenzung und Reihenfolge der einzelnen Baustufen. Durch vorstehende Regelungen ist für alle Baustufen sicherzustellen, dass durch eine geschlossene Bebauung oder hinsichtlich deren abschirmender Wirkung gleichwertiger Maßnahmen die Verkehrslärmimmissionen auf ein Maß begrenzt werden, dass gesundes Wohnen und Arbeiten möglich ist. Der städtebauliche Vertrag ist vor Satzungsbeschluss des Bebauungsplans abzuschließen und ggf. durch die Bürgerschaft zu billigen. Die Erteilung einer Baugenehmigung für eine Wohnnutzung oder wohnähnliche Nutzung ist erst zulässig, wenn die Regelungen und Maßnahmen gemäß des städtebaulichen Vertrags erfüllt sind. Dies gilt auch für Anlagen für soziale oder gesundheitliche Zwecke, die Schlaf- oder Aufenthaltsräume aufweisen und deren Zweckbestimmung in einer dem Wohnen vergleichbaren Nutzung besteht. Dazu zählen u.a. Kindergärten, Tageseinrichtungen z. B. zur Betreuung von Senioren, Kindern und Jugendlichen sowie ~~und~~ Einrichtungen für die Kleinkindbetreuung.

### **8.2 B (Gebäudebezogener) Denkmalschutz**

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans besteht ein Baudenkmal in Gestalt der ehemaligen Handelsschule, Werftstraße 5, die heutige EUFH med.. Das Baudenkmal "ehemalige Handelsschule" ist nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen worden. Die Beseitigung eines Denkmals und alle Veränderungen am Denkmal und in seiner Umgebung sind gemäß § 7 Abs. 1 DSchG M-V durch die Untere Denkmalschutzbehörde bzw. § 7 Abs. 7 DSchG M-V durch die zuständige Behörde zu genehmigen.

Die Heinkel-Wand an der Lübecker Straße, als Teil einer ehemaligen Industriehalle, wurde Anfang 2018 in Anbetracht akuter Baufälligkeit abgebrochen. Dazu lag eine Abbruchgenehmigung (Aktenzeichen 00272-15) vom 15.05.2017 vor. Eine nachrichtliche Übernahme in den Bebauungsplan ist somit nicht (mehr) notwendig. Die historischen Spuren der Heinkel-Wand und deren Abmessung werden nach aktuellem Planungsstand an dem ehemaligen Standort, durch eine Pflanzung mit Pyramideneichen nachempfunden.

### **8.3 C Bodendenkmale**

Werden bei Bautätigkeiten Bodendenkmale entdeckt, sind die Arbeiten zu unterbrechen und die zuständige Behörde ist zu informieren.

### **8.4 D Schutz von zu erhaltenden Einzelbäumen**

Die nach den Festsetzungen des Bebauungsplans zu erhaltenden Gehölze sind während der Durchführung von Bauarbeiten vor Beeinträchtigungen durch Maßnahmen gemäß DIN 18920 zu schützen. Abgrabungen und Aufschüttungen innerhalb einer um 1,50 m über den Traufbereich hinausgehenden Fläche sind unzulässig.

## 8.5 E Baumschutzsatzung

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans gilt die Baumschutzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 29. November 2001 (Städtischer Anzeiger Nr. 25 vom 12. Dezember 2001) und der gesetzliche Baumschutz gemäß § 18 NatSchAG M-V. Sollten Baumfällungen vorgenommen werden, so sind diese ordnungsgemäß bei der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu beantragen und gemäß § 5 der Baumschutzsatzung bzw. Baumschutzkompensationserlass auszugleichen.

## 8.6 F Spielplatzsatzung

Im Geltungsbereich ist die „Satzung der Hansestadt Rostock für die Größe und Beschaffenheit von Spielflächen für Kleinkinder bis 6 Jahren“ von 2001 anzuwenden. § 2 dieser Satzung wird aber außer Kraft gesetzt (siehe Örtliche Bauvorschrift Nr. 2).

## 8.7 G Grünflächengestaltungssatzung

Im Geltungsbereich ist die Grünflächengestaltungssatzung von 2001 anzuwenden. § 3 Abs. 1 dieser Satzung wird aber außer Kraft gesetzt (siehe Örtliche Bauvorschriften 4).

## 8.8 H Externer Ausgleichsbedarf

Im Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Nr.10.W.63.1 wird ein Bedarf für externe Ausgleichsmaßnahmen von 16.063 KFAE [m<sup>2</sup>] ermittelt. Zum Ausgleich des Eingriffs wird gem. § 1a Abs. 3 BauGB die Abbuchung vom Ökokonto „Renaturierung der Carbak zwischen Riekdahler Weg und Verbindungsweg“ vorgesehen.

Die Umsetzung des externen Ausgleichs ist gesichert.

## 8.9 I Artenschutz / Bauzeitenregelung

Die Baufeldfreimachungen bzw. der Beginn der vorbereitenden Maßnahmen müssen außerhalb der Brutzeit der Fauna erfolgen, d.h. das Baufeld ist in der Zeit vom 1. Oktober bis 28. Februar zu beräumen. Die Baufeldfreimachung im Zeitraum von März bis August kann nur durchgeführt werden, wenn direkt vor Beginn der Arbeiten eine für Vögel sachverständige Person die Baufläche und die angrenzenden Bereiche (Pufferstreifen von 50 m um das Baufeld) auf genutzte Nester untersucht. Das Ergebnis ist zu dokumentieren. Wenn keine genutzten Nester vorhanden sind, kann die Baufeldfreimachung beginnen. Falls genutzte Fortpflanzungs- und Ruhestätten vorhanden sind, muss ein Ausnahmeantrag bei der Unteren Naturschutzbehörde gestellt werden. Dieser Bescheid ist für das weitere Vorgehen bindend.

Baumfällungen sind gemäß § 39 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz nur im Zeitraum vom 01. Oktober bis 28. Februar zulässig.

Die Fällung von potentiellen Höhlenbäumen (Altbäumen mit einem Stammdurchmesser von  $\geq 30$  cm und geeigneter Höhlenbildung) ist außerhalb der Reproduktionszeit (Ende Mai bis Mitte August) und außerhalb der Winterschlafphase von Fledermäusen zu terminieren. Eine Ausnahme vorstehender Bauzeitenbeschränkung ist nur nach erfolgter Begutachtung der Gehölze durch einen anerkannten Fachgutachter und vorheriger Zustimmung der zuständigen Fach- und Aufsichtsbehörde statthaft. Vor Beginn der Fällarbeiten sind die Altbäume fachgutachterlich zu untersuchen. Wenn dabei Fledermausquartiere oder langfristig genutzte Vogelbrutstätten (z.B. von Höhlenbrütern) aufgefunden werden oder sich konkrete Anhaltspunkte für deren Existenz ergeben, ist die zuständige Naturschutzbehörde zu informieren

und deren Stellungnahme für das weitere Vorgehen maßgeblich. Es sind entsprechende Ausgleichsmaßnahmen gemäß der Festsetzung 9.1 durchzuführen.

### **8.10 J Bodenschutz**

Bei den Erd- und Bodenarbeiten ist der kulturfähige Oberboden gesondert abzutragen, separat fachgerecht in Miete zu lagern und nach der Herstellung des Planums unverzüglich auf die geplanten Vegetationsflächen wieder aufzubringen. Dabei sind die einschlägigen Bestimmungen des Bodenschutzes, insbesondere der DIN 18915 zu berücksichtigen.

### **8.11 K Altlasten**

Im Bebauungsplan sind Flächen gekennzeichnet, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind (Altlastenstandorte). Bei Tiefbauarbeiten ist mit schadstoffbelasteten Bodenaushub zu rechnen. Tiefbaumaßnahmen haben aus diesem Grunde baubegleitend durch ein Ingenieurbüro mit Erfahrung bei der Altlastenbearbeitung zu erfolgen. Zu entsorgender Bodenaushub ist chemisch zu analysieren und entsprechend dem Abfallrecht zu verwerten.

Sollten Asbestbelastungen vorgefunden werden, darf die Beseitigung nur durch Fachbetriebe, unter Einhaltung der Forderungen der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) und der technischen Regeln für Gefahrstoffe „Asbest, Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten (TRGS 519), erfolgen. Diese Arbeiten sind dem LAGuS, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Regionalbereich Nord, spätestens 7 Tage vor Beginn der Tätigkeit anzuzeigen.

### **8.12 L Kampfmittelbelastung**

Es wird darauf hingewiesen, dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde grundsätzlich nicht auszuschließen sind. Gemäß § 52 LBauO M-V ist der Bauherr für die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften verantwortlich. Insbesondere wird auf die allgemeinen Pflichten als Bauherr hingewiesen. Gefährdungen für auf der Baustelle arbeitende Personen sind, soweit wie möglich, auszuschließen. Dazu gehört die Pflicht, vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche sind gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK M-V erhältlich. Ein entsprechendes Auskunftersuchen wird rechtzeitig vor Bauausführung empfohlen.

### **8.13 M Befahrbarkeit der Verkehrsflächen durch Ver-, Entsorgungs-, Wartungs- sowie Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge**

Sämtliche Verkehrsflächen, einschließlich jener mit besonderer Zweckbestimmung, sind so anzulegen, dass Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge diese ungehindert fahren können. Dies gilt insbesondere für die Ausführung der Brücke über den Kayenmühlengraben (Planstraße F). Hier sind die Vorschriften und Richtlinien für Straßenbrücken (ZTV-Ing, RIZ-ING, usw.) bindend, da hier Liefer- und Entsorgungsverkehr zugelassen werden soll.

Sämtliche Erschließungsflächen, welche von der Feuerwehr befahren werden müssen, sind gemäß "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" auszuführen. Vorstehendes gilt auch für die Brücke über den Kayenmühlengraben (Planstraße F), welche entsprechend Punkt 1 der Richtlinie auszuführen ist.

Zur Wartung des Kayenmühlengrabens muss eine Befahrung der Planstraße D sowie auch der Planstraße F mit „schwerer Technik“ möglich sein. Das Auf- und Abladen der Technik sowie das Anfahren mit einem Tieflader sind ebenfalls sicher zu stellen.

#### **8.14 N Merkblatt technische Anforderungen Spiel- und Sportgeräte**

Bei der Herstellung der Spielplätze sind die Vorgaben nach dem Merkblatt Technische Anforderungen für *Spiel- und Sportgeräte auf Spielanlagen sowie Spielstationen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock* zu erfüllen.

#### **8.15 O Bereitstellung von Löschwasser**

Laut Stellungnahme des Brandschutz- und Rettungsamts der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 01.03.2017 ist zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt des DVGW W 405 eine Löschwassermenge von **mindestens 96 m³/h über 2 Stunden** bereitzuhalten. Der Nachweis hierzu ist zu erbringen. Rechtzeitig vor Baubeginn (in der Planungsphase) sind mit dem Amt für Verkehrsanlagen und dem Brandschutz- und Rettungsamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock die notwendigen Einzelheiten abzustimmen.

#### **8.16 P Sonstige technische Anforderungen des Bandschutzes**

Schallschutzmaßnahmen wie z. B. vorgesetzte Prallscheiben sind von Rettungsfenstern unzulässig. Fenster, die als Rettungswege nach § 33 Abs. 2 Satz 2 LBauO M-V dienen, müssen in der nach § 37 Abs. 5 LBauO M-V vorgegebenen lichten Größe frei zugänglich / nutzbar sein.

Auf Einhaltung der Anforderungen gemäß der Anlage 7.4/1 der Liste der Technischen Baubestimmung wird hingewiesen.

#### **8.17 Q Stellplatzsatzung**

Im Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplans gilt die Stellplatzsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in der Neufassung vom 15.11.2017.

#### **8.18 R An Starkregenfälle angepasste Bauweise**

Sturzfluten in Folge von Starkregenereignissen nehmen zu. Diese lokal begrenzten Ereignisse können überall auftreten und führen zu Erosionserscheinungen an Hanglagen sowie Aufstau in Ebenen und Senken. Der kurzzeitige Überstau von wenigen Dezimetern kann zu erheblichen Schäden am Bauwerk führen. Zur Vermeidung von Bauwerksschäden wird eine angepasste Bauweise empfohlen.

Um wild abzufließendes Wasser schadlos dem Kayenmühlengraben zuzuführen, sollten Straßen und Grünanlagen als Notwasserwege vorgesehen werden. Entsprechend ist die Geländemodellierung anzupassen. Grünanlagen und Straßen müssen tiefer als die umliegende Bebauung liegen und das Längsgefälle muss zum Vorfluter ausgerichtet sein.

#### **8.19 S Empfehlung von Schadstofffiltern für Lüftungsanlagen entlang der L 22**

Vom Amt für Umweltschutz wird in dessen Stellungnahme vom 20.06.2018 empfohlen, dass Entlang der L 22 (Lübecker Straße) im Falle des Einsatzes von Lüftungsanlagen, diese mit Schadstofffiltern ausgestattet werden sollten.

## 8.20 T Lage im grenznahen Raum

Das Plangebiet befindet sich im grenznahen Raum (S. 14 Abs. 1 ZollVG i. V. m. § 1 Anlage 1C der Verordnung über die Ausdehnung des grenznahen Raumes und die der Grenzaufsicht unterworfenen Gebiete (GrenzAV)). Insoweit wird vom zuständigen Hauptzollamt Stralsund auf das Betretungsrecht im grenznahen Raum gemäß § 14 Abs. 2 ZollVG, welches auch während etwaiger Bauphasen gewährleistet werden muss, hin.

Darüber hinaus kann das Hauptzollamt verlangen, dass Grundstückseigentümer und –besitzer einen Grenzpfad freilassen und an Einfriedungen Durchlässe oder Übergänge einrichten. Das Hauptzollamt kann solche Einrichtungen auch selbst errichten.

## 8.21 U Belange der Bundeswehr

Der Abschnitt der Lübecker Straße im Plangebiet ist Bestandteil des Militärstraßengrundnetzes der Bundesrepublik Deutschland (MSGN). Bei einem geplanten Ausbau/Umbau dieser Straße sind die Forderungen der Richtlinien für Infrastrukturforderungen an Straßen (RIST) und der Richtlinien für die Anlage und den Bau von Straßen für militärische Schwerfahrzeuge (RABS) einzuhalten.

## 8.22 V Einsicht in DIN Vorschriften

Die in den vorstehenden textlichen Festsetzungen der Satzung (Teil B) und in den durchführungsrelevanten Hinweisen genannten DIN-Vorschriften können im Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft zu den Sprechzeiten eingesehen werden.

## 8.23 W Fällersatz und Baumpflanzungen zur Kompensation

Von den in der TF 10.8 enthaltenen Bäumen dienen 64 Bäume dem Fällersatz. Für diesen Teil der grünordnerischen Maßnahme bzw. für die Fällersatzbäume gelten die Fertigstellungs- und Entwicklungspflegezeiten gemäß Merkblatt „Baumpflanzungen des Amtes für Stadtgrün“ (aktualisierte Fassung von 2017). Die 64 Fällersatzbäume sind in der Planstraße B (13 Bäume), Planstraße C (18 Bäume), Planstraße E (3 Bäume) sowie in der Lübecker Straße (30 Bäume) zu verorten. Die restlichen 30 Baumpflanzungen aus TF 10.8, Planstraße A (12 Bäume), Planstraße D (2 Bäume), Werftstraße (16 Bäume) dienen zur Kompensation der Baumpflanzungen des Ursprungs-Bebauungsplanes Nr. 10.MK.63. Hierfür gelten die Fertigstellungs- und Entwicklungspflegezeiten gemäß der Kostenerstattungssatzung der Hansestadt Rostock, bekanntgemacht im Städtischen Anzeiger am 30.12.2009.

## 8.24 X Lärmrobuste städtebauliche Struktur

Die das Gebiet umschließende, den Verkehrswegen zugewandte, weitestgehend geschlossene Bebauungsstruktur einschließlich Lärmschutzwände hat eine wirksame schallabschirmende Funktion für die Nutzungen innerhalb des Gebietes. Diese Funktion ist dauerhaft sicherzustellen.

## 8.25 Y Planfeststellung für den Bereich L22 Lübecker Straße

Für den Bereich der L22 (Lübecker Straße) inklusive Straßenbahntrasse und Nebenanlagen wird ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Die Ergebnisse dieses Verfahrens sind dem Bebauungsplan 10.W.63.1 übergeordnet.

## 8.26 Z Planfeststellung für den Bereich L22 Lübecker Straße

### **Pflanzliste 1 zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern**

#### Bäume (Hochstamm, 3 mal verpflanzt, 16/18 cm Stammumfang, mit Drahtballierung)

<i>Quercus robur</i>	Stiel-Eiche
<i>Quercus petraea</i>	Trauben-Eiche
<i>Sorbus torminalis</i>	Elsbeerbaum
<i>Acer campestre</i>	Feldahorn
<i>Sorbus aria</i>	Echte Mehlbeere
<i>Sorbus intermedia</i>	Schwedische Mehlbeere
<i>Carpinus betulus</i>	Hainbuche
<i>Ulmus Hybride 'Lobel'</i>	Stadt-Ulme
<i>Betula pendula</i>	Hänge-Birke
<i>Tilia cordata</i>	Winter-Linde
<i>Fagus sylvatica</i>	Rotbuche
<i>Salix caprea</i>	Salweide

### **Pflanzliste 3 zum Anpflanzen von Bäumen**

#### Bäume (Hochstamm, 3 mal verpflanzt, 16/18 cm Stammumfang mit Drahtballierung)

<i>Pyrus calleryana</i> „Chanticleer“	Chinesische Wildbirne „Chanticleer“
<i>Prunus avium</i> `Plena`	Gefüllte Vogelkirsche
<i>Ginkgo biloba</i>	Fächerblattbaum
<i>Sorbus intermedia</i>	Schwedische Mehlbeere
<i>Sorbus aria</i> `Magnifica`	Mehlbeere

### **Pflanzliste 4 zum Anpflanzen von rankenden und schlingenden Pflanzen**

#### Ranker und Schlinger (80 - 120 cm, 2 – 3-Liter-Container)

<i>Aristolochia tomentosa</i>	Pfeifenwinde
<i>Lonicera</i>	Geißblatt
<i>Vitis coignetiae</i>	Japanischer Zierwein
<i>Wisteria sinensis</i>	Chinesischer Blauregen

### **Pflanzliste 5 zum Anpflanzen von Sträuchern**

#### Sträucher (mind. 1 x verpflanzte Sträucher, 5 Triebe, 125 – 150 cm)

<i>Cornus mas</i>	Kornelkirsche
<i>Cornus sanguinea</i>	Roter Hartriegel
<i>Corylus avellana</i>	Haselnuss
<i>Crataegus monogyna</i>	Eingriffeliger Weißdorn
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehe
<i>Ribes rubrum</i>	Rote Johannisbeere
<i>Sambucus nigra</i>	Schwarzer Holunder



### **Pflanzliste 6 zum Anpflanzen von Gräsern**

#### Gräser (9 – 11cm Topf)

<i>Briza media</i>	Herz-Zittergras
<i>Calamagrostis x acutiflora</i> 'Karl Foerster'	Garten-Reitgras
<i>Miscanthus oligostachyus</i>	Kleines Chinaschilf
<i>Pennisetum alopecuroides</i> 'Hameln'	Kleines Lampenputzgras

### **Pflanzliste 7 zum Anpflanzen von Stauden**

#### Stauden (9 cm-Topf)

<i>Echinacea purpurea</i> 'Augustkönig'	Purpur Sonnenhut
<i>Lavandula angustifolia</i> 'Dwarf Blue'	Lavendel
<i>Nepeta x faassenii</i> 'Walkers Low'	Katzenminze
<i>Salvia nemorosa</i> 'Mainacht'	Steppen Salbei

### **Pflanzliste 8 zum Anpflanzen von Stauden und Gräsern**

#### Stauden und Gräser (9 cm-Topf)

<i>Lythrum salicaria</i>	Blut-Weiderich
<i>Molinia caerulea</i>	Moor-Pfeifengras

## **9 ANLAGEN**

### **9.1 Anlage 1 - Untersuchungsrahmen B-Plan 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“**

Anlage 1 - Untersuchungsrahmen B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - ist der Begründung nachfolgend angefügt.

**Anlage 1 - Untersuchungsrahmen B-Plan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“**

Festlegung des voraussichtlichen Untersuchungsrahmens entsprechend der Anforderungen des § 2a BauGB (Scoping)

Stand 02.05.18

**Tabelle 45: voraussichtlicher Untersuchungsrahmen**

Umweltbericht nach § 2a BauGB	Vorhandene Unterlagen	Untersuchungsbedarf	Art der Ermittlung; Untersuchungsrahmen	Ansprechpartner/ Gutachter
<b>A)</b> Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des B-Plans, Beschreibung der Festsetzungen mit Angaben über Standorte, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Luftbilder aktuell vorliegender Stand</li> <li>- Realnutzungskartierung auf der Basis der vorliegenden Luftbilder</li> <li>- Strukturkonzept „Rostocker Oval“, Stand 2011</li> <li>- Landschaftsplan HRO, 1. Aktualisierung 2013, beschlossen 2014</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Altlastsituation</li> <li>- Immissionsschutz gegenüber Straßen-, Straßenbahn-, und Eisenbahnverkehr sowie Gewerbe</li> <li>- Berücksichtigung der kommunalen Klimaschutzbelange / beispielhaftes energetisches Bauen</li> <li>- Erholung (bestehende Grünflächen)</li> </ul>	<u>Untersuchungsraum:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Innerhalb der B-Plangrenze, sowie ggf. gesonderte Festlegungen für die Schutzgüter</li> </ul> <u>Untersuchungszeit:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Parallel zum Aufstellungsverfahren</li> </ul> <u>Bewertungsgrundlage</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Ist-Situation: Entspr. UQZK und nach Abstimmung mit 67,</li> <li>- der Auswirkungen: UQZK u. GOP</li> </ul>	61, 67, 73, 82, 83, StALU beauftragtes GOP-Büro: Wagner Planungsgesellschaft, Rostock Schallgutachter: LAIRM Consult GmbH, Bargteheide
<b>B)</b> Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgesetzten Ziele des Umweltschutzes, die für den B-Plan von Bedeutung sind; und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung des B-Plans berücksichtigt wurden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regionales Raumentwicklungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock, Amt für Raumordnung und Landesplanung, 2011</li> <li>- Landschaftsplan HRO, Erste Aktualisierung, Beschluss 2014</li> <li>- Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, LUNG, Neuauflage 2015</li> <li>- Lärmaktionsplan (LAP), 3. Stufe für den Ballungsraum HRO, 2018</li> <li>- UQZK, HRO, Beschluss 2005</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung vorhandener Fachgesetze/Fachpläne</li> </ul>	Gutachterbüro (Wagner Planungsgesellschaft, Rostock), 67, 73
<b>C)</b> Auswirkungen auf:				

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

(a) Tiere und Pflanzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- geschützte Biotope; LUNG, 2015</li> <li>- Baumkataster HRO, fortlaufend aktualisiert</li> <li>- Baumschutzsatzung und Grünflächen-gestaltungssatzung; Hanse- und Uni-versitätsstadt Rostock, 2001</li> <li>- Baumschutzkompensationserlass M-V, 2007</li> <li>- Landschaftsplan HRO, erste Aktualisie-rung, erste Aktualisierung; Beschluss 2014</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Biotoptypenkartierung, M 1:1.000</li> <li>- Erfassung des vorhandenen Baumbestandes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung eines GOP</li> <li>- Auswertung vorhandener Unterla-gen</li> <li>- Ortsbegehungen</li> </ul>	67, beauftragtes GOP-Büro
(b) Fläche	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Biotop-und Nutzungskartierung (10./11. 2016)</li> <li>- Versiegelungskartierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Maß der Flächeninanspruchnah-me/-Versiegelung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung vorhandener Unterla-gen</li> </ul>	73
(c) Boden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geotechnischer Bericht, 1998 (Bau-grund, orientierende Altlastenuntersu-chung für Fläche B-Plan 10.W.63)</li> <li>- Auskunft durch Amt für Umweltschutz, Abt. Wasser und Boden zum Altlasten-kataster vom 30.09.2014</li> <li>- Digitales Bodenschutz- und Altlastenka-taster</li> <li>- Bodentypenkartierung</li> <li>- Versiegelungskartierung</li> <li>- Erstbewertung Altlastensituation; Bau-grund Stralsund, 09.2016</li> <li>- Orientierende Altlastenerkundung; H.S.W. GmbH, 11.2017</li> <li>-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Art und Ausmaß bestehender Bodenbelastungen sowie Ab-schätzung von Handlungserfor-dernissen im Hinblick auf die ge-plante Nutzung (Detailerkundung für Teilbereiche)</li> <li>- Maß der Flächeninanspruchnah-me/-Versiegelung</li> <li>- Beurteilung betroffener Bodenty-pen</li> <li>- Schutz des Oberbodens</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung vorhandener und noch zu erstellender Unterlagen hinsichtlich Bodenbelastungen und hinsichtlich ggf. erforderlicher Sanierungsmaßnahmen, insbe-sondere Vorliegende und noch zu erstellende Baugrundgutachten</li> </ul>	73, Gutachterbüro
(d) Wasser				
Oberflächenwasser	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewässerkataster, Hanse- und Univer-sitätsstadt Rostock 2012</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einfluss auf WRRL-Gewässer Unterwarnow</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung der Unterlagen</li> </ul>	73, StALU, ggf. Gutachter

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bewirtschaftungsplanung Unterwarnow; biota GmbH, 2008</li> <li>- Integriertes Entwässerungskonzept (ITEK) HRO; biota GmbH, 2013</li> <li>- ILEP HRO, 2016</li> <li>- Hydrologisches Konzept Wiederherstellung Kayenmühlengraben; WASTRA-Plan, 09.2016</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Berücksichtigung 50 Meter Gewässerschutzstreifen nach LNatG M-V</li> <li>- Umgang mit anfallendem Regenwasser</li> <li>- Darlegung Funktionalität Kayenmühlengraben</li> </ul>		
Grundwasser	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundwasserkataster, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2012</li> <li>- Hydrologisches Konzept Wiederherstellung Kayenmühlengraben; WASTRA-Gutachterbüro Plan, 09.2016</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aussagen zu Grundwasserdargebot und</li> <li>- Grundwasserbildung und -Belastung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung der Unterlagen</li> <li>-</li> </ul>	73, ggf. Gutachter
Überflutungsgefährdung/ Sturmflut	<ul style="list-style-type: none"> <li>- INTEK HRO, 2013</li> <li>- ILEP HRO, 2016</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Veränderung der Gefahrensituation im Plangebiet in Folge der beabsichtigten Bebauung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung vorhandener Unterlagen</li> </ul>	- StALU MM/R
(e) Luft	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Messstation Holbeinplatz ( ggf. als Referenz Stationen „Am Strande“, Stuthof), LUNG M-V</li> <li>- Verkehrsmengen IGVK</li> <li>- Luftreinhalte-Aktionsplan Rostock, LUNG 2008</li> <li>- Ersteinschätzung zur Luftschadstoffbelastung im Plangebiet; LUNG M-V, 12.2017</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vertiefende Aussagen zur Luftqualität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung der Messwerte und der Verkehrszahlen</li> </ul>	73, LUNG M-V
(f) Klima	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klimafunktionskarte, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2004</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aussagen zum Lokalklima unter besonderer Berücksichtigung der Land-See-Windzirkulation</li> <li>- Aussagen zu Starkwind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung der Unterlagen</li> </ul>	73
(g) Landschaft(sbild)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Landschaftsplan HRO, 1. Aktualisierung 2013, beschlossen 2014</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erfassung der sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungsform der Landschaft/wesensbestimmende Merkmale der Landschaft</li> <li>- Einfluss der Wassernutzung auf</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- GOP</li> <li>- Ermittlung auf Grundlage des Landschaftsplanes und örtlicher Begehungen;</li> </ul>	67, beauftragtes GOP-Büro

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

		<ul style="list-style-type: none"> <li>das Landschaftserleben</li> <li>- Gestaltungserfordernisse</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbale Beschreibung</li> <li>- Fotodokumentation</li> </ul>	
(h) biologische Vielfalt	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Biotoptypenkartierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Angaben zu Biotoptypen und ihre Bedeutung für den Landschaftshaushalt und für Arten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- GOP</li> <li>- Auswertung vorhandener Unterlagen</li> <li>- Artenschutzrechtliche Prüfung</li> </ul>	67, beauftragtes GOP-Büro
(i) menschliche Gesundheit und Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Emissions- und Immissionskataster HRO</li> <li>- Lärmaktionsplan HRO, 1. Stufe; SUV, 08.2008</li> <li>- Lärmkartierung 2. Stufe, 2012</li> <li>- Lärmaktionsplan HRO, 2. Stufe; LK Argus GmbH, 08.2014</li> <li>- Schalltechnische Untersuchung zum Funktionsplan „Wohnen am Werftdreieck“, LAIRM Consult GmbH, 09.2017</li> <li>- Verkehrsangaben aus dem IGVK</li> <li>- Spielplatzkonzept der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (1. Fortschreibung 2016)</li> <li>- Landschaftsplan HRO, erste Aktualisierung 2013; Beschluss 2014</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Darstellung der Ist-Situation (u. a. Lärm und Luftqualität)</li> <li>- Ermittlung von Lärmauswirkung auf Nutzungen und Empfehlungen für Festsetzungen</li> <li>- Beeinflussung der Lufthygiene innerhalb des B-Plangebietes und daran angrenzend</li> <li>- Bedarf an naturgebundenen und siedlungsbezogenen Erholungs-, Freizeitnutzungen und Spielplätzen, Wegebeziehungen, Grünverbindungen, insbesondere Bedeutung der Warnownähe für die Erholung</li> <li>- Präzisierung der Grüngestaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung schalltechnische Untersuchung</li> <li>- Auswertung sonstige vorhandene Unterlagen</li> <li>- GOP</li> </ul>	73, 67, beauftragtes Akustik- und beauftragtes GOP-Büro
(j) Kultur- und Sachgüter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Denkmalliste, archäologische Fundkartierung, Krausesche Fundchronik, Bodendenkmalliste</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorkommen archäologischer Funde oder von Denkmalen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung sonstige vorhandene Unterlagen</li> </ul>	41, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege
(k) Wechselwirkungen		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermittlung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- verbal argumentativ</li> </ul>	73, 61, 66, 67, ggf. weitere Ämter
<b>D)</b> Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des BNatSchG		<ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Keine derartigen Gebiete im Plangebiet vorhanden</i></li> </ul>		

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

<b>E)</b> Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abfallsatzung HRO, 2015</li> <li>- WWAV-Fachsatzung (Abwasser)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anforderungen Abfall-/ Abwasserentsorgung</li> <li>- Standort für Wertstoffsammelbehälter</li> <li>- Mindestfahrbreiten und Wendemöglichkeit für Müllfahrzeuge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abstimmung</li> </ul>	73
<b>F)</b> Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie/Anpassung an den Klimawandel	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wärmeschutzsatzung</li> <li>- Fernwärmesatzung HRO, 26.04.2017</li> <li>- Karte der Fernwärmevorranggebiete</li> <li>- „Der Energetische Kompass“ (Energetisches Gesamtkonzept für das Vorhaben Werftdreieck); Timo Leukefeld, Freiberg, 08.2015</li> <li>- Quartiersbezogenes Energiekonzept (in Arbeit)</li> <li>- Masterplan 100% Klimaschutz HRO, 2014</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einsatzmöglichkeit erneuerbarer Energienutzung</li> <li>- Wärmedämmung, Kühlung / Beschattung; Energiestandards</li> <li>- Starkwind</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auswertung vorhandener Unterlagen</li> <li>- Abstimmung</li> </ul>	73
<b>G)</b> Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklungskonzeption des Landschaftsplans HRO, 1. Aktualisierung 2013, beschlossen 2014</li> <li>- Lärmaktionsplan HRO, 1. Stufe; SUV, 08.2008</li> <li>- Lärmaktionsplan HRO, 2. Stufe; LK Argus GmbH, 08.2014</li> <li>- Luftreinhalte- und Aktionsplan HRO; LUNG M-V, 10.2008</li> <li>- Integriertes Entwässerungskonzept (ITEK) HRO; biota GmbH, 2013</li> <li>- Spielplatzkonzept der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (1. Fortschreibung 2016)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Präzisierung der Entwicklungskonzeption</li> <li>- Präzisierung der Grüngestaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Rahmen des GOP</li> </ul>	67, beauftragtes GOP-Büro 73

*Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung*

<b>H)</b> Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgesetzten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Messstation Holbeinplatz ( ggf. als Referenz Stationen „Am Strande“, Stuthof), LUNG M-V</li> <li>- Verkehrsmengen IGVK</li> <li>- Ersteinschätzung zur Luftschadstoffbelastung im Plangebiet; LUNG M-V, 12.2017</li> </ul>	- Vertiefende Aussagen zur Luftqualität	- Auswertung der Messwerte und der Verkehrszahlen	73, LUNG M-V
<b>I)</b> Auswirkungen auf die Schutzgüter, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind	- Vorentwurf B-Plan Nr. 10.W. 63.1	- Gegenwärtiges Vorhaben mit Anfälligkeit für schwere Unfälle und Katastrophen im Geltungsbe- reich ist auszuschließen (da WA, MU, MK sowie SO Parkhaus)	- verbal argumentativ	73
<b>J)</b> Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden; Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung, Begrenzung der Bodenversiegelung auf das notwendige Maß	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Flächennutzungskartierung (Nutzungsart, Versiegelungsgrad), HRO, 2014</li> <li>- Variantenvergleich des 1. 2. Preises sowie der 2 Anerkennungen des Wettbewerbes zum Werftdreieck</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bewertung der geplanten Nutzung und Flächeninanspruchnahme</li> <li>- Möglichkeit der Versieglungsminimierung</li> </ul>	- Auswertung vorhandener Unterlagen, verbal argumentativ	73
<b>K)</b> Vermeidung und Ausgleich / Eingriffsregelung nach BNatSchG	- Ausgleichsflächenkataster, Hanse- und Universitätsstadt Rostock, 2012	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eingriffsregelung entsprechend der Hinweise zur Eingriffsregelung M-V von 1999/Heft 3</li> <li>- Eingriffsbilanzierung, getrennte Ermittlung für öffentliche Verkehrserschließung/Grünflächen und private Bauflächen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Festlegung von Vermeidungs-, Minimierungs-, Schutz-, Ausgleichs-, Ersatz- und Gestaltungsmaßnahmen (GOP)</li> <li>- Bewertung der Ausgleichbarkeit des Vorhabens (GOP)</li> </ul>	67, beauftragtes GOP-Büro
<b>L)</b> a) Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Flächennutzungsplan HRO, 2009</li> <li>- Entwicklungskonzeption des Landschaftsplans; Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2013, Beschluss 2014</li> <li>- Landschaftsplan HRO, erste Aktualisierung, erste Aktualisierung 2013; Beschluss 2014</li> </ul>	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorangegangenen Beschreibungen	- verbal argumentativ	73



Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

b) Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung, unter anderem infolge:				
aa) des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben (soweit relevante Abrissarbeiten)	- Aussagen aus den Fachgutachten und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen infolge des Baus und des Betriebes der geplanten Vorhaben	- verbal argumentativ	73
bb) der Nutzung natürlicher Ressourcen, insb. Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt	- Aussagen aus den Fachgutachten und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorgegangenen Beschreibungen, insb. Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Flächen, Boden, Wasser, biologische Vielfalt (siehe Pkt. C (a) – (c), (g))	- verbal argumentativ	67, 73, beauftragtes GOP-Büro
cc) der Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie Verursachung von Belästigungen	- Aussagen aus den Fachgutachten und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorangegangenen Beschreibungen, insb. Auswirkungen auf den Menschen (siehe Pkt. C (h))	- verbal argumentativ	73
dd) der Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung	- Aussagen aus dem Fachgutachten und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorangegangenen Beschreibungen (siehe Pkt. E)	- verbal argumentativ	73
ee) der Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (z. B. durch Unfälle und Katastrophen)	- Liste der Störanfallbetriebe in Rostock, StALU MM/HRO, 2016 - Vorentwurf B-Plan Nr. 10.W. 63.1	- Überprüfung Abstand zu vorhandenen Störanfallbetrieben in Rostock und Umgebung sowie Einschätzung des durch die Planung induzierten Störfallrisikos (Zulässigkeit von Störanfallbetrieben)	- verbal argumentativ	73, StALU
ff) der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete	- Flächennutzungsplan HRO, 2009	- Überprüfung Vorhandensein benachbarter Plangebiete/ Planungen und ggf. Abschätzung kumulierender Wirkungen	- verbal argumentativ	61, 73

Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Bebauungsplan Nr. 10.W.63.1 „Wohnen am Werftdreieck“ - Begründung Satzungsfassung

gg) der Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (z.B. Art und Ausmaß CO <sub>2</sub> -Emissionen); Anfälligkeit gegenüber Folgen des Klimawandels	- Aussagen aus den Fachgutachten und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorangegangenen Beschreibungen, insbesondere Beschreibungen zur Nutzung erneuerbarer Energien und Auswirkungen durch Klimawandel (siehe Pkt. F und C (c))	- verbal argumentativ	73
hh) der eingesetzten Techniken und Stoffe	- Aussagen aus den Fachgutachten und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorangegangenen Beschreibungen, insbesondere betriebsbedingte Auswirkungen (u. a. Lagerung/ Einsatz umweltgefährdender Stoffe)	- verbal argumentativ	73
<b>M)</b> Beschreibung von Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen sowie ggf. von Überwachungsmaßnahmen	- Aussagen aus den Fachgutachten (u. a. GOP, Schallgutachten) und mittels UQZK	- Bewertung der Umweltauswirkungen aus den vorangegangenen Beschreibungen und ggf. Ableitung von Vermeidungs-, Verhinderungs- und Verringerungsmaßnahmen sowie ggf. von Überwachungsmaßnahmen	- verbal argumentativ	67, 73, beauftragtes GOP-Büro sowie beauftragtes Büro für das Schallgutachten
<b>N)</b> wichtigste geprüfte anderweitigen Lösungsmöglichkeiten und Angabe der wesentlichen Auswahlgründe im Hinblick auf die Umwelt	- Eingereichte Beiträge städtebaulich-landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb, 03.2017  - Funktionsplan zum B-Plan; Atelier Wimmer, 07.2017	- Mögliche Varianten zur Baustruktur im Hinblick auf die Immissionschutzanforderungen  - großflächiger Einzelhandel (bishe- riges Planungsrecht)		73, 61, 66, 67, ggf. weitere Ämter
<b>O)</b> technische Verfahren bei der Umweltprüfung	- Kartierungen im Rahmen des GOP, Hinweise zur Eingriffsregelung M-V von 1999/Heft 3  - Berechnungen im Zuge der schalltechnischen Untersuchung  - vereinfachte ökologische Risikoeinschätzung (dreistufig; GIS- Bewertung der Umweltauswirkungen überwiegend auf der Basis vorhandener Daten);			73 mit allen Partnern

Bezeichnungen: 73 - Amt für Umweltschutz, 67 - Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege, 66 –Amt für Verkehrsanlagen, 61 - Amt für Stadtplanung, 82 - Amt für Kultur und Denkmalpflege

Abkürzungen: GOP - Grünordnungsplan; UQZK - Umweltqualitätszielkonzept; StALU - Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt; HRO - Hanse- und Universitätsstadt Rostock; KGA - Kleingartenanlage; LUNG - Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie; IGVK - Integriertes Gesamtverkehrskonzept5

**TEIL A: PLANZEICHNUNG** M 1:1000

KARTENGRUNDLAGE:  
KOMPLEXE BEWÜHNUNGSFORMEN M 1:800 (STAND 1988)  
STADTBAUPLAN ROSTOCK  
KARTENSTÄBCHEN M 1:1000 - 12.06.1999

The plan shows a large triangular plot bounded by Lobecker Strasse to the south and Hofstrasse to the east. The plot contains several buildings labeled I through X, along with various courtyards (e.g., VI, VII, VIII, IX, X). Green areas represent landscaping or gardens. Yellow hatched areas indicate specific zones or boundaries. The drawing includes a north arrow and a scale bar.

## 9.3 Anlage 3 - Strategie urbanes Gebiet





#### 9.4 Anlage 4 – Planungsbereich für Planfeststellung entlang der Lübecker Straße (weiße Linie)







Grünanlage

Verkehrsanlage

öffentliche Erschließungsanlagen:

Erschließungsvertragsgebiet

Flur 1, Flurbzirk IV  
Flurstücke: 370/11, 370/12, 418/3, 419/1,  
420/1, 421/2, 421/4, 421/5, 421/6, 422/1,  
423/1, 424, 425/1, 426/1, 427/7, 427/8 (lhw),  
437/15, 437/37/9, 437/38/1, 438/3, 438/4,  
438/5, 439/3, 439/4, 447/6, 447/7, 447/8,  
447/10, 447/13, 447/14, 447/15, 447/16,  
447/17, 447/18, 447/19, 447/20, 454/1,  
454/3, 454/4 (lhw).



Gemeinschaftsbedarf	KTA
GRZ 0.3	
GRZ 0.8	

Flur C: von den öffentlichen Erschließungsanlagen (KTA) abgegrenzt (lhw)

SO	GRZ 0.8	GRZ 0.5
GRZ 0.4	GRZ 0.3	GRZ 0.2

MU 1	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 2	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 3	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 7	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 8	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 2a	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 2b	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 1	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

SO	GRZ 0.8	GRZ 0.5
GRZ 0.4	GRZ 0.3	GRZ 0.2

MU 4	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 5	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 6	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

MU 2	GRZ 0.4	GRZ 0.3
GRZ 0.2	GRZ 0.1	GRZ 0.0

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen  Federführendes Amt: Eigenbetrieb KOE	Beteiligt: Zentrale Steuerung Rechnungsprüfungsamt Kämmereiamt Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung	
<b>Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ für das Wirtschaftsjahr 2019</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2020	Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung	Empfehlung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Jahresabschluss 2019 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ wird festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von EUR 2.539.168,44 wird, soweit dieser auf das Geschäftsfeld HRO entfällt, in Höhe von EUR 1.643.265,00 an die Hansestadt Rostock abgeführt und soweit dieser auf das Geschäftsfeld Fremde Dritte entfällt in Höhe von EUR 895.903,44 in die Rücklagen eingestellt.
3. Die Entlastung der Betriebsleiterin des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ für das Geschäftsjahr 2019 wird erteilt.

**Beschlussvorschriften:**

§ 6 Abs. 2 Nr. 3 EigVO M-V

**Sachverhalt:**

Der Jahresabschluss 2019 wurde durch den „Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ aufgestellt. Die Jahresabschlussprüfung führte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly GmbH & Co. KG in den Monaten April-Mai 2020 durch. Unter dem Datum vom 12. Mai 2020 erteilten die zuständigen Wirtschaftsprüfer einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Eigenbetrieb schließt das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis ab. Der Jahresgewinn beträgt TEUR 2.539.

Im Geschäftsjahr erzielte der Eigenbetrieb Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 49.479.

Dies entspricht einem Anstieg in Höhe von TEUR 2.286 im Vergleich zum Vorjahr. Die Mehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus einem Verkaufserlös und zum Teil aus höheren Mieteinnahmen.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen und wesentliche Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 33.518 umgesetzt. Beispielhaft sind hier die Sanierung und Erweiterung der Grundschule Heinrich Heine, die Generalsanierung des Förderzentrums Küstenschule und die Sanierung der Kita Haus „Blütenmeer“ zu nennen.

Der durchschnittliche Personalbestand beträgt unverändert zum Vorjahr 68 Beschäftigte.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Auswirkungen auf den Kernhaushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe der Ausschüttung wie im Entscheidungsvorschlag unter Punkt 2 beschrieben.

Claus Ruhe Madsen

### **Anlagen**

1	KOE_Testat 2019_digital	öffentlich
---	-------------------------	------------







# **Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und  
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019**

mit  
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

**Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung  
der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock**

**Bilanz zum 31. Dezember 2019**

	31.12.2019	31.12.2018		31.12.2019	31.12.2018
	EUR	EUR		EUR	EUR
<b><u>AKTIVA</u></b>			<b><u>PASSIVA</u></b>		
<b><u>A. ANLAGEVERMÖGEN</u></b>			<b><u>A. EIGENKAPITAL</u></b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		92.926,00	I. Stammkapital	1.125.000,00	1.125.000,00
II. Sachanlagen			II. Allgemeine Rücklagen	240.822.191,32	238.394.486,26
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit			III. Jahresüberschuss	2.539.168,44	2.427.705,06
Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	415.790.054,94	399.256.772,08		244.486.359,76	241.947.191,32
2. Technische Anlagen und Maschinen	71.493,00	94.625,00			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.883.568,00	10.498.076,00	<b><u>B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE</u></b>	115.064.919,71	105.456.464,43
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21.598.508,64	25.145.999,46			
	448.343.624,58	434.995.472,54	<b><u>C. RÜCKSTELLUNGEN</u></b>		
	448.436.550,58	435.053.895,54	1. Steuerrückstellungen	14.055,00	15.925,00
			2. Sonstige Rückstellungen	2.938.217,98	3.108.051,19
<b><u>B. UMLAUFVERMÖGEN</u></b>				2.952.272,98	3.123.976,19
I. Vorräte			<b><u>D. VERBINDLICHKEITEN</u></b>		
1. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	6.452.676,59	6.948.214,29	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97.773.491,04	102.891.689,34
2. Noch nicht abgerechnete Betriebskosten	18.052.609,44	16.758.431,03	2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	799.300,26	1.721.151,02
3. Andere Vorräte	60.103,14	110.825,91	3. Erhaltene Anzahlungen	18.219.152,11	17.451.771,57
	24.565.389,17	23.817.471,23	4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.205.137,97	4.543.349,49
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			5. Verbindlichkeiten gegenüber der Hanse- und		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	112.824,57	96.367,62	Universitätsstadt Rostock	362.839,66	54.864,44
2. Forderungen gegen die Hanse- und			6. Sonstige Verbindlichkeiten	966.203,33	1.053.959,76
Universitätsstadt Rostock	526.937,03	2.084.555,17		122.326.124,37	127.716.785,62
3. Sonstige Vermögensgegenstände	6.485.721,36	8.863.323,56	<b><u>E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</u></b>	1.282.258,73	386.981,53
	7.125.482,96	11.044.246,35			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.460.744,17	8.203.690,43			
	37.151.616,30	43.065.408,01			
<b><u>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</u></b>	523.768,67	512.095,54			
	486.111.935,55	478.631.399,09		486.111.935,55	478.631.399,09
<b>Treuhandvermögen</b>	1.142.176,81	1.050.261,35	<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	1.142.176,81	1.050.261,35

Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der  
Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktivseite

	31.12.2019			31.12.2018		
	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	92.926,00	65.048,20	27.877,80	58.423,00	40.896,10	17.526,90
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten auf eigenen Grundstücken u.grundstücksgleiche Rechte	415.790.054,94	256.734.286,30	159.055.768,64	399.256.772,08	238.481.823,91	160.774.948,17
2. Technische Anlagen und Maschinen	71.493,00	71.493,00	0,00	94.625,00	92.942,00	1.683,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.883.568,00	9.702.059,20	1.181.508,80	10.498.076,00	9.020.470,01	1.477.605,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21.598.508,64	14.549.258,26	7.049.250,38	25.145.999,46	20.423.076,38	4.722.923,08
	448.343.624,58	281.057.096,76	167.286.527,82	434.995.472,54	268.018.312,30	166.977.160,24
	<b>448.436.550,58</b>	<b>281.122.144,96</b>	<b>167.314.405,62</b>	<b>435.053.895,54</b>	<b>268.059.208,40</b>	<b>166.994.687,14</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>						
I. Vorräte						
1. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	6.452.676,59	0,00	6.452.676,59	6.948.214,29	0,00	6.948.214,29
2. Noch nicht abgerechnete Betriebskosten	18.052.609,44	14.215.793,16	3.836.816,28	16.758.431,03	13.160.497,24	3.597.933,79
3. Andere Vorräte	60.103,14	1.096,65	59.006,49	110.825,91	1.154,81	109.671,10
	24.565.389,17	14.216.889,81	10.348.499,36	23.817.471,23	13.161.652,05	10.655.819,18
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	112.824,57	6.744,33	106.080,24	96.367,62	30.875,98	65.491,64
2. Forderungen gegen die Hanse- und Universitätsstadt Rostock	526.937,03	365.563,52	161.373,51	2.084.555,17	1.636.227,89	448.327,28
3. Sonstige Vermögensgegenstände	6.485.721,36	3.900.403,98	2.585.317,38	8.863.323,56	7.085.207,96	1.778.115,60
	7.125.482,96	4.272.711,83	2.852.771,13	11.044.246,35	8.752.311,83	2.291.934,52
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.460.744,17	4.934.644,86	526.099,31	8.203.690,43	5.615.715,78	2.587.974,65
	<b>37.151.616,30</b>	<b>23.424.246,50</b>	<b>13.727.369,80</b>	<b>43.065.408,01</b>	<b>27.529.679,66</b>	<b>15.535.728,35</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	523.768,67	<b>23.673,58</b>	<b>500.095,09</b>	512.095,54	<b>310.632,70</b>	<b>201.462,84</b>
	<b>486.111.935,55</b>	<b>304.570.065,04</b>	<b>181.541.870,51</b>	<b>478.631.399,09</b>	<b>295.899.520,76</b>	<b>182.731.878,33</b>
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>1.142.605,81</b>			<b>1.050.261,35</b>		

## Passivseite

	31.12.2019			31.12.2018		
	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Eigenkapital</b>						
I. Stammkapital	1.125.000,00	209.587,50	915.412,50	1.125.000,00	209.587,50	915.412,50
II. Allgemeine Rücklage	240.822.191,32	138.432.914,14	102.389.277,18	238.394.486,26	136.949.661,47	101.444.824,79
III. Bilanzgewinn/-verlust	2.539.168,44	1.643.265,00	895.903,44	2.427.705,06	1.483.252,67	944.452,39
IV. Ausgleichsposten	0,00	2.421.170,67	-2.421.170,67	0,00	2.108.488,62	-2.108.488,62
	<b>244.486.359,76</b>	<b>142.706.937,31</b>	<b>101.779.422,45</b>	<b>241.947.191,32</b>	<b>140.750.990,26</b>	<b>101.196.201,06</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	<b>115.064.919,71</b>	<b>77.069.748,11</b>	<b>37.995.171,60</b>	<b>105.456.464,43</b>	<b>67.888.433,25</b>	<b>37.568.031,18</b>
<b>C. Rückstellungen</b>						
1. Steuerrückstellungen	14.055,00	0,00	14.055,00	15.925,00	0,00	15.925,00
2. Sonstige Rückstellungen	2.938.217,98	1.393.549,60	1.544.668,38	3.108.051,19	1.965.825,47	1.142.225,72
	<b>2.952.272,98</b>	<b>1.393.549,60</b>	<b>1.558.723,38</b>	<b>3.123.976,19</b>	<b>1.965.825,47</b>	<b>1.158.150,72</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97.773.491,04	63.655.516,18	34.117.974,86	102.891.689,34	66.146.278,14	36.745.411,20
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	799.300,26	799.300,26	0,00	1.721.151,02	1.721.151,02	0,00
3. Erhaltene Anzahlungen	18.219.152,11	14.385.781,51	3.833.370,60	17.451.771,57	13.685.069,83	3.766.701,74
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.205.137,97	3.198.015,01	1.007.122,96	4.543.349,49	3.555.704,42	987.645,07
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	362.839,66	198.591,14	164.248,52	54.864,44	24.226,12	30.638,32
6. Sonstige Verbindlichkeiten	966.203,33	266.739,50	699.463,83	1.053.959,76	156.958,14	897.001,62
	<b>122.326.124,37</b>	<b>82.503.943,60</b>	<b>39.822.180,77</b>	<b>127.716.785,62</b>	<b>85.289.387,67</b>	<b>42.427.397,95</b>
<b>E. passiver Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.282.258,73</b>	<b>895.886,42</b>	<b>386.372,31</b>	<b>386.981,53</b>	<b>4.884,11</b>	<b>382.097,42</b>
	<b>486.111.935,55</b>	<b>304.570.065,04</b>	<b>181.541.870,51</b>	<b>478.631.399,09</b>	<b>295.899.520,76</b>	<b>182.731.878,33</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>1.142.605,81</b>			<b>1.050.261,35</b>		

**Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung  
der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock**

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für das Geschäftsjahr 2019**

	2019	2018
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	49.478.951,15	47.192.805,06
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen und Verkaufsgrundstücken		
a) aus der Veränderung der nicht abgerechneten Betriebskosten	1.294.178,41	-94.106,59
b) aus dem Abgang von Verkaufsgrundstücken (des Umlaufvermögens)	-349.075,20	-184.232,65
c) aus dem Abgang von Waren	-2.343,64	0,00
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	428.038,00	423.688,97
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.210.427,81	2.139.601,17
	<u>52.060.176,53</u>	<u>49.477.755,96</u>
5. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-18.411.168,86	-17.318.565,76
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.810.899,14	-3.638.789,85
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersver- sorgung und für Unterstützung	-874.239,25	-839.075,10
- davon für Altersversorgung:		
EUR 134.002,18 (Vorjahr: EUR 131.664,13)	<u>-4.685.138,39</u>	<u>-4.477.864,95</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-19.317.561,04	-16.321.134,71
8. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	5.122.080,70	4.271.808,68
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.936.748,40	-11.807.563,78
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	84,99	29,35
- davon Abzinsung von Rückstellungen:		
EUR 81,07 (Vorjahr: EUR 0,81)		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.145.968,49	-1.322.063,45
- davon Aufzinsung von Rückstellungen:		
EUR 16.088,83 (Vorjahr: EUR 23.288,64)		
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-33.857,04</u>	<u>-33.857,04</u>
13. Ergebnis nach Steuern	2.651.900,00	2.468.544,30
14. Sonstige Steuern	<u>-112.731,56</u>	<u>-40.839,24</u>
<b>15. Jahresüberschuss</b>	<u>2.539.168,44</u>	<u>2.427.705,06</u>

**Aufgliederung der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 in Geschäftsfelder**

2

	2019			2018		
	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	49.478.951,15	34.532.421,67	14.946.529,48	47.192.805,06	34.153.720,85	13.039.084,21
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen und Verkaufsgrundstücken	942.759,57	1.053.883,20	-111.123,63	-278.339,24	287.269,93	-565.609,17
a) aus der Veränderung der nicht abgerechneten Betriebskosten	1.294.178,41	1.053.883,20	240.295,21	-94.106,59	287.269,93	-381.376,52
b) aus dem Abgang von Verkaufsgrundstücken(des Umlaufvermögens)	-351.418,84	0,00	-351.418,84	-184.232,65		-184.232,65
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	428.038,00	273.655,00	154.383,00	423.688,97	323.616,86	100.072,11
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.210.427,81	778.517,95	431.909,86	2.139.601,17	1.304.183,31	835.417,86
5. Materialaufwand						
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	18.411.168,86	14.700.271,82	3.710.897,04	17.318.565,76	13.662.985,98	3.655.579,78
6. Personalaufwand	4.685.138,39	3.279.488,67	1.405.649,72	4.477.864,95	3.134.505,47	1.343.359,48
a) Löhne und Gehälter	3.810.899,14	2.667.629,40	1.143.269,74	3.638.789,85	2.547.152,90	1.091.636,95
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (davon für Altersversorgung EUR 134.002,18; Vorjahr EUR 131.664,13)	874.239,25	611.859,27	262.379,98	839.075,10	587.352,57	251.722,53
	<b>28.963.869,28</b>	<b>18.658.717,33</b>	<b>10.305.151,95</b>	<b>27.681.325,25</b>	<b>19.271.299,50</b>	<b>8.410.025,75</b>
7. Abschreibungen	19.317.561,04	11.097.360,60	8.220.200,44	16.321.134,71	10.542.610,18	5.778.524,53
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.271.486,24	11.097.360,60	8.174.125,64	16.321.134,71	10.542.610,18	5.778.524,53
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	46.074,80	0,00	46.074,80			
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4 - 6 EigVO	5.122.080,70	2.613.849,87	2.508.230,83	4.271.808,68	2.322.959,76	1.948.848,92
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.936.748,40	7.671.231,37	3.265.517,03	11.807.563,78	8.574.250,62	3.233.313,16
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon Abzinsung von Rückstellungen EUR 81,07; Vorjahr EUR 0,81)	84,99	56,75	28,24	29,35	0,57	28,78
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufzinsung von Rückstellungen EUR 16.088,83; Vorjahr EUR 23.288,64)	1.145.968,49	853.123,65	292.844,84	1.322.063,45	983.325,55	338.737,90
	<b>2.685.757,04</b>	<b>1.650.908,33</b>	<b>1.034.848,71</b>	<b>2.502.401,34</b>	<b>1.494.073,48</b>	<b>1.008.327,86</b>
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	33.857,04	0,00	33.857,04	<b>33.857,04</b>		<b>33.857,04</b>
13. Sonstige Steuern	112.731,56	7.643,33	105.088,23	40.839,24	10.820,81	30.018,43
<b>14. Jahresüberschuss</b>	<b>2.539.168,44</b>	<b>1.643.265,00</b>	<b>895.903,44</b>	<b>2.427.705,06</b>	<b>1.483.252,67</b>	<b>944.452,39</b>

**Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung  
der Hanse- und Universitätsstadt Rostock**

**Finanzrechnung 2019**

	<b>2019</b>	<b>2018</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Jahresergebnis	2.539	2.428
Korrekturen zur Ableitung des Mittelzuflusses aus der Geschäftstätigkeit aus dem Jahresabschluss		
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	19.271	16.321
Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	-19	-321
Veränderung der Rückstellungen	-171	443
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-5.122	-4.272
Veränderungen von Vermögens- und Schuldposten		
Veränderung der Vorräte, Forderungen und sonstigen Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.160	-517
Veränderung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.544	51
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>21.202</b>	<b>14.133</b>
Erlöse Verkauf AV	182	552
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-32.817	-33.364
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-32.635</b>	<b>-32.812</b>
Zuführung zu dem Sonderposten für Investitionszuschüsse	14.811	20.944
Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	2.258	13.946
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-8.299	-10.526
Abgang von Investitionszuschüssen	-80	-1
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>8.690</b>	<b>24.363</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-2.743</b>	<b>5.684</b>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.204	2.520
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>5.461</b>	<b>8.204</b>



## Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock

## Finanzrechnung 2019 nach Geschäftsfeldern

	2019			2018		
	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte	Gesamt	Objekte Eigennutzung HRO	Objekte Überlassung fremde Dritte
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Jahresergebnis	2.539	1.643	896	2.427	1.483	944
Korrekturen zur Ableitung des Mittelzuflusses aus der Geschäftstätigkeit aus dem Jahresabschluss						
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	19.271	11.097	8.174	16.321	10.543	5.778
Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	-19	-19	0	-321	-165	-156
Veränderung der Rückstellungen	-171	-572	401	444	610	-166
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-5.122	-2.614	-2.508	-4.272	-2.323	-1.949
Veränderungen von Vermögens- und Schuldposten						
Veränderung der Vorräte, Forderungen und sonstigen Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.160	3.712	-552	-517	-4.695	4.178
Veränderung der Verbindlichkeiten und anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.544	1.518	26	51	794	-743
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>21.202</b>	<b>14.765</b>	<b>6.437</b>	<b>14.133</b>	<b>6.247</b>	<b>7.886</b>
Erlöse Verkauf AV	182	182	0	552	220	332
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-32.817	-24.283	-8.534	-33.364	-24.904	-8.460
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-32.635</b>	<b>-24.101</b>	<b>-8.534</b>	<b>-32.812</b>	<b>-24.684</b>	<b>-8.128</b>
Zuführung zu dem Sonderposten für Investitionszuschüsse	14.811	12.148	2.663	20.944	17.127	3.817
Abgang aus Investitionszuschüssen	-80	-80	0	-1		-1
Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	2.258	2.258	0	13.946	8.333	5.613
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-8.299	-5.671	-2.628	-10.525	-7.650	-2.875
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>8.690</b>	<b>8.655</b>	<b>35</b>	<b>24.364</b>	<b>17.810</b>	<b>6.554</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-2.743</b>	<b>-681</b>	<b>-2.062</b>	<b>5.685</b>	<b>-627</b>	<b>6.312</b>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.204	5.616	2.588	2.519	6.243	-3.724
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>5.461</b>	<b>4.935</b>	<b>526</b>	<b>8.204</b>	<b>5.616</b>	<b>2.588</b>

## **Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock**

### **Anhang für das Geschäftsjahr 2019**

#### **I Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 des Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist gemäß § 20 Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (EigVO M-V) in analoger Anwendung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie den besonderen Vorschriften der EigVO M-V aufgestellt.

Der Jahresabschluss ist entsprechend der amtlichen Mustergliederungen nach § 29 EigVO M-V sowie darüber hinaus in Anlehnung an die Gliederungsvorschriften für Kapitalgesellschaften gemäß §§ 266 und 275 HGB gegliedert. Einzelne Posten des Jahresabschlusses wurden nach § 265 Absätze 5 und 6 des HGB in ihrer Bezeichnung bzw. Untergliederung geändert, um den Besonderheiten des Eigenbetriebes gerecht zu werden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Ergänzend werden weiterführende Erläuterungen nach den Vorschriften des Neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Mecklenburg –Vorpommern (NKHR M-V) zu wesentlichen Bilanzposten dargestellt.

#### **II Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die Bewertung erfolgt in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften unter Beachtung der nicht kodifizierten Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB).

Der Stetigkeitsgrundsatz nach § 252 Abs. 1 HGB wurde beachtet.

In Übereinstimmung mit den Ausweisvorschriften der EigVO M-V werden die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (TEUR 5.122) als gesonderte Position innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

##### Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Für die im Rahmen der Immobilienzentralisierung an den Eigenbetrieb übertragenen Grundstücke erfolgt die Vermögensersterfassung und -bewertung nach doppelten Grundsätzen auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift, die das Innenministerium zur Bilanzierung für das kommunale Vermögen bestimmt hat.

Die Vornahme der planmäßigen Abschreibung erfolgt unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer nach der linearen Methode. Im Ergebnis einer Untersuchung zu den betriebsgewöhnlichen Abschreibungssätzen bei Immobilien, die mit den buchmäßig geführten Nutzungsdauern (80 Jahre) von der HRO übernommen wurden, ergab sich eine erforderliche Anpassung der Nutzungsdauern bei Schulen und Sporthallen auf nunmehr 33 bis 50 Jahren.

Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen im Falle einer dauerhaften Wertminderung.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert von bis zu EUR 800,00 werden im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang erfasst.

### Umlaufvermögen

Der Ansatz des **Vorratsvermögens** erfolgt zu Anschaffungskosten. Sofern der beizulegende Wert am Bilanzstichtag niedriger ist, wird dieser angesetzt.

Die zum Verkauf bestimmten Grundstücke wurden zu Anschaffungskosten oder im Falle der Übertragung von der Hanse- und Universitätsstadt zu den ermittelten Sachwerten oder fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips nach § 253 Abs. 4 HGB bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden mit dem Nominalwert ausgewiesen. Erkennbare Einzelrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen, das allgemeine Kreditrisiko ist durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt worden.

Der **Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennwert angesetzt.

### Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzt werden anteilige Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwendungen für Folgejahre darstellen.

### Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag ergeben sich im Bereich der Betriebe gewerblicher Art Bewertungsunterschiede in den Bilanzposten Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sowie Rückstellungen in Höhe von T€ 934, die zu passiven latenten Steuern führen. Der BgA verfügt - unter Berücksichtigung einer antragsgemäßen Anerkennung des Einlagecharakters eines Investitionszuschusses der HRO aus den Jahren 2010/2011 - mindestens über körperschaftsteuerliche Verlustvträge in Höhe des Passivüberhangs der temporären Bewertungsunterschiede. Latente Steuern auf diese steuerlichen Verlustvträge sind - unabhängig von ihrem Realisationszeitpunkt - bis zur Höhe einer ansonsten bestehenden passiven Abgrenzungsspitze aus temporären Differenzen berücksichtigungsfähig. Eine darüberhinausgehende Aktivierung latenter Steuern auf den noch verbleibenden Verlustvortrag unter Berücksichtigung des gesetzlich vorgeschriebenen Fünfjahreszeitraums kommt nicht in Betracht. Latente Steuern, die ausschließlich den Bereich Betrieb gewerblicher Art betreffen, beruhen auf Differenzen in den Bilanzpositionen Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken. Unter Berücksichtigung von in den nächsten fünf Jahren anrechenbaren steuerlichen Verlustvträgen ergab sich ein aktiver Überhang. Auf eine Aktivierung wurde in Ausübung des Wahlrechtes gem. § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

### **Sonderposten für Investitionszuschüsse**

Soweit Investitionszuschüsse vereinnahmt wurden, wird nach § 265 Abs. 5 HGB hierfür der gesonderte Passivposten „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ gebildet.

Der Ausweis betrifft sowohl unmittelbar erhaltene Fördermittelzuschüsse aus verschiedenen Förderprogrammen sowie Zuwendungen Dritter, als auch von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gewährte Investitionszuschüsse einschließlich Zuschüsse für übernommenes gefördertes Anlagevermögen.

Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt analog zur Abschreibung der geförderten Vermögensgegenstände.

### **Rückstellungen**

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz für maximal sieben Geschäftsjahre abgezinst.

### **Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten werden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

### **Passiver Rechnungsabgrenzungsposten**

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet anteilige Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für Folgejahre darstellen.

## **III Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz zum 31.12.2019**

### **AKTIVA**

#### **Anlagevermögen**

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt. Der Eigenbetrieb weist für das Geschäftsjahr 2019 im Anlagenspiegel Gesamtzugänge in Höhe von TEUR 32.817 aus, die sich auf die Geschäftsfelder „Grundstücksbewirtschaftung Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ (TEUR 24.283) und „Grundstücksbewirtschaftung Fremde Dritte“ (TEUR 8.534) verteilen. Daneben erfolgten noch Umbuchungen aus den Anlagen im Bau des Vorjahres. Weiterführend wird auf die Darstellung der Investitionstätigkeit im Lagebericht verwiesen.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** mit einem Buchwert von TEUR 93 betreffen EDV-Software sowie eine Lizenz zur Erweiterung der Programmsoftware SAP. Im Geschäftsjahr wurden Zugänge in Höhe von TEUR 150 aktiviert.



Der Eigenbetrieb bilanziert im Geschäftsjahr 2019 **Grundstückswerte sowie Bauten auf eigenen Grundstücken und grundstücksgleiche Rechte** in Höhe von TEUR 415.790. Diese beinhalten neben Gewerbeimmobilien vom Eigenbetrieb errichtete Technologiezentren, Verwaltungsgebäude der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Kindertagesstätten, Schulen- und Sportstätten und andere soziale Einrichtungen.

- Die Zugänge sind objektbezogen im Lagebericht aufgeführt. Enthalten sind unentgeltliche Übertragungen von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Geschäftsjahr 2019 (TEUR 343).
- Abgänge betreffen neben dem Verkauf des bebauten Grundstücks in der Fritz-Reuter-Str. 11, die Übertragung von Betriebsvorrichtungen an das Amt für Schule und Sport. Weitere Abgänge betreffen ein Kita-Gebäude und diverse Außenanlagen im Rahmen von Sanierungen und Umbauten.
- Die Abschreibungen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.350 (Vorjahr TEUR 851), welche objektbezogen aufgrund der voraussichtlichen dauerhaften Wertminderung vorgenommen wurden. Die erforderlichen Anpassungen der Abschreibungssätze bei Gebäuden führte zu einem um TEUR 461 höheren Abschreibungsvolumen.

Der Buchwert der **Technischen Anlagen und Maschinen** wird mit einem Betrag von TEUR 71 ausgewiesen und betreffen:

- Sicherheitswerkbänke, Kompressoren und Prüf- und Bearbeitungsmaschinen in dem vom Eigenbetrieb errichteten Lasertechnologie- und Transferzentrum sowie im Rostocker Berufsbildungszentrum (RBBZ).
- Kompressoren, Laborglasreiniger und Sicherheitswerkbänke im Biomedizinischen Forschungszentrum
- Der Abgang betrifft Ausstattungen im Brandlabor und im Forschungszentrum Warnemünde.

Die **anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen** beinhalten Betriebsvorrichtungen, Kfz und sonstige Transportmittel sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung und geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Buchwert in Höhe von insgesamt TEUR 10.884.

- Die Zugänge betrugen im Geschäftsjahr TEUR 161 und betreffen Betriebsvorrichtungen in der Schwimmhalle und im Leichtathletikstadion sowie Ausstattungen im Verwaltungsbereich.

Als **geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau** werden zum Berichterstattungsstichtag Herstellungskosten in Höhe von insgesamt TEUR 21.599 bilanziert. Die Umbuchungen von insgesamt TEUR 35.145 betreffen die Fertigstellung diverser Baumaßnahmen.

Der Wert des Anlagevermögens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 448.437.

## Umlaufvermögen

Die **Vorräte** betreffen:

1. zum Verkauf bestimmte Grundstücke mit einem Wert von insgesamt TEUR 6.453.

- Die unbebauten Gewerbeflächen im Güterverkehrszentrum (GVZ) sind mit einem Wert von TEUR 4.424 auf den 31. Dezember 2019 bilanziert.
- Die übrigen bebauten und unbebauten Grundstücke, die zur Veräußerung vorgesehen sind, haben einen Wert von TEUR 2.029.

2. unfertige Leistungen in Höhe von TEUR 18.053.

Ausgewiesen werden die im Folgejahr abzurechnenden Betriebskosten des Jahres 2019. Ihnen stehen erhaltene Anzahlungen in Höhe von TEUR 18.219 gegenüber.

3. fertige Erzeugnisse und Waren mit einem Betrag von TEUR 60.

Die im Jahr 2018 aufgelegte Buchserie anlässlich der 800-Jahrfeier der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie anlässlich der Fertigstellung des Schaudepots bei der Kunsthalle in der Hamburger Str. wird nach Vornahme von erforderlichen Abschreibungen (TEUR 46) mit einem Buchwert von TEUR 57 bilanziert. Darüber hinaus werden Brennstoffe mit einem Wert von TEUR 3 ausgewiesen.

Die Gliederung und die Restlaufzeiten der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind in der Forderungsübersicht in der **Anlage 2** zum Anhang dargestellt. Die Summe der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beträgt TEUR 7.125.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit einem Betrag von TEUR 113 beinhalten Mietforderungen, Forderungen aus der Betriebskostenabrechnung und Forderungen aus Weiterberechnungen.

Die Forderungen gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von TEUR 527 umfassen vorwiegend Vorsteuererstattungsansprüche der Monate November und Dezember 2019 (TEUR 368) sowie Mietforderungen (TEUR 71).

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen insgesamt TEUR 6.485. Sie betreffen in Höhe TEUR 5.964 Forderungen aus Fördermittelabrufen. Des Weiteren werden in diesem Posten neben debitorischen Kreditoren auch Forderungen aus Schadensregulierungen mit der Versicherung, Forderungen aus auf Rechtsanwaltsanderkonten hinterlegten Einbehalten und auf Baukosten sowie Weiterberechnungen von Erschließungskosten an das Tief- und Hafenbauamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgewiesen.

Die **liquiden Mittel** zum 31.12.2019 betragen TEUR 5.461. Die Liquidität des Eigenbetriebes war das ganze Jahr gesichert. Kassenkredite zur Absicherung der Zahlungsfähigkeit mussten nicht in Anspruch genommen werden.

Der **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von TEUR 524 beinhaltet überwiegend Ausgaben für Versicherungen sowie sonstige Ausgaben, die Aufwendungen für das Geschäftsjahr 2020 darstellen.

## PASSIVA

### Eigenkapital

Das **Stammkapital** beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 1.125. Das Stammkapital ist zum Nennwert angesetzt und wird aufgegliedert auf die Geschäftsfelder entsprechend der Satzung bilanziert.

In der **allgemeinen Rücklage** wurden die als Sacheinlage von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auf den Eigenbetrieb übertragenen Grundstücke und Gebäude mit einem Nennwert in Höhe von TEUR 219.400 bilanziert. Anpassungen für das im Kalenderjahr 2013 übernommene Grundstück des VTR wirkte in Abstimmung mit dem Finanzverwaltungsamt zur Absicherung gleichlautender Bilanzierungswerte in Höhe von TEUR 447 einlageerhöhend.

Darüber hinaus wurden in Vorjahren entsprechend den Regelungen des BilMoG Rückstellungsbeträge in Höhe von TEUR 12.749 in die Rücklage eingestellt.

Weiterhin wurden entsprechend den Beschlüssen der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Gewinne und Verluste aus früheren Geschäftsjahren eingestellt und zum Nennwert bewertet (TEUR 2.933).

Entsprechend Bürgerschaftsbeschluss 2016/BV/1887 wurde der Bilanzgewinn 2015 in eine Bauerneuerungsrücklage zur Abarbeitung des Sanierungsstaus an städtischen Immobilien mit einem Betrag von TEUR 1.331 eingestellt.

Für Erschließungsarbeiten des erworbenen Grundstücks am Dierkower Damm 45 sowie für den Ankauf des bisher angemieteten Verwaltungsstandortes im Charles-Darwin-Ring in Höhe von insgesamt TEUR 2.250 wurde eine zweckgebundene Rücklage gebildet.

Die Rücklagen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

Stand zum 01.01.2019	238.394.486,26 EUR
Einlage Bilanzgewinn Jahresabschluss 2018 gemäß Bürgerschaftsbeschluss 2019/BV/0033	<u>2.427.705,06 EUR</u>
Stand zum 31.12.2019	<u>240.822.191,32 EUR</u>

Der **Jahresgewinn 2019** beträgt EUR 2.539.168,44. Ein Gewinn- bzw. Verlustvortrag ist nicht enthalten.

Das Jahresergebnis soll vorbehaltlich der Zustimmung der Gremienbeschlüsse in die allgemeine Rücklage eingestellt werden.



### Sonderposten für Investitionszuschüsse

Der Sonderposten entwickelte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Stand 01.01.2019	Zuführungen	Abgänge aus Abschreibungen	Auflösungen	Stand 31.12.2019
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
105.456.464,43	14.810.979,98	80.444,00	5.122.080,70	115.064.919,71

Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt analog zur Abschreibung der geförderten Vermögensgegenstände. Im Auflösungsbetrag sind erforderliche Korrekturen aus der Vorname der außerplanmäßigen Abschreibungen (TEUR +493) und der Anpassung der Abschreibungssätze (TEUR +162) bei Gebäuden enthalten.

### Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

Die **sonstigen Rückstellungen und Steuerrückstellungen** setzen sich wie folgt zusammen:

Rückstellungen für:	Stand 01.01.2019	Verbrauch	Auflösung	Auf-und Abzinsung	Zuführung	Stand 31.12.2019
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Instandh. gem. §249 Abs.1 S.2 Nr.1 HGB	1.895.766,07	1.671.714,46	224.051,61	0,00	1.380.980,34	1.380.980,34
Drohverlust	667.455,05	158.284,47	0,00	12.584,83	0,00	521.755,41
austeh.RG	55.913,00	50.211,95	5.701,05	0,00	466.382,00	466.382,00
Altersteilzeit	70.842,00	0,00	0,00	1.510,00	166.607,00	238.959,00
sonst. Verwaltungskosten	97.716,07	78.472,93	459,69	1.912,93	112.944,85	133.641,23
Rechts-u. Beratungskosten	109.252,84	10.645,65	38.043,62	0,00	27.836,43	88.400,00
Abschluss- u. Prüfungskosten	55.400,00	52.264,63	3.135,37	0,00	56.700,00	56.700,00
Urlaubsrückstellung	39.300,00	39.300,00	0,00	0,00	51.400,00	51.400,00
Abbruchkosten	116.406,16	113.275,47	3.130,69	0,00	0,00	0,00
Summe sonst.RSt	3.108.051,19	2.174.169,56	274.522,03	16.007,76	2.262.850,62	2.938.217,98
sonstige Steuern	15.925,00	0,00	3.185,00	0,00	1.315,00	14.055,00
Rückstellungen gesamt	3.123.976,19	2.174.169,56	277.707,03	16.007,76	2.264.165,62	2.952.272,98

Die **Rückstellungen gem. § 249 Abs.1 S.2 Nr.1 HGB** betreffen Instandhaltungen, die in den ersten drei Monaten des folgenden Geschäftsjahres nachgeholt werden und wurden.

Die **Drohverlustrückstellung** wurde für drohende Verluste aus nicht kostendeckender Vermietung gebildet und betrifft die von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock übernommenen Altverträge. Unter Berücksichtigung von Vertragskonditionen erfolgte eine Anpassung der Rückstellung.



Die **Rückstellungen für ausstehende Rechnungen** betreffen offene Rechnungen für die Hausbewirtschaftung (TEUR 66) sowie für Mieterein- und Umbauten infolge eines im Berichtsjahr beendeten Mietvertrages mit der AWO Sozialdienst Rostock gGmbH (TEUR 400).

Die **Rückstellungen für Altersteilzeit** betreffen Verpflichtungen aus zum Bilanzstichtag abgeschlossenen Altersteilzeitverträgen. Sie enthält Aufstockungsbeträge sowie die bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Erfüllungsverpflichtungen. Die Bewertung der Rückstellung erfolgte unter Zugrundelegung eines laufzeitadäquaten Rechnungszinssatzes in Höhe von 0,72 % und einem Gehaltstrend in Höhe von 5 %.

Die **übrigen Rückstellungen** sind für zu begleichende Rechtsanwaltsgebühren aus Rechtsstreitigkeiten gebildet. Weiterhin wurden für Jahresabschlussprüfungskosten, Urlaubs-, Archivierungs- und sonstige Verwaltungskosten Rückstellungen gebildet.

### Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und Fälligkeiten der **Verbindlichkeiten** in Höhe von TEUR 122.326 ergibt sich aus der Verbindlichkeitenübersicht in **Anlage 3** zum Anhang.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern** betragen TEUR 98.573.

Im Berichtsjahr wurden Kredite in Höhe von TEUR 2.258 aufgenommen. Die Kreditermächtigung des Innenministeriums datiert aus dem Geschäftsjahr 2017. Die Kredite dienten der finanziellen Absicherung für die Fortführung der Investitionen an Schulen, Sportstätten, Kindertagesstätten und Sozialeinrichtungen.

Die **erhaltenen Anzahlungen** beinhalten die im Berichtsjahr geleisteten Betriebskostenvorauszahlungen. Sie werden mit einem Betrag von TEUR 18.219 bilanziert.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** und Sicherheitseinbehalte auf Bauleistungen betragen TEUR 4.205.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock** mit einem Betrag von TEUR 363 betreffen Betriebskosten und sonstige betriebliche Aufwendungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von TEUR 966 beinhalten Fördermittel, Entwicklungspflegeverpflichtungen, Einbehalte aus Baumängeln, Baunebenkosten und kreditorische Debitoren.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

### Passiver Rechnungsabgrenzungskosten

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet vereinnahmte Zahlungen für Erträge aus der Immobilienbewirtschaftung, die Erlöse des folgenden Wirtschaftsjahres darstellen.

### Treuhandvermögen/Treuhandverbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus vereinnahmten Mietkautionen, welche getrennt vom Vermögen des Eigenbetriebes auf einem gesonderten Bankkonto geführt werden. Es stehen Treuhandverbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der KOE hat zum 31.12.2019 für laufende Bauprojekte der genehmigten Investitionen aus den Wirtschaftsplänen 2019 und Vorjahre Aufträge an Firmen in Höhe von TEUR 8.278 vergeben.

## **IV Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019**

### Umsatzerlöse

Die **Umsatzerlöse** verteilen sich auf die Geschäftsfelder wie folgt:

	2018 EUR	2019 EUR
Objekte Überlassung fremde Dritte	13.039.084,21	14.946.529,48
Objekte Eigennutzung HRO	34.153.720,85	34.532.421,67
	<b>47.192.805,06</b>	<b>49.478.951,15</b>

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 2.286 gestiegen.

Im Geschäftsfeld fremde Dritte sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.908 gestiegen. Die Verkaufserlöse aus der Veräußerung zweier unbebauter Grundstücke haben wesentlich zum Anstieg der Umsatzerlöse beigetragen.

Im städtischen Geschäftsfeld sind die Umsatzerlöse um TEUR 378 gestiegen. Sie resultieren aus gestiegenen Miet- und Betriebskostenerlösen.

### periodenfremde Erträge

Die **periodenfremden Erträge** setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge aus der Betriebskostenabrechnung 2018	16.696.950,85
abzgl. Minderung des Bestands nicht abgerechnete Betriebskosten 2018	-16.758.431,03
(Hochrechnung)	
periodenfremder Effekt aus der Betriebskostenabrechnung 2018	-61.480,18
Fördermittel Vorjahre	168.166,96
Mieterlöse aus Vorjahren	90.001,73
Übrige Betriebskosten aus Vorjahren	15.909,66
Erträge aus verjährten Zahlungsansprüchen	3.886,44
Sonstiges	3.985,28
	<b>EUR 220.469,89</b>

Darüber hinaus werden Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 275 sowie aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen von TEUR 23 bilanziert.

periodenfremde Aufwendungen

Die **periodenfremden Aufwendungen** beinhalten

Nicht anerkannte Versicherungsschäden Vorjahr	80.940,07
Wartungs- und Instandhaltungskosten aus Vorjahren	27.349,27
Mietaufwendungen Vorjahr	11.579,87
Rechtsberatungskosten aus Vorjahr	8.947,74
Betriebskostenaufwendungen aus Vorjahren	2.443,72
<b>EUR</b>	<b>131.260,67</b>

Darüber hinaus werden Aufwendungen aus Forderungsverlusten/Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 3 ausgewiesen.

Nach § 277 Abs. 5 HGB werden die Erträge und Aufwendungen aus der **Auf- und Abzinsung** in der GuV gesondert unter den Posten sonstige Zinsen und ähnliche Erträge bzw. Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Zum Jahresabschluss wurden nachstehende Auf- und Abzinsungsbeträge gebucht:

Zinserträge	81,07 EUR
Zinsaufwand	<u>16.088,83 EUR</u>
Saldo	16.007,76 EUR

Die Einzelposten für Auf- und Abzinsungen sind im Rückstellungsspiegel aufgeführt.

## V Nachtragsbericht

In Folge der sich weltweit ausbreitenden Covid-19-Pandemie hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Abmilderung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beschlossen. Das Gesetz beinhaltet u.a. den Kündigungsausschluss im Mietrecht bei ausfallenden Mietzahlungen, vorerst für den Zeitraum 01.04.2020 bis 30.06.2020. Der Eigenbetrieb ist von vorgenannten Regelungen betroffen. Im Berichtszeitpunkt lagen zu 12 Mietverträgen Stundungsanträge für den Zeitraum 01.04. - 31.05.2020 vor. Das monatliche Stundungsvolumen für Miete und Betriebskosten beträgt TEUR 51.

Weitere bedeutende Vorgänge mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nach dem Abschlussstichtag bis zum Berichtszeitpunkt nicht ergeben.

## VI Sonstige Angaben

### Zusatzversorgungskasse

Die Kommunale Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern ist die betriebliche Altersversorgungseinrichtung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Die Zusatzversorgungskasse hat die Aufgabe, den Arbeitnehmern ihrer Mitglieder im Rahmen der Satzung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Finanzierung der Leistungen wird durch eine Kombinationsfinanzierung aus Umlagen und Zusatzbeiträgen der Mitglieder und des Arbeitgebers erbracht. Die vom Arbeitgeber zu entrichtender Umlage beträgt in 2019 1,3 % vom ZMV- Brutto.

Der Zusatzbeitrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers lag bis 31.06.2018 bei je 2,3 % der vorgenannten Bemessungsgrundlage. Ab 01.07.2018 liegt der vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu entrichtende Beitragssatz bei 2,4 %.

### Beschäftigte

Der Eigenbetrieb beschäftigte im Jahresdurchschnitt 68 Arbeitnehmer (Vorjahr 68) inklusive der Betriebsleitung.

### Aufsichtsinstanzen

Durch Beschluss der Bürgerschaft 2015/AN/0686 vom 25.02.2015 wurde ein beschließender Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb gewählt. Die entsprechende Änderung der Satzung erfolgte am 02.03.2015. In der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft am 03.07.2019 wählte die Bürgerschaft einen neuen Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb.

Damit setzt sich der beschließende Betriebsausschuss des Eigenbetriebes im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

	lt. Beschluss der Bürgerschaft 2015/AN/0686 (bis 2. Juli 2019)	lt. Beschluss der Bürgerschaft 2019/BV/0014 (ab 3. Juli 2019)
Vorsitzender	Uwe Flachsmeyer	Uwe Flachsmeyer
1.Stellvertreter des Vorsitzenden	Martin Lau	Berthold Majerus
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Sandro Smolka	Christian Reinke
Mitglied	Helge Bothur	Kristin Schröder
Mitglied	Jutta Reinders	Christian Albrecht
Mitglied	Frank Giesen	Frank Giesen
Mitglied	Prof. Dr. Ralf Friedrich	Sören Grümmer
Mitglied	Anke Knitter	Dr. Stefan Posselt
Mitglied	Dr. Sybille Bachmann	Dr. Sybille Bachmann
Mitglied	Annegret Methling	Anette Niemeyer
stellv. Mitglied	Olaf Groth	Robert Kröger
stellv. Mitglied	Eva-Maria Kröger	Nurgül Senli
stellv. Mitglied	Kristin Schröder	Chris Günther
stellv. Mitglied	Steffen Kästner	Patrick Tempel
stellv. Mitglied	Prof. Dr. Dieter Neßelmann	Dr. Felix Winter
stellv. Mitglied	Christian Reinke	Claudia Schulz
stellv. Mitglied	Erhard Sauter	Anke Knitter
stellv. Mitglied	Sabine Krüger	Anne Mucha
stellv. Mitglied	Jürgen Dudek	Jürgen Dudek
stellv. Mitglied	Dr. Dr. Malte Philipp	Julia Kristin Pittasch



Organbezüge

Frau Sigrid Hecht ist Betriebsleiterin. Der Bezüge für die Betriebsleitung beliefen sich im Geschäftsjahr 2019 auf TEUR 116.

An Mitglieder der Aufsichtsinstanzen wurden keine Bezüge gezahlt.

Es bestanden keine geschäftlichen Beziehungen zu Mitgliedern der Aufsichtsinstanzen. Entsprechende Erklärungen wurden angefordert.

Abschlussprüfungskosten

Für Abschlussprüfungsleistungen wurden TEUR 30 brutto in die Rückstellung eingestellt. Weitere Leistungen wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly nicht erbracht.

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Die Geschäfte mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, ihren Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen erfolgen grundsätzlich zu marktüblichen Bedingungen. Bei der Leistungsabrechnung im Geschäftsfeld Bewirtschaftung/Eigennutzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurde bei der Entgeltkalkulation 2019 auf die Absicherung des unternehmerischen Risikos verzichtet. Im Geschäftsfeld Überlassung städtischer Immobilien an fremde Dritte erfolgt die Mietzinskalkulation nach kaufmännischen Grundsätzen.

Verpflichtungsermächtigungen

Für das Prüfungsjahr wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von EUR 70 Mio. erteilt.

Rostock, den 12.05.2020

Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und  
-entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

  
Sigrid Hecht  
Betriebsleiterin

Name des Betriebs/Unternehmens:  
**Eigenbetrieb "Kommunale Objektbewirtschaftung- und entwicklung der Hanse- und  
 Universitätsstadt Rostock"**

### Anlagenübersicht 2019

Posten	Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen, Wertberichtigungen						Restbuchwerte	
		Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12.	Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12.	Zuschrei- bungen im Jahr	Abschrei- bungen im Jahr	Umbuchun- gen im Jahr	Aufgelaufene Abschrei- bungen auf Abgänge	Abschrei- bungen zum 31.12.	Rest- buchwerte am Ende des Jahres	Rest- buchwerte am Ende des Jahres
		2018	2019	2019	2019	2019	2018	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2018
		in EUR												
I	Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.470.973,54	149.638,92	0,00	0,00	1.620.612,46	1.412.550,54	0,00	115.135,92	0,00	0,00	1.527.686,46	92.926,00	58.423,00
2.	Geleistete Anzahlungen													
Summe immaterielle Vermögensgegenstände		1.470.973,54	149.638,92	0,00	0,00	1.620.612,46	1.412.550,54	0,00	115.135,92	0,00	0,00	1.527.686,46	92.926,00	58.423,00
II	Sachanlagen													
1.	Grundstücke und Bauten auf eigenen Grundstücken und grundstücksgleiche Rechte	514.783.873,15	908.856,49	672.705,94	33.349.023,68	548.369.047,38	115.527.101,07	0,00	17.648.663,43	0,00	596.772,06	132.578.992,44	415.790.054,94	399.256.772,08
a)	Geschäfts, Betriebs- und andere Bauten													
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges													
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten													
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten													
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören													
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen <sup>2</sup>													
6.	Verteilungsanlagen <sup>2</sup>													
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen													
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr													
9.	Technische Anlagen und Maschinen	1.659.098,80	0,00	373.760,09	0,00	1.285.338,71	1.564.473,80	0,00	23.132,00	0,00	373.760,09	1.213.845,71	71.493,00	94.625,00
10.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.698.084,10	160.862,33	298.794,45	1.795.756,56	25.355.908,54	13.200.008,10	0,00	1.484.554,89		212.222,45	14.472.340,54	10.883.568,00	10.498.076,00
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.145.999,46	31.597.289,42	0,00	-35.144.780,24	21.598.508,64	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21.598.508,64	25.145.999,46
Summe Sachanlagen		565.287.055,51	32.667.008,24	1.345.260,48	0,00	596.608.803,27	130.291.582,97	0,00	19.156.350,32	0,00	1.182.754,60	148.265.178,69	448.343.624,58	434.995.472,54
III	Finanzanlagen													
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen													
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen													
3.	Beteiligungen													
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht													
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens													
6.	Sonstige Ausleihungen													
Summe Finanzanlagen														
Summe Anlagevermögen		566.758.029,05	32.816.647,16	1.345.260,48	0,00	598.229.415,73	131.704.133,51	0,00	19.271.486,24	0,00	1.182.754,60	149.792.865,15	448.436.550,58	435.053.895,54
Summe Sonderposten <sup>3</sup>														
	Stand 31.12.2018	-133.176.499,82					-27.720.035,39							
	Ergebnisneutrale Anpassung SAP-Ausweis Vorjahre	443.043,72					443.043,72							
	Korrigierter Stand 01.01.2019	-132.733.456,10	-14.810.979,98	348.385,50	0,00	-147.196.050,58	-27.276.991,67	0,00	-5.122.080,70	0,00	-267.941,50	-32.131.130,87	-115.064.919,71	-105.456.464,43

<sup>1</sup> Einschließlich aller aufgelaufener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.

<sup>2</sup> Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

<sup>3</sup> Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufzunehmen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt  
Rostock

## Forderungsübersicht 2019 ( nach EigVO)

lfd. N r.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigungen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
		zum Ende des Vorjahres	zum Ende des Wirtschafts- jahres	für das Wirtschafts- jahr	davon mit einer Restlaufzeit		
					bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
1	<b>Forderungen aus Lief- erungen und Leistungen</b>	96.367,62	112.824,57	2.800,80	112.824,57	0,00	0,00
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen	96.367,62	112.824,57	2.800,80	112.824,57	0,00	0,00
2	<b>Forderungen gegen verbundene Unternehmen</b>						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
3	<b>Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
4	<b>Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen</b>	2.084.555,17	526.937,03	0,00	526.937,03	0,00	0,00
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	2.084.555,17	526.937,03	0,00	526.937,03	0,00	0,00
	b) privatrechtliche Forderungen						
5	<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	8.863.323,56	6.485.721,36	0,00	6.485.721,36	0,00	0,00
	<b>Summe Forderungen</b>	11.044.246,35	7.125.482,96	2.800,80	7.125.482,96	0,00	0,00

Anlage 3 zum Anhang

Name des Betriebs/Unternehmens:

**Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und  
Universitätsstadt Rostock**

## Verbindlichkeitenübersicht 2019 (nach EigVO)

If d. N r.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12.			Stand zum	Abzinsung zum	Stand zum	davon durch Grundpfand- rechte oder ähnliche Rechte besichert	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12.
		Wirtschaftsjahr			31.12.	31.12.	31.12.			
		mit einer Restlaufzeit			Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr			Vorjahr
		bis zu einem Jahr	von über einem Jahr	von mehr als fünf Jahren	(Nominalwert)		(Bilanzwert)			(Bilanzwert)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	98.572.791,30			98.572.791,30		98.572.791,30			104.612.840,36
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	8.342.567,02	90.230.224,28	65.033.348,80	98.572.791,30		98.572.791,30			8.401.234,08
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	18.219.152,11			18.219.152,11		18.219.152,11			17.451.771,57
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	18.219.152,11			18.219.152,11		18.219.152,11			17.693.028,69
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.205.137,97			4.205.137,97		4.205.137,97			4.543.349,49
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	4.111.085,75	94.052,22	829,49	4.205.137,97		4.205.137,97			3.719.823,37
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel				0,00		0,00			
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				0,00		0,00			
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				0,00		0,00			
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen	362.839,66			362.839,66		362.839,66			54.864,44
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	966.203,33			966.203,33		966.203,33			1.053.959,76
	davon:				0,00		0,00			
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	966.203,33			966.203,33		966.203,33			1.053.959,76
b)	aus Steuern				0,00		0,00			0,00
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit				0,00		0,00			0,00
9.	<b>Summe der Verbindlichkeiten</b>	<b>32.001.847,87</b>	<b>90.324.276,50</b>	<b>65.034.178,29</b>	<b>122.326.124,37</b>	<b>0,00</b>	<b>122.326.124,37</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>127.716.785,62</b>



## **Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock**

### **Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019**

#### **1. Grundlagen des Unternehmens**

Seit der Gründung des Eigenbetriebes im Jahr 1992 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich der KOE zum zentralen Immobilienbewirtschafter der Hanse- und Universitätsstadt Rostock entwickelt.

Die Entwicklung der Bilanzsumme von EUR 9,5 Mio. im Jahr der Gründung auf EUR 486 Mio. im Jahr 2019 zeigt das stetige Wachstum des Eigenbetriebes, den weiteren Aufbau und die Ausgestaltung der wesentlichen Geschäftsfelder des KOE. In den vergangenen Jahren wurden dem KOE folgerichtig alle Immobilien ins Anlage- bzw. Umlaufvermögen übertragen. Die Immobilienzentralisierung beim Eigenbetrieb wurde in 2014 abgeschlossen.

Innerhalb der Immobilienbewirtschaftung ist die Kernkompetenz des Eigenbetriebes entsprechend der Abstimmungen mit der Rechtsaufsichtsbehörde festgeschrieben und in der überarbeiteten Satzung des Eigenbetriebes auf zwei nachfolgende Geschäftsfelder ausgerichtet:

1. Errichtung, Bewirtschaftung und Entwicklung von Objekten, die zur Eigennutzung durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bestimmt sind und
2. Errichtung, Bewirtschaftung und Entwicklung von Objekten, die zur Überlassung an Dritte bestimmt sind.

Für Zwecke des Controllings und der Berichterstattung werden diese beiden Tätigkeitsfelder als Betriebszweige betrachtet und separate Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Finanzrechnungen erstellt.

Die Geschäftsvorfälle werden generell immobilienbezogen erfasst, so dass darüber hinaus differenzierte Auswertungsmöglichkeiten gegeben sind.

Steuerlich führt der KOE Betriebe gewerblicher Art (BgA) hauptsächlich für die Bewirtschaftung der Technologiezentren als Verpachtungs-BgA sowie den BgA Photovoltaik-Anlage.

Die Erschließung und Vermarktung des Güterverkehrszentrums sowie anderer Liegenschaften in Rostock und die Verwaltung der kommunalen Objekte werden überwiegend als hoheitliche Tätigkeit betrachtet.

Bestandsverwaltung

Der Eigenbetrieb bewirtschaftete im Berichtsjahr insgesamt 370 Immobilien, die sich unterteilt nach Nutzungsarten wie folgt zusammensetzen:

<b>Gebäudenutzung</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>
Verwaltungsgebäude	53	53
Schulgebäude	53	54
Sporthallen	47	47
Sportstätten	30	30
Sonstige	8	8
<b>Teilsomme Bewirtschaftung/Eigennutzung HRO</b>	<b>191</b>	<b>192</b>
Kindertagesstätten	39	41
Sozial-und Freizeiteinrichtungen/Heim	78	76
Gewerbeobjekte	40	41
Technologiezentren	8	8
Sonstige	12	12
<b>Teilsomme Objekte Überlassung Dritte</b>	<b>177</b>	<b>178</b>
<b>Gesamt</b>	<b>368</b>	<b>370</b>

Insgesamt bestanden am Bilanzstichtag für die vorgenannten Objekte 939 abgeschlossene Miet- und 372 Kautionsverträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Verträge zur Vermietung an fremde Dritte, Vermietung von Technologiezentren und abgeschlossene Nutzungsvereinbarungen mit der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Es wurden 567 Betriebskostenabrechnungen erstellt und 21 Abrechnungen im Rahmen der dem Eigenbetrieb übertragenen Verwaltung der für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock geschlossenen Anmietverträge überprüft.

Die Gesamtfläche der zu bewirtschaftenden Objekte betrug am Bilanzstichtag 583.255,05 m<sup>2</sup> mit einem vermietbaren Flächenanteil von 571.783,35 m<sup>2</sup>. Der Anteil des Leerstandes an der vermietbaren Fläche beträgt rund 1,1 %.

Wesentliche Änderungen im Bestand der dem Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke

Im Geschäftsjahr 2019 ist folgendes Grundstück zugegangen:

- Grundstück am Schulstandort Heinrich-Tessenow-Str. 47, Musikgymnasium;

Folgende Grundstücke und Bauten wurden im Geschäftsjahr 2019 veräußert:

- ein bebautes Teilgrundstück in der Fritz-Reuter-Str. 11.;
- ein Grundstück im Güterverkehrszentrum Rostock;
- ein Grundstück in Rostock-Dierkow, Zum Lebensbaum 16.

## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Errichtung, Bewirtschaftung und Entwicklung von Objekten, die zur Eigennutzung durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bestimmt sind

Der Eigenbetrieb bewirtschaftet in diesem Geschäftsfeld 192 Immobilien, davon 53 Verwaltungsgebäude. Im Zuge der Immobilienübertragung und -zentralisierung wird für die Verwaltungssitze der Hanse- und Universitätsstadt Rostock jährlich eine kostendeckende Einheitsmiete kalkuliert. Sie beträgt für das Geschäftsjahr 2019 5,15 EUR/m<sup>2</sup> (Vorjahr: 5,09 EUR/m<sup>2</sup>).

Die Nutzungsentgeltkalkulation für die Schulen und Sportstätten erfolgt ebenfalls kostendeckend. Das Entgelt für 2019 betrug durchschnittlich 3,60 EUR/m<sup>2</sup> (Vorjahr: 3,36 EUR/m<sup>2</sup>).

Im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurden für 8 städtische Immobilien nur Betriebskostenabrechnungen erstellt. An 31 Standorten begleitet der KOE für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Verhandlungen und Abschlüsse zu erforderlichen Fremdanmietungen.

Im Berichtsjahr wurden nachstehende Investitionen und wesentliche Instandhaltungsmaßnahmen umgesetzt:

GF	Zuordnung	Bezeichnung	TEUR
HRO	Schule	Sanierung GrS H.-Heine Str.	3.020
HRO	Schule	GS Schule am Schäfersteich Picasso-Str.45	2.599
HRO	Schule	RBBZ Altbausanierung Innen	1.736
HRO	Schule	Neubau BS Schmorell Schleswiger Str 5	897
HRO	Schule	FZ Evershagen - San M.-Gorki 68	622
HRO	Schule	Umbau Schulerweiterung Kolumbusring 57a	593
HRO	Schule	InterimsContainer Grds. H.-Heine-Str.	522
HRO	Schule	NB Außenanlagen Hinrichsdorfer Str. 7	420
HRO	Schule	Generalsanierung Schule Am Alten Markt 1	351
HRO	Schule	Neubau Aula Schule H.-Schütz-Str. 10a	112
HRO	Schule	NB Grundschule/Hort Kopenhagener Str 3	83
HRO	Schule	Multimediale Ertüchtigung Aula ISG Goethegymnasium	82
HRO	Schule	Errichtg Containerschule Herzfeld-Str.	75
HRO	Schule	NB Kollwitzgymnasium H.-Tessenow-Str. 47	72
HRO	Schule	San. Außenanlagen M.-Gorki-Str. 67/68	70
HRO	Schule	sonstiges	392
Teilsumme Schule			11.646
HRO	Sport	Laufhalle Überdachung Innenhof	1.839
HRO	Sport	Sanierung Sporthalle W.-Butzek Str.2	1.565
HRO	Sport	Sanierung Sporthalle H.-Tessenowstr. 47a	1.186
HRO	Sport	Sanierung Schwimmhalle Untere Turnhalle	865
HRO	Sport	Sanierung Sporthalle W.-Butzek 1 Str.	620
HRO	Sport	Neubau Sph mit Sportanl. An der Jägerbäk	504
HRO	Sport	Neubau Sportanlage Sternberger Str.	454
HRO	Sport	Neubau Sporthalle Möllner Str. 8	384
HRO	Sport	Sanierung Vereinsgeb. Gaffelschonerweg 6	297
HRO	Sport	Sanierung Sportanlage Hans-Sachs-Allee 45	148
HRO	Sport	Neubau Sportplatz Dierkow, W.-Butzek-Str.	129
HRO	Sport	Sanierung SpH Kopenhagener Str.5b	111
HRO	Sport	sonstiges	149
Teilsumme Sport			8.251

GF	Zuordnung	Bezeichnung	TEUR
HRO	Verwaltung	Umbau Brandlabor Alter Hafen Süd 5	1.551
HRO	Verwaltung	Erweiterung Rathauskomplex Neuer Markt	1.250
HRO	Verwaltung	Sanierung Wasserturm	847
HRO	Verwaltung	Neubau Feuerwache 3 Dierkow Hinrichsd.-Str.	541
HRO	Verwaltung	Umbau zentraler Bauhof der HRO	321
HRO	Verwaltung	Sanierung Kunsthalle Hamburger Str.	307
HRO	Verwaltung	Umbau Kantine und Foyer/ Rampe	305
HRO	Verwaltung	Neubau Petritor, Slüterstr. 1	227
HRO	Verwaltung	Sanierung FW Hinrichshagen Ergänzungsbau	122
HRO	Verwaltung	Neubau Kunsthallenschaudepot, Hamburger	102
HRO	Verwaltung	Umbau Kühlzelle Graal-Müritzer-Str. 32/33	96
HRO	Verwaltung	Bauhof Außenstelle Lütten-Klein	72
HRO	Verwaltung	sonstiges	158
Teilsumme Verwaltung			5.899
<b>Gesamtsumme HRO</b>			<b>25.796</b>

Die Positionen sonstiges setzen sich aus diversen Maßnahmen zusammen, die überwiegend Planungsleistungen enthalten bzw. Investitionen im geringen Umfang.

Eine Abgrenzung zwischen Herstellungs- und Erhaltungsaufwand wurde vorgenommen.

Für die Finanzierung der Investitionen (Eigennutzung HRO) standen im Geschäftsjahr TEUR 2.258 Kreditmittel und TEUR 12.148 Fördermittel (Bund, Land, Stadt) zur Verfügung. In den Fördermitteln sind Zuschüsse der Hanse – und Universitätsstadt Rostock in Höhe von EUR 1,2 Mio. enthalten. Da die Kreditauszahlungen teilweise nicht zeitkongruent zu den Investitionsmaßnahmen erfolgen, können Kreditmittel des Geschäftsjahres auch Investitionsmaßnahmen von Vor- bzw. Folgejahren betreffen.

#### Errichtung, Bewirtschaftung und Entwicklung von Objekten, die zur Überlassung an Dritte bestimmt sind

Der Eigenbetrieb bewirtschaftet 178 Objekte, die an fremde Dritte vermietet werden.

Mit den Mieteinnahmen dieses Geschäftsfeldes konnte der Eigenbetrieb die Objekte unterhalten sowie die laufende Instandhaltung und Instandsetzung in diesem Objektbereich gewährleisten.

Im Berichtsjahr wurden nachstehende Investitions- und wesentliche Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt:

GF	Zuordnung	Bezeichnung	TEUR
FD	Kita/Hort	Sanierung Kita Lorenzstr. 66	2.810
FD	Kita/Hort	Neubau Kita K.-Beggerow-Weg 39	1.398
FD	Kita/Hort	Sanierung Hort Putbuser Str.	1.289
FD	Kita/Hort	Neubau Kita Thierfelder Str. 1	888
FD	Kita/Hort	Sanierung Kita Lagerstr. 17	415
FD	Kita/Hort	Neubau Kita in Biestow	223
FD	Kita/Hort	Neubau Kita in W'mde, Fr. Barnewitz-Str.	108
FD	Kita/Hort	Erweiterung Kita Pawlow Str. 15a	43
FD	Kita/Hort	sonstiges	16
Teilsumme Kita/Hort			7.190
FD	Soziales	Sanierung Jugendwohnhaus W.-Barents-Str.	399
FD	Soziales	Neubau FKZ Haus 1-3 ; Schleswiger Str. 6	121
FD	Soziales/Gewerbe	sonstiges	12
Teilsumme Soziales/Gewerbe			532
<b>Gesamtsumme Fremde Dritte</b>			<b>7.722</b>

Die Positionen sonstiges setzen sich aus diversen Maßnahmen zusammen, die überwiegend Planungsleistungen enthalten.



Eine Abgrenzung zwischen Herstellungs- und Erhaltungsaufwand wurde vorgenommen.

Für die Finanzierung der Investitionen (Überlassung Dritte) standen im Geschäftsjahr TEUR 2.663 Fördermittel des Landes zur Verfügung.

Da die Kreditauszahlungen teilweise nicht zeitkongruent zu den Investitionsmaßnahmen erfolgen, können Kreditmittel des Vorjahres auch Investitionsmaßnahmen von Vor- bzw. Folgejahren betreffen.

#### Umsatzentwicklung

Jahr	Objekte Eigennutzung HRO		Objekte Überlassung Dritte		Gesamt	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
2018	34.154	72,4	13.039	27,6	47.193	
2019	34.532	69,8	14.947	30,2	49.479	
Abw.	378		1.908		2.286	4,6

Im Geschäftsfeld fremde Dritte sind die Umsatzerlöse um EUR 1,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursächlich sind im Wesentlichen die Erlöse aus dem Verkauf eines unbebauten Grundstückes. Im städtischen Geschäftsfeld sind die Umsatzerlöse um EUR 0,4 Mio. gestiegen. Sie resultieren im Wesentlichen aus höheren Mieterlösen, in Folge der (Wieder-) Inbetriebnahme von im Geschäftsjahr oder Vorjahr fertiggestellten Objekten im Bereich Schule und Sport.

Insgesamt sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. EUR gestiegen.

#### Personal

Personalbestand und Personalaufwand stellen sich wie folgt dar:

durchschnittliche Anzahl Beschäftigte		68 (Plan 77)
Löhne und Gehälter	TEUR	3.811
Soziale Abgaben	TEUR	874

Der durchschnittliche Personalbestand ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der Anstieg der Personalkosten des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorjahr um TEUR 207 beruht auf Tarifierungsanpassungen, reguläre Stufenaufstiege und Überstundenvereinbarungen wegen des erhöhten Arbeitsaufwandes.

Die gegenüber dem Planansatz geringere durchschnittliche Anzahl an Beschäftigten ist auf die Nichtbesetzung geplanter Arbeitsplätze zurückzuführen. Die Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter gestaltet sich auf Grund des am Arbeitsmarkt stetig steigenden Fachkräftemangels zusehends schwieriger.

## 2.2. Darstellung der Lage

### Vermögenslage

Der Eigenbetrieb hat zum 31.12.2019 ein Anlagevermögen in Höhe von TEUR 448.437. Die Anlagenintensität ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen:

		Vorjahr %	Berichtsjahr %
Anlagenquote	$= \frac{\text{Anlagenvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	90,9	92,2

Die hohe Anlageintensität ist für Immobilienunternehmen branchentypisch.

Im Berichtsjahr waren Zugänge aus Investitionen in Höhe von TEUR 32.817 zu verzeichnen, die die aufgeführten baulichen Investitionsmaßnahmen betreffen. Als Anlagen im Bau werden TEUR 21.599 per 31.12.2019 bilanziert.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Investitionen sowie der Anlagen im Bau wird weiterführend auch auf den Anhang verwiesen.

		Vorjahr %	Berichtsjahr %
Umlaufintensität	$= \frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	9,0	7,6

Gegenüber dem Vorjahr ist die Umlaufintensität gesunken.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.539 auf TEUR 244.486 erhöht. Die Eigenkapitalquote unter Einbeziehung von 50 % des Sonderpostens beträgt 62,2 %. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte gestiegen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals sowie der Rückstellungen wird auf den Anhang verwiesen.

### Finanzlage

Die Finanzlage des Eigenbetriebes wird mit nachstehenden Kennziffern belegt:

		Vorjahr %	Berichtsjahr %
Deckungsgrad A	$= \frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{langfristiges Vermögen}}$	67,7	67,5

	Vorjahr %	Berichtsjahr %
Deckungsgrad B = $\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) * 100}{\text{langfristiges Vermögen}}$	104,5	100,5

Bei der Berechnung der Deckungsgrade wurde der Sonderposten für Investitionszuschüsse zu jeweils hälftig dem Eigenkapital und dem Fremdkapital zugerechnet.

Im Berichtsjahr verfügte der Eigenbetrieb durchgehend über ausreichend Liquidität.

	%	%
Liquidität 1. Grades = $\frac{\text{liquide Mittel} * 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	24,0	15,3
Liquidität 2. Grades = $\frac{\text{kurzfristiges Umlaufvermögen} * 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	106,8	87,5
Liquidität 3. Grades = $\frac{\text{gesamtes Umlaufvermögen} * 100}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	127,4	105,9

Auf Grund des verringerten Finanzmittelfonds am Ende der Periode sind die Liquiditätskennzahlen im Berichtsjahr rückläufig.

Die Gegenüberstellung der Finanzrechnungen der einzelnen Geschäftsbereiche mit den Ansätzen des Wirtschaftsplanes ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt. Zusammengefasst zeigt sich folgendes Bild:

Finanzplan	Plan TEUR	Ist TEUR	Abweichung TEUR
Mittelzu-/Mittelabfluss aus			
a) laufender Geschäftstätigkeit	12.185	21.202	9.017
b) der Investitionstätigkeit	-51.151	-32.635	18.516
c) der Finanzierungstätigkeit	36.882	8.690	-28.192
	-2.084	-2.743	-659
Finanzmittelbestand am 01.01.2019	6.021	8.204	2.183
Finanzmittelbestand am 31.12.2019	3.937	5.461	1.524

Im Berichtsjahr wurden Kredite in Höhe von TEUR 2.258 aufgenommen und in Höhe von TEUR 8.299 getilgt.

Eine Erhöhung des Kassenkreditrahmens zur Sicherstellung der laufenden Zahlungsfähigkeit war in 2019 nicht erforderlich.

### Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2019 schließt der Eigenbetrieb mit einem positiven Jahresergebnis ab. Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 2.539 (VJ: TEUR 2.428). Auf das Jahresergebnis haben sich positive Effekte durch realisierte Gewinne aus Grundstücksverkäufen (TEUR 1.783), die verstärkte Einwerbung von Fördermitteln und die anhaltend günstigen Konditionen am Kapitalmarkt ausgewirkt. Daneben wurde das Ergebnis negativ beeinflusst durch den erforderlichen Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen auf 2 Objekte (TEUR -2.350) sowie infolge von notwendigen Anpassungen von Abschreibungssätzen bei Gebäuden an die entsprechenden eingeschätzten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern (TEUR -461). Diese negativen Ergebnisauswirkungen in Höhe von insgesamt TEUR 2.811 wurden durch die Korrekturen des tangierenden Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 655 teilweise kompensiert. Insgesamt lag das Jahresergebnis mit TEUR 2.274 über dem Plan.

Die an der Gesamtleistung gemessene Materialaufwandsquote beträgt 34,1 % und hat sich gegenüber dem Vorjahr (33,8 %) leicht erhöht.

Die ebenfalls an der Gesamtleistung bemessene Personalaufwandsquote beträgt zum Vorjahr fast unverändert 8,7 %.

Die an der Gesamtleistung bemessene Zinsaufwandsquote beträgt 2,1 % (Vorjahr: 2,5 %).

Die Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnung sowie der einzelnen Geschäftsbereiche mit den Ansätzen des Wirtschaftsplanes ist in der Anlage 10 dargestellt.

Die Umsatzerlöse liegen um TEUR 2.579 über dem geplanten Wert. Hierzu haben die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken wesentlich beigetragen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert die Erhöhung im Wesentlichen aus periodenfremden Erträgen sowie aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Ursächlich für die Unterschreitung des geplanten Personalaufwandes ist die Nichtbesetzung geplanter Arbeitsplätze gemäß Stellenplan.

Die Mehrabschreibungen resultieren im Wesentlichen aus den im Geschäftsjahr vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Objekt „Kita am Wäldchen“ in Höhe von TEUR -2.039. Bestehende zugehörige Investitionszuschüsse für dieses Objekt wurden ertragswirksam aufgelöst (TEUR 493).

Die Zinsaufwendungen blieben aufgrund des anhaltend günstigen Zinsniveaus sowie des gegenüber dem Planansatz geringeren Darlehensvolumens unter dem Planwert.

### Sonstiges

Die Restlaufzeiten von Investitionskrediten betragen auf Basis der vereinbarten Tilgungen und Zinsbindungsfristen rund 8 Jahre. Die hiervon betroffenen Immobilien haben eine durchschnittliche Restnutzungsdauer von 29 Jahren.



### **3. Chancen- und Risikobericht**

Der Eigenbetrieb ist vorrangig für die Ämter der Hanse- und Universitätsstadt Rostock tätig. Der Einfluss strategischer Entscheidungen und gefasster Beschlüsse der zuständigen Gremien der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist unter Chancen- und Risikoaspekten von wesentlicher Bedeutung. Die Corona-Pandemie stellt für Rostock eine große Herausforderung dar, da die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt aktuell nicht beziffert werden können. Die Bewältigung der Corona-Pandemie wird zusätzliche finanzielle Mittel im Kernhaushalt erfordern, mit der Folge, dass die Gremien der Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Realisierung anderer Projekte erneut auf den Prüfstand stellen werden.

Durch das periodische Controlling innerhalb des Eigenbetriebes werden die Entwicklungen der Gewinn- und Verlustrechnung, Liquidität, Eigenkapitalausstattung und das Geschäftsaufkommen nach festgelegten Kriterien ermittelt und analysiert.

Des Weiteren unterliegt der Eigenbetrieb auf Grund der vierteljährlichen Berichterstattung an das Amt *Zentrale Steuerung* der zentralen Risikoüberwachung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Durch das periodische Controlling und die regelmäßige Berichterstattung an die Entscheidungsträger des Eigenbetriebes und an die Stadt wird eine kontinuierliche Bewertung und Beurteilung der Risiken sichergestellt. Ggf. werden notwendige Maßnahmen daraus abgeleitet und umgesetzt.

Chancen für die Geschäftsentwicklung ergeben sich aus der in den Folgejahren geplanten wesentlichen Erweiterung des Immobilienbestandes des Eigenbetriebs. Nennenswerte Projekte sind im Geschäftsfeld HRO der Neubau eines Verwaltungsgebäudes, eines zentralen Betriebshofes und der Feuerwache I und im Geschäftsfeld Fremde Dritte der Neubau eines Theaters.

### **4. Prognosebericht**

Auf Grundlage der Daten zur Bevölkerungsentwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis Ende 2019 wurde von der Kommunalen Statistikstelle des Hauptamtes eine neue Bevölkerungsprognose für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis 2035 herausgegeben. Demnach wird von einem leichten Wachstum der Bevölkerungszahl in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgegangen, wobei die Gruppe der heute 3 bis 6-Jährigen nahezu unverändert bleibt. Die Demographie und das wirtschaftliche Wachstum in der Hansestadt lässt einen stabilen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklungen in der Immobilienwirtschaft, analog den Vorjahren, erwarten.

Der Eigenbetrieb wird auch künftig als zentraler Immobilienmanager der Hanse- und Universitätsstadt Rostock die zentrale Rolle in Bezug auf die optimale technische, kaufmännische sowie infrastrukturelle Betreuung aller von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock genutzten Immobilien einnehmen.

Auch wird der Eigenbetrieb die Bewirtschaftung nicht kommunal genutzter Bestandsimmobilien im Geschäftsfeld „Fremde Dritte“ sicherstellen und weiterentwickeln.

Die geplante Entwicklung des Immobilienbestandes durch Modernisierung, Umbau sowie Neubau von Gebäuden erfordern im Vergleich zu den Vorjahren mittelfristig höhere Investitionen. Für die Realisierung dieser Investitionen ist die Bildung von Rücklagen in den ertragsstarken Jahren von wesentlicher Bedeutung. Die Finanzierung des Investitionsvolumens bis 2020 erfolgt überwiegend durch Kreditaufnahmen und ergänzend durch Fördermittel bzw. Zuschüsse.

Im Bereich der Immobilienbewirtschaftung erwarten wir steigende Umsätze in der Hausbewirtschaftung. Ursächlich sind neben betriebsüblichen Mietanpassungen die Schaffung neuer Mietflächen im Bereich Verwaltung.

Die unverändert gute konjunkturelle Entwicklung der Bauwirtschaft führt weiterhin zu wesentlichen Preissteigerungen und damit verbunden zu nachteilhaften Auswirkungen auf den Bereich der öffentlichen Ausschreibungsverfahren. Mehrfachausschreibungen sowie Änderungen in der Terminplanung öffentlicher Bauprojekte können eine Folge sein. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) erwarten für das Jahr 2020 eine Fortsetzung des Umsatzwachstums in der Baubranche und damit einhergehend eine Dynamik in der Preisentwicklung von +4,5 % in 2020.

Für den Eigenbetrieb sind für das laufende Geschäftsjahr 2020 keine außergewöhnlichen Risiken ersichtlich, welche den Geschäftsverlauf nachhaltig negativ beeinflussen könnten. Die Betriebsleitung erwartet im Jahr 2020 ein positives Jahresergebnis. Für die Folgejahre nach 2020 kann im Zeitpunkt der Berichterstattung keine sichere Prognose abgegeben werden, da die langfristigen Auswirkungen der Corona Pandemie zum heutigen Zeitpunkt nicht mit ausreichender Sicherheit einschätzbar sind.

## **5. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Es kamen keine derivativen Finanzinstrumente zum Einsatz.

Rostock, den 12.05.2020

Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und  
-entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

  
Sigrid Hecht  
Betriebsleiterin



## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock

## **VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS**

### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019, der Finanzrechnung sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Rostock, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern sowie den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 13 KPG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und den deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.



Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;



- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

## SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

### Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V

#### Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebes i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 KPG haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes Anlass geben.

#### Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

#### Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Schwerin, den 12. Mai 2020

Baker Tilly GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
(Düsseldorf)  
Zweigniederlassung Schwerin




Anja Rodenberg  
Wirtschaftsprüferin



Dr. Siegfried Friedrich  
Wirtschaftsprüfer



# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.  
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufbereitungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Abweichend vom Wortlaut der AAB gilt hinsichtlich der Nr. 9 (2) bis einschließlich Nr. 9 (6), dass die dort vorgesehenen Haftungsbeschränkungen nicht für grob fahrlässig verursachte Schadensfälle Anwendung finden.

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD</b> <b>Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses des "Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock" für das Wirtschaftsjahr 2019</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2020	Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung	Empfehlung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Punkt 2 wird folgt ersetzt:

„2. Der Jahresgewinn in Höhe von EUR 2.539.168,44 wird in die Rücklagen eingestellt. Die geplante Ausschüttung in Höhe von EUR 1.643.265,00 an die Hansestadt Rostock verbleibt im KOE und wird als eine zweckgebundene Rücklage zum Zweck der energetischen Gebäudesanierung verwendet.“

**Sachverhalt:**

Begründung für die Dringlichkeit: Auf der Sitzung des KOE-Ausschusses am 18.11.2020 wird über Änderungen zum Haushaltsplan 2020 beraten, die dann final auf der Sitzung der Bürgerschaft am 02.12.2020 gefasst werden sollen. Um ein entsprechendes Votum des KOE-Ausschusses zu dem entsprechenden Thema zu erhalten, muss dieses Anliegen zwingend auf der Sitzung des Ausschusses am 18.11.2020 behandelt werden, da die nächste Sitzung des Ausschusses erst nach der Sitzung der Bürgerschaft erfolgen wird.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Teilhaushalt:

Produkt:

Bezeichnung:

ggf. Investitionsmaßnahme Nr.:

Bezeichnung:

Haushalts-jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf-wendungen	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen

☐ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☐ liegen nicht vor.

☒ werden nachfolgend angegeben:

Die Mindereinnahmen von 1,6 Mio. € sind im Nachtragshaushalt 2021 zu berücksichtigen.

gez. Dr. Steffen Wandschneider-Kastell  
Fraktionsvorsitzender der SPD

gez. Eva-Maria Krüger  
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.PARTEI

gez. Uwe Flachsmeyer  
Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Anlagen**  
Keine

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen  Federführendes Amt: Eigenbetrieb KOE	Beteiligt: Zentrale Steuerung Kämmereiamt Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung	
<b>Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2020 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.11.2020	Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung	Empfehlung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Änderung zum Wirtschaftsplan 2020 des „Eigenbetriebes Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ wird zugestimmt.

**Beschlussvorschriften:**

§ 22 (3) Kommunalverfassung MV,  
 § 6 Nr. 2 EigVO MV

**bereits gefasste Beschlüsse:**

2019/BV/0500, 2020/BV/0871

**Sachverhalt:**

Wesentlicher Grund für den 2. Nachtragswirtschaftsplan 2020 ist die zusätzliche Aufnahme des Projektes Ersatzneubau Vereinsgebäude des SG Motor Neptun e. V. in der Hans-Sachs-Allee. Ursprünglich war die Aufnahme des Projektes für den Wirtschaftsplan 2021 geplant.

Es besteht die Möglichkeit kurzfristig Bundesfördermittel in Höhe von mindestens 1,4 Mio. € einzuwerben. Zur Schaffung der Fördervoraussetzungen ist der Nachtrag zum Wirtschaftsplan notwendig.

Mit dem Nachtrag zum Projekt Kunsthalle wird die Finanzierung für den 2. Bauabschnitt Fassade und Außenanlagen sichergestellt. Im Ergebnis steht ein optimierter Bauablauf, welcher die Bedürfnisse der Nutzer stärker berücksichtigt und somit teilweise eine parallele Umsetzung der beiden Bauabschnitte erlaubt.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Erfolgsplan/Kernhaushalt	2020	2021	2022	2023
Neu in TEUR	292	467	488	418
Alt in TEUR	292	467	488	418
Diff. In TEUR	0	0	0	0

**Vereinsgebäude:**

Jahre	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.	Gesamt
Investitionen	150	-	1.000	2.050	-	-	3.200
davon Fördermittel	-	-	600	800	-	-	1.400
davon KOE	150	-	400	1.250			1.800

**2. BA Kunsthalle:**

Jahre	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.	Gesamt
Investitionen	80	-	500	620	-	-	1.200
davon Fördermittel	-	-	-	-	-	-	-
davon KOE	80	-	500	620	-	-	1.200

Claus Ruhe Madsen

**Anlagen**

2	Anlage NTWP 2020	öffentlich
3	Anlage Änderung	öffentlich

## Vorbericht zum Nachtragswirtschaftsplan 2020

Der „Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und –entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ (KOE) ist der zentrale Immobiliendienstleister der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Sukzessive wurden dem KOE die städtischen Immobilien übertragen. Der KOE verwaltet 368 Objekte im Stadtgebiet der Hansestadt. Insgesamt betreut der KOE im Vertragswesen zurzeit ca. 948 Mietverträge. Im Bereich Gebäudebewirtschaftung sind Firmen in ca. 1.600 Dienstleistungs- und 1.900 Wartungsverträgen gebunden. Es werden Betriebskosten in Höhe von ca. 19,5 Mio. EUR in über 556 Einzelabrechnungen an die Nutzer abgerechnet.

Die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes ist im Planjahr auf nachfolgende **Geschäftsfelder** ausgerichtet:

1. Grundstücksbewirtschaftung Fremde Dritte
2. Grundstücksbewirtschaftung HRO

Eine Vermietung kommunaler Immobilien an Vereine, Verbände, Gesellschaften und andere Gewerbetreibende werden im **ersten Geschäftsfeld „Fremde Dritte“** abgebildet.

Die Tätigkeit des Eigenbetriebes umfasst hier die Bewirtschaftung von:

- Technologie- und Forschungszentren
- Güterverkehrszentrum
- Gewerbeobjekten
- Sozial- und Freizeiteinrichtungen
- Kindertagesstätten/Hort
- sonstigen Objekten

Die Vermietung städtischer Immobilien an kommunale Ämter und Einrichtungen der Stadt werden im **zweiten Geschäftsfeld „HRO“** dargestellt.

Die Tätigkeit des Eigenbetriebes umfasst hier die Bewirtschaftung von:

- Verwaltungsgebäuden
- Schulgebäuden & Sportanlagen
- Feuerwachen
- Betriebshöfe

Diese Tätigkeitsfelder sind Grundlage für die nach Betriebszweigen aufgestellten Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Finanzrechnungen.

Die Geschäftsvorfälle werden generell objektbezogen erfasst, so dass weiterhin differenzierte Auswertungsmöglichkeiten gegeben sind.

Die Verwaltung der kommunalen Immobilien ist eine hoheitliche Tätigkeit. Als Betrieb gewerblicher Art ist der Eigenbetrieb weiterhin hauptsächlich bei der Bewirtschaftung der Technologiezentren tätig. Für die an den Eigenbetrieb übertragenen städtischen BgA-Objekte werden durch den Eigenbetrieb aus dem Buchführungssystem SAP die unterjährig erstellte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzkennziffern für steuerliche Auswertungszwecke den betreffenden Ämtern zur Verfügung gestellt.



Eine Übersicht zur Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Vorjahr, im laufenden Jahr und im Planjahr stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2018	Plan 2019	Plan 2020
GuV-Positionen	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	47.193	46.900	49.370
sonstige betriebliche Erlöse	6.411	4.440	4.935
Aufwendungen für Lieferung und Leistung	- 17.319	- 18.052	- 19.261
sonstige betriebliche Aufwendungen	- 11.808	- 10.913	- 12.187

Die im Jahr 2020 geplanten **Umsatzerlöse** beinhalten Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, aus Betriebskostenabrechnungen gegenüber fremden Dritten und der Stadtverwaltung.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus der planmäßigen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Wirtschaftsgüter.

In den **Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen** sind Betriebskosten zur Weiterberechnung für bewirtschaftete Objekte enthalten.

Im **sonstigen betrieblichen Aufwand** werden hauptsächlich die Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen an den Bewirtschaftungsobjekten gezeigt.

Die absolute Anzahl der Planstellen im **Stellenplan** 2020 beträgt 81 Mitarbeiter und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um vier Mitarbeiter erhöht. Vor dem Hintergrund des umfangreichen Sanierungsstaus an städtischen Immobilien sowie des steigenden Verwaltungs- und Abstimmungsbedarfs ist beim Eigenbetrieb zur Absicherung der zukünftigen Aufgaben eine Personalaufstockung im technischen und kaufmännischen Bereich geplant.

Der Eigenbetrieb hat eine Beschäftigte mit einem Sonderdienstvertrag.

Die **Eigenkapitalquote** entwickelt sich derzeit wie folgt:

	Ist 2017	Ist 2018	Plan 2019	Plan 2020
Eigenkapitalquote	62,3%	61,6%	59,4%	57,0%

Mit Abschluss der Immobilienübertragung haben seit 2015 nur die erwirtschafteten Jahresüberschüsse sowie die Sonderposten Auswirkungen auf die Eigenkapitalquote.

Die Auflösung der **Sonderposten** erfolgt analog der Abschreibungsdauer der Wirtschaftsgüter. Aufgrund der beantragten und bewilligten Fördermittel ist ein weiterer Anstieg geplant.

Eine Berücksichtigung von **Rückstellungen** ist im Plan nicht erfolgt. Im Wesentlichen umfasst diese Bilanzposition beim KOE Instandhaltungsaufwendungen, welche innerhalb der ersten 3 Monate des Folgejahres umgesetzt werden. Für die Verschiebungen gibt es unterschiedliche Ursachen, bspw. keine marktgerechten Angebote, Änderung der Aufgabenstellungen etc. Im Planungsansatz ist eine fristgerechte Fertigstellung unterstellt.

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen sowie nicht zwingend betriebsnotwendige Geschäftsbereiche werden nicht geführt.

Das Gesamtvolumen der Kassenkredite wird mit 4,9 Mio. EUR als genehmigungsfreier Höchstbetrag gezeigt.

Für das Planjahr ist eine Kreditermächtigung in Höhe von 21.829 TEUR erforderlich.

Im Geschäftsjahr 2020 beträgt der geplante Jahresgewinn 292 TEUR. Der KOE empfiehlt die Einstellung in die allgemeine Rücklage zum Abbau des Investitionsstaus.

Die Liquidität ist jederzeit mit Genehmigung der beantragten Kredite und des Kassenkreditrahmens gewährleistet.

Das geplante Investitionsvolumen im Jahr 2020 beträgt 59.438 TEUR. Die Finanzierung stellt sich insgesamt wie folgt dar:

Investitionskosten	59.438 TEUR
Geplante Kreditermächtigung 2020	21.829 TEUR
Kreditaufnahmen aus Kreditermächtigungen des Vorjahres	6.594 TEUR
Fördermittel	25.742 TEUR
Eigenmittel	5.273 TEUR

Im Planjahr 2020 sind keine Investitionszuschüsse der Hanse- und Universitätsstadt Rostock berücksichtigt.

Rechtsgeschäfte nach § 57 der Kommunalverfassung werden im Eigenbetrieb nicht eingegangen.

Außerplanmäßige Abschreibungen oder eine Veränderung der Abschreibungsmethode ist nicht geplant.

Der Eigenbetrieb benötigt Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 56,0 Mio. €. Davon entfallen 22,0 Mio. € auf die 4 Großprojekte Theaterneubau, Verwaltungsneubau, Neubau Berufliche Schule Alexander Schmorell und Neubau Feuerwache III.

### **1. Bereich Grundstücksbewirtschaftung Fremde Dritte**

Der im Jahr 2020 geplante Gesamtumsatz für dieses Geschäftsfeld beträgt 13,8 Mio. EUR.

	Investition	VE	Kredite alt	Kredite neu	Förderung	Eigenmittel
<b>Summe Kita/Hort</b>	<b>12.250</b>	<b>9.480</b>	<b>1.050</b>	<b>4.417</b>	<b>6.158</b>	<b>625</b>
<b>Summe Soziales/Gewerbe</b>	<b>9.500</b>	<b>14.525</b>	<b>2.300</b>	<b>2.481</b>	<b>4.163</b>	<b>556</b>
<b>Summe FD</b>	<b>21.750</b>	<b>24.005</b>	<b>3.350</b>	<b>6.898</b>	<b>10.321</b>	<b>1.181</b>

Der überwiegende Anteil der Investitionen in diesem Geschäftsfeld fließt im Jahr 2020 mit einem Betrag von 12,3 Mio. EUR in die Sanierung und den Neubau von Kita- und Horteinrichtungen. Auf den Bereich Soziales und Sonstiges entfallen 9,5 Mio. EUR. Nach Umsetzung des Investitionsprogramms ist der überwiegende Teil der Rostocker Kindertagesstätten energetisch saniert.

Nicht alle Gebäude für die Kinderbetreuung sind sanierungsfähig. Eine Modernisierung dieser Bestandsgebäude ist unwirtschaftlich und in Teilen kann der zukünftige Bedarf mit den bestehenden Flächen nicht abgesichert werden. Hierfür sind Ersatzneubauten auf städtischen Grundstücken im Hansaviertel und in Warnemünde geplant. Für das Wirtschaftsjahr 2020 sind Neubauinvestitionen zur Sicherstellung der Kinderbetreuung in Höhe von 3,35 Mio. EUR eingeordnet. Aufgrund der steigenden Geburtenrate werden zukünftig auch zusätzliche Kindertagesstätten benötigt. Ein deutlicher Anstieg benötigter Kapazitäten ist auch im Bereich Hort zu verzeichnen. Hier sind für das Planjahr Investitionen von 3,2 Mio. € für die entsprechenden Maßnahmen geplant.

Die Finanzierung im Bereich Kitas und Horte erfolgt im Planjahr im Wesentlichen über Kredite des Wirtschaftsplanes 2020 sowie Fördermittel. Die eingesetzten Eigenmittel wurden durch Einnahmen aus der gewerblichen Vermietung generiert.

Die übrige Investition entfällt auf die Sanierung des Jugendwohnhauses in der W.-Barents-Straße, den Neubau Petri-Tor, Kanuclub Gaffelschonerweg sowie auf den Theaterneubau in Höhe von 8 Mio. EUR. Für die beiden Maßnahmen Jugendwohnhaus und Petri-Tor ist im Plan eine Förderung von 4,9 Mio. EUR berücksichtigt.

### Theaterneubau

Für den Theaterneubau erfolgte in 2019 ein Architektenwettbewerb, bei dem 3 Entwürfe prämiert wurden. Mit allen 3 Bewerbern wird ein Verhandlungsverfahren aufgenommen und es wird voraussichtlich Anfang 2020 ein Gewinner bekannt gegeben. Anschließend erfolgt die Beauftragung bis zur EW-Bau für den Hochbau. Die Beauftragung der weiteren Fachplaner ist für das Ende des 1. Halbjahres 2020 vorgesehen. Das Bauvorhaben wird mit 51 Mio. € durch das Land gefördert.

### Theaterwerkstätten und Mehrgenerationenhaus

Im Rahmen der Bundesgartenschau 2025 ist auch die Entwicklung des Warnowquartiers wesentlicher Bestandteil zur Abrundung des Gesamtkonzeptes. Die HRO konnte sich erfolgreich im Rahmen einer Sonderförderung durch den Bund in Höhe von 25 Mio. € durchsetzen. Dabei handelt es sich um die Förderung „Modellvorhaben des Bundes zur Weiterentwicklung der StBau-Förderung“. Wesentliche Eckpfeiler bilden hierbei die Punkte vorbildhafte Bebauungsstruktur, vielfältige Nutzung, Nachhaltigkeit, Mobilität und urbane Nachbarschaft. In diesem Rahmen wurden die beiden Vorhaben „Mehrgenerationenhaus“ und „gläserne Theaterwerkstätten“ den Vertretern des Bundes präsentiert und eine Förderung beantragt. Für die beiden Projekte sind Bundesfördermittel in Höhe von 11,246 Mio. € berücksichtigt. Im Rahmen des Projektes ist im nächsten Schritt die Erarbeitung der ES-Bau geplant. Die Realisierung der beiden Vorhaben, vorbehaltlich Schaffung von Baurecht auf den vorgesehenen Flächen und rechtzeitige Erschließung des Grundstücks, wird voraussichtlich ab 2022 beginnen.

Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen, die den Eigenbetrieb über ein Jahr hinaus zu erheblichen Aufwendungen und Auszahlungen verpflichten, sind für das Projekt Theaterneubau geplant. Gemäß obigen Ausführungen ist der Eigenbetrieb zur Erstellung einer EW-Bau verpflichtet. Daraus ergeben sich verbindliche Ansätze für Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 8 Mio. € für 2021.

## 2. Bereich Grundstücksbewirtschaftung HRO

Im Jahr 2020 ist für dieses Geschäftsfeld ein Gesamtumsatz in Höhe von 35,6 Mio. EUR geplant.

	Investition	VE	Kredite alt	Kredite neu	Förderung	Eigenmittel
<b>Summe Schule</b>	<b>12.382</b>	<b>10.000</b>	<b>1.694</b>	<b>4.701</b>	<b>5.125</b>	<b>862</b>
<b>Summe Sport</b>	<b>9.206</b>	<b>5.260</b>	<b>-</b>	<b>1.567</b>	<b>7.296</b>	<b>343</b>
<b>Summe Verwaltung</b>	<b>16.100</b>	<b>16.750</b>	<b>1.550</b>	<b>8.663</b>	<b>3.000</b>	<b>2.887</b>
<b>Summe HRO</b>	<b>37.688</b>	<b>32.010</b>	<b>3.244</b>	<b>14.931</b>	<b>15.421</b>	<b>4.092</b>

Davon sind im Schul- und Sportstättenbereich Investitionsmaßnahmen i.H.v. 21,6 Mio. EUR geplant. Die Hansestadt Rostock ist entsprechend des Schulgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zur Wahrnehmung der Schulträgerschaft und der damit einhergehenden Absicherung eines gemäß Schulentwicklungsplan abzusichernden Schul- und Sportbetriebes verpflichtet. Daraus leitet sich gleichlautend die Pflichtaufgabe ab, Schulgebäude, Frei- und Sportanlagen bedarfsgerecht zu errichten, effektiv zu bewirtschaften und zu unterhalten.

Der größte Teil der Investitionen im Bereich Schule/Sport konzentriert sich im Planjahr mit einem Investitionsvolumen von 10,6 Mio. EUR auf fünf Bauvorhaben an den Standorten Berufsschule A.-Schmorell, Sporthalle Kopenhagener Str. 5b, Grundschule Heinrich-Heine-Straße 3, Sporthalle Kurt-Schuhmacher-Ring 161 und Schulsportanlage Sternberger Str. 10.

Andere geplante Baumaßnahmen betreffen u.a. die Sanierung bzw. den Neubau von drei Schulgebäuden in Evershagen, Dierkow und Lütten-Klein mit Investitionskosten von insgesamt 2,6 Mio. EUR. Um die Gebäude an energetische Anforderungen des Gesetzgebers anzupassen und die Bewirtschaftungskosten nachhaltig zu reduzieren, sind die Gebäude unter Maßgabe der EnEV zu ertüchtigen. Weiterhin ist zur Absicherung des Bedarfs an Schul- und Betreuungsplätzen eine Erweiterung bzw. Ersatz der Standorte vorgesehen.

Rund 5,2 Mio. EUR sind im Jahr 2020 für die Sanierung von Sporthallen im Nordosten und Nordwesten der Hansestadt geplant. Über diese Maßnahme werden als Sporthallensanierungsprogramme in den Jahren bis 2024 insgesamt 16 Sporthallen in den Stadtgebieten umfassend saniert.

Im Bereich Verwaltung sind im Wirtschaftsjahr 2020 Investitionen in Höhe von 16,1 Mio. EUR geplant. Schwerpunkte in diesem Bereich ist die Sanierung des Wasserturms, die Entwicklung und Erschließung der Feuerwache Erich-Schlesinger-Straße, Verwaltungsneubau An der Hege sowie der Neubau der Feuerwache III an der Hinrichsdorfer Str.

## **Erläuterungen zu ausgewählten Maßnahmen:**

### **Feuerwache I**

Ziel ist die Errichtung eines Zentrums für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Mit Bezug auf den überarbeiteten Feuerwehrbedarfsplan sowie der verfügbaren Flächen in der Erich-Schlesinger-Str. bietet der Standort ein optimales Potenzial zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und zur Konzentration an einem Standort. Dadurch können Doppelstrukturen, bspw. Werkstätten, Reinigungsarbeiten, Instandsetzungen der Atemgeräte, Ersatzaggregate, Verwaltungsstrukturen etc. vermieden werden. Die gesamte Maßnahme ist in 5 Baufelder unterteilt, welche in 4 Bauabschnitten umgesetzt werden sollen. Der Umfang der Baumaßnahme beläuft sich nach aktuellem Stand auf 58,5 Mio. €. Geplant ist eine sukzessive Umsetzung über einen Zeitraum von 10 Jahren.

Im 1. Bauabschnitt erfolgt die allgemeine Erschließung des Geländes sowie die Errichtung der Erweiterung der Berufsfeuerwehr hinter dem Bestandsgebäude. Kernelement des Neubaus ist die Unterbringung der neuen Leitstelle zzgl. Notfallkonferenzräumen und den entsprechenden Bedarfsstrukturen. Die Investition hat einen Umfang von 21 Mio. €. Die Bauzeit für den ersten Abschnitt ist von Ende 2019 bis Ende 2023 geplant.

Darüber hinaus werden dort die neue Atemschutzwerkstatt, ein zentrales Lager und Unterstellmöglichkeiten für Wasserfahrzeuge integriert. Nachfolgend erfolgt der Neubau der Rettungswache, welche bisher zum Teil im Bestandsgebäude untergebracht ist (2. Bauabschnitt). Im Anschluss ist der Neubau für die Freiwillige Feuerwehr und Katastrophenschutz geplant (3. Bauabschnitt). Für die Zeit der Umsetzung des 4. Bauabschnitts (Sanierung des Bestandsgebäudes) ist die Unterbringung der Berufsfeuerwehr in den Neubauten des 3. Bauabschnitts geplant.

### **Zentraler Betriebshof**

Als Zielsetzung der Planungen wurde eine Standortentwicklung des jetzigen Areals Am Westfriedhof 2 zu einem strukturierten Wirtschaftshof durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock formuliert, welcher im Ergebnis zum Hauptstandort der Ämter 66 (Amt für Verkehrsanlagen) und 67 (Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege) ausgebildet werden soll. Die derzeitigen Gebäude (Lager, Werkstatt mit Sozialgebäude) sind als abgänglich zu betrachten und bedürfen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Fachämter dringend Ersatzneubauten. Um die gestellte Aufgabe mit dem höchst möglichen Nutzen umzusetzen, ist zusätzlich die Zusammenführung der Ämter 66 und 67 am Standort

geplant. Aufgrund der Zentralisierung können Einsparungspotenziale aufgrund der Vermeidung von Doppelstrukturen, bspw. Werkstätten, Sozial- und Sanitärräume, Reduzierung der Anzahl der Standorte, genutzt werden. Des Weiteren bietet der Standort aufgrund seiner Lage und der zur Verfügung stehenden Fläche eine optimale Voraussetzung für die angestrebte Zentralisierung. Die gesamte Maßnahme umfasst ein Investitionsvolumen von 33,5 Mio. €. Die Baumaßnahme ist in 2 Bauabschnitte unterteilt. Im 1. Bauabschnitt ist der Ersatzneubau für die abgängige Werkstatt mit den dazugehörigen Sanitär- und Sozialstrukturen geplant. Darüber hinaus erfolgt die Neuordnung für die Unterbringung der Fahrzeuge (Freiflächen und Schleppdachkonstruktionen), Kaltlager und Kfz-Halle. Die Investitionskosten sind mit 15,9 Mio. € veranschlagt. Die Umsetzung der Maßnahme wird sich voraussichtlich über 4 Jahre erstrecken und 2024 abgeschlossen sein. Im 2. Bauabschnitt ist eine teilweise Zusammenführung der Verwaltungsstruktur der Ämter 66 und 67 vorgesehen.

### Verwaltungsneubau

Der KOE wurde mit der Vorbereitung und Erarbeitung eines Verwaltungsneubaus durch die Stadtverwaltung beauftragt. Die planerischen Voraussetzungen wurden bereits mit Beschluss der Rostocker Bürgerschaft im Rahmen des Quartiersblattes im Jahre 2016 geschaffen. Dort wurden explizit Bauflächen für die Erweiterung des Rathauses berücksichtigt. Mit dem beschlossenen Quartiersblatt und der Aufgabenstellung der Stadtverwaltung für einen Erweiterungsbau wurde die europaweite Ausschreibung des Architekturwettbewerbs durchgeführt. Ausgelobt wurde ein Rostocker Planungsbüro, dass mit der weiterführenden Planung beauftragt wurde.

Im Ergebnis des Architekturwettbewerbs ist die Umsetzung von 2 Baukörpern geplant, die miteinander verbunden sind. Der größere Baukörper ist in den Obergeschossen ausschließlich für die Büronutzung durch die Verwaltung, das Erdgeschoss für das Migrations- und Ortsamt inklusive dazugehöriger Tiefgarage vorgesehen. Der kleinere Baukörper („Giebelhaus“) umfasst einen Bürgerschaftssaal und ein barrierefreies Standesamt mit Trausaal. Die obere Etage ist für die Nutzung durch die Verwaltung vorgesehen. Beide Baukörper umfassen eine Bruttogeschossfläche von 18.124 m<sup>2</sup>. Die geplanten Baukosten liegen bei 49,9 Mio. € und werden mit Städtebaufördermitteln in Höhe von 15,5 Mio. € gefördert. Die voraussichtliche Fertigstellung ist für 2024 geplant.

Vor dem Hintergrund, dass größere zusammenhängende Flächen am Rostocker Immobilienmarkt nur noch sehr begrenzt zur Verfügung stehen und Neuanmietungen sich bei der Kaltmiete im Rahmen von 10 bis 12 € bewegen, kann die Hanse- und Universitätsstadt Rostock durch die Errichtung des Verwaltungsneubaus mit einer prognostizierten Kaltmiete von 9 €/m<sup>2</sup> eine kostengünstige Alternative schaffen. Des Weiteren gehört zur Gesamtbetrachtung auch, dass die Fremdanmietungen in der Regel Indexierungs- und Kleinstreparaturklauseln (ca. 10 % der Kaltmiete) enthalten und somit zusätzliche Einsparungsmöglichkeiten bietet.

### Kunsthalle

Die Kunsthalle Rostock wurde als ein quadratischer, zweigeschossiger Baukörper im Jahr 1969 nach fast 2-jähriger Bauzeit erbaut und kennzeichnet sich seither als Gebäude für die Ausstellung und Präsentation von Kunstwerken aller Art. Mit der Generalsanierung der Kunsthalle erfolgt ein umfangreicher Umbau im Inneren und Äußeren des Gebäudes. Des Weiteren wird die Barrierefreiheit hergestellt und die Außenanlagen erneuert. Die Umsetzung der Maßnahme wird in 2 Bauabschnitten erfolgen. Im 1. Bauabschnitt erfolgt die Innensanierung der Kunsthalle. Im Wesentlichen werden alle technischen Gewerke (Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektrik) erneuert, Austausch von Türen und Fenstern, Überarbeitung historischer Oberflächen und Herstellung der Barrierefreiheit. Des Weiteren erfolgt eine Optimierung der Grundfläche für zukünftige Ausstellungsansprüche. Die Investitionskosten für den 1. Bauabschnitt belaufen sich auf 7,2 Mio. €. Der Baubeginn ist im 2. Quartal 2020 vorgesehen, die Fertigstellung im 2. Quartal 2022. Für den ersten Bauabschnitt konnten Fördermittel aus dem EFRE-Programm in Höhe von 4,175 Mio. € eingeworben werden.

Im 2. Bauabschnitt ist die Fassadensanierung der angehängten Reliefplatten sowie die Neugestaltung der Außenanlagen geplant. Die Investitionskosten für den 2. Bauabschnitt sind mit 1,2 Mio. € geplant. Die Umsetzung ist vom 2. Quartal 2022 bis 2. Quartal 2024 geplant.

## **BS Schmorell**

In der Beruflichen Schule Alexander Schmorell werden Gesundheitsfachberufe, sozialpädagogische Berufe und Sozialassistenten ausgebildet. Zurzeit findet die Ausbildung an den beiden Standorten Schleswiger Str. und Danziger Str. statt. Die Gebäude in der Danziger Str. sind abgängig und nicht sanierungsfähig. Aufgrund der aktuellen Nachfrage nach den angebotenen Ausbildungsberufen sind die Schülerzahlen in den letzten Jahren deutlich gestiegen und werden voraussichtlich weiterhin steigen. Der Erweiterungsbau umfasst 24 Klassenräume, 12 Fachunterrichtsräume, 3 Gruppenräume, Lehrer- und Vorbereitungsräume. Des Weiteren ist eine Aula, Speiseraum, Bibliothek und Archiv vorgesehen. Für das Bauvorhaben sind Investitionen in Höhe von 26,25 Mio. € veranschlagt. Für das Bauvorhaben konnte eine 90%-ige Förderung vom Wirtschaftsministerium MV eingeworben werden und unterstreicht die Priorität und die überregionale Bedeutung der Beruflichen Schule und somit auch des Bauvorhabens.

## **Wasserturm**

Der Wasserturm ist ein wesentlicher Bestandteil der Rostocker Wahrzeichen. Der 1903 errichtete Wasserturm steht heute unter Denkmalschutz und wird als Depot genutzt. Aufgrund fehlerhafter und mangelnder Sanierungsarbeiten wurde das Gebäude aufgrund eindringender Feuchtigkeit über die Jahre sehr beschädigt. Im Rahmen der Einrüstung und Trocknung des Gebäudes wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme durchgeführt. Im Ergebnis weisen statische Elemente, bspw. Ringanker und Türme im oberen Bereich, Stützen im unteren Bereich und die umlaufende Fassade erhebliche Mängel auf. Wichtigste Ziele der Sanierung ist die Erneuerung des Ringankers, Herstellung der dauerhaften Standfestigkeit, Austausch defekter Steine und Fugenerneuerungen, Sanierung von 6 der 7 Türme und die Herrichtung der Außenanlagen. Die Investitionskosten belaufen sich auf 5,8 Mio. €. Die Fertigstellung ist für Ende 2021 geplant. Für die Maßnahme konnten Fördermittel aus dem Städtebauförderprogramm Denkmalschutz-Ost in Höhe von 1,836 Mio. € eingeworben werden. Der Beginn der Arbeiten ist für das 2. Quartal 2020 vorgesehen.

## **Sportkomplex Jägerbäk**

Der Sportkomplex An der Jägerbäk umfasst die Errichtung einer Zweifeldsporthalle, Schulsportfreianlagen, einen Multifunktionsplatz (Fußball, Football, Lacros) mit den dazugehörigen Sanitäreinrichtungen und optional eine Tribüne. Das Vorhaben ist in drei Bauabschnitte unterteilt. Im 1. Bauabschnitt erfolgt die Errichtung einer Zweifeldsporthalle und die Herrichtung der Schulsportfreianlagen. Aufgrund der Zusammenlegung der Ausbildung in Technischen Berufen am RBBZ und der Fertigstellung des neuen Ausbildungsgebäudes werden an diesem Standort inzwischen über 2.000 Schüler aus- und weitergebildet. Die vorhandene Infrastruktur für den Sportunterricht ist verschlissen und bietet nicht genügend Erweiterungsmöglichkeiten, um den neuen Schülerzahlen gerecht zu werden. Die Investitionskosten sind mit 6,6 Mio. € veranschlagt. Der Baubeginn ist für Ende 2020 geplant. Für das Bauvorhaben konnte eine 90%-ige Förderung vom Wirtschaftsministerium MV eingeworben werden und unterstreicht somit die Priorität und die überregionale Bedeutung der Berufsschule.

Die weiterführenden Planungen zum Multifunktionsplatz und Tribünen befinden sich derzeit in der vorbereitenden Abstimmung zwischen dem KOE und dem zuständigen Amt 40.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen im Jahr 2020 stellt sich zusammenfassend wie folgt dar:

	Investition	VE	Kredite alt	Kredite neu	Förderung	Eigenmittel
<b>Summe Schule</b>	<b>12.382</b>	<b>10.000</b>	<b>1.694</b>	<b>4.701</b>	<b>5.125</b>	<b>862</b>
<b>Summe Sport</b>	<b>9.206</b>	<b>5.260</b>	<b>-</b>	<b>1.567</b>	<b>7.296</b>	<b>343</b>
<b>Summe Verwaltung</b>	<b>16.100</b>	<b>16.750</b>	<b>1.550</b>	<b>8.663</b>	<b>3.000</b>	<b>2.887</b>
<b>Summe HRO</b>	<b>37.688</b>	<b>32.010</b>	<b>3.244</b>	<b>14.931</b>	<b>15.421</b>	<b>4.092</b>
<b>Summe Kita/Hort</b>	<b>12.250</b>	<b>9.480</b>	<b>1.050</b>	<b>4.417</b>	<b>6.158</b>	<b>625</b>
<b>Summe Soziales/Gewerbe</b>	<b>9.500</b>	<b>14.525</b>	<b>2.300</b>	<b>2.481</b>	<b>4.163</b>	<b>556</b>
<b>Summe FD</b>	<b>21.750</b>	<b>24.005</b>	<b>3.350</b>	<b>6.898</b>	<b>10.321</b>	<b>1.181</b>
<b>Gesamt</b>	<b>59.438</b>	<b>56.015</b>	<b>6.594</b>	<b>21.829</b>	<b>25.742</b>	<b>5.273</b>

Die Betriebsleitung erachtet die bisherige Grundlage zur Mietkalkulation gegenüber den Leistungen für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gemäß § 12 Abs. 5 als auskömmlich.

Sigrid Hecht  
 Betriebsleiterin

## KOE Rostock

## Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020

## Zusammenstellung der Änderungen

Der Wirtschaftsplan wird mit folgenden Festsetzungen beschlossen:

**Erfolgsplan**

Gesamtbetrag der Erträge	56.337
Gesamtbetrag der Aufwendungen	-56.045
Jahresergebnis	292

**Finanzplan**

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	51.039
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-37.333
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	13.706

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-59.438
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-59.438

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	54.165
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-10.861
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	43.304

Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-2.428
--	--------

**Festsetzungen unter Genehmigungsvorbehalt**

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit Ausnahme von Umschuldungen	21.829
--	--------

Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	4.901
--	-------

Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen	56.015
--	--------

In der Stellenübersicht ausgewiesene Stellen in Vollzeitäquivalenten	81,00
--	-------

**Sonstige Angaben**

Gesamtbetrag der aus Wirtschaftsplänen der Vorjahre voraussichtlich fortgeltenden Kreditermächtigungen	6.594
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.692
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2018	241.947
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2019 voraussichtlich	242.211
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2020 voraussichtlich	242.503



<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Erfolgsplan</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
1 Umsatzerlöse	47.193	46.900	49.370	52.074	54.505	58.377
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	-278	348	1.259	764	897	1.143
3 andere aktivierte Eigenleistungen	424	225	773	773	773	773
4 sonstige betriebliche Erträge	2.140	410	410	410	410	410
5 Materialaufwand	-17.319	-18.308	-19.566	-20.329	-21.187	-22.080
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	0	0	0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-17.319	-18.308	-19.566	-20.329	-21.187	-22.080
6 Personalaufwand	-4.478	-4.883	-5.503	-5.666	-5.951	-6.249
a) Löhne und Gehälter	-3.639	-4.002	-4.510	-4.644	-4.877	-5.121
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-839	-881	-993	-1.022	-1.074	-1.128
- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7 Abschreibungen	-16.321	-15.951	-16.988	-17.942	-18.974	-20.637
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-16.321	-15.951	-16.988	-17.942	-18.974	-20.637
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	4.272	4.030	4.525	4.640	4.932	4.917
9 sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.808	-10.913	-12.186	-12.191	-11.957	-12.500
10 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
11 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
13 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.322	-1.456	-1.724	-1.988	-2.882	-3.658
15 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-34	0	0	0	0	0
16 Ergebnis nach Steuern	2.469	403	370	545	566	496
17 sonstige Steuern	-41	-139	-78	-78	-78	-78
<b>18 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>2.428</b>	<b>264</b>	<b>292</b>	<b>467</b>	<b>488</b>	<b>418</b>
<b>Verwendung des Jahresergebnisses</b>						
Verrechnung mit dem Verlustvortrag						
Verrechnung mit dem Gewinnvortrag						
Vortrag auf neue Rechnung						
Einstellung in die Rücklagen	2.428	264	292	467	488	418
Entnahme aus den Rücklagen						
Ausschüttung an die Gemeinde						
Ausgleich durch die Gemeinde						

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Finanzplan</b>						
	Ist <b>2018</b> (Vorvorjahr)	Plan/HR <b>2019</b> (Vorjahr)	Plan <b>2020</b> (Planjahr)	Plan <b>2021</b> (1. Folgejahr)	Plan <b>2022</b> (2. Folgejahr)	Plan <b>2023</b> (3. Folgejahr)
1 Periodenergebnis	2.428	264	292	467	488	418
2 Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	16.321	15.951	16.988	17.942	18.974	20.637
3 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	444	0	0	0	0	0
4 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-2.950	-2.574	-3.574	-3.425	-2.823	-2.032
5 Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-517	0	0	0	0	0
6 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	51	0	0	0	0	0
7 Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-321	0	0	0	0	0
8 Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	0	0	0	0	0	0
9 Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0	0	0	0	0
10 Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
11 Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	41	139	78	78	78	78
12 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
13 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
14 Ertragsteuerzahlungen (-/+)	-41	-139	-78	-78	-78	-78
<b>15 Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>15.456</b>	<b>13.641</b>	<b>13.706</b>	<b>14.984</b>	<b>16.639</b>	<b>19.023</b>
16 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	552	0	0	0	0	0
17 Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
18 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
19 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-33.364	-51.151	-59.438	-105.570	-92.797	-85.544
20 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
21 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
22 Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0	0	0	0	0
23 Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0	0	0	0	0
24 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Finanzplan</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
25 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
26 Erhaltene Zinsen (+)	0	0	0	0	0	0
27 Erhaltene Dividenden (+)	0	0	0	0	0	0
<b>28 Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-32.812</b>	<b>-51.151</b>	<b>-59.438</b>	<b>-105.570</b>	<b>-92.797</b>	<b>-85.544</b>
29 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0	0	0	0	0
30 Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	0	0	0	0	0	0
31 Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	13.946	22.209	28.423	60.401	62.217	54.193
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	13.946	22.209	28.423	60.401	62.217	54.193
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
32 Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-10.525	-8.726	-9.137	-9.324	-10.027	-11.089
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
33 Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	20.944	23.398	25.742	41.547	26.800	27.114
a) von der Gemeinde	0	0	0	500	500	114
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	500	0	0	0
c) von sonstigen Dritten	20.944	23.398	25.242	41.047	26.300	27.000
34 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
35 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	-1	0	0	0	0	0
36 Gezahlte Zinsen (-)	-1.322	-1.456	-1.724	-1.988	-2.882	-3.658
37 Gezahlte Dividenden (-)	0	0	0	0	0	0
<b>38 Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>23.042</b>	<b>35.425</b>	<b>43.304</b>	<b>90.637</b>	<b>76.108</b>	<b>66.560</b>
<b>39 Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>5.686</b>	<b>-2.085</b>	<b>-2.428</b>	<b>51</b>	<b>-50</b>	<b>39</b>
40 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	2.519	8.205	6.120	3.692	3.743	3.693
<b>41 Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>8.205</b>	<b>6.120</b>	<b>3.692</b>	<b>3.743</b>	<b>3.693</b>	<b>3.732</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente						
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören						

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Bereichserfolgsplan für den Bereich HRO</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
1 Umsatzerlöse	34.154	33.553	35.611	37.823	39.403	42.054
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	287	383	1.028	554	637	662
3 andere aktivierte Eigenleistungen	324	150	587	587	587	587
4 sonstige betriebliche Erträge	1.304	0	0	0	0	0
5 Materialaufwand	-13.663	-14.348	-15.375	-15.928	-16.566	-17.228
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	0	0	0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-13.663	-14.348	-15.375	-15.928	-16.566	-17.228
6 Personalaufwand	-3.135	-3.418	-3.742	-3.853	-4.046	-4.249
a) Löhne und Gehälter	-2.547	-2.801	-3.067	-3.158	-3.316	-3.482
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung	-587	-617	-675	-695	-730	-767
7 Abschreibungen	-10.543	-10.403	-10.875	-11.416	-12.151	-13.342
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-10.543	-10.403	-10.875	-11.416	-12.151	-13.342
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	2.323	2.209	2.616	2.826	3.106	3.481
9 sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.574	-7.050	-8.700	-9.356	-9.091	-9.556
10 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
11 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
13 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-983	-1.066	-1.138	-1.225	-1.867	-2.397
15 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
16 Ergebnis nach Steuern	1.494	11	12	12	12	12
17 sonstige Steuern	-11	-11	-12	-12	-12	-12
18 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.483	0	0	0	0	0
<b>Verwendung des Jahresergebnisses</b>						
Verrechnung mit dem Verlustvortrag						
Verrechnung mit dem Gewinnvortrag						
Vortrag auf neue Rechnung						
Einstellung in die Rücklagen	1.483	0	0	0	0	0
Entnahme aus den Rücklagen						
Ausschüttung an die Gemeinde						
Ausgleich durch die Gemeinde						

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Bereichserfolgsplan für den Bereich Dritte</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
1 Umsatzerlöse	13.039	13.346	13.759	14.251	15.102	16.323
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	-566	-35	231	210	260	481
3 andere aktivierte Eigenleistungen	100	75	186	186	186	186
4 sonstige betriebliche Erträge	835	410	410	410	410	410
5 Materialaufwand	-3.656	-3.960	-4.191	-4.401	-4.621	-4.852
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	0	0	0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.656	-3.960	-4.191	-4.401	-4.621	-4.852
6 Personalaufwand	-1.343	-1.465	-1.761	-1.813	-1.905	-2.000
a) Löhne und Gehälter	-1.092	-1.201	-1.443	-1.486	-1.561	-1.639
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung	-252	-264	-318	-327	-344	-361
7 Abschreibungen	-5.779	-5.548	-6.113	-6.526	-6.823	-7.295
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.779	-5.548	-6.113	-6.526	-6.823	-7.295
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
8 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	1.949	1.821	1.909	1.814	1.826	1.436
9 sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.233	-3.863	-3.486	-2.835	-2.866	-2.944
10 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
11 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0
13 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-339	-391	-586	-763	-1.015	-1.261
15 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-34	0	0	0	0	0
16 Ergebnis nach Steuern	974	392	358	533	554	484
17 sonstige Steuern	-30	-128	-66	-66	-66	-66
18 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	944	264	292	467	488	418
<b>Verwendung des Jahresergebnisses</b>						
Verrechnung mit dem Verlustvortrag						
Verrechnung mit dem Gewinnvortrag						
Vortrag auf neue Rechnung						
Einstellung in die Rücklagen	944	264	292	467	488	418
Entnahme aus den Rücklagen						
Ausschüttung an die Gemeinde						
Ausgleich durch die Gemeinde						

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Bereichsfinanzplan für den Bereich HRO</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
1 Periodenergebnis	1.483	0	0	0	0	0
2 Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	10.543	10.403	10.875	11.416	12.151	13.342
3 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	610					
4 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-1.340	-1.144	-2.065	-2.188	-1.826	-1.671
5 Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.695					
6 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	794					
7 Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-165	0	0	0	0	0
8 Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	0	0	0	0	0	0
9 Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0	0	0	0	0
10 Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
11 Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	11	11	12	12	12	12
12 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
13 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
14 Ertragsteuerzahlungen (-/+)	-11	-11	-12	-12	-12	-12
<b>15 Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>7.231</b>	<b>9.260</b>	<b>8.810</b>	<b>9.228</b>	<b>10.325</b>	<b>11.671</b>
16 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	220	0	0	0	0	0
17 Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
18 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
19 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-24.904	-33.996	-37.688	-71.060	-58.972	-40.064
20 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
21 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
22 Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0	0	0	0	0
23 Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0	0	0	0	0
24 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Bereichsfinanzplan für den Bereich HRO</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
25 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
26 Erhaltene Zinsen (+)	0	0	0	0	0	0
27 Erhaltene Dividenden (+)	0	0	0	0	0	0
<b>28 Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-24.684</b>	<b>-33.996</b>	<b>-37.688</b>	<b>-71.060</b>	<b>-58.972</b>	<b>-40.064</b>
29 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0	0	0	0	0
30 Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	0	0	0	0	0	0
31 Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	8.333	10.514	18.175	38.181	42.202	30.285
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	8.333	10.514	18.175	38.181	42.202	30.285
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
32 Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-7.650	-6.019	-6.008	-5.872	-6.238	-6.859
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
33 Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	17.127	19.798	15.421	30.747	14.550	7.364
a) von der Gemeinde	0	0	0	500	500	114
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
c) von sonstigen Dritten	17.127	19.798	15.421	30.247	14.050	7.250
34 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
35 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
36 Gezahlte Zinsen (-)	-983	-1.066	-1.138	-1.225	-1.867	-2.397
37 Gezahlte Dividenden (-)	0	0	0	0	0	0
<b>38 Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>16.827</b>	<b>23.227</b>	<b>26.451</b>	<b>61.832</b>	<b>48.647</b>	<b>28.393</b>
<b>39 Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>-627</b>	<b>-1.509</b>	<b>-2.428</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
40 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	6.243	5.616	2.428	0	0	0
<b>41 Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>5.616</b>	<b>4.108</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente						
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören						

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Bereichsfinanzplan für den Bereich Dritte</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
1 Periodenergebnis	944	264	292	467	488	418
2 Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.778	5.548	6.113	6.526	6.823	7.295
3 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-166					
4 Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-1.610	-1.430	-1.509	-1.237	-997	-361
5 Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	4.178					
6 Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-743					
7 Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-156	0	0	0	0	0
8 Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	0	0	0	0	0	0
9 Sonstige Beteiligungserträge (-)	0	0	0	0	0	0
10 Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
11 Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	30	128	66	66	66	66
12 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
13 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
14 Ertragsteuerzahlungen (-/+)	-30	-128	-66	-66	-66	-66
<b>15 Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>8.225</b>	<b>4.382</b>	<b>4.896</b>	<b>5.756</b>	<b>6.314</b>	<b>7.352</b>
16 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	332	0	0	0	0	0
17 Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
18 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
19 Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-8.460	-17.155	-21.750	-34.510	-33.825	-45.480
20 Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	0	0	0	0	0	0
21 Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)	0	0	0	0	0	0
22 Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)	0	0	0	0	0	0
23 Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)	0	0	0	0	0	0
24 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0



<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Bereichsfinanzplan für den Bereich Dritte</b>						
	Ist 2018 (Vorvorjahr)	Plan/HR 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)
25 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	0	0	0	0	0	0
26 Erhaltene Zinsen (+)	0	0	0	0	0	0
27 Erhaltene Dividenden (+)	0	0	0	0	0	0
<b>28 Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-8.128</b>	<b>-17.155</b>	<b>-21.750</b>	<b>-34.510</b>	<b>-33.825</b>	<b>-45.480</b>
29 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)	0	0	0	0	0	0
30 Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)	0	0	0	0	0	0
31 Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	5.613	11.695	10.248	22.220	20.015	23.908
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.613	11.695	10.248	22.220	20.015	23.908
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
32 Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-2.875	-2.707	-3.129	-3.452	-3.789	-4.230
- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
33 Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)	3.817	3.600	10.321	10.800	12.250	19.750
a) von der Gemeinde	0	0	0	0	0	0
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	500	0	0	0
c) von sonstigen Dritten	3.817	3.600	9.821	10.800	12.250	19.750
34 Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)	0	0	0	0	0	0
35 Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)	-1	0	0	0	0	0
36 Gezahlte Zinsen (-)	-339	-391	-586	-763	-1.015	-1.261
37 Gezahlte Dividenden (-)	0	0	0	0	0	0
<b>38 Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>6.215</b>	<b>12.197</b>	<b>16.854</b>	<b>28.805</b>	<b>27.461</b>	<b>38.167</b>
<b>39 Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>6.312</b>	<b>-576</b>	<b>0</b>	<b>51</b>	<b>-50</b>	<b>39</b>
40 Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	-3.724	2.588	3.692	3.692	3.743	3.693
<b>41 Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>2.588</b>	<b>2.012</b>	<b>3.692</b>	<b>3.743</b>	<b>3.693</b>	<b>3.731</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>						
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente						
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören						

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Übersicht über die internen Leistungsbeziehungen</b>					
	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	Summe
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
<b>Summe</b>					

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen</b>							
Veranschlagung	in Höhe von	bisher in Anspruch genommen	davon zahlungswirksam im Wirtschaftsjahr				
			<b>2020</b> (Planjahr)	<b>2021</b> (1. Folgejahr)	<b>2022</b> (2. Folgejahr)	<b>2023</b> (3. Folgejahr)	<b>ab 2024</b> (Folgejahre)
im Wirtschaftsplan 2016							
im Wirtschaftsplan 2017							
im Wirtschaftsplan 2018							
im Wirtschaftsplan 2019							
<b>im Planjahr 2020</b>	<b>56.015</b>			<b>56.015</b>			
Summe							
davon finanziert durch Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							



**KOE Rostock**  
**Jahresabschluss zum 31.12.2018**  
**Bilanz in TEUR**

<b>Aktivseite</b>	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>435.054</b>	<b>418.242</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	58	87
1. selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	58	87
3. Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
4. geleistete Anzahlungen	-	-
II. Sachanlagen	434.995	418.155
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	399.257	385.998
2. technische Anlagen und Maschinen	95	132
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.498	11.243
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.146	20.781
III. Finanzanlagen	-	-
1. Beteiligungen	-	-
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-
4. sonstige Ausleihungen	-	-
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>43.065</b>	<b>36.875</b>
I. Vorräte	23.817	24.100
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	-
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	6.948	7.238
3. fertige Erzeugnisse und Waren	16.758	16.853
4. geleistete Anzahlungen	111	9
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.044	10.255
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	96	938
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
3. Forderungen gegen die Gemeinde	2.085	152
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
4. sonstige Vermögensgegenstände	8.863	9.166
III. Wertpapiere	-	-
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	8.204	2.520
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>512</b>	<b>502</b>
<b>D. Aktive latente Steuern</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
	<b>478.631</b>	<b>455.619</b>

Vordrucke

Beschluss vom:

Seite 14 von 20

Angaben in TEUR

Aktenmappe - 431 von 751

**KOE Rostock**  
**Jahresabschluss zum 31.12.2018**  
**Bilanz in TEUR**

<b>Passivseite</b>	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
A. Eigenkapital	241.947	239.519
II. Kapitalrücklage	239.519	239.043
III. Gewinnrücklage		
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.428	476
B. Sonderposten	105.456	88.785
I. Ertragszuschüsse		
II. zum Anlagevermögen	105.456	88.785
1. Baukostenzuschüsse, Kostenerstattungen, Beiträge u. a.		
2. Investitionszuschüsse	105.456	88.785
C. Rückstellungen	3.124	2.681
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
2. Steuerrückstellungen	16	16
3. sonstige Rückstellungen	3.108	2.665
D. Verbindlichkeiten	127.717	123.539
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	104.613	101.193
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	96.212	8.967
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	17.452	17.693
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	17.693
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.543	3.720
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	228	3.647
4. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		-
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		-
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		-
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		-
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	55	157
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
7. sonstige Verbindlichkeiten	1.054	777
davon aus Steuern	-	-
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	-	-
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
E. Rechnungsabgrenzungsposten	387	1.094
F. Passive latente Steuern		
	478.631	455.619

Vordrucke

Beschluss vom:

Seite 15 von 20

Angaben in TEUR

Aktenmappe - 432 von 751

<b>KOE Rostock</b> <b>Jahresabschluss zum 31.12.2018</b> <b>Gewinn- und Verlustrechnung in TEUR</b>			
		<b>2018</b>	<b>2017</b>
1	Umsatzerlöse	47.193	45.711
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	- 278	107
3	andere aktivierte Eigenleistungen	424	360
4	sonstige betriebliche Erträge	2.140	1.477
5	Materialaufwand	- 17.319	- 17.283
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 17.319	- 17.283
6	Personalaufwand	- 4.478	- 4.053
	a) Löhne und Gehälter	- 3.639	- 3.290
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 839	- 763
	- davon für Altersversorgung		
7	Abschreibungen	- 16.321	- 15.414
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
	- davon außerplanmäßig		
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	- 16.321	- 15.414
	- davon außerplanmäßig	- 851	- 674
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	4.272	13.318
9	sonstige betriebliche Aufwendungen	- 11.808	- 22.076
10	Erträge aus Beteiligungen	-	-
11	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-
12	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1
13	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.322	- 1.471
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 34	
16	Ergebnis nach Steuern	-	
17	sonstige Steuern	- 41	- 199
18	<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>2.428</b>	<b>476</b>

<b>KOE Rostock</b> <b>Jahresabschluss zum 31.12.2018</b> <b>Finanzrechnung in TEUR</b>			
		<b>2018</b>	<b>2017</b>
1	Periodenergebnis	2.428	476
2	Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	16.321	15.414
3	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	443	745
4	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	0	447
5	Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-517	-8.125
6	Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	51	634
7	Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-321	-826
8	Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	1.322	1.470
9	Auflösung (-)/ Zuschreibung (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-4.272	-3.487
10	Aufwendungen (+) / Erträge (-) aus außerordentlichen Posten		
11	Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)		
12	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)		
13	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)		
14	Ertragsteuerzahlungen (-/+)		
<b>15</b>	<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>15.455</b>	<b>6.748</b>
16	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)	552	15.145
17	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)		
18	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)		
19	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-33.364	-31.470
20	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)		
21	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (-)		
22	Einzahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (+)		
23	Auszahlungen aufgr. v. Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (-)		
24	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)		
25	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)		
26	Erhaltene Zinsen (+)		1
27	Einzahlung aus Sonderposten zum Anlagevermögen	20.944	13.623
<b>28</b>	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.868</b>	<b>-2.701</b>
29	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (+)		
30	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen (-)		
31	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	13.946	16.716
	- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
	- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
32	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-)	-10.526	-11.476
	- davon für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
	- davon zur Umschuldung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
33	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (+)		
	a) von der Gemeinde	-1	-9.830
	b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
	c) von sonstigen Dritten		
34	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten (+)		
35	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten (-)		
36	Gezahlte Zinsen (-)	-1.322	-1.471
37	Gezahlte Dividenden (-)		
<b>38</b>	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>2.097</b>	<b>-6.061</b>
<b>39</b>	<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>5.684</b>	<b>-2.014</b>
40	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds (+/-)		
41	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	2.520	4.534
<b>42</b>	<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>8.204</b>	<b>2.520</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>			
	Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.204	2.520
	jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie andere kurzfristige Kreditaufnahmen, die zur Disposition der liquiden Mittel gehören		0



<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Anlagenübersicht in TEUR</b>													
	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen						Restbuchwerte	
	Stand am 31.12.2017	Zuänge im Jahr 2018	Abgänge im Jahr 2018	Umbuchun- gen im Jahr 2018	Stand am 31.12.2018	kumulierter Stand am 31.12.2017	Zuschreibun- gen im Jahr 2018	Abschreibun- gen im Jahr 2018	Umbuchun- gen im Jahr 2018	kumuliert auf Abgänge bis 31.12.2018	außerplan- mäßig bis 31.12.2018	Stand am 31.12.2017	Stand am 31.12.2018
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>1.359</b>	<b>112</b>	-	-	<b>1.471</b>	<b>1.271</b>	-	<b>141</b>	-	-	-	<b>88</b>	59
selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.359	112	-	-	1.471	1.271	-	141	-	-	-	88	59
Geschäfts- oder Firmenwert	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
geleistete Anzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Sachanlagen</b>	<b>533.266</b>	<b>33.251</b>	<b>1.230</b>	-	<b>565.287</b>	<b>115.111</b>	-	<b>16.179</b>	-	<b>1.000</b>	<b>851</b>	<b>418.155</b>	<b>434.997</b>
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	487.005	1.210	354	26.922	514.783	101.007	-	14.673	-	153	851	385.998	399.256
technische Anlagen und Maschinen	1.659	-	-	-	1.659	1.527	-	37	-	-	-	132	95
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.821	252	875	500	23.698	12.577	-	1.469	-	847	-	11.244	10.499
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.781	31.789	1	- 27.422	25.147	-	-	-	-	-	-	20.781	25.147
<b>Finanzanlagen</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
sonstige Ausleihungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Summe</b>	<b>534.625</b>	<b>33.363</b>	<b>1.230</b>	-	<b>566.758</b>	<b>116.382</b>	-	<b>16.320</b>	-	<b>1.000</b>	<b>851</b>	<b>418.243</b>	<b>435.056</b>

**KOE Rostock**  
**Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020**  
**Forderungsübersicht in TEUR**

	Bilanzwert am		Wertberichtigungen
	31.12.2018	31.12.2017	
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>96</b>	<b>938</b>	<b>9</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	96	938	9
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	
<b>Forderungen gegen die Gemeinde</b>	<b>2.085</b>	<b>152</b>	<b>0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	2.085	152	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>8.863</b>	<b>9.166</b>	<b>0</b>
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	8.863	9.166	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0	0
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0	0
<b>Summe</b>	<b>11.044</b>	<b>10.256</b>	<b>9</b>

<b>KOE Rostock</b> <b>Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020</b> <b>Verbindlichkeitenübersicht in TEUR</b>				
	Bilanzwert am		Sicherung durch Pfandrechte o. ä.	
	31.12.2018	31.12.2017	Höhe	Art/Form
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>104.612</b>	<b>101.193</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	8.401	8.967		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	28.441	29.839		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	67.770	62.387		
<b>erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen</b>	<b>17.452</b>	<b>17.693</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	17.452	17.693		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>4.543</b>	<b>3.720</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	4.314	3.647		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	228	72		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	1	1		
<b>Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde</b>	<b>55</b>	<b>157</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	55	157		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren	0	0		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	0	0		
<b>sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>1.054</b>	<b>777</b>		
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	1.054	777		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bis zu fünf Jahren				
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren				
<b>Summe</b>	<b>127.716</b>	<b>123.540</b>		

Maßnahmenübersicht zum  
Nachtragswirtschaftsplan 2020

Maßnahme	Straße	Gesamt- investition	Seite
Ersatzneubau Berufsschule Schmorell	Schleswiger Straße 5	26.250	1
Außenanlagen Schulhof Hundertwasser	Sternberger Str. 10	2.400	2
Sanierung und Umbau Schulgebäude	M.-Gorki-Str. 67	7.212	3
Anbau Aufzug Schulgebäude	Maxim-Gorki 69	563	4
Außenanlagen Schulhof	Maxim-Gorki 67/68	4.250	5
Ersatzneubau Käthe-Kollwitz-Gymnasium	H.-Tessenow-Str.47	13.800	6
Anbau Foyer Berufsschule Wirtschaft	S.-Jantzen-Ring 3-4	1.100	7
Sanierung Schule	Alter Markt 1	11.250	8
Sanierung und Erweiterung Schule	H.-Heine-Str.3	7.900	9
Erweiterung Schule	Kopenhagener Str. 3	3.800	10
Neubau Sportkomplex Sporthalle und Schulesportplatz	An der Jägerbäk	6.600	11
Neubau Funktionsgebäude und Schulsportplatz	Sternbergerstr.10	2.026	12
Neubau Schulsportanlage	Kopenhagener Straße 5	1.100	13
Generalsanierung Hockeyplatz	Danziger Str.	1.000	14
Sanierung Sporthalle	Heinrich-Tessenow-Straße 47 a	2.050	15
Sanierung Sporthalle	Kopenhagener Straße 5 b	6.310	15
Sanierung Sporthalle	Kurt-Schumacher-Ring 161	2.035	15
Sanierung Sporthalle	Olof-Palme-Straße 19	2.100	15
Sanierung Sporthalle	Olof-Palme-Straße 24	2.100	15
Erneuerung Entwässerung Sporthalle	Robert-Koch-Str.	500	16
Sanierung Olympia-Stützpunkt	Kopernikusstraße 17	1.200	17
Ersatzneubau Vereinsgebäude	Hans-Sachs-Allee	3.200	18
Sanierung und Erweiterung 0-1. BA Feuerwehr	Erich-Schlesinger-Straße 24	21.000	19
Neubau Freiwillige Feuerwehr	Warnowenn 1	3.300	20
Neubau Außenstützpunkt NW OE 66/67	An der Stadtautobahn	1.650	21
Sanierung/Erweiterung zentraler Betriebshof OE 66/67	Am Westfriedhof	15.900	22
Fassadensanierung Wasserturm	Blücherstraße 43	5.800	23
Neubau Verwaltungsgebäude	An der Hege 9	49.900	24
Sanierung 1. BA Kunsthalle	Hamburger Straße 40	7.200	25
Neubau Feuerwehr Dierkow	Hinrichsdorfer Str.	27.351	26
Übungsgelände Feuerwehrausbildung	Am Bhf. Bramow 8-9	2.000	27
Neubau Außenstützpunkt NO OE 66/67	Sandornweg	1.900	28
Sanierung 2. BA Kunsthalle	Hamburger Straße 40	1.200	29
Sanierung / Umbau Kita	Lagerstraße 17	4.660	30
Erweiterung Kita	Schweriner Str.	4.800	30
Sanierung / Umbau Kita	Lorenzstraße 66	6.400	30
Neubau Kita	Weidengrund	3.100	30
Ersatzneubau Kita	F.Barnewitz Str.	4.000	30
Neubau Horgebäude	John-Schehr-Str. 10	5.000	31
Neubau Horgebäude	P.-Picasso-Str. 43	5.500	31
Neubau Horgebäude	St.-Jantzen-Ring 5-6	4.000	31
Neubau Hortgebäude	Taklerring 43	7.800	31
Neubau Mehrgenerationenhaus	Warnowquartier	18.737	32
Sanierung Jugendwohnheim	Willem-Barents-Straße 27	3.800	33
Sanierung und Umbau Gemeinschaftshaus	R.-Amundsenstr.	3.850	34
Sanierung Business Center	F.-Barnewitz-Str.	3.500	35
Neubau Petritor	Slüterstr.1	6.400	36
Neubau Kinder- & Jugendnotdienst	P.-Neruda-Str.	3.800	37
Sanierung und Umbau Vereinsgebäude	Gaffelschonerweg 6	3.503	38
Neubau Volkstheater	Bussbart	110.000	39
Neubau Theaterwerkstatt	Warnowquartier	15.000	40

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2002_Neubau A. Schmorell			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Die BS A.-Schmorell nutzt zurzeit neben der Schleswiger-Str. 4 Schulgebäude in der Danziger Str. welche nicht mehr sanierungsfähig sind. Außerdem ist eine Erweiterung dieser Ausbildungseinrichtung und die Anpassung an eine zeitgemäße Ausbildung von medizinischen Fachpersonal zwingend erforderlich. Für die Gebäude in der Danziger Str. wird ein Ersatzneubau in unmittelbarer Nähe zum Hauptgebäude der BS auf dem Gelände des jetzigen Kinderheims errichtet. Mit den Baumaßnahmen soll 2020 begonnen werden. Die Maßnahme wird mit einer 90%igen Förderung durch das Wirtschaftsministerium gefördert. Der Kabinettsbeschluss liegt vor. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Der Neubau ist im Vergleich zur Sanierung die wirtschaftlichste Alternative.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	26.250	1.000	2.500	6.000	6.500	6.500	3.750
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	26.250	1.000	2.500	6.000	6.500	6.500	3.750
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				3.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	26.250	1.000	2.500	6.000	6.500	6.500	3.750
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.696	750	-	400	150	146	250
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	23.600	-	2.500	5.550	6.250	6.250	3.050
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) GRW-Förderung	23.600	-	2.500	5.550	6.250	6.250	3.050
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	954	250	-	50	100	104	450
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		6	11	14	18	21	489
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	2006_Sanierung Sternberger Str. 10 Außenanlagen			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Schulgebäude ist saniert, die Außenanlagen sind unsaniert. Es ist konzeptionell angedacht, die Freianlagen in zwei Pausenbereich zu unterteilen. Dabei soll der vorhandene Pausenhof vornehmlich von den älteren Schülern genutzt werden und der hintere Bereich den jüngeren Schülern zur Verfügung stehen. Des Weiteren werden im Rahmen des Projekts die Regen- und Schutzentwässerung sowie die Einfriedung neu angelegt. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Schulentwicklungsplanes.						
Alternativen zur Herrichtung des Grundstücks bestehen aufgrund der erforderlichen Anbindung an die Schule nicht.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	2.400	-	200	900	1.300	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	2.400	-	200	900	1.300	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				400			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	2.400	-	200	900	1.300	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	2.201	-	100	851	1.250	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) StBau-Förderung	-	-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	199	-	100	49	50	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustausgleich							
Leistungsvergütung		0	1	8	24	166	166
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2017_Sanierung M.-Gorki-Str. 67			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Gebäude ist unsaniert und teilweise für die Hortnutzung vermietet. Geplant ist eine Generalsanierung nach dessen Abschluss das Gebäude wieder voll vermietet werden soll. Für die zukünftige Nutzung ist die Unterbringung von Hort, Jugendclub und dem Fachgymnasium der BS Dienstleistung und Gewerbe. Die zuständigen Ämter 40 und 50 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Die Sanierung ist die wirtschaftlichste Variante.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	7.212	50	700	3.500	2.962	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	7.212	50	700	3.500	2.962	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	7.212	50	700	3.500	2.962	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	6.648	-	500	3.410	2.738	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-		-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-		-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten	-		-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	565	50	200	90	225	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	0		4	33	79	195	195
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2017_Anbau Aufzug M.-Gorki-Str. 69			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Aufgrund des fehlenden Aufzugs ist die Barrierefreiheit nicht gegeben und muss hergsetllt werden. Das zuständige Amt 40 ist in den Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Schulentwicklungsplanes.						
Aus den zur Auswahl standenen Varianten wurde die wirtschaftlichste ausgewählt. Die zuständigen Fachämter haben die Planung bestätigt.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	563	331	232	-	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	563	331	232	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				-	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	563	331	232	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	394	200	194	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten	-	-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	169	131	38	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung		2	32	62	62	62	62
Ausschüttung							



KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	2017_ Außenanlagen M.-Gorki-Str. 67-68			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	In den vergangenen Jahren erfolgte bereits die Sanierung der Schulgebäude 69 und 68. Im letzten Abschnitt ist die Generalsanierung der M.-Gorki-Szr. 67 geplant. Zur abschließenden Herrichtung des Schulcampus M.-Gorki-Str. 67-68 ist die sukzessive Sanierung und Neugestaltung der Außenanlagen geplant. Wesentlicher Bestandteil ist dabei auch die Erneuerung der Regen-, Schmutz- und Trinkwasserversorgung. Die Umsetzung erfolgt in zwei Bauabschnitten, 1. Bauabschnitt Freianlagen M.-Gorki-Str. 68 in den Jahren 2020 & 2021 und der 2. Bauabschnitt M.-Gorki-Str. 67 2022 bis 2024. Das Projekt bildet den Abschluss der im Schulentwicklungsplan ausgewiesenen Maßnahmen.						
Alternativen zur Herrichtung des Grundstücks bestehen aufgrund der zwingenden Anbindung an die Schule nicht. Die zuständigen Fachämter sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	4.250	80	950	1.750	150	1.000	320
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	4.250	80	950	1.750	150	1.000	320
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				800			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	4.250	80	950	1.750	150	1.000	320
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	3.850	-	850	1.650	100	950	300
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten	-	-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	400	80	100	100	50	50	20
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		0	6	25	192	200	291
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2018_Ersatzneubau Heinrich-Tessenow-Str.			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das K.-Kollwitz-Gymnasium nutzt als Nebenstelle einen in den 90-iger Jahren errichteten Containerbau, der stark sanierungsbedürftig ist und nicht mehr den aktuellen Anforderungen der schulischen Ausbildung entspricht. Es wird ein Ersatz- und Erweiterungsbau auf dem benachbarten Gelände des Hauptgebäudes der Schule in der H.-Tessenow-Str. realisiert. Zum Schluss sind nach dem Rückbau des Containers die Außenanlagen neu herzurichten. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Schulentwicklungsplanes.						
Der vorhandene Containerbau ist nicht zu sanieren. Der Neubau ist alternativlos.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	13.800	600	1.000	5.000	5.000	2.200	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	13.800	600	1.000	5.000	5.000	2.200	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				2.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	13.800	600	1.000	5.000	5.000	2.200	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	11.435	500	300	3.863	4.681	2.091	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.500	-	600	900	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) St-Bau-FM	1.500	-	600	900	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	866	100	100	238	319	109	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung		4	10	41	105	463	478
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2021_Foyer S.-Jantzen-Ring 3-4			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Schulgebäude ist saniert und wird im Eingangsbereich um ein Foyer erweitert. Diese bauliche Lösung wurden in den letzten Jahren mehrfach an baugleichen Schulen umgesetzt und hat sich bewährt. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Die Maßnahme wird durch das Wirtschaftsministerium mit einer 90%igen Förderung unterstützt.						
Zur Sicherung des notwendigen Raumbedarfes ist der Anbau eines Foyers an das sanierte Schulgebäude die wirtschaftlichste Alternative.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.100	200	300	600	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.100	200	300	600	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				300			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.100	200	300	600	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	75	-	-	75	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	950	-	450	500	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) GRW-Förderung	950	-	450	500	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	75	200	- 150	25	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	0	0	62	123	123	123	123
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2024_Sanierung Alter Markt			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Gebäude ist unsaniert. Sanierung der Außenhülle incl. Klimaschutzmaßnahmen nach EnEV, Erneuerung der technischen Anlagen nach aktuellem Standard, kompletter Innenausbau incl. funktioneller Umgestaltung, barrierefreier Zugang zum Gebäude, Schadstoffsanierung und Beseitigung von Brandlasten. Dabei sind die Auflagen des Denkmalschutzes zu beachten. Zur Erweiterung der Raumkapazitäten werden gleichzeitig das Kellergeschoss und das Dachgeschoss ausgebaut. Im Kellergeschoss erfolgt dies nach umfangreicher Sanierung, insbesondere der Wände und der Erneuerung des Unterbetons. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Schulentwicklungsplanes.						
Aufgrund fehlender Freiflächen im Innenstadtbereich ist die Sanierung des Schulgebäudes die einzige Möglichkeit die Bedarfe zu decken.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	11.250	500	2.000	2.000	5.000	1.750	
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	11.250	500	2.000	2.000	5.000	1.750	
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	11.250	500	2.000	2.000	5.000	1.750	
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	10.415	-	1.901	1.915	4.913	1.686	
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten	-	-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	835	500	99	85	87	64	
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	0	14	43	94	144	437	
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2031_San./Erw. H.-Heine-Straße 3			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das bestehende Gebäude ist unsaniert. Derzeit befindet sich die Sanierung sowie der Erweiterungsneubau in der planmäßigen Umsetzung. Somit können die Container wie geplant zum neuen Schuljahr zurückgebaut werden. Das zuständige Amt 40 hat die Planung bestätigt. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Schulentwicklungsplanes.						
Aufgrund fehlender Freiflächen im Einzugsgebiet gibt es zur Sanierung und Erweiterung des bestehenden Schulgebäudes keine Alternativen.							ja
Das Projekt befindet sich in der Umsetzung.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	7.900	4.600	3.300	-	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	7.900	4.600	3.300	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				-	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	7.900	4.600	3.300	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.950	450	1.500	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	5.075	3.500	1.575	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) EFRE-Förderung	5.075	3.500	1.575	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	875	650	225	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		3	115	224	224	224	224
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2035_Erweiterung Kopenhagener Str. 3			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Neubau auf Freifläche. Aufgrund steigender Schülerzahlen ist ein Erweiterungsbau geplant. Da es sich hierbei um eine dauerhafte Entwicklung handelt, wurde von einer Interimslösung abgesehen. Diese bauliche Lösung wurde bereits in der Turkuer Str. umgesetzt. Das zuständige Amt 40 ist in den Planungsprozess eingebunden.						
Nach Abstimmung mit dem Fachamt war keine der geprüften Varianten umsetzbar. Da die Flächen an der Schule ein Wiederholungsprojekt erlauben, können Einsparungen bei den Planungskosten generiert werden.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.800	100	1.200	2.500	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.800	100	1.200	2.500	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.800	100	1.200	2.500	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	3.500	-	1.050	2.450	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten	-	-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	300	100	150	50	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung	0	8	104	193	193	193	193
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2054_Sportanlage BS Bautechnik - NB Sportkomplex			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Nach der Zusammenlegung der Ausbildung in Technischen Berufen am RBBZ und der Fertigstellung des neuen Ausbildungsgebäudes werden an diesem Standort über 2.000 Schüler aus- und weitergebildet. Die für die ganzheitliche Ausbildung notwendigen Sporteinrichtungen sind verschlissen und zu klein. So stehen auf dem Gelände des RBBZ nur eine kleine Einfeldsporthalle zur Verfügung, auf dem Gelände im Fritz-Triddelfitz-Weg, wo die Ausbildung für die Bauberufe stattfindet. Diese ist nicht mehr sanierungsfähig und die Freianlage ist als Sportstätte nicht mehr nutzbar. Auf dem in unmittelbarer Nähe zum RBBZ gelegenen ehemaligen Betriebsportplatz der BSG FIKO wird eine Zweifeldsporthalle und ein Kleinspielfeld neu errichtet. Damit werden die oben geschilderten gesetzlichen Vorgaben für diese überregional bedeutende Ausbildungsstätte erfüllt. Das zuständige Fachamt ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Die Notwendigkeit wird auch durch die 90%ige Förderung des Wirtschaftsministeriums anerkannt und durch einen Kabinettsbeschluss bestätigt.						
Der Neubau ist die wirtschaftlichste Alternative.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	6.600	500	1.000	3.400	1.700	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	6.600	500	1.000	3.400	1.700	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	6.600	500	1.000	3.400	1.700	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	480	480	-	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	5.900	-	950	3.350	1.600	-	-
a) von der Gemeinde		-					
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-					
c) GRW-Förderung		-	950	3.350	1.600		
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	220	20	50	50	100	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		4	7	7	7	257	257
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2006_SpP Sternberger Str. 10 - 02. BA + Fkt.-gebäude			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	An der Hundertwasser Schule im Stadtteil Rostock-Lichtenhagen wurde 2014 ein Sportplatz mit einer Laufbahn und einem Kunstrasenplatz mit Hilfe von Fördermitteln des Landes realisiert. Mit dieser Maßnahme wird die in einem 2. BA geplante Erweiterung umgesetzt sowie ein Funktionsgebäude errichtet, um diesen Platz auch nach dem Schulbetrieb für den Vereins- und Breitensport nutzen zu können. Das Funktionsgebäude mit Umkleide-, Sanitär- und Funktionsräumen wird neu gebaut. Die vorhandenen Sportanlagen werden wie ursprünglich geplant erweitert und um eine Flutlichtanlage ergänzt. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Sportentwicklungsplanes.						
Zum Neubau an diesem Standorten gibt es keine Alternativen.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	2.026	1.000	1.026	-	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	2.026	1.000	1.026	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				-	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	2.026	1.000	1.026	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	200	200	-	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.687	600	1.087	-	-	-	-
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) SIQ-Förderung		600	1.087				
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	139	200	- 61	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	2	47	90	90	90	90	90
Ausschüttung							



KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2025_Sportanlage Gymnasium und GS Kopenhagener Str. 5 - NB Schulsportanlage			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	An dem Schulstandort ist die Grundschule Kleine Birke und das Erasmus Gymnasium untergebracht und verfügen aktuell nicht über eine Schulsportanlage im näheren Umkreis. Geplant ist die Herrichtung der Freianlagen für den Schulsport in der Kopenhagener Straße 5. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Sportentwicklungsplanes.						
Zum Neubau dieser Schulsportanlagen gibt es keine Alternativen.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.100	250	850	-	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.100	250	850	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				-	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.100	250	850	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	-	-	-	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	965	-	965	-	-	-	-
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) SIQ-Förderung			965				
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	135	250	- 115	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung	0	30	61	61	61	61	61
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	2125_Generalsanierung Hockeyplatz Danziger Str.			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Sanierung des Hockeyplatzes in der Danziger Str. erfolgt im Auftrag des Amtes 40. Dabei sind der defekte Kunstrasen, die Bodenhülsen, die Prallschutzbohlen, die Zaunanlage, die Entwässerung und die befestigten Anlagen zu erneuern und um eine Flutlichtanlage zu ergänzen um den Spielbetrieb zu gewährleisten. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden. Das Projekt ist Bestandteil des bestätigten Sportentwicklungsplanes.						
Die Sanierung des Bestandsplatzes ist im Vergleich zum Neubau die wirtschaftlichere Variante. Insbesondere vor dem Hintergrund der vorhandenen Bedarfseinrichtungen wie Umkleiden, WC's etc.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.000	50	650	300	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.000	50	650	300	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				250	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.000	50	650	300	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	400	-	150	250	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	454	-	454	-	-	-	-
a) von der Gemeinde				-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter				-	-	-	-
c) SIQ-Förderung			454		-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	146	50	46	50	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	0	1	33	65	65	65	65
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Maßnahme:	Sporthallensanierung NO/NW			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Für die Sporthallen Olaf-Palme-Str. 19 & 24, Heinrich-Tessenow-Str. 47a, Kopenhagener Str. 5b sowie den Kurt-Schuhmacher-Ring sind Generalsanierungen geplant. Die Sporthallen sind Bestandteil der bestätigten Sportentwicklungsplanung. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
		2019	2020	2021	2020		
	Olof-Palme Str. 19		50	800	1250		
	Olof-Palme-Str. 24			100	2000		
	Heinrich-Tessenwo Str. 47a		1500	550			
	Kurt-Schuhmacher-Ring 161		835	1200			
Kopenhagener Str. 5b		600	2500	2810	400		
Die Sanierung der Bestandsgebäude ist wirtschaftlicher als ein Neubau.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	14.595	2.985	5.150	6.060	400	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	14.595	2.985	5.150	6.060	400	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				2.410	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	14.595	2.985	5.150	6.060	400	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	3.298	686	987	1.275	350	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	9.977	1.551	3.840	4.586	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) St-Bau Fördermittel	9.977	1.551	3.840	4.586	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	1.320	748	323	199	50	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		5	110	218	501	503	503
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	2049_Neuordnung Entwässerung Sph. Robert-Koch-Straße			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Neuordnung der Regen- und Schmutzwasserleitung zur Vorbeugung weiterer substanzieller Gebäudeschäden bei Starkregen. Hierzu wird zukünftig das Regenwasser über einen zusätzlichen Staukanal in ein offenes Gewässer (Kringelgraben) eingeleitet. Die Schmutzwasserentsorgung und Gebäudedrainage wird durch die Schaffung eines Höhenversatzes unter Einsatz eines Pumpensystems erneuert. Dadurch wird das Risiko zukünftiger Verschmutzung und Überschwemmungen durch Schmutzwasser dauerhaft verhindert. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Die geplante Neuordnung der Regenwasser- und Abwasserentsorgung ist wirtschaftlichste Variante.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	500	20	480	-	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	500	20	480	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
Saldo der Ein- und Auszahlungen	500	20	480	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	430	-	430	-	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	70	20	50	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	-		3	23	23	23	23
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	2101_Sanierung OSP Neptunschwimmhalle			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Erweiterung des OSP in den Räumen des ehemaligen griechischen Restaurant und im Keller für pädagogisch-soziale, trainingswissenschaftliche, sportmedizinische/physiotherapeutische- und Ernährungs-/ sportpsychologische Betreuung. Weiter Voraussetzungen bestehen in einer barrierefreien Zuwegung sowie entsprechenden Umkleide- und Sanitärräumen. Das zuständige Amt 40 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Mit der neuen Nutzung wird der Leerstand im Gebäude nachhaltig reduziert. Die zuständigen Fachämter sind in den Planungsprozess eingebunden.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.200	-	50	1.150	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.200	-	50	1.150	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				600			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.200	-	50	1.150	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.100	-	-	1.100	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	100	-	50	50	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustausgleich							
Leistungsvergütung	-	-		27	56	56	56
Ausschüttung							

Einzelblätter

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	2126_Ersatzneubau Vereinsgebäude H.-Sachs-Allee			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Bestandsgebäude ist technisch und moralisch verschlissen. Eine Sanierung des Betsandgebäudes ist unwirtschaftlich. Daher ist ein Ersatzneubau angedacht. Die Fachämter 40/41 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Der Ersatzneubau ist ggü. einer Sanierung wirtschaftlicher.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.200	150	-	1.000	2.050	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.200	150	-	1.000	2.050	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.200	150	-	1.000	2.050	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.565	-	-	350	1.215	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.400	-	-	600	800	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) Bundesförderung	1.400	-	-	600	800	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	235	150	-	50	35	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		Einzelblätter	-	2	10	96	96
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1056_Sanierung und Erweiterung Feuerwache I			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Im 0. und 1. BA wird die Erschließung des Grundstücks sowie die Erweiterung für die Berufsfeuerwehr inkl. Leitzentrale umgesetzt. Anschließend folgt im 2. BA der Neubau für die Rettungswache sowie im 3. BA der Neubau für die FFW und den Katastrophenschutz. Im 4. BA wird das Bestandsgebäude der Berufsfeuerwehr generalsaniert. Die Gesamtbaukosten belaufen sich nach derzeitigem Planungsstand auf 58,5 Mio. €. Für die Umsetzung sind derzeit 10 Jahre geplant. Die zuständigen Ämter 10 & 37 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Zur Einhaltung der Rettungszeiten und unter Berücksichtigung der benötigten Erweitermöglichkeiten ist der Standort und die damit verbunden Neubauten alternativlos. Des Weiteren ist die Sanierung des Bestandsgebäudes die wirtschaftlichste Variante.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	21.000	2.000	2.500	6.000	7.000	3.500	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	21.000	2.000	2.500	6.000	7.000	3.500	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
Saldo der Ein- und Auszahlungen	21.000	2.000	2.500	6.000	7.000	3.500	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	18.104	-	2.283	5.971	6.830	3.021	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.720	1.720	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		1.720			-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	1.176	280	217	29	170	480	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss	-	-	-	-	-	-	-
Verlustrückgleich	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsvergütung	-	17	79	175	249	742	
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	1057_Neubau FFW Groß-Klein			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Bestandsgebäude ist unsaniert. Eine Teilsanierung des Gebäudes bedingt zusätzliche Interimslösungen und ist aufgrund der geforderten Strukturen im Vergleich zu einem Neubau nicht tragbar. Die zuständigen Ämter 10 und 37 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Ein Neubau ist im Vergleich zur Sanierung die wirtschaftlichere Alternative.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.300	10	300	1.200	1.790	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.300	10	300	1.200	1.790	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung							
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.300	10	300	1.200	1.790	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	2.980	-	180	1.100	1.700	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	320	10	120	100	90	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss		-	-	-	-	-	-
Verlustrückgleich				-	-	-	-
Leistungsvergütung		-	1	11	48	111	111
Ausschüttung		-	-	-	-	-	-



KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1084_Neubau Außenstützpunkt West Betriebshof			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Geplant ist die Herrichtung einer zentralen Anlaufstelle für das Amt für Verkehrsanlagen und das Amt für Stadtgrün für die Stadtgebiete Lütten-Klein,Schmarl, Lichtenhagen, Warnemünde etc. Für die Versorgung ist die Errichtung eines Sanitär- & Aufenthaltsgebäudes sowie die Herrichtung von Lagermöglichkeiten für diverse Materialien geplant. Die zuständigen Ämter 10, 66 und 67 sind in den Planungsprozess eingebunden.						
Der Standort bietet neben seiner optimalen Verkehrsanbindung auch durch seine optimale Lage beste Möglichkeiten die Bedürfnisse der Fachämter effizient zu gestalten.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.650	50	800	800	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.650	50	800	800	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				800			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.650	50	800	800	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.500	-	750	750	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	150	50	50	50	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss		-	-	-	-	-	-
Verlustrückgleich		-	-	-	-	-	-
Leistungsvergütung			6	60	109	109	109
Ausschüttung		-	-	-	-	-	-

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1089_1. BA Sanierung und Erweiterung zentraler Betriebshof			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Im 1. BA ist der Neubau der Fahrzeughallen, Werkstattbereiche, Kaltlager sowie die dazugehörigen Sozialeinrichtungen geplant. Damit sollen die Voraussetzungen für eine Zusammenführung des Amtes für Verkehrsanlagen und Stadtgrün an einem Standort geschaffen werden. Die zuständigen Ämter 10, 66 und 67 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Ein Neubau ist im Vergleich zur Sanierung/Erweiterung die wirtschaftlichste Alternative.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	15.900	250	750	4.000	5.000	3.000	2.900
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	15.900	250	750	4.000	5.000	3.000	2.900
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	15.900	250	750	4.000	5.000	3.000	2.900
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	14.973	150	700	3.910	4.900	2.813	2.500
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	927	100	50	90	100	187	400
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss	-	-	-	-	-	-	-
Verlustrausgleich	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsvergütung	1	8	42	108	376	676	
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführende Maßnahme							
Maßnahme:	1197_Fassadensanierung Wasserturm			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Der Wasserturm wird gegenwärtig vom Kulturhistorischen Museum als Depot genutzt. Das vorhandene Depot bietet bei einer intakten Außenhülle, beste klimatische Voraussetzungen. Geplant ist die Wiederherstellung der vollen Nutzungsfähigkeit des Wasserturms sowie die Sanierung schwerbeschädigter Kernelemente (bspw. Fundament, Ringanker etc.) zur langfristigen Erhalt des Denkmals. Die zuständigen Ämter 10 und 45 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Aufgrund der Einordnung des Wasserturms als Denkmal ist die Sanierung alternativlos. Des Weiteren wäre ein Neubau wesentlich kostenintensiver.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	5.800	500	1.800	3.500	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	5.800	500	1.800	3.500	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	5.800	500	1.800	3.500	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.300	-	-	1.300	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.836	350	-	1.486	-	-	-
a) von der Gemeinde	-	-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-
c) Dritte StBau-Ost Denkmal	1.836	350	-	1.486	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	2.664	150	1.800	714	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss	-	-	-	-	-	-	-
Verlustrückgleich	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsvergütung	-	-	10	88	88	88	88
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1218_Nebau Verwaltungsgebäude Neuer Markt Nordkante			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Geplant sind 2 Baukörper die miteinander verbunden sind. Der größere Baukörper ist als Bürogebäude für die Verwaltung und das Erdgeschoss für das Migrationsamt und Ortsamt mit dazugehöriger Tiefgarage vorgesehen. Der Baukörper verfügt damit über 440 Arbeitsplätze.Der kleinen Baukörper ist die Unterbringung des Bürgerschaftssaals, des barrierefreien Standesamtes und im Obergeschoss Büros vorgesehen. Das zuständige Amt 10 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Der Neubau ist die wirtschaftlichste Alternative.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	49.900	2.000	3.000	10.000	11.000	11.000	12.900
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	49.900	2.000	3.000	10.000	11.000	11.000	12.900
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				5.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	49.900	2.000	3.000	10.000	11.000	11.000	12.900
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	30.421	300	800	462	6.588	10.271	12.000
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	16.940	1.440	2.000	9.500	4.000	-	-
a) von der Gemeinde	1.440	1.440		-			
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-						
c) StBau-FM	15.500		2.000	9.500	4.000		
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	2.539	260	200	38	412	729	900
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss	-	-	-	-	-	-	-
Verlustrausgleich	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsvergütung	2	11	20	73	199	1.254	
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1223_Sanierung KHR Bestandsgebäude 1. BA			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Die Kunsthalle Rostock wurde in den 60-iger Jahren errichtet. Der Innenbereich ist unsaniert und entspricht nicht mehr den sicherheitstechnischen Anforderungen. Des Weiteren ist das Gebäude nicht barrierefrei, die elektrischen Anlagen sind verschlissen, die Entfluchtung sowie die klimatischen Anforderungen entsprechen nicht den aktuellen Ansprüchen. Die Kunsthalle wird für den 1. Bauabschnitt für 2 Jahre geschlossen. Der gesamte Komplex sowie der Standort am Rostocker Schwanenteich stehen unter Denkmalschutz. Mit den Bauleistungen soll im 1. Halbjahr 2020 begonnen werden. Im 2. BA erfolgt die Sanierung der Fassade sowie der Außenanlagen. Die zuständigen Ämter 10 und 45 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden.						
Eine Sanierung ist ist die wirtschaftlichste Variante und in Hinblick auf den Denkmalschutz alternativlos.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich und vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	7.200	500	2.500	2.700	1.500	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	7.200	500	2.500	2.700	1.500	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	7.200	500	2.500	2.700	1.500	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	2.500	450	1.350	-	700	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	4.175	-	1.000	2.775	400	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) EFRE		-	1.000	2.775	400	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	525	50	150	- 75	400	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		3	17	27	212	218	218
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1246_ Neubau Feuerwache III Nord/Ost			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Der Neubau einer Feuer- und Rettungswache III ergab sich aus der Überarbeitung des Feuerwehrbedarfsplanes und soll gesetzlichen Ziele der vorgeschriebenen Rettungszeiten im Stadtteil Dierkow und Toitenwinkel sicherstellen. Das Raumprogramm setzt sich zusammen aus den Fahrzeughallen, mit anliegendem Schwarz/Weiß-Bereich, Werkstätten mit zusätzlichen Lagerfunktion, Bereiche der theoretischen Ausbildung, Büros, einem gemeinschaftlich genutzten Sportbereich, Bereiche zur Unterbringung der FFW und einer Rettungswache. Die zuständigen Ämter 10 und 37 sind in den Planungsprozess eingebunden.						
Aufgrund der Einhaltung von Rettungszeiten sowie der infrastrukturellen Anbindung zu Dierkow, Toitenwinkel und dem Hafen gibt es keine Alternativen zum Neubau.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	27.351	1.000	3.000	6.000	7.000	6.114	4.237
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	27.351	1.000	3.000	6.000	7.000	6.114	4.237
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				6.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	27.351	1.000	3.000	6.000	7.000	6.114	4.237
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	21.744	400	2.800	4.450	5.487	4.607	4.000
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	4.539	425	-	1.500	1.500	1.114	-
a) von der Gemeinde	1.539	425		500	500	114	
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-						
c) Sonderbedarfszuweisung	3.000			1.000	1.000	1.000	
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	1.068	175	200	50	13	393	237
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung		3	27	81	156	232	904
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	1253_Übungsgelände Brandmeisterausbildung			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Das Übungsgelände ist der 2. BA zur Brandmeisterausbildung und dient vorrangig der praktischen Übung und ist zur Abrundung des Ausbildungsprofils erforderlich. Das Gebäude für die theoretische Ausbildung wurde dem Nutzer in 2019 übergeben. Der Neubau des Übungsgelände für die Brandmeisterausbildung beinhaltet ein Übungshaus, Unterkunftscontainer, Übungsplatz, Straße mit Schutzplanken, Betonrohrstrecke, Schacht mit Spundwänden, Trümmerfeld, Platz zur Kettensägenausbildung, Abstellflächen und Gefahrgutübungsanlage.						
Der Neubau stellt die wirtschaftlichste Alternative dar.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	2.000	200	1.000	800	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	2.000	200	1.000	800	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				800			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	2.000	200	1.000	800	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.750	-	950	800	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	250	200	50	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung					113	113	496
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	1255_Nebau Außenstützpunkt Nord/Ost Betriebshof, Sanddornweg			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Geplant ist die Herrichtung einer zentralen Anlaufstelle für das Amt für Verkehrsanlagen und das Amt für Stadtgrün für die Stadtgebiete Dierkow, Toitenwinkel, Gehlsdorf etc. Für die Versorgung ist die Errichtung eines Sanitär- & Aufenthaltsgebäudes sowie die Herrichtung von Lagermöglichkeiten für diverse Materialien geplant. Die zuständigen Ämter 10, 66 und 67 sind in den laufenden Planungsprozess eingebunden						
Der Standort bietet neben seiner optimalen Verkehrsanbindung auch durch seine optimale Lage beste Möglichkeiten die Bedürfnisse der Fachämter effizient zu gestalten. Die zuständigen Fachämter sind in den Planungsprozess eingebunden.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.900	50	450	1.400	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.900	50	450	1.400			
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.900	50	450	1.400	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.750	-	400	1.350	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	150	50	50	50	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustausgleich							
Leistungsvergütung		-	3	79	152	152	152
Ausschüttung							



KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	1223_KHR Fassade 2. BA			Bereich:	HRO		
Kurzbeschreibung:	Bei dieser Maßnahme handelt es sich um den 2. BA im Rahmen der Sanierung der Kunsthalle Rostock. Diese umfasst im Wesentlichen die Sanierung der Äußerenhülle, insbesondere die denkmalgeschützten Reliefs an der Außenfassde müssen aufgrund von statischen Problemen saniert werden. Die Maßnahme bildet den Abschluss der Sanierung der Kunsthalle.						
Eine Sanierung ist ist die wirtschaftlichste Variante und in Hinblick auf den Denkmalschutz alternativlos.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	1.200	80	-	500	620	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	1.200	80	-	500	620		
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				150			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	1.200	80	-	500	620	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.100	-	-	500	600	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	100	80	-	-	20	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung	-	-		3	38	41	41
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Maßnahme:		Bereich:		Fremde Dritte			
Kurzbeschreibung:		Im Bereich Kita sind 3 Neubauten und 2 Sanierungen zur Gewährleistung der pflichtigen Aufgaben geplant. Diese sind auf Basis der bestätigten Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten/Hort durch das Amt 50 beim KOE beauftragt. Die Lorenzstraße enthält zusätzlich zur Kindertagesstätte auch ein betreutes Wohnen für Mütter mit ihren Kindern. Das zuständige Amt 50 ist in den Planungsprozess eingebunden.					
		Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen:					
		2019	2020	2021	2022	2023	
		Lagerstr.	805	1500	2355		
		Lorenzstr. 66	2200	4200			
		Schweriner Str.	100	900	2300	1500	
Am Weidengrund	250	1350	1500				
Friedrich-Barnewitz-Str.	100	1000	2900				
In Abhängigkeit der Maßnahme stellt die Sanierung bzw. der Neubau die wirtschaftlichste Alternative dar. Die Refinanzierung erfolgt über die Miete.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	22.960	3.455	8.950	9.055	1.500	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	22.960	3.455	8.950	9.055	1.500	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				6.050	-	-	-
Saldo der Ein- und Auszahlungen	22.960	3.455	8.950	9.055	1.500	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	11.277	1.010	2.517	6.300	1.450	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	9.822	1.414	6.108	2.300	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		1.414	6.108	2.300	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	1.861	1.031	325	455	50	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss	-	-	-	-	-	-	-
Verlustrückgleich	-	-	-	-	-	-	-
Leistungsvergütung	-	-	-	-	-	-	-
Ausschüttung	-	-	-	-	-	-	-

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Maßnahme:	Neubau Hort			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Im Bereich Hort sind 4 Neubauten geplant. Die Neubauten sind wichtig, da aufgrund steigender Schülerzahlen die benötigten Kapazitäten für den Hortbetrieb nicht mehr gegeben sind. Diese Entwicklung ist auch der bestätigten Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten/Hort zu entnehmen. Das zuständige Amt 50 ist in den laufenden Planungsprozess eingebunden.Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen:						
		2019	2020	2021	2022	2023	
	Pablo-Picasso-Str. 43	150	800	2500	2050		
	Stephan-Jantzen-Ring 5-6	200	1300	2500			
	John-Schehr-Str. 10	20	150	850	3000	980	
	Taklerring 43	100	950	1000	3550	2200	
Ein Neubau ist die wirtschaftlichste Variante. Eine Refinanzierung erfolgt über die Miete.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	22.300	470	3.200	6.850	8.600	3.180	
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	22.300	470	3.200	6.850	8.600	3.180	
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				3.250	-	-	
Saldo der Ein- und Auszahlungen	22.300	470	3.200	6.850	8.600	3.180	
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	20.700	200	2.950	6.425	8.104	3.021	
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	-	-	-	-	-
c) von sonstigen Dritten		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	1.600	270	250	426	496	159	
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Maßnahme:	Neubau Mehrgenerationenhaus			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Geplant ist die Errichtung einer Kombination aus Kita und Pflegeheim im neuen Warnowquartier und ist neben den Theaterwerkstätten das zweite Projekt für die Fördermittel aus dem Programm "Modellvorhaben des Bundes zur Weiterentwicklung der StBau-Fördermittel". Im ersten Schritt erfolgt die Erarbeitung der ES-Bau. Geplant ist der Baubeginn ab 2022.						
Im Rahmen der BuGa 2025 ist auch die Erschließung des Warnowquartiers als urbanes Gebiet geplant. Neben einer Gewerbebebauung ist auch Wohnbebauung angedacht. Zur Deckung des steigenden Bedarfs im neuen Quartier an kommunalen Einrichtungen wurden entsprechende Gemeindebedarfsflächen berücksichtigt.							ja
Es liegt eine Studie mit einer Kostenermittlung vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	18.737	-	100	180	1.000	4.900	12.557
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	18.737		100	180	1.000	4.900	12.557
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				180			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	18.737	-	100	180	1.000	4.900	12.557
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	11.864	-	-	54	450	2.730	8.631
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	6.246	-	50	90	500	2.000	3.606
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten			50	90	500	2.000	3.606
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	627	-	50	37	50	170	321
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

Einzelblätter

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1021_Sanierung Jugendwohnhaus Willem-Barents-Str. 27			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Das bestehende Gebäude ist unsaniert. Geplant ist eine Generalsanierung des Gebäudes nach derzeitigem Baustandard. Der Verein "Hütte e.V." erfüllt im Auftrag HRO pflichtige Aufgaben nach SGB VIII "Hilfe für junge Volljährige im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge". Das zuständige Amt 50 ist in den Planungsprozess eingebunden.						
Die Sanierung des Bestandsgebäudes ist im Vergleich zu einem Neubau die wirtschaftlichere Variante. Die Refinanzierung erfolgt über die Miete.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet und die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.800	400	1.650	1.750	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.800	400	1.650	1.750	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.750			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.800	400	1.650	1.750	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	1.301	350	731	220	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	2.193	-	813	1.380	-	-	-
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) StBau-Förderung			813	1.380			
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	306	50	106	150	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

Einzelblätter

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1050_Sanierung und Umbau "Haus der Begegnung" R.-Amundsenstr.			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Der Plattenbau stammt aus den 80-iger Jahren und ist unsaniert. Geplant ist eine Generalsanierung mit einem Grundrisskonzept, welches flexible Nutzungen zulässt. Derzeit weist das Gebäude aufgrund des Zustandes einen Leerstand von 50% aus. Die belegten Mietflächen sind an verschiedene Nutzer vermietet, bspw. AWO (Seniorentreff), Tagesmutter, Stadtteilbüro, Ärzte und weitere gewerbliche Nutzer. Die Generalsanierung soll in mehreren Abschnitten erfolgen, wobei aufgrund des Leerstandes ein hausinternes Umzugskonzept umsetzbar ist.						
Zur Generalsanierung des Gebäudes gibt es keine wirtschaftlichen Alternativen. Die Refinanzierung erfolgt über die Miete.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.850	75	500	2.250	1.025	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.850	75	500	2.250	1.025		
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.850	75	500	2.250	1.025	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	3.572	-	450	2.222	900	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen	-	-	-	-	-	-	-
Zuschüssen/Zuwendungen							
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	278	75	50	28	125	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Neue Maßnahme							
Maßnahme:	1169_Umbau Business Center Warnemünde 1. BA			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Bei dem Bestandsgebäude handelt es sich um das Business Center Warnemünde und es ist im Wesentlichen unsaniert. Das Gebäude ist derzeit voll vermietet an Gewerbetreibende, welche überwiegend im Bereich Forschung und Entwicklung tätig sind. Geplant ist eine Generalsanierung in in mehreren Bauabschnitten. Der erste Bauabschnitt umfasst die Außenhülle des Gebäudes (Fenster, Fassade, Dach). Der Baubeginn ist für Ende 2020 geplant. Die Refinanzierung erfolgt über die Miete.						
Zur Sanierung des Gebäudes gibt es keine wirtschaftliche Alternativen.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
<b>Einzahlungen</b>	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
<b>Auszahlungen</b>	3.500	-	450	1.550	1.500	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.500	-	450	1.550	1.500	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.000			
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen</b>	3.500	-	450	1.550	1.500	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	3.250	-	400	1.450	1.400	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	250	-	50	100	100	-	-
<b>Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)</b>							
Zuschuss							
Verlustausgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1245_ Neubau Petritor Slüterstr. 1			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Der Neubau des Petri-Tores soll von seinem Zuschnitt her dem historischen Vorbild nachempfunden werden, es wird jedoch kein originalgetreuer Nachbau. An Stelle der historischen Giebelhäuser wird eine Bürobebauung entstehen. Städtebauliches Ziel ist es, einen attraktiven Übergang vom modernen, neu entstehenden Petriertel hin zur östlichen Altstadt zu schaffen. Aufgrund der historischen Rahmenbedingungen sowie den Mitwirkungen des Amtes für Denkmalpflege beansprucht das Gebäude auch die Wiederherstellung der historischen Eingangssituation des Petri-Viertels. Dadurch ist insbesondere das Tor mit dem Saal und die benötigte Infrastruktur einer separaten Betrachtung zu unterziehen.						
Aufgrund der denkmalpflegerischen Zielsetzung durch die HRO ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nur bedingt möglich. Die Vermietung der büroflächen ist wirtschaftlich darstellbar.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	6.400	400	1.500	2.500	2.000	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	6.400	400	1.500	2.500	2.000		
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.500			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	6.400	400	1.500	2.500	2.000	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	4.204	150	900	1.550	1.604	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.700	200	550	950	-	-	-
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) StBau_Förderung		200	550	950			
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	496	50	50	-	396	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung	0	0	0	36	71	71	
Ausschüttung							



KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	1250_Nebau Kinder- und Jugendnotdienst P.-Neruda-Str.			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Im Auftrag von Amt 50 erfolgt eine Verlagerung in den Stadtteil Toitenwinkel. Bei der Maßnahme handelt es sich um einen Ersatzneubau. Der Betreiber (ASB) ist durch das Amt 50 mit der Wahrnehmung der pflichtigen Aufgabe beauftragt. Das zuständige Amt 50 ist in den Planungsprozess eingebunden.						
Beim Ersatzneubau handelt es sich um die wirtschaftlichste Variante. Die Refinanzierung erfolgt über die Miete.							ja
Pläne, Kostenberechnungen, ein Investitionszeitenplan und Erläuterungen, aus denen die Art der Ausführung, die gesamten Investitionskosten sowie die voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Kostenbeteiligung Dritter ersichtlich sind, liegen vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.800	100	500	2.000	1.200	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.800	100	500	2.000	1.200		
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				1.600			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.800	100	500	2.000	1.200	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	3.400	-	500	1.950	950	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	-	-	-	-	-	-	-
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten							
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	400	100	-	50	250	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	2110_Sanierung und Umbau Kanubootshaus Gaffelschonerweg			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Das Gebäude ist unsaniert. Geplant ist eine Generalsanierung des Gebäudes nach derzeitigem Baustandard und erfolgt im Auftrag von Amt 40. Das Gebäude ist an den Verein Kanufreunde Rostocker Greif vermietet. Durch den Verein wurden Fördermittel vom Land MV eingeworben und sind als Mietvorauszahlung in 2020 berücksichtigt.						
Die Sanierung des Bstandsgebäudes ist im Vergleich zu einem Neubau die wirtschaftlichere Variante.							ja
Mit der Umsetzung der Maßnahme wurde begonnen.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	3.503	1.503	1.800	200	-	-	-
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	3.503	1.503	1.800	200	-	-	-
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				-			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	3.503	1.503	1.800	200	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	2.700	1.350	1.200	150	-	-	-
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	500	-	500	-	-	-	-
a) von der Gemeinde		-	-	-	-	-	-
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		-	500	-	-	-	-
c) Sportförderung		-	-	-	-	-	-
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	303	153	100	50	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

Einzelblätter

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Fortführungsmaßnahme							
Maßnahme:	nnnn_Neubau Volkstheater Bussbart			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Die Planung und Umsetzung für den Neubau eines Theaters wurde durch die Rostocker Bürgerschaft beschlossen und wurde im Rahmen der Fördermittelabstimmung stets mit dem Land MV abgestimmt. Derzeit wurden durch das Land MV Fördermittelzusagen in Höhe von 51 Mio.€ bestätigt. In 2019 erfolgte der europaweite Achriteturwettbewerb. Bestandteil der Ausschreibung war auch die Verpflichtung zur Beauftragung der EW-Bau. Das Gebäude soll bis 2026 fertiggestellt sein.						
Der Neubau ist die wirtschaftlichste Variante.							ja
Eine Funktionsstudie mit einer Kostenermittlung liegt vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	110.000	-	3.000	8.000	15.000	21.000	63.000
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	110.000		3.000	8.000	15.000	21.000	63.000
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				8.000			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	110.000	-	3.000	8.000	15.000	21.000	63.000
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	44.420	-	600	1.850	3.650	4.820	33.500
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	63.500	-	2.250	6.000	11.250	15.750	28.250
a) von der Gemeinde	-		-	-	-	-	-
c) St-Bau Fördermittel	37.500		2.250	6.000	11.250	15.750	2.250
c) Zuschuss Land	26.000						26.000
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	2.080	-	150	150	100	430	1.250
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrausgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

KOE Rostock							
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020							
Investitionsübersicht							
Maßnahme:	Neubau Theaterwerkstätten			Bereich:	Fremde Dritte		
Kurzbeschreibung:	Geplant ist die Errichtung einer "gläsernen Theaterwerkstatt", welche die Möglichkeit bietet den Bau von Bühnenbildern, Requisiten etc. auch den Bürgern, Touristen usw. zugänglich zu machen und somit einen Einblick in die Tätigkeit einer Theaterwerkstatt ermöglichen soll. Neben dem Mehrgenerationenhaus ist es das 1. Projekt für die Fördermittel "Modellvorhaben des Bundes zur Weiterentwicklung der StBau-Förderung". Im ersten Schritt erfolgt die Erstellung der ES-Bau. Geplant ist der Baubeginn ab 2022.						
Die derzeitigen Theaterwerkstätten sind nicht sanierungsfähig. Eine Berücksichtigung im Theaterneubau konnte aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.							ja
Eine Studie mit einer Kostenermittlung liegt vor.							ja
Der Eigenbetrieb ist gesetzlich oder vertraglich zur Durchführung der Maßnahme verpflichtet oder die Maßnahme ist für die Erfüllung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar.							ja
Die Maßnahme dient unter Berücksichtigung ihrer Folgekosten der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit innerhalb des Planungszeitraumes oder steht ihr zumindest nicht entgegen.							ja
	Gesamt	Plan/HR bis 2019 (Vorjahr)	Plan 2020 (Planjahr)	Plan 2021 (1. Folgejahr)	Plan 2022 (2. Folgejahr)	Plan 2023 (3. Folgejahr)	Plan ab 2024 (Folgejahre)
Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
davon aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlagevermögens und des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
davon Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen	15.000	-	100	175	2.000	5.900	6.825
davon für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Investitionen in das Sachanlagevermögen	15.000		100	175	2.000	5.900	6.825
davon für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-
davon für Sonstige	-	-	-	-	-	-	-
davon zu leisten aufgrund einer im Planjahr eingegangenen Verpflichtung				175			
Saldo der Ein- und Auszahlungen	15.000	-	100	175	2.000	5.900	6.825
finanziert durch Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	9.247	-	-	50	1.507	3.690	4.000
finanziert durch Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	5.000	-	50	80	500	2.000	2.370
a) von der Gemeinde							
b) einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
c) von sonstigen Dritten			50	80	500	2.000	2.370
finanziert durch eine Entnahme aus dem Finanzmittelfonds	753	-	50	45	- 7	210	455
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinde (Entstehung/ Wegfall/Erhöhung/Verminderung)							
Zuschuss							
Verlustrückgleich							
Leistungsvergütung							
Ausschüttung							

**KOE Rostock****Nachtragswirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020****Zusammenstellung der Änderungen**

Der Wirtschaftsplan wird mit folgenden Festsetzungen beschlossen:

**Erfolgsplan**

		<u>Nachtrag</u>	<u>Ansatz alt</u>
Gesamtbetrag der Erträge	56.337	0	56.337
Gesamtbetrag der Aufwendungen	-56.045	0	-56.045
Jahresergebnis	292	0	292

**Finanzplan**

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	51.039	0	51.039
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-37.333	0	-37.333
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit	13.706	0	13.706
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0	0	0
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-59.438	0	-59.438
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-59.438	0	-59.238
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	54.165	0	54.165
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-10.861	0	-10.861
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	43.304	0	44.053
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-2.428	0	-2.428

**Festsetzungen unter Genehmigungsvorbehalt**

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit Ausnahme von Umschuldungen	21.829	0	21.829
Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	4.901	0	4.901
Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen	56.015	650	55.365
In der Stellenübersicht ausgewiesene Stellen in Vollzeitäquivalenten	81,00	0	81,00

**Sonstige Angaben**

Gesamtbetrag der aus Wirtschaftsplänen der Vorjahre voraussichtlich fortgeltenden Kreditermächtigungen	6.594	0	6.594
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.692	0	3.692
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2018	241.947	0	241.947
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2019 voraussichtlich	242.211	0	242.211
Wertansatz des Eigenkapitals in der Bilanz zum 31.12.2020 voraussichtlich	242.503	0	242.503

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: S 3, Steffen Bockhahn  Federführendes Amt: Amt für Jugend, Soziales und Asyl	Beteiligt: Zentrale Steuerung Kämmereiamt	
<b>Bewilligung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Teilhaushalt 50 des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl in Höhe von 1.543.000,00 Euro im Deckungskreis 7501 - Finanzhaushalt</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung

**Beschlussvorschlag:**

Die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Finanzhaushalt des Teilhaushaltes 50 in Höhe von 1.543.000,00 Euro wird für das Produktsachkonto 31201.75210011 – Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II erteilt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen im Produktsachkonto 31209.62610000 – Leistungsbeteiligung bei Kosten für die Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende.

Beschlussvorschriften: §§ 49, 50 KV M-V

bereits gefasste Beschlüsse: -

**Sachverhalt:**

Zur Finanzierung der gesetzlichen Leistungen nach SGB II im Haushaltsjahr 2020 wird eine überplanmäßige Bewilligung notwendig.

Im Ergebnis der Beratung zur Haushaltsplanung vom 11.11.2019 zwischen Senatoren und Oberbürgermeister wurde die 3. Änderungsliste zur Haushaltsplanung 2020/2021 für den Teilhaushalt 50 erstellt. Auf der Grundlage des zu diesem Zeitpunkt fortlaufend sinkenden Bestands an Bedarfsgemeinschaften ist der Haushaltsplanung 2020 abschließend ein durchschnittlicher Bestand von 10.200 Bedarfsgemeinschaften zugrunde gelegt worden.

Bis zur Ausbreitung von Covid-19 konnte eine positive Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften wahrgenommen werden. Durch den Covid-19 bedingten Lockdown und die entsprechenden Spätfolgen erhöhte sich der Bestand an Bedarfsgemeinschaften auf mehr als 11.100 im Mai 2020. Im Laufe des Jahres reduzierte sich der Bestand der Bedarfsgemeinschaften auf zuletzt 10.614 im September 2020. Der Jahresdurchschnitt beträgt

bisher 10.896 Bedarfsgemeinschaften und liegt mit 696 über der bei der Planung berücksichtigten Anzahl.

In der Planung für das Haushaltsjahr 2020 ist mit durchschnittlichen Kosten in Höhe von 319,00 Euro je Bedarfsgemeinschaft und Monat geplant worden. Jedoch ist auch hier infolge der Corona-Pandemie ebenfalls eine Steigerung zu erkennen. So betragen die durchschnittlichen Kosten einer Bedarfsgemeinschaft im Monat derzeit 322,00 Euro.

Die prognostizierten Auszahlungen in 2020 werden den Planansatz von 38.394.900,00 Euro um 3.296.400,00 Euro übersteigen. Da ein Teil der Mehrauszahlungen durch den Deckungskreis 7501 des Teilhaushaltes 50 gedeckt werden kann, ist nur eine überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 1.543.000,00 Euro notwendig.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock (HRO) ist gemäß § 22 Absatz 1 SGB II zur Zahlung der Hilfeleistungen für Unterkunft und Heizung verpflichtet. Gemäß § 17 SGB I sind die Leistungsträger verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass jeder Berechtigte die ihm zustehenden Sozialleistungen fristgerecht und vollumfänglich erhält.

Die HRO erhält durch die Beteiligung des Bundes nach § 42 SGB II eine prozentuale Erstattung bei den Kosten für Unterkunft und Heizung. Zusätzlich erhält die HRO eine Erstattung von 25 % aus dem Krisen- und Konjunkturpaket des Bundes zur Leistungsbeteiligung bei den Kosten für Unterkunft und Heizung. Für den Leistungszeitraum Januar bis September 2020 wird bereits im Oktober eine anteilige Erstattung aus dem Krisen- und Konjunkturpaket des Bundes in Höhe von 8.561.000,00 Euro gezahlt. Die damit einhergehende Mehreinzahlung wird zur Deckung der Mehrauszahlung in Höhe von 1.543.000,00 Euro eingesetzt. Die darüber hinaus nicht benötigten Mehreinzahlungen werden zur Deckung der Liquidität des Gesamthaushaltes eingesetzt.

## Teilhaushalt 50

### Ergebnishaushalt

Es werden keine finanziellen Auswirkungen im Ergebnishaushalt erwartet.

### Finanzhaushalt

- in EUR -				
laufende Nr. FHH	Bezeichnung	Gesamt- ermächtigung	Verfügbar	zu bewilligender Mehrbedarf
9	Summe der laufenden Einzahlungen	171.128.400,00	-1.266.460,72	
17	Summe der laufenden Auszahlungen	307.162.300,00	51.360.736,92	
18	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen	-136.033.900,00	-52.627.197,64	

## 1. Mehraufwendungen/- auszahlungen

**Produkt:** 31201  
SGB II)

**Bezeichnung:** Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27

		Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
<b>Produktsachkonto</b>			31201.75210011
<b>Bezeichnung</b>			Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II
Ansatz			38.394.900,00
über-/außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen	+/-		
AO	-		34.430.953,68
Aufträge	-		0,00
noch verfügbar	=		3.963.946,32
<b>Neue Haushaltsüberschreitung</b>			1.543.000,00

### Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/-auszahlungen zur

#### a) Unabweisbarkeit

Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl ist zur Zahlung von Hilfeleistungen verpflichtet. Die Hanse- und Universitätsstadt ist gemäß § 22 Absatz 1 SGB II zur Zahlung der Hilfeleistungen für Unterkunft und Heizung verpflichtet. Gemäß § 17 SGB I sind die Leistungsträger verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass jeder Berechtigte die ihm zustehende Sozialleistung fristgerecht und vollumfänglich erhält.

#### b) Unvorhersehbarkeit:

Bis zur Ausbreitung von Covid19 konnte eine positive Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften wahrgenommen werden. Die aufgrund der Corona-Pandemie unvorhergesehene Steigerung der Bedarfsgemeinschaften sowie der durchschnittlichen Kosten je Bedarfsgemeinschaft konnten in der Planung nicht berücksichtigt werden. Der Haushaltsplanung 2020 ist ein durchschnittlicher Bestand von 10.200 Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlichen Kosten in Höhe von monatlich 319,00 Euro zugrunde gelegt worden. Entsprechend der Spätfolgen des coronabedingten Lockdowns erhöhte sich der Bestand auf mehr als 11.100 Bedarfsgemeinschaften im Mai 2020 und reduzierte sich zuletzt auf 10.614 im September 2020. Ebenfalls sind die durchschnittlichen monatlichen Kosten auf 322,00 Euro je Bedarfsgemeinschaft angestiegen.

Die prognostizierten Auszahlungen in 2020 werden den Planansatz von 38.394.900,00 Euro um 3.296.400,00 Euro übersteigen. Da ein Teil der Mehrauszahlungen durch den Deckungskreis 7501 des Teilhaushaltes 50 gedeckt werden kann, ist nur eine überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 1.543.000,00 Euro notwendig.



## 2. Nachweis der Deckung durch Mehrerträge/- einzahlungen in Höhe von 1.543.000,00 EUR

**Teilhaushalt:** 50 – Amt für Jugend und Soziales

**Produkt:** 31209

**Bezeichnung:** Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II

		Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt
<b>Produktsachkonto</b>			31209.62610000
<b>Bezeichnung</b>			Leistungsbeteiligung bei Kosten für die Unterkunft und Heizung an Arbeits-suchende
Ansatz			12.762.000,00
über-/außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen	+/-		
AO	-		11.640.846,52
Vorm. AO/Aufträge	-		6.816.527,29
bereitgestellt für Deckungskreis	-		
noch verfügbar	=		-5.695.373,81
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>			1.543.000,00

### Begründung der Deckung

Die HRO erhält durch die Beteiligung des Bundes nach § 42 SGB II Erstattungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung sowie eine zusätzlichen Steigerung um 25 % aus einem Krisen- und Konjunkturpaket zur Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung. Für den Leistungszeitraum Januar bis September 2020 wird bereits im Oktober eine anteilige Erstattung aus dem Krisen- und Konjunkturpaket des Bundes in Höhe von 8.561.000,00 Euro gezahlt. Die damit einhergehenden Mehreinzahlungen werden zur Deckung der Mehrauszahlungen in Höhe von 1.543.000,00 Euro eingesetzt.

### Finanzielle Auswirkungen:

Im Teilhaushalt 50 können Mehrauszahlungen in Höhe von 1.543.000,00 Euro durch Mehreinzahlungen in Höhe von 1.543.000,00 Euro gedeckt werden.

Teilhaushalt: 50

Produkt:

31201

31209

Bezeichnung:

Leistung für Unterkunft und Heizung

Bundeseinrichtung nach § 46 SGB II

Haushalts-jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf-wendungen	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen
2020	75210011- Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II				1.543.000 €

2020	62610000- Leistungsbeteiligung bei Kosten für die Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende			10.423.575 €	
------	---	--	--	--------------	--

☐ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☒ liegen nicht vor.

☐ werden nachfolgend angegeben

Claus Ruhe Madsen

### Anlagen

Keine

Entscheidendes Gremium: <b>Hauptausschuss</b>  fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus  Federführendes Amt: Tiefbauamt	Beteiligt:	
<b>Überplanmäßige Bewilligung im Finanzhaushalt 2020 für eine Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in der Maßnahme 6654300202000220 B-Plan Weißes Kreuz in Höhe von 478.000 EUR</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
08.12.2020	Hauptausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Zustimmung zur überplanmäßigen Bewilligung im Finanzhaushalt 2020 für eine Verpflichtungsermächtigung über 478.000 EUR für das Haushaltsjahr 2021 in der Maßnahme 6654300202000220 B-Plan Weißes Kreuz wird erteilt.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahme 6654300202000220 in Höhe von insgesamt 478.000 EUR Produkt: 54300 Landesstraßen, Konto 78532000 erfolgt aus dem Produkt 54101 Gemeindestraße Maßnahme 6654101201800717 Straßenbau Nordex im Konto 78532000.

**Beschlussvorschriften:**

§ 50 Abs. 1 KV M-V,

§ 6 Abs. 4 Hauptsatzung

**Sachverhalt:**

x überplanmäßig

außerplanmäßig

**Teilhaushalt: 66**

- in EUR -

Nr. gemäß § 4 (12) i. V. m. § 3 (1) GemHVO-Doppik	Bezeichnung	Gesamtermächtigung	Verfügbar	zu bewilligender Mehrbedarf
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.214.300	-4.191.873,13	
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	33.443.120,30	7.411.628,23	
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (24 u. 28)	30.228.820,30	-11.603.501,36	

**1. Mehrauszahlungen      Produkt: 54101      Bezeichnung: Gemeindestraßen**

	<b>Nummer</b>	<b>Bezeichnung</b>
<b>Investitionsmaßnahme</b>	6654300202000220	B-Plan Weißes Kreuz
<b>Investitionsposition</b>	1	
<b>Finanzauszahlungskonto</b>	78532000.09612000	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen

<b>Ansatz VE in 2020 für 2021</b>	+	60.000
überplanmäßige Auszahlungen	+	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
noch verfügbar	=	0
<b>Neu beantragte Haushaltsermächtigung VE in 2020 für 2021</b>	+	<b>478.000</b>

**Begründung der vorgesehenen Mehrauszahlungen**
**Unabweisbarkeit:**

Der Entwurf der 1. Änderung des o. g. Bebauungsplanes wurde durch die Bürgerschaft am 17.10.2018 beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Ziel der 1. Änderung des Bebauungsplans ist die Erhöhung des Anteils an Wohnbauflächen, indem Teile der bislang als Mischgebiete festgesetzten Flächen in allgemeine Wohngebiete umgewandelt werden. Gegenstand dieses Vertrages ist die Herstellung des östlichen Abschnitts der als Planstraße B in dem seit 08.02.2006 geltenden Bebauungsplan festgesetzten öffentlichen Erschließungsanlage, und zwar vom Verbindungsweg kommend bis einschließlich des Knotens Planstraße E. Dieser Abschnitt muss hergestellt werden, um das Baugrundstück des Erschließungsträgers erschließen zu können. Die bauliche Entwicklung dieses Bereiches war aufgrund der fehlenden Erschließung bisher nicht möglich.

Der herzustellende Abschnitt der Planstraße B erschließt weitere Grundstücke, die nicht im Eigentum des Erschließungsträgers stehen. Sämtliche Herstellungskosten werden durch den Erschließungsträger vorfinanziert und nach erfolgter Herstellung der Erschließungsanlage durch die Stadt erstattet. Der von dem Erschließungsträger zu zahlende Erschließungsbeitrag wird durch die Stadt mit seiner Erstattungsforderung verrechnet.

Voraussetzung für die Herstellung der vertragsgegenständlichen Erschließungsanlage ist die Planung der Planstraße B in ihrem weiteren Verlauf, der Planstraße E sowie des sich hieran anschließenden westlichen Abschnitts der Nebenfahrbahn Tessiner Straße.

Diese weiterführende Planung ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Gradienten durchgehend für den gesamten Straßenzug entwickelt wird, d. h. dass Höhen- und Tiefpunkte für die Entwässerung optimal gewählt werden. Zudem wird hierdurch sichergestellt, dass die Straßenentwässerung für die komplette Verkehrsfläche dimensioniert und umgesetzt wird. Dies betrifft auch die anderen Medien und die Straßenbeleuchtung sowie die Abstimmung der zu wählenden Gestaltungselemente und Materialien unter Betrachtung des gesamten Straßenverlaufes. Der Vertrag erstreckt sich daher auch auf diese weitergehenden Planungsleistungen, die die Genehmigungsplanung (Phase 4 HOAI) beinhalten.

Der Erschließungsträger ist auch zur Vorfinanzierung dieser Kosten bereit. Diese werden durch die Stadt vollumfänglich erstattet, da kein direkter Bezug zur Erschließung des oben genannten Baugrundstückes besteht.

Es ist beabsichtigt, den Erschließungsvertrag Ende 2020/Beginn 2021 abzuschließen. Das Wohngebiet soll zügig entwickelt werden. Der Erschließungsträger hat bereits die erforderliche Baugenehmigung beantragt, für deren Bewilligung es jedoch des Abschlusses des Erschließungsvertrages bedarf. Mit der Erschließung soll Mitte des Jahres 2021 begonnen werden.

Für den Abschluss des Erschließungsvertrages noch im Haushaltsjahr 2020 bedarf es einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung. Die finanzielle Kennziffer ist mit der 1. Änderungssatzung zum Haushaltsplan 2021 eingeplant worden.

Sollte sich für den Erschließungsträger ein planmäßiger Baubeginn nicht realisieren lassen, hat dieser bereits ausdrücklich darauf hingewiesen, von seinem Bauvorhaben und damit auch von der Erschließung seines Grundstückes Abstand zu nehmen.

Durch die herzustellende Erschließungsanlage werden weitere Grundstücke erschlossen, auf denen dann gleichfalls Wohnungsbau ermöglicht wird.

Überdies wird mit der Herstellung dieser Erschließungsanlage die spätere Weiterführung der Planstraße B bis zum Anschluss an die Planstraße A ermöglicht.

#### **b) Unvorhersehbarkeit:**

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für das Jahr 2020 erfolgte nur die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 60 TEUR für das Auslösen von Planungsaufträgen für den Ausbau der Planstraße B, Weißes Kreuz. Dieses soll nun im Zuge der Vorfinanzierung durch den Erschließungsträger mit erfolgen. Die wesentlichen Voraussetzungen für den Abschluss des Erschließungsvertrages, wie Grunderwerb und Abschätzung der zu erwartenden Kosten durch den Investor lagen erst im April 2020 vor. Für die Unterzeichnung des Erschließungsvertrages durch die Stadt bedarf es einer Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 478 TEUR.

#### **c) Überschreitung des Teilhaushaltes lt. Punkt 8.1.7**

nein

### **2. Nachweis der Deckung durch Nichtinanspruchnahme einer VE in Höhe von 478.000 EUR**

**Produkt: 54101                      Bezeichnung: Gemeindestraßen**

	<b>Nummer</b>	<b>Bezeichnung</b>
<b>Investitionsmaßnahme</b>	6654101201800717	Straßenbau Nordex
<b>Investitionsposition</b>	2	
<b>Finanzauszahlungskonto</b>	78532000.09612000	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen

<b>Ansatz VE 2020 für 2021</b>	+	500.000
Ansatz HAR	+	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar VE	=	500.000
<b>Als Deckung für VE in 2020 für 2021 eingesetzt</b>		<b>478.000</b>

#### **Begründung :**

In dieser Maßnahme ist eine neue Verbindungsstraße von der E.-Schlesinger-Straße zum Platz der Freundschaft mit einer Länge von ca. 200 m sowie beidseitig Nebenanlagen für Radfahrer und Fußgänger geplant. Für die Bauausführung ist es notwendig, ein Grundstück von der Regionalbus Rostock GmbH (Rebus) zu erwerben. Die Grundstücksverhandlungen mit der Firma Rebus stagnieren, da noch Fragestellungen zur Betreibung des zukünftigen ZOB und der damit notwendigen Flächenübertragung des gegenwärtig öffentlich gewidmeten Parkplatzes zu lösen sind. Das beim Ministerium anhängige Verfahren kann erst nach der Bereitstellung eines temporären Ersatzparkplatzes starten, für den ebenfalls Flächen der Firma Rebus erforderlich sind. Auf Grund des vorliegenden komplizierten Verhandlungsstandes musste der Baustart in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber verschoben werden. Gemäß Änderungsbescheid vom 3.08.20 erfolgt die Gewährung von Fördermittel aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Verbindung mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erst ab dem Jahr 2023.

Eine vertragliche Verpflichtung wird aus den genannten Gründen in der Jahresscheibe 2020 nicht mehr erfolgen, so dass die Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt werden kann.

### Finanzielle Auswirkungen:

	Nummer	Bezeichnung
Teilhaushalt	66	Amt für Verkehrsanlagen
Produkt	54300	Landesstraße
Produktkonto:		
54101	78532000.09612000	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen
Investitionsnummer	6654300202000220	B-Plan Weißes Kreuz
Investitionsposition	1	

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept: nein

### Berechnung Gesamtauszahlungen:

#### VE in 2020 für 2021

offene Aufträge (AU)

Anordnungen (AO u. vorm.AO)

#### neu beantragte VE im Haushaltsjahr 2020 für 2021

#### Gesamtbedarf VE im Haushaltsjahr 2020 für 2021

	EH in EUR	FH in EUR,VE
	0	60.000
	0	0
	0	0
+		<b>478.000</b>
=		<b>538.000</b>

Claus Ruhe Madsen

### Anlagen

Keine

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus  Federführendes Amt: Tiefbauamt	Beteiligt: Zentrale Steuerung Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung Kämmereiamt	
<b>Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im TH 66 im Finanzaushalt für die Maßnahme 6654300999900799 - Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV (Landesstraßen) in Höhe von 2.060 TEUR</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt in 2020 für die Maßnahme 6654300999900799 – Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV (Landesstraßen) in Höhe von 2.060 TEUR wird erteilt.

Die außerplanmäßige Auszahlung für die Maßnahme 6654300999900799 – Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV in Höhe von 2.060 TEUR Produkt: 54300 Landesstraßen, Produktkonto 78440000 wird gedeckt durch Minderauszahlungen in Höhe von 1.298.362,62 EUR bei den Investitionsmaßnahmen (siehe Punkt 2.-2.10) und Mehreinzahlungen in Höhe von 761.637,38 EUR bei den Investitionsmaßnahmen (siehe Punkt 3.-3.5).

**Beschlussvorschriften:**

§ 50 Abs. (1) KV M-V

§ 22 Abs. 4 S. 2 KV MV i. V. m. § 6 Abs. 4 Nr. 2 Hauptsatzung

**Begründung der Dringlichkeit für den Finanzausschuss**

Am 23.1.2019 erfolgte die Kostenteilungsvereinbarung zwischen dem WWAV, der Nordwasser GmbH und der Hanse-und Universitätsstadt Rostock (nachfolgend „Gemeinde“ genannt) zur Erneuerung der Mischwasseranlagen in der Hamburger Straße. Dabei ist die Gemeinde mit 86,7 % an den entstandenen Kosten bezogen auf den Niederschlagswasseranteil beteiligt. Der dabei festgelegte finanzielle Anteil der Gemeinde in Höhe von 2.248.823 EUR wurde bereits im Jahr 2019 und 2020 finanziert.

Im Zuge der Gesamtkostenaufstellung erhöht sich nunmehr der Anteil der Gemeinde auf eine Kostenbeteiligung insgesamt auf 4.307.278,92 EUR, so dass noch ein Finanzierungsbetrag in Höhe von 2.058.456,13 EUR geleistet werden muss.

Der Nachtrag zur Kostenvereinbarung liegt dem Tiefbauamt erst seit dem 5.11.2020 vor, daher war es nicht möglich, die Vorlage fristgerecht einzureichen.

So kam es zu zahlreichen unvohersehbaren und unaufschiebaren zusätzlichen Leistungen, wie nicht geplante Umverlegearbeiten, zusätzliche Umbauten für die Verkehrssicherung, mehrmalige Veränderungen der Verkehrsführung, das Setzen eines zusätzlichen Medienkanals und den kompletten Ersatzneubau eines Schachtbauwerkes in der Hamburger Straße. Die Schlussabrechnung ist bis zum 31.12.2020 zu leisten, so dass die finanziellen Mittel noch für das Haushaltsjahr 2020 unbedingt bereitgestellt werden müssen, ansonsten werden Zinsen an die HRO berechnet.

#### Sachverhalt:

☐ überplanmäßig

☐ außerplanmäßig

#### Teilhaushalt: 66

- in EUR -

Nr. gemäß § 4 (12) i. V. m. § 3 (1) GemHVO-Doppik	Bezeichnung	Gesamtermächtigung	Verfügbar	zu bewilligender Mehrbedarf
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.514.300	-4.194.399,83	
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	33.743.120	6.737.824,73	
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (24-28)	-30.228.820	-10.932.224,56	

#### 1. Mehrauszahlungen

Produkt: 54300

Bezeichnung: Landesstraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654300999900799	Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV
Investitionsposition	3	
Finanzauszahlungskonto	78440000.01900000	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus Lieferung und Leistung

Ansatz Pos.3		0
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	0
überplanmäßige Auszahlungen	+	0
AO (Deckung über DK 8661 - 6654101999900999 Erneuerung Regenwassersammler Gemeindestraßen)	-	1.168.822,79
Aufträge	-	0
noch verfügbar	=	0
<b>Neue Haushaltsüberschreitung</b>		<b>2.060.000,00</b>



## Begründung der vorgesehenen Mehrauszahlungen zur

### a) Unabweisbarkeit

Am 23.1.2019 erfolgte die Kostenteilungsvereinbarung zwischen dem Warnow Wasser- und Abwasserverband (WWAV), der Nordwasser GmbH und der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (nachfolgend „Gemeinde“ genannt) zur Erneuerung der Mischwasseranlagen in der Hamburger Straße. Laut Kostenteilungsvereinbarung ist die Gemeinde mit 86,7 % an den entstandenen Kosten bezogen auf den Niederschlagswasseranteil beteiligt.

Im Auftrag des WWAV/Nordwasser GmbH erfolgte im Zeitraum 2017 - 2019 die Erneuerung der Mischwasserleitung über 760 m incl. Schächte, Rückbau der Schächte und Leitungen, Anschlüsse, Abflusslenkung und Oberflächenaufbruch und -wiederherstellung als offene Erneuerung, Schlauchlining sowie geschlossener Neubau, die Erneuerung der Regenwasserleitung über 40 m incl. Schächte, Anschlüsse, Abflusslenkung und Oberflächenaufbruch und -wiederherstellung in geschlossener und offener Bauweise, die Erneuerung der Schmutzwasserleitung über 10 m incl. Schächte, Rückbau, Abflusslenkung und Oberflächenaufbruch- und Wiederherstellung in geschlossener und offener Bauweise. Im Zuge der Baumaßnahme wurden umfangreiche, nicht geplante Umverlegungsarbeiten zur Baufreimachung notwendig. Diese resultieren im Wesentlichen aus unzutreffenden Bestandsplänen bzgl. Lage von Gas, Strom, Lichtsignalanlagen, Telefonkabeln usw.

Aufgrund von verkehrsrechtlichen Auflagen, die die Forderung der Aufrechterhaltung jeweils einer Fahrspur stadteinwärts und stadtauswärts beinhaltete, wurden zusätzliche abschnittsweise Umbauten der Verkehrssicherungseinrichtungen einhergehend mit mehrmaligen Verschwenkungen der Verkehrsführung notwendig.

Diese Leistungen waren unabdingbar für die Verlegung der Misch- und Trinkwasserleitungen notwendig. Zur Umverlegung diverser in ihrer Lage zum Hauptsammler unbekannter Medien musste ein zusätzlicher Medienkanal DN 600 Stahl in der Hamburger Straße im Bereich Schwarzer Weg im Vortrieb hergestellt werden. Weiterhin wurden parallel Arbeiten zur Anbindung der neuen ebenfalls zusätzlichen Querung der Schlammdruckleitung an den Bestand notwendig. Im Zuge der Herstellung des Medienkanals DN 600 St im Bereich der Gleisanlagen Schwarzer Weg wurde bei der Durchfahrung ein Hindernis festgestellt. Dieses musste in offener Bauweise beseitigt werden und führte zu weiteren notwendigen Mehrleistungen und -kosten.

Entgegen der Planung musste das Schachtbauwerk in der Hamburger Straße Höhe Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) aufgrund der nicht mehr gegebenen Standsicherheit komplett erneuert werden. Der Schacht liegt mittig der Straße. Der Ersatzneubau, einschließlich der erforderlichen Baugrube, erforderte eine erneute Veränderung der Verkehrsführung. Diese Leistungen waren unabdingbar und unabweisbar für die Herstellung und Funktionalität des Mischwasserkanals notwendig.

Im Zuge der Gesamtkostenaufstellung erhöht sich nunmehr der Anteil der Gemeinde auf eine Kostenbeteiligung insgesamt auf 4.307.278,92 EUR, so dass letztendlich noch ein Finanzierungsbetrag in Höhe von 2.058.456,13 EUR geleistet werden muss. Der Nachtrag zur Kostenvereinbarung liegt dem Tiefbauamt seit dem 5.11.2020 vor. Die Schlussabrechnung ist bis zum 31.12. 2020 zu leisten.

### b) Unvorhersehbarkeit:

Die notwendigen Leistungen waren im Vorfeld der Baumaßnahme nicht vorhersehbar. Durch die Medienträger konnten keine eindeutigen Aussagen zum Leitungsbestand getroffen werden, da es sich hier um Altbestand handelte.

Die notwendigen Leistungen zur Baufreimachung in diesem Umfang waren nicht vorhersehbar.

Der Ersatzneubau des Schachtbauwerkes in Höhe RSAG war nicht vorgesehen. Hier war eine Neuplanung einschließlich Statik und Baugrubenverbau notwendig. Dies konnte aufgrund der Lage des Schachtes (mittig der Fahrbahn) nicht im vollem Umfang erfolgen. Die im Vorfeld durchgeführte Befahrung über den Zustand des Schachtes wies nicht auf statische Mängel hin.

c) Überschreitung des Teilhaushaltes lt. Punkt 8.1.7  
Nein

## 2. Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen diverser Maßnahmen

### 2.1 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 38.000 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201200220	Bahnübergang Riekdahl
Investitionsposition	8	
Finanzauszahlungskonto	78440001.01900001	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände - zweckgebunden

- in EUR -

Ansatz		0
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	38.000,00
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	38.000,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>38.000,00</b>

#### Begründung der Minderauszahlungen

Für den Bahnübergang Riekdahl wurde in 2009 die Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB AG, dem Bund und der Hanse-und Universitätsstadt Rostock unterzeichnet, wonach gem. §13 Eisenbahnkreuzungsgesetz ein Drittel der Kosten durch die Hanse-und Universitätsstadt Rostock getragen wurde. Die Maßnahme wurde durch die Deutsche Bahn AG (DB AG) in den Jahren 2013-2014 realisiert und gegenüber der Hanse-und Universitätsstadt Rostock abgerechnet.

Trotz Nachfragen erfolgte seit 2017 durch die DB AG keine Rechnungslegung mehr. Gem. §15 GemHVO-Doppik bleiben die finanziellen Mittel längstens zwei Jahre nach Durchführung der Investitionsmaßnahme bestehen. Die Restmittel können hiermit bereitgestellt werden.

### 2.2. Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 350.000 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201200914	Straßenerneuerung Schillingallee
Investitionsposition	10	
Finanzauszahlungskonto	78532001.09612001	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau - zweckgebunden

- in EUR -

Ansatz		0
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	925.143,25
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	131.736,740
Aufträge	-	196.349,01
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	597.057,50
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>350.000,00</b>

### Begründung der Minderauszahlungen

Im August 2019 erfolgte im Rahmen der Gesamtmaßnahme "Straßenerneuerung Klinikum Schillingallee" die Auftragsvergabe zur Erneuerung des Gehweges E.-Heydemann-Straße. In diesem Zusammenhang gibt es auch diverse Planungsaufträge zu den Verkehrsanlagen, technischen Ausrüstungen, ökologische Baubegleitung und Baumschutz. Im Anschluss an diese Maßnahme war ursprünglich der weitere Ausbau der Verkehrsanlagen in der Schillingallee angedacht. Nach Rücksprache mit der Fa. Nordwasser AG ist in diesem Bereich auch der Neubau einer Haupttrinkwasserleitung vorgesehen. Der Bau neuer Kanäle und Trinkwasserleitungen ist nur koordiniert mit dem Bau der Verkehrsanlagen möglich. Die Nordwasser AG beginnt mit den Planungen ihrerseits ab dem Jahr 2021. Ein Baubeginn in diesem Abschnitt ist erst ab dem Jahr 2022 realistisch, so dass die finanziellen Mittel für o.g. Maßnahme bereitgestellt werden können.

## 2.3 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 241.000 EUR

**Produkt:** 54101**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201300420	Straßenbau Petridamm
Investitionsposition	2	
Finanzauszahlungskonto	78532000.09612000	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau

- in EUR -

Ansatz		1.000.000,00
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	1.208.339,14
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	1.492.199,53
Aufträge	-	385.937,12
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	330.202,49
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>241.000,00</b>

### Begründung der Minderauszahlungen

Die Fortführungsmaßnahme „Straßenbau Petridamm“ umfasst den grundhaften Ausbau der Stadtstraßen Petridamm und Dierkower Damm auf einer Baulänge von ca. 450 m, zwischen dem Knotenpunkt L22/ Verbindungsweg/ Petridamm und Kadammweg. Baubeginn der Maßnahme war im März 2019. Zuerst wurden diverse Leistungen für die Versorgungsunternehmen durchgeführt (ELT, Infokabel, Fernwärme, Gas und Telekom). Danach erfolgten neben der Verkehrssicherung der Ausbau der Straße, der LSA, der Straßenbeleuchtung und des Gehweges. Die Maßnahme wurde bauseitig beendet. Noch bestehende Aufträge werden zeitnah schlussgerechnet. Von den noch verfügbaren finanziellen Mitteln können 241 TEUR bereitgestellt werden.

## 2.4 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 400.000 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201800717	Straßenbau Nordex
Investitionsposition	2	
Finanzauszahlungskonto	78532000.09612000	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau

- in EUR -		
Ansatz		390.000,00
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	193.994,86
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	24.599,95
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	559.394,91
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>400.000,00</b>

### Begründung der Minderauszahlungen

In dieser Maßnahme ist eine neue Verbindungsstraße von der E.-Schlesinger-Straße zum Platz der Freundschaft mit einer Länge von ca. 200 m sowie beidseitig Nebenanlagen für Radfahrer und Fußgänger geplant. Für die Bauausführung ist es notwendig, ein Grundstück von der Regionalbus Rostock GmbH (Rebus) zu erwerben. Die Grundstücksverhandlungen mit der Firma Rebus stagnieren, da noch Fragestellungen zur Betreibung des zukünftigen ZOB und die damit notwendige Flächenübertragung des gegenwärtig öffentlich gewidmeten Parkplatzes zu lösen sind. Das beim Ministerium anhängige Verfahren kann erst nach der Bereitstellung eines temporären Ersatzparkplatzes starten, für den ebenfalls Flächen der Firma Rebus erforderlich sind. Auf Grund des vorliegenden komplizierten Verhandlungsstandes musste der Baustart in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber verschoben werden. Gemäß Änderungsbescheid vom 03.08.2020 erfolgt die Gewährung von Fördermittel aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Verbindung mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erst ab dem Jahr 2023.

## 2.5 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 20.000 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201500899	Ersatzbeschaffung Parkscheinautomaten
Investitionsposition	2	
Finanzauszahlungskonto	78532000.04890000	Sonstige Straßen-, Wege- und Platzausrüstungen

- in EUR -		
Ansatz		25.000,00
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	0
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	25.000,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>20.000,00</b>

### Begründung der Minderauszahlungen

Die Anschaffung neuer zusätzlicher Parkscheinautomaten erfolgt erst in Abhängigkeit des Vorliegens eines neuen Parkraumkonzeptes. Dieses Konzept liegt aktuell noch nicht vor. Für dringend notwendige Ersatzaufstellungen durch Havarien gibt es für einen notwendigen Wechsel im Bereich der Straßenmeisterei vorhandene Parkscheinautomaten.

### 2.6 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 18.000 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201800920	Lärmschutzwand A.-Esch-Straße
Investitionsposition	2	
Finanzauszahlungskonto	78532000.09612000	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau

- in EUR -

Ansatz		28.000,00
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	0
über-/außerpl. Auszahlungen	-	9.974,37
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	18.025,63
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>18.000,00</b>

### Begründung der Minderauszahlungen

Nach doppischer Prüfung der durchzuführenden Maßnahme handelt es sich hierbei gem. Bewertungsrichtlinie zur Abgrenzung von Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionen bei Ingenieurbauwerken nicht um eine investive Maßnahme, sondern um eine Reparaturmaßnahme im Aufwandsbereich. Demzufolge sind die finanziellen Mittel aus der Verwaltungstätigkeit zu finanzieren.

### 2.7 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 33.000 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201801320	Fernbedienung Patcher
Investitionsposition	2	
Finanzauszahlungskonto	78571000.08213000	Werkzeuge

- in EUR -

Ansatz		0
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	33.000,00
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	33.000,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>33.000,00</b>

**Begründung der Minderauszahlungen**

Bei dem Patcher handelt es sich um eine Zusatzausrüstung eines in der Straßenmeisterei vorhandenen Fahrzeuges. Der Patcher wurde im Jahr 2020 angeschafft. Aufgrund des direkten Zusammenhanges erfolgte die Finanzierung aus der Investitionsmaßnahme Nr.6654101201400120-Fahrzeuge, so dass die finanziellen Mittel aus der o. g. Investitionsmaßnahme für den WWAV bereitgestellt werden können.

**2.8 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 60.000 EUR****Produkt:** 54101**Bezeichnung:** Gemeindestraßen

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101202001312	Brückenbauwerk 145- Gr.-Kleiner-Damm über Schmarler Bach
Investitionsposition	2	
Finanzauszahlungskonto	78532000.09612000	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau

- in EUR -

Ansatz		60.000,00
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	0
über- / außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	60.000,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		60.000,00

**Begründung der Minderauszahlungen**

Nach doppischer Prüfung der durchzuführenden Maßnahme handelt es sich hierbei gem. Bewertungsrichtlinie zur Abgrenzung von Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionen bei Ingenieurbauwerken nicht um eine investive Maßnahme, sondern um eine Reparaturmaßnahme im Aufwandsbereich. Demzufolge sind die finanziellen Mittel aus der Verwaltungstätigkeit zu finanzieren.

**2.9 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 40.278,16 EUR****Produkt:** 54300**Bezeichnung:** Ersatzneubau Brücke Rennbahnallee BW 121

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654300201700115	Ersatzneubau Brücke Rennbahnallee BW 121
Investitionsposition	2	Anlagen im Bau
Finanzauszahlungskonto	78532000.09612000	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau

- in EUR -

Ansatz		0
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	342.099,70
über- / außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	135.000,00
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	207.099,70
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		40.278,16

### Begründung der Minderauszahlungen

Zurzeit erfolgt die Durchführung der EU-weiten Vergabe des Planungsauftrages mit der Planungsstufe 1 für die Brückenplanung, Tragwerksplanung und den Verkehrsanlagen. Dieser Planungsauftrag wird kostengünstiger ausfallen als ursprünglich geplant. Zusätzliche Aufträge für die geotechnische Untersuchung für Baugrund sowie notwendige technische Prüfungen werden zusätzlich einen Kostenumfang von ca. 88 TEUR umfassen. Von den noch verfügbaren finanziellen Mitteln können 40.278,16 EUR bereitgestellt werden.

## 2.10 Nachweis der Deckung durch Minderauszahlungen in Höhe von 98.084,46 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Verkehrsanlagen Holzhalbinsel

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201700219	Verkehrsanlagen Holzhalbinsel
Investitionsposition	4	Verkehrsanlagen
Finanzauszahlungskonto	78532000.09612000	Geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau

- in EUR -

Ansatz		0
Reste aus Vorjahren (HAR)	+	98.084,46
über-/außerpl. Auszahlungen	+/-	0
AO	-	0
Aufträge	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	98.084,46
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		98.084,46

### Begründung der Minderauszahlungen

Die Verkehrsanlagen auf der Holzhalbinsel weisen in unterschiedlichem Ausmaß Absenkungen auf. Durch halbjährliche Setzungspegelmessungen erfolgt ein regelmäßiges Monitoring zu diesen Setzungen.

Da vermutet wird, dass sich die Setzungserscheinungen auch in der Zukunft fortsetzen werden, soll eine Planung beauftragt werden, welche die abschnittsweise Sanierung / Erneuerung und Stabilisierung der Verkehrsanlagen als Grundlage für eine bauliche Umsetzung entwickeln soll. Für das Bauvorhaben ist eine Aufgabenstellung für die Planung zu erarbeiten. Diese Planungsleistungen sind aktuell noch aus dem Aufwand zu finanzieren, da der Bauumfang noch nicht eindeutig definiert werden kann. Erst wenn eine eindeutige Bauvariante vorliegt, ist eine konkrete Zuordnung als Reparatur oder Investition möglich.

### 3. Nachweis der Deckung durch Mehreinzahlungen in diversen Maßnahmen

#### 3.1 Nachweis der Deckung durch Mehreinzahlungen in Höhe von 25.000 EUR

**Produkt:** 54300

**Bezeichnung:** vierspuriger Ausbau Hinrichsdorfer Straße

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654300201200226	Vierspuriger Ausbau Hinrichsdorfer Straße
Investitionsposition	8	
Finanzeinzahlungskonto	68166201.23316621	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden

- in EUR -

Ansatz		0
AO	-	25.000,00
<b>Mehreinzahlungen</b>	<b>=</b>	<b>25.000,00</b>
bereitgestellt für üpl. o. apl. Ausz	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	25.000,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>25.000,00</b>

#### Begründung der Mehreinzahlungen

Mit dem Zuwendungsbescheid GRWI-13-0063 vom 26.05.2016 wurden Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den vierstreifigen Ausbau der Hinrichsdorfer Straße bewilligt. Im Zuge der Verwendungsnachweisprüfung erfolgte im Juni 2020 vom Landesförderinstitut M/V eine Zuweisung in Höhe von 25.000 EUR. Die Maßnahme wurde bereits im Jahr 2018 beendet. Aus diesem Grund gab es im Haushaltsjahr 2020 keinen Planansatz. Es handelt sich hiermit um Mehreinzahlungen die für die o. g. Maßnahme bereitgestellt werden können.

#### 3.2 Nachweis der Deckung durch Mehreinzahlungen in Höhe von 35.441,63 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Neubau Fußgängerüberwege

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201500599	Neubau Fußgängerüberwege
Investitionsposition	8	
Finanzeinzahlungskonto	68166001.23316601	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich von der EU - zweckgebunden

- in EUR -

Ansatz		0
AO	-	35.441,63
<b>Mehreinzahlungen</b>	<b>=</b>	<b>35.441,63</b>
bereitgestellt für üpl. o. apl. Ausz	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	35.441,63
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>35.441,63</b>



### Begründung der Mehreinzahlungen

Im Jahr 2020 erfolgte die barrierefreie Umgestaltung von 4 Bushaltestellen in der Tychsenstraße. Diese Maßnahme wurde vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung mit Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstützt. Darin eingeschlossen war auch der Umbau des Fußgängerüberweges in der Tychsenstraße. In dieser Maßnahme waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung keine Mittelzuweisungen eingeplant. Mit Auszahlung der Fördermittel kam es zu Mehreinzahlungen in der Maßnahme Neubau Fußgängerüberwege.

### 3.3 Nachweis der Deckung durch Mehreinzahlungen in Höhe von 14.260,00 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Sanierung Petribrücke BW 101 Straßenbahnteil

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201500320	Sanierung Petribrücke BW 101 Straßenbahnteil
Investitionsposition	6	
Finanzeinzahlungskonto	68166201.23316621	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden

- in EUR -

Ansatz		0
AO	-	14.260,00
<b>Mehreinzahlungen</b>	<b>=</b>	<b>14.260,00</b>
bereitgestellt für üpl. o. apl. Ausz	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	14.260,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		14.260,00

### Begründung der Mehreinzahlungen

Für die Brückenbauarbeiten der Hanse-und Universitätsstadt Rostock am Brückenbauwerk 101, Petribrücke im Jahr 2018 erfolgte vom Ministerium für Inneres und Europa M/V eine Sonderbedarfszuweisung nach §20 FAG M/V. Die Maßnahme ist beendet und nach Prüfung des Verwendungsnachweises im Jahr 2020 kam es zu einer Schlussauszahlung an Fördermitteln in Höhe von 14.260 EUR.

### 3.4 Nachweis der Deckung durch Mehreinzahlungen in Höhe von 7.935,75 EUR

**Produkt:** 54101

**Bezeichnung:** Stützwand 34 Bahnhofsstraße/ Am Güterbahnhof

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201201619	Stützwand 34 Bahnhofsstraße/ Am Güterbahnhof
Investitionsposition	8	
Finanzeinzahlungskonto	68166201.23316621	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden

- in EUR -

Ansatz		0
AO	-	7.935,75
<b>Mehreinzahlungen</b>	<b>=</b>	<b>7.935,75</b>
bereitgestellt für üpl. o. apl. Ausz	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	7.935,75
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		7.935,75

### Begründung der Mehreinzahlungen

Vom Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern wurde das Vorhaben Stützmauer 34 als förderfähig anerkannt und als Einzelmaßnahme in die städtebauliche Gesamtmaßnahme „Stadtzentrum“ der HRO eingeordnet. Die Auszahlung der Fördermittel erfolgte nach Prüfung der nachgewiesenen Ausgaben der HRO im Auftrag des Landesförderinstitutes Mecklenburg-Vorpommern durch die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH. Die Maßnahme wurde im Jahr 2015 durchgeführt. Im Juni 2020 kam es zur Schlussauszahlung nach Prüfung durch den Fördermittelgeber in Höhe von 7.935,75 EUR.

### 3.5 Nachweis der Deckung durch Mehreinzahlungen in Höhe von 679.000 EUR

**Produkt:** 54101      **Bezeichnung:** Verkehrsbaumaßnahmen im Fördergebiet Seebad Warnemünde

	Nummer	Bezeichnung
Investitionsmaßnahme	6654101201201401	Verkehrsbaumaßnahmen im Fördergebiet Seebad Warnemünde
Investitionsposition	102 108 110 119 121	Straßenausbaubeiträge Kostenerstattung Telekom, Eurawasser, Nordwasser Kostenerstattung WWAV Anzahlungen für Beiträge vom öfftl. Bereich vom Bund Anzahlungen für Beiträge vom priv. Bereich v. privaten Unternehmen
Finanzeinzahlungskonto	68267900.23326790 68267100.23326710 68266400.23326640 68266100.23326610 68267100.23326710	

- in EUR -

Ansatz		0
AO – Pos.102	-	81.837,84
Pos.108		170.744,88
Pos.110		387.940,00
Pos.119		26.556,09
Pos.121		11.921,19
<b>Mehreinzahlungen</b>	<b>=</b>	<b>679.000,00</b>
bereitgestellt für üpl. o. apl. Ausz	-	0
bereitgestellt für Deckungskreis	-	0
noch verfügbar	=	679.000,00
<b>Als Deckungsmittel einzusetzen</b>		<b>679.000,00</b>

### Begründung der Mehreinzahlungen

Auf der Basis der Kostenteilungsvereinbarung zwischen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 14.03.2017 beteiligte sich die Firma Eurawasser Nord GmbH und als Nachfolger die Nordwasser GmbH am Deckenschluss der Schmutz- und Regenwasserkanäle im 2. BA Seestraße / Am Leuchtturm. Die Schlussrechnung in Höhe von 170.744,88 EUR wurde an die Fa. Nordwasser GmbH gestellt und im Juli 2020 an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gezahlt. Gemäß Kostenteilungsvereinbarung zum Deckenschluss der Regenwasser, Schmutzwasser- und Trinkwasserleitung in der aktuellen Baumaßnahme Georginenstraße / Georginenplatz kommt es zur Kostenbeteiligung des WWAV am Deckenschluss. Bis dato sind in 2020 insgesamt 387.940 EUR als Mehreinzahlungen im Jahr 2020 zu verzeichnen. Nach Durchführung der einzelnen Straßenbaumaßnahmen im Seebad Warnemünde erfolgte durch das Bauamt die Erarbeitung der Bescheide zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen an Privatpersonen, Privatunternehmen oder Behörden. Diese werden nach doppischen Gesichtspunkten auf unterschiedliche Produktkonten (Pos.102, 119, 121) im Tiefbauamt verbucht. Insgesamt sind hier in 2020 Straßenausbaubeitragseinzahlungen in Höhe von insgesamt 120.315,12 EUR zu verzeichnen. Da die Maßnahmen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bereits vorfinanziert wurde, können die Mehreinzahlungen für die o.g. Maßnahme bereitgestellt werden.

**Finanzielle Auswirkungen:**

	Nummer	Bezeichnung
Teilhaushalt	66	Tiefbauamt
Produkt	54300	Landesstraßen

## Produktkonto:

54101	78440000.01900000	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus Lieferung und Leistung
Investitionsnummer	6654300999900799	Erneuerung von Regenwassersammler durch den WWAV
Investitionsposition	3	

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept: nein

**Berechnung Gesamtauszahlungen:**

Haushaltsansatz

HAR

offene Aufträge (AU)

Anordnungen (AO)

(Deckung aus Maßnahme 6654101999900999 - Erneuerung Regenwassersammler Gemeindestraße - DK 8661)

**EH in EUR****FH in EUR**

0

0

0

0

0

0

1.168.822,79

**neu beantragte Haushaltsüberschreitung****+****2.060.000,00****Gesamtauszahlungen****=****3.228.822,79**

Claus Ruhe Madsen

**Anlagen**

Keine

<b>Entscheidendes Gremium:</b> <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski  Federführendes Amt: Kämmereiamt	<b>Beteiligt:</b> Zentrale Steuerung	
<b>Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
03.11.2020	Hauptausschuss	Empfehlung
03.11.2020	Ortsbeirat Schmarl (7)	Empfehlung
03.11.2020	Ortsbeirat Brinckmansdorf (15)	Empfehlung
03.11.2020	Bau- und Planungsausschuss	Empfehlung
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung
04.11.2020	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	Empfehlung
05.11.2020	Ortsbeirat Lütten Klein (5)	Empfehlung
05.11.2020	Ortsbeirat Gartenstadt/ Stadtweide (10)	Empfehlung
05.11.2020	Ortsbeirat Südstadt (12)	Empfehlung
05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Seebad Diedrichshagen (1)	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Evershagen (6)	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Reutershagen (8)	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Dierkow-Neu (16)	Empfehlung
12.11.2020	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Empfehlung
12.11.2020	BUGA-Ausschuss	Empfehlung
17.11.2020	Ortsbeirat Groß Klein (4)	Empfehlung
17.11.2020	Ortsbeirat Hansaviertel (9)	Empfehlung
18.11.2020	Ortsbeirat Seebad Markgrafenheide, Seebad Hohe Düne, Hinrichshagen, Wiethagen, Torfbrücke (2)	Empfehlung
18.11.2020	Ortsbeirat Biestow (13)	Empfehlung
18.11.2020	Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung	Empfehlung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
19.11.2020	Ortsbeirat Toitenwinkel (18)	Empfehlung
19.11.2020	Kulturausschuss	Empfehlung

24.11.2020	Ortsbeirat Lichtenhagen (3)	Empfehlung
24.11.2020	Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof (19)	Empfehlung
25.11.2020	Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport	Empfehlung
25.11.2020	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)	Empfehlung
01.12.2020	Personalausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Bürgerschaft beschließt die Ergänzung zur Haushaltssatzung 2021 nebst Anlagen zum Haushaltsplan (Gem. der Anlagen 1.1.- 1.8.)
2. Die Bürgerschaft beschließt für das Haushaltsjahr 2021 einen Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock sowie den Haushaltsplan für das Fördergebiete Toitenwinkel gemäß der Anlagen 2.1 bis 2.6

Beschlussvorschriften: § 22 (3), §§ 45 und 64 Kommunalverfassung MV

bereits gefasste Beschlüsse: Nr. 2020/BV/0712, Nr. 2020/BV/1028

### **Sachverhalt:**

Die Bürgerschaft hat den Doppelhaushalt 2020/2021 der Hanse- und Universitätsstadt Rostock am 29.04.2020 unter der Vorlage 2020/BV/0712 beschlossen.

Eine 1. Änderung der zuvor beschlossenen Haushaltssatzung hat die Bürgerschaft bereits am 17.06.2020 vorgenommen (2020/BV/1028). Mit dem Änderungsbeschluss wurden aufgrund der vorliegenden Informationen zu den finanziellen Auswirkungen der „Corona COVID-19 – Pandemie“, auf die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Anpassungen für das Haushaltsjahr 2020 vorgenommen. Weitere detaillierte Aussagen zu den finanziellen Veränderungen auf den Kernhaushalt 2020/2021 konnten zum damaligen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden und wurden somit auch noch nicht im Haushalt angepasst.

Mit Schreiben vom 21.08.2020 genehmigte das Ministerium für Inneres und Europa M-V, als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde, die Festsetzungen der städtischen Haushaltssatzung nur für das Haushaltsjahr 2020. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im „Städtischen Anzeiger“ am 12.09.2020.

Die Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 wurden zurückgestellt. Begründet wurde dies mit der Ertrags- und Finanzlage aufgrund der „Corona COVID-19 – Pandemie“, welche in der Haushaltsplanung 2021 noch nicht ausreichend Berücksichtigung finden konnte. Durch die vorzunehmenden Anpassungen, aufgrund nunmehr vorliegender Entwicklungen zur Haushaltssituation, sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt, ist abzusehen, dass sich die dauernde Leistungsfähigkeit des Kernhaushaltes verändern wird.

Die Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen der Haushaltssatzungen der städtebaulichen Sondervermögen wurden ebenfalls zurückgestellt.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage und deren Anlagen wurden nunmehr alle bekannten coronabedingten Anpassungen für die Haushaltsjahre 2021 – 2023 vorgenommen. Zeitgleich wurden weitere bereits bekannte Veränderungen / Anpassungen aufgenommen, damit ein aktuelles und realistisches Bild über die derzeitige Haushaltslage des Kernhaushaltes und der städtebaulichen Sondervermögen abgebildet werden kann.

### **zu 1.1. Haushaltssatzung - Ergänzungsbeschluss 2021**

Die mit dem Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung 2021 vorgenommenen Änderungen wirken sich im Vergleich zur bisherigen Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 haushaltsverschlechternd aus.

Konnte der Ergebnishaushalt bisher ein Saldo von -4,3 Mio. EUR ausweisen, so verschlechtert sich der Haushaltsausgleich auf nunmehr -9,1 Mio. EUR. Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes kann unter Verwendung von Rücklagen (Ergebnisvortrag) aus Vorjahren erfolgen.

Auch das jahresergebnisbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen reduziert sich in 2021 von bisher noch 11,0 Mio. EUR Überschuss auf nunmehr 4,4 Mio. EUR Überschuss. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen wird der neu ausgewiesene Überschuss vollständig verbraucht, d.h. die zu erbringende Tilgungsleistung kann unterjährig nicht vollständig aus dem Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen finanziert werden. Nach Abzug der zu erbringenden Auszahlungen für die ordentliche Tilgung verbleibt ein jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen in Höhe von -6,1 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2021. Die lfd. Deckung für 2021 kann noch aus dem Vortrag bisheriger Jahresabschlüsse erfolgen. Ab dem Haushaltsjahr 2022 ist dies jedoch nicht mehr möglich – vgl. auch Anlage 1.3 – Muster 5b.

- in Mio. EUR -

	HH Plan 2020	Ist 2020 (Prognose 09/2020)	HH Plan 2021 (Stand 17.06.2020)	Änderung	HH Plan 2021 Ergänzungs- beschluss
Summe der Erträge	736,9	739,1	736,8	+7,5	744,3
Summe der Aufwendungen	744,9	736,8	741,1	+12,3	753,4
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen	<b>-8,0</b>	<b>2,3</b>	<b>-4,3</b>	<b>-4,8</b>	<b>-9,1</b>
Einstellung in die allg. Kapitalrücklage	2,1	2,1	0	0	0
Jahresergebnis	<b>-10,1</b>	<b>+0,2</b>	<b>-4,3</b>	<b>-4,8</b>	<b>-9,1</b>
<b>Verbleibender Vortrag aus Rücklagen Ergebnishaushalt</b> (Stand 31.12.2019 = 161,9 Mio. EUR)	<b>151,8</b>	<b>162,1</b>	<b>147,5</b>	<b>+5,5</b>	<b>153,0</b>
Summe der lfd. Einzahlungen	673,1	681,8	691,9	+7,4	699,3
Summe der lfd. Auszahlungen	674,0	673,9	680,9	+14,0	694,9
Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung	<b>-0,9</b>	<b>+7,9</b>	<b>11,0</b>	<b>-6,6</b>	<b>4,4</b>
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen	10,8	8,6	11,6	-1,1	10,5
Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen	<b>-11,7</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,6</b>	<b>-5,5</b>	<b>-6,1</b>
<b>Fortschreibung Lfd. Saldo E/A</b> (Stand 31.12.2019 = 16,7 Mio. EUR – Prognose 09/2020)	<b>+5,0</b>	<b>+16,0</b>	<b>+4,4</b>	<b>+5,5</b>	<b>+9,9</b>
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	97,4	68,2	55,4	+7,3	62,7
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	103,7	95,9	90,9	+5,1	96,0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<b>-6,3</b>	<b>-27,7</b>	<b>-35,5</b>	<b>+2,2</b>	<b>-33,3</b>
Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	<b>31,7</b> <i>(davon für 2020: 25,4 Mio. EUR aus Kreditermächtigungen 2018 + 2019)</i>	<b>27,7</b>	<b>35,5</b>	<b>+2,2</b>	<b>33,3</b>
Verpflichtungsermächtigung	<b>41,6</b>	<b>11,0</b>	<b>109,1</b>	<b>-17,0</b>	<b>92,1</b>
Stellen gemäß Stellenplan (VzÄ)	<b>2.517,14</b>	<b>2.517,14</b>	<b>2.520,36</b>	<b>+18,0</b>	<b>2.538,36</b>
Eigenkapital zum 31.12.	<b>1.225,8</b>	<b>1.225,8</b>	<b>1.221,5</b>	<b>+3,5</b>	<b>1.225,0</b>
Höchstbetrag Kassenkredit	<b>100,0</b>	<b>5,0</b>	<b>100,0</b>	<b>-31,0</b>	<b>69,0</b>

Im Bereich der investiven Ein- und Auszahlungen wurden alle Investitionsmaßnahmen durch die Fachämter nochmals auf den Prüfstand gestellt und auf die aktuellen Entwicklungen angepasst. Die Ämter sind angehalten, auch weiterhin die Investitionstätigkeiten in vollem Umfang auszuführen. Dennoch zeichnet sich mit dem Ergänzungsbeschluss eine Verschiebung einiger Maßnahmen in die Folgejahre ab. Aufgrund des unvorhersehbaren Corona - Lockdowns in der ersten Jahreshälfte 2020, kam es zu einigen Verzögerungen, die dazu führen, dass sich einige Maßnahmen verschieben.

Ebenso fanden Anpassungen an aktuell vorliegende Kosten, aber auch an erwartete Investitionseinzahlungen statt.

Durch Aktualisierungen der bisherigen Planungsstände verbessert sich das Saldo aus Investitionseinzahlungen und -auszahlungen um 2,2 Mio. EUR. Der aktuelle Kreditbedarf beträgt im kommenden Jahr 33,3 Mio. EUR. Insofern die Kreditermächtigung aus 2020 in Höhe von 6,3 Mio. EUR in diesem Jahr nicht in Anspruch genommen wird, steht diese bis Ende 2021 zusätzlich zur Verfügung.

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen reduziert sich aufgrund der Verschiebung des Mittelabflusses von Investitionsmaßnahmen in Folgejahre um 17,0 Mio. EUR auf nunmehr 92,1 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2021.

Die Anpassungen des Stellenplans um +18 VZÄ sind in der Anlage 1.7 bzw. unter Pkt. 1.6 näher erläutert.

Keine Genehmigungspflicht besteht für die Veranschlagung des Höchstbestandes möglicher Kassenkreditaufnahmen (§ 53 Abs. 3 GemHVO M-V). Mit dem Ergänzungsbeschluss wird der Höchstbestand der Kassenkredite von bisher 100 Mio. EUR auf 69 Mio. EUR reduziert. Mit Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2020/2021 am 29.04.2020 wurde aufgrund der aktuellen ungewissen Entwicklung des städtischen Haushaltes aufgrund der „Corona-COVID 19-Pandemie“ der Kassenbestand gemäß der Empfehlungen des Städte- und Gemeindetages auf Höhe des damaligen geschätzten Gewerbesteuerverlustausfalls erhöht. Im Zuge der Haushaltsentwicklung 2020 mussten durchschnittlich nicht mehr Kassenkredite in Anspruch genommen werden, wie in den vergangenen Jahren auch. Aus diesem Grund wird der Höchstbestand der Kassenkredite in der Haushaltssatzung reduziert festgesetzt.

Die Veranschlagung der Kreditaufnahmen und der Verpflichtungsermächtigung beinhalten eine Genehmigungspflicht der Haushaltssatzung durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Erst nach erteilter Genehmigung und nach anschließender öffentlicher Bekanntmachung tritt die Haushaltssatzung, ggf. rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft.



## **zu 1.2. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Wesentliche Veränderungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Bereich der Verwaltungstätigkeit**

### Ergebnis- und Finanzhaushalt

in Mio. EUR -

	<b>Ergebnis- haushalt 2021 (Stand 17.06.2020)</b>	<b>Änderung</b>	<b>Ergebnis- haushalt 2021 (Ergänzungs- beschluss)</b>	<b>Finanz- haushalt 2021 (Stand 17.06.2020)</b>	<b>Änderung</b>	<b>Finanz- haushalt 2021 (Ergänzungs- beschluss)</b>
<b>Erträge/Einzahlungen</b>						
Steuern und ähnliche Abgaben	261,4	-30,5	230,9	258,5	-30,8	227,7
Zuwendungen, allgemeine Umlage und Transfererträge/-einzahlungen	243,7	+14,9	258,6	216,7	+15,0	231,7
Erträge/Einzahlungen der sozialen Sicherung	103,8	+14,4	118,2	103,8	+14,4	118,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	53,4	+1,5	54,9	52,5	+1,8	54,3
Privatrechtliche Leistungsentgelte	9,6	-0,4	9,2	9,8	-0,5	9,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10,3	-0,3	10,0	10,3	-0,3	10,0
Zinsen und Sonstige Finanzerträge/-einzahlungen	30,5	+7,5	38,0	24,0	+7,6	31,6
Sonstige Erträge / Einzahlungen	23,9	+0,3	24,2	16,2	+0,2	16,4
<b>Aufwendungen/Auszahlungen</b>						
Personalaufwendungen/-auszahlungen	153,1	+5,5	158,6	143,4	+5,5	148,9
Versorgungsaufwendungen / -auszahlungen	8,9	0	8,9	8,9		8,9
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96,4	+2,5	98,9	96,7	+2,5	99,2
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	167,7	-3,1	164,6	167,7	-3,1	164,6
Aufwendungen der sozialen Sicherung	202,3	+4,7	207,0	202,3	+4,8	207,1
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen / -auszahlungen	4,9	+0,8	5,7	5,0	+0,7	5,7
Sonstige Aufwendungen/ Auszahlungen	62,0	+1,9	63,9	56,9	+3,6	60,5

### Erträge / Einzahlungen:

Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der coronabedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO wurden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst.

In der Kontengruppen „Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge“ wurden vorsichtig 10,0 Mio. Euro als Gewerbesteuerkompensation, 2,8 Mio. Euro für Zuweisungen vom Land für allgemeine Förderung Kita sowie für Personalaufwendungen, für Projekte sowie für Jugend- und Schulsozialarbeit eingeplant. Darüber hinaus wurden für das Haushaltsjahr 2021 Zuwendungen des Bundes für das Förderprogramm "Smart Cities made in Germany" aufgenommen.

Die Zuwendung einer Gewerbesteuerkompensation für die bevorstehenden Verlustausfälle fängt zu erwartenden Gewerbesteuermindererträge /-einzahlungen nicht vollständig auf, allerdings trägt die Kompensationszahlung dazu bei, einen Ausgleich der laufenden Ein- und Auszahlungen zu erzielen.

In den Erträgen und Einzahlungen der sozialen Sicherung werden für die Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende und Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5 SGB II um 14,4 Mio. EUR mehr Erträge/Einzahlungen im Haushaltsjahr 2021 ausgewiesen. In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um 25% erhöht.

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wurden die aktuellen Kenntnisstände, bspw. auf Grundlage neuer Entgeltordnungen oder im Bereich des Friedhofswesens (Bestattungen) angepasst.

Im Bereich der Sonstigen Finanzerträge/-einzahlungen werden bisher im Jahr 2020 geplante Erträge/Einzahlungen aus Beteiligungen in das Haushaltsjahr 2021 verschoben.

#### Aufwendungen / Auszahlungen:

Die Planung der Personalkosten erfolgte im August 2019 auf Grundlage der IST-Personalkosten des vorhandenen Personals. Zur Umsetzung der geforderten Aufgaben sind in einigen Verwaltungsbereichen Anpassungen des Personalaufwands erforderlich. Aus diesem Grund wurden 18 neue VZÄ-Stellen aufgenommen – siehe Anlage 1.7. Mit dem Haushaltsplan 2021 wurden zudem die finanziellen Auswirkungen auf die erwarteten Tarif- und Besoldungserhöhung, die Ausfinanzierung der durchschnittlichen Besetzungsquote von 91 % sowie die Verschiebung Zensus eingeordnet.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen ab dem kommenden Haushaltsjahr um ca. 2,5 Mio. EUR. Hintergrund sind u.a. die steigenden Bewirtschaftungskosten aufgrund der „Corona COVID-19 - Pandemie“ vor allem in den Schulen sowie eine Neuveranschlagung von jährlich 1,4 Mio. EUR an die WIRO GmbH als Vorteilsausgleich für die Unterdeckung des Vereinssports.

Im Bereich der Zuwendungen und Umlagen werden Mindererträge/ Mindereinzahlungen in Höhe von 3,1 Mio. EUR erwartet. Aufgrund der Anpassung der Gewerbesteuereinzahlungen verringert sich die Zahlung der Gewerbesteuerumlage. Die mit der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose niedriger prognostizierten Bevölkerungszahlen im Kindesalter wurden die Haushaltsansätze neu berechnet und angepasst (-2,6 Mio. EUR).

Ein Anstieg der Kosten i.H.v. +4,7 Mio. EUR wurde für die „Soziale Sicherung“ berücksichtigt. Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 Bedarfsgemeinschaften (BG) mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen. Im August 2020 wurden 11.059 Bedarfsgesellschaften in der HRO registriert. Auch die avisierten durchschnittlichen Kosten je BG erhöhten sich in dem genannten Zeitraum von 319 EUR auf 322 EUR. Ab 2022 wird damit gerechnet, dass die BG sich wieder rückläufig entwickeln.

Bei der Position „Sonstige Aufwendungen“ wurden u.a. geplante Auszahlungen für das Förderprogramm "Smart Cities made in Germany" (900 T EUR) und Aufwendungen / Auszahlungen für die geplante Maritime Konferenz in 2021 i.H.v. 260 T EUR aufgenommen.

Bei der Überarbeitung des Haushaltes 2021 berücksichtigt, wurden ebenfalls die Umsetzungen der Organisationsverfügungen zur Bildung neuer Ämter und somit neuer Teilhaushalte.

Alle vorgenommenen Änderungen sind den Anlagen Nr. 1.5 b - Änderungslisten Verwaltungstätigkeit – Coronabedingte Änderungen und Nr. 1.5 c - Änderungslisten Verwaltungstätigkeit – Sonstige Änderungen zu entnehmen. Zu jedem Teilhaushalt wurden zudem die Veränderungen der Erträge / Aufwendungen und der laufenden Ein- und Auszahlungen zwischen der bisherigen Haushaltsplanung 2021 und den aktuellen Änderungen des Ergänzungsbeschlusses dargestellt (siehe Anlage 1.4).

### **zu 1.3. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock – Finanzielle Auswirkungen der „Corona COVID-19 – Pandemie“**

Die Genehmigung der Haushaltssatzung 2021 wurde zurückgestellt, da die finanziellen Auswirkungen der „Corona COVID-19 - Pandemie“ zunächst noch in den städtischen Haushalt einzuarbeiten waren. Nach Überarbeitung ergibt sich für die größten Positionen folgender Stand:

<b>Saldo der wesentlichen Änderungen der größten „Corona COVID - 19-Pandemie“ Positionen</b>	<b>- in Mio. EUR</b>
Mindereinzahlungen	-32,4
Mehrauszahlungen	+7,6
Kompensationszahlungen Land / Bund	24,5
<b>Saldo</b>	<b>-15,5</b>

In der Anlage 1.5 b – Veränderungsliste Verwaltungstätigkeit – Coronabedingte Änderungen sind alle vorgenommenen Änderungen mit Einzelbegründung dargestellt.

<b>Mindereinzahlungen</b>							
	<b>Bezeichnung</b>	<b>IST 2019</b>	<b>Plan 2020</b>	<b>Prognose 2020 (Stand 09/2020)</b>	<b>Plan 2021 bisher</b>	<b>Plan 2021 neu (Ergänzungsbeschluss)</b>	<b>Begründung</b>
1	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	67.992.000	68.787.800	63.020.300	73.163.900	66.222.800	Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der Corona-bedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO werden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst. Da für den Planungszeitraum geringere Einzahlungen geplant werden, reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend.
2	Gewerbesteuer nach Ertrag	108.552.000	117.800.000	87.000.000	121.600.000	96.127.000	
	<b>gesamt:</b>				<b>194.763.900</b>	<b>162.349.800</b>	
	<b>2021 Differenz Neu zu bisher:</b>					<b>-32.414.100</b>	

Mehrauszahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs-beschluss)	Begründung
1	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	4.300.000	5.000.000	3.000.000	4.800.000	Auch für das Jahr 2021 ist von einem erhöhten Zuschussbedarf auszugehen, der in der Planung 2021 der HRO als worst-Case-Szenarium anzusetzen ist.
2	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona für die Schulen	0	100.000	100.000	0	208.800	Aufgrund der notwendigen Umsetzung des Hygieneplans an den Schulen muss Seife etc. für erhöhte Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Einmalmasken, Faceshields als Verbrauchsmaterial
3	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	6.351.000	6.552.800	6.810.200	6.784.100	7.622.400	Coronabedingte Mehrauszahlungen bei der Reinigung in Höhe von rund 490.000 Euro sowie weitere Kostensteigerungen
4	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	42.809.900	38.394.900	41.691.300	36.979.200	41.731.200	Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 BG mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen.
gesamt:					46.763.300	54.362.400	
2021 Differenz Neu zu bisher:						7.599.100	

Unterstützungsleistungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs-beschluss)	Begründung
1	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	14.697.400	12.762.000	24.254.100	11.736.700	25.579.900	In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um weitere 25% erhöht.
2	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.692.800	3.269.600	3.751.500	3.149.000	3.755.100	
3	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	0	0	0	10.000.000	Infolge der Corona-Pandemie sind erhebliche Steuerausfälle auf allen Ebenen zu verzeichnen. Der Rückgang der Steuereinnahmen würde bedeuten, dass ohne weitere Hilfen von Bund und Land die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2021 zurückgingen. Das Land stellt für 2021 den Städten und Gemeinden M-V unter Einbeziehung der Bundesmittel eine pauschale Kompensation von 67 Mio. EUR für Gewerbesteuer ausfälle bereit. Der Anteil der HRO daran wird mit ca. 10 Mio. EUR eingeschätzt.
gesamt:					14.885.700	39.335.000	
2021 Differenz Neu zu bisher:						24.449.300	

#### zu 1.4. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Wesentliche Veränderungen im Bereich der Investitionstätigkeit

	2021 alt	Änderung	2021 neu	2022 alt	Änderung	2022 neu	2023 alt	Änderung	2023 neu
<b>Investitionseinzahlungen</b>	55,4	+7,3	62,7	73,8	+23,4	97,2	98,4	-12,9	85,5
<b>Investitionsauszahlungen</b>	90,9	+5,1	96,0	135,9	+16,7	152,6	164,0	-13,3	150,7
<b>Saldo / Kreditbedarf</b>	<b>-35,5</b>	<b>-2,2</b>	<b>-33,3</b>	<b>-62,1</b>	<b>-6,7</b>	<b>-55,4</b>	<b>-65,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>-65,2</b>

Durch Aktualisierungen der bisherigen Planungsstände verändern sich die Kreditbedarfe in den einzelnen Jahren. Der Bedarf der Verpflichtungsermächtigungen wurde ebenfalls angepasst.

In der nachfolgenden Übersicht sind einzelne Investitionsmaßnahmen dargestellt, die u.a. im Zuge der Erarbeitung des Ergänzungsbeschlusses angepasst wurden:

Bezeichnung der Investition	Ansatz neu 2021		Änderung		Ansatz neu 2022		Änderung		Ansatz neu 2023		Änderung	
	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
Modellprojekt "Smart Cities"	195	300	195	300	507	780	507	780	767	1.180	767	1.180
Hard- und Software, Vernetzung	0	700	0	700	0	0	0	0	0	0	0	0
Eigenkapitalerhöhung	0	4.900	0	4.900	0	4.900	0	4.900	0	4.900	0	4.900
Städtebauförderprojekt "Modellkommune"	0	0	0	-800	0	0	0	-5.000	0	0	0	-4.400
Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"	0	5.839	0	-551	0	9.168	0	2.425	0	3.390	0	-3.732
Umsetzung Medienentwicklungsplan	1.533	1.533	-1.113	-1.113	1.000	1.000	-1.722	-1.722	1.251	1.251	-1.270	-1.270
Umsetzung Medienentwicklungsplan (nicht förderfähige Ausstattung)	0	1.148	0	781	0	647	0	515	0	493	0	362
Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	0	925	0	921	0	4	0	4	0	0	0	0
Breitbandausbau	5.185	5.185	-3.415	-3.415	9.450	9.450	850	850	731	731	-7.869	-7.869
Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV	0	2.200	0	1.200	0	2.500	0	1.500	0	2.500	0	1.600
Radschnellweg Barnstorfer Wald	100	200	-400	-800	300	600	0	0	400	800	400	800
Straßenbau Nordex	0	0	-500	-500	0	0	0	0	400	500	400	500
B-Plan- Weißes Kreuz, Planstraße B	76	620	76	560	430	0	430	0	0	0	0	0
städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte Kiefernweg	0	0	0	-700	0	700	0	700	0	0	0	0
Sanierung/ Neubau Lagerplätze	0	0	0	-1.968	0	1.968	0	1.968	0	0	0	0
Sportboothafen Warnemünde	2.510	3.060	0	500	0	0	0	0	0	0	0	0
Neugestaltung Werftbecken	0	500	-5.550	-6.900	18.000	20.000	-8.250	-15.000	18.000	20.000	-8.250	-15.000
Spülfeld Radelsee	0	0	-2.040	-3.400	1.800	3.000	1.800	3.000	1.800	3.000	1.800	3.000
Neubau LP 31/32 auf dem Pier II	7.100	7.100	7.100	7.100	15.517	15.517	15.517	15.517	0	0	0	0
Neubau LP 45/46 auf dem Pier II	9.000	9.000	9.000	9.000	6.300	6.300	6.300	6.300	6.450	6.450	6.450	6.450
investiv gebundene Zuweisung FAG	16.025	0	3.279	0	15.625	0	1.986	0	12.044	0	-3.809	0

Eine Übersicht aller vorgenommenen Änderungen der Investitionsmaßnahmen inklusive Begründungen sind der Anlage Nr. 1.6 a - Änderungslisten Investitionstätigkeit zu entnehmen. Die Änderungen der Verpflichtungsermächtigungen sind in der Anlage 1.6 b dargestellt.

## **zu 1.5. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung**

Nach Einarbeitung aller notwendigen Anpassungen im Bereich der Verwaltungstätigkeit und der Investitionstätigkeit entwickelt sich die mittelfristige Finanzplanung wie folgt:

- in Mio. EUR -

	<b>HH Plan 2022 (Stand 17.06.20)</b>	<b>Änderung</b>	<b>HH Plan 2022 Ergänzungs- beschluss</b>	<b>HH Plan 2023 (Stand 17.06.20)</b>	<b>Änderung</b>	<b>HH Plan 2023 Ergänzungs- beschluss</b>
Summe der Erträge	736,3	-21,8	714,5	745,1	-23,7	721,4
Summe der Aufwendungen	741,3	+7,4	748,7	749,7	+5,1	754,8
<b>Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-5,0</b>	<b>-29,2</b>	<b>-34,2</b>	<b>-4,6</b>	<b>-28,8</b>	<b>-33,4</b>
Einstellung in die allg. Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-5,0</b>	<b>-33,9</b>	<b>-38,9</b>	<b>-4,6</b>	<b>-28,8</b>	<b>-33,4</b>
<b>Verbleibender Vortrag aus Rücklagen Ergebnishaushalt</b> (vorauss. Stand 31.12.2021 – Planungsstand bisher – 17.06.2020 = 147,5Mio. EUR) (vorauss. Stand 31.12.2021 – Planungsstand neu – Ergänzungsbeschluss = 153,0 Mio. EUR)	<b>142,5</b>	<b>-28,4</b>	<b>114,1</b>	<b>137,9</b>	<b>-57,2</b>	<b>80,7</b>
Summe der lfd. Einzahlungen	697,4	-28,5	668,9	706,7	-24,0	682,7
Summe der lfd. Auszahlungen	685,9	+5,3	691,2	694,5	+5,2	699,7
<b>Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung</b>	<b>11,5</b>	<b>-33,8</b>	<b>-22,3</b>	<b>12,2</b>	<b>-29,9</b>	<b>-17,0</b>
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen	12,1	-0,4	11,7	12,8	+0,7	13,5
<b>Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen</b>	<b>-0,6</b>	<b>-33,4</b>	<b>-34,0</b>	<b>-0,6</b>	<b>-29,9</b>	<b>-30,5</b>
<b>Fortschreibung Lfd. Saldo E/A</b> (vorauss. Stand 31.12.2021 = + 9,9 Mio. EUR)	<b>+9,3</b>	<b>-33,4</b>	<b>-24,1</b>	<b>+8,7</b>	<b>-63,3</b>	<b>-54,6</b>
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	73,8	+23,4	97,2	98,4	-12,9	85,5
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	135,9	+16,7	152,6	164,0	-13,3	150,7
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-62,1</b>	<b>-6,7</b>	<b>-55,4</b>	<b>-65,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>-65,2</b>
<b>Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</b>	<b>61,1</b>	<b>-6,7</b>	<b>55,4</b>	<b>65,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>65,2</b>

In der mittelfristigen Finanzplanung kann der Haushaltsausgleich und die Erwirtschaftung der ordentlichen Tilgungen für Investitionskredite aufgrund der coronabedingten Steuereinbrüche ab 2022 nicht mehr dargestellt werden. Dadurch wird die Bewertung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der HRO beeinträchtigt. Eine Pflicht zur Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes mit dem nächsten Doppelhaushalt 2022/23 ist zu erwarten.

## **zu 1.6 Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Stellenplan**

Für das kommende Haushaltsjahr 2021 wurden in Folge personalrechtlicher und laufender Organisationsmaßnahmen haushaltsrelevante Anpassungen zum Stellenplan vorgenommen, die folgende Auswirkungen auf den bisher vorliegenden Stellenplanentwurf haben:

Die Gesamt-VZÄ-Zahl für den Stellenplan 2021, mit Stichtag zum 01.01.2021, ändert sich somit von bisher 2520,36 VZÄ um zusätzliche 18 Stellen auf neu 2538,36 VZÄ.

Weitere Erläuterungen sind der Anlage 1.7 zu entnehmen.

## **zu 1.7 Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Haushaltsvermerke**

Für den TH 40 wurden Haushaltsvermerke angebracht. Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V werden die Ansätze der laufenden Verwaltungstätigkeit ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

Weitere Erläuterungen sind der Anlage 1.8 zu entnehmen.

## **zu 2. Haushaltssatzung – Städtebauliche Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock**

Für das Städtebauliche Sondervermögen Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“ sind Anpassung bei der Verwaltungs- und Investitionstätigkeit erforderlich. Diese haben Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzhaushalt und die Haushaltssatzung. Finanzielle Auswirkungen der Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“ werden im Kernhaushalt dargestellt.

Innerhalb des Städtebaulichen Sondervermögens „Fördergebiet Toitenwinkel“ erfolgt ein Tausch von Investitionsmaßnahmen. Dieser hat keine Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzhaushalt und auf die Haushaltssatzung.

Die Änderungen zur Satzung des Städtebaulichen Sondervermögens Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“ sind den Anlagen 2.1 – 2.6 zu entnehmen.

Claus Ruhe Madsen

*Die Änderungen sollen ausschließlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden. Die Einstellung erfolgt ebenfalls im IKVS.*

Link:

<https://primary.ikvs.de/sj/Produkthaushalt.xhtml?jahr=2020&kid=18cg18qq185b185b18qq185b185b185b185b185b185b185b185b185b185b185b185b18qk185b185b18qk18ce&typ=18xt1bb318xp&dswid=-2678>

Die umfangreichen Anlagen können u. a. auch im Internet auf der Seite

<https://rathaus.rostock.de/de/service/aemter/kaemmereiamt/haushaltsplaene/252751> sowie im Bürgerinformationssystem unter [www.rostock.de/ksd](http://www.rostock.de/ksd) eingesehen werden.

**Anlagen**

1	Anlage 1. 1 - Haushaltssatzung 2020/2021 – Ergänzungsbeschluss 2021	öffentlich
2	Anlage 1.2 - Übersichten Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt	öffentlich
3	Anlage 1.3 - Zusammenstellung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite	öffentlich
4	Anlage 1.4 - Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021 für den Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt	öffentlich
5	Anlage 1.5 a - Finanzielle Auswirkungen der "Corona COVID-19-Pandemie" - Wesentliche Veränderungen	öffentlich
6	Anlage 1.5 b - Änderungsliste Verwaltungstätigkeit – Coronabedingte Änderungen	öffentlich
7	Anlage 1.5 c - Änderungsliste Verwaltungstätigkeit – Sonstige Änderungen	öffentlich
8	Anlage 1.6 a - Änderungsliste Teilhaushalte und Investitionstätigkeit	öffentlich
9	Anlage 1.6 b - Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	öffentlich
10	Anlage 1.7 - Änderungsliste Stellenplan	öffentlich
11	Anlage 1.8 - Haushaltsvermerke	öffentlich
12	Anlage 2.1 - Haushaltssatzung 2020/2021 Städtebauliches Sondervermögen für das Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
13	Anlage 2.2 - Übersicht Ergebnishaushalt Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
14	Anlage 2.3 - Übersicht Finanzhaushalt Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
15	Anlage 2.4 - Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021 für den Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
16	Anlage - 2.5 Änderungslisten Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
17	Anlage 2.6 - Änderungsliste Investitionstätigkeit "Fördergebiet Toitenwinkel"	öffentlich



## Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 – Ergänzungsbeschluss 2021

Aufgrund des § 45 i.V.m. § 47 der Kommunalverfassung (KV M-V) wird nach Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom und nach Bekanntgabe der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wird

	2020	2021
1. im Ergebnishaushalt auf		
einen Gesamtbetrag der Erträge von	736.853.300 €	744.260.600 €
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	747.005.100 €	753.433.300 €
ein Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen von	-10.151.800 €	-9.172.700 €
2. im Finanzhaushalt auf		
a) einen Gesamtbetrag der laufenden Einzahlungen von	673.148.500 €	699.282.600 €
einen Gesamtbetrag der laufenden Auszahlungen <sup>1</sup> von	684.845.100 €	705.345.600 €
einen jahresbezogenen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen von	-11.696.600 €	-6.063.000 €
b) einen Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von	97.417.300 €	62.669.100 €
einen Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	103.750.200 €	96.038.400 €
einen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	-6.332.900 €	-33.369.300 €

festgesetzt.

### § 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen ohne Umschuldungen		
wird festgesetzt auf	31.715.800 €	33.369.300 €
(2020: Kreditermächtigung, einschließlich der bereits in der Haushaltssatzung 2018 und 2019 genehmigten Kreditermächtigung in Höhe von insgesamt 25.382.900 €)		

### § 3 Verpflichtungsermächtigungen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	41.588.200 €	92.068.900 €

### § 4 Kassenkredite

	2020	2021
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	100.000.000 €	69.000.000 €

<sup>1</sup> einschließlich Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

### § 5 Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:	2020	2021
1. Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen (Grundsteuer A) auf	300 v. H.	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	480 v. H.	480 v. H.
2. Gewerbesteuer auf	465 v. H.	465 v. H.

### § 6 Stellen gemäß Stellenplan

	2020	2021
Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beträgt in Vollzeitäquivalente (VzÄ).	2.517,14	2.538,36

### § 7 Nachtragshaushaltssatzung

- a) Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) ist zu erlassen, soweit sich im Ergebnishaushalt das Jahresergebnis des laufenden Haushaltsjahres oder im Finanzhaushalt der Saldo laufenden Ein- und Auszahlungen um mehr als 10 % der Gesamtaufwendungen bzw. -auszahlungen verschlechtert.
- b) Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 2 KV M-V ist zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen um mehr als 10% zu den Gesamtaufwendungen getätigt werden sollen oder müssen; entsprechendes gilt im Finanzhaushalt für Auszahlungen.
- c) Gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 3 KV M-V gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen als geringfügig, soweit die geplanten Auszahlungen insgesamt 5% des Gesamtinvestitionsvolumens des aktuellen Haushaltsjahres nicht übersteigen.
- d) Darüber hinaus ist eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 4 KV M-V zu erlassen, soweit die Abweichung vom Stellenplan im Haushaltsjahr 2% der VzÄ übersteigt.

### § 8 Regelungen zur Haushaltsbewirtschaftung

#### Unechte Deckung gem. §13 GemHVO-Doppik M-V

- a) Erträge sind auf die Verwendung bestimmter Aufwendungen beschränkt, soweit sich dies aus einer Rechtsvorschrift ergibt. Sie sind ferner auf die Verwendung für bestimmte Aufwendungen zu beschränken, soweit sich die Beschränkung aus der Natur der Erträge ergibt oder ein sachlicher Zusammenhang dies erfordert. Zweckgebundene Mehrerträge dürfen für entsprechende Mehraufwendungen verwendet werden. Dies gilt entsprechend für Einzahlungen und daraus zu leistende Auszahlungen.
- b) Innerhalb eines Produktes können Mehrerträge Aufwendungsansätze erhöhen. Vor Inanspruchnahme ist zu prüfen, ob innerhalb des Produktes Mindererträge vorliegen, die zunächst zu kompensieren sind. Erst darüber hinausgehende Mehrerträge können zur Deckung von Mehraufwendungen verwendet werden. Dies gilt entsprechend für Mehreinzahlungen zur Erhöhung des Auszahlungsansatzes.
- c) Erträge und Einzahlungen aus Spenden und Versicherungserstattungen sind zweckgebunden für Aufwendungen und Auszahlungen im jeweiligen Produkt einzusetzen.

**Echte Deckung gem. §14 GemHVO-Doppik M-V**

- a) Die Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen, Einheitsmiete KOE, Wartungsverträge Hard- und Software sowie Kopiertechnik werden nach §14 Abs. 2 GemHVO-Doppik M-V über die Teilhaushalte hinweg, innerhalb zentral bewirtschafteter Deckungskreise, für gegenseitig deckungsfähig erklärt, analog gilt dies auch für die hiermit im Zusammenhang stehenden Auszahlungen.
- b) Innerhalb eines Teilfinanzhaushaltes werden die Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gem. §14 Abs. 3 GemHVO-Doppik M-V für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- c) Innerhalb eines Teilfinanzhaushaltes können gem. §14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V die Ansätze für laufende Auszahlungen zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt werden. Soweit die Deckungsfähigkeit in Anspruch genommen wird, vermindert sich der Ansatz für die korrespondierenden Aufwendungen. Der Gesamtbetrag der geplanten Investitionskredite darf dabei nicht überschritten werden.

Nachrichtliche Angaben:		2020	2021
1.	Zum Ergebnishaushalt Das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 - Stand 30.09.2020)	162.075.486,55 €	152.902.786,55 €
2.	Zum Finanzhaushalt Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 - Stand 30.09.2020)	15.987.540,96 €	9.924.540,96 €
3.	Zum Eigenkapital Der Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 - Stand 30.09.2020)	1.244.532.600,04 €	1.235.359.900,04 €

Rostock, den \_\_\_\_\_

Siegel

\_\_\_\_\_  
Oberbürgermeister

Ergebnishaushalt								Erläute- rung
Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 2 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- nummer
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
		in €						
		1	2	3	4	5	6	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	249.171.786,40	265.315.200	252.746.200	230.901.700	234.430.500	243.459.300	40
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	202.843.582,86	178.038.000	237.763.500	258.588.500	236.157.600	241.516.300	41
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	101.921.506,80	108.551.100	103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300	42
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.149.787,58	49.146.700	52.737.800	54.883.300	54.170.200	56.247.900	43
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.190.391,31	8.684.100	9.971.900	9.164.900	9.119.800	9.149.000	441, 443- 445
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.059.943,30	9.619.000	9.871.200	10.031.300	10.023.700	9.731.500	442, 447, 448
7	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	543.733,20	327.300	244.200	229.500	160.000	192.000	452
8	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	35.697.083,83	24.844.200	29.780.400	38.019.400	28.669.400	25.113.400	47
9	+ Sonstige Erträge	36.871.828,32	31.160.800	40.604.800	24.226.200	24.068.700	17.856.900	451, 46, 491
10	Summe der Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	697.449.643,60	675.686.400	736.853.300	744.260.600	714.554.000	721.412.600	
11	– Personalaufwendungen	135.334.651,62	137.215.100	149.429.400	158.552.600	158.473.000	158.393.400	50
12	– Versorgungsaufwendungen	9.658.400,26	9.811.100	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000	51
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	82.709.605,81	89.672.400	93.291.500	98.912.500	97.617.800	97.539.200	52
14	– Abschreibungen	48.877.897,42	44.690.900	49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300	53
15	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	50.926.153,41	52.375.300	168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200	54
16	– Aufwendungen der sozialen Sicherung	266.447.069,35	274.474.200	199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700	55
17	– Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	5.935.885,28	5.460.500	5.762.800	5.697.600	4.664.300	4.897.100	57
18	– Sonstige Aufwendungen	60.468.348,82	60.860.900	70.578.400	63.923.200	63.446.800	61.780.500	56, 591
19	Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	660.358.011,97	674.560.400	744.905.000	753.433.300	748.718.700	754.812.400	
20	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummern 10 und 19)	37.091.631,63	1.126.000	-8.051.700	-9.172.700	-34.164.700	-33.399.800	
21	– Einstellung in die Kapitalrücklage	14.885.505,66	1.200.000	2.100.100	0	0	0	592
22	+ Entnahmen aus der Kapitalrücklage	109.934,27	74.000	0	0	0	0	492
23	– Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0	0	0	0	0	593
24	+ Entnahmen aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0	0	0	0	0	493
25	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag, Nummer 20 zuzüglich Nummern 22 und 24 abzüglich Nummern 21 und 23)	22.316.060,24	0	-10.151.800	-9.172.700	-34.164.700	-33.399.800	
	nachrichtlich:							
26	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	119.060.946,46	141.377.006,70	141.377.006,70	131.225.206,70	122.052.506,70	-87.887.806,70	
27	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 25 und 26)	141.377.006,70	141.377.006,70	131.225.206,70	122.052.506,70	-87.887.806,70	54.488.006,70	

Finanzhaushalt								Erläute- rung
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- nummer
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
		in €						
		1	2	3	4	5	6	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	247.173.968,81	262.556.000	249.921.200	227.722.700	231.118.500	240.028.300	60
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	173.165.663,75	151.907.200	208.420.700	231.691.800	209.836.800	215.440.200	61
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	101.739.159,02	108.531.200	103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000	62
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.263.659,92	48.403.700	51.954.500	54.345.800	53.136.500	55.113.500	63
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.197.451,22	8.504.100	10.086.000	9.277.900	9.231.900	9.260.100	641
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.415.494,85	9.589.000	9.861.200	10.021.300	10.013.700	9.721.500	642, 647- 648
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	16.909.347,64	22.348.200	22.988.400	31.552.400	22.181.400	18.695.400	67
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	17.648.622,81	15.823.800	16.757.500	16.429.200	16.271.700	16.254.900	651, 66
9	Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	627.513.368,02	627.663.200	673.148.500	699.282.600	668.891.200	682.685.900	
10	– Personalauszahlungen	125.626.476,96	130.163.900	139.779.900	148.903.100	148.823.500	148.743.500	70
11	– Versorgungsauszahlungen	9.658.400,26	9.811.100	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000	71
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	82.226.411,87	90.502.400	92.812.200	99.235.100	97.788.500	97.995.800	72
13	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	50.996.251,29	52.375.300	168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200	74
14	– Auszahlungen der sozialen Sicherungen	264.875.274,47	274.389.800	199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200	75
15	– Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.936.134,69	5.271.600	5.772.400	5.708.900	4.506.400	4.717.900	77
16	– Sonstige laufende Auszahlungen	50.281.587,33	52.835.100	58.916.800	60.530.200	58.583.600	59.068.100	76
17	Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	589.600.536,87	615.349.200	674.025.600	694.888.500	691.202.900	699.702.700	
18	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)	37.912.831,15	12.314.000	-877.100	4.394.100	-22.311.700	-17.016.800	
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	41.378.569,27	36.668.100	71.761.200	52.985.200	87.170.600	83.114.600	681, 6833
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.374.058,87	1.400.000	2.000.000	2.076.000	2.430.000	1.000.000	682, 6830- 6832, 6834- 6839
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	548.737,26	8.000	2.502.000	2.000	2.000	7.000	684- 686
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	86.749,16	70.000	103.800	105.900	107.400	108.500	687
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	8.072.624,59	14.500.000	21.050.300	7.500.000	7.500.000	1.300.000	688- 689
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)	51.460.739,15	52.646.100	97.417.300	62.669.100	97.210.000	85.530.100	
25	– Auszahlungen für Anlagevermögen	68.294.248,99	58.395.700	103.568.100	95.856.100	152.465.600	150.566.400	781, 784- 786
26	– Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	170.889,07	132.300	182.100	182.300	182.500	182.800	787
27	– Sonstige Investitionsauszahlungen	613.946,08	0	0	0	0	0	788- 789
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)	69.079.084,14	58.528.000	103.750.200	96.038.400	152.648.100	150.749.200	
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)	-17.618.344,99	-5.881.900	-6.332.900	-33.369.300	-55.438.100	-65.219.100	
30	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 18 und 29)	20.294.486,16	6.432.100	-7.210.000	-28.975.200	-77.749.800	-82.235.900	
31	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.950.327,01	5.887.900	6.332.900	33.369.300	55.438.100	65.219.100	691- 692

Finanzhaushalt								Erläute- rung
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- numme
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
in €								
32	– Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.130.603,85	10.600.000	10.819.500	10.457.100	11.700.100	13.554.600	791, 792000- 79251000
33	– Sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	
34	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Nummer 31 abzüglich Nummern 32 und 33)	-6.180.276,84	-4.712.100	-4.486.600	22.912.200	43.738.000	51.664.500	
35	Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge	1.016.100,62	0	0	0	0	0	
36	Veränderung der liquiden Mittel und der Kassenkredite (Summe der Nummern 30, 34 und 35)	15.130.309,94	1.720.000	-11.696.600	-6.063.000	-34.011.800	-30.571.400	
37	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 18 und 32)	28.782.227,30	1.714.000	-11.696.600	-6.063.000	-34.011.800	-30.571.400	
	nachrichtlich:							
38	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	0,00	1.177.037,77	536.962,23	-11.159.637,77	-17.222.637,77	-51.234.437,77	
39	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 37 und 38)	29.959.265,07	536.962,23	-11.159.637,77	-17.222.637,77	-51.234.437,77	81.805.837,77	
	darunter:							
	Zuführung zum investiven Bereich aus einem positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres [Einzahlung in Nummer 23 (Sonstige Investitionseinzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 16 (Sonstige laufende Auszahlungen) enthalten]	0,00	0	0	0	0	0	
	Zuführung zur Deckung eines negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres aus dem investiven Bereich [Einzahlungen in Nummer 8 (Sonstige laufende Einzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 27 (Sonstige Investitionsauszahlungen) enthalten]	0,00	0	0	0	0	0	

Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite im Finanzplanungszeitraum - <b>Ergänzungsbeschluss 2021</b>										
lfd.			vorl. Ergeb. 2018	Ansatz 2019	voraussichtliches Ist 2019	Ansatz 2020	voraussichtliches Ist 2020	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023
			in EUR							
			1	2		3		4	5	6
1		Liquide Mittel zum 31.12. des Haushaltsvorjahres (§ 47 Absatz 4 Nummer 2.4 GemHVO-Doppik)	17.379.435,60	24.449.046,90	29.449.046,90	47.909.142,48	52.909.142,48	47.243.707,48	41.180.707,48	7.168.907,48
2	-	Kassenkredite zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	5.162.200,00	-	5.000.000,00	-	5.000.000,00	-	-	-
3	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kassenkredite zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	12.217.235,60	24.449.046,90	24.449.046,90	47.909.142,48	47.909.142,48	47.243.707,48	41.180.707,48	7.168.907,48
4		Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	- 29.959.265,07	- 1.177.037,77	- 1.177.037,77	16.652.975,96	16.652.975,96	15.987.540,96	9.924.540,96	- 24.087.259,04
5	+	Korrektur des Vortrages	-	-	-	-	-	-	-	-
6	+	jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen ( § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 37 GemHVO)	28.782.227,30	1.714.000,00	17.830.013,73	- 11.696.600,00	- 665.435,00	- 6.063.000,00	- 34.011.800,00	- 30.571.400,00
7	+	Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres	- 1.177.037,77	536.962,23	16.652.975,96	4.956.375,96	15.987.540,96	9.924.540,96	- 24.087.259,04	- 54.658.659,04
8		Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	38.651.087,65	21.194.942,66	21.194.942,66	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74
9	+	Korrektur des Vortrages	162.200,00	-	-	-	-	-	-	-
10	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (§ 3 Absatz 1 Nummer 41 GemHVO-Doppik)	- 17.618.344,99	- 5.887.900,00	5.641.673,08	- 6.332.900,00	- 27.698.844,04	- 33.369.300,00	- 55.438.100,00	- 65.219.100,00
11	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne planmäßige Tilgung)	-	5.887.900,00	-	6.332.900,00	27.698.844,04	33.369.300,00	55.438.100,00	65.219.100,00
12	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	21.194.942,66	21.194.942,66	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74
13		Saldo der durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	3.525.413,02	4.431.142,01	4.431.142,01	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78
14	+	Korrektur des Vortrages	-	-	-	-	-	-	-	-
15	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 55 GemHVO-Doppik)	905.728,99	-	11.591,23	-	-	-	-	-
16	+	Saldo der durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	4.431.142,01	4.431.142,01	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78
17	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	24.449.046,90	26.163.046,90	47.909.142,48	36.212.542,48	47.243.707,48	41.180.707,48	7.168.907,48	- 23.402.492,52







TH 06 Amt für Digitalisierung und IT

## PRODUKTE

11404 Information und Kommunikation

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	40	* Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	* Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	* Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.700	21.700	21.700	21.700
5	441	* Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	* Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.300	17.300	17.300	17.300
7	45	* Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	* Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	* Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>39.000</b>	<b>39.000</b>	<b>39.000</b>	<b>39.000</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.771.200	2.775.100	2.773.800	2.652.400
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	120.100	122.100	123.100	124.100
14	53	- Abschreibungen	325.400	5.000	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	1.391.600	1.445.900	1.319.800	1.315.700
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>4.608.300</b>	<b>4.348.100</b>	<b>4.216.700</b>	<b>4.092.200</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsverhältnisse und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-4.569.300</b>	<b>-4.309.100</b>	<b>-4.177.700</b>	<b>-4.053.200</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
21.700	21.700	21.700	21.700
0	0	0	0
17.300	17.300	17.300	17.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
39.000	39.000	39.000	39.000
2.771.200	2.886.900	2.885.100	2.757.200
0	0	0	0
120.100	122.100	123.100	124.100
325.400	5.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.391.600	1.457.900	1.331.800	1.327.700
4.608.300	4.471.900	4.340.000	4.209.000
-4.569.300	-4.432.900	-4.301.000	-4.170.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	111.800	111.300	104.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	12.000	12.000	12.000
0	123.800	123.300	116.800
0	-123.800	-123.300	-116.800

**FINANZHAUSHALT**

FINANZHAUSHALT			Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Nr.	Mo.	Bezeichnung	Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020			
1	60	* Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	* Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	* Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.700	21.700	0	0
5	641	* Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	* Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.300	17.300	17.300	17.300
7	67	* Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	* Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	39.000	39.000	17.300	17.300
10	70	- Personalauszahlungen	2.772.400	2.775.100	2.773.800	2.652.400
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	120.100	122.100	123.100	124.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	1.391.600	1.445.900	1.319.800	1.315.700
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	4.284.100	4.343.100	4.216.700	4.092.200
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen der Nummern 9 und 17) (Saldo	-4.245.100	-4.304.100	-4.199.400	-4.074.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
21.700	21.700	0	0
0	0	0	0
17.300	17.300	17.300	17.300
0	0	0	0
0	0	0	0
<b>39.000</b>	<b>39.000</b>	<b>17.300</b>	<b>17.300</b>
2.772.400	2.886.900	2.885.100	2.757.200
0	0	0	0
120.100	122.100	123.100	124.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.391.600	1.457.900	1.331.800	1.327.700
<b>4.284.100</b>	<b>4.466.900</b>	<b>4.340.000</b>	<b>4.209.000</b>
<b>-4.245.100</b>	<b>-4.427.900</b>	<b>-4.322.700</b>	<b>-4.191.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Aenderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	111.800	111.300	104.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	12.000	12.000	12.000
0	123.800	123.300	116.800
0	-123.800	-123.300	-116.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.



## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 14 Rechnungsprüfungsamt

## PRODUKTE

11800 Rechnungsprüfung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.800	1.800	1.800	1.800
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>
11	50	- Personalaufwendungen	915.200	942.900	971.500	1.001.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.100	14.100	15.100	16.100
14	53	- Abschreibungen	43.100	38.600	40.500	40.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	54.800	54.300	55.500	53.800
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>1.026.200</b>	<b>1.049.900</b>	<b>1.082.600</b>	<b>1.111.500</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-1.024.400</b>	<b>-1.048.100</b>	<b>-1.080.800</b>	<b>-1.109.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.800	1.800	1.800	1.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.800	1.800	1.800	1.800
915.200	980.900	1.010.500	1.041.600
0	0	0	0
13.100	14.100	15.100	16.100
43.100	38.600	40.500	40.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
54.800	54.300	55.500	53.800
1.026.200	1.087.900	1.121.600	1.152.000
-1.024.400	-1.086.100	-1.119.800	-1.150.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.000	39.000	40.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.000	39.000	40.500
0	-38.000	-39.000	-40.500

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.800	1.800	1.800	1.800
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>	<b>1.800</b>
10	70	- Personalauszahlungen	915.200	942.900	971.500	1.001.100
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.100	14.100	15.100	16.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	73.700	73.200	74.400	72.700
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>1.002.000</b>	<b>1.030.200</b>	<b>1.061.000</b>	<b>1.089.900</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-1.000.200</b>	<b>-1.028.400</b>	<b>-1.059.200</b>	<b>-1.088.100</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.800	1.800	1.800	1.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.800	1.800	1.800	1.800
915.200	980.900	1.010.500	1.041.600
0	0	0	0
13.100	14.100	15.100	16.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
73.700	73.200	74.400	72.700
1.002.000	1.068.200	1.100.000	1.130.400
-1.000.200	-1.066.400	-1.098.200	-1.128.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.000	39.000	40.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.000	39.000	40.500
0	-38.000	-39.000	-40.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen

PRODUKTE		52205 WIRO Wohnungsgesellschaft mbH	55101 Bundesgartenschau (BUGA)-neu TH 99	62301 Eigenbetrieb Kommunale Objekt-bewirtschaftung und -entwicklung der HRO
11102 Zentrale Steuerung		54001 Konzessionsabgaben	57303 inRostock GmbH Messen, Kongresse &	62302 Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde
25301 Zoologischer Garten Rostock		54701 RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding	57304 Großmarkt Rostock GmbH	62303 Eigenbetrieb Krankenhaus Südstadt Klinikum
26101 Volkstheater Rostock GmbH		54702 Sonstiger Personen- und Güterverkehr	57305 IGA - Rostock 2003 GmbH	62600 Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens
51107 Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, -entwicklung und				62601 Warnow-Wasser- und Abwasserverband

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.			Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	
					Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Veränderung			
1	40			• Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
2	41			• Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	13.480.500	13.731.000	13.994.800	14.265.200	13.480.500	13.731.000	13.994.800	14.265.200	0	0	0	0	
3	42			• Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
4	43			• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
5	441			• Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
6	442			• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
7	45			• Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
8	47			• Zinserträge und sonstige Finanzerträge	24.632.000	25.331.000	23.521.000	19.965.000	24.632.000	32.871.000	23.521.000	19.965.000	0	7.540.000	0	0	
9	46			• Sonstige Erträge	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	0	0	0	0	
10				Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	48.380.100	49.329.600	47.783.400	44.497.800	48.380.100	56.869.600	47.783.400	44.497.800	0	7.540.000	0	0	
11	50			- Personalaufwendungen	1.070.600	1.043.500	1.012.200	933.000	1.070.600	1.082.900	1.050.600	968.800	0	39.400	38.400	35.800	
12	51			- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
13	52			- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	722.800	724.500	724.000	723.700	722.800	724.500	724.000	723.700	0	0	0	0	
14	53			- Abschreibungen	2.219.700	2.212.900	2.212.900	2.212.900	2.219.700	2.212.900	2.212.900	2.212.900	0	0	0	0	
15	54			- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	42.576.000	33.612.300	34.092.000	34.583.600	42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000	0	1.840.400	40.400	40.400	
16	55			- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
17	57			- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	2.599.800	1.559.800	1.559.800	1.559.800	2.599.800	2.933.000	1.559.800	1.559.800	0	1.373.200	0	0	
18	56			- Sonstige Aufwendungen	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800	0	0	0	0	
19				Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	51.477.700	41.443.000	41.891.700	42.304.800	51.477.700	44.696.000	41.970.500	42.381.000	0	3.253.000	78.800	76.200	
20				Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-3.097.600	7.886.600	5.891.700	2.193.000	-3.097.600	12.173.600	5.812.900	2.116.800	0	4.287.000	-78.800	-76.200	

## FINANZHAUSHALT

Kto. Bezeichnung			Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Veränderung			
1	60	• Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	• Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	12.351.400	12.608.700	12.872.500	13.142.900	12.351.400	12.608.700	12.872.500	13.142.900	0	0	0	0
3	62	• Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	641	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	• Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	19.340.000	20.364.000	19.033.000	15.547.000	19.340.000	27.904.000	19.033.000	15.547.000	0	7.540.000	0	0
8	66	• Sonstige laufende Einzahlungen	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	41.959.000	43.240.300	42.173.100	38.957.500	41.959.000	50.780.300	42.173.100	38.957.500	0	7.540.000	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	1.074.000	1.043.500	1.012.200	933.000	1.074.000	1.082.900	1.050.600	968.800	0	39.400	38.400	35.800
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	722.800	724.500	724.000	723.700	722.800	724.500	724.000	723.700	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	42.576.000	33.612.300	34.092.000	34.583.600	42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000	0	1.840.400	40.400	40.400
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	2.599.800	1.559.800	1.559.800	1.559.800	2.599.800	2.933.000	1.559.800	1.559.800	0	1.373.200	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800	0	0	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	49.261.400	39.230.100	39.678.800	40.091.900	49.261.400	42.483.100	39.757.600	40.168.100	0	3.253.000	78.800	76.200
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-7.302.400	4.010.200	2.494.300	-1.134.400	-7.302.400	8.297.200	2.415.500	-1.210.600	0	4.287.000	-78.800	-76.200

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 20 Kämmereiamt

## PRODUKTE

11602 Kämmerei

51106 Durchführung städtebaulicher Maßnahmen

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Veränderung		
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600	600	600	600	600	600	600	600	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	900	900	900	900	900	900	900	900	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.909.300	2.999.300	2.939.700	2.818.700	2.909.300	3.122.200	3.059.000	2.932.000	0	122.900	119.300	113.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.400	4.000	1.400	4.400	1.400	14.000	1.400	4.400	0	10.000	0	0
14	53	- Abschreibungen	39.700	7.900	17.500	17.200	39.700	7.900	17.500	17.200	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.450.000	1.894.700	939.100	555.900	1.450.000	1.870.700	915.100	551.900	0	-24.000	-24.000	-4.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	333.400	398.800	317.400	314.900	333.400	428.800	317.400	314.900	0	30.000	0	0
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>4.733.800</b>	<b>5.304.700</b>	<b>4.215.100</b>	<b>3.711.100</b>	<b>4.733.800</b>	<b>5.443.600</b>	<b>4.310.400</b>	<b>3.820.400</b>	<b>0</b>	<b>138.900</b>	<b>95.300</b>	<b>109.300</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-4.720.300</b>	<b>-5.291.200</b>	<b>-4.201.600</b>	<b>-3.697.600</b>	<b>-4.720.300</b>	<b>-5.430.100</b>	<b>-4.296.900</b>	<b>-3.806.900</b>	<b>0</b>	<b>-138.900</b>	<b>-95.300</b>	<b>-109.300</b>

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Veränderung		
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600	600	600	600	600	600	600	600	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	900	900	900	900	900	900	900	900	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>13.500</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.913.300	3.003.300	2.943.700	2.820.700	2.913.300	3.126.200	3.063.000	2.934.000	0	122.900	119.300	113.300
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.400	4.000	1.400	4.400	1.400	14.000	1.400	4.400	0	10.000	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.450.000	1.894.700	939.100	555.900	1.450.000	1.870.700	915.100	551.900	0	-24.000	-24.000	-4.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	333.300	398.700	317.300	314.800	333.300	428.700	317.300	314.800	0	30.000	0	0
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>4.698.000</b>	<b>5.300.700</b>	<b>4.201.500</b>	<b>3.695.800</b>	<b>4.698.000</b>	<b>5.439.600</b>	<b>4.296.800</b>	<b>3.805.100</b>	<b>0</b>	<b>138.900</b>	<b>95.300</b>	<b>109.300</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-4.684.500</b>	<b>-5.287.200</b>	<b>-4.188.000</b>	<b>-3.682.300</b>	<b>-4.684.500</b>	<b>-5.426.100</b>	<b>-4.283.300</b>	<b>-3.791.600</b>	<b>0</b>	<b>-138.900</b>	<b>-95.300</b>	<b>-109.300</b>

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 22 Finanzverwaltungsamt

PRODUKTE  
11601 Finanzen

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.300	1.300	1.300	1.300
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	130.000	130.000	130.000	130.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	45.000	45.000	45.000	45.000
9	46	+ Sonstige Erträge	530.000	530.000	530.000	530.000
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>706.300</b>	<b>706.300</b>	<b>706.300</b>	<b>706.300</b>
11	50	- Personalaufwendungen	3.934.300	4.006.500	4.003.300	3.989.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	103.200	106.400	103.400	108.900
14	53	- Abschreibungen	97.500	81.200	32.200	30.200
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	345.300	346.500	349.500	350.500
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>4.480.300</b>	<b>4.540.600</b>	<b>4.488.400</b>	<b>4.478.700</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-3.774.000</b>	<b>-3.834.300</b>	<b>-3.782.100</b>	<b>-3.772.400</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.300	1.300	1.300	1.300
0	0	0	0
130.000	130.000	130.000	130.000
0	0	0	0
45.000	45.000	45.000	45.000
530.000	530.000	530.000	530.000
706.300	706.300	706.300	706.300
3.934.300	4.168.800	4.164.600	4.149.400
0	0	0	0
103.200	106.400	103.400	108.900
97.500	81.200	32.200	30.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
345.300	346.500	349.500	350.500
4.480.300	4.702.900	4.649.700	4.639.000
-3.774.000	-3.996.600	-3.943.400	-3.932.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	162.300	161.300	160.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	162.300	161.300	160.300
0	-162.300	-161.300	-160.300

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.300	1.300	1.300	1.300
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	120.000	120.000	120.000	120.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	45.000	45.000	45.000	45.000
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	335.000	335.000	335.000	335.000
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>501.300</b>	<b>501.300</b>	<b>501.300</b>	<b>501.300</b>
10	70	- Personalauszahlungen	3.938.400	4.006.800	4.003.300	3.989.100
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	103.200	106.400	103.400	108.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	345.300	346.500	349.500	350.500
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>4.386.900</b>	<b>4.459.700</b>	<b>4.456.200</b>	<b>4.448.500</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-3.885.600</b>	<b>-3.958.400</b>	<b>-3.954.900</b>	<b>-3.947.200</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.300	1.300	1.300	1.300
0	0	0	0
120.000	120.000	120.000	120.000
45.000	45.000	45.000	45.000
335.000	335.000	335.000	335.000
501.300	501.300	501.300	501.300
3.938.400	4.169.100	4.164.600	4.149.400
0	0	0	0
103.200	106.400	103.400	108.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
345.300	346.500	349.500	350.500
4.386.900	4.622.000	4.617.500	4.608.800
-3.885.600	-4.120.700	-4.116.200	-4.107.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	162.300	161.300	160.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	162.300	161.300	160.300
0	-162.300	-161.300	-160.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 30 Rechts- und Vergabeamt

## PRODUKTE

11900 Rechts- und Vergabeamt  
12206 Schiedsstelle

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100	100	100	100	100	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	100.100	100.100	100.100	100.000	100.100	100.100	100.100	100.000	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	125.700	125.700	125.700	125.600	125.700	125.700	125.700	125.600	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	870.800	895.000	883.000	944.000	870.800	932.100	919.700	983.400	0	37.100	36.700	39.400
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.100	30.100	31.100	32.100	29.100	30.300	31.300	32.300	0	200	200	200
14	53	- Abschreibungen	5.600	5.000	0	0	5.600	5.000	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	271.300	272.500	272.500	273.500	271.300	280.500	280.500	281.500	0	8.000	8.000	8.000
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	1.176.800	1.202.600	1.186.600	1.249.600	1.176.800	1.247.900	1.231.500	1.297.200	0	45.300	44.900	47.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-1.051.100	-1.076.900	-1.060.900	-1.124.000	-1.051.100	-1.122.200	-1.105.800	-1.171.600	0	-45.300	-44.900	-47.600

## FINANZHAUSHALT

Nr. Kto. Bezeichnung			Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100	100	100	100	100	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	100	100	100	0	100	100	100	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	25.700	25.700	25.700	25.600	25.700	25.700	25.700	25.600	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	870.800	895.000	883.000	944.000	870.800	932.100	919.700	983.400	0	37.100	36.700	39.400
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.100	30.100	31.100	32.100	29.100	30.300	31.300	32.300	0	200	200	200
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	221.300	222.500	72.500	73.500	221.300	230.500	80.500	81.500	0	8.000	8.000	8.000
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	1.121.200	1.147.600	986.600	1.049.600	1.121.200	1.192.900	1.031.500	1.097.200	0	45.300	44.900	47.600
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.095.500	-1.121.900	-960.900	-1.024.000	-1.095.500	-1.167.200	-1.005.800	-1.071.600	0	-45.300	-44.900	-47.600

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.



## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 32 Stadtamt

## PRODUKTE

11105 Ortsbeiräte  
11132 Verwaltung Amt 32  
12201 Ordnungsangelegenheiten

12202 Einwohner- und Meldewesen  
12203 Personenstandswesen  
12204 Gewerbeangelegenheiten

12205 Migrationsangelegenheiten  
12304 Verkehrszulassungen

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	125.000	125.000	125.000	125.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.400	6.900	6.000	6.900
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.000	418.000	418.000	418.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>8.404.300</b>	<b>8.366.800</b>	<b>8.365.900</b>	<b>8.366.800</b>
11	50	- Personalaufwendungen	12.635.400	13.115.600	13.256.000	12.572.600
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	954.600	980.300	986.200	1.022.900
14	53	- Abschreibungen	398.000	406.800	373.000	382.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	737.500	737.500	737.500	737.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.880.500	2.865.500	2.843.500	2.872.300
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>17.606.000</b>	<b>18.106.700</b>	<b>18.196.200</b>	<b>17.587.800</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-9.201.700</b>	<b>-9.739.900</b>	<b>-9.830.300</b>	<b>-9.221.000</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
125.000	125.000	125.000	125.000
0	0	0	0
3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
17.400	6.900	6.000	6.900
418.000	418.000	418.000	418.000
0	0	0	0
0	0	0	0
4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800
12.635.400	13.638.800	13.784.300	13.068.400
0	0	0	0
954.600	1.058.000	986.200	1.022.900
398.000	406.800	373.000	382.500
737.500	737.500	737.500	737.500
0	0	0	0
0	0	0	0
2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300
17.606.000	18.853.800	18.724.500	18.083.600
-9.201.700	-10.487.000	-10.358.600	-9.716.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	523.200	528.300	495.800
0	0	0	0
0	77.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	146.200	0	0
0	747.100	528.300	495.800
0	-747.100	-528.300	-495.800

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	125.000	125.000	125.000	125.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.400	6.900	6.000	6.900
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.000	418.000	418.000	418.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>8.404.300</b>	<b>8.366.800</b>	<b>8.365.900</b>	<b>8.366.800</b>
10	70	- Personalauszahlungen	12.653.000	13.129.400	13.262.900	12.575.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	954.600	980.300	986.200	1.022.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	737.500	737.500	737.500	737.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.880.500	2.865.500	2.843.500	2.872.300
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>17.225.600</b>	<b>17.713.700</b>	<b>17.830.100</b>	<b>17.207.700</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-8.821.300</b>	<b>-9.346.900</b>	<b>-9.464.200</b>	<b>-8.840.900</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
125.000	125.000	125.000	125.000
0	0	0	0
3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
17.400	6.900	6.000	6.900
418.000	418.000	418.000	418.000
0	0	0	0
4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800
12.653.000	13.652.600	13.791.200	13.070.800
0	0	0	0
954.600	1.058.000	986.200	1.022.900
737.500	737.500	737.500	737.500
0	0	0	0
0	0	0	0
2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300
17.225.600	18.460.800	18.358.400	17.703.500
-8.821.300	-10.094.000	-9.992.500	-9.336.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	523.200	528.300	495.800
0	0	0	0
0	77.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	146.200	0	0
0	747.100	528.300	495.800
0	-747.100	-528.300	-495.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

## PRODUKTE

11137 Verwaltung Amt 37  
12601 Brandschutz  
12603 Grundausbildung Brandmeisteranwärter

12700 Rettungsdienst  
12800 Zivil- und Katastrophenschutz

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	598.600	560.800	541.800	496.000	598.600	560.800	541.800	496.000	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.536.800	13.961.700	14.384.800	14.759.000	13.536.800	13.961.700	14.384.800	14.759.000	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	445.700	445.700	445.500	445.500	445.700	445.700	445.500	445.500	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	14.630.700	15.017.800	15.421.700	15.750.100	14.630.700	15.017.800	15.421.700	15.750.100	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	16.411.200	16.716.500	17.065.000	17.161.400	16.411.200	17.411.100	17.765.700	17.883.900	0	694.600	700.700	722.500
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100	11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	2.127.800	2.517.200	2.593.200	2.557.700	2.127.800	2.517.200	2.593.200	2.557.700	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	7.200	7.200	9.700	9.700	7.200	7.200	9.700	9.700	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.849.800	2.791.900	2.924.200	2.932.900	3.849.800	2.816.900	2.924.200	2.932.900	0	25.000	0	0
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	33.807.400	33.739.100	34.778.000	35.134.800	33.807.400	34.458.700	35.478.700	35.857.300	0	719.600	700.700	722.500
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-19.176.700	-18.721.300	-19.356.300	-19.384.700	-19.176.700	-19.440.900	-20.057.000	-20.107.200	0	-719.600	-700.700	-722.500

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	149.700	149.700	149.700	149.700	149.700	149.700	149.700	149.700	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.390.900	13.815.800	14.238.900	14.613.100	13.390.900	13.815.800	14.238.900	14.613.100	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	49.600	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	445.700	445.700	445.500	445.500	445.700	445.700	445.500	445.500	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	14.035.900	14.460.800	14.883.700	15.257.900	14.035.900	14.460.800	14.883.700	15.257.900	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	15.871.200	16.176.500	16.525.000	16.621.400	15.871.200	16.871.100	17.225.700	17.343.900	0	694.600	700.700	722.500
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100	11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	7.200	7.200	9.700	9.700	7.200	7.200	9.700	9.700	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	3.849.800	2.791.900	2.924.200	2.932.900	3.849.800	2.816.900	2.924.200	2.932.900	0	25.000	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	31.139.600	30.681.900	31.644.800	32.037.100	31.139.600	31.401.500	32.345.500	32.759.600	0	719.600	700.700	722.500
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-17.103.700	-16.221.100	-16.761.100	-16.779.200	-17.103.700	-16.940.700	-17.461.800	-17.501.700	0	-719.600	-700.700	-722.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.



## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt

## PRODUKTE

42102 Sportförderung  
42403 Sportstätten - Bga - OE 41  
42404 Sportstätten - hoheitlich - OE 41  
42405 Sportstättenverwaltung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
11	50	- Personalaufwendungen	148.500	153.200	157.700	162.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	35.100	19.300	3.400	3.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.714.700	1.839.700	1.839.500	1.864.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	165.700	106.200	97.200	97.200
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>2.064.000</b>	<b>2.118.400</b>	<b>2.097.800</b>	<b>2.127.700</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-2.064.000</b>	<b>-2.118.400</b>	<b>-2.097.800</b>	<b>-2.127.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
148.500	159.100	163.800	169.100
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
35.100	19.300	3.400	3.300
1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
0	0	0	0
0	0	0	0
165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
2.064.000	10.633.700	10.563.200	10.765.100
-2.064.000	-8.996.300	-8.925.800	-9.127.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
0	5.900	6.100	6.400
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
0	0	0	0
0	67.000	42.000	42.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	3.680.700	3.537.800	3.542.900
0	8.515.300	8.465.400	8.637.400
0	-6.877.900	-6.828.000	-7.000.000

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
10	70	- Personalauszahlungen	148.500	153.200	157.700	162.700
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.714.700	1.839.700	1.839.500	1.864.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	165.700	106.200	97.200	97.200
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>2.028.900</b>	<b>2.099.100</b>	<b>2.094.400</b>	<b>2.124.400</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-2.028.900</b>	<b>-2.099.100</b>	<b>-2.094.400</b>	<b>-2.124.400</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
148.500	159.100	163.800	169.100
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
0	0	0	0
0	0	0	0
165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
2.028.900	10.614.400	10.559.800	10.761.800
-2.028.900	-8.977.000	-8.922.400	-9.124.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
0	5.900	6.100	6.400
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
0	67.000	42.000	42.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	3.680.700	3.537.800	3.542.900
0	8.515.300	8.465.400	8.637.400
0	-6.877.900	-6.828.000	-7.000.000

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 42 Stadtbibliothek

## PRODUKTE

27201 Stadtbibliothek  
27202 Fachstellentätigkeit

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	52.100	52.100	52.100	52.100
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	75.300	75.300	75.300	75.300
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	67.900	67.900	67.300	67.300
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>195.300</b>	<b>195.300</b>	<b>194.700</b>	<b>194.700</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.452.600	2.529.700	2.607.200	2.687.900
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	474.800	482.000	479.500	481.500
14	53	- Abschreibungen	22.000	28.600	28.200	40.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	279.800	278.800	281.700	282.700
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>3.229.200</b>	<b>3.319.100</b>	<b>3.396.600</b>	<b>3.492.600</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-3.033.900</b>	<b>-3.123.800</b>	<b>-3.201.900</b>	<b>-3.297.900</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
52.100	77.100	52.100	52.100
0	0	0	0
0	0	0	0
75.300	59.100	59.100	75.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
67.900	62.300	61.700	67.300
195.300	198.500	172.900	194.700
2.452.600	2.620.500	2.710.800	2.794.900
0	0	0	0
474.800	496.200	478.900	480.900
22.000	28.600	28.200	40.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
279.800	308.800	281.700	282.700
3.229.200	3.454.100	3.499.600	3.599.000
-3.033.900	-3.255.600	-3.326.700	-3.404.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	25.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-16.200	-16.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-5.600	-5.600	0
0	3.200	-21.800	0
0	90.800	103.600	107.000
0	0	0	0
0	14.200	-600	-600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	30.000	0	0
0	135.000	103.000	106.400
0	-131.800	-124.800	-106.400

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	52.000	52.000	52.000	52.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	75.300	75.300	75.300	75.300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.173.100	1.173.100	938.500	938.500
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	67.900	67.900	67.300	67.300
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>1.368.300</b>	<b>1.368.300</b>	<b>1.133.100</b>	<b>1.133.100</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.452.600	2.529.700	2.607.200	2.687.900
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	474.800	482.000	479.100	481.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	279.800	278.800	281.400	282.400
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>3.207.200</b>	<b>3.290.500</b>	<b>3.367.700</b>	<b>3.451.400</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen</b> (Saldo der Nummern 9 und 17)	<b>-1.838.900</b>	<b>-1.922.200</b>	<b>-2.234.600</b>	<b>-2.318.300</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
52.000	77.000	52.000	52.000
0	0	0	0
0	0	0	0
75.300	59.100	59.100	75.300
0	0	0	0
1.173.100	1.173.100	938.500	938.500
67.900	62.300	61.700	67.300
1.368.300	1.371.500	1.111.300	1.133.100
2.452.600	2.620.500	2.710.800	2.794.900
0	0	0	0
474.800	496.200	478.500	480.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
279.800	308.800	281.400	282.400
3.207.200	3.425.500	3.470.700	3.557.800
-1.838.900	-2.054.000	-2.359.400	-2.424.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	25.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-16.200	-16.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-5.600	-5.600	0
0	3.200	-21.800	0
0	90.800	103.600	107.000
0	0	0	0
0	14.200	-600	-600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	30.000	0	0
0	135.000	103.000	106.400
0	-131.800	-124.800	-106.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 43 Volkshochschule

## PRODUKTE

27101 Volkshochschule

27102 Kommunales Bildungsmanagement

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	996.200	793.400	722.000	722.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.200	15.200	15.200	15.200
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	451.400	451.400	451.400	451.400
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.100	4.100	4.100	4.100
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>1.466.900</b>	<b>1.264.100</b>	<b>1.192.700</b>	<b>1.192.700</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.040.300	2.080.400	2.119.600	2.160.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	273.400	266.100	265.300	271.600
14	53	- Abschreibungen	56.200	66.600	70.200	78.900
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	326.400	320.500	316.800	319.800
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>2.696.300</b>	<b>2.733.600</b>	<b>2.771.900</b>	<b>2.830.300</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-1.229.400</b>	<b>-1.469.500</b>	<b>-1.579.200</b>	<b>-1.637.600</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
996.200	793.400	722.000	722.000
0	0	0	0
15.200	15.200	15.200	15.200
451.400	451.400	451.400	451.400
4.100	4.000	4.000	4.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
<b>1.466.900</b>	<b>1.264.000</b>	<b>1.192.600</b>	<b>1.192.600</b>
2.040.300	2.128.700	2.169.400	2.211.400
0	0	0	0
273.400	308.200	265.300	271.600
56.200	66.600	70.200	78.900
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
326.400	359.000	335.900	330.600
<b>2.696.300</b>	<b>2.864.500</b>	<b>2.840.800</b>	<b>2.892.500</b>
<b>-1.229.400</b>	<b>-1.600.500</b>	<b>-1.648.200</b>	<b>-1.699.900</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	48.300	49.800	51.400
0	0	0	0
0	42.100	0	0
0	0	0	0
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.500	19.100	10.800
0	<b>130.900</b>	<b>68.900</b>	<b>62.200</b>
0	<b>-131.000</b>	<b>-69.000</b>	<b>-62.300</b>

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	996.200	793.400	722.000	722.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.200	15.200	15.200	15.200
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	451.400	451.400	451.400	451.400
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.100	4.100	4.100	4.100
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	236.600	236.600	189.300	189.300
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>1.703.500</b>	<b>1.500.700</b>	<b>1.382.000</b>	<b>1.382.000</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.040.300	2.080.400	2.119.600	2.160.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	273.400	266.100	265.300	271.600
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	326.400	320.500	316.800	319.800
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>2.640.100</b>	<b>2.667.000</b>	<b>2.701.700</b>	<b>2.751.400</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-936.600</b>	<b>-1.166.300</b>	<b>-1.319.700</b>	<b>-1.369.400</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
996.200	793.400	722.000	722.000
0	0	0	0
15.200	15.200	15.200	15.200
451.400	451.400	451.400	451.400
4.100	4.000	4.000	4.000
236.600	236.600	189.300	189.300
0	0	0	0
<b>1.703.500</b>	<b>1.500.600</b>	<b>1.381.900</b>	<b>1.381.900</b>
2.040.300	2.128.700	2.169.400	2.211.400
0	0	0	0
273.400	308.200	265.300	271.600
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
326.400	359.000	335.900	330.600
<b>2.640.100</b>	<b>2.797.900</b>	<b>2.770.600</b>	<b>2.813.600</b>
<b>-936.600</b>	<b>-1.297.300</b>	<b>-1.388.700</b>	<b>-1.431.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	48.300	49.800	51.400
0	0	0	0
0	42.100	0	0
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.500	19.100	10.800
0	<b>130.900</b>	<b>68.900</b>	<b>62.200</b>
0	<b>-131.000</b>	<b>-69.000</b>	<b>-62.300</b>

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 44 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

## PRODUKTE

26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	306.700	306.700	303.600	303.500
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	831.100	831.100	831.100	831.100
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	25.600	25.600	23.000	23.000
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>1.163.400</b>	<b>1.163.400</b>	<b>1.157.700</b>	<b>1.157.600</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.092.900	2.196.800	2.169.100	2.217.200
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	183.900	184.900	185.900	186.900
14	53	- Abschreibungen	74.700	60.200	50.300	46.000
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	188.600	190.100	189.600	191.100
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>2.540.100</b>	<b>2.632.000</b>	<b>2.594.900</b>	<b>2.641.200</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§</b>	<b>-1.376.700</b>	<b>-1.468.600</b>	<b>-1.437.200</b>	<b>-1.483.600</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
306.700	317.900	303.600	303.500
0	0	0	0
0	0	0	0
831.100	831.100	831.100	831.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
25.600	25.600	23.000	23.000
1.163.400	1.174.600	1.157.700	1.157.600
2.092.900	2.265.800	2.237.200	2.287.200
0	0	0	0
183.900	202.000	185.900	186.900
74.700	60.200	50.300	46.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
188.600	192.600	189.600	191.100
2.540.100	2.720.600	2.663.000	2.711.200
-1.376.700	-1.546.000	-1.505.300	-1.553.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	69.000	68.100	70.000
0	0	0	0
0	17.100	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	2.500	0	0
0	88.600	68.100	70.000
0	-77.400	-68.100	-70.000

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	306.500	306.500	303.500	303.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	831.100	831.100	831.100	831.100
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	388.400	388.400	310.700	310.700
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	25.600	25.600	23.000	23.000
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>1.551.600</b>	<b>1.551.600</b>	<b>1.468.300</b>	<b>1.468.300</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.092.900	2.196.800	2.169.100	2.217.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	183.900	184.900	185.900	186.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	188.600	190.100	189.600	191.100
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>2.465.400</b>	<b>2.571.800</b>	<b>2.544.600</b>	<b>2.595.200</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-913.800</b>	<b>-1.020.200</b>	<b>-1.076.300</b>	<b>-1.126.900</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
306.500	317.700	303.500	303.500
0	0	0	0
0	0	0	0
831.100	831.100	831.100	831.100
0	0	0	0
388.400	388.400	310.700	310.700
25.600	25.600	23.000	23.000
1.551.600	1.562.800	1.468.300	1.468.300
2.092.900	2.265.800	2.237.200	2.287.200
0	0	0	0
183.900	202.000	185.900	186.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
188.600	192.600	189.600	191.100
2.465.400	2.660.400	2.612.700	2.665.200
-913.800	-1.097.600	-1.144.400	-1.196.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	69.000	68.100	70.000
0	0	0	0
0	17.100	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	2.500	0	0
0	88.600	68.100	70.000
0	-77.400	-68.100	-70.000

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

## PRODUKTE

25101 Kulturhistorisches Museum - BgA  
 25102 Kunsthalle  
 25103 Wissenschaftliche Museen, Sammlungen

28100 Kultur  
 52300 Denkmalschutz und -pflege/ Bodendenkmalpflege  
 62203 "Stiftung zur Förderung von Kultur und Theater in der Hansestadt Rostock"- Rechtsfähige Stiftung gem. § 65 Abs. 3 KV M-V

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	445.800	445.800	445.800	445.800
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.000	15.000	15.000	15.000
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	57.900	57.900	47.900	47.900
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	1.000	1.000	1.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	12.500	12.500	12.500	12.500
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>532.200</b>	<b>532.200</b>	<b>522.200</b>	<b>522.200</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.413.200	2.483.800	2.306.300	2.538.600
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	728.900	731.900	734.200	741.200
14	53	- Abschreibungen	103.600	126.900	81.600	79.400
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	3.348.500	3.398.500	3.398.500	3.398.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	1.493.800	1.511.300	1.552.600	1.561.100
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>8.088.000</b>	<b>8.252.400</b>	<b>8.073.200</b>	<b>8.318.800</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5</b>	<b>-7.555.800</b>	<b>-7.720.200</b>	<b>-7.551.000</b>	<b>-7.796.600</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
445.800	445.800	445.800	445.800
0	0	0	0
15.000	15.000	15.000	15.000
57.900	57.900	47.900	47.900
1.000	1.000	1.000	1.000
0	0	0	0
0	0	0	0
12.500	12.500	12.500	12.500
532.200	532.200	522.200	522.200
2.413.200	2.572.500	2.388.600	2.629.900
0	0	0	0
728.900	891.900	734.200	741.200
103.600	126.900	81.600	79.400
3.348.500	3.548.500	3.398.500	3.398.500
0	0	0	0
0	0	0	0
1.493.800	1.601.300	1.552.600	1.561.100
8.088.000	8.741.100	8.155.500	8.410.100
-7.555.800	-8.208.900	-7.633.300	-7.887.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	88.700	82.300	91.300
0	0	0	0
0	160.000	0	0
0	0	0	0
0	150.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	90.000	0	0
0	488.700	82.300	91.300
0	-488.700	-82.300	-91.300

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	445.800	445.800	445.800	445.800
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.000	15.000	15.000	15.000
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	57.900	57.900	47.900	47.900
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	1.000	1.000	1.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	701.900	701.900	561.500	561.500
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	12.500	12.500	12.500	12.500
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>1.234.100</b>	<b>1.234.100</b>	<b>1.083.700</b>	<b>1.083.700</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.413.200	2.483.800	2.306.300	2.538.600
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	728.900	731.900	734.200	741.200
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	3.348.500	3.398.500	3.398.500	3.398.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	1.493.800	1.511.300	1.552.600	1.561.100
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>7.984.400</b>	<b>8.125.500</b>	<b>7.991.600</b>	<b>8.239.400</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-6.750.300</b>	<b>-6.891.400</b>	<b>-6.907.900</b>	<b>-7.155.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
445.800	445.800	445.800	445.800
0	0	0	0
15.000	15.000	15.000	15.000
57.900	57.900	47.900	47.900
1.000	1.000	1.000	1.000
701.900	701.900	561.500	561.500
12.500	12.500	12.500	12.500
1.234.100	1.234.100	1.083.700	1.083.700
2.413.200	2.572.500	2.388.600	2.629.900
0	0	0	0
728.900	891.900	734.200	741.200
3.348.500	3.548.500	3.398.500	3.398.500
0	0	0	0
0	0	0	0
1.493.800	1.601.300	1.552.600	1.561.100
7.984.400	8.614.200	8.073.900	8.330.700
-6.750.300	-7.380.100	-6.990.200	-7.247.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	88.700	82.300	91.300
0	0	0	0
0	160.000	0	0
0	150.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	90.000	0	0
0	488.700	82.300	91.300
0	-488.700	-82.300	-91.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.



## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 47 Stadtarchiv Rostock

## PRODUKTE

25202 Stadtarchiv

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.200	8.200	8.200	8.200
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	10.000	10.000	10.000	10.000
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>18.200</b>	<b>18.200</b>	<b>18.200</b>	<b>18.200</b>
11	50	- Personalaufwendungen	566.300	583.400	505.300	519.600
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.300	128.300	126.800	127.800
14	53	- Abschreibungen	18.900	11.100	11.100	6.000
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	175.500	176.500	176.500	177.500
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>888.000</b>	<b>899.300</b>	<b>819.700</b>	<b>830.900</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§</b>	<b>-869.800</b>	<b>-881.100</b>	<b>-801.500</b>	<b>-812.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.200	8.200	8.200	8.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
10.000	10.000	10.000	10.000
18.200	18.200	18.200	18.200
566.300	605.500	524.500	539.400
0	0	0	0
127.300	128.300	126.800	127.800
18.900	11.100	11.100	6.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
175.500	176.500	176.500	177.500
888.000	921.400	838.900	850.700
-869.800	-903.200	-820.700	-832.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	-22.100	-19.200	-19.800

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.200	8.200	8.200	8.200
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	10.000	10.000	10.000	10.000
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>18.200</b>	<b>18.200</b>	<b>18.200</b>	<b>18.200</b>
10	70	- Personalauszahlungen	566.300	583.400	505.300	519.600
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	127.300	128.300	126.800	127.800
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	175.500	176.500	176.500	177.500
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>869.100</b>	<b>888.200</b>	<b>808.600</b>	<b>824.900</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-850.900</b>	<b>-870.000</b>	<b>-790.400</b>	<b>-806.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.200	8.200	8.200	8.200
0	0	0	0
0	0	0	0
10.000	10.000	10.000	10.000
18.200	18.200	18.200	18.200
566.300	605.500	524.500	539.400
0	0	0	0
127.300	128.300	126.800	127.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
175.500	176.500	176.500	177.500
869.100	910.300	827.800	844.700
-850.900	-892.100	-809.600	-826.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	-22.100	-19.200	-19.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.



## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 53 Gesundheitsamt

## PRODUKTE

34300 Betreuungsleistungen  
 41101 Krankenhäuser - Investitionskostenbeitrag  
 41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	324.400	324.400	324.400	324.400
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	511.500	511.500	511.500	511.500
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	200	200	200	200
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>836.300</b>	<b>836.300</b>	<b>836.300</b>	<b>836.300</b>
11	50	- Personalaufwendungen	4.320.300	4.454.100	4.538.500	4.637.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	237.600	237.100	239.600	236.100
14	53	- Abschreibungen	27.400	11.000	22.200	21.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	443.000	443.900	445.900	449.100
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>8.610.500</b>	<b>8.728.300</b>	<b>8.828.400</b>	<b>8.926.000</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5</b>	<b>-7.774.200</b>	<b>-7.892.000</b>	<b>-7.992.100</b>	<b>-8.089.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
324.400	579.400	874.400	874.400
0	0	0	0
511.500	511.500	511.500	511.500
100	100	100	100
100	100	100	100
0	0	0	0
0	0	0	0
200	200	200	200
836.300	1.091.300	1.386.300	1.386.300
4.320.300	4.632.300	4.720.200	4.822.600
0	0	0	0
237.600	237.100	239.600	236.100
27.400	11.000	22.200	21.500
3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
0	0	0	0
0	0	0	0
443.000	443.900	445.900	449.100
8.610.500	8.906.500	9.010.100	9.115.500
-7.774.200	-7.815.200	-7.623.800	-7.725.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	178.200	181.700	185.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	178.200	181.700	185.500
0	76.800	368.300	364.500

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	324.400	324.400	324.400	324.400
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	511.500	511.500	511.500	511.500
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	200	200	200	200
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>836.300</b>	<b>836.300</b>	<b>836.300</b>	<b>836.300</b>
10	70	- Personalauszahlungen	4.331.000	4.464.000	4.545.900	4.641.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	237.600	237.100	239.600	236.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	443.000	443.900	445.900	449.100
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>8.593.800</b>	<b>8.727.200</b>	<b>8.813.600</b>	<b>8.908.600</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-7.757.500</b>	<b>-7.890.900</b>	<b>-7.977.300</b>	<b>-8.072.300</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
324.400	579.400	874.400	874.400
0	0	0	0
511.500	511.500	511.500	511.500
100	100	100	100
100	100	100	100
0	0	0	0
200	200	200	200
836.300	1.091.300	1.386.300	1.386.300
4.331.000	4.642.200	4.727.600	4.826.700
0	0	0	0
237.600	237.100	239.600	236.100
3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
0	0	0	0
0	0	0	0
443.000	443.900	445.900	449.100
8.593.800	8.905.400	8.995.300	9.094.100
-7.757.500	-7.814.100	-7.609.000	-7.707.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	178.200	181.700	185.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	178.200	181.700	185.500
0	76.800	368.300	364.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 60 Bauamt

## PRODUKTE

52100 Bauverwaltung und Bauordnung  
52201 Wohnungsbauförderung und Wohnraumversorgung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	400	400	400	400	400	400	400	400	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
11	50	- Personalaufwendungen	3.946.500	4.008.400	4.093.200	3.993.900	3.946.500	4.174.100	4.262.600	4.158.100	0	165.700	169.400	164.200
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	81.700	79.000	82.700	79.000	81.700	79.000	82.700	79.000	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	27.100	28.100	31.800	27.400	27.100	28.100	31.800	27.400	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	0	0	0	0
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>6.226.700</b>	<b>6.256.300</b>	<b>6.352.100</b>	<b>6.246.100</b>	<b>6.226.700</b>	<b>6.422.000</b>	<b>6.521.500</b>	<b>6.410.300</b>	<b>0</b>	<b>165.700</b>	<b>169.400</b>	<b>164.200</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)</b>	<b>-2.615.000</b>	<b>-2.644.600</b>	<b>-2.740.400</b>	<b>-2.634.400</b>	<b>-2.615.000</b>	<b>-2.810.300</b>	<b>-2.909.800</b>	<b>-2.798.600</b>	<b>0</b>	<b>-165.700</b>	<b>-169.400</b>	<b>-164.200</b>

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	400	400	400	400	400	400	400	400	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>3.611.700</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
10	70	- Personalauszahlungen	3.946.500	4.008.400	4.093.200	3.993.900	3.946.500	4.174.100	4.262.600	4.158.100	0	165.700	169.400	164.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	81.700	79.000	82.700	79.000	81.700	79.000	82.700	79.000	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	0	0	0	0
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>6.199.600</b>	<b>6.228.200</b>	<b>6.320.300</b>	<b>6.218.700</b>	<b>6.199.600</b>	<b>6.393.900</b>	<b>6.489.700</b>	<b>6.382.900</b>	<b>0</b>	<b>165.700</b>	<b>169.400</b>	<b>164.200</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-2.587.900</b>	<b>-2.616.500</b>	<b>-2.708.600</b>	<b>-2.607.000</b>	<b>-2.587.900</b>	<b>-2.782.200</b>	<b>-2.878.000</b>	<b>-2.771.200</b>	<b>0</b>	<b>-165.700</b>	<b>-169.400</b>	<b>-164.200</b>

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

## PRODUKTE

51102 Stadtentwicklung und städtebauliche Planung

53601 Breitbandausbau

57101 Wirtschafts- und Strukturförderung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	1.918.900	194.100	9.000	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.600	30.600	30.600	30.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	51.600	51.600	51.600	51.600
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>2.001.100</b>	<b>276.300</b>	<b>91.200</b>	<b>82.200</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.706.600	2.740.400	2.826.500	2.741.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.100	92.100	92.100	93.100
14	53	- Abschreibungen	1.645.300	36.600	20.200	29.200
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	18.200	18.200	5.000	5.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.813.300	2.727.300	2.715.600	2.763.000
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>7.245.500</b>	<b>5.614.600</b>	<b>5.659.400</b>	<b>5.631.300</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5</b>	<b>-5.244.400</b>	<b>-5.338.300</b>	<b>-5.568.200</b>	<b>-5.549.100</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
1.918.900	282.400	92.200	0
0	0	0	0
30.600	30.600	30.600	30.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
51.600	51.600	51.600	51.600
2.001.100	364.600	174.400	82.200
2.706.600	2.878.200	2.967.700	2.845.900
0	0	0	0
62.100	92.100	92.100	93.100
1.645.300	36.600	20.200	29.200
18.200	42.200	29.000	9.000
0	0	0	0
0	0	0	0
2.813.300	2.882.300	2.865.500	2.861.000
7.245.500	5.931.400	5.974.500	5.838.200
-5.244.400	-5.566.800	-5.800.100	-5.756.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	137.800	141.200	104.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	24.000	24.000	4.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	155.000	149.900	98.000
0	316.800	315.100	206.900
0	-228.500	-231.900	-206.900

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	319.000	194.100	9.000	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.600	30.600	30.600	30.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	51.600	51.600	51.600	51.600
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>401.200</b>	<b>276.300</b>	<b>91.200</b>	<b>82.200</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.706.600	2.740.400	2.826.500	2.741.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	62.100	92.100	92.100	93.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	18.200	18.200	5.000	5.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.813.300	2.727.300	2.715.600	2.763.000
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>5.600.200</b>	<b>5.578.000</b>	<b>5.639.200</b>	<b>5.602.100</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-5.199.000</b>	<b>-5.301.700</b>	<b>-5.548.000</b>	<b>-5.519.900</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
319.000	282.400	92.200	0
0	0	0	0
30.600	30.600	30.600	30.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
51.600	51.600	51.600	51.600
401.200	364.600	174.400	82.200
2.706.600	2.878.200	2.967.700	2.845.900
0	0	0	0
62.100	92.100	92.100	93.100
18.200	42.200	29.000	9.000
0	0	0	0
0	0	0	0
2.813.300	2.882.300	2.865.500	2.861.000
5.600.200	5.894.800	5.954.300	5.809.000
-5.199.000	-5.530.200	-5.779.900	-5.726.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	137.800	141.200	104.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	24.000	24.000	4.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	155.000	149.900	98.000
0	316.800	315.100	206.900
0	-228.500	-231.900	-206.900

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 62 Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

## PRODUKTE

11402 Liegenschaften  
51108 Vermessung und Kataster

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	2.100	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	272.000	271.000	270.000	270.000
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.374.000	4.020.000	4.170.000	4.320.000
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	80.000	80.000	80.000	80.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.000	1.000	1.000	1.000
9	46	+ Sonstige Erträge	21.061.300	7.316.300	1.311.300	1.311.300
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>25.790.400</b>	<b>11.688.300</b>	<b>5.832.300</b>	<b>5.982.300</b>
11	50	- Personalaufwendungen	5.671.800	5.862.400	5.772.500	5.849.900
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.159.900	3.900.900	1.525.800	1.525.300
14	53	- Abschreibungen	139.200	93.700	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	9.225.700	3.736.100	1.323.200	1.327.200
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>19.196.600</b>	<b>13.593.100</b>	<b>8.621.500</b>	<b>8.702.400</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)</b>	<b>6.593.800</b>	<b>-1.904.800</b>	<b>-2.789.200</b>	<b>-2.720.100</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
2.100	0	0	0
0	0	0	0
272.000	261.000	260.000	260.000
4.374.000	4.115.400	4.115.400	4.115.400
80.000	80.000	80.000	80.000
0	0	0	0
1.000	1.000	1.000	1.000
21.061.300	7.511.300	7.511.300	1.316.300
25.790.400	11.968.700	11.967.700	5.772.700
5.671.800	6.095.300	6.000.200	6.081.200
0	0	0	0
4.159.900	3.033.600	3.334.800	2.044.300
139.200	93.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
9.225.700	3.449.500	3.436.600	1.270.600
19.196.600	12.672.100	12.771.600	9.396.100
6.593.800	-703.400	-803.900	-3.623.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-10.000	-10.000	-10.000
0	95.400	-54.600	-204.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	195.000	6.200.000	5.000
0	280.400	6.135.400	-209.600
0	232.900	227.700	231.300
0	0	0	0
0	-867.300	1.809.000	519.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-286.600	2.113.400	-56.600
0	-921.000	4.150.100	693.700
0	1.201.400	1.985.300	-903.300

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	272.000	271.000	270.000	270.000
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.374.000	4.020.000	4.170.000	4.320.000
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	80.000	80.000	80.000	80.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.000	1.000	1.000	1.000
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	11.300	11.300	11.300	11.300
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>4.738.300</b>	<b>4.383.300</b>	<b>4.532.300</b>	<b>4.682.300</b>
10	70	- Personalauszahlungen	5.677.300	5.867.500	5.777.600	5.854.600
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.159.900	3.900.900	1.525.800	1.525.300
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	655.700	636.100	623.200	627.200
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>10.492.900</b>	<b>10.404.500</b>	<b>7.926.600</b>	<b>8.007.100</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-5.754.600</b>	<b>-6.021.200</b>	<b>-3.394.300</b>	<b>-3.324.800</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
272.000	261.000	260.000	260.000
4.374.000	4.115.400	4.115.400	4.115.400
80.000	80.000	80.000	80.000
1.000	1.000	1.000	1.000
11.300	11.300	11.300	11.300
4.738.300	4.468.700	4.467.700	4.467.700
5.677.300	6.100.400	6.005.300	6.085.900
0	0	0	0
4.159.900	3.033.600	3.334.800	2.044.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
655.700	629.500	616.600	620.600
10.492.900	9.763.500	9.956.700	8.750.800
-5.754.600	-5.294.800	-5.489.000	-4.283.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-10.000	-10.000	-10.000
0	95.400	-54.600	-204.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	85.400	-64.600	-214.600
0	232.900	227.700	231.300
0	0	0	0
0	-867.300	1.809.000	519.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-6.600	-6.600	-6.600
0	-641.000	2.030.100	743.700
0	726.400	-2.094.700	-958.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 66 Amt für Verkehrsanlagen

## PRODUKTE

11166 Verwaltung Amt 66  
 12301 Verkehrsbehördliche Aufgaben - neu TH 68  
 51104 Verkehrsplanung - neu TH 68  
 54101 Gemeindestraßen

54102 Stromverkauf - BgA  
 54200 Kreisstraßen  
 54300 Landesstraßen  
 54400 Bundesstraßen

54601 Parkeinrichtungen  
 54603 Parkraumbewirtschaftung - BgA  
 54900 Straßenrechtsangelegenheiten, Straßenaufsichtsbehörde

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	14.234.400	14.003.300	13.907.500	13.902.800
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.242.800	3.304.400	3.360.900	3.413.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.300	14.300	14.300	14.300
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	264.800	495.800	215.800	215.800
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	72.200	73.000	80.000	80.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	60.000	60.000	60.000	60.000
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>17.888.500</b>	<b>17.950.800</b>	<b>17.638.500</b>	<b>17.686.500</b>
11	50	- Personalaufwendungen	5.044.200	5.129.800	5.235.600	5.151.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.841.800	11.718.700	11.283.200	10.830.600
14	53	- Abschreibungen	22.981.000	22.344.700	22.502.000	22.754.100
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	837.700	630.300	639.300	641.400
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>40.704.700</b>	<b>39.823.500</b>	<b>39.660.100</b>	<b>39.377.800</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)</b>	<b>-22.816.200</b>	<b>-21.872.700</b>	<b>-22.021.600</b>	<b>-21.691.300</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
14.234.400	14.003.300	13.907.500	13.902.800
0	0	0	0
3.242.800	3.304.400	3.360.900	3.413.600
14.300	14.300	14.300	14.300
264.800	495.800	215.800	215.800
72.200	73.000	80.000	80.000
0	0	0	0
60.000	60.000	60.000	60.000
17.888.500	17.950.800	17.638.500	17.686.500
5.044.200	5.330.500	5.440.700	5.352.200
0	0	0	0
11.841.800	11.136.700	11.001.200	10.548.600
22.981.000	22.344.700	22.502.000	22.754.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
837.700	763.200	727.200	729.300
40.704.700	39.575.100	39.671.100	39.384.200
-22.816.200	-21.624.300	-22.032.600	-21.697.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	200.700	205.100	200.500
0	0	0	0
0	-582.000	-282.000	-282.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	132.900	87.900	87.900
0	-248.400	11.000	6.400
0	248.400	-11.000	-6.400

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.887.500	2.907.500	2.907.500	2.907.500
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.300	14.300	14.300	14.300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	264.800	495.800	215.800	215.800
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	60.000	60.000	60.000	60.000
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>3.226.600</b>	<b>3.477.600</b>	<b>3.197.600</b>	<b>3.197.600</b>
10	70	- Personalauszahlungen	5.048.900	5.134.500	5.236.700	5.151.700
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.426.800	12.028.700	11.443.200	11.280.600
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	837.700	630.300	639.300	641.400
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>17.313.400</b>	<b>17.793.500</b>	<b>17.319.200</b>	<b>17.073.700</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-14.086.800</b>	<b>-14.315.900</b>	<b>-14.121.600</b>	<b>-13.876.100</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
2.887.500	2.907.500	2.907.500	2.907.500
14.300	14.300	14.300	14.300
264.800	495.800	215.800	215.800
0	0	0	0
60.000	60.000	60.000	60.000
3.226.600	3.477.600	3.197.600	3.197.600
5.048.900	5.335.200	5.441.800	5.352.200
0	0	0	0
11.426.800	11.446.700	11.161.200	10.998.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
837.700	763.200	727.200	729.300
17.313.400	17.545.100	17.330.200	17.080.100
-14.086.800	-14.067.500	-14.132.600	-13.882.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	200.700	205.100	200.500
0	0	0	0
0	-582.000	-282.000	-282.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	132.900	87.900	87.900
0	-248.400	11.000	6.400
0	248.400	-11.000	-6.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

## PRODUKTE

11167 Verwaltung Amt 67  
 55100 Stadtgrün  
 55301 Friedhofswesen, Bestattungen  
 55302 Grabpflege - BgA  
 55303 Krematorium - BgA  
 55401 Natur- und Landschaftsschutz

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	227.400	183.500	176.900	170.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.885.900	2.928.900	2.976.900	3.024.900
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	274.000	273.500	273.000	272.500
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.800	38.800	38.800	38.800
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	65.000	66.500	60.000	79.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	92.000	92.000	92.000	92.000
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>3.583.100</b>	<b>3.583.200</b>	<b>3.617.600</b>	<b>3.677.200</b>
11	50	- Personalaufwendungen	9.829.800	10.032.000	9.962.700	10.168.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.169.400	3.021.100	3.760.500	3.638.300
14	53	- Abschreibungen	2.121.500	1.944.500	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	100.000	100.000	100.000	100.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.270.500	3.541.900	3.239.000	3.059.200
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>18.491.200</b>	<b>18.639.500</b>	<b>17.062.200</b>	<b>16.966.200</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (S)</b>	<b>-14.908.100</b>	<b>-15.056.300</b>	<b>-13.444.600</b>	<b>-13.289.000</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
227.400	183.500	176.900	170.000
0	0	0	0
2.885.900	2.784.500	2.832.500	2.880.500
274.000	246.000	245.500	245.000
38.800	38.800	38.800	38.800
65.000	66.500	60.000	79.000
0	0	0	0
92.000	92.000	92.000	92.000
3.583.100	3.411.300	3.445.700	3.505.300
9.829.800	10.415.300	10.343.100	10.544.900
0	0	0	0
3.169.400	3.381.100	3.630.500	3.498.300
2.121.500	1.944.500	0	0
100.000	100.000	100.000	100.000
0	0	0	0
0	0	0	0
3.270.500	3.190.900	3.208.000	3.228.200
18.491.200	19.031.800	17.281.600	17.371.400
-14.908.100	-15.620.500	-13.835.900	-13.866.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-144.400	-144.400	-144.400
0	-27.500	-27.500	-27.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-171.900	-171.900	-171.900
0	383.300	380.400	376.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	360.000	-130.000	-140.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-351.000	-31.000	169.000
0	392.300	219.400	405.200
0	-564.200	-391.300	-577.100

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	112.500	113.100	113.700	114.300
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.119.600	3.114.600	3.114.600	3.114.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	250.000	250.000	250.000	250.000
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.800	38.800	38.800	38.800
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	90.000	90.000	90.000	90.000
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>3.610.900</b>	<b>3.606.500</b>	<b>3.607.100</b>	<b>3.607.700</b>
10	70	- Personalauszahlungen	9.841.400	10.044.400	9.968.100	10.168.700
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.169.400	3.021.100	3.760.500	3.638.300
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	100.000	100.000	100.000	100.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.839.600	3.111.000	2.808.100	2.628.300
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>15.950.400</b>	<b>16.276.500</b>	<b>16.636.700</b>	<b>16.535.300</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-12.339.500</b>	<b>-12.670.000</b>	<b>-13.029.600</b>	<b>-12.927.600</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
112.500	113.100	113.700	114.300
0	0	0	0
3.119.600	2.936.200	2.936.200	2.936.200
250.000	222.500	222.500	222.500
38.800	38.800	38.800	38.800
0	0	0	0
90.000	90.000	90.000	90.000
3.610.900	3.400.600	3.401.200	3.401.800
9.841.400	10.427.700	10.348.500	10.544.900
0	0	0	0
3.169.400	3.381.100	3.630.500	3.498.300
100.000	100.000	100.000	100.000
0	0	0	0
0	0	0	0
2.839.600	2.760.000	2.771.100	2.797.300
15.950.400	16.668.800	16.856.100	16.940.500
-12.339.500	-13.268.200	-13.454.900	-13.538.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-178.400	-178.400	-178.400
0	-27.500	-27.500	-27.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-205.900	-205.900	-205.900
0	383.300	380.400	376.200
0	0	0	0
0	360.000	-130.000	-140.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-351.000	-31.000	169.000
0	392.300	219.400	405.200
0	-598.200	-425.300	-611.100

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.



## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 68 Amt für Mobilität

## PRODUKTE

11405 Sonstige zentrale Dienste - Mobilität  
12301 Verkehrsbehördliche Aufgaben  
51104 Verkehrsplanung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
11	50	- Personalaufwendungen	1.223.000	1.261.400	1.230.900	1.266.100	1.223.000	1.309.300	1.277.800	1.314.400	0	47.900	46.900	48.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.500	18.500	19.500	20.500	17.500	21.800	22.800	23.800	0	3.300	3.300	3.300
14	53	- Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	382.200	553.200	509.200	511.200	382.200	563.300	565.000	567.000	0	10.100	55.800	55.800
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>1.622.700</b>	<b>1.835.100</b>	<b>1.759.600</b>	<b>1.797.800</b>	<b>1.622.700</b>	<b>1.894.400</b>	<b>1.865.600</b>	<b>1.905.200</b>	<b>0</b>	<b>61.300</b>	<b>106.000</b>	<b>107.400</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)</b>	<b>-862.700</b>	<b>-1.073.100</b>	<b>-999.600</b>	<b>-1.037.800</b>	<b>-862.700</b>	<b>-1.134.400</b>	<b>-1.105.600</b>	<b>-1.145.200</b>	<b>0</b>	<b>-61.300</b>	<b>-106.000</b>	<b>-107.400</b>

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>760.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
10	70	- Personalauszahlungen	1.226.800	1.265.200	1.234.700	1.266.100	1.226.800	1.313.100	1.281.600	1.314.400	0	47.900	46.900	48.300
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.500	18.500	19.500	20.500	17.500	21.800	22.800	23.800	0	3.300	3.300	3.300
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	382.200	553.200	509.200	511.200	382.200	563.300	565.000	567.000	0	10.100	55.800	55.800
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>1.626.500</b>	<b>1.836.900</b>	<b>1.764.400</b>	<b>1.797.800</b>	<b>1.626.500</b>	<b>1.898.200</b>	<b>1.869.400</b>	<b>1.905.200</b>	<b>0</b>	<b>61.300</b>	<b>106.000</b>	<b>107.400</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-866.500</b>	<b>-1.076.900</b>	<b>-1.003.400</b>	<b>-1.037.800</b>	<b>-866.500</b>	<b>-1.138.200</b>	<b>-1.109.400</b>	<b>-1.145.200</b>	<b>0</b>	<b>-61.300</b>	<b>-106.000</b>	<b>-107.400</b>

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 73 Amt für Umwelt- und Klimaschutz

## PRODUKTE

11173 Verwaltung Amt 73  
 51105 Umweltplanung und -prüfung  
 53301 Kommunale Wasserversorgung  
 53701 Abfallwirtschaft  
 53702 Abfallmanagement  
 53703 DSD

53800 Abwasserbeseitigung  
 54501 Straßenreinigung, Winterdienst  
 54502 Sonderreinigung  
 55201 Gewässerunterhaltung und -aufsicht  
 55204 Vorsorgender Bodenschutz und Altlastenmanagement  
 55403 Immissionsschutz

57301 Öffentlichen Bedürfnisanstalten  
 57302 Öffentliche Bedürfnisanstalten - BgA

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	213.000	209.500	233.700	102.900
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.138.100	22.264.500	22.394.700	22.528.800
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	236.000	245.500	198.500	198.500
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	480.500	489.700	489.600	489.600
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	744.400	744.400	744.400	744.400
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>23.812.000</b>	<b>23.953.600</b>	<b>24.060.900</b>	<b>24.064.200</b>
11	50	- Personalaufwendungen	3.134.000	3.218.600	3.081.200	3.024.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.033.800	26.987.400	26.691.500	26.891.900
14	53	- Abschreibungen	588.300	578.700	682.300	670.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	691.100	508.800	568.600	562.200
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>30.447.200</b>	<b>31.293.500</b>	<b>31.023.600</b>	<b>31.148.600</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (S</b>	<b>-6.635.200</b>	<b>-7.339.900</b>	<b>-6.962.700</b>	<b>-7.084.400</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
213.000	234.200	234.300	103.500
0	0	0	0
22.138.100	23.635.500	22.394.700	22.528.800
236.000	245.500	198.500	198.500
480.500	489.700	489.600	489.600
0	0	0	0
0	0	0	0
744.400	898.700	744.400	744.400
23.812.000	25.503.600	24.061.500	24.064.800
3.134.000	3.342.200	3.199.200	3.139.800
0	0	0	0
26.033.800	28.345.800	26.691.500	26.891.900
588.300	578.700	682.300	670.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
691.100	776.200	746.100	739.700
30.447.200	33.042.900	31.319.100	31.441.900
-6.635.200	-7.539.300	-7.257.600	-7.377.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	24.700	600	600
0	0	0	0
0	1.371.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	154.300	0	0
0	1.550.000	600	600
0	123.600	118.000	115.800
0	0	0	0
0	1.358.400	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	267.400	177.500	177.500
0	1.749.400	295.500	293.300
0	-199.400	-294.900	-292.700

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	123.900	122.100	146.300	15.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.476.300	21.602.700	21.732.900	21.867.000
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	236.000	245.500	198.500	198.500
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	480.500	489.700	489.600	489.600
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	744.400	744.400	744.400	744.400
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>23.061.100</b>	<b>23.204.400</b>	<b>23.311.700</b>	<b>23.315.000</b>
10	70	- Personalauszahlungen	3.134.000	3.218.600	3.081.200	3.024.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.052.500	27.000.000	26.702.600	26.898.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.033.100	558.800	608.600	602.200
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>31.219.600</b>	<b>30.777.400</b>	<b>30.392.400</b>	<b>30.525.100</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-8.158.500</b>	<b>-7.573.000</b>	<b>-7.080.700</b>	<b>-7.210.100</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
123.900	146.800	146.900	16.100
0	0	0	0
21.476.300	23.343.100	21.732.900	21.867.000
236.000	245.500	198.500	198.500
480.500	489.700	489.600	489.600
0	0	0	0
744.400	898.700	744.400	744.400
23.061.100	25.123.800	23.312.300	23.315.600
3.134.000	3.342.200	3.199.200	3.139.800
0	0	0	0
26.052.500	28.358.400	26.702.600	26.898.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
2.033.100	2.129.200	786.100	779.700
31.219.600	33.829.800	30.687.900	30.818.400
-8.158.500	-8.706.000	-7.375.600	-7.502.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	24.700	600	600
0	0	0	0
0	1.740.400	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	154.300	0	0
0	1.919.400	600	600
0	123.600	118.000	115.800
0	0	0	0
0	1.358.400	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.570.400	177.500	177.500
0	3.052.400	295.500	293.300
0	-1.133.000	-294.900	-292.700

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

## PRODUKTE

12400 Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.400	30.400	30.400	30.400
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	300	300
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>30.800</b>	<b>30.800</b>	<b>30.800</b>	<b>30.800</b>
11	50	- Personalaufwendungen	954.800	984.700	1.014.300	1.044.800
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	409.300	409.800	410.800	413.400
14	53	- Abschreibungen	48.100	11.100	7.500	28.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	9.100	9.100	14.500	14.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	63.400	67.100	70.600	71.600
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>1.484.700</b>	<b>1.481.800</b>	<b>1.517.700</b>	<b>1.572.600</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§</b>	<b>-1.453.900</b>	<b>-1.451.000</b>	<b>-1.486.900</b>	<b>-1.541.800</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.400	34.700	34.700	32.900
300	300	300	300
100	100	100	100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.800	35.100	35.100	33.300
954.800	1.023.400	1.054.100	1.086.100
0	0	0	0
409.300	436.300	437.300	439.900
48.100	11.100	7.500	28.300
9.100	9.100	14.500	14.500
0	0	0	0
0	0	0	0
63.400	67.100	70.600	71.600
1.484.700	1.547.000	1.584.000	1.640.400
-1.453.900	-1.511.900	-1.548.900	-1.607.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	38.700	39.800	41.300
0	0	0	0
0	26.500	26.500	26.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	65.200	66.300	67.800
0	-60.900	-62.000	-65.300

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.400	30.400	30.400	30.400
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	300	300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>30.800</b>	<b>30.800</b>	<b>30.800</b>	<b>30.800</b>
10	70	- Personalauszahlungen	954.800	984.700	1.014.300	1.044.800
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	409.300	409.800	410.800	413.400
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	9.100	9.100	14.500	14.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	63.400	67.100	70.600	71.600
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>1.436.600</b>	<b>1.470.700</b>	<b>1.510.200</b>	<b>1.544.300</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-1.405.800</b>	<b>-1.439.900</b>	<b>-1.479.400</b>	<b>-1.513.500</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.400	34.700	34.700	32.900
300	300	300	300
100	100	100	100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.800	35.100	35.100	33.300
954.800	1.023.400	1.054.100	1.086.100
0	0	0	0
409.300	436.300	437.300	439.900
9.100	9.100	14.500	14.500
0	0	0	0
0	0	0	0
63.400	67.100	70.600	71.600
1.436.600	1.535.900	1.576.500	1.612.100
-1.405.800	-1.500.800	-1.541.400	-1.578.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	38.700	39.800	41.300
0	0	0	0
0	26.500	26.500	26.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	65.200	66.300	67.800
0	-60.900	-62.000	-65.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 82 Stadtforstamt

PRODUKTE  
55306 Ruheforst  
55307 Ruheforst - BgA  
55500 Kommunale Forstwirtschaft

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	8.700	8.700	8.700	8.700
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	219.300	219.300	220.400	220.900
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	745.200	779.800	820.200	823.700
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	2.500	2.500	2.500	2.500
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>975.700</b>	<b>1.010.300</b>	<b>1.051.800</b>	<b>1.055.800</b>
11	50	- Personalaufwendungen	1.208.700	1.244.500	1.282.000	1.320.200
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	860.600	765.300	750.300	749.600
14	53	- Abschreibungen	120.700	120.000	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	200.800	121.700	122.900	122.200
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>2.390.800</b>	<b>2.251.500</b>	<b>2.155.200</b>	<b>2.192.000</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)</b>	<b>-1.415.100</b>	<b>-1.241.200</b>	<b>-1.103.400</b>	<b>-1.136.200</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
8.700	8.700	8.700	8.700
0	0	0	0
219.300	219.300	220.400	220.900
745.200	443.800	457.200	479.700
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
2.500	2.500	2.500	2.500
975.700	674.300	688.800	711.800
1.208.700	1.291.600	1.331.500	1.371.600
0	0	0	0
860.600	765.300	750.300	749.600
120.700	120.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
200.800	121.700	122.900	122.200
2.390.800	2.298.600	2.204.700	2.243.400
-1.415.100	-1.624.300	-1.515.900	-1.531.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-336.000	-363.000	-344.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	47.100	49.500	51.400
0	-383.100	-412.500	-395.400

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	8.700	8.700	8.700	8.700
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	365.300	365.300	365.800	366.300
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	733.300	766.300	805.300	807.300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	2.500	2.500	2.500	2.500
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>1.109.800</b>	<b>1.142.800</b>	<b>1.182.300</b>	<b>1.184.800</b>
10	70	- Personalauszahlungen	1.208.700	1.244.500	1.282.000	1.320.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	777.600	765.300	750.300	749.600
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	200.600	121.500	122.900	122.200
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>2.186.900</b>	<b>2.131.300</b>	<b>2.155.200</b>	<b>2.192.000</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-1.077.100</b>	<b>-988.500</b>	<b>-972.900</b>	<b>-1.007.200</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
8.700	8.700	8.700	8.700
0	0	0	0
365.300	365.300	365.800	366.300
733.300	430.300	442.300	463.300
0	0	0	0
0	0	0	0
2.500	2.500	2.500	2.500
1.109.800	806.800	819.300	840.800
1.208.700	1.291.600	1.331.500	1.371.600
0	0	0	0
777.600	765.300	750.300	749.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
200.600	121.500	122.900	122.200
2.186.900	2.178.400	2.204.700	2.243.400
-1.077.100	-1.371.600	-1.385.400	-1.402.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-336.000	-363.000	-344.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	47.100	49.500	51.400
0	-383.100	-412.500	-395.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 83 Hafen- und Seemannsamt

## PRODUKTE

12208 Hafen und Schiffsangelegenheiten/ Seemannsamt  
 54602 Parkeinrichtungen - BgA  
 54801 Maritime Wirtschaft und Hafenbau

54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA  
 54803 Rostock Port GmbH  
 54804 Fischereihafen GmbH  
 54805 Spülfeldbewirtschaftung - BgA

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	11.278.800	10.832.300	10.742.400	10.557.600
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	901.200	901.200	901.200	2.371.200
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.363.700	1.363.700	1.363.700	1.353.700
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	394.200	393.900	393.900	373.700
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	107.000	90.000	20.000	33.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	2.950.100	100	100	100
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>16.995.000</b>	<b>13.581.200</b>	<b>13.421.300</b>	<b>14.689.300</b>
11	50	- Personalaufwendungen	2.128.300	2.162.600	2.072.300	1.931.900
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.313.600	2.053.800	2.109.400	1.676.100
14	53	- Abschreibungen	12.627.100	12.197.500	12.155.300	11.893.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	229.500	264.500	214.500	221.600
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.503.200	601.200	626.300	857.600
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>19.801.700</b>	<b>17.279.600</b>	<b>17.177.800</b>	<b>16.580.500</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5</b>	<b>-2.806.700</b>	<b>-3.698.400</b>	<b>-3.756.500</b>	<b>-1.891.200</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
11.278.800	10.832.300	10.742.400	10.557.600
0	0	0	0
901.200	901.200	901.200	2.371.200
1.363.700	1.063.700	1.063.700	1.053.700
394.200	393.900	393.900	373.700
107.000	90.000	20.000	33.000
0	0	0	0
2.950.100	100	100	100
16.995.000	13.281.200	13.121.300	14.389.300
2.128.300	2.289.500	2.150.900	2.004.700
0	0	0	0
1.313.600	1.243.800	1.629.400	2.026.100
12.627.100	12.197.500	12.155.300	11.893.300
229.500	264.500	214.500	221.600
0	0	0	0
0	0	0	0
3.503.200	601.200	626.300	857.600
19.801.700	16.596.500	16.776.400	17.003.300
-2.806.700	-3.315.300	-3.655.100	-2.614.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-300.000	-300.000	-300.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-810.000	-480.000	350.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-683.100	-401.400	422.800
0	383.100	101.400	-722.800

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	8.500	8.500	8.500	8.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	901.200	901.200	901.200	2.371.200
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.513.700	1.513.700	1.513.700	1.503.700
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	394.200	393.900	393.900	373.700
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	450.100	100	100	100
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>3.267.700</b>	<b>2.817.400</b>	<b>2.817.400</b>	<b>4.257.200</b>
10	70	- Personalauszahlungen	2.128.300	2.162.600	2.072.300	1.931.900
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.313.600	2.053.800	2.109.400	1.676.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	229.500	264.500	214.500	221.600
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	981.900	580.200	605.300	817.600
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>4.653.300</b>	<b>5.061.100</b>	<b>5.001.500</b>	<b>4.647.200</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-1.385.600</b>	<b>-2.243.700</b>	<b>-2.184.100</b>	<b>-390.000</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
8.500	8.500	8.500	8.500
0	0	0	0
901.200	901.200	901.200	2.371.200
1.513.700	1.213.700	1.213.700	1.203.700
394.200	393.900	393.900	373.700
0	0	0	0
450.100	100	100	100
3.267.700	2.517.400	2.517.400	3.957.200
2.128.300	2.289.500	2.150.900	2.004.700
0	0	0	0
1.313.600	1.243.800	1.629.400	2.026.100
229.500	264.500	214.500	221.600
0	0	0	0
0	0	0	0
981.900	580.200	605.300	817.600
4.653.300	4.378.000	4.600.100	5.070.000
-1.385.600	-1.860.600	-2.082.700	-1.112.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-300.000	-300.000	-300.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-810.000	-480.000	350.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-683.100	-401.400	422.800
0	383.100	101.400	-722.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen

## PRODUKTE

61101 Steuern  
61103 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen  
61201 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	237.704.100	246.349.100	251.566.500	259.651.700
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	135.309.600	138.975.100	138.081.400	135.867.500
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.351.000	1.351.000	1.351.000	1.351.000
9	46	+ Sonstige Erträge	5.000	5.000	5.000	5.000
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>374.369.700</b>	<b>386.680.200</b>	<b>391.003.900</b>	<b>396.875.200</b>
11	50	- Personalaufwendungen	0	0	0	0
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	8.866.700	9.152.700	9.393.600	9.634.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.162.000	3.384.200	4.029.300	4.454.400
18	56	- Sonstige Aufwendungen	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>13.478.700</b>	<b>13.986.900</b>	<b>14.872.900</b>	<b>15.538.900</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)</b>	<b>360.891.000</b>	<b>372.693.300</b>	<b>376.131.000</b>	<b>381.336.300</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
237.704.100	215.859.600	219.388.400	228.417.200
135.309.600	148.652.200	128.651.600	133.451.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.351.000	1.351.000	1.351.000	1.351.000
5.000	5.000	5.000	5.000
374.369.700	365.867.800	349.396.000	363.224.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.866.700	7.240.000	7.530.000	7.850.000
0	0	0	0
3.162.000	2.763.600	3.103.500	3.336.300
1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000
13.478.700	11.453.600	12.083.500	12.636.300
360.891.000	354.414.200	337.312.500	350.588.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	-30.489.500	-32.178.100	-31.234.500
0	9.677.100	-9.429.800	-2.415.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-1.912.700	-1.863.600	-1.784.500
0	0	0	0
0	-620.600	-925.800	-1.118.100
0	0	0	0
0	-2.533.300	-2.789.400	-2.902.600
0	-18.279.100	-38.818.500	-30.747.800

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	234.879.100	243.493.100	248.800.500	256.595.700
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	135.309.600	138.975.100	138.081.400	135.867.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.101.000	1.101.000	1.101.000	1.101.000
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	5.000	5.000	5.000	5.000
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>371.294.700</b>	<b>383.574.200</b>	<b>387.987.900</b>	<b>393.569.200</b>
10	70	- Personalauszahlungen	0	0	0	0
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	8.866.700	9.152.700	9.393.600	9.634.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.171.600	3.396.000	3.872.400	4.276.200
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	0	0	0	0
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>12.038.300</b>	<b>12.548.700</b>	<b>13.266.000</b>	<b>13.910.700</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>359.256.400</b>	<b>371.025.500</b>	<b>374.721.900</b>	<b>379.658.500</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
234.879.100	212.680.600	216.076.400	224.986.200
135.309.600	148.652.200	128.651.600	133.451.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.101.000	1.101.000	1.101.000	1.101.000
5.000	5.000	5.000	5.000
371.294.700	362.438.800	345.834.000	359.543.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.866.700	7.240.000	7.530.000	7.850.000
0	0	0	0
3.171.600	2.774.900	2.945.600	3.157.100
0	0	0	0
12.038.300	10.014.900	10.475.600	11.007.100
359.256.400	352.423.900	335.358.400	348.536.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	-30.812.500	-32.724.100	-31.609.500
0	9.677.100	-9.429.800	-2.415.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-1.912.700	-1.863.600	-1.784.500
0	0	0	0
0	-621.100	-926.800	-1.119.100
0	0	0	0
0	-2.533.800	-2.790.400	-2.903.600
0	-18.601.600	-39.363.500	-31.121.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 99 Bundesgartenschau (Buga)

## PRODUKTE

51120 Bundesgartenschau (BUGA) - Fördergebiet "Nördliches Warnowrund"  
 54103 Bundesgartenschau (BUGA) - Warnowbrücke  
 54104 Bundesgartenschau (BUGA) - Greifenbrücke  
 54806 Bundesgartenschau (BUGA) - Stödhafen

55101 Bundesgartenschau (BUGA) - allgemein  
 55103 Bundesgartenschau (BUGA) - Modellvorhaben Warnowquartier  
 55104 Bundesgartenschau (BUGA) - Fährgberg  
 55105 Bundesgartenschau (BUGA) - Hechtgrabenniederung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)				Veränderung			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	577.400	577.500	577.500	0	27.400	27.500	27.500
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.200	153.700	593.700	508.700	3.200	153.700	593.700	508.700	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	686.300	527.600	907.200	953.400	686.300	527.600	907.200	953.400	0	0	0	0
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	2.739.500	2.731.300	5.050.900	5.012.100	2.739.500	2.758.700	5.078.400	5.039.600	0	27.400	27.500	27.500
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-2.739.500	-2.731.300	-5.050.900	-5.012.100	-2.739.500	-2.758.700	-5.078.400	-5.039.600	0	-27.400	-27.500	-27.500

## FINANZHAUSHALT

Finanzplan 2020			Finanzplan 2021				Finanzplan 2022				Finanzplan 2023			
Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)				Veränderung			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	577.400	577.500	577.500	577.500	27.400	27.500	27.500
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.200	153.700	593.700	508.700	3.200	153.700	593.700	508.700	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	686.300	527.600	907.200	953.400	686.300	527.600	907.200	953.400	0	0	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	2.739.500	2.731.300	5.050.900	5.012.100	2.739.500	2.758.700	5.078.400	5.039.600	0	27.400	27.500	27.500
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-2.739.500	-2.731.300	-5.050.900	-5.012.100	-2.739.500	-2.758.700	-5.078.400	-5.039.600	0	-27.400	-27.500	-27.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## Finanzielle Auswirkungen der „Corona COVID-19 – Pandemie“ - Wesentliche Veränderungen

Anlage 1.5 a

Mindereinzahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs- beschluss)	Begründung
1	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	67.992.000	68.787.800	63.020.300	73.163.900	66.222.800	Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der Corona-bedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO werden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst. Da für den Planungszeitraum geringere Einzahlungen geplant werden, reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend.
2	Gewerbesteuer nach Ertrag	108.552.000	117.800.000	87.000.000	121.600.000	96.127.000	
<b>gesamt:</b>					<b>194.763.900</b>	<b>162.349.800</b>	
<b>2021 Differenz Neu zu bisher:</b>						<b>-32.414.100</b>	

Mehrauszahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs- beschluss)	Begründung
1	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	4.300.000	5.000.000	3.000.000	4.800.000	Mit Berichterstattung der Gesellschaft zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes 2020 und unter Einschätzung des Buchungs- und Vertragsstand für das Geschäftsjahr 2021, ist aufgrund vieler ungeklärter Fragen bis hin zur Aufhebung der Verfügung des Verbots zur Durchführung von Großveranstaltungen durch die Bundes- und Landesregierung, welches zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, auch für das Jahr 2021 von einem erhöhten Zuschussbedarf auszugehen. Aufgrund der Tatsache, dass eine heute genannte Zahl an auszufallenden Events, morgen bestimmt schon wieder nicht mehr vollständig ist, ist mit Stand heute davon auszugehen, dass in beiden Veranstaltungshäusern im Jahr 2021 ebenfalls sehr umsatzstarke Großveranstaltungen wie bspw. GTM, Shows von Cavalluna und Holiday on Ice, zahlreiche Konzerte, Messen und Bälle, die bereits aus der Planung 2021 gestrichen wurden und somit starke Umsatzeinbuße zur Folge haben werden. Entsprechend dem derzeitigen Planungsstand der Veranstaltungen für das Wirtschaftsjahr 2021 sowie unter Berücksichtigung der derzeit für das Wirtschaftsjahr 2020 prognostizierten Jahresergebnis der Gesellschaft, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass auch im Wirtschaftsjahr 2021 zum jetzigen Zeitpunkt ein erhöhter Zuschussbedarf um 1.800 TEUR für die Gesellschaft in der Planung 2021 der HRO als worst-Case-Szenarium anzusetzen ist.
2	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona für die Schulen	0	100.000	100.000	0	208.800	Aufgrund der notwendigen Umsetzung des Hygieneplans an den Schulen muss Seife etc. für erhöhte Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Einmalmasken, Faceshields als Verbrauchsmaterial
3	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	6.351.000	6.552.800	6.810.200	6.784.100	7.622.400	Coronabedingte Mehrauszahlungen bei der Reinigung in Höhe von rund 490.000 Euro sowie weitere Kostensteigerungen
4	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	42.809.900	38.394.900	41.691.300	36.979.200	41.731.200	Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 BG mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen. Standen im März 2020 zum Beginn der Pandemie noch 10.682 BGs im Leistungsbezug sind es im August 2020 11.059 BGs. Auch die avisierten durchschnittlichen Kosten je BG erhöhten sich in dem genannten Zeitraum von 319 EUR auf 322 EUR. Ab 2022 wird damit gerechnet, dass die BG sich wieder rückläufig entwickeln.
<b>gesamt:</b>					<b>46.763.300</b>	<b>54.362.400</b>	
<b>2021 Differenz Neu zu bisher:</b>						<b>7.599.100</b>	

Unterstützungsleistungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs- beschluss)	Begründung
1	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	14.697.400	12.762.000	24.254.100	11.736.700	25.579.900	In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um weitere 25% erhöht.
2	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.692.800	3.269.600	3.751.500	3.149.000	3.755.100	
3	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	0	0	0	10.000.000	Infolge der Corona-Pandemie sind erheblich Steuerausfälle auf allen Ebenen zu verzeichnen. Der Rückgang der Steuereinnahmen würde bedeuten, dass ohne weitere Hilfen von Bund und Land die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2021 zurückgingen. Das Land stellt für 2021 den Städten und Gemeinden M-V unter Einbeziehung der Bundesmittel eine pauschale Kompensation von 67 Mio. EUR für Gewerbesteuerausfälle bereit. Der Anteil der HRO daran wird mit ca. 10 Mio. EUR eingeschätzt.
<b>gesamt:</b>					<b>14.885.700</b>	<b>39.335.000</b>	
<b>2021 Differenz Neu zu bisher:</b>						<b>24.449.300</b>	



Änderungsliste - Verwaltungstätigkeit TH

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		

Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

1.	11114	52490070	Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	15.000	10.000	25.000	15.000	0	15.000	15.000	0	15.000
	11114	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten durch Dritte	95.000	10.000	105.000	95.000	0	105.000	95.000	0	105.000
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>20.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Auf Grund der Corona Pandemie finden die Sitzungen der Bürgerschaft in der Stadthalle statt. Die Bürgerschaft hat daher am 17.06.2020 den Beschluss 2020/AN/0977 "Livestream (Bild und Ton) von Bürgerschaftssitzungen" beschlossen. Für Stadtkampagnen mit Hygienehinweisen, Herstellung von entsprechenden Citylightpostern im Zusammenhang mit der Corona Pandemie wird ein entsprechender Mehrbedarf angezeigt.								

2.	12102	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	10.000	30.000	40.000						
	12102	52490050	Sonstige Sachaufwendungen	100	34.500	34.600						
	12102	56210016	Mieten und Pachten - Wahlen	15.000	30.000	45.000						
	12102	56310020	Bürobedarf	4.000	2.400	6.400						
	12102	56380000	Transportkosten	60.000	20.000	80.000						
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>116.900</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Im HH-Jahr 2021 sind die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag und des 8. Landtags von M-V vorzubereiten und durchzuführen. Nach derzeitigem Stand sind aufgrund der Corona-Pandemie, insbesondere in den Wahlräumen, Schutz- und Hygienemaßnahmen gemäß Corona-LVO-MV in ihrer jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit den Hinweisen zur Durchführung von Wahlen während der Corona-Pandemie des Ministeriums für Inneres und Europa vom 01.09.2020 umzusetzen. Für die Absicherung wird ein Mehrbedarf von insgesamt 116.900 EUR benötigt, der im HHP 2021 zu berücksichtigen ist.								

3.	11404	56243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	12.000	766.000	704.000	12.000	716.000	704.000	12.000	716.000
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>12.000</b>			<b>12.000</b>			<b>12.000</b>	
<b>Begründung</b>				Es ist beabsichtigt noch im HH Jahr 2020, ein E-Learning-Tool in der Stadtverwaltung Rostock bei der Einführung der E-Akte einzusetzen. Perspektivisch kann durch die Nutzung des Tools durch die Mitarbeiter/innen der erste Schulungstag als Präsenzveranstaltung eingespart werden und damit die freigesetzten Ressourcen für den schnelleren Rollout der E-Sachakte eingesetzt werden. Die Einführung der E-Akte ist eine gesetzlich verpflichtende Aufgabe gemäß E-GovG. Notwendig sind 2 Komponenten: ein LMS-Learning-Management-System (als Mietmodell für ca. 1.700 Nutzer geschätzte Kosten in 2020 16.700 €) und ein Autorentool (als Mietmodell mit einer Lizenz ca. 1.000 €/ Monat ab 2021). Die strategische Ausrichtung beim Rollout der elektronischen Akte wurde im Frühjahr 2020 auf Grund aktueller Anforderungen überarbeitet und neu festgelegt. Danach liegt der Schwerpunkt auf einer schnellen vollständigen Anbindung der Verwaltung mit der E-Sachakte im Aktenplan. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurde die Notwendigkeit der mobilen Arbeitsweise der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Rostock deutlich. Die Arbeit mit der elektronischen Akte stellt eine Basis für mobiles Arbeiten dar.								

4.	11104	56210010	Mieten und Pachten	0	80.000	80.000			0			0
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>80.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Begründung				Die Bürgerschaft kann wegen der Corona-Schutz-Verordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiterhin nur unter Einhaltung des Abstandes von 1,5 m zwischen Personen tagen. Dieser Abstand kann im Bürgerschaftssaal nicht gewährleistet werden. Daher sollen die Sitzungen in der Stadthalle stattfinden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 8.000 Euro (inkl. Technik,. Ordner etc.) pro Sitzung.								
5.	12101	52490051	Sonstige Sachaufwendungen Zensus	59.000	-39.100	19.900	19.900	39.100	59.000	0	19.900	19.900
	12101	56131012	Reise- und Fahrkosten Zensus	23.500	-15.000	8.500	8.500	15.000	23.500	0	8.500	8.500
	12101	56310021	Bürobedarf Zensus	10.000	-7.000	3.000	1.100	8.900	10.000	0	1.100	1.100
	12101	56310041	EDV- Material für den Verwaltungsbedarf Zensus	3.200	-600	2.600	1.100	2.100	3.200	0	1.100	1.100
	12101	56331001	Porto Zensus	26.700	-20.300	6.400	6.600	20.100	26.700	0	6.600	6.600
Summe Veränderungen Aufwendungen					-82.000			85.200			37.200	
	12101	44242010	Kostenerstattungen und kostenumlagen vom Land - Zensus	350.000	-260.000	90.000	90.000	260.000	350.000	0	90.000	90.000
Summe Veränderungen Erträge					-260.000			260.000		0	90.000	
Begründung				Die Durchführung des Zensus wird um 1 Jahr verschoben.								
6.	57303	54110000	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	1.800.000	4.800.000	3.000.000	0	3.000.000	3.000.000	0	3.000.000
Summe Veränderungen Aufwendungen					1.800.000			0			0	
Begründung				Mit Berichterstattung der Gesellschaft zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes 2020 und unter Einschätzung des Buchungs- und Vertragsstand für das Geschäftsjahr 2021, ist aufgrund vieler ungeklärter Fragen bis hin zur Aufhebung der Verfügung des Verbots zur Durchführung von Großveranstaltungen durch die Bundes- und Landesregierung, welches zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, auch für das Jahr 2021 von einem erhöhten Zuschussbedarf auszugehen. Aufgrund der Tatsache, dass eine heute genannte Zahl an auszufallenden Events, morgen bestimmt schon wieder nicht mehr vollständig ist, ist mit Stand heute davon auszugehen, dass in beiden Veranstaltungshäusern im Jahr 2021 ebenfalls sehr umsatzstarke Großveranstaltungen wie bspw. GTM, Shows von Cavalluna und Holiday on Ice, zahlreiche Konzerte, Messen und Bälle, die bereits aus der Planung 2021 gestrichen wurden und somit starke Umsatzeinbuße zur Folge haben werden. Entsprechend dem derzeitigen Planungsstand der Veranstaltungen für das Wirtschaftsjahr 2021 sowie unter Berücksichtigung der derzeit für das Wirtschaftsjahr 2020 prognostizierten Jahresergebnis der Gesellschaft, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass auch im Wirtschaftsjahr 2021 zum jetzigen Zeitpunkt ein erhöhter Zuschussbedarf um 1.800 TEUR für die Gesellschaft in der Planung 2021 der HRO als worst-Case-Szenarium anzusetzen ist.								
7.	62302	57310000	Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	1.559.800	1.373.200	2.933.000	1.559.800	0	1.559.800	1.559.800	0	1.559.800
Summe Veränderungen Aufwendungen					1.373.200			0			0	
Begründung				coronabedingte Abhängigkeit, fehlende Kurabgabe und Parkplatzentgelte, Absagen von geplanten Veranstaltungen, erhöhte Aufwendungen für Großveranstaltungen, Hygienekonzepte, Verkehrssicherheitskonzeptionen, nach wie vor höhere Aufwendungen zur Beseitigung von Sturmschäden								
8.	12202	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	25.000	146.200	171.200	25.000		25.000	25.000		25.000
	12201	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.500	20.000	26.500	6.500		6.500	6.500		6.500
	12203	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	0	17.700	17.700	0		0	0		0
	12204	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.300	20.000	26.300	6.300		6.300	6.300		6.300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	12304	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	12.500	20.000	32.500	12.500		12.500	12.500		12.500
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>223.900</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Im Bereich Einwohner und Meldewesen Produkt 12202 kommt es zu enormen Auswirkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie. Die Ortsämter können laut Auskunft der Ortsamtsleiter ihren Dienstbetrieb nur aufrechterhalten, wenn Sicherheitsdienste die Abstands- und Hygienemaßnahmen kontrollieren und die Besucherströme steuern. So müssen fünf Ortsämter während der gesamten Öffnungszeiten sowie kurz davor und danach von 1-2 Sicherheitskräften betreut werden. Für den Einsatz eines Fahrradkurierdienstes für die Auslieferung von Ausweisdokumenten werden 25.000 EUR geplant. In den Bereichen Ordnungsangelegenheiten 12201, Personenstandswesen 12203, Gewerbeangelegenheiten 12204 und Verkehrsangelegenheiten 12304 kommt es ebenfalls zu Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen in Gebäuden die das Stadtamt nutzt. Das zusätzliche Sicherheitspersonal ist für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unerlässlich. So müssen Abstands- und Hygienemaßnahmen kontrolliert werden. Es wird geprüft, ob die Bürgerinnen und Bürger, wie gefordert, Termine vereinbart haben. Anschließend werden ihnen Sitzplätze zugewiesen. Da die Diensträume nicht gesondert gesichert sind, kontrollieren die Sicherheitsdienste, dass Bürgerinnen und Bürger nicht unaufgefordert Büros betreten.								
9.	12800	56290010	Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	8.100	25.000	33.100	54.000		54.000	54.000		54.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>25.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Im Mai 2020 sollte die 15. Internationale Krisenmanagementkonferenz in Rostock stattfinden. Auf Grund von Corona fand die Konferenz im Jahr 2020 nicht statt und wird in das Jahr 2021 verschoben. Für die Ausrichtung der Konferenz im Jahr 2021 werden einmalig 25.000 EUR zu veranschlagt.								
10.	20101	52440010	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona	0	208.800	208.800	0	0	0	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>208.800</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Aufgrund der notwendigen Umsetzung des Hygieneplans an den Schulen muss Seife etc. für erhöhte Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Einmalmasken, Faceshields als Verbrauchsmaterial								
11.	21105	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21110	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21113	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21116	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21504	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21706	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21802	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22104	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22107	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	23103	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>30.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Im Rahmen der Erfüllung des Hygieneplanes in den Schulen wurden die Aufträge der Reinigungsfirmen erweitert. Ein Teil der notwendigen Maßnahmen wurden jedoch nicht fremdvergeben, sondern werden tagtäglich durch die Hausmeister erfüllt, um Kosten zu sparen und die Umsetzung des Hygieneplans sicherzustellen. Diese können ihre originäre Aufgaben (Pflege der Außenanlagen) nicht mehr wahrnehmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, für diese 10 Schulen einen Dritten (Fremdvergabe) zur Erfüllung der Pflege der Außenanlagen zu beauftragen.								

12.	42401	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	2.000	23.200	25.200	6.000	-1.800	4.200	6.000	-1.800	4.200
	42402	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	800	9.300	10.100	2.000	-600	1.400	2.000	-600	1.400
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>32.500</b>			<b>-2.400</b>			<b>-2.400</b>	
			<b>Begründung</b>	Mittel für Selbstreinigung / Hygieneartikel / Reinigung / Nachtrag Sonderreinigung								

13.	21102	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	76.300	12.700	89.000	76.300	9.500	85.800	76.300	13.800	90.100
	21103	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	93.900	15.900	109.800	93.900	13.800	107.700	93.900	19.100	113.000
	21104	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	90.000	7.400	97.400	90.000	4.800	94.800	90.000	9.500	99.500
	21105	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	92.500	11.900	104.400	92.500	8.700	101.200	92.500	13.800	106.300
	21106	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	91.600	28.600	120.200	91.600	29.000	120.600	91.600	35.000	126.600
	21107	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	60.000	17.500	77.500	60.000	16.100	76.100	60.000	19.900	79.900
	21108	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	101.400	7.700	109.100	101.400	5.300	106.700	101.400	10.700	112.100
	21109	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	100.300	22.000	122.300	100.300	20.100	120.400	100.300	26.200	126.500
	21110	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	136.800	5.600	142.400	136.800	5.700	142.500	136.800	12.800	149.600
	21111	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.600	5.300	72.900	67.600	5.200	72.800	67.600	8.900	76.500
	21112	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	84.600	13.300	97.900	84.600	12.700	97.300	84.600	17.600	102.200
	21113	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	146.300	15.100	161.400	146.300	11.600	157.900	146.300	19.500	165.800
	21114	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	59.000	2.200	61.200	59.000	2.900	61.900	59.000	6.000	65.000
	21115	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.100	14.700	143.800	129.100	7.900	137.000	129.100	14.800	143.900
	21116	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.900	5.600	73.500	67.900	4.500	72.400	67.900	8.100	76.000
	21117	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	105.900	10.200	116.100	105.900	5.600	111.500	105.900	11.100	117.000
	21118	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	89.900	10.200	100.100	89.900	4.800	94.700	89.900	9.500	99.400
	21119	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	102.500	9.900	112.400	102.500	4.800	107.300	102.500	10.200	112.700
	21502	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	106.200	7.500	113.700	106.200	5.700	111.900	106.200	11.300	117.500
	21503	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	97.200	13.300	110.500	97.200	-86.500	10.700	97.200	15.100	112.300
	21504	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.600	17.200	164.800	147.600	12.200	159.800	147.600	20.200	167.800
	21505	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	113.400	20.600	134.000	113.400	16.000	129.400	113.400	22.500	135.900
	21506	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	116.500	11.900	128.400	116.500	10.100	126.600	116.500	16.500	133.000
	21507	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	96.300	13.100	109.400	96.300	5.800	102.100	96.300	10.900	107.200
	21702	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	114.900	29.200	144.100	114.900	26.000	140.900	114.900	32.900	147.800
	21703	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	31.400	3.500	34.900	31.400	2.100	33.500	31.400	3.800	35.200
	21704	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	197.200	15.700	212.900	197.200	14.600	211.800	197.200	25.200	222.400
	21705	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	315.700	34.400	350.100	315.700	22.900	338.600	315.700	39.800	355.500
	21706	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	222.400	17.000	239.400	222.400	9.500	231.900	222.400	21.100	243.500
	21802	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	218.700	37.500	256.200	218.700	34.600	253.300	218.700	47.300	266.000
	21803	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	284.600	49.400	334.000	284.600	42.700	327.300	284.600	59.000	343.600
	21805	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	321.500	34.800	356.300	321.500	30.900	352.400	321.500	48.600	370.100
	21806	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	209.500	18.700	228.200	209.500	15.000	224.500	209.500	26.300	235.800

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21807	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	286.500	23.200	309.700	286.500	16.900	303.400	286.500	32.000	318.500
	22102	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	49.100	2.500	51.600	49.100	2.600	51.700	49.100	5.200	54.300
	22103	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.500	17.700	147.200	129.500	19.200	148.700	129.500	26.600	156.100
	22104	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.400	34.000	181.400	147.400	35.300	182.700	147.400	44.400	191.800
	22105	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	112.000	17.800	129.800	112.000	13.900	125.900	112.000	20.200	132.200
	22106	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	131.100	25.300	156.400	131.100	22.900	154.000	131.100	30.600	161.700
	22107	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	314.100	19.700	333.800	314.100	17.600	331.700	314.100	34.200	348.300
	23103	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	386.100	50.300	436.400	386.100	49.600	435.700	386.100	71.400	457.500
	23104	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	220.300	45.300	265.600	220.300	39.300	259.600	220.300	52.200	272.500
	23106	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	217.800	31.600	249.400	217.800	29.000	246.800	217.800	41.300	259.100
	23108	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	501.500	31.300	532.800	501.500	26.500	528.000	501.500	52.900	554.400
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>838.300</b>			<b>607.400</b>			<b>1.078.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Coronabedingte Mehraufwendungen bei der Reinigung in Höhe von rund 490.000 Euro sowie weitere Kostensteigerungen								

14.	21102	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21103	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21104	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21105	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21106	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21107	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21108	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21109	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21110	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21111	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21112	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21113	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21114	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21115	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21116	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21117	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21118	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21119	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21502	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21503	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21504	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21505	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21506	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21507	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21702	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21703	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21704	52440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	500	0	500	500	0	500
	21705	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21706	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21802	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21803	52440060	Werkstättenbedarf	700	100	800	700	0	700	700	0	700
	21805	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21806	52440060	Werkstättenbedarf	400	100	500	400	0	400	400	0	400
	21807	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	22102	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22103	52440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	22104	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	22105	52440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	400	0	400	400	0	400
	22106	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22107	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23103	52440060	Werkstättenbedarf	800	100	900	800	0	800	800	0	800
	23104	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23106	52440060	Werkstättenbedarf	1.000	100	1.100	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
	23108	52440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600
	Summe Veränderungen Aufwendungen				4.400			0			0	
	Begründung			Ein erhöhter Werkstattbedarf erklärt sich aus den Maßnahmen, die aufgrund der Corona-Regelungen zu erbringen sind. Hier sind z. B. der Spuckschutz (Plexiglasscheiben) für die Sekretärinnen, Einbahnstraßenregelungen auf Weisung der Schulleitungen (Klebeband, Indoorpoller,...) sowie weitere Maßnahmen, wie die Einführung von Fiebermessen zu benennen.								

15.	20101	52520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	236.000	193.000	429.000	236.000	0	236.000	236.000	0	236.000
Summe Veränderungen Aufwendungen				193.000			0			0		
Begründung			Ergebnis der Beratung vom 17.09.2020 nach Vorlage des fortgeschriebenen WP der WIRO --> coronabedingte Ausfälle bei der turnusmäßigen Vermietung									

16.	20101	56243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	108.000	12.400	120.400	108.000	14.000	122.000	108.000	14.000	122.000
Summe Veränderungen Aufwendungen				12.400			14.000			14.000		
Begründung			jährliche Erhöhung WinSchool incl. Onlineanmeldung Schulen wg. Corona - Wartung 2.000 Euro 2021, ab 2022 Beschaffung weiter Lizenzen; Pflege + Wartung aus coronabedingten Sofortprogramm (6.684,50 Euro jährlich 10.950,21 Euro aller 3 Jahre --> ARAP)									

17.	42401	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	4.000	4.600	8.600	4.000		4.000	4.000	-3.400	600
	42402	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	2.000	2.300	4.300	2.000		2.000	2.000	-1.700	300
Summe Veränderungen Aufwendungen				6.900			0			-5.100		
Begründung			Coronabedingte Mehraufwendungen für Masken 2021, Ausstattung Hallenwarte alle 2 Jahre, wieder in 2022 ('Die Pflicht des Arbeitgebers zur Bereitstellung persönlicher Schutzausrüstungen ergibt sich sowohl aus dem Arbeitsschutzgesetz §3 als auch aus der PSA-Benutzungsverordnung §2 (siehe Anhang)) OE 40 benötigt andere Masken, als vom Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt werden. Es sind filtrierende Halbmasken (mindestens FFP2 oder vergleichbar [6]) als persönliche Schutzausrüstung erforderlich.									

18.	42102	54190050	Zuschüsse an Sonstige Vereine und Verbände - Olympiateam	0	25.000	25.000	0		0	25.000	0	25.000
Summe Veränderungen Aufwendungen				25.000			0			0		
Begründung			Durch Pandemie Olympische Spiele in Tokio um ein Jahr verschoben.									

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
19.	42403	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	23.800	23.800	0	4.200	4.200	0	4.200	4.200
	42404	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	9.500	9.500	0	600	600	0	600	600
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>33.300</b>			<b>4.800</b>			<b>4.800</b>	
			<b>Begründung</b>	Anteil OE 41+ Selbstreinigung / Hygieneartikel / Reinigung / Nachtrag Sonderreinigung + Hygieneartikel Corona								
20.	42403	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	52.800	52.800				0	3.400	3.400
	42404	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	26.400	26.400				0	1.700	1.700
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>79.200</b>			<b>0</b>			<b>5.100</b>	
			<b>Begründung</b>	Anteil OE 41+ Coronabedingte Mehraufwendungen für Masken 2021, Ausstattung Hallenwarte aller 2 Jahre, in 2021 und 2023 ('Die Pflicht des Arbeitgebers zur Bereitstellung persönlicher Schutzausrüstungen ergibt sich sowohl aus dem Arbeitsschutzgesetz §3 als auch aus der PSA-Benutzungsverordnung §2 (siehe Anhang)) OE 41 benötigt andere Masken, als vom Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt werden. Es sind filtrierende Halbmasken (mindestens FFP2 oder vergleichbar [6]) als persönliche Schutzausrüstung erforderlich.								
21.	27201	44160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	4.700	-2.200	2.500	4.700	-2.200	2.500			
	27201	44190001	sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000			
	27201	44190007	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Münzkopier	2.200	-700	1.500	2.200	-700	1.500			
	27201	44190009	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Provision Getränke	700	-300	400	700	-300	400			
	27201	44190023	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- gebührenpflichtige Medien	37.000	-10.000	27.000	37.000	-10.000	27.000			
	27201	46220020	Säumniszuschläge, Mahngebühren	15.600	-5.600	10.000	15.000	-5.600	9.400			
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-21.800</b>			<b>-21.800</b>			<b>0</b>	
	27201	52370010	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung- Kopiertechnik	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600
	27201	52440040	Medizinischer Sachbedarf	100	14.900	15.000	100	100	200	100	100	200
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>14.200</b>			<b>-600</b>			<b>-600</b>	
			<b>Begründung</b>	Corona bedingte Mindererträge als auch Mehraufwendungen, insbesondere Mehraufwendungen für Hygieneartikel, Mund- und Nasenschutz								
22.	27101	52440000	Laborbedarf, Werkstättenbedarf, Arzneimittel,	100	2.100	2.200	100	0	100	100	0	100
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>2.100</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Mehraufwand im Rahmen Pandemiebekämpfung								
23.	28100	54190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	2.976.000	150.000	3.126.000	2.976.000	0	2.976.000	2.976.000	0	2.976.000



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>150.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Wegen der Corona-Pandemie kommt es für viele Kultuträger zu erheblichen Einnahmeausfällen. Dies betrifft sowohl Konzerte oder Lesungen, als auch, aufgrund der Abstandsregeln, verkleinerte Gruppen bei Kursangeboten. Hinzu kommen Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen, Anmietung geeigneter Räume für Veranstaltungen, erhöhte Aufwendungen für Hybrid-Veranstaltungen (live und digital). Auch die Zunahme der digitalisierten Veranstaltungsformate verändert nicht nur, sondern erhöht auch den Bedarf an Zuwendungen für die Förderung freier Kultuträger.								
24.	11150	52440040	Verwaltung Amt 50 - Medizinischer Sachbedarf	1.300	11.900	13.200						
	11150	56290010	Verwaltung Amt 50 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	150.100	2.400	152.500						
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>14.300</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Im Rahmen der fortwährenden Pandemiebekämpfung muss ein erhöhter Bedarf an Desinfektionsmitteln geplant werden. Darüber hinaus sollen im Amt für Jugend, Soziales und Asyl, bei den Arbeitsplätzen mit Bürgerkontakt, zum Schutz der Mitarbeiter*innen, mit entsprechenden Spuck- und Niesschutztrennwände ausgestattet werden. Des Weiteren erhöhen sich die Aufwendungen für die Bewachung in den Dienstgebäuden.								
25.	31201	55210011	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	36.979.200	4.752.000	41.731.200						
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>4.752.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 BG mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen. Standen im März 2020 zum Beginn der Pandemie noch 10.682 BGs im Leistungsbezug sind es im August 2020 11.059 BGs. Auch die avisierten durchschnittlichen Kosten je BG erhöhten sich in dem genannten Zeitraum von 319 EUR auf 322 EUR. Ab 2022 wird damit gerechnet, dass die BG sich wieder rückläufig entwickeln.								
26.	31209	42610000	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	11.736.700	13.843.200	25.579.900	13.024.200	11.224.700	24.248.900	13.219.600	9.524.300	22.743.900
	31209	42610010	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.149.000	606.100	3.755.100	3.196.300	181.100	3.377.400	3.244.200	183.800	3.428.000
<b>Summe Veränderungen Erträge</b>					<b>14.449.300</b>			<b>11.405.800</b>			<b>9.708.100</b>	
<b>Begründung</b>				In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um weitere 25% erhöht.								
27.	11173	52420010	Verpflegung / Bewirtung	100	2.000	2.100						
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>2.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Das Amt für Umwelt- und Klimaschutz hat im Jahr 2020 sein 30 jähriges Bestehen. Da die geplante Veranstaltungen aufgrund der aktuellen Ereignisse nicht stattfinden konnte, ist es geplant diese und auch die Umweltamtsleitertagung der mittelgroßen Städte in der Hanse- und Universitätsstadt im Jahr 2021 nachzuholen.								



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
28.	12400	52440050	Labor- und Röntgenbedarf	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>1.500</b>			<b>1.500</b>			<b>1.500</b>	
<b>Begründung</b>				Mehraufwand im Rahmen Pandemiebekämpfung								

29.	61101	40121000	Grundsteuer B von Fremdschuldern	23.400.000	50.000	23.450.000	23.500.000	50.000	23.550.000	23.700.000	50.000	23.750.000
	61101	40131000	Gewerbesteuer nach Ertrag	124.100.000	-25.000.000	99.100.000	127.300.000	-24.100.000	103.200.000	130.700.000	-23.200.000	107.500.000
	61101	40210000	Gemeindeanteil an derEinkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	73.163.900	-6.941.100	66.222.800	76.962.000	-8.323.300	68.638.700	81.041.400	-8.281.500	72.759.900
	61101	40220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	21.955.300	1.301.600	23.256.900	20.254.600	95.200	20.349.800	20.640.400	97.000	20.737.400
	61101	41320400	Zuweisung des Gemeindeanteils an der Spielbankabgabe	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000
	61101	40340000	Zweitwohnungssteuer	860.000	100.000	960.000	880.000	100.000	980.000	900.000	100.000	1.000.000
	Summe Veränderungen Erträge				-30.399.500			-32.088.100			-31.144.500	
61101	54310000	Gewerbesteuerumlage	9.152.700	-1.912.700	7.240.000	9.393.600	-1.863.600	7.530.000	9.634.500	-1.784.500	7.850.000	
Summe Veränderungen Aufwendungen				-1.912.700			-1.863.600			-1.784.500		
Begründung			Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der Corona-bedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO werden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst. Da für den Planungszeitraum geringere Einzahlungen geplant werden, reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend.									

30.	61103	41320800	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	10.000.000	10.000.000							
			Summe Veränderungen Erträge		10.000.000			0				0	
			Begründung	Infolge der Corona-Pandemie sind erheblich Steuerausfälle auf allen Ebenen zu verzeichnen. Der Rückgang der Steuereinnahmen würde bedeuten, dass ohne weitere Hilfen von Bund und Land die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2021 zurückgingen. Das Land stellt für 2021 den Städten und Gemeinden M-V unter Einbeziehung der Bundesmittel eine pauschale Kompensation von 67 Mio. EUR für Gewerbesteuerausfälle bereit. Der Anteil der HRO daran wird mit ca. 10 Mio. EUR eingeschätzt.									

<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-6.232.000</b>			<b>-20.444.100</b>			<b>-21.346.400</b>	
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>8.056.200</b>			<b>-1.141.700</b>			<b>-640.000</b>	
<b>Saldo</b>		<b>-14.288.200</b>			<b>-19.302.400</b>			<b>-20.706.400</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		

## Auswirkungen auf den Finanzhaushalt

1.	11114	72490070	Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	15.000	10.000	25.000	15.000	0	15.000	15.000	0	15.000
	11114	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	95.000	10.000	105.000	95.000	0	105.000	95.000	0	105.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>20.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

2.	12102	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	10.000	30.000	40.000						
	12102	72490050	Sonstige Sachaufwendungen	100	34.500	34.600						
	12102	76210016	Mieten und Pachten - Wahlen	15.000	30.000	45.000						
	12102	76310020	Bürobedarf	4.000	2.400	6.400						
	12102	76380000	Transportkosten	60.000	20.000	80.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>116.900</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

3.	11404	76243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	12.000	766.000	704.000	12.000	716.000	704.000	12.000	716.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>12.000</b>		<b>12.000</b>				<b>12.000</b>	

4.	11104	76210010	Mieten und Pachten 1. HJ	0	80.000	40.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>80.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

5.	12101	72490051	Sonstige Sachaufwendungen Zensus	59.000	-39.100	19.900	19.900	39.100	59.000	0	19.900	19.900
	12101	76131012	Reise- und Fahrkosten Zensus	23.500	-15.000	8.500	8.500	15.000	23.500	0	8.500	8.500
	12101	76310021	Bürobedarf Zensus	10.000	-7.000	3.000	1.100	8.900	10.000	0	1.100	1.100
	12101	76310041	EDV- Material für den Verwaltungsbedarf Zensus	3.200	-600	2.600	1.100	2.100	3.200	0	1.100	1.100
	12101	76331001	Porto Zensus	26.700	-20.300	6.400	6.600	20.100	26.700	0	6.600	6.600
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-82.000</b>			<b>85.200</b>			<b>37.200</b>	

	12101	64242010	Kostenerstattungen und kostenumlagen vom Land - Zensus	350.000	-260.000	90.000	90.000	260.000	350.000	0	90.000	90.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-260.000</b>			<b>260.000</b>			<b>90.000</b>	

6.	57303	74110000	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	1.800.000	4.800.000	3.000.000	0	3.000.000	3.000.000	0	3.000.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>1.800.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

7.	62302	77310000	Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	1.559.800	1.373.200	2.933.000	1.559.800	0	1.559.800	1.559.800	0	1.559.800
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>1.373.200</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

8.	12202	76290010	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	25.000	146.200	171.200	25.000		25.000	25.000		25.000
	12201	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.500	20.000	26.500	6.500		6.500	6.500		6.500
	12203	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	0	17.700	17.700	0		0	0		0
	12204	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.300	20.000	26.300	6.300		6.300	6.300		6.300
	12304	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	12.500	20.000	32.500	12.500		12.500	12.500		12.500
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>223.900</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
9.	12800	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	8.100	25.000	33.100						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>25.000</b>		<b>0</b>			<b>0</b>		
10.	20101	72440010	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona	0	208.800	208.800	0	0	0	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>208.800</b>		<b>0</b>			<b>0</b>		
11.	21105	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21110	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21113	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21116	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21504	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21706	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21802	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22104	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22107	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	23103	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>30.000</b>		<b>0</b>			<b>0</b>		
12.	42401	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	2.000	23.200	25.200	6.000	-1.800	4.200	6.000	-1.800	4.200
	42402	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	800	9.300	10.100	2.000	-600	1.400	2.000	-600	1.400
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>32.500</b>		<b>-2.400</b>			<b>-2.400</b>		
13.	21102	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	76.300	12.700	89.000	76.300	9.500	85.800	76.300	13.800	90.100
	21103	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	93.900	15.900	109.800	93.900	13.800	107.700	93.900	19.100	113.000
	21104	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	90.000	7.400	97.400	90.000	4.800	94.800	90.000	9.500	99.500
	21105	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	92.500	11.900	104.400	92.500	8.700	101.200	92.500	13.800	106.300
	21106	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	91.600	28.600	120.200	91.600	29.000	120.600	91.600	35.000	126.600
	21107	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	60.000	17.500	77.500	60.000	16.100	76.100	60.000	19.900	79.900
	21108	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	101.400	7.700	109.100	101.400	5.300	106.700	101.400	10.700	112.100
	21109	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	100.300	22.000	122.300	100.300	20.100	120.400	100.300	26.200	126.500
	21110	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	136.800	5.600	142.400	136.800	5.700	142.500	136.800	12.800	149.600
	21111	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.600	5.300	72.900	67.600	5.200	72.800	67.600	8.900	76.500
	21112	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	84.600	13.300	97.900	84.600	12.700	97.300	84.600	17.600	102.200
	21113	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	146.300	15.100	161.400	146.300	11.600	157.900	146.300	19.500	165.800
	21114	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	59.000	2.200	61.200	59.000	2.900	61.900	59.000	6.000	65.000
	21115	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.100	14.700	143.800	129.100	7.900	137.000	129.100	14.800	143.900
	21116	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.900	5.600	73.500	67.900	4.500	72.400	67.900	8.100	76.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21117	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	105.900	10.200	116.100	105.900	5.600	111.500	105.900	11.100	117.000
	21118	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	89.900	10.200	100.100	89.900	4.800	94.700	89.900	9.500	99.400
	21119	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	102.500	9.900	112.400	102.500	4.800	107.300	102.500	10.200	112.700
	21502	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	106.200	7.500	113.700	106.200	5.700	111.900	106.200	11.300	117.500
	21503	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	97.200	13.300	110.500	97.200	-86.500	10.700	97.200	15.100	112.300
	21504	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.600	17.200	164.800	147.600	12.200	159.800	147.600	20.200	167.800
	21505	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	113.400	20.600	134.000	113.400	16.000	129.400	113.400	22.500	135.900
	21506	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	116.500	11.900	128.400	116.500	10.100	126.600	116.500	16.500	133.000
	21507	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	96.300	13.100	109.400	96.300	5.800	102.100	96.300	10.900	107.200
	21702	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	114.900	29.200	144.100	114.900	26.000	140.900	114.900	32.900	147.800
	21703	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	31.400	3.500	34.900	31.400	2.100	33.500	31.400	3.800	35.200
	21704	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	197.200	15.700	212.900	197.200	14.600	211.800	197.200	25.200	222.400
	21705	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	315.700	34.400	350.100	315.700	22.900	338.600	315.700	39.800	355.500
	21706	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	222.400	17.000	239.400	222.400	9.500	231.900	222.400	21.100	243.500
	21802	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	218.700	37.500	256.200	218.700	34.600	253.300	218.700	47.300	266.000
	21803	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	284.600	49.400	334.000	284.600	42.700	327.300	284.600	59.000	343.600
	21805	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	321.500	34.800	356.300	321.500	30.900	352.400	321.500	48.600	370.100
	21806	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	209.500	18.700	228.200	209.500	15.000	224.500	209.500	26.300	235.800
	21807	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	286.500	23.200	309.700	286.500	16.900	303.400	286.500	32.000	318.500
	22102	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	49.100	2.500	51.600	49.100	2.600	51.700	49.100	5.200	54.300
	22103	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.500	17.700	147.200	129.500	19.200	148.700	129.500	26.600	156.100
	22104	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.400	34.000	181.400	147.400	35.300	182.700	147.400	44.400	191.800
	22105	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	112.000	17.800	129.800	112.000	13.900	125.900	112.000	20.200	132.200
	22106	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	131.100	25.300	156.400	131.100	22.900	154.000	131.100	30.600	161.700
	22107	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	314.100	19.700	333.800	314.100	17.600	331.700	314.100	34.200	348.300
	23103	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	386.100	50.300	436.400	386.100	49.600	435.700	386.100	71.400	457.500
	23104	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	220.300	45.300	265.600	220.300	39.300	259.600	220.300	52.200	272.500
	23106	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	217.800	31.600	249.400	217.800	29.000	246.800	217.800	41.300	259.100
	23108	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	501.500	31.300	532.800	501.500	26.500	528.000	501.500	52.900	554.400
<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>					<b>838.300</b>			<b>607.400</b>			<b>1.078.000</b>	

14.	21102	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21103	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21104	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21105	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21106	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21107	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21108	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21109	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21110	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21111	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21112	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21113	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21114	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21115	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21116	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21117	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21118	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21119	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21502	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21503	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21504	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21505	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21506	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21507	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21702	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21703	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21704	72440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	500	0	500	500	0	500
	21705	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21706	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21802	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21803	72440060	Werkstättenbedarf	700	100	800	700	0	700	700	0	700
	21805	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21806	72440060	Werkstättenbedarf	400	100	500	400	0	400	400	0	400
	21807	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	22102	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22103	72440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600
	22104	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	22105	72440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	400	0	400	400	0	400
	22106	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22107	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23103	72440060	Werkstättenbedarf	800	100	900	800	0	800	800	0	800
	23104	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23106	72440060	Werkstättenbedarf	1.000	100	1.100	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
	23108	72440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>4.400</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
15.	20101	72520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	236.000	193.000	429.000	236.000	0	236.000	236.000	0	236.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>193.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
16.	20101	76243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	108.000	19.700	127.700	108.000	14.200	122.200	108.000	14.000	122.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>19.700</b>			<b>14.200</b>			<b>14.000</b>	
17.	42401	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	4.000	4.600	8.600	4.000		4.000	4.000	-3.400	600
	42402	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	2.000	2.300	4.300	2.000		2.000	2.000	-1.700	300
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>6.900</b>			<b>0</b>			<b>-5.100</b>	
18.	42102	74190050	Zuschüsse an Sonstige Vereine und Verbände - Olympiateam	0	25.000	25.000	0		0	25.000	0	25.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>25.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
19.	42403	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	23.800	23.800	0	4.200	4.200	0	4.200	4.200
	42404	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	9.500	9.500	0	600	600	0	600	600
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>33.300</b>			<b>4.800</b>			<b>4.800</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
20.	42403	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	52.800	52.800				0	3.400	3.400
	42404	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	26.400	26.400				0	1.700	1.700
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>79.200</b>			<b>0</b>			<b>5.100</b>	
21.	27201	64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	4.700	-2.200	2.500	4.700	-2.200	2.500			
	27201	64190001	sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000			
	27201	64190007	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Münzkopier	2.200	-700	1.500	2.200	-700	1.500			
	27201	64190009	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Provision Getränke	700	-300	400	700	-300	400			
	27201	64190023	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- gebührenpflichtige Medien	37.000	-10.000	27.000	37.000	-10.000	27.000			
	27201	66220020	Säumniszuschläge, Mahngebühren	15.600	-5.600	10.000	15.000	-5.600	9.400			
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-21.800</b>			<b>-21.800</b>			<b>0</b>	
	27201	72370010	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung- Kopiertechnik	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600
	27201	72440040	Medizinischer Sachbedarf	100	14.900	15.000	100	100	200	100	100	200
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>14.200</b>			<b>-600</b>			<b>-600</b>	
22.	27101	72440000	Laborbedarf, Werkstättenbedarf, Arzneimittel,	100	2.100	2.200	100	0	100	100	0	100
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>2.100</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
23.	28100	74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	2.976.000	150.000	3.126.000	2.976.000	0	2.976.000	2.976.000	0	2.976.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>150.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
24.	11150	72440040	Verwaltung Amt 50 - Medizinischer Sachbedarf	1.300	11.900	13.200						
	11150	76290010	Verwaltung Amt 50 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	150.100	2.400	152.500						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>14.300</b>							
25.	31201	75210011	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	36.979.200	4.752.000	41.731.200						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>4.752.000</b>							
26.	31209	62610000	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	11.736.700	13.843.200	25.579.900	13.024.200	11.224.700	24.248.900	13.219.600	9.524.300	22.743.900
	31209	62610010	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.149.000	606.100	3.755.100	3.196.300	181.100	3.377.400	3.244.200	183.800	3.428.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>14.449.300</b>			<b>11.405.800</b>			<b>9.708.100</b>	
27.	11173	72420010	Verpflegung / Bewirtung	100	2.000	2.100						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>2.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
28.	53702	76690000	sonstige Auszahlungen für besondere Finanzauszahlungen	0	1.292.000	1.292.000	0	0	0	0	0	
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>1.292.000</b>		<b>0</b>			<b>0</b>		
			<b>Begründung</b>	Der Rechtsstreit zur Umsatzsteuerforderung des Finanzamtes Hamburg zur "Vergleichsvereinbarung zwischen der HRO und Veolia/EVG hat sich coronabedingt verzögert. Am 29.10.2020 hat das Finanzgericht Hamburg zur mündlichen Verhandlung geladen.								
29.	12400	72440050	Labor- und Röntgenbedarf	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>1.500</b>		<b>1.500</b>			<b>1.500</b>		
30.	61101	60121000	Grundsteuer B von Fremdschuldern	23.200.000	200.000	23.400.000	23.400.000	100.000	23.500.000	23.500.000	200.000	23.700.000
	61101	60131000	Gewerbesteuer nach Ertrag	121.600.000	-25.473.000	96.127.000	124.800.000	-24.696.000	100.104.000	128.000.000	-23.725.000	104.275.000
	61101	60210000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	73.163.900	-6.941.100	66.222.800	76.962.000	-8.323.300	68.638.700	81.041.400	-8.281.500	72.759.900
	61101	60220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	21.955.300	1.301.600	23.256.900	20.254.600	95.200	20.349.800	20.640.400	97.000	20.737.400
	61101	61320400	Zuweisung des Gemeindeanteils an der Spielbankabgabe	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000
	61101	60340000	Zweitwohnungssteuer	840.000	100.000	940.000	850.000	100.000	950.000	880.000	100.000	980.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-30.722.500</b>		<b>-32.634.100</b>			<b>-31.519.500</b>		
	61101	74310000	Gewerbesteuerumlage	9.152.700	-1.912.700	7.240.000	9.393.600	-1.863.600	7.530.000	9.634.500	-1.784.500	7.850.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-1.912.700</b>		<b>-1.863.600</b>			<b>-1.784.500</b>		
31.	61103	61320800	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	10.000.000	10.000.000						
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>10.000.000</b>		<b>0</b>			<b>0</b>		
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-6.555.000</b>		<b>-20.990.100</b>			<b>-21.721.400</b>		
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>9.355.500</b>		<b>-1.141.500</b>			<b>-640.000</b>		
			<b>Saldo</b>		<b>-15.910.500</b>		<b>-19.848.600</b>			<b>-21.081.400</b>		

## Änderungsliste - Verwaltungstätigkeit TH

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		

## Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

31.	54801	50221100	Dienstbezüge Arbeitnehmer-Beschäftigte	129.300	37.700	167.000						
	54801	50320300	Versorgungskasse-Beiträge für Beschäftigte	5.900	1.100	7.000						
	54801	50420100	SV-Beiträge Beschäftigte	34.600	6.200	40.800						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>45.000</b>							
			<b>Begründung</b>	Die Stellen 8310000007 derzeit mit der EG 9a TVöD und 8302000003 mit EG 10 TVöD bewertet. Somit ergeben sich für 4 Monate Personalkosten in Höhe von circa 40.000,00 Euro. Die fachliche Notwendigkeit wurde begründet, jedoch fehlt es für diese Stelle am Nachweis der finanziellen Kompensation. Die Organisationsverfügung sieht keine Ausnahmen vor, wonach eine vorzeitige Besetzung ohne finanzielle Kompensation stattfinden kann. Da wir, als Hafenbehörde in der Pflicht sind, notwendige Dienstleistungen schnell und ordnungsgemäß zu bearbeiten, könnte unter Umständen diese Medienversorgung (Ab- und Weiterberechnung) und der Schichtdienst (Zentrale im Überseehafen) nicht mehr gewährleistet werden. Durch Übertragung der Mittel an das Amt 10 - Personalkostenbewirtschaftung, wäre eine schnellere Bearbeitung zur Wiederbesetzung dieser Stellen möglich. Gemäß der Organisationsverfügung 26/2019 wird durch den S 2 ein entsprechender Antrag an den OB gestellt.								
32.	diverse	50211100	Dienstbezüge Beamte		1.003.300			1.004.400			1.004.700	
	diverse	50221100	Dienstbezüge AN		4.496.700			4.495.600			4.495.300	
	12101	50190000	Aufwendungen ehrenamtl. Tätigkeit	350.000	-100.000	250.000	90.000	100.000	190.000	0	90.000	90.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>5.400.000</b>			<b>5.600.000</b>			<b>5.590.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Tarif- und Besoldungserhöhungen, Erhöhung Besetzungsquote, Verschiebung Zensus								
33.	12101	41442030	Zuweisungen von Personalaufwendungen durch das Land	0	30.000	30.000	0	290.000	290.000	0	30.000	37.200
	41400	41442030	Zuweisungen von Personalaufwendungen durch das Land	29.000	255.000	284.000	29.000	550.000	579.000	29.000	550.000	579.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>285.000</b>			<b>840.000</b>			<b>580.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Erstattungen vom Land für Zensus und zusätzliches Personal für GA								
34.	11401	52290040	Betriebskosten KOE	200.100	360.000	560.100						
	11401	56210060	Kaltniete	285.000	140.000	425.000						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>500.000</b>							
			<b>Begründung</b>	Durch die Aufnahme zusätzlicher Objekte (Bspw. für die Brandmeisterausbildung) und durch die Erweiterung von Reinigungsverträgen und Grünflächenpflege, zeichnet sich für das HH-Jahr 2021 ein Mehrbedarf iHv. 500.000,00 EUR für Betriebskosten und Kaltniete KOE ab. Darin enthalten sind, resultierend aus o.g. Ausführung, Betriebskostennachzahlungen iHv. ca. 200.000,00 EUR. Zusätzlich fehlen für die Betriebskosten Vorauszahlungen 377.418,00 EUR und für die Kaltniete 146.136,00 EUR, insgesamt 723.554,00 EUR. Da einige Fremdanmietungen nicht realisiert werden, bzw. durch die Abmietung der Industriestr. 8, kann ein Teil des Defizites iHv. 223.554,00 gedeckt werden.								



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
35.	11101	56930010	Repräsentationen, Ehrungen	150.100	260.000	410.100						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>260.000</b>							
			<b>Begründung</b>	Am 10. und 11. Mai 2021 findet die 12. Nationale Maritime Konferenz in Rostock statt. Am 25. September 2020 ist die Finanzierungsvereinbarung zugegangen. Die Gesamtkosten (nur für die Konferenz) betragen 580.000 Euro. Diese werden zu je 1/3 von Bund, Land und Stadt getragen. Der Anteil für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beträgt rund 200.000 Euro. Bestandteil der Vereinbarung ist eine Abendveranstaltung, die von der HRO zu tragen ist. Die 1. Abschlagszahlung in Höhe von rund 40.000 Euro fällt noch in das Jahr 2020, so dass 2021 260.000 Euro zu planen sind.								
36.	11111	41441003	Zuweisungen vom Bund- Modellprojekt Smart Cities	0	890.500	890.500	0	1.049.800	1.049.800	0	1.062.800	1.062.800
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>890.500</b>			<b>1.049.800</b>			<b>1.062.800</b>	
	11111	56290003	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Modellprojekt Smart Cities	0	897.000	897.000	0	1.160.000	1.160.000	0	1.180.000	1.180.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>897.000</b>			<b>1.160.000</b>			<b>1.180.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Teilnahme am Förderprogramm Modellprojekte "Smart Cities made in Germany" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, auf der Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses vom 17.06.2020. Die Förderquote des Bundes beträgt 65%.								
37.	11114	56290000	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0
	53601	56290000	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0	98.000	98.000	0	98.000	98.000	0	98.000	98.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Mit der Besetzung der Stelle des "Breitbandkoordinators" bei der OE 61 sollen die für die Aufgabenerfüllung nötigen Mittel, aus dem TH 03 (11114 Pressestelle/Marketing) herausgelöst werden. Diese Änderung der Zuordnung der Aufgabe/Mittel wurde bereits 2019 im Zuge der Planberatung festgelegt. Zum damaligen Zeitpunkt lief noch die Vorbereitung der Ausschreibung der Stelle des "Breitbandkoordinators". Es besteht ab 2021 eine Zweckbindung (DK 8612) zu Investitionsauszahlungen HROfree WIFI, die zwingend erforderlich ist.								
38.	11114	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000
	42405	54151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Im Zuge der Strukturänderung im Bereich 03 Büro des Oberbürgermeister wurde die Aufgabe "Ehrenamt" aus dem Produkt Pressestelle/Marketing in die OE 41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt verfügt. Die hierfür eingestellten Mittel im HHP müssen neu geordnet werden.								
39.	11114	56352000	Amtsblatt	45.000	37.000	82.000	45.000	38.300	83.300	45.000	38.300	83.300
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>37.000</b>			<b>38.300</b>			<b>38.300</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
			Begründung	Gemäß §2 (1) der Hauptsatzung sind die Einwohnerinnen und Einwohner über allgemeine und bedeutsame Angelegenheiten durch das Amts- und Mitteilungsblatt zu informieren. 2020 musste eine neue Ausschreibung zur Herstellung und Verbreitung des Amtsblattes durchgeführt werden. Das Vergabeverfahren ist jetzt abgeschlossen.								

40.	11104	54190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0
	11112	54190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700
	Summe Veränderungen Aufwendungen				0			0			0	
	Begründung			Umsetzung der Organisationsverfügung Nr. 13 / 2020 - Strukturveränderung im Büro des Oberbürgermeisters (03) - Wandlung und Verlagerung der Stelle "Geschäftsführung Seniorenbeirat" von 10 (alt) zu 03.55 (neue OE)								

41.	11114	56290014	Rechten und Diensten- Aufwendungen für Dienstleistung durch Dritte - Relaunch Reloaded, Intranet	113.500	0	113.500	0	113.500	113.500			
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0		113.500					
			Begründung	Auf Grund der Corona Pandemie und dem Lockdown war eine Projektarbeit 2020 nicht möglich. In der Beratung am 3.9.2020 mit dem Breich 03.3 Pressestelle/Marketing und der OE 06 Amt für Digitalisierung und IT wurde festgelegt, dass das Projekt "Relaunch Intranet" erst ab 2021 umgesetzt wird.								

42.	11111	41442035	Zuweisungen vom Land-Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Erträge		-56.000							
	11111	56290035	sonst. Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-56.000							
Begründung			Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 Bildung des Amtes für Mobilität									

43.	11111	41440014	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öfftl. B	0	23.000	23.000						
			Summe Veränderungen Erträge		23.000							
	11111	56290036	sonst. Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt Interreg-BSR "Cities multimodal"	0	23.000	23.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		23.000							
Begründung			Das im Jahr 2017 begonnene Projekt "Cities multimodale" sollte 2020 enden. Corona bedingt verlängert sich die Vertragslaufzeit bis 30.06.2021, so dass die HHAnsätze im Jahr 2021 nochmals angepasst werden.									

44.	11111	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	1.700	-400	1.300	1.700	-400	1.300	1.700	-400	1.300
	55404	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung		400	400		400	400		400	400
	11111	56131010	Reise- und Fahrkosten	10.000	-100	9.900	10.000	-100	9.900	10.000	-100	9.900
	55404	56131010	Reise- und Fahrkosten		100	100		100	100		100	100

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11111	56321000	Bücher	1.100	-100	1.000	1.100	-100	1.000	1.100	-100	1.000
	55404	56321000	Bücher		100	100		100	100		100	100
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung der Organisationsverfügung 16/2020 - Strukturveränderung im Amt für Umweltschutz (Zuordnung Klimaschutz)								

45.	11111	41441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	23.500	-23.500							
	11111	41441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	0	-1.200		600	-600		600	-600	
	55404	41441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	41441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	0	1.200	1.200	0	600	600	0	600	600
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
	11111	56290031	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan	23.500	-23.500	0			0			0
	11111	56290047	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung	2.000	-2.000	0	900	-900	0	900	-900	0
	55404	56290031	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	56290047	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung	0	2.000	2.000	0	900	900	0	900	900
	11111	56251010	Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige Klimaschutzbeauftragte	98.700	-98.700	0	97.400	-97.400	0	97.400	-97.400	0
	55404	56251010	Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige Klimaschutzbeauftragte	0	98.700	98.700	0	97.400	97.400	0	97.400	97.400
	11111	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0
	55404	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung der Organisationsverfügung 16/2020 - Strukturveränderung im Amt für Umweltschutz (Zuordnung Klimaschutz)								

46.	11404	56243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	25.000	779.000	704.000	0	704.000	704.000	0	704.000
		11404	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	368.600	-25.000	343.600	290.000	0	290.000	290.000	0	290.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Die Mittel sollen der Weiterentwicklung der E-Government-Portalinfrastruktur der Hanse- und Universitätsstadt Rostock dienen. Ziel ist die Einführung einer Infrastrukturkomponente zum Antragsmanagement (Formular-Management-System Formsolution) zur Bereitstellung von Online-Services für Bürger, Unternehmen und Verwaltung. Beabsichtigt ist ein Mietmodell. Die finanziellen Mittel waren für die Erbringung einer Dienstleistung geplant, müssen aber für die Miete der Software verwendet werden, da die Dienstleistung dort enthalten ist.								

47.	11401	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400
	11401	52380080	Zimmerausstattungen	600	-100	500	600	-100	500	600	-100	500
	11401	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	12.000	-1.500	10.500	7.500	-1.500	6.000	7.500	-1.500	6.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz
				2021			2022			2023		
	11401	56131010	Reise- und Fahrkosten	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300
	11401	56251010	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000
	11401	56310020	Bürobedarf	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800
	11401	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600
	11401	56321000	Bücher	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	11401	56341000	Fernmeldegebühren	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500
	11900	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	52380080	Zimmerausstattungen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500
	11900	56131010	Reise- und Fahrkosten	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300
	11900	56251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000
	11900	56310020	Bürobedarf	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11900	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	100	400	500	100	400	500	100	400	500
	11900	56321000	Bücher	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800
	11900	56341000	Fernmeldegebühren	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung der Organisationsverfügung 15/2020 - Bildung eines Rechts- und Vergabeamtes								
48.	11107	54190010	Zuschüsse an Personalrat/JAV	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800
	11107	54190012	Zuschüsse an Gesamtpersonalrat/GJAV	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300
	11107	54190013	Zuschüsse an SBV/GSBV	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Aufschlüsselung entsprechend der Gremien für eine bessere Planung und Abrechnung								
49.	25301	54110000	Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>40.400</b>			<b>40.400</b>			<b>40.400</b>	
			<b>Begründung</b>	Ab dem Jahr 2021 wird keine erneute zeitliche Reduzierung des Erbbauzinses an die Zoologische Garten gGmbH mehr vorgenommen. Der Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Hansestadt Rostock an die Zoologische Garten Rostock gGmbH wird um 40.400 Euro ab dem Jahr 2021 ff. erhöht. Demzufolge wird bei dem Produktsachkonto 11402.44110220 eine Erhöhung der Planzahlen jährlich i.H.v. 40.400 EUR kalkuliert.								
50.	54701	47300000	Finanzerträge aus verbundenen Unternehmen	1.159.000	922.000	2.081.000	1.124.000		1.124.000	1.173.000		1.173.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>922.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Verschiebungen der geplanten Erträge/Einzahlungen aus 2020 in das Haushaltsjahr 2021.								
51.	62601	47600000	Finanzerträge aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	7.405.000	6.618.000	14.023.000	6.109.000		6.109.000	2.574.000		2.574.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>6.618.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Verschiebungen der geplanten Erträge/Einzahlungen aus 2020 in das Haushaltsjahr 2021.								
52.	11602	54190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	24.000	-24.000	0	24.000	-24.000	0	4.000	-4.000	0
	51102	54190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	0	24.000	24.000	0	24.000	24.000	0	4.000	4.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umverteilung der geplanten Aufwendungen für den Mietkostenzuschuss an den Verein Sense.Lab.e.V. zur Entwicklung eines multifunktionalen Veranstaltungszentrums im OT Toitenwinkel am Sternplatz vom TH 20 zum TH 61.								
53.	20101	52380070	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden	338.500	-338.500	0	350.100	-350.100	0	314.500	-314.500	0
	20101	56243001	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden		192.800	192.800		234.800	234.800		278.200	278.200
	20101	52920000	Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit dem MEP		68.300	68.300		45.000	45.000		52.000	52.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	20101	56120020	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung für außerhalb der Verwaltung stehende Personen		25.700	25.700	0	0	0	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-51.700</b>		<b>-70.300</b>			<b>15.700</b>		
			<b>Begründung</b>	Korrekturen Medienentwicklungsplan								

54.	21102	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800
	21105	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300
	21107	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100
	21108	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800
	21109	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500
	21110	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500
	21111	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200
	21112	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100
	21113	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800
	21114	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500
	21115	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600
	21116	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600
	21117	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600
	21118	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300
	21119	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500
	21503	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200
	21504	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000
	21506	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900
	21507	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500
	21702	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800
	21704	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100
	21705	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600
	21706	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100
	21802	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000
	21805	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700
	21806	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300
	21807	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600
	22103	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700
	22104	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600
	22105	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300
	22107	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300
	23103	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800
	23104	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400
	23106	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200
	23108	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>229.500</b>		<b>229.500</b>			<b>229.500</b>		
			<b>Begründung</b>	Kostensteigerung aufgrund turnusmäßiger Anpassung der Entgeltordnung zum 01.01.2021; Den Entgelten für die Sporthallennutzung stehen Ertragspositionen in den Sportstätten, Produkt 42402 gegenüber.								

55.	21103	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21104	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21105	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21106	52430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	21107	52430020	Schwimmunterricht	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200
	21108	52430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500
	21109	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21110	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21111	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21112	52430020	Schwimmunterricht	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200
	21113	52430020	Schwimmunterricht	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300
	21114	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21116	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21119	52430020	Schwimmunterricht	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300
	21705	52430020	Schwimmunterricht	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300
	21805	52430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	21806	52430020	Schwimmunterricht	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200
	22103	52430020	Schwimmunterricht	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300
	22104	52430020	Schwimmunterricht	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000
	22105	52430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22106	52430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22107	52430020	Schwimmunterricht	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600
	23106	52430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	23108	52430020	Schwimmunterricht	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>17.100</b>			<b>17.100</b>			<b>17.100</b>	
			<b>Begründung</b>	Kostensteigerung aufgrund turnusmäßiger Anpassung der Entgeltordnung zum 01.01.2021; Den Entgelten für den Schwimmunterricht stehen Ertragspositionen in den Sportstätten, Produkt 42402 gegenüber.								

56.	23103	41442011	Zuweisungen vom Land - zweckgebunden (Pflegefachkräfte)		388.700	388.700		624.700	624.700		708.000	708.000
	23103	44231000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Eigenbetrieben - Südstadtklinikum		180.000	180.000		180.000	180.000		180.000	180.000
	23103	44245000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Anstalten des öffentlichen Rechts	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0
	23103	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000
	23103	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		10.000	10.000		10.000	10.000		10.000	10.000
	23103	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0
	23104	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		500	500		500	500		500	500
	23104	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23104	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0
	23106	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		3.000	3.000		3.000	3.000		3.000	3.000
	23106	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		19.000	19.000		19.000	19.000		19.000	19.000
	23106	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	23108	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23108	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		12.500	12.500		12.500	12.500		12.500	12.500
	23108	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>407.700</b>			<b>643.700</b>			<b>727.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Finanzierung gem. Pflegeberufegesetz i. V. m. Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung --> Sachkostenerstattung (es wird davon ausgegangen, dass der anteilige Betrag für Honorarkräfte beim Land verbleibt. Sachgerechte Zuordnung unter Anwendung Bereichsabgrenzung; 'Abschluss Vereinbarung, Umlage aller Kosten unter Berücksichtigung des Entfalls der Pflegefachkräfte aus der Finanzierung des Klinikums								

57.	23103	56413000	Haftpflichtversicherungen	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>11.200</b>			<b>11.200</b>			<b>11.200</b>	
			<b>Begründung</b>	Fehlende Schülerunfallversicherung für 142 Schüler des Südstadtklinikums --> für den schulischen Teil der Ausbildung liegt die Versicherungspflicht beim Schulträger								

58.	24101	54159000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstigen privaten Bereich	4.691.600	-4.691.600	0	4.375.700	-4.375.700	0	4.375.700	-4.375.700	0
	24101	54120000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (RSAG)	0	260.000	260.000	0	174.000	174.000	0	0	0
	24101	54151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (Verkehrsverbund Warnow GmbH)	0	4.517.500	4.517.500	0	4.740.600	4.740.600	0	4.740.600	4.740.600
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>85.900</b>			<b>538.900</b>			<b>364.900</b>	
			<b>Begründung</b>	Schülerticket: Sachgerechte Zuordnung unter Anwendung Bereichsabgrenzung; Neuberechnung aufgrund aktueller Schülerzahlen unter Berücksichtigung Dynamisierung 2021, 2022; Mehraufwand sollte ab SJ 2022/2023 möglichst entfallen								

59.	42401	41441000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0
	42401	44101020	Benutzungsentgelte - (19%)	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700
	42401	44101021	Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0
	42401	44101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400
	42401	44101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800
	42401	44101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000
	42401	44110010	Mieten und Pachten	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300
	42401	44110020	Mieten und Pachten (19%)	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200
	42401	44160030	Eintrittsgelder (19%)	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0
	42401	44160031	Eintrittsgelder (7%)	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0
	42401	44290021	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre (19%)	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800
	42403	41441000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000
	42403	44101020	Benutzungsentgelte - (19%)	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500
	42403	44101021	Benutzungsentgelte - (7%)	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42403	44101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700
	42403	44101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100
	42403	44101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500
	42403	44110010	Mieten und Pachten	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500
	42403	44110020	Mieten und Pachten (19%)	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000
	42403	44160030	Eintrittsgelder (19%)	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200
	42403	44160031	Eintrittsgelder (7%)	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000
	42403	44290021	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre (19%)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>114.200</b>			<b>114.200</b>			<b>114.200</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt, Kostensteigerungen um 10% durch neue Entgeltordnung								

60.	42401	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000
	42401	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0
	42401	52313000	Unterhaltung der Gebäude	1.500	-600	900	3.000	-1.200	1.800	3.000	-1.200	1.800
	42401	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	7.000	-2.500	4.500	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	42401	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200
	42401	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	17.000	-9.900	7.100	18.000	-10.500	7.500	18.000	-10.500	7.500
	42401	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	72.000	-21.600	50.400	77.000	-21.600	55.400	77.000	-21.600	55.400
	42401	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.000	-9.000	21.000	9.000	-2.700	6.300	9.000	-2.700	6.300
	42401	52380100	Gebrauchsgegenstände	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200
	42401	52440040	Medizinischer Sachbedarf	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100
	42401	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300
	42401	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	11.000	-4.300	6.700	15.000	-5.800	9.200	15.000	-5.800	9.200
	42401	56131010	Reise- und Fahrkosten	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42401	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900
	42401	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0
	42401	56310020	Bürobedarf	900	-500	400	900	-500	400	900	-500	400
	42401	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42401	56341000	Fernmeldegebühren	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700
	42401	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	500	-200	300	500	-200	300	500	-200	300
	42401	56412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400
	42401	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-400	500	900	-400	500	900	-400	500
	42403	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	42403	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
	42403	52313000	Unterhaltung der Gebäude	0	600	600	0	1.200	1.200	0	1.200	1.200
	42403	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	2.500	2.500	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42403	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800
	42403	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	9.900	9.900	0	10.500	10.500	0	10.500	10.500
	42403	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	42403	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	9.000	9.000	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42403	52380100	Gebrauchsgegenstände	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800
	42403	52440040	Medizinischer Sachbedarf	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42403	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200
	42403	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	0	4.300	4.300	0	5.800	5.800	0	5.800	5.800
	42403	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42403	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600
	42403	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
	42403	56310020	Bürobedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42403	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	56341000	Fernmeldegebühren	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300
	42403	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	56412000	Kfz-Versicherungen	0	900	900	0	900	900	0	900	900
	42403	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	400	400	0	400	400	0	400	400
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Begründung</b>				Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								

61.	42402	43229003	Entgelte für Schulsportnutzung	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800
	42402	43229004	Entgelte für Schulschwimmen	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0
	42402	44110010	Mieten und Pachten	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0
	42402	44290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	44290020	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Betriebskosten Vorjahre	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0
	42404	43229003	Entgelte für Schulsportnutzung	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000
	42404	43229004	Entgelte für Schulschwimmen	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600
	42404	44110010	Mieten und Pachten	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000
	42404	44290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
<b>Summe Veränderungen Erträge</b>					<b>209.800</b>			<b>209.800</b>			<b>209.800</b>	
<b>Begründung</b>				Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt, Kostensteigerungen um 10% durch neue Entgeltordnung								

62.	42402	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42402	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	52313000	Unterhaltung der Gebäude	800	-400	400	1.800	-700	1.100	1.800	-700	1.100
	42402	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900
	42402	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300
	42402	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700
	42402	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800
	42402	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.000	-4.600	10.400	3.000	-900	2.100	3.000	-900	2.100

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42402	52380100	Gebrauchsgegenstände	15.000	-6.300	8.700	5.000	-2.100	2.900	5.000	-2.100	2.900
	42402	52440040	Medizinischer Sachbedarf	800	-700	100	800	-700	100	800	-700	100
	42402	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100
	42402	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	8.000	-3.100	4.900	9.000	-3.500	5.500	9.000	-3.500	5.500
	42402	56131010	Reise- und Fahrkosten	1.000	-500	500	1.000	-500	500	1.000	-500	500
	42402	56210061	Kaltniete - Bewirtschafter Amt 40	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200
	42402	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900
	42402	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0
	42402	56310020	Bürobedarf	600	-300	300	600	-300	300	600	-300	300
	42402	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	200	-100	100	200	-100	100	200	-100	100
	42402	56331000	Porto	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	42402	56341000	Fernmeldegebühren	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800
	42402	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42402	56412000	Kfz-Versicherungen	1.200	-500	700	1.200	-500	700	1.200	-500	700
	42402	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	300	-200	100	300	-200	100	300	-200	100
	42404	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42404	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
	42404	52313000	Unterhaltung der Gebäude	0	400	400	0	700	700	0	700	700
	42404	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42404	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200
	42404	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	4.600	4.600	0	900	900	0	900	900
	42404	52380100	Gebrauchsgegenstände	0	6.300	6.300	0	2.100	2.100	0	2.100	2.100
	42404	52440040	Medizinischer Sachbedarf	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400
	42404	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	0	3.100	3.100	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42404	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	56210061	Kaltniete - Bewirtschafter Amt 41	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000
	42404	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100
	42404	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000
	42404	56310020	Bürobedarf	0	300	300	0	300	300	0	300	300
	42404	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42404	56331000	Porto	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42404	56341000	Fernmeldegebühren	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200
	42404	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42404	56412000	Kfz-Versicherungen	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	200	200	0	200	200	0	200	200
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
63.	42402	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	4.338.300	-3.013.300	1.325.000	4.338.300	-2.947.000	1.391.300	4.338.300	-2.877.500	1.460.800
	42404	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 41	0	3.173.900	3.173.900	0	3.332.600	3.332.600	0	3.499.200	3.499.200
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>160.600</b>			<b>385.600</b>			<b>621.700</b>	
			<b>Begründung</b>	Aufteilung entsprechend der Zuordnung der Sportsstätten lt. Org.-Verfügung, SG Freisportanlagen Zuordnung in OE 41 + Erhöhung								
64.	20101	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500
	20101	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	20101	52380080	Zimmerausstattungen	1.000	-200	800	1.000	-200	800	1.000	-200	800
	20101	56131010	Reise- und Fahrkosten	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400
	20101	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200
	20101	56310020	Bürobedarf	6.100	-1.500	4.600	3.500	-900	2.600	3.500	-900	2.600
	20101	56310030	Vordrucke	300	-100	200	300	-100	200	300	-100	200
	20101	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
	20101	56341000	Fernmeldegebühren	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100
	20101	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.000	-400	600	1.000	-400	600	1.000	-400	600
	20101	56412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	20101	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-300	600	900	-300	600	900	-300	600
	42405	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42405	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42405	52380080	Zimmerausstattungen	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42405	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42405	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800
	42405	56310020	Bürobedarf	0	1.500	1.500	0	900	900	0	900	900
	42405	56310030	Vordrucke	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42405	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42405	56341000	Fernmeldegebühren	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42405	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	400	400	0	400	400	0	400	400
	42405	56412000	Kfz-Versicherungen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42405	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	300	300	0	300	300	0	300	300
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								
65.	42402	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	42405	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								
66.	42405	56251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte, fachliche Begleitung	0	135.000	135.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>135.000</b>			<b>75.000</b>			<b>75.000</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderum	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderum	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
			Begründung	Neue, wesentliche Aufgabe des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt laut Festlegung S3 + OB (Punkt 12) -> Kommunale Sportentwicklungsplanung; Neuausrichtung im Rahmen Teilung - Planungen für Großprojekte u. a. Sportpark Schmarl; Beratungs- bzw. Gutachterleistung sind an Dritte zu vergeben. Zugleich sind im Rahmen der daraus resultierenden Sportstättenentwicklungsplanung externe Planungsleistungen z.B. für Machbarkeits- bzw. Umsetzungsstudien zu finanzieren. 60.000 EUR in 2021 für Internetauftritt entsprechend Beschlusslage Bürgerschaft zur Einrichtung eines Online-Portals für die Belegungs- und Nutzungszeiten der Rostocker Sportstätten - geplant 51 PT (Programmiertage) --> Schnittstelle investiv (lt. Beschluss Kosten von 10.000 Euro) Nach Einholung der Angebote durch OE 06 müssen 60.000 EUR geplant werden.								
67.	42405	52520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		1.400.000			1.400.000			1.400.000	
			Begründung	Vorteilsausgleich WIRO für die Unterdeckung im Bereich des Vereinssports laut 2020/BV/0802 1,4 Mio. EUR pro Jahr								
68.	42102	54190022	Zuschüsse an Verbände und Vereine - Vertragsförderung	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		12.000			12.000			12.000	
			Begründung	Vertragsabschluss nach HH-planung								
69.	42102	56360000	Öffentlichkeitsarbeit	76.200	75.000	151.200	67.200	75.000	142.200	67.200	75.000	142.200
			Summe Veränderungen Aufwendungen		75.000			75.000			75.000	
			Begründung	Mehrbedarf Veranstaltung 2021: Volleyball Nations League, Radsport Deutschland Tour, Marathonnacht; Umverlagerung finanzielle Mittel aus 03 (Büro OB) für internationale und nationale Großveranstaltungen;								
70.	42102	56930010	Repräsentationen, Ehrungen	20.000	5.000	25.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		5.000			0			0	
			Begründung	Verlagerung aus dem Konto Öffentlichkeitsarbeit aufgrund der Zusammenlegung von Zuständigkeiten bei Amtsneugründung								
71.	42403	56243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	56243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		8.300			8.300			8.300	
			Begründung	Nutzungskosten für SAP auf mobilen Geräten der Hallenwarte zur Schadensmeldung (Lizenzen investiv geplant)								
72.	27201	41441030	Zuwendung vom Bund-Projekte	0	25.000	25.000						
			Summe Veränderungen Erträge		25.000							
	27201	56310041	EDV -Material für den Verwaltungsbedarf - zweckgebunden	0	30.000	30.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		30.000							

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Begründung				Die Kulturstiftung des Bundes fördert im Rahmen des Programms "Digitalisierung für kulturell und soziokulturelle Einrichtungen" bis zu 500 T€ je Projekt. Die Stadtbibliothek stellt den Antrag auf die Mindestfördersumme von 50 T€ (dav. 25 T€ investiv und 25T€ für Aufwendungen. Der geforderte Eigenanteil von 10% (von 50 T€) wird in den Aufwendungen zusätzlich aufgenommen.								
73.	27101	44160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0
	27101	44190026	Sonstige Erträge - Teilnehmerentgelte	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000
	27101	44190027	Sonstige Erträge - Teilnehmerentgelte (19%)	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
	27101	44251070	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen (19%)	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	27101	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereichen	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0
	27101	44259001	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich (19%)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
Summe Veränderungen Erträge				-100			-100			-100		
	27101	56310041	EDV Verwaltungsbedarf	0	12.400	12.400	0	19.100	19.100	0	10.800	10.800
	27101	54142000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an das Land (Rückforderung)	0	2.000	2.000						
	27101	56780003	Umsatzsteuer periodenfremd - Betriebsprüfung	0	6.100	6.100	0	0	0	0	0	0
Summe Veränderungen Aufwendungen				20.500			19.100			10.800		
Begründung				Aufgrund der Steuerprüfung durch das Finanzamt wurden ab 01.01.2020 neue Konten eingerichtet, deren Planung 2021 nun anzupassen ist. Beim Konto EDV-Verwaltungsbedarf handelt es sich um die Verschiebung geplanter Investitionsmittel aus der Maßnahme Hard- und Software zur Verwaltungstätigkeit für die VHS. Grund ist die Anhebung der Wertuntergrenze bei den Einrichtungen der BgA ab 2020, die dazu führt, dass bisherige Investitionen in den Aufwandsbereich fallen und die Planung angepasst werden muss.								
74.	26301	41459000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom privaten Bereich	0	11.200	11.200						
Summe Veränderungen Erträge				11.200								
	26301	52450011	Lehr- und Unterrichtsmaterial-zweckgebunden	0	17.100	17.100						
	26301	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	2.500	2.500	5.000						
Summe Veränderungen Aufwendungen				19.600								
Begründung				Grundlage ist der Vertrag zwischen dem Landesverband der Musikschulen in M-V mit dem Konservatorium der HRO für das Projekt Digitalisierung in den Musikschulen , die Förderquote beträgt 66%. Hierbei handelt es sich um Anschaffungen lt. Vertrag, die aufgrund der unteren Wertgrenze (250 € bei BgA) in den Aufwand fallen. Die höheren Aufwendungen für Qualifizierung sind erforderlich, um die Lehrkräfte in Hinsicht auf die digitale Umstellung des Musikunterrichtes intensiv zu schulen.								
75.	36101	41442070	Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	50.680.200	1.931.200	52.611.400	52.747.500	-1.181.300	51.566.200	54.906.400	-1.232.900	53.673.500
Summe Veränderungen Erträge				1.931.200			-1.181.300			-1.232.900		

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	36101	54191100	Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	94.524.700	-2.679.400	91.845.300	96.887.900	-2.746.400	94.141.500	99.310.100	-2.815.000	96.495.100
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-2.679.400</b>		<b>-2.746.400</b>			<b>-2.815.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Auf Grund der mit der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose niedriger prognostizierten Bevölkerungszahlen im Kindesalter wurden die Haushaltsansätze neu berechnet und angepasst. Dabei ist des weiteren zu berücksichtigen, dass die Entgelte seit der Haushaltplanung bis zum jetzigen Zeitpunkt übermäßig stark angestiegen sind. In der Planung 2020 wurde, ausgehend von den durchschnittlichen Entgelten 2018, mit einer jährlichen Steigerung von 5% kalkuliert. Die reale Entwicklung der durchschnittlichen Entgelte fällt deutlich höher aus. So beträgt die Erhöhung im Vergleich 2019 zu 2020 im Bereich Krippe bei 9,3 %, im Bereich Kindergarten 27,1 % sowie im Bereich 6,8 %. Darüber hinaus ist zu beachten, dass bei allen Entgelten ab dem HHJ 2020 der Landesanteil von Fach- und Praxisberatung im Entgelt berücksichtigt ist (bisher erfolgte eine separate Finanzierung neben dem Entgelt). Beim Entgelt im Bereich Kindergarten enthält des weiteren ab 2020 auch die bisher über die Landeszuweisung finanzierten finanziellen Mittel für die Ausweitung der mittelbaren pädagogischen Arbeit sowie die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses.								
76.	36102	41442070	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	1.977.200	849.200	2.826.400	2.063.300	-220.600	1.842.700	2.153.200	-230.200	1.923.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>849.200</b>		<b>-220.600</b>			<b>-230.200</b>		
	36102	54191100	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	5.669.100	-671.800	4.997.300	5.810.900	-688.600	5.122.300	5.956.200	-705.800	5.250.400
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-671.800</b>		<b>-688.600</b>			<b>-705.800</b>		
			<b>Begründung</b>	Auf Grund der mit der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose niedriger prognostizierten Bevölkerungszahlen im Kindesalter wurden die Haushaltsansätze im Bereich der Tagespflege neu berechnet und angepasst								
77.	36301	41442014	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Jugendsozialarbeit (ESF)	0	513.400	513.400	0	511.000	511.000			
	36301	41442016	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Schulsozialarbeit (ESF)	560.700	56.400	617.100	0	616.700	616.700			
	36301	41442034	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land Landesprogramm zur Unterstützung der Schulsozialarbeit	0	241.800	241.800	0	232.400	232.400			
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>811.600</b>		<b>1.360.100</b>					
			<b>Begründung</b>	Durch das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V wurde mit Mail vom 12.06.2020 sowie 24.07.2020 der HRO das Budget für die Jugend- und Schulsozialarbeit für den Zeitraum 2021/2022 mitgeteilt, so dass die Förderung des Landes entsprechend im Haushalt der HRO zu veranschlagen ist. Die Finanzierung der Aufwendungen/Auszahlungen ist bereits Bestandteil des Beschlusses zum Doppelhaushalt 2020/2021.								
78.	51102	56251012	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland	0	57.000	57.000	0	51.900	51.900	0	0	0
	51102	50221100	Dienstbezüge Arbeitnehmer - Beschäftigte	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>90.300</b>		<b>85.200</b>			<b>0</b>		



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	51102	41445000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Anstalten des öffentlichen Rechts	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	0	0
	51102	41443001	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Personal	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
	51102	41443002	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Sachaufwendungen	0	53.000	53.000	0	47.900	47.900	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>88.300</b>			<b>83.200</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beteiligt sich als Partner des Deutschen RegioPole-Netzwerks auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides vom 09.03.2020 am Modellvorhaben des Bundes "Regiopolen und Regiopoleregion für Deutschland, als ein Beitrag zur nachhaltigen Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Räumen Deutschlands". Mit dem Ergänzungsbeschluss werden die finanziellen Auswirkungen der Hansestadt Rostock geordnet.								
79.	11402	44110030	Vermietungen von kommunalen Grund/Boden	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>50.000</b>			<b>50.000</b>			<b>50.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Die Erhöhung der Planansätze orientiert sich an der durchschnittlichen Erfüllung der Jahre 2017 bis 2020, ohne Berücksichtigung einmaliger und unvorhergesehener Sonderzahlungen.								
80.	11402	44110220	Erträge aus Erbbaurecht	1.920.000	40.400	1.960.400	2.070.000	-109.600	1.960.400	2.220.000	-259.600	1.960.400
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>40.400</b>			<b>-109.600</b>			<b>-259.600</b>	
			<b>Begründung</b>	Aufgrund der geltenden Zinsvorgaben durch das Ministerium für Inneres und Europa ist die Vermarktung von Erbbaurechten als schwierig zu bewerten. Die während der HH-Planung in 2019 angenommene Erhöhung der Erträge aus der Vermarktung von Erbbaurechten ist somit vorsichtiger einzuschätzen.								
81.	11402	44190004	Sonstige Entgelte aus Grundstücksangelegenheiten	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>5.000</b>			<b>5.000</b>			<b>5.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Die Erhöhung der Planansätze orientiert sich an einer verbesserten Ertragssituation aufgrund der geänderten Entgeltordnung.								
82.	11402	46150000	Erträge aus der Veräußerung von Vorräten	7.300.000	200.000	7.500.000	1.300.000	6.200.000	7.500.000	1.300.000	0	1.300.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>200.000</b>			<b>6.200.000</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Durch Verzögerungen bei den B-Planverfahren kommt es zu einer zeitlichen Verschiebung von mehreren Vorgängen. Zu beachten ist, dass nach derzeitigem Kenntnisstand nicht alle ursprünglich geplanten Verkaufsvorgänge in dem Zeitraum 2021 bis 2023 veräußert werden können. Die gesamtplanerische Verringerung in dem Zeitraum von 2020 - 2023 i.H.v. ca. 5,7 Mio. EUR ist nach aktuellem Sachstand im Wesentlichen auf folgende Verkaufsvorgänge zurückzuführen:								
83.	51108	43120010	Verwaltungsgebühren	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-10.000</b>			<b>-10.000</b>			<b>-10.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Der Erhalt der Erträge hängt maßgeblich von Art und Anzahl der Anträge ab. Außerdem wird in absehbarer Zeit (vorauss. 2022/2023) ein Teil der Erträge aufgrund künftiger Kostenfreiheit einzelner Dienstleistungen des Katasters wegfallen. Der Verlust soll durch eine Erhöhung der Zuweisungen des Landes nach dem FAG M-V ausgeglichen werden.								



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
84.	51108	46113000	Erträge aus der Veräußerung von beweglichem Vermögensgegenständen oberhalb der Wertgrenze i.H. von 410 Euro	5.000	-5.000	0	0	0	0	0	5.000	5.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-5.000</b>		<b>0</b>			<b>5.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Aufgrund der Verschiebung der Maßnahme Erwerb eines neuen Vermessungsfahrzeuges in das HH-Jahr 2023 kommt es ebenfalls zu einer Verschiebung der Veräußerung des aktuellen Vermessungsfahrzeuges in dasselbe HH-Jahr.								
85.	11402	52311020	Unterhaltung der Grundstücke - Baufreimachung für den Wohnungsbau	2.376.300	-866.300	1.510.000	0	1.810.000	1.810.000	0	520.000	520.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-866.300</b>		<b>1.810.000</b>			<b>520.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Zum Zeitpunkt der Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 war beabsichtigt, die Flächen der Gartenanlagen bis Ende 2021 zu beräumen und danach für den sich anschließenden Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Durch Verzögerungen bei den B-Planverfahren sowie Beachtung von naturschutzrechtlichen Belangen kommt es zu einer zeitlichen Verschiebung von Maßnahmen im Bereich								
86.	11402	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-6.600</b>		<b>-6.600</b>			<b>-6.600</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Reduzierung der Planansätze orientiert sich an der durchschnittlichen Erfüllung der Jahre 2017 bis 2020.								
87.	11402	56520000	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens	3.100.000	-280.000	2.820.000	700.000	2.120.000	2.820.000	700.000	-50.000	650.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-280.000</b>		<b>2.120.000</b>			<b>-50.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Änderungen in den Planzahlen sind auf 2 Ursachen zurückzuführen. Zum einen hat Amt 62 erneut eine Überprüfung zwischen der Relation								
88.	51108	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-1.000</b>		<b>-1.000</b>			<b>-1.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Verringerung der Planansätze ist in einer Bedarfsreduzierung begründet.								
89.	54101	52220100	Aufwendungen Regenwasserbeseitigung	1.300.000	-100.000	1.200.000						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-100.000</b>							
			<b>Begründung</b>	In Anpassung an die Kennziffer gem. Bescheid für 2020 zum Kommunalanteil Niederschlagswasserbeseitigung								
90.	54101	52331000	Unterhaltung der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen	545.000	-100.000	445.000						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-100.000</b>							
			<b>Begründung</b>	Die Anpassung erfolgt an die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020. Gegenwärtig ist Personal auch für die BUGA abgestellt.								
91.	54101	52338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-100.000</b>		<b>-100.000</b>			<b>-100.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Anpassung erfolgt gem. Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
92.	54101	52339001	Unterhaltung sonstigen Infrastrukturvermögen-Durchlässe DN 200	200.000	-100.000	100.000						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-100.000</b>							
			<b>Begründung</b>	Der Bereich der Reparaturen der Durchlässe befindet sich noch in der Aufbauphase. Der Reparaturaufwand ist aktuell noch nicht								
93.	54300	52338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-150.000</b>		<b>-150.000</b>			<b>-150.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								
94.	54400	52338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-15.000</b>		<b>-15.000</b>			<b>-15.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								
95.	54400	52338090	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-15.000</b>		<b>-15.000</b>			<b>-15.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								
96.	54601	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dienstleistungen durch Dritte	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>50.000</b>		<b>50.000</b>			<b>50.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis								
97.	55100	52312121	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Spielanlagen - Städtischer Anteil	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55100	52312322	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen - Städtischer Anteil	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55401	52312324	Festwertfinanzierte Aufwendungen für den Naturschutzausgleich - Städtischer Anteil	10.000	-10.000	0	50.000	-40.000	10.000	50.000	0	50.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-10.000</b>		<b>-130.000</b>			<b>-20.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Die Errichtung neuer Wohnngsbaustandorte verzögert sich. Siehe auch Investitionshaushalt, hier Planung Anteil festwertfinanzierter Anteile an den Investitionsmaßnahmen.								
98.	55100	52312300	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen	133.400	120.000	253.400	389.000	0	389.000	289.400	-120.000	169.400
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>120.000</b>		<b>0</b>			<b>-120.000</b>		
			<b>Begründung</b>	Auf dem Lagerplatz Ostseeallee werden Grünschnittreste aus dem öffentlichen Straßenbegleitgrün und den Grünflächen im Rostocker Nordwesten zwischengelagert und müssen gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) entsorgt werden. Gem. § 15 KrWG ist der Erzeuger/Besitzer der Abfälle verpflichtet diese zu entsorgen. So wurde die Beräumung in die Finanzplanung 2022 (250 T€) und 2023 (150 T€) eingeordnet. Die Beräumung des zwischengelagerten Grünschnittes vom Lagerplatz Ostseeallee soll möglichst schnell erfolgen, da der Platz in seiner Kapazität begrenzt ist und auf Grund der immer öfter auftretenden Hitze- und Trockenheitsperioden die Entzündungs- und damit Brandgefahr stetig wächst. Deshalb ist mit der Beräumung bereits 2021 zu beginnen.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
99.	55100	56290060	Vergabeleistungen für die Unterhaltung von Grünanlagen einschließlich Straßenbegleitgrün	1.740.000	-310.000	1.430.000	1.462.500	10.000	1.472.500	1.303.500	210.000	1.513.500
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-310.000</b>			<b>10.000</b>			<b>210.000</b>	
			<b>Begründung</b>	In der Planung wurden für Wegeinstanzsetzung lt. vorliegendem Wegekonzept in Höhe von 594 T€ für den Lindenberg und St.-Jantzen-Park nur in die Jahre 2021 und 2022 eingeordnet. Nach Prüfung der Umsetzbarkeit wurden die Mittel von 2021 in Höhe von 440 T€ auf 120 T€ gekürzt und 320 T€ in die Folgejahre geschoben. In Höhe von 10 T€ wurden auf Grund der Empfehlung vom Bundesamt des Inneren für Bau u. Heimat (17.06.2020) "VOB - Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen" für die Erstattung von Mehrkosten für Hygiene- u. Gesundheitsmaßnahmen im räumlichen Kontext zur Baustelle, die durch COVID 19 Pnad. verursacht wurden, zusätzlich eingeordnet.								
100.	55303	56710000	Gewerbesteuer	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700
	55303	56720000	Körperschaftsteuer	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600
	55303	56720010	Körperschaftsteuer - Solidaritätszuschlag	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700
	55303	56730000	Kapitalertragssteuer	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000
	55303	56730010	Kapitalertragssteuer - Solidaritätszuschlag	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-41.000</b>			<b>-41.000</b>			<b>-41.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Grundlage der Änderung der Ansätze für Gewerbe- und Körperschaftsteuer sind die vom Finanzamt festgelegten Vorauszahlungen für das Jahr 2020 auf der Grundlage der Steuererklärung 2018. Für die Änderung der Kapitalertragssteuer bildet die Steuererklärung 2019 die								
101.	55302	44150010	Laufende Grabnutzungsentgelt - Entgelte aus Dienstleistungen für den Bürger	230.000	-26.800	203.200	230.000	-26.800	203.200	230.000	-26.800	203.200
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-26.800</b>			<b>-26.800</b>			<b>-26.800</b>	
			<b>Begründung</b>	Die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 erfolgte auf der Grundlage der zur Planung vorliegenden Durchschnittswerte der Jahre 2018/2019. Mit Auslaufen des Leistungsangebotes Bereitstellung von Urnengemeinschaftsanlagen (UGA) mit der Möglichkeit der Namensanbringung auf dem Westfriedhof und dem Neuen Friedhof in Warnemünde sowie die Begrenzung auf nur einer Anlage auf dem Neuen Friedhof Rostock ist hierfür eine Ansatzminderung zu planen.								
102.	55303	43120012	Verwaltungsgebühren (Ust)	52.500	-10.900	41.600	52.500	-10.900	41.600	52.500	-10.900	41.600
	55303	43220037	Benutzungsentgelte (Ust)	1.007.500	-133.500	874.000	1.007.500	-133.500	874.000	1.007.500	-133.500	874.000
	55303	44110020	Mieten und Pachten (19%)	15.000	-700	14.300	15.000	-700	14.300	15.000	-700	14.300
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-145.100</b>			<b>-145.100</b>			<b>-145.100</b>	
			<b>Begründung</b>	Rückgang der Einäscherungen und Aufbewahrungen, da sich die Anzahl der Bestattungsunternehmen, die auswärts einäschern lassen, gestiegen ist und durch das gute Leistungsangebot in Schwerin auch noch weiter ansteigen kann. Daraufhin wurden die Planansätze überarbeitet. Grundlage der Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 waren die Istwerte der Vorjahre.								
103.	54101	56290015	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Planungsleistungen	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000
	51104	56290016	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	165.000	-165.000	0	120.000	-120.000	0	120.000	-120.000	0
	54101	56290016	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	0	112.600	112.600	0	67.600	67.600	0	67.600	67.600
	51104	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	54101	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0
	54200	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	54300	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0
	54400	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0
	11111	56290014	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	94.300	-94.300	0	95.000	-95.000	0	95.000	-95.000	0
	11405	56290014	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	0	89.000	89.000	0	89.700	89.700		89.700	89.700
	11166	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500
	11166	56131010	Reise- und Fahrkosten	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000
	11166	56310020	Bürobedarf	3.700	-700	3.000	3.700	-700	3.000	3.700	-700	3.000
	11166	56310030	Vordrucke	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000
	11166	56321000	Bücher	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000
	11166	56341000	Fernmeldegebühren	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000
	11166	56346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000
	54101	52351010	Haltung von Fahrzeugen	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000
	54101	56412000	Kfz-Versicherungen	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900
	54101	56820000	Kfz-Steuer	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900
	11405	52210000	Hausgebühren	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	52420010	Verpflegung/ Bewirtung	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	52490050	sonstige Sachaufwendungen	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000
	11405	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000
	11405	56310020	Bürobedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	11405	56310030	Vordrucke	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700
	11405	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	11405	56321000	Bücher	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	56331000	Porto	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	11405	56341000	Fernmeldegebühren	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	56344010	Wartung von Telekommunikationsgeräten	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	56346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	56930010	Repräsentationen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	52351010	Haltung von Fahrzeugen	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	56412000	Kfz-Versicherungen	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	11405	56820000	Kfz-Steuer	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
			<b>Begründung</b>	Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 - Bildung des Amtes für Mobilität								
104.	53701	43222000	Entgelte für die Abfallentsorgung	17.218.800	1.706.900	18.925.700						
	53701	46290000	Sonstige laufende Erträge	742.100	154.300	896.400						
	53701	43800000	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich	661.800	-369.400	292.400						
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>1.491.800</b>							

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	53701	52551000	Kostenerstattungen an private Unternehmen	6.683.100	941.100	7.624.200						
	53701	52551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	11.272.700	551.700	11.824.400						
	53701	56551000	Einzelwertberichtigung zu Forderungen	7.300	-7.300	0						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>1.485.500</b>							
			<b>Begründung</b>	Die erste Satzung zur Änderung der Satzung der HRO über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) wird der Bürgerschaft im November 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Steigerung der Erträge ergibt sich aus den gebührenpflichtigen Kostensteigerungen. Die Kostensteigerung der Abfallverwertung ist bedingt durch die Erweiterung der Recyclinghöfe und Investitionskosten, die Errichtung einer neuen Grüngutkompostierungsanlage sowie tarifbedingten Personalkostensteigerungen.								
105.	54501	43223000	Entgelte für Straßenreinigung	4.338.900	33.500	4.372.400						
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>33.500</b>							
	54501	52551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	6.165.500	-167.600	5.997.900						
	54501	56551000	Einzelwertberichtigung zu Forderungen	3.700	-3.700	0						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-171.300</b>							
			<b>Begründung</b>	Die erste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der HRO wird der Bürgerschaft im November 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Steigerung der Erträge ergibt sich aus der Erhöhung der gebührenfähigen Kosten.								
106.	54502	52551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	915.200	6.200	921.400						
	54502	52490170	Ersatzvornahmen	25.000	25.000	50.000						
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>31.200</b>							
			<b>Begründung</b>	Die Kosten für die Papierkorbentleerung haben sich von 2,93 EUR auf 3,02 EUR je Entleerung erhöht. Aufgrund der zunehmenden Anzahl von Ersatzvornahmen und den damit verbundenen Kosten ist der Haushaltsansatz in der bisherigen Höhe nicht ausreichend.								
107.	55404	56251010	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	150.000	150.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>150.000</b>			<b>75.000</b>			<b>75.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Die Bürgerschaft hat auf ihrer Sitzung am 09.09.2020 die Beschlussvorlage 2020/BV/1284 zum Maßnahmenplan 2020 zum Klimaschutz in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, CDU/UFR, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD beschlossen. Laut Änderungsantrag ist der personelle und finanzielle Bedarf spätestens mit dem Ergänzungsbeschluss für den Haushalt 2021 und den folgenden Haushaltsplänen zur Verfügung zu stellen. Mit der Beschlussvorlage wurde der Stand der laufenden Maßnahmen benannt und der neue Maßnahmenplan 2020 beschlossen. Ab dem Jahr 2021 sind Energiekonzepte für kommunale Gebäude und für B-Pläne zu erstellen. Hierfür sind jährlich 50.000 EUR erforderlich. Für das Jahr 2021 sind die Vorarbeiten für die Fortschreibung des Masterplans 100% Klimaschutz vorgesehen. Das betrifft im Einzelnen die Erstellung von Gutachten für CO <sub>2</sub> Bilanzierungen für politische Beschlüsse und Entscheidungen über Investitionen ab 100.000 EUR (Maßnahme-Nr. 1), für den Bereich Flug- und Schiffsverkehr (Maßnahme-Nr. 3) und im Zuge der Nachsteuerung zur Verbesserung der Klimaauswirkungen des MOPZ (Maßnahme-Nr. 8) in Höhe von insgesamt 75.000 EUR. Darüber hinaus sind 25.000 EUR für die Umsetzung des Beschlusses 2020/AN/0952-01 für die Durchführung einer Informations- und Beratungskampagne "Solaroffensive" vorgesehen. Im Jahr 2022 erfolgt die Evaluierung aller Klimaschutzmaßnahmen und die Fortschreibung des Masterplans für 25.000 EUR. Ab dem Jahr 2023 beginnt eine Bürgerbeteiligungskampagne "Rostocker Klimagespräche" (2x jährlich) in Höhe von insgesamt 25.000 EUR pro Jahr.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
108.	12400	43120050	Gebühren für Laboruntersuchungen	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500
	12400	43120190	Gebühren aus der Hundehalterverordnung	1.500	2.300	3.800	1.500	2.300	3.800	1.500	500	2.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>4.300</b>		<b>4.300</b>				<b>2.500</b>	
			<b>Begründung</b>	Anpassung der Ansätze entsprechend der Erfüllung.								
109.	12400	52490030	Tierseuchenbekämpfung	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>25.000</b>		<b>25.000</b>				<b>25.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Mehrkosten auf Grund der Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Landes M-V über das Verfahren zum Umgang mit Fundtieren vom 2. Juli 2020								
110.	55500	44110130	Jagdverpachtungen (USt)	42.000	-8.000	34.000	42.000	-15.000	27.000	42.000	-15.000	27.000
	55500	44190011	Sonstige - Erträge aus Verkauf	620.000	-320.000	300.000	650.000	-340.000	310.000	650.000	-320.000	330.000
	55500	44190012	Erträge aus Verkauf - (10,7%) = Wild	40.000	-8.000	32.000	40.000	-8.000	32.000	42.000	-9.000	33.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-336.000</b>		<b>-363.000</b>				<b>-344.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Jagdverpachtungen: Bei zu erwartender weiterer Ausbreitung der Afrik. Schweinepest kommt es zu Jagdbeschränkungen/-verboten, d. h. Begehscheinentgelte werden billiger Holz: Aufgrund des deutschlandweit massiven Schadholzaufkommen ist der Holzmarkt seit M/E 2019 im Niedergang, typische Preise haben sich um 11-44 % reduziert, bis hin zur Unverkäuflichkeit von Sortimenten/Baumarten. Eine Erholung wird frühestens für 2023 erwartet. Wildverkauf: Bereits seit 2019 sind rückläufige Preise zu verzeichnen, seit 04/2020, 08/2020 Preisverfall wegen Ausweitung Schwarzwildbejagung & Afrik. Schweinepest, Bejagungseinschränkungen und weiterer Preisverfall wird erwartet. Der Preisverfall ist nur z. T. durch Änderung der Verkaufspraxis aufzufangen.								
111.	54802	44110020	Mieten und Pachten	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000
			<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>-300.000</b>		<b>-300.000</b>				<b>-300.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Die 6. Vertragsänderung -Pachvertrag Mietzins Passagierkai -mit Rostock Port wurde nicht unterschrieben, so dass Mindererträgen in Höhe von 300.000 EUR zu erwarten sind.								
112.	54805	52336020	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder	500.000	-160.000	340.000	530.000	-130.000	400.000	650.000	-150.000	500.000
			<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>-160.000</b>		<b>-130.000</b>				<b>-150.000</b>	
			<b>Begründung</b>	Die Ansätze für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder sind schwer planbar. In den letzten Jahren, sind die Aufwendungen/Auszahlungen - Verwertung von Baggergut aus der IAA Rostock geringer abgerechnet worden, als erwartet. Das hängt vor allem mit dem geringen Absatz im Bodenverkauf zusammen, da hier die Leistungen für Transporte wegfallen. Im Ergebnis dieser Entwicklung, wird eingeschätzt, dass Änderungen der Planansätze notwendig sind.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
113.	54805	52336021	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder Schnatermann Polder 1 -Brutto	750.000	-650.000	100.000	750.000	-350.000	400.000	0	500.000	500.000
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>					<b>-650.000</b>			<b>-350.000</b>			<b>500.000</b>	
<b>Begründung</b>				Nach der chemischen Untersuchung des Materials wurde in Abstimmung mit der UWB die Umlagerung auf eine Reifefläche vorgenommen. Dort kann das Material gezielt behandelt und zertifiziert werden. Durch die Behörde (StALU, Abt. Wasser und Boden) wurden im Rahmen der Regelüberwachung Möglichkeiten für eine alternative Verwertung des Materials gesehen. Eine Verlängerung der nach BImSchG angezeigten temporären Maßnahme ist möglich. Daher kann der Ansatz in Höhe der eingestellten Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2021 aufgrund der guten Behandlungsmöglichkeiten auf der Reifefläche und des Zeitgewinns reduziert werden.								

114.	61103	41320700	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Ausgleich von Soziallasten im Zusammenhang mit flüchtlingsbezogenen Mehrbelastungen	0	400.600	400.600						
Summe Veränderungen Erträge					400.600							
Begründung				Entsprechend der Verordnung über den kommunalen Anteil an der Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke vom 17.07.2020 werden der HRO, zur Deckung des sich aus der Integrationsaufgabe ergebenden erhöhten Verwaltungs- und Betreuungsaufwands sowie zur Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens, Zuweisungen für das HHJ 2021 zur Verfügung gestellt.								

115.	61103	41110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	113.209.100	-833.300	112.375.800	112.315.400	-9.539.600	102.775.800	110.101.500	-2.525.700	107.575.800
	61103	41320200	Zuweisung übertragener Wirkungskreis	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500
	61103	41320210	Zuweisung Träger Katasterämter	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400
	Summe Veränderungen Erträge				-813.500			-9.519.800			-2.505.900	
	Begründung			Anpassung der Ansätze an die Orientierungsdaten vom Ministerium für Inneres und Europa M-V zum kommunalen Finanzausgleich für die Haushaltsplanung 2021 vom 02.10.2020. In den Jahren 2022 und 2023 wird die Gesamtschlüsselmasse voraussichtlich erheblich reduziert.								

116.	61201	57511000	Zinsaufwendungen an Banken	1.754.600	-800.600	954.000	2.102.300	-1.330.800	771.500	2.406.100	-1.903.600	502.500
		57140000	Zinsaufwendungen an Landesbanken	642.000	180.000	822.000	596.000	405.000	1.001.000	550.000	785.500	1.335.500
Summe Veränderungen Aufwendungen					-620.600			-925.800			-1.118.100	
Begründung				Die Aufnahme geringerer Investitionskredite hat zur Folge, dass die Zinszahlungen geringer werden.								

117.	28100	52342000	Unterhaltung von Kunstgegenständen	70.000	100.000	170.000	70.000		70.000	70.000		70.000
Summe Veränderungen Aufwendungen					100.000			0			0	
Begründung				Der Investition "Sanierung Brinckmanbrunnen" liegen nach Überprüfung der Maßnahme keine investiven Tätigkeiten zugrunde. Deshalb sind die Reinigungs- und Reparaturarbeiten aus der Verwaltungstätigkeit zu finanzieren. Damit die Maßnahme weitergeführt werden kann, wurden die investiv veranschlagten Mittel umgewidmet.								

<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		<b>13.719.800</b>			<b>-1.316.200</b>			<b>-2.298.300</b>	
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		<b>4.308.400</b>			<b>8.529.400</b>			<b>5.762.400</b>	
<b>Saldo</b>		<b>9.411.400</b>			<b>-9.845.600</b>			<b>-8.060.700</b>	

## Auswirkungen auf den Finanzhaushalt

31.	54801	70221100	Dienstbezüge Arbeitnehmer-Beschäftigte	129.300	37.700	167.000						
	54801	70320300	Versorgungskasse-Beiträge für Beschäftigte	5.900	1.100	7.000						
	54801	70420100	SV-Beiträge Beschäftigte	34.600	6.200	40.800						

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
Summe Veränderungen Auszahlungen					45.000			0			0	
32.	diverse	70211100	Dienstbezüge Beamte		1.003.300			1.004.400			1.004.700	
	diverse	70221100	Entgelte AN		4.496.700			4.495.600			4.495.300	
	12101	70190000	Aufwendungen ehrenamtl. Tätigkeit	350.000	-100.000	250.000	90.000	100.000	190.000	0	90.000	90.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					5.400.000			5.600.000			5.590.000	
33.	12101	64242030	Zuweisungen von Personalaufauszahlungen durch das Land	0	30.000	30.000	0	290.000	290.000	0	30.000	30.000
	41400	61442030	Zuweisungen von Personalaufauszahlungen durch das Land	29.000	255.000	284.000	29.000	550.000	579.000	29.000	550.000	579.000
Summe Veränderungen Einzahlungen					285.000			840.000			580.000	
34.	11401	72290040	Betriebskosten KOE	200.100	360.000	560.100						
	11401	76210060	Auszahlungen für Kaltmiete	285.000	140.000	425.000						
Summe Veränderungen Auszahlungen					500.000							
35.	11101	76930010	Repräsentationen, Ehrungen	150.100	260.000	410.100						
Summe Veränderungen Auszahlungen					260.000							
36.	11111	61441003	Zuweisungen vom Bund- Modellprojekt Smart Cities	0	890.500	890.500	0	1.049.800	1.049.800	0	1.062.800	1.062.800
Summe Veränderungen Einzahlungen					890.500			1.049.800			1.062.800	
	11111	76290003	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Modellprojekt Smart Cities	0	897.000	897.000	0	1.160.000	1.160.000	0	1.180.000	1.180.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					897.000			1.160.000			1.180.000	
37.	11114	76290000	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0
	53601	76290000	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0	98.000	98.000		98.000	98.000		98.000	98.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
38.	11114	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000
	42405	74151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
Summe Veränderungen Aufwendungen					0			0			0	
39.	11114	76352000	Amtsblatt	45.000	37.000	82.000	45.000	38.300	83.300	45.000	38.300	83.300
Summe Veränderungen Auszahlungen					37.000			38.300			38.300	
40.	11104	74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0
	11112	74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
41.	11114	76290014	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte - Projekte	113.500	0	113.500	0	113.500	113.500			
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			113.500				
42.	11111	61442035	Zuweisungen vom Land-Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-56.000							
	11111	76290035	sonst. Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-56.000							
43.	11111	61441037	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öfftl. Bereich vom Bund - Projekt Clever mobil	1.000	9.200	10.200						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		9.200							
44.	11111	61440014	Bereich von der EU - Projekt Interreg-BSR "Cities multimodal"	0	93.000	93.000						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		93.000							
	11111	76290036	sonst. Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt Interreg-BSR "Cities multimodal"	0	23.000	23.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		23.000							
45.	11111	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	6.800	-400	6.400	1.300	-400	900	1.300	-400	900
	55404	76120010	Aufwendungen für Qualifizierung		400	400		400	400		400	400
	11111	76131010	Reise- und Fahrkosten	10.500	-100	10.400	10.500	-100	10.400	10.500	-100	10.400
	55404	76131010	Reise- und Fahrkosten		100	100		100	100		100	100
	11111	76321000	Bücher	200	-100	100	200	-100	100	200	-100	100
	55404	76321000	Bücher		100	100		100	100		100	100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
46.	11111	61441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	23.500	-23.500	0						
	11111	61441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	1.200	-1.200	0	600	-600		600	-600	
	55404	61441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	61441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	0	1.200	1.200	0	600	600	0	600	600

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Summe Veränderungen Einzahlungen					0			0			0	
	11111	76290031	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan	23.500	-23.500	0			0			0
	11111	76290047	Sonsige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung	2.000	-2.000	0	900	-900	0	900	-900	0
	55404	76290031	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	76290047	Sonsige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung	0	2.000	2.000	0	900	900	0	900	900
	11111	76251010	Klimaschutzbeauftragte Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige	98.700	-98.700	0	97.400	-97.400	0	97.400	-97.400	0
	55404	76251010	Klimaschutzbeauftragte Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige	0	98.700	98.700	0	97.400	97.400	0	97.400	97.400
	11111	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0
	55404	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
47.	11404	76243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	25.000	779.000	704.000	0	704.000	704.000	0	704.000
	11404	76251040	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	368.600	-25.000	343.600	290.000	0	290.000	290.000	0	290.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
48.	11401	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400
	11401	72380080	Zimmerausstattungen	600	-100	500	600	-100	500	600	-100	500
	11401	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	12.000	-1.500	10.500	7.500	-1.500	6.000	7.500	-1.500	6.000
	11401	76131010	Reise- und Fahrkosten	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300
	11401	76251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000
	11401	76310020	Bürobedarf	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800
	11401	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600
	11401	76321000	Bücher	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	11401	76341000	Fernmeldegebühren	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500
	11900	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	72380080	Zimmerausstattungen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	76120010	Aufwendungen für Qualifizierung	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500
	11900	76131010	Reise- und Fahrkosten	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300
	11900	76251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000
	11900	76310020	Bürobedarf	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100
	11900	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	100	400	500	100	400	500	100	400	500
	11900	76321000	Bücher	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800
	11900	76341000	Fernmeldegebühren	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
49.	11107	74190010	Zuschüsse an Personalrat/JAV	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800
	11107	74190012	Zuschüsse an Gesamtpersonalrat/GJAV	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz	HHPE	Veränderun g um	neuer Haushalts- ansatz
				2021			2022			2023		
	11107	74190013	Zuschüsse an SBV/GSBV	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
50.	25301	74110000	Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400
Summe Veränderungen Auszahlungen					40.400			40.400			40.400	
51.	54701	67300000	Finanzeinzahlungen aus verbundenen Unternehmen	1.159.000	922.000	2.081.000	1.124.000	0	1.124.000	1.173.000	0	1.173.000
Summe Veränderungen Einzahlungen					922.000			0			0	
	62601	67600000	Finanzeinzahlungen aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	7.405.000	6.618.000	14.023.000	6.109.000	0	6.109.000	2.574.000	0	2.574.000
Summe Veränderungen Einzahlungen					6.618.000			0			0	
52.	11602	74190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	24.000	-24.000	0	24.000	-24.000	0	4.000	-4.000	0
	51102	74190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	0	24.000	24.000	0	24.000	24.000	0	4.000	4.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
53.	20101	72380070	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden	338.500	-338.500	0	350.100	-350.100	0	314.500	-314.500	0
	20101	76243001	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden		192.800	192.800		234.800	234.800		278.200	278.200
	20101	72920000	Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit dem MEP		68.300	68.300		45.000	45.000		52.000	52.000
	20101	76120020	Auszahlungen für Aus- und Fortbildung für außerhalb der Verwaltung stehende Personen		25.700	25.700	0	0	0	0	0	0
Summe Veränderungen Auszahlungen					-51.700			-70.300			15.700	
54.	21102	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800
	21105	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300
	21107	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100
	21108	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800
	21109	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500
	21110	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500
	21111	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200
	21112	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100
	21113	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800
	21114	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500
	21115	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600
	21116	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600
	21117	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600
	21118	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300
	21119	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21503	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200
	21504	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000
	21506	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900
	21507	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500
	21702	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800
	21704	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100
	21705	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600
	21706	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100
	21802	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000
	21805	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700
	21806	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300
	21807	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600
	22103	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700
	22104	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600
	22105	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300
	22107	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300
	23103	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800
	23104	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400
	23106	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200
	23108	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>229.500</b>			<b>229.500</b>			<b>229.500</b>	

55.	21103	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21104	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21105	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21106	72430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500
	21107	72430020	Schwimmunterricht	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200
	21108	72430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500
	21109	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21110	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21111	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21112	72430020	Schwimmunterricht	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200
	21113	72430020	Schwimmunterricht	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300
	21114	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21116	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21119	72430020	Schwimmunterricht	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300
	21705	72430020	Schwimmunterricht	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300
	21805	72430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	21806	72430020	Schwimmunterricht	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	22103	72430020	Schwimmunterricht	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300
	22104	72430020	Schwimmunterricht	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000
	22105	72430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22106	72430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22107	72430020	Schwimmunterricht	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600
	23106	72430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	23108	72430020	Schwimmunterricht	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>17.100</b>			<b>17.100</b>			<b>17.100</b>	

56.	23103	61442011	Zuweisungen vom Land - zweckgebunden (Pflegefachkräfte)		388.700	388.700		624.700	624.700		708.000	708.000
	23103	64231000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Eigenbetrieben - Südstadtklinikum		180.000	180.000		180.000	180.000		180.000	180.000
	23103	64245000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Anstalten des öffentlichen Rechts	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0
	23103	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000
	23103	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		10.000	10.000		10.000	10.000		10.000	10.000
	23103	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0
	23104	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		500	500		500	500		500	500
	23104	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23104	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0
	23106	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		3.000	3.000		3.000	3.000		3.000	3.000
	23106	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		19.000	19.000		19.000	19.000		19.000	19.000
	23106	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0
	23108	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23108	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		12.500	12.500		12.500	12.500		12.500	12.500
	23108	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>407.700</b>			<b>643.700</b>			<b>727.000</b>	

57.	23103	76413000	Haftpflichtversicherungen	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>11.200</b>			<b>11.200</b>			<b>11.200</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
58.	24101	74159000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstigen privaten Bereich	4.691.600	-4.691.600	0	4.375.700	-4.375.700	0	4.375.700	-4.375.700	0
	24101	74120000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (RSAG)	0	260.000	260.000	0	174.000	174.000	0	0	0
	24101	74151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (Verkehrsverbund Warnow GmbH)	0	4.517.500	4.517.500	0	4.740.600	4.740.600	0	4.740.600	4.740.600
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>85.900</b>			<b>538.900</b>			<b>364.900</b>	

59.	42401	61441000	öffentlichen Bereich vom Bund	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0
	42401	64101020	Benutzungsentgelte - (19%)	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700
	42401	64101021	Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0
	42401	64101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400
	42401	64101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800
	42401	64101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000
	42401	64110010	Mieten und Pachten	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300
	42401	64110020	Mieten und Pachten (19%)	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200
	42401	64160030	Eintrittsgelder (19%)	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0
	42401	64160031	Eintrittsgelder (7%)	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0
	42401	64290021	- Vorjahre (19%)	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800
	42403	61441000	öffentlichen Bereich vom Bund	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000
	42403	64101020	Benutzungsentgelte - (19%)	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500
	42403	64101021	Benutzungsentgelte - (7%)	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300
	42403	64101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700
	42403	64101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100
	42403	64101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500
	42403	64110010	Mieten und Pachten	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500
	42403	64110020	Mieten und Pachten (19%)	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000
	42403	64160030	Eintrittsgelder (19%)	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200
	42403	64160031	Eintrittsgelder (7%)	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000
	42403	64290021	- Vorjahre (19%)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>114.200</b>			<b>114.200</b>			<b>114.200</b>	

60.	42401	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000
	42401	72312200	Auszahlungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0
	42401	72313000	Unterhaltung der Gebäude	1.500	-600	900	3.000	-1.200	1.800	3.000	-1.200	1.800
	42401	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	7.000	-2.500	4.500	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	42401	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200
	42401	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	17.000	-9.900	7.100	18.000	-10.500	7.500	18.000	-10.500	7.500
	42401	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	72.000	-21.600	50.400	77.000	-21.600	55.400	77.000	-21.600	55.400

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	42401	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.000	-9.000	21.000	9.000	-2.700	6.300	9.000	-2.700	6.300
	42401	72380100	Gebrauchsgegenstände	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200
	42401	72440040	Medizinischer Sachbedarf	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100
	42401	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300
	42401	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	11.000	-4.300	6.700	15.000	-5.800	9.200	15.000	-5.800	9.200
	42401	76131010	Reise- und Fahrkosten	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42401	76220010	Verträgen	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900
			Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0
	42401	76290010	Dienstleistungen durch Dritte	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0
	42401	76310020	Bürobedarf	900	-500	400	900	-500	400	900	-500	400
	42401	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42401	76341000	Fernmeldegebühren	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700
	42401	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	500	-200	300	500	-200	300	500	-200	300
	42401	76412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400
	42401	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-400	500	900	-400	500	900	-400	500
	42403	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	42403	72312200	Auszahlungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
	42403	72313000	Unterhaltung der Gebäude	0	600	600	0	1.200	1.200	0	1.200	1.200
			Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	2.500	2.500	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42403	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	2.500	2.500	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42403	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800
	42403	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	9.900	9.900	0	10.500	10.500	0	10.500	10.500
	42403	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600
			Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	9.000	9.000	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42403	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	9.000	9.000	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42403	72380100	Gebrauchsgegenstände	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800
	42403	72440040	Medizinischer Sachbedarf	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42403	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200
	42403	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	0	4.300	4.300	0	5.800	5.800	0	5.800	5.800
	42403	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42403	76220010	Verträgen	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600
			Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
	42403	76290010	Dienstleistungen durch Dritte	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
	42403	76310020	Bürobedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42403	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	76341000	Fernmeldegebühren	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300
	42403	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	76412000	Kfz-Versicherungen	0	900	900	0	900	900	0	900	900
	42403	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	400	400	0	400	400	0	400	400
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
61.	42402	63229003	Entgelte für Schulsportnutzung	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800
	42402	63229004	Entgelte für Schulschwimmen	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0
	42402	64110010	Mieten und Pachten	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42402	64290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	64290020	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Betriebskosten Vorjahre	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0
	42404	63229003	Entgelte für Schulsportnutzung	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000
	42404	63229004	Entgelte für Schulschwimmen	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600
	42404	64110010	Mieten und Pachten	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000
	42404	64290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>209.800</b>			<b>209.800</b>			<b>209.800</b>	
62.	42402	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42402	72312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	72313000	Unterhaltung der Gebäude	800	-400	400	1.800	-700	1.100	1.800	-700	1.100
	42402	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900
	42402	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300
	42402	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700
	42402	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800
	42402	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.000	-4.600	10.400	3.000	-900	2.100	3.000	-900	2.100
	42402	72380100	Gebrauchsgegenstände	15.000	-6.300	8.700	5.000	-2.100	2.900	5.000	-2.100	2.900
	42402	72440040	Medizinischer Sachbedarf	800	-700	100	800	-700	100	800	-700	100
	42402	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100
	42402	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	8.000	-3.100	4.900	9.000	-3.500	5.500	9.000	-3.500	5.500
	42402	76131010	Reise- und Fahrkosten	1.000	-500	500	1.000	-500	500	1.000	-500	500
	42402	76210061	Kaltmiete - Bewirtschafter Amt 40	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200
	42402	76220010	Verträgen	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900
			Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0
	42402	76310020	Bürobedarf	600	-300	300	600	-300	300	600	-300	300
	42402	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	200	-100	100	200	-100	100	200	-100	100
	42402	76331000	Porto	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	42402	76341000	Fernmeldegebühren	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800
	42402	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42402	76412000	Kfz-Versicherungen	1.200	-500	700	1.200	-500	700	1.200	-500	700
	42402	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	300	-200	100	300	-200	100	300	-200	100
	42404	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42404	72312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
	42404	72313000	Unterhaltung der Gebäude	0	400	400	0	700	700	0	700	700
	42404	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42404	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200
	42404	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	4.600	4.600	0	900	900	0	900	900

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42404	72380100	Gebrauchsgegenstände	0	6.300	6.300	0	2.100	2.100	0	2.100	2.100
	42404	72440040	Medizinischer Sachbedarf	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400
	42404	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	0	3.100	3.100	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42404	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	76210061	Kaltniete - Bewirtschafter Amt 41	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000
	42404	76220010	Verträgen	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100
	42404	76290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000
	42404	76310020	Bürobedarf	0	300	300	0	300	300	0	300	300
	42404	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42404	76331000	Porto	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42404	76341000	Fernmeldegebühren	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200
	42404	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42404	76412000	Kfz-Versicherungen	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	200	200	0	200	200	0	200	200
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
63.	42402	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	4.338.300	-3.013.300	1.325.000	4.338.300	-2.947.000	1.391.300	4.338.300	-2.877.500	1.460.800
	42404	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 41	0	3.173.900	3.173.900	0	3.332.600	3.332.600	0	3.499.200	3.499.200
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>160.600</b>			<b>385.600</b>			<b>621.700</b>	
64.	20101	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500
	20101	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	20101	72380080	Zimmerausstattungen	1.000	-200	800	1.000	-200	800	1.000	-200	800
	20101	76131010	Reise- und Fahrkosten	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400
	20101	76220010	Verträgen	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200
	20101	76310020	Bürobedarf	6.100	-1.500	4.600	3.500	-900	2.600	3.500	-900	2.600
	20101	76310030	Vordrucke	300	-100	200	300	-100	200	300	-100	200
	20101	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
	20101	76341000	Fernmeldegebühren	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100
	20101	756346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.000	-400	600	1.000	-400	600	1.000	-400	600
	20101	76412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	20101	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-300	600	900	-300	600	900	-300	600
	42405	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42405	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42405	72380080	Zimmerausstattungen	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42405	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42405	76220010	Verträgen	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800
	42405	76310020	Bürobedarf	0	1.500	1.500	0	900	900	0	900	900
	42405	76310030	Vordrucke	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42405	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42405	76341000	Fernmeldegebühren	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42405	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	400	400	0	400	400	0	400	400
	42405	76412000	Kfz-Versicherungen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42405	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	300	300	0	300	300	0	300	300
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
65.	42402	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	42405	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
66.	42405	76251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte, fachliche Begleitung	0	135.000	135.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>135.000</b>			<b>75.000</b>			<b>75.000</b>	
67.	42405	72520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>1.400.000</b>			<b>1.400.000</b>			<b>1.400.000</b>	
68.	42102	74190022	Vertragsförderung	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>12.000</b>			<b>12.000</b>			<b>12.000</b>	
69.	42102	76360000	Öffentlichkeitsarbeit	76.200	75.000	151.200	67.200	75.000	142.200	67.200	75.000	142.200
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>75.000</b>			<b>75.000</b>			<b>75.000</b>	
70.	42102	76930010	Repräsentationen, Ehrungen	20.000	5.000	25.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>5.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
71.	42403	76243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	76243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>8.300</b>			<b>8.300</b>			<b>8.300</b>	
72.	27201	61441030	Zuwendung vom Bund-Projekte	0	25.000	25.000						
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>25.000</b>							
	27201	76310041	EDV -Material für den Verwaltungsbedarf - zweckgebunden	0	30.000	30.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>30.000</b>							
73.	27101	64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0
	27101	64190026	Sonstige Erträge-Teilnehmerentgelte	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000
	27101	64190027	Sonstige Erträge-Teilnehmerentgelte (19%)	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	27101	64251070	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen (19%)	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	27101	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0
	27101	64259001	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich (19%)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-100</b>			<b>-100</b>			<b>-100</b>	
	27101	76310041	EDV-Material Verwaltungsbedarf-zweckgebunden	0	12.400	12.400	0	19.100	19.100	0	10.800	10.800
	27101	74142000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an das Land (Rückforderung)	0	2.000	2.000						
	27101	76780003	Umsatzsteuer periodenfremd-Betriebsprüfung	0	6.100	6.100		0			0	
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>20.500</b>			<b>19.100</b>			<b>10.800</b>	
74.	26301	61459000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom privaten Bereich	0	11.200	11.200						
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>11.200</b>							
	26301	72450011	Lehr- und Unterrichtsmaterial-zweckgebunden	0	17.100	17.100						
		76120010	Aufwendungen für Qualifizierung	2.500	2.500	5.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>19.600</b>							
75.	36101	61442070	Tageseinrichtungen (§§ 22. 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	50.680.200	1.931.200	52.611.400	52.747.500	-1.181.300	51.566.200	54.906.400	-1.232.900	53.673.500
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>1.931.200</b>			<b>-1.181.300</b>			<b>-1.232.900</b>	
	36101	74191100	Tageseinrichtungen (§§ 22. 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	94.524.700	-2.679.400	91.845.300	96.887.900	-2.746.400	94.141.500	99.310.100	-2.815.000	96.495.100
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-2.679.400</b>			<b>-2.746.400</b>			<b>-2.815.000</b>	
76.	36102	61442070	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	1.977.200	849.200	2.826.400	2.063.300	-220.600	1.842.700	2.153.200	-230.200	1.923.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>849.200</b>			<b>-220.600</b>			<b>-230.200</b>	
	36102	74191100	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	5.669.100	-671.800	4.997.300	5.810.900	-688.600	5.122.300	5.956.200	-705.800	5.250.400
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-671.800</b>			<b>-688.600</b>			<b>-705.800</b>	
77.	36301	61442014	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Jugendsozialarbeit (ESF)	0	513.400	513.400	0	511.000	511.000			
	36301	61442016	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Schulsozialarbeit (ESF)	560.700	56.400	617.100	0	616.700	616.700			

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	36301	61442034	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land Landesprogramm zur Unterstützung der Schulsozialarbeit	0	241.800	241.800	0	232.400	232.400			
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>811.600</b>			<b>1.360.100</b>				
78.	51102	76251012	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland	0	57.000	57.000	0	51.900	51.900	0	0	0
	51102	70221100	Entgelte-Beschäftigte	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>90.300</b>			<b>85.200</b>			<b>0</b>	
	51102	61445000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Anstalten des öffentlichen Rechts	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	0	0
	51102	61443001	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Personal	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
	51102	61443002	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Sachaufwendungen	0	53.000	53.000	0	47.900	47.900	0	0	0
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>88.300</b>			<b>83.200</b>			<b>0</b>	
79.	11402	64110030	Vermietungen von kommunalen Grund/Boden	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>50.000</b>			<b>50.000</b>			<b>50.000</b>	
80.	11402	64110220	Einzahlungen aus Erbbaurecht	1.920.000	40.400	1.960.400	2.070.000	-109.600	1.960.400	2.220.000	-259.600	1.960.400
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>40.400</b>			<b>-109.600</b>			<b>-259.600</b>	
81.	11402	64190004	Sonstige Entgelte aus Grundstücksangelegenheiten	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>5.000</b>			<b>5.000</b>			<b>5.000</b>	
82.	51108	63120010	Verwaltungsgebühren	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-10.000</b>			<b>-10.000</b>			<b>-10.000</b>	
83.	11402	72311020	Unterhaltung der Grundstücke - Baufreimachung für den Wohnungsbau	2.376.300	-866.300	1.510.000	0	1.810.000	1.810.000	0	520.000	520.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-866.300</b>			<b>1.810.000</b>			<b>520.000</b>	
84.	11402	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-6.600</b>			<b>-6.600</b>			<b>-6.600</b>	
85.	51108	72360020	Unterhaltung der Arbeitsgeräte und -maschinen	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-1.000</b>			<b>-1.000</b>			<b>-1.000</b>	
86.	54101	72220100	Aufwendungen Regenwasserbeseitigung	1.300.000	-100.000	1.200.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-100.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
87.	54101	72331000	Unterhaltung der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen	545.000	-100.000	445.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-100.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
88.	54101	72338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-100.000</b>			<b>-100.000</b>			<b>-100.000</b>	
89.	54101	72339001	Unterhaltung sonstigen Infrastrukturvermögen-Durchlässe DN 200	200.000	-100.000	100.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-100.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
90.	54300	72338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-150.000</b>			<b>-150.000</b>			<b>-150.000</b>	
91.	54400	72338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-15.000</b>			<b>-15.000</b>			<b>-15.000</b>	
92.	54400	72338090	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-15.000</b>			<b>-15.000</b>			<b>-15.000</b>	
93.	54601	76290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dienstleistungen durch Dritte	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>50.000</b>			<b>50.000</b>			<b>50.000</b>	
94.	55100	72312121	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Spielanlagen - Städtischer Anteil	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55100	72312322	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen - Städtischer Anteil	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55401	72312324	Festwertfinanzierte Aufwendungen für den Naturschutzausgleich - Städtischer Anteil	10.000	-10.000	0	50.000	-40.000	10.000	50.000	0	50.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-10.000</b>			<b>-130.000</b>			<b>-20.000</b>	
95.	55100	72312300	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen	133.400	120.000	253.400	389.000	0	389.000	289.400	-120.000	169.400
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>120.000</b>			<b>0</b>			<b>-120.000</b>	
96.	55100	76290060	Vergabeleistungen für die Unterhaltung von Grünanlagen einschließlich Straßenbegleitgrün	1.740.000	-310.000	1.430.000	1.462.500	10.000	1.472.500	1.303.500	210.000	1.513.500
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-310.000</b>			<b>10.000</b>			<b>210.000</b>	
97.	55303	76710000	Gewerbesteuer	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700
	55303	76720000	Körperschaftssteuer	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600
	55303	76720010	Körperschaftssteuer - Solidaritätszuschlag	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700
	55303	76730000	Kapitalertragssteuer	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	55303	76730010	Kapitalertragssteuer - Solidaritätszuschlag	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-41.000</b>			<b>-41.000</b>			<b>-41.000</b>	
98.	55302	64150010	Laufende Grabnutzungsentgelt - Entgelte aus Dienstleistungen für den Bürger	228.000	-26.800	201.200	228.000	-26.800	201.200	228.000	-26.800	201.200
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-26.800</b>			<b>-26.800</b>			<b>-26.800</b>	
99.	55303	63120012	Verwaltungsgebühren (Ust)	52.000	-10.900	41.100	52.000	-10.900	41.100	52.000	-10.900	41.100
	55303	63220037	Benutzungsentgelte (Ust)	1.000.000	-133.500	866.500	1.000.000	-133.500	866.500	1.000.000	-133.500	866.500
	55303	64110020	Mieten und Pachten (19%)	14.500	-700	13.800	15.000	-700	14.300	14.500	-700	13.800
	55301	63250000	Laufende Grabnutzungsentgelte	1.287.000	-34.000	1.253.000	1.287.000	-34.000	1.253.000	1.287.000	-34.000	1.253.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-179.100</b>			<b>-179.100</b>			<b>-179.100</b>	
100.	54101	76290015	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Planungsleistungen	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000
	51104	76290016	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	165.000	-165.000	0	120.000	-120.000	0	120.000	-120.000	0
	54101	76290016	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	0	112.600	112.600	0	67.600	67.600	0	67.600	67.600
	51104	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000
	54101	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0
	54200	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	54300	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0
	54400	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0
	11111	76290014	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	94.300	-94.300	0	95.000	-95.000	0	95.000	-95.000	0
	11405	76290014	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	0	89.000	89.000	0	89.700	89.700	0	89.700	89.700
	11166	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500
	11166	76131010	Reise- und Fahrkosten	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000
	11166	76310020	Bürobedarf	3.700	-700	3.000	3.700	-700	3.000	37.000	-700	36.300
	11166	76310030	Vordrucke	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000
	11166	76321000	Bücher	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000
	11166	76341000	Fernmeldegebühren	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000
	11166	76346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000
	54101	72351010	Haltung von Fahrzeugen	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000
	54101	76412000	Kfz-Versicherungen	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900
	54101	76820000	Kfz-Steuer	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900
	11405	72210000	Hausgebühren	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	72420010	Verpflegung/ Bewirtung	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	72490050	sonstige Sachaufwendungen	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000
	11405	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11405	76310020	Bürobedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	11405	76310030	Vordrucke	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700
	11405	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	11405	76321000	Bücher	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	76331000	Porto	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	11405	76341000	Fernmeldegebühren	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	76344010	Wartung von Telekommunikationsgeräten	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	76346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	76930010	Repräsentationen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	72351010	Haltung von Fahrzeugen	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	76412000	Kfz-Versicherungen	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	11405	76820000	Kfz-Steuer	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>0</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
101.	53701	63222000	Entgelte für die Abfallentsorgung	17.218.800	1.706.900	18.925.700						
	53701	66290000	Sonstige laufende Einzahlungen	742.100	154.300	896.400						
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>1.861.200</b>							
	53701	72551000	Kostenerstattungen an private Unternehmen	6.683.100	941.100	7.624.200						
	53701	72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	11.272.700	551.700	11.824.400						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>1.492.800</b>							
102.	54501	63233000	Entgelte für Straßenreinigung	4.338.900	33.500	4.372.400						
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>33.500</b>							
	54501	72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	6.165.500	-167.600	5.997.900						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-167.600</b>							
103.	54502	72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	915.200	6.200	921.400						
	54502	72490170	Auszahlungen für Ersatzvornahmen	25.000	25.000	50.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>31.200</b>							
104.	55404	76251010	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	150.000	150.000	0	75.000	75.000		75.000	75.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>150.000</b>			<b>75.000</b>			<b>75.000</b>	
105.	12400	63120050	Gebühren für Laboruntersuchungen	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500
	12400	63120190	Gebühren aus der Hundehalterverordnung	1.500	2.300	3.800	1.500	2.300	3.800	1.500	500	2.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>4.300</b>			<b>4.300</b>			<b>2.500</b>	
106.	12400	72490030	Tierseuchenbekämpfung	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>25.000</b>			<b>25.000</b>			<b>25.000</b>	



lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
107.	55500	64110130	Jagdverpachtungen (USt)	42.000	-8.000	34.000	42.000	-15.000	27.000	42.000	-15.000	27.000
	55500	64190011	Sonstige - Einzahlungen aus Verkauf	620.000	-320.000	300.000	650.000	-340.000	310.000	650.000	-320.000	330.000
	55500	64190012	Sonstige - Einzahlungen aus Verkauf (10,7%)	40.000	-8.000	32.000	40.000	-8.000	32.000	42.000	-9.000	33.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-336.000</b>			<b>-363.000</b>			<b>-344.000</b>	
108.	54802	64110020	Mieten und Pachten	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-300.000</b>			<b>-300.000</b>			<b>-300.000</b>	
109.	54805	72336020	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder	500.000	-160.000	340.000	530.000	-130.000	400.000	650.000	-150.000	500.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-160.000</b>			<b>-130.000</b>			<b>-150.000</b>	
110.	54805	72336021	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder Schnatermann Polder 1 -Brutto	750.000	-650.000	100.000	750.000	-350.000	400.000	0	500.000	500.000
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-650.000</b>			<b>-350.000</b>			<b>500.000</b>	
111.	61103	61320700	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Ausgleich von Soziallasten im Zusammenhang mit flüchtlingsbezogenen Mehrbelastungen	0	400.600	400.600						
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>400.600</b>							
112.	61103	61110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	113.209.100	-833.300	112.375.800	112.315.400	-9.539.600	102.775.800	110.101.500	-2.525.700	107.575.800
	61103	61320200	Zuweisung übertragener Wirkungskreis	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500
	61103	61320210	Zuweisung Träger Katasterämter	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400
			<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		<b>-813.500</b>			<b>-9.519.800</b>			<b>-2.505.900</b>	
113.	61201	77511000	Zinsauszahlungen an Banken	1.764.600	-801.100	963.500	2.112.300	-1.331.800	780.500	2.416.100	-1.904.600	511.500
	61201	77514000	Zinsaufauszahlungen an Landesbanken	642.000	180.000	822.000	596.000	405.000	1.001.000	550.000	785.500	1.335.500
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>-621.100</b>			<b>-926.800</b>			<b>-1.119.100</b>	
114.	28100	72342000	Unterhaltung von Kunstgegenständen	70.000	100.000	170.000						
			<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		<b>100.000</b>							
<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>					<b>13.939.400</b>			<b>-7.550.200</b>			<b>-2.337.300</b>	
<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>					<b>4.598.900</b>			<b>6.408.400</b>			<b>5.811.400</b>	
<b>Saldo</b>					<b>9.340.500</b>			<b>-13.958.600</b>			<b>-8.148.700</b>	



Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
1	03	031111202100199	Modellprojekt "Smart Cities"	E1/ A2		Teilnahme am Förderprogramm Modellprojekte "Smart Cities made in Germany" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, auf der Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses vom 17.06.2020. Die Förderquote des Bundes beträgt 65%. Um den Digitalisierungsprozess der Ämter zu beschleunigen werden für 2021 zusätzlich 700.000€ benötigt.	0	0	195.000	300.000	195.000	300.000	0	0	0	0	507.000	780.000	507.000	780.000	0	0	767.000	1.180.000	767.000	1.180.000
2	06	101140420138899	Hard- und Software, Vernetzung		Digitalisierung/ mobiles Arbeiten	Anpassung an die Anzahl der gestellten Anträge 2020 und die Kapazitäten der Raumplanung.	0	0	0	700.000	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
3	10	1011401201200199	Möbiliar und Einrichtungen	004	elektromotorisch höhenverstellbare Schreibtische	Die Maßnahme Dauerausstellung auf dem Traditionsschiff wird mit 90% gefördert, so dass ein Mehrbedarf von 250 TEUR (Eigenmittelanteil) zusätzlich zu decken ist. Diese Mittel werden mit der Wirtschaftsplanung/Haushaltsplanung 2021 zusätzlich aus dem Kernhaushalt zur Verfügung gestellt.	0	100.000	0	70.000	0	-30.000	0	0	0	100.000	0	70.000	0	-30.000	0	100.000	0	70.000	0	-30.000
4	15	1557305202000199	IGA-Rostock 2003 GmbH Investitionszuschuss	001	Investitionszuschuss	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stärkt das Eigenkapital der RVV zur indirekten Stärkung des Eigenkapitals der RSAG durch die RVV zur Beschaffung neuer Straßenbahnen.	0	1.245.000	0	1.495.000	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
5	15	1554701202100199	Eigenkapitalerhöhung	001	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stärkt direkt das Eigenkapital der RSAG zur Beschaffung neuer Straßenbahnen.	0	0	0	4.900.000	0	4.900.000	0	0	0	0	0	4.900.000	0	4.900.000	0	0	0	4.900.000	0	4.900.000
6	15	1562600202100199	Eigenkapitalerhöhung	001	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	Der Eigenanteil der HRO für das Modellvorhaben "Modellkommune Rostock" wurde ursprünglich dem TH 20, Produkt 51106, als Zuschuss an ein Sondervermögen zugeordnet. Nunmehr wurde das Vorhaben vollständig im TH 99 unter der Bezeichnung Modellvorhaben "Warnowquartier" mit den Gesamtkosten und den Einzahlungen von Bund und Land eingeordnet.	0	0	0	100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	100.000	0	100.000	0	0	0	100.000	0	100.000
7	20	2051106202000120	Städtebauförderprojekt "Modellkommune"	001	Investitionszuschuss an die RGS	Durch die Verschiebung der Vorhaben Neubau Petritor, Neubau Verwaltungskomplex und Neubau Volkstheater in die Folgejahre ist die Bereitstellung des städtischen Eigenanteils anzupassen.	0	800.000	0	0	0	-800.000	0	0	0	5.000.000	0	0	0	-5.000.000	0	4.400.000	0	0	0	-4.400.000
8	20	6051106201200199	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"	008	Geleistete Investitions-zuschüsse an verbundene Unter-nehmen	Durch die pandemiebedingte Absicherung der Arbeitsfähigkeit wurde deutlich, dass der Digitalisierungsprozess dringend voran zu treiben ist. Aus diesem Grund hat sich das Kämmereramt bereit erklärt, eine Pilotrolle zu übernehmen. Um das Projekt umsetzen zu können und Arbeitsplätze flexibel und innovativer gestalten zu können, müssen die vorgesehenen flexiblen Arbeitsplätze entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorschriften und Dienstvereinbarungen ausgestattet werden.	0	6.389.800	0	5.838.900	0	-550.900	0	0	0	6.742.900	0	9.168.000	0	2.425.100	0	7.121.400	0	3.389.700	0	-3.731.700
9	20	2011602201800199	Möbiliar und Einrichtungen	005	Möbel - GwG	Um die Arbeitsplätze zukunftsorientiert ausstatten zu können, erhöht sich der finanzielle Bedarf.	0	3.000	0	30.000	0	27.000	0	0	0	10.000	0	10.000	0	0	0	10.000	0	10.000	0	0
10	20	201160220188899	Hard- und Software, Vernetzung	002	Hardware	Um die technischen Voraussetzungen für die anstehenden digitalen Prozesse schaffen zu können, erhöht sich der finanzielle Bedarf.	0	0	0	6.000	0	6.000	0	0	0	0	0	6.000	0	6.000	0	0	0	6.000	0	6.000
11	20	201160220188899	Hard- und Software, Vernetzung	004	Hardware - GwG	Zeitliche Umsetzung in 2021 nicht möglich. Ansätze und Verpflichtungsermächtigung wurden angepasst.	0	3.700	0	14.000	0	10.300	0	0	0	5.000	0	10.000	0	5.000	0	5.000	0	10.000	0	5.000
12	37	3712601201200799	BOS-Digitalfunkgeräte inklusive Anbindung an die Leitstelle	002	BOS-Digitalfunkgeräte inklusive Anbindung an die Leitstelle	Verschiebung der Ansätze auf Grundlage des Bedarfs.	0	140.400	0	0	0	-140.400	140.400	0	0	0	0	140.400	0	140.400	0	0	0	0	0	0
13	37	3712601999900099	Geringwertige Vermögensgegenstände (Kommunalrecht)	008	Dienst- und -Schutzkleidung	Eine Beschaffung im Jahr 2021 ist zeitlich nicht umsetzbar. Es erfolgt eine Verschiebung und Aufteilung in die Folgejahre. Damit die Vergabe schneller umgesetzt werden kann und die Verfahren eingekürzt werden können, werden die Ausschreibungen mit unterschiedlichen Lieferzeiten ausgeschrieben.	0	250.000	0	125.000	0	-125.000	0	0	0	250.000	0	150.000	0	-100.000	0	250.000	0	250.000	0	0
14	37	3712700201200699	Erwerb von Rettungswagen	002	Erwerb von Rettungswagen	Eine Beschaffung im Jahr 2021 wäre zeitlich nicht umsetzbar. Es erfolgt eine Verschiebung in das Folgejahr.	0	95.000	0	0	0	-95.000	192.500	0	0	97.500	0	192.500	0	95.000	0	0	0	0	0	0
15	37	3712700201200799	Erwerb Notarztsatzfahrzeug	002	Erwerb Notarztsatzfahrzeug	Eine Beschaffung im Jahr 2021 ist zeitlich nicht umsetzbar. Es erfolgt eine Verschiebung und Aufteilung in die Folgejahre. Damit die Vergabe schneller umgesetzt werden kann und die Verfahren eingekürzt werden können, werden die Ausschreibungen mit unterschiedlichen Lieferzeiten ausgeschrieben.	0	95.000	0	0	0	-95.000	292.500	103.000	0	197.500	0	292.500	0	95.000	0	103.000	0	103.000	0	0
16	37	3712700201200899	Erwerb Krankentransportwagen	002	Erwerb Krankentransportwagen		0	95.000	0	0	0	-95.000	292.500	103.000	0	197.500	0	292.500	0	95.000	0	103.000	0	103.000	0	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023		
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE
17	37	3712800201500299	Sirenenaufbau	002	Sirenenaufbau	Die laufenden Sirentests zeigen immer deutlich auf, dass nicht alle Einwohner Rostock im Katastrophenfall gewarnt werden können. Dementsprechend ist es notwendig den Ausbau der Sirenen in Rostock voran zu treiben. Das Land prüft zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ob eine Förderung (max. 50%) gegeben werden kann.	0	0	0	0	0	0	190.000	0	0	0	0	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	0	
18	40	4020101201900199	Umsetzung Medienentwicklungsplan	002	Sopo aus Inv.zuwendungen vom Land zweckgebunden	Weitergabe der Fördermittel an den KOE (durchlaufender Posten).	2.646.100	0	1.532.700	0	-1.113.400	0			2.722.100	0	999.700	0	-1.722.400	0	2.520.600	0	1.250.700	0	-1.269.900	0	
19	40	4020101201900199	Umsetzung Medienentwicklungsplan	005	Hardware und EDV - zweckgebunden	Finanzierung durch den KOE über Fördermittel.	0	2.646.100	0	1.532.700	0	-1.113.400			0	2.722.100	0	999.700	0	-1.722.400	0	2.520.600	0	1.250.700	0	-1.269.900	0
20	40	4020101201900199	Umsetzung Medienentwicklungsplan	007	Hardware und EDV-technische Ausstattung	Erhöhung der nicht-zuwendungsfähigen Kosten für u.a. Präsentationstechnik, Eigenmittel für das im Rahmen der Coronapandemie aufgelegte Sofortförderprogramm zur Beschaffung mobiler Endgeräte für Schulen zur Leihe an bedürftige Schüler	0	367.500	0	1.148.200	0	780.700			0	132.600	0	647.400	0	514.800	0	130.900	0	492.900	0	362.000	0
21	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	002	Datenverarbeitungssoftware	Coronabedingt notwendige Anschaffung von Schulanmeldungssoftware, da sich die Eltern lt. Verordnungslage nicht mehr in den Schulen bewegen sollen. Anschaffung von digitalen Medienlizenzen, schulpflichtige Aufgabe, Coronabedingte Angebote für E-Learning. Lizenzkosten Win7 Umstellung Verwaltungsarbeitsplätze an Schulen und Lehrbetrieb.	0	0	0	245.000	0	245.000			0	8.000	0	8.000	0	0	0	8.000	0	8.000	0	0	0
22	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	006	Hardware	Coronabedingte mobile Arbeit, Einführung E-Akte, Ausstattung der Beratungsräume und Büro AL mit Präsentationstechnik für Videotelefonie, Webkonferenz, Bedarf an Diagnosetechnik für Stadtmedienzentrum. Koffer für die zentrale Verwahrung Tablets, Notebooks in den Schulen - Anschaffung im Rahmen des Sofortprogramms Corona.	0	0	0	317.000	0	317.000			0	6.000	0	6.000	0	0	0	10.000	0	10.000	0	0	0
23	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	012	Standardsoftware unter 410	Notwendige Beschaffung im Rahmen des Sofortprogramms Corona.	0	800	0	51.700	0	50.900			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
24	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	018	GWG - Hardware	Ersatzbeschaffung von Hardware, bedingt durch Umstellung von Win7 auf Win10.	0	4.200	0	925.000	0	920.800			0	0	0	4.200	0	4.200	0	0	0	0	0	0	0
25	40	4023104999900120	Software, Schulmöbel, Hardware, Lehr- u. Unterrichtsmittel	008	Hardware und EDV-technische Ausstattung	Ausstattung mit Präsentationstechnik nach coronabedingtem Umzug zweier nicht ausgestatteter Räume	0	0	0	10.000	0	10.000			0	1.000	0	1.000	0	0	0	1.000	0	1.000	0	0	0
26	40	4042401201200114	Standortsicherung Wasserspringen Short Track	008	Standortsicherung		64.000	64.000	0	0	-64.000	-64.000			64.000	64.000	0	0	-64.000	-64.000	64.000	64.000	0	0	-64.000	-64.000	
27	40	4042401201400199	Ersatzbeschaffung von Sportgeräten	002	Sportgeräte		0	48.400	0	37.200	0	-11.200			0	50.000	0	37.500	0	-12.500	0	50.000	0	37.500	0	-12.500	0
28	40	4042401201400299	Ersatzbeschaffung von Sportgeräten	008	Hardware und EDV-technische Ausstattung		0	8.000	0	6.000	0	-2.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
29	40	4042401201400299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	002	Fahrzeuge		0	6.000	0	0	0	-6.000			0	80.000	0	60.000	0	-20.000	0	30.000	0	22.500	0	-7.500	0
30	40	4042401201400299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	004	sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung		0	65.300	0	45.800	0	-19.500			0	60.000	0	45.000	0	-15.000	0	40.000	0	30.000	0	-10.000	0
31	40	4042401201400199	Geringwertige Vermögensgegenstände (Steuerrecht)	002			0	36.100	0	16.300	0	-19.800			0	10.000	0	7.500	0	-2.500	0	10.000	0	7.500	0	-2.500	0
32	40	4042401202000101	Sportgeräte Stadion Sportpark Warnemünde	001	Sportgeräte		0	0	0	0	0	0			0	25.000	0	0	0	-25.000	0	0	0	0	0	0	0
33	40	4042401202000310	Ausstattung Sportgeräte nach Sanierung SPH Kopenhagener Str. 5a/b	001	Sportgeräte	Aufteilung der Ansätze bzw. Übertragung der Maßnahmen auf Grund der Gründung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt.	0	125.000	0	0	0	-125.000			0	125.000	0	0	0	-125.000	0	0	0	0	0	0	0
34		4042402202000110	Ausstattung Sportcampus und Funktionsgebäude Danziger Str.	001	Sportgeräte			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000	0	0	-6.000	0	
35	40	4042401202000724	Ausstattung nach Sanierung Sporthalle O.-Palme-Str. 24	001	Sportgeräte	Verschiebung auf Grund der Planugn des KOE nach 2022.	0	50.000	0	0	0	-50.000			0	0	0	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0
36	40	4042401202100124	Ausstattung nach Sanierung Sporthalle O.-Palme-Str. 19	001	Sportgeräte	Anpassung an Bauausführung des KOE.	0	0	0	50.000	0	50.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
37	41	4142405202100199	Möbiliar und Einrichtungen	002	Möbel - GwG		0	0	0	30.000	0	30.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
38	41	4142405202100199	Möbiliar und Einrichtungen	001	Möbel		0	0	0	5.000	0	5.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
39	41	4142405202188899	Hard- und Software, Vernetzung	001	Datenverarbeitungs-Software		0	0	0	4.000	0	4.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
40	41	4142405202188899	Hard- und Software, Vernetzung	002	Hardware		0	0	0	86.500	0	86.500			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
41	41	4042401201200114	Standortsicherung Wasserspringen Short Track	A8/E1 0	Standortsicherung		0	0	64.000	64.000	64.000	64.000			0	0	64.000	64.000	64.000	64.000	0	0	64.000	64.000	64.000	64.000	64.000
42	41	4142403202100199	Beschaffung von Sportgeräten	001	Sportgeräte		0	0	0	11.200	0	11.200			0	0	0	12.500	0	12.500	0	0	0	12.500	0	12.500	0
43	41	4142403202100199	Beschaffung von Sportgeräten	002	Hardware und EDV-technische Ausstattung		0	0	0	2.000	0	2.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
44	41	4142403202100199	Beschaffung von Sportgeräten	003	Sportgeräte - GwG		0	0	0	19.800	0	19.800			0	0	0	2.500	0	2.500	0	0	0	2.500	0	2.500	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
45	41	4142403202100299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	001	Fahrzeuge	Die Ansätze ergeben sich auf Grundlage der dem Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt übertragenen Aufgaben.	0	0	0	6.000	0	6.000			0	0	0	20.000	0	20.000	0	0	0	7.500	0	7.500
46	41	4142403202100299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	002	sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung		0	0	0	19.500	0	19.500			0	0	0	15.000	0	15.000	0	0	0	10.000	0	10.000
47	41	4142403202100101	Sportgeräte Stadion Sportpark Warnemünde	001	Sportgeräte		0	0	0	0	0	0			0	0	0	25.000	0	25.000	0	0	0	0	0	0
48	41	4142403202100310	Ausstattung Sportgeräte Sanierung SpH Kopenhagener Str. 5a/b	001	Sportgeräte		0	0	0	125.000	0	125.000			0	0	0	125.000	0	125.000	0	0	0	0	0	0
49	41	4142404202100110	Ausstattung Sportcampus und Funktionsgebäude Danziger Str.	001	Sportgeräte		0	0	0	125.000	0	125.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000	0	6.000
50	41	4142403202100110	Erstausstattung Sportplatz (Baseball) Kopenhagener-Str.	001			0	0	0	20.000	0	20.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
51	41	4142102202100112	Investitionszuschuss an den Rostocker Nasenbären e.V	001	Investitionszuschuss	Basis für die Bereitstellung der Mittel ist die Richtlinie über die Sportförderung der HRO. Gem. Punkt 5.2.4 sind bei dieser Maßnahme 25% der Gesamtbaukosten unter Beachtung der speziellen Voraussetzungen für eine Bauförderung (4.2) förderfähig. Um den Trainings- und Spielbetrieb weiterhin aufrecht erhalten zu können und den Fortbestand des Vereines zu sichern, ist die Aufnahme in den Ergänzungsbeschluss für den Haushalt 2021 unumgänglich.	0	0	0	100.000	0	100.000			0	0			0	0	0	0			0	0
52	42	4227201202100199	Programm für digitale Interaktion in Kulturinstitutionen	001	Fördermittel der Kulturstiftung des Bundes	Die Bundeskulturstiftung schüttet im Rahmen der Förderlinie "Digitalisierung für kulturelle und soziokulturelle Einrichtungen Summen zwischen 25.000 und 500.000 EUR aus. Das Amt 42 stellt einen Antrag über eine Fördersumme von 50.000 EUR. Ein 10%iger Eigenanteil des Antragstellers muss dargestellt werden. Dieser Anteil in Höhe von 5.000 EUR wurde im Verwaltungshaushalt aufgenommen.	0	0	25.000	25.000	25.000	25.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
53	43	4327101201388899	Hard-und Software, Vernetzung	004	Standardsoftware	Die Hard- und Software wird in der Verwaltungstätigkeit geplant, da sie durch die Verschiebung der Wertgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände nicht	0	2.800	0	0	0	-2.800	0	0	0	9.500	0	0	0	-9.500	0	1.300	0	0	0	-1.300
54	43	4327101201388899	Hard-und Software, Vernetzung	006	Hardware- u. EDV-Ausstattung		0	49.600	0	40.000	0	-9.600	0	0	0	29.600	0	20.000	0	-9.600	0	29.500	0	20.000	0	-9.500
55	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	004	Standard-Software		0	0	0	4.000	0	4.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
56	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	017	DV-Software, Immaterielle VG, Fachsoftware		0	0	0	10.200	0	10.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
57	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	019	Projekt Digitalisierung Musikschule HW	Fortsetzung des Projektes Digitalisierung in den Musikschulen, gefördert vom Landesverband der Musikschulen in M-V e.V. Die Förderquote beträgt 66%.	0	0	0	12.800	0	12.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
58	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	018	Projekt Digitalisierung Musikschule		0	0	18.200	0	18.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
59	45	4525101202000219	Umbau Dauerausstellung Spielzeug/ Kunstgewerbe	001		Verschiebung aufgrund der Überprüfung der Kassenwirksamkeit.	0	230.000	0	0	0	-230.000	0	0	0	0	0	230.000	0	230.000	0	0	0	0	0	0
60	45	4525101202000319	Umgestaltung Freianlagen Klostergarten	001		Verschiebung aufgrund der Planungsreife.	0	40.000	0	0	0	-40.000	0	0	0	0	0	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	0
61	61	6153601202000199	Breitbandausbau	A1/E2-4		Die HRO als Zuwendungsempfängerin trägt die zweckgebundenen Investitionen für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den unterversorgten Gebieten. Die Finanzierung von Investitionen des geförderten Projektes ist durch die vorliegenden vorläufigen Zuwendungsbescheide (e-Akte 832.5/3-19 09MV300061) des Bundes und des Landes M-V zugesichert. Das Landesministerium hat am 17.19 zudem die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils aus Mitteln des Sondervermögens "Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern" zugesichert.	8.600.000	8.600.000	5.185.000	5.185.000	-3.415.000	-3.415.000	0	0	8.600.000	8.600.000	9.449.500	9.449.500	849.500	849.500	8.600.000	8.600.000	731.000	731.000	-7.869.000	-7.869.000
62	62	6211402999900299	Einnahmen aus Verkauf von Grundstücken und Baulichkeiten	008	Verkauf Grundstücke und Baulichkeiten	Finanzierung von Investitionen des geförderten Projektes ist durch die vorliegenden vorläufigen Zuwendungsbescheide (e-Akte 832.5/3-19 09MV300061) des Bundes und des Landes M-V zugesichert. Das Landesministerium hat am 17.19 zudem die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils aus Mitteln des Sondervermögens "Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern" zugesichert.	7.300.000	0	7.500.000	0	200.000	0	0	0	1.300.000	0	7.500.000	0	6.200.000	0	1.300.000	0	1.300.000	0	0	0
63	62	6251108201700299	Ersatzbeschaffung Vermessungsfahrzeuge	002	Fahrzeuge	Aufgrund der laufenden Einführung von Elektro-Fahrzeugmodellen wird eine Verschiebung des Planansatzes 2021 in das Finanzplanungsjahr 2023 beantragt. Eine Verringerung des Planansatzes in 2023 ist zzt. nicht absehbar. Informationen zu konkreten Kosten müssen zusammen mit dem Amt 67 erhoben werden. Evtl. kommen statt des Kaufs auch Leasing-Modelle in Frage.	0	50.000	0	0	0	-50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	0	50.000	

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
64	62	6251108201700299	Ersatzbeschaffung Vermessungsfahrzeuge	004	Veräußerung Vermessungsfahrzeuge	Aufgrund der Verschiebung der Maßnahme Erwerb eines neuen Vermessungsfahrzeuges in das HH-Jahr 2023 kommt es ebenfalls zu einer Verschiebung der Veräußerung des aktuellen Vermessungsfahrzeuges in dasselbe HH-Jahr.	5.000	0	0	0	-5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5.000	0	5.000	0	
65	66	6654101999900999	Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV	002		Der neue Ansatz 2021 entspricht den Abstimmungen mit dem WWAV über den in der Verbandsversammlung beschlossenen Maßnahmeplan 2021. In dieser Summe sind die Vorhaben zusammengefasst, von denen bereits jetzt Kenntnis über die Kassenwirksamkeit in 2021 besteht. Es erfolgen regelmäßige Gespräche mit dem WWAV um die Vorhaben und deren Kosten stetig zu konkretisieren und bei Veränderungen entsprechend handeln zu können.	0	1.000.000	0	2.200.000	0	1.200.000	1.500.000	500.000	0	1.000.000	0	2.500.000	0	1.500.000	0	900.000	0	2.500.000	0	1.600.000
66	66	6654101201202016	Sanierung /Umgestaltung Ulmenstraße	008		Durch Verzögerungen im Bauablauf verschiebt sich der 3. Bauabschnitt.	0	200.000	0	0	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
67	66	6654101202001312	Brückenbauwerk 145- über Scharmer Bach BW 145	001		Die Schäden am Bauwerk 145 sind nach eingehender Untersuchung nicht so gravierend wie angenommen. Die Brücke kann instand gesetzt werden; die Kosten hierfür stellen laufenden Aufwand dar. Die eingeplanten Mittel in 2022 und entsprechende VE in 2021 für das Jahr 2022 i.H.v. 1.350.000,00 € werden zur Finanzierung anderer Ingenieurbauwerke benötigt (Ansatz wird im Zuge der nächsten HHPlanung umverteilt).	0	120.000	0	0	0	-120.000	1.350.000	0	0	1.350.000	0	1.350.000	0	0	0	0	0	0	0	
68	66	6654101201700712	Ersatzneubau Scharmer Damm BW 131	002		Es werden zusätzliche Mittel in 2021 benötigt , um die Planung des Ersatzneubaus für das Brückenbauwerk 131 voran zu bringen	0	0	0	120.000	0	120.000	500.000	0	0	500.000	0	500.000	0	0	0	2.600.000	0	2.600.000	0	0
69	66	6654101201701315	Radschnellweg Barnstorfer Wald	3/2		Die Ausführung des Projektes muss aufgrund von Planungsrückständen verschoben werden.	500.000	1.000.000	100.000	200.000	-400.000	-800.000	0	0	300.000	600.000	300.000	600.000	0	0	0	0	400.000	800.000	400.000	800.000
70	66	6654101201702399	Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet, inkl. Bike&Ride	2/4		Die Herstellung neuer Fahrradabstellanlagen in der Größenordnung des Ansatzes ist derzeit nicht umsetzbar.	75.000	150.000	0	25.000	-75.000	-125.000	0	0	75.000	150.000	0	25.000	-75.000	-125.000	150.000	250.000	150.000	250.000	0	0
71	66	6654101201800717	Straßenbau Nordex	6/2		Die Maßnahme verschiebt sich aufgrund von ausstehendem Grunderwerb. Gemäß vorliegendem Änderungsbescheid des Förderinstitutes werden die Mittel in das Jahr 2023 verschoben. Die Förderquote beträgt 80%.	500.000	500.000	0	0	-500.000	-500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	500.000	400.000	500.000
72	66	6654101201900724	Erneuerung Petersdorfer Str.	002		Nach derzeitigem Kenntnisstand werden die eingeplanten Mittel aus dem Entwurf nicht ausreichen. Es sind Mehrkosten in Höhe von 200.000,00 € zu erwarten.	0	150.000	0	350.000	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
73	66	6654101202000120	Erneuerung des Umfeldes am John-Brinckman-Brunnen	001		Das Ergebnis der Ausschreibung lässt eine Kürzung des Ansatzes um 200.000 € zu.	0	520.000	0	320.000	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
74	66	6654101201501708	Neubau der Verlängerung Mecklenburger Allee bis Elmenhorst Mecklenburger Allee	002		Es werden zusätzliche Mittel i.H.v. 220.000,00 € für die Bauüberwachung benötigt; diese waren im Ansatz bisher nicht berücksichtigt.	0	2.000.000	0	2.220.000	0	220.000	0	0	0	2.700.000	0	2.700.000	0	0	0	1.500.000	0	1.500.000	0	0
75	66	6654101999900499	Erneuerung und Sanierung Straßenbeleuchtung	002		Der Ansatz aus dem Entwurf reicht bei weitem nicht aus, um dem Sanierungs- und Erneuerungsbedarf im Bereich der Straßenbeleuchtung gerecht zu werden.	0	341.000	0	441.000	0	100.000	0	0	0	1.000.000	0	1.000.000	0	0	0	800.000	0	800.000	0	0
76	66	6654101201801417	städtischer Anteil Wohnungsbaustandort Am Südring Groter Pohl	002		Der B-Plan für den Wohnungsbaustandort Groter Pohl wird komplett neu überarbeitet. Mit dem neuen Beschluss wird nicht vor Ende 2021/ Anfang 2022 gerechnet.	0	300.000	0	0	0	-300.000	-300.000	-300.000	0	300.000	0	300.000	0	0	0	300.000	0	300.000	0	0
77	66	6654300202000220	B-Plan- Weißes Kreuz, Planstraße B	A1/E2		Nach Verhandlungen mit dem Investor muss die Stadt diesem die Erschließungsanlagen komplett nach Vorliegen der Schlussrechnung (ca. 620.000 EUR erstatten. Die 76 TEUR entsprechen dem Anteil des Investors an den Erschließungsbeiträgen. Im Jahr 2022 erfolgt die Beitragsbescheidung an weitere Anlieger.	0	60.000	76.000	620.000	76.000	560.000	0	0	0	0	430.000	0	430.000	0	0	0	0	0	0	0
78	66	6654101202001819	Grundhafter Ausbau Talstraße	001		Zur Ausschreibung der gesamten Leistung in 2021 wird eine Verpflichtungsermächtigung für die in 2022 zahlungswirksam werdenden Mittel in Höhe von 75.000 EUR benötigt.	0	75.000	0	75.000	0	0	75.000	0	0	75.000	0	75.000	0	0	0	0	0	0	0	0
79	66	6654101201304099	Gehwegsanierungen im Stadtgebiet	002		Das geplante Vorhaben "Gehwegerneuerung Heinrich-Schütz-Straße" ist aufgrund seines	0	390.000	0	396.000	0	6.000	0	0	0	500.000	0	500.000	0	0	0	500.000	0	500.000	0	0
80	66	6654101202004613	Gehwegerneuerung Heinrich-Schütz-Straße	001		insgesamten finanziellen Umfangs als separate Maßnahme zu zeigen. Daher ist eine	0	0	0	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
81	66	6654101201900499	Radwegsanierung im Stadtgebeit	002		Das in 2021 auszuführende Vorhaben "Sanierung kombinierter Geh- und Radweg Kranichweg" ist aufgrund seines	0	250.000	0	50.000	0	-200.000	0	0	0	250.000	0	250.000	0	0	0	150.000	0	150.000	0	0
82	66	6654101202004711	Sanierung kombinierter Geh- und Radweg Kranichweg	001		finanziellen Umfangs als separate Maßnahme zu zeigen. Daher ist eine Umverteilung der Mittel	0	0	0	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
83	66	6654101201388899	Auszahlungen bewegliche Sachen des Anlagevermögens über Wertgrenzen (Hardware u. tech. Ausstattung)	026	GWG-Hardware	Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 vom 15.05.2020. Umverteilung in den TH 68.	0	30.000	0	20.500	0	-9.500	0	0	0	50.000	0	50.000	0	0	0	50.000	0	50.000	0	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
84	66	6654101201802218	städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte Kiefernweg	002		Nach Rücksprache mit dem Erschließungsträger wird der städtische Anteil erst im Jahr 2022 abgerufen. Die Maßnahme ist abgeschlossen und wird in Ende 2020 schlussgerechnet.	0	700.000	0	0	0	-700.000	0	0	0	0	700.000	0	700.000	0	0	0	0	0	0	
85	66	6654101201300420	Straßenbau Petridamm	002		Die Hinweisschilder an den Standorten der A19 und A20 sind veraltet und müssen erneuert werden	400.000	400.000	400.000	0	0	-400.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
86	66	6654400202000499	Touristische Hinweisschilder	001		Eine Baumaßnahme des KOE am Standort verzögert sich. Dadurch verschiebt sich auch die Ausführung des Bauvorhabens. Die Errichtung neuer Wohnungsbaustandorte verzögert sich.	0	0	0	80.000	0	80.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
87	67	6755100201400499	Sanierung/Neubau Wegeflächen in Grünanlagen	032	Wegebau Schwanenteichpark - Vorfläche Kunsthalle	Der Baubeginn verschiebt sich in das HH-Jahr 2021. Dementsprechend verschiebt sich auch der geplante Ansatz für 2021 um ein Jahr. Die Dauer der Ausschreibung und der Herstellung der Anlage lässt eine Lieferung erst in 2022 zu. Auf Grund von Verzögerungen werden die Ansätze für die Bauausführung in Folgejahre verschoben.	0	60.000	0	0	0	-60.000	60.000	60.000	0	60.000	0	60.000	0	0	0	0	60.000	0	60.000	
88	67	6755100201800599	Städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte	002	Umsetzung B-Pläne	Der Baubeginn verschiebt sich in das HH-Jahr 2021. Dementsprechend verschiebt sich auch der geplante Ansatz für 2021 um ein Jahr. Die Dauer der Ausschreibung und der Herstellung der Anlage lässt eine Lieferung erst in 2022 zu. Auf Grund von Verzögerungen werden die Ansätze für die Bauausführung in Folgejahre verschoben.	0	40.000	0	0	0	-40.000	40.000	340.000	0	340.000	0	40.000	0	-300.000	0	420.000	0	340.000	0	-80.000
89	67	6755100201800299	Sanierung/ Neubau Lagerplätze	002	Freilager Tannenweg	Der Baubeginn verschiebt sich in das HH-Jahr 2021. Dementsprechend verschiebt sich auch der geplante Ansatz für 2021 um ein Jahr. Die Dauer der Ausschreibung und der Herstellung der Anlage lässt eine Lieferung erst in 2022 zu. Auf Grund von Verzögerungen werden die Ansätze für die Bauausführung in Folgejahre verschoben.	0	1.968.000	0	0	0	-1.968.000	1.968.000	0	0	0	1.968.000	0	1.968.000	0	0	0	0	0	0	
90	67	6755301201200115	Erwerb Fahrzeuge / Spezialtechnik	034	Kompostieranlage	Der Baubeginn verschiebt sich in das HH-Jahr 2021. Dementsprechend verschiebt sich auch der geplante Ansatz für 2021 um ein Jahr. Die Dauer der Ausschreibung und der Herstellung der Anlage lässt eine Lieferung erst in 2022 zu. Auf Grund von Verzögerungen werden die Ansätze für die Bauausführung in Folgejahre verschoben.	0	218.800	0	0	0	-218.800	218.000	0	0	0	218.800	0	218.800	0	0	0	0	0	0	
91	67	6755303201800113	Sanierung/Neubau Krematorium	002		Der Baubeginn verschiebt sich in das HH-Jahr 2021. Dementsprechend verschiebt sich auch der geplante Ansatz für 2021 um ein Jahr. Die Dauer der Ausschreibung und der Herstellung der Anlage lässt eine Lieferung erst in 2022 zu. Auf Grund von Verzögerungen werden die Ansätze für die Bauausführung in Folgejahre verschoben.	0	382.500	0	204.000	0	-178.500	1.263.500	694.000	0	1.085.000	0	1.263.500	0	178.500	0	694.000	0	694.000	0	0
92	67	6755401201200399	Baumfonds	006	Einzahlungen Baumfonds für Baumsatzpflanzungen	Der Ansatz wird auf Grund sinkender Einzahlungen reduziert.	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	0	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	
93	67	6755401201200399	Baumfonds	010	Baumsatzpflanzungen aus Baumfonds	Der Ansatz wird auf Grund sinkender Einzahlungen reduziert.	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	0	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	80.000	0	40.000	0	-40.000
94	68	6811405202000199	technische Ausstattung Amt	001		Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 vom 15.05.2020. Umverteilung aus dem TH 66 in den TH 68.	0	0	0	9.500	0	9.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
95	68	0311111201800199	EU Projekt Interreg-BSR-cities, multimodal	002		Erstattung der Kosten die die HRO vorfinanziert hat.Voraussichtlich im Q1/2021 wird die HRO die Anzahlungen für die in 2020 getätigten Auszahlungen für inv. Maßnahmen vom Fördermittel-Geber erhalten.	0	0	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
96	73	7353301201800130	Löschwasserteich Stuthof	002	Löschwasserversorgung Stuthof	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	20.000	0	17.400	0	-2.600	0	0	0	100.000	0	102.600	0	2.600	0	0	0	0	0	
97	73	7355201201500920	Investitionsstauabbau OT Brinkmannsdorf	002	Rohrleitung Hefegraben einschließlich Schachtbauwerk	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	185.000	0	0	0	-185.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	185.000	0	185.000	
98	73	7355201201501123	Investitionsstauabbau OT Dierkow West	002	Rohrleitung 11 und 11/1 einschließlich Schachtbauwerke	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.320.000	0	1.205.000	0	-115.000	0	980.000	0	1.095.000	0	115.000
99	73	7355201201800418	Sanierung Rote-Burg-Graben	002	Hydrologie Wohnungsbau	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	44.400	0	0	0	-44.400	0	0	0	273.900	0	44.400	0	-229.500	0	300.000	0	273.900	0	-26.100
100	73	7355201202000305	Ausbau des Gewässers 13/3/2/1	001	Gewässerausbau Neu Hinrichsdorf	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	68.000	0	0	0	-68.000	0	0	0	207.000	0	68.000	0	-139.000	0	0	0	207.000	0	207.000
101	73	7355201202000405	Entrohrung des Gewässers 28/10	001	Hauptentwässerungssache Hinrichshagen	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	0	0	0	-250.000	0	0	0	250.000	0	250.000
102	82	8255500201700206	Forstwirtschaftlicher Wegebau	004	Holzabfuhrwege	Einplanung einer Verpflichtungsermächtigung zur rechtezeitigen Auftragsvorbereitung & -vergabe.	0	0	0	0	0	0	200.000	140.000	0	200.000	0	200.000	0	0	0	140.000	0	140.000	0	0
103	82	8255500201700206	Forstwirtschaftlicher Wegebau	005	Betriebswege	Einplanung einer Verpflichtungsermächtigung zur rechtezeitigen Auftragsvorbereitung & -vergabe.	0	0	0	0	0	0	80.000	80.000	0	80.000	0	80.000	0	0	0	80.000	0	80.000	0	0
104	82	8255500202000106	Waldanlage	002	Waldrand	Die ursprünglich in 2020 geplante Maßnahme kann nicht begonnen werden. Sie wird in 2022 neu geplant.	0	0	0	0	0	0	98.000	0	0	0	0	98.000	0	98.000	0	0	0	0	0	0
105	82	8255500202000106	Waldanlage	003	Hecken	Die ursprünglich in 2020 geplante Maßnahme kann nicht begonnen werden. Sie wird in 2022 neu geplant.	0	4.000	0	0	0	-4.000	34.000	0	0	4.000	0	34.000	0	30.000	0	4.000	0	4.000	0	0
106	83	6654802201500201	Sportboothafen Warnemünde	004	Steganlaae - BeA	Bei den Abbrucharbeiten sowohl im 1. als auch im 2. Bauabschnitt sind Mengenerhöhungen aufgetreten, die im Unterwasserbereich lagen und im Vorfeld nicht erkennbar waren. Behördliche Auflagen zur Baustellensicherung, zur Ausführung der Rammarbeiten und zu einem Langzeit-Monitoring haben ebenfalls zu nicht eingeplanten Kostensteigerungen geführt. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2020/2021, waren diese unvorhersehbaren Mehrauszahlungen in dieser Höhe nicht bekannt.	2.510.400	2.560.400	2.510.400	3.060.400	0	500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
107	83	6654802201200101	Neugestaltung Werftbecken	E6/A8		Für die Umgestaltung des Werftbeckens in einen Mehrzweckhafen als Bestandteil der touristischen Gesamtkonzeption bekennt sich die HRO zu ihrer Verantwortung zur Weiterentwicklung der Kalkanten, der maritimen Wirtschaft und des Kreuzschiffahrtstourismus. Die Prioritäten, Umsetzung und der Finanzierungsumfang haben sich verschoben und geändert. Die Entscheidungen, ob für das Vorhaben eine Zuwendungswürdigkeit besteht wurde vom LFI-MV noch nicht bestätigt. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wurde noch nicht gestellt.	5.550.000	7.400.000	0	500.000	-5.550.000	-6.900.000	20.000.000	20.000.000	26.250.000	35.000.000	18.000.000	20.000.000	-8.250.000	-15.000.000	26.250.000	35.000.000	18.000.000	20.000.000	-8.250.000	-15.000.000
108	83	8354801202000420	Mühlendammseleuse- Herstellung der Hochwassersicherheit	001		Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2020/2021 wurden keine Einzahlungen geplant. Im Laufe der Vorbereitungen für den Investitionsablauf wurde festgestellt, dass die Abrechnung der Maßnahme verschoben wird und die Auszahlungen/Einzahlung in gleicher Höhe geplant werden sollen.	0	100.000	450.000	450.000	450.000	350.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
109	83	8354805201800103	Spülfeld Radelsee	E2/A4		Die Genehmigungplanung wird frühestens Ende 2020 Anfang 2021 eingereicht. (abhängig von beizubringenden Unterlagen, Emissionsbetrachtungen und Erstellung Anzeigunterlagen). Der Beginn der Genehmigungserteilung soll im 3. Quartal 2021 erfolgen. Nach Ausführungsplanung und das Vergabeverfahren der Bauleistungen EU-weit, ist mit einem Baubeginn Anfang 2022 zu rechnen. Durch diese Umstände, ist es notwendig, die Investitionen/Planung neu zuordnen.	2.040.000	3.400.000	0	0	-2.040.000	-3.400.000	3.000.000	3.000.000	0	0	1.800.000	3.000.000	1.800.000	3.000.000	0	0	1.800.000	3.000.000	1.800.000	3.000.000
110	83	6654803202000329	Neubau LP 31/32 auf dem Pier II	001		Ersatzneubau für 360 m Kaianlage, mit Wassertiefe von 11,5 m. Ein Antrag auf Zuwendung wurde am 25.06.2020 gestellt. Die Bestätigung der Förderung ist erfolgt.	0	0	7.100.000	7.100.000	7.100.000	7.100.000	0	0	0	0	15.517.000	15.517.000	15.517.000	15.517.000	0	0	0	0	0	0
111	83	6654803202000429	Neubau LP 45/46 auf dem Pier II	001		Ersatzneubau für 420 m Kaianlage, mit Wassertiefe von 12,5 m. Ein Antrag auf Zuwendung wurde am 02.01.2020 gestellt.	0	0	9.000.000	9.000.000	9.000.000	9.000.000	0	0	0	0	6.300.000	6.300.000	6.300.000	6.300.000	0	0	6.450.000	6.450.000	6.450.000	6.450.000
112	90	9061103999900099	investiv gebundene Zuweisung FAG	006		Die Anpassung der investiven Schlüsselzuweisungen erfolgte auf Grundlage des Erlasses vom Oktober 2020.	12.746.000	0	16.025.600	0	3.279.600	0	0	0	13.639.700	0	15.625.600	0	1.985.900	0	15.853.600	0	12.044.500	0	-3.809.100	0
113	99	9955105202000125	Hechtgrabenniederung	E2/A3	Einzahlungen: Landesförderung und Auszahlungen: geleistete Anzahlungen	Anpassung auf Grundlage der neuer Planung	0	300.000	0	300.000	0	0	0	0	100.000	800.000	0	700.000	-100.000	-100.000	1.500.000	1.000.000	0	416.000	-1.500.000	-584.000
<b>Summe</b>							<b>43.016.500</b>	<b>46.822.800</b>	<b>50.261.900</b>	<b>51.897.600</b>	<b>7.245.400</b>	<b>5.074.800</b>	<b>31.494.900</b>	<b>24.915.000</b>	<b>53.130.800</b>	<b>73.193.600</b>	<b>76.532.800</b>	<b>89.961.500</b>	<b>23.402.000</b>	<b>16.767.900</b>	<b>56.318.200</b>	<b>69.536.700</b>	<b>43.402.200</b>	<b>56.265.200</b>	<b>-12.916.000</b>	<b>-13.271.500</b>



**Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Haushaltsjahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**
**Anlage 1.6 b**

TH	Maßnahmenummer	Bezeichnung	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023	VE in 2021 für		
						2022	2023	Gesamt
10	1011401201700213	Mobiliar und Ausstattung nach Sanierung HdBuU	20.000	212.000	60.000	212.000	0	<b>212.000</b>
32	3212202202000299	Terminvereinbarungssystem	0	100.000	0	100.000	0	<b>100.000</b>
37	3712601201200799	BOS-Digitalfunkgeräte inklusive Anbindung an die Leitstelle	0	140.400	0	140.400	0	<b>140.400</b>
37	3712601201500499	Erwerb Gerätewagen Berufsfeuerwehr	208.000	0	363.000	0	363.000	<b>363.000</b>
37	3712601201600299	Erwerb Abrollbehälter	0	113.000	234.000	113.000	234.000	<b>347.000</b>
37	3712601202000399	Ausstattung Neubau Feuerwache III	0	0	2.077.000	0	2.077.000	<b>2.077.000</b>
37	3712601202000599	Notfallleitstelle Neubau Feuerwache III	0	0	1.012.000	0	1.012.000	<b>1.012.000</b>
37	3712603201800199	Einrichtung der Ausbildungsstätte für Brandmeisteranwärter	78.800	44.000	554.500	0	500.000	<b>500.000</b>
37	3712700201200699	Erwerb von Rettungswagen	0	593.000	298.000	593.000	298.000	<b>891.000</b>
37	3712700201200799	Erwerb Notarzteinsetzfahrzeug	0	192.500	0	192.500	0	<b>192.500</b>
37	3712700201200899	Beschaffung und Umbau von Krankentransportwagen	0	292.500	103.000	292.500	103.000	<b>395.500</b>
37	3712700202000199	Beschaffung Abrollbehälter SEG-RD	0	260.000	0	260.000	0	<b>260.000</b>
37	3712700202000299	Ausstattung Neubau Rettungswache III	0	0	183.000	0	183.000	<b>183.000</b>
37	3712800201400199	Innenausstattung Katastrophenschutzlager	0	30.000	0	30.000	0	<b>30.000</b>
37	3712800201500299	Sirenenaufbau	0	190.000	0	190.000	0	<b>190.000</b>
40	4020101202000199	Ausstattung Esseneinnahmeräume an diversen Schulen	60.000	60.000	60.000	60.000	0	<b>60.000</b>
40	4021119202000119	Ausstattung Schulgebäude Alter Markt	0	0	500.000	0	500.000	<b>500.000</b>
40	4042401202000221	Ausstattung Sportgeräte Sanierung SpH H.-Tessenow-Str. 47a	0	50.000	0	50.000	0	<b>50.000</b>
40	4042401202000824	Sportgeräte Sporthalle P.-Picasso-Str.43b	0	50.000	0	50.000	0	<b>50.000</b>
45	4525102202000113	Ausstattung Kunsthalle nach Sanierung	0	537.000	0	537.000	0	<b>537.000</b>
62	6211402999900199	Flächenbevorratung (mittel- / langfristige Stadtentwicklung)	4.510.000	2.000.000	2.000.000	1.000.000	1.000.000	<b>2.000.000</b>
66	6654101201700712	Ersatzneubau Schmarler Damm BW 131	120.000	500.000	2.600.000	500.000	0	<b>500.000</b>
66	6654101201701917	Grundhafter Ausbau Ziolkowskistraße, 1. BA	100.000	500.000	500.000	400.000	500.000	<b>900.000</b>
66	6654101201800619	Grundsanierung Herweghstraße	100.000	1.000.000	800.000	1.000.000	800.000	<b>1.800.000</b>
66	6654101202000216	Verkehrszeichenbrücke 04 Am Vögenteich/Goetheplatz	20.000	200.000	0	200.000	0	<b>200.000</b>
66	6654101202000325	Lärmschutzwand 20 Fedor-Schuchardt-Straße	30.000	180.000	0	180.000	0	<b>180.000</b>
66	6654101202000611	Lärmschutzwand 04 Birkengrund - Alt Sievershagen	20.000	200.000	0	200.000	0	<b>200.000</b>
66	6654101202001312	Brückenbauwerk 145 - Groß Kleiner Damm über Schmarler Bach	0	1.350.000	0	1.350.000	0	<b>1.350.000</b>
66	6654101202001819	Grundhafter Ausbau Talstraße	75.000	75.000	0	75.000	0	<b>75.000</b>

**Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Haushaltsjahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**
**Anlage 1.6 b**

TH	Maßnahmenummer	Bezeichnung	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023	VE in 2021 für		
						2022	2023	Gesamt
66	6654101202003019	Sicherheitspoller Breite Straße	15.000	150.000	0	150.000	0	150.000
66	6654101202003313	Stichstraße Kuphalstraße	0	500.000	0	500.000	0	500.000
66	6654101999900499	Erneuerung und Sanierung der Straßenbeleuchtung	441.000	1.000.000	800.000	250.000	0	250.000
66	6654101999900999	Erneuerung von Regenwassersammler durch den WWAV	2.200.000	2.500.000	2.500.000	1.500.000	500.000	2.000.000
66	6654300201701115	Satower Straße	50.000	600.000	0	600.000	0	600.000
66	6654300201800220	Ausbau Neubrandenburger Straße	0	1.000.000	0	1.000.000	0	1.000.000
67	6755100201200199	Erwerb Fahrzeuge / Spezialtechnik	373.500	906.000	611.500	540.000	0	540.000
67	6755100201200399	Sanierung/Neubau Spielanlagen	679.000	473.500	282.000	100.000	100.000	200.000
67	6755100201200513	Sanierung /Neubau von Grünanlagen	42.500	273.000	153.000	200.000	0	200.000
67	6755100201200899	Städtische Baumpflanzungen	55.000	55.000	55.000	30.000	0	30.000
67	6755100201400499	Sanierung/Neubau Wegeflächen in Grünanlagen	150.000	310.000	160.000	310.000	0	310.000
67	6755100201400699	Sanierung/Neubau Grünflächenausstattung (Brücken, Durchlässe, Treppenanlagen, Zäune,...)	64.000	151.000	8.000	100.000	0	100.000
67	6755100201800299	Sanierung/ Neubau Lagerplätze	0	1.968.000	0	1.968.000	0	1.968.000
67	6755100201800599	Städtischer Anteil Wohnungsbaustandort - Umsetzung B-Pläne	0	40.000	340.000	40.000	340.000	380.000
67	6755301201200115	Erwerb Fahrzeuge / Spezialtechnik	0	0	0	218.000	0	218.000
67	6755301201400315	Sanierung/Neubau Friedhofsbegleitgrün	90.500	128.000	225.000	120.000	0	120.000
67	6755301201400415	Städtische Baumpflanzungen	15.000	15.000	15.000	10.000	0	10.000
67	6755303201800113	Sanierung/ Neubau Krematorium	204.000	1.263.500	694.000	1.263.500	694.000	1.957.500
67	6755401201200499	Ausgleich - und Ersatzmaßnahmen - Ökokonto	5.000	150.000	50.000	150.000	0	150.000
73	7355201201200401	Baumaßnahme Laaksystem	0	623.000	230.000	623.000	230.000	853.000
73	7357302201800101	Neubau WC Warnemünde	0	200.000	0	200.000	0	200.000
73	7357302201800223	Neubau WC Dierkower Kreuz	0	175.000	0	175.000	0	175.000
82	8255500201700206	Forstwirtschaftlicher Wegebau	530.000	810.000	220.000	810.000	220.000	1.030.000
82	8255500202000106	Waldanlage	0	132.000	4.000	132.000	0	132.000
83	6654802201200101	Neugestaltung Werftbecken - BgA Bereich	500.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	40.000.000
83	8354801202000109	Erneuerung DGzRS (Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger) und Steganlage Westmole Warnemünde	0	750.000	750.000	750.000	750.000	1.500.000
83	8354801202000320	Ufersicherung Gehlsdorf	500.000	0	3.500.000	0	3.500.000	3.500.000
83	8354802201900101	Landstromanlage in Warnemünde	0	500.000	5.500.000	0	5.500.000	5.500.000
83	8354802202000319	Liegeplätze 86-91 Stadthafen	0	750.000	7.200.000	0	7.200.000	7.200.000
83	8354805201800103	Spülfeld Radelsee	0	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	6.000.000
<b>Gesamt</b>			<b>11.256.300</b>	<b>47.292.400</b>	<b>57.642.000</b>	<b>42.464.900</b>	<b>49.604.000</b>	<b>92.068.900</b>

**Anlage 1.7**

**Änderung Stellenplan**  
**zum Ergänzungsbeschluss zum Haushalt 2021**

**1. Neueinrichtung ab dem 01.01.2021**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>OKZ</b>	<b>Tätigkeitsbeschreibung</b>	<b>Vergütung</b>	<b>Begründung</b>
01	03 00 000 002	IT-Betreuer/in	EG 11	Zur weiteren verbesserten Ausstattung in der Stadtverwaltung mit IT - Fachpersonal mit IT-Hochschulabschluss wird im Bereich des OB und der Präsidentin der Bürgerschaft diese Stelle beantragt. Der IT-Betreuer der OE 03 wird neben der OE 04 auch die OE 14, 15 und 45 betreuen.
02	10 01 000 011	SB stellvertretende/r Erhebungsstellenleiter/in Zensus	EG 08	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert. Die Stelle wird für den Zensus ab 07/2021 temporär benötigt und hiermit erneut beantragt. (01/2021 bis 01/2023)
03	10 01 000 012	Mitarbeiter/in Zensus	EG 08	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert. Die Stelle wird für den Zensus ab 10/2021 temporär benötigt und hiermit erneut beantragt. (01/2021 bis 01/2023)

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
04	10 00 000 005	IT-Betreuer/in	EG 11	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 14/2020 vom 20.04.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 02 verlagert. Zu weiteren verbesserten Ausstattung in der Stadtverwaltung mit IT-Fachpersonal mit IT-Hochschulabschluss wird im Hauptamt diese Stelle erneut beantragt. Der IT- Betreuer der OE 10 wird neben der OE 10 auch die OE 30 betreuen.
05	10 42 000 009	Sachbearbeiter/in	EG 12	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert. Es ist beabsichtigt, dem Bereich Führungskräfteentwicklung sowie die Aus- und Fortbildung in der Stadtverwaltung deutlich zu intensivieren, wozu im Hauptamt eine Bündelung der Kompetenzen innerhalb einer (neuen) Abteilung 10.2 erfolgt. Dazu wird diese Stelle erneut beantragt.
06	20 12 000 015	SB Anlagenrechnung	EG 9a	Unter der Bedingung, dass die Bürgerschaft den Leitbeschluss zur BUGA erlässt, wird die anlagenbuchhalterische Bearbeitung zentral im Kämmereiamt erfolgen. Mit den vorhandenen Ressourcen ist dieser deutliche Mehraufwand nicht zu leisten. Dazu wird die temporär einzurichtende Stelle benötigt. (01/2021 bis 01/2027)
07	47 01 000 008	Archivar/in	EG 11	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert und wird hiermit erneut beantragt.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>OKZ</b>	<b>Tätigkeitsbeschreibung</b>	<b>Vergütung</b>	<b>Begründung</b>
08	50 13 000 007	Sachbearbeiter/in Entgelte	EG 11	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt, die Entgeltverhandlungen nach dem SGB IX, SGB XI und XII zukünftig selbst durchzuführen. Durch sinkende Verbandsumlagen und bessere Abschlüsse sollen die Personalkosten kompensiert werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt insgesamt drei Stellen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 09.03.2020
09	50 13 000 020	Sachbearbeiter/in Entgelte	EG 11	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt, die Entgeltverhandlungen nach dem SGB IX, SGB XI und XII zukünftig selbst durchzuführen. Durch sinkende Verbandsumlagen und bessere Abschlüsse sollen die Personalkosten kompensiert werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt drei Stellen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 09.03.2020
10	50 13 000 021	Sachbearbeiter/in Entgelte	EG 11	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt, die Entgeltverhandlungen nach dem SGB IX, SGB XI und XII zukünftig selbst durchzuführen. Durch sinkende Verbandsumlagen und bessere Abschlüsse sollen die Personalkosten kompensiert werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt drei Stellen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 09.03.2020
11	50 01 000 008	SB Sozial- raumorientierung	EG 10	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt mit den beiden aufgeführten Stellen, das Konzept der Sozialraumorientierung als durchgängiges Arbeitsprinzip im Amt zu erstellen und umzusetzen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 17.02.2020
12	50 01 000 009	SB Sozial- raumorientierung	EG 10	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt mit den beiden aufgeführten Stellen, das Konzept der Sozialraumorientierung als durchgängiges Arbeitsprinzip im Amt zu erstellen und umzusetzen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 17.02.2020

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
13	73 00 000 004	IT-Anwendungsbetreuer/in	EG 10	Das Amt für Umwelt- und Klimaschutz beantragte bereits 2018 diese Stelle zur Anwendungsbetreuung der DV Anwendungen in der OE 73 so unter anderem: „... in der hydraulischen Modellierung ...“, zur Betreuung von Klimaschutzmodellen, von GIS geschützten Planungen und der Teilnahme an elektronischen Bearbeitungs- und Beteiligungsverfahren. Im Rahmen der Stellenplanaufstellung 2020/2021 im Jahr 2019 konnte die Stelle <u>vorerst</u> nicht berücksichtigt werden.
14	45 31 000 003 neu: 47 00 000 004 (OV beim OB)	Sachbearbeiter/in	EG 09a	Die „geliehene Stelle“ 56 00 018 007 aus dem HanseJobCenter wird ab dem 01.05.2021 wieder dem HJC zugeführt. Zur dauerhaften Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Stadtarchivs (47) ist die Fortführung auf dieser Stelle Sachbearbeiter/in Haushalt ab 01.05.2021 zwingend notwendig.
15	53 30 100 005	Sachbearbeiter/in Infektionsschutz	EG 09 a	Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 15.09.2020 MV; Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Zusage von 3 Stellen pro Gesundheitsamt der EG 09
16	53 30 100 006	Sachbearbeiter/in Infektionsschutz	EG 09 a	Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 15.09.2020 MV; Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Zusage von 3 Stellen pro Gesundheitsamt der EG 09
17	53 30 100 007	Sachbearbeiter/in Infektionsschutz	EG 09 a	Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 15.09.2020 MV; Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Zusage von 3 Stellen pro Gesundheitsamt der EG 09
18	20 11 000 018	Sachbearbeiter/in Haushalt	EG 10	Zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit unter Beachtung der steigenden Herausforderungen und zur haushaltsrechtlichen Realisierung der umzusetzenden Großprojekte, wird diese Stelle im Kämmereramt benötigt.

## 2. Entfristungen/Versetzungen von KW-Vermerken

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
01	20 11 000 016	Sachbearbeiter/in	EG 10	Entfristung ab 01/2021 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit auf dieser Stelle, welche z.T. die BUGA, als auch im Bereich des Städtebau tätig ist, wird die Entfristung der Stelle beantragt. Sollte die derzeitig noch laufende arbeitsorganisatorische Untersuchung ein anderes Ergebnis erbringen, so wird die Stelle gesperrt bzw. gestrichen.
02	41 00 000 002	Ass.- und Vorzimmerkraft	EG 05	Entfristung ab 01/2021 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt (OE 41) ist die Entfristung der Stelle notwendig.
03	41 12 000 001	Sachgebietsleiter/in	EG 11	Entfristung ab 01/2023 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt (OE 41) ist die Entfristung der Stelle notwendig.
04	41 12 000 002	Sachbearbeiter/in	EG 9c	Entfristung ab 01/2022 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt (OE 41) ist die Entfristung der Stelle notwendig.
05	10 01 000 013	Mitarbeiter/in Zensus	EG 06	Befristungsänderung: alt: 01/2021 bis 01/2022 neu: 01/2022 bis 01/2023 Durch die Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 wird auch die Laufzeit der Stellen angepasst.
06	10 01 000 014	Mitarbeiter/in Zensus	EG 06	Befristungsänderung: alt: 01/2021 bis 01/2022 neu: 01/2022 bis 01/2023 Durch die Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 wird auch die Laufzeit der Stellen angepasst.

### 3. Nachrichtlicher Teil

Der guten Ordnung halber ist mitzuteilen, dass der Bereich Aus - und Fortbildung der Abteilung 10.4 am 03.09.2020 anzeigte, dass zwei weitere Stellen für Auszubildende im „Nachrichten Teil“ einzurichten wären:

OKZ 84 10 160 020 Fachangestellte für Bäderbetriebe TVAöD

OKZ 84 10 160 021 Fachangestellte für Bäderbetriebe TVAöD

### 4. Gesamt-VZÄ –Zahl

Die Gesamt-VZÄ-Zahl für den Stellenplan 2021, mit Stichtag zum 01.01.2021, ändert sich somit von

alt (29.04.2020) : 2520,36 VZÄ

auf

neu (07.10.2020) : 2538,36 VZÄ



Teilhaushalt 40 Schulverwaltungsamt  
verantwortlich: Frau Elke Watzema

Teilfinanzhaushalt							
Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Planungsdaten
		2018	2019	2020	2021	2022	2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	140.796,57	105.800	134.000	472.700	708.700	792.000
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.273.595,74	2.332.000	2.698.700	2.219.900	2.219.900	2.219.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.043.509,35	1.019.500	1.054.200	352.800	352.700	352.800
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.684.775,90	4.536.500	4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	12.855,98	0	0	0	0	0
9	<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>8.155.533,54</b>	<b>7.993.800</b>	<b>8.374.600</b>	<b>7.486.400</b>	<b>7.722.300</b>	<b>7.785.700</b>
10	- Personalauszahlungen	10.916.888,74	11.211.400	11.544.600	12.306.500	12.041.400	12.261.400
11	- Versorgungsauszahlungen	1.968,41	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen *	21.236.803,29	24.409.800	23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
13	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	2.603,40	500.000	4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
14	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0,00	0	0	0	0	0
15	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
16	- Sonstige laufende Auszahlungen *	17.999.413,58	18.784.800	20.680.500	18.843.500	18.794.000	18.834.400
17	<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>50.157.677,42</b>	<b>54.906.000</b>	<b>60.343.600</b>	<b>58.644.600</b>	<b>57.245.400</b>	<b>58.009.800</b>
18	<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-42.002.143,88</b>	<b>-46.912.200</b>	<b>-51.969.000</b>	<b>-51.158.200</b>	<b>-49.523.100</b>	<b>-50.224.100</b>
18.1	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0
18.2	<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 18 und 18.1)</b>	<b>-42.002.143,88</b>	<b>-46.912.200</b>	<b>-51.969.000</b>	<b>-51.158.200</b>	<b>-49.523.100</b>	<b>-50.224.100</b>
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	52.525,00	64.000	4.206.600	1.596.700	1.063.700	1.314.700
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0	0	0	0	0
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
24	<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)</b>	<b>52.525,00</b>	<b>64.000</b>	<b>4.206.600</b>	<b>1.596.700</b>	<b>1.063.700</b>	<b>1.314.700</b>
25	- Auszahlungen für Anlagevermögen	1.649.703,26	1.364.000	7.198.200	5.560.300	3.299.500	3.380.400
26	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0	0	0	0	0
27	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
28	<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)</b>	<b>1.649.703,26</b>	<b>1.364.000</b>	<b>7.198.200</b>	<b>5.560.300</b>	<b>3.299.500</b>	<b>3.380.400</b>
29	<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)</b>	<b>-1.597.178,26</b>	<b>-1.300.000</b>	<b>-2.991.600</b>	<b>-3.963.600</b>	<b>-2.235.800</b>	<b>-2.065.700</b>
30	<b>Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 18.2 und 29)</b>	<b>-43.599.322,14</b>	<b>-48.212.200</b>	<b>-54.960.600</b>	<b>-55.121.800</b>	<b>-51.758.900</b>	<b>-52.289.800</b>

Erläuterungen zu 12 – Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Diverse Produkte, Konto 72380090 Schulausstattungen

Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V werden die Ansätze des Kontos 72380090 in allen Schulprodukten ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

21806 72450010 Lehr- und Unterrichtsmaterial

Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V wird der Ansatz des Produktkontos 21806.72450010 ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

Erläuterungen zu 16 – Sonstige laufende Auszahlungen

20101 76120020 Auszahlungen für Aus- und Fortbildung für außerhalb der Verwaltung stehende Personen - Medienentwicklungsplan

Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V wird der Ansatz des Produktkontos 20101.76120020 ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

**Anlage 2.1**

**Haushaltssatzung des städtebaulichen Sondervermögens der Hanse- und Universitätsstadt Rostock  
Sanierungsgebiet „Stadtzentrum“  
für die Haushaltsjahre 2020 und 2021**

Aufgrund des § 45 i.V.m. § 47 der Kommunalverfassung (KV M-V) wird nach Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom und nach Bekanntgabe der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen folgende Haushaltssatzung erlassen:

**§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt**

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wird

	2020	2021
1. im Ergebnishaushalt auf		
einen Gesamtbetrag der Erträge von	13.791.900 €	11.072.900 €
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	13.791.900 €	11.072.900 €
ein Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen von	0 €	0 €
2. im Finanzhaushalt auf		
a) einen Gesamtbetrag der laufenden Einzahlungen von	17.429.400 €	10.303.700 €
einen Gesamtbetrag der laufenden Auszahlungen <sup>1</sup> von	13.791.900 €	11.072.900 €
einen jahresbezogenen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen von	3.637.500 €	-769.200 €
b) einen Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von	9.564.400 €	26.802.200 €
einen Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	15.570.500 €	26.033.000 €
einen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	-6.006.100 €	769.200 €

festgesetzt.

**§ 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

**§ 3 Verpflichtungsermächtigungen**

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	58.569.300 €	13.030.200 €

**§ 4 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit**

Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit werden nicht beansprucht.

<sup>1</sup> einschließlich Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

### § 5 Nachtragshaushaltssatzung

Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Kommunalverfassung M-V ist zu erlassen, soweit sich im Ergebnishaushalt das Jahresergebnis des laufenden Haushaltsjahres oder im Finanzhaushalt der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen um mehr als 5 % der Gesamtaufwendungen bzw.- auszahlungen verschlechtert. Als geringfügig im Sinne des § 48 Abs. 3 Nr. 1 KV M-V gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen, soweit die geplanten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr um nicht mehr als 5 % steigen.

Nachrichtliche Angaben:		2020	2021
1.	Zum Ergebnishaushalt Das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	0,00 EUR	0,00 EUR
2.	Zum Finanzhaushalt Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	93.870,66 EUR	-675.329,34 EUR
3.	Zum Eigenkapital Der Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	2.051.200 EUR	2.051.200 EUR

Rostock, den  
Ort, Datum

Siegel

Oberbürgermeister

## Anlage 2.2

<b>2.2 Ergebnishaushalt 2020/2021</b> <b>Änderungsantrag Haushaltsjahr 2021</b>  <b>Städtebauliches Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock</b> <b>Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“</b>							
Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 2 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Ansätze einschl. Nachträge 2018	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	1.566.200	465.000	1.661.400	3.052.300	478.200	131.000
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.000	9.000	11.900	11.900	11.900	11.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
7	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
8	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	11.400	11.900	3.900	4.000	4.000	4.000
9	+ Sonstige Erträge	7.865.000	8.684.700	12.114.700	8.004.700	4.669.000	5.950.000
10	<b>Summe der Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>9.451.600</b>	<b>9.170.600</b>	<b>13.791.900</b>	<b>11.072.900</b>	<b>5.163.100</b>	<b>6.096.900</b>
11	– Personalaufwendungen	0	0	0	0	0	0
12	– Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.546.000	8.315.000	13.129.900	10.870.900	5.011.100	5.948.900
14	– Abschreibungen	295.600	295.600	0	0	0	0
15	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	550.000	500.000	658.000	200.000	150.000	146.000
16	– Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0
17	– Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
18	– Sonstige Aufwendungen	60.000	60.000	4.000	2.000	2.000	2.000
19	<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>9.451.600</b>	<b>9.170.600</b>	<b>13.791.900</b>	<b>11.072.900</b>	<b>5.163.100</b>	<b>6.096.900</b>
20	<b>Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummern 10 und 19)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
21	– Einstellung in die Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
22	+ Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
23	– Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0
24	+ Entnahmen aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0
25	<b>Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag, Nummer 20 zuzüglich Nummern 22 und 24 abzüglich Nummern 21 und 23)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
nachrichtlich:							
26	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	0	0	0	0	0	0
27	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 25 und 26)	0	0	0	0	0	0

## Anlage 2.3

<b>2.3 Finanzhaushalt 2020/2021</b> <b>Änderungsantrag Haushaltsjahr 2021</b> <b>Städtebauliches Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock</b> <b>Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“</b>							
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ansätze einschl. Nachträge 2018	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	1.566.200	465.000	1.661.400	3.052.300	478.200	131.000
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.000	9.000	11.900	11.900	11.900	11.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	11.400	11.900	3.900	4.000	4.000	4.000
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	9.001.400	11.582.800	15.752.200	7.235.500	3.766.200	5.949.400
9	<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>10.588.000</b>	<b>12.068.700</b>	<b>17.429.400</b>	<b>10.303.700</b>	<b>4.260.300</b>	<b>6.096.300</b>
10	– Personalauszahlungen	0	0	0	0	0	0
11	– Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.546.000	8.315.000	13.129.900	10.870.900	5.011.100	5.948.900
13	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	550.000	500.000	658.000	200.000	150.000	146.000
14	– Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0
15	– Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0
16	– Sonstige laufende Auszahlungen	60.000	60.000	4.000	2.000	2.000	2.000
17	<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>9.156.000</b>	<b>8.875.000</b>	<b>13.791.900</b>	<b>11.072.900</b>	<b>5.163.100</b>	<b>6.096.900</b>
18	<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>1.432.000</b>	<b>3.193.700</b>	<b>3.637.500</b>	<b>-769.200</b>	<b>-902.800</b>	<b>-600</b>
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.977.400	4.172.300	7.346.400	14.257.200	21.904.200	3.649.300
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	175.000	390.500	1.275.000	0	1.510.000	450.000
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	3.222.700	7.750.700	943.000	12.545.000	6.016.900	6.820.800
24	<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)</b>	<b>7.375.100</b>	<b>12.313.500</b>	<b>9.564.400</b>	<b>26.802.200</b>	<b>29.431.100</b>	<b>10.920.100</b>
25	– Auszahlungen für Anlagevermögen	1.030.000	5.315.000	4.476.000	14.797.300	22.547.100	4.923.900
26	– Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0	2.960.200	0	3.409.000	2.300.000	1.070.000
27	– Sonstige Investitionsauszahlungen	7.378.000	7.232.000	11.094.500	7.826.700	3.681.200	4.925.600
28	<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)</b>	<b>8.408.000</b>	<b>15.507.200</b>	<b>15.570.500</b>	<b>26.033.000</b>	<b>28.528.300</b>	<b>10.919.500</b>
29	<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)</b>	<b>-1.032.900</b>	<b>-3.193.700</b>	<b>-6.006.100</b>	<b>769.200</b>	<b>902.800</b>	<b>600</b>
30	<b>Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 18 und 29)</b>	<b>399.100</b>	<b>0</b>	<b>-2.368.600</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
31	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0

**2.3 Finanzhaushalt 2020/2021**  
**Änderungsantrag Haushaltsjahr 2021**

**Städtebauliches Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock**  
**Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“**

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ansätze einschl. Nachträge 2018	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		in €					
32	– Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
33	– Sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
34	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Nummer 31 abzüglich Nummern 32 und 33)	0	0	0	0	0	0
35	Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge	0	0	0	0	0	0
36	Veränderung der liquiden Mittel und der Kassenkredite (Summe der Nummern 30, 34 und 35)	399.100	0	-2.368.600	0	0	0
37	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 18 und 32)	1.432.000	3.193.700	3.637.500	-769.200	-902.800	-600
	nachrichtlich:						
38	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	-8.169.329,34	-6.737.329,34	-3.543.629,34	93.870,66	-675.329,34	-1.578.129,34
39	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 37 und 38)	-6.737.329,34	-3.543.629,34	93.870,66	-675.329,34	-1.578.129,34	-1.578.729,34
	darunter:						
	Zuführung zum investiven Bereich aus einem positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres [Einzahlung in Nummer 23 (Sonstige Investitionseinzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 16 (Sonstige laufende Auszahlungen) enthalten]	3.162.700	7.690.700	939.000	12.543.000	6.014.900	6.818.800
	Zuführung zur Deckung eines negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres aus dem investiven Bereich [Einzahlungen in Nummer 8 (Sonstige laufende Einzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 27 (Sonstige Investitionsauszahlungen) enthalten]	0	0	0	-591.200	0	0



**Städtebauliches Sondervermögen - Sanierungsgebiet "Stadtzentrum Rostock"**  
**Änderungsliste Haushalt 2021 - Verwaltungstätigkeit**

Anlage 2.5

Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 3)

EUR

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	Begründung	2021			2022			2023		
					HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz

**Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt**

1	51106	41740000	Zuwendungen Städtebauliches Sondervermögen von der Gemeinde	Korrektur redaktioneller Fehler	1.350.800	0	1.350.800	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000
2	51106	52694000	Sonstige Aufwendungen Städtebauliches Sondervermögen - Sonstige - nicht aktivierungspflichtige Aufwendungen für abgeschlossene Maßnahmen		500.000	0	500.000	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000

<b>Summe Veränderungen Erträge</b>		0			-21.800			-369.000	
<b>Summe Veränderungen Aufwendungen</b>		0			-21.800			-369.000	
<b>Saldo</b>		0			0			0	

**Auswirkungen auf den Finanzhaushalt**

1	51106	61740000	Zuwendungen Städtebauliches Sondervermögen von der Gemeinde	Korrektur redaktioneller Fehler	1.350.800	0	1.350.800	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000
2	51106	72694000	Auszahlungen für Städtebauliches Sondervermögen - Sonstige - Auszahlungen für abgeschlossene Maßnahmen		500.000	0	500.000	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000

<b>Summe Veränderungen Einzahlungen</b>		0			-21.800			-369.000	
<b>Summe Veränderungen Auszahlungen</b>		0			-21.800			-369.000	
<b>Saldo</b>		0			0			0	



Städtebauliches Sondervermögen - Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock  
 Änderungsliste Haushalt 2021 - Investitionstätigkeit

Anlage 2.5

Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 3)

EUR

Lfd.-Nr.	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung der Investition	Begründung	2021			2022			2023		
				Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA
1	29	Neubau Verwaltungskomplex, An der Hege 9	Die Verschiebung der Vorhaben in die Folgejahre bedingt die Anpassung der Finanzierung.	9.500.000	- 1.652.700	7.847.300	4.000.000	1.782.700	5.782.700	-	-	-
				neue VE 2021 iHv 130.000 EUR für 2022								
2	30	Neubau Petritor		950.000	-	950.000	-	550.000	550.000	-	-	-
				neue VE 2021 iHv 550.000 EUR für 2022								
3	31	Neubau Volkstheater		6.000.000	-	6.000.000	11.250.000	4.942.600	16.192.600	15.750.000	- 11.195.100	4.554.900
				neue VE 2021 iHv 1.950.000 EUR für 2024								
Summe				16.450.000	- 1.652.700	14.797.300	15.250.000	7.275.300	22.525.300	15.750.000	- 11.195.100	4.554.900

4	-	Sonstige - abgeschlossene Maßnahmen	Korrektur redaktioneller Fehler	-	-	-	-	21.800	21.800	-	369.000	369.000
Summe				-	-	-	-	21.800	21.800	-	369.000	369.000

Gesamt				- 1.652.700			7.297.100			- 10.826.100	
--------	--	--	--	-------------	--	--	-----------	--	--	--------------	--

Städtebauliches Sondervermögen - Fördergebiet Toitenwinkel  
Änderungsliste Haushalt 2021 - Investitionstätigkeit

Anlage 2.6

Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 3)

Lfd.-Nr.	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung der Investition	Begründung	2021			2022			2023		
				Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz 2023	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA
1	8	Sporthalle O.-Palme Str. 19	Durch das MEID M-V wurde die Maßnahme als nicht förderfähig im Rahmen der Städtebauförderung eingestuft.	1.287.000	- 1.287.000	-	-	-	-	-	-	-
2	NEU	Neubau Hortgebäude P.-Picasso-Straße 43a	Entsprechend den Abstimmungen mit dem MEID M-V wird diese Maßnahme als Ersatzvorhaben in die Förderung aufgenommen.  Der Neubau des Hortgebäudes in der P.-Picasso-Straße 43a ist wichtig, da aufgrund steigender Schülerzahlen die benötigten Kapazitäten für den Hortbetrieb in Toitenwinkel nicht mehr gegeben sind. Diese Entwicklung ist auch der bestätigten Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten/Horte zu entnehmen. Ein Neubau ist die wirtschaftlichste Variante.	-	1.287.000	1.287.000	-	-	-	-	-	-
<b>Gesamt</b>				<b>1.287.000</b>	<b>-</b>	<b>1.287.000</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski  Federführendes Amt: Kämmereiamt	Beteiligt: Zentrale Steuerung	
<b>Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021 – 1. Änderung 2020/BV/1591</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung

**Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beschließt die Ergänzung zur Haushaltssatzung 2021 nebst Anlagen zum Haushaltsplan in der Fassung der 1. Änderung.

**Beschlussvorschriften:**

§ 22 (3), §§ 45 und 64 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern

**bereits gefasste Beschlüsse:**

Nr. 2020/BV/0712, Nr. 2020/BV/1028

**Sachverhalt:****1. Haushaltssatzung - Ergänzungsbeschluss 2021**

Nach Einreichung der Beschlussvorlage 2020/BV/1591 wurden von den Ämtern 15 (Zentrale Steuerung), 37 (Brandschutz- und Rettungsamt), 32 (Stadtamt) und 40/41 (Schulverwaltungsamt / Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt) weitere notwendige Änderungen des bereits vorliegenden Ergänzungsbeschlusses 2021 (2020/BV/1591) angemeldet, die in einer 1. Änderung noch anzupassen sind.

Die mit der 1. Änderung vorgenommenen Anpassungen wirken sich im Vergleich zum bisherigen Entwurf haushaltsverbessernd aus. Nachfolgende Übersicht stellt die Veränderungen dar.

		vord. Ergebnis 2019	Ansatz 2020	Vorauss. 2020 (Prognose 09/2020)	Plan 2021 bisher	EB 2021 Entwurf	Änderung	EB 2021 1. Änderung	FP 2022 bisher	EB 2022 Entwurf	Änderung	EB 2022 1. Änderung	FP 2023 bisher	EB 2023 Entwurf	Änderung	EB 2023 1. Änderung
Finanzhaushalt	Einzahlungen	634,2	673,1	681,8	691,9	699,3	-0,1	699,2	697,4	668,9	1,5	670,4	706,7	682,7	1,5	684,2
	Auszahlungen	606,9	674	673,9	680,9	694,9	-0,8	694,1	685,9	691,2	0	691,2	694,5	699,7	0,1	699,8
	Saldo	27,3	-0,9	7,9	11,0	4,4	0,7	5,1	11,5	-22,3	1,5	-20,8	12,2	-17	1,4	-15,6
	./ ord. Tilgung	9,4	10,8	8,6	11,6	10,5	0	10,5	12,1	11,7	0	11,7	12,8	13,5	0	13,5
	Jahreserg. FHH	17,8	-11,7	-0,7	-0,6	-6,1	0,7	-5,4	-0,6	-34,0	1,5	-32,5	-0,6	-30,5	1,4	-29,1
	Fortschreibung Lfd. Saldo E/A	16,7	5,0	16,0	4,4	9,9	0,7	10,6	3,8	-24,1	2,2	-21,9	3,2	-54,6	3,6	-51,0
Ergebnishaushalt	Erträge	702,2	736,9	739,1	736,8	744,3	-0,1	744,2	736,3	714,5	1,6	716,1	745,1	721,4	1,5	722,9
	Aufwendungen	680,4	744,9	736,8	741,1	753,4	-0,7	752,7	741,3	748,7	0,1	748,8	749,7	754,8	0,1	754,9
	Zuführung Kapitalrücklage	1,3	2,1	2,1												
	Saldo	20,5	-10,1	0,2	-4,3	-9,1	0,6	-8,5	-5,0	-34,2	1,5	-32,7	-4,6	-33,4	1,4	-32,0
	Verbleibender Vortrag (Stand Prognose 09/2020 = 161,9 Mio. EUR)		151,8	162,1	147,5	153,0	0,6	153,6	142,5	118,8	2,1	120,9	137,9	85,4	3,5	88,9

Konnte der Ergebnishaushalt bisher ein Saldo von -9,1 Mio. EUR ausweisen, so verbessert sich das Saldo auf nunmehr -8,5 Mio. EUR. Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes kann jedoch weiterhin unter Verwendung von Rücklagen (Ergebnisvortrag) aus Vorjahren erfolgen.

Das jahresergebnisbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt verbessert sich in 2021 von bisher 4,4 Mio. EUR Überschuss auf nunmehr 5,1 Mio. EUR Überschuss. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen wird der neu ausgewiesene Überschuss vollständig verbraucht, d.h. die zu erbringende Tilgungsleistung kann unterjährig nicht vollständig aus dem Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen finanziert werden. Nach Abzug der zu erbringenden Auszahlungen für die ordentliche Tilgung verbleibt ein jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen in Höhe von 5,4 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2021. Die Deckung für 2021 kann noch aus dem Vortrag bisheriger Jahresabschlüsse erfolgen. Ab dem Haushaltsjahr 2022 ist dies jedoch nicht mehr möglich – vgl. auch Anlage 3 – Muster 5b.

Im Bereich der investiven Ein- und Auszahlungen sowie der Verpflichtungsermächtigungen wurden keine Änderungen vorgenommen.

Der Kreditbedarf wurde um 5.887.900 EUR erhöht. Die Kreditermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2019 wird neu festgesetzt, da sich Maßnahmen aus Vorjahren noch immer in der Umsetzung befinden. Würde keine Neufestsetzung erfolgen, verfällt die Kreditermächtigung 2019 mit der öffentlichen Bekanntmachung 2021 (§ 53 Abs. 3 KV M-V).

Die Haushaltssatzung enthält genehmigungspflichtige Bestandteile, die durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen sind. Erst nach erteilter Genehmigung und nach anschließender öffentlicher Bekanntmachung tritt die Haushaltssatzung, ggf. rückwirkend zum 01.01.2021, in Kraft.

## **2. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Wesentliche Veränderungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Bereich der Verwaltungstätigkeit – 1. Änderung**

Erträge / Einzahlungen:

Aufgrund von steuerungsrelevanten Sachverhalten kommt es zu einer Verschiebung der Gewinnausschüttung beim WWAV ins Folgejahr und einer Reduzierung des Haushaltsansatzes um 1,2 Mio. EUR. Die Reduzierung der Abführung an den städtischen Haushalt beruht auf der Differenz zwischen dem geplanten Ergebnis 2019 und dem tatsächlichen lt. Jahresabschluss 2019 in Höhe von 1,2 Mio. EUR, in der Hauptsache verursacht durch geringere Umsatzerlöse.

Bisher nicht berücksichtigt wurden die künftig zu erwartenden höheren Ausschüttungen der WIRO Wohnungsgesellschaft mbH auf Grund der positiven Geschäftsentwicklung. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass jährlich zusätzliche 1,5 Mio. EUR als Ertrag/Einzahlung eingenommen werden können. Die höhere Ausschüttung soll für die Unterdeckung im Bereich des Vereinssports laut 2020/BV/0802 in Höhe von 1,4 Mio. EUR pro Jahr eingesetzt werden. Diese Aufwendungen/Auszahlungen wurden bereits im Entwurf des Ergänzungsbeschlusses berücksichtigt.

Dem Antrag 2020/AN/1625 der SPD-Fraktion, die Anpassung der Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern um ein Jahr zu verschieben, wurde entsprochen. Dies hat zur Folge, dass die bisher im Haushaltsplan 2021 berücksichtigten Benutzungsentgelte auf die aktuelle Kalkulation nach unten korrigiert werden müssen, was zu Einnahmeverlusten im kommenden Jahr von 352 TEUR führt.

#### Aufwendungen / Auszahlungen:

Das Amt 15 (Zentrale Steuerung) meldete Anpassungen (- 873 TEUR) für den Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde. Die ursprüngliche Planung berücksichtigte im Zusammenhang mit den coronabedingten Veränderungen wie bspw. fehlende Kurabgabe und Parkplatzentgelte, Absagen von geplanten Veranstaltungen, erhöhte Aufwendungen für Großveranstaltungen, Hygienekonzepte, Verkehrssicherheitskonzeptionen. Mit der Änderung werden die Planungen auf die Erkenntnisse des Ausfalls 2020 angepasst. Der Zuschussbedarf fällt entgegen der bisherigen Planung geringer aus.

Der Antrag 2020/AN/1628 der CDU/UFR-Fraktion, die in 2020 nicht verausgabten Ortsbeiratsbudgets in 2021 zusätzlich zur Verfügung zu stellen, wurde ebenfalls in der Haushaltsplanung umgesetzt. Dies führt in 2021 zu einem zusätzlichen Aufwand/Auszahlung von 90 TEUR. Durch die derzeitige Anpassung zum Ergänzungsbeschluss 2021 konnten die Mittel neu geordnet werden und müssen nicht als Haushaltsrest übertragen werden.

Das Brandschutz- und Rettungsamt hat 50 TEUR für zusätzliche Schutzmaßnahmen für die Einsatzkräfte eingeplant, um im Rahmen der aktuellen COVID-19 Lage notwendige Anschaffungen von medizinischem Sachbedarf und sonstigen Gebrauchsgegenständen vornehmen zu können.

Darüber hinaus soll für die Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr ein Tanklöschfahrzeug weiterhin im Bestand bleiben. Des Weiteren wird das alte Fahrzeug der Höhenrettung an den Stadtfeuerwehrverband übergeben. Die beiden Fahrzeuge sind nicht Bestandteil der bisherigen Planung gewesen. Für die Unterhaltung der Fahrzeuge wurden 25 TEUR eingeplant.

### **3. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Haushaltsvermerke**

Für den TH 32 wurden Haushaltsvermerke angebracht. Gemäß § 15 GemHVO-Doppik M-V werden die Ansätze der laufenden Verwaltungstätigkeit für die Ortsbeiratsbudgets ab 2021 für übertragbar erklärt, insoweit dies erforderlich wird (siehe Anlage 6).

Claus Ruhe Madsen

*Die Änderungen sollen ausschließlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden. Die Einstellung erfolgt ebenfalls im IKVS.*

*Link:*

<https://primary.ikvs.de/sj/Produkthaus-halt.xhtml?jahr=2021&kid=18cg18qq185b185b18qq185b185b185b185b185b185b185b185b185b18qk185b185b18qk18ce&typ=18xt1bb318xp&dswid=-5626>

Die umfangreichen Anlagen können u. a. auch im Internet auf der Seite <https://rathaus.rostock.de> sowie im Bürgerinformationssystem unter [www.rostock.de/ksd](http://www.rostock.de/ksd) eingesehen werden.

## Anlagen

1	Haushaltssatzung 2020/2021 – Ergänzungsbeschluss 2021 -1. Änderung	öffentlich
2	Übersichten Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt	öffentlich
3	Zusammenstellung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite – Muster 5b	öffentlich
4	Planstufenvergleich Entwurf EB 2021 / 1. Änderung EB 2021	öffentlich
5	Änderungsliste Verwaltungstätigkeit	öffentlich
6	Haushaltsvermerke	öffentlich

## Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2020 und 2021- Ergänzungsbeschluss 2021

Aufgrund des § 45 i.V.m. § 47 der Kommunalverfassung (KV M-V) wird nach Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom und nach Bekanntgabe der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wird

	2020	2021
1. im Ergebnishaushalt auf		
einen Gesamtbetrag der Erträge von	736.853.300 €	744.219.000 €
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	747.005.100 €	752.725.300 €
ein Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen von	-10.151.800 €	-8.506.300 €
2. im Finanzhaushalt auf		
a) einen Gesamtbetrag der laufenden Einzahlungen von	673.148.500 €	699.241.000 €
einen Gesamtbetrag der laufenden Auszahlungen <sup>1</sup> von	684.845.100 €	704.637.600 €
einen jahresbezogenen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen von	-11.696.600 €	-5.396.600 €
b) einen Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von	97.417.300 €	62.669.100 €
einen Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	103.750.200 €	96.038.400 €
einen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	-6.332.900 €	-33.369.300 €

festgesetzt.

### § 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen ohne Umschuldungen		
wird festgesetzt auf	31.715.800 €	39.257.200 €

(2020: Kreditermächtigung, einschließlich der bereits in der Haushaltssatzung 2018 und 2019 genehmigten Kreditermächtigung in Höhe von insgesamt 25.382.900 € - teilgenehmigt i.H.v. 19.495.000 € für 2018, Kreditgenehmigung 2019 nach § 52 (3)KV M-V noch gültig)

(2021: Kreditermächtigung, einschließlich der bereits in der Haushaltssatzung 2019 genehmigten Kreditermächtigung i.H.v. 5.887.900 €)

### § 3 Verpflichtungsermächtigungen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	41.588.200 €	92.068.900 €

<sup>1</sup> einschließlich Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

**§ 4 Kassenkredite**

	2020	2021
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	100.000.000 €	69.000.000 €

**§ 5 Hebesätze**

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:	2020	2021
1. Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen (Grundsteuer A) auf	300 v. H.	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	480 v. H.	480 v. H.
2. Gewerbesteuer auf	465 v. H.	465 v. H.

**§ 6 Stellen gemäß Stellenplan**

	2020	2021
Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beträgt in Vollzeitäquivalente (VzÄ).	2.517,14	2.538,36

**§ 7 Nachtragshaushaltssatzung**

- a) Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) ist zu erlassen, soweit sich im Ergebnishaushalt das Jahresergebnis des laufenden Haushaltsjahres oder im Finanzhaushalt der Saldo laufenden Ein- und Auszahlungen um mehr als 10 % der Gesamtaufwendungen bzw. -auszahlungen verschlechtert.
- b) Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 2 KV M-V ist zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen um mehr als 10% zu den Gesamtaufwendungen getätigt werden sollen oder müssen; entsprechendes gilt im Finanzhaushalt für Auszahlungen.
- c) Gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 3 KV M-V gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen als geringfügig, soweit die geplanten Auszahlungen insgesamt 5% des Gesamtinvestitionsvolumens des aktuellen Haushaltsjahres nicht übersteigen.
- d) Darüber hinaus ist eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 4 KV M-V zu erlassen, soweit die Abweichung vom Stellenplan im Haushaltsjahr 2% der VzÄ übersteigt.

**§ 8 Regelungen zur Haushaltsbewirtschaftung****Unechte Deckung gem. §13 GemHVO-Doppik M-V**

- a) Erträge sind auf die Verwendung bestimmter Aufwendungen beschränkt, soweit sich dies aus einer Rechtsvorschrift ergibt. Sie sind ferner auf die Verwendung für bestimmte Aufwendungen zu beschränken, soweit sich die Beschränkung aus der Natur der Erträge ergibt oder ein sachlicher Zusammenhang dies erfordert. Zweckgebundene Mehrerträge dürfen für entsprechende Mehraufwendungen verwendet werden. Dies gilt entsprechend für Einzahlungen und daraus zu leistende Auszahlungen.
- b) Innerhalb eines Produktes können Mehrerträge Aufwendungsansätze erhöhen. Vor Inanspruchnahme ist zu prüfen, ob innerhalb des Produktes Mindererträge vorliegen, die zunächst zu kompensieren sind. Erst darüber hinausgehende Mehrerträge können zur Deckung von Mehraufwendungen verwendet werden. Dies gilt entsprechend für Mehreinzahlungen zur Erhöhung des Auszahlungsansatzes.



- c) Erträge und Einzahlungen aus Spenden und Versicherungserstattungen sind zweckgebunden für Aufwendungen und Auszahlungen im jeweiligen Produkt einzusetzen.

#### Echte Deckung gem. §14 GemHVO-Doppik M-V

- a) Die Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen, Einheitsmiete KOE, Wartungsverträge Hard- und Software sowie Kopiertechnik werden nach §14 Abs. 2 GemHVO-Doppik M-V über die Teilhaushalte hinweg, innerhalb zentral bewirtschafteter Deckungskreise, für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Analog gilt dies auch für die hiermit im Zusammenhang stehenden Auszahlungen.
- b) Innerhalb eines Teilfinanzhaushaltes werden die Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gem. §14 Abs. 3 GemHVO-Doppik M-V für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- c) Innerhalb eines Teilfinanzhaushaltes können gem. §14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V die Ansätze für laufende Auszahlungen zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt werden. Soweit die Deckungsfähigkeit in Anspruch genommen wird, vermindert sich der Ansatz für die korrespondierenden Aufwendungen. Der Gesamtbetrag der geplanten Investitionskredite darf dabei nicht überschritten werden.

Nachrichtliche Angaben:		2020	2021
1.	Zum Ergebnishaushalt Das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 – Stand 30.09.2020)	162.075.486,55 €	153.569.186,55 €
2.	Zum Finanzhaushalt Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 – Stand 30.09.2020).	15.987.540,96 €	10.590.940,96 €
3.	Der Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	1.244.532.600,04 €	1.236.026.300,04 €

Rostock, den \_\_\_\_\_

Siegel

\_\_\_\_\_  
Oberbürgermeister

Ergebnishaushalt								Erläute- rung
Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 2 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- nummer
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
		in €						
		1	2	3	4	5	6	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	249.171.786,40	265.315.200	252.746.200	230.901.700	234.430.500	243.459.300	40
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	202.843.582,86	178.038.000	237.763.500	258.588.500	236.157.600	241.516.300	41
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	101.921.506,80	108.551.100	103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300	42
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.149.787,58	49.146.700	52.737.800	54.613.400	54.170.200	56.247.900	43
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.190.391,31	8.684.100	9.971.900	9.083.200	9.119.800	9.149.000	441, 443- 445
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.059.943,30	9.619.000	9.871.200	10.031.300	10.023.700	9.731.500	442, 447, 448
7	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	543.733,20	327.300	244.200	229.500	160.000	192.000	452
8	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	35.697.083,83	24.844.200	29.780.400	38.329.400	30.184.400	26.628.400	47
9	+ Sonstige Erträge	36.871.828,32	31.160.800	40.604.800	24.226.200	24.068.700	17.856.900	451, 46, 491
10	Summe der Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	697.449.643,60	675.686.400	736.853.300	744.219.000	716.069.000	722.927.600	
11	– Personalaufwendungen	135.334.651,62	137.215.100	149.429.400	158.552.600	158.473.000	158.393.400	50
12	– Versorgungsaufwendungen	9.658.400,26	9.811.100	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000	51
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	82.709.605,81	89.672.400	93.291.500	98.987.500	97.667.800	97.589.200	52
14	– Abschreibungen	48.877.897,42	44.690.900	49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300	53
15	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	50.926.153,41	52.375.300	168.202.600	164.674.700	166.517.500	169.843.200	54
16	– Aufwendungen der sozialen Sicherung	266.447.069,35	274.474.200	199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700	55
17	– Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	5.935.885,28	5.460.500	5.762.800	4.824.600	4.664.300	4.897.100	57
18	– Sonstige Aufwendungen	60.468.348,82	60.860.900	70.578.400	63.923.200	63.446.800	61.780.500	56, 591
19	Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	660.358.011,97	674.560.400	744.905.000	752.725.300	748.768.700	754.862.400	
20	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummern 10 und 19)	37.091.631,63	1.126.000	-8.051.700	-8.506.300	-32.699.700	-31.934.800	
21	– Einstellung in die Kapitalrücklage	14.885.505,66	1.200.000	2.100.100	0	0	0	592
22	+ Entnahmen aus der Kapitalrücklage	109.934,27	74.000	0	0	0	0	492
23	– Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0	0	0	0	0	593
24	+ Entnahmen aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0	0	0	0	0	493
25	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag, Nummer 20 zuzüglich Nummern 22 und 24 abzüglich Nummern 21 und 23)	22.316.060,24	0	-10.151.800	-8.506.300	-32.699.700	-31.934.800	
	nachrichtlich:							
26	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	119.060.946,46	141.377.006,70	141.377.006,70	131.225.206,70	122.718.906,70	190.019.206,70	
27	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 25 und 26)	141.377.006,70	141.377.006,70	131.225.206,70	122.718.906,70	90.019.206,70	58.084.406,70	

Finanzhaushalt								Erläute- rung
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023	Konto- nummer
		in €						
		1	2	3	4	5	6	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	247.173.968,81	262.556.000	249.921.200	227.722.700	231.118.500	240.028.300	60
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	173.165.663,75	151.907.200	208.420.700	231.691.800	209.836.800	215.440.200	61
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	101.739.159,02	108.531.200	103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000	62
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.263.659,92	48.403.700	51.954.500	54.075.900	53.136.500	55.113.500	63
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.197.451,22	8.504.100	10.086.000	9.196.200	9.231.900	9.260.100	641
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.415.494,85	9.589.000	9.861.200	10.021.300	10.013.700	9.721.500	642, 647- 648
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	16.909.347,64	22.348.200	22.988.400	31.862.400	23.696.400	20.210.400	67
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	17.648.622,81	15.823.800	16.757.500	16.429.200	16.271.700	16.254.900	651, 66
9	Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	627.513.368,02	627.663.200	673.148.500	699.241.000	670.406.200	684.200.900	
10	– Personalauszahlungen	125.626.476,96	130.163.900	139.779.900	148.903.100	148.823.500	148.743.500	70
11	– Versorgungsauszahlungen	9.658.400,26	9.811.100	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000	71
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	82.226.411,87	90.502.400	92.812.200	99.310.100	97.838.500	98.045.800	72
13	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	50.996.251,29	52.375.300	168.202.600	164.674.700	166.517.500	169.843.200	74
14	– Auszahlungen der sozialen Sicherungen	264.875.274,47	274.389.800	199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200	75
15	– Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.936.134,69	5.271.600	5.772.400	4.835.900	4.506.400	4.717.900	77
16	– Sonstige laufende Auszahlungen	50.281.587,33	52.835.100	58.916.800	60.530.200	58.583.600	59.068.100	76
17	Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	589.600.536,87	615.349.200	674.025.600	694.180.500	691.252.900	699.752.700	
18	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)	37.912.831,15	12.314.000	-877.100	5.060.500	-20.846.700	-15.551.800	
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	41.378.569,27	36.668.100	71.761.200	52.985.200	87.170.600	83.114.600	681, 6833
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.374.058,87	1.400.000	2.000.000	2.076.000	2.430.000	1.000.000	682, 6830- 6832, 6834- 6839
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	548.737,26	8.000	2.502.000	2.000	2.000	7.000	684- 686
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	86.749,16	70.000	103.800	105.900	107.400	108.500	687
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	8.072.624,59	14.500.000	21.050.300	7.500.000	7.500.000	1.300.000	688- 689
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)	51.460.739,15	52.646.100	97.417.300	62.669.100	97.210.000	85.530.100	
25	– Auszahlungen für Anlagevermögen	68.294.248,99	58.395.700	103.568.100	95.856.100	152.465.600	150.566.400	781, 784- 786
26	– Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	170.889,07	132.300	182.100	182.300	182.500	182.800	787
27	– Sonstige Investitionsauszahlungen	613.946,08	0	0	0	0	0	788- 789
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)	69.079.084,14	58.528.000	103.750.200	96.038.400	152.648.100	150.749.200	
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)	-17.618.344,99	-5.881.900	-6.332.900	-33.369.300	-55.438.100	-65.219.100	
30	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 18 und 29)	20.294.486,16	6.432.100	-7.210.000	-28.308.800	-76.284.800	-80.770.900	
31	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.950.327,01	5.887.900	6.332.900	33.369.300	55.438.100	65.219.100	691- 692

## Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Finanzhaushalt								Erläute- rung
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- nummer
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
		in €						
32	– Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.130.603,85	10.600.000	10.819.500	10.457.100	11.700.100	13.554.600	791, 792000 00- 792510 00
33	– Sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	
34	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Nummer 31 abzüglich Nummern 32 und 33)	-6.180.276,84	-4.712.100	-4.486.600	22.912.200	43.738.000	51.664.500	
35	Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge	1.016.100,62	0	0	0	0	0	
36	Veränderung der liquiden Mittel und der Kassenkredite (Summe der Nummern 30, 34 und 35)	15.130.309,94	1.720.000	-11.696.600	-5.396.600	-32.546.800	-29.106.400	
37	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 18 und 32)	28.782.227,30	1.714.000	-11.696.600	-5.396.600	-32.546.800	-29.106.400	
	nachrichtlich:							
38	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	0,00	1.177.037,77	536.962,23	-11.159.637,77	-16.556.237,77	-49.103.037,77	
39	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 37 und 38)	29.959.265,07	536.962,23	-11.159.637,77	-16.556.237,77	-49.103.037,77	-78.209.437,77	
	darunter:							
	Zuführung zum investiven Bereich aus einem positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres [Einzahlung in Nummer 23 (Sonstige Investitionseinzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 16 (Sonstige laufende Auszahlungen) enthalten]	0,00	0	0	0	0	0	
	Zuführung zur Deckung eines negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres aus dem investiven Bereich [Einzahlungen in Nummer 8 (Sonstige laufende Einzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 27 (Sonstige Investitionsauszahlungen) enthalten]	0,00	0	0	0	0	0	

Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite im Finanzplanungszeitraum - Ergänzungsbeschluss 2021										
lfd.			vorl. Ergeb. 2018	Ansatz 2019	voraussichtliches Ist 2019	Ansatz 2020	voraussichtliches Ist 2020	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023
			in EUR							
			1	2		3		4	5	6
1		Liquide Mittel zum 31.12. des Haushaltsvorjahres (§ 47 Absatz 4 Nummer 2.4 GemHVO-Doppik)	17.379.435,60	24.449.046,90	29.449.046,90	47.909.142,48	52.909.142,48	47.243.707,48	41.847.107,48	9.300.307,48
2	-	Kassenkredite zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	5.162.200,00	-	5.000.000,00	-	5.000.000,00	-	-	-
3	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kassenkredite zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	12.217.235,60	24.449.046,90	24.449.046,90	47.909.142,48	47.909.142,48	47.243.707,48	41.847.107,48	9.300.307,48
4		Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	- 29.959.265,07	- 1.177.037,77	- 1.177.037,77	16.652.975,96	16.652.975,96	15.987.540,96	10.590.940,96	- 21.955.859,04
5	+	Korrektur des Vortrages	-	-	-	-	-	-	-	-
6	+	jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen ( § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 37 GemHVO)	28.782.227,30	1.714.000,00	17.830.013,73	- 11.696.600,00	- 665.435,00	- 5.396.600,00	- 32.546.800,00	- 29.106.400,00
7	+	Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres	- 1.177.037,77	536.962,23	16.652.975,96	4.956.375,96	15.987.540,96	10.590.940,96	- 21.955.859,04	- 51.062.259,04
8		Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	38.651.087,65	21.194.942,66	21.194.942,66	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74
9	+	Korrektur des Vortrages	162.200,00	-	-	-	-	-	-	-
10	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (§ 3 Absatz 1 Nummer 41 GemHVO-Doppik)	- 17.618.344,99	- 5.887.900,00	5.641.673,08	- 6.332.900,00	- 27.698.844,04	- 33.369.300,00	- 55.438.100,00	- 65.219.100,00
11	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne planmäßige Tilgung)	-	5.887.900,00	-	6.332.900,00	27.698.844,04	33.369.300,00	55.438.100,00	65.219.100,00
12	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	21.194.942,66	21.194.942,66	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74
13		Saldo der durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	3.525.413,02	4.431.142,01	4.431.142,01	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78
14	+	Korrektur des Vortrages	-	-	-	-	-	-	-	-
15	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 55 GemHVO-Doppik)	905.728,99	-	11.591,23	-	-	-	-	-
16	+	Saldo der durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	4.431.142,01	4.431.142,01	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78
17	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	24.449.046,90	26.163.046,90	47.909.142,48	36.212.542,48	47.243.707,48	41.847.107,48	9.300.307,48	- 19.806.092,52

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

Anlage 4

## GESAMTERGEBNIS- / GESAMTFINANZHAUSHALT

PRODUKTE  
alle

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	252.746.200	230.901.700	234.430.500	243.459.300
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	237.763.500	258.588.500	236.157.600	241.516.300
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.737.800	54.883.300	54.170.200	56.247.900
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.971.900	9.164.900	9.119.800	9.149.000
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.871.200	10.031.300	10.023.700	9.731.500
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	244.200	229.500	160.000	192.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	29.780.400	38.019.400	28.669.400	25.113.400
9	46	+ Sonstige Erträge	40.604.800	24.226.200	24.068.700	17.856.900
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>736.853.300</b>	<b>744.260.600</b>	<b>714.554.000</b>	<b>721.412.600</b>
11	50	- Personalaufwendungen	149.429.400	158.552.600	158.473.000	158.393.400
12	51	- Versorgungsaufwendungen	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	93.291.500	98.912.500	97.617.800	97.539.200
14	53	- Abschreibungen	49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	5.762.800	5.697.600	4.664.300	4.897.100
18	56	- Sonstige Aufwendungen	70.578.400	63.923.200	63.446.800	61.780.500
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>744.905.000</b>	<b>753.433.300</b>	<b>748.718.700</b>	<b>754.812.400</b>
20		<b>Jahresergebnis vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-8.051.700</b>	<b>-9.172.700</b>	<b>-34.164.700</b>	<b>-33.399.800</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
252.746.200	230.901.700	234.430.500	243.459.300
237.763.500	258.588.500	236.157.600	241.516.300
103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300
52.737.800	54.613.400	54.170.200	56.247.900
9.971.900	9.083.200	9.119.800	9.149.000
9.871.200	10.031.300	10.023.700	9.731.500
244.200	229.500	160.000	192.000
29.780.400	38.329.400	30.184.400	26.628.400
40.604.800	24.226.200	24.068.700	17.856.900
736.853.300	744.219.000	716.069.000	722.927.600
149.429.400	158.552.600	158.473.000	158.393.400
8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
93.291.500	98.987.500	97.667.800	97.589.200
49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300
168.202.600	164.674.700	166.517.500	169.843.200
199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700
5.762.800	4.824.600	4.664.300	4.897.100
70.578.400	63.923.200	63.446.800	61.780.500
744.905.000	752.725.300	748.768.700	754.862.400
-8.051.700	-8.506.300	-32.699.700	-31.934.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-269.900	0	0
0	-81.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	310.000	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	-41.600	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	75.000	50.000	50.000
0	0	0	0
0	90.000	0	0
0	0	0	0
0	-873.000	0	0
0	0	0	0
0	-708.000	50.000	50.000
0	666.400	1.465.000	1.465.000

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	249.921.200	227.722.700	231.118.500	240.028.300
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	208.420.700	231.691.800	209.836.800	215.440.200
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.954.500	54.345.800	53.136.500	55.113.500
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.086.000	9.277.900	9.231.900	9.260.100
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.861.200	10.021.300	10.013.700	9.721.500
7	67	+ Zinsinzahlungen und sonstige Finanzinzahlungen	22.988.400	31.552.400	22.181.400	18.695.400
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	16.757.500	16.429.200	16.271.700	16.254.900
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>673.148.500</b>	<b>699.282.600</b>	<b>668.891.200</b>	<b>682.685.900</b>
10	70	- Personalauszahlungen	139.779.900	148.903.100	148.823.500	148.743.500
11	71	- Versorgungsauszahlungen	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	92.812.200	99.235.100	97.788.500	97.995.800
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.772.400	5.708.900	4.506.400	4.717.900
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	58.916.800	60.530.200	58.583.600	59.068.100
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>674.025.600</b>	<b>694.888.500</b>	<b>691.202.900</b>	<b>699.702.700</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-877.100</b>	<b>4.394.100</b>	<b>-22.311.700</b>	<b>-17.016.800</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
249.921.200	227.722.700	231.118.500	240.028.300
208.420.700	231.691.800	209.836.800	215.440.200
103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000
51.954.500	54.075.900	53.136.500	55.113.500
10.086.000	9.196.200	9.231.900	9.260.100
9.861.200	10.021.300	10.013.700	9.721.500
22.988.400	31.862.400	23.696.400	20.210.400
16.757.500	16.429.200	16.271.700	16.254.900
673.148.500	699.241.000	670.406.200	684.200.900
139.779.900	148.903.100	148.823.500	148.743.500
8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
92.812.200	99.310.100	97.838.500	98.045.800
168.202.600	164.674.700	166.517.500	169.843.200
199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200
5.772.400	4.835.900	4.506.400	4.717.900
58.916.800	60.530.200	58.583.600	59.068.100
674.025.600	694.180.500	691.252.900	699.752.700
-877.100	5.060.500	-20.846.700	-15.551.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-269.900	0	0
0	-81.700	0	0
0	0	0	0
0	310.000	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	-41.600	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	75.000	50.000	50.000
0	90.000	0	0
0	0	0	0
0	-873.000	0	0
0	0	0	0
0	-708.000	50.000	50.000
0	666.400	1.465.000	1.465.000

## Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

## TH 15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen

## PRODUKTE

11102 Zentrale Steuerung  
 25301 Zoologischer Garten Rostock  
 26101 Volkstheater Rostock GmbH  
 51107 Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, -entwicklung und

52205 WIRO Wohnungsgesellschaft mbH  
 54001 Konzessionsabgaben  
 54701 RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding  
 54702 Sonstiger Personen- und Güterverkehr

55101 Bundesgartenschau (BUGA)-neu TH 99  
 57303 inRostock GmbH Messen, Kongresse &  
 57304 Großmarkt Rostock GmbH  
 57305 IGA - Rostock 2003 GmbH

62301 Eigenbetrieb Kommunale Objekt-bewirtschaftung und -entwicklung der HRO  
 62302 Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde  
 62303 Eigenbetrieb Krankenhaus Südstadt Klinikum  
 62600 Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens  
 62601 Warnow-Wasser- und Abwasserverband

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)			
1	40	• Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	• Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	13.480.500	13.731.000	13.994.800	14.265.200
3	42	• Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	• Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	• Zinserträge und sonstige Finanzerträge	24.632.000	32.871.000	23.521.000	19.965.000
9	46	• Sonstige Erträge	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>48.380.100</b>	<b>56.869.600</b>	<b>47.783.400</b>	<b>44.497.800</b>
11	50	- Personalaufwendungen	1.070.600	1.082.900	1.050.600	968.800
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	722.800	724.500	724.000	723.700
14	53	- Abschreibungen	2.219.700	2.212.900	2.212.900	2.212.900
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	2.599.800	2.933.000	1.559.800	1.559.800
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>51.477.700</b>	<b>44.696.000</b>	<b>41.970.500</b>	<b>42.381.000</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-3.097.600</b>	<b>12.173.600</b>	<b>5.812.900</b>	<b>2.116.800</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
0	0	0	0
13.480.500	13.731.000	13.994.800	14.265.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
24.632.000	33.181.000	25.036.000	21.480.000
10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
<b>48.380.100</b>	<b>57.179.600</b>	<b>49.298.400</b>	<b>46.012.800</b>
1.070.600	1.082.900	1.050.600	968.800
0	0	0	0
722.800	724.500	724.000	723.700
2.219.700	2.212.900	2.212.900	2.212.900
42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000
0	0	0	0
2.599.800	2.060.000	1.559.800	1.559.800
2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
<b>51.477.700</b>	<b>43.823.000</b>	<b>41.970.500</b>	<b>42.381.000</b>
<b>-3.097.600</b>	<b>13.356.600</b>	<b>7.327.900</b>	<b>3.631.800</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	310.000	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	310.000	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-873.000	0	0
0	0	0	0
0	-873.000	0	0
0	1.183.000	1.515.000	1.515.000

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)			
1	60	• Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	• Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	12.351.400	12.608.700	12.872.500	13.142.900
3	62	• Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	• Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	19.340.000	27.904.000	19.033.000	15.547.000
8	66	• Sonstige laufende Einzahlungen	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>41.959.000</b>	<b>50.780.300</b>	<b>42.173.100</b>	<b>38.957.500</b>
10	70	- Personalauszahlungen	1.074.000	1.082.900	1.050.600	968.800
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	722.800	724.500	724.000	723.700
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	2.599.800	2.933.000	1.559.800	1.559.800
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>49.261.400</b>	<b>42.483.100</b>	<b>39.757.600</b>	<b>40.168.100</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-7.302.400</b>	<b>8.297.200</b>	<b>2.415.500</b>	<b>-1.210.600</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
0	0	0	0
12.351.400	12.608.700	12.872.500	13.142.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
19.340.000	28.214.000	20.548.000	17.062.000
10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
<b>41.959.000</b>	<b>51.090.300</b>	<b>43.688.100</b>	<b>40.472.500</b>
1.074.000	1.082.900	1.050.600	968.800
0	0	0	0
722.800	724.500	724.000	723.700
42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000
0	0	0	0
2.599.800	2.060.000	1.559.800	1.559.800
2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
<b>49.261.400</b>	<b>41.610.100</b>	<b>39.757.600</b>	<b>40.168.100</b>
<b>-7.302.400</b>	<b>9.480.200</b>	<b>3.930.500</b>	<b>304.400</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	310.000	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	310.000	1.515.000	1.515.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-873.000	0	0
0	0	0	0
0	-873.000	0	0
0	1.183.000	1.515.000	1.515.000

## TH 32 Stadttamt

11105 Ortsbeiräte  
11132 Verwaltung Amt 32  
12201 Ordnungsangelegenheiten

12202 Einwohner- und Meldewesen  
12203 Personenstandswesen  
12204 Gewerbeangelegenheiten

12205 Migrationsangelegenheiten  
12304 Verkehrszulassungen

FINANZHAUSHALT															
Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	
			Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)						1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)					Veränderung	
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	0	0	0	0	
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600	0	0	0	0	
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.400	6.900	6.000	6.900	17.400	6.900	6.000	6.900	0	0	0	0	
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.000	418.000	418.000	418.000	418.000	418.000	418.000	418.000	0	0	0	0	
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300	0	0	0	0	
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	8.404.300	8.366.800	8.366.800	8.366.800	8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800	0	0	0	0	
10	70	- Personalauszahlungen	12.653.000	13.652.600	13.791.200	13.070.800	12.653.000	13.652.600	13.791.200	13.070.800	0	0	0	0	
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	954.600	1.058.000	986.200	1.022.900	954.600	1.058.000	986.200	1.022.900	0	0	0	0	
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	737.500	737.500	737.500	737.500	737.500	827.500	737.500	737.500	0	90.000	0	0	
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300	2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300	0	0	0	0	
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	17.225.600	18.460.800	18.358.400	17.703.500	17.225.600	18.550.800	18.358.400	17.703.500	0	90.000	0	0	
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-8.821.300	-10.094.000	-9.992.500	-9.336.700	-8.821.300	-10.184.000	-9.992.500	-9.336.700	0	-90.000	0	0	

3





## TH 40 Schulverwaltungsamt

## PRODUKTE

20101 Schulträgeraufgaben  
21101 Schulkostenbeiträge Grundschulen  
21102 "Gehlsdorfer-Grundschule"  
21103 Grundschule "Heinrich Heine"  
21104 Grundschule "Rudolph Tarnow"  
21105 Grundschule "Am Taklerring"  
21106 Grundschule "Lütt Matten"  
21107 Grundschule "Kleine Birke"  
21108 "Grundschule am Mühlenteich"

21109 Grundschule Schmart  
21110 Grundschule "Türmchenschule"  
21111 Grundschule "Nordwindkinner"  
21112 "Werner-Lindemann-Grundschule"  
21113 Grundschule am Margaretenplatz  
21114 Grundschule "Juri Gagarin"  
21115 Grundschule "St.-Georg-Schule"  
21116 Grundschule "John-Brinckmann"  
21117 Grundschule "Ostseekinder"  
21118 "Grundschule an den Weiden"

21119 Grundschule am Alten Markt mit Förderschwerpunkt  
21501 Schulkostenbeiträge Regionale Schulen  
21502 "Nordlicht-Schule"  
21503 "Störtebeker-Schule"  
21504 "Heinrich-Schütz-Schule"  
21505 "Otto-Lilienthal-Schule"  
21506 Regionale Schule - Krusensternschule  
21507 Regionale Schule - Baltischschule  
21701 Schulkostenbeiträge Gymnasien, Abendgymnasien  
21702 Erasmus-Gymnasium

21703 Abendgymnasium  
21704 Gymnasium Reutershagen  
21705 Innerstädtisches Gymnasium  
21706 Käthe-Kollwitz-Gymnasium  
21801 Schulkostenbeiträge Gesamtschulen  
21802 Hutterwasser-Gesamtschule  
21803 Schulcampus Evershagen  
21805 Borwinschule  
21806 Jenaplanschule "Peter Petersen"  
21807 Kooperative Gesamtschule

22101 Schulkostenbeiträge Förderschulen  
22102 "Heinrich-Hoffmann-Schule"  
22103 Schule zur individuellen Lebensbewältigung  
22104 GodeWind Schule  
22105 Küstenschule Rostock  
22106 Förderzentrum am Schwanenteich  
22107 Schulzentrum "Paul-Friedrich-Scheel-Schule"  
23101 Schulkostenbeiträge Berufliche Schulen  
23103 Berufsschule "A. Schmorell" am Klinikum Südstadt  
23104 Berufsschule Dienstleistung und Gewerbe

23106 Berufsschule Wirtschaft  
23108 Berufliche Schule der HRO für Technik  
24301 Schülerbeförderung  
24300 Schule am anderen Ort  
42102 Sportförderung - neu TH 41  
42401 Sportstätten - Bga - OE 40  
42402 Sportstätten - hoheitlich - OE 40

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	154.600	492.800	726.900	807.400
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.698.700	2.219.900	2.219.900	2.219.900
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.054.200	352.800	352.700	352.800
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>8.395.200</b>	<b>7.506.500</b>	<b>7.740.500</b>	<b>7.801.100</b>
11	50	- Personalaufwendungen	11.538.500	12.301.600	12.039.700	12.260.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
14	53	- Abschreibungen	2.487.100	2.129.500	1.942.100	1.966.900
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	20.680.500	18.836.200	18.793.800	18.834.400
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>62.824.600</b>	<b>60.761.900</b>	<b>59.185.600</b>	<b>59.976.000</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-54.429.400</b>	<b>-53.255.400</b>	<b>-51.445.100</b>	<b>-52.174.900</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
0	0	0	0
154.600	492.800	726.900	807.400
0	0	0	0
2.698.700	2.018.200	2.219.900	2.219.900
1.054.200	324.900	352.700	352.800
4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.395.200	7.276.900	7.740.500	7.801.100
11.538.500	12.301.600	12.039.700	12.260.700
0	0	0	0
23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
2.487.100	2.129.500	1.942.100	1.966.900
4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
0	0	0	0
0	0	0	0
20.680.500	18.836.200	18.793.800	18.834.400
62.824.600	60.761.900	59.185.600	59.976.000
-54.429.400	-53.485.000	-51.445.100	-52.174.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-201.700	0	0
0	-27.900	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-229.600	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-229.600	0	0
0	0	0	0

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	134.000	472.700	708.700	792.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.698.700	2.219.900	2.219.900	2.219.900
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.054.200	352.800	352.700	352.800
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>8.374.600</b>	<b>7.486.400</b>	<b>7.722.300</b>	<b>7.785.700</b>
10	70	- Personalauszahlungen	11.544.600	12.306.500	12.041.400	12.261.400
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	20.680.500	18.843.500	18.794.000	18.834.400
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>60.343.600</b>	<b>58.644.600</b>	<b>57.245.400</b>	<b>58.009.800</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-51.969.000</b>	<b>-51.158.200</b>	<b>-49.523.100</b>	<b>-50.224.100</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
0	0	0	0
134.000	472.700	708.700	792.000
0	0	0	0
2.698.700	2.018.200	2.219.900	2.219.900
1.054.200	324.900	352.700	352.800
4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
0	0	0	0
0	0	0	0
8.374.600	7.256.800	7.722.300	7.785.700
11.544.600	12.306.500	12.041.400	12.261.400
0	0	0	0
23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
0	0	0	0
0	0	0	0
20.680.500	18.843.500	18.794.000	18.834.400
60.343.600	58.644.600	57.245.400	58.009.800
-51.969.000	-51.387.800	-49.523.100	-50.224.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-201.700	0	0
0	-27.900	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-229.600	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-229.600	0	0
0	0	0	0

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## TH 41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt

## PRODUKTE

42102 Sportförderung  
42403 Sportstätten - Bga - OE 41  
42404 Sportstätten - hoheitlich - OE 41  
42405 Sportstättenverwaltung

## ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	62.000	62.000	62.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	748.600	748.600	748.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	806.800	806.800	806.800
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	20.000	20.000	20.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>0</b>	<b>1.637.400</b>	<b>1.637.400</b>	<b>1.637.400</b>
11	50	- Personalaufwendungen	148.500	159.100	163.800	169.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
14	53	- Abschreibungen	35.100	19.300	3.400	3.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
19		<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>2.064.000</b>	<b>10.633.700</b>	<b>10.563.200</b>	<b>10.765.100</b>
20		<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-2.064.000</b>	<b>-8.996.300</b>	<b>-8.925.800</b>	<b>-9.127.700</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	680.400	748.600	748.600
0	753.000	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.515.400	1.637.400	1.637.400
148.500	159.100	163.800	169.100
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
35.100	19.300	3.400	3.300
1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
0	0	0	0
0	0	0	0
165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
2.064.000	10.633.700	10.563.200	10.765.100
-2.064.000	-9.118.300	-8.925.800	-9.127.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-68.200	0	0
0	-53.800	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-122.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-122.000	0	0
0	0	0	0

## FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Entwurf Ergänzungsbeschluss (Planstufe 14)						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	62.000	62.000	62.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	748.600	748.600	748.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	806.800	806.800	806.800
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	20.000	20.000	20.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>0</b>	<b>1.637.400</b>	<b>1.637.400</b>	<b>1.637.400</b>
10	70	- Personalauszahlungen	148.500	159.100	163.800	169.100
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
17		<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>2.028.900</b>	<b>10.614.400</b>	<b>10.559.800</b>	<b>10.761.800</b>
18		<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-2.028.900</b>	<b>-8.977.000</b>	<b>-8.922.400</b>	<b>-9.124.400</b>

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
1. Änderung zum Entwurf Ergänzungsbeschluss für 2021 (Planstufe 15)			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	680.400	748.600	748.600
0	753.000	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.515.400	1.637.400	1.637.400
148.500	159.100	163.800	169.100
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
0	0	0	0
0	0	0	0
165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
2.028.900	10.614.400	10.559.800	10.761.800
-2.028.900	-9.099.000	-8.922.400	-9.124.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-68.200	0	0
0	-53.800	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-122.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-122.000	0	0
0	0	0	0

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

## 1. Änderungsliste zum Ergänzungsbeschluss 2021

lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
			2021			2022			2023		

### Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

1.	15	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)	2.933.000	-873.000	2.060.000						
		Summe Veränderungen Aufwand		-873.000			0			0	
		Begründung	Die ursprüngliche Planung vom Eigenbetrieb "Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde" berücksichtigt im Zusammenhang mit den coronabedingten Veränderungen wie bspw. fehlende Kurabgabe und Parkplatzentgelte, Absagen von geplanten Veranstaltungen, erhöhte Aufwendungen für Großveranstaltungen, Hygienekonzepte, Verkehrssicherheitskonzeptionen. Mit der Änderung werden die Planungen auf die Erkenntnisse des Ausfalls 2020 angepasst.								

2.	15	Finanzerträge aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	14.023.000	-1.205.000	12.818.000						
		Summe Veränderungen Ertrag		-1.205.000			0			0	
		Begründung	Verschiebung der Gewinnausschüttung ins Folgejahr aus steuerungsrelevanten Sachverhalten beim WWAV. Die Reduzierung der Abführung an den städtischen Haushalt beruht auf der Differenz zwischen dem geplanten Ergebnis 2019 und dem tatsächlichen lt. Jahresabschluss 2019 in Höhe von 1.205.000 EUR, in der Hauptsache verursacht durch geringere Umsatzerlöse.								

3.	15	Finanzerträge aus verbundenen Unternehmen	11.800.000	1.515.000	13.315.000	11.800.000	1.515.000	13.315.000	11.800.000	1.515.000	13.315.000
		Summe Veränderungen Ertrag		1.515.000			1.515.000			1.515.000	
		Begründung	Höhere Ausschüttung der WIRO Wohnungsgesellschaft mbH auf Grund der positiven Geschäftsentwicklung möglich.								

lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
			2021			2022			2023		
4.	32	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Warnemünde	7.200	4.000	11.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Rostocker Heide	3.800	2.200	6.000						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Lichtenhagen	10.100	5.500	15.600						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Groß-Klein	9.800	5.400	15.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Lütten-Klein	11.500	6.200	17.700						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Evershagen	11.600	6.300	17.900						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Schmarl	7.400	4.100	11.500						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Reutershagen	11.900	6.500	18.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Hansaviertel	7.300	4.100	11.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Gartenstadt/Stadtweide	4.700	2.700	7.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Kröpeliner-Tor-Vorstadt	12.800	6.900	19.700						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Südstadt	10.500	5.700	16.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Biestow	4.400	2.500	6.900						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Stadtmitte	13.300	7.200	20.500						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Brinckmansdorf	7.200	4.000	11.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Dierkow - Neu	8.500	4.700	13.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Dierkow-Ost/West	4.200	2.400	6.600						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Toitenwinkel	10.100	5.500	15.600						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Gehlsdorf/Rostock Ost	6.000	3.400	9.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - allgemein	1.300	700	2.000						
		<b>Summe Veränderungen Aufwand</b>		<b>90.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
			2021			2022			2023		
		<b>Begründung</b>	Viele Maßnahmen Dritter, welche gewöhnlich durch die Zuwendungen der Ortsbeiräte mitfinanziert werden, konnten dieses Jahr aufgrund der Corona-Pandemie nicht durchgeführt werden. Insbesondere konnten Veranstaltungen nicht oder nur in stark verkleinerter Form durchgeführt werden. Das gesellschaftliche Leben stand teilweise völlig still. Die Zuwendungen der Ortsbeiräte für Maßnahmen Dritter dienen immer dem Gemeinwohl im jeweiligen Ortsteil. Gerade in dieser schwierigen Zeit ist es von großer Bedeutung, die Schaffung eines guten nachbarschaftlichen Umfeldes wieder in den Vordergrund zu rücken. Die nicht genutzten Mittel "verfallen" zu lassen und im nächsten Jahr mit einem nicht angepassten Budget zu wirtschaften wäre ein falsches Signal. Die durchgeführten Maßnahmen tragen dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die bürgerschaftliche Nähe, welche in 2020 leiden musste, im kommenden Jahr auch mithilfe finanzieller Mittel zu fördern. Durch die Bildung höherer Ansätze in 2021 auf Grundlage der nicht genutzten Mittel aus 2020 besteht die Chance, ausgefallene Veranstaltungen nachzuholen und wichtige lokale Projekte verspätet in die Tat umzusetzen. Damit wird dem Antrag 2020/AN/1628 der CDU/UFR-Fraktion Folge geleistet.								
5.	37	Medizinischer Sachbedarf	0	40.000	40.000	0	40.000	40.000	0	40.000	40.000
		<b>Summe Veränderungen Aufwand</b>		<b>40.000</b>			<b>40.000</b>			<b>40.000</b>	
		<b>Begründung</b>	Im Rahmen der aktuellen COVID-19 Lage ist es notwendig für das laufende Jahr zusätzlich Schutzmaßnahmen für die Einsatzkräfte zu treffen.								

6.	37	Unterhaltung von Fahrzeugen	440.000	25.000	465.000						
		<b>Summe Veränderungen Aufwand</b>		<b>25.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
		<b>Begründung</b>	Für die Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr soll ein Tanklöschfahrzeug weiterhin im Bestand bleiben. Des Weiteren wird das alte Fahrzeug der Höhenrettung an den Stadtfeuerwehrverband übergeben. Die beiden Fahrzeuge sind nicht Bestandteil der bisherigen Planung gewesen. Die Unterhaltung der beiden Fahrzeuge wird auf ca. 2000 EUR pro Monat geschätzt.								

7.	37	Gebrauchsgegenstände	400	10.000	10.400	400	10.000	10.400	400	10.000	10.400
		<b>Summe Veränderungen Aufwand</b>		<b>10.000</b>			<b>10.000</b>			<b>10.000</b>	
		<b>Begründung</b>	Im Rahmen der aktuellen COVID-19 Lage ist es notwendig für das laufende Jahr zusätzlich Schutzmaßnahmen für die Einsatzkräfte zu treffen.								

8.	40	Benutzungsentgelte - (19%)	7.700	-700	7.000	7.700	0	7.700	7.700	0	7.700
		Benutzungsentgelte - Übernachtungen	1.400	-200	1.200	1.400	0	1.400	1.400	0	1.400
		Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	202.800	-18.500	184.300	202.800	0	202.800	202.800	0	202.800
		Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	93.000	-8.500	84.500	93.000	0	93.000	93.000	0	93.000
		Entgelte für Schulsportnutzung	2.217.800	-201.700	2.016.100	2.217.800	0	2.217.800	2.217.800	0	2.217.800
		<b>Summe Veränderungen Ertrag</b>		<b>-229.600</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
		<b>Begründung</b>	Antrag SPD 2020/AN/1625: Die Aktualisierung der „Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hansestadt Rostock“ soll coronabedingt auf den Geltungsbeginn 01.01.2022 verschoben werden. Demzufolge reduzieren sich die zuvor mit einer Erhöhung von 10% geplanten Ansätze im Haushaltsjahr 2021.								

lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
			2021			2022			2023		
9.	41	Benutzungsentgelte - (19%)	12.500	-1.200	11.300	12.500	0	12.500	12.500	0	12.500
		Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	-1.400	13.900	15.300	0	15.300	15.300	0	15.300
		Benutzungsentgelte - Übernachtungen	3.700	-400	3.300	3.700	0	3.700	3.700	0	3.700
		Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	287.100	-26.100	261.000	287.100	0	287.100	287.100	0	287.100
		Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	132.500	-12.100	120.400	132.500	0	132.500	132.500	0	132.500
		Eintrittsgelder (19%)	7.200	-700	6.500	7.200	0	7.200	7.200	0	7.200
		Eintrittsgelder (7%)	130.000	-11.900	118.100	130.000	0	130.000	130.000	0	130.000
		Entgelte für Schulsportnutzung	490.000	-44.600	445.400	490.000	0	490.000	490.000	0	490.000
		Entgelte für Schulschwimmen	258.600	-23.600	235.000	258.600	0	258.600	258.600	0	258.600
		<b>Summe Veränderungen Ertrag</b>		<b>-122.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
		<b>Begründung</b>	Antrag SPD 2020/AN/1625: Die Aktualisierung der „Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hansestadt Rostock“ soll coronabedingt auf den Geltungsbeginn 01.01.2022 verschoben werden. Demzufolge reduzieren sich die zuvor mit einer Erhöhung von 10% geplanten Ansätze im Haushaltsjahr 2021.								
<b>Summe Erträge gesamt</b>				<b>-41.600</b>		<b>1.515.000</b>			<b>1.515.000</b>		
<b>Summe Aufwand gesamt</b>				<b>-708.000</b>		<b>50.000</b>			<b>50.000</b>		
<b>Saldo</b>				<b>666.400</b>		<b>1.465.000</b>			<b>1.465.000</b>		

lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
			2021			2022			2023		

**Auswirkungen auf den Finanzhaushalt**

1.	15	Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)	2.933.000	-873.000	2.060.000						
<b>Summe Veränderungen Auszahlung</b>				<b>-873.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

2.	15	Finanzeinzahlungen aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	14.023.000	-1.205.000	12.818.000						
<b>Summe Veränderungen Einzahlung</b>				<b>-1.205.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	

3.	15	Einzahlungen aus verbundenen Unternehmen	11.800.000	1.515.000	13.315.000	11.800.000	1.515.000	13.315.000	11.800.000	1.515.000	13.315.000
<b>Summe Veränderungen Einzahlung</b>				<b>1.515.000</b>			<b>1.515.000</b>			<b>1.515.000</b>	



lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
			2021			2022			2023		
4.	32	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Warnemünde	7.200	4.000	11.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Rostocker Heide	3.800	2.200	6.000						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Lichtenhagen	10.100	5.500	15.600						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Groß-Klein	9.800	5.400	15.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Lütten-Klein	11.500	6.200	17.700						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Evershagen	11.600	6.300	17.900						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Schmarl	7.400	4.100	11.500						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Reutershagen	11.900	6.500	18.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Hansaviertel	7.300	4.100	11.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Gartenstadt/Stadtweide	4.700	2.700	7.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Kröpeliner-Tor-Vorstadt	12.800	6.900	19.700						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Südstadt	10.500	5.700	16.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Biestow	4.400	2.500	6.900						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Stadtmitte	13.300	7.200	20.500						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Brinckmansdorf	7.200	4.000	11.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Dierkow - Neu	8.500	4.700	13.200						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Dierkow-Ost/West	4.200	2.400	6.600						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Toitenwinkel	10.100	5.500	15.600						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - Gehlsdorf/Rostock Ost	6.000	3.400	9.400						
		Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - allgemein	1.300	700	2.000						
		<b>Summe Veränderungen Auszahlung</b>		<b>90.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
5.	37	Auszahlungen für medizinischen Sachbedarf	0	40.000	40.000	0	40.000	40.000	0	40.000	40.000
		<b>Summe Veränderungen Auszahlung</b>		<b>40.000</b>			<b>40.000</b>			<b>40.000</b>	

lfd. Nr.	TH	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
			2021			2022			2023		
6.	37	Haltung von Fahrzeugen	440.000	25.000	465.000						
		<b>Summe Veränderungen Auszahlung</b>		<b>25.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
7.	37	Gebrauchsgegenstände	400	10.000	10.400	400	10.000	10.400	400	10.000	10.400
		<b>Summe Veränderungen Auszahlung</b>		<b>10.000</b>			<b>10.000</b>			<b>10.000</b>	
8.	40	Benutzungsentgelte - (19%)	7.700	-700	7.000	7.700	0	7.700	7.700	0	7.700
		Benutzungsentgelte - Übernachtungen	1.400	-200	1.200	1.400	0	1.400	1.400	0	1.400
		Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	202.800	-18.500	184.300	202.800	0	202.800	202.800	0	202.800
		Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	93.000	-8.500	84.500	93.000	0	93.000	93.000	0	93.000
		Entgelte für Schulsportnutzung	2.217.800	-201.700	2.016.100	2.217.800	0	2.217.800	2.217.800	0	2.217.800
		<b>Summe Veränderungen Einzahlung</b>		<b>-229.600</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
9.	41	Benutzungsentgelte - (19%)	12.500	-1.200	11.300	12.500	0	12.500	12.500	0	12.500
		Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	-1.400	13.900	15.300	0	15.300	15.300	0	15.300
		Benutzungsentgelte - Übernachtungen	3.700	-400	3.300	3.700	0	3.700	3.700	0	3.700
		Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	287.100	-26.100	261.000	287.100	0	287.100	287.100	0	287.100
		Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	132.500	-12.100	120.400	132.500	0	132.500	132.500	0	132.500
		Eintrittsgelder (19%)	7.200	-700	6.500	7.200	0	7.200	7.200	0	7.200
		Eintrittsgelder (7%)	130.000	-11.900	118.100	130.000	0	130.000	130.000	0	130.000
		Entgelte für Schulsportnutzung	490.000	-44.600	445.400	490.000	0	490.000	490.000	0	490.000
		Entgelte für Schulschwimmen	258.600	-23.600	235.000	258.600	0	258.600	258.600	0	258.600
		<b>Summe Veränderungen Einzahlung</b>		<b>-122.000</b>			<b>0</b>			<b>0</b>	
<b>Summe Einzahlungen gesamt</b>				<b>-41.600</b>			<b>1.515.000</b>			<b>1.515.000</b>	
<b>Summe Auszahlungen gesamt</b>				<b>-708.000</b>			<b>50.000</b>			<b>50.000</b>	
<b>Saldo</b>				<b>666.400</b>			<b>1.465.000</b>			<b>1.465.000</b>	

<b>Teilergebnishaushalt</b>							
Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 4 Absatz 10 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Planungsdaten 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		2018					
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	108.871,62	55.000	125.000	125.000	125.000	125.000
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	0,00	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte *	4.135.641,41	3.864.000	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.401,42	17.400	17.400	6.900	6.000	6.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen *	422.037,45	388.000	418.000	418.000	418.000	418.000
7	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0	0	0
8	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0,00	0	0	0	0	0
9	+ Sonstige Erträge *	3.485.407,38	3.665.300	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)</b>	<b>8.161.359,28</b>	<b>7.989.700</b>	<b>8.404.300</b>	<b>8.366.800</b>	<b>8.365.900</b>	<b>8.366.800</b>
11	– Personalaufwendungen	12.330.701,57	11.895.400	12.635.400	13.638.800	13.784.300	13.068.400
12	– Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen *	1.010.890,54	1.068.900	954.600	1.058.000	986.200	1.022.900
14	– Abschreibungen	202.948,31	210.300	398.000	406.800	373.000	382.500
15	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen *	501.268,08	632.900	737.500	827.500	737.500	737.500
16	– Aufwendungen der sozialen Sicherung	0,00	0	0	0	0	0
17	– Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
18	– Sonstige Aufwendungen *	2.670.287,15	2.813.900	2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300
<b>19</b>	<b>Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)</b>	<b>16.716.095,65</b>	<b>16.621.400</b>	<b>17.606.000</b>	<b>18.943.800</b>	<b>18.724.500</b>	<b>18.083.600</b>
<b>20</b>	<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummern 10 und 19)</b>	<b>-8.554.736,37</b>	<b>-8.631.700</b>	<b>-9.201.700</b>	<b>-10.577.000</b>	<b>-10.358.600</b>	<b>-9.716.800</b>
21	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	185.850,00	186.000	237.600	237.600	237.600	237.600
22	– Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0
<b>23</b>	<b>Jahresergebnis des Teilhaushaltes nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (Nummer 20 zuzüglich Nummer 21 abzüglich Nummer 22)</b>	<b>-8.368.886,37</b>	<b>-8.445.700</b>	<b>-8.964.100</b>	<b>-10.339.400</b>	<b>-10.121.000</b>	<b>-9.479.200</b>

Erläuterungen zu 15 – Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

Haushaltsvermerk

Für die Produktsachkonten 11105.54190101 bis 11105.54190119 sowie 11105.54190199 Zuweisungen und Zuschüsse an die Ortsbeiräte gilt ab dem Haushaltsjahr 2021 die Übertragbarkeit nach § 15 GemHVO-Doppik M-V.

**Teilhaushalt 32 Stadtamt**  
verantwortlich: Herr Hans-Joachim Engster

<b>Teilfinanzhaushalt</b>							
Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Planungsdaten
		2018	2019	2020	2021	2022	2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	108.440,67	55.000	125.000	125.000	125.000	125.000
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.093.555,05	3.864.000	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.401,42	17.400	17.400	6.900	6.000	6.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	395.632,14	388.000	418.000	418.000	418.000	418.000
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	3.300.092,36	3.665.300	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
9	<b>Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)</b>	<b>7.907.121,64</b>	<b>7.989.700</b>	<b>8.404.300</b>	<b>8.366.800</b>	<b>8.365.900</b>	<b>8.366.800</b>
10	– Personalauszahlungen	11.533.973,63	11.404.200	12.653.000	13.652.600	13.791.200	13.070.800
11	– Versorgungsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.010.783,09	1.068.900	954.600	1.058.000	986.200	1.022.900
13	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen *	501.118,08	632.900	737.500	827.500	737.500	737.500
14	– Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0,00	0	0	0	0	0
15	– Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
16	– Sonstige laufende Auszahlungen	2.468.583,70	2.813.900	2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300
17	<b>Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)</b>	<b>15.514.458,50</b>	<b>15.919.900</b>	<b>17.225.600</b>	<b>18.550.800</b>	<b>18.358.400</b>	<b>17.703.500</b>
18	<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)</b>	<b>-7.607.336,86</b>	<b>-7.930.200</b>	<b>-8.821.300</b>	<b>-10.184.000</b>	<b>-9.992.500</b>	<b>-9.336.700</b>
18.1	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0
18.2	<b>Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 18 und 18.1)</b>	<b>-7.607.336,86</b>	<b>-7.930.200</b>	<b>-8.821.300</b>	<b>-10.184.000</b>	<b>-9.992.500</b>	<b>-9.336.700</b>
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0,00	0	0	0	0	0
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0	0	0	0	0
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
24	<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
25	– Auszahlungen für Anlagevermögen	208.639,02	181.400	369.000	330.800	538.200	324.200
26	– Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0	0	0	0	0
27	– Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
28	<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)</b>	<b>208.639,02</b>	<b>181.400</b>	<b>369.000</b>	<b>330.800</b>	<b>538.200</b>	<b>324.200</b>
29	<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)</b>	<b>-208.639,02</b>	<b>-181.400</b>	<b>-369.000</b>	<b>-330.800</b>	<b>-538.200</b>	<b>-324.200</b>
30	<b>Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 18.2 und 29)</b>	<b>-7.815.975,88</b>	<b>-8.111.600</b>	<b>-9.190.300</b>	<b>-10.514.800</b>	<b>-10.530.700</b>	<b>-9.660.900</b>

Erläuterungen zu 13 – Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen

**Haushaltsvermerk**

Für die Produktsachkonten 11105.74190101 bis 11105.74190119 sowie 11105.74190199 Zuweisungen und Zuschüsse an die Ortsbeiräte gilt ab dem Haushaltsjahr 2021 die Übertragbarkeit nach § 15 GemHVO-Doppik M-V.

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen  Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	Beteiligt: Kämmereiamt	
<b>Finanzierung von Straßenbahnen bei der Rostocker Straßenbahn AG</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
24.11.2020	Hauptausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

1. Die stufenweise Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 30 Mio. EUR (siehe finanzielle Auswirkungen) durch die HRO jeweils zum 31.03. eines jeden Jahres bis zum Jahr 2029 wird beschlossen. Die Ermächtigung, die Erhöhung über die RVV vorzunehmen, wird erteilt. Die Eigenkapitaldotierungsverpflichtung steht nicht mehr unter dem Haushaltsvorbehalt der HRO.
2. Der Oberbürgermeister der HRO wird über die Eigenkapitalerhöhung hinaus ermächtigt, gegenüber der RVV eine Verlustausgleichsverpflichtung als Ertragszuschuss in Höhe von jährlich maximal 10 Mio. EUR ab dem Jahr 2022 für die Nutzungsdauer der neu beschafften Bahnen und für die Durchführung der Generalsanierung abzugeben.
3. Die RVV/RSAG werden beauftragt, die Inanspruchnahme der städtischen Zuschüsse auf ein Minimum zu reduzieren. Darüber hinaus ist die RVV-Gruppe beauftragt, Synergie- und Effizienzpotentiale zur Senkung der Inanspruchnahme der städtischen Zuschüsse zu heben.
4. Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Anzeigeverfahrens nach § 55a der Kommunalverfassung M-V - Langfristige Verpflichtungen - bei der Rechtsaufsichtsbehörde.

**Beschlussvorschriften:**

§ 22 Absatz 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

**bereits gefasste Beschlüsse:**

Nr. 2019/AN/0456 der Bürgerschaft vom 04.12.2019

**Begründung der Dringlichkeit für die Ausschüsse:**

Die Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) muss spätestens im Januar 2021 das Ausschreibungsverfahren beginnen. Dies setzt voraus, dass die Finanzierung gesichert ist. Die letzte planmäßige Sitzung der Bürgerschaft in diesem Kalenderjahr ist am 2. Dezember 2020.

## Sachverhalt:

An der RSAG sind die Hanse- und Universitätsstadt Rostock (HRO) mit 2 % und die RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH (RVV) mit 98 % beteiligt. Die RVV ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der HRO. Zwischen der RVV und der RSAG besteht ein Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrag. Die RVV ist mit 74,9 % an den Stadtwerken Rostock AG (SWRAG) beteiligt. Zwischen RVV und der SWRAG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. In der RVV werden die Gewinne der SWRAG und die Verluste der RSAG handelsrechtlich und ertragsteuerlich verrechnet. Die RSAG ist im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Durchführung des ÖPNV auf dem Gebiet der HRO bis zum 31. Dezember 2030 beauftragt.

Bei der RSAG wurden in den Jahren von 1994 bis 1996 40 Niederflurstraßenbahnen beschafft. Die Konstruktion sowie die Instandhaltungsstrategie der Fahrzeuge sind auf eine Nutzungsdauer von 30 Jahren ausgelegt. Mit zunehmendem Alter steigt auch die Zahl und Dauer altersbedingter Ausfälle der Fahrzeuge. Insofern ist nunmehr eine Ersatzbeschaffung notwendig. Die Straßenbahnen bilden das entscheidende Segment des öffentlichen Verkehrs in Rostock. Sie erbringen jährlich ca. 3,2 Mio. Fahrplankilometer und 70 % der Beförderungsleistung.

Dieser Beschlussvorlage gingen intensive Untersuchungen/Prüfungen voraus, um für die Beteiligten RVV, HRO und RSAG ein finanziell tragfähiges Konzept zu finden.

Im Ergebnis werden 28 Straßenbahnen neu beschafft und 10 Straßenbahnen generalsaniert. Die Finanzierung erfolgt durch die Ausschreibung einer Bankenfinanzierung von bis zu 105 Mio. EUR seitens der RSAG. Für diese Kreditfinanzierung ist eine Erhöhung des Eigenkapitals der RSAG um 30 Mio. EUR notwendig. Damit beläuft sich das Gesamtfinanzierungsvolumen auf bis zu 135 Mio. EUR.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat sich auch entschieden, die im städtischen Haushalt zu vereinnahmenden Regionalisierungsmittel (ÖPNV-Gesetz) und FAG-Mittel für den ÖPNV (ehemalige Entflechtungsmittel) in voller Höhe an die RSAG weiterzureichen.

Fördermittel für den Erwerb von Straßenbahnen können weder für die Ersatzbeschaffung, noch für die Sanierung eingeworben werden. EU-Mittel (EFRE; Förderrichtlinie des Landes M-V sieht die Förderung Straßenbahnen nicht vor), Bundesmittel oder Landesmittel M-V stehen nicht zur Verfügung. Eventuell besteht die Möglichkeit, in der neuen EFRE-Periode Fördermittel zu beantragen. Jedoch ist hier völlig offen ob und wenn ja in welcher Höhe Fördermittel zur Verfügung stehen. Der Oberbürgermeister und der Vorstand haben sich beim Minister des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung um den Einsatz von Landesfördermitteln intensivst bemüht. Der Minister hat ebenfalls keine verbindlichen Fördermittel in Aussicht stellen können. Sollte mit der neuen EFRE-Periode eine Förderung von Straßenbahnen grundsätzlich und auch nach Maßnahmenbeginn möglich sein, wird die RSAG diese selbstverständlich beantragen. Eine Reduzierung der städtischen Eigenkapitalerhöhung ist damit nicht verbunden. Durch die Nutzung von Fördermitteln würde sich in der Folge jedoch der zu erwartende Verlustausgleich verringern.

Aus vorgenannten Gründen und zur Gewährleistung einer fristgerechten EU-weiten Ausschreibung durch die RSAG im Januar 2021, ist eine Entscheidung der Bürgerschaft noch im Jahr 2020 erforderlich.

**Finanzielle Auswirkungen:****1. Kapitalerhöhung**

(entsprechend der Anteile an der RSAG)

**Finanzhaushalt**

TH	Produktsachkonto	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung		2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
15	62600.78699000	1562600202100199.1	Eigenkapital- erhöhung	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	100.000	100.000	100.000	100.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
15	54701.78612000	1554701202100199.1	Eigenkapital- erhöhung	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	4.900.000	4.900.000	4.900.000	4.900.000	1.960.000	1.960.000	1.960.000	1.960.000	1.960.000
					<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>	<b>5.000.000</b>	<b>2.000.000</b>	<b>2.000.000</b>	<b>2.000.000</b>	<b>2.000.000</b>	<b>2.000.000</b>

**2. Verlustausgleich**

(nach derzeitiger Wirtschaftsplanung der RVV im Finanzplanzeitraum bis 2024 und vorbehaltlich einer für die Jahre ab 2022 aktualisierten Wirtschaftsplanung der RVV)

**Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt (Verwaltungstätigkeit)**

TH	Produktsachkonto	Bezeichnung		2021	2022	2023	2024	...
15	54701.54110000 54701.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	-	4.640	3.841	4.650	

Claus Ruhe Madsen

**Anlagen**

Keine

Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>  fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen  Federführendes Amt: Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt	Beteiligt: Hauptamt Zentrale Steuerung Kämmereiamt Rechts- und Vergabeamt Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung	
<b>Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
25.11.2020	Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beschließt die Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Anlage 1 und 2).

#### **Beschlussvorschriften:**

§ 22 Abs. 3 Kommunalverfassung- KV M-V

#### **bereits gefasste Beschlüsse:**

Nr. 2015/BV/0766 Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hansestadt

#### **Sachverhalt (mit Hinweis auf Dringlichkeit wegen Fristablauf):**

Mit Beschluss der Bürgerschaft 2015/BV/0766 vom 06.05.2015 wurde die Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hansestadt Rostock angepasst. Gemäß § 10 - Dynamisierung von Entgelten – ist diese Entgeltordnung regelmäßig in einem Abstand von fünf Jahren den Betriebskostenentwicklungen in diesem Zeitraum zu aktualisieren. Diese Frist ist mit dem 31.12.2020 erreicht und eine Anpassung hat bindend zu erfolgen.

Hierzu wurde ausgehend von der letzten Kalkulation zur Berechnung der Entgelte in der aktuell gültigen Entgeltordnung nun der Verbraucherpreisindex für Nettokaltmiete und Nebenkosten in Deutschland in den Jahren von 1991 bis 2019 für die Berechnung angewendet.

In seiner Entwicklung zeigt der Index einen konstanten Anstieg. Abgeleitet davon kann der Wert für den Betrachtungszeitraum in Bezug auf den Verbraucherpreisindex für Nettokaltmiete und Nebenkosten in Deutschland von 10 Prozent zu Grunde gelegt werden (Darstellung siehe Anlage 3).



Davon abgeleitet wird die Erhöhung für sämtliche Entgelte in der Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im zukünftigen Geltungszeitraum von fünf Jahren ab dem 01.01.2021 um zehn Prozent vorgenommen. Das Dienstleistungsangebot für die Nutzung der Rostocker Sportstätten und Bäder hat sich durch die Anschaffung von Materialien, Inventar und Veranstaltungstechnik verbessert. Die Entgelte für die zeitweilige Nutzung sind in der Anlage 2 der Ordnung geregelt.

Mit dem Präsidium des Stadtsportbundes Rostock e.V. ist diese Anpassung im Vorfeld erörtert worden und wird im Ergebnis mitgetragen.

### Finanzielle Auswirkungen:

#### Gegenüberstellung Entgelte alt/neu

Nutzergruppe I.1		Nutzergruppe I.2		Nutzergruppe II	
alte Entgelte	neue Entgelte	alte Entgelte	neue Entgelte	alte Entgelte	neue Entgelte

#### **Sporthallen**

Halle bis 300 m <sup>2</sup>	0,80	0,88	4,50	4,95	15,50	17,05
Halle bis 500 m <sup>2</sup>	1,40	1,54	5,50	6,05	21,00	23,10
Halle über 500 m <sup>2</sup>	1,80	1,98	12,00	13,20	44,50	48,95

#### **Schwimmballen**

Bahn/50 m Becken	0,80	0,88	4,60	5,06	28,00	30,80
Bahn/25 m Becken	0,50	0,55	3,00	3,30	17,00	18,70
Bahn/LS-becken	0,50	0,55	4,00	4,40	20,50	22,55
Sprungbecken	2,00	2,20	16,00	17,60	82,00	90,20
Therapie Semmelw.	1,00	1,10	5,50	6,05	30,00	33,00

#### **Freianlagen**

Tennisplatz	1,00	1,10	5,00	5,50	16,00	17,60
Rasenplatz	2,80	3,08	10,00	11,00	33,00	36,30
Kunstrasenplatz	2,00	2,20	7,50	8,25	17,00	18,70
Leichtathletikstadion	4,20	4,62	15,00	16,50	49,50	54,45

#### **Eishalle**

Eishalle	4,00	4,40	30,00	33,00	100,00	110,00
----------	------	------	-------	-------	--------	--------

#### **Kraftraum**

Kraftraum	4,00	4,40	6,00	6,60	16,00	17,60
-----------	------	------	------	------	-------	-------

Nutzergruppe III.1		Nutzergruppe III.2	
alte Entgelte	neue Entgelte	alte Entgelte	neue Entgelte

**Sporthallen**

Halle bis 300 m <sup>2</sup>	18,00	19,80	21,50	23,65
Halle bis 500 m <sup>2</sup>	27,00	29,70	32,00	35,20
Halle über 500 m <sup>2</sup>	60,00	66,00	70,50	77,55

**Schwimmballen**

Bahn/50 m Becken	40,50	44,55	48,00	52,80
Bahn/25 m Becken	26,00	28,60	31,00	34,10
Bahn/LS-becken	30,50	33,55	36,00	39,60
Sprungbecken	121,00	133,10	144,00	158,40
Therapie Semmelw.	45,00	49,50	53,00	58,30

**Freianlagen**

Tennisplatz	27,00	29,70	24,00	26,40
Rasenplatz	45,00	49,50	54,00	59,40
Kunstrasenplatz	21,50	23,65	25,00	27,50
Leichtathletikstadion	67,50	74,25	69,83	76,81

**Eishalle**

Eishalle	149,00	163,90	177,00	194,70
----------	--------	--------	--------	--------

**Kraftraum**

Kraftraum	50,00	55,00	-	-
-----------	-------	-------	---	---

**Öffentliche Nutzung der Hallen und Freibäder**

Schwimmbecken für 1,5 Stunden			alte Entgelte	neue Entgelte
Erwachsene	1,5 Stunden		6,00 EUR	6,60 EUR
	10er Karte		42,00 EUR	46,20 EUR
	Jahreskarte		162,00 EUR	178,20 EUR
Kinder und Ermäßigungsberechtigte	1,5 Stunden		3,00 EUR	3,30 EUR
	10er Karte		18,00 EUR	19,80 EUR
	Jahreskarte		84,00 EUR	92,40 EUR
Familien- und Kombiticket für höchstens 2 Erwachsene und maximal 5 Personen	1,5 Stunden		12,00 EUR	13,20 EUR
<b>Sauna für 2 Std.</b>			alte Entgelte	neue Entgelte
Gruppennutzung bis 15 Personen (mindestens jedoch 5 Personen)			72,00	79,20 EUR
Einzelperson			7,20	7,92 EUR
<b>Reinigungsbäder, Duschbad, Warmbad</b>			alte Entgelte	neue Entgelte
Erwachsene			6,00	6,60 EUR
Ermäßigungsberechtigte			3,00	3,30 EUR

<b>Sonstige Dienstleistungen</b>		alte Entgelte	neue Entgelte
Nutzungsentgelt für Vermietung von Umkleide-schränken an Vereinsmitglieder und Privatpersonen			
- ganze Schränke pro Schuljahr:		36,00	39,60 EUR
- halbe Schränke pro Schuljahr:		18,00	19,80 EUR
Entgelt für städtische Schwimmkurse (Schwimmausbildung) pro Stunde			
- Kinder und Jugendliche		6,00	6,60 EUR
- Erwachsene		12,00	13,20 EUR

### **Sonstige Leistungen, wie u.a. Nutzung von Räumen, Nebenräumen und Nutzflächen**

	alte Entgelte	neue Entgelte
Nutzung städtischer Sportstätten für Übernachtungszwecke von Hauptnutzflächen qm/Monat	2,50 EUR	2,75 EUR
dauerhafte Nutzung von Nebennutzflächen qm/Monat	6,00 EUR	6,60 EUR
Nutzung „Marmorsaal“ für Veranstaltungen: jeweils zzgl. Reinigungskosten	2,00 EUR	2,20 EUR
Rostocker Sportvereine und -verbände/ Veranstaltungstag	250,00 EUR	275,00 EUR
sonstige Nutzer/ Veranstaltungstag	850,00 EUR	935,00 EUR
zeitweilige Nutzung von Räumen		
durch Rostocker Sportvereine und -verbände/Tag/Raum	10,00 EUR	40,00 EUR
durch sonstige Nutzer/Tag/raum	50,00 EUR	100,00 EUR

**Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsplanung****Einnahmeerhöhung Entgelte Sportstätten**

Schlüssel	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	
42401.44101020	Benutzungsentgelte - (19%)	18.300	7.700	700
42401.44101021	Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	0	-
42401.44101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	5.100	1.400	200
42401.44101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	422.600	202.800	18.500
42401.44101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	195.000	93.000	8.500
42401.44160030	Eintrittsgelder (19%)	7.200	0	-
42401.44160031	Eintrittsgelder (7%)	130.000	0	-
42402.43229003	Entgelte für Schulsportnutzung	2.461.500	2.217.800	201.700
42402.43229004	Entgelte für Schulschwimmen	235.100	0	-
42403.44101020	Benutzungsentgelte - (19%)	0	12.500	1.200
42403.44101021	Benutzungsentgelte - (7%)	0	15.300	1.400
42403.44101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	0	3.700	400
42403.44101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	0	287.100	26.100
42403.44101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	0	132.500	12.100
42403.44160030	Eintrittsgelder (19%)	0	7.200	700
42403.44160031	Eintrittsgelder (7%)	0	130.000	11.900
42404.43229003	Entgelte für Schulsportnutzung	0	490.000	44.600
42404.43229004	Entgelte für Schulschwimmen	0	258.600	23.600
Gesamt	Summe	<b>3.490.100</b>	<b>3.859.600</b>	
		<b>davon 10% Erhöhung der Entgelte:</b>		<b>351.600</b>

Aufgrund des Antrages Nr. 2020/AN/1625 und der Vertagung der Entscheidung auf die Bürgerschaftssitzung am 02.12.2020 mit Beschlussfassung über den vorliegenden geänderten 1. Ergänzungsbeschluss ist die Erhöhung der Gebühr im Jahr 2021 nicht mehr Bestandteil der Haushaltsplanung.

☐ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☐ liegen nicht vor.

☐ werden nachfolgend angegeben

Claus Ruhe Madsen

**Anlagen**

1	Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der HRO	öffentlich
2	Entgelte für die zeitweilige Nutzung von Materialien, Inventar und Veranstaltungstechnik	öffentlich
3	Verbraucherpreisindex	öffentlich

# Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Auf der Grundlage des § 44 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft am ... nachfolgende Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erlassen:

Die Benutzung der städtischen Sportstätten und Bäder ist vorrangig zur Durchführung des Schulsportes, des vereinsgebundenen und vereinsungebundenen Sportes der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sowie für Sportveranstaltungen gestattet.

## § 1 Entgeltliche Benutzung

**(1)** Für die Benutzung der städtischen Sportstätten und Bäder werden Entgelte gestaffelt nach Benutzergruppen erhoben:

### Benutzergruppe I:

- I.1** Das Training und die Wettkämpfe aller Kinder und Jugendlichen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis zu einem Alter von 18 Jahren, die einem gemeinnützigen Sportverein oder -verband der Hanse- und Universitätsstadt Rostock angehören, der im Stadtsportbund Rostock e.V. organisiert ist. ;
- I.2** - Das Training und die Wettkämpfe gemeinnütziger Sportvereine und -verbände der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, die im Stadtsportbund Rostock e.V. organisiert sind, die Sportfachverbände Mecklenburg-Vorpommern sowie gemeinnütziger Körperschaften der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (außer Schulen), deren vereinsgemäßer Satzungszweck nachweislich in einer besonders förderungswürdigen sozialen und gemeinwesenorientierten Arbeit besteht,
  - Lehr- und Ausbildungskurse entsprechend der Lizenzordnung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zur Qualifizierung von Trainerinnen und Trainern, Übungsleiterinnen und Übungsleitern sowie Betreuerinnen und Betreuern von gemeinnützigen Rostocker Sportvereinen und -verbänden oder Landessportverbänden aus Mecklenburg-Vorpommern;

### Benutzergruppe II:

- Betriebssportgruppen und sonstige Sportgruppen von Einwohnerinnen und Einwohnern der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, von Studentinnen und Studenten der Universität Rostock sowie die Volkshochschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock,
- Vereine und individuelle Nutzer, die in den ihnen genehmigten Nutzungszeiten gemäß Benutzergruppe I.2 ganz oder teilweise Kurse und Therapiemaßnahmen durchführen, für die ein Kostenbeitrag erhoben wird,
- Vertrags- und Lizenzmannschaften der Hanse- und Universitätsstadt Rostock;

**Benutzergruppe III:**

**III.1** Auswärtige Vertrags- und Lizenzmannschaften, auswärtige gemeinnützige Sportvereine und -verbände sowie sonstige auswärtige Sportgruppen, Bundes- und Landesbehörden, Krankenkassen, die Universität und die Hochschulen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

**III.2** Schulen

**(2)** In die zu erhebenden Entgelte sind neben der Überlassung der Sportstätten (einschließlich vorhandener Umkleide- und Duschräume, Toiletten) die Benutzung der vorhandenen Sportgeräte sowie alle Bewirtschaftungskosten eingeschlossen. Können Umkleide-, Duschräume und Toiletten nicht bereitgestellt werden, reduziert sich das sonst übliche Entgelt um 30 %.

**(3)** Vorrang bei der Vergabe der Sportstätten haben Bildungseinrichtungen.

**(4)** Vertragspartner ist grundsätzlich der Veranstalter unabhängig davon, ob er sich eines Ausrichters bedient. Bei der Beantragung durch den Ausrichter ist der Veranstalter zu benennen. Im Ligaspielbetrieb und bei regionalen, nationalen und internationalen Wettkämpfen treten die Rostocker Sportvereine und -verbände als Veranstalter auf. Verträge zwischen Ausrichter und Veranstalter dürfen nicht zum Nachteil der Hanse- und Universitätsstadt abgeschlossen werden.

**§ 2 Ermäßigte Benutzung**

Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Inhaberinnen und Inhaber des Warnowpasses sowie anerkannte Schwerbehinderte erhalten als Einzelperson bei Benutzung der städtischen Bäder Ermäßigung. Bei Benutzung der städtischen Bäder durch Schwerbehinderte erhält die im amtlichen Ausweis als erforderlich bestätigte Begleitperson ebenfalls Ermäßigung. Die Ermäßigung wird nach Vorlage eines aktuell gültigen Nachweises gewährt.

**§ 3 Entgelte für Trainingszwecke, Wettkämpfe und Kurse**

**(1)** Die Entgelte für die Benutzung von Sportplätzen betragen je Platz für eine volle Zeitstunde:

<b>Benutzergruppe</b>	<b>I.1*</b>	<b>I.2*</b>	<b>II*</b>	<b>III.1*</b>	<b>III.2</b>
Tennenplatz	1,10 EUR	5,50 EUR	17,60 EUR	22,55 EUR	26,40 EUR
Rasenplatz	3,08 EUR	11,00 EUR	36,30 EUR	49,50 EUR	59,40 EUR
Kunstrasenplatz	2,20 EUR	8,25 EUR	18,70 EUR	23,65 EUR	27,50 EUR
Leichtathletik-Stadion	4,62 EUR	16,50 EUR	54,45 EUR	74,25 EUR	76,81 EUR

**(2)** Die Entgelte für die Benutzung von Sporthallen betragen je Spielfläche für eine volle Zeitstunde:

<b>Benutzergruppe</b>	<b>I.1*</b>	<b>I.2*</b>	<b>II*</b>	<b>III.1*</b>	<b>III.2</b>
bis 300 m² Fläche	0,88 EUR	4,95 EUR	17,05 EUR	19,80 EUR	23,65 EUR
bis 500 m² Fläche	1,54 EUR	6,05 EUR	23,10 EUR	29,70 EUR	35,20 EUR
über 500 m² Fläche	1,98 EUR	13,20 EUR	48,95 EUR	66,00 EUR	77,55 EUR

**(3)** Die Entgelte für die Benutzung von Schwimmhallen betragen je Bahn bzw. Becken für eine volle Zeitstunde:

<b>Benutzergruppe</b>	<b>I.1*</b>	<b>I.2*</b>	<b>II*</b>	<b>III.1*</b>	<b>III.2</b>
50-m-Becken je Bahn	0,88 EUR	5,06 EUR	30,80 EUR	44,55 EUR	52,80 EUR
25-m-Becken je Bahn	0,55 EUR	3,30 EUR	18,70 EUR	28,60 EUR	34,10 EUR
Lehrschwimmbecken je Bahn	0,55 EUR	4,40 EUR	22,55 EUR	33,55 EUR	39,60 EUR
Sprungbecken	2,20 EUR	17,60 EUR	90,20 EUR	133,10 EUR	158,40 EUR
Therapiebecken Sammelweisstr.	1,10 EUR	6,05 EUR	33,00 EUR	49,50 EUR	58,30 EUR

**(4)** Die Entgelte für die Benutzung der Eishalle betragen für eine volle Zeitstunde:

<b>Benutzergruppe</b>	<b>I.1*</b>	<b>I.2*</b>	<b>II*</b>	<b>III.1*</b>	<b>III.2</b>
Eishalle	4,40 EUR	33,00 EUR	110,00 EUR	163,90 EUR	194,70 EUR

**(5)** Die Entgelte für die Benutzung von Krafträumen betragen für eine volle Zeitstunde:

<b>Benutzergruppe</b>	<b>I.1*</b>	<b>I.2*</b>	<b>II*</b>	<b>III*</b>
Kraftraum	4,40 EUR	6,60 EUR	17,60 EUR	55,00 EUR

**(6)** Für angefangene Stunden werden die entsprechenden Teilzeiten berechnet.

\* Die Preise verstehen sich zzgl. der jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer

#### § 4 Entgelte für sportliche und andere Großveranstaltungen

Bei sportlichen und anderen gesellschaftlichen Großveranstaltungen (wie u.a. Großwettkämpfe, Meisterschaften) werden Sonderverträge geschlossen.

#### § 5 Entgelte für das öffentliche Nutzen der Hallen- und Freibäder

**(1)** Die Nutzungszeit in den Schwimmbecken beträgt 1,5 Stunden. Jede Eintrittskarte berechtigt zum einmaligen täglichen Besuch des jeweiligen Schwimmbeckens. Dies gilt auch für Zehner- und Jahreskarten. Jahreskarten sind personengebunden und nicht übertragbar. Die Laufzeit beginnt mit der ersten Nutzung. Das Entgelt (inkl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer) beträgt:

Erwachsene	1,5 Stunden	6,60 EUR
	10er Karte	46,20 EUR
	Jahreskarte	178,20 EUR
Kinder und Ermäßigungsberechtigte	1,5 Stunden	3,30 EUR
	10er Karte	19,80 EUR
	Jahreskarte	92,40 EUR
Familien- und Kombiticket für höchstens 2 Erwachsene und maximal 5 Personen	1,5 Stunden	13,20 EUR

**(2)** Die Nutzungszeit in der Sauna beträgt 2 Stunden. Das Entgelt (inkl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer) für die Saunanutzung beträgt:

Gruppennutzung bis 15 Personen (mindestens jedoch 5 Personen)	79,20 EUR
Einzelperson	7,92 EUR

## 5/6

**(3)** Das Entgelt (inkl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer) für Reinigungsbäder, Duschbad, Warmbad beträgt:

Erwachsene	6,60 EUR
Ermäßigungsberechtigte	3,30 EUR

**(4)** Für sonstige Dienstleistungen werden folgende Entgelte (inkl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer) erhoben:

Nutzungsentgelt für Vermietung von Umkleideschränken an Vereinsmitglieder und Privatpersonen	
- ganze Schränke pro Schuljahr:	39,60 EUR
- halbe Schränke pro Schuljahr:	19,80 EUR
Entgelt für städtische Schwimmkurse (Schwimmausbildung) pro Stunde	6,60 EUR
- Kinder und Jugendliche	13,20 EUR
- Erwachsene	

### § 6 Zahlungspflicht

**(1)** Die Zahlungspflicht entsteht mit der Benutzungsgenehmigung. Der Zahlungsbetrag ist innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungslegung bei der Stadtkasse einzuzahlen. In Ausnahmefällen kann mit dem Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock eine Ratenzahlung vereinbart werden.

**(2)** Die gesetzlichen Bestimmungen über die Erhebung der Umsatzsteuer bleiben unberührt.

**(3)** Vereine, denen aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten Insolvenz droht, haben das Recht auf Stundung bzw. Ratenzahlung. Voraussetzung ist eine Beantragung beim Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt unter Offenlegung ihrer Finanzen und Verbindlichkeiten.

**(4)** Bei Verlust eines Schrankschlüssels, einer Zutrittskarte, eines Chips oder Coins wird eine pauschale Gebühr von 10,00 EUR erhoben. Spätere Rückforderungen sind ausgeschlossen.

### § 7 Nutzungszeiten

**(1)** Die Nutzung der städtischen Sportstätten wird durch einen Sportstättenbelegungsplan geregelt.

**(2)** Soweit Sportstätten für den Sportunterricht nicht benötigt werden, können sie montags bis freitags bis 22:00 Uhr genutzt werden.

**(3)** Die Umkleidezeiten sind in den zugewiesenen Nutzungszeiten enthalten.

**(4)** Während der Sommerferien und in den Ferien zum Jahreswechsel sowie an gesetzlichen Feiertagen sind die Sportstätten geschlossen. Über sportbedingte Ausnahmen entscheidet auf Antrag das Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

### § 8 Sonstige Leistungen, wie u.a. Nutzung von Räumen, Nebenräumen und Nutzflächen

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stellt nach Antragstellung und bei Verfügbarkeit Räume und Nebenräume sowie Nutzflächen in den Sportstätten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für nicht sportliche Nutzungen zur Verfügung.



**Hierfür werden folgende Entgelte erhoben:**

**(1)** Nutzung städtischer Sportstätten für Übernachtungszwecke 2,75 EUR/Person/Nacht

**(2)** Dauerhafte Nutzung von Nutzflächen durch Rostocker Sportvereine und -verbände:

- von Hauptnutzflächen (z.B. Büroräume) 6,60 EUR/qm/Monat
- dauerhafte Nutzung von Nebennutzflächen (z.B. Lagerräume) 2,20 EUR/qm/Monat

**(3)** Nutzung „Marmorsaal“ für Veranstaltungen: - jeweils zzgl. Reinigungskosten

- Rostocker Sportvereine und -verbände 275,00 EUR/Veranstaltungstag
- sonstige Nutzer 935,00 EUR/Veranstaltungstag

**(4)** zeitweilige Nutzung von Räumen:

- durch Rostocker Sportvereine und -verbände 40,00 EUR/Tag/Raum
- durch sonstige Nutzer 100,00 EUR/Tag/Raum

Besteht für die Nutzungsüberlassung der oben angegebenen Räumlichkeiten die Pflicht zur Zahlung der Umsatzsteuer, wird diese zusätzlich erhoben.

Basis der Berechnung sind 8 Zeitstunden pro Tag und abgerechnet wird je angefangene Stunde. Auf- und Abbauzeiten sind mit zu berechnen.

Entgelte für die zeitweilige Nutzung von Materialien, Inventar und Veranstaltungstechnik sind in der Anlage zu dieser Ordnung geregelt. Sie sind ausschließlich in den Räumlichkeiten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu nutzen und an die jeweilige Buchung und Nutzungszeit gebunden.

## § 9 Schlussbestimmungen

Diese Ordnung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern in der Hansestadt Rostock vom 29. Mai 2015, veröffentlicht im Amts- und Mitteilungsblatt der Hansestadt Rostock Nr. 11 vom 10. Juni 2015 außer Kraft.

## § 10 Dynamisierung von Entgelten

Die Ordnung über die Erhebung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern ist regelmäßig in einem Abstand von fünf Jahren den Betriebskostenentwicklungen in diesem Zeitraum anzupassen.

Rostock,

Claus Ruhe Madsen  
Oberbürgermeister

Anlage:

Entgelte für die zeitweilige Nutzung von Materialien, Inventar und Veranstaltungstechnik

**Anlage 2 zur Beschlussvorlage Nr. 2020/DV/1724****Entgelte für die zeitweilige Nutzung von Materialien, Inventar  
und Veranstaltungstechnik****A1.1 Ton-, Video- und Kommunikationstechnik****A1.1.1 Konferenztechnik**

Laptop	22,50€
Funkfernbedienung für Laptop	4,00€
Laserpointer	2,50€

**A1.1.2 Video- und Projektionstechnik**

Videoprojektor/ Datenbeamer <5000ANSI Lumen	40,00€
Videoprojektor/ Datenbeamer >5000ANSI Lumen	75,00€
Overheadprojektor	10,00€
Stativleinwand	7,50€

**A1.1.3 Einspielgeräte**

CD-Player	5,00€
DVD/BluRay-Player	5,00€

**A1.2 Beschallungstechnik****A1.2.1 Beschallungsanlagen mobil**

Yamaha Aktivmischpult inkl 2x Lautsprecher	25,00€
EV-Aktivlautsprecher inkl. Stativ und Kabel	30,00€
Digitalmischpult Allen&Heath SQ5 im Case	75,00€

**A1.2.2 Beschallungsanlagen fest**

Bose Anlage Fiete Reder Halle Marienehe	30,00€
Dynacord Anlage Hallenschwimmbad Neptun, je Saal	50,00€
Dynacord Anlage Leichtathletikstadion	50,00€
Summenübernahme ELA	30,00€

**A1.2.3 Mikrofone**

Funkmikrofon	25,00€
Schnurmikrofon	15,00€

**A1.3 Beleuchtungstechnik**

Bühnenscheinwerfer	7,50€
Verfolgerscheinwerfer	7,50€
Effektlicht / Kopfbewegt	20,00€
Lichtstellpult	25,00€

**A1.4 Bühnenbau**

Bühnenplatte 2m x 1m inkl. Steckfüße	7,50€
Kurbelstativ	20,00€
Traverse	2,00€/m
Rückvorhang	12,50€

**Anlage 2 zur Beschlussvorlage Nr. 2020/DV/1724****A1.5 Mobiliar****A1.5.1 Tische/ Stühle**

Polsterstuhl	2,50€
Outdoorstuhl	2,00€
Konferenztisch	7,50€

**A1.5.2 Sonstiges Mobiliar**

Rednerpult	25,00€
Absperrpfosten	2,50€
Flipchart	10,00€
Teppichfliesen	2,50€/m <sup>2</sup>

**A1.6 Strom****A1.6.1 Anschlüsse**

Schuko	16A/230V	3kW	31,50€
Drehstrom CEE	16A/400V	11kW	60,00€
Drehstrom CEE	32A/400V	22kW	87,50€

**A1.6.2 Verteiler**

Verteiler	16A	5,00€
Verteiler	32A	7,50€

**A1.6.3 Kabelbrücken**

Kabelbrücke <i>Breite &lt;20cm</i>	1,50€/m
Kabelbrücke <i>Breite &gt;20cm</i>	4,00€/m
Kabelbrücke <i>Breite &gt;40cm</i>	7,50€/m

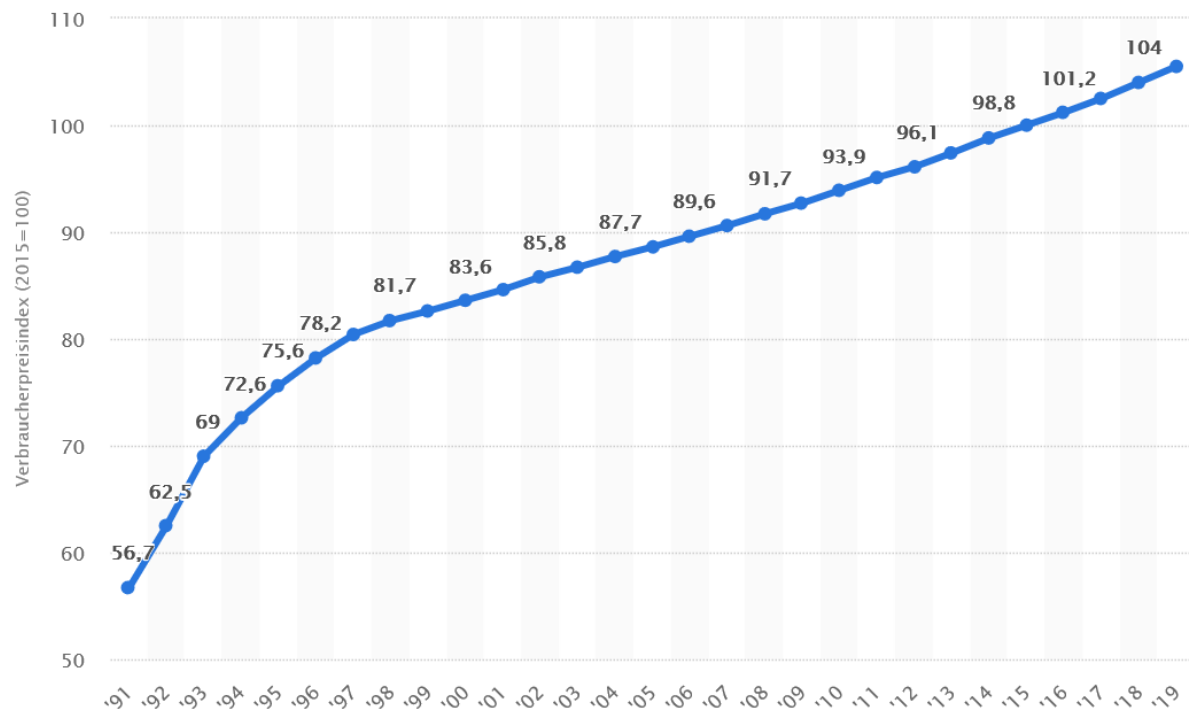
## Anlage 3 zur Beschlussvorlage Nr. 2020/DV/1724

# Verbraucherpreisindex für Nettokaltmiete und Nebenkosten in Deutschland in den Jahren von 1991 bis 2019 (Basisjahr 2015 = 100)

Veröffentlicht von [Statista Research Department](#), 25.06.2020

Diese Statistik zeigt die Entwicklung des Verbraucherpreisindex für die Nettokaltmiete und Nebenkosten im Zeitraum der Jahre von 1991 bis 2019. Ausgehend vom Basisjahr 2015 (Index = 100) lag der Verbraucherpreisindex für die Nettokaltmiete und die Nebenkosten im Jahr 2019 bei etwa 105,5 Punkten.

Der Verbraucherpreisindex bildet die Preisentwicklung für die privaten Verbrauchsausgaben ab und zeigt bei einer Steigerung des Indizes die aktuelle Höhe der Inflation an.



Ihre Daten visualisiert + a b l e a u

[Details zur Statistik](#)

© Statista 2020

[Quellen anzeigen](#)

### DOWNLOAD



PDF



XLS



PNG



PPT

### Quelle

Statistisches Bundesamt

[→ Weitere Quellenangaben anzeigen](#)

[→ Veröffentlichungsangaben anzeigen](#)

### Veröffentlichungsdatum

April 2020

### Region

Deutschland

### Erhebungszeitraum

1991 bis 2019

### Hinweise und Anmerkungen

Die Werte beziehen sich auf die jeweiligen Jahresdurchschnitte.

fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski  Federführendes Amt: Kämmereiamt	Beteiligt:	
<b>Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.09.2020</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.11.2020	Finanzausschuss	Kenntnisnahme
02.12.2020	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

### Sachverhalt:

Gemäß § 20 GemHVO-Doppik schreibt der Gesetzgeber eine Berichtspflicht vor, die nach den örtlichen Bedürfnissen zu gestalten ist. Es ist sicherzustellen, dass die Bürgerschaft während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs einschließlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele unterrichtet wird.

Der vorliegende Bericht umfasst die Übersicht über den Stand des Haushaltsvollzugs per 30.09.2020 sowie die Prognosen der Organisationseinheiten zum 31.12.2020 für die Ergebnis- und Finanzrechnung.

### Finanzielle Auswirkungen:

keine

Claus Ruhe Madsen

### Anlagen

1	Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.09.2020	öffentlich
---	--	------------



Kämmereiamt  
SG Finanzcontrolling

# Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.09.2020



Hanse- und Universitätsstadt  
**ROSTOCK**

Aktenmappe - 680 von 751

## Inhaltsverzeichnis



1. Kurzübersicht .....	2
2. Einschätzung der finanziellen Lage .....	3
3. Gesamtfinanzhaushalt .....	5
3.1 Laufende Ein- und Auszahlungen .....	5
3.2 Investive Ein- und Auszahlungen .....	9
4. Kreditaufnahme .....	10
5. Ergebnishaushalt .....	12
6. Risikobericht im Rahmen der Haushaltsdurchführung .....	14
7. Handlungsempfehlungen und Fazit .....	15

## Anlagenverzeichnis

Anlage 1:	Haushaltsansatz und Fortgeschriebener Plan 2020
Anlage 2:	Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten
Anlage 3:	Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt
Anlage 4:	Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020



## 1. Kurzübersicht

Ergebnishaushalt			
prognostiziertes Ergebnis laufendes Haushaltsjahr 2020:		<b>0,2</b>	Mio. EUR
Ergebnisvortrag aus Vorjahren: (vorauss. Stand 31.12.2019)		<b>161,9</b>	Mio. EUR
<u>prognostizierter Bestand zum 31.12.2020:</u>		<b>162,1</b>	Mio. EUR
Finanzhaushalt			
laufendes Haushaltsjahr 2020:		<b>-0,7</b>	Mio. EUR
zzgl. vorgetragener positiver Finanzierungssaldo: (vorauss. Stand 31.12.2019)		<b>16,7</b>	Mio. EUR
<u>prognostiziertes Ergebnis Finanzhaushalt zum 31.12.2020:</u>		<b>16,0</b>	Mio. EUR
laufende Ein- und Auszahlungen		investive Ein- und Auszahlungen	
	Plan		prog. Erg.
Saldo	<b>-4,9</b>		<b>7,9</b>
	Mio. EUR	<b>+12,9</b>	Mio. EUR
	Plan		prog. Erg.
Saldo	<b>-59,8</b>		<b>-27,7</b>
	Mio. EUR	<b>+32,1</b>	Mio. EUR



## 2. Einschätzung der finanziellen Lage

Für das Haushaltsjahr 2020 wird im Ergebnishaushalt ein positives Jahresergebnis in Höhe von +0,2 Mio. EUR und im Finanzhaushalt ein jahresbezogener, negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen in Höhe von -0,7 Mio. EUR prognostiziert.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Plan 2020	Erfüllung per 30.09.2020	Erfüllung Vorjahreszeitraum	prognostiziertes Ergebnis	Abw. prog. Ergebnis zum Plan
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor Tilgung	-4.920.336	-24.178.900	-1.949.310	7.934.065	12.854.401
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	10.819.500	7.357.053	7.965.878	8.599.500	-2.220.000
<b>Haushaltsverschlechterung</b>	<b>-15.739.836</b>	<b>-31.535.953</b>	<b>-9.915.188</b>	<b>-665.435</b>	<b>15.074.401</b>

Im Haushaltsvollzug per 30.09.2020 werden die **massiven Einbrüche bei kommunalen Einzahlungen** sowie die **höheren kommunalen Auszahlungen** deutlich. Das konsumtive Ergebnis von -24,2 Mio. EUR verschlechtert sich deutlich um -22,2 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Mit der per 30.09.2020 für das Haushaltsjahr 2020 abgegebenen Prognose werden einerseits die signifikanten negativen finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und darüber hinaus erstmalig auch die zu erwartenden Krisenbewältigungsmaßnahmen sowie deren positive finanzielle Effekte auf den Haushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sichtbar.

Danach ist mit erheblich **sinkenden Steuereinnahmen**, insbesondere bei der Gewerbesteuer, zu rechnen. Darüber hinaus werden Ausfälle bei Miet- und Pachteinnahmen erwartet, Benutzungsgebühren und Eintrittsgelder kultureller, städtischer Einrichtungen und Sportstätten bleiben aus sowie Gäste- und Tourismusbeiträge brechen weg.

Aufgrund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie werden geringere Einzahlungen aus Bußgeldern für den ruhenden und fließenden Verkehr erwartet. Auch die rückläufigen Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen im investiven Bereich, u. a. in Folge der COVID-19-Pandemie, fallen ins Gewicht.

Steigende sowie zusätzliche Auszahlungen insbesondere für ordnungspolitische Aufgaben, zur Wirtschafts- und Kulturförderung, im sozialen Bereich und für städtische Gesellschaften werden erwartet.

Im Haushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurde ein **Sonderbudget** in Höhe von 1,0 Mio. EUR für zwingend erforderliche und unaufschiebbare Beschaffungen und Dienstleistungen der gesamten Stadtverwaltung zur Umsetzung von zielgerichteten Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zur Verfügung gestellt, das voraussichtlich noch um +0,3 Mio. EUR erhöht werden muss (Dringlichkeitsvorlage 2020/DV/1596).

Unter dem Aspekt „**Maßnahmen für städtische Gesellschaften**“ ist aufgrund der aktuellen Lage und der möglichen finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auch der jeweilige Zuschussbedarf aller beteiligten Unternehmen und Eigenbetriebe der Hanse- und Universitätsstadt Rostock geprüft worden. Der notwendige zusätzliche Liquiditätsbedarf im Jahr 2020 beträgt nach Einsatz vorhandener Kostensenkungspotentiale insgesamt +10,3 Mio. EUR und wurde bereits im geänderten Haushaltsplan 2020/2021 berücksichtigt.

Zur finanziellen Stärkung der Kommunen hat die Bundesregierung ein **Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket** aufgelegt, an dem auch die Hanse- und Universitätsstadt partizipieren kann.

Die dauerhafte Übernahme weiterer 25 % der Kosten der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende durch den Bund (insgesamt bis höchstens 75 %, für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock konkret 67,7 %) sind mit 10,4 Mio. EUR erwarteten Mehreinzahlungen bereits in der aktuellen Prognose berücksichtigt.

Zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen in Folge der COVID-19-Pandemie ist von Seiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern u. a. ein Ausgleich der coronabedingten Gewerbesteuerausfälle 2020 (insgesamt 120,0 Mio. EUR im Land Mecklenburg-Vorpommern) sowie die Weitergabe der

Bundesmitten für ÖPNV-Einnahmeausfälle (insgesamt 78,0 Mio. EUR für das Land Mecklenburg-Vorpommern) geplant.

Die Berechnungen zur Verteilung der Bundes- und Landeshilfen wurden im Land Mecklenburg-Vorpommern diskutiert und ergaben, dass die Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit ca. 23,1 Mio. EUR zur Kompensation der Gewerbesteuerausfälle als Surrogat rechnen kann. Dieser Betrag wird allerdings nicht ausreichen, um den prognostizierten Steuerausfall von 30,8 Mio. EUR vollständig auszugleichen.

Als Hilfen zum Ausgleich der Einnahmeausfälle für den ÖPNV wurden überschlägig zunächst ca. 6,0 Mio. EUR errechnet, die der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zufließen könnten. Hier ist die Verteilung der Bundes- und Landeshilfen innerhalb des Landes noch Gegenstand weiterer Beratungen, die Daten sind noch nicht valide. Dennoch sind beide Annahmen in der vorliegenden Prognose bereits enthalten, um eine genauere Aussage zum erwarteten Jahresergebnis zu treffen.

Im Vergleich zum Vormonat stellt sich das zum 31.12.2020 prognostizierte Ergebnis nochmal besser dar. Positiv entwickelt hat sich der Saldo der Ein- und Auszahlungen (+2,7 Mio. EUR im Vergleich zum Vormonat), davon werden +3,9 Mio. EUR Mehreinzahlungen aber auch +1,2 Mio. EUR Mehrauszahlungen erwartet.

Insgesamt wird überwiegend aufgrund der Berücksichtigung der in Aussicht gestellten Bundes- und Landeshilfen eine positive Abweichung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen in Höhe von +7,9 Mio. EUR (+5,2 Mio. EUR lt. Prognose Vormonat) zum 31.12.2020 prognostiziert. Nach geringerer Tilgung von Investitionskrediten in Höhe von 8,6 Mio. EUR (-2,2 Mio. EUR z. Plan) wird gegenüber dem Plan eine Verbesserung des Ergebnisses auf -0,7 Mio. EUR (-4,6 Mio. EUR lt. Prognose Vormonat) erwartet.

Somit kann unter Berücksichtigung der o. a. staatlichen Hilfen des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die den Haushalt deutlich entlasten, derzeit davon ausgegangen werden, dass der unterjährige Haushaltsausgleich im Jahr 2020 möglich ist.

### 3. Gesamtfinanzhaushalt

#### 3.1 Laufende Ein- und Auszahlungen

Die folgende Übersicht zeigt die Abweichung des prognostizierten Ergebnisses zum Plan 2020 für die laufenden Ein- und Auszahlungen auf.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Plan 2020	Erfüllung per 30.09.2020	Erfüllung Vorjahreszeitraum	prognostiziertes Ergebnis	Abw. prog. Ergebnis zum Plan
Steuern und ähnliche Abgaben	249.921.200	141.275.711	166.173.062	212.992.709	-36.928.491
Zuwendungen, allg. Umlagen, sonstige Transfereinzahl.	208.420.700	155.064.650	117.464.839	246.344.048	37.923.348
Einzahlungen der sozialen Sicherung	103.159.000	76.398.185	78.779.942	115.904.908	12.745.908
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.954.500	39.074.177	38.701.604	51.924.617	-29.883
Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.086.000	5.843.364	7.699.507	9.155.543	-930.457
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.861.200	6.147.680	7.977.106	11.707.959	1.846.759
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	22.988.400	13.491.285	16.570.186	16.368.423	-6.619.977
Sonstige laufende Einzahlungen	16.757.500	10.301.477	9.895.916	17.429.425	671.925
<b>Summe der laufenden Einzahlungen</b>	<b>673.148.500</b>	<b>447.596.529</b>	<b>443.262.162</b>	<b>681.827.631</b>	<b>8.679.131</b>
Personalauszahlungen	139.779.900	98.121.098	95.511.196	139.535.285	-244.615
Versorgungsauszahlungen	8.750.000	9.746.618	9.438.227	8.758.300	8.300
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	95.196.215	58.913.283	57.073.011	88.774.267	-6.421.948
Zuwendungen, Umlagen, sonstige Transferauszahlungen	168.497.655	113.324.975	36.262.050	168.401.723	-95.932
Auszahlungen der sozialen Sicherung	199.791.700	150.803.106	206.473.601	203.404.664	3.612.964
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.772.430	3.587.856	3.215.524	5.359.862	-412.568
Sonstige laufende Auszahlungen	60.280.935	37.278.491	37.237.863	59.659.464	-621.471
<b>Summe der laufenden Auszahlungen</b>	<b>678.068.836</b>	<b>471.775.429</b>	<b>445.211.473</b>	<b>673.893.566</b>	<b>-4.175.270</b>
<b>Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen</b>	<b>-4.920.336</b>	<b>-24.178.900</b>	<b>-1.949.310</b>	<b>7.934.065</b>	<b>12.854.401</b>

Im Vergleich zum Plan werden insgesamt +8,7 Mio. EUR höhere laufende Einzahlungen und -4,2 Mio. EUR geringere laufende Auszahlungen prognostiziert.

Im Bereich der **Steuern und ähnliche Abgaben** sind mit -36,9 Mio. EUR die höchsten finanziellen Einbrüche im Haushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für 2020 zu erwarten.

Den mit Abstand größten Anteil daran haben die deutlich geringer prognostizierten Gewerbesteuerzahlungen (-30,8 Mio. EUR) im Produkt 61101 „Steuern“. Diese Prognose beruht auf Hochrechnungen der Vorauszahlungs- und Veranlagungsergebnisse und der Auswertung der Ergebnisse der Sonder-Steuerschätzung im September. Danach werden weiterhin signifikante Steuereinbrüche für das Jahr 2020 erwartet. Das bundesweite Gewerbesteueraufkommen 2020 wird geringfügig weniger schlecht eingeschätzt als noch im Mai. Es wird nunmehr mit einem Rückgang der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 bundesweit von -23,8 % (Mai: -24,8 %) und regional für Kommunen des Landes M-V weiterhin von -22,2 % gerechnet.

Aktuell werden für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock Gewerbesteuerzahlungen von 87,0 Mio. EUR für das Jahr 2020 prognostiziert. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres (-19,9 %) und zum Plan (-26,1 %) ergibt sich damit eine deutliche Minderung, folgt aber im Vergleich zum Vorjahr nicht in derselben Höhe dem Abwärtstrend, der nach der regionalisierten Steuerschätzung für Kommunen in M-V angenommen wird.

Grundlage für diese Einschätzung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sind die sich im Jahresverlauf 2020 deutlich rückläufig entwickelnden Vorauszahlungsergebnisse auf die Gewerbesteuer. Diese lagen per 30.09.2020 bei 67,0 Mio. EUR und sind im Vergleich zum Vorjahr um -18,3 % gesunken. Es wurden -15,0 Mio. EUR weniger Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer des laufenden Jahres festgesetzt als im gleichen Vorjahreszeitraum (82,0 Mio. EUR). Die Veranlagungsergebnisse (für VA-Zeiträume bis 2018) betrugen per 30.09.2020 insgesamt 21,0 Mio. EUR. Dieses Er-

gebnis wurde im Vorjahr per 30.09.2019 ebenfalls erreicht. Dabei war eine Steigerung der Gewerbesteureinzahlungen von insgesamt +8,5 % zum Jahr 2019 geplant.

Seit Mitte März nutzten die Steuerpflichtigen aufgrund der negativen, wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vermehrt die Möglichkeit, die Vorauszahlungen für das laufende Jahr herabsetzen zu lassen. Bislang wurden Herabsetzungsanträge mit einem Volumen von ca. -19,4 Mio. EUR bearbeitet sowie Gewerbesteuerzahlungen über ein Volumen von 3,5 Mio. EUR gestundet.

Außerdem werden die Einzahlungen aus der Vergnügungssteuer um -0,5 Mio. EUR geringer erwartet, nachdem die Spielhallen seit Mitte März bis Mitte Juni geschlossen waren.

Nach der Sonder-Steuerschätzung im September wurden die Prognosen zu den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer unter Zugrundelegung der durch das Land M-V übermittelten Angaben überarbeitet.

Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wird für das Jahr 2020 ein Rückgang um -7,3 % (bundesweit -7,4 %) angenommen, dieser soll im Folgejahr weitgehend kompensiert werden. Für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock werden Mindereinzahlungen von -5,8 Mio. EUR beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer erwartet. Die negativen Auswirkungen resultieren überwiegend aus den steuerlichen Folgen durch Einkommensrückgänge (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit) und der geringer veranlagten Einkommenssteuer.

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erwartete die Mai-Steuerschätzung einen allgemeinen leichten Rückgang um -1 %, der sich auch in den Prognosen der Vormonate niederschlug. Bedingt u. a. durch vorübergehende Schließungen von Verkaufseinrichtungen, Restaurants und Hotels wurde hier für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bislang mit -0,5 Mio. EUR geringeren Einzahlungen gerechnet.

Die Prognosen zur Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens haben sich bundesweit leicht verbessert. Aufgrund der befristeten Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer infolge der Fortführung der Flüchtlingsfinanzierung ergeben sich nunmehr entsprechend der Sonder-Steuerschätzung vom September 2020 korrigierte, höhere Einnahmeerwartungen. Danach werden für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock +1,6 Mio. EUR Mehreinzahlungen prognostiziert.

Mindereinzahlungen werden im Produkt 31201 „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ aufgrund sinkender Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) erwartet. Die SGB-II-Kosten der Unterkunft-Belastung sowie die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sind in den ostdeutschen Flächenländern rückläufig und haben sich im Durchschnitt den westdeutschen Flächenländern weiter angenähert.

Dieser positive Aspekt hat allerdings auch Auswirkungen auf die Höhe der SoBEZ. Die Zuweisungen nach § 11 Absatz 3 des FAG sinken für M-V insgesamt um fast die Hälfte von 54,9 Mio. EUR im Jahr 2019 auf 29,2 Mio. EUR im Jahr 2020. Das hat für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur Folge, dass die Einzahlungen des Landes M-V ebenfalls von geplanten 8,5 Mio. EUR (Orientierung an der Verteilung der Zuweisungen 2019) auf 4,4 Mio. EUR im Jahr 2020 sinken (-4,1 Mio. EUR z. Plan).

Diese Mindereinzahlungen werden nur teilweise kompensiert durch Mehreinzahlungen in Höhe von +2,2 Mio. EUR. Hier werden Einsparungen des Landes beim Wohngeld, wie gesetzlich vorgesehen, als zweiter Bestandteil der Zuweisungsmittel nach § 10 AG-SGB II zur Auszahlung an die Kommunen gelangen. Es ist zurzeit noch nicht absehbar, in welcher Höhe künftig über den Sockelbetrag hinaus zusätzliche Wohngeldeinsparungen entstehen, die dann im Folgejahr zur Auszahlung gelangen.

Neben geringeren Einzahlungen, überwiegend in Folge der COVID-19-Pandemie, wird auch mit Mehreinzahlungen gerechnet. Das betrifft den Bereich der **Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfereinzahlungen**, hier werden um +37,9 Mio. EUR höhere Einzahlungen prognostiziert.

Das resultiert überwiegend aus in der aktuellen Prognose ausgewiesenen Daten der erwarteten Zahlungen aus Bundes- und Landesmitteln von +23,1 Mio. EUR als Kompensation der Gewerbesteuer-ausfälle im Produkt 61103 „Allgemeine Zuweisungen und Umlagen“. Derzeit ist noch ein zu hoher

Betrag als Ausgleich der Einnahmeausfälle für den ÖPNV im Produkt 54701 „RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH“ prognostiziert. Zwischenzeitlich wurde errechnet, dass geringere Einnahmeausfälle bei der RSAG bestehen und damit geringere Zahlungen des Landes zu erwarten sind. Die Prognose muss im nächsten Monat um -3,1 Mio. EUR auf + 2,9 Mio. EUR angepasst werden.

Weiterhin sind im Produkt 61103 „Allgemeine Zuweisungen und Umlagen“ Einzahlungen von +3,6 Mio. EUR aus Schlüsselzuweisungen vom Land aufgrund der Verschiebung dieser vom investiven in den konsumtiven Bereich als Mehreinzahlungen auszuweisen. Weitere Mehreinzahlungen von +0,6 Mio. EUR werden in diesem Produkt prognostiziert, die sich im Rahmen der Änderungen zum FAG aus der neu geregelten Zuweisung des kommunalen Anteils der „Pauschale für flüchtlingsbedingte Zwecke“ (FlüPauVO M-V v. 17.06.2020) ergeben.

Darüber hinaus werden in verschiedenen Produkten insgesamt +2,3 Mio. EUR höhere Einzahlungen für Projekte ausgewiesen, die sich aus Abrechnungen, Projektverlängerungen, höheren Zuweisungen o. ä. ergaben und bei denen teilweise auch eine Weiterleitung der Fördermittel an die Projektpartner vorgesehen ist. Einen großen Anteil nimmt im Produkt 11150 „Verwaltung Amt für Jugend und Soziales“ mit +1,0 Mio. EUR die bereits in 2018 (höher) erwartete Einzahlung des Landes M-V aus der Sonderbedarfszuweisung 2016 für Aufwendungen und Investitionen im Zusammenhang mit der Betreuung und Versorgung von Transitflüchtlings für das Jahr 2015 und 2016 ein (Bewilligungsbescheid vom 29.06.2020 Nr.35/2020).

Auch **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** werden um +1,8 Mio. EUR höher erwartet als geplant. Hauptsächlich die prognostizierten, nicht geplanten Einzahlungen im Produkt 31402 „Sonstige Zuweisungen und Umlagen nach dem SGB IX“ in Höhe von +1,0 Mio. EUR tragen dazu bei. Die Zuweisung wurde nach dem Gesetz zur Ausführung des SGB IX angepasst und soll zu 72 % die erwarteten Auszahlungen im unterjährig neu eingeführten Konto „Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger (Sozialdienstleister-Einsatzgesetz - SodEG)“ decken. Die Prognose dieser Einzahlungen ist zunächst überschlägig erfolgt und wird im Oktober entsprechend der erwarteten Auszahlungen der SodEG-Leistungen angepasst.

Daneben werden im Teilhaushalt 40 höhere Einzahlungen aus dem Schullastenausgleich der Gemeinden (+0,2 Mio. EUR) sowie aus dem Eigenanteil der Eltern (+0,3 Mio. EUR) erwartet, letztere werden zur Deckung der Auszahlungen für Lernmittel (Gebrauchs- und Verbrauchsmittel) eingesetzt.

Bei den **Zinseinzahlungen und sonstigen Finanzeinzahlungen** werden insgesamt -6,6 Mio. EUR weniger Einzahlungen erwartet. Überwiegend weil die für das Jahr 2020 geplanten Gewinnausschüttungen an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock von 0,9 Mio. EUR im Produkt 54701 „RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH“ und 6,6 Mio. EUR im Produkt 62601 „Warnow-Wasser- und Abwasserverband“ in das Jahr 2021 verschoben werden. Bei diesem Produkt war die Einzahlung der im Jahr 2019 geplanten Gewinnausschüttung des Jahresgewinns 2018 (2,6 Mio. EUR) in das Jahr 2020 verschoben worden.

Außerdem reduziert sich im Produkt 52205 „WIRO Wohnungsgesellschaft mbH“ die für 2020 geplante Zahlung um -2,1 Mio. EUR, da eine Vorabausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2019 bereits im Dezember 2019 erfolgte.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden **Personalauszahlungen** in Höhe von 139,5 Mio. EUR prognostiziert, das sind -0,3 Mio. EUR weniger als geplant. Ursächlich sind die geringer erwarteten Auszahlungen für ehrenamtlich Tätige, Rats-/ Vertretungs- und Ausschussmitglieder aufgrund ausgefallener Sitzungen sowie die geringeren Auszahlungen für Gasthonorare bei der Volkshochschule und dem Konservatorium, die aufgrund der COVID-19-Pandemie zeitweise geschlossen waren.

Mit insgesamt -6,4 Mio. EUR weniger **Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen** wird der Haushalt 2020 entlastet. Im Produkt 11402 „Liegenschaften“ werden geringere Auszahlungen (-2,4 Mio. EUR) bei Unterhaltung von Grundstücken/ Baufreimachung/ Entschädigung von Kleingärtnern wegen eingeschränkten Bearbeitungskapazitäten im Amt 62 erwartet.

Im Produkt 54101 „Gemeindestraßen“ wird mit Minderauszahlungen für Regenwasserbeseitigung an den WWAV in Höhe von -0,3 Mio. EUR gerechnet, da sich die Abschläge vermindert haben. Um -2,1



Mio. EUR geringere Auszahlungen werden in diesem Produkt für die Wartung und Pflege der Bahnhöfen, Radwege, Lichtsignalanlagen, die Unterhaltung der Brücken, der Durchlässe und des sonstigen Infrastrukturvermögens sowie für die Straßenbeleuchtung und dessen Stromverbrauch erwartet, die teilweise zur Deckung der Mehrausgaben in den Produkten Kreis-, Landes- und Bundesstraßen eingesetzt werden.

Um -0,8 Mio. EUR geringere, zweckgebundene und bereits in 2019 von der WIRO bereitgestellte Mittel werden im Jahr 2020 im Produkt 54801 „Maritime Wirtschaft und Hafenbau“ für Unterhaltungskosten (Umlagerung, Transport und Einlagerungskosten) des Ausrüstungskrans „Möwe“ benötigt. Voraussichtlich -0,3 Mio. EUR weniger Auszahlungen betreffen den kommunalen Finanzierungsanteil Hanse-Jobcenter im Produkt 31208. Weitere Minderauszahlungen i. H. v. -0,3 Mio. EUR werden im Produkt 12700 „Rettungsdienst“ prognostiziert, da keine Nachzahlungen für Vorjahre an Hilfsorganisationen erfolgen müssen.

Im Teilhaushalt Jugend, Soziales und Asyl werden Mehreinzahlungen gegenüber dem Plan in Höhe von +14,8 Mio. EUR und Mehrauszahlungen in Höhe von +4,4 Mio. EUR erwartet, so dass insgesamt ein positiver Saldo von +10,4 Mio. EUR prognostiziert wird. Produkte des Teilhaushaltes werden in verschiedenen Kontengruppen abgebildet.

Im **Bereich der Ein- und Auszahlungen der sozialen Sicherung** werden +12,7 Mio. EUR Mehreinzahlungen und +3,6 Mio. EUR Mehrauszahlungen prognostiziert.

Der Grund für die hohen Mehreinzahlungen ist die Prognose für das Produkt 31209 „Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II“ (+13,4 Mio. EUR). Die Höhe der Bundesbeteiligung wird entsprechend der Ausführungen aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ vom 03.06.2020 sowie der Drucksache 19/20598 „Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder“ vom 30.06.2020 im § 46 Absatz 7 von 2,7 % auf 27,7 % der Auszahlungen für Kosten der Unterkunft (Produkt 31201) aufgestockt (+10,4 Mio. EUR).

Weitere Mittel des Landes wurden mit Runderlass 20/2020 vom 25.05.2020 für das Jahr 2019 für die „Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende für Vorjahre“ zugewiesen (+1,4 Mio. EUR).

Für Bildung und Teilhabe (BuT) werden gemäß des geltenden Verteilerschlüssels +0,5 Mio. EUR Mehreinzahlungen prognostiziert. Mit einer höheren Anzahl an Bedarfsgemeinschaften (Planung 10.200 BG; Stand 09/2020 10.614 BG) steigen die Kosten der Unterkunft und somit erhöhen sich auch die Erstattungen an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende (+1,0 Mio. EUR).

Weitere Mehreinzahlungen erfolgen im Produkt 36304 „Hilfe für junge Volljährige“ aus der Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen für Leistungen in Vorjahren (z. B. Krankenleistungen) für unbegleitete minderjährige Ausländer (+1,4 Mio. EUR).

Mindereinzahlungen in Höhe von -1,3 Mio. EUR werden aufgrund der Änderung der gesetzlichen Grundlagen für das Produkt 31103 „Eingliederungshilfen für behinderte Menschen“ (künftig im Produkt 31401 „Eingliederungshilfe Teil II SGB IX“) prognostiziert. Zudem werden im Bereich Asyl (Produkte 31301 - 31305) geringere Einzahlungen in Höhe von -0,8 Mio. EUR erwartet.

Ursächlich für höher erwartete Auszahlungen ist überwiegend die im Produkt 31201 „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ vorgenommene Aktualisierung der Prognose um +3,1 Mio. EUR, da der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften (BG) nicht in dem Maße eingetreten ist, wie angenommen (Planung 10.200 BG; Stand September 2020 10.614 BG).

Höhere Entgelte für Platzkosten (+0,9 Mio. EUR) führen im Jugendbereich (Produkt 36101 „Tageseinrichtungen“) zu Mehrauszahlungen von +0,7 Mio. EUR. Die Novellierung des KiföG M-V zum 01.01.2020, die vollständige Befreiung von Elternbeträgen und die Vereinfachung des Finanzierungssystems, führten zu umfangreichen Veränderungen in der Platzkostenfinanzierung. Wesentlich für die Entwicklung der Höhe der Entgelte ist das Streben der Träger in den Verhandlungen zur Angleichung der Personalkosten an den TVöD des Sozial- und Erziehungsdienstes sowie die Entwicklung der Investitionskosten für Sanierungen und Neubauten.

Besonderes Augenmerk muss im Jugendbereich auf die Entwicklung der Produkte 36303 „Hilfe zur Erziehung“, 36304 „Hilfe für junge Volljährige“ und 36305 „Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“ gelegt werden. Hier steigen die Auszahlungen für Leistungen wie Betreu-

tes Wohnen (+1,3 Mio. EUR z. Plan), Inobhutnahmen (+1,0 Mio. EUR z. Plan) und Integrationshilfen an Schulen (+1,1 Mio. EUR z. Plan; neue Vereinbarungen mit Leistungsanbietern nach Schuljahresbeginn 2020/2021) ständig und führen zu hohen Mehrauszahlungen in diesen Positionen.

Minderauszahlungen sind in den Produkten im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (Produkte 36302 - 36304) in Höhe von -3,0 Mio. EUR aufgrund geringerer Inanspruchnahmen zu verzeichnen.

Der Einsatz nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) soll in der Abrechnung zu keinen Mehrauszahlungen führen, was derzeit noch nicht aus den Prognosen der entsprechenden Konten hervorgeht.

### 3.2 Investive Ein- und Auszahlungen

Bezeichnung (Werte in EUR)	Plan 2020	Erfüllung per 30.09.2020	Erfüllung Vorjahreszeitraum	prognostiziertes Ergebnis	Abw. prog. Ergebnis zum Plan
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	71.761.200	30.801.081	17.278.159	52.653.503	-19.107.697
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	2.000.000	2.510.866	944.569	2.967.916	967.916
Einzahlungen aus Anlagevermögen	2.502.000	437.950	630.034	2.947.429	445.429
Einz. aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	103.800	70.164	32.713	102.600	-1.200
Sonstige Investitionseinzahlungen	21.050.300	4.389.342	11.877.270	9.492.857	-11.557.443
<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>97.417.300</b>	<b>38.209.402</b>	<b>30.762.744</b>	<b>68.164.305</b>	<b>-29.252.995</b>
Auszahlungen für Anlagevermögen	157.003.796	37.607.577	24.669.625	95.584.480	-61.419.317
Ausz. für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	182.100	96.308	131.469	156.016	-26.084
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	51.320	627.956	122.654	122.654
<b>Summe der Auszahl. aus Investitionstätigkeit</b>	<b>157.185.896</b>	<b>37.755.205</b>	<b>25.429.051</b>	<b>95.863.149</b>	<b>-61.322.747</b>
<b>Saldo der Ein- und Ausz. aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-59.768.596</b>	<b>454.198</b>	<b>5.333.694</b>	<b>-27.698.844</b>	<b>32.069.752</b>

Der **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** zum 30.09.2020 beträgt 0,5 Mio. EUR, im gleichen Vorjahreszeitraum lag der Saldo bei 5,3 Mio. EUR.

Mit der aktuellen Prognose für das Haushaltsjahr 2020 werden **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** in Höhe von 68,2 Mio. EUR erwartet. Das prognostizierte Ergebnis liegt mit -29,3 Mio. EUR unter dem Haushaltsansatz 2020.

Mit Änderungsbescheid vom 27.01.2020 können bis zum 30.10.2020 Fördermittel für die Landstromanlage in Warnemünde abgerufen werden. Nach Prüfung des erstellten Mittelabrufes durch das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern sowie des Vorgriffs von Mitteln aus 2021 in Höhe von 0,8 Mio. EUR werden insgesamt 11,5 Mio. EUR für die Investitionsmaßnahme prognostiziert (-4,1 Mio. EUR z. Plan).

Aus dem für die Investitionsmaßnahme „Breitbandausbau“ vorliegenden finalen Angebot ergibt sich eine zeitliche Änderung der Planung im Projektverlauf. Das führt zu investiven Mindereinzahlungen und Minderauszahlungen in Höhe von -8,6 Mio. EUR.

Mit dem Haushaltserlass 2020 wurde durch das Ministerium für Inneres und Europa darauf hingewiesen, dass maximal 4 % der Schlüsselzuweisungen für investive Zwecke eingesetzt werden dürfen. Gegenüber der Planung kommt es daher zu investiven Mindereinzahlungen in Höhe von -3,6 Mio. EUR, die in den konsumtiven Bereich als Mehreinzahlungen umgebucht werden.

Zudem werden Mindereinzahlungen in Höhe von -11,6 Mio. EUR für geplante Grundstücksveräußerungen aufgrund von Verzögerungen bei den B-Planverfahren sowie aufgrund von andauernden Vertragsverhandlungen erwartet. Somit kommt es bei den geplanten Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen zu Verschiebungen in die Folgejahre.

Der Haushaltsansatz 2020 für **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** beträgt 103,8 Mio. EUR. Bisher wurden Reste aus Vorjahren im Umfang von 53,4 Mio. EUR übertragen. Insgesamt ergibt sich für investive Auszahlungen ein fortgeschriebener Plan 2020 in Höhe von 157,2 Mio. EUR.

Die Auszahlungen zum 30.09.2020 in Höhe von 37,8 Mio. EUR liegen um +12,3 Mio. EUR über dem Vorjahreswert im Vergleichszeitraum. Aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei Vergabeverfahren sowie bei der Umsetzung von Baumaßnahmen werden nach dem prognostizierten Ergebnis zum 31.12.2020 die investiven Auszahlungen um -61,3 Mio. EUR geringer sein als geplant.

Mit dem aktuell prognostizierten Ergebnis der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 95,9 Mio. EUR wird erwartet, dass der Mittelabfluss aus investiver Tätigkeit in Höhe von 61,0 % der fortgeschriebenen Planung erfolgen wird.

Von den insgesamt im Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung stehenden Auszahlungen in Höhe von 157,2 Mio. EUR wurden bis zum 30.09.2020 lediglich 24,0 % verwendet.

In dieser Prognose ist die am 21.10.2020 durch die Bürgerschaft ( 2020/BV/1437) genehmigte außer- bzw. überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt 2020 in Höhe von insgesamt 1,15 Mio. EUR, die sich aus dem Erfordernis und im Bereich der IT-Strategieanpassung und Digitalisierung (Produkt 11404) ergibt, noch nicht enthalten.

Die Organisationseinheiten sind aufgefordert, die Durchführbarkeit und Veranschlagungsreife aller geplanten Investitionsmaßnahmen 2020 sowie der Maßnahmen aus Vorjahren, insbesondere die damit verbundenen Auszahlungen, laufend kritisch zu prüfen.

#### 4. Kreditaufnahme

Bezeichnung (Werte in EUR)	Plan 2020	Erfüllung per 30.09.2020	Erfüllung Vorjahreszeitraum	prognostiziertes Ergebnis	Abw. prog. Ergebnis zum Plan
Neuaufnahme von Krediten für Investitionen	35.296.400	0	0	3.796.412	-31.499.988
Umschuldung	0	0	0	0	0
<b>Einz. Aufnahme von Krediten für Investitionen</b>	<b>35.296.400</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3.796.412</b>	<b>-31.499.988</b>
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	10.819.500	7.357.053	7.965.878	8.599.500	-2.220.000
Umschuldung	0	0	0	0	0
<b>Ausz. Tilgung von Krediten für Investitionen</b>	<b>10.819.500</b>	<b>7.357.053</b>	<b>7.965.878</b>	<b>8.599.500</b>	<b>-2.220.000</b>
<b>Saldo Kredite für Inv. und Investitionsförderungsmaß.</b>	<b>24.476.900</b>	<b>-6.364.911</b>	<b>-7.357.053</b>	<b>-4.803.088</b>	<b>-29.279.988</b>

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist bemüht, die Investitionen möglichst durch Fördermittel oder sonstige Finanzierung Dritter zu realisieren. Die verbleibende Unterdeckung im Bereich der Investitionen soll im Haushaltsjahr 2020 durch die Aufnahme von Krediten für Investitionen in Höhe von 6,3 Mio. EUR geschlossen werden.

Die Rechtsaufsichtsbehörde hat für das Jahr 2020 die Kreditaufnahmemöglichkeit in Höhe von 29,4 Mio. EUR genehmigt. Zusätzlich können zur Finanzierung der übertragenen Ansätze von Investitionsmaßnahmen aus Vorjahren Beträge der nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigung 2019 in Höhe von 5,9 Mio. EUR verwendet werden.

Damit stehen insgesamt **Kreditermächtigungen im Umfang von 35,3 Mio. EUR** zur Verfügung, um den mit -59,8 Mio. EUR fortgeschrieben geplanten Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit mit abzudecken.

Wann und in welcher Höhe Mittel im Rahmen der Fremdfinanzierung benötigt werden, wird durch den Mittelzu- und -abfluss aus der Investitionstätigkeit bestimmt. Des Weiteren ist bei Kreditaufnahmen die Liquiditätsslage der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu beachten.

Zu berücksichtigen ist auch, dass der in den Vorjahren aus Investitionstätigkeit resultierende Überschuss im Finanzhaushalt in Höhe von 26,8 Mio. EUR (Stand 31.12.2019) zu einer Verbesserung des Kassenbestandes beigetragen hat. In der Haushaltsdurchführung bis zum 30.09.2020 wurde dieser Überschuss um -2,9 Mio. EUR gemindert und wird bis zum 31.12.2020 voraussichtlich vollständig abgebaut.



Im Jahr 2020 war noch keine Fremdfinanzierung durch Kredite notwendig. **Kreditneuaufnahmen für Investitionen** werden aktuell unter Beachtung der Liquiditätsentwicklung in Höhe von 3,8 Mio. EUR vorgesehen, um erforderlichenfalls den zum 31.12.2020 erwarteten Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von -27,7 Mio. EUR mit abzudecken.

Eine Umschuldung von Krediten ist im Jahr 2020 nicht vorgesehen.

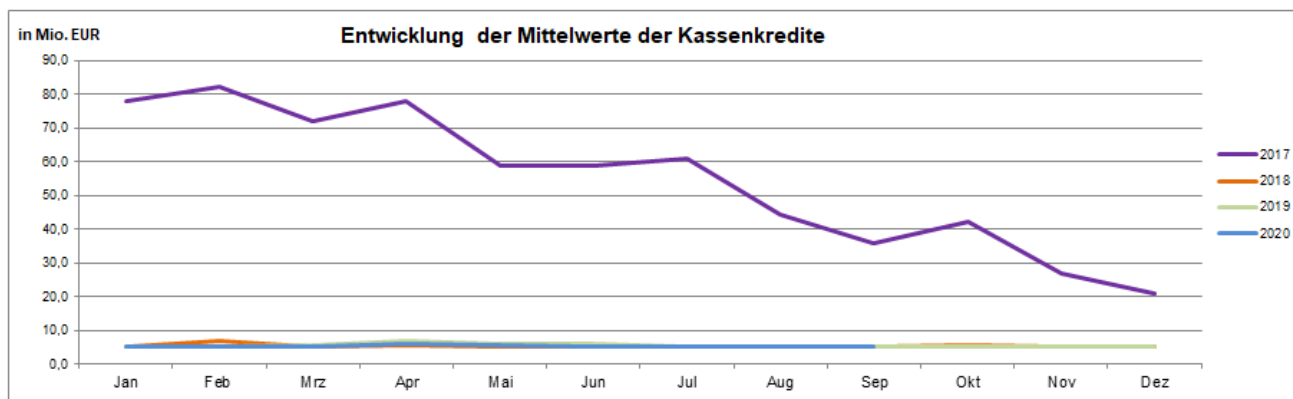
Die Auszahlungen zur **Tilgung von Krediten für Investitionen** werden um -2,2 Mio. EUR geringer prognostiziert. Durch die Verschiebung der Kreditneuaufnahme aus der Ermächtigung 2018 und 2019 fallen die daraus für das Jahr 2020 geplanten Folgekosten weg und verringern den Kapitaldienst in 2020.

### Entwicklung der Mittelwerte der Kassenkredite

in Mio. EUR	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
2017	78,1	82,1	71,9	78,1	58,9	59,0	60,9	44,3	35,9	42,4	26,9	20,8
2018	5,0	6,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,5	5,0	5,0
2019	5,0	5,2	5,5	7,1	5,9	6,0	5,4	5,0	5,0	5,2	5,0	5,0
2020	5,0	5,1	5,1	6,0	5,4	5,2	5,0	5,3	5,0			

Ab Ende des Jahres 2017 ist die Entwicklung der **Kassenkreditaufnahmen deutlich rückläufig** und bleibt seit dem Jahr 2018 mit Volumen zwischen 5,0 Mio. EUR und 7,1 Mio. EUR im monatlichen Durchschnitt relativ konstant. Im Haushaltsjahr 2020 waren zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen in den letzten Monaten zeitweise Kassenkreditaufnahmen notwendig, durchschnittlich aber weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Seit dem Jahr 2018 ist die Inanspruchnahme von 5,0 Mio. EUR Kassenkredit mindestens erforderlich, um ausgehandelte Konditionen mit der Bank über die zinslose, flexible Kassenkreditlinie mit Aufnahmemöglichkeit in 0,5 Mio.-Euro-Schritten sowie das erforderliche Limit für strafzinsfreie Guthaben bis 5,0 Mio. EUR fortbestehen zu lassen.



Um liquide Zahlungseingänge und damit verbundene Zahlungsschwierigkeiten durch derzeit noch nicht abschätzbare Einnahmeeinbrüche oder Ausgabenerhöhungen zu vermeiden, hat die Hanse- und Universitätsstadt Rostock den in der Haushaltssatzung unter § 4 aufgeführten Kassenkreditrahmen vorsorglich für das Haushaltsjahr 2020 auf 100,0 Mio. EUR festgesetzt. Mit dem Ergänzungsbeschluss wird für das Haushaltsjahr 2021 der Kassenkredit auf 69,0 Mio. EUR herabgesetzt (§ 53 Abs. 3 GemHVO M-V).

Bei der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bestehen **derzeit keine Liquiditätsprobleme**. Die wöchentlichen **Kassenbestände** betragen im Monat September zwischen 18,2 und 36,9 Mio. EUR und liegen seit Jahresbeginn im Mittelwert von 37,2 Mio. EUR.

## 5. Ergebnishaushalt

Bezeichnung (Werte in EUR)	Plan 2020	Erfüllung per 30.09.2020	Erfüllung Vorjahreszeitraum	prognostiziertes Ergebnis	Abw. prog. Ergebnis zum Plan
Steuern und ähnliche Abgaben	252.746.200	142.775.149	163.893.639	216.097.770	-36.648.430
Zuwend., allg. Umlagen und sonstige Transfererträge	237.763.500	178.301.360	139.271.168	275.597.997	37.834.497
Erträge der sozialen Sicherung	103.133.300	71.147.484	75.685.632	114.272.743	11.139.443
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.737.800	38.898.445	42.726.041	51.596.873	-1.140.927
Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.971.900	5.742.925	7.886.654	8.965.800	-1.006.100
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.871.200	5.587.272	8.653.912	11.632.322	1.761.122
Andere aktivierte Eigenleistungen	244.200	183.150	245.475	325.651	81.451
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	29.780.400	11.969.693	14.831.699	28.512.888	-1.267.513
Sonstige Erträge	40.604.800	17.039.374	24.919.910	32.053.374	-8.551.426
<b>Summe der Erträge</b>	<b>736.853.300</b>	<b>471.644.852</b>	<b>478.114.130</b>	<b>739.055.417</b>	<b>2.202.117</b>
Personalaufwendungen	149.429.400	97.882.864	95.903.153	149.383.443	-45.957
Versorgungsaufwendungen	8.750.000	7.502.517	7.268.923	8.758.400	8.400
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	94.976.417	55.412.645	57.750.670	88.661.593	-6.314.825
Abschreibungen	49.158.800	36.869.100	33.518.175	49.158.800	0
Zuwend., Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	168.493.897	113.555.863	38.495.282	168.402.183	-91.714
Aufwendungen der sozialen Sicherung	199.734.929	141.926.644	206.678.241	199.845.072	110.143
Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	5.762.830	3.438.096	2.976.963	5.351.162	-411.668
Sonstige Aufwendungen	71.996.784	41.219.650	40.906.622	67.195.422	-4.801.362
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>748.303.057</b>	<b>497.807.378</b>	<b>483.498.030</b>	<b>736.756.075</b>	<b>-11.546.982</b>
<b>Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen</b>	<b>-11.449.757</b>	<b>-26.162.526</b>	<b>-5.383.901</b>	<b>2.299.342</b>	<b>13.749.099</b>
Einstellung in die Kapitalrücklage	2.100.100	1.200.000	3.821	2.100.100	0
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	3.821	0	0
Einstellung in Rücklage für Belast. aus komm. Finanzausgl.	0	0	0	0	0
Entnahmen aus Rückl. für Belast. aus komm. Finanzausgl.	0	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis (Jahresüberschuss/-fehlbetrag)</b>	<b>-13.549.857</b>	<b>-27.362.526</b>	<b>-5.383.901</b>	<b>199.242</b>	<b>13.749.099</b>

Durch die Übertragung von Resten aus Vorjahren reduziert sich das Jahresergebnis im fortgeschriebenen Plan gegenüber dem Ansatz 2020 um -3,4 Mio. EUR.

Für das Haushaltsjahr 2020 wird in der **Ergebnisrechnung ein positives Jahresergebnis** vor Veränderung der Rücklagen in Höhe von 2,3 Mio. EUR prognostiziert.

Der Zuweisungsbetrag aus der Konsolidierungshilfe in Höhe von 2,1 Mio. EUR wirkt sich eigenkapitalverstärkend aus und ist aufwandswirksam der allgemeinen Kapitalrücklage zuzuführen. Somit ergibt sich ein erwarteter Jahresüberschuss in Höhe von 0,2 Mio. EUR.

Die Begründungen für die unterjährige Entwicklung im Ergebnishaushalt entsprechen grundsätzlich den Ausführungen zu den Sachverhalten in Punkt 3.1 für den Finanzhaushalt. Wesentliche Abweichungen im Vergleich zum Finanzhaushalt liegen bei folgenden Kontengruppen vor:

### Steuern und ähnliche Abgaben

Die erwarteten Erträge für die Gewerbesteuer werden um -30,2 Mio. EUR unter dem Plan liegen (Finanzhaushalt: -30,8 Mio. EUR z. Plan). Es ist berücksichtigt, dass ein Teil der festgesetzten Steuererzahlungen gestundet oder ausgesetzt wird.

### Erträge der sozialen Sicherung

Die prognostizierten Erträge der sozialen Sicherung liegen um -1,6 Mio. EUR unter den Einzahlungen im Finanzhaushalt, was hauptsächlich auf die Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen im Produkt 36304 „Hilfen für junge Volljährige“ für Leistungen in Vorjahren u. a. Krankenleistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (Erträge +0,4 z. Plan, Einzahlungen +1,4 Mio. z.

Plan) zurückzuführen ist. Weiterhin werden geringere Erträge als Einzahlungen prognostiziert für den Bereich des SGB XII Produkt 31102 „Hilfe zur Pflege“ (-0,2 Mio. EUR) und für den Jugendbereich im Produkt 36303 „Hilfe zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)“ als Ergebnis der Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen (-0,2 Mio. EUR).

### **Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Im Ergebnishaushalt werden für die Benutzungsentgelte Rettungsdienst Mindererträge in Höhe von -0,5 Mio. EUR erwartet. Aufgrund der Aufarbeitung von Altfällen ergibt sich für den Finanzhaushalt eine positive Abweichung von +0,2 Mio. EUR gegenüber dem Plan.

### **Zinserträge und sonstige Finanzerträge**

Im Finanzhaushalt werden Mehreinzahlungen durch die Gewinnausschüttung des Jahresgewinns 2018 in Höhe von +2,6 Mio. EUR prognostiziert (Produkt 62601 „Warnow-Wasser- und Abwasser-Verband“). Die für das Haushaltsjahr 2019 geplante Einzahlung wurde in die erste Januarwoche 2020 verschoben. Im Ergebnishaushalt wurde die Gewinnausschüttung jedoch schon im Vorjahr ertragswirksam.

### **Sonstige laufende Erträge**

Im Ergebnishaushalt werden bei den Produkten 36102 „Tagespflege (§ 32 SGB VIII)“ und 36303 „Hilfe zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)“ aufgrund eines Rechtsstreites bzw. aufgrund von Verjährung aus der Auflösung von Rückstellungen Mehrerträge in Höhe von +2,4 Mio. EUR erwartet. Aus der Nichtveräußerung von Grundstücken (Produkt 11402 „Liegenschaften“) werden Mindererträge in Höhe von -11,6 Mio. EUR aufgrund von Verzögerungen bei den B-Planverfahren sowie aufgrund von andauernden Vertragsverhandlungen erwartet. Somit kommt es bei den geplanten Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen zu Verschiebungen in die Folgejahre. Im Finanzhaushalt wird dieser Sachverhalt im investiven Bereich abgebildet.

Im Finanzhaushalt ergeben sich Mehreinzahlungen aus der Vergabe von Rechten an Grundstücken in Höhe von +0,9 Mio. EUR (Produkt 11402 „Liegenschaften“).

### **Aufwendungen der sozialen Sicherung**

Im Bereich der sozialen Sicherung werden für den Ergebnishaushalt Mehraufwendungen in Höhe von +0,1 Mio. EUR prognostiziert (Finanzhaushalt +3,6 Mio. EUR).

Hauptursache ist die Änderung der Gesetzlichkeiten für die Eingliederungshilfe, die abschließenden Buchungen für das Produkt 31103 „Eingliederungshilfen für behinderte Menschen“ und die damit verbundene Bildung des neuen Produkt 31401 „Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX“. Obwohl aufgrund der geringen Datenbasis für das neue Produkt sich ein regelmäßiger Buchungsverlauf lediglich grob schätzen lässt, wurden die bisherigen Buchungen auf das gesamte Jahr für beide Produkte hochgerechnet und die Prognose angepasst (-1,9 Mio. EUR Aufwendungen gegenüber Auszahlungen). Geringere Aufwendungen als Auszahlungen werden prognostiziert im Bereich des SGB VIII im Produkt 36306 „Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“ (-0,4 Mio. EUR) und 36303 „Hilfe zur Erziehung“ (-0,3 Mio. EUR). Weitere geringere Aufwendungen als Auszahlungen werden im Bereich Asyl (-0,3 Mio. EUR) prognostiziert, aufgrund nicht kalkulierter Rückzahlungen von Kostenerstattungen aus Vorjahren an das Land. Weiterhin erfolgte eine Nachzahlung für den Umlagebetrag 2019 an den Kommunalen Sozialverband M-V im Produkt 31109 „Sonstige Zuweisungen und Umlagen nach dem SGB XII“ (-0,2 Mio. EUR).

### **Sonstige laufende Aufwendungen**

Im Produkt 11402 „Liegenschaften“ werden im Ergebnishaushalt zum 31.12.2020 Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens in Höhe von 3,5 Mio. EUR erwartet (-5,1 Mio. EUR z. Plan). Der Umlaufvermögensbestand wird im Finanzhaushalt nicht abgebildet.

Da hier im Ergebnishaushalt der Restbuchwert in Höhe von 0,7 Mio. EUR für das alte Brückenbauwerk BW 105 wegen Neubau (Produkt 54300 „Landesstraßen“) gebucht wird, ergibt sich eine Abweichung von +0,7 Mio. EUR zum Finanzhaushalt.

## 6. Risikobericht im Rahmen der Haushaltsdurchführung

Risiko bedeutet eine signifikante Abweichung von angestrebten und geplanten Zielen. Betrachtet werden dabei alle Ereignisse und Einflussfaktoren, die geeignet erscheinen, die Hanse- und Universitätsstadt Rostock an Ihrer Zielerreichung zu hindern.

Zur Heraushebung relevanter Risiken (Schadenswert bei Eintritt sollte 1 Mio. EUR nicht unterschreiten) für den Haushalt 2020/2021 waren die Ämter der Verwaltung im Rahmen der Planaufstellung angehalten, ihre möglichen fachspezifischen Risiken zu erläutern und zu bewerten. Im Rahmen der Berichterstattung per 30.09.2020 erfolgte zu den in der Haushaltsplanung aufgenommenen Risiken eine aktuelle Einschätzung durch die jeweils zuständigen Fachämter. Die detaillierte Beschreibung aller relevanten Risiken für den Haushalt 2020 ist in der Anlage 4 abgebildet.

**Risikomatrix - Visualisierung Risikoberichte nach Bedeutsamkeit**



Die Auswertung zeigt, dass sich die größten Schadenspotentiale (über 10 Mio. EUR) weiterhin aus dem Teilhaushalt 15 „Zentrale Steuerung“ und der geplanten Bundesgartenschau, aus dem Teilhaushalt 50 „Amt für Jugend, Soziales und Asyl“ und dem anhängigen Klageverfahren von Tagespflegepersonen sowie die Auswirkungen der Corona-Krise in Form von Steuereinbrüchen, Mindererlösen und erhöhten Aufwendungen verursacht durch das SARS-CoV-2-Virus, ergeben.

Bei der geplanten Bundesgartenschau wird in der derzeitigen Haushaltsdurchführung von keiner zusätzlichen erheblichen finanziellen Belastung ausgegangen, ist aber in den Folgejahren relevant und zu beobachten. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sinkt auf 0 bis unter 10 %. Zudem ist der Zeitpunkt des Eintrittes des Risikos „Klageverfahren von Tagespflegepersonen“ aktuell nicht definierbar, da das Klageverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Daher sinkt die Eintrittswahrscheinlichkeit auf 0 bis unter 10 % und das Risiko besteht somit auch im Haushaltsjahr 2021.

## 7. Handlungsempfehlungen und Fazit

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock rechnet in Folge der COVID-19-Pandemie mit erheblichen haushaltswirtschaftlichen Verschlechterungen. Diese betreffen sowohl den Finanz- als auch den Ergebnishaushalt und sind aufgrund der dynamischen Entwicklung der Lage mit vielen Unsicherheiten zum tatsächlichen Verlauf noch bis zum Ende des Jahres 2020 und in den Folgejahren behaftet.

Eintretende Haushaltsabweichungen müssen daher fortlaufend ermittelt und ausgewertet werden. Für das Jahr 2020 sind gegebenenfalls mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen, insbesondere zur Ausgabenreduzierung, zu prüfen und anzuordnen.

Insbesondere die zu verzeichnenden, starken Einbrüche im Bereich Steuern im Jahr 2020 sind in abgeschwächter Form fortschreibbar und wirken sich unmittelbar auf die Planung der Folgejahre aus. Zum jetzigen Zeitpunkt muss bereits eingeschätzt werden, dass der Ausgleich im Finanzhaushalt 2021 nur aus Überschussvorträgen der Vorjahre erfolgen kann. Ab dem Haushaltsjahr 2022 ff. kann der Haushaltsausgleich nicht mehr erfolgen und die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wird erneut verpflichtet sein, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Zur finanziellen Stärkung der Kommunen hat die Bundesregierung ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket aufgelegt, mit dem die Gemeindefinanzen stark gestützt werden sollen und an dem auch die Hanse- und Universitätsstadt insbesondere im Jahr 2020 partizipieren wird. Erwartet wird u. a. eine anteilige Kompensation der Gewerbesteuerausfälle sowie Unterstützungsleistungen für den ÖPNV.

Derzeit werden in allen Bereichen der Verwaltung die Möglichkeiten der Nutzung des Bundesprogrammes für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock evaluiert, um entsprechende Projekte mit zu entwickeln und finanziell daran zu partizipieren.

Die Stabilisierung wichtiger Einnahmesäulen (Steuern, FAG-Leistungen) ist Voraussetzung dafür, dass die Hanse- und Universitätsstadt Rostock die Herausforderungen der Corona-Krise meistert und weiterhin die Daseinsvorsorge, die verschiedensten sozialen Leistungen sicherstellen sowie mit Investitionen und Unterhaltungsaufträgen die Wirtschaft unterstützen kann.

Hierzu gehört auch die Umsetzung vom beschlossenen „Maßnahmenpaket zur Abschwächung der Folgen der COVID-19-Pandemie und zugunsten der regionalen Wirtschaft“, welches überwiegend klein- und mittelständischen Unternehmen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, die während der Corona-Pandemie erhebliche Einbußen zu verzeichnen hatten, zu Gute kommen soll.

## Anlage 1

**Haushaltsansatz und Fortgeschriebener Plan 2020**

Bezeichnung (Werte in EUR)	Haushalts- ansatz 2020	Reste aus Vorjahren	über-/außer- planmäßige Bewilligungen	Plan 2020
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor Tilgung	-877.100	-4.043.236	0	-4.920.336
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen	10.819.500	0	0	10.819.500
<b>Haushaltsverschlechterung</b>	<b>-11.696.600</b>	<b>-4.043.236</b>	<b>0</b>	<b>-15.739.836</b>

**Gesamtfinanzhaushalt**

Bezeichnung (Werte in EUR)	Haushalts- ansatz 2020	Reste aus Vorjahren	über-/außer- planmäßige Bewilligungen	Plan 2020
Steuern und ähnliche Abgaben	249.921.200	0	0	249.921.200
Zuwendungen, allg. Umlagen, sonstige Transfereinzahlungen	208.420.700	0	0	208.420.700
Einzahlungen der sozialen Sicherung	103.159.000	0	0	103.159.000
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.954.500	0	0	51.954.500
Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.086.000	0	0	10.086.000
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.861.200	0	0	9.861.200
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	22.988.400	0	0	22.988.400
Sonstige laufende Einzahlungen	16.757.500	0	0	16.757.500
<b>Summe der laufenden Einzahlungen</b>	<b>673.148.500</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>673.148.500</b>
Personalauszahlungen	139.779.900	0	0	139.779.900
Versorgungsauszahlungen	8.750.000	0	0	8.750.000
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	92.812.200	2.544.015	0	95.356.215
Zuwendungen, Umlagen, sonstige Transferauszahlungen	168.202.600	135.055	0	168.337.655
Auszahlungen der sozialen Sicherung	199.791.700	0	0	199.791.700
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.772.400	30	0	5.772.430
Sonstige laufende Auszahlungen	58.916.800	1.364.135	0	60.280.935
<b>Summe der laufenden Auszahlungen</b>	<b>674.025.600</b>	<b>4.043.236</b>	<b>0</b>	<b>678.068.836</b>
<b>Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen</b>	<b>-877.100</b>	<b>-4.043.236</b>	<b>0</b>	<b>-4.920.336</b>
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	71.761.200	0	0	71.761.200
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	2.000.000	0	0	2.000.000
Einzahlungen aus Anlagevermögen	2.502.000	0	0	2.502.000
Einz. aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	103.800	0	0	103.800
Sonstige Investitionseinzahlungen	21.050.300	0	0	21.050.300
<b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>97.417.300</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>97.417.300</b>
Auszahlungen für Anlagevermögen	103.568.100	53.435.696	0	157.003.796
Ausz. für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	182.100	0	0	182.100
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0
<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>103.750.200</b>	<b>53.435.696</b>	<b>0</b>	<b>157.185.896</b>
<b>Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-6.332.900</b>	<b>-53.435.696</b>	<b>0</b>	<b>-59.768.596</b>



## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Laufende Ein- und Auszahlungen

Bezeichnung (Werte in EUR)	Laufende Einzahlungen 2020				Laufende Auszahlungen 2020				Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen 2020			
	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw. z. Plan	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw. z. Plan	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw. z. Plan
03 Büro des Oberbürgermeisters	928.000	1.492.990	2.127.160	1.199.160	2.516.917	1.673.661	2.849.597	332.680	-1.588.917	-180.670	-722.437	866.480
06 Amt für Digitalisierung und IT	39.000	53.896	53.900	14.900	515.398	104.266	561.750	46.352	-476.398	-50.370	-507.850	-31.452
10 Hauptamt	335.600	105.516	142.822	-192.778	2.734.400	1.420.087	2.379.229	-355.171	-2.398.800	-1.314.571	-2.236.406	162.394
14 Rechnungsprüfungsamt	1.800	1.229	1.800	0	54.756	9.046	48.400	-6.356	-52.956	-7.818	-46.600	6.356
15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen	41.959.000	28.189.465	40.955.285	-1.003.715	48.276.100	28.340.408	48.976.100	700.000	-6.317.100	-150.943	-8.020.815	-1.703.715
20 Kämmeriamt	13.500	6.265	8.300	-5.200	1.702.300	100.477	1.667.806	-34.494	-1.688.800	-94.212	-1.659.506	29.294
22 Finanzverwaltungsamt	501.300	267.087	354.300	-147.000	176.500	67.953	149.304	-27.196	324.800	199.134	204.996	-119.804
30 Rechts- und Vergabeamt	25.700	30.875	55.300	29.600	189.000	119.365	190.600	1.600	-163.300	-88.490	-135.300	28.000
32 Stadtamt	8.404.300	5.609.970	8.116.376	-287.924	3.128.600	1.573.997	3.151.598	22.998	5.275.700	4.035.974	4.964.777	-310.923
37 Brandschutz- und Rettungsamt	14.035.900	11.230.084	14.475.485	439.585	12.896.685	8.883.268	12.544.889	-351.796	1.139.215	2.346.816	1.930.596	791.381
40 Schulverwaltungsamt	8.374.600	2.631.142	8.845.128	470.528	49.133.528	33.267.493	49.276.811	143.282	-40.758.928	-30.636.351	-40.431.683	327.246
41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt	0	15.124	15.124	15.124	1.880.400	521.523	1.881.995	1.595	-1.880.400	-506.398	-1.866.871	13.529
42 Stadtbibliothek	1.368.300	126.607	1.319.857	-48.443	353.815	217.528	341.248	-12.567	1.014.485	-90.920	978.609	-35.876
43 Volkshochschule	1.703.500	379.726	1.363.380	-340.120	167.100	57.098	184.889	17.789	1.536.400	322.628	1.178.492	-357.908
44 Konservatorium, Musikschule der HRO	1.248.100	556.526	1.206.275	-41.825	107.000	48.031	85.576	-21.425	1.141.100	508.495	1.120.700	-20.401
45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	1.234.100	337.389	1.212.100	-22.000	4.456.419	3.142.126	4.830.690	374.271	-3.222.319	-2.804.738	-3.618.590	-396.271
47 Stadtarchiv Rostock	18.200	10.117	18.200	0	51.800	4.267	51.800	0	-33.600	5.850	-33.600	0
50 Amt für Jugend, Soziales und Asyl	171.128.400	126.131.583	185.929.615	14.801.215	307.288.187	229.445.913	311.697.452	4.409.265	-136.159.787	-103.314.330	-125.767.836	10.391.951
53 Gesundheitsamt	807.300	312.219	732.776	-74.524	3.977.651	3.436.849	3.970.367	-7.284	-3.170.351	-3.124.631	-3.237.591	-67.240
60 Bauamt	3.611.700	3.113.869	3.925.200	313.500	2.285.801	1.427.599	2.285.801	0	1.325.899	1.686.270	1.639.399	313.500
61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	341.200	373.168	786.116	444.916	3.104.431	1.689.675	3.352.467	248.036	-2.763.231	-1.316.508	-2.566.351	196.880
62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	4.738.300	3.558.395	6.147.720	1.409.420	4.301.300	1.060.799	1.919.506	-2.381.794	437.000	2.497.596	4.228.214	3.791.214
66 Amt für Verkehrsanlagen	3.226.600	2.518.392	3.148.493	-78.107	12.497.906	6.092.314	9.837.967	-2.659.939	-9.271.306	-3.573.922	-6.689.474	2.581.832
67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	3.580.900	2.569.525	3.604.167	23.267	5.027.055	1.822.498	4.773.511	-253.544	-1.446.155	747.027	-1.169.344	276.812
68 Amt für Mobilität	760.000	464.875	613.109	-146.891	326.000	87.360	117.878	-208.122	434.000	377.515	495.232	61.232
73 Amt für Umwelt- und Klimaschutz	22.978.900	17.436.775	22.880.287	-98.613	28.318.978	19.421.608	28.287.245	-31.733	-5.340.078	-1.984.833	-5.406.958	-66.880
74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	30.800	31.868	37.601	6.801	448.100	276.173	429.593	-18.507	-417.300	-244.304	-391.992	25.308
82 Stadtforstamt	1.109.800	936.659	1.167.407	57.607	1.116.240	530.563	1.085.422	-30.818	-6.440	406.096	81.985	88.425
83 Hafen- und Seemannsamt	3.259.200	1.809.491	2.505.745	-753.455	3.514.177	1.491.800	2.435.287	-1.078.891	-254.977	317.691	70.459	325.436
90 Zentrale Finanzdienstleistungen	371.294.700	233.348.096	363.505.516	-7.789.184	12.038.300	6.394.322	9.307.200	-2.731.100	359.256.400	226.953.774	354.198.316	-5.058.084
99 Bundesgartenschau (BUGA)	0	0	0	0	2.439.500	342.453	2.439.589	89	-2.439.500	-342.453	-2.439.589	-89

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Die Übersicht zeigt die laufenden Ein- und Auszahlungen je Teilhaushalt auf, die von den Organisationseinheiten bewirtschaftet werden. Im Ergebnis der Auswertung der Prognose müssen durch die OE 15, 32, 43, und 45 Maßnahmen getroffen werden, um den prognostizierten Mehrauszahlungen entgegenzuwirken bzw. um diese im eigenen Budget zu decken.

Im Folgenden wird auf die Positionen mit den wesentlichen Abweichungen über +/-250.000 EUR zwischen fortgeschriebenem Plan 2020 und prognostiziertem Ergebnis 2020 mit Stand vom 30.09.2020 eingegangen. Die dargestellten laufenden Ein- und Auszahlungen der Teilhaushalte und Produkte beinhalten nicht die zentral bewirtschafteten Deckungskreise (Personalauszahlungen, Wartungsverträge Hard- und Software, Einheitsmiete KOE, Wartung Kopiertechnik). Bei diesen werden keine signifikanten Abweichungen zur Planung erwartet, außer den unter Pkt. 3.1 im Bericht erläuterten Abweichungen bei den Personalauszahlungen insgesamt.

### TH 03 Büro des Oberbürgermeisters

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	928.000	1.492.990	2.127.160	1.199.160
lfd. Auszahlungen	2.516.917	1.673.661	2.849.597	332.680
Saldo	-1.588.917	-180.670	-722.437	866.480

### Produkt 11111 „Verwaltungsleitung“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	319.100	1.190.974	1.531.681	1.212.581
lfd. Auszahlungen	613.438	1.106.194	1.549.574	936.136
Saldo	-294.338	84.780	-17.893	276.445

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von der EU - Projekt Interreg-BSR- "Cities multimodal"	43.900	893.684	849.784	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist Leadpartner in dem EU-Projekt Interreg-BSR- "cities multimodal". Die Zuwendungen für die Projektpartner werden pro Berichtsperiode nach Abrechnung vom Fördermittelgeber an den Leadpartner überwiesen, der damit beauftragt ist, die entsprechend anteiligen Fördermittel an die Projektpartner zu überweisen. Von der Investitionsbank Schleswig-Holstein sind für das EU-Projekt 397 Tsd. EUR für den Zeitraum 04 - 09/2019 an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock als Leadpartner des Projektes gezahlt worden. Eine weitere Einzahlung von 494 Tsd. EUR für Aufwendungen aller Projektpartner für den Zeitraum 10/2019 - 03/2020 wird in 09/2020 erwartet. Diese Einzahlung wird in der Prognose ab 08/2020 berücksichtigt. Entsprechend höher erfolgen auch Auszahlungen an die Projektpartner. In der Planung wurden nur die Einzahlungen für die Aufwendungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und geringere Auszahlungen an die Partner kalkuliert.
Sonstige laufende Auszahlungen einschließlich außerordentliche Auszahlungen	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte - Projekt Interreg-BSR- "Cities multimodal"	60.900	855.501	794.601	



## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt „11112 Beauftragte“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	500	793	793	293
lfd. Auszahlungen	331.000	28.941	69.140	-261.860
Saldo	-330.500	-28.148	-68.347	262.153

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Sonstige laufende Auszahlungen einschließlich außerordentliche Auszahlungen	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	305.900	45.900	-260.000	Es wurden Mittel in Höhe von 260 Tsd. EUR für betriebsärztliche Betreuung nach § 3 ASiG und § 2 DGUV Vorschrift 2 (pflichtige Aufgabe) für Betriebsarzt/-ärztin geplant, bis jetzt ist noch keine Einstellung erfolgt, daher hier Minderung der Prognose.

## TH 15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	41.959.000	28.189.465	40.955.285	-1.003.715
lfd. Auszahlungen	48.276.100	28.340.408	48.976.100	700.000
Saldo	-6.317.100	-150.943	-8.020.815	-1.703.715

### Produkt 52205 „WIRO Wohnungsgesellschaft mbH“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	11.800.000	9.675.843	9.675.843	-2.124.157
lfd. Auszahlungen	0	0	0	0
Saldo	11.800.000	9.675.843	9.675.843	-2.124.157

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	Einzahlungen aus verbundenen Unternehmen	11.800.000	9.675.843	-2.124.157	Die für 2020 geplante Zahlung reduziert sich um die Vorabausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2019 im Dezember 2019 (-2,5 Mio. EUR brutto).

### Produkt 54701 „RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	4.072.000	3.150.000	9.150.000	5.078.000
lfd. Auszahlungen	10.150.000	2.980.613	10.150.000	0
Saldo	-6.078.000	169.388	-1.000.000	5.078.000

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Zuweisungen vom Land	0	6.000.000	6.000.000	Aus dem Maßnahme- und Krisenpaket des Bundes (Nr. 22 und 23) wird zum "Ausgleich coronabedingter Verluste ÖPNV" und durch einmalige Erhöhung der Regionalisierungsmittel mit einer Zahlung an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu rechnen sein. Diese mögliche Einzahlung wurde per 31.08.2020 erstmalig mit 6,0 Mio. EUR in der Prognose erfasst, die Daten sind nicht valide. Inzwischen wird mit deutlich geringeren Einzahlungen gerechnet, die noch nicht beziffert werden können. Die Prognose wird korrigiert.
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	Einzahlungen aus verbundenen Unternehmen	922.000	0	-922.000	Die geplante Einzahlung von 0,9 Mio. EUR betrifft die Gewinnausschüttung aus dem Jahresgewinn 2019, diese Einzahlung wird aus finanzstrategischen Gründen in das Jahr 2021 verschoben.

### Produkt 57303 „inRostock GmbH Messen, Kongresse & Events“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	0	0	0	0
lfd. Auszahlungen	4.300.000	2.950.000	5.000.000	700.000
Saldo	-4.300.000	-2.950.000	-5.000.000	-700.000

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	4.300.000	5.000.000	700.000	Die inRostock GmbH rechnet in ihrem aktuellen Forecast mit einem Veranstaltungsausfall bis zum 31.10.2020 bzw. sogar bis zum Ende des Jahres 2020. Zur Sicherung der Liquidität des Unternehmens ergibt sich damit ein Zuschussbedarf in Höhe von insgesamt 2,0 Mio. EUR: Es sind davon bereits +1,3 Mio. EUR zusätzlich mit der 2. Änderung des Haushalts 2020 planungsseitig berücksichtigt, denn lt. Forecast Mai wurde zunächst mit einem Veranstaltungsausfall bis Ende August 2020 gerechnet. Derzeit werden weitere +700 Tsd. EUR als Zuschussbedarf prognostiziert.

### Produkt 62601 „Warnow-Wasser- und Abwasserverband“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	6.618.000	2.551.013	2.551.013	-4.066.987
lfd. Auszahlungen	0	0	0	0
Saldo	6.618.000	2.551.013	2.551.013	-4.066.987

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	Finanzeinzahlungen aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	6.618.000	2.551.013	-4.066.987	Die Einzahlung von 2,6 Mio. EUR ist die Ausschüttung aus dem Jahresgewinn 2018, die bereits im Jahr 2019 geplant war. Die für das Jahr 2020 geplante Gewinnausschüttung 2019 in Höhe von 6,6 Mio. EUR erfolgt aus finanzstrategischen Gründen erst im Jahr 2021.

Die im TH 15 erwarteten Mindereinzahlungen von -1,0 Mio. EUR und Mehrauszahlungen von +0,7 Mio. EUR können nicht vollständig gedeckt werden. Grundsätzlich sind weitere 1,7 Mio. EUR innerhalb des eigenen Deckungskreises bei den Beteiligungen abzudecken. Vorgesehen ist, die Gewinnausschüttung eines Unternehmens aus dem Jahr 2019, über deren Verwendung die Bürgerschaft im Oktober entscheidet, zu verwenden.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### TH 32 Stadtamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	8.404.300	5.609.970	8.116.376	-287.924
lfd. Auszahlungen	3.128.600	1.573.997	3.151.598	22.998
Saldo	5.275.700	4.035.974	4.964.777	-310.923

#### Produkt 12201 „Ordnungsangelegenheiten“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	4.614.000	3.055.467	4.544.787	-69.213
lfd. Auszahlungen	649.400	439.899	681.722	32.322
Saldo	3.964.600	2.615.568	3.863.065	-101.535

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Sonstige laufende Einzahlungen einschließlich außerordentliche Einzahlungen	Ordnungsrechtliche Einzahlungen - Bußgelder OWIG	3.868.000	3.618.000	-250.000	Aufgrund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie werden weniger Bußgelder verhängt und geringere Einzahlungen daraus erwartet.

Die im TH 32 erwarteten Mindereinzahlungen von -0,3 Mio. EUR und Mehrauszahlungen von 0,02 Mio. EUR können nicht vollständig gedeckt werden. Grundsätzlich sind weitere 0,3 Mio. EUR innerhalb des eigenen Deckungskreises abzudecken. Sollte dies nicht möglich sein, ist ein entsprechender Antrag auf über- bzw. außerplanmäßige Bewilligung zu stellen.

### TH 40 Schulverwaltungsamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	8.374.600	2.631.142	8.845.128	470.528
lfd. Auszahlungen	49.133.528	33.267.493	49.276.811	143.282
Saldo	-40.758.928	-30.636.351	-40.431.683	327.246

#### Diverse Schulprodukte

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Eigenanteil der Eltern	0	262.553	262.553	Eigenanteile der Eltern, die zweckgebunden für Auszahlungen bei der Anschaffung von Lernmitteln verwendet werden.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	6.581.700	6.839.087	257.387	Betriebskostennachzahlung an den Eigenbetrieb „Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“ für das Jahr 2019 sowie Mehrauszahlungen (+185 Tsd. EUR) für die zusätzlichen Reinigungen in den Schulen.

### TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.234.100	337.389	1.212.100	-22.000
lfd. Auszahlungen	4.456.419	3.142.126	4.830.690	374.271
Saldo	-3.222.319	-2.804.738	-3.618.590	-396.271

#### Produkt 28100 „Kultur“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	311.800	221.805	311.800	0
lfd. Auszahlungen	3.110.919	2.349.226	3.511.669	400.750
Saldo	-2.799.119	-2.127.421	-3.199.869	-400.750

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	Zuschüsse an Verbände und Vereine	2.926.000	3.326.000	400.000	Geprüft wird, ob im Bereich Kulturförderung der prognostizierte Mehrbedarf an die freien Kulturträger, die aufgrund der COVID-19-Pandemie keine Einnahmen erzielen konnten, benötigt wird.

Die im TH 45 erwarteten Mindereinzahlungen von -0,02 Mio. EUR und Mehrauszahlungen von 0,4 Mio. EUR können nicht vollständig gedeckt werden. Grundsätzlich sind weitere 0,4 Mio. EUR innerhalb des eigenen Deckungskreises abzudecken. Sollte dies nicht möglich sein, ist ein entsprechender Antrag auf über- bzw. außerplanmäßige Bewilligung zu stellen.

### TH 50 Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	171.128.400	126.131.583	185.929.615	14.801.215
lfd. Auszahlungen	307.288.187	229.445.913	311.697.452	4.409.265
Saldo	-136.159.787	-103.314.330	-125.767.836	10.391.951

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 11150 „Verwaltung Amt für Jugend und Soziales“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	749.400	499.210	1.763.561	1.014.161
lfd. Auszahlungen	1.517.423	725.551	1.463.550	-53.874
Saldo	-768.023	-226.341	300.011	1.068.035

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	480.100	1.480.150	1.000.050	Einzahlungen aus der Sonderbedarfszuweisung 2016 für die Unterbringung, Versorgung, Organisation der medizinischen Versorgung und anderweitige Unterstützung der sich auf der Reise nach Skandinavien befindlichen Flüchtlinge wurden in Höhe von 1,0 Mio. EUR vom Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern bewilligt (Bewilligungsbescheid vom 29.06.2020 Nr. 35/2020).

### Produkt 31101 „Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	4.171.500	2.832.578	3.988.214	-183.286
lfd. Auszahlungen	5.564.200	3.750.090	5.048.082	-516.118
Saldo	-1.392.700	-917.512	-1.059.868	332.832

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB XII	5.563.400	5.047.249	-516.151	Aufgrund des Sinkens der Anzahl der Leistungsempfänger (LE) im Haushaltsjahr 2020 (derzeit ca. -50 LE) wird von Minderauszahlungen (-501 Tsd. EUR) für Regelleistungen einschließlich Unterkunftskosten außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger nach SGB XII ausgegangen. Zudem erfolgt mit Einführung des Bundesteilhabegesetzes/ SGB IX eine Verschiebung der Leistungen in Suchteinrichtungen in die Regelleistungen als besondere Wohnform (-280 Tsd. EUR z. Plan). Diese Minderauszahlungen werden zum Teil wieder aufgehoben durch Mehrauszahlungen für z. B. Regelleistungen(+135 Tsd. EUR), Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung, Beihilfen und Barbeiträge für Pflegeheimbewohner (+173 Tsd. EUR).

### Produkt 31102 „Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	6.249.100	4.398.264	6.300.512	51.412
lfd. Auszahlungen	8.240.600	6.964.452	8.677.700	437.100
Saldo	-1.991.500	-2.566.188	-2.377.188	-385.688

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	293.900	638.900	345.000	Es werden Mehreinzahlungen prognostiziert für den Ersatz sozialer Leistungen innerhalb von Einrichtungen vor allem für Leistungen von Sozialleistungsträgern des überörtlichen Trägers (Rententräger) für die vollstationäre Pflege (+138 Tsd. EUR) und Rückzahlung gewährter Hilfen (+105 Tsd. EUR).
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	5.128.100	4.824.612	-303.488	Entsprechend Beleg vom 26.11.2019 sind die monatlichen Abschläge für das Haushaltsjahr 2020 geringer, da im Trend die Anzahl der Leistungsempfänger gesunken ist, so dass es zu Mindereinzahlungen kommt.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB XII	8.240.600	8.677.700	437.100	Es werden Mehrauszahlungen innerhalb von Einrichtungen in den Bereichen der teilstationären und stationären Pflege (+654 Tsd. EUR z. Plan) und Minderauszahlungen außerhalb von Einrichtungen für Ausländer nach § 23 AufenthG für häusliche Pflegehilfen prognostiziert.

### Produkt 31103 „Eingliederungshilfen für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.611.100	196.418	296.650	-1.314.450
lfd. Auszahlungen	2.237.600	1.465.153	2.267.806	30.206
Saldo	-626.500	-1.268.736	-1.971.156	-1.344.656

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	1.611.100	0	-1.611.100	Auf Grund der Änderung der Gesetzlichkeiten ab 2020 gibt es dieses Produkt im SGB XII nicht mehr, sondern als neues Produkt 31401 „Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX“ im SGB IX.

### Produkt 31105 „Sonstige Hilfe in anderen Lebenslagen (8. u. 9. Kapitel SGB XII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.693.300	1.235.806	1.639.984	-53.316
lfd. Auszahlungen	2.280.700	1.967.914	3.000.200	719.500
Saldo	-587.400	-732.108	-1.360.216	-772.816

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB XII	2.280.600	3.000.100	719.500	Die erwarteten Mehrauszahlungen in Höhe von +685 Tsd. EUR für Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger werden kompensiert durch Minderauszahlungen im Produkt 31500 „Soziale Einrichtungen“, da ab 2018 in diesem Produkt nur Grundleistungen für Betreuung in Obdachlosenunterkünften abgerechnet werden, Fachleistungen aber im Produkt 31105. Das muss bei künftiger Planung berücksichtigt werden. Des Weiteren wurden die Zahlungen der Blindenhilfe auf das Jahr hochgerechnet (+20 Tsd. EUR z. Plan).

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 31107 „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	21.722.500	19.667.077	22.931.521	1.209.021
lfd. Auszahlungen	21.670.000	16.967.183	22.795.250	1.125.250
Saldo	52.500	2.699.893	136.271	83.771

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligung und -erstattung im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen	21.344.400	22.477.321	1.132.921	Das Produkt wird seit 2014 refinanziert. Durch die Gesetzesänderung zum 01.01.2020 sind Leistungsbezieher von innerhalb von Einrichtungen in die besonderen Wohnformen außerhalb von Einrichtungen gewechselt. Das führt zu einem Anstieg der Anzahl der Leistungsbezieher und somit zu Mehrauszahlungen aber auch Mehreinzahlungen.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB XII	21.670.000	22.795.200	1.125.200	Gründe für die Mehrauszahlungen sind zum einen die Erhöhung der Anzahl der Leistungsbezieher und zum anderen auch die Erhöhung der monatlichen Zahlungen je Leistungsbezieher.

### Produkt 31201 „Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	15.713.900	10.874.494	13.727.146	-1.986.754
lfd. Auszahlungen	39.242.500	31.543.607	42.334.700	3.092.200
Saldo	-23.528.600	-20.669.114	-28.607.554	-5.078.954

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Steuern und ähnliche Abgaben	Ausgleichsleistungen	15.042.100	13.152.446	-1.889.654	Diese Prognose, entsprechend dem Runderlass der Abteilung für Soziales und Integration Nr. 07/2020, basiert auf dem geringeren anteiligen Betrag an Wohngeldeinsparungen des Landes 2020 (-0,1 Mio. EUR) sowie den sinkenden Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen 2020 (SoBEZ) in Höhe von -4,1 Mio. EUR. Mit Runderlass Nr. 16/2020 vom 15. Mai 2020 erhielt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock Ausgleichszuweisungen gemäß §10 AG-SGB II aus den zusätzlichen Wohngeldeinsparungen des Landes 2019 in Höhe von +2,3 Mio. EUR, so dass die Mindereinzahlungen 2020 teilweise kompensiert werden können.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB II	39.242.500	42.334.700	3.092.200	Der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften ist nicht in dem Maße eingetreten, wie angenommen. In der Planung wurde von 10.200 Bedarfsgemeinschaften (BG) ausgegangen. Per 30.09.2020 werden ein Durchschnitt von 10.896 BG und ein absoluter Stand von 10.614 BG für das Jahr 2020 ausgewiesen.

### Produkt 31203 „Einmalige Leistungen (§ 24 SGB II)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	11.100	0	6.000	-5.100
lfd. Auszahlungen	964.000	412.874	712.400	-251.600
Saldo	-952.900	-412.874	-706.400	246.500

**Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten**

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB II	964.000	712.400	-251.600	Entgegen der Annahme zur Haushaltsplanung erfolgt eine geringere Inanspruchnahme der Leistungen für Erstaussstattung der Wohnung (-203 Tsd. EUR) sowie Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt (-44 Tsd. EUR).

**Produkt 31206 „Bedarfe für Bildung und Teilhabe“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	53.500	13.687	27.300	-26.200
lfd. Auszahlungen	3.630.900	1.512.512	2.142.900	-1.488.000
Saldo	-3.577.400	-1.498.826	-2.115.600	1.461.800

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB II	3.595.900	2.107.900	-1.488.000	Begründet durch das Starke-Familien-Gesetz wurde für die Planung 2020 eine zunehmende Inanspruchnahme von Lernförderungen und Teilhabe am kulturellen Leben angenommen. Bedingt durch die Situation um die COVID-19-Pandemie und damit einhergehend durch den reglementierten Schulbetrieb sowie Bildungs- und Teilhabebetrieb ist in der Folge hier von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen (-354 Tsd. EUR). Aus den gleichen Gründen kommt es zu Minderauszahlungen (-1.066Tsd. EUR) bei der Mittagsverpflegung (Schule, Horte usw.), persönlichem Schulbedarf (-140 Tsd. EUR) und Mehrtägigen Klassenfahrten (-48 Tsd. EUR). Rückrechnungen aus Vorjahren für die Bundesabrechnung Bildung und Teilhabe ergaben nicht eingeplante Auszahlungen i. H. v. +156 Tsd. EUR.

**Produkt 31208 „Anteil kommunaler Träger an den Gesamtverwaltungskosten - Hanse - Jobcenter“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	0	0	0	0
lfd. Auszahlungen	4.434.500	3.454.314	4.100.000	-334.500
Saldo	-4.434.500	-3.454.314	-4.100.000	334.500

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.434.500	4.100.000	-334.500	Es wird mit Minderauszahlungen in Höhe von -334 Tsd. EUR für den Anteil der Hanse- und Universitätsstadt Rostock an den Gesamtverwaltungskosten des Hanse-Jobcenter Rostock gerechnet (gemäß vorläufiger Planung des Hanse-Jobcenter Rostock).

**Produkt 31209 „Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	16.031.600	14.562.204	29.432.856	13.401.256
lfd. Auszahlungen	0	49.997	50.000	50.000
Saldo	16.031.600	14.512.207	29.382.856	13.351.256



## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung nach dem SGB II	16.031.600	29.432.856	13.401.256	Mit einer höheren Anzahl an Bedarfsgemeinschaften (per September 2020 ca. 414 BG über Plan 2020) steigen die Kosten der Unterkunft (Plan 38,4 Mio. EUR, Prognose 09/2020 41,7 Mio. EUR) und somit erhöhen sich auch die Erstattungen an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende (ca. +1,0 Mio. EUR). Zudem erfolgt die Anpassung der Prognose (+10,4 Mio. EUR) entsprechend der Drucksache 19/20598 des deutschen Bundestages vom 30.06.2020 „Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder“, d. h. § 46 Absatz 7 SGB II wurde für 2020 von 2,7 % der Auszahlungen für Kosten der Unterkunft Produkt 31201 „Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) auf 27,7 % angepasst. (+25 %) Weitere Mittel des Landes wurden mit Runderlass 20/2020 vom 25.05.2020 für das Jahr 2019 für die „Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende für Vorjahre“ zugewiesen (+1,4 Mio. EUR). Für die Beteiligung des Bundes an Bildung und Teilhabe werden nach § 46 Absatz 5 SGB II gemäß des geltenden Verteilerschlüssels +0,5 Mio. EUR Mehreinzahlungen prognostiziert.

### Produkt 31301 „Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	3.582.100	1.788.411	2.970.900	-611.200
lfd. Auszahlungen	3.640.600	2.153.305	3.031.000	-609.600
Saldo	-58.500	-364.894	-60.100	-1.600

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligung und -erstattung im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen	3.543.700	2.898.600	-645.100	Aufgrund sinkender erstattungsfähiger Auszahlungen kommt es zu sinkenden erstattungsfähigen Einzahlungen.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Auszahlungen der sozialen Sicherung sonstige soziale Leistungen	2.751.500	2.233.800	-517.700	Fortlaufend sinkende Anzahl an Leistungsempfängern im Vergleich zum Vorjahr vor allem für Grundleistungen (-37 LE) und Unterkunftskosten (-33 LE) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen (-342 Tsd. EUR) sowie auch für Grundleistungen (-26 LE) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb von Einrichtungen (-100 Tsd. EUR). Zum Zeitpunkt der Planung (März 2019) war nicht von sinkenden Fallzahlen auszugehen.

### Produkt 31302 „Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.226.200	733.234	1.027.100	-199.100
lfd. Auszahlungen	1.256.300	1.089.608	1.374.700	118.400
Saldo	-30.100	-356.374	-347.600	-317.500

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige soziale Leistungen	1.000	321.200	320.200	Es handelt sich um nicht einkalkulierte Rückzahlungen von Kostenerstattungen aus Vorjahren an das Land.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 31401 „Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	33.267.600	24.339.565	32.977.300	-290.300
lfd. Auszahlungen	45.729.000	33.146.333	42.697.609	-3.031.391
Saldo	-12.461.400	-8.806.768	-9.720.309	2.741.091

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	1.223.600	933.300	-290.300	Neues Produkt ab dem Haushaltsjahr 2020, bisheriges Produkt 31103 im SGB XII. Beide Produkte müssen im Zusammenhang betrachtet werden.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Auszahlungen der sozialen Sicherung sonstige soziale Leistungen	45.729.000	42.697.609	-3.031.391	Neues Produkt ab dem Haushaltsjahr 2020, bisheriges Produkt 31103 im SGB XII. Aufgrund fehlender Erfahrungswerte kommt es zu Abweichungen gegenüber der Planung. Es erfolgen noch Umbuchungen in die Konten nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG):

### Produkt 31402 „Sonstige Zuweisungen und Umlagen nach dem SGB IX“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.800.000	431.460	3.888.000	2.088.000
lfd. Auszahlungen	0	985.151	4.000.000	4.000.000
Saldo	1.800.000	-553.691	-112.000	-1.912.000

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.800.000	2.880.000	1.080.000	Die Prognosen von dieser und der unten angegebenen Kontenart wurden vertauscht und werden mit der Oktoberprognose berichtigt.
Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0	1.008.000	1.008.000	Unterjährig eingeführtes Konto aufgrund der Covid -19 Pandemie. In dieser Kontenart erfolgt zur nächsten Prognose die Berichtigung. Hier erfolgen die Einzahlungen für die Kostenerstattungen und Kostenumlagen nach dem SodEG. Die Höhe der Zuweisung wird nach dem Gesetz zur Ausführung des SGB IX angepasst, d. h. 72 % von unten angegebenen 4.000 Tsd. EUR entspricht in der Prognose 2.880 Tsd. EUR.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Auszahlungen der sozialen Sicherung sonstige soziale Leistungen	0	4.000.000	4.000.000	Unterjährig neu eingeführtes Konto auf Grund der COVID-19-Pandemie entsprechend dem Sicherstellungsauftrag der Leistungsträger (Sozialdienstleister-Einsatzgesetz - SodEG).

### Produkt 31500 „Soziale Einrichtungen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	4.380.300	2.607.758	4.202.700	-177.600
lfd. Auszahlungen	5.759.400	3.504.467	4.833.925	-925.475
Saldo	-1.379.100	-896.709	-631.225	747.875

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	592.000	264.000	-328.000	Der Rückgang der Zahlungspflichtigen um ca. 150 Personen (-50 Personen Gemeinschaftsunterkunft Langenort, -100 Personen Gemeinschaftsunterkunft Satower Straße) führt zu Mindereinzahlungen in Höhe von -328 Tsd. EUR.
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB XII	2.302.200	1.575.000	-727.200	Aufgrund der Verschiebung von Fachleistungen für Obdachlosenunterkünfte in das Produkt 31105 „Sonstige Hilfe in anderen Lebenslagen (8. u. 9. Kapitel SGB XII)“ werden Minderauszahlungen erwartet (-685 Tsd. EUR z. Plan).
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige soziale Leistungen	666.400	342.600	-323.800	Der Rückgang der Zahlungspflichtigen um ca. 150 Personen (-50 Personen Gemeinschaftsunterkunft Langenort, -100 Personen Gemeinschaftsunterkunft Satower Straße) führt auch zu Minderauszahlungen.

### Produkt 36101 „Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	45.759.100	34.985.831	45.897.800	138.700
lfd. Auszahlungen	88.295.900	66.169.683	88.979.816	683.916
Saldo	-42.536.800	-31.183.852	-43.082.016	-545.216

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	88.135.900	88.880.800	744.900	Mit der Novellierung des KiföG M-V zum 01.01.2020 werden die gesamten Platzkosten (Entgelte) in einer Summe an die Träger der Kindertageseinrichtungen über den kommunalen Haushalt ausgezahlt. Ein Grund ist die völlige Befreiung der Eltern von Elternbeiträgen. Die Träger von Kita-Einrichtungen erhalten den bisherigen Elternanteil nun von den Kommunen, nicht mehr durch Zahlungen der Eltern. Außerdem wurde das Finanzierungssystem vereinfacht, da die Platzkostenfinanzierung nun auch Mittel beinhaltet, die bisher getrennt von den Entgelten an die Träger gezahlt wurden, insbesondere die Übernahme und sozial verträgliche Stafflung von Elternbeiträgen, die Geschwisterkindentlastung, finanzielle Mittel in Bezug auf Absenkung Fachkraft- Kind-Verhältnis bzw. die Ausweitung der mittelbaren pädagogischen Arbeit in Kitas. Wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Entgelte haben die Verhandlungen nach Angleichung der Personalkosten an den TVöD des Sozial- und Erziehungsdienstes. Das hat Auswirkungen auf die zu berücksichtigenden Verwaltungskosten. Gleichzeitig wirken auch die Entwicklungen bei den Investitionskosten für erforderliche Sanierungen und Neubauten auf die Entwicklung der Entgelte (+908 Tsd. EUR).

### Produkt 36301 „Schul- und Jugendsozialarbeit (§§ 13,14 SGB VIII)“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.410.400	988.153	2.070.400	660.000
lfd. Auszahlungen	4.907.364	3.529.634	5.276.200	368.836
Saldo	-3.496.964	-2.541.481	-3.205.800	291.164

**Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten**

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.410.400	2.048.600	638.200	Zuweisungen vom Land für das Projekt „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BiWAQ)“ für den Projektzeitraum 2018 (+589 Tsd. EUR) sowie vom Bund für das Projekt „Jugend im Quartier“ (+50 Tsd. EUR).
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	268.864	904.600	635.736	Weitergabe der Zuweisungen für das Projekt „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BiWAQ)“ für den Projektzeitraum 2018 und Weiterführung des Projekts.

**Produkt 36303 „Hilfe zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	3.710.000	1.730.612	2.882.900	-827.100
lfd. Auszahlungen	36.349.000	27.677.698	35.672.618	-676.382
Saldo	-32.639.000	-25.947.086	-32.789.718	-150.718

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligung und -erstattung im Bereich des SGB VIII und andere Jugendhilfe	2.823.200	1.914.400	-908.800	Geringere Kostenerstattungen durch das Land (-1.250 Tsd. EUR), da eine geringere Leistungserbringung für unbegleitete minderjährige Ausländer erfolgt sowie höhere Kostenerstattungen durch Gemeinden im Bereich SGB VIII (+298 Tsd. EUR).
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB VIII	34.871.500	34.138.000	-733.500	Es müssen weniger Hilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer (-1.694 Tsd. EUR) als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung angenommen geleistet werden, insbesondere für Heimeinrichtungen (-1.037 Tsd. EUR) und Betreutes Wohnen (-421 Tsd. EUR). Des Weiteren werden Minderauszahlungen für Heimeinrichtungen (-196 Tsd. EUR) und Vollzeitpflege (-210 Tsd. EUR), aber Mehrauszahlungen für Betreutes Wohnen (+1.336 Tsd. EUR) auf Grund höherer Inanspruchnahme prognostiziert.

**Produkt 36304 „Hilfen für junge Volljährige (§41 SGB VIII)“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	2.598.100	145.613	4.056.200	1.458.100
lfd. Auszahlungen	5.678.900	3.553.935	4.616.100	-1.062.800
Saldo	-3.080.800	-3.408.322	-559.900	2.520.900

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen der sozialen Sicherung	Kostenbeteiligung und -erstattung im Bereich des SGB VIII und andere Jugendhilfe	2.429.600	3.892.800	1.463.200	Die prognostizierten Mehreinzahlungen erfolgen auf Grund der Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) für Leistungen aus Vorjahren u. a. Krankenleistungen.

**Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten**

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB VIII	5.587.400	4.554.400	-1.033.000	Es werden weniger Hilfen mit geringeren durchschnittlichen Auszahlungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (-1.162 Tsd. EUR), hier insbesondere für Heimeinrichtungen (-304 Tsd. EUR) und Betreutes Wohnen (-767 Tsd. EUR), sowie außerhalb von Einrichtungen nach § 35 SGB VIII für intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung und ambulante Leistungen (-245 Tsd. EUR) prognostiziert. Auf Grund des Anstiegens stationärer Leistungen, hier weniger Fälle mit höheren Kosten, werden hier Mehrauszahlungen i. H. v. +220 Tsd. EUR erwartet sowie auch beim Betreuten Wohnen infolge der höheren Anzahl an Hilfen (+106 Tsd. EUR).

**Produkt 36305 „Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	121.900	191.284	455.100	333.200
lfd. Auszahlungen	2.007.200	2.311.389	3.074.173	1.066.973
Saldo	-1.885.300	-2.120.105	-2.619.073	-733.773

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB VIII	1.991.500	3.039.600	1.048.100	Auf Grund der höheren Erforderlichkeit von Bereitschaftspflege (+90 Tsd. EUR) und Inobhutnahmen (+995 Tsd. EUR) werden hier Mehrauszahlungen prognostiziert.

**Produkt 36306 „Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§35a SGB VIII)“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	60.000	33.216	36.400	-23.600
lfd. Auszahlungen	4.055.800	3.830.794	5.665.000	1.609.200
Saldo	-3.995.800	-3.797.578	-5.628.600	-1.632.800

Kontengruppe	Kontenart	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen der sozialen Sicherung	Leistungen nach SGB VIII	4.020.100	5.633.600	1.613.500	Nach Schuljahresbeginn 2020/2021 wurden neue Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern von Integrationshilfen abgeschlossen bzw. zum Teil laufen die Verhandlungen noch (+1.084 Tsd. EUR). Im Laufe des Jahres neu eingerichtetes Konto für SodEG- Leistungen (+670 Tsd. EUR).

**TH 60 Bauamt**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	3.611.700	3.113.869	3.925.200	313.500
lfd. Auszahlungen	2.285.801	1.427.599	2.285.801	0
Saldo	1.325.899	1.686.270	1.639.399	313.500

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 52100 „Bauverwaltung und Bauordnung“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	3.609.800	3.111.242	3.921.800	312.000
lfd. Auszahlungen	2.249.901	1.425.484	2.249.901	0
Saldo	1.359.899	1.685.758	1.671.899	312.000

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Gebühren aus Bauordnungsangelegenheiten	1.700.000	2.000.000	300.000	Mehreinzahlungen infolge der gestiegenen Anzahl von Bauanträgen und der Tatsache, dass mehr Anträge für Bauvorhaben mit hohen Bauwerten gestellt werden. Die Anzahl der Bauanträge ist nicht vorhersehbar und damit nur überschlägig planbar.

## TH 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	341.200	373.168	786.116	444.916
lfd. Auszahlungen	3.104.431	1.689.675	3.352.467	248.036
Saldo	-2.763.231	-1.316.508	-2.566.351	196.880

### Produkt 51102 „Stadtentwicklung und städtebauliche Planung“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	289.200	373.067	734.116	444.916
lfd. Auszahlungen	1.582.931	813.646	1.830.141	247.210
Saldo	-1.293.731	-440.579	-1.096.025	197.706

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von der EU - Projekt Johann	0	404.668	404.668	Es sind Rückzahlungen der EU für das Projekt JOHANN eingegangen. Projektziel ist die Entwicklung der Südlichen Ostsee als eine attraktive Reisedestination für kleine Kreuzfahrtschiffe. Zudem sollen die historischen Stadthäfen neu belebt und ihre ursprüngliche maritime Funktion bewahrt werden. Projektpartner sind die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, die Hansestadt Wismar, die Hansestadt Stralsund, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vorpommern, die Stadt Karlskrona, die Stadt Kalmar, die Seefahrt-Akademie Gdynia und Media Dizajn Szczecin.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### TH 62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	4.738.300	3.558.395	6.147.720	1.409.420
lfd. Auszahlungen	4.301.300	1.060.799	1.919.506	-2.381.794
Saldo	437.000	2.497.596	4.228.214	3.791.214

#### Produkt 11402 „Liegenschaften“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	4.467.000	3.335.687	5.881.920	1.414.920
lfd. Auszahlungen	4.213.100	1.039.521	1.853.246	-2.359.854
Saldo	253.900	2.296.166	4.028.674	3.774.774

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Sonstige laufende Einzahlungen	Sonstige laufende Einzahlungen - Vergabe von Rechten an Grundstücken	10.000	900.000	890.000	Wegen Erlösauskehr (Veräußerung von kommunalen Grundstücken) kommt es im Haushaltsjahr 2020 voraussichtlich zu deutlich höheren Einzahlungen als geplant. Bei einer Schuldnerin ist zurzeit ein Zwangsversteigerungsverfahren einer Immobilie anhängig, welches noch dieses Jahr zu weiteren Einzahlungen i. H. v. ca. 350 Tsd. EUR bis 500 Tsd. EUR führen kann. Da nicht auszuschließen ist, dass auch von den anderen beiden Schuldnern Einzahlungen auf ihre offenen Forderungen erfolgen, wurde die Prognose auf 900 Tsd. EUR angepasst.
Zinseinz. und sonstige Finanzeinzahlungen	Sonstige Zinsen und ähnliche Finanzeinzahlungen	1.000	414.871	413.871	
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Unterhaltung der Grundstücke - Baufreimachung für den Wohnungsbau	2.476.300	100.000	-2.376.300	Es werden Minderauszahlungen für die Unterhaltung von Grundstücken/ Baufreimachung/ Entschädigung von Kleingärtnern wegen eingeschränkter Bearbeitungskapazitäten im Amt und Verzögerungen bei der Baulandentwicklung erwartet. Die Umsetzung ist zudem abhängig von naturschutzrechtlichen Belangen und Terminketten bei EU-Vergabeverfahren. Einige Maßnahmen verschieben sich deshalb voraussichtlich in Folgejahre.

### TH 66 Amt für Verkehrsanlagen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	3.226.600	2.518.392	3.148.493	-78.107
lfd. Auszahlungen	12.497.906	6.092.314	9.837.967	-2.659.939
Saldo	-9.271.306	-3.573.922	-6.689.474	2.581.832

#### Produkt 54101 „Gemeindestraßen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	212.000	90.710	220.472	8.472
lfd. Auszahlungen	11.053.764	5.104.494	8.480.120	-2.573.643
Saldo	-10.841.764	-5.013.784	-8.259.648	2.582.116

**Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten**

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Auszahlungen für Regenwasserbeseitigung	1.400.000	1.100.000	-300.000	Minderauszahlungen durch die Anpassung des Bescheides zur Regenwasserumlage vom Warnow-Wasser- und Abwasserverband.

**TH 83 Hafen- und Seemannsamt**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	3.259.200	1.809.491	2.505.745	-753.455
lfd. Auszahlungen	3.514.177	1.491.800	2.435.287	-1.078.891
Saldo	-254.977	317.691	70.459	325.436

**Produkt 12208 „Hafen- und Schifffahrtsangelegenheiten / Seemannsamt“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	789.300	295.534	343.032	-446.268
lfd. Auszahlungen	830.200	747.015	862.579	32.379
Saldo	-40.900	-451.481	-519.547	-478.647

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Sonstige laufende Einzahlungen einschließlich außerordentliche Einzahlungen	Versicherungserstattungen	450.000	0	-450.000	Die Prognose wurde herabgesetzt mit der Begründung, dass in diesem Jahr voraussichtlich keine Versicherungsleistungen aus dem verursachten Schadensfall (Beschädigung Kaikante usw. bei Fa. Liebherr) zu erwarten sind. Dabei wurden drei Möglichkeiten aufgezeigt: 1. keine Einzahlungen, weil die Sachlage nicht eindeutig ist. 2. Fa. Liebherr und der Reeder einigen sich außergerichtlich und es könnten eventuell in diesem Jahr noch Einzahlungen erzielt werden 3. je nachdem, wer den Kostenbescheid bekommt, geht mit großer Wahrscheinlichkeit ins Klageverfahren und dann kann sich eine Entscheidung darüber über Jahre hinziehen Derzeit wird eingeschätzt, dass in 2020 weder von der Reederei noch von Fa. Liebherr Schadensersatzzahlungen erfolgen.

**Produkt 54802 „Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	1.726.100	1.007.793	1.455.233	-270.867
lfd. Auszahlungen	729.900	398.680	676.049	-53.851
Saldo	996.200	609.114	779.184	-217.016



## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Mieten und Pachten (19%)	875.000	316.449	-558.551	Die Mieten und Pachten sind mit 19 % MwSt geplant (875 Tsd. EUR), für das 2. HJ 2020 erfolgen Zahlungen mit 16 % MwSt auf ein neues Konto (sh. u.), für das 270 Tsd. EUR prognostiziert werden. Insgesamt werden damit 586 Tsd. EUR erwartet. Da sind um -289 Tsd. EUR geringere Einzahlungen als geplant, u. a. damit begründet, dass aufgrund der COVID-19-Pandemie Großveranstaltungen wie die „Hanse Sail“ ausfallen, der Tourismus eingeschränkt und die Entwicklung der Kreuzschifffahrt nicht absehbar ist. Mit der Haushaltsplanung 2020/2021 wurde davon ausgegangen, dass ein neuer Pachtvertrag für den Passagierkai in Warnemünde mit der Rostock Port GmbH geschlossen wird. Dafür wurden planungsseitig 600 Tsd. EUR berücksichtigt. Der noch gültige Pachtvertrag über jährlich 300 Tsd. EUR ist überwiegend die Ursache, dass im Ergebnis Mindereinzahlungen erwartet werden.
Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Mieten und Pachten - (16%)	0	270.000	270.000	

## TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	371.294.700	233.348.096	363.505.516	-7.789.184
lfd. Auszahlungen	12.038.300	6.394.322	9.307.200	-2.731.100
Saldo	359.256.400	226.953.774	354.198.316	-5.058.084

### Produkt 61101 „Steuern“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	235.984.100	131.804.674	200.955.263	-35.028.837
lfd. Auszahlungen	9.816.700	4.877.641	7.538.400	-2.278.300
Saldo	226.167.400	126.927.033	193.416.863	-32.750.537

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Steuern und ähnliche Abgaben	Grundsteuer B von Fremdschuldnern	23.000.000	23.350.000	350.000	Die Prüfung des Finanzamtes und die geänderte Feststellung der Einheitswerte für 5 Objekte werden zu höheren Grundsteuereinzahlungen führen. Da Erlassanträge und Anträge auf Stundung und Ratenzahlung (bis 2021) das Ergebnis noch mindern werden, wird das Jahresergebnis gegenwärtig in Höhe von 23.350.000 EUR geschätzt.
Steuern und ähnliche Abgaben	Gewerbesteuerzahlungen laufendes Jahr	117.800.000	87.000.000	-30.800.000	Im Ergebnis der Sonder-Steuerschätzung vom September 2020, die die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2020 weitgehend bestätigt, wird infolge der COVID-19-Pandemie mit hohen Steuerausfällen gerechnet. Die Steuerpflichtigen nutzen in erheblichem Umfang die Möglichkeit, die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen für das laufende Jahr herabsetzen zu lassen. Im Vergleich zum Vorjahr sind auch die Veranlagungsergebnisse gesunken. Planungsseitig war für das Jahr 2020 mit einer Steigerung der gesamten Gewerbesteuereinzahlungen von 8,5 % (im Vergleich zur Erfüllung des VJ) gerechnet worden. Derzeit wird weiterhin mit einem Rückgang auf 87,0 Mio. EUR, das entspricht 80,1 % des Vorjahresergebnisses, gerechnet. Damit wird dem Abwärtstrend der regionalisierten Steuerschätzung (Minderung um -22,2 %) nicht ganz gefolgt.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Steuern und ähnliche Abgaben	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	68.787.800	63.020.339	-5.767.461	Aufgrund von Einkommensrückgängen (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit in Folge der COVID-19-Pandemie) ist als steuerliche Folge mit Mindereinzahlungen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zu rechnen. Im Ergebnis der Sonder-Steuerschätzung von September 2020 wird für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ein Rückgang um -7,3 % in M-V prognostiziert. Gegenüber den Prognosen in den Vormonaten auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2020, die einen Rückgang um -9,0 % in M-V erwartete, hat sich die Prognose für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock geringfügig (+ 0,4 Mio. EUR) verbessert.
Steuern und ähnliche Abgaben	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	21.762.400	23.341.024	1.578.624	Aufgrund der befristeten Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer infolge der Fortführung der Flüchtlingsfinanzierung ergeben sich entsprechend der Sonder-Steuerschätzung vom September 2020 höhere Einnahmeerwartungen. Gegenüber den Prognosen der Vormonate (-543 Tsd. EUR), die auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung 2020 erfolgten und mit der Sonder-Steuerschätzung vom September 2020 korrigiert wurden, werden für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock +1,6 Mio. EUR Mehreinzahlungen erwartet.
Steuern und ähnliche Abgaben	Vergnügungssteuer auf das Halten von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräten	1.850.000	1.350.000	-500.000	In der Prognose wurde die Schließung der Spielhallen für den Zeitraum von Mitte März bis Mitte Juni aufgrund der COVID-19-Pandemie berücksichtigt.
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	Gewerbesteuerumlage	8.866.700	6.548.400	-2.318.300	Da die Gewerbesteuererhöhungen geringer prognostiziert werden, reduziert sich die abzuführende Umlage entsprechend.

### Produkt 61103 „Allgemeine Zuweisungen und Umlagen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	133.209.500	100.218.472	160.450.153	27.240.653
lfd. Auszahlungen	0	0	0	0
Saldo	133.209.500	100.218.472	160.450.153	27.240.653

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Schlüsselzuweisungen vom Land	106.443.500	110.024.212	3.580.712	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist zum Planungszeitpunkt davon ausgegangen, dass ein höherer Prozentsatz der Schlüsselzuweisungen investiv gebunden werden kann, sofern die Kommune einen ausgeglichenen Haushalt hat. Mit Haushaltserlass wurde durch das Ministerium für Inneres und Europa darauf hingewiesen, dass nur maximal 4 % der Schlüsselzuweisungen für investive Zwecke eingesetzt werden dürfen. Daher kommt es zu einer Verschiebung von ca. 3,6 Mio. EUR zugunsten des konsumtiven Bereiches.
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	23.100.000	23.100.000	Die von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu erwartende Surrogatzahlung für die Gewerbesteuerverluste lt. vorläufiger Berechnung im FAG-Beirat in M-V am 13.08.2020 wird hier als zu erwartende Einzahlung des Landes erfasst. Die Entscheidung über die genaue Höhe (Berechnung überschlägig) steht noch aus.
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Ausgleich Soziallasten - im Zusammenhang mit flüchtlingsbedingten Mehrkosten	0	559.941	559.941	Kommunaler Anteil der „Pauschale für flüchtlingsbedingte Zwecke“ (FlüPauVO M-V v. 17.06.2020). Im Rahmen der Änderungen zum FAG wurde dieser Anteil entsprechend der VO für 2020 und 2021 neu geregelt und war zum Zeitpunkt der HH-Planung noch nicht bekannt.

**Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten****Produkt 61201 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“**

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
lfd. Einzahlungen	2.101.100	1.324.950	2.100.100	-1.000
lfd. Auszahlungen	2.221.600	1.516.681	1.768.800	-452.800
Saldo	-120.500	-191.731	331.300	451.800

Kontengruppe	Konto	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an den inländischen Geldmarkt an inländische Kreditinstitute an Banken	1.501.900	1.056.100	-445.800	Durch die Verschiebung der Kreditneuaufnahme aus der Ermächtigung 2018 und 2019 fallen die daraus für das Jahr 2020 geplanten Folgekosten weg und verringern die Zinsauszahlungen in 2020.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Investive Ein- und Auszahlungen

Bezeichnung (Werte in EUR)	investive Einzahlungen 2020				investive Auszahlungen 2020				Saldo der investiven Ein- und Auszahlungen 2020			
	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw. z. Plan	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw. z. Plan	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw. z. Plan
03 Büro des Oberbürgermeisters	300	23.419	23.557	23.257	387.186	112.929	398.645	11.459	-386.886	-89.510	-375.088	11.798
06 Amt für Digitalisierung und IT	0	0	0	0	1.408.500	387.748	1.402.403	-6.097	-1.408.500	-387.748	-1.402.403	6.097
10 Hauptamt	28.000	0	28.000	0	2.015.490	245.988	594.937	-1.420.553	-1.987.490	-245.988	-566.937	1.420.553
14 Rechnungsprüfungsamt	0	0	0	0	55.770	0	55.770	0	-55.770	0	-55.770	0
15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen	0	0	0	0	2.143.361	0	1.893.361	-250.000	-2.143.361	0	-1.893.361	250.000
20 Kämmeriamt	0	429.739	429.739	429.739	6.075.800	1.319.045	4.381.370	-1.694.430	-6.075.800	-889.306	-3.951.631	2.124.169
22 Finanzverwaltungsamt	0	0	0	0	124.466	9.308	128.148	3.681	-124.466	-9.308	-128.148	-3.681
30 Rechts- und Vergabeamt	0	0	0	0	9.100	259	9.100	0	-9.100	-259	-9.100	0
32 Stadtamt	0	19.152	19.152	19.152	617.911	157.353	664.168	46.257	-617.911	-138.202	-645.017	-27.106
37 Brandschutz- und Rettungsamt	707.400	957.414	966.893	259.493	10.044.787	2.031.187	6.683.132	-3.361.655	-9.337.387	-1.073.773	-5.716.238	3.621.148
40 Schulverwaltungsamt	4.206.600	59.708	3.160.012	-1.046.588	8.306.767	595.971	5.029.354	-3.277.413	-4.100.167	-536.263	-1.869.341	2.230.826
41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
42 Stadtbibliothek	0	0	0	0	20.385	4.912	20.385	0	-20.385	-4.912	-20.385	0
43 Volkshochschule	0	0	0	0	90.035	3.023	90.036	1	-90.035	-3.023	-90.036	-1
44 Konservatorium, Musikschule der HRO	0	0	0	0	107.292	15.892	107.292	0	-107.292	-15.892	-107.292	0
45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	30.000	98.934	128.934	98.934	4.936.215	943.450	2.543.101	-2.393.113	-4.906.215	-844.516	-2.414.168	2.492.047
47 Stadtarchiv Rostock	0	0	0	0	21.076	1.517	21.076	0	-21.076	-1.517	-21.076	0
50 Amt für Jugend, Soziales und Asyl	198.800	73.944	201.380	2.580	966.307	175.327	945.002	-21.304	-767.507	-101.383	-743.622	23.884
53 Gesundheitsamt	0	0	0	0	46.584	20.364	46.584	0	-46.584	-20.364	-46.584	0
60 Bauamt	0	1.200	1.200	1.200	25.900	0	25.900	0	-25.900	1.200	-24.700	1.200
61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	8.600.000	0	0	-8.600.000	9.083.705	1.179	36.568	-9.047.137	-483.705	-1.179	-36.568	447.137
62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	21.050.000	4.354.607	9.445.000	-11.605.000	9.569.398	3.634.173	6.760.487	-2.808.911	11.480.602	720.433	2.684.513	-8.796.089
66 Amt für Verkehrsanlagen	3.214.300	4.365.544	5.270.039	2.055.739	33.443.120	10.578.897	19.487.027	-13.956.093	-30.228.820	-6.213.353	-14.216.989	16.011.832
67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	82.000	52.656	73.350	-8.650	5.303.621	925.835	2.950.743	-2.352.878	-5.221.621	-873.179	-2.877.393	2.344.228
68 Amt für Mobilität	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
73 Amt für Umwelt- und Klimaschutz	0	118.558	118.558	118.558	6.436.224	183.717	1.019.412	-5.416.811	-6.436.224	-65.159	-900.855	5.535.369
74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	0	0	0	0	109.300	14.997	109.300	0	-109.300	-14.997	-109.300	0
82 Stadtforstamt	764.900	0	340.200	-424.700	1.445.949	128.504	630.990	-814.959	-681.049	-128.504	-290.790	390.259
83 Hafen- und Seemannsamt	38.823.400	12.771.529	31.827.349	-6.996.051	50.131.649	16.174.231	37.928.859	-12.202.789	-11.308.249	-3.402.703	-6.101.510	5.206.738
90 Zentrale Finanzdienstleistungen	19.511.600	14.883.001	15.930.943	-3.580.657	0	0	0	0	19.511.600	14.883.001	15.930.943	-3.580.657
99 Bundesgartenschau (BUGA)	200.000	0	200.000	0	4.260.000	89.401	1.900.000	-2.360.000	-4.060.000	-89.401	-1.700.000	2.360.000

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Die folgenden Übersichten zeigen, gegliedert nach Teilhaushalt, die Produkte mit Investitionsmaßnahmen, bei denen wesentliche Abweichungen über **+/-250.000 EUR** zwischen fortgeschriebenem Plan 2020 und prognostiziertem Ergebnis 2020 mit Stand vom 30.09.2020 vorliegen.

### TH 10 Hauptamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	28.000	0	28.000	0
inv. Auszahlungen	2.015.490	245.988	594.937	-1.420.553
Saldo	-1.987.490	-245.988	-566.937	1.420.553

#### Produkt 11401 „Verwaltungsangelegenheiten“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	1.827.859	109.516	406.569	-1.421.290
Saldo	-1.827.859	-109.516	-406.569	1.421.290

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Zuschuss an KOE für Neubau Verwaltungsgebäude	1.440.000	0	-1.440.000	Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung (KOE) der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes wird nicht mehr im Haushaltsjahr 2020 ausgezahlt. In den Jahren 2018 (Ansatz: 940 Tsd. EUR) und 2019 (Ansatz: 500 Tsd. EUR) wurden bereits keine Mittel abgefordert. Derzeit stagnieren die Arbeiten an dem Projekt u. a. wegen Veränderungen hinsichtlich der geplanten Nutzung.

### TH 15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	2.143.361	0	1.893.361	-250.000
Saldo	-2.143.361	0	-1.893.361	250.000

#### Produkt 25301 „Zoologischer Garten Rostock GmbH“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	250.000	0	0	-250.000
Saldo	-250.000	0	0	250.000

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Investitionszuwendungen	Investitionszuwendungen an verbundenen Unternehmen	Zoologischer Garten Rostock gGmbH	250.000	0	-250.000	Auf Grund der Corona Pandemie und des damit einhergegangenen Lock-downs kam es zu erheblichen Verzögerungen bei der Planung der Maßnahme "Neubau Robbenanlage". Es konnten noch keine vertraglichen Verpflichtungen eingegangen werden und somit ist auch kein Mittelabruf bzw. keine fristgerecht Mittelverwendung möglich. Die Mittel aus dem Haushaltsansatz 2020 werden jedoch im Folgejahr unbedingt benötigt, um die notwendige Maßnahme zu realisieren. Die Maßnahme wird im Wirtschaftsplan 2021 mit einem Investitionszuschuss der Gesellschafterin in Höhe von 500 Tsd. EUR geplant, daher soll ein Haushaltsausgabereist gebildet und in das Folgejahr übertragen werden.

### TH 20 Kämmereiamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	429.739	429.739	429.739
inv. Auszahlungen	6.075.800	1.319.045	4.381.370	-1.694.430
Saldo	-6.075.800	-889.306	-3.951.631	2.124.169

### Produkt 51106 „Durchführung städtebaulicher Maßnahmen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	429.739	429.739	429.739
inv. Auszahlungen	6.032.100	1.319.045	4.337.670	-1.694.430
Saldo	-6.032.100	-889.306	-3.907.931	2.124.169

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenstände	Einzahlungen für geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"	0	429.739	429.739	Der fristgerechte Einsatz der Städtebaufördermittel war nicht möglich. Aus diesem Grund wurden die Finanzhilfen Bund/Land an das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern sowie der Eigenanteil an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom städtebaulichen Sondervermögen zurückgezahlt. Davon wurden zur Deckung der Mehrauszahlungen bei der Investitionsmaßnahme „Fördergebiet Schmarl“ Mittel in Höhe von 414 Tsd. EUR bereitgestellt und können nicht frei gemeldet werden.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"	5.070.600	3.237.300	-1.833.300	Auf Grundlage des Entwurfs der Kosten- und Finanzierungsübersicht (Stand 01.10.2020) wurde die Prognose angepasst. Durch die Verschiebung diverser Einzelmaßnahmen in Folgejahre (u. a. Rosengarten, Freiflächengestaltung Bleichergraben, Theaterneubau, Verwaltungsneubau und Neubau Petritor) sowie Verschiebung des 2020 geplanten Ankaufs des WIRO Grundstückes Kleine Wasserstraße 10/11 nach 2021 werden Eigenanteile der Hanse- und Universitätsstadt Rostock i. H. v. 1,489 Mio. EUR in 2020 nicht benötigt. Die Mittel werden bei der Haushaltsplanung 2022 berücksichtigt und können jetzt frei gemeldet werden. Einbringungswerte aus D 4 Vermögen wurden als Eigenanteil der Hanse- und Universitätsstadt Rostock i. H. v. 344 Tsd. EUR bereitgestellt, um diesen Betrag reduzieren sich die dafür eingeplanten Mittel, der Betrag wird frei gemeldet. Umbuchungen von einem Teil der Zuwendungen von investiv zu laufend erfolgen erst nach Jahresabschluss des städtebaulichen Sondervermögens.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Fördergebiet Schmarl	126.500	540.270	413.770	Für die Mehrauszahlungen in Höhe von 414 Tsd. EUR (KAG-Beiträge für A.-J.-Krusenstern-Straße, St.-Jantzen-Ring 30-50, Geh- und Radweg Hundsburgallee) erfolgt die Deckung über freie Mittel der Investitionsmaßnahme „Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"". Umbuchungen von einem Teil der Zuwendungen von investiv zu laufend erfolgen erst nach Jahresabschluss des städtebaulichen Sondervermögens.

### TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	707.400	957.414	966.893	259.493
inv. Auszahlungen	10.044.787	2.031.187	6.683.132	-3.361.655
Saldo	-9.337.387	-1.073.773	-5.716.238	3.621.148

#### Produkt „12601 Brandschutz“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	707.400	918.714	928.193	220.793
inv. Auszahlungen	8.175.074	1.607.029	5.833.515	-2.341.559
Saldo	-7.467.674	-688.314	-4.905.321	2.562.353

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen - zweckgebunden	Feuerschutzsteuer	903.976	351.976	-552.000	Die Ausschreibung für Einsatzleitwagen erfolgt dieses Jahr. Die Auslieferung ist für 2021 geplant.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	Erwerb Löschfahrzeuge Berufsfeuerwehr	415.886	0	-415.886	Die Maßnahme wurde 2019 begonnen. Das Vergabeverfahren für den Erwerb eines Löschfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr läuft. Die Auszahlung erfolgt erst im Haushaltsjahr 2021.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	Erwerb Löschfahrzeuge Freiwillige Feuerwehr	561.311	0	-561.311	Die Maßnahme wurde 2019 begonnen. Die Lieferung eines Löschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr erfolgt im Jahr 2021, damit wird die Auszahlung erst im Haushaltsjahr 2021 sein.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Investitionszuschuss an den KOE für das Gebäude Freiwillige Feuerwehr Groß-Klein	314.627	0	-314.627	Abforderung erfolgt nach Fortschritten durch den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Die Maßnahme wird dieses Jahr nicht umgesetzt.

### Produkt 12700 „Rettungsdienst“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	19.645	19.645	19.645
inv. Auszahlungen	1.626.346	157.204	409.625	-1.216.721
Saldo	-1.626.346	-137.559	-389.980	1.236.366

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	Erwerb von Rettungswagen	823.447	0	-823.447	Die Lieferung erfolgt erst im Haushaltsjahr 2021.

## TH 40 Schulverwaltungsamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	4.206.600	59.708	3.160.012	-1.046.588
inv. Auszahlungen	8.306.767	595.971	5.029.354	-3.277.413
Saldo	-4.100.167	-536.263	-1.869.341	2.230.826

### Produkt 20101 „Schulträgeraufgaben“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	3.942.600	0	2.897.162	-1.045.438
inv. Auszahlungen	4.416.321	13.016	1.766.087	-2.650.234
Saldo	-473.721	-13.016	1.131.075	1.604.796



## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Investitionszuwendungen vom Land- zweckgebunden	Umsetzung Medienentwicklungsplan	2.442.600	1.397.162	-1.045.438	Es werden nur die Fördermittel für die Grundschule „Heinrich Heine“, zahlungswirksam. Gleichzeitig werden hier die Mittel aus dem Sofortprogramm DigitalPakt Schule, welches die Beschaffung von mobilen Endgeräten betrifft, abgebildet. Die Ausschreibungsunterlagen wurden kürzlich an die Vergabestelle gesendet. Aufgrund des großen Umfangs der Ausschreibung von größer 1 Mio. EUR und der derzeitigen Marktlage wird vermutet, dass die Auszahlungen erst 2021 erfolgen.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 800 Euro	Umsetzung Medienentwicklungsplan	323.600	58.662	-264.938	
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 800 Euro - zweckgebunden	Umsetzung Medienentwicklungsplan	2.442.600	117.304	-2.325.296	

### TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	30.000	98.934	128.934	98.934
inv. Auszahlungen	4.936.215	943.450	2.543.101	-2.393.113
Saldo	-4.906.215	-844.516	-2.414.168	2.492.047

#### Produkt 28100 „Kultur“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	3.629.283	101.356	741.581	-2.887.702
Saldo	-3.629.283	-101.356	-741.581	2.887.702

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Kunstgegenstände und Denkmäler	Grundsanierung Matrosendenkmal	3.037.702	150.000	-2.887.702	Die Sanierung kann dieses Jahr nicht beendet werden und wird im nächsten Jahr fortgesetzt.

### TH 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	8.600.000	0	0	-8.600.000
inv. Auszahlungen	9.083.705	1.179	36.568	-9.047.137
Saldo	-483.705	-1.179	-36.568	447.137

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 53601 „Breitbandausbau“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	8.600.000	0	0	-8.600.000
inv. Auszahlungen	8.600.000	0	0	-8.600.000
Saldo	0	0	0	0

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden	Breitbandversorgung	8.600.000	0	-8.600.000	Die vorliegenden finalen Angebote der Bieter führen zu zeitlichen Änderungen der Planung im Projektablauf. Im Haushaltsjahr 2020 werden noch keine Mittel für die Maßnahme Breitbandversorgung fließen.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände - zweckgebunden	Breitbandversorgung	8.600.000	0	-8.600.000	

## TH 62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	21.050.000	4.354.607	9.445.000	-11.605.000
inv. Auszahlungen	9.569.398	3.634.173	6.760.487	-2.808.911
Saldo	11.480.602	720.433	2.684.513	-8.796.089

### Produkt 11402 „Liegenschaften“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	21.050.000	4.354.607	9.445.000	-11.605.000
inv. Auszahlungen	9.478.598	3.633.357	6.669.687	-2.808.911
Saldo	11.571.402	721.249	2.775.313	-8.796.089

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für den Erwerb unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	Flächenbevorratung (mittel- / langfristige Stadtentwicklung)	7.814.467	6.000.000	-1.814.467	Zahlreiche Ankaufsvorgänge sind bearbeitet und werden derzeit zur Beschlussfassung vorbereitet. Bei einigen dieser Ankaufsvorgänge ist nicht zu erwarten, dass es im Haushaltsjahr 2020 noch zu Auszahlungen kommt. Die Bildung von Resten für das Jahr 2021 ist angedacht.
Einzahlungen aus Vorräten	Einzahlungen aus Vorräten	Einnahmen aus Verkauf von Grundstücken und Baulichkeiten	21.050.000	9.445.000	-11.605.000	Unter anderem durch Verzögerungen bei den B-Plan-Verfahren sowie andauernden Vertragsverhandlungen kommt es bei den geplanten Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen zu Verschiebungen in die Folgejahre.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für den Erwerb unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	Wahrnehmung gesetzlicher Vorkaufsrechte	884.847	388.750	-496.097	Aktuell sind, außer den bekannten Verfahren aus Vorjahren (Reste 2019), keine Vorgänge bekannt, die eine Auszahlung im Haushaltsjahr 2020 zur Folge haben. Die Wahrnehmung eines Vorkaufsrechts kann im Allgemeinen aufgrund der Abhängigkeit von nicht beeinflussbaren Faktoren (Kaufvertrag zwischen Dritten) schwer vorhergesagt werden.

### TH 66 Amt für Verkehrsanlagen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	3.214.300	4.365.544	5.270.039	2.055.739
inv. Auszahlungen	33.443.120	10.578.897	19.487.027	-13.956.093
Saldo	-30.228.820	-6.213.353	-14.216.989	16.011.832

### Produkt 54101 „Gemeindestraßen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	2.801.300	4.093.394	4.984.889	2.183.589
inv. Auszahlungen	27.563.100	8.641.633	16.180.942	-11.382.158
Saldo	-24.761.800	-4.548.239	-11.196.053	13.565.747

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Straßenerneuerung Klinikum Schillingallee	925.143	250.000	-675.143	In 2020 Erneuerung Gehweg E.-Heydemann-Straße, Vereinbarung zur Planung/ Durchführung und Finanzierung mit dem Warnow- Wasser- und Abwasserverband/ Nordwasser GmbH zum Ausbau des Knotens Heydemannstraße/ Schillingallee im Zusammenhang mit Erneuerung der Mischwasserkanäle. Ausschreibung in 2021, die Bildung von Resten ist angedacht.
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	Anzahlungen für Beiträge vom öffentlichen Bereich von Zweckverbänden	Verkehrsbaumaßnahmen im Fördergebiet "Seebad Warnemünde"	0	388.000	388.000	Kostenteilungsvereinbarung mit dem Warnow-Wasser- und Abwasserverband zum Deckenschluss bei Trink-, Schmutz- und Regenwasserleitung Georginenstraße.
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	Anzahlungen für Beiträge vom öffentlichen Bereich von Zweckverbänden	Sanierung / Umgestaltung Ulmenstraße	0	412.075	412.075	Rechnungsstellung entsprechend der Deckenschlussvereinbarung mit dem Warnow-Wasser- und Abwasserverband.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Sanierung / Umgestaltung Ulmenstraße	2.187.128	865.000	-1.322.128	Im Haushaltsjahr 2020 erfolgen die Bauausführung des 2. Bauabschnitts und die Vergabe des Planungsauftrags für den 3. Bauabschnitt. Vor dem Hintergrund des Ersatzneubaus der Goethebrücke 2022-2024 durch die DB AG und damit einhergehender Umleitungsmaßnahmen muss im Vorfeld der 3. BA Ulmenstraße realisiert werden. Planungsaufträge dafür ab 2020, die Bildung von Resten ist angedacht.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich von der EU	grundhafter Ausbau der Albert Einsteinstraße, inkl. Radschnellweg	0	577.581	577.581	Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), die Ausschüttung findet nach Einreichung der Rechnungen statt. Die Deckung der Mehrauszahlungen erfolgt durch die Mehreinzahlungen im Haushaltsjahr 2020.
Auszahlungen für Sachanlagen	Ausz. für Baumaßnahmen Infrastruktur. - zweckgebunden	grundhafter Ausbau der Albert Einsteinstraße	56.459	582.089	525.630	
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land	Straßenbau Petridamm	240.000	648.184	408.184	Im Haushaltsjahr 2020 gehen mehr Fördermittel vom Land M-V für die Maßnahme Straßenbau Petridamm ein als geplant.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Straßenbau Petridamm	2.208.339	1.700.000	-508.339	Maßnahme im 3. Quartal 2020 beendet, Kassenwirksamkeit der Schlussrechnung für Bauleistung/ Planung Ende 2020.
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich von der EU - zweckgebunden	ÖPNV-Anlagen	0	294.000	294.000	Es sind EFRE-Fördermittel für die Bushaltestellen Industriestraße und Tychsenstraße eingegangen.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Gehwegsanierung im Stadtgebiet	757.447	215.000	-542.447	Im Jahr 2020 erfolgt die Erneuerung der Gehwege Industriestraße, Boleslaw-Prus-Straße und Robert-Koch-Straße, diverse Planungsaufträge, Kostendeckung für Mehrauszahlungen Gehweg St.-Petersburger Straße, GW Am Kringelgraben, GW Mathias-Thesen-Straße, GW Rövershäuser Chaussee und GW Alter Graaler Landweg.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Neugestaltung Steintor-Richard Wagner Straße	1.236.725	933.000	-303.725	Die Bauausführung findet in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 statt, der Baubeginn war im März 2020. Die erste Rechnung wurde bereits durch das ausführende Unternehmen gestellt. Mehreinzahlungen sollen zur Deckung von Mehrauszahlungen verwendet werden, die Bildung von Resten ist angedacht.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Ersatzneubau Schmarler Damm BW 131	400.413	26.000	-374.413	EU-weite Ausschreibung von Planungsleistungen ab 06/2020, Vergabe in 12/2020 im Umfang von etwa 160 Tsd. EUR. Die Minderauszahlungen dienen zur Deckung der Mehrauszahlungen i. H. v. 125 Tsd. EUR bei der Maßnahme „Ersatzneubau Streuwiesenweg BW 033“.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Ausbau Kreuzungsbereich Schlesinger Straße	548.619	0	-548.619	Fortsetzung der Planung, weitere Planung wird beauftragt, Ausschreibung der Bauleistung und Vergabe erfolgten im dritten Quartal 2020. Kassenwirksamkeit erst im Haushaltsjahr 2021.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Straßenbau Nordex	583.995	0	-583.995	Für die Ausschreibung der Bauausführung muss ein Grundstück erworben werden, dazu soll zunächst ein Grundstückstausch mit dem ZOB erfolgen.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Radschnellweg E. Schlesinger Straße/ Hauptbahnhof	311.965	16.200	-295.765	Der RSW ist ein Neubau der auf keinem bestehenden Vermögen des Amtes 66 verläuft. Es ist ein Grunderwerb von der Bahn zu realisieren. Verhandlungen laufen, Planungsleistungen werden fortgeführt.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Umbau Kreuzung Grünes Tor	602.546	5.400	-597.146	Planungsaufträge sind vorhanden, die Ausschreibung findet noch im Haushaltsjahr 2020 statt. Der Baubeginn ist im Jahr 2021 vorgesehen.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Erneuerung des Umfeldes am John-Brinkmann-Brunnen	790.000	300.000	-490.000	Der Baubeginn wird im September 2020 erwartet, voraussichtliche Kassenwirksamkeit in 2020, Bauende 1. Quartal 2021. Die Bildung von Resten ist angedacht.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Verkehrsausstattungen	595.918	200.000	-395.918	Vorwegweiser im Stadtgebiet ersetzen, Kauf von Poller mit Feuerwehr B-Schließung. Die Auftragsvergabe findet im Haushaltsjahr 2020 statt, Kassenwirksamkeit im Jahr 2021.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Erneuerung von Regenwassersammler durch den WWAV	0	313.435	313.435	Auszahlungen gemäß Beteiligungsverträgen mit dem Warnow-Wasser- und Abwasserverband (Kuphalstraße, August-Cords-Straße, Querstraße, Bahnhofstraße).
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Erneuerung von Regenwassersammler durch den WWAV	1.700.000	0	-1.700.000	Die Minderauszahlungen auf diesem Konto dienen der Deckung der Mehrauszahlungen im Produkt „Landesstraßen“. Gemäß Vertrag wurde die zweite Abschlagsrechnung für die Erneuerung der Regenwasserleitung in der Hamburger Straße beglichen, die Buchung erfolgte im Produkt „Landesstraßen“.
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	Beiträge und ähnliche Entgelte vom sonstigen privaten Bereich	Straßenbaubeiträge aus Investitionen	2.000.000	100.000	-1.900.000	Die Einzahlungen werden auf dem Konto „Beiträge und ähnliche Entgelte vom sonstigen privaten Bereich“ geplant. Die unterjährige Buchung der Einzahlungen auf den diversen Konten erfolgt entsprechend den vom Bauamt erlassenen Straßenbaubeitragsbescheiden je nach einzahlender (privater/ öffentlich-rechtlicher) Person. Es findet ein pauschaler finanzieller Ausgleich vom Land für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2020 statt (Bescheid vom 25.06.2020).
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	Beiträge und ähnliche Entgelte von verbundenen Unternehmen	Straßenbaubeiträge aus Investitionen	0	251.965	251.965	
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	Anzahlungen für Beiträge vom öffentlichen Bereich vom Land	Straßenbaubeiträge aus Investitionen	0	715.999	715.999	
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	Anzahlungen für Beiträge vom privaten Bereich von privaten Unternehmen	Straßenbaubeiträge aus Investitionen	0	338.924	338.924	

### Produkt 54300 „Landesstraßen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	413.000	25.000	38.000	-375.000
inv. Auszahlungen	3.555.845	1.459.633	2.166.424	-1.389.421
Saldo	-3.142.845	-1.434.633	-2.128.424	1.014.421

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden	Geh- und Radweg Parkstraße	400.000	0	-400.000	Nach massiven Protesten hinsichtlich des Küstenschutzwaldes kam es durch S 4 zu einem Planungsstopp in dieser Maßnahme. Laut S 4 soll jedoch eine Ausschreibung /Auftragsvergabe für den ersten Teilbauabschnitt (ohne Küstenschutzwald) erfolgen.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Geh- und Radweg Parkstraße	1.098.587	55.000	-1.043.587	Aufgrund des Stopps bei der Auftragsvergabe zur Baudurchführung sind keine Fördermittel im Haushaltsjahr 2020 zu erwarten.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Ersatzneubau Brücke Rennbahnallee BW 121	342.100	0	-342.100	Die Ausschreibung der EU-weiten Planungsleistung fand im Juni 2020 statt, der Vertrag soll im Dezember 2020 zustande kommen. Die Minderzahlungen dienen der Deckung von Mehrauszahlungen für die Maßnahme „Lärmschutzwand 05, Langenort“.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Satower Straße	490.446	63.000	-427.446	Die Entwurfsplanung wird in 2020 fortgeführt, diverse Planungsaufträge, es erfolgen noch Planungsnachträge aufgrund Vergrößerung der zu sanierenden Straßenfläche sowie des Planungsauftrags zur Erneuerung der Lichtsignalanlagen. Im 1. Quartal 2021 Genehmigungsplanung, Planfeststellungsverfahren, danach EU-weite Ausschreibung des Planungsvertrages, Umsetzung erfolgt nach Bau der Goetheplatzbrücke.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Erneuerung von Regenwassersammler durch den WWAV	0	1.168.823	1.168.823	Die Mittel werden zur Erneuerung der Regenwasserleitung in der Hamburger Straße benötigt. Die Deckung erfolgt aus dem Produkt „Gemeindestraßen“, wo die Auszahlungen geplant waren.

### Produkt 54400 „Bundesstraßen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	247.150	247.150	247.150
inv. Auszahlungen	2.269.175	436.471	1.000.661	-1.268.514
Saldo	-2.269.175	-189.321	-753.512	1.515.663

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Kreuzungsbauwerk B103/B105 Evershagen	2.061.214	926.000	-1.135.214	Die Abrechnung erfolgt an das Landesamt für Straßenbau und Verkehr M-V, anteilige Baukosten 32 %, Straßenbeleuchtung. Die Baumaßnahme ist beendet. Die Schlussrechnung wird nach jetzigem Stand im Januar 2021 übergeben.

## TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	82.000	52.656	73.350	-8.650
inv. Auszahlungen	5.303.621	925.835	2.950.743	-2.352.878
Saldo	-5.221.621	-873.179	-2.877.393	2.344.228

### Produkt 55100 „Stadtgrün“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	2.000	2.690	2.690	690
inv. Auszahlungen	4.461.941	753.972	2.313.039	-2.148.902
Saldo	-4.459.941	-751.282	-2.310.349	2.149.592

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Sanierung /Neubau von Grünanlagen	461.148	61.118	-400.029	Beim Projekt „Aufwertung Grünraum Turkower Str./ Generationenpark Stockholmer Str.“ laufen die Planungen, Auslieferung coronabedingt in 10/2020, somit erst in 12/2020 Einbringung in den Vergabeausschuss möglich, wodurch sich der Baubeginn verzögert.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Sanierung/ Neubau Lagerplätze	1.760.109	210.109	-1.550.000	Durch die COVID-19-Pandemie und durch Abstimmungsschwierigkeiten kam es zu einem verzögerten Planungsablauf. Der KOE wird die Baumaßnahme nicht weiter betreuen. Nun muss zunächst geklärt werden, wem die Umsetzung der Baumaßnahme übertragen wird und was im laufenden Jahr noch realisierbar ist. In diesem Jahr werden voraussichtlich nur noch Planungskosten und Kosten für die weitere Beräumung des Platzes in Höhe von ca. 30 Tsd. EUR ausgezahlt. Die veranschlagten Mittel im Planansatz 2021 werden in das Jahr 2022 verschoben, sodass die verbleibenden 1.550 Tsd. EUR aus 2020 als Rest für den Baubeginn in 2021 übertragen werden müssen.

### TH 73 Amt für Umweltschutz

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	118.558	118.558	118.558
inv. Auszahlungen	6.436.224	183.717	1.019.412	-5.416.811
Saldo	-6.436.224	-65.159	-900.855	5.535.369

### Produkt 55201 „Gewässerunterhaltung und -aufsicht“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	69.931	69.931	69.931
inv. Auszahlungen	5.694.586	123.652	815.833	-4.878.752
Saldo	-5.694.586	-53.721	-745.902	4.948.683

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	Baumaßnahme Laaksystem	2.520.789	25.000	-2.495.789	Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für die Baumaßnahme „Laaksystem, Schöpfwerk groß“ verzögert sich aufgrund notwendiger naturschutzfachlicher Untersuchungen. Die Plangenehmigung wird danach nicht vor dem IV. Quartal 2020 erwartet. Die Mittelinanspruchnahme 2020 wird sich wie im Vorjahr auf Planungs- und Projektsteuerungskosten beschränken und so maximal einen Umfang von 25 Tsd. EUR ausmachen. Die Maßnahme wurde bereits begonnen, kann aber voraussichtlich im Jahr 2020 nicht vollständig umgesetzt werden. Entsprechende Fördermittel sind beantragt, aber noch nicht genehmigt.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Baumaßnahme Laaksystem	689.072	25.000	-664.072	Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für die Baumaßnahme „Laaksystem, Randgraben Schöpfwerk klein“ ist abgeschlossen. Die Plangenehmigung vom 03.07.2019 liegt vor. Am 12.08.2019 wurde die HRO durch den NABU verklagt. Damit verfügt die Plangenehmigung über keine Rechtskraft und die Baumaßnahme kann nicht begonnen werden. Die Mittelinanspruchnahme 2020 wird sich wie im Vorjahr auf Untersuchungs- und Ingenieurkosten beschränken und so maximal einen Umfang von 25 Tsd. EUR ausmachen. Die Maßnahme wurde bereits begonnen, kann aber voraussichtlich im Jahr 2020 nicht vollständig umgesetzt werden. Entsprechende Fördermittel sind beantragt, aber noch nicht genehmigt.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Ausbau Gewässer 13/4 Toitenwinkel	742.408	100.000	-642.408	Die Baumaßnahme „Ausbau Gewässer 13/4 Toitenwinkel“ wurde bereits in den Vorjahren begonnen. Eine Verschiebung ist nicht mehr möglich, da die Maßnahme bereits mehrmals verschoben wurde und dringender Handlungsbedarf besteht. Der Planungsprozess wurde durch Komplikationen mit Flächeneigentümern verlangsamt, so dass größere Abrechnungen erst im Jahr 2020 anfallen und die Umsetzung der Baumaßnahme laufend bis voraussichtlich 2022 erfolgt.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Baumaßnahme Radelbach OT Markgrafenheide	412.837	50.000	-362.837	Das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren des Bauvorhabens „OT Markgrafenheide, Ökologische Sanierung Radelbach BA 1 und Bauernhufengraben“ befindet sich kurz vor dem Abschluss. Die Plangenehmigung wird im III. Quartal 2020 erwartet. Mit dem Wasser- und Bodenverband wurde im März 2019 eine Finanzierungsvereinbarung für den Bauernhufengraben geschlossen. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Bauvorhaben noch in 2020 ausgeschrieben und beauftragt wird. Jedoch wird sich die Mittelinanspruchnahme per 31.12.2020 im Wesentlichen auf Planungs- und Projektsteuerungskosten beschränken und so maximal einen Umfang von 50 Tsd. EUR ausmachen. Die Maßnahme wurde bereits begonnen, kann aber voraussichtlich im Jahr 2020 nicht vollständig umgesetzt werden. Die Vereinbarung mit dem WBV beinhaltet, dass die Maßnahme bis 2022 fertiggestellt und abgerechnet wird. Entsprechende Fördermittel sind beantragt, aber noch nicht genehmigt.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände - zweckgebunden	Zuschuss zum Neubau Schöpfwerk Hefegraben	343.194	50.000	-293.194	Die Planungsleistungen wurden im Jahr 2019 vergeben, die Ausführung hat bereits begonnen. Die Baumaßnahme ist elementarer Bestandteil der Sturmflutschutzzlinie und darum unmittelbar abhängig vom Zeitplan des StALU Mittleres Mecklenburg. Bisher wurden notwendige Planungsleistungen bis zur Genehmigungsreife erbracht, die Baugenehmigung wird im Laufe des Jahres 2020 beantragt.

### Produkt 57302 „Öffentliche Bedürfnisanstalten - BgA“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	48.627	48.627	48.627
inv. Auszahlungen	551.400	3.011	32.500	-518.900
Saldo	-551.400	45.615	16.127	567.527



## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Neubau WC Warnemünde	551.400	32.500	-518.900	Die Maßnahme umfasst die Standorte am Strandaufgang 1 und 3, der WC Neubau wurde bereits begonnen. Es liegen aktuell die in Auftrag gegebenen Vermessungsleistungen und auch die Baugrunduntersuchungen vor. Des Weiteren wurde die Vergabe der zwei geplanten Sanitäreinrichtungen zur Entscheidung an den Vergabeausschuss übergeben. Das Bauantragsverfahren läuft. Der Bau beginnt mit dem Vorliegen der Baugenehmigung. Abgeschlossen wird die Maßnahme mit der Eröffnung zur Saison im ersten Quartal 2021.

### TH 82 Stadtforstamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	764.900	0	340.200	-424.700
inv. Auszahlungen	1.445.949	128.504	630.990	-814.959
Saldo	-681.049	-128.504	-290.790	390.259

### Produkt 55500 „Kommunale Forstwirtschaft“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	764.900	0	340.200	-424.700
inv. Auszahlungen	1.429.949	93.164	586.590	-843.359
Saldo	-665.049	-93.164	-246.390	418.659

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Investitionszuwendungen vom Land	Küstenschutz	764.900	340.200	-424.700	Kostenreduktion anhand des Kostenvoranschlags vom Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg vom 27.05.2020 auf 667 Tsd. EUR. Die um -425 Tsd. EUR geringeren Einzahlungen in 2020 aus Investitionszuwendungen vom Land für diese Maßnahme mit 90 % Förderung gehen einher mit um -517 Tsd. EUR geringeren Auszahlungen in 2020. Weitere Ein- und Auszahlungen verschieben sich ins Jahr 2021. Dafür wird die Bildung eines Haushaltsausgaberesstes notwendig.
Auszahlungen für Investitionszuwendungen	Investitionszuwendungen an den öffentlichen Bereich Land	Küstenschutz	895.100	378.000	-517.100	

### TH 83 Hafen- und Seemannsamt

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	38.823.400	12.771.529	31.827.349	-6.996.051
inv. Auszahlungen	50.131.649	16.174.231	37.928.859	-12.202.789
Saldo	-11.308.249	-3.402.703	-6.101.510	5.206.738

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 54801 „Maritime Wirtschaft und Hafenbau“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	4.877	4.877	4.877
inv. Auszahlungen	4.932.188	545.913	1.179.546	-3.752.643
Saldo	-4.932.188	-541.036	-1.174.669	3.757.520

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Neubau Kaianlage Silohalbinsel im Bereich Ludewigbecken	290.212	0	-290.212	Ein abschließendes Ergebnis für Teilrückforderungen von nicht förderfähigen Kosten vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern liegt noch nicht vor. Trotz des noch nicht vorliegenden Bescheides wurde entschieden, diese Mittel frei zu melden. Sollte eine Nachforderung eingehen, müsste eine Deckung beantragt werden.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Ufersicherung Alter Strom Lückenschluss Stromdurchlass	1.447.918	155.000	-1.292.918	Für die Lückenschlüsse Nord und Süd und für die Elektroanlagen werden noch 145 Tsd. EUR in 2020 kassenwirksam. Nach Fertigstellung der Lückenschlüsse beginnt die Vergabe der Planungsleistungen für die Elektroanlagen. Es handelt sich um eine Fortführungsmaßnahme - diese Mittel, werden für die Erneuerung Elektroanlagen am Alten Strom benötigt und es wird die Übertragung eines HH-Restes nach 2021 beantragt. Beim Lückenschluss Nord Alter Strom und auch für die Abrechnung der Elektroanlagen am Alten Strom werden Leistungen im BgA-Bereich abgerechnet. Hier erfolgt eine Deckung über 100 Tsd. EUR für die Maßnahme 8354802201800201.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Elektrofähre, Anlegestellen	500.000	160.000	-340.000	Insgesamt werden Mittel i. H. v. 160 Tsd. EUR in 2020 kassenwirksam. Fortführungsmaßnahme - die restlichen Mittel, werden für die Erneuerung von Anlegestellen im Zusammenhang mit der Elektrofähre benötigt. Es wird eine Übertragung eines Haushaltsausgaberestes nach 2021 beantragt.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	Elektrofähre, Anlegestellen	2.091.813	592.000	-1.499.813	Laut Bauvertrag werden die beauftragten Leistungen für den Bau der Elektrofähre (vertraglich geregelt 15% von Festpreis 1,96 Mio. EUR) für Kielleitung in Höhe von 295 Tsd. EUR in 2020 kassenwirksam. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme werden Auszahlungen für die Maßnahme 8354801201800329 Anlegestellen Kabutzenhof/Gehlsdorf finanziert. Fortführungsmaßnahme - für den Bau der Elektrofähre wurden Verträge abgeschlossen. Diese Verpflichtungen werden 2020 kassenwirksam. Darüber hinaus wird die Übertragung eines Haushaltsausgaberestes nach 2021 beantragt.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Mühlendammschleuse - Herstellung Hochwassersicherheit	350.000	0	-350.000	Die Vereinbarung (Übernahme anteiliger Kosten) wurde so, wie ursprünglich geplant, nicht geschlossen. Daher wurden die Mittel in Höhe von 350 Tsd. EUR frei gemeldet und sollen für mögliche, noch nicht prognostizierte Mehrauszahlungen im Produkt 11404 „Information und Kommunikation“ (Digitalisierung) bereitgestellt werden.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	22.900.000	12.766.652	18.869.072	-4.030.928
inv. Auszahlungen	27.194.333	15.495.261	23.524.414	-3.669.920
Saldo	-4.294.333	-2.728.610	-4.655.342	-361.008

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Neugestaltung Werftbecken - BgA Bereich	3.000.000	540.000	-2.460.000	Die Zahlung in Höhe von 1,5 Mio. EUR für die Kostenbeteiligung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gemäß Verpflichtungen aus einem Kaufvertrag werden voraussichtlich nicht im Haushaltsjahr 2020 kassenwirksam. Geplante Auszahlungen in Höhe von 1,5 Mio. EUR für Planungsleistungen werden in 2020 nicht mehr benötigt. Im Zuge einer geplanten Bewilligung (Finanzausschuss am 08.10.2020, Bürgerschaft 21.10.2020) werden freie Mittel in Höhe von 500 Tsd. EUR für die Investitionsmaßnahme „Sportboothafen Warnemünde - BgA“ bereitgestellt. Zudem werden Haushaltsausgabereste für Planungsleistungen beantragt, über deren Höhe wird in 11/2020 entschieden. (Gespräch mit LFI-MV zur Weiterführung dieser Maßnahme; Entscheidung über VE 2020 in Höhe von 7,4 Mio. EUR).
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Sportboothafen Warnemünde - BgA	6.028.734	6.528.734	500.000	Die beauftragten Leistungen und die Mengenmehrungen werden höher abgerechnet als erwartet. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die erwarteten Mehrauszahlungen in Höhe von 500 Tsd. EUR erfolgt aus der Investitionsmaßnahme „Neugestaltung Werftbecken - BgA Bereich“.
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden	Landstromanlage in Warnemünde	15.600.000	11.527.074	-4.072.926	Mit Änderungsbescheid des Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern vom 27.01.2020 können bis zum 30.10.2020 Fördermittel in Höhe von 10,7 Mio. EUR abgerufen werden. Vom LFI-MV wurde ein Vorgriff auf Mittel aus 2021 in Höhe von 835 Tsd. EUR genehmigt, somit werden Einzahlungen in Höhe von 11,5 Mio. EUR in 2020 erzielt. Der Gesamtumfang der Mittelabrufe 2020/2021 wird sich mit Abschluss des Vorhabens voraussichtlich auf etwa 13,5 Mio. EUR belaufen. Demzufolge kommt es gegenüber dem ZWB (bewilligt 15,5 Mio. EUR) zu einer Unterdeckung von etwa 2,0 Mio. EUR.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Landstromanlage in Warnemünde	17.300.000	15.816.978	-1.483.022	Bei dieser Maßnahme ist ein zeitlicher Verzug wahrscheinlich, da Auftragnehmer aus Dänemark sind und Anlagen-Komponenten aus dem europäischen Ausland geliefert werden. Da das Vorhaben in seiner Gesamtfinanzierung geringer abgerechnet wird als erwartet (Kostenschätzung), werden Mittel in Höhe von 1,5 Mio. EUR wahrscheinlich in 2020 nicht mehr benötigt und wurden teilweise frei gemeldet. Davon sollen für mögliche, noch nicht prognostizierte Mehrauszahlungen im Produkt 11404 „Information und Kommunikation“ (Digitalisierung) Mittel in Höhe von 1.151.200,00 EUR bereitgestellt werden. Nach Jahresabschluss 2020 wird, wenn nötig, die Übertragung eines verbliebenen Haushaltsausgaberestes beantragt.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen	Ersatzneubau technischer Anlagen Alter Strom	300.000	0	-300.000	Es kommt zu einer zeitlichen Verzögerung im Planungsprozess und damit zu einer späteren Vergabe der Leistungen. Die Ausschreibung erfolgt nach Bestätigung des Haushalts 2020/2021. Die Bauleistungen werden in 2021 kassenwirksam.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 54803 „Rostock Port GmbH“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	15.323.400	0	12.953.400	-2.370.000
inv. Auszahlungen	15.323.400	0	12.953.400	-2.370.000
Saldo	0	0	0	0

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden	Seehafen Rostock- Verkehrsertüchtigung 2. BA	2.170.000	0	-2.170.000	Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung wurde registriert. Ein Zuwendungsbescheid liegt noch nicht vor, aber ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn wurde zwischenzeitlich vom Landesförderinstitut bestätigt. Das kann bedeuten, dass mit Änderungsbescheid die Mittel noch in 2020 bereitgestellt werden. Derzeit wird davon ausgegangen, dass dieses Jahr noch keine Einzahlung von Investitionszuwendungen erfolgt und eine entsprechende Auszahlung an die Rostock Port GmbH nicht vorgenommen wird.
Auszahlungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände - zweckgebunden	Seehafen Rostock- Verkehrsertüchtigung 2. BA	2.170.000	0	-2.170.000	

### Produkt 54805 „Spülfeldbewirtschaftung - BqA“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	600.000	0	0	-600.000
inv. Auszahlungen	2.673.127	133.056	270.000	-2.403.127
Saldo	-2.073.127	-133.056	-270.000	1.803.127

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land - zweckgebunden	Spülfeld Radelsee	600.000	0	-600.000	Bisher wurde nur der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung registriert. Ein Zuwendungsbescheid liegt noch nicht vor.
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Spülfeld Radelsee	2.597.627	200.000	-2.397.627	Es sind zeitliche Verzögerungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren eingetreten. In 2020 werden nur Planungsleistungen abgerechnet. Der Beginn der Genehmigungserteilung soll im 3. Quartal 2021 erfolgen. Nach Ausführungsplanung und Vergabeverfahren der Bauleistungen (EU-weit) ist mit dem Baubeginn Anfang 2022 zu rechnen. Diese Änderung wurde in der Haushaltsplanung 2021 - 2024 angezeigt. Nach Jahresabschluss 2020 wird die Übertragung eines Haushaltsausgaberestes beantragt.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	19.511.600	14.883.001	15.930.943	-3.580.657
inv. Auszahlungen	0	0	0	0
Saldo	19.511.600	14.883.001	15.930.943	-3.580.657

#### Produkt 61103 „Allgemeine Zuweisungen und Umlagen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	19.511.600	14.883.001	15.930.943	-3.580.657
inv. Auszahlungen	0	0	0	0
Saldo	19.511.600	14.883.001	15.930.943	-3.580.657

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	investiv gebundene Zuweisungen - FAG	investiv gebundene Zuweisung FAG	19.511.600	15.930.943	-3.580.657	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist zum Planungszeitpunkt davon ausgegangen, dass ein höherer Prozentsatz der Schlüsselzuweisungen investiv gebunden werden kann, sofern die Kommune einen ausgeglichenen Haushalt hat. Mit Haushaltserlass wurde durch das Ministerium für Inneres und Europa darauf hingewiesen, dass max. 4 % der Schlüsselzuweisungen für investive Zwecke eingesetzt werden dürfen. Die ausgewiesenen Mindereinnahmen erhöhen die Erträge/Einzahlungen des konsumtiven Bereiches.

### TH 99 Bundesgartenschau (BUGA)

#### Produkt 51120 „Bundesgartenschau (BUGA) - Fördergebiet "Nördliches Warnowrund“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	900.000	1.851	175.000	-725.000
Saldo	-900.000	-1.851	-175.000	725.000

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Freiflächengestaltung Stadtpark	600.000	25.000	-575.000	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2020 / 2021 konnte noch nicht vorhergesagt werden, welche Projekte zu welchem Zeitpunkt begonnen werden. Mit heutigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass lediglich die in der Prognose gezeigten Mittel (weitere Gutachten) in Anspruch genommen werden. Es ist geplant, die verbleibenden Mittel als Haushaltsausgaberest in das Folgejahr zu übertragen.

## Anlage 2 - Wesentliche Abweichungen in den Teilhaushalten

### Produkt 54103 „Bundesgartenschau (BUGA) - Warnowbrücke“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	1.500.000	521	750.000	-750.000
Saldo	-1.500.000	-521	-750.000	750.000

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Warnowbrücke	1.500.000	750.000	-750.000	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2020 / 2021 konnte noch nicht vorhergesagt werden, welche Projekte zu welchem Zeitpunkt begonnen werden. Mit heutigen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass lediglich die in der Prognose gezeigten Mittel (Planungskosten / Gutachten) in Anspruch genommen werden. Es ist geplant, die verbleibenden Mittel als Haushaltsausgaberesult in das Folgejahr zu übertragen.

### Produkt 54806 „Bundesgartenschau (BUGA) - Stadthafen“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	0	0	0	0
inv. Auszahlungen	500.000	0	250.000	-250.000
Saldo	-500.000	0	-250.000	250.000

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Stadthafen	500.000	250.000	-250.000	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2020 / 2021 konnte noch nicht vorhergesagt werden, welche Projekte zu welchem Zeitpunkt begonnen werden. Es ist davon auszugehen, dass lediglich die in der Prognose gezeigten Mittel (Durchführung Wettbewerb/ Gutachten) in Anspruch genommen werden. Die Bildung von Resten ist vorgesehen.

### Produkt 55103 „Bundesgartenschau (BUGA) - Modellvorhaben Warnowquartier“

Kontenklasse	Plan	Erf.	prog. Erg.	Abw.
inv. Einzahlungen	200.000	0	200.000	0
inv. Auszahlungen	400.000	453	150.000	-250.000
Saldo	-200.000	-453	50.000	250.000

Kontenart	Konto	Investition	Plan	prog. Erg.	Abw.	Begründung
Auszahlungen für Sachanlagen	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden	Erschließung Warnowquartier	400.000	150.000	-250.000	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2020 / 2021 konnte noch nicht vorhergesagt werden, welche Projekte zu welchem Zeitpunkt begonnen werden. Es ist davon auszugehen, dass lediglich die in der Prognose gezeigten Mittel (Planungskosten / Gutachten) in Anspruch genommen werden. Die Bildung von Resten ist vorgesehen.

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
<b>Steuern und ähnliche Abgaben</b>							<b>-37.117.461</b>	
90	61101 Steuern	61101.60131000	Gewerbesteuerzahlungen laufendes Jahr	117.800.000	66.099.514	87.000.000	-30.800.000	Geschätzte Mindereinzahlungen infolge der Corona-Krise. Die Steuerpflichtigen nutzen in erheblichem Umfang die Möglichkeit, die Vorauszahlungen für das laufende Jahr herabsetzen zu lassen.
90	61101 Steuern	61101.60210000	Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	68.787.800	33.504.213	63.020.339	-5.767.461	Aufgrund von Einkommensrückgängen (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit) ist mit Mindereinzahlungen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer zu rechnen. Die negativen Auswirkungen resultieren überwiegend aus den steuerlichen Folgen der Kurzarbeit und der veranlagten Einkommenssteuer. Im Ergebnis der Sonder-Steuerschätzung vom September 2020 wird ein Rückgang um -7,3 % in Mecklenburg-Vorpommern prognostiziert.
90	61101 Steuern	61101.60310100	Sonstige Vergnügungssteuer	90.000	26.262	40.000	-50.000	Seit März lt. Allgemeinverfügung keine Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere vergnügungssteuerpflichtige Tanzveranstaltungen mit größerer Personenanzahl.
90	61101 Steuern	61101.60310200	Vergnügungssteuer auf das Halten von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräten	1.850.000	1.342.285	1.230.000	-500.000	Die Spielhallen waren von Mitte März bis Mitte Juni 2020 geschlossen. Die Prognose berücksichtigt die Schließung der Spielhallen für einen Zeitraum von 4 Monaten.
<b>Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen</b>							<b>28.983.937</b>	
15	54701 RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH	54701.61442010	Zuweisungen vom Land	0	0	6.000.000	6.000.000	Maßnahme- und Krisenpaket des Bundes (Nr. 22 und 23) zum "Ausgleich coronabedingter Verluste ÖPNV" wurde mit einer Zahlung von ca. 6 Mio. EUR an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock gerechnet. Die Prognose muss im nächsten Monat um -3,1 Mio. EUR auf + 2,9 Mio. EUR angepasst werden.
90	61103 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	61103.61320800	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	0	23.100.000	23.100.000	Surrogatzahlung für die Gewerbesteuerverluste in M-V lt. vorläufiger Berechnung FAG-Beirat am 13.08.2020 für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock
43	27101 Volkshochschule	27101.61441030	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Bund - Projekte	40.000	3.937	3.937	-36.063	Aufgrund der Schließung der Volkshochschule kommt es zu Kursausfällen und zum Abbruch von Kursen.
43	27101 Volkshochschule	27101.61441033	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Bund - Integrationskurse/BAMF	160.000	60.142	80.000	-80.000	Aufgrund der Schließung der Volkshochschule kommt es zu Kursausfällen und zum Abbruch von Kursen.
<b>Einzahlungen der sozialen Sicherung</b>							<b>10.400.000</b>	
50	31209 Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II	31209.62610000	Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	12.762.000	10.522.374	24.254.100	10.400.000	Anpassung der Prognose +11,5 Mio. EUR (+10,4 Mio. EUR z. Plan nur coronabedingt) entsprechend der bisherigen Erkenntnisse und Ausführungen aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ vom 03.06.2020, Punkt 18 - Steigerung der Bundesbeteiligung KdU um 25 % (25 % der Auszahlungen für Kosten der Unterkunft Produkt 31201 „Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II)“). Diese Aussagen wurden konkretisiert durch Drucksache 19/20598, d. h. § 46 Absatz 7 SGB II wurde von 2,7 % auf 27,7 % angepasst (+25 %). Ca. 1,1 Mio. EUR der Prognoseerhöhung beruhen auf Steigerung der KdU infolge der gegenüber der Planung höheren Anzahl an BG.

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
<b>Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte</b>							<b>-969.362</b>	
32	12202 Einwohner- und Meldewesen	12202.63110000	Passgebühren	900.000	591.413	800.000	-100.000	Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden weniger Ausweispapiere beantragt.
32	12204 Gewerbeangelegenheiten	12204.63120110	Gebühren für Gewerbe genehmigungen	333.000	199.066	280.000	-53.000	Aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie kam es zu starken Rückgängen im Bereich der Gewerbebeanmeldungen und Gewerbe registerauskünfte.
32	12304 Verkehrszulassungen	12304.63120120	Gebühren für Kfz.- Angelegenheiten	1.100.000	757.539	1.000.000	-100.000	Aufgrund der Corona-Pandemie kommt es zu einem erheblichen Rückgang der Fahrzeugzulassungen und damit zusammenhängenden Gebühren.
37	12700 Rettungsdienst	12700.63220003	Benutzungsentgelte DAK Rostock	1.400.000	880.430	1.350.000	-50.000	Durch die Corona-Krise gab es weniger Einsätze und es ist ein leichter Anstieg von Fehlfahrten zu verzeichnen.
37	12700 Rettungsdienst	12700.63220006	Benutzungsentgelte BKK vor Ort	900.000	616.988	800.000	-100.000	
37	12700 Rettungsdienst	12700.63220012	Benutzungsentgelte Sozialamt	75.000	8.090	35.000	-40.000	
53	34300 Betreuungsleistungen	34300.63120010	Verwaltungsgebühren	1.500	530	950	-550	Aufgrund der Corona-Situation Mindereinnahmen bei Beglaubigungen von Vorsorgevollmachten.
53	41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege	41400.63120010	Verwaltungsgebühren	315.000	183.788	240.000	-75.000	Aufgrund der Corona-Situation kommt es zu zeitweisen Einschränkungen bei den Belehrungen für Beschäftigte im Umgang mit Lebensmitteln nach § 43 IfSG, amtsärztlichen Untersuchungen sowie regulären Hygienekontrollen.
53	41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege	41400.63190000	Sonstige Verwaltungsgebühren	195.000	98.600	170.000	-25.000	Mindereinnahmen bei den Impfleistungen durch coronabedingte Einschränkungen im Reiseverkehr.
62	51108 Vermessung und Kataster	51108.63120010	Verwaltungsgebühren	175.000	145.187	160.000	-15.000	Auswirkungen der Corona-Krise: Mindereinnahmen bei Verwaltungsgebühren wegen reduzierter Antragstellungen.
66	12301 Verkehrsbehördliche Aufgaben	12301.63120010	Verwaltungsgebühren	40.000	1.617	2.000	-38.000	Mindereinnahmen durch Corona-Krise.
66	12301 Verkehrsbehördliche Aufgaben	12301.63120080	Sondernutzungsgebühren	310.000	140.420	200.000	-110.000	
66	54601 Parkeinrichtungen	54601.63228000	Parkgebühren	2.700.000	2.182.758	2.600.000	-100.000	
66	54900 Straßenrechtsangelegenheiten, Straßenaufsichtsbehörde	54900.63225000	Entgelte für die Sondernutzung von Straßen	160.000	81.312	110.000	-50.000	
73	53701 Abfallwirtschaft	53701.63220001	Benutzungsentgelte	17.218.800	13.415.954	17.118.800	-100.000	Ab der 13. KW sind Abmeldungen von Gewerbetreibenden eingetroffen. Aufgrund von notwendigen Schließungen (z. B. Hotels, Gaststätten und Geschäften bzw. Kurzarbeit) ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Abmeldungen für Gewerbell erhöhen wird. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 16,8 Mio. EUR Abfallgebühren erhoben. Davon entfallen 2,5 Mio. EUR auf Gewerbetreibende. Die genauen Gebührenauffälle können aktuell nicht eindeutig beziffert werden, da diese von den politischen Entscheidungen zur Schließung von Geschäften abhängig ist. Vorsorglich werden die Mindereinzahlungen vorerst auf ca. -100.000 EUR geschätzt.
83	54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA	54802.63220025	Liegegebühren für Wassersportfahrzeuge (Tageslieger)	129.000	39.327	120.578	-8.422	Aufgrund der Corona-Krise verzögerte sich die Saison und der Tourismus ist eingeschränkt. Zudem kommt es zur Änderung der Verträge als Jahresmiete.
83	54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA	54802.63220026	Liegeplatzentgelte für Hotel- und Gewerbeschiffe	245.000	175.183	240.610	-4.390	Aufgrund der Corona-Krise verzögerte sich die Saison und der Tourismus ist eingeschränkt.



## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
<b>Privatrechtliche Leistungsentgelte</b>							<b>-866.201</b>	
03	57306 Werbeeinrichtungen	57306.64110010	Mieten und Pachten	370.200	278.959	350.200	-20.000	Fehlende Pachteinahmen auf Grund fehlender Citylight-Kampagnen.
40	42401 Sportstätten und Bäder - BgA	42401.64101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	422.600	129.347	196.811	-225.789	Aufgrund der Schließung der Sportstätten Ausfall bei den Nutzungsentgelten. Als Ausfallzeit wurde der 13.03.2020 bis einschließlich 07.06.2020 berücksichtigt.
40	42401 Sportstätten und Bäder - BgA	42401.64160031	Eintrittsgelder (7% und 5%)	130.000	44.123	104.251	-25.749	Ausfälle und Mindereinnahmen durch Corona-Krise.
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen	4.700	1.031	1.500	-3.200	Durch die Corona-Krise finden die geplanten Schriftstellerlesungen nicht statt. Somit entfallen die geplanten Eintrittsgelder.
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190001	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinzahlungen	15.000	8.673	11.000	-4.000	Durch die Schließung der Bibliotheken konnten keine Medien entliehen und die gesamten Dienstleistungen der Bibliothek nicht in Anspruch genommen werden.
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190006	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte - Bücher	14.200	10.257	12.000	-2.200	
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190007	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte -	2.200	1.208	1.273	-927	
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190008	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte - Münztoilette	1.000	580	822	-178	
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190009	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte - Provision Getränkeautomat	700	94	200	-500	Durch die Corona-Krise können die geplanten Veranstaltungen nicht durchgeführt werden. Somit erfolgt auch kein Getränkeverkauf.
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190020	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (19%)	500	232	283	-217	Durch die Schließung der Bibliotheken können keine Medien entliehen werden. Somit können die gesamten Dienstleistungen der Bibliothek nicht in Anspruch genommen werden.
42	27201 Stadtbibliothek	27201.64190023	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte - gebührenpflichtige Medien	37.000	19.501	24.000	-13.000	
43	27101 Volkshochschule	27101.64110010	Mieten und Pachten	1.000	0	0	-1.000	Eine Vermietung von Räumen ist in der gegenwärtigen Lage nicht möglich. Bereits bestehende Verträge wurden von beiden Seiten nicht erfüllt.
43	27101 Volkshochschule	27101.64110020	Mieten und Pachten (19%)	100	0	0	-100	Eine Vermietung von Räumen mit dazugehöriger Technik ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Eine Wiederaufnahme der Vermietung in 2020 ist eher unwahrscheinlich.
43	27101 Volkshochschule	27101.64160000	private Benutzungsentgelte	450.000	81.030	203.242	-246.758	Die Teilnehmerentgelte sind als private Benutzungsentgelte geplant (450 Tsd. EUR), werden ab 2020 auf den weiteren u. a. Konten "privatrechtliche Leistungsentgelte..." gebucht. In der Summe werden mit 203 Tsd. EUR um -247 Tsd. EUR geringere Teilnehmerentgelte prognostiziert. Die Volkshochschule wurde in Folge der Corona-Krise geschlossen und es kam zu Kursausfällen.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.64101000	Benutzungsentgelte	800.000	384.226	765.000	-35.000	Erstattungen lt. § 6 Absatz 2 und 6 der Entgeltordnung des Konservatoriums. Ansprüche entstehen durch amtliche Schulschließungen aufgrund der Coronakrisen sowie durch Krankheit von Lehrkräften mit Unterrichtsausfall. Ursprüngliche Schätzung in Höhe von 200 Tsd. EUR bei drei Monaten Unterrichtsausfall wurde korrigiert, durch Fernunterricht, Nachholunterricht und Elternverzicht auf Erstattungen voraussichtlich deutlich weniger Einnahmeausfall.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen	3.400	0	0	-3.400	Die zwei geplanten Probenlager der Orchester wurden coronabedingt abgesagt. Somit können keine Teilnehmerentgelte vereinnahmt werden. Es entfallen jedoch auch Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Transport.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.64160020	Entgelte für Auftritte - zweckgebunden	4.000	1.850	1.850	-2.150	Ab 13.03.2020 fanden und finden keine geplanten Konzerte und Auftritte für Dritte statt. Diese Einnahmen entfallen. Ob die Konzerte ab dem Schuljahr 2020/2021 stattfinden können, ist noch offen.
45	25101 Kulturhistorisches Museum - BgA	25101.64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen	20.000	2.460	7.500	-12.500	Durch die Corona-Krise ist das Kulturhistorische Museum bis auf Weiteres geschlossen. Dadurch entfallen Einnahmen durch Verkäufe, Führungsentgelte, Fotoerlaubnisse usw., bei diesen Werten handelt es sich um Schätzungen.
45	25101 Kulturhistorisches Museum - BgA	25101.64190001	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinzahlungen	20.000	4.545	7.500	-12.500	
73	57302 Öffentliche Bedürfnisanstalten - BgA	57302.64101020	Benutzungsentgelte - (19% und 16%)	78.100	45.903	58.120	-19.980	Aufgrund der Corona-Krise ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Besucher und Gäste in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock reduziert und die öffentlichen Bedürfnisanstalten nicht in dem geplanten Umfang genutzt werden.

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
82	55500 Kommunale Forstwirtschaft	55500.64190011	Sonstige Einzahlungen aus Verkauf	580.000	317.874	335.000	-24.500	Der Preiseinbruch im Holzmarkt ab Herbst 2019 setzt sich stark fort aufgrund hoher Schadholzmengen, gefüllter Holzlager und coronabedingter Verstärkung bei nachlassender Abnahme der Sägewerkserzeugnisse in Folge der Corona-Pandemie: Abw. z. Plan -245 Tsd. EUR, coronabedingt ca. 10 %.
82	55500 Kommunale Forstwirtschaft	55500.64190012	Sonstige Einzahlungen aus Verkauf - (10,7%)	40.000	25.232	31.000	-9.000	Absatzprobleme im Wildhandel, geringere Bejagung wg. Zugangsbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie
83	54602 Parkeinrichtungen - BgA	54602.64110020	Mieten und Pachten (19%)	570.000	390.392	416.447	-153.553	Mindereinzahlungen aufgrund von Einschränkungen für das Parken im Stadthafen und Kabutzenhof während der Corona-Pandemie.
83	54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA	54802.64110020	Mieten und Pachten (19%)	875.000	467.494	586.449	-50.000	Für Mieten und Pachten werden coronabedingt ca. -50 Tsd. EUR Mindereinzahlungen erwartet, die anderen Mindereinzahlungen zu insgesamt -289 Tsd. EUR betreffen weitere Sachverhalte/ Verträge.
<b>Kostenerstattungen und Kostenumlagen</b>							<b>-38.583</b>	
43	27101 Volkshochschule	27101.64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich	2.000	323	516	-1.484	Aufgrund der Coronakrise wurde die VHS geschlossen. Es kommt zu Rückzahlungsansprüchen und Kursausfällen.
83	54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA	54802.64259001	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich (19%)	175.000	84.857	137.901	-37.099	Mindereinzahlungen als fin. Auswirkung der Corona-Krise aufgrund geringerer Weiterberechnung der Betriebskosten, wie Strom. Betrieb an den Schiffsanlegern war zeitweise eingestellt.
<b>Sonstige laufende Einzahlungen</b>							<b>-384.600</b>	
22	11601 Finanzen	11601.66220010	Säumniszuschläge	180.000	96.644	120.000	-60.000	Aufgrund der Corona-Pandemie wurden für ca. 3 Monate die Mahn- und Vollstreckungsläufe eingestellt. Das wird für das Jahr 2020 geringere Einzahlungen, auch bei den Säumniszuschlägen, zur Folge haben. Da eingeschätzt wird, dass viele Schuldner nicht in der Lage sein werden zu zahlen, reduzieren sich die Einnahmeerwartungen im Jahr 2020.
22	11601 Finanzen	11601.66220020	Vollstreckung	95.000	43.615	65.000	-30.000	
22	11601 Finanzen	11601.66220030	Mahngebühren	60.000	28.805	40.000	-20.000	
32	12201 Ordnungsangelegenheiten	12201.66210020	Ordnungsrechtliche Einzahlungen - Bußgelder OWIG	3.868.000	2.600.588	3.618.000	-250.000	Aufgrund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie werden weniger Bußgelder verhängt und geringere Einzahlungen daraus erwartet.
42	27201 Stadtbibliothek	27201.66220000	Säumniszuschläge, Mahngebühren, Zustellungsgebühren u.a.	50.000	29.746	35.000	-15.000	Durch die Schließung der Bibliotheken konnten für 6 Wochen keine Medien ausgeliehen werden. Es wurden durch die Corona-Krise die entliehenen Medien großzügig verlängert, um bei Öffnung den Benutzerstrom überschaubar zu gestalten, dadurch weniger Mahngebühren usw..
42	27201 Stadtbibliothek	27201.66220020	Vollstreckung	15.600	2.915	6.000	-9.600	
<b>Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen</b>							<b>-139.428</b>	
15	51107 Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, -entwicklung und Wohnungsbau mbH	51107.67300000	Einzahlungen aus verbundenen Unternehmen	0	109.428	109.428	-109.428	Gewinnausschüttung aus dem Jahr 2019, am 16.07.2020 entschied die Gesellschafterversammlung über die Ergebnisverwendung. Es werden der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 109 Tsd. EUR ausgeschüttet, die Mittel können als mögliche Deckungsquelle für das Maßnahmenpaket zugunsten der regionalen Wirtschaft (Vorlage 2020/BV/1139) verwendet werden (und stehen damit anderweitig nicht zur Verfügung). Gerade klein- und mittelständische Unternehmen haben während der Corona-Pandemie erhebliche Einbußen zu verzeichnen.
22	11601 Finanzen	11601.67200000	Zinsen aus Stundungen und Verrentungen	45.000	11.622	15.000	-30.000	Zinsfreie Stundungen über fast 6 Monate, die in Folge der Corona-Pandemie gewährt werden, haben geringere Einzahlungen zur Folge.

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
<b>Personalauszahlungen</b>							<b>-244.615</b>	<b>höchstens die insgesamt weniger erwarteten Personalauszahlungen</b>
	Diverse in TH 03, 10, 32, 44, 50, 61	70190000	Auszahlungen für ehrenamtlich Tätige- Sonstige	325.600	122.342	228.626	-96.974	überwiegend Produkt 12101 Statistik, Zensus (Befragung) wurde nach 2021 verschoben
	Diverse in TH 10	70130000	Auszahlungen für ehrenamtlich Tätige- Rats-/ Vertretungs- und Au	624.000	387.707	400.000	-224.000	Produkt 11104 Bürgerschaft, Ausschüsse aufgrund des Ausfalls von Sitzungen wg. "Corona-Krise"
	Diverse in TH 03, 40, 43, 44, 45	70291300	Gasthonorare Sonstige	1.019.100	467.333	902.550	-116.550	Überwiegend in den Produkten 27101 Volkshochschule und 26301 Konservatorium: Aufgrund der Corona-Krise wurden die Volkshochschule und das Konservatorium zeitweise geschlossen.
	Diverse in TH 43, 44	70291301	Gasthonorare - zweckgebundene Mittel	45.200	30.387	33.200	-12.000	Produkte 27101 Volkshochschule und 26301 Konservatorium: Aufgrund der Corona-Krise wurden die Volkshochschule und das Konservatorium zeitweise geschlossen.
	Diverse in TH 43	70291302	Honorare - Einstiegskurse Asylbewerber	110.000	56.840	91.800	-18.200	Produkt 27101 Volkshochschule: Aufgrund der Corona-Krise wurde die Volkshochschule zeitweise geschlossen.
	Diverse in TH 43	70291304	Honorare - Kurse Stadtverwaltung	15.000	2.250	12.500	-2.500	Produkt 27101 Volkshochschule: Aufgrund der Corona-Krise wurde die Volkshochschule zeitweise geschlossen.
<b>Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen</b>							<b>176.197</b>	
03	11114 Pressestelle/Marketing	11114.72360020	Unterhaltung der Arbeitsgeräte und -maschinen	200	300	300	100	Erwerb von Headsets für Bürgertelefon MB Corona
03	11114 Pressestelle/Marketing	11114.72490070	Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	15.000	11.452	16.000	1.000	Herstellung zusätzlicher Informationsmaterialien zum Thema "Corona".
32	12201 Ordnungsangelegenheiten	12201.72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.500	15.497	17.000	10.500	Erhöhte Aufwendungen für Sicherheitsdienst wg. COVID-19.
32	12204 Gewerbeangelegenheiten	12204.72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.300	14.239	18.000	11.700	
32	12304 Verkehrszulassungen	12304.72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	12.500	19.246	19.246	6.746	
37	12700 Rettungsdienst	12700.72440040	Auszahlungen für medizinischen Sachbedarf	200.000	177.242	250.000	50.000	Aufstockung des med. Sachbedarfes auf Jahresverbrauch wg. COVID-19-Pandemie
40	20101 Schulträgeraufgaben	20101.72440040	Auszahlungen für medizinischen Sachbedarf	100	0	1.411	1.311	Desinfektionsmittel wegen der Corona-Krise
40	Diverse Schulen	xxxxx.72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	0	185.000	185.000	Zusätzlichen coronabedingte Reinigungskosten in den Schulen i. H. v. rd. 185.000 Eur werden erwartet.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.72440060	Auszahlungen für Werkstättenbedarf	300	642	1.000	700	Mehrkosten zur Erfüllung der Corona-Auflagen für eine Musikschuleneröffnung ab 12.05.2020.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.72480010	Sonstige bezogene Leistungen - Reisekosten für außerhalb der Verwaltung stehende Personen	1.200	355	900	-300	Coronabedingt Ausfall des Landes- und Bundeswettbewerbes "Jugend musiziert" und von Probenlagern.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.72490070	Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	800	0	300	-500	Coronabedingt keine weitere Veranstaltungswerbung.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.72490100	Auszahlungen für Verbrauchsmittel und sonstige Betriebsauszahlungen kultureller Veranstaltungen	5.600	0	0	-5.600	Coronabedingter Ausfall von Probenlagern.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.72490161	Kosten für Auftritte - zweckgebunden	700	0	200	-500	Nur wenige Auftritte (coronabedingt).
45	25101 Kulturhistorisches Museum	25101.72440040	Auszahlungen für medizinischen Sachbedarf	100	125	400	300	Coronabedingter Mehrbedarf
47	25202 Stadtarchiv	25202.72440040	Auszahlungen für medizinischen Sachbedarf	100	120	120	20	Coronabedingter Mehrbedarf

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
53	41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege	41400.72440000	Arzneimittel	70.000	18.694	40.000	-30.000	Reduzierung der Impfleistungen auf Grund der seit März bestehenden Einschränkungen im Reiseverkehr.
73	11173 Verwaltung Amt 73	11173.72420010	Verpflegung / Bewirtung	2.100	53	10	-2.000	Die geplante Festveranstaltung 30 Jahre Umweltamt und die Umweltsamtleitertagung wurden Corona bedingt abgesagt.
73	53701 Abfallwirtschaft	57301.72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	11.272.700	8.292.340	11.232.700	-40.000	Aufgrund der coronabedingten Abmeldungen für den Gewerbemüll reduzieren sich die Kostenerstattungen an die SR GmbH
74	12400 Veterinär- und Lebensmittelüberwachung	12400.72440050	Auszahlungen für Labor -und Röntgenbedarf	5.500	5.041	6.300	3.200	Darin enthalten Auszahlungen für Pandemie vom 31.03. bis zum 18.05.2020 i. H. v. 1.144 EUR; bis Jahresende ca. 3.200 EUR.
83	12208 Hafen- und Schifffahrtsangelegenheiten / Seemannsamt	12208.72312700	Unterhaltung von Fischereigewässern	31.000	15.520	15.520	-15.480	Aufgrund der Corona-Krise weniger Anläufe sowie Einschränkungen im Schiffsverkehr.
<b>Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen</b>							<b>-1.208.309</b>	
03	11101 Grundsatz, Protokoll	11101.74190000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	10.000	4.991	4.991	-5.009	Bis August 2020 sind aufgrund der Corona-Pandemie alle Großveranstaltungen abgesagt.
15	54702 Sonstiger Personen- und Güterverkehr	57302.74110014	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen - - Maßnahmenpaket	160.000	0	160.000	160.000	160 Tsd. EUR werden als Deckung von Produkt 11402.72311020 aus üpl/apl. Bew. DV-2020/DV/1357 "Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für kostenfreie Nutzung ÖPNV Pkt. 1 Maßnahmenpaket OB" zur Verfügung gestellt
15	57303 inRostock GmbH Messen, Kongresse & Events	57303.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	4.300.000	2.650.000	5.000.000	700.000	Die inRostock GmbH rechnet in ihrem aktuellen Forecast mit einem Veranstaltungsausfall bis zum 31.10.2020 bzw. sogar bis zum Ende des Jahres 2020. Bis dato wurde mit dem erneuten Anlauf von Veranstaltungen im Herbst und Winter gerechnet. Es wird von einer steigenden Veranstaltungsdichte im nächsten Jahr ausgegangen. Unter Einbeziehung des Kurzarbeitergeldes und unter Sicherung der Liquidität des Unternehmens ergibt sich ein zusätzlicher Zuschussbedarf in Höhe von insgesamt 2,0 Mio. EUR für 2020.
45	28100 Kultur	28100.74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	2.926.000	1.897.356	3.326.000	400.000	Im Bereich Kulturförderung wird der Zuschussbedarf an die freien Kulturträger steigen, weil diese keine Einnahmen erzielen, jedoch viele Fixkosten bleiben. Trotz Kosteneinsparungen, z. B. durch Kurzarbeit, ist bei den Zuwendungen von einem Mehrbedarf auszugehen. Finanzielle Hilfe ist vom Land in Aussicht gestellt.
50	36200 Jugendarbeit (§§ 11, 12 SGB VIII)	36200.74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	3.510.500	2.305.192	3.365.500	-145.000	Änderungsanträge der Zuwendungsempfänger unter Bedingungen der Einschränkungen infolge Covid-19 und unter Berücksichtigung der Zuwendungsvoraussetzungen.
90	61101 Steuern	61101.74310000	Gewerbesteuerumlage	8.866.700	3.905.236	6.548.400	-2.318.300	Da die Gewerbesteuerzahlungen geringer prognostiziert werden, reduziert sich die abzuführende Umlage entsprechend.

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
<b>Auszahlungen der sozialen Sicherung</b>							<b>-2.195.000</b>	
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75241000	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - Schulausflüge (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB II)	4.800	784	1.200	-3.600	Durch die Situation um Covid-19 ist von Minderauszahlungen auszugehen.
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75242000	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - mehrtägige Klassenfahrten (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB II)	173.400	78.585	125.000	-48.400	Durch die Situation um Covid-19 ist von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen.
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75242900	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - mehrtägige Klassenfahrten (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB II) für Ausländer nach § 23 Abs. 1 und 2 AufenthG	4.000	0	2.000	-2.000	Durch die Situation um Covid-19 ist von Minderauszahlungen auszugehen.
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75243000	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - persönlicher Schulbedarf (§ 28 Abs. 3 SGB II)	540.000	347.970	400.000	-140.000	Bedingt durch die Situation um Covid-19 und damit einhergehend durch den reglementierten Schulbetrieb ist in der Folge von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen.
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75245000	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - Lernförderung (§ 28 Abs. 5 SGB II)	336.000	112.006	167.000	-169.000	Begründet durch das Starke-Familien-Gesetz wurde für Planung 2020 eine zunehmende Inanspruchnahme angenommen. Durch den erleichterten Zugang kann die Leistung fortan auch in Anspruch genommen werden soweit die Versetzung nicht unmittelbar gefährdet ist. Bedingt durch die Situation um Covid-19 und damit einhergehend durch den reglementierten Schulbetrieb ist in der Folge von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen.
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75246010	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - Mehraufwendungen Mittagsverpflegung - Essen in Schule, Horte in Verbindung mit einer Schule, Kinderkrippe, Kindergarten, Kindertagespflege	2.239.200	732.488	1.172.900	-1.066.300	Bedingt durch die Situation um Covid-19 und damit einhergehend durch den reglementierten Schulbetrieb ist in der Folge von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen.
50	31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe	31206.75247000	Bedarfe für Bildung und Teilhabe - Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (§ 28 Abs. 7 SGB II)	243.000	42.239	58.000	-185.000	Begründet durch das Starke-Familien-Gesetz wurde für Planung 2020 eine zunehmende Inanspruchnahme angenommen. Die monatliche Teilhabeleistung stieg von 10 Euro auf 15 Euro je Leistungsempfänger je Monat. Bedingt durch die Situation um Covid-19 und damit einhergehend durch den reglementierten Bildungs- und Teilhabebetrieb ist in der Folge von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen.
50	34500 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	34500.75790161	Sonstige soziale Leistungen - sonstige - Mehraufwendungen Mittagsverpflegung - Essen in Schule, Horte in Verbindung mit einer Schule, Kinderkrippe, Kindergarten, Kindertagespflege	478.800	286.097	378.700	-100.100	Bedingt durch die Situation um Covid-19 und damit einhergehend durch den reglementierten Schulbetrieb ist in der Folge von deutlichen Minderauszahlungen auszugehen.
50	36301 Schul- und Jugendsozialarbeit (§§ 13,14 SGB VIII)	36301.75512013	Leistungen außerhalb von Einrichtungen - Jugendberufshilfe (§ 13SGB VIII) von der Hansestadt Rostock	600.000	401.705	515.500	-84.500	Änderungsanträge der Zuwendungsempfänger unter Bedingungen der Einschränkungen infolge Covid-19 und unter Berücksichtigung der Zuwendungsvoraussetzungen
50	36301 Schul- und Jugendsozialarbeit (§§ 13,14 SGB VIII)	36301.75991000	Zuweisungen und Zuschüsse der sozialen Sicherung an übrige Bereiche - Jugendsozialarbeit	1.151.300	770.196	1.100.300	-51.000	Änderungsanträge der Zuwendungsempfänger unter Bedingungen der Einschränkungen infolge Covid-19 und unter Berücksichtigung der Zuwendungsvoraussetzungen
50	36301 Schul- und Jugendsozialarbeit (§§ 13,14 SGB VIII)	36301.75992000	Zuweisungen und Zuschüsse der sozialen Sicherung an übrige Bereiche - Schulsozialarbeit	1.631.300	1.021.404	1.526.600	-104.700	Änderungsanträge der Zuwendungsempfänger unter Bedingungen der Einschränkungen infolge Covid-19 und unter Berücksichtigung der Zuwendungsvoraussetzungen
50	36304 Hilfen für junge Volljährige (§41 SGB VIII)	36304.75513281	Leistungen außerhalb von Einrichtungen - ambulante Leistungen (§ 35a Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) - Schule	136.000	21.257	33.600	-102.400	Weniger Hilfen mit geringeren durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen je Hilfe als zum Zeitpunkt der HH-Planung prognostiziert sowie temporäre geringere Leistungserbringung infolge von Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.
50	36306 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§35a SGB VIII)	36306.75513281	Leistungen außerhalb von Einrichtungen - ambulante Leistungen (§ 35a Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) - Schule	2.700.000	1.636.060	2.562.000	-138.000	Temporär geringere Leistungserbringung infolge von Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

## Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Plan 2020	Erfüllung 2020	Prognose per 30.09.2020	coronabedingt	Begründung
<b>Sonstige laufende Auszahlungen</b>							<b>-594.824</b>	
	Über alle TH und Produkte	xxxx.76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	1.424.256	384.881	1.035.762	-388.494	Minderauszahlungen überwiegend durch Ausfall von Qualifizierungs-Maßnahmen auf Grund der Corona-Pandemie.
	Über alle TH und Produkte	xxxx.76130010	Auszahlungen für Reise- und Fahrkosten	318.400	107.607	277.070	-41.330	In diesem Zusammenhang auch weniger Fahrkosten für Fortbildungen und Dienstreisen.
03	11101 Grundsatz, Protokoll	11101.76930010	Auszahlungen für Repräsentationen, Ehrungen	235.600	10.014	150.000	-85.600	Aufgrund der Corona-Pandemie konnten geplante Veranstaltungen nicht stattfinden.
03	11101 Grundsatz, Protokoll	11101.76930011	Auszahlungen für Repräsentationen, Ehrungen	117.500	5.330	30.000	-87.500	
03	11114 Pressestelle/Marketing	11114.76290000	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	98.000	20.927	50.000	-48.000	Auf Grund der Corona Pandemie und der verzögerten Einstellung des Breitbandkoordinators wurden die geplanten Mittel für Projekte/Maßnahmen in 2020 nicht wie erwartet umgesetzt.
03	11114 Pressestelle/Marketing	11114.7629014	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte - Projekte	113.500	0	0	-113.500	Auf Grund der Corona Pandemie und dem Lockdown ist eine Projektarbeit 2020 nicht möglich. In der Beratung am 03.09.2020 mit dem Bereich 03.3 Pressestelle/Marketing und der OE 06 Amt für Digitalisierung und IT wurde festgelegt, dass das Projekt "Relaunch Intranet" erst ab 2021 umgesetzt wird.
22	11601 Finanzen	11601.76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	0	3.200	3.200	voraussichtlich Verlängerung des Wachsches auf Grund der Corona-Pandemie
32	12202 Einwohner- und Meldewesen	12202.76290050	Abführung an die Bundesdruckerei für Pässe und Ausweise	768.400	407.924	668.400	-100.000	Da aufgrund der COVID-19-Pandemie weniger Ausweispapiere beantragt wurden, sinken die Auszahlungen an die Bundesdruckerei.
37	12800 Zivil- und Katastrophenschutz	12800.76990000	Sonstige laufende Auszahlungen der Verwaltungstätigkeit - Coronapandemie	1.000.000	410.608	1.000.000	300.000	Dem Führungsstab wurde ein zusätzliches Budget i. H. v. 1,0 Mio. EUR für zwingend erforderliche und unaufschiebbare Beschaffungen sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise zur Verfügung gestellt, es muss um 0,3 Mio. EUR aufgestockt werden. Ein Teil der Mittel wurde investiv eingesetzt.
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	3.000	57	1.500	-1.500	voraussichtlich Minderausgaben wegen Konzertaussfällen (coronabedingt)
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.76360011	Öffentlichkeitsarbeit - zweckgebunden	5.800	2.634	3.000	-2.800	
44	26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	26301.76380000	Transportkosten	3.000	142	700	-2.300	
45	25102 Kunsthalle	25102.76290022	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Sicherheitsgewerbe	185.500	141.026	158.500	-27.000	Durch die Corona-Krise war die Kunsthalle vom 17.03.2020 bis zum 21.05.2020 geschlossen. In diesem Zeitraum kamen die ESD Kräfte nicht zum Einsatz.

**Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die laufenden Einzahlungen:**

davon Mindereinzahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose:

davon Mehreinzahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose:

**-131.698**

-39.631.698

39.500.000

**Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die laufenden Auszahlungen:**

davon Minderauszahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose:

davon Mehrauszahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose:

**-4.066.551**

-5.900.328

1.833.777

**Auswirkungen auf den Haushalt 2020 nach der Prognose vom 30.09.2020****3.934.853**

### Anlage 3 - Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den städtischen Haushalt

Darüber hinaus erfolgte Anpassung der Ansätze mit 1. und 2. Änderung der Haushaltssatzung 2020/2021 aufgrund der COVID-19-Pandemie:

TH	Produkt	Produktkonto	Kontobezeichnung	Ansatz 2020 neu	Veränderung	Begründung Änderung Ansatz
37	12800 Zivil- und Katastrophenschutz	12800.76990000	Sonstige laufende Auszahlungen der Verwaltungstätigkeit - Coronapandemie	1.000.000	1.000.000	Dem Führungsstab wurde ein zusätzliches Budget i. H. v. 1,0 Mio. EUR für zwingend erforderliche und unaufschiebbare Beschaffungen sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zur Verfügung gestellt, hier sollen die Anforderungen aller Ämter verbucht werden.
15	62302 Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	62302.77310000	Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung an Eigenbetriebe	2.599.800	940.000	Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und den daraus resultierenden Folgewirkungen auf die Tourismuszentrale Rostock-Warnemünde werden geplante Einnahmen, insbesondere in den Bereichen Kurabgabe, Parkplatzbewirtschaftung und des Counter-Geschäfts wegfallen. Die Konsequenzen der Ausnahmesituation auf das Wirtschaftsjahr 2020 der Tourismuszentrale Rostock-Warnemünde sind noch nicht vollständig abschätzbar.
15	57304 Großmarkt Rostock GmbH	57304.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	750.000	750.000	Die Großmarkt Rostock GmbH rechnet mit Ausfall aller ihrer Veranstaltungen bis Ende August. Darüber hinaus wurde eine mögliche Absage bzw. die eingeschränkte Veranstaltung des Weihnachtsmarktes 2020 im aktuellen Forecast berücksichtigt. Daraus ergibt sich ein Zuschussbedarf in Höhe von bis zu 0,8 Mio. EUR für 2020, der Rest des Fehlbetrags wird liquiditätsseitig aufgefangen.
15	57303 inRostock GmbH Messen, Kongresse & Events	57303.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	4.300.000	1.300.000	Die inRostock GmbH rechnet in ihrem aktuellen Forecast mit einem Veranstaltungsausfall bis Ende August 2020. Durch die fehlenden Einnahmen aus dem laufenden Veranstaltungsbetrieb entsteht zur Sicherung der Liquidität des Unternehmens ein zusätzlicher Zuschussbedarf in Höhe von 1,3 Mio. EUR für 2020.
15	57305 IGA - Rostock 2003 GmbH	57305.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	2.384.000	50.000	Für die IGA Rostock 2003 GmbH wird mit Umsatzeinbußen durch die Schließung des Museums und des IGA Parks selbst gerechnet, daraus ergibt sich der zusätzliche Zuschussbedarf von bis zu 0,1 Mio. EUR.
15	54701 RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH	54701.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	10.150.000	7.000.000	Hier führen starke Planabweichungen der Rostocker Straßenbahn AG sowie der Stadtwerke Rostock AG im ersten Quartal des Jahres 2020 zu einer prognostizierten hohen negativen Ergebnisabweichung von -9,9 Mio. EUR im Forecast der RVV. Diese begründen sich auf Seiten der RSAG im eingeschränkte Fahrplan, Einbußen aus dem Fahrkartenverkauf und dem fehlenden Touristenverkehr in Folge der einschränkenden Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Auf Seiten der SWRAG führten u. a. Witterungseinflüsse und aktuelle Forderungsausfälle zu einer starken Ergebnisabweichung. Unter Berücksichtigung einer möglichen Eigenkompensation auf Seiten der RVV ergibt sich ein notwendiger Zuschussbedarf in Höhe von bis zu 7,0 Mio. EUR.
15	54702 Sonstiger Personen- und Güterverkehr	54702.74110000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen- Flughafen Rostock-Laage- Güstrow GmbH	297.600	297.600	Sonderbedarfszuweisung: durch die weltweite Stilllegung des Luftverkehrs von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Herausforderungen ist der Flughafen Rostock-Laage besonders betroffen. Das Land M-V plant, sich an der Finanzierungslücke in Höhe von 1,3 Mio. EUR im Jahr 2020 mit einer Corona-Hilfe von 0,8 Mio. EUR als nicht rückzahlbaren Zuschuss zu beteiligen.
	Summe				11.337.600	

**Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die laufenden Einzahlungen:** -131.698  
davon Mindereinzahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose: -39.631.698  
davon Mehreinzahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose: 39.500.000

**Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die laufenden Auszahlungen:** 7.271.049  
davon Minderauszahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Prognose: -5.900.328  
davon Mehrauszahlungen Verwaltungstätigkeit lt. Ansatzserhöhung und Prognose: 13.171.377

**Auswirkungen auf den Haushalt 2020 insgesamt** -7.402.747

## Anlage 4

## Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020

Produkt	Lauf. Nr.	Art des Risikos / Risikobereich	Beschreibung des Risikos	Schadens-potential	Eintrittswahrscheinlichkeit	Mögliche Auswirkungen bei Risikoeintritt	Gegenmaßnahmen (mit Statusangabe)	Zeithorizont	Verantwortung	Einschätzung der Haushaltsrisiken zum 30.09.2020
<b>TH 15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen (Senatsbereich 1)</b>										
<b>55101</b> Bundesgartenschau (BUGA)	001	finanzielles Risiko	Bei negativen signifikanten Geschäftsvorfällen der BUGA GmbH kann ein erhebliches finanzielles Risiko für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock entstehen. Die Förderquote ist offen und damit die Finanzierung der geplanten Maßnahmen.	5 sehr hoch über 10 Mio. EUR	2 10 % bis unter 25 %	Zusätzliche erhebliche finanzielle Belastungen (in Form von Zuschüssen/ Investitionszuschüssen) für den Kernhaushalt.	Begrenzung der Nachschusspflicht laut Gesellschaftsvertrag. Fortlaufendes unterjähriges Controlling. Risikobewertung im Rahmen der Gremiensitzungen, Jahresabschlussprüfung und Wirtschaftsplanung. Unterbreitung von Vorschlägen für Gegenmaßnahmen gegenüber dem Oberbürgermeister und den politischen Entscheidungsträgern.	2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)	Zentrale Steuerung (OE 15) in Abstimmung mit der Verwaltungsleitung und den politischen Gremien	Bisher keine Rückmeldung durch das Fachamt. In der derzeitigen Haushaltsdurchführung wird von keiner zusätzlichen erheblichen finanziellen Belastung ausgegangen, ist aber in den Folgejahren relevant und zu beobachten. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sinkt auf 0 bis unter 10 %.
<b>TH 20 Kämmereiamt (Senatsbereich 2)</b>										
<b>51106</b> Durchführung städtebaulicher Maßnahmen	002	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Kernhaushaltes	Das Landesförderinstitut hat bisher noch nicht abschließend über die förderrechtliche Anerkennung der Trägervergütung an die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (RGS) entschieden. Es besteht das Risiko, dass die Beträge, die über den förderfähigen Satz von 10 % liegen, zu erstatten sind.	3 mittel 2 bis unter 5 Mio. EUR  (Gesamt: 4,0 Mio. EUR Grund: Nichteinhaltung der förderfähigen 10 %, Grenze gemäß Erlass 1/2009 Stand: November 2017)	3 25 bis unter 50 %  (45 %)	Der Kernhaushalt wird mit einem höheren Zuschuss an die städtebaulichen Sondervermögen belastet.	Mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern werden Gespräche für eine Einigung gesucht.	3 mittel- oder langfristig (erst Folgejahre)  (Nach Abschluss der jeweiligen Gesamtmaßnahme muss das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern endgültig über die Förderfähigkeit der Trägervergütung an die RGS entscheiden. Dies wird erst in den Folgejahren sein.)	Finanzsenator (S2) Kämmereiamt (20)	Zur Abwehr negativer Folgen müssten die Gespräche für eine Einigung zeitnah erfolgen. Es liegt die von der RGS erstellte Schlussabrechnung für das Fördergebiet Groß Klein vor. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Zeithorizont auf mittel- oder langfristig (2), strukturell das aktuelle Jahr und Folgejahre betreffend, reduziert, da das Landesförderinstitut gegebenenfalls im nächsten Jahr entsprechende Entscheidungen dazu treffen wird.



## Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020

Produkt	Lauf. Nr.	Art des Risikos / Risikobereich	Beschreibung des Risikos	Schadens-potential	Eintrittswahrscheinlichkeit	Mögliche Auswirkungen bei Risikoeintritt	Gegenmaßnahmen (mit Statusangabe)	Zeithorizont	Verantwortung	Einschätzung der Haushaltsrisiken zum 30.09.2020
<b>TH 50 Amt für Jugend, Soziales und Asyl (Senatsbereich 3)</b>										
<b>31401</b> Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX	004	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes	Die Verfassungsbeschwerde zum Ausführungsgesetz SGB IX ist zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung ergebnisoffen. Damit ist ungewiss, ob die eingeplanten Erträge aus der Erstattung des Verwaltungsaufwandes bei Einführung und Umsetzung des SGB IX in Höhe von 1,8 Mio. EUR erzielt werden können.	2 gering 1 bis unter 2 Mio. EUR	4 50 bis unter 75 %	Mindererträge im Ergebnishaushalt und Mindereinzahlungen im Finanzhaushalt.	Derzeit sind keine möglich.	2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)	Amt für Jugend, Soziales und Asyl (50)	Da mit einer Verhandlung im Haushaltsjahr 2020 nicht mehr zu rechnen ist, wird mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos zwischen 75 % und 100 % (5) gerechnet. Der finanzielle Schaden für 2020 beträgt 1,8 Mio. EUR. Im Haushalt 2021 wurde daher der gleiche Betrag in Höhe von 1,8 Mio. EUR eingeplant.
<b>36102</b> Tagespflege (§ 23 SGB VIII)	006	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Finanzhaushaltes	Im Berufungsverfahren mit dem Az: 1 LB 97/18 OVG (Eichhorn ./J. HRO) wurde ein Antrag auf Ruhen des Verfahrens gestellt (bis Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in einem ähnlichen Fall vorliegt). Damit ist ein Ende des Verfahrens im Jahr 2019 unrealistisch.	5 sehr hoch über 10 Mio. EUR	5 75 bis unter 100 %	Nachzahlung muss erfolgen Belastung des Finanzhaushaltes	Derzeit sind keine weiteren möglich. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock befindet sich bereits im Berufungsverfahren um die Belastung zu verhindern.	2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)	Amt für Jugend, Soziales und Asyl (50)	Das Risiko existiert weiterhin. Der Zeitpunkt der Eintrittswahrscheinlichkeit ist nicht definierbar (0 bis unter 10 %). Im Haushaltsjahr 2021 besteht das Risiko weiterhin, da das Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

## Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020

Produkt	Lauf. Nr.	Art des Risikos / Risikobereich	Beschreibung des Risikos	Schadens-potential	Eintrittswahrscheinlichkeit	Mögliche Auswirkungen bei Risikoeintritt	Gegenmaßnahmen (mit Statusangabe)	Zeithorizont	Verantwortung	Einschätzung der Haushaltsrisiken zum 30.09.2020
<b>TH 62 Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt (Senatsbereich 4)</b>										
11402 Liegenschaften	007	Finanzrisiko bei Investitionen im Bereich der Flächenveräußerungen.	Aufgrund des Beschlusses 2018/AN/4078 vom 14.11.2018 werden künftig anstatt der Veräußerung von Grundstücken voraussichtlich vermehrt Erbbaurechte vergeben. Durch die in 2020 und 2021 geplanten Veräußerungsvorgänge können Einnahmen in Höhe von 12,9 Mio. EUR in 2020 (8 Vorgänge) und 3,1 Mio. EUR in 2021 (3 Vorgänge) erwirtschaftet werden. Mögliche Verzögerungen bei Beschlussfassungen für diese Vorgänge in 2019 sowie eine konsequente Umsetzung des Beschlusses 2018/AN/4078 ab 2020 kann dazu führen, dass aufgrund von fehlenden Einnahmen nicht genügend Deckungsmittel für andere Investitionsvorhaben vorhanden sind.	4 hoch 5 bis unter 10 Mio. EUR  (Flächenverkäufe sind nur noch für Splitterflächen, Arrondierungen etc. und in begründeten Ausnahmen möglich. Die Hürden sind aufgrund der Beschlussinhalte sehr hoch. Damit können Einnahmen aus Flächenverkäufen nur noch in sehr geringem Umfang erzielt werden.)	5 75 bis unter 100 %	Der städtische Haushalt wird mit fehlenden geplanten Finanzeinzahlungen belastet.		2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)  ab 2020 dauerhaft	Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt (62)	Aktuell wird davon ausgegangen, dass durch geplante Veräußerungsvorgänge Einnahmen in Höhe von ca. 9,1 Mio. EUR in 2020 und 7,2 Mio. EUR in 2021 erwirtschaftet werden.
	013	Finanzrisiko bei Investitionen im Bereich des Flächenerwerbs.	Voranschreitende Veränderungen im Bereich der Stadt- und Wohnbauentwicklung führen zu einem kontinuierlichen Anpassungsbedarf bei dem Erwerb von Flächen. Derartige Investitionen, welche erst zu späteren Zeitpunkten bekannt werden, können hohe zusätzliche Belastungen im Finanzhaushalt verursachen. Entscheidungen, Ankäufe vorzubereiten, folgen dynamischen Marktbedingungen und werden in der Regel nicht im Amt 62 getroffen. Vornehmlich nimmt das Amt 62 als Dienstleister Flächenankäufe vor, soweit entweder von der Verwaltungsspitze oder anderen Fachämtern der Ankauf als notwendig erachtet wird.	4 hoch 5 bis unter 10 Mio. EUR  (Zu berücksichtigen sind insbesondere die erheblich gestiegenen Immobilienpreise.)	5 75 bis unter 100 %  Es ist mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen (ca. 90 %), dass kurzfristig Ankäufe getätigt werden müssen.	Der städtische Haushalt wird mit fehlenden geplanten Finanzeinzahlungen belastet.		1 - 2 kurzfristig (nur aktuelles Haushaltsjahr) mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)	Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt (62)	Die Einschätzung des Schadenspotential wird von Kategorie 4 auf 2 "gering - 1 bis unter 2 Mio. EUR" geändert. Das Risiko besteht nach wie vor. Allerdings ist davon auszugehen, dass in den kommenden Restmonaten keine neuen Vorgänge hinzukommen werden, welche in Summe zu zusätzlichen unplanmäßigen Auszahlungen von mehr als 2 Mio. EUR führen würden. Die Eintrittswahrscheinlichkeit verbleibt unverändert auf Kategorie 5. Die Wahrscheinlichkeit ist in der Regel zu jeder Zeit sehr hoch, dass neue Ankaufsvorgänge identifiziert und umgesetzt werden müssen.

## Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020

Produkt	Lauf. Nr.	Art des Risikos / Risikobereich	Beschreibung des Risikos	Schadens-potential	Eintrittswahr-scheinlichkeit	Mögliche Auswirkungen bei Risikoeintritt	Gegenmaßnahmen (mit Statusangabe)	Zeithorizont	Verantwortung	Einschätzung der Haushaltsrisiken zum 30.09.2020	
TH 66 Amt für Verkehrsanlagen (Senatsbereich 4)											
54101	Gemeindestraßen	008	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Kernhaushaltes	Unvorhersehbare Havarien/ Schäden an den Verkehrsanlagen in Verantwortung des Straßenbaulasträgers	4 hoch 5 bis unter 10 Mio. EUR	4 50 bis unter 75 %	Die Verkehrsanlagen werden der öffentlichen Nutzung (Gemeingebrauch) entzogen. Das führt zur Einschränkung der Funktionalität und Leistungsfähigkeit in der Verkehrsinfrastruktur. Der städtische Haushalt wird zusätzlich belastet.	Sofortige Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Schadensbehebung im Havariefall.	2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)	Kämmereiamt (20) - Finanzierung Amt für Verkehrsanlagen (66) - fachliche Umsetzung	keine neueren Erkenntnisse
		009	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Kernhaushaltes	Absackung der Verkehrsanlagen auf der Holzhalbinsel, ständige Kontrollen und Messungen sind veranlasst (Investitionsmaßnahme 6654101201700219 "Verkehrsanlagen Holzhalbinsel inkl. Kreisel")	4 hoch - 5 sehr hoch 5 bis über 10 Mio. EUR	3 - 4 50 bis unter 100 %	Die Verkehrsanlagen werden der öffentlichen Nutzung (Gemeingebrauch) entzogen. Das führt zur Einschränkung der Funktionalität und Leistungsfähigkeit in der Verkehrsinfrastruktur.	Stabilisierung/ Erneuerung der Verkehrsanlagen durch eine dauerhafte, tragfähige Gründung.	3 mittel- oder langfristig (erst Folgejahre)	Kämmereiamt (20) - Finanzierung Amt für Verkehrsanlagen (66) - fachliche Umsetzung	
		010	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Kernhaushaltes	Laufende Unterhaltung im Gesamtverkehrsnetz kann nicht finanziell im erforderlichen Maße abgedeckt werden, z. B. Gehwege in den Ortsteilen sind teilweise mindestens 70 Jahre alt, Oberflächenbehandlung der Straßen kann nicht kontinuierlich durchgeführt werden. Zum Zeitpunkt eines Totalausfalles der Verkehrsanlagen muss mittels investiver Mittel erneuert werden.	4 hoch 5 bis unter 10 Mio. EUR	4 50 bis unter 75 %	Die Verkehrsanlagen werden der öffentlichen Nutzung (Gemeingebrauch) entzogen. Das führt zur Einschränkung der Funktionalität und Leistungsfähigkeit in der Verkehrsinfrastruktur. Der städtische Haushalt wird zusätzlich belastet.	Bereitstellung von mindestens 5 Mio. EUR pro Haushaltsjahr für die Erhaltung/Unterhaltung und laufende Instandsetzung der Verkehrsanlagen.	2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)	Kämmereiamt (20) - Finanzierung Amt für Verkehrsanlagen (66) - fachliche Umsetzung	

## Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020

Produkt	Lauf. Nr.	Art des Risikos / Risikobereich	Beschreibung des Risikos	Schadens-potential	Eintrittswahrscheinlichkeit	Mögliche Auswirkungen bei Risikoeintritt	Gegenmaßnahmen (mit Statusangabe)	Zeithorizont	Verantwortung	Einschätzung der Haushaltsrisiken zum 30.09.2020
<b>TH 74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (Senatsbereich 2)</b>										
<b>12400</b> Veterinär- und Lebensmittelüberwachung	011	finanzielles Risiko zusätzliche Belastung des Kernhaushaltes	<p>Mögliches singuläres Auftreten der Afrikanischen Schweinepest im Zuständigkeitsbereich der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.</p> <p>Mögliche Festlegung von Maßnahmen nach § 14d der Schweinepest-VO und § 6 Tiergesundheitsgesetz:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umzäunung des Kerngebietes und Entschädigung für Grundstückseigentümer - Kosten unbekannt</li> <li>- Kosten der Zaununterhaltung für 1 Jahr - Kosten ca. 400 Tsd. EUR</li> <li>- Nutzungsverbot oder -beschränkung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen (z. B. Ernteverbot) und Entschädigung - Kosten unbekannt</li> <li>- Anlegen von Jagdschneisen - Kosten unbekannt</li> <li>- vermehrte Fallwildsuche - Kosten unbekannt</li> <li>- Reglementierung des Passanten- und Fahrzeugverkehrs</li> <li>- verstärkte Bejagung oder Ruhen der Jagd</li> <li>- Anordnung der verstärkten Bejagung durch Dritte</li> <li>- großflächige Drohneneinsätze zum Aufsuchen von Fallwild - Kosten je Flugstunde inkl. An- und Abfahrt sowie Auswertung ca. 280 EUR</li> <li>- Inbetriebnahme der Wildsammelstelle Wiethagen zur Aufnahme Fallwild/ erlegtes Wild (Schwarzwild) inkl. Reinigung/ Desinfektion/ Schadnagerbekämpfung - Kosten unbekannt</li> </ul>	<p>2 gering 1 bis unter 2 Mio. EUR</p> <p>(Zuschusserhöhung um ca. 2,0 Mio. EUR möglich)</p>	<p>5 75 bis unter 100 %</p> <p>(variabler Schadensanteil nicht einschätzbar)</p>	Zusätzliche Belastung des Haushalts der Hanse- und Universitätsstadt Rostock	Maßnahmen der prophylaktischen Tierseuchenbekämpfung.	2 und 3 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre) mittel- oder langfristig (erst Folgejahre)	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (74)	<p>Das Ereignis ist im Haushaltsjahr 2020 bisher nicht eingetroffen und somit auch kein finanzieller Schaden eingetreten.</p> <p>Es ist nicht auszuschließen, dass das Risiko im 4. Quartal 2020 eintritt.</p> <p>Die Einschätzung bleibt für das Jahr 2021 weiterhin bestehen.</p>

## Haushaltsrisiken im Haushaltsjahr 2020

Produkt	Lauf. Nr.	Art des Risikos / Risikobereich	Beschreibung des Risikos	Schadens-potential	Eintrittswahrscheinlichkeit	Mögliche Auswirkungen bei Risikoeintritt	Gegenmaßnahmen (mit Statusangabe)	Zeithorizont	Verantwortung	Einschätzung der Haushaltsrisiken zum 30.09.2020
<b>TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen (Senatsbereich 2)</b>										
<b>61101</b> Steuern	003	externe Faktoren	Spielvergnügungssteuer: Umsetzung der Abstandsregelung des Glücksspielstaatsvertrages. Nach Rücksprache mit dem Stadtm 32 liegen alle Spielhallen innerhalb der Abstandsregelung von 500 m. Schließungsverfügungen sind ergangen, Widersprüche wurden eingelegt. Es laufen Klageverfahren, eine Klage wurde bereits vom Verwaltungsgericht abgewiesen, es wurde Berufung eingelegt. 3 Spielhallen sind geschlossen, 2 Spielhallen haben bisher eine Genehmigung. Je nach Verlauf der Verfahren müssen die restlichen Spielhallen (Anzahl 37) geschlossen werden. Bisher haben die Spielhallenbetreiber trotz gesetzlicher Übergangsregelungen und laufender Verfahren keine anderen Räumlichkeiten angemietet.	2 gering 1 bis unter 2 Mio. EUR  (2020: 1.650.000 EUR 2021: 1.650.000 EUR 2022: 1.450.000 EUR 2023: 1.450.000 EUR)	4 50 bis unter 75 %  (da bereits in einem Verfahren die Abstandsregelung durch ein Verwaltungsgericht bestätigt wurde.)	Bei Eintritt des Risikos würde es bei der aktuellen Lage der Spielhallen zu einem 95 % Ausfall der Spielvergnügungssteuer kommen (bereits ab 2020).	Im Rahmen der aktuellen Planungen des Haushaltes 2020/2021 könnte die Planung der Spielvergnügungssteuer für die Jahre 2020 ff bereits stark reduziert auf die Höhe von 100.000 EUR (2 Spielhallen) erfolgen.  Nach Rücksprache mit dem Kämmeriamt (20) soll eine Planung der Spielvergnügungssteuer zunächst nur mit leichter Abstufung zum aktuellen Aufkommen erfolgen.	3 mittel- oder langfristig (erst Folgejahre)  (eine Einschätzung der Prozessdauer ist nicht möglich)	Finanzverwaltungsamt (22)	Die Einschätzung des angegebenen Haushaltsrisikos bleibt bestehen.  Zudem kommt es im Haushaltsjahr 2020 gegenüber der Planung zu Ausfällen in Höhe von 500.000 EUR durch die Schließung von Spielhallen für den Zeitraum von Mitte März bis Mitte Juni aufgrund der COVID-19-Pandemie. Dies wurde bereits in der Prognose berücksichtigt.
<b>alle Organisationseinheiten</b>										
	012	Steuereinbrüche, Mindererlöse und erhöhte Aufwendungen verursacht durch die Coronavirus-Krise (Corona COVID 19)		5 sehr hoch über 10 Mio. EUR	5 75 bis unter 100 %			2 mittel- oder langfristig (strukturell, das aktuelle Jahr und Folgejahre)  ab 2020	Kämmeriamt (20) alle OE	Der finanzielle Schaden wird aktuell auf 41,5 Mio. EUR geschätzt. Die finanziellen Auswirkungen sind in der Prognose per 30.09.2020 bereits berücksichtigt und werden durch Minderauszahlungen (-5,9 Mio. EUR) sowie Zahlungen aus dem Maßnahmen- und Krisenpaket (39,5 Mio. EUR) kompensiert.